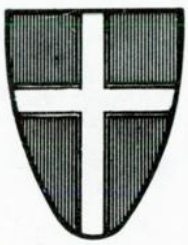
DIE VERWALTUNG
DER
STADT WIEN

1981



Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Wien · Wien 1982

Bearbeitet im Statistischen Amt der Stadt Wien
Nachdruck nur mit Quellenangabe

Herausgeber, Eigentümer und Verleger: Magistrat der Stadt Wien
Hersteller: Druckhaus Vorwärts Ges. m. b. H. · 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Kommissionsverlag: Jugend und Volk Verlagsgesellschaft m. b. H
1010 Wien, Tiefer Graben 7—9

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	7
Verfassung und Verwaltungsorganisation	9
Veränderungen in den Vertretungskörpern	9
Magistratsdirektion	10
Personal- und Rechtsangelegenheiten	37
Allgemeine Personalangelegenheiten	37
Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens	41
Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten	43
Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten	45
Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten	48
Rechtliche Verkehrsangelegenheiten	49
Finanzen und Wirtschaftspolitik	51
Finanzwirtschaft	51
Stadthaushalt	52
Finanzverwaltung und Wirtschaftsangelegenheiten	57
Rechnungsamt	60
Zentraler Einkauf	63
Bildung, Jugend, Familie	70
Jugendamt	70
Bildung und außerschulische Jugendbetreuung	80
Städtische Schulverwaltung	84
Kultur und Bürgerdienst	90
Bürgerdienst	90
Kulturamt	90
Wiener Stadt- und Landesarchiv	95
Wiener Stadt- und Landesbibliothek	96
Museen der Stadt Wien	97
Gesundheit und Soziales	99
Sozialamt	99
Sanitätsrechtsangelegenheiten und Sozialversicherung	112
Gesundheitsamt	117
Anstaltenamt	129
Stadtplanung	140
Stadtstrukturplanung	140
Stadtgestaltung	143
Druckerei und technische Dokumentation	146
Flächenwidmungs- und Bebauungsplan	148
Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten	152
Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei	156
Baupolizei	158
Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien	160
Stadtvermessung	162
Statistisches Amt der Stadt Wien	165
Umwelt und Freizeit	171
Umweltschutz	171
Stadtgartenamt	174
Bäder	176
Wasserbau	176

Seite

Forstamt ... 178
Sportangelegenheiten ... 180
Presse- und Informationsdienst ... 182
Feuerwehr und Katastrophenschutz ... 185

Wohnen und Stadterneuerung ... 191
Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten ... 191
Städtischer Wohnhausbau ... 196
Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung ... 197
Erhaltung städtischer Wohnhäuser ... 198
Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft ... 199
Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte ... 203
Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung ... 204
Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude ... 208

Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz ... 210
Kanalisation ... 210
Wasserwerke ... 212
Technische Grundstücksangelegenheiten ... 217
Städtische Friedhöfe ... 219
Landwirtschaftsbetrieb ... 220
Stadtreinigung und Fuhrpark ... 221
Marktamt ... 224
Veterinäramt, Lebensmitteluntersuchungsanstalt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx ... 231
Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen, Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens ... 238
Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten ... 239

Straße, Verkehr und Energie ... 245
Straßenverwaltung und Straßenbau ... 245
Brückenbau und Grundbau ... 250
Öffentliche Beleuchtung ... 253
U-Bahn-Bau ... 254
Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten ... 256
Wiener Stadtwerke ... 263
Elektrizitätswerke ... 269
Gaswerke ... 273
Verkehrsbetriebe ... 275
Städtische Bestattung ... 279

Fremdenverkehrsverband für Wien ... 282

Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien ... 286

Sachverzeichnis ... 289

Bildnachweis: Landesbildstelle Wien, MA 18 (3), MA 20 (1), MA 30 (2), MA 42 (1) MA 53 (1), MA 68 (2), Bildarchiv der städtischen Bestattung (2), Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke (1), Wiener Stadtwerke — Gaswerke (1), Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe, Lichtbildstelle (1), Foto Franziska (1), Foto Glatz (1), Foto Jeanette (1), Foto Mikes (1)

Verzeichnis der Magistratsabteilungen

1 — Allgemeine Personalangelegenheiten
2 — Personalamt
3 — Besoldungsamt
4 — Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben
5 — Finanzwirtschaft und Haushaltswesen
6 — Rechnungsamt
7 — Kulturamt
8 — Wiener Stadt- und Landesarchiv
9 — Wiener Stadt- und Landesbibliothek
10 — Museen der Stadt Wien
11 — Jugendamt
12 — Sozialamt
13 — Bildung und außerschulische Jugendbetreuung
14 — Sanitätsrechtsangelegenheiten und Sozialversicherung
15 — Gesundheitsamt
17 — Anstaltenamt
18 — Stadtstrukturplanung
19 — Stadtgestaltung
20 — Druckerei und technische Dokumentation
21 — Flächenwidmungs- und Bebauungsplan
22 — Umweltschutz
23 — Gebäude des Sozial- und Gesundheitswesens und verschiedene Nutzbauten
24 — Städtischer Wohnhausbau
25 — Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung
26 — Gebäude des Kultur-, Schul- und Sportwesens, Amtsgebäude und verschiedene Nutzbauten
27 — Erhaltung städtischer Wohnhäuser
28 — Straßenverwaltung und Straßenbau
29 — Brückenbau und Grundbau
30 — Kanalisation
31 — Wasserwerke
32 — Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft
33 — Öffentliche Beleuchtung
34 — Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte
35 — Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten
36 — Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei
37 — Baupolizei
38 — U-Bahn-Bau
39 — Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

40 — Technische Grundstücksangelegenheiten
41 — Stadtvermessung
42 — Stadtgartenamt
43 — Städtische Friedhöfe
44 — Bäder
45 — Wasserbau
46 — Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten
47 — Landwirtschaftsbetrieb der Stadt Wien
48 — Stadtreinigung und Fuhrpark
49 — Forstamt der Stadt Wien
50 — Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung
51 — Sportangelegenheiten
52 — Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude
53 — Presse- und Informationsdienst
54 — Zentraler Einkauf
56 — Städtische Schulverwaltung
58 — Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens
59 — Marktamt
60 — Veterinäramt, Lebensmitteluntersuchungsanstalt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx
61 — Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten
62 — Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten
63 — Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen, Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens
64 — Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten
66 — Statistisches Amt der Stadt Wien
68 — Feuerwehr und Katastrophenschutz
69 — Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten
70 — Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

Vorwort

Der vorliegende Verwaltungsbericht der Stadt Wien enthält die Beiträge der städtischen Dienststellen und Unternehmungen über ihre Tätigkeit im Jahre 1981. Die Berichte reichen von den großen Projekten gesamtstädtischer Bedeutung bis zu einer Vielzahl eher bezirksbezogener Arbeiten, die letztlich aber alle der Verbesserung der Lebensqualität der Wiener Bevölkerung dienen.

Im besonderen sei noch auf den Bericht über die Durchführung der Volkszählung vom 12. Mai 1981 hingewiesen, deren Ergebnis für das finanzielle Leistungsvermögen Wiens von großer Bedeutung ist. Ein gerechter Finanzausgleich bietet zusammen mit der Erhaltung der Vollbeschäftigung und einem qualitativen Wirtschaftswachstum die Gewähr dafür, auch in künftigen Jahren die Ziele der Stadtverwaltung, sanfte Stadterneuerung bei Erhaltung und Schaffung einer gesunden Umwelt, erreichen zu können.

Wien, im September 1982

Magistrat der Stadt Wien
Magistratsabteilung 66 — Statistisches Amt

Verfassung und Verwaltungsorganisation

Veränderungen in den Vertretungskörpern

Der Amtsführende Stadtrat für Straße, Verkehr und Energie, Heinz *Nittel* (SPÖ), wurde am 1. Mai das Opfer eines Mordanschlages. Zu seinem Nachfolger wurde am 14. Mai Gemeinderat a. D. Ing. Fritz *Hofmann* (SPÖ) gewählt.

Ihre Mandate als Mitglieder des Gemeinderates legten zurück:

Leopold *Schwarz* (SPÖ) mit 20. Jänner, Albert *Schultz* (SPÖ) mit Rücksicht auf seine Wahl zum Bezirksvorsteher mit 2. April, Walter *Lehner* (ÖVP) mit 30. April, Dr. Kurt *Zeman* (SPÖ) mit 1. Mai, Ing. Fritz *Hofmann* (SPÖ) im Hinblick auf seine Nominierung als Mitglied des Stadtsenates mit 13. Mai, Ingrid *Smejkal* (SPÖ) mit Rücksicht auf ihre Angelobung als Abgeordnete zum Nationalrat mit 5. Oktober.

Folgende Ersatzmänner wurden in den Gemeinderat berufen und angelobt:

Franz *Haas* (SPÖ) am 30. Jänner, Kurt *Eder* (SPÖ), Karl *Kremnitzer* (SPÖ), Karl *Lacina* (SPÖ) und Peter *Neumann* (ÖVP) am 14. Mai, Gertraud *Marchfeld* (SPÖ) am 30. Oktober.

Am 14. Mai wurde an die 2. Stelle der Vorsitzenden des Gemeinderates Dkfm. Dr. Erich *Ebert* (ÖVP) an Stelle von Walter *Lehner* (ÖVP) gereiht; auf die dadurch freigewordene 5. Stelle wurde Gertrude *Härtel* (ÖVP) berufen.

In den Gemeinderatsausschüssen ergaben sich folgende Änderungen:

Es wurden gewählt in den

— Gemeinderatsausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten
die Gemeinderäte *Eder* (SPÖ) und Dr. *Glatzl* (ÖVP) an Stelle der Gemeinderäte Dkfm. Dr. Sigrun *Schlick* (ÖVP) und Ing. *Svoboda* (SPÖ) am 14. Mai;

— Gemeinderatsausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik
Gemeinderat *Kneidinger* (SPÖ) an Stelle des Gemeinderates *Schultz* (SPÖ) am 14. Mai;

— Gemeinderatsausschuß für Kultur und Bürgerdienst
Gemeinderat Gertraud *Marchfeld* (SPÖ) an Stelle Gemeinderat Ingrid *Smejkal* (SPÖ) am 30. Oktober;

— Gemeinderatsausschuß für Gesundheit und Soziales
die Gemeinderäte Dr. Marilies *Flemming* (ÖVP) und *Lacina* (SPÖ) an Stelle der Gemeinderäte *Lehner* (ÖVP) und Dr. *Zeman* (SPÖ) am 14. Mai;

— Gemeinderatsausschuß für Umwelt und Freizeit
Gemeinderat *Haas* (SPÖ) an Stelle Gemeinderat *Schwarz* (SPÖ) am 30. Jänner; die Gemeinderäte *Freinberger* (SPÖ), Leopoldine *Pfauser* (SPÖ) und *Neumann* (ÖVP) an Stelle der Gemeinderäte *Edlinger* (SPÖ), *Haas* (SPÖ) und Dr. *Glatzl* (ÖVP) am 14. Mai;

— Gemeinderatsausschuß für Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz
die Gemeinderäte *Haberl* (SPÖ), *Lacina* (SPÖ) und Ing. *Svoboda* (SPÖ) an Stelle der Gemeinderäte *Freinberger* (SPÖ), *Kneidinger* (SPÖ) und *Outolny* (SPÖ) am 14. Mai; Gemeinderat *Eder* (SPÖ) an Stelle Gemeinderat Ingrid *Smejkal* (SPÖ) am 30. Oktober;

— Gemeinderatsausschuß für Straße, Verkehr und Energie
die Gemeinderäte *Haas* (SPÖ) und *Kremnitzer* (SPÖ) an Stelle der Gemeinderäte *Haberl* (SPÖ) und *Schultz* (SPÖ) am 14. Mai;

— Kontrollausschuß
Gemeinderat *Outolny* (SPÖ) an Stelle Gemeinderat Dr. *Zeman* (SPÖ) am 14. Mai;

In die Gemeinderätliche Personalkommission wurden am 14. Mai die Gemeinderäte *Eder* (SPÖ) und Dr. *Glatzl* (ÖVP) an Stelle der Gemeinderäte Ing. *Svoboda* (SPÖ) und Dkfm. Dr. Sigrun *Schlick* (ÖVP) gewählt.

In den Sparkassenrat der Zentralsparkasse und Kommerzialbank, Wien, wurde am 21. September Prokurist Dr. Kurt *Mazanek* (ÖVP) an Stelle Dkfm. Dr. Claus J. *Raidl* (ÖVP) gewählt.

Der Gemeinderat trat zu 12 öffentlichen und 10 nichtöffentlichen Sitzungen, der Landtag zu 7 Sitzungen zusammen. Der Stadtsenat hielt 35, die Landesregierung 34, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 4 Sitzungen, das Immunitätskollegium und der Unvereinbarkeitsausschuß hielten je 1 Sitzung ab. Der Gemeinderat behandelte in seinen Sitzungen 928, der Landtag 13, der Stadtsenat 2.696, die Landesregierung 714, der Stadtsenat gemeinsam mit dem Finanzausschuß 5, der Unvereinbarkeitsausschuß 3 Geschäftsstücke und das Immunitätskollegium 1 Geschäftsstück.

Unter den Sitzungen des Gemeinderates und Landtages sind besonders hervorzuheben

die Trauersitzung des Gemeinderates am 8. Mai aus Anlaß der Ermordung des Amtsführenden Stadtrates Heinz *Nittel*, an der nebst den Angehörigen des Verschiedenen der Herr Bundespräsident, Herr Kardinal DDr. *König*, der Herr Bundeskanzler, die Herrn Präsidenten des Nationalrates, der Herr Vizekanzler, einige Bundesminister und der 1. Vorsitzende-Stellvertreter des Bundesrates teilnahmen;

die Festsitzung des Wiener Landtages am 16. Dezember aus Anlaß des 60. Jahrestages der Begründung Wiens

als selbständiges Bundesland. An dieser Festsitzung nahmen der Herr Bundeskanzler, der Präsident und der 3. Präsident des Nationalrates, einige Bundesminister, die Landeshauptleute von Niederösterreich und Kärnten, die Vorsitzenden-Stellvertreter des Bundesrates sowie die Präsidenten des niederösterreichischen Landtages teil.

Magistratsdirektion

Die Magistratsdirektion bestand im Jahre 1981 aus den Referaten Präsidialbüro, Büro des Magistratsdirektors, Ehrenzeichenkanzlei, Koordinationsbüro, Verwaltungsakademie, Verwaltungsrevision, Verwaltungsorganisation, Automatische Datenverarbeitung, Rechtsmittelbüro, Verwaltungstechnik, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten und Stadtbaudirektion.

Im Jahre 1981 hatte das **Präsidialbüro** weit über 6.000 Einlaufstücke zu bearbeiten.

Das Repräsentationsreferat hatte 450 gesellschaftliche Veranstaltungen, 44 Eröffnungsfeierlichkeiten, Grundsteinlegungen und Spatenstichfeiern sowie 21 sonstige Veranstaltungen verschiedener Art vorzubereiten und durchzuführen. Die 450 gesellschaftlichen Veranstaltungen wurden von insgesamt 59.081 Gästen besucht, von denen 21.533 aus dem Ausland kamen. Im Hinblick auf ihre Besucherzahl sind der Empfang anläßlich der Angelobung von 2.300 Jungmännern, der Jungbürgerball mit 2.560 Besuchern sowie der Empfang anläßlich des Internationalen Kongresses für Pharmazeutische Wissenschaft mit 1.950 Teilnehmern besonders zu nennen.

Die Vorbereitung der In- und Auslandsreisen des Herrn Bürgermeisters und offizieller Delegationen der Stadt Wien sowie des Besuches ausländischer Delegationen in Wien und deren Betreuung während des Aufenthaltes war wieder ein weiterer Schwerpunkt in der Tätigkeit des Repräsentationsreferates.

Im Jahre 1981 besuchten folgende Persönlichkeiten das Wiener Rathaus und trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein: Am 12. Februar S. E. der Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg Dr. Pierre *Werner*, am 2. April S. E. der Vorsitzende des Bundesexekutivrates der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien Veselin *Djuranović*, am 8. April S. E. der Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken A. Nikolaj *Tichonow*, am 10. April Kantonsratspräsident von Zürich Ernst *Spillmann*, am 11. Mai Bürgermeister von Kopenhagen Bent *Nebelong*, am 27. Mai Präsident des Regierungsrates des Kantons Bern Henri-Louis *Favre*, am 29. Mai Präsident des Grand Conseil Genf Pierre *Schmid*, am 14. September Präsident des Landtages der autonomen Provinz Trient Riccardo *Ricci*, am 15. Oktober Seine Heiligkeit der Patriarch von Äthiopien Tekle *Haimanot II.* und am 3. Dezember Generalsekretär des Europarates Dr. Franz *Karasek*.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses wurden folgende Ausstellungen gezeigt: Vom 12. bis 24. Jänner „Künstler malen und zeichnen in den Betrieben" (1.573 Besucher), vom 29. April bis 2. August „Tagebuch der Straße" (97.222 Besucher), vom 5. bis 18. Oktober „Moskau — Hauptstadt der UdSSR" (10.798 Besucher) und vom 25. November 1981 bis 17. Jänner 1982 „Picasso in Wien" (80.000 Besucher).

Folgende E r ö f f n u n g e n , Grundsteinlegungen, Benennungen und Inbetriebnahmen wurden vorbereitet und durchgeführt:

Am 28. Februar wurde die U 1 im Streckenabschnitt Nestroyplatz—Praterstern in Betrieb genommen und die U-Bahn-Station Praterstern eröffnet. Eröffnet wurden am 12. März die Kindertagesheime der Stadt Wien in 12, Am Schöpfwerk 29, Stiege 10 und Stiege 12, und am 18. März die Ausstellung „Kennenlernen — Verstehenlernen". Am 21. März wurde die Benennung der städtischen Wohnhausanlage in 18, Gersthofer Straße 125—129, mit „Pablo-Neruda-Hof" feierlich begangen. Am 9. April wurde das Kindertagesheim der Stadt Wien in 21, Schwanngasse 11, eröffnet, am 29. April das 125jährige Bestehen der Wiener Stadtbibliothek mit der Eröffnung der Ausstellung „Tagebuch der Straße — Wiener Plakate" gefeiert. Die Eröffnung des XV. Internationalen Wiener Festwochen-Bowling-Turniers fand am 1. Mai, die des Anna-Freud-Kindertagesheimes der Stadt Wien in 18, Gersthofer Straße 125—129 am 4. Mai statt, ebenso wie die Grundsteinlegung für das Bezirkshallenbad Kagran in 22, Portnergasse—Lenkgasse. Am 16. Mai konnten der neugestaltete Hamerlingpark sowie die Wiener Festwochen, am 30. Mai die Donauinsel, Abschnitt Nord, und die neuerrichtete Straßenbahnhaltestelle auf der Floridsdorfer Brücke, Station Donauinsel, eröffnet werden. Die Eröffnung und Benennung des Pensionistenheimes „Alszeile" fand am 1. Juni, die des 3. Zentralberufsschulgebäudes am 12. Juni statt, ebenso wie die des in den letzten sechs Jahren gestalteten Stadtwäldchens in 21, Großfeldsiedlung. Am 27. Juni wurde die städtische Wohnhausanlage in 17, Neuwaldegger Straße 50—54, der „Karl-Panek-Hof", am 29. Juni der Naturlehrpfad in 11, Kaiserebersdorfer Straße 126, am 30. Juni der neue große Spielplatz in 12, Am Schöpfwerk, ihrer Bestimmung übergeben. Die Besichtigung der neuen Aufforstung im 10. Bezirk am Laaer Berg fand am 4. Juli, die Eröffnung und Benennung des Pensionistenheimes „An der Türkenschanze" am 11. September, die Eröffnung der Ausstellung „Wien 2000" am 17. September statt. Am 19. September wurde die städtische Wohnhausanlage in 15, Schwendergasse 41, „Karl-Holoubek-Hof" benannt, am 20. September die Seniorenwoche 1981 eröffnet, am 23. September eine städtische Wohnhausanlage „Johann-Holzer-Hof", am 26. September jene in 2, Wehlistraße 131—143, „Hubert-Hladej-Hof" benannt. Die feierliche Übergabe der 200.000sten Gemeindewohnung fand am 2. Oktober statt ebenso wie die Eröffnung der städtischen Wohnhausanlage in 16, Ameisbach-

zeile 119—123. Am 5. Oktober wurde die Ausstellung „Moskau — Hauptstadt der UdSSR" eröffnet, am 7. Oktober die Benennung des Wiener Weststadions in 14, Keisslergasse 6, mit „Gerhard-Hanappi-Stadion" vorgenommen. Die Eröffnung der Volksschule der Stadt Wien in 23, Akaziengasse 52—54, fand am 22. Oktober statt. Am 24. Oktober wurde die Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus enthüllt. Die Benennung der Sportanlage der Stadt Wien in 10, Heuberggstättenstraße (Laxenburger Straße) mit „Franz-Hölbl-Sportanlage" wurde am 24. Oktober feierlich begangen, die Eröffnung des Kindertagesheimes der Stadt Wien in 16, Ottakringer Straße 202, am 29. Oktober, die Eröffnung der A 22-Donauuferautobahn und die feierliche Enthüllung des neuaufgestellten Lessing-Denkmals in 1, Judenplatz, am 31. Oktober. Am 9. November erfolgte die Grundsteinlegung für das Berufsrehabilitationszentrum für psychisch Kranke in 21, Autokaderstraße (Spundagasse), am 25. November die Eröffnung der Ausstellung „Picasso in Wien", am 28. November die Übergabe der restaurierten Dreifaltigkeitssäule (Pestsäule). Die Spatenstichfeier anläßlich des Baubeginnes der 145.000sten städtischen Wohnung, die nach 1945 errichtet wurde, in 3, Lechnerstraße 2—4, fand am 3. Dezember, die Grundsteinlegung für ein Wiener Pensionistenheim in 14, Felbigergasse 79, am 12. Dezember, eine weitere für ein Pensionistenheim in 4, Phorusplatz, am 19. Dezember und die Inbetriebnahme des U-Bahn-Teilstückes Hietzing—Hütteldorf am 20. Dezember statt.

An 1.121 Neunzigjährige, 192 Fünfundneunzigjährige und an 45 Hundert- und Mehrjährige, somit an 1.358 Wiener Geburtstagsjubilare, wurden im Rahmen von Ehrungen die Anerkennungsgaben der Stadtverwaltung überreicht. Weiters wurden 3 Gnaden-, 2 Steinerne, 11 Eiserne, 258 Diamantene und 1.360 Goldene, insgesamt 1.634 Hochzeitsjubelpaare, ins Wiener Rathaus zu Feiern eingeladen, wobei ihnen die Erinnerungsdiplome überreicht wurden.

Das Stenographenbüro erstellte die Stenographischen Protokolle bei 7 Landtags- und 12 Gemeinderatssitzungen im Umfang von zusammen 1.219 Druckseiten sowie bei 35 Sitzungen der Landesregierung und des Stadtsenates die Protokolle mit insgesamt 1.115 Maschinschreibseiten.

Der Dolmetsch- und Übersetzungsdienst sorgte für insgesamt 1.289 Übersetzungen aus 24 Sprachgebieten und war außerdem bei einer großen Zahl von Veranstaltungen und Besprechungen mit Dolmetscherdiensten betraut.

Einer der Schwerpunkte in der Tätigkeit des **Büros des Magistratsdirektors** lag auch im Jahre 1981 wieder auf dem Gebiet des Verfassungsdienstes. Die Wiener Stadtverfassungskommission (WStV-K), die im Büro des Magistratsdirektors eingesetzt wurde, um eine umfassende Überarbeitung der Wiener Stadtverfassung — vor allem hinsichtlich der Gesetzessprache, Systematik und Übersichtlichkeit — vorzunehmen, hielt im Jahre 1981 16 Sitzungen ab.

Im Rahmen des Legistischen Dienstes waren 137 Gesetz- und Verordnungsentwürfe des Bundes zu begutachten. Außerdem wurden die Vorlagen von 16 Landesgesetzen, 13 Verordnungen der Landesregierung, 6 Verordnungen des Landeshauptmannes und 3 Kundmachungen des Magistrates einer Prüfung unterzogen. Wegen seines umfangreichen Regelungsinhaltes ist in diesem Zusammenhang das Bundesgesetz vom 12. Juni 1981 über die Presse und andere publizistische Medien (Mediengesetz), BGBl. Nr. 314/1981, zu erwähnen. Im Hinblick auf die gesetzestechnischen Anforderungen erweisen sich insbesondere die verschiedenen Novellen zu den Sozialversicherungsgesetzen (ASVG usw.) von besonderer Bedeutung. Von den Landesgesetzen, die im Jahre 1981 vom Landtag beschlossen wurden, sind die Vergnügungssteuergesetznovelle 1981, LGBl. für Wien Nr. 16/1981, sowie das Gesetz vom 27. März 1981, mit dem das Veranstaltungsgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 17/1981, hervorzuheben.

Das Land Wien ist im Jahre 1981 nach eingehenden und umfangreichen Vorarbeiten der Vereinbarung gemäß Art. 15 B-VG, betreffend den Landesgrenzen überschreitenden Berufsschulbesuch, beigetreten.

Im Rahmen des Verfassungsdienstes und des Legistischen Dienstes wurden wie in den Vorjahren auch 1981 zahlreiche Anfragen beantwortet. Einen breiten Raum nehmen stets auch die vom Büro des Magistratsdirektors auszuarbeitenden Rechtsgutachten ein, die immer wieder vor allem von politischen Funktionären angesprochen werden. Zur Regelung rechtlicher und organisatorischer Fragen wurden 89 Erlässe herausgegeben. So wurde zum Beispiel mit Erlaß vom 23. Juli 1981, MD — 1240 — 5/80, die Abwicklung städtischer Grundtransaktionen neu geregelt. Die Herausgabe dieser Dienstvorschrift, die den Erlaß vom 5. März 1975, MD — 842 — 1/75, ersetzt, erwies sich im Hinblick auf mehrfach festgestellte Koordinationsmängel als erforderlich und wurde nach umfangreichen Untersuchungen über die optimale Ablauforganisation bei Durchführung von städtischen Grundtransaktionen vorgenommen. In Fortsetzung der Bemühungen, generelle Weisungen zu aktualisieren, erfolgte mit Erlaß vom 12. August 1981, MD — 1379 — 1/81, eine umfassende Zusammenstellung der Stempelgebühren, Verwaltungsabgaben, Kommissions- und Überwachungsgebühren. Diese Zusammenstellung ersetzt mehrere Erlässe der Magistratsdirektion, die teilweise bis in das Jahr 1968 zurückreichten und die durch die seither mehrfach eingetretenen Änderungen der Abgabentatbestände und Tarife überholt waren. Zu erwähnen ist im Hinblick auf die besondere Bedeutung in organisatorischer Hinsicht auch die Allgemeine Dienstvorschrift für die magistratischen Bezirksämter (Organisationshandbuch), die mit Erlaß vom 9. Dezember 1981, MD — 803 — 4/79, herausgegeben wurde. Mit Erlaß vom 2. Juli 1981, MD — 1275 — 2/81, betreffend organi-

satorische und personelle Änderungen der MD-Stadtbaudirektion, erfolgte zur Optimierung der Leistungen im technischen Bereich eine Neustrukturierung der MD-Stadtbaudirektion, bei der fünf Gruppen und fünf Dezernate geschaffen wurden. Die Errichtung von neuen Außenstellen des Bürgerdienstes wurde mit Erlaß vom 10. März 1981, MD — 1931 — 4/80, verfügt. Dadurch hat die Stadtverwaltung ihr Angebot an Serviceleistungen erweitert.

2.982 Geschäftsfälle wurden von der Verbindungsstelle an den Herrn Landesamtsdirektor bzw. an das Amt der Wiener Landesregierung herangetragen und vom Büro des Magistratsdirektors — in den meisten Fällen nach Einholung von Stellungnahmen der betroffenen Fachdienststellen — erledigt.

Die Kanzlei des Büros des Magistratsdirektors hatte insgesamt 8.792 Geschäftsstücke zu protokollieren. Der Rückgang gegenüber den Vorjahren ist auf den Umstand zurückzuführen, daß die MD-Präsidialbüro nunmehr über ein eigenes Protokoll verfügt.

Das Büro des Magistratsdirektors bereitete zwei Landeshauptmännerkonferenzen, zwei Landtagspräsidentenkonferenzen, drei Landesamtsdirektorenkonferenzen (zwei ordentliche und eine außerordentliche) sowie eine Magistratsdirektorenkonferenz vor.

Einen weiteren wesentlichen Aufgabenbereich des Büros des Magistratsdirektors stellte die Dienstaufsicht über die Leiter von Magistratsabteilungen und magistratischen Bezirksämtern, über Bedienstete mit Sonderaufgaben, Bedienstete der Magistratsdirektion, soweit sie dem höheren Dienst angehören oder als Sondervertragsbedienstete im höheren Dienst tätig sind, sowie über alle sonstigen rechtskundigen Bediensteten und die Redakteure der Stadt Wien dar. Mit Stichtag 31. Dezember 1981 waren dies 321 Bedienstete, wovon 199 dem rechtskundigen Dienst angehörten. Im Jahre 1981 erfolgten im Dienstaufsichtsbereich 13 Aufnahmen in den städtischen Dienst, 11 Übernahmen von Bediensteten aus anderen Dienstaufsichtsbereichen und 24 Versetzungen. Ausgeschieden sind 19 Bedienstete.

Hinsichtlich der Bestellung von Bediensteten mit Sonderaufgaben gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat waren die Vorarbeiten für sechs Neubestellungen (Stadtbaudirektor und fünf Gruppenleiter) zu leisten.

Das Büro des Magistratsdirektors hatte ferner die Ausschreibungen für die Besetzung von acht Posten von Dienststellenleitern durchzuführen. Im Zusammenhang mit den Postenausschreibungen waren auch die Sitzungen der Begutachtungskommission vorzubereiten und deren Ergebnisse zu verarbeiten.

Die Prüfung für den rechtskundigen Dienst haben acht Bedienstete mit Erfolg abgelegt.

Der Disziplinarkommission lagen 33 Fälle, der Disziplinarprüfungskommission 2 Fälle zur Erledigung vor.

Im Rahmen der Bürogeschäfte des Landessanitätsrates hatte das Büro des Magistratsdirektors drei Sitzungen des Landessanitätsrates vorzubereiten und einzuberufen. Für zehn leitende ärztliche Stellen in städtischen Krankenanstalten mußten die Bewerber begutachtet werden. Dem Herrn Landeshauptmann war in der Folge jeweils ein Gutachten über diese Bewerber zu erstatten.

An das Referat für Auszeichnungen und Remunerationen wurden 1.129 Anträge auf Förderungen und 8.493 Anträge auf Gewährung von Remunerationen gestellt.

Wie bereits in den vergangenen Jahren hatte das Büro des Magistratsdirektors auch im Jahre 1981 zwei Bezirksamtsleiterbesprechungen vorzubereiten und durchzuführen.

Im Rahmen der Fachaufsicht über die Schlichtungsstellen wurden drei Besprechungen für Schlichtungsreferenten abgehalten.

Im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens (BVW), dessen Bürogeschäfte das Büro des Magistratsdirektors führt, sind 226 Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung der Stadt Wien eingelangt. Die Gesamtzahl der seit der Institutionalisierung des Vorschlagswesens im Jahre 1970 eingereichten Verbesserungsvorschläge hat sich damit auf 1.928 erhöht. Dem Rückgang der Zahl der eingelangten Vorschläge im Vergleich zum Vorjahr steht ein gleichbleibend hoher Anteil an positiv bewerteten Anregungen gegenüber. Von den 212 in den vier Sitzungen des Ausschusses für das Betriebliche Vorschlagswesen im Jahre 1981 beurteilten Vorschlägen konnten 53 für eine Realisierung geeignet befunden und mit Prämien bedacht werden. Die Summe der zuerkannten Prämien betrug 148.900 S, die beiden höchsten Einzelprämien je 30.000 S. Das sind die höchsten Einzelprämien seit Bestehen des Betrieblichen Vorschlagswesens.

Die Beratende EDV-Kommission hat die Aufgabe, sich mit allen Fragen der automatischen Datenverarbeitung im Bereich des Magistrates zu befassen und hiebei insbesondere die Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Dringlichkeit von EDV-Vorhaben zu prüfen, Prioritäten und zeitliche Abläufe festzulegen und die Durchführung der genehmigten Projekte zu verfolgen. Ziel ihrer Tätigkeit ist es, dem Magistratsdirektor Grundlagen für Entscheidungen auf diesem Gebiet an die Hand zu geben. Die Kommission hat im Jahre 1981 elfmal getagt. In den beiden letzten Sitzungen wurde auch über die Fortschreibung des 1979 entwickelten mittelfristigen EDV-Konzeptes um ein weiteres Jahr beraten.

Die **Magistratsdirektion-Ehrenzeichenkanzlei** hatte im Bereich der Stadt- und Landesauszeichnungen 437, in dem der Bundesauszeichnungen 327 Akten zu bearbeiten. Gegenüber dem Jahre 1979 hat sich somit eine Zunahme um 58 Prozent ergeben. Im Jahre 1980 wurde durch die Ehrung von Bezirksräten, Gemeinderä-

ten und anderen Mandataren ein weit über dem üblichen Durchschnitt hinausreichender Aktenstand erreicht. Bei den Bundesauszeichnungen blieb der Aktenstand etwa gleich.

Überreicht wurde das große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien Sektionschef Dr. Wilhelm *Grimburg*.

16 Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden überreicht, darunter dem Dermatologen Univ.-Prof. Dr. Josef *Tappeiner*, dem Direktor der Ärztekammer Wien Hofrat Dr. Walter *Urbarz*, dem Schriftsteller Prof. Karl *Bruckner* und dem Gemeinderat und Stadtphysikus Med.-Rat Dr. Kurt *Zeman*.

13 Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien wurden vergeben, darunter an den Musikschriftsteller Hofrat Prof. Dr. Hans *Jancik*, den Generalinspektor der Zollwache Min.-Rat Dr. Otto *Gratschmayer* und an das Architektenehepaar Eva und Karl *Mang*.

93 Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien wurden überreicht, darunter dem Präsidenten der Österreichisch-Polnischen Gesellschaft Dr. Theodor *Kanitzer*, dem Maler Karl *Bednarik*, dem Restaurateur Ing. Hugo *Reinprecht*, dem Konzertmeister des ORF-Symphonieorchesters Prof. Dr. Viktor *Redtenbacher*, dem Kapellmeister Adolphe *Sibert* und Louise *Gerstner* sowie einer Reihe von Bezirksräten.

96 Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien wurden vergeben, unter anderem an die Webern-Forscherin Rosaleen *Moldenhauer*, den Präsidenten des Verbandes Österreichischer Landsmannschaften Ing. Peter *Jegel* und an zahlreiche Bezirksräte.

Eine Rettungsmedaille des Landes Wien wurde überreicht. 356 Einsatzmedaillen des Landes Wien erhielten Angehörige des Roten Kreuzes, des Rettungsdienstes und des Arbeiter-Samariter-Bundes in Würdigung ihrer großen Leistungen anläßlich des Zugsunglücks im Wiener Südbahnhof sowie Angehörige verschiedener freiwilliger Feuerwehren in Würdigung ihrer besonderen Einsatzbereitschaft anläßlich von Sturmschäden in Wien.

Vier Insignien der Ehrung „Ehrenbürger der Stadt Wien" erhielten Vizekanzler a. D. DDr. Bruno *Pittermann*, Präsident des Nationalrates a. D. Prof. Dr. Alfred *Maleta*, Komponist Ernst *Krenek* und die Abgeordnete zum Nationalrat a. D. Rosa *Jochmann*.

Vier Ehrenringe der Stadt Wien wurden den Kammerschauspielern Prof. Hans und Hofrat Hermann *Thimig*, Direktor Hofrat Prof. Dr. Ernst H. *Haeusserman* und Prof. Hans *Jaray* überreicht.

Zehn Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Gold bekamen unter anderem Regisseur ao. Hochschul-Prof. Otto *Schenk*, Direktor der Österreichischen Galerie Hofrat Dr. Hans *Aurenhammer*, Prof. Heinz *Conrads* und der Neurologe Univ.-Prof. Dr. Walther *Birkmayer*.

Fünf Ehrenmedaillen der Bundeshauptstadt Wien in Silber wurden an den Musikschriftsteller Prof. Rudolf *Klein*, den Bühnenbildner Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gottfried *Neumann-Spallart*, den Komponisten Prof. Hans *Staeps* und den Drehbuchautor Kurt *Nachmann* sowie an die Schriftstellerin Doris A. *Mühringer* vergeben.

Eine Otto-Glöckel-Medaille der Stadt Wien wurde Hauptschuldirektor Walter *Hofmann* überreicht.

Eine Verdienstplakette der Stadt Wien für Leistungen im Siedlungs- und Kleingartenwesen wurde vergeben.

Weiters wurden die Insignien zur Hausgehilfenehrung und eine Reihe von Bundesauszeichnungen überreicht, die entweder von der MD-Ehrenzeichenkanzlei beantragt oder von Bundesdienststellen zur Durchführung des Prüfungsverfahrens übermittelt worden waren.

Für die grundsätzlich einheitliche Regelung der Ehrungen wurden weitere Vorschläge, zum Beispiel Richtlinien für Bedienstete der Bundespolizeidirektion Wien und des Österreichischen Bundesheeres, ausgearbeitet, um neben dem bereits vereinheitlichten Prüfungsverfahren auch die sinngemäße Anwendung der Richtlinien des Bundes bei der Graduierung der Auszeichnungen gewährleisten zu können. Des weiteren ist es gelungen, durch die Vergabe von Aufträgen für die Herstellung der verwendeten Orden und Ehrenzeichen an eine andere Firma die diesbezüglichen Kosten bei gleicher, zum Teil auch besserer Qualität und Ausführung um nahezu die Hälfte zu senken. Durch ein effizienteres Prüfungsverfahren und die Heranziehung weiterer Dienststellen und Körperschaften sowie verschiedener Institutionen konnten die Vollständigkeit, Genauigkeit und Objektivität des Ehrungsverfahrens noch weiter verbessert werden.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der **Magistratsdirektion-Koordinationsbüro** lag im Jahre 1981 in der Bewältigung vielfältiger grundlegender Koordinierungsaufgaben.

Mit 1. Jänner 1981 wurde der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro durch eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien zusätzlich die Aufgabe der Evidenthaltung von mit Bundesdienststellen in Verhandlung stehenden grundsätzlichen Angelegenheiten übertragen.

Der vom Koordinationsbüro geleitete „Arbeitsausschuß Stadtentwicklungsplan" setzte seine Arbeit mit der Fertigstellung eines längerfristigen Leitbildes für die räumliche Entwicklung Wiens fort. Dem Arbeitsausschuß oblag es, vor allem die Arbeitsergebnisse der Fachbereiche kritisch zu überprüfen und die notwendige Koordinierung durchzuführen.

Vom Koordinationsbüro wurde im Jahre 1981 ein umfassender Bericht über die Stadterneuerung erstellt. Aufbauend auf Meldungen der mit Fragen der Stadterneuerung befaßten Dienststellen wurden vom Koordinationsbüro in diesem Bericht alle für die Stadterneuerung relevanten Daten aufgenommen und eine Übersicht über die Leistungen der Stadt Wien in diesem Bereich sowie über die bisher getätigten Ausgaben erstellt. Jähr-

lich werden von der Stadtverwaltung für Stadterneuerungsmaßnahmen insgesamt rund 11 Milliarden Schilling aufgewendet.

Einen weiteren Schwerpunkt im Aufgabenspektrum des Koordinationsbüros bildeten jene Angelegenheiten, bei denen eine Abstimmung von Interessen der Stadt Wien mit solchen des Bundes erforderlich war.

Im Sinne der dem Koordinationsbüro neu übertragenen Aufgabe, die mit Bundesdienststellen in Verhandlung stehenden grundsätzlichen Angelegenheiten in Evidenz zu halten, wurde eine aktuelle Zusammenstellung von den zwischen Stadt Wien und Bund offenen Fragen vorgenommen und in wichtigen Sachbereichen Koordinierungsschritte eingeleitet.

Vom Koordinationsbüro wurden weiters die Grundlagen für ein Forderungsprogramm der Stadt Wien betreffend Bundeshochbauten erarbeitet. Diese Forderungen bezogen sich auf Maßnahmen im Bereich der Erhaltung und Verbesserung von Bundesobjekten, der Verbesserung der Versorgung mit Bundeseinrichtungen sowie auf Planungs- und Liegenschaftsangelegenheiten.

Wegen der Bedeutung der Volkszählung 1981 für die Zuteilung von Mitteln aus dem Finanzausgleich und die Verteilung der Nationalratsmandate hat sich das Koordinationsbüro in die Vorbereitung und Abwicklung der Großzählung eingeschaltet und insbesondere darauf hingewirkt, daß die Wiener Bevölkerung bei der Volkszählung lückenlos erfaßt wird. In einer Informations- und Aufklärungskampagne hat man die Bevölkerung über die Wichtigkeit dieser Zählung informiert. Mit Hilfe von Kontrollisten wurde die Vollständigkeit der Zählung überprüft. Um der ungerechtfertigten Abwerbung von Wienern, die in anderen Gemeinden einen weiteren Wohnsitz haben, entgegentreten zu können, wurden in einer umfassenden Aktion Fakten gesammelt, die in dem im Volkszählungsgesetz vorgesehenen Anhörungsverfahren bei allen jenen Personen geltend gemacht wurden, die in Wien einen Wohnsitz bekanntgaben, sich jedoch in einer anderen Gemeinde zählen ließen. Insgesamt wurden im Anhörungsverfahren über 30.000 Wiener für Wien reklamiert.

Weiters wurden vom Koordinationsbüro gemeinsame Anliegen der Bundesländer Wien und Niederösterreich an den Bund erfaßt, um die Interessen der Ostregion gegenüber Bundesdienststellen entsprechend vertreten zu können. Bei den Anliegen handelt es sich um Investitionsvorhaben, die insbesondere der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur dienen, sowie um erwünschte Maßnahmen des Bundes zur Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage der Ostregion.

Vertreter der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro nahmen auch an den regelmäßig zwischen Stadt Wien und den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) stattfindenden Koordinierungsgesprächen teil. Im Rahmen dieser Gespräche wurden neben Einzelkoordinierungsfragen auch grundsätzliche Überlegungen über Varianten des langfristigen Schnellbahnausbaues in Wien angestellt sowie kurzfristig realisierbare Investitionen im Schnellbahnbereich aufgezeigt. Im Rahmen der Gespräche Stadt Wien — ÖBB wurden auch die Vorstellungen der Stadt Wien zum Frachtenbahnhofskonzept der ÖBB, insbesondere im Zusammenhang mit dem geplanten weiteren Ausbau bestehender Frachtenbahnhöfe, diskutiert.

Bei der Koordinierung von Anliegen der Internationalen Organisationen stand im Jahre 1981 neben diversen Einzelproblemen insbesondere die Frage der Errichtung einer Internationalen Schule mit Standort in 22, Prandaugasse—Siebeckstraße im Vordergrund. Vom Koordinationsbüro wurden in diesem Tätigkeitsfeld auch die Interessen der Stadt Wien bei Verhandlungen im Zusammenhang mit Problemen der IIASA in Laxenburg, der beabsichtigten Gründung des Internationalen Institutes für Rohstofforschung, der IAEO-Laboratorien in Seibersdorf sowie der Vorbereitung der UN-Weltraumkonferenz, die im August 1982 in der Wiener Hofburg stattfinden soll, wahrgenommen. Über Anregung des Koordinationsbüros wurde auch eine Studie über die Bedeutung der Internationalen Organisationen in Wien durchgeführt. Derzeit sind rund 4.000 Beschäftigte bei Internationalen Organisationen tätig. Der Wirtschaft fließen aus der Anwesenheit der Internationalen Organisationen jährlich rund 1,6 Milliarden Schilling zu.

Das Koordinationsbüro beteiligte sich im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) an einer Studie, die einen internationalen Vergleich der Struktur, Probleme und Entwicklungstendenzen von Großstädten in westlichen Industriestaaten zum Gegenstand hatte. Die Ergebnisse dieser Studie zeigten, daß die Bevölkerungsabnahme in Großstädten ein internationaler Trend in den entwickelten Industrieländern ist. Auf Grund der Ergebnisse wird nunmehr geprüft, durch welche Impulse eine gegenläufige Entwicklung eingeleitet werden kann und die negativen Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges und des Zurückbleibens der Wirtschaftskraft gemildert werden können.

Im Koordinationsbüro wurde unter anderem auch geprüft, welche Auswirkungen sich durch den geplanten weiteren Ausbau der Donaukraftwerke für Wien, insbesondere durch veränderte Staulagen bzw. Fließgeschwindigkeiten der Donau auf die Abwasserbeseitigung, den Hafenbetrieb und die Grundwasserwerke, ergeben.

Vom Koordinationsbüro wurden die Bemühungen fortgesetzt, allgemeines Grundlagenmaterial auszuwerten und dieses allen interessierten Dienststellen zur Verfügung zu stellen. Eine wichtige Aufgabe stellte auch die Beobachtung der Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der Arbeitsmarktlage, dar. Das Koordinationsbüro hat mehrfach darauf hingewiesen, daß sich im industriellen und baugewerblichen Bereich die Arbeitsmarktsituation verschlechtert, was einerseits auf die ungünstige Produktionsentwicklung, aber auch auf das offensichtliche

Abwandern von Arbeitskräften aus benachbarten Bundesländern auf den Wiener Arbeitsmarkt zurückzuführen ist.

Um sicherzustellen, daß im Bereich des Magistrates eine auf die Erfordernisse abgestimmte Forschungstätigkeit durchgeführt wird, hat das Koordinationsbüro wie bereits in den vergangenen Jahren Koordinierungsbesprechungen mit den forschenden Fachdienststellen geführt und für das Jahr 1982 ein abgestimmtes Forschungsprogramm erstellt. In Anbetracht der angespannten Budgetsituation der Stadt Wien wurde darauf geachtet, nur dringend notwendige Arbeiten vorzusehen.

Die vom Koordinationsbüro aufgebaute Auftragsevidenz über die Forschungsarbeiten der Stadt Wien wurde 1981 fortgeführt. Wichtige Forschungsergebnisse wurden allen daran interessierten Fachdienststellen zugänglich gemacht. Die seit 1960 geführte Zusammenstellung der Forschungsarbeiten der Stadt Wien wurde um jene Arbeiten ergänzt, die 1979 und 1980 abgeschlossen wurden. Diese Zusammenstellung ist nach Sachgebieten und Fachdienststellen gegliedert.

Das Koordinationsbüro fungiert auch als Geschäftsstelle des im Jahre 1978 gegründeten Koordinationskomitees Bund—Land Wien für Rohstofforschung, Rohstoffversorgungssicherung und Energieforschung. 1981 wurden zwei Sitzungen abgehalten, in denen vier gemeinsam finanzierte Projekte behandelt wurden.

Wie in den vergangenen Jahren wurden vom Koordinationsbüro wieder Berichte über die Dienstreise systematisch erfaßt und auf neu gewonnene Erkenntnisse hin durchgearbeitet. 1981 sind 258 Dienstreiseberichte zugegangen, von den 185 an andere Dienststellen zur Information weitergeleitet wurden.

Um die Auswirkungen der zukünftigen Wohnbautätigkeit auf soziale und technische Einrichtungen der Infrastruktur besser beurteilen zu können sowie um festzustellen, ob die Bauträger über ausreichende Flächenreserven verfügen, führt das Koordinationsbüro in Intervallen von zwei Jahren bei den wichtigsten Wohnbauträgern Erhebungen über Wohnbauflächenreserven durch. Die Ergebnisse der Erhebung des Jahres 1981 zeigen, daß, wie in den letzten Jahren, Wohnbauflächenreserven für einen Zeitraum von rund 4 bis 5 Jahren vorrätig sind. Rund 50 Prozent der Flächen befinden sich im dichtbebauten Gebiet und sind daher der Stadterneuerung zuzurechnen.

Gemeinsam mit den zuständigen Fachdienststellen hat das Koordinationsbüro erstmals auch die Subjektförderung im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 analysiert und dabei festgestellt, daß die Gesamtausgaben für Wohnbeihilfen in den letzten Jahren wesentlich gestiegen sind. In einzelnen Wohnhausanlagen erreicht der Anteil der Subjekthilfebezieher bereits 70 Prozent.

In den der Magistratsdirektion-Koordinationsbüro im Jahre 1979 angegliederten zwei neuen Aufgabenbereichen, dem „Arbeitskreis Energie" und der „Koordinationsstelle Donaubereich Wien", wurden die begonnenen Arbeiten intensiv fortgesetzt.

Der Arbeitskreis Energie hat 1981 sechs Ausschüsse betreut, die insgesamt 14 Sitzungen abgehalten haben.

Der Arbeitsausschuß 1 befaßte sich mit dem Fernwärmeanschluß von Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien. Im Rahmen eines Ende 1980 ausgearbeiteten Zweijahresplanes wurde 1981 der Anschluß von 500 Wohnungen an die Fernwärme vorbereitet. Für 1982 ist der Anschluß von weiteren 1.000 Wohnungen vorgesehen. Ende 1981 wurde ein Dreijahresplan für die Jahre 1983 bis 1985 in Angriff genommen. Über die an die Fernwärme anzuschließenden Gebiete konnte bereits ein grundsätzlicher Konsens erzielt werden.

Der Arbeitsausschuß 2 befaßte sich mit Fragen des Einsatzes der Sonnenenergie in Bädern sowie Energieflußmessungen in Hallenbädern. Da die 1980 durchgeführten Meßreihen ergeben haben, daß beim Ablesen der Meßinstrumente durch das Bedienungspersonal der Bäder keine genügend genauen Meßergebnisse erreicht werden können, hat der Arbeitskreis Energie eine zentrale Registriereinheit entwickelt, die es ermöglicht, die Meßergebnisse von 32 Meßeinheiten zu erfassen und nach einem Zeitprogramm auf Band zu speichern. Auf diesem Band können im Wochenbetrieb bis zu 64.000 Meßergebnisse gespeichert und sodann in einer vom Arbeitskreis Energie angeschafften Rechenanlage abgelesen, ausgedruckt und rechnerisch ausgewertet werden. 1981 wurden diese vollautomatischen Meßgeräte im Theresienbad eingebaut. Für 1982 ist der Einbau von Meßgeräten im Hietzinger Bad vorgesehen. Vom Arbeitskreis Energie angeschaffte Strommeßgeräte mit Impulsgeber sollen in Zukunft für Energieflußmessungen bei Wärmepumpeneinheiten eingesetzt werden. Der erste Einsatz dieser Geräte ist in den Kinderfreibädern Hugo-Wolf-Park und Rodaun vorgesehen.

Der Arbeitsausschuß 3 bereitete Kontrollmessungen an Heiz- und Kombithermen in der neu errichteten und teilweise mit Solarheizungen ausgestatteten Wohnhausanlage Johann-Gottek-Gasse im 23. Bezirk vor. Diese Wohnhausanlage wird im März 1982 der Wohnhausverwaltung übergeben werden. Der Ausschuß 3 hat auch in Zusammenarbeit mit den Wiener Gaswerken in sechs mit Gasthermen beheizten Objekten Meßeinheiten eingebaut, um Vergleichsmessungen durchführen zu können.

Der Arbeitsausschuß 4 befaßte sich mit der Entwicklung eines Sonnenenergieturmes, der in der Wohnhausanlage in 23, Johann-Gottek-Gasse zur Aufstellung gelangt. Der Sonnenenergieturm wird Heizwärme und Warmwasser für vier Wohnobjekte liefern.

Der Arbeitsausschuß 5 hat sich im Jahre 1981 mit einem Gas-Wärmepumpen-Projekt zur besseren Auswertung der Wärme der Heilquelle Oberlaa befaßt.

Ende 1981 wurde ein sechster Arbeitsausschuß gegründet, der sich mit Wärmepreisvergleichen sowie mit der Vorbereitung von entsprechendem Informationsmaterial, mit dem für den Anschluß von Wohnungen an die Fernwärme geworben werden soll, befaßt.

Über Auftrag des Arbeitskreises Energie wurde in der Heizwerkstätte der MA 32 eine dritte Kollektorgeneration entwickelt, an der Messungen des thermodynamischen Wirkungsgrades sowie Materialuntersuchungen durchgeführt werden.

Die Koordinationsstelle Donaubereich Wien hat im Jahre 1981 Verhandlungen mit dem Bund über eine Klärung der künftigen Grundbesitzverhältnisse im Donaubereich fortgeführt. In Verhandlungen konnte erreicht werden, daß Niederösterreich seine rechtlichen Bestimmungen jenen Regelungen anpaßt, die für den Donaubereich auf Wiener Stadtgebiet bereits Anwendung finden.

Um im Katastrophenfall kurzfristig gezielte Maßnahmen treffen zu können, wurde mit den verschiedenen Fachdienststellen des Magistrates bzw. Organisationen, die außerhalb des Magistrates stehen, ein Alarm- und Einsatzplan ausgearbeitet. Eine im Sommer 1981 abgehaltene größere Einsatzübung zeigte als Ergebnis, daß sich die getroffenen Maßnahmen (Meldestellen für Unfälle, Kooperation der Rettungsmannschaften innerhalb und außerhalb des Magistrates) bereits gut bewähren.

1981 konnten weitere fertiggestellte Abschnitte der Donauinsel und der Neuen Donau, vor allem der Bereich Langenzersdorf bis zur Floridsdorfer Brücke, der Bevölkerung zur Benutzung übergeben werden. Durch die Fertigstellung der Fußgeher- und Grünbrücken im Zuge der Überfuhrstraße bzw. der Teslagasse über die A 22 konnte die Erreichbarkeit des linken Ufers der Neuen Donau und der Donauinsel für Floridsdorfer Bürger wesentlich verbessert werden. Besonders stark frequentiert wurde der Südteil der Neuen Donau, in dem bereits insgesamt 6.000 Stellplätze für Kraftfahrzeuge zur Verfügung stehen. Das Parkplatzangebot wird durch das Rückversetzen der Leitschienen entlang der Raffineriestraße weiter ausgebaut. Die große Beliebtheit der Neuen Donau und Donauinsel bei der Wiener Bevölkerung und die damit verbundene starke Frequenz — bis zu 200.000 Besucher an Wochenenden — haben es erforderlich gemacht, auch entsprechende Folgeeinrichtungen, wie z. B. gastronomische Betriebe, Sanitäranlagen, weiter auszubauen. Auf der Neuen Donau und Donauinsel wurde im Jahre 1981 auch eine Reihe Veranstaltungen, die teilweise von Dienststellen des Magistrates, teilweise von privaten Interessentengruppen organisiert und durchgeführt wurden, abgehalten. In diesem Zusammenhang muß insbesondere das Eröffnungsfest im Nordteil der Donau, bei dem etwa 200.000 Gäste erschienen waren, sowie ein vier Tage dauerndes Folkfestival im Südteil der Donau mit etwa 25.000 Besuchern erwähnt werden. Darüber hinaus wurden 1981 Sportveranstaltungen im Rudern, Windsurfen, Segeln und Wettfischen veranstaltet. Auch das nun schon traditionelle Zeltlager der Stadt Wien sowie eine Reihe von Veranstaltungen im Rahmen der Familiensonntage, bei denen z. B. auch Erste-Hilfe-Kurse durchgeführt wurden, fanden auf der Donauinsel statt.

Einen wichtigen Schwerpunkt in der Tätigkeit der Koordinationsstelle Donaubereich Wien bildete die Vorbereitung größerer Bauvorhaben. So war es 1981 möglich, die auf die öffentliche Hand entfallenden Kosten für die Errichtung des Segelhafens im Nordabschnitt der Neuen Donau durch eine Abänderung des Projektes wesentlich zu senken. Weiters ist es gelungen, für den Segelhafen, der im Endausbau neben den erforderlichen gastronomischen Einrichtungen und technischen Anlagen Platz für 300 Boote an Schwimmstegen und ein Bootshaus für 500 Boote aufweisen wird, eine Gesellschaft auf privatwirtschaftlicher Basis zu gründen. Ähnliche Überlegungen werden für die Errichtung und den Betrieb des im Auslaufbereich flußabwärts des Wehres 2 der Neuen Donau geplanten Motorboothafens angestellt.

Für den ehemaligen als Getreidespeicher verwendeten Stahlbetonskelettbau am rechten Ufer der Donau, der ursprünglich hätte abgerissen werden sollen, konnten Interessenten gefunden werden, die die baukünstlerisch interessante Bausubstanz zu revitalisieren beabsichtigen.

Die Tätigkeit im öffentlichen Dienst erfordert nicht nur eine schulische Vorbildung oder berufliche Fachausbildung, sondern zudem auch eine den besonderen Aufgaben der Verwaltung gerecht werdende berufsspezifische Ausbildung. Daraus erklärt sich auch der Umstand, daß die erfolgreiche Ablegung einer besonderen Dienstprüfung noch immer die Voraussetzung für die Übernahme in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis bildet. In Österreich lag die Beamtenausbildung anders als in vielen europäischen Staaten seit jeher in der Hand des jeweiligen Verwaltungsträgers. Diese intern durchgeführte Ausbildung war für eine Reihe von Gebietskörperschaften der Ansatzpunkt, eigene Verwaltungsakademien einzurichten und diesen die Aus- und Weiterbildung der Bediensteten zu übertragen. Die Verwaltungsakademie der Stadt Wien wurde bereits im Jahre 1929 gegründet und wird seit dem Jahre 1977 als selbständige Dienststelle im Rahmen der Magistratsdirektion geführt. Diese neue Organisationsform ermöglichte es der Magistratsdirektion-Verwaltungsakaden e, ihre Stellung als zentrale Bildungseinrichtung des Wiener Magistrates immer weiter auszubauen und die Aus- und Fortbildung der städtischen Bediensteten in qualitativer und quantitativer Hinsicht zu steigern.

Erstmals wurde im Jahre 1981 damit begonnen, neu aufgenommene Bedienstete sofort in das Aus- und Fortbildungswesen einzubinden. Noch vor ihrer Zuteilung zur ersten Dienststelle wird den Berufsanfängern die Möglichkeit geboten, in einwöchigen Einführungsseminaren die Grundzüge der Organisation und Aufgaben



Der Vorsitzende des Ministerrates der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, A. Nikolaj Tichonow, wird bei seinem Besuch im Rathaus von Bürgermeister Leopold Gratz empfangen

Magistratsdirektion

Vorsitzender des Bundesexekutivrates der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Veselin Djuranovič, trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Bürgermeister Leopold Gratz begrüßte den Gast





Anläßlich seines offiziellen Besuches im Rathaus wird der Generalsekretär des Europarates, Dr. Franz Karasek, von Bürgermeister Leopold Gratz begrüßt

Magistratsdirektion

Der Ministerpräsident des Großherzogtums Luxemburg, Dr. Pierre Werner, trägt sich in das Goldene Buch der Stadt Wien ein. Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner empfing den Gast



der Stadtverwaltung kennenzulernen sowie Informationen über die Arbeitsabläufe und die dienstrechtlichen Vorschriften zu erhalten. Überdies wird in diesen Seminaren auch die Einstellung zur Verwaltungstätigkeit als Dienst am Bürger durch einen psychologisch aufgebauten Seminarblock vermittelt. Durch diese Seminare ist es gelungen, einen Brückenschlag zwischen den oft sehr unklaren eigenen Vorstellungen über die Tätigkeit in der Verwaltung und den tatsächlichen Anforderungen im Berufsleben herbeizuführen. Weiters ist die Verwaltungsakademie dazu übergegangen, die neuen Mitarbeiter vor Beginn ihrer Ausbildung in den Dienstprüfungskursen in Einführungsveranstaltungen über die Organisation und Ziele der Ausbildung zu unterrichten.

Für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen stehen der Verwaltungsakademie in Wien insgesamt 18 mit modernen audiovisuellen Geräten ausgestattete Kurs- und Seminarräume zur Verfügung. Zwei Räume sind als Phonotytielehrsäle eingerichtet, von denen ein Raum eine Zusatzeinrichtung zur Verwendung als Sprachlabor aufweist. Überdies werden auch laufend Konferenzräume anderer Dienststellen für Schulungszwecke herangezogen. Für Seminare, die wegen des Erfordernisses einer ungestörten Arbeitsatmosphäre außerhalb von Wien durchgeführt werden müssen, hat die Verwaltungsakademie mit einer Reihe von Hotels kostengünstige Vereinbarungen abgeschlossen. Um den Hin- und Rücktransport der Seminarteilnehmer zu gewährleisten, wurde im Jahre 1981 aus Mitteln der Verwaltungsakademie zusätzlich ein Kleinbus angekauft. Infolge der Ausweitung der Seminartätigkeit wurde auch eine transportable Farb-Videoanlage neu angeschafft, so daß der Verwaltungsakademie insgesamt 4 Videoanlagen zur Verfügung stehen.

Im Rahmen des Ausbildungs- und Prüfungswesens wurden bis Juni 1981 zwanzig Vorbereitungskurse für die Dienstprüfungen abgeschlossen. Das sind um zwei Kurse mehr als im vergangenen Jahr. Zu den Dienstprüfungen traten 145 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 239 Kanzleibedienstete an. Ab September 1981 wurden 22 Kurse geführt, zu denen 12 rechtskundige Bedienstete, 187 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes und 295 Kanzleibedienstete eingeteilt wurden. Außerdem fanden 8 Ausbildungslehrgänge in Maschinschreiben für neu aufgenommene Verwaltungsbeamte statt, wobei insgesamt 168 Verwaltungsbeamte das Kursziel erreicht haben. Für die Lehrlinge bei der Stadt Wien wurden ein Kurs in Stenographie und Maschinschreiben und zwei Kurse über „Richtiges Rechtschreiben" durchgeführt.

Aus dem Skriptenstand der Verwaltungsakademie wurden den städtischen Bediensteten 8.364 Skripten, die als Lernbehelf für die Aus- und Fortbildungsveranstaltungen und gleichzeitig als Arbeitsbehelf für dienstliche Zwecke dienen, kostenlos zur Verfügung gestellt. Zusätzlich wurden 15.524 Skripten für den Dienstgebrauch ausgegeben, wobei den Dienststellen 109 verschiedene, auf den neuesten Stand gebrachte Skripten angeboten wurden.

Der fortlaufenden Schulung der Vortragenden in den Dienstprüfungskursen wurde wieder besonderes Augenmerk zugewandt. Für die an der Verwaltungsakademie tätigen Referenten wurden allein im Jahre 1981 sieben Seminare veranstaltet, welche Didaktik, Medienkunde, Lernpsychologie und richtiges Prüfen zum Inhalt hatten.

Den Bürokaufmannslehrlingen leistet die Verwaltungsakademie durch Refresher-Seminare Hilfestellung für eine erfolgreiche Ablegung der Lehrabschlußprüfung. Überdies hat die Verwaltungsakademie den Bürokaufmannslehrlingen durch die Ausgabe von Bildungsschecks den kostenlosen Besuch von Veranstaltungen der Wiener Volkshochschulen und des Österreichischen Stenographenverbandes im Gegenwert von 25.000 S ermöglicht. Die für die Betreuung der Lehrlinge vorgesehenen Lehrlingsausbilder wurden auf ihre Tätigkeit in eigenen Seminaren vorbereitet.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der Verwaltungsakademie lag, wie bereits in den vergangenen Jahren, auf dem Gebiet der berufsbegleitenden Fortbildung. An insgesamt 360 Veranstaltungen — in dieser Zahl sind die zahlreichen Kurse und Seminarreihen nur als Einzelveranstaltungen gerechnet — haben etwa 7.300 Bedienstete teilgenommen. Die Palette des Bildungsangebotes der Verwaltungsakademie reicht von berufsorientierten allgemeinen Veranstaltungen bis zu berufs- und fachspezifischen Kursen sowie Seminaren über Verhaltenstraining und Führungskräfteschulung.

Die von der Verwaltungsakademie durchgeführten berufsorientierten allgemeinen Veranstaltungen sind allen Bediensteten ohne Unterschied auf ihre berufliche Stellung frei zugänglich. Im Rahmen dieses allgemeinen Veranstaltungsprogramms werden Veranstaltungen angeboten, die der Hebung des Wissensstandes dienen und die Mitarbeiter in die Lage versetzen sollen, im dienstlichen Bereich gesellschaftliche, rechtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge besser zu erkennen. Darunter fallen etwa Veranstaltungen, die einen Einblick in die Tätigkeiten und Leistungen der Stadtverwaltung bieten, Schwerpunkte des Verwaltungshandelns aufzeigen oder Probleme, mit denen die Verwaltung in den einzelnen Verwaltungssparten konfrontiert wird, darlegen. Andere Veranstaltungen haben den Zweck, die Vollziehung neuer Rechtsvorschriften zu erläutern oder die Mitarbeiter mit ihren dienstlichen Rechten und Pflichten näher vertraut zu machen. Aber auch die von der Verwaltungsakademie im Jahre 1981 geführten 15 Englisch- und Französisch-Sprachkurse, die außerhalb der Dienstzeit besucht werden können, werden im allgemeinen Veranstaltungsprogramm angeboten. Dazu kommen noch Kurse über die elektronische Datenverarbeitung, über Erste Hilfe, über Maschinschreiben und Stenographie sowie Exkursionen zu stadtischen Einrichtungen. Um die Publizität dieses Veranstaltungs-

programms zu erhöhen, wird die periodische Bekanntgabe der Veranstaltungen im Erlaßweg zusätzlich durch Plakate, die den Dienststellen zur Anbringung in den Amtsgebäuden übergeben werden, erhöht. Außerdem wird das Veranstaltungsprogramm wöchentlich in der Mitarbeiterzeitschrift „Wien aktuell" veröffentlicht. Der Verwaltungsakademie ist es durch diese Öffentlichkeitsarbeit gelungen, die Bediensteten direkter und rascher über das allgemeine Bildungsangebot zu informieren. Ein Erfolg dieser Breitenwirkung hat sich in den ständig steigenden Besucherzahlen bereits niedergeschlagen.

In den berufs- und fachspezifischen Fortbildungsveranstaltungen werden den Bediensteten fortlaufend Kenntnisse für ihren jeweiligen beruflichen Aufgabenbereich vermittelt. Wesentliche Bedeutung kommt hiebei der Schulung der Sachbearbeiter zu. Das Programm dieser Kurse wird von der Verwaltungsakademie im engen Einvernehmen mit den Fachdienststellen festgelegt. Im Jahre 1981 wurden derartige Fortbildungskurse unter anderem für Mitarbeiter der MV-ADV sowie der MA 4, 6, 11, 12, 17, 36, 46 und 70 durchgeführt. Aber auch Schulungsveranstaltungen für bestimmte Aufgabengebiete (z. B. Vergabe von Leistungen, Erstellung von Drucksorten, Mietrechtsangelegenheiten) oder Zielgruppen (z. B. Rundfahrtenführer, Spitalsverwalter, leitende Krankenpflegepersonen, Kanzleileiter, Mitarbeiter in der Ehe- und Familienberatung) bieten Ansatzpunkte für eine planmäßig betriebene Bildungsarbeit.

Für den Bereich der technischen Bediensteten hat die Verwaltungsakademie im Einvernehmen mit der MD-Stadtbaudirektion einen Zyklus von fachspezifischen Veranstaltungen begonnen. Die Durchführung unter der Leitung von fachkundigen Bediensteten des Magistrates in Seminarräumen der Verwaltungsakademie in Wien ermöglicht eine optimale Schulung der Bediensteten, die Vermittlung der letzten wissenschaftlichen Erkenntnisse und eine ungestörte Diskussion der einzelnen Problemkreise bei verhältnismäßig geringem Kostenaufwand. Die Schulungs- und Nachschlagunterlagen, die von den Vortragenden aus diesen Anlässen ausgearbeitet wurden, stehen mittlerweile in Form von Skripten allen städtischen Bediensteten zur Verfügung, werden auch im Rahmen von Dienstprüfungskursen ausgegeben und häufig als Handbehelf für den Dienstbetrieb angefordert. Der Zyklus wurde mit einer von der MA 39 — Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien vorbereiteten Seminarreihe über „Wärmeschutz" eröffnet. Gerade in einer Zeit des übermäßigen Ansteigens der Energiekosten erwies sich eine theoretische Einführung in diesen Themenbereich, die Behandlung von Baustoffverhalten und die Erstellung von Berechnungs- und Konstruktions-Beispielen für bauplanende und bauausführende Dienststellen als überaus wertvoll. Insgesamt nahmen 375 Bedienstete an diesem Seminar teil.

Im Dienste des Umweltschutzes stand der nächste Seminarzyklus, der dem „Lärm- und Schallschutz" gewidmet war. Insgesamt wurden im Rahmen dieser Veranstaltung 400 Bedienstete mit den physikalischen Grundlagen, bauakustischen Anforderungen und Meßmethoden sowie mit den erforderlichen Abhilfemaßnahmen in Emissionsfällen vertraut gemacht. Eine eigene Seminargruppe befaßte sich mit den Lärmschutzmaßnahmen im Straßenbau. Auch für diese Seminare wurden Fachleute der Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien eingesetzt, die an Hand eigens dafür erarbeiteter Unterlagen und unter gleichzeitiger Demonstration verschiedener Versuchsmodelle sowie Meßgeräte den Seminarstoff an Ort und Stelle mit praktischen Beispielen veranschaulichen konnten.

Der Zyklus „Vorbeugender und baulicher Brandschutz" wurde von der Verwaltungsakademie im Einvernehmen mit Fachleuten der MA 35 — Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten und der MA 68 — Feuerwehr und Katastrophenschutz vorbereitet. Gerade die zahlreichen größeren Brandvorkommnisse in der jüngeren Vergangenheit und auch die Neuorganisation der bau- und gewerbepolizeilichen Agenden ließen die Behandlung dieses Themenkreises besonders vordringlich erscheinen. Das bisher von 160 Bediensteten besuchte Brandschutzseminar vermittelte den einschlägig tätigen Amtssachverständigen einen Wissensausgleich mit den besonderen Kenntnissen und Erfahrungen der Sachverständigen der MA 35 und der MA 68. Eine Zusammenstellung der rechtlichen Grundlagen und einschlägigen Önormen, das Aufzeigen der Möglichkeiten und Grenzen bau- und gewerbebehördlicher Vorschreibungen und eine Darstellung der Erfordernisse des vorbeugenden betrieblichen Brandschutzes aus der Sicht der Feuerwehr bildeten den Kern der dabei vermittelten Information.

An Hand der von den Teilnehmern anonym abgegebenen Seminarbeurteilungen konnte man erkennen, daß die Aufarbeitung derartiger Fachthemen in Seminarform bei den Bediensteten großen Anklang gefunden hatte. In den Beurteilungen wurde auch vielfach auf die Notwendigkeit einer weiteren Fortbildung in Detailgebieten hingewiesen. Der damit eingeleitete regelmäßige Erfahrungsaustausch läßt eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Serviceleistungen der Wiener Stadtverwaltung erwarten.

Den von der Verwaltungsakademie veranstalteten Schulungen auf verhaltensmäßigem Gebiet liegen die Ergebnisse und Methoden der praktischen Psychologie zugrunde. Diese hat überall dort, wo sie über die reine Diagnose hinausgeht und die Veränderung des Menschen anstrebt, das Anliegen, die Möglichkeiten des Menschen zu erweitern und den Grad seiner Selbststeuerung zu erhöhen. Nach dem heutigen Wissen verfügt der Mensch über mehr Fähigkeiten und Erlebnismöglichkeiten als er zu nutzen versteht. Die Nutzbarmachung dieser Reserve ist ein Ziel. Das andere ist, daß der Mensch lernen muß, sein Verhalten und sein Leben selbst zu steuern und nicht nur auf seine Bedürfnisse und auf Einwirkungen von außen zu reagieren. Die Programme für die verschiedensten Arten des Verhaltenstrainings wurden in Zusammenarbeit mit Hoch-

schullehrern und Hochschulinstituten erstellt. Ein besonderes Trainingsprogramm wurde für leitende Beamte entwickelt, das sich mit Fragen der Selbststeuerung, der Motivation und der Führung von Mitarbeitern beschäftigt. Bei diesen Führungskräften wird besonderer Wert auf folgende Bildungsziele gelegt: die Fähigkeit zu logischem, analytischem, kritischem und strukturierendem Denken, die Fähigkeit zu dispositivem Denken, die Fähigkeit, sich Ziele zu setzen und zu entscheiden, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und die Fähigkeit zur Ausdauer und Leistungsfreude aus dem Bewußtsein, Aufgaben lösen zu können. Für Dienststellenleiter und deren Stellvertreter hat die Verwaltungsakademie eine aus drei Seminarblöcken bestehende Seminarreihe „Psychologisches Führungskräftetraining" entwickelt, die im Jahre 1981 von etwa 100 Führungskräften besucht wurde. Im Herbst 1981 hat die Verwaltungsakademie einen Seminarzyklus über das „Führen von Mitarbeitern" begonnen, an dem bereits 40 Zwischenvorgesetzte teilgenommen haben. Andere Zielgruppen des Verhaltenstrainings sind Bedienstete, die starken Parteienverkehr oder sonst intensive dienstliche Kontakte mit Bürgern haben. Da das Ansehen, das eine Verwaltung bei der Bevölkerung genießt, nicht zum geringen Teil davon abhängig ist, in welcher Weise die Vertreter der Verwaltung ihr gegenüberstehen, ist eine Schulung der Bediensteten auf diesem Gebiet besonders wichtig. Sinn und Ziel des Verhaltenstrainings bestehen aber nicht darin, Techniken zu lernen, sondern die Einstellung und das Verhalten gegenüber dem anderen, dem Bürger, dem Mitarbeiter oder dem Vorgesetzten zu verbessern. Zu diesen Seminaren zählen Schulungen für den Parteienverkehr, Kommunikationstraining für Bürgerversammlungen, Verhaltenstrainingsseminare für besondere Beamtengruppen (z. B. Hausinspektoren, Angehörige des Bürgerdienstes und der MD-ADV) und Seminare über den Umgang mit Wohnungswerbern.

Für Bedienstete, die Verhandlungen zu führen haben oder laufend an Verhandlungen teilnehmen, werden spezielle Seminare über „Rede- und Verhandlungstraining" durchgeführt.

Zunehmende Bedeutung erlangen die Kurse, in denen mit Hilfe von Moderatoren Grundlagen und Voraussetzungen für Organisationsentwicklungen erarbeitet, neue Modelle für die Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Bevölkerung entworfen und Aufgabenkataloge mit Prioritätsvorschlägen erstellt werden. Die Gruppendynamik findet hiebei ein Anwendungsfeld.

In methodischer Hinsicht wird je nach Bildungsaufgabe und Zielgruppe ein variationsfähiges Instrumentarium von Lehrformen eingesetzt. Dieses reicht vom Frontalvortrag bis zu mitarbeitsintensiven Lehr- und Lernmethoden, wie Gruppenarbeit, Projekt- und Fallstudien. Die audiovisuellen Hilfsmittel unterstützen die Arbeit. Zur Erleichterung des Lernens und zum ergänzenden Selbststudium stellt die Verwaltungsakademie den städtischen Bediensteten Skripten zur Verfügung. Diese Skripten dienen auch als wertvoller Behelf für deren dienstliche Tätigkeit.

Da die Verwaltungsakademie einen großen Überblick über die Veranstaltungsprogramme anderer Bildungseinrichtungen besitzt, kann sie den Bediensteten durch Gewährung von Kostenbeiträgen ermöglichen, ausgewählte Veranstaltungen anderer Institutionen zu besuchen. Dieser Weg wird dann beschritten, wenn die Abhaltung eigener Veranstaltungen wegen der geringen Zahl der dafür in Frage kommenden Bediensteten nicht zweckmäßig oder wirtschaftlich ist. Im Jahre 1981 betrug die Höhe der Zuschüsse, die 233 Bediensteten für den Besuch von Veranstaltungen anderer Bildungseinrichtungen gewährt wurden, rund 460.000 S.

Die im Jahre 1981 von der Verwaltungsakademie durchgeführten Vorarbeiten zur Bereinigung der Wiener Rechtsvorschriften haben ergeben, daß in Wien derzeit mehr als 900 Rechtsvorschriften aus dem Bereich der Landes- und Gemeindeverwaltung sowie der mittelbaren Bundesverwaltung in Geltung stehen. Auf Grund der Meldungen der Fachdienststellen stehen der MD-Verwaltungsakademie nunmehr chronologisch und systematisch geordnete Aufzeichnungen über diesen Bestand in Karteiform zur Verfügung. Diese Kartei ermöglichte es auch, eine Übersicht zu erstellen, welche der geltenden Vorschriften infolge ihrer Nichtanwendbarkeit, ihrer geringen Bedeutung für die Praxis oder aus sonstigen Gründen aufgehoben oder abgeändert werden sollen sowie welche Vorschriften einer zusammenfassenden Publikation bedürfen. Als Nebeneffekt gibt die Karteiorganisation einen Überblick über die legistischen Aktivitäten in Wien während einzelner Zeitabstände. Der hohe Prozentsatz an Regelungen, den selbst die zuständigen Fachdienststellen als überarbeitungsbedürftig (11%), wiederverlautbarungsbedürftig (6%) oder entbehrlich bezeichneten, bestätigt erneut die Notwendigkeit der Durchführung einer Rechtsbereinigung. Auf Grund eines Berichtes über die Schlußfolgerungen, die sich aus dieser Bestandsübersicht ergaben, erhielt die Verwaltungsakademie den Auftrag, unter Mitarbeit der Fachdienststellen eine nach Fachgebieten geordnete Sammlung der geltenden Texte aller Wiener Rechtsvorschriften, und zwar in Form einer Loseblattausgabe vorzubereiten, die ständig auf dem letzten Stand gehalten werden soll. Bestehende Publikationseinrichtungen (Landesgesetzblatt, Amtsblatt der Stadt Wien) sollen durch die Loseblattausgabe der Wiener Rechtsvorschriften nicht berührt werden. Gleichzeitig mit dem Aufbau der erwähnten Sammlung werden — entsprechend dem eigentlichen Ziel einer Rechtsbereinigung — die notwendigen organisatorischen Maßnahmen vorbereitet, um unter Mitarbeit der Fachdienststellen formell zwar noch in Kraft stehendes, inhaltlich jedoch überholtes Rechtsgut auszuscheiden und durch legistische Maßnahmen weitgehend Klarheit über den geltenden Rechtsbestand zu schaffen. Ein zu diesem Zweck im Jahre 1981 ausgearbeiteter Diskussionsentwurf eines Wiener Rechtsbereinigungsgesetzes bedient sich dazu der

Technik der „negativen Ausschlußwirkung". Die mit einem solchen Gesetz verbundene Absicht besteht darin, alle landesrechtlichen Vorschriften aufzuheben, die vor einem bestimmten Stichtag in Kraft getreten sind. Von dieser generellen Aufhebung sollen allerdings solche Rechtsvorschriften ausgenommen bleiben, die weiterhin benötigt und in einer dem Gesetz angeschlossenen Positivliste ausdrücklich aufrechterhalten werden. Die Einbringung eines derartigen Gesetzesentwurfes ist selbstverständlich jedoch erst dann sinnvoll, wenn die Zahl der vor dem Stichtag gelegenen und noch aufrechtzuerhaltenden Rechtsvorschriften wesentlich reduziert wird. Eine Zusammenstellung der für eine Aufhebung oder Wiederverlautbarung in Betracht kommenden Vorschriften wird bereits an Hand des Karteiapparates vorbereitet. Mit einer solchen Bereinigung des Wiener Rechtsbestandes in Verbindung mit der Herausgabe einer vom Magistrat redigierten Loseblattausgabe des Wiener Rechtes wäre nicht nur ein wesentlicher Beitrag zur Rechtssicherheit und Rechtsklarheit geleistet, sondern auch den Bürgern und den Organen der Vollziehung der Zugang zum Recht wesentlich erleichtert.

Die **Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision (MD-VR)** hatte am 31. Dezember 1981 die Dienstaufsicht über 92 Beamte des höheren Verwaltungsdienstes, 9 Beamte des höheren Archivdienstes, 14 Beamte des höheren Bibliotheksdienstes, 14 Beamte des höheren Dienstes in den Museen, weiters über 2.113 Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, 471 Fachbeamte des Erziehungsdienstes und Erzieher, 30 Erziehungsberater, 478 Fachbeamte des Fürsorgedienstes und Fürsorger, 184 Fachbeamte des Büchereidienstes und Büchereibedienstete, 105 Bedienstete der Automatischen Datenverarbeitung, ferner über 1 Arzt, 2 Tierärzte, 15 Bedienstete der Stadtbaudirektion, 3.495 Kanzleibeamte, 512 Amtsgehilfen, 71 Teilzeitbeschäftigte, schließlich über 369 Sondervertragsbedienstete, Heimaufseher, Kraftwagenlenker, Facharbeiter, Hilfskräfte usw., 690 Bürokaufmannslehrlinge und 30 bautechnische Zeichnerlehrlinge.

Von den insgesamt 8.695 der Dienstaufsicht unterstellten Bediensteten befanden sich am 31. Dezember 1981 139 im Karenzurlaub aus Anlaß der Mutterschaft, 33 leisteten zu diesem Zeitpunkt den ordentlichen Präsenzdienst bzw. Zivildienst ab und 164 wurde ein Urlaub ohne Bezüge gewährt, in der Mehrzahl der Fälle als Fortsetzung des Karenzurlaubes aus Anlaß der Mutterschaft. In Ausübung der Dienstaufsicht wurden 2.008 Bedienstete innerhalb der städtischen Dienststellen versetzt. Durch Pensionierung, Dienstesentsagung, Kündigung oder Tod schieden 603 Bedienstete aus. Im Jahre 1981 bewarben sich mit 475 Maturanten weit mehr als in den vergangenen Jahren um die Aufnahme als Fachbeamte des Verwaltungsdienstes. Unter Bedachtnahme auf das Anforderungsprofil mußten daher zusätzliche Auswahlkriterien in Form psychologischer Tests eingeführt werden, um in Anbetracht der notwendigen Personaleinsparungen schließlich die 110 am besten geeigneten Bewerber aufzunehmen. Der Bedarf an Kanzleibeamten wurde vorwiegend aus den Reihen der ausgelernten Bürokaufmannslehrlinge, zum Teil aber auch durch 144 Neuaufnahmen gedeckt.

Von den 606 Jugendlichen, die nach ihrer Bewerbung zum Aufnahmetest für Bürokaufmannslehrlinge beim Magistrat der Stadt Wien eingeladen wurden, sind 521 zur Prüfung angetreten. 250 haben den Test bestanden und wurden zur Aufnahme vorgeschlagen. 223, davon 180 Mädchen und 43 Burschen, haben ihre Ausbildung im August und September begonnen. Von den 40 zum Aufnahmetest geladenen Bewerbern um eine Anstellung als bautechnische Zeichnerlehrlinge sind 34 zur Prüfung angetreten. 16 haben diese bestanden. 14, davon 2 Mädchen und 12 Burschen, wurden im September aufgenommen. Insgesamt standen am 31. Dezember 1981 690 Jugendliche, die vom Lehrlingsreferat betreut wurden, in einem Lehrverhältnis zur Stadt Wien, und zwar 660 Bürokaufmannslehrlinge (220 im ersten, 214 im zweiten und 226 im dritten Lehrjahr) und 30 bautechnische Zeichnerlehrlinge (14 im ersten, 9 im zweiten und 7 im dritten Lehrjahr). 218 Bürokaufmannslehrlinge und 9 bautechnische Zeichnerlehrlinge beendeten ihre Ausbildung. 41 Bürokaufmannslehrlinge haben ihre Lehrzeit mit „ausgezeichnetem Erfolg" abgeschlossen, 68 Bürokaufmanns- und 3 bautechnische Zeichnerlehrlinge beendeten ihre Lehrzeit mit „sehr gutem Erfolg". Zur Lehrabschlußprüfung vor einer Prüfungskommission der Wiener Handelskammer haben sich 214 Bürokaufmanns- und 9 bautechnische Zeichnerlehrlinge angemeldet, davon sind 204 zur Prüfung angetreten. 197 bestanden die Prüfung, 33 davon mit „ausgezeichnetem Erfolg". 7 treten zu einem späteren Termin an. Von den 9 bautechnischen Zeichnerlehrlingen bestanden 8 die Prüfung.

In der Zentralen Ausbildungsstelle für Lehrlinge wurden 242 Bürokaufmannslehrlinge in 14tägigen Turnussen unterwiesen. Die Lehrlinge wurden mit dem Aufbau des Magistrates vertraut gemacht, hörten Vorträge entsprechend den Ausbildungsrichtlinien, nahmen an Exkursionen teil und wurden zu einschlägigen Übungen und Arbeiten herangezogen.

Lehrlinge, die auf Grund ihrer schulischen Erfolge und arbeitsmäßigen Leistungen in den Vordergrund traten, sind besonders ausgezeichnet worden. So wurden 107 Vorzugsschüler (103 Bürokaufmannslehrlinge und 4 bautechnische Zeichnerlehrlinge) vom amtsführenden Stadtrat für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu einer Stadtrundfahrt und einer Jause sowie 41 ausgelernte, junge Kanzleibedienstete zu einem Mittagessen in den Rathauskeller eingeladen. 139 Lehrlinge im dritten Lehrjahr (134 Bürokaufmannslehrlinge und 5 bautechnische Zeichnerlehrlinge) erhielten Remunerationen im Wert von je 1.100 S.

Die bewährte Aktion „Bildungsscheck" wurde gemeinsam mit der MD-Verwaltungsakademie weitergeführt. Alle im Jahre 1981 aufgenommenen Bürokaufmannslehrlinge und bautechnische Zeichnerlehrlinge erhielten

diese Gutscheine im Wert von je 500 S, mit denen während der gesamten Lehrzeit Kurse an Wiener Volkshochschulen oder beim Österreichischen Stenographenverband belegt werden können.

Gemeinsam mit der MD-Verwaltungsakademie wurden 10 Vorbereitungsseminare für die Ablegung der Lehrabschlußprüfung abgehalten, an denen alle Bürokaufmannslehrlinge des dritten Lehrjahres teilnahmen. Als Vortragende konnten wieder Vertreter der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes gewonnen werden.

Weiters wurden fünf zweitägige Seminare für Ausbilder durchgeführt. In Zusammenarbeit zwischen Berufsschule, Bildungsreferat der Gewerkschaft, MD-Verwaltungsakademie und dem Lehrlingsreferat wurden wieder mehrere Nachhilfekurse in Rechtschreiben, Kurzschrift und Maschinschreiben abgehalten.

Die Bediensteten des Lehrlingsreferates der MD-Verwaltungsrevision haben auch 1981 wieder zahlreiche Kontaktgespräche mit Lehrlingen, deren Eltern und den Ausbildern geführt, vor allem anläßlich der Aufnahmen und der halbjährlichen Zuteilungsänderungen, um ein allen Teilen gerecht werdendes Ausbildungsniveau und somit das Ausbildungsziel zu erreichen. Zur Förderung der Berufsausbildung wurde so wie alle Jahre ein Wettbewerb in Stenographie und Maschinschreiben für städtische Bedienstete veranstaltet. Von den 1.842 abgegebenen Arbeiten wurden 1.056 mit Diplomen bedacht, außerdem 146 Preise verliehen.

Auch im Jahre 1981 nahmen Bedienstete der MD-Verwaltungsrevision an einer großen Anzahl von Besprechungen und Revisionen teil oder führten diese selbständig durch, wozu insgesamt 905 Einzeleinsätze erforderlich waren. Auf Grund der Überprüfungsergebnisse konnte wieder eine größere Anzahl von Dienstposten eingespart werden.

Zu Jahresbeginn war jede der rund 350 Kassen des Magistrates auf Grund des Vorjahresumsatzes einer von acht Gefahrenklassen zuzuordnen, um damit die Höhe der Kassierzulagen für jene Bediensteten festzusetzen, die im Parteienverkehr ständig mit der Annahme und Leistung von Barzahlungen betraut sind. Weiters war über Anträge auf Zuerkennung von Nebengebühren, wie Personal-, Bau-, Sonder- und Außendienstzulagen sowie Mehrdienstleistungsvergütungen, zu entscheiden. So mußten im Jahre 1981 rund 2.500 derartige Anträge, um rund 400 mehr als im Vorjahr, auf ihre Berechtigung geprüft werden.

Für die Durchführung der Großzählung 1981 wurden sämtliche Zähler aus dem eigenen Personalstand bestellt und den magistratischen Bezirksämtern zur Verfügung gestellt. Für die Volksbefragungen vom 15. bis zum 17. November und vom 9. bis zum 11. Dezember wurde das für die Annahmestellen erforderliche städtische Personal zugeteilt. Für die Agrarstatistischen Erhebungen durch die magistratischen Bezirksämter sowie für die Ausstellung neuer Sozialpässe durch die MA 12 wurde das notwendige Personal gleichfalls beigestellt. Sämtliche Aktionen konnten zum größten Teil mit städtischen Bediensteten durchgeführt werden, der restliche Personalbedarf wurde durch Aufnahme von Aushilfsbediensteten für Büroarbeiten abgedeckt. Um die klaglose Abwicklung aller dieser Aktionen zu gewährleisten, war die Teilnahme an zahlreichen Besprechungen in der MD-Verwaltungsorganisation, im MD-Koordinationsbüro sowie in den MA 1, 62 und 66 notwendig.

Im Jahre 1981 wurden rund 600 Anträge betreffend Kilometergeldangelegenheiten behandelt. Trotz Erhöhung des Kilometergeldsatzes von 3,00 auf 3,20 S mit 1. September 1981 wurden die budgetierten Mittel nicht aufgebraucht. Bei vielen Abteilungen konnte trotz ständiger Erweiterung des Aufgabengebietes eine Reduktion der Kilometeranzahl erreicht werden, da vor allem in den Innenbezirken die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel zweckmäßiger erscheint.

Durch die seit Jahren praktizierte Anlegung strenger Maßstäbe bei der Genehmigung von Dienstreisen konnte gegenüber dem Vorjahr neuerlich eine Reduktion der Gesamtzahl der Dienstreisen um rund 8 Prozent erreicht werden. Eine Einsparung von Budgetmitteln war jedoch nicht möglich, da zwar die Anzahl der Inlandsdienstreisen, die größtenteils für die Betreuung von Baustellen außerhalb von Wien notwendig sind, rückläufig ist, jedoch im Jahre 1981 vermehrt Auslandsdienstreisen wegen Teilnahme an Kongressen oder Studienreisen von Delegationen der Stadt Wien durchgeführt werden mußten. Es zeigt sich, daß der Kontakt zwischen den Stadtverwaltungen vieler Großstädte immer enger wird, da diese vermehrt vor Probleme gestellt werden, deren Lösung durch einen Erfahrungsaustausch zwischen den Gebietskörperschaften leichter gestaltet werden kann.

Die Volksanwaltschaft, die mit Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, Landesgesetzblatt für Wien Nr. 14/1978, auch für den Bereich der Verwaltung des Landes Wien für zuständig erklärt wurde, hat 150 Beschwerden dem Landeshauptmann für Wien zur Kenntnis gebracht. Die MD-Verwaltungsrevision hat diese Beschwerden überprüft, bearbeitet und der Volksanwaltschaft Mitteilung erstattet. Die Beschwerden konnten zumeist mit einer Aufklärung über die Sach- und Rechtslage erledigt werden. In den Fällen, in denen die Beschwerden als berechtigt befunden worden sind, wurde der Beschwerdegrund durch Weisungen an die Dienststellen abgestellt.

Weiters waren 132 Dienstaufsichtsbeschwerden zu behandeln. In der Mehrzahl der Fälle wurde hiebei von der Bevölkerung ein unsachliches, schwerfälliges Vorgehen einzelner Bediensteter bzw. einer Dienststelle kritisiert. Durch umgehende Erhebungen — meist in Form von Überprüfungen an Ort und Stelle — konnte der Sachverhalt jeweils rasch festgestellt werden. In einigen Fällen handelte es sich lediglich darum, kleine Unzukömmlichkeiten abzustellen oder Mißverständnisse seitens des Beschwerdeführers aufzuklären. In vielen Fällen

war es jedoch erforderlich, durch koordinierende Maßnahmen zwischen mehreren beteiligten städtischen Dienststellen dem Beschwerdeführer schnell und möglichst unbürokratisch zu seinem Recht zu verhelfen.

Insgesamt 34 Kontrollamtsberichte wurden bearbeitet, wobei besonders problematische Fälle auf dem Gebiet der Gebarungsvorschriften sowie der Sicherheitskontrolle behandelt worden sind.

Die Tätigkeit des Referates für Sofortmaßnahmen innerhalb der MD-Verwaltungsrevision teilt sich aus arbeitstechnischer Sicht in die Bereiche „Sofortmaßnahmen" und „Mobiler Bürgerdienst". Dem Referat für Sofortmaßnahmen obliegt es, den Wünschen, Anliegen und Beschwerden der Bevölkerung, die an die Wiener Stadtverwaltung herangetragen werden, nachzugehen, diese zu überprüfen und möglichst einer positiven Erledigung zuzuführen. Dabei stand, soweit durch Zeitungsmeldungen oder andere Massenmedien Unzukömmlichkeiten aufgezeigt wurden, eine schnelle und unbürokratische Erledigung im Vordergrund. Insgesamt 777 Geschäftsstücke fielen im Bereich der Sofortmaßnahmen an, wobei die Zahl der eingegangenen Fälle gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen ist. Der größte Teil der Beschwerden bzw. Anregungen wurde dem Referat im Wege von an den Bürgermeister, an diverse Ombudsmann-Redaktionen oder an Bezirksvorsteher gerichteten Schreiben zur Kenntnis gebracht. In vielen Fällen gaben auch eigene Wahrnehmungen oder Zeitungsartikel Anlaß zum Einschreiten. 630 Geschäftsfälle konnten erledigt werden, davon 539 (94%) positiv. Die Beschwerdeführer bzw. Betroffenen wurden meist durch ein persönliches Gespräch von der Erledigung benachrichtigt. Wegen ihrer Breitenwirkung und des Arbeitsaufwandes sind besonders hervorzuheben die Koordination von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Öffnung der Steinhofgründe im 14. Bezirk, die Instandsetzung der Mauer des Israelitischen Friedhofes im 18. Bezirk sowie die Maßnahmen, betreffend die widmungsgemäße Verwendung der Erdbebenhilfe der Stadt Wien für Süditalien; weiters die Einrichtung einer Langlaufloipe auf der Donauinsel, die Sicherungsmaßnahmen an Baustellen im 1. Bezirk anläßlich bevorstehender Demonstrationen, die Schließung von Brunnenschächten im 21. Bezirk; ferner die notstandspolizeilichen Maßnahmen nach einem durch starken Wind hervorgerufenen Hauseinsturz im 12. Bezirk, die Kontrolle eines Gastarbeiterquartiers im 2. Bezirk gemeinsam mit der Fremdenpolizei sowie die Schaffung von provisorischen Unterkünften und die weitere Hilfestellung für die zu Schaden gekommenen Mieter bei Wohnungsbränden.

Die Koordination zwischen den einzelnen Magistratsabteilungen bei Sofortmaßnahmen und die Zusammenarbeit mit den diversen Ombudsmann-Redaktionen der Tageszeitungen werden auch 1982 zentrale Arbeitsbereiche des Referates für Sofortmaßnahmen sein. Gleichzeitig werden auch Untersuchungen über geeignete Modelle angestellt werden, die die Koordination von allen mit Beschwerden und Anregungen befaßten Dienststellen des Magistrates ermöglichen sollen. Die Bediensteten des Referates für Sofortmaßnahmen sind auf Grund ihrer Ausbildung und Ausstattung in der Lage, auch auf Grund eigener Wahrnehmungen Sofortmaßnahmen zu treffen, wodurch verschiedene Beschwerden im vorhinein vermieden werden können.

Die 9.049 Wahrnehmungen (Meldungen) und 9.173 Erledigungen des „Mobilen Bürgerdienstes" betreffen in erster Linie kennzeichenlose Autos, die auf öffentlichem Gut in den Straßen Wiens abgestellt waren. Der Abtransport wurde in allen Fällen veranlaßt, in 345 Fällen mußten Strafverfahren eingeleitet werden. Zur Sicherung von Baustellen hatte der „Mobile Bürgerdienst" mit insgesamt 103 Ersatzvornahmen und in 579 Fällen mit Strafanzeige vorzugehen. 1.425 Wahrnehmungen oder Meldungen kamen aus der Bevölkerung, davon ein Großteil über die Stadtinformation. Eine große Zahl von Maßnahmen, wie zum Beispiel die Beseitigung eines sanitären Übelstandes in einer Wohnung und die Unterbringung der Mieter in einem Altersheim im 19. Bezirk, die Beseitigung eines für spielende Kinder gefährlichen riesigen Wasserreservoirs im 22. Bezirk gemeinsam mit der Bundesgebäudeverwaltung, die Sanierung von Fußwegen im 14. und 19. Bezirk, die Sicherung und Reinigung des Geländes der ehemaligen Wienerberger Ziegelei im 10. Bezirk, die Ausstattung eines Polizeiwachzimmers mit lärmhemmendem Mobilar zum Schutze der benachbarten Wohnungsmieter sowie der Abbruch von einsturzgefährdeten Gebäuden im 21. und 22. Bezirk, mußte veranlaßt bzw. durchgeführt werden.

Die Aktionen des „Mobilen Bürgerdienstes", die auch der jeweiligen Jahreszeit entsprechend präventiv und schwerpunktmäßig angesetzt werden, sind von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit begleitet.

So soll einerseits durch Information Verständnis in der Bevölkerung hervorgerufen und durch deren Mitarbeit andererseits eine weitere Aktivierung der zuständigen Fachdienststellen erwirkt werden. Typische Fälle werden mit dem Ziel analysiert, daraus Maßnahmen abzuleiten, die künftig zu einer Verringerung ähnlicher Mängel beitragen. Für 1982 ist eine Fortsetzung der Bezirksschwerpunktprogramme, aber auch der Ausbau möglicher Maßnahmen vorgesehen, um rasch und unbürokratisch auf einlangende Bürgerwünsche reagieren zu können. Die Zusammenarbeit mit dem Referat Bürgerdienst innerhalb der Geschäftsgruppe „Kultur und Bürgerdienst" soll im Jahre 1982 weiter intensiviert werden.

Im Jahre 1981 reduzierte sich der Personalstand der **Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation (MD-VO)** von 32 auf 31 Bedienstete. Von diesen 31 Bediensteten waren 15 in der zentralen Postverteilstelle des Magistrates (Zentralexpedit) eingesetzt, während für die eigentlichen Organisationstätigkeiten 16 Bedienstete, davon 5 Mitarbeiter im Kanzleibereich, Verwendung fanden. Ein Fachbeamter des Verwaltungsdienstes war größtenteils mit Arbeiten befaßt, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Bereichsleiters für den Praxisversuch einer weitergehenden Dezentralisierung der Verwaltung der Stadt Wien im 21. und 22. Bezirk im

Rahmen der Magistratsdirektion standen. Wie in den vergangenen Jahren konnten trotz des für eine Organisationsabteilung geringen Personalstandes die umfassenden Aufgaben der Dienststelle im wesentlichen erfüllt werden.

An größeren Organisationsuntersuchungen wurden im Jahre 1981 folgende Vorhaben in Angriff genommen bzw. abgeschlossen:

Die Neuorganisation der MA 36 und 37 wurde im Jänner 1981 grundsätzlich abgeschlossen. In diesem Zusammenhang erging am 14. Jänner 1981 ein Erlaß der Magistratsdirektion, MD — 334 — 22/79, der die Aufgaben der mit gewerbe-, feuer- und baupolizeilichen Agenden befaßten Dienststellen festlegte. Besonderes Gewicht wurde auf die Durchführung von schwerpunktmäßigen Revisionen bzw. Überprüfungen gelegt. In diesem Zusammenhang wurde mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 15. Jänner 1981, MD — 334 — 24/79, eine Kommission zur Überprüfung von Beherbergungsstätten, die „Hotelkommission", eingerichtet. Aufgabe dieser Kommission ist es, alle Beherbergungsbetriebe mit mehr als 30 Gästebetten unter Bedachtnahme auf die Richtlinien für die Beurteilung des Sicherheitsstandards von Beherbergungsstätten ehestmöglich zu überprüfen und den für die Veranlassung behördlicher Verfügungen zuständigen Dienststellen über das Ergebnis der Überprüfung zu berichten.

In der MA 21 wurde mit einer Organisationsuntersuchung begonnen, die Aufnahme des Ist-Zustandes bereits teilweise durchgeführt. Im Bereich der MA 19 wurde gleichfalls eine Organisationsprüfung in Angriff genommen.

Die Vorarbeiten für eine Organisationsuntersuchung in der MA 69, die im Jahre 1982 stattfinden soll, wurden im Einvernehmen mit der MD-Verwaltungsrevision und der MD-Verwaltungstechnik durchgeführt.

Das Organisationsvorhaben „Magistratische Bezirksämter" wurde abgeschlossen. Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 9. Dezember 1981, MD — 803 — 4/79, wurde die Allgemeine Dienstvorschrift für die magistratischen Bezirksämter, die als Organisationshandbuch in Lose-Blatt-Ausgabe gestaltet ist, mit Wirkung vom 1. Jänner 1982 in Kraft gesetzt. Diese Vorschrift beinhaltet Stellenbeschreibungen, ein Delegationsmodell, Richtlinien für die Protokollierung von Geschäftsfällen, für die Führung von Arbeitsstatistiken sowie Aus-, Fortbildungs- und Einschulungsrichtlinien.

Die Arbeiten an einer Verbesserung des Rechnungslaufes wurden fortgesetzt. In diesem Zusammenhang wurde eine Beschleunigung bei der Übersendung der Rechnungen zwischen den Dienststellen durch das Zentralexpedit veranlaßt, wurden die Rechnungsformulare abgeändert und in Zusammenarbeit mit der MD-Stadtbaudirektion und der MA 6 eine (sechsstellige) Auftragskennzahl eingeführt, die eine möglichst problemlose Zuordnung von Rechnungen zu Aufträgen gewährleisten soll. Als Folge der notwendigen Änderungen auf Grund der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) waren Verzögerungen beim Rechnungsablauf zwischen der MA 17 und der MA 6 — Buchhaltung XIV aufgetreten. Den Spitalsverwaltern standen überdies keine aktuellen Informationen über die schwebende und effektive Belastung sowie über den jeweiligen Kreditrest zur Verfügung. Im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen wurde veranlaßt, daß die Erfassung von Budgetansätzen, Rechnungen und Bestellungen (schwebende Belastung) sowie die Darstellung eines Kreditrestes auf den DEC-Minicomputeranlagen in den Spitälern, im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe und im Pflegeheim Lainz erfolgt. Damit stehen den Verwaltern dieselben Informationen zur Verfügung, die sie bei Verwendung der Buchungsmaschinen vor Einführung der VRV hatten. Bei Einsatz von herkömmlichen Buchungsmaschinen wäre aber eine Integrierbarkeit in die VRV und die Kostenstellenrechnung in späterer Folge nicht möglich gewesen. Das Programm „Kreditevidenz" kann auch als notwendiger erster Schritt zu dem Projekt „Nebengebarungen im Rahmen der Umstellung der Haushaltsverrechnung auf EDV" betrachtet werden.

Die Dienstvorschrift betreffend Maßnahmen vor, während und nach einem Donau-Hochwasser wurde von der MD-VO zusammen mit den hiefür zuständigen Dienststellen erarbeitet und mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 12. November 1981, MD — 1071 — 1/81, in Kraft gesetzt. In dieser Vorschrift werden die regelmäßigen Vorsorgen und Überprüfungen, die Vorkehrungen bei einer herannahenden Überschwemmungsgefahr, die Maßnahmen während und nach der Überschwemmung geregelt. Weiters werden die Grenzen der zehn Überschwemmungsbezirke und Alarmstufen festgesetzt sowie die Verpflichtung, ein Hochwasserinventar anzulegen.

Den mit dem Lenken von Kraftfahrzeugen befaßten Bediensteten bzw. denjenigen Dienststellen, die Kraftfahrzeuge betreiben, sollen die einschlägigen Vorschriften und Informationen in übersichtlich zusammengefaßter Form zugänglich gemacht werden. Es wurde daher im Jahre 1981 mit der Ausarbeitung eines „Handbuches Dienstkraftfahrzeuge" begonnen, das eine umfassende Darstellung aller diesen Bereichen betreffenden Vorschriften, Regelungen und Anordnungen enthalten soll. Die bestehenden Vorschriften werden überarbeitet bzw. neu gefaßt. Das Handbuch wird als Ringbuch, das die Einlage neuer Blätter oder den Austausch überholten Materials erlaubt, herausgegeben werden, so daß den befaßten Bediensteten bzw. Dienststellen die jeweils auf dem letzten Stand befindlichen Vorschriften und Informationen zur Verfügung gestellt werden können.

Die Arbeiten zur effizienteren Gestaltung des Arbeitsablaufes in der zentralen Gebührenstelle der MA 17 — diese Arbeiten wurden bereits 1980 begonnen — wurden fortgesetzt.

Im Jahre 1981 wurde ein Auftrag betreffend die Wirtschaftlichkeitsprüfung eines Erweiterungsbaues der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien vergeben und betreut. Die Vergabe des Untersuchungsauftrages erfolgte nach einer „beschränkten Ausschreibung". Das Gutachten wurde fristgerecht erstellt, die daraus sich ergebenden Schlußfolgerungen werden derzeit geprüft.

Im Jänner 1981 hat die MD-Verwaltungsorganisation die Einsatzkoordination anläßlich der Sturmkatastrophe in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr der Stadt Wien übernommen. Die in diesem Zusammenhang gewonnenen Erfahrungen werden in den Katastropheneinsatzplänen Eingang finden.

Im Jahre 1981 wurde mit der Ausarbeitung des Katastropheneinsatzplanes für Obdachlose begonnen; die Arbeiten stehen vor dem Abschluß. Zwei weitere Katastropheneinsatzpläne, und zwar der Schadstoffeinsatzplan und jener für Erdbeben, wurden in Angriff genommen.

Das Organisationsprojekt „Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich", insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der Vorgangsweise bei Arbeiten auf und neben der Straße, wurde fortgeführt.

Mit den Vorarbeiten zur Erstellung eines Aktenskartierungsplanes für den Magistrat der Stadt Wien wurde begonnen. Mit diesem Plan soll erreicht werden, daß Akten nicht länger als unbedingt notwendig aufbewahrt werden, um eine möglichst optimale Nutzung der vorhandenen Ablagemöglichkeiten zu gewährleisten. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten des verstärkten Einsatzes der Mikroverfilmung für abzulegende Akten im Bereich der Stadt Wien geprüft werden.

Eine Organisationsuntersuchung im Bereich der MA 64 wurde vergeben und betreut. Schwerpunkt dieses Auftrages waren die betriebspsychologische Beratung und die Prüfung der Möglichkeit der Einleitung einer Organisationsentwicklung.

Für die mit der Prüfung von Brücken beschäftigten Bediensteten wurden Richtlinien für die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, insbesondere für die Aufstellung von Straßenverkehrszeichen für den nachfolgenden Verkehr, herausgegeben.

Für den Vollzug des Bundesgesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße wurde ein Ablaufplan, der die Zuständigkeit des Landeshauptmannes und der Polizei präzisiert, entwickelt. Dieser Ablaufplan wurde auch der Bundespolizeidirektion Wien zur Verfügung gestellt.

Die von einem Auftragnehmer durchgeführte betriebswirtschaftliche Untersuchung der städtischen Friedhofsgärtnereien und des städtischen Steinmetzbetriebes wurde abgeschlossen. Die im Schlußgutachten enthaltenen Empfehlungen wurden von der MD-Verwaltungsorganisation gemeinsam mit der zuständigen Magistratsabteilung und den Vertretern des Beratungsunternehmens diskutiert sowie Möglichkeiten der Realisierung erarbeitet.

Bezüglich der Neuorganisation der Zuständigkeiten für die Erhaltung und den Betrieb der Verkehrsbauwerke im Wiener Stadtgebiet, einschließlich der U-Bahn-Tunnel und der U-Bahn-Hochtrassen, wurde die Aufnahme des Ist-Zustandes abgeschlossen. Die diesbezüglichen Arbeiten werden nunmehr von der MD-Stadtbaudirektion fortgeführt.

Neben diesen als Großprojekte zu bezeichnenden Vorhaben wurden noch zahlreiche kleinere Organisationsuntersuchungen durchgeführt bzw. begonnen und wie in den vergangenen Jahren ablauforganisatorische Anordnungen getroffen. Von diesen Tätigkeiten seien beispielsweise folgende genannt:

Im Bereich der Feuerwehr wurden organisatorische Maßnahmen, das heißt Probleme des Dienstpostenplanes, gesetzt.

Der organisatorische Ablauf bei den im Zusammenhang mit Todesfällen notwendigen Behördenwegen wurde verbessert.

Organisatorische Probleme im Zusammenhang mit der Ausgestaltung der Feuerwehrpläne wurden bearbeitet.

Mit dem Bundesministerium für Inneres wurde für die Organisation der Einrichtung eines Flüchtlingslagers in einer städtischen Anstalt zusammengearbeitet.

Organisationsprobleme im Zusammenhang mit Badeteichen in Wien wurden geprüft und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Über Initiative der MD-Verwaltungsorganisation wurde ein Fachausschuß für Organisationsfragen im Rahmen des österreichischen Städtebundes gegründet. Bei der konstituierenden Sitzung hielten Bedienstete der MD-Verwaltungsorganisation die Grundsatzreferate.

Die geschäftseinteilungsgemäße Überprüfung der von der Heizbetriebe Wien Ges. mbH im Zusammenhang mit Serviceleistungen in städtischen Wohnhausanlagen gelegten Rechnungen wurde veranlaßt.

Der Zustand der Wanderwege im 19. Bezirk wurde über Wunsch des Herrn Bezirksvorstehers überprüft, Vorschläge zur Verbesserung der Situation wurden ausgearbeitet.

An der Regelung des Vollzuges des Baulärmgesetzes wurde mitgewirkt, an den Maßnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung der Volkszählung hatte die Abteilung Anteil.

Die Optimierung des Verfahrens bei Geldüberweisungen (Entschädigungen für durch den Mieter durchgeführte Instandsetzungen) der MA 52 an Mieter wurde veranlaßt.

Die Zweckmäßigkeit der Mikroverfilmung des Archivs der MD-Verwaltungsorganisation wurde geprüft.

Die Vollziehung des am 1. Jänner 1982 in Kraft tretenden Mietrechtsgesetzes wurde vorbereitet. In diesem Zusammenhang wurde der Erlaß der Magistratsdirektion vom 23. Dezember 1981, MD — 2091 — 6/81, über die Aufteilung der diesbezüglichen Kompetenzen innerhalb des Magistrates der Stadt Wien ausgearbeitet.

Am 5. Juni 1981 erließ der Bürgermeister der Bundeshauptstadt Wien eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien. Die hiezu notwendigen Vorarbeiten wurden von der MD-Verwaltungsorganisation geleistet.

Ein Merkblatt mit Verhaltensmaßnahmen für den Fall eines Brandes in städtischen Wohnhochhäusern wurde ausgearbeitet, in entsprechender Stückzahl aufgelegt und die Anbringung der Merkblätter an gut sichtbarer Stelle durch die MA 52 veranlaßt.

Die Grundlagen für die Aktivierung des wasserwirtschaftlichen Planungsorganes in Wien wurden mit der zuständigen Fachabteilung erstellt. Ein Ordnungs- und Aufsichtsdienst im Bereich des AKH-Neubaues wurde organisiert.

Organisatorische Maßnahmen zu einer Verbesserung der Vorgangsweise bei der Platzvergabe am Flohmarkt wurden eingeleitet.

Die Arbeit an der Reorganisation der Kanzlei der MA 18 wurde fortgeführt und zu einem Abschluß gebracht. Das Protokoll wird ab dem Jahre 1982 wesentlich vereinfacht und überdies statt in Buchform in Karteiform geführt werden.

Aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen wurden Maßnahmen zur Übertragung der Reinigung von Dienstwäsche, ausgenommen der der MA 17, von der Zentralwäscherei an private Unternehmungen gesetzt.

Organisatorische Veränderungen ergaben sich auch im Zusammenhang mit Dienst- und Organisationsvorschriften für verschiedene Verwaltungsbereiche, die von der MD-Verwaltungsorganisation entweder vorbereitet oder genehmigt wurden. Beispielsweise werden angeführt:

Eine Dienstvorschrift für Hallenwarte der MA 51 wurde im Einvernehmen mit der MD-Verwaltungsrevision und der MA 1 überarbeitet und anschließend genehmigt.

Gemeinsam mit dem Kontrollamt wurden von den Dienststellen vorgelegte Sondervorschriften für die Ausscheidung von Gebrauchsgütern geprüft. Für den Bereich der MA 9, 49 und 68 wurden solche Sondervorschriften genehmigt. Weitere derartige Ausnahmeregelungen stehen noch in Prüfung. Im Zusammenhang mit der Vollziehung der Allgemeinen Vorschrift über die Ausscheidung von Gebrauchsgütern wurden Schulungsmaßnahmen vorbereitet.

Ein Erlaß, der die Einhebung und Verrechnung von Stempelgebühren, Verwaltungsabgaben, Kommissions- und Überwachungsgebühren neu regelt, wurde ausgearbeitet. Dieser Erlaß wurde notwendig, da durch die Umstellung der MA 6 — Abgabenhauptverrechnung auf automatische Datenverarbeitung die bisherigen Regelungen nicht mehr anwendbar sind.

Mit der Ausarbeitung eines zusammenfassenden Erlasses über die Videndenwege wurde begonnen.

Der Erlaß über die Zentrale Liegenschaftsevidenz wurde überarbeitet, und zwar soll die sogenannte Ämterverständigung neu geregelt werden.

Ein Erlaß über die Vernichtung von EDV-Ausdrucken mit personenbezogenen Daten, bei welchem die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes berücksichtigt wurden, konnte im Entwurf fertiggestellt werden.

Ein Erlaß über die Meldung der Einberufung städtischer Bediensteter zum Präsenzdienst (Zivildienst) an die MA 2 wurde ausgearbeitet.

Im Zusammenhang mit der Novellierung des Postgesetzes wurde ein Erlaß entworfen, der die wesentlichen Bestimmungen enthält, die für den inner- und außerbetrieblichen Postverkehr der städtischen Dienststellen von Bedeutung sind.

Ein Erlaß über die im Zusammenhang mit dem Grundbuchsumstellungsgesetz von den städtischen Dienststellen zu leistenden Arbeiten wurde vorbereitet.

Die MD-Verwaltungsorganisation war auch an der Vorbereitung der Neuorganisation der MD-Stadtbaudirektion und an der Ausarbeitung des diesbezüglichen Erlasses beteiligt.

Die Dienstvorschrift für die städtischen Grundtransaktionen, die eine umfassende Neuregelung dieser überaus komplexen Materie enthält, wurde ausgearbeitet.

Der Erlaß über die Stundung und Entrichtung von Postgebühren der Behörden und Ämter ab 1. Jänner 1982 wurde vorbereitet.

Der gemäß § 3 Katastrophenhilfegesetz zu erstellende Katastrophenschutzplan für die Stadt Wien wurde fertiggestellt.

Für den Krisenstab der Stadt Wien für Katastrophenfälle wurde eine Geschäftsordnung ausgearbeitet.

Die Kommunikationseinrichtungen der Katastrophenleitzentrale wurden fertiggestellt und die Alarmordnung ausgearbeitet.

Die MD-Verwaltungsorganisation war darüber hinaus auch mit der Bearbeitung von Kontrollamtsberichten befaßt, die ebenfalls Ansatzpunkte für die Durchführung von organisatorischen Veränderungen bildeten. Als

Themen dieser Berichte seien beispielsweise angeführt: Probleme bei der Wiederherstellung von Grünanlagen nach dem Bau von Tiefgaragen, die Prüfung der Wirtschaftlichkeit bei der teilweisen Vergebung der Reparatur von Wasserzählern, die Organisation der Rechengutabfuhr von der Hauptkläranlage der MA 30, die Organisation der Abschleppung von Kraftfahrzeugen von öffentlichen Verkehrsflächen sowie die Prüfung der Gebarung von Impfgeldern und Impfstoffen in den Bezirksgesundheitsämtern.

Die Zuweisung geeigneter Amtsräume bildete wieder einen wichtigen Tätigkeitsbereich der MD-Verwaltungsorganisation. Im Zuge der Wahrnehmung dieser Agende wurden folgende größere Projekte bearbeitet:

Das für den Amtshausbereich des gesamten Stadtgebietes erstellte „Amtsraumkonzept" mußte auf Grund verschiedener Entwicklungen neu überarbeitet werden. Das Ziel dieser Neufassung war es, die Dienststellen so günstig unterzubringen, daß für die Bürger ein leichterer Zugang zu den Dienststellen gegeben ist und daß durch räumliche Zusammenführung von Dienststellen Verbesserungen des organisatorischen Ablaufes erreicht werden. Um im Zusammenhang mit bei einzelnen Dienststellen bestehenden Raumproblemen Abhilfe zu schaffen bzw. um notwendige bauliche Verbesserungen herbeizuführen, mußten in mehreren Amtsgebäuden verschiedene Instandsetzungs- und Adaptierungsarbeiten durchgeführt werden. Dies betrifft insbesondere die Amtshäuser in 1, Rathausstraße 4 (Erweiterung des Wohnungsberatungszentrums), in 1, Rathausstraße 8, in 12, Hufelandgasse 2, in 15, Gasgasse 8—10, in 20, Dresdner Straße 75, in 21, Am Spitz 1, und in 22, Schrödingerplatz 1.

In zahlreichen Amtshäusern wurden Maßnahmen zur behindertengerechten Ausgestaltung getroffen. Es handelt sich dabei um behindertengerechte Aufzüge, die Schaffung von geeigneten Zugängen und den Einbau von Behinderten-WC-Anlagen.

Weiters wurden für eine Reihe von Dienststellen und Einrichtungen der Stadt Wien entsprechende Raumzuweisungen vorgenommen und die erforderlichen Übersiedlungen in die Wege geleitet (z. B. Zahnambulatorium der Krankenfürsorgeanstalt in Floridsdorf, Stadtschulrat — XIV. Inspektionsbezirk, MA 17 — Gebührenstelle, MA 15 — Psychohygiene und andere).

Ferner wurden Maßnahmen hinsichtlich der Raumverteilung der durch Übersiedlung der MA 4 und 5 in das Felderhaus im 2. Stock des Rathauses freiwerdenden Räumlichkeiten getroffen.

Um das abbruchreife Depot in 23, Brunner Straße, auflassen zu können, wurden Lagerflächen im Freudenauer Hafen gemietet.

Für die künftige Besiedlung der erworbenen Objekte in 1, Freyung 3 (Palais Harrach), und in 8, Lerchenfelder Straße 4, wurden Besiedlungsvorschläge bzw. Maßnahmen bezüglich der Raumaufteilung getroffen.

Hinsichtlich der für den Amtshausbereich vorgesehenen Budgetmittel hat die MD-Verwaltungsorganisation bei der Erstellung des Voranschlages für das Jahr 1982 wesentlich mitgewirkt.

Die Dienstvorschrift für die Beheizung und Lüftung von städtischen Schulen wurde überarbeitet.

Die in der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation eingerichtete Drucksortenkommission, die alle generellen und individuellen Angelegenheiten der Drucksortengestaltung zu bearbeiten hat, hat die im Jahre 1981 gewonnenen Erfahrungen mit den provisorischen Richtlinien für die Gestaltung von Drucksorten in diese eingearbeitet und die Entwürfe eines zusammenfassenden Drucksortenerlasses und der endgültigen Richtlinien fertiggestellt. Die Genehmigung durch den Herrn Magistratsdirektor steht noch aus. In diesem Zusammenhang wurden auch drei ganztägige Schulungen der Drucksortenreferenten der Dienststellen durchgeführt, die neben der Präsentation des Drucksortenentwurfblattes, moderner Drucksortentechniken und der Druckerei der Stadt Wien vor allem den Zweck verfolgten, die Erfahrungen der Dienststellen mit der Anwendung der provisorischen Drucksortenrichtlinien bei deren endgültiger Gestaltung berücksichtigen zu können. Darüber hinaus überprüfte die MD-Verwaltungsorganisation sämtliche neuaufgelegten oder nachbestellten Drucksorten auf ihre Zweckmäßigkeit. Im Jahre 1981 wurden rund 4.000 solcher Überprüfungen durchgeführt. Auf Grund der großen Anzahl von Drucksorten, die beim Magistrat in Verwendung stehen, scheint es unentbehrlich, den Dienststellen Hilfsmittel für die zweckmäßige Gestaltung ihrer Vordrucke zur Verfügung zu stellen. Diese Aufgabe möchte die Drucksortenkommission durch die von ihr initiierten Maßnahmen erreichen. Ein von der Drucksortenkommission gebildeter Ausschuß prüfte darüber hinaus Drucksorten der Klassifikation „Allgemeine Drucksorten" anläßlich ihrer Neuauflage oder ihrer Nachbestellung eingehend unter Bedachtnahme auf die bereits erwähnten Richtlinien für die Gestaltung von Drucksorten. Dieser Ausschuß behandelte rund 250 verschiedene Allgemeine Drucksorten und veranlaßte die erforderlichen Abänderungen oder Anpassungen an organisatorische Neuerungen.

Dem Betrieblichen Vorschlagswesen, das als wichtiges Instrument zur Sichtbarmachung von Organisationsmängeln anzusehen ist, wurde wieder große Aufmerksamkeit zugewendet. Im Jahre 1981 wurden 226 Vorschläge neu eingebracht. Der MD-Verwaltungsorganisation ist es in diesem Zeitraum auch gelungen, den größten Teil der aus früheren Jahren stammenden Verbesserungsvorschläge vorzubeurteilen und dem Ausschuß für das Betriebliche Vorschlagswesen zuzuleiten. Wichtige, von der MD-Verwaltungsorganisation bearbeitete und vorbeurteilte Verbesserungsvorschläge, die prämiert wurden, waren unter anderem:

Reorganisation der Meldung und Behebung von Störungen wärme-, kälte- und lüftungstechnischer Anlagen sowie der Wartung dieser Anlagen;

Maßnahmen zur Heizkosteneinsparung in städtischen Amtsgebäuden;

Gestaltung einer Drucksorte der städtischen Wohnhäuserverwaltung; Änderung eines Vordrucks der Buchhaltungsabteilungen; Ergänzung einer bei Schlichtungsverhandlungen verwendeten Drucksorte; Änderung eines Vordrucks der Baupolizei; Änderung eines Vordrucks des Sozialamtes;

Pauschalierung der Kosten von Untersuchungen der Trinkwasserqualität;

Verkürzung des internen Postlaufes;

einheitliche Handhabung einer Bestimmung der Bauordnung für Wien;

Anregungen für die Nutzung der automatischen Textverarbeitung durch die magistratischen Bezirksämter;

Verbesserung der Maschinenausstattung der Dreherei der MA 48, wodurch die Eigenanfertigung von Ersatzteilen für technisches Gerät der Straßenreinigung und Müllabfuhr möglich ist;

Konstruktion eines Gerätes für die gärtnerische Betreuung (Düngen, Gießen, Schädlingsbekämpfung) von Zierpflanzen;

Beschleunigung des Verfahrens zur Schaffung von Bauplätzen auf gemeindeeigenen Liegenschaften;

Einengung des Kreises der von der Neueintragung protokollierter Firmen in das Handelsregister zu benachrichtigenden Dienststellen;

vereinfachte Auslieferung des Streuguts für die Gehsteige städtischer Wohnhausanlagen;

Vormerkung des Bezuges des Säuglingswäschepakets im Mutter-Kind-Paß, wodurch eine Evidenz des Jugendamtes entfällt.

Der MD-Verwaltungsorganisation obliegt auch die Genehmigung für die Anschaffung von Kraftfahrzeugen. Überdies wurde die Festsetzung des Systemisierungsplanes der Kraftfahrzeuge für das Jahr 1982 vorgenommen, wobei es auf Grund der strengen Prüfungsmaßstäbe und begleitenden Rationalisierungsmaßnahmen zu einer Reduzierung des Fahrzeugstandes gekommen ist.

Im Rahmen der MD-Verwaltungsorganisation wird auch das Zentralexpedit als zentrale Postverteilstelle des Magistrates geführt. In dieser Dienststelle wurden im Jahre 1981 rund 3,9 Millionen interne Postsendungen bearbeitet. Der gesamte Postein- und -ausgang betrug 11,5 Millionen Poststücke.

Die MD-Verwaltungsorganisation hat auch an der Aufgabe, die Verwaltung der Stadt Wien, so weit es möglich ist, zu dezentralisieren, mitgewirkt. Als wichtige Arbeiten können hier erwähnt werden:

Der im Jahre 1980 versuchsweise im 21. und 22. Bezirk eingeführte Parteienverkehr in den Nachmittagsstunden hat im Jahre 1981 seine Bewährungsprobe bestanden. Auf Grund der in den beiden Versuchsbezirken gesammelten Erfahrungen konnte gegen Ende des Jahres 1981 mit den Vorbereitungen zur Einführung des Parteienverkehrs in den Nachmittagsstunden in allen Wiener magistratischen Bezirksämtern, einschließlich der Außenstellen zentraler Dienststellen, sowie in verschiedenen zentral geführten Magistratsabteilungen begonnen werden.

Bereits gegen Ende 1980 wurde in den beiden Versuchsbezirken ein neues Steuerungs- und Informationsinstrument eingeführt, und zwar die sogenannten Koordinationsgespräche. Diese Maßnahme hat sich so gut bewährt, daß im Jahre 1981 insgesamt vier Gruppen von Koordinationsgesprächen einmal monatlich durchgeführt werden. Es sind dies die Gruppen Jugend und Soziales, Hochbauangelegenheiten, Spielplätze und Grünraum, Tiefbauangelegenheiten und Verkehrsfragen sowie Probleme der Grundverwaltung und der Flächenwidmung. Diese Koordinationsgespräche sind auch für den Bereich der Budgetmitwirkung sehr wertvoll.

In den beiden Versuchsbezirken wurde das Modell der Mitwirkung der Bezirke bei der Erstellung und der Vollziehung des Voranschlages im Jahre 1981 ausgeweitet. Durch einen Erlaß des Bürgermeisters ist es den Bezirken nunmehr möglich, Vorschläge für die Übertragung von Kreditmitteln zu erstatten. Im Jahre 1981 wurde diese Vorgangsweise erprobt und ihre grundsätzliche Eignung für den Verwaltungsbereich festgestellt. Allerdings scheint es noch erforderlich, eine Reihe ergänzender Maßnahmen festzulegen. Dies soll im Jahre 1982 erfolgen. Im Jahre 1981 wurde auch für das Jahr 1982 ein umfangreiches Bezirksbudget mit den entsprechenden Erläuterungen erstellt und den beiden Versuchsbezirken zur Verwendung angeboten. Mit dem „Bezirksbudget 1982" steht den Bezirken eine relativ weitgehende Information über jene Maßnahmen, die im Bezirk realisiert werden sollen, zur Verfügung.

In allen übrigen Bezirken wurde, unter Bedachtnahme auf die Ergebnisse des Dezentralisierungsversuches, die Vorgangsweise bei der Budgetmitwirkung verbessert. Nun erfolgen insgesamt drei Phasen, und zwar werden im März jeden Jahres Vorgespräche durch die Vertreter der zuständigen Fachabteilungen mit den Bezirksvorstehern geführt, um einerseits die Wünsche der Bezirksvertretungen zu erörtern und andererseits auch die Vorstellungen der Fachabteilungen zu präsentieren. Nach diesen ersten Gesprächen wird in der 2. Phase der von der Dienststelle zu erstellende „Teilvoranschlagsentwurf" den Bezirken zur Beschlußfassung vorgelegt. In einer 3. Phase, die nach der Beschlußfassung durch die zuständigen Organe der Stadt meist Mitte November des laufenden Jahres erfolgte, erhalten die Bezirke dann die „Projektlisten", aus denen sie erkennen können, welche Arbeiten im Bezirk durchgeführt werden. Die Praxis hat nun gezeigt, daß in einzelnen Teilbereichen die Vorlage von

Projektlisten nicht oder nicht im gewünschten Umfang erforderlich ist; dies gilt insbesondere für jene Fälle, in denen die Arbeiten erst im Laufe des Budgetjahres konkret genannt werden können.

Die Einführung von einheitlichen Leistungsberichten im Rahmen des Dezentralisierungsversuches hat sich grundsätzlich bewährt, weil damit den Bezirken ein Informationsinstrument über die von den Dienststellen im abgelaufenen Jahr erbrachten Leistungen zur Verfügung gestellt wird.

Im Jahre 1981 wurde ebenfalls mit einer Überprüfung der Verkehrseinrichtungen in den beiden Versuchsbezirken begonnen, wobei diese Tätigkeit von den Mitgliedern der Bezirksvertretung besorgt werden soll. Mit diesem Projekt soll einerseits eine Entlastung der Verwaltung erreicht werden, andererseits sollen jene Bezirksmandatare, die die konkrete Situation im Bezirk besonders gut kennen, in die Lage versetzt werden, auf die Entscheidungen der Verwaltung in dieser die Bevölkerung durchaus berührenden Frage Einfluß zu nehmen.

Daneben wurde ein Reihe von kleineren organisatorischen Maßnahmen realisiert, die alle einer verstärkten Information und damit auch der Stärkung des Mitwirkungsrechtes der Bezirke dienen sollen.

Die Hauptaufgaben der **Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV)** lagen — wie auch bisher — in der Entwicklung, Konsolidierung, Durchführung und dem Ausbau der der Dienststelle übertragenen Projekte, in der Beschaffung, Installation und Betreuung der zur Durchführung erforderlichen Hardwareeinrichtungen und in der Weiterentwicklung und Verbesserung von in der MD-ADV eingesetzten softwaretechnischen und organisatorischen Werkzeugen.

Die Leistungen, die von besonderer Bedeutung sind, werden im folgenden kurz dargestellt:

Entwicklung und Durchführung von EDV-Projekten: In den Wiener Standesämtern wurde planmäßig mit Beginn des Jahres 1981 die neue Organisation eingeführt, die seit diesem Zeitpunkt problemlos funktioniert. Weitere Schwerpunkte bildeten die EDV-mäßige Unterstützung von Volksbefragungen und die zunehmende Nutzung der Bevölkerungsevidenzdaten für von verschiedenen Magistratsdienststellen geforderte Auswertungen und Statistiken.

In der Bezugsverrechnung konnte der sehr hohe laufende Änderungsaufwand termingerecht bewältigt werden. Binnen kurzer Zeit mußte die 1. Etappe der Besoldungsreform in das Verrechnungssystem integriert werden. Die Arbeiten an den Online-Applikationen im Personalwesen wurden planmäßig fortgesetzt.

In der Abgabenverrechnung waren Programmänderungen für Gebührenerhöhungen bei Müll, Wasser und Abwasser erforderlich. Für die Verrechnung der Gebrauchsabgabe wurde erstmals ein Subsystem eingesetzt. Die Online-Verrechnung der Mündelgelder konnte im Bezirksjugendamt 10 im Probebetrieb aufgenommen werden.

Der Rechnungsabschluß 1980 wurde erstmals mit Hilfe der neuen dezentralen Philips-Subsysteme durchgeführt. Weiters wurde die Abgabenhauptverrechnung auf ein Philips-System übernommen.

Ein auch für andere Bundesländer nutzbares Programmsystem konnte mit dem erfolgreichen Abschluß des Pilotprojektes für die MA 46 — Kraftfahrzeugprüfstelle erstellt werden.

Die Volkszählung 1981 wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Statistischen Zentralamt und den zuständigen Dienststellen durch die EDV erheblich unterstützt.

Das Bauabrechnungssystem gemäß ÖREB wurde weiterentwickelt, so daß es in Form eines Online-Systems ab 1982 dezentral in der MD-Stadtbaudirektion durchgeführt werden kann. Testweise werden aus Gründen der Rationalisierung auf einzelnen Baustellen zur Datenerfassung moderne Microcomputer eingesetzt, ebenso wurde an Stelle des in der MA 41 veralteten Nixdorf-Terminal-Systems für WIDIKOS (Wiener dialogfähiges Koordinaten-Verwaltungs- und Berechnungssystem) ein Microcomputer Philips P 2000 eingesetzt.

Das bestehende Mietenverrechnungssystem erforderte aufwendige Wartungsarbeiten. Im Herbst wurde mit den Vorarbeiten auf Grund des neuen Mietengesetzes begonnen. Mit der Eröffnung von drei neuen Bezirksaußenstellen für die Bearbeitung der Anträge auf Gewährung von Wohnbeihilfen konnte durch Dezentralisierung mittels der Datenverarbeitung ein verbessertes Bürgerservice erzielt werden.

Mit Hilfe der graphischen Datenverarbeitung konnte der erste Computer-Bezirksplan für den 20. Bezirk fertiggestellt werden. Außerdem kann nunmehr neben der Stadtkarte 1 : 2.000 auch das Kartenwerk 1 : 1.000 automatisch gezeichnet werden.

Die Neuorganisation der Wiener Städtischen Büchereien wurde in bezug auf die Titelaufnahme abgeschlossen. Für den Entlehnverkehr wurde Ende des Jahres in der Hauptbücherei ein Subsystem der Firma Honeywell-Bull installiert, im Jänner 1982 wird mit dem Produktionsbetrieb begonnen werden.

Im Zuge der Neuinstallation der Einsatzleitzentrale der Wiener Rettung wurde ein System implementiert, mit dem die Annahme und Weitergabe der Einsätze über Bildschirme abgewickelt sowie der Fahrzeugstatus und die offenen Einsätze über Farbmonitore angezeigt werden. Dieses System stellt eine optimale Ergänzung zu dem in den Wiener Krankenanstalten eingesetzten Bettenbelegungs- und -reservierungssystem dar.

Ein Schwerpunkt neben dem planmäßigen Ausbau der verschiedenen EDV-Systeme in der patienten- und betriebsbezogenen Spitalsverwaltung bildeten die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Allgemeinen Krankenhauses (AKH). Zu diesem Zweck wurde in der MD-ADV ein neues Referat eingerichtet, das für Applikationen, wie folgt, die Arbeit aufnahm: für die Automation des Ambulanzbetriebes; den

Einsatz der Daten- wie auch der Textverarbeitung für die Erstellung und Verwaltung der Befunde; den Anschluß diverser Laborautomaten an das vorgenannte Befundungssystem; die Überleitung der Daten aus der rechnergesteuerten Telephonanlage des AKH in das Patientenabrechnungssystem der MD-ADV und für die Entwicklung eines übergeordneten, aber einheitlichen EDV-Trägersystems für die vorgenannten Einzelsysteme.

Hard-/Software-Entwicklung: Entsprechend dem Aufgabenzuwachs bei den einzelnen EDV-Projekten mußte auch der Maschinenpark der MD-ADV sowohl zentral wie auch dezentral erweitert und modernisiert werden. So wurden im Rechenzentrum der MD-ADV Installationen durchgeführt, wie eine weitere Großrechenanlage der Type IBM 4341 für den Programmentwicklungsbetrieb mit zusätzlichen Magnetplattenlaufwerken, die die Direktspeicherkapazität annähernd verdoppelt haben. Dadurch konnte die Anzahl der Magnetbandstationen von 21 auf 15 reduziert werden; eine COM-Anlage der Type Agfa 2300 für einen langfristigen Testbetrieb, ein Belegleser Typ Feller 2002 und ein Miniplotter Görz 281 mit wahlweisem Anschluß an die Großrechenanlage oder an ein Subsystem; weitere Subsysteme insbesondere in den Spitälern, in der Hauptbücherei und in der MD-ADV zentral, wodurch sich die Gesamtzahl der leistungsfähigen Kleinrechner von 37 auf 49 Anlagen erhöhte. Die Anzahl der sowohl an die Großanlagen wie auch an die Subsysteme angeschlossenen Terminals betrug Ende des Jahres 780 Geräte. Insgesamt umfaßt der Maschinenpark der MD-ADV einschließlich der nachrichtentechnischen Einrichtungen und der Mikrofilmgeräte derzeit über 1.600 Geräte.

Im Softwarebereich waren Schwerpunkte gegeben, wie die Installation des Betriebssystems MVS/SP 1 für die IBM-Anlagen, welches nach anfänglichen Schwierigkeiten nunmehr mit hoher Zuverlässigkeit funktioniert; der Einsatz diverser Programmprodukte (wie CICS, PCF, TPM usw.) zur Unterstützung und Verbesserung des Programmtest- und -entwicklungsbetriebes; die Umstellung auf eine neue Version des Datenbanksystems ADABAS mit verbesserten Möglichkeiten für den Anwender und mit geringerem Ressourcenbedarf (Beschleunigung); die laufende Betreuung aller Standard- und Betriebs-Software-Produkte und die diesbezügliche Unterstützung und Schulung der Benutzer, insbesondere im Zusammenhang mit APT (ADV-Projektunterstützungs-Tools). Der starke Zuwachs der Subsysteme erforderte den Ausbau der Systembetreuungs- und -unterstützungsaktivitäten. Durch die Eingliederung des Referates T — Systembetreuung dezentrale Anlage in die Softwaregruppe, verbunden mit einer entsprechenden personellen Aufstockung, werden nunmehr alle Softwarebelange unter einer einheitlichen Leitung und Führung behandelt.

Interne Organisation: Bedingt durch den Aufgaben- und Personalzuwachs in der MD-ADV mußten zusätzliche Büroräume im Amtshaus in 1, Rathausstraße 1, für die Belange der Dienststelle adaptiert und eingerichtet werden. Infolge einer wirtschaftlichen wirksamen Änderung des Wartungskonzeptes für einen Teil der EDV-Geräte wurde der Lagerbereich für Ersatzgeräte entsprechend vergrößert sowie ein eigener Werkstättenbereich eingerichtet.

Zur Erhöhung der Sicherheit des EDV-Betriebes wurde ein dezentrales Datenträgerarchiv errichtet und darüber hinaus eine spezielle Datenträgerversicherung als Ergänzung zur bestehenden Sachschadenversicherung abgeschlossen.

Das starke Anwachsen des Geräteparks der MD-ADV sowie die immer komplexeren Einsatz-, Wartungs- und Vertragsbedingungen veranlaßten die Dienststellenleitung, die Entwicklung eines automationsunterstützten Hardwareverwaltungs- und dokumentationssystems in Auftrag zu geben. Dieses System ist zu einem hohen Prozentsatz fertiggestellt und wird ab Beginn des Jahres 1982 den Betrieb, die Verwaltung, die Verrechnung und die Dokumentation der gesamten Hardwarebestände unterstützen. Eine spätere Einbeziehung der Softwareprodukte und sonstiger Materialien in dieses System ist vorgesehen.

Die Aufgabenschwerpunkte der Internen Revision lagen einerseits in punktuellen Kontroll- und Revisionsaufgaben, andererseits in der Erarbeitung entsprechender Führungs- und Kontrolldaten aus der ADV-internen Kostenrechnung. Weiters wurden einige Kostenrechnungsprogramme optimiert und wurde ein Konzept zur Kalkulation von Preisen für die Weiterverrechnung von Hardwareeinrichtungen realisiert. Die Bearbeitung von Sonderaufgaben durch die Interne Revision brachte nicht nur für die Dienststellenleitung wertvolle Erkenntnisse über Schwachstellen im Geschehen der EDV sowie über Ansätze zu deren Beseitigung, sondern stellte daruber hinaus einen wesentlichen Faktor in bezug auf die Ordnungsmäßigkeit und Qualität der von der MD-ADV erbrachten Leistungen dar.

Wie im Vorjahr wurde die interne Ausbildung der Mitarbeiter den steigenden Anforderungen in der EDV angepaßt. So wurden — zum Teil in Zusammenarbeit mit der MD-Verwaltungsakademie — 59 ADV-interne Kurse abgehalten, was einer Steigerung von annähernd 75 Prozent gegenüber dem Vorjahr gleichkommt.

Der Mitarbeiterstand der MD-ADV erhöhte sich von 283 Bediensteten zu Beginn des Jahres 1981 auf 309 zum Jahresende. Der Dienstpostenplan für 1982 weist 315 Posten auf, von denen 51 bei anderen Magistratsabteilungen geführt werden. Im Jahre 1981 wurden mit 210 Bewerbern Aufnahmegespräche und Eignungstests durchgeführt, elf Personalabgängen standen 45 Neuaufnahmen gegenüber.

Abschließend darf noch auf die Aktivitäten der MD-ADV im Zusammenhang mit dem Datenschutzgesetz sowie auf ein im Herbst 1981 begonnenes Dienststellen-Audit hingewiesen werden. Diese durch ein externes Beratungsunternehmen durchgeführte Prüfung der Leistungsfähigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlich-

keit brachte für die Bereiche Rechenzentrum und Projektororganisation ein in vielen Punkten positives Ergebnis.

Im **Rechtsmittelbüro** fielen im Jahre 1981 an: in Bauangelegenheiten 539 Berufungen, 22 Devolutionsanträge, 30 Verwaltungsgerichtshof- und 4 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 17 Stellungnahmen; in Strafsachen 521 Berufungen, 15 Verwaltungsgerichtshofbeschwerden und 4 Stellungnahmen. In sonstigen Rechtsmittelsachen (Abgaben, Administrativangelegenheiten) waren es 301 Berufungen, 15 Devolutionsanträge, 23 Verwaltungsgerichtshof- und 3 Verfassungsgerichtshofbeschwerden sowie 50 Stellungnahmen. Die Abgabe von Äußerungen, Berichterstattungen und die Teilnahme an Amtsbesprechungen betrafen 386 Rechtssachen; 17.079 Rechtsmittelentscheidungen und -akten anderer Dienststellen und deren Schriftsätze an die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes sowie sonstige Überprüfungen, darunter auch Akten für den Berufungssenat, waren zu überprüfen.

Bei den zu überprüfenden Rechtsmittelakten und erstinstanzlichen Erledigungen war gegenüber 1980 eine Abnahme um 270 Akten oder 12,5 Prozent zu verzeichnen, bei der Überprüfung von Rechtsmittelentscheidungen hingegen ein Mehranfall von 2.639 Akten oder ein Plus von 18,2 Prozent. In diesem Bereich war gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre sogar ein Mehranfall von 40 Prozent festzustellen. Auffallend ist dabei die Zunahme von Rechtsmittelakten, die sich gegen Strafbescheide der Bundespolizeidirektion Wien richten.

Die Vermittlung moderner Arbeits- und Managementmethoden setzt im Bereich der Verwaltung ebenso wie im privatwirtschaftlichen Bereich die aktive Mitarbeit der Betroffenen sowohl bei der Offenlegung der Probleme als auch der Eingrenzung der Problemfelder voraus und erfordert zunehmend die Annahme der gemeinsam erarbeiteten und für notwendig erachteten Maßnahmen seitens der Mitarbeiter. Beide Voraussetzungen sind wechselseitig voneinander abhängig und nur in einem Klima des Vertrauens zu erreichen. Erst die optimale Verbindung des problembezogenen praxisnahen Fachwissens der Mitarbeiter mit der von der Führungslehre angebotenen Methodik schafft eine tragfähige Basis für führungstechnische Innovationen. Zweifellos wird durch eine partnerschaftliche Vorgangsweise die Akzeptanz der von Mitarbeitern und Führungskräften der Dienststelle gemeinsam erarbeiteten und selbst durchgeführten Maßnahmen erheblich gefördert.

In Wahrnehmung ihrer Aufgabe der Vermittlung moderner Arbeits- und Führungsmethoden untersucht die **Magistratsdirektion-Verwaltungstechnik (MD-VT)** zunächst die Voraussetzungen, denen die innovative Führungskraft in der öffentlichen Verwaltung gegenübersteht, und welche Hindernisse sich auf Grund dieser Voraussetzungen der Anwendung effektiverer Führungsmethoden entgegenstellen. Die dabei entdeckten Schwachstellen konzentrierten sich augenfällig um den Fragenkomplex des strategisch richtigen Ansatzes sowie um jenen der Akzeptanz seitens der Mitarbeiter der Dienststellen gegenüber notwendigen Maßnahmen.

Private Beratungsunternehmen legen einschlägigen Gutachten in aller Regel umfangreiche Untersuchungen zugrunde, in deren Rahmen sie mittels Interviews oder Fragebogen jenes Fachwissen und jene Information über das organisatorische Umfeld zu erwerben trachten, welche die befragten Mitarbeiter der untersuchten Dienststelle besitzen. Das gelingt aus naheliegenden Gründen nur teilweise, da sowohl die Mitteilungsbereitschaft der Befragten gegenüber Außenstehenden als auch die Aufnahmefähigkeit der Untersuchenden begrenzt sind. Um nun die mit dem Umweg der Erhebung verbundenen hohen Informationsverluste zu vermeiden, suchte die MD-Verwaltungstechnik nach einer Arbeitsmethode, die es erlaubt, das Fachwissen der Befragten unmittelbar zu nutzen.

Die Steuerung und nötigenfalls die Veränderung der Arbeitsorganisation sind primär Aufgabe des Leiters der betreffenden Organisationseinheit. Bei entsprechender Beratung und Unterstützung des Leiters sowie ausreichender Motivation der Mitarbeiter können Maßnahmen zur Verbesserung der Führungsmethodik oder zur Einführung arbeitstechnischer Hilfsmittel von der betreffenden Organisationseinheit unmittelbar und daher effektiver wahrgenommen werden, als dies durch Eingriffe von außen erreichbar ist. Hier setzt das Angebot der MD-Verwaltungstechnik ein.

Um das Leistungsspektrum der MD-Verwaltungstechnik auf dem Gebiet moderner Managementstrategie optimal dem Bedarf anzupassen, wurde im Zusammenhang mit aktuellen Anlässen, wie der Meinungsumfrage in den magistratischen Bezirksämtern oder der Einführung der automatischen Textverarbeitung in einzelnen Dienststellen, der Kontakt mit besonders engagierten Führungskräften hergestellt. Nach Abschluß der Projekte wurde dieser Kontakt in kollegial organisierten Arbeitsteams weitergeführt, deren Aufgabe seither die Formulierung jener Probleme ist, die nach Meinung der Teilnehmer eine Änderung der Führungsmethodik, einzelner Elemente des Führungsverhaltens, der Arbeitsmethoden usw. verlangen. Im Rahmen dieser sich am unmittelbaren Bedarf orientierenden Zusammenarbeit sieht sich die MD-VT in der Rolle des internen Beraters, der formlos, unbürokratisch und diskret als Gesprächspartner zur Verfügung steht. Die sonst mit dem Einsatz einer Stabsstelle oder eines externen Beraters verbundene Befangenheit kann auf diese Weise weitgehend vermieden werden. Die Beratungsgespräche werden streng vertraulich und daher mit großer Offenheit geführt. Ergebnis sind ausschließlich Denkanstöße für die das Gespräch suchende Führungskraft. Dienstliche Aufträge werden seitens der MD-VT in diesem Zusammenhang nicht erteilt, und die Verfügungsmacht des Leiters der betreffenden Dienststelle bleibt unbeeinträchtigt.

Mit der dargestellten Vorgangsweise wurde seitens der MD-VT als Katalysator im Einvernehmen mit den Beteiligten und auf freiwilliger Basis eine Entwicklung in Gang gesetzt, die vor allem die informelle Managementstruktur der Dienststellen von der Einstellung und vom Verhalten der Leiter und Mitarbeiter her zu beeinflussen sucht. Die begünstigte Freisetzung vorhandenen Kreativpotentials und dessen gelenkte Nutzung zur Verbesserung der Effektivität der Dienststellen unter gleichzeitiger Hebung der Arbeitszufriedenheit bringt Zielsetzungen miteinander in Einklang, die bisher als unvereinbar galten. Die bei den Einsätzen des Konzeptes erzielten Erfolge, die ermutigenden Reaktionen der Zielgruppe und die wachsende Nachfrage nach den Dienstleistungen der MD-VT bestätigen die Richtigkeit des eingeschlagenen Kurses.

Bekanntlich sind interne Meinungsumfragen ein wertvolles Hilfsmittel zur Analyse von innerbetrieblichen Vorgängen. Auch die in den magistratischen Bezirksämtern durchgeführte Meinungsumfrage ergab interesante Rückschlüsse über die Arbeitszufriedenheit in diesen Dienststellen. Es konnte unter anderem festgestellt werden, daß die bisweilen zu beobachtende Unzufriedenheit der Mitarbeiter einzelner Dienststellen nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit einer zu hohen Arbeitsbelastung steht. Tatsächlich zeigte sich in Kontrollgesprächen, daß das Arbeitsklima von den Mitarbeitern ein und derselben Dienststelle nach einem Leiterwechsel als wesentlich besser empfunden wurde, obwohl die Arbeitsbelastung unverändert blieb.

Im wesentlichen konnte die Erfahrung gemacht werden, daß die Mehrzahl der Leiter die aus den Ergebnissen der Meinungsumfrage gewonnenen Einsichten mit ihren Mitarbeitern in partizipativer Weise verarbeitet hat. Eine Kontrollumfrage im Folgejahr ist vorgesehen, doch zeigten bereits durchgeführte stichprobenweise Umfragen, daß die Meinungsumfrage als Instrument zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Leitern und Mitarbeitern voll angenommen wird.

Die im Vorjahr begonnene Einführung der Textverarbeitung in den magistratischen Bezirksämtern wurde mit der Installation von Textsystemen in den Bezirksämtern für die Bezirke 2, 20, 21 und 22 fortgesetzt. Die im Magistratischen Bezirksamt 12 gewonnenen Erfahrungen konnten verwertet und die dort entwickelten Applikationen nach entsprechender Anpassung übernommen werden, wodurch die Umstellung wesentlich erleichtert wurde. Darüber hinaus konnten durch qualitativ höherwertige Nutzung der technischen Möglichkeiten spezielle Anforderungen bewältigt werden, wie etwa die automatische Erstellung des Index der Bezirksamtsleiterbesprechungsprotokolle.

Im Dienstpostenplan ergaben sich infolge der mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1981 eingetretenen Änderung der Anlage 1 zur Besoldungsordnung rund 20.000 Änderungen in der Bezeichnung der Dienstposten sowie in der Einstufung der Bediensteten. Mehr als 1.000 Änderungen im Dienstpostenplan waren durch Postenvermehrungen und Postenstreichungen, Änderungen der Postenbewertung und Postenumwandlungen notwendig geworden.

Neuaufnahmen, Versetzungen, Abgänge, Namensänderungen und Änderungen der dienstrechtlichen Stellung einzelner Bediensteter erforderten mehr als 52.000 Eintragungen und Vormerkungen.

Das Verzeichnis über den Dienstpostenplan 1982 wurde auf Grund der Personalperlustrierung verfaßt und in Druck gelegt.

Im Rahmen der Mitwirkung bei der Inspizierung des Dienstbetriebes der städtischen Ämter und Anstalten überprüfte die MD-Verwaltungstechnik schwerpunktmäßig die Möglichkeiten des Einsatzes moderner Arbeitstechniken sowie bürotechnischer Hilfsmittel.

Im Bereich der Genehmigung der Anschaffung von Amtsliteratur gelang es, auf Grund der zum Beginn des Jahres 1981 abgeschlossenen Erfassung des Standes an Zeitschriftenabonnements den Aufwand zu stabilisieren. Zahlreiche Dienststellen haben die Auflistung der von ihnen bezogenen periodischen Druckschriften zum Anlaß der Abbestellung nicht mehr benötigter Zeitschriften genommen.

Im Sommer 1981 wurde eine umfassende Erhebung bezüglich der rund 110 beim Magistrat aufgestellten Normalpapierkopiergeräte durchgeführt. Insbesondere wurden Informationen über Auslastung, Reparaturen und Ausfallszeiten gesammelt, Auskünfte über die Eignung der einzelnen Geräte für die speziellen Anforderungen an den jeweiligen Standort eingeholt und die Wünsche und Anregungen der Benützer erfaßt. Die so gewonnenen Daten und Erfahrungen wurden in die im Herbst des Jahres erfolgte Neuausschreibung der Normalpapierkopiergeräte eingearbeitet.

Auf dem Gebiete der **Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten** wurden, wie schon in den Vorjahren, zu mehreren Gesetzesentwürfen Stellungnahmen abgegeben. Es waren unter anderem die Entwürfe zu einem Bundesgesetz über die Strafbestimmungen zur Bekämpfung der Untreue und der Bestechlichkeit (zweites Antikorruptionsgesetz), zivilrechtliche Bestimmungen auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt, die gemeinwirtschaftlichen Aktiengesellschaften, die Rechtsfürsorge für psychisch Kranke in Krankenanstalten sowie der Entwurf zu einem Vergabegesetz, Mediengesetz und Startwohnungsgesetz zu begutachten.

Auf Ersuchen städtischer Dienststellen wurden ferner zu einer Reihe konkreter Sachverhalte schriftliche Rechtsgutachten erstattet. Anlaß für derartige Ersuchen waren sämtliche Aufgabenbereiche der Privatwirtschaftsverwaltung, vor allem aber Ansprüche im Zusammenhang mit Schadenersätzen und Bereicherungen, Unfallfürsorgeregressen, mit der Verwaltung von Stiftungen, des öffentlichen Gutes und des übrigen städti-

schen Liegenschaftseigentums sowie Fragen des Exekutionsrechts. Der Schwerpunkt dieser Arbeiten lag neben Ansprüchen aus Verkehrsunfällen und nach dem Amtshaftungsgesetz vor allem bei der Mitwirkung am Abschluß und der Realisierung von Bestand- und Bauleistungsverträgen. Bei strafrechtlich relevanten Sachverhalten standen vor allem Fragen im Zusammenhang mit Ehrenbeleidigungen zur Diskussion. Insgesamt sind im Jahre 1981 293 schriftliche Rechtsgutachten angefallen.

Einen erheblichen Arbeitsaufwand erforderte die Beratung der städtischen Dienststellen in zivil- und strafrechtlichen Belangen. Diese Beratung erfolgte häufig telephonisch oder bei persönlichen Vorsprachen städtischer Bediensteter und umfaßte auch die zivilrechtliche Betreuung der Bauabteilungen. Allein im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau sind 51 neue Geschäftsstücke (unter anderem Beurkundungen von Rechtsgeschäften für die Sicherung künftiger Bauführungen, vor allem im Zusammenhang mit der Verlängerung der U 1 nach Kagran, Geschäftslokalvergaben) angefallen. Darüber hinaus wurden zu zahlreichen Verhandlungen, die von anderen Behörden und Ämtern geführt wurden, überwiegend rechtskundige Beamte in beratender Funktion entsendet.

Auf dem Gebiet der streitigen, außerstreitigen und vergleichbaren Zivilrechtsansprüche (Prozesse, vergleichbare Zivilrechtsansprüche) sowie der Strafsachen sind 330 Rechtsvorgänge neu angefallen. Diese Ansprüche umfaßten vor allem die Einbringung von Geldforderungen der Stadt Wien, Kündigungen und Räumungen, meist zur Ermöglichung städtischer Bauvorhaben, Besitzstörungen, Rechtskonflikte aus Bestandverträgen und Werkverträgen, Klagen auf Feststellung strittiger Rechtsverhältnisse und alle Arten von Schadenersatzprozessen. In diesem Zusammenhang und bei aus früheren Jahren noch anhängigen Rechtsstreitigkeiten wurden im Jahre 1981 auch zahlreiche Tagsatzungen bei Gericht verrichtet. Neben 50 Besitzstörungs- und 694 Mahnklagen wegen Geldforderungen, bei denen, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die Bestätigung des Anspruches der Stadt Wien durch außergerichtliches Anerkenntnis oder durch die Erwirkung eines gerichtlichen Exekutionstitels erreicht werden konnte, ist es wieder gelungen, in einer Reihe sonstiger Fälle gerechtfertigte Zivilrechtsansprüche der Stadt Wien gerichtlich durchzusetzen oder ungerechtfertigte Ansprüche gerichtlich zur Abweisung zu bringen bzw. bei unklaren Rechtslagen durch angemessene Vergleiche zu bereinigen.

Im Jahre 1981 sind 135 Exekutionen und Kuratelen sowie 9 Verlassenschaftsverfahren angefallen. In 301 Insolvenzverfahren (Konkursen und Ausgleichen) wurde interveniert.

Die zufriedenstellende Erfüllung der oben beschriebenen Aufgaben erforderte ein ständiges Studium und eine laufende Evidenthaltung der auf dem Zivil- und Strafrechtssektor publizierten, für die Privatwirtschaftsverwaltung relevanten, umfangreichen inländischen, im gewissen Umfang aber auch ausländischen Literatur und Judikatur.

In Vertragsangelegenheiten der Stadt Wien fielen 282 Akten an. Darunter waren vor allem Kauf-, Verkaufs- und Tauschverträge, Dienstbarkeitsbestellungs- sowie Baurechtsverträge zu beurkunden. In allen Vertragssachen werden die Vertragsurkunden errichtet, wird deren Unterfertigung veranlaßt und in einer erheblichen Anzahl der Fälle aber auch die grundbücherliche Durchführung und die faktische Abwicklung (Besitzübergabe) vorgenommen, wobei gelegentlich auftretende Schwierigkeiten und Unklarheiten in mündlichen Verhandlungen bereinigt werden konnten.

Auf dem umfangreichen Sektor der Verfassung von Grundbuchsgesuchen und grundbuchsfähigen Urkunden betrafen neben der grundbücherlichen Durchführung der erwähnten Vertragsurkunden 261 Akten Grundabteilungen und sonstige Eingaben zur Herstellung der Grundbuchsordnung und 2.449 die Ausfertigung von Schuldscheinen, Löschungs-, Freilassungs-, Vorrangseinräumungs- und sonstigen Zustimmungserklärungen. Um die Rechte der Stadt Wien zu wahren und eine mögliche Schädigung dritter Personen zu verhindern, wurde bei 528 von der Baubehörde erteilten Aufträgen die Ersichtlichmachung im Grundbuch veranlaßt.

In 582 Fällen waren städtische Bedienstete von ihrer Verpflichtung zur Amtsverschwiegenheit zu entbinden, um ihre zeugenschaftlichen Einvernahmen bei Gericht zu ermöglichen. Schließlich waren 284 sonstige Verwaltungsvorgänge, wie z. B. die Ausstellung von Vollmachten und Überprüfungen von Akten anderer Dienststellen, zu besorgen.

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der **Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion (MD-BD)**, die im Jahre 1981 neu organisiert wurde, umfaßte die Koordination der umfangreichen Aufgabenstellungen im technischen Bereich sowie die bei Bauvorbereitung und Baudurchführung. Koordinierende Besprechungen, Dienstanweisungen sowie einschlägige Erlässe haben dazu beigetragen, ein möglichst reibungsloses Zusammenwirken der technischen Dienststellen zu erzielen. Anstehende Probleme genereller Art wurden durch die MD-BD bzw. deren Referate, spezielle Gruppenprobleme durch die Gruppenleiter, die gemäß § 11 a der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien als Bedienstete mit Sonderaufgaben bestellt sind, behandelt.

Die Vorbereitung bzw. Durchführung von Raumprogramm-, Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechungen diverser Bauvorhaben oblag der MD-BD. Dabei wurde besonders darauf Bedacht genommen, daß die Bauprojekte dem letzten Stand der technischen Wissenschaften entsprachen, funktionelle und wirtschaftliche Aspekte

optimiert und insbesondere auf deren spätere Erhaltung und Betrieb hin in zweckmäßiger Weise geplant wurden. Dem Energiespargedanken wurde bei allen Bauvorhaben des Hochbaues der ihm zukommende Stellenwert beigemessen, wobei immer wieder versucht wurde, in diesem Sinne neue Impulse zu geben.

Der erfolgte Baubeginn für zwei Bezirkshallenbäder erforderte eine umfangreiche koordinierende Tätigkeit durch einen Projektkoordinator der MD-BD. Für eine einheitliche Vorgangsweise der technischen Dienststellen bei ihrer baubeaufsichtigenden Tätigkeit war es notwendig, für die Einhaltung der ergangenen Richtlinien und Weisungen Sorge zu tragen. Dem Bereichsleiter hinsichtlich des Behindertenwesens wurde für die Durchführung seiner Aufgaben im Hinblick auf die Magistratsabteilungen 19, 23, 24 und 26 die erforderliche Unterstützung gegeben, bei der Beurteilung der Bauvorhaben in bezug auf eine behindertengerechte Planung insbesondere im „Jahr der Behinderten" wesentliches Augenmerk geschenkt. Die Verfolgung dieser Zielsetzungen wurde auch durch die Teilnahme an der Planungskommission für Krankenanstalten und Pflegeheime der Stadt Wien wahrgenommen. Im Zusammenhang mit der Durchführung von Baustelleninspektionen wurden die erforderlichen Vorschläge und Hinweise über die dabei getroffenen Feststellungen ausgearbeitet. Die Wirtschaftlichkeitsüberprüfung der Materialbeistellung durch Auftraggeber oder Auftragnehmer sowie eine Verbesserung in der Organisationsform des Zentralen Fachreferates wurden weiterverfolgt, außerdem zu zahlreichen den technischen Bereich betreffenden Kontrollamtsberichten Stellungnahmen verfaßt bzw. die erforderlichen Veranlassungen getroffen. Bei der Koordinierung von Maßnahmen im Straßenbereich wurde mitgewirkt, hiebei konnten grundsätzliche Überlegungen über die Schaffung eines Leitungskatasters angestellt werden. Über Auftrag von amtsführenden Stadträten wurden Einzelprobleme behandelt, zu durchlaufenden Akten Stellungnahmen verfaßt und Entscheidungsgrundlagen geliefert. Außerdem wurde an der Ausarbeitung von Erlässen des Magistratsdirektors mitgewirkt. Bestehende Erlässe des eigenen Bereiches wurden auf ihre Gültigkeit überprüft bzw. überarbeitet und neue Erlässe ausgearbeitet.

Die MD-BD vertritt die Stadt Wien in der Fachgruppe Bauingenieurwesen und in der Fachgruppe Datenverarbeitung im Ingenieurwesen des Österreichischen Ingenieur- und Architektenvereines, im Bundesministerium für Bauten und Technik, in der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, in der Verbindungsstelle der Bundesländer und im Österreichischen Normungsinstitut mit dem Ziel, bundeseinheitliche standardisierte Leistungsbeschreibungen für verschiedene Fachgebiete und EDV-Programme für den gesamten Ausschreibungs-Vergabe-Abrechnungsbereich zu erstellen. Das bei der Stadt Wien seit Jahren mit großem Erfolg eingesetzte Programmpaket WIBUS (Wiener integriertes Bauverwaltungs- und Überwachungssystem) wurde vom Bund übernommen und wird bundesweit im Zusammenhang mit der neu erarbeiteten bundeseinheitlichen standardisierten Leistungsbeschreibung für den Hochbau eingesetzt werden. Bei der zuletzt genannten Leistungsbeschreibung wurde die Systematik der unter Federführung der MD-BD entwickelten und mit gutem Erfolg eingesetzten standardisierten Leistungsbeschreibung für Hochbauten übernommen. Auch textlich bildete die standardisierte Leistungsbeschreibung für Hochbauten die Grundlage für die genannte bundeseinheitliche Leistungsbeschreibung. Die Organisation und Verteilung der für die standardisierte Leistungsbeschreibung für Hochbauten notwendigen Unterlagen für sämtliche Dienststellen der Stadt Wien, die Hochbauten ausschreiben, wurden durchgeführt.

Sämtliche EDV-Aktivitäten der Dienststellen des technischen Bereiches werden mit der MD-Automatische Datenverarbeitung koordiniert.

Die sechs Dampfkesselprüfungskommissäre des Landes Wien haben die in der Dampfkesselverordnung vorgeschriebenen Untersuchungen und Prüfungen, die einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit dieser Anlagen darstellen, vorgenommen. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden 2.755 äußere Untersuchungen, 1.291 innere Untersuchungen, 742 Feuerzuguntersuchungen und 679 Wasserdruckproben durchgeführt. Außerdem wurden insgesamt 245 Bescheinigungen ausgestellt und 66 Betriebswärterprüfungen abgenommen, davon waren 41 für Dampfkesselwärter, 21 für Motorenwärter und 4 für Turbinenwärter.

An den Grundlagen für eine praxisgerechte und sinnvolle Vollziehung des Dampfkesselemissionsgesetzes einerseits für die Dienststellen der Stadt Wien, andererseits für die Dampfkesselprüfungskommissäre als Sachverständige nach dem Dampfkesselemissionsgesetz wurde mitgearbeitet, die Entwürfe der Durchführungsverordnung zum Dampfkesselemissionsgesetz wurden zusammen mit den zuständigen Magistratsabteilungen begutachtet und Stellungnahmen abgegeben.

Weiters wird eine zentrale Kartei zur Erfassung sämtlicher Bediensteter, die in Normenausschüssen des Österreichischen Normungsinstitutes als Mitglieder fungieren, geführt und die Mitgliedschaft von technischen Dienststellen in Vereinen und vereinsähnlichen Einrichtungen evident gehalten.

Im Zusammenhang mit der Realisierung des Schienenverbundprojektes hatte die MD-BD die bei der Planung und Bearbeitung offengebliebenen Probleme einer Klärung zuzuführen bzw. grundsätzliche politische Entscheidungen vorzubereiten. Die Kontakte und die Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen konnten bei den Besprechungen, die in periodischen Abständen stattgefunden haben, weiter vertieft und für beide Teile in fruchtbringender Weise gestaltet werden.

Die Durchführung von Aufschließungsarbeiten für Betriebsbaugebiete wurde koordiniert, für zukünftige

Industrieansiedlungen in Aussicht genommene Flächen wurden aus technischer Sicht geprüft sowie mit den in Frage kommenden Dienststellen beraten.

Für die Handhabung der Bauordnung für Wien sowie ihrer Nebengesetze war es notwendig, entsprechende Dienstanweisungen herauszugeben und dafür vorzusorgen, daß alle Vorgangsweisen dem jeweiligen Stand der technischen Wissenschaften entsprachen, aber auch mit den geltenden baurechtlichen und sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften in Einklang standen.

In allen Angelegenheiten der Stadtplanung und Stadtgestaltung wurden die notwendigen Koordinierungen und Abstimmungen durchgeführt. In jenen Angelegenheiten, die die Nutzung und Verwendung städtischer Grundstücke sowie deren Freimachung betreffen, hat die MD-BD eine koordinierende Aufgabe innerhalb des Magistrates zu erfüllen. Unter diesen Auspizien wurden mit den Dienststellen intensive Kontakte aufgenommen, Besprechungen abgeführt und die Abstimmung der von diesen zu erfüllenden Aufgaben vorgenommen.

Die Großbauprojekte der Stadt Wien wurden netzplantechnisch betreut. Die regelmäßige Aktualisierung der Daten ermöglicht es, Schwierigkeiten rechtzeitig zu erkennen und die für die zu treffenden Entscheidungen notwendigen Informationen rechtzeitig bereitzustellen. Insbesondere für den Bau der U-Bahn-Linie U 1, den Umbau der Wientallinie der Stadtbahn in die U-Bahn-Linie U 4 und hinsichtlich der Planung der U-Bahn-Strecken U 3 und U 6 sowie bei der Planung der Autobahnen A 22 und A 4 war die netzplantechnische Terminüberwachung von großem Wert. Im Bereich des Hochbaues wurden bei der netzplantechnischen Bearbeitung für die Planung der ersten Ausbaustufe des Krankenhauses Sozialmedizinisches Zentrum Ost detaillierte Terminpläne erstellt. Neu aufgenommen wurde auch die Bearbeitung des administrativen Ablaufes für die beabsichtigte Instandsetzung zahlreicher städtischer Wohnhäuser.

Weiters erfolgt die Abstimmung der Grundlagen für die Erstellung des Voranschlages für die MD-BD und die Dienststellen des technischen Bereiches. Dazu gehören alle Vorarbeiten von der Perlustrierung bis zur endgültigen Festsetzung des Voranschlages.

Mittels EDV wird seit Jahren eine Bauinvestitionsvorschau für jeweils fünf Jahre geführt und evident gehalten. Im Herbst erfolgte diese Arbeit für die Jahre 1982 bis 1986. Diese Zusammenfassung wird laufend auf den letzten Stand gebracht, wobei alle Veränderungen, die durch Sachkredit- oder Bauratenerhöhung, Virements oder Widmungsänderungen erfolgen, unmittelbar verarbeitet werden. Die entsprechenden Abteilungsanträge werden auf Kompetenzmäßigkeit und ordnungsgemäße Antragsformulierung überprüft und nötigenfalls korrigiert oder ergänzt.

Anläßlich der Budgetdebatte wurde dem Gemeinderat mit dem Voranschlag für 1982 ein fünfjähriger Finanzplan mit dem Basisjahr 1982 vorgelegt. Dieser Plan enthält für die Jahre 1982 bis 1986 die geschätzten voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben. Einen wesentlichen Bestandteil dieses Finanzplanes bildet die Zusammenstellung über die „Baulichen Investitionen" für diesen Zeitraum. Die Vorschau enthält alle Bauvorhaben, die bis 1981 begonnen wurden, und alle jene, die im Budgetjahr 1982 in Angriff genommen werden sollen. Sie enthält Angaben über Gesamtkosten, Ausgaben bis 1980, die genehmigten Bauraten für die Jahre 1981 und 1982 sowie alle noch notwendigen Bauraten bis einschließlich 1986. Diese Vorschau wird für einen fünfjährigen Zeitraum fortgeschrieben und alljährlich als Bestandteil des Finanzplanes dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Vorschau enthält außerdem die Darstellung aller notwendigen Budgetmittel für jene Großprojekte, die im Voranschlag und Finanzplan als „Projektsausweise" enthalten sind. Es handelt sich dabei um die Hochbauvorhaben „Am Schöpfwerk", „Mitterhofergasse", „Aderklaaer Straße", „östlich Neilreichgasse" und „Sozialmedizinisches Zentrum Ost" sowie um die Tiefbauprojekte „U-Bahn" und „Philadelphiabrücke".

Für die Erfüllung des Straßenbauprogramms (Gemeinde- und Bundesstraßen) wurden auch für das Jahr 1982 Gesamtkostenermittlungen durchgeführt. In diesen sind alle für die Einbautendienststellen (einschließlich Stadtwerke) anfallenden Kosten zusammengefaßt. Durch die genaue Erfassung dieser Kosten wurde eine budgetmäßige Sicherung bei den Einbautendienststellen gewährleistet. Alle erarbeiteten Unterlagen und Zusammenstellungen wurden der Finanzverwaltung zur Verfügung gestellt.

Ferner wird in der MD-BD ein Auftragnehmerkataster geführt. In diesem sind jene Firmen erfaßt, denen Aufträge durch die technischen Abteilungen des Magistrates übertragen werden. Die Zentrale Erfassung bietet jederzeit einen Überblick über die Auftragslage der einzelnen Firmen hinsichtlich der für die Stadt Wien durchzuführenden Arbeiten. Dieser Einrichtung bedienen sich nicht nur die technischen Abteilungen, sondern auch die Wiener Stadtwerke. Ein EDV-Programm zur Erhöhung der Effizienz bei der Handhabung des Auftragnehmerkatasters wurde untersucht. Monatlich werden die Arbeitskräfte auf den Bau- und Arbeitsstellen der technischen Abteilungen der Hoheitsverwaltung statistisch erfaßt. In den Wintermonaten werden 14tägige Zählungen der Arbeitskräfte durchgeführt. Dadurch ist es möglich, besonders große Schwankungen in der Zahl der Beschäftigten rechtzeitig zu erkennen und eventuell notwendige Maßnahmen einzuleiten. Letztlich hat die Stadt Wien einen großen Anteil an der guten Beschäftigungslage des Bauhaupt- und Baunebengewerbes während der Wintermonate.

Ein weiteres Aufgabengebiet der MD-BD ist die Bearbeitung aller Vergebungsakte des technischen Bereiches, die in die Kompetenz eines Stadtrates oder Ausschusses fallen. Die laufende Befassung

und Erfahrung ermöglichen es der MD-BD, etwa vorhandene Mängel im Vergabeakt festzustellen und im Einvernehmen mit der antragstellenden Abteilung zu beseitigen. Im Jahre 1981 wurden 1.562 protokollierte Akte bearbeitet und dabei ein Gesamtersparnis von nahezu 63 Millionen Schilling erzielt. Hievon entfielen rund 49,5 Millionen Schilling auf die Reduktion von Ziviltechnikerangeboten, von denen allein 44 Millionen Schilling die Planung des Krankenhauses Sozialmedizinisches Zentrum Ost betreffen. Des weiteren gehören freihändige Vergebungen schwierigster Art, die Prüfung der Honorarangebote der Ziviltechniker mit Ausnahme der Architekten und Vermessungstechniker, Verhandlungen als zweite Instanz, Beurteilungen von Bauzeitverlängerungen und Pönale, diverse Umrechnungen, Lohnerhöhungen, Indexberechnungen, Vertragsauslegungen usw. zu den Agenden der MD-BD. In diesen Fällen konnten im Interesse der Stadt Wien gleichfalls Kosten eingespart werden.

Im Jahre 1981 wurden im Wege dreier „Verständigungen", die einen Umfang von insgesamt 218 Seiten hatten, Weisungen in Baupreisangelegenheiten an sämtliche Bauabteilungen erteilt. Diese „Verständigungen" bezogen auch eine große Anzahl von amtlichen und halbamtlichen Stellen außerhalb des Magistrates der Stadt Wien. Im Kreise der öffentlichen Auftraggeber im Bundesministerium für Finanzen zur Durchführung von Preisberichtigungen vertritt die MD-BD die Stadt Wien. Es konnten dadurch bei allen Beratungen und Abschlüssen für die Stadt Wien beste Ergebnisse erzielt werden. Preisveränderungen aller Art am Baustoffsektor wurden nach Rücksprache mit der Paritätischen Kommission festgelegt. Außerdem ist die MD-BD in fast allen Fachnormenausschüssen sowie in der AGÖST (Arbeitsgemeinschaft Österreichisches Standardleistungsbuch) vertreten.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tätigkeit der MD-BD bildet auch die Vorbereitung von städtischen Hochbauvorhaben und die Koordinierung aller in diesem Zusammenhang stehenden baulichen Maßnahmen. Trotz der im Jahre 1981 in verstärktem Maße aufgetretenen Schwierigkeiten ist es gelungen, den Neubau von 1.993 Wohnungen im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogramms der Stadt Wien in Angriff zu nehmen. Ein beträchtlicher Teil dieser Wohnbauvorhaben wird im Zuge der Stadterneuerung durchgeführt. Aus der Sicht der Bauvorbereitung kann somit das Wohnbauprogramm als erfüllt angesehen werden. Die gewünschte Schwerpunktverlagerung der Wohnbautätigkeit auf innerstädtische Bereiche bringt eine Fülle von Problemen und Schwierigkeiten bei der Baureifgestaltung von Liegenschaften mit sich, da sie in den meisten Fällen die Absiedlung des Althausbestandes erforderlich macht, aber auch häufig der städtische Grundbesitz aus wirtschaftlichen und städtebaulichen Gründen in teilweise langwierigen Verhandlungen zu arrondieren ist. Der aus den genannten Gründen bedingte längere Vorbereitungszeitraum hat es erforderlich gemacht, den Schwerpunkt der Tätigkeit im besonderen Maße auf diesen Problemkreis auszurichten.

Hinsichtlich des städtischen Althausbestandes mit rund 600 Objekten wurden die Untersuchungen weitergeführt und deren weitere Verwendung fixiert. Zum Teil konnten Liegenschaften mit abbruchwürdigen Objekten bereits in das kommunale Wohnbauprogramm der nächsten Jahre aufgenommen werden.

Die Hochbauvorhaben in 10, östliche Neilreichgasse, in 12, Am Schöpfwerk, in 21, südlich Mitterhofergasse und in 22, südlich Aderklaaer Straße, die im Voranschlag und Finanzplan als „Projektsausweise" enthalten sind, wurden zeit- und kostenmäßig weiterverfolgt. Neben dem Wohnbauprogramm wurde auch die Vorbereitung des Siedlungsprogramms der Stadt Wien durch die MD-BD weiter betrieben.

Die MD-BD nahm 416 Befähigungsprüfungen ab; 342 Kandidaten konnten approbiert werden. Bei Baumeisterprüfungen erhielten von 31 Kandidaten 21 das Befähigungszeugnis, zehn mußten zurückgestellt werden. Auch bei der Befähigungsprüfung für das Elektrikergewerbe bestanden von 23 Kandidaten nur 15, bei den Gas- und Wasserinstallateuren 17 von 22 Geprüften. Bei Ziviltechnikerprüfungen bestanden 85 von 113 Geprüften. Die Dienstprüfung für die Verwendungsgruppe B haben alle 51 Kandidaten, für die Verwendungsgruppe C und D von 101 Kandidaten 99 erfolgreich bestanden. Die Abschlußprüfung für bautechnische Zeichenlehrlinge wurde von allen 9 Kandidaten erfolgreich abgelegt. Außerdem wurde die Ausbildung von 29 bautechnischen Zeichenlehrlingen überwacht, die Einschulung bzw. Weiterbildung von 92 Bediensteten, die zu den „Rundfahrten Modernes Wien" eingeteilt sind, vorgenommen sowie die Zusammenstellung der Routen durchgeführt.

Am 31. Dezember 1981 unterstanden der Dienstaufsicht der MD-BD insgesamt 9.261 Bedienstete, und zwar technisches Personal, Arbeiter und Saisonarbeiter.

Da die fortschreitende technische Entwicklung, so wie sie beispielsweise auch im Bereich des Bauwesens stattfindet, eine laufende Schulung der Mitarbeiter erfordert, wurden auch 1981 einschlägige Veranstaltungen über Anregung der MD-BD — jeweils einvernehmlich mit den zuständigen Dienststellen des technischen Bereiches — im Rahmen der MD-Verwaltungsakademie durchgeführt. Hiezu zählen die Seminarreihen, die über den Wärme-, Schall- und Brandschutz für die Mitarbeiter bauausführender und baubehördlicher Dienststellen durchgeführt wurden und jene, mit denen eine Schulung aller jener Mitarbeiter auf gewerberechtlichem und gewerbetechnischem Gebiet erfolgte, die der neuen MA 36 zugeteilt worden waren.

Für Bedienstete der technischen Abteilungen wurden 276 Anträge für Dienstreisen im Inland und 123 für Dienstreisen in das Ausland gestellt und bearbeitet. Die diesbezüglichen Reisekostenrechnungen sowie die der

2.551 genehmigten Inlandsdienstreisen wurden nach Überprüfung der formalen Erfordernisse der MA 3 zur Anweisung zugeleitet.

Während der Sommermonate 1981 waren 44 inländische Ferialpraktikanten in diversen technischen Dienststellen beschäftigt.

Schließlich wurden 3.547 Theater-, Reserve- und Permanenzdienste vorgeschrieben und 2.580 verrechnet.

Personal- und Rechtsangelegenheiten

Allgemeine Personalangelegenheiten

Als wesentliche Änderung im Bereich des Besoldungsrechtes der Bediensteten der Gemeinde Wien muß die Verwirklichung des ersten Schrittes der Besoldungsreform angesehen werden. Bereits im Zusammenhang mit dem Gehaltsabkommen für das Jahr 1981 wurde zwischen den Vertretern der Gebietskörperschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vereinbart, daß unter besonderer Berücksichtigung der Bezieher kleiner Einkommen an Stelle eines Sockelbetrages oder einer ähnlichen Maßnahme der erste Schritt einer Besoldungsreform in drei Jahresetappen, beginnend mit 1. Juli 1981, verwirklicht werden soll. Mit Rücksicht auf die bestehenden finanziellen Möglichkeiten sollten bei der ersten Etappe die von der Besoldungsreform erfaßten Bediensteten grundsätzlich nur einen Gewinn von höchstens 300 Schilling monatlich erzielen. Die Besoldungsreform fand schließlich im Bereich des Bundes ihren Niederschlag in einer 37. Novelle zum Gehaltsgesetz 1956. Bereits während der beim Bund geführten Besprechungen hat die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gegenüber der Verwaltung der Gemeinde Wien die Forderung erhoben, die Grundsätze der Besoldungsreform auch auf das Besoldungsrecht der Beamten der Gemeinde Wien zu übertragen. Nach zahlreichen Verhandlungen wurde schließlich Einigung über einen ersten Schritt der Besoldungsreform auch für den Bereich der Bediensteten der Gemeinde Wien erzielt, die durch eine 20. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, LGBl. für Wien Nr. 29/1981, und durch eine 3. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979, LGBl. für Wien Nr. 28/1981, realisiert wurde. Schwerpunkte dieses ersten Schrittes der Besoldungsreform waren dabei die Zusammenlegung der bisherigen Dienstklassen I bis III zu einer neuen Dienstklasse III, wobei für die Festsetzung der Gehaltsstufen der einzelnen Verwendungsgruppen in der neuen Dienstklasse III die bisherigen Beförderungsrichtlinien Berücksichtigung fanden, sowie die Auflösung der Anfangsbezüge.

Weiters wurden die Laufbahnen und Bezugsschemata der Bediensteten der Verwendungsgruppen E, D und C sowie der Bediensteten des Schemas I neu gestaltet und die Regelung der Dienstalterszulage in den angeführten Bedienstetengruppen vereinheitlicht. Das neue Besoldungssystem trat in den vom ersten Reformschritt erfaßten Bereichen mit 1. Juli 1981 an die Stelle des alten Systems. Die in diesen Bereichen eingestuften Bediensteten wurden besoldungsrechtlich in das neue System übergeleitet. Gleichzeitig wurde vorgesehen, daß in allen, also auch in den vom ersten Reformschritt nicht erfaßten Bereichen, die in den ersten drei Gehaltsstufen gleich hohen Gehaltsansätze aufgelöst werden und dadurch das System der Biennalvorrückung auch faktisch wieder auf die ersten sechs Laufbahnjahre ausgedehnt wird. Für die weiteren Etappen der Besoldungsreform waren die Termine 1. Juli 1982 und 1. Juli 1983 vorgesehen. Im Zusammenhang mit der im Rahmen des ersten Schrittes der Besoldungsreform durchgeführten Auflösung der Verwendungsgruppen 3 F und 5 des Schemas I wurden für einige Bedienstetengruppen dieses Schemas auch Aufstiegsregelungen in höhere Verwendungsgruppen vorgesehen.

Vom ersten Schritt der Besoldungsreform waren vorerst nur jene Beamten des Ruhestandes betroffen, die nach dem 30. Juni 1981 in den Ruhestand versetzt wurden. Die Überleitung in das neue Besoldungssystem für jene Beamten, die vor dem 1. Juli 1981 in den Ruhestand versetzt wurden, bzw. für Hinterbliebene nach solchen Beamten war einer eigenen gesetzlichen Regelung vorbehalten worden. Die 20. Novelle zur Besoldungsordnung 1967 enthält schließlich neben der ersten Etappe der Besoldungsreform auch den Einbau der restlichen noch in Geltung stehenden Vorschrift des Wiener Arbeitsplatz-Sicherungsgesetzes in die Besoldungsordnung 1967 sowie die Befreiung des Mutterschaftskarenzurlaubes von der bisher bestehenden Pensionsbeitragspflicht.

Durch die Besoldungsreform und die damit verbundene Zusammenlegung der ersten drei Dienstklassen des Schemas II zu einer neuen Dienstklasse III war auch die Änderung der bestehenden Amtstitelregelung erforderlich geworden. Es wurde daher mit Beschluß des Stadtsenates vom 10. November 1981, Pr.Z. 2825, eine neue Amtstitelverordnung erlassen. Diese ist im wesentlichen durch die teilweise Neugestaltung einiger Amtstitel (so wurde z. B. der Amtstitel „Fürsorgerinnen" in den zeitgemäßen und dem Tätigkeitsbild der betroffenen Bediensteten entsprechenden Amtstitel „Sozialarbeiter" umgewandelt) sowie durch den Wegfall einiger Amtstitel (z. B. Stadtgartenoberoffizial, technischer Oberoffizial, Verwaltungsoberoffizial, Büchereiverwaltungsoberoffizial, Kanzleioberoffizial usw.) gekennzeichnet. Bezüglich der zuletzt genannten Amtstitel sieht eine Übergangsbestimmung vor, daß jene Beamten, die am 30. Juni 1981 Anspruch auf diesen Amtstitel hatten, diesen auf die Dauer ihrer Einreihung in die Dienstklasse III weiterführen können.

Die Besoldungsverhandlungen für das Jahr 1982 konnten am 30. Oktober 1981 mit dem Ergebnis abgeschlossen werden, daß die Bezüge der Beamten und Vertragsbediensteten mit Ausnahme der Haushaltszulage ab 1. Jänner 1982 bei einer Laufzeit bis 31. Jänner 1983 um sechs Prozent erhöht werden. Gleichzeitig wurde vereinbart, die dritte Etappe des ersten Schrittes der Besoldungsreform auf den 1. Juli 1982 vorzuverlegen und damit den ersten Schritt dieser Reform mit diesem Zeitpunkt abzuschließen.

Die Verwirklichung der genannten Regelungen für die Beamten der Gemeinde Wien erfolgte durch eine 21. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, die vom Wiener Landtag am 15. Dezember 1981 beschlossen wurde,

LGBl. für Wien Nr. 7/1982. Dieses Gesetz enthält auch die Überleitung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Beamten und ihrer Hinterbliebenen, deren Pensionen von den Bezugsansätzen des bis zum 30. Juni 1981 geltenden Besoldungssystems abgeleitet wurden. Der erwähnte Abschluß des ersten Schrittes der Besoldungsreform wirkt sich dabei in einer besoldungsrechtlichen Überleitung der in den Dienstklassen III oder IV eingereihten Beamten des Dienststandes der Verwendungsgruppe A sowie der in der Dienstklasse IV eingereihten Beamten des Dienststandes der Verwendungsgruppe C aus. Das Gesetz sieht vor, daß die Überleitung grundsätzlich nach der für die Vorrückung wirksamen Dienstzeit unter Berücksichtigung zuerkannter außerordentlicher Stufen erfolgt. Die Überleitung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse der Beamten, die vor dem 1. Juli 1981 in den Ruhestand versetzt worden sind, lehnt sich eng an die im Entwurf einer 38. Gehaltsgesetz-Novelle des Bundes vorgesehene Regelung an und erfolgte im Interesse einer möglichst einfachen und mit relativ geringem Verwaltungsaufwand verbundenen Durchführung unter Verwendung einer Überleitungstabelle, die in die 21. Novelle zur Besoldungsordnung 1967 aufgenommen wurde. Für die Vertragsbediensteten der Gemeinde Wien wurde der Abschluß des ersten Schrittes der Besoldungsreform mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1982 sowie die Erhöhung der Gehaltsansätze ab 1. Jänner 1982 durch eine 4. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979, die am 15. Dezember 1981 vom Wiener Landtag beschlossen wurde (LGBl. für Wien Nr. 8/1982), verwirklicht.

Die Bezugserhöhung im öffentlichen Dienst, die mit 1. Jänner 1982 erfolgte, fand ihren Niederschlag auch auf dem Sektor der Nebengebühren. Bei einem Teil der Mehrdienstleistungsvergütungen ergab sich die Erhöhung der Nebengebühren aus den geänderten Gehaltsansätzen. Daneben bestehen jedoch zahlreiche Nebengebühren, deren Höhe betragsmäßig fixiert ist. Diese Nebengebühren wurden mit 1. Jänner 1982 um sechs Prozent erhöht. Abgesehen von dieser generellen Erhöhung wurden im Jahr 1981 durch Beschlüsse des Stadtsenates Neuregelungen bzw. Änderungen auf dem Sektor der Nebengebühren vorgenommen. So wurden unter anderem im Jahre 1981 bei den Ärzten der städtischen Pflegeheime eine Neuregelung, betreffend die Abgeltung für geleistete Nachtdienste, und bei den Bediensteten der Feuerwehr, den Bediensteten des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes und anderen Bedienstetengruppen eine Änderung in bezug auf die Höhe der Wechseldienstentschädigung getroffen. In diesem Zusammenhang ist auch erwähnenswert, daß aus Anlaß der Volksbefragungen vom 15. bis 17. November und vom 9. bis 11. Dezember 1981 für die Dienstleistungen städtischer Bediensteter und anderer Personen Entschädigungen festgesetzt wurden.

Gemäß § 48 der Dienstordnung 1966 können Bediensteten der Stadt Wien Dienstkleider zuerkannt werden, wenn sie zur Kennzeichnung der dienstlichen Funktion oder zum Schutz gegen Witterungseinflüsse während des Dienstes notwendig sind oder wenn die Kleidung bei Ausübung des Dienstes einer besonderen Beanspruchung oder Verschmutzung ausgesetzt ist. In Ausführung dieser Bestimmung hat der Stadtsenat bereits im Jahre 1975 die Dienstbekleidungsordnung 1975 (DBO 1975) erlassen. Da der Aufgabenbereich und die Tätigkeiten der Bediensteten einer Stadtverwaltung in der Größenordnung Wiens einer ständigen Wandlung unterliegen, war es auch im Jahre 1981 nötig, diese Dienstbekleidungsordnung auf Grund von Anregungen verschiedener Dienststellen durch entsprechende Beschlüsse des Stadtsenates abzuändern oder zu ergänzen.

Im Jahre 1981 machte der Mangel an qualifiziertem Krankenpflegepersonal (diplomierten Krankenschwestern) wieder die Anstellung von voll ausgebildeten ausländischen Krankenschwestern erforderlich. So wurden auf Grund eines zwischen dem Arbeitsministerium der Republik der Philippinen und dem Magistrat der Stadt Wien abgeschlossenen Übereinkommens 60 ausgebildete philippinische Krankenschwestern in den Dienst der Gemeinde Wien aufgenommen.

Im Zusammenhang mit der Besoldungsreform war auch eine entsprechende Adaption der Dienstvorschrift für Aushilfs- und Saisonbedienstete erforderlich. Hiebei ergab sich mit Beschluß des Gemeinderates vom 21. September 1981, Pr.Z. 2089, für die Aushilfs- und Saisonbediensteten in fast allen Verwendungen eine dem geänderten Besoldungssystem angepaßte Erhöhung des Monatsbezuges.

In der Vertragsbedienstetenordnung 1979 ist vorgesehen, daß in den Dienstverträgen in Ausnahmefällen Regelungen getroffen werden können, die von den Bestimmungen dieses Gesetzes abweichen. Solche Dienstverträge sind als Sonderverträge zu bezeichnen und bedürfen der Genehmigung der gemeinderätlichen Personalkommission und des für Personalangelegenheiten zuständigen Gemeinderatsausschusses. Neben Einzelsonderverträgen bestehen für bestimmte Gruppen von Sondervertragsbediensteten Sonderverträge, die eine Gleichartigkeit der Vertragsinhalte aufweisen. Bereits im Jahre 1979 wurden daher die abweichenden Sondervertragsnormen zusammengefaßt und eine gemeinsame Genehmigung für verschiedene Bedienstetengruppen eingeholt. Diese Gruppensondervertragsnormen wurden in der Folge wiederholt abgeändert bzw. ergänzt. Im Zusammenhang mit der mit 1. Juli 1981 wirksam gewordenen Besoldungsreform war eine neuerliche Abänderung der Gruppensondervertragsnormen hinsichtlich der Zeremonienleiter bei den Wiener Stadtwerken — Städtische Bestattung erforderlich, für welche sich als Auswirkung dieser Reform eine Anhebung des Gehaltes um 225 Schilling monatlich ergab. Aus diesem Anlaß wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit, mit Beschlüssen des Gemeinderatsausschusses für Personal- und Rechtsangelegenheiten vom 27. August 1981, AZ 120, und der gemeinderätlichen Personalkommission vom 27. August 1981, PK 853, eine Neufassung der Gruppensondervertragsnormen für alle durch Gruppensonderverträge erfaßten Bedienstentgruppen vorgenommen, in der mit

Ausnahme dieser vorgesehenen Gehaltsanhebung alle anderen Regelungen materiell unverändert zusammengefaßt als „Gruppensondervertragsnormen 1981" aufgenommen wurden und die Bedienstetengruppen Haus- und Siedlungsinspektoren, Sport- und Spielplatzaufseher, teilbeschäftigte Ärzte und Fachärzte, Fürsorgerinnen in den Mutterberatungsstellen, mobile Krankenschwestern, Zeremonienleiter bei den Wiener Stadtwerken — Städtische Bestattung und Praktikanten betreffen.

Die Dienstvorschrift für teilbeschäftigte Aufseher in den Museen sieht vor, daß städtische Beamte des Ruhestandes als teilbeschäftigte Aufseher halbtags oder stundenweise verwendet werden können. Hiedurch kann trotz eines verhältnismäßig geringen Standes an Stammpersonal eine Aufsicht während der unterschiedlichen Öffnungszeiten der der Öffentlichkeit zugänglichen Museen und Schausammlungen, insbesondere an Sonn- und Feiertagen, durch im Hinblick auf die frühere langjährige Bewährung als Beamte der Stadt Wien vertrauenswürdige Kräfte gesichert werden. Die Dauer des Einsatzes dieser Ruhestandsbeamten als teilbeschäftigte Museumsaufseher findet ihre natürliche Begrenzung in der altersmäßig bedingten Leistungsfähigkeit, so daß sich dadurch eine gewisse Fluktuation in der Besetzung der Dienstposten ergibt. Da der laufende Bedarf durch städtische Ruhestandsbeamte, die sich um eine derartige Anstellung bewerben, allein nicht zur Gänze gedeckt werden kann, wurde mit Beschluß des Gemeinderates vom 21. September 1981, Pr.Z. 2180, durch eine Änderung der „Dienstvorschrift für teilbeschäftigte Aufseher in den Museen" vorgesehen, daß ab 1. September 1981 auch Ruhestandsbeamte anderer inländischer Gebietskörperschaften sowie ehemalige Vertragsbedienstete der Gemeinde Wien, die bereits eine Pension aus der gesetzlichen Pensionsversicherung beziehen und deren früheres Dienstverhältnis zur Gemeinde Wien mindestens zehn Jahre gedauert hat, als Aufseher aufgenommen werden können, da auch diesen Personen das erforderliche Maß an Verläßlichkeit zugesprochen werden kann.

Hinsichtlich jener städtischen Arbeitnehmer, deren Dienstverhältnisse kollektivvertraglich geregelt sind, ergaben sich folgende Änderungen: Abgesehen von der mit 1. Jänner 1981 auf Grund der Koppelung an die Bezugserhöhung der Gemeindebediensteten wirksam gewordenen Anhebung der Bezüge um 6,2 Prozent wurden mit Beschluß des Gemeinderates vom 30. Jänner 1981, Pr.Z. 95, die Gehaltsansätze für die Lehrkräfte am Konservatorium in der Gehaltsgruppe I ab der Gehaltsstufe 13 und für die Lehrkräfte an den Musikschulen und Kindersingschulen in der Gehaltsgruppe I ab der Gehaltsstufe 7 erhöht und auch die Leiterzulage für die Leiter der Musikschulen angehoben. Mit 1. März 1981 erfolgte mit Beschluß des Gemeinderates vom 27. März 1981, Pr.Z. 669, eine Änderung des Kollektivvertrages für die ständigen Arbeitskräfte des Landwirtschaftsbetriebes, die für diesen Personenkreis vor allem eine Erhöhung der Löhne und der meisten Zulagen um 7 Prozent brachte und die die bereits bisher gegebenen Einschränkungen der Kündigungsmöglichkeit bei einer Dauer des Dienstverhältnisses von 15 Jahren bereits bei einer Dauer des Dienstverhältnisses von zehn Jahren eintreten läßt. Außerdem wurde der Kündigungsschutz für ältere Dienstnehmer, der bisher für männliche Dienstnehmer nach dem 50. Lebensjahr, für weibliche Dienstnehmer nach dem 45. Lebensjahr galt, einheitlich für Dienstnehmer ab der Vollendung des 40. Lebensjahres festgesetzt. Der ab 1. März 1981 für landwirtschaftliche Saisonarbeiter des Landwirtschaftsbetriebes geltende Kollektivvertrag enthält gegenüber dem für die Saison 1980 geltenden die Änderung, daß das Verpflegsgeld, die einzelnen Entlohnungssätze und die Pauschalabgeltung für Ortssaisonarbeiter um durchschnittlich 7 Prozent erhöht und einzelne Prämien betragsmäßig angehoben wurden. Die Änderung des Kollektivvertrages erfolgte mit Beschluß des Gemeinderates vom 14. Mai 1981, Pr.Z. 1018. Mit 1. April 1981 wurde mit Beschluß des Gemeinderates vom 5. Juni 1981, Pr.Z. 1354, der Kollektivvertrag für Forstarbeiter dahingehend abgeändert, daß die in der Lohntafel angeführten Zeitlöhne und Akkordrichtsätze um 8,025 Prozent erhöht und einzelne Zulagen betragsmäßig neu festgesetzt wurden. Für Forstarbeiter, die mindestens 15 Jahre im Betrieb tätig waren und das 55. Lebensjahr erreicht haben, wurde eine Anhebung des Zuschlages auf den Zeitlohn von bisher 5 auf 12,5 Prozent vorgesehen, wenn sie nicht mehr im Akkord beschäftigt werden. Die im Lohnanhang zum Kollektivvertrag für Bäckereiarbeiter vorgesehenen Löhne wurden ab 17. August 1981 entsprechend der Koppelung an die Löhne der Brotindustrie um 7 Prozent angehoben. Mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1981 erfolgte mit Beschluß des Gemeinderates vom 21. September 1981, Pr.Z. 2181, für Angestellte des Landwirtschaftsbetriebes eine Erhöhung der Bezüge und Zulagen um 6,9 Prozent. Durch die mit 1. Juli 1981 durchgeführte Neugestaltung der Bezugsschemata der Bediensteten in den bisherigen Dienstklassen I bis III war es erforderlich, die Zuordnung dieser durch die Besoldungsreform betroffenen Bediensteten zu den einzelnen Gebührenstufen der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien neu zu regeln. Diese Neuregelung erfolgt mit Beschluß des Stadtsenates vom 15. September 1981, Pr.Z. 2459. Außerdem wurde mit Beschluß des Stadtsenates vom 10. November 1981, PR.Z. 2827, das Kilometergeld auf Grund einer vom Österreichischen Statistischen Zentralamt ermittelten Steigerung des Subindex „privater Kraftfahrzeugverkehr" von 8,1 Prozent ab 1. September 1981 um diesen Hundertsatz erhöht. Ferner wurden Bestimmungen über die Entschädigungen für städtische Bedienstete, die an Wandertagen, Schullandwochen, Erholungsaufenthalten, Schikursen und dergleichen teilnehmen, mit Wirksamkeit vom 1. November 1981 in die Reisegebührenvorschrift eingebunden, da auch diese Dienstverrichtungen inhaltlich Dienstreisen oder Dienstverrichtungen im Dienstort im Sinne der Reisegebührenvorschrift darstellen und sich die nach der Art der Veranstaltung differenzierten Entschadigungssatze aus einer in der Reisegebührenvorschrift festgesetzten Tagesgebühr ableiten.

Im Jahre 1981 wurde die Regelung der gleitenden Arbeitszeit in zwei weiteren Dienststellen eingeführt. Hiedurch erhöhte sich die Anzahl der Dienststellen bzw. Dienststellenteile mit gleitender Arbeitszeit von 64 auf 66.

Durch die 19. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, Gesetz vom 9. Dezember 1980, LGBl. für Wien Nr. 7/1981, der 2. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979, Gesetz vom 12. Dezember 1980, LGBl. für Wien Nr. 8/1981, der 36. Gehaltsgesetz-Novelle, Gesetz vom 15. Dezember 1980, BGBl. Nr. 591/1980, und der 29. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle, Gesetz vom 15. Dezember 1980, BGBl. Nr. 592/1980, wurden die Bezüge der Beamten und Vertragsbediensteten einschließlich der Wiener Landeslehrer, ausgenommen die Haushaltszulage, ab 1. Jänner 1981 um 6,2 Prozent erhöht. Mit Beschluß des Stadtsenates vom 2. Dezember 1980, Pr.Z. 3571, wurden analog zu den Bezügen auch die Nebengebühren für die Bediensteten der Stadt Wien neu festgesetzt. Diese Bezugs- und Nebengebührenänderung machte eine Neuberechnung der Bruttobezüge der vom Besoldungsamt verrechneten rund 80.000 Bediensteten und Pensionsparteien notwendig.

Durch die 20. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, Gesetz vom 21. September 1981, LGBl. für Wien Nr. 29/1981, und die 3. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979, Gesetz vom 21. September 1981, LGBl. für Wien Nr. 28/1981, wurde die erste Etappe der Besoldungsreform per 1. Juli 1981 legistisch geregelt. Die sich daraus ergebende Überleitung einzelner Verwendungsgruppen wurde mit Unterstützung der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV) mit der Auszahlung der Septemberbezüge realisiert, wobei gleichzeitig für die Magistratsabteilung 2 rund 23.500 Erledigungen erstellt wurden bzw. vom Besoldungsamt ebensoviele Einreihungsschlüssel abzuändern waren. Darüber hinaus wurden durch diese erste Etappe bei rund 12.000 Bediensteten die Gehaltsansätze rückwirkend ab 1. Juli 1981 erhöht.

Für die Beamten des Ruhestandes und deren Hinterbliebene wird die Besoldungsreform (Pensionsüberleitung) durch die 21. Novelle zur Besoldungsordnung 1967 rückwirkend per 1. Juli 1981 legistisch wirksam werden. Das Besoldungsamt hatte aber auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Magistrat der Stadt Wien und der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten unter Zugrundelegung eines Vorschußbeschlusses des Gemeinderates für die besoldungsmäßige Berücksichtigung der Pensionsüberleitung bereits für die Auszahlung Ende Dezember 1981 zu sorgen. Diese Pensionsüberleitung betraf rund 9.000 Ruhe- und Versorgungsgenüsse und konnte infolge der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit zwischen Auftrag und Auszahlung nur mit Hilfe der MD-ADV rechtzeitig bewältigt werden.

Eine weitere Erschwernis stellt der für die Zeit vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982 bestehende Zustand dar, daß für die Beamten des Ruhestandes und ihre Hinterbliebenen andere Gehaltsansätze gelten als für die Beamten des Dienststandes.

Von den Österreichischen Bundesbahnen wurde mit 1. Jänner 1981, von den Autobusunternehmungen (Bahn, Post und private Unternehmungen) mit 2. Februar 1981 eine Tarifregulierung durchgeführt. Dadurch mußten die Fahrtkostenzuschüsse zweimal neu berechnet werden. Die Zahl der Fahrtkostenzuschüsse ist um 449 auf nunmehr 2.001 gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Die Abteilung hat im Jahre 1981 19.387 Inlandsdienstreisen mit einem Betrag von 4,629.639,90 Schilling und 505 Auslandsdienstreisen mit einem Betrag von 2,949.405 Schilling einer Überprüfung und Abrechnung zugeführt. Gegenüber 1980 ist die Zahl der abgerechneten Inlandsdienstreisen um 5.384 und die Zahl der Auslandsdienstreisen um 115 gestiegen.

Mit Stichtag 31. Dezember 1981 wurden die Bezüge für 18.717 Magistratspensionisten und 4.004 Landeslehrerpensionisten, das sind insgesamt 22.721 Pensionsempfänger, abgerechnet. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres hat sich die Zahl der Pensionsempfänger um 71 verringert. 222 (1980: 230) Pensionsempfänger des Magistrates erhalten eine Ergänzungszulage gemäß § 26 Pensionsordnung 1966 angewiesen, welche der Ausgleichszulage nach dem ASVG entspricht. Im Dezember wurden zu den Pensionsbezügen 11.936 Ruhe- und Versorgungsgenußzulagen flüssiggemacht, das sind um 461 mehr als im Vorjahr. Somit läßt sich ein ständiges leichtes Absinken der Zahl der Ergänzungszulagenbezieher und ein starkes Ansteigen der Zahl der Bezieher einer Ruhe- oder Versorgungsgenußzulage feststellen.

Die durchschnittliche Höhe der Ruhe- und Versorgungsgenußzulage betrug im Dezember 1981 für den Eigenpensionisten 1.000 Schilling, bei Witwen 500 Schilling und bei Waisen 160 Schilling monatlich.

Bis 31. Dezember 1981 wurden 240 Anträge von Ruhe- und Versorgungsgenußempfängern auf eine einmalige Aushilfe positiv erledigt. Dafür wurde ein Betrag von 603.709 Schilling aufgewendet.

Per 31. Dezember 1981 wurden 2.278 Ruhe- und Versorgungsgenußempfängern des Magistrates und 421 Landeslehrerpensionsparteien Hilflosenzulagen angewiesen. Davon entfallen auf die Stufe I 1.154, auf Stufe II 1.133 und auf Stufe III 412 Zulagen. Das sind im Verhältnis zu allen Pensionisten 11,88 Prozent. Die Zahl der Bezieher von Hilflosenzulagen hat sich somit gegenüber dem Vorjahr um 23 erhöht. Das Besoldungsamt hat 1981 154 Hilflosenzulagen zuerkannt.

Für die Gewährung von Bezugsvorschüssen an die städtischen Bediensteten und Wiener Landeslehrer wurde ein Betrag von 42 Millionen Schilling aufgewendet. Die im Budget vorgesehene Summe wurde daher zur Gänze ausgeschöpft.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1981 sind 4.787 Arbeiter (davon 2.596 Saisonarbeiter), 3.162 Angestellte und 751 Beamte (Neuaufnahmen in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis), insgesamt 8.700 Personen, in den Dienst der Stadt Wien getreten. Im gleichen Zeitraum sind 4.300 Arbeiter (davon 2.493 Saisonarbeiter), 2.618 Angestellte und 649 Beamte, insgesamt 7.567 Personen, durch Kündigung, freiwillige Austritte, Dienstesentsagung oder Ableben aus dem Dienstverhältnis zur Stadt Wien ausgeschieden. Von den bereits im Dienst der Stadt Wien stehenden Bediensteten wurden bis 31. Dezember 1981 276 Arbeiter und 574 Angestellte, insgesamt 850 Bedienstete, in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis übernommen. Im gleichen Zeitraum wurden 752 Beamte in den dauernden Ruhestand versetzt.

Am 31. Dezember 1981 wurden im Stand des Besoldungsamtes (in Klammer davon Frauen) 964 (166) Funktionäre, 24.069 (11.964) Beamte, 11.044 (8.110) Angestellte, 12.309 (7.073) Arbeiter, 9.232 (7.049) Lehrer, 18.717 (12.286) Magistratspensionisten und 4.004 (3.181) Lehrerpensionisten geführt.

Durch die Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 30. Dezember 1980, BGBl. Nr. 26/1981, über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 560/1978, dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, und dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 200/1967, wurde für das Kalenderjahr 1981 die Höchstbeitragsgrundlage in der Unfall- und Pensionsversicherung von 19.500 auf 20.400 Schilling monatlich und in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung von 14.400 auf 15.300 monatlich erhöht.

Mit der Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 27. November 1980, BGBl. Nr. 525/1980, wurde der Beitrag in der Arbeitslosenversicherung für den Dienstnehmer und den Dienstgeber von je 1,05 auf je 1,30 Prozent erhöht. Schließlich wurde mit der 35. Novelle zum ASVG, Gesetz vom 15. Dezember 1980, BGBl Nr. 585/1980, der Zusatzbeitrag des Dienstgebers zur Pensionsversicherung von 10,75 Prozent um 0,6 auf 11,35 Prozent angehoben.

Im Rahmen der Nebengebührenerfassung durch maschinelle Beleglesung wurden weitere 35 Dienstposten einbezogen. Durch die maschinelle Beleglesung wird die Datenerfassung der MD-ADV monatlich um 15.500 Datensätze entlastet.

Im Jahre 1981 wurde der Terminaleinsatz im Besoldungsamt weiter intensiviert, indem in den Verrechnungsgruppen Angestellte, Arbeiter und Beamte je ein Terminal aufgestellt wurde. Zur Zeit werden die Terminals vorwiegend zur internen Revision verwendet. Das System wurde aber auch bei der Bewältigung der Besoldungsreform eingesetzt, um einzelne Bedienstetengruppen erfolgreich zu erfassen.

In Zusammenarbeit mit der MD-ADV wurde für jene Dienststellen, die über eine direkte Eingabemöglichkeit in das EDV-System verfügen, ein System zur Nebengebührenerfassung mittels Terminal entwickelt. Zielgruppe für diese Art der Nebengebührenerfassung ist primär die Magistratsabteilung 17.

Trotz des ständig steigenden Arbeitsanfalles konnte der Personalstand des Besoldungsamtes durch strenge Rationalisierungsmaßnahmen von 141 auf 138 Dienstposten verringert werden.

Rechtliche Angelegenheiten der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens

Die bei der Abteilung eingerichtete Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat 460 Betriebskontrollen in 353 land- und forstwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt. 257 betrafen Gartenbaubetriebe, 112 Weinbaubetriebe, 66 bäuerliche Betriebe und 25 sonstige landwirtschaftliche Betriebe. Bei der Kontrolltätigkeit wurden insgesamt 317 Beanstandungen vorgenommen. Zur Abstellung der festgestellten Mängel sowie zur Sicherung von Gefahrenstellen wurden 112 Aufträge an die Betriebsinhaber erteilt. Um die Belange des Dienstnehmerschutzes wahrzunehmen, haben die Organe der Land- und Forstwirtschaftsinspektion an 76 baubehördlichen Genehmigungsverfahren teilgenommen. In 8 Fällen wurden zu einschlägigen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen bzw. zu internationalen Übereinkommen gutachtliche Stellungnahmen abgegeben.

Im Jahre 1981 ereigneten sich in der Fortwirtschaft bei Schlägerungsarbeiten zwei tödliche Arbeitsunfälle. Sofort nach den Unfallereignissen wurde die Land- und Forstwirtschaftsinspektion von den Sicherheitsbehörden zur Feststellung der Unfallsursache beigezogen. In beiden Fällen mußte ein fachwidriges Verhalten der verunglückten Dienstnehmer festgestellt werden.

An der alljährlich stattfindenden Experten- und Schulungskonferenz der österreichischen Land- und Forstwirtschaftinspektion und an einer Tagung des Arbeitskreises Sicherheitstechnik haben Vertreter teilgenommen.

Auf Grund der Landarbeitsgesetz-Novelle 1981, BGBl. Nr. 355, die eine Änderung der Grundsätze im Bereich der Abfertigung land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter zum Inhalt hatte, war ein entsprechendes Landesausführungsgesetz zu erlassen. Der Wiener Landtag hat daher am 15. Dezember 1981 die Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1981, die eine Neuregelung dieser Ansprüche enthält, beschlossen. Die Kundmachung dieses Gesetzes, das am 1. Jänner 1982 in Kraft getreten ist, erfolgte im LGBl. für Wien Nr. 4/1982. Darüber hinaus

befanden sich eine weitere Novelle der Landarbeitsordnung, die eine Neuregelung des Dienstnehmerschutzes enthält, sowie eine Neufassung der Wiener land- und forstwirtschaftlichen Betriebsrats- und Wahlordnung und der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsrats-Geschäftsordnung im Begutachtungsverfahren. Entsprechend der Geschäftsordnung der Gleichbehandlungskommission nach dem Wiener land- und forstwirtschaftlichen Gleichbehandlungsgesetz hat am 24. April 1981 die erste Sitzung dieser Kommission stattgefunden.

Auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft wurden im Rahmen der landwirtschaftlichen Fachbegutachtung 162 gutachtliche Stellungnahmen abgegeben. Diese bezogen sich in 45 Fällen auf die Zulässigkeit von Bauführungen im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel bzw. Grünland-Ländliches Gebiet. Hinsichtlich der Genehmigung bzw. Versagung von beantragten Grundabteilungen in solchen Gebieten wurden 37 Gutachten erstellt. 26 Stellungnahmen bezogen sich auf Gesetzes- und Verordnungsentwürfe, die Angelegenheiten der Agrarstruktur, Agrarstatistik sowie internationale Übereinkommen betrafen. Weiters wurden anläßlich der Festsetzung, Aufhebung und Änderung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen 9 Stellungnahmen abgegeben.

Auf Ersuchen der Magistratsabteilung 69 wurden überdies aus Anlaß von Neuverpachtungen bzw. Umschreibungen von Pachtrechten an landwirtschaftlich genutzten städtischen Liegenschaften nach den in jedem Einzelfall gepflogenen Ermittlungen 45 Stellungnahmen über die Höhe des angemessenen Pachtzinses abgegeben.

Bei der in der Abteilung eingerichteten Agrarbehörde I. Instanz waren 64 Anträge auf Anerkennung von Grunderwerbsvorgängen als landwirtschaftliche Siedlungsmaßnahmen nach dem Wiener landwirtschaftlichen Siedlungsgesetz anhängig. Im Zuge dieser Verfahren hat das agrartechnische Referat nach Durchführung von 115 Erhebungen 59 gutachtliche Stellungnahmen abgegeben.

In Vollziehung des Wiener Landwirtschaftskammergesetzes wurden die Agenden der Aufsichtsbehörde wahrgenommen und Vertreter zu den Sitzungen von Organen der Wiener Landwirtschaftskammer entsendet.

Im Veterinärwesen wurden wie alljährlich in Vollziehung des Tierseuchengesetzes die monatlichen Werttarife für Schlachtschweine, die vierteljährlichen für Nutzschweine und die halbjährlichen für Geflügel ausgearbeitet. Weiters waren verschiedene Tarifregulierungen im Bereich des Veterinärwesens sowie des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx vorzubereiten, die in der Verordnung des Landeshauptmannes vom 16. November 1981 über tierärztliche Untersuchungsgebühren, LGBl. für Wien Nr. 30/1981, im Entgeltetarif für die Benützung der städtischen Viehmarkt- und Schlachthofeinrichtungen, beschlossen vom Gemeinderat der Stadt Wien am 17. Dezember 1981, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 3/1982, und in der Kundmachung des Magistrates der Stadt Wien vom 12. Dezember 1981 über die Entgelte für die Dienstleistungen des städtischen Markthelferpersonales auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx und dem Wiener Kontumazmarkt, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 50/1981, ihren Niederschlag gefunden haben.

Ferner hat die Abteilung, ausgehend von einigen Mißständen im Bereich der Hundehaltung, an der Formulierung des entsprechenden Abschnittes eines Wiener Landespolizeigesetzes mitgewirkt.

Hinsichtlich Baumschutz kam es im Rahmen der Vollziehung des Wiener Baumschutzgesetzes, LGBl. für Wien Nr. 27/1974, zur Erledigung allgemeiner und grundsätzlicher Angelegenheiten sowie zur Bearbeitung von Berufungen und zur Vorlage von Erledigungsentwürfen an den Berufungssenat.

In Wien bestehen derzeit 37 Eigenjagd- und Gemeindejagdgebiete mit einer Gesamtfläche von 19.946 ha. Die Jagd ruht auf einer Fläche von 2.839 ha (Friedhöfe, öffentliche Parkanlagen). Wie geplant, wurde der Entwurf einer Novelle zum Wiener Jagdgesetz zur Begutachtung ausgesendet. Die Arbeiten zur Endredaktion des Entwurfes konnten nahezu abgeschlossen werden, so daß eine Beschlußfassung durch die zuständigen Gremien im Jahre 1982 erwartet werden kann.

In Wien bestehen 34 Fischereireviere mit einer Gesamtfläche von 2.141,6 ha.

Die 1980 begonnenen Arbeiten an einer Novelle zum Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978, LGBl. für Wien Nr. 2/1978, wurden fortgesetzt.

In Wasserrechtsangelegenheiten waren 1.455 Geschäftsstücke zu behandeln. Davon betrafen 44 Geschäftsstücke Einleitungen in obertätige Gewässer, 174 Versickerungen und 231 Grundwasserentnahmen, 97 Ansuchen Anlagen im Hochwasserabflußbereich bzw. Brücken, weitere 191 Geschäftsstücke bezogen sich auf Beanstandungen, Stellungnahmen grundsätzlicher Art, Ölunfälle und dergleichen.

Im Wasserbuch wurden 84 Neueintragungen und 18 Löschungen vorgenommen. 3 Wasserbuchänderungsbescheide wurden erlassen und 88 Wasserbuchbescheidentwürfe (vorläufige Eintragungen) ausgearbeitet. Am 31. Dezember 1981 betrug der Stand an aufrechten Wasserbucheintragungen 2.006, an Lagerbucheintragungen 1.132.

Im Verzeichnis der Anlagen zur Lagerung oder Leitung wassergefährdender Stoffe bzw. zur Gewinnung von Sand und Kies wurden gemäß § 31 a Wasserrechtsgesetz 1959 525 Bewilligungen eingetragen; der Stand dieses Verzeichnisses betrug am 31. Dezember 1981 insgesamt 14.060 aufrechte Bewilligungen.

Im Bereich des Schiffahrtswesens wurden 2.479 Geschäftsstücke behandelt. Davon bezogen sich unter anderem 108 auf Ansuchen für Schiffahrtsanlagen und Wassersportveranstaltungen, 631 auf die Ausstel-

lung oder Änderung von Schiffspatenten, 80 auf die Ausstellung oder Verlängerung von Fahrtüchtigkeitszeugnissen und 1.325 auf die Zuweisung oder Zurücklegung von Kennzeichen. 335 Geschäftsstücke betrafen Schiffsführerprüfungen sowie die Ausstellung bzw. Änderung von Schiffsführerpatenten. Zur Schiffsführerprüfung wurden 223 Bewerber zugelassen, wovon 26 eine Erweiterung ihrer Berechtigung anstrebten. Bei 9 abgehaltenen Prüfungen wurden 202 Kandidaten geprüft, wovon 185 die Prüfung bestanden. Mit Ende 1981 hatten 8.596 Motorboote ihren Standort in Wien; davon waren 152 Boote im öffentlichen Dienst eingesetzt. Außerdem wurde der Überprüfung der Verkehrssicherheit vor allem älterer Boote ein verstärktes Augenmerk gewidmet.

In wasser- und schiffahrtsrechtlichen Angelegenheiten mußten insgesamt 304 mündliche Verhandlungen und Amtsbesprechungen abgehalten werden.

Zum Schutze des Quellvorkommens der Thermalschwefelquelle Oberlaa wurde mit Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 15. September 1981, LGBl. für Wien Nr. 27/1981, ein Schongebiet im Sinne des § 34 Abs. 2 Wasserrechtsgesetz 1959 bestimmt. Innerhalb dieses Schongebietes sind bestimmte Maßnahmen, wie Tiefbohrungen usw., nur nach Maßgabe einer wasserrechtlichen Bewilligung zulässig. Da sich der Einzugsbereich der Quelle auch auf niederösterreichisches Gebiet erstreckt, war es notwendig, für diesen Bereich eine gleichlautende Verordnung durch den Landeshauptmann von Niederösterreich zu initiieren, die sich derzeit in einem abschließenden Begutachtungsverfahren befindet. Ferner wurde die Gewässerbeschau des Petersbaches, durch die ein Überblick über den Zustand des Gewässers und die vorhandenen Schutz- und Regulierungsbauten sowie Wasseranlagen gewonnen werden konnten, abgeschlossen und die Beschau des Liesingbaches fortgesetzt.

Die Abteilung hat weiters in einer Reihe von Fällen die Stadt Wien in Wasserrechtsangelegenheiten vor anderen Behörden und den Gerichtshöfen des öffentlichen Rechtes vertreten sowie die Magistratsabteilungen 29, 31 und 45 beraten. Die wichtigsten waren die Hochquellenleitungen und Quellschutzgebiete, die III. Wiener Wasserleitung und der „Verbesserte Donauhochwasserschutz für Wien". Die bereits in den Vorjahren erwähnten Aktionen zur Überprüfung von Abwasserbeseitigungsanlagen und der Wasserqualität von Trinkwasserbrunnen wurden weitergeführt.

Im Jahre 1981 fielen insgesamt 5.293 Geschäftsstücke an. Davon betrafen 5.086 allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, 64 Agenden der Agrarbehörde und 12 Berufungen in Baumschutzangelegenheiten; 101 waren Berufungen in Verwaltungsstrafsachen, 30 betrafen Unfallmeldungen.

Staatsbürgerschafts- und Personenstandsangelegenheiten

Die Magistratsabteilung 61 umfaßt zentrale Dienststellen, wie z. B. die Staatsbürgerschaftsevidenzstelle, und die neun Wiener Standesämter; sie vollzieht in unmittelbarer Landesverwaltung bzw. in mittelbarer Bundesverwaltung bundesgesetzliche Bestimmungen über die Staatsbürgerschaft, über das Eherecht, das Namensrecht und die Personenstandsverzeichnung.

Durch die am 1. Jänner 1981 in Kraft getretene Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien — Entschließung des Bürgermeisters vom 15. Dezember 1980 auf Grund der Genehmigung des Gemeinderates vom 12. Dezember 1980, Pr.Z. 3745 — wurde der Abteilung folgende, bisher zu den Geschäften des Magistratsdirektors gehörende Angelegenheit zur Vollziehung übertragen: „Beglaubigung der Unterschrift des Standesbeamten und des beigefügten Amtssiegels auf Personenstandsurkunden, auf Abschriften aus den Personenstandsbüchern und auf Ehefähigkeitszeugnissen, ausgenommen Personenstandsurkunden aus konfessionellen Altmatriken." Durch diese Vereinigung sachlich zugehöriger Agenden in einer einzigen Dienststelle wurde eine Verwaltungsvereinfachung erzielt, die den wegen Urkundenlegalisierung vorsprechenden Parteien die Behördenwege erheblich erleichtert.

In der folgenden Darstellung der Tätigkeit der Abteilung werden zum Vergleich die prozentuellen Veränderungen gegenüber dem Jahr 1980 in Klammern wiedergegeben.

In der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle sprachen 46.161 Personen vor (−12,8 Prozent), für die 34.180 Staatsbürgerschaftsnachweise (−16,6), 95 Auszüge aus der Heimatrolle (−43,8) und 2.772 Staatsbürgerschaftsbescheinigungen zum Amtsgebrauch für verschiedene Behörden (+11,5) ausgefertigt wurden. Ferner war an 999 ausländische Ehefrauen von österreichischen Staatsbürgern nach Abgabe der Erklärung, der Republik Österreich als getreue Staatsbürgerin angehören zu wollen, Bescheinigungen über den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft durch Erklärung (+23,5) auszufolgen. Diese relativ starke Zunahme gegenüber 1980 ist vor allem auf die ständig wachsende Mobilität des betroffenen Personenkreises sowie auf die leicht zu erfüllenden Bedingungen für diese Art des Staatsbürgerschaftserwerbes (§ 9 des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965) zurückzuführen.

An die auswärtigen Staatsbürgerschaftsevidenzstellen wurden 5.246 Mitteilungen über ausgefertigte Staatsbürgerschaftsnachweise versendet (−11,3), während 78.827 eingelangte Mitteilungen von Staatsbürgerschaftsevidenzstellen in ganz Österreich, von Standesämtern, österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland und

von anderen Behörden (—8,8) ebenso wie 3.711 sonstige, nicht gesondert protokollierte Aktenvorgänge (—22,7) in die Kartei eingearbeitet wurden. Diese Kartei, die Staatsbürgerschaftsevidenz, bestand zu Ende des Jahres 1981 aus rund 2,251.000 Karteiblättern, wovon allein 1981 rund 125.000 Karteiblätter neu angelegt wurden. Der Parteienverkehr in der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle kann somit rasch und problemlos abgewickelt werden, da die Kartei stets den schnellen Zugriff zu den wesentlichen Staatsbürgerschaftsdaten der Wiener Bevölkerung gewährleistet, zumal sie ja den jeweils aktuellen Datenbestand wiedergibt und auch durch die fortgesetzte systematische Übertragung von Daten aus der alten Wiener Heimatrolle wesentlich bereichert wird. Hiefür wurden 54.172 Katasterblätter der Heimatrolle ausgewertet. Selbstverständlich werden bei der Handhabung der Staatsbürgerschaftsevidenz die Bestimmungen des Datenschutzgesetzes streng beachtet, so daß insbesondere eine Weitergabe von personenbezogenen Daten an Unbefugte ausgeschlossen ist. Außerdem waren in der Staatsbürgerschaftsevidenzstelle 9.125 protokollierte Geschäftsstücke (—3,0) zu bearbeiten.

3.601 Geschäftsstücke (—1,4), die hauptsächlich Gesuche um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft betrafen, langten in der Abteilung ein. Damit ist wie in den Vorjahren die große Anzahl an Gesuchen in Wien ansässiger, zur Integration bereiter Ausländer wieder erreicht worden.

Auf Grund von Ansuchen, der Abgabe von Erklärungen oder Anzeigen erwarben 3.699 Personen (—4,7) die österreichische Staatsbürgerschaft. 1.675 Ausländern (—14,5) wurde auf Antrag und nach Durchführung des gesetzlich vorgeschriebenen Ermittlungsverfahren die Staatsbürgerschaft verliehen, indem ihnen im Anschluß an die Ablegung der Gelöbnisse die Verleihungsbescheide ausgehändigt wurden. Darunter befanden sich 35 Personen (—10,2), denen die Bundesregierung bestätigt hatte, daß die Einbürgerung wegen erbrachter außerordentlicher Leistungen, insbesondere auf wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, künstlerischen oder sportlichen Gebieten, im Interesse der Republik Österreich gelegen war. Die Staatsbürgerschaftsverleihungen wurden antragsgemäß auf 290 Ehefrauen (—14,4) und 700 minderjährige Kinder (—7,0) erstreckt. Somit erwarben durch Verleihung und Erstreckung der Verleihung 2.665 fremde Staatsangehörige (—12,6) die österreichische Staatsbürgerschaft. Dieser leichte Rückgang zeigt, daß jene Einbürgerungsgesuche, die sich nach den Bestimmungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965 nicht für eine positive Erledigung geeignet hatten, zugenommen haben.

12 minderjährige Kinder von Hochschulprofessoren, die ihrerseits die Staatsbürgerschaft durch Dienstantritt an einer österreichischen Hochschule erworben hatten, erwarben durch Erklärung der Eltern die österreichische Staatsbürgerschaft.

23 frühere österreichische Staatsbürger, die Österreich in den Jahren 1938 bis 1945 aus rassischen oder politischen Gründen verlassen mußten und während ihres Aufenthaltes im Ausland eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hatten (—8,0), erhielten die österreichische Staatsbürgerschaft wieder durch Abgabe einer Anzeige über die Begründung des Inlandwohnsitzes.

12 Österreichern, die im Ausland lebten und den Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit anstrebten (—40,0), wurde die Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft für den Fall des Erwerbes einer fremden Staatsangehörigkeit bescheidmäßig bewilligt, da diese Beibehaltung den jeweiligen Ermittlungsverfahren zufolge im Interesse der Republik Österreich gelegen war.

Für 14 im Ausland lebende Österreicher, die überdies eine fremde Staatsangehörigkeit besaßen und schriftlich auf die österreichische Staatsbürgerschaft verzichteten, wurde der Verlust der Staatsbürgerschaft mit Bescheid festgestellt (—6,6).

369 Geschäftsstücke (+4,5) betrafen ungeklärte und schwierige Staatsbürgerschaftsverhältnisse, die meist umfangreiche Ermittlungen im In- und Ausland verursachten und vielfach mit der Erlassung von rechtskräftigen Feststellungsbescheiden abgeschlossen wurden.

Die Angaben über die von den Standesämtern abgehaltenen Trauungen sowie über die beurkundeten Personenstandsfälle spiegeln die schon aus den Massenmedien bekannt gewordene erfreuliche Tendenz der demographischen Entwicklung der Wiener Bevölkerung. „Die Rathauskorrespondenz" bezeichnete das Jahr 1981 wohl zu Recht als ein „Jahr des Storches". 9.704 Eheschließungen (+4,7) und 17.714 Geburten (+5,1) konnten von den Standesämtern beurkundet werden. Die 25.258 beurkundeten Sterbefälle (—2,1) verursachten aber immer noch eine negative Geburtenbilanz, die nicht ganz durch Zuwanderung ausgeglichen werden konnte.

Durch 13.973 Randvermerke (—4,9) und 45.828 Hinweismitteilungen (+10,7) wurden die Eintragungen in den Personenstandsbüchern der Standesämter auf dem laufenden gehalten, außerdem waren 1.419 förmliche Berichtigungen bereits abgeschlossener Eintragungen (+4,4) vorzunehmen.

196 Anträge auf Änderung des Familiennamens (+3,2) wurden im Hinblick auf das im Ermittlungsverfahren jeweils festgestellte Vorliegen eines wichtigen Grundes bescheidmäßig bewilligt.

Für 1.134 Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die im Ausland eine Ehe eingehen wollten (+1,5), wurden die hiefür erforderlichen Ehefähigkeitszeugnisse ausgestellt.

Ab 1. Juli 1981 wurde die Verständigung des Zentralmeldungsamtes der Bundespolizeidirektion Wien und der Ergänzungsabteilung des Militärkommandos Wien über die erfolgten Einbürgerungen zentral über die Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung durchgeführt, desgleichen die Verständigung des Zentral-

meldungsamtes und des Büros für Erkennungsdienst, Kriminaltechnik und Fahndung der Bundespolizeidirektion Wien über die in Wien beurkundeten Sterbefälle.

Seit Oktober 1981 ist auch die Zentrale der Abteilung — wie schon bisher die neun Standesämter — durch einen Terminal unmittelbar mit der Datenbank der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung verbunden, so daß die Daten aus den Personenstandsbüchern wesentlich rascher abgefragt werden können. Zunächst wurden nur die Daten bis zum Jahre 1972 zurück erfaßt, doch wird nach der Klärung der Probleme betreffend die Speicherkapazität durch die Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung die Datenerfassung weiter ausgebaut werden.

Besondere Bedeutung für die Arbeit mit den personenbezogenen Daten kommt der am 21. Juli 1981 in Kraft getretenen Verordnung der Wiener Landesregierung vom 22. Dezember 1980, LGBl. für Wien Nr. 4/1981, zur Durchführung des Datenschutzgesetzes (Wiener Datenschutzverordnung) zu, da sie insbesondere die näheren Bestimmungen über das Datengeheimnis und die Datensicherheit, die Verschwiegenheitspflicht der Bediensteten und die Verfügung über Daten enthält.

Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten

Im Jahre 1981 wurde auf Grund von zahlreichen Anregungen und Abänderungsvorschlägen zu dem im Oktober 1980 ausgesendeten Entwurf eines Wiener Landes-Polizei-Gesetzes eine Überarbeitung vorgenommen, wobei in Besprechungen mit Vertretern der Bundespolizeidirektion Wien nach einer optimalen Lösung insbesondere für die mit der Tierhaltung und der Wohnungsprostitution zusammenhängenden Detailprobleme gesucht wurde. Weiters wurden die beiden Reinhalteverordnungen aus dem Jahre 1975 zum Entwurf einer einzigen umfassenden Reinhalteverordnung zusammengefaßt, wobei im Interesse des Umweltschutzes und des gedeihlichen Zusammenlebens von Hausparteien strengere und in wirksamer Weise vollziehbare Bestimmungen geschaffen wurden. Hinsichtlich sonstiger legistischer Arbeiten hatte die Abteilung wieder zu einer Reihe von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen Stellung zu nehmen. Im Bereiche des Datenschutzgesetzes konzipierte die Abteilung den Entwurf einer Personendatenbank-Verordnung im Einvernehmen mit der MD-ADV und war mit der Schaffung einer Ausnahmeverordnung, das heißt mit der Herausnahme bestimmter Einrichtungen und Tätigkeiten der Stadt Wien aus dem öffentlichen Bereich mit der Wirkung, daß darauf die für den privaten Bereich geltenden Bestimmungen des DSG Anwendung zu finden haben, beschäftigt. Diese Verordnung ist am 20. Jänner 1982 im Wiener Landesgesetzblatt erschienen. Als ein weiterer Beitrag zur Förderung der öffentlichen Einsichts- und Informationsmöglichkeiten auf dem Gebiete des nach wie vor sehr umstrittenen Datenschutzrechtes darf die Veröffentlichung gemäß § 11 der Wiener Datenschutzverordnung, LGBl. für Wien Nr. 4/1981, bezeichnet werden, mit der die vom Magistrat der Stadt Wien dem Datenverarbeitungsregister gemeldeten Verarbeitungen aufgezählt werden. Die zahlreichen Verarbeitungen geben schon von ihren Benennungen her interessante Einblicke in den Umfang und in die Bedeutung der im Rahmen der Gemeinde Wien täglich geübten Praxis mit automationsunterstützter Datenverarbeitung. Unter den Begutachtungstätigkeiten sind auch die zu 57 Vereinsbildungen unter dem Zeitdruck der Untersagungsfrist abgegebenen Stellungnahmen zu nennen.

In den Monaten September bis Dezember 1981 war die Abteilung mit der Durchführung der Volksbefragungen vom 15. bis 17. November und vom 9. bis 11. Dezember beschäftigt. Für die erstgenannte Volksbefragung begannen die Vorbereitungen bereits am 1. September mit dem Eingang des Antrages und mit der Prüfung von rund 86.000 Unterschriften. In der mit Kundmachung des Bürgermeisters vom 18. September 1981 ausgeschriebenen Volksbefragung konnten die stimmberechtigten Gemeindemitglieder in insgesamt 140 ortsfesten Annahmestellen an drei Tagen ihre Entscheidung zu den beiden Fragen deponieren. Die Vorbereitung von rund 1,6 Milliarden Stimmkarten, der Versand, die Ausstellung von Tausenden Duplikatstimmkarten bestimmen schließlich den Kreis der Stimmberechtigten, von denen insgesamt rund 186.000 tatsächlich abstimmten.

Schon vor der Abwicklung dieser Volksbefragung wurden die gesetzlich vorgesehenen Schritte zur Durchführung von weiteren Volksbefragungen gesetzt, welche dann vom 9. bis 11. Dezember stattfanden. Die neuerliche Sicherstellung der benötigten Lokale, diesmal 185 ortsfeste, und alle sonstigen Maßnahmen zur ordnungsgemäßen Abwicklung standen daher unter besonderem Zeitdruck. Bei diesen zweiten Volksbefragungen stimmten rund 267.000 Teilnahmeberechtigte ab. Der Schluß der Annahmezeit am letzten Tag und die Vielfalt der Fragestellung verschoben die Bekanntgabe des vorläufigen Resultates auf den Vormittag des nächstfolgenden Tages, dem 12. Dezember. Die angeführten Volksbefragungen brachten folgende Ergebnisse:

I. Volksbefragung vom 15. bis 17. November 1981:

Zur Frage:

Sind Sie dafür, daß die Arbeitsplätze durch Vorrang für die Stadterneuerung gesichert werden (zum Beispiel Wohnungsverbesserung statt weiterer Stadtrandsiedlungen, Nahversorgung statt neuer Supermärkte außerhalb Wiens, mehr Grun statt mehr Beton)?

Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen
186.594	3.005	183.589	169.666	13.923

Die Frage gilt als bejaht.

Zur Frage:
Sind Sie dafür, daß sich die Stadt Wien am Milliardenprojekt eines neuen Konferenzzentrums bei der U City endgültig nicht beteiligt und statt dessen die Hofburg als Konferenzzentrum ausgebaut wird?

Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen
186.594	3.895	182.699	164.190	18.509

Die Frage gilt als bejaht.

II. Volksbefragungen vom 9. bis 11. Dezember 1981:
Zur Frage:
Sind Sie dafür, daß der Wohnbau ohne Gewinnstreben (sozialer Wohnbau) durch die Gemeinde und G senschaften mit seinen vielfältigen Wohnformen (mehrgeschossige Wohnhäuser in Baulücken im dichtve ten Gebiet, Wohnungen in sanierten Altbauten, neue Wohnsiedlungen, Reihenhäuser) eine vorrangige Au der Wiener Kommunalpolitik bleibt?

Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen
267.948	20.938	247.010	206.044	40.966

Die Frage gilt als bejaht.

Zur Frage:
Sind Sie dafür, daß die Modernisierung und Wiederbelebung erhaltungswürdiger Wiener Altbauten (d soziale Wohnbauträger, durch Hauseigentümer und Mieter oder auch durch Gruppen junger Menschen, d Häuser zur Sanierung übergeben werden) verstärkt wird, wobei die Erträgnisse einer Abgabe für unvermi Wohnungen (die von den Hauseigentümern zu leisten ist) ausschließlich der Althaussanierung zugute kom sollen?

Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen
267.948	18.364	249.584	209.078	40.506

Die Frage gilt als bejaht.

Zur Frage:
Sind Sie dafür, daß die Altstadtsanierung verstärkt mit öffentlichen Mitteln gefördert wird mit dem Haup das charakteristische Wiener Stadtbild in den älteren Vierteln zu erhalten und dort zugleich modernen W raum zu schaffen?

Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen
267.948	17.989	249.959	224.455	25.504

Die Frage gilt als bejaht.

Zur Frage:
Sind Sie für die Errichtung von 885 modernen und erschwinglichen Wohnungen in Wien-Penzing (Steir Gründe), wobei gleichzeitig mehr als 200.000 m² Grünfläche, die den Wienerinnen und Wienern bisher n zugänglich waren, öffentlicher Grünraum werden sollen?

Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen
267.948	6.786	261.162	128.755	132.407

Die Frage gilt als nicht bejaht.

Zur Frage:
Sind Sie dafür, daß zur Erhaltung der Vollbeschäftigung in Wien zusätzlich zum Wohnungsbau finanzielle Mittel verstärkt eingesetzt werden, um Groß- und Kleinbetriebe zu sichern beziehungsweise anzusiedeln?

Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen
267.948	20.753	247.195	212.742	34.453

Die Frage gilt als bejaht.

Zur Frage:
Sollen die Steinhofgründe verbaut werden?

Zahl der insgesamt abgegebenen Stimmen	ungültige Stimmen	gültige Stimmen	JA-Stimmen	NEIN-Stimmen
267.948	5.345	262.603	122.209	140.394

Die Frage gilt als nicht bejaht.

In der Wählerevidenz waren 1981 insgesamt 199.215 Transaktionen durchzuführen, davon waren mit Ausschluß abteilungsexterner Eingaben 10.931 Zuzüge aus den Bundesländern, 879 Zuzüge aus dem Ausland, 57.374 Übersiedlungen innerhalb Wiens, 1.204 Abwanderungen in das Ausland, 15.139 Wegzüge von Wien in die Bundesländer, 5.855 Wegzüge nach unbekannt; weiters 3.388 Eintritte in ein Altersheim, 2.556 Erwerbe der österreichischen Staatsbürgerschaft, 44 Verluste der österreichischen Staatsbürgerschaft, 632 Wahlausschlüsse mit bzw. 1.207 Wahlausschlüsse ohne Verständigung; ferner 22.731 Neuzugänge, 26.060 Sterbefälle, 3.228 Sterbefälle in Altersheimen, 28.017 allgemeine Personendatenänderungen, schließlich 1.840 Löschungen von Personen, 110 allgemeine Änderungen, 16.709 Protokollierungen (Evidentmachung ADV-unwirksamer Belege) und 1.421 sonstige Eintragungen. Außerdem erhöhten 408.737 erhärtende und ergänzende Dateneingaben aus anderen Eingabestellen des Gesamtnetzes die Zahl der Eingaben auf insgesamt 608.062 Vorgänge. Alle Zahlen sind nur unter den besonderen, an dieser Stelle nicht ausführlich darzustellenden Regeln und Bedingungen der Transaktionscodes zu verstehen, weshalb keine allgemeineren und lediglich aus der wörtlichen Bedeutung der Bezeichnung möglichen Schlüsse zu ziehen sind. 102.212 erforderliche Überprüfungen von Belegen über Terminals führten zu keinen Veränderungen in der Personendatenbank der Wählerevidenz.

Zur Vollziehung des Zivildienstgesetzes wird bemerkt, daß im Jahre 1981 im Wiener Bereich rund 90 Einrichtungen als Träger des Zivildienstes anerkannt waren. Die noch immer steigende Anzahl an Einrichtungen sowie die Ansuchen einiger bereits genehmigter Einrichtungen um eine Erhöhung der Anzahl von Zivildienstpflichtigen, die die Einrichtung beschäftigen darf, beweisen das große Interesse an der Anstellung von Zivildienstpflichtigen. Die wie jedes Jahr relativ hohe Anzahl von Versetzungen zeigt, daß das Bundesministerium für Inneres alljährlich große Anstrengungen unternimmt, um einerseits den Zivildienstleistenden in der Frage des geeigneten Arbeitsplatzes entgegenzukommen, um andererseits aber auch die Bedürfnisse der Rechtsträger zu berücksichtigen. Zahlreiche Unterbrechungen des Zivildienstes, die nur zum geringen Teil auf Krankheit zurückzuführen sind, zeigen aber auch, daß es nicht in allen Fällen gelingt, Zivildienstleistende in die Organisation ihres Arbeitsplatzes zu integrieren. Schließlich mußten 826 Anfragen über Zivildienstwillige nach Einholung von Äußerungen dreier Dienststellen beantwortet werden, was einen beträchtlichen Zeitaufwand mit sich brachte.

Insgesamt 55 Berufungsverfahren nach dem Heeresgebührengesetz bzw. Zivildienstgesetz, nämlich Berufungsanträge auf Zuerkennung von Familienunterhalt und Wohnkostenbeihilfe, wurden im Interesse der Wehr- und Zivildienstpflichtigen, soweit es die Beweislage gestattete, umgehend erledigt. Es bleibt abzuwarten, welche Änderungen die geplante umfassende Novelle zum Heeresgebührengesetz in der Verwaltungspraxis bringen wird.

Nach den Bestimmungen des Wiener Sammlungsgesetzes wurden im Jahre 1981 zehn Sammlungen bewilligt, wobei es sich bei den meisten um jährlich wiederkehrende Sammlungen, wie zum Beispiel für das Rote Kreuz, Schwarze Kreuz, die Domkirche St. Stefan, handelt.

Von den im Jahre 1981 anhängig gewordenen 758 Berufungen in Verwaltungsstrafsachen (das bedeutet einen nur mit erheblichen Verzögerungen zu bewältigenden Zuwachs von über 50 Prozent!) entfielen 464 Fälle auf Anstandsverletzungen und Lärmerregung (Art. VIII EGVG 1950), 37 auf Übertretungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes, 54 auf „Schwarzfahren" im Sinne des Art. IX EGVG 1950 und immerhin 17 Fälle auf Übertretung des Schulpflichtgesetzes.

In 362 Fällen wurden Anträge nach dem Ausländergrunderwerbsgesetz gestellt. Die Anzahl der genehmigten Ausspielungen (Glückshäfen und Juxausspielungen) ist gegenüber 1980 um sieben gestiegen. Das Gesamtspielkapital ist von 6,908.500 auf 7,220.150 Schilling gestiegen.

Im Bereich des Stiftungs- und Fondswesens war gleichfalls ein verstärkter Arbeitsanfall zu verzeichnen, da auch im Jahre 1981 neue Fonds und Stiftungen, wie zum Beispiel die „Ludwig-Stiftung", für die im Jahre 1981 zusätzlich noch zwei Satzungsänderungen zu genehmigen waren, gegründet wurden und vom Bundesministerium für Inneres im Zusammenhang mit der Erstellung einer Dokumentation über die in Österreich bestehenden Stiftungen und Fonds zahlreiche Anfragen gestellt wurden.

Rechtliche Bau-, Energie-, Eisenbahn- und Luftfahrtangelegenheiten

Im Jahre 1981 wurden im Rahmen der legistischen Tätigkeit die Beratungen für eine Reihe von Gesetzesentwürfen fortgeführt bzw. die verfassungsmäßigen Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen: Auf Grund der am 15. August 1980 in Kraft getretenen Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über die Einsparung von Energie wurden die Beratungen über die Novellierung der Bauordnung für Wien zur Erstellung eines Entwurfes abgeschlossen und dieser dem externen Begutachtungsverfahren zugeführt.

Nach Durchführung des verfassungsgemäßen Gesetzgebungsverfahrens wurde die Novelle zum Gesetz zum Schutz gegen Baulärm am 17. September 1981 im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 25 kundgemacht. Mit dieser Novelle wurde gesetzlich ein nächtliches Bauverbot festgelegt.

Im Landesgesetzblatt vom 17. März 1981, LGBl. für Wien Nr. 14/1981, wurde die neue Gehsteigverordnung kundgemacht. Sie enthält neben Bestimmungen über die Ausführungsarten der Gehsteige die Vorschrift, daß der Gehsteig im Kreuzungsbereich bzw. bei Schutzwegen behindertengerecht auszuführen ist.

Der Entwurf einer Novelle zum Wiener Feuerpolizeigesetz wurde im Zusammenhang mit einem Initiativantrag der ÖVP zur Erlassung eines Luftreinhaltegesetzes im Auftrag des Unterausschusses umfangreich überarbeitet und neuerlich einem externen Begutachtungsverfahren unterzogen. Nach Einlangen der Stellungnahmen wurde der Entwurf dem verfassungsgemäßen Gesetzgebungsverfahren unterzogen.

Der Entwurf einer Verordnung gemäß § 64 Abs. 4 der Bauordnung für Wien über den Maßstab, die Ausfertigung und die Beschaffenheit der Baupläne (Pläneverordnung) wurde ausgearbeitet und nach Durchführung einer magistratsinternen Begutachtung dem externen Begutachtungsverfahren unterzogen.

Die zahlreichen Unfälle mit gasbetriebenen Kleinwasserheizgeräten machten eine Novellierung der Verordnung der Landesregierung notwendig, mit der die ÖVGW-TR-Gas 1975 anerkannt wurde. Die Kundmachung über die teilweise Zurücknahme dieser Anerkennung erfolgte im Landesgesetzblatt für Wien Nr. 21/1981 vom 1. Juli 1981.

Hinsichtlich Bauvorhaben des Bundes konnte die Baubewilligung für die Änderung und Adaptierung des ehemaligen Finanzamtsgebäudes in 8, Florianigasse 8, für Zwecke des Landesgerichtes für Strafsachen Wien erteilt werden, ebenso die Baubewilligung für die Errichtung eines Häftlingstraktes im Landesgericht für Strafsachen Wien. Weiters wurden die Baubewilligungen für den Ausbau des Mitteltraktes der Stiftskaserne im 7. Bezirk, für die Errichtung eines Zubaues zum Gerichtsgebäude in 21, Hermann-Bahr-Straße 1—3, den Neubau eines Postzentrums in 3, Erdberger Lände, sowie für den Planwechsel über das Rechenzentrum der Post in 17, Antonigasse, ausgefertigt. Für dieses Zentrum wurde auch die Bewilligung zur Errichtung einer Lüftungsanlage erteilt.

Die Benützungsbewilligungen wurden für mehrere Bundesbauten, und zwar für das Bundesblindeninstitut in 2, Wittelsbachstraße, für das Bundestaubstummeninstitut in 13, Maygasse, für das Beschußamt Wien in 22, Süßenbrunn, für das Büro- und Wohngebäude und den Parkplatz für die Post in 17, Roggendorfgasse, erteilt. Weiters wurden die Verhandlungen für die Bewilligung des Neubaues einer Turnhalle für das Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium für Mädchen in 10, Feuchterslebengasse 80, für den Ausbau des Kongreßzentrums in der Hofburg, für den Planwechsel im Zuge des Neubaues der juridischen Fakultät der Universität Wien in 1, Helferstorferstraße, für die Zentrale der Österreichischen Flugsicherung in 3, Schnirchgasse, sowie für die Bewilligung des Planwechsels für die Errichtung eines Neubaues des Postamtes 1190 Wien in 19, Würthgasse 9, durchgeführt.

Mehrere Ansuchen um maschinen- und bautechnische Betriebsbewilligungen nach dem Eisenbahngesetz waren zu behandeln. Sie betrafen die Teilstrecken Meidling—Hietzing bzw. Hietzing—Hütteldorf der U 4. Die Baugenehmigung für die Teilausbauten der Teilstrecke Mexikoplatz—Kagran der U 1 (Stationsausbauten, Rolltreppeneinbauten usw.) wurden ebenfalls erteilt.

Weiters waren die Verfahren zur Erteilung der Baugenehmigungen für diverse Brückenerneuerungen im Zuge des Ausbaues der Vorortelinie durchzuführen. Für die Errichtung des Zentralstellwerkes Liesing [illegible]nt heizungs- und lüftungstechnischer Anlagen wurde die Baubewilligung erteilt sowie die Genehmigung für die Verlängerungen der Linien 25 und 26 zum Zentrum Kagran (U-Bahn-Station) ausgefertigt.

Mehrere Enteignungsverfahren konnten zum Abschluß gebracht werden, und zwar betreffend die E.Z. 1574 der Kat.Gem. Atzgersdorf für den Straßenausbau in 23, Gerbergasse, die E.Z. 30 der Kat.Gem. Kagran für den Schulbau in 22, Markomannenstraße, die E.Z. 2751 der Kat.Gem. Simmering für den straßen-



Amtsführender Stadtrat Franz Nekula (Personal- und Rechtsangelegenheiten) lud 740 junge Gemeindebedienstete zur traditionellen Schiffahrt in die Wachau ein. Nach einer Quizveranstaltung an Bord der „Stadt Wien" nimmt er die Preisverteilung vor

Personalangelegenheiten

Feierliche Verabschiedung von 1.600 in den Ruhestand getretenen Bediensteten der Hoheitsverwaltung und der Wiener Stadtwerke im Festsaal des Rathauses

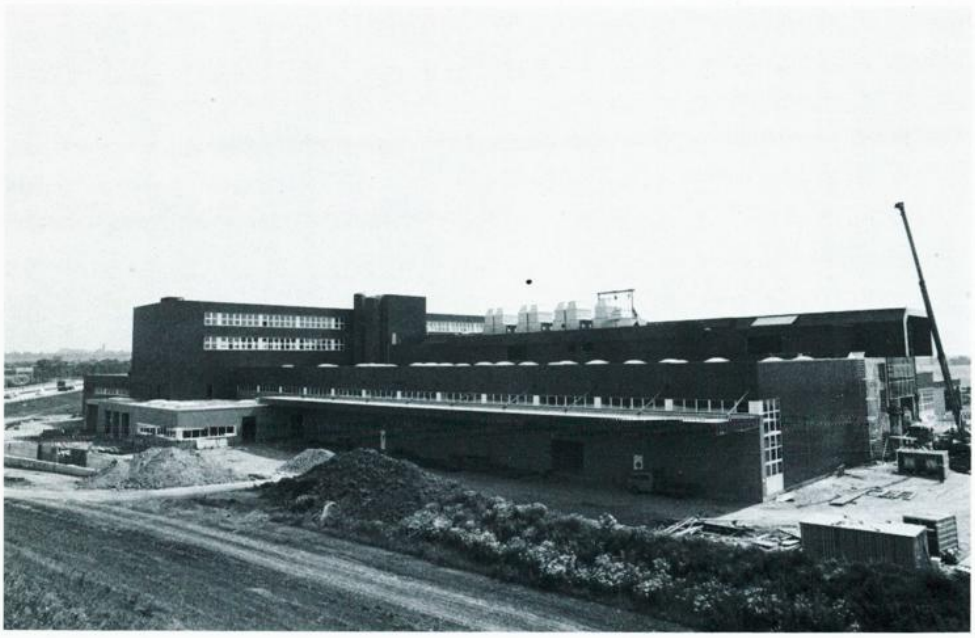




Botschafter Yoshino, Bonn, und Amtsführender Stadtrat Hans Mayr (Finanzen und Wirtschaftspolitik) bei der Stadt Wien-Präsentation in Düsseldorf vor japanischen Großunternehmern

Finanzen und Wirtschaftspolitik

Auf den ehemaligen Draschegründen im Betriebsbaugebiet Inzersdorf entsteht das neue Druck- und Verlagsgebäude des „Kurier"



mäßigen Ausbau in 11, Am Kanal, die E.Z. 4026 der Kat.Gem. Landstraße für den Bau der A 4 Ostautobahn, die E.Z. 721 der Kat.Gem. Kaiserebersdorf ebenfalls für den Bau der A 4 Ostautobahn und die E.Z. 905 der Kat.Gem. Simmering für den Ausbau der B 225 Wienerbergstraße. In mehreren Verfahren wurden außerdem gemäß § 42 der Bauordnung für Wien zur Einbeziehung von Ergänzungsflächen in Bauplätze die Enteignungsverhandlungen durchgeführt.

Verfahren zur Feststellung des öffentlichen Interesses am Abbruch gemäß § 19 Abs. 2 Ziffer 4a des Mietengesetzes wurden durchgeführt für 7, Lerchenfelder Straße 39, 10, Götzgasse 5, 7, Schottenfeldgasse 86, 14, Hütteldorfer Straße 144, und 21, Floridusgasse — Mühlschüttelgasse. Weitere Verfahren hatten nach § 9 Abs. 2 des Stadterneuerungsgesetzes 1974 die Genehmigung von Rechtsgeschäften über in Assanierungsgebieten situierten Liegenschaften zum Inhalt.

Bei insgesamt 355 Bauansuchen, wofür nach § 69 der Bauordnung die Zustimmung der Bezirksvertretungen zu Ausnahmen von den Bestimmungen der Bauordnung bzw. des Bebauungsplanes erforderlich war, oblag der Abteilung die rechtliche Begutachtung.

Bei der Abteilung wurden insgesamt 408 Berufungsfälle anhängig gemacht, wovon 244 Verwaltungsstrafverfahren waren. Das bedeutet gegenüber dem Jahre 1980 wiederum eine Zunahme um rund 10 Prozent.

Schließlich haben Vertreter der Abteilung an 331 von Magistrats- oder Bundesdienststellen durchgeführten Besprechungen teilgenommen.

Rechtliche Verkehrsangelegenheiten

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der MA 70 lag wieder bei der Erledigung von Berufungsentscheidungen: Im wesentlichen war über Berufungen in Verkehrsstrafsachen, Führerscheinentziehungen und Vorschreibungen von Abschleppkosten zu entscheiden. In dieser Funktion als Berufungsbehörde hatte die Abteilung auch den größten Arbeitsaufwand mit 11.233 Berufungsfällen zu bewältigen, wobei 252 Gegenschriften an den Verfassungsgerichtshof bzw. Verwaltungsgerichtshof zu erstatten waren. Von der Bundespolizeidirektion Wien wurden ferner wegen Übertretungen von Straßenverkehrsvorschriften 131 Millionen Schilling an Strafgeldern eingehoben und an das Land Wien für Zwecke der Straßenerhaltung abgeführt.

Die überproportionale und kontinuierliche Zunahme der Zahl von Berufungsakten, und zwar von rund 6.300 Berufungen im Jahre 1976 auf fast 11.300 im Jahre 1981, führte zu einer Neuorganisation der Abteilung. Es wurden nunmehr Leistungsgruppen geschaffen, die es den neu zugeteilten Fachbediensteten der Verwendungsgruppe „B" ermöglichen, sowohl einfachste Akten zu erledigen, was im wesentlichen formularmäßig erfolgt, als auch Erledigungsentwürfe zu diffizilen Berufungsfällen zu konzipieren. Da ein systematischer Aufbau sowie eine ständige fachliche Einschulung dieser neu zugeteilten Bediensteten notwendig sind, müssen die Juristen der Abteilung viel Zeit aufwenden, um dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Die bestehende automatische Textverarbeitung wurde weiter ausgebaut. Derzeit gibt es nicht nur Textprogramme für die Erledigung von Einsprüchen gegen die Strafhöhe, für gewisse Angelegenheiten von Fahrschulen sowie für Verfahrenseinstellungen in Verwaltungsstrafsachen, sondern es werden nunmehr auch Berufungen betreffend die Entziehung der Lenkerberechtigung, die nur gegen die Dauer der Entziehungsfrist erhoben werden, mit einem eigenen dafür entwickelten Textprogramm erledigt.

In Führerscheinangelegenheiten ist durch die 4. Kraftfahrzeuggesetz-Novelle, BGBl. Nr. 615/1977, mit 21. Dezember 1977 eine Änderung des Instanzenzuges dahin gehend eingetreten, daß eine Berufung an das Bundesministerium für Verkehr nur mehr dann zulässig ist, wenn die Lenkerberechtigung länger als auf 5 Jahre entzogen wird. Bei allen anderen Entziehungs- und Abweisungsfällen endet der Instanzenzug beim Landeshauptmann. Da gerade bei Führerscheinangelegenheiten eine rasche Erledigung im Interesse der Betroffenen sowie aus verkehrserzieherischen Gründen vordringlich ist, hat der Gesetzgeber im § 75 Abs. 5 KFG 1967 sogar die Verpflichtung statuiert, daß über Berufungen innerhalb von drei Monaten zu entscheiden ist. Diesem gesetzlichen Auftrag kann nach der erfolgten Neuorganisation entsprochen werden. Aber auch in Verwaltungsstrafsachen ist es auf Grund der Umstrukturierung möglich geworden, im Interesse der Hebung der Verkehrsdisziplin rascher über eine Berufung zu entscheiden. Wichtig ist dies ferner auch deshalb, weil eine Strafe nur dann eine entsprechende Wirkung hat, wenn sie den Betroffenen einigermaßen rasch trifft. Schließlich ist zur Vermeidung von Säumnisbeschwerden, die auch in Verwaltungsstrafsachen beim Verwaltungsgerichtshof zulässig sind, eine umgehende Erledigung von Berufungen vorzunehmen, soweit nicht ergänzende Ermittlungen und Beweisaufnahmen notwendig sind.

Im Interesse der Bevölkerung wurden im Kraftfahrlinienverkehr mehrere Linienführungen verbessert, aber auch neue Autobuslinien errichtet, wodurch eine Vielzahl an Kommissionierungen von Haltestellen erforderlich war. Diese betrafen unter anderem die Errichtung einer Autobuslinie der Wiener Messe AG vom Autobahnparkplatz Auhof zum Messegelände im Prater sowie einer Autobuslinie vom Bahnhof Hütteldorf nach Grinzing. Verändert wurde die Fahrtstrecke der Autobuslinien 60 A und 61 A, erweitert die der Autobus-

linie der Firma Dr. Richard im Bereich der Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost und der Autobuslinie 16 A im Abschnitt Am Schöpfwerk—Inzersdorf. Neu zu errichten war die städtische Autobuslinie 7 A, verlängert wurde die Fahrtstrecke der Autobuslinie 15 A nach Schönbrunn. Schließlich mußten auf Grund der neuen Einbahnführungen in der City die Fahrtstrecken der innerstädtischen Autobuslinien 1 S, 2 S, 3 S geändert werden.

Auf legistischem Gebiet waren zur Vorbereitung einer großen StVO-Novelle Wünsche und Anregungen straßenpolizeilicher Art zu sammeln und an das Bundesministerium für Verkehr heranzutragen. Zu dem vom Bundesministerium für Verkehr ausgesandten Entwurf einer 9. StVO-Novelle wurde unter Zuziehung von neun Dienststellen eine umfangreiche Stellungnahme ausgearbeitet. Mit dem Inkrafttreten dieser großen StVO-Novelle ist im kommenden Jahr zu rechnen. Für den zweiten Entwurf einer 5. KFG-Novelle mußte im Begutachtungsverfahren ebenfalls eine umfangreiche Stellungnahme ausgearbeitet werden. Weiters standen der Entwurf einer 6. KFG-Novelle sowie die 13. KDV-Novelle in Begutachtung.

Die 5. KFG-Novelle, BGBl. Nr. 345/1981, die mit Rücksicht auf die jüngste Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes im Interesse einer wirksamen Bekämpfung von Alkoholdelikten eine Verschärfung der Bestimmung bei Führerscheinentziehungen brachte, änderte auf Grund eines Initiativantrages aller im Parlament vertretenen politischen Parteien nur wenige Regelungen des Kraftfahrgesetzes, so daß mit Rücksicht auf weitere unerledigte Wünsche binnen kurzem eine weitere KFG-Novelle erfolgen soll.

Die Fußgängerbereiche sollen durch die Schaffung verkehrsberuhigter Zonen (Wohnstraßen) erweitert werden. Im Sinne dieses Auftrages wurde ein Novellierungsvorschlag, der die rechtlichen Voraussetzungen für die Verordnung von Wohnstraßen schafft, ausgearbeitet und nach eingehenden Bearbeitungen von der Magistratsdirektion dem Bundesministerium für Verkehr vorgelegt.

Nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (GGSt), BGBl. Nr. 209/1979, war zu fünf Verordnungsentwürfen des Bundesministeriums für Verkehr eine Stellungnahme auszuarbeiten. In der Praxis gewinnt das Gefahrengütergesetz-Straße immer mehr an Bedeutung. Auf Grund von Kontrollen, die in Wien durchgeführt worden sind, kam es bereits zu einer Vielzahl von Bestrafungen und in der Folge auch zu Berufungen.

Finanzen und Wirtschaftspolitik

Finanzwirtschaft

Die weltweite Konjunkturflaute, eine Folge des zweiten Erdölschocks von 1979/80, konnte, bedingt durch die enge Verflechtung der hochentwickelten Volkswirtschaften, auch an der österreichischen und der Wiener Wirtschaft nicht spurlos vorübergehen. Sowohl für Österreich als auch für die Bundeshauptstadt Wien liegen die Schätzungen hinsichtlich des Bruttoinlandsproduktes im Jahre 1981 bei einem Nullwachstum, während für die europäischen OECD-Staaten sowie für die EG-Staaten im Durchschnitt mit einem Rückgang um 0,5 bzw. 1,0 Prozent gerechnet wird. Bei einem Vergleich der Verbraucherpreise und der Arbeitslosenraten wird gleichfalls deutlich, daß es der österreichischen Wirtschaftspolitik gelungen ist, die Folgen der internationalen Krise weitestgehend fernzuhalten. Während die Verbraucherpreise im Jahre 1981 beispielsweise in den USA um 11,0 Prozent, in Frankreich um 13,5, in Großbritannien um 11,5, in Italien um 19,5 und in Schweden um 13,0 Prozent anstiegen, betrug die Teuerungsrate in Österreich durchschnittlich 6,8 Prozent. Geringere Teuerungsraten weisen nur die Schweiz mit 6,5 Prozent, die Bundesrepublik Deutschland mit 6,0 und Japan mit 5,5 Prozent auf. Die Zahl der Beschäftigungslosen stieg in Österreich von 1,9 im Jahre 1980 lediglich auf 2,3 Prozent im Jahre 1981 an, während die Arbeitslosenraten in den europäischen OECD- und den EG-Staaten durchschnittlich 7,6 Prozent betrugen, wobei die Bundesrepublik Deutschland mit einer Arbeitslosenrate von 5,0 Prozent derzeit den höchsten Beschäftigtenstand aller EG-Staaten aufzuweisen hatte.

Während, wie bereits erwähnt, die Arbeitslosenrate in Österreich bei 2,3 Prozent lag, war sie in Wien mit 2,0 Prozent noch unter dieser Rate, womit das Ziel der Wiener Wirtschaftspolitik, nämlich die Vollbeschäftigung zu erhalten, erreicht werden konnte. Ausschlaggebend hiefür war nicht zuletzt die Fortsetzung der großen Investitionsvorhaben. Das Finanzierungserfordernis wurde 1981 wie in den vergangenen Jahren zum Teil durch Anleihe- und Kreditoperationen auf dem in- und ausländischen Kapitalmarkt bedeckt. So wurde Ende Mai 1981 eine 100-Millionen-sfrs-Anleihe mit einer Nominalverzinsung von 7 3/4 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren, davon fünf Jahre tilgungsfrei, begeben, die einen Erlös von 780,0 Millionen Schilling netto erbrachte.

Insgesamt beliefen sich die Fremdmittelaufnahmen 1981 auf 7.900,0 Millionen Schilling. Davon wurden 3.180,0 Millionen Schilling im Rahmen der Hoheitsverwaltung und 2.750,0 Millionen Schilling für Investitionsfinanzierungen im Bereich der Wiener Stadtwerke herangezogen. Rund 680,0 Millionen Schilling wurden für die Fortsetzung des städtischen Wohnhausbaues einschließlich Wohnungsverbesserungen verwendet. Darüber hinaus wurden noch Mittel aus der Wohnbauförderung von 960,0 Millionen Schilling sowie dem Wasserwirtschaftsfonds von 250,0 Millionen Schilling in Anspruch genommen. Den Rest bilden Darlehensaufnahmen bei der Österreichischen Kommunalkredit-AG von 80,0 Millionen Schilling.

Im Zusammenhang mit der Gewährung von Darlehen im Rahmen der Wohnungsverbesserung sowie der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke hat die Stadt Wien im Jahre 1981 in rund 9.100 Fällen die Bürgschaft hinsichtlich eines Gesamtbetrages von 510,0 Millionen Schilling übernommen.

Die der Wiener Exportförderungsges. mbH zur Refinanzierung ihrer Exportförderungskredite an kleine und mittlere Betriebe der Industrie, des Handels und Gewerbes in Wien von der Stadt Wien zur Verfügung gestellte zinsbegünstigte Einlage wurde im Hinblick auf die rege Inanspruchnahme seitens der Wiener Wirtschaft um weitere 50,0 Millionen Schilling auf ein Volumen von nunmehr 200,0 Millionen Schilling aufgestockt.

Im Jahre 1981 hat die Stadt Wien wieder für die seit Jahren gemeinsam mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien durchgeführte Kreditaktion zur Förderung von Wiener Klein- und Mittelbetrieben einen Betrag von 4,0 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Beachtlichen Anklang fanden wiederum die diversen Kreditaktionen der Stadt Wien, so z. B. die Aktion zur Förderung von Investitionen für betriebliche Infrastruktureinrichtungen in Wiener Beherbergungsbetrieben (Hotelmodernisierungsaktion) mit 67 positiv erledigten Anträgen und einer Zuschußsumme von 7,2 Millionen Schilling, ferner die Wiener Kleinbetriebszuschußaktion für Neugründungen und Modernisierungen (KBZ-Aktion) mit 259 Fällen und Zuschüssen von mehr als 5,0 Millionen Schilling, die Wiener Strukturverbesserungsaktion (SVA-Aktion) mit 29 Fällen und 65,0 Millionen Schilling oder die Förderungsaktion für wassersparende Investitionen mit 11 Erledigungen bei Zuschüssen von 1,3 Millionen Schilling.

Um die durch die orkanartigen Stürme Anfang Jänner 1981 eingetretenen Schäden vor allem bei Folientunnels und Kunststoffgewächshäusern leichter beheben zu können, wurden von der Stadt Wien einerseits im Interesse der Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen der Wiener Gartenbaubetriebe, andererseits im Interesse der Sicherstellung der Versorgung der Wiener Bevölkerung mit preiswürdigem und hochwertigem Frischgemüse an insgesamt 147 geschädigte Gartenbaubetriebe Zuschüsse von zusammen rund 850.000 S zur Verfügung gestellt.

Um die bestehende Wettbewerbsverzerrung in der inländischen Gartenbauproduktion, die durch die Preisbil-

dung bei Produkten der kostengünstiger produzierenden westeuropäischen Gartenbaubetriebe und durch die im Zuge der Ostliberalisierung ins Land kommenden Ostimporte entstanden ist, teilweise auszugleichen, hat sich die Stadt Wien an der Förderungsaktion des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft für beheizte Gewächshausflächen mit einem Betrag von mehr als 2,7 Millionen Schilling beteiligt.

Um ein direkteres und besseres Durchgriffsrecht der Eigentümer auf die Handlungen des Vorstandes zu ermöglichen, wurde im April 1981 die Allgemeine Krankenhaus Wien, Planungs- und Errichtungs-Aktiengesellschaft in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Dabei wurde auch das Management ausgetauscht und Rechnungshofpräsident a. D. Dr. *Kandutsch* zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates sowie Leiter der begleitenden Kontrolle ernannt.

Stadthaushalt

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1981, der im Sinne der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) vom 15. Juli 1975, BGBl. Nr. 493 in der Fassung BGBl. Nr. 604/1976, nach funktionellen Gesichtspunkten erstellt worden ist, wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 9. bis 12. Dezember 1980 genehmigt. Es wurde davon ausgegangen, daß auf Grund der weiterhin günstigen Entwicklung der österreichischen, insbesondere der Wiener Wirtschaft mit einer Wachstumsrate von etwa 7,0 Prozent zu rechnen wäre. Mit Bedachtnahme auf diese Prognosen und bei Berücksichtigung des voraussichtlichen Ergebnisses für 1980 wurde bei der größten Einnahmepost des vorliegenden Voranschlages, den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, mit Einnahmen in Höhe von 15.340,0 Millionen Schilling gerechnet; das ist um 1.450,0 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Die eigenen Steuern und Abgaben wurden um 381,5 Millionen Schilling höher angenommen, wovon 5.617,6 Millionen Schilling auf Landes- und Gemeindeabgaben, 901,1 Millionen Schilling auf die Wassergebühren, 318,1 auf die Abwasserbeseitigungsgebühren und 567,4 Millionen Schilling auf die Müllabfuhrabgabe entfallen.

Auf der Ausgabenseite lagen die Schwerpunkte weiterhin beim öffentlichen Nahverkehr, beim Gesundheitswesen und beim Wohnhausbau, wofür insgesamt 12,9 Milliarden Schilling zur Verfügung gestellt wurden. Davon entfallen auf den Nahverkehr einschließlich U-Bahn-Bau 8,6 Milliarden Schilling, auf die Investitionen bei den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten 1,7 Milliarden Schilling, davon 1.250,0 Millionen Schilling für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und 114,5 Millionen Schilling für das Sozialmedizinische Zentrum Ost, sowie auf den Wohnhausbau 2,6 Milliarden Schilling.

Maßgebend für die Erstellung des Voranschlages waren weiterhin die Bestimmungen des § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien sowie die einschlägigen Bestimmungen der Haushaltsordnung, wobei letztere hinsichtlich der Erstellung des Voranschlages mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 30. Mai 1979, Zl. MD-1083-1/79, der VRV angepaßt worden war. Die Unternehmungen der Stadt Wien stellten eigene Wirtschaftspläne auf, die dem Gemeinderat gesondert zur Genehmigung vorgelegt wurden.

Bei den Gesamteinnahmen wurde gegenüber dem Voranschlag 1980 mit einer Steigerung um 7,3 Prozent auf 53.768,728.000 S, bei den Gesamtausgaben mit einer solchen um 10,7 Prozent auf 58.408,858.000 S gerechnet. Aus der Differenz zwischen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben ergab sich ein Gebarungsabgang von 4.640,130.000 S, das waren 7,9 Prozent der Gesamtausgaben gegenüber 5,1 im Vorjahr. Dieser Abgang war durch Mehreinnahmen und Minderausgaben bzw. durch Kreditoperationen zu finanzieren. Unter Berücksichtigung der Abgangsdeckung für die Verkehrsbetriebe in Höhe von 1.775,5 Millionen Schilling verminderte sich der Abgang auf 2.864,7 Millionen Schilling, das sind 4,9 Prozent der Gesamtausgaben.

Nachstehende Übersicht zeigt die Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen funktionellen Gruppen:

	Einnahmen	Ausgaben
	in Millionen Schilling	
0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	864,4	4.330,7
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	40,5	666,5
2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	3.576,3	5.895,2
3 Kunst, Kultur und Kultus	14,6	689,6
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	5.300,6	8.740,7
5 Gesundheit	5.123,6	9.397,1
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	1.234,2	4.274,7
7 Wirtschaftsförderung	97,2	1.529,5
8 Dienstleistungen	14.047,6	19.448,9
9 Finanzwirtschaft	23.469,7	3.436,0

In nachstehender Tabelle sind die wichtigsten Einnahmearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen dargestellt:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Eigene Steuern und Abgaben	7.423,2	13,8
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben	15.314,0	28,5
Einnahmen aus Leistungen	8.722,8	16,2
Einnahmen Wohnbauförderung 1968	4.116,1	7,7
Eigene Fremdmittelaufnahmen	2.524,8	4,7
Fremdmittelaufnahmen für Dritte	2.247,0	4,2
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	1.838,2	3,4
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	3.009,3	5,6
Sonstige Einnahmen	8.573,3	15,9
	53.768,7	100,0

Der prozentuelle Anteil der eigenen Steuern und Abgaben sank um 0,2 auf 13,8 Prozent, wobei mit Mehreinnahmen von 381,5 Millionen Schilling gerechnet wurde. Mehreinnahmen wurden insbesondere bei den Landes- und Gemeindeabgaben sowie bei der Abwasserbeseitigungsgebühr und der Müllabfuhrabgabe erwartet. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben sollten einen Mehrertrag von 1.450,0 Millionen Schilling erbringen, wobei sich der prozentuelle Anteil an den Gesamteinnahmen um 0,8 auf 28,5 Prozent erhöhte. Insbesondere durch höhere Rückersätze für den Lehrerpersonalaufwand und durch die Erhöhung der Gebührenersätze bei den Wohlfahrts- und Krankenanstalten stieg der Anteil der Einnahmen aus Leistungen gegenüber dem Vorjahr von 15,3 auf 16,2 Prozent, wobei eine nominelle Steigerung von 1.061,8 Millionen Schilling erwartet wurde. Die Einnahmen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 stiegen anteilsmäßig um 0,8 auf 7,7 Prozent. Gerechnet wurde mit 3,6 Milliarden Schilling an Leistungen des Bundes nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 und mit 556,7 Millionen Schilling an Rückflüssen, Erträgnissen und sonstigen Einnahmen.

Die eigenen Fremdmittelaufnahmen stiegen anteilsmäßig von 4,1 Prozent im Vorjahr auf 4,7 Prozent. Vorgesehen war die Aufnahme von Hypothekardarlehen mit 999,2 Millionen Schilling gegenüber 920,0 im Vorjahr, ferner von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds für Kanal- und Wasserbauten mit 357,5 Millionen Schilling, von Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz mit 22,9 Millionen Schilling, von Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 993,3 Millionen Schilling (Vorjahr 764,9 Millionen Schilling), von Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit-AG mit 144,0 Millionen Schilling und von sonstigen Darlehen mit 7,9 Millionen Schilling. Die Fremdmittelaufnahmen für Dritte sanken durch einen niedrigeren Fremdmittelbedarf der Wiener Stadtwerke auf Grund der Maßnahmen zur Entschuldung der Verkehrsbetriebe anteilsmäßig von 7,5 auf 4,2 Prozent, wobei mit der Aufnahme einer Investitionsanleihe in Höhe von 2.100,0 Millionen Schilling und von Darlehen in Höhe von 92,0 Millionen Schilling sowie von Darlehen für die Vorfinanzierung von Bundesschulbauten in Höhe von 55,0 Millionen Schilling gerechnet wurde.

Die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung erhöhte sich anteilsmäßig von 3,3 auf 3,4 Prozent und betrifft die Weitergabe der für andere Dienststellen aufgenommenen Darlehen, wie Hypothekardarlehen, Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz und Bundesdarlehen für den Wohnbau, sowie die Beiträge anderer Verwaltungszweige zum Schuldendienst. Die Beiträge Dritter zum Schuldendienst sanken anteilsmäßig von 5,7 auf 5,6 Prozent, wobei die nominelle Steigerung 160,7 Millionen Schilling betrug. Von den Gesamtbeiträgen in Höhe von 3.009,3 Millionen Schilling entfielen allein 2.946,9 Millionen Schilling auf die Wiener Stadtwerke.

Bei den sonstigen Einnahmen ergab sich sowohl anteilsmäßig als auch nominell ein Anstieg um 0,4 Prozent bzw. 797,4 Millionen Schilling gegenüber dem Vorjahr. Mit Mehreinnahmen wurde insbesondere bei den Beträgen der Wiener Stadtwerke zu deren Pensionslasten, bei den Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, bei den Pensionsbeiträgen, bei der Umsatzsteuer-Gutschrift, beim Beitrag des Bundes zur Deckung des klinischen Mehraufwandes, beim Beitrag bzw. Zuschuß des Bundes zum U-Bahn-Bau sowie bei den Beiträgen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds gerechnet.

In folgender Tabelle sind die Gesamtausgaben nach den wichtigsten Aufwandarten gegliedert:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Leistungen für das Personal	12.276,1	21,0
Pensionsaufwand	3.757,5	6,4
Instandhaltungsaufwand	2.152,3	3,7
Aufwendungen Wohnbauförderung 1968	4.457,8	7,6
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe	2.247,0	3,9
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	1.838,2	3,2

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Eigener Schuldendienst	1.698,8	2,9
Schuldendienst für Dritte	3.034,1	5,2
Investitionen	9.284,6	15,9
Sonstige Ausgaben	17.662,5	30,2
Gesamtsumme	58.408,9	100,0

Die Leistungen für das Personal einschließlich des Pensionsaufwandes stiegen anteilsmäßig um 0,6 auf 27,4 Prozent und nominell um 1.899,3 Millionen Schilling. Berücksichtigt wurden ein allgemeiner Vorrückungszuschlag von 2,0 Prozent sowie die Vermehrung der Dienstposten um 832, wovon 67 Posten auf Landeslehrer entfielen. Die Anzahl der Pensionisten wurde mit durchschnittlich 18.650 gegenüber 18.600 im Vorjahr angenommen.

Der Instandhaltungsaufwand stieg gegenüber 1980 nominell um 169,7 Millionen Schilling, sank jedoch prozentuell geringfügig um 0,1 auf 3,7 Prozent.

Der Anteil der Aufwendungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 betrug 7,6 Prozent, das sind um 0,3 Prozent bzw. 627,4 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Von den zur Verfügung stehenden Mitteln entfielen 3.560,0 Millionen Schilling auf die Leistungen des Bundes, 556,1 Millionen Schilling auf die Rückflüsse und Erträgnisse und 341,6 Millionen Schilling auf die Leistungen des Landes Wien.

Die Weitergabe der für die Wiener Stadtwerke und für die Vorfinanzierung von Bundesschulbauten aufgenommenen Fremdmittel war mit 2.247,0 Millionen Schilling in gleicher Höhe wie bei den Einnahmen ausgewiesen. Auch die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung, also die Weiterverrechnung der für andere Verwaltungszweige aufgenommenen Darlehen bzw. die Beiträge anderer Dienststellen zum Schuldendienst, wurde analog zu den Einnahmen veranschlagt. Der Anteil des eigenen Schuldendienstes stieg um 0,4 auf 2,9 Prozent, wobei der nominelle Anstieg 362,6 Millionen Schilling betrug. Ein anteilsmäßiger Rückgang um 0,2 Prozent war beim Schuldendienst für Dritte, der fast zur Gänze ersetzt wird, zu verzeichnen. Hingegen ergab sich eine nominelle Steigerung um 169,0 Millionen Schilling.

Ein starkes Ansteigen des Anteiles an den Gesamtausgaben mit nominell 3.207,3 Millionen Schilling bzw. 22,2 Prozent war beim sonstigen Sachaufwand zu verzeichnen. Der Anteil an den Gesamtausgaben stieg um 2,8 auf 30,2 Prozent. Verursacht wurde diese Steigerung vorwiegend durch die erstmals veranschlagte Abgangsdekkung für die Verkehrsbetriebe im Zuge der Entschuldungsmaßnahmen, ferner durch höhere Ansätze für Pensionslasten der Wiener Stadtwerke, für Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge, ferner für Transferzahlungen im Rahmen der Sozialhilfe sowie für Transferzahlungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung. Hingegen wurden für Verstärkungsmittel lediglich 200,0 Millionen Schilling gegenüber 850,0 Millionen Schilling im Jahre 1980 veranschlagt.

Für Investitionen standen insgesamt 9.284,6 Millionen Schilling, um 518,2 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, zur Verfügung, wobei jedoch der prozentuelle Anteil um 0,7 auf 15,9 Prozent absank.

In der Aufwandgruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, standen 4.330,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon entfielen auf die Vertretung der Stadt 195,7 Millionen Schilling, auf die Leistungen für das Personal und den Sachaufwand der Hoheitsdienststellen 1.914,8 bzw. 243,7 Millionen Schilling, auf die Errichtung und Erhaltung der Amtsgebäude 113,7, auf Mietzinse für die Unterbringung städtischer Dienststellen in fremden Gebäuden 135,7, auf Subventionen sowie Beiträge an Verbände, Vereine und sonstige Organisationen 274,7, auf den Beitrag an den Bund für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien 309,8 und auf die Pensionen im Rahmen der Hoheitsverwaltung 666,6 Millionen Schilling.

In der Gruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, wurde mit Gesamtausgaben von 666,6 Millionen Schilling gerechnet. 17,9 Millionen Schilling waren für das Veterinäramt und 644,1 Millionen Schilling für die Feuerwehr und den Katastrophenschutz bestimmt. Von letzteren entfielen 558,0 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal einschließlich Pensionen, 7,3 Millionen Schilling auf die Erneuerungen der Nachrichtenanlagen, 6,0 Millionen Schilling auf den Ausbau der Zugwache Liesing und 26,7 Millionen Schilling auf Fahrzeuge.

5.895,2 Millionen Schilling, das sind 10,1 Prozent der Gesamtausgaben, waren für die Gruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, vorgesehen. Der Aufwand der Schulen wurde mit 4.387,3 Millionen Schilling angenommen, wovon 2.718,5 Millionen Schilling auf die Leistungen für das Personal einschließlich Landeslehrer, 955,5 auf Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 232,1 auf den Instandhaltungsaufwand, 192,5 auf Investitionen und 288,8 Millionen Schilling auf sonstige Ausgaben entfielen. Die Gesamtzahl der Schüler verringerte sich um 4.086 auf 130.106, wobei bei den Volks-, Haupt- und Sonderschulen ein Rückgang, bei den Berufsschulen und beim Polytechnischen Lehrgang hingegen ein Anstieg zu verzeichnen war. Im Rahmen der Investitionen waren 110,0 Millionen Schilling für die Errichtung bzw. Fertigstellung von 15 allgemeinbildenden Pflichtschulen, 32,5 für Bauvorhaben bei den Berufsschulen und 37,1 Millio-

nen Schilling für Einrichtung und Lehrmittel bestimmt. Für Sportangelegenheiten wurden insgesamt 247,0 Millionen Schilling, und zwar 27,6 Millionen Schilling für das Sportamt, 68,4 für Sportplätze, 33,8 für Turn- und Sporthallen, 1,4 für Wintersportanlagen und 115,9 Millionen Schilling für die Sportförderung, bereitgestellt. Der Aufwand der Kindertagesheime stieg von 826,4 auf 929,8 Millionen Schilling, wobei die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze auf 31.217 in 1.170 Gruppen erhöht werden konnte. Für die Errichtung von weiteren Kindertagesheimen waren 35,7 Millionen Schilling bestimmt, davon je 5,0 Millionen Schilling für den Neubau des Kindertagesheimes in 2, Engerthstraße, und für die Generalrenovierung des Kindertagesheimes in 19, Heiligenstädter Straße. Überdies war im Rahmen des Wohnbaues die Errichtung von vier weiteren Kindertagesheimen vorgesehen. Ferner wurden 57,4 Millionen Schilling für die Volksbildung, 2,9 für Studienförderung, 25,3 für die Förderung von Forschung und Wissenschaft und 11,0 Millionen Schilling für die Förderung medizinisch-wissenschaftlicher Arbeiten zur Verfügung gestellt.

Für Kunst, Kultur und Kultus, Gruppe 3, wurden insgesamt 689,6 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar unter anderem 87,4 Millionen Schilling für die Musiklehranstalten, 58,5 für Musikpflege, 236,6 für die Förderung der darstellenden Kunst, 38,0 für die Wiener Festwochen und 40,6 Millionen Schilling für die Museen; weiters 57,1 Millionen Schilling für die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, 72,3 für die kulturelle Jugendbetreuung sowie 13,3 Millionen Schilling für die Förderung aus dem Erträgnis des Kulturschillings.

In der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, stiegen die Gesamtausgaben von 7.722,7 auf 8.740,7 Millionen Schilling, das sind 15,0 Prozent der Gesamtausgaben. Allein für die Aufwendungen im Rahmen der Sozialhilfe mußten um 253,8 Millionen Schilling mehr als im Jahre 1980, somit insgesamt 1.890,0 Millionen Schilling, bereitgestellt werden. Bestimmt waren unter anderem für die allgemeine Sozialhilfe 981,3 Millionen Schilling, für die Behindertenhilfe 202,5, für die Blindenbeihilfen 132,0, für die Pensionistenheime 104,0, für die Aktion „Essen auf Rädern" 48,0 und für die Heimhilfe 330,0 Millionen Schilling. Vom Gesamtaufwand für die Pflegeheime in der Höhe von 1.037,1 Millionen Schilling entfielen 617,6 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal und 37,4 auf die Investitionen, davon 7,5 bzw. 3,7 Millionen Schilling auf die Adaptierung des Pavillons II und auf die Adaptierung des Pavillons „Vindobona" im Pflegeheim Baumgarten sowie 5,0 Millionen Schilling auf die Adaptierung des Pavillons I und 4,4 Millionen Schilling für den Einbau eines Krankenbettenaufzuges im Pavillon XVI im Pflegeheim Lainz. Die Gesamtausgaben der Erziehungsheime wurden mit 417,1 Millionen Schilling gegenüber 391,0 Millionen Schilling im Jahre 1980 festgesetzt, wovon 224,9 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal, 74,2 auf Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 18,4 auf die Instandhaltung, 22,3 auf Investitionen und 77,3 Millionen Schilling auf den Sachaufwand entfielen. Mit einem Aufwand von 389,7 bzw. 42,5 Millionen Schilling wurden 4.711 Pflegekinder versorgt sowie rund 16.000 Kinder im Rahmen der Erholungsfürsorge betreut. Für die Wohnbausonderprogramme wurden 278,1 Millionen Schilling bereitgestellt, davon 241,1 Millionen Schilling für Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues und 12,0 für Wohnbeihilfen. Für Förderungen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 standen die Leistungen des Bundes mit 3.560,0 Millionen Schilling, die Leistungen des Landes mit 341,6 Millionen Schilling sowie die Rückflüsse, Zinsenerträge aus Veranlagung und sonstige Einnahmen mit 556,1 Millionen Schilling, also insgesamt 4.457,7 Millionen Schilling, zur Verfügung. Von dieser Summe wurden 3.405,7 Millionen Schilling für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, 750,0 für Zuschüsse gemäß § 15 a WBFG 1968 und 285,0 Millionen Schilling für Wohnbeihilfen bereitgestellt. 17,0 Millionen Schilling entfielen auf Entgelte für Leistungen der Bauaufsichtsorgane und für die Inanspruchnahme von Bürgschaften. Im Rahmen der Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz wurden Zuschüsse und Wohnbeihilfen in Höhe von 130,0 bzw. 6,1 Millionen Schilling präliminiert.

In der Gruppe 5, Gesundheit, wurde mit einem Aufwand von 9.397,1 Millionen Schilling gerechnet, das sind 16,1 Prozent der Gesamtausgaben. Für das Gesundheitsamt wurden 28,8 Millionen Schilling und für Untersuchungen, Subventionen und sonstige Aufwendungen im Rahmen des Umweltschutzes 21,5 Millionen Schilling bereitgestellt. Bei den Krankenanstalten standen den Gesamteinnahmen von 4.202,7 Millionen Schilling Ausgaben in Höhe von 9.176,7 Millionen Schilling gegenüber, so daß sich einschließlich der auf den eigenen Sozialhilfeträger entfallenden Pflegegebühren in Höhe von 365,0 Millionen Schilling ein Abgang von 5.339,0 Millionen Schilling errechnete. An Einnahmen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden 875,0 Millionen Schilling veranschlagt. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 9.176,7 Millionen Schilling entfielen 4.759,8 Millionen Schilling auf Leistungen für das Personal einschließlich Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 275,1 Millionen Schilling auf die Instandhaltung der Krankenanstalten, 1.739,3 Millionen Schilling auf Investitionen und 2.402,5 Millionen Schilling auf sonstige Ausgaben wie Arzneien, Lebensmittel u. dgl. Von den zahlreichen Investitionen sind insbesondere der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses mit 1.250,0 Millionen Schilling, der Zubau einer Strahlenbettenstation im Pavillon III des Krankenhauses Lainz mit 20,0 Millionen Schilling, die Einrichtung der Küche und des Pflegeheimes im Sozialmedizinischen Zentrum Ost mit 25,6 Millionen Schilling sowie der Neubau des Pflegeheimes und die Planung des Krankenhauses ebenfalls im

Sozialmedizinischen Zentrum Ost mit 70,0 bzw. 44,5 Millionen Schilling hervorzuheben. Der Beitrag des Landes Wien an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurde mit 134,1 Millionen Schilling präliminiert.

Für die Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, standen insgesamt 4.274,7 Millionen Schilling zur Verfügung. Der Ausgabenrahmen für den Straßenbau betrug 486,8 Millionen Schilling, wovon 125,4 auf die Instandhaltung von Straßenbauten und 285,4 Millionen Schilling auf Neu- bzw. Umbauten entfielen. An größeren Projekten waren der Umbau des Pratersterns mit 8,0 Millionen Schilling, der Umbau der Reinprechtsdorfer Straße von Nr. 4 bis Reinprechtsdorfer Brücke mit 6,0 Millionen Schilling, der Umbau der Laxenburger Straße—Favoritenstraße von Columbusplatz bis Südtiroler Platz mit 7,0 Millionen Schilling, der Bahnhofsvorplatz Hütteldorf mit 6,0 Millionen Schilling, Straßenbauten bei der U-Bahn-Endstelle in Kagran mit 7,0 Millionen Schilling und die Unterfahrung der Südbahn im Zuge der Atzgersdorfer Straße von Endemanngasse bis Breitenfurter Straße mit 12,0 Millionen Schilling vorgesehen. Ferner entfielen auf die Herstellung von Fußgängerzonen 14,6 Millionen Schilling, auf die Behebung von Frostschäden 30,0 Millionen Schilling, 20,0 Millionen Schilling auf Straßenbauten bei städtischen Wohnhausanlagen und auf Projektierungen 65,0 Millionen Schilling. Dem Straßenbau zuzurechnen wären noch Zinsenzuschüsse und Baukostenzuschüsse an den Bund im Rahmen von Vorfinanzierungen von Autobahn- und Bundesstraßenprojekten mit 135,2 Millionen Schilling. Für den Brückenbau wurden insgesamt 240,7 Millionen Schilling bereitgestellt, davon 20,0 Millionen Schilling für den Neubau und Abbruch der alten Floridsdorfer Brücke, 35,8 Millionen Schilling für die Instandhaltung von Brückenbauten und 160,0 Millionen Schilling für Baukostenbeiträge an den Bund. Von letzteren entfielen auf die Reichsbrücke einschließlich U-Bahn und Abfahrtsrampe 90,7 Millionen Schilling, auf die Brigittenauer Brücke 40,0 Millionen Schilling, auf die Donauuferautobahn 17,4 Millionen Schilling. Der Beitrag des Landes Wien an den Wasserwirtschaftsfonds betrug 98,5 Millionen Schilling. Beim Wasserbau, dem ein Ausgabenrahmen von 76,2 Millionen Schilling zur Verfügung stand, erforderten die Instandhaltungsarbeiten 27,0 Millionen Schilling und die neuen Wasserbauten — insbesondere die Regulierung des Schwechat-Wildbaches im Unterlauf, für die allein 25,1 Millionen Schilling vorgesehen wurden — 45,0 Millionen Schilling. Der Gesamtaufwand für die Errichtung des verbesserten Hochwasserschutzes betrug 579,9 Millionen Schilling, wovon 95,0 Millionen Schilling auf das rechte Donauufer, 382,1 Millionen Schilling auf das linke Donauufer sowie 61,0 Millionen Schilling auf den linken Donausammelkanal mit Hochwasserpumpwerk und Stromversorgung entfielen. Für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten wurden 152,3 Millionen Schilling veranschlagt, davon 46,3 bzw. 91,6 Millionen Schilling für die Instandhaltung bzw. den Neubau von Verkehrslichtsignalanlagen, Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen u. dgl. Zur Verbesserung des Nahverkehrs wurden Kapitaltransferzahlungen an die Österreichischen Bundesbahnen mit 421,8 Millionen Schilling vorgesehen, insbesondere zum Ausbau der Flughafenschnellbahn und der Vorortelinie (Schienen-Verbund-Projekt). Für den weiteren U-Bahn-Bau standen 1.380,3 Millionen Schilling zur Verfügung, davon 684,8 Millionen Schilling für das Grundnetz Linie U 1, U 2 und U 4 sowie 547,3 Millionen Schilling für die Verlängerung der U 1 nach Kagran. Für den Ankauf von U-Bahn-Wagen wurden 541,7 Millionen Schilling, davon 226,8 Millionen Schilling für Triebwagen der Typen E 6 bzw. C 6 bereitgestellt.

Für die Wirtschaftsförderung, Gruppe 7, ergab sich ein wesentlicher Anstieg des Ausgabenrahmens von 673,0 auf 1.529,5 Millionen Schilling. 7,7 Millionen Schilling waren für fremdenverkehrsfördernde Kreditaktionen in den Wiener Beherbergungsbetrieben, 73,8 Millionen Schilling für Fremdenverkehrsförderung und 389,6 Millionen Schilling für wirtschaftspolitische Maßnahmen bestimmt. Von letzteren entfielen 277,1 Millionen Schilling auf die Aufschließung von Betriebsbaugebieten und 76,5 Millionen Schilling auf Baukostenzuschüsse zur Niveaufreimachung der Gutheil-Schoder-Gasse bzw. für Werkstraßen und die Fernwärmeversorgung im Aufschließungsgebiet des Flughafens Aspern. Für die Förderung der Wiener Wirtschaft wurden 1.044,4 Millionen Schilling bereitgestellt, davon unter anderem 54,0 Millionen Schilling für Darlehen zur Investitionsförderung, 60,0 Millionen Schilling für die Wiener Strukturverbesserungsaktion, 13,0 Millionen Schilling für Zuschüsse im Rahmen der Kleinbetriebezuschußaktion, 34,7 Millionen Schilling für Förderungen nach dem Wiener Garagengesetz, 667,0 Millionen Schilling für den Beitrag an den Bund zur Finanzierung des Projektes „General Motors", Motorenwerke, und 200,0 Millionen Schilling als Investitionskostenzuschüsse an private Unternehmungen.

Die Ausgaben der Gruppe 8, Dienstleistungen, waren mit 19.448,9 Millionen Schilling, das sind 33,3 Prozent der Gesamtausgaben, die umfangreichsten aller Aufwandgruppen. Für die Ver- und Entsorgung standen 3.134,9 Millionen Schilling zur Verfügung, und zwar 766,1 Millionen Schilling für die Wasserversorgung, 116,0 für den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx, 168,1 für Märkte, 780,6 für die Abwasserbeseitigung, 23,8 für Bedürfnisanstalten, 797,6 für die Müllbeseitigung und 482,7 Millionen Schilling für die Straßenreinigung.

Im Rahmen der umfangreichen Investitionen der Ver- und Entsorgungsbetriebe wurden unter anderem 35,0 Millionen Schilling für die Fortsetzung der Bauarbeiten an der III. Wasserleitung, 57,8 für die Hauptkläranlage und 70,0 Millionen Schilling für den Entlastungskanal des rechten Hauptsammelkanals bereitgestellt. Ferner wurden in dieser Gruppe 425,9 Millionen Schilling für Park- und Gartenanlagen sowie Kinderspielplätze, für

die Friedhöfe 272,1 Millionen Schilling, 208,6 Millionen Schilling für die öffentliche Beleuchtung und für öffentliche Uhren sowie 135,7 Millionen Schilling für die Stadtforste präliminiert. Für die Bäder war ein Gesamtaufwand von 388,5 Millionen Schilling erforderlich, davon 109,1 Millionen Schilling für Investitionen. An größeren Bauvorhaben sind der Neubau des Hallenbades Kagran mit 24,5 Millionen Schilling, der Neubau des Hallenbades Brigittenau mit 5,0 Millionen Schilling und die Sanierung des Amalienbades mit 30,0 Millionen Schilling hervorzuheben. Für die Erwerbung von Grundstücken und für Grundfreimachungen standen 332,8 Millionen Schilling zur Verfügung. Für die städtischen Wohnhäuser waren 2.435,1 Millionen Schilling erforderlich, wovon 598,2 auf die Erhaltung der Wohnhäuser, 446,2 auf den Schuldendienst bzw. auf Beiträge zum Schuldendienst, 453,5 auf Steuern und Abgaben sowie 133,4 Millionen Schilling auf Investitionen entfielen. Zur Weiterführung des vorgesehenen Wohnbauprogramms beim städtischen Wohnhausbau bzw. beim Personalwohnhausbau für das Krankenpflegepersonal wurden 2.574,3 Millionen Schilling bereitgestellt. Die insbesondere mit dem Wohnbau in Zusammenhang stehenden Ausgaben für das Baugewerbe und das Baunebengewerbe ergaben einen Betrag von 14.126,2 Millionen Schilling, das sind 24,2 Prozent der Gesamtausgaben. Für die Wiener Stadtwerke waren Aufwendungen in der Höhe von 9.160,0 Millionen Schilling erforderlich. Davon entfielen unter anderem 1.775,5 Millionen Schilling auf die Abgangsdeckung für die Verkehrsbetriebe, 55,0 Millionen Schilling auf den Bundeszuschuß für den Nahverkehr, 117,8 auf den Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer für die Verkehrsbetriebe, 2.192,0 auf die Weitergabe von Anleihen und Darlehen, 2.946,0 auf den Schuldendienst und 1.973,0 Millionen Schilling auf die Übernahme der Pensionslasten.

Für die Gruppe 9, Finanzwirtschaft, standen 3.436,0 Millionen Schilling zur Verfügung, das sind 5,9 Prozent der Gesamtausgaben. Für Beteiligungen waren 122,2 Millionen Schilling bestimmt, davon unter anderem 23,3 Millionen Schilling für die Flughafen Wien Betriebs-Ges. mbH, 54,0 für die Heizbetriebe Wien-Ges. mbH und 42,0 Millionen Schilling für die Wiener Stadthalle. 25,6 Millionen Schilling wurden für den Ankauf von Wertpapieren bereitgestellt. Für die Weiterverrechnung der für eigene Dienststellen aufgenommenen Darlehen wurden insgesamt 1.382,4 Millionen Schilling veranschlagt, und zwar 2,7 Millionen Schilling für Bundesdarlehen für den Wohnbau, 22,9 für Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz, 357,6 für Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds und 999,2 Millionen Schilling für Hypothekardarlehen. Der Schuldendienst für die im Rahmen der Hoheitsverwaltung aufgenommenen Investitionsdarlehen und Anleihen erforderte 1.587,8 Millionen Schilling, wovon 663,8 auf Tilgung und 924,0 Millionen Schilling auf Verzinsung entfielen. Als Verstärkungsmittel wurden lediglich 200,0 gegenüber 850,0 Millionen Schilling im Jahre 1980 vorgesehen.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 1. bis 3. Juli 1981 genehmigte Rechnungsabschluß für das Jahr 1980 ergab bei Gesamteinnahmen von 52.513,2 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 54.067,7 Millionen Schilling einen Abgang von 1.554,5 Millionen Schilling. Somit konnte der im Voranschlag für das Jahr 1980 ausgewiesene Abgang von 2.667,8 Millionen Schilling um 1.113,3 Millionen Schilling verbessert werden. Zur Deckung des Abganges von 1.554,5 Millionen Schilling wurden Fremdmittel in Höhe von 1.549,5 Millionen Schilling aufgenommen, der restliche Fehlbetrag von 5,0 Millionen Schilling wurde auf Rechnung des Jahres 1982 vorgetragen. Der Gesamtstand der Sonderrücklagen betrug am Jahresende 1.906,4 Millionen Schilling.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1982, der in der Sitzung des Gemeinderates vom 14. bis 17. Dezember 1981 beschlossen wurde, rechnet bei Gesamteinnahmen von 57.364,1 Millionen Schilling und Gesamtausgaben von 62.032,5 Millionen Schilling mit einem Gebarungsabgang von 4.668,4 Millionen Schilling, das sind 7,5 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahr 7,9 Prozent). Der Gebarungsabgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuß auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag des zweitnächsten Verwaltungsjahres zu veranschlagen.

Finanzverwaltung und Wirtschaftsangelegenheiten

Gemeinsam mit dem Voranschlagsentwurf 1982 wurde dem Gemeinderat auch der für die Jahre 1982 bis 1986 erstellte Finanz- und Investitionsplan vorgelegt. Der Aufbau des Finanz- und Investitionsplanes entspricht dem der früheren Jahre. Der Darstellung der Ausgangslage folgen Erläuterungen der Annahmen und Ergebnisse mit einer zusammenfassenden Beurteilung. Da die Verschuldung in den Finanzierungsüberlegungen wegen der dargestellten Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben zwangsläufig einen immer breiteren Raum einnimmt, ist ein eigenes Kapitel dem Schuldenstand und der Entwicklung des Schuldendienstes gewidmet. Der Finanz- und Investitionsplan macht zwar keine Aussage darüber, wann für die Stadt Wien die Grenze der Verschuldung erreicht ist, angesichts der aufgezeigten Entwicklung kann jedoch festgestellt werden, daß es dringend notwendig ist, die ungedeckten Abgänge und damit den Umfang der Neuverschuldung sehr rasch und drastisch zu reduzieren. Das Budget 1982 stellt einen ersten Schritt in Richtung dieser aus dem Finanz- und Investitionsplan sich ergebenden Notwendigkeit dar, die Neuverschuldung zu reduzieren.

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 20. November 1981 die Gründung des Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beschlossen. In diesem Fonds sind neben der Stadt Wien die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Vereinigung Österreichischer Industrieller, die Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien sowie die Erste österreichische Spar-Casse vertreten. Der Fonds hat die Aufgabe, in enger Zusammenarbeit mit den städtischen Dienststellen und anderen in Frage kommenden Institutionen Grundstücke und Finanzierungsmittel für die Wiener Wirtschaft bereitzustellen sowie im Rahmen eines umfassenden Service Wirtschaftstreibende bei der Durchführung ihrer Vorhaben mit Beratung zu unterstützen. Ebenso wird der Fonds Werbung für den Wirtschaftsstandort Wien betreiben.

Da aufgeschlossene Betriebsbaugebiete eine wesentliche Voraussetzung für das Tätigwerden des Wirtschaftsförderungsfonds darstellen, wurde auch im Jahre 1981 die Aufschließung von Betriebsbaugebieten fortgesetzt. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981 konnten rund 233 Millionen Schilling für die Aufschließung eines über eine halbe Million Quadratmeter großen Areals in den Draschegründen (Bauteil West II) bereitgestellt werden. Eine weitere Fläche von 330.000 m² wird auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderates vom 1. Juli 1981 mit einem Kostenaufwand von rund 136 Millionen Schilling aufgeschlossen. Die Verwertung dieses im Bereich des Hafens Albern gelegenen Areals wird von der Wiener Hafengesellschaft mbH durchgeführt.

Bei den Wirtschaftsförderungsaktionen der Stadt Wien wurden auch im Jahre 1981 verschiedene Anpassungen an die Belange der Wiener Wirtschaft vorgenommen. So konnte im Rahmen der Hotelmodernisierungsaktion, Aktion zur Förderung von betrieblichen Infrastrukturinvestitionen von Wiener Beherbergungsbetrieben, mit Gemeinderatsbeschluß vom 27. Februar 1981 festgelegt werden, künftig auch Brandschutzinvestitionen mit einem Zuschuß in der Höhe von 35 Prozent der anrechenbaren Nettokosten, maximal jedoch 500.000 Schilling pro Betrieb, zu fördern. Bei der Aktion „Refundierung von Anliegerleistungen" wurde mit Gemeinderatsbeschluß vom 21. September 1981 die zulässige Normbelastung für die Kanaleinmündungsgebühr neu festgesetzt und die Refundierung von Anliegerleistungen aus Anlaß von baulichen Erweiterungsinvestitionen außer Kraft gesetzt. Zur verstärkten Einbeziehung von Klein- und Mittelbetrieben in diese Aktion wurde die Mindestgrenze für bauliche Investitionen von bisher 5 Millionen auf nunmehr 2,5 Millionen Schilling herabgesetzt. Die „Aktion zur Förderung der Wiener Privatbäder" sowie die Sonderquote „Bäder" im Rahmen der Wiener Fremdenverkehrskreditaktion wurden per 1. Dezember 1981 eingestellt, da bereits alle in Frage kommenden Privatbäder die Förderung in Anspruch genommen haben.

Anfang 1981 hat der mit Gemeinderatsbeschluß vom 24. Oktober 1980 genehmigte Fonds zur Förderung der Wiener Bekleidungsindustrie seine Tätigkeit aufgenommen. Der Wiener Exportförderungs- und Exportberatungsgesellschaft mbH wurde zur Refinanzierung von Exportförderungskrediten eine weitere Einlage in der Höhe von 50 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das für Exportförderungskredite zur Verfügung stehende Volumen beträgt nunmehr 200 Millionen Schilling.

Die von der Finanzverwaltung auch im Jahre 1981 herausgebrachten Publikationen „Wiener Wirtschaftsberichte" enthalten eine umfassende Darstellung aktueller Grundlagenforschungen, die im Zusammenhang mit Wirtschaftsangelegenheiten angestellt wurden. Die Untersuchung „Großstädtisches Wachstum und Wiener Industriewachstum" zeigt, aufbauend auf den bisherigen Erkenntnissen über die wirtschaftliche Entwicklung Wiens, die Schwachstellen der vorliegenden Forschungsarbeiten, aber auch die Schwierigkeiten für die Abfassung weiterer Arbeiten auf Grund fehlender statistischer Unterlagen auf.

Die „Analyse von 30 der größten Wiener Industriebetriebe" erbringt Aussagen über Entwicklungstrends am Wiener Arbeitsmarkt.

Mit der „Nahversorgung 1980" wurde eine den neuesten Verhältnissen entsprechende Unterlage für die Beurteilung und Planung von Nahversorgungseinrichtungen sowie für die Feststellung der Förderungswürdigkeit im Rahmen der Kleinbetriebezuschußaktion erarbeitet.

Mit der „Nachuntersuchung Zuwandererfonds" konnte wieder eine städtische Einrichtung im Hinblick auf ihre Wirksamkeit durchleuchtet werden. Zielsetzung dieser Studie war aber auch die Schaffung von Grundlagen für eine Werbekonzeption des Wiener Zuwandererfonds.

Die Untersuchung „Zentrenkonzept — Aktualisierung 1981" ist eine Grundlagenstudie für den Bereich Einzelhandel und Dienstleistungen und war für eine Überarbeitung des entsprechenden Kapitels im Stadtentwicklungsplan erforderlich.

Mit dem Aufzeigen der „Arbeitskraftreserven im Einzugsbereich der Industriebaugebiete Industriepark Nord, Allissen und Hausfeldgründe" wurde eine der üblichen Serviceleistungen für ansiedlungswillige Betriebe erbracht, mit der ihnen die Vorteile einer Betriebsansiedlung im Norden Wiens dargestellt werden konnte.

Ende 1981 wurde auch der zweite Teil der Studie „Städtische Aufgabenplanung" fertiggestellt. Mit dieser Arbeit ist es nun möglich gemacht worden, eine monetäre Bewertung der in den Stadtentwicklungsplänen aufgezeigten Maßnahmen durchzuführen. Mit der vorliegenden Studie kann man erstmals die zukünftigen Schwer-

punktverschiebungen im Finanzbedarf Wien längerfristig erkennen und — über die Möglichkeiten des Finanz- und Investitionsplanes hinaus — die Ergebnisse in konkrete Finanzierungsplanungen einbringen.

In Anbetracht der Problematik der Mariahilfer Straße wurde gemeinsam mit der Wiener Handelskammer noch Ende 1981 eine tiefergehende Untersuchung über die Situation dieser Straße und über mögliche Entwicklungsvorschläge für die Verbesserung ihrer Entwicklung erarbeitet.

Auch auf dem Gebiet der Investorenwerbung konnten im Jahre 1981 Aktivitäten gesetzt werden. In dem Buch „Waren und Wissen aus Wien" wurde die Wiener Wirtschaft mit rund 100 Betrieben und deren Produkten bzw. deren Know-how vorgestellt. Diese Broschüre dient auch der Unterstützung von Exportbemühungen seitens Wiener Unternehmungen.

Auf dem Abgabensektor war die Vergnügungssteuernovelle 1981 die bei weitem wichtigste gesetzliche Maßnahme. Das Vergnügungssteuergesetz für Wien, LGBl. für Wien Nr. 11/1963, wurde durch die Vergnügungssteuergesetznovelle, LGBl. für Wien Nr. 16/1981, geändert. Die Novelle dient vornehmlich zwei Zielsetzungen: Einerseits sollte der Katalog der Befreiungsmöglichkeiten erweitert und verbessert werden, andererseits sollte durch eine drastisch höhere Besteuerung der Spielapparate deren große Anzahl, die bereits als Übel empfunden wird, reduziert werden. Dadurch ist speziell dem Anliegen des Jugendschutzes gedient, gleichzeitig wird unter Umständen das steuerliche Ergebnis verbessert. Zu den Befreiungen ist im allgemeinen zu sagen, daß nunmehr alle Veranstaltungen, denen eine Steuerbefreiung zukommt, auch von der Steuer auf die Konsumation befreit sind. Neue Befreiungen wurden für sportliche Veranstaltungen, Theater, Konzerte, Museen, Ausstellungen der darstellenden Kunst, Zirkusse und Tierschauen, Kabaretts, Kartenspiele außerhalb von Spielbanken und für die Straßenmusik geschaffen; auch die Steuer auf den Preisaufschlag der Kartenbüros wurde aufgelassen. Die Steuer für die Kinos wurde gesenkt, die Begünstigung von Tanzveranstaltungen und musikalischen Darbietungen in gastgewerblichen Betrieben konnte durch Lockerung der Beschränkung hinsichtlich Veranstaltungsfläche und Teilnehmerzahl wesentlich verbessert werden. Diese Begünstigung betrifft vor allem die kleinen Hausbälle in Gasthäusern sowie traditionelle Darbietungsformen von Musik in solchen Betrieben (Konzertcafé, Schrammelmusik beim Heurigen). Insgesamt dienen alle diese Verbesserungen der Förderung des Sports, der Kultur und der Geselligkeit, wobei die Stadt Wien auf wesentliche Steuereinnahmen verzichtet.

Für die Spielapparate wurden die Steuersätze drastisch erhöht, womit das angestrebte Ziel erreicht werden konnte: Die Zahl der gemeldeten Apparate ist auf etwa 60 Prozent des Standes vor der Novelle gesunken. Das Abgabenaufkommen aus der Vergnügungssteuer jedoch stieg trotz der vielen neuen Begünstigungen sofort sprunghaft auf etwa das Dreifache des Vorjahres an. Für die Tätigkeit der Dienststelle bedeutete diese Novelle, daß am Beginn des Jahres noch die legistischen Arbeiten abzuschließen waren und etwa ab Juni die Umstellungsarbeiten in vollem Umfang anfielen. Für die Dienststelle war es eine gewaltige Stoßarbeit, mußte doch jeder einzelne Apparat entweder abgemeldet oder in die neuen Steuersätze eingestuft werden. Größer wurde dieser Arbeitsumfang noch dadurch, daß entsprechend den mit der Novelle verfolgten Intentionen auch die Kontrollmaßnahmen rigoros verschärft wurden. So hat die Revisionsstelle in den Monaten Mai und August zwei Totalerhebungen im gesamten Wiener Stadtgebiet durchgeführt, deren Ergebnis ebenfalls verarbeitet werden mußte, was zusätzlich Parteienverkehr, Bemessungsbescheide und Strafverfahren nach sich zog. Dieser Einsatz war insoferne von Nutzen, da es den Anschein hat, daß tatsächlich eine entscheidende Verbesserung bei der Einhaltung steuerrechtlicher Vorschriften erreicht worden wäre.

Das Gesetz über die Einhebung einer Steuer anläßlich der entgeltlichen Abgabe von Gefrorenem im Gebiet der Stadt Wien, LGBl. für Wien Nr. 17/1948, wurde durch das Gesetz vom 12. Dezember 1980, LGBl. für Wien Nr. 12/1981, geändert, das Getränkesteuergesetz für Wien 1971, LGBl. für Wien Nr. 2, durch die Getränkesteuernovelle 1980, LGBl. für Wien Nr. 13/1981. Diese beiden Novellen stellen thematisch eine Einheit dar, und zwar wurde die bis dahin für beide Steuern bestehende monatliche Erklärungspflicht aufgehoben und durch eine bloß jährliche Erklärungspflicht ersetzt; die monatliche Zahlungspflicht blieb jedoch bestehen. Damit wurde dem Wunsch der Wiener Wirtschaft entsprochen. Die unmittelbare Auswirkung dieser Novellen auf die Tätigkeit der Dienststelle besteht darin, daß die Strafverfügungen wegen nicht rechtzeitiger Entrichtung der Steuern nicht mehr wie früher von der ADV ausgedruckt werden können, sondern erst auf Grund der Revisionsberichte verfaßt werden müssen. Dies bedeutet an sich einen Mehraufwand, der dadurch größer wird, daß viele Steuerpflichtige das ihnen vom Gesetzgeber entgegengebrachte Vertrauen nicht rechtfertigen und ihrer nach wie vor bestehenden monatlichen Zahlungspflicht nicht nachkommen.

Hauptziel des Parkometergesetzes ist es, Parkplätze in einer Weise zu rationieren, daß ihre Inanspruchnahme nur im dringenden Bedarfsfall erfolgt. Eine in dieser Richtung getroffene Maßnahme stellt die Besteuerung des Abstellens mehrspuriger Fahrzeuge in den Kurzparkzonen dar. Der Bedarf an Kurzparkzonen tritt unabhängig davon auf, ob es sich um eine Bundesstraße handelt oder nicht. Aus diesen Gründen ergab sich die Notwendigkeit, auch die Bundesstraßen — bis 30. April 1981 vom Parkometergesetz nicht erfaßt — in den Geltungsbereich des Parkometergesetzes einzubeziehen. Mit dem Gesetz vom 27. März 1981, LGBl. für Wien Nr. 19, wurden mit Wirkung vom 1. Mai 1981 auch die Bundesstraßen in Wien in das Parkometergesetz einbezogen.

Die Berechnungen anläßlich der Erstellung des Voranschlages 1982 haben ergeben, daß der Abgabentarif für

die Müllabfuhr nur mit 82,7 Prozent kostendeckend ist. Es war daher notwendig, die volle Deckung jener Kosten wieder herzustellen, die der Stadt Wien aus der Schaffung, der Erhaltung und dem Betrieb der einschlägigen Einrichtungen erwachsen. Mit Verordnung des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981 wurden daher die Grundbeträge für Kleingefäße mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1982 angehoben. Diese Gebührenregulierung wird voraussichtlich einen Mehrertrag von rund 118 Millionen Schilling jährlich erbringen und bewirken, daß ein Kostendeckungsgrad von etwa 97,6 Prozent erreicht wird. Auch bei der Wassergebühr haben die Berechnungen anläßlich der Erstellung des Voranschlages 1982 ergeben, daß für 1982 nur eine Kostendeckung von 89,6 Prozent gegeben ist. Mit Verordnung des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981 wurde daher die Wasserbezugsgebühr angehoben. Die Kostendeckung wird dadurch auf 98,52 Prozent ansteigen. Die Mehreinnahmen werden voraussichtlich 100 Millionen Schilling betragen. Bei den Kanalgebühren ergab die Gegenüberstellung der Nettoeinnahmen mit den korrespondierenden Aufwendungen eine Kostendeckung von nur 17,8 Prozent. Auch in diesem Fall mußte der Kostendeckungsgrad stufenweise verbessert werden. Mit Verordnung des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981 wurde daher die Gebühr für die Einleitung von Abwasser in einen öffentlichen Kanal für das Jahr 1982 mit vier Schilling, für das Jahr 1983 mit sechs Schilling und für das Jahr 1984 mit acht Schilling je Kubikmeter festgesetzt. Die Anhebung der Gebühr von 2,40 S/m³ auf 4,0 S/m³ läßt für 1982 Mehreinnahmen von rund 191 Millionen Schilling und eine Verbesserung der Kostendeckung auf rund 29 Prozent erwarten. Auch für die Räumung von Senk- und Sickergruben, Hauskläranlagen und Abscheidern sowie für die Erbringung besonderer Arbeitsleistungen und die Beistellung von Geräten wurden die Gebühren neu festgesetzt. Soweit es sich um Leistungen der Stadt Wien bzw. um die Beistellung von Geräten durch die Stadt Wien selbst handelt, wurde dabei nur auf den erhöhten Personal- und Sachaufwand Bedacht genommen.

Seit Dezember 1981 wird die Verrechnung der Ankündigungsabgabe mittels EDV durchgeführt. Für die Umstellung war die Kontenbereinigung fortzuführen und mußten die bestehenden Konten auf deren Aktualität geprüft werden. Dabei haben sich rund 200 Abmeldungen ergeben. Dieser den Erfolg schmälernde Umstand wurde jedoch mit den bescheidmäßigen Vorschreibungen bei Neufassung von Steuerobjekten, mit dem Abschluß von zusätzlichen Markenartikel-Vereinbarungen sowie mit der Neufestsetzung der Ankündigungsabgabe bei Mietenerhöhungen kompensiert. Auch die Anzeigenabgabe wird seit Dezember 1981 von der MA 6 — Abgabenhauptverrechnung EDV-mäßig verrechnet.

Rechnungsamt

Im **Abgabenrechnungs- und Kassendienst** ist zunächst die Mitarbeit bei der Großzählung 1981 zu erwähnen. Die Bediensteten der Stadtkassen wirkten bei der Erfassung von Einwohnern mit Zweitwohnsitzen außerhalb Wiens mit. So mußten rund 30.000 Reklamationsfälle über Bildschirm für die zentrale Erstellung von Reklamationslisten eingegeben werden. Mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. Dezember 1981, Pr. Z. 3225/81, wurde der Tarif für die Müllabfuhrabgabe erhöht. In diesem Zusammenhang waren rund 80.000 Bescheide für alle Abgabepflichtigen im Wege der automatischen Datenverarbeitung zu erstellen. Eine Neuerung ergab sich auch bei der Getränke- und Gefrorenessteuer. Ab 1. Jänner 1981 wurde an Stelle der monatlichen Erklärung eine Jahreserklärung bei monatlicher bzw. vierteljährlicher Abstattungspflicht eingeführt. Auf Grund der Vergnügungssteuergesetznovelle 1981 konnten durch weitreichende Befreiungsbestimmungen einerseits zahlreiche Abgabekonten ausgeschieden werden, andererseits bedingte die Änderung bei der Besteuerung von Spielautomaten auch eine Änderung der Bemessungsgrundlagen und die Notwendigkeit, rund 7.000 Anmeldeformulare auszuwerten.

Im Bereich der Abgabenhauptverrechnung wurde die Umstellung der in dieser Dienststelle verrechneten Abgaben auf elektronische Datenverarbeitung in Angriff genommen. Es erfolgte die Fertigstellung der Programme für die Verrechnung der Ortstaxe, Ankündigungsabgabe und Anzeigenabgabe auf dem Subsystem Philips P 440. Der bei der Umstellung der Abgabenverrechnung in den Stadtkassen mit Hilfe der IBM-Großanlage eingeschlagene Weg wurde unter Berücksichtigung der Veränderungen, die sich durch den geringeren Speicherplatz bzw. Komfort des Subsystems ergaben, fortgesetzt. In Hinkunft werden den Abgabepflichtigen automatisch bedruckte Formulare übermittelt. Die Verrechnung erfolgt tagefertig im Subsystem, wobei im Wege der Datenfernübertragung automatisch Abstattungsbuchungen bzw. Vorschreibungsläufe über die IBM-Großanlage durchgeführt werden können. Die Eingaben erfolgen generell über vier angeschlossene Bildschirme, die Speicherung wird auf drei Magnetplatten vorgenommen. Täglich werden die händischen und automatischen Buchungen zusammengeführt, wobei eine für amtlich bemessene und für selbstbemessene Abgaben einheitliche Buchungssystematik aufgestellt wurde. Darüber hinaus werden die Konten nunmehr so saldiert, daß Guthaben nicht mehr in der künftigen Fälligkeit, sondern in einem eigenen Summenfeld aufscheinen. Die gesamte Verrechnung einschließlich der Rückstandsbetreuung wird direkt in der Abgabenhauptverrechnung vorgenommen, wobei sämtliche Auswertungen eines Monats bzw. die Jahresabschlüsse über einen dem Subsystem angeschlossenen Schnelldrucker ausgegeben werden. Die Datenbestände werden nur einmal jährlich anläßlich der

Geschichtsbandschreibung auf die IBM-Anlage ausgelagert. Gleichzeitig mit der Umstellung der Verrechnung in den Buchhaltungsabteilungen, bedingt durch die Einführung der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnungen (VRV), wurde zur Organisation und Programmierung weitgehend Personal der Abteilung herangezogen, das in Hinkunft auch die Programme warten und betreuen wird. Von rund 1.700 Veranstaltern wurden in der Abgabenhauptverrechnung für vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltungen rund 2,1 Millionen Eintrittskarten vorgelegt und amtlich gekennzeichnet.

Im **Buchhaltungsdienst** stand die Konsolidierung der bestehenden Programme und Arbeitsabläufe nach Einführung der VRV und der Umstellung der Verrechnung auf EDV im Vordergrund. So wurde, dem Wunsch einer Reihe von Dienststellen entsprechend, an Stelle der Tagesauszüge (das heißt tägliche Verständigung über erfolgte Buchungen) die Übersendung von sogenannten Buchungsauszügen zur Verständigung in einem von der Dienststelle zu bestimmenden Intervall ermöglicht. Durch diese Maßnahme konnte der Papierausstoß bei gleichbleibendem Informationswert nicht unwesentlich reduziert werden. Zahlreiche Programme konnten hinsichtlich Schnelligkeit der Verarbeitung und der Abfragemöglichkeit verbessert werden, so z. B. für Sachkredite, Abstattungsbuchung und Rückstandsvortrag. Bei einer Reihe von Gebarungen wurde die Überrechnung aus einem bereits bestehenden Datenbestand automatisiert. Erwähnenswert sind vor allem die Hausbesorgerverrechnung, die Reisekostenverrechnung und die Mietzinsüberrechnung. Ähnliche Lösungen sind bei den Grundbesitzabgaben, bei der Gas- und Stromverrechnung, bei Versicherungen und bei den Mietenabschreibungen in Arbeit. Der Versand von Rechnungen konnte durch Auflage eines eigenen, nur für die Beförderung von Rechnungen bestimmten und gekennzeichneten Dauerkuverts beschleunigt werden.

Im Bereich der Zentralbuchhaltung mußten die Erfassung, Führung und Erstellung des Geld- und Mengeninventars von den alten Buchungsmaschinen auf die neuen Subsysteme Philips P 440 übernommen werden. Diese Maßnahme, die zugleich mit einer Rationalisierung und Automatisierung der Arbeitsabläufe verbunden wurde, war vor allem wegen der Überalterung der Buchungsmaschinen notwendig geworden. Für die bis zu 50 Jahre in Verwendung stehenden Maschinen konnten keine Ersatzteile mehr bereitgestellt und somit auch kein ordnungsgemäßes Service garantiert werden. Die sich aus der neuen Organisation ergebenen Änderungen wurden in einer 4. Ergänzung zur Inventarvorschrift festgehalten und von der Magistratsdirektion mit Zahl MD-2158-1/81 am 2. Dezember 1981 genehmigt. Der starke Anstieg der Geschäftsfälle bei der Haftpflichtgebarung war auch 1981 zu verzeichnen. Der damit verbundene arbeitsmäßige Mehraufwand konnte durch die Automatisierung und Übernahme der Hinterlegungsgebarung auf das Subsystem Philips P 440 aufgefangen werden. Ferner wurde auch der tägliche Kassaschluß, das ist die Gegenüberstellung der Abstattungsgebarung der Zentralbuchhaltung mit den Ergebnissen der Kassaführung der Stadthauptkasse, weitgehend automatisiert.

Die Buchhaltungsabteilung für Finanzwesen und Wohnbauförderung mußte neben den laufenden Arbeiten beträchtliche zusätzliche Mehrleistungen, größtenteils in Überstunden, erbringen. So hat die weltweite Hochzinsphase dazu geführt, daß wegen des hohen Anteiles von Kapitalmarktdarlehen im Finanzierungsplan die Rückzahlungsbelastung der Wohnbauförderung so hoch war, daß sie für einen Großteil der Förderungswerber nicht mehr tragbar erschien. Um die Belastung zu vermindern, wurden von der Landesregierung die Neugestaltung der Annuitätenzuschüsse, die Erhöhung des Landesdarlehens sowie die Änderung des Finanzierungsplanes beschlossen. Diese im Jahre 1981 vorgenommene Neuregelung sowie die Zinssatzerhöhungen wirkten sich auf sämtliche Bereiche der Wohnbaufinanzierung aus. Aus diesem Grund war die Neudurchrechnung von rund 5.000 Einzelkonten erforderlich. Durch die ständig wechselnden Verhältnisse auf dem Geld- bzw. Kapitalmarkt, die eine laufende Konditionsneugestaltung des Einlagen- und Ausleihensbereiches der Stadt Wien bedingen, sind die Überprüfung und Evidenthaltung der in diesem Zusammenhang anfallenden Zinsen sowie deren Verrechnung äußerst schwierig und zeitaufwendig geworden. Da mit 1. Jänner 1981 das Grundbuchumstellungsgesetz, BGBl. Nr. 550/1980, in Kraft getreten ist, war es notwendig geworden, die im nunmehr mit EDV geführten Grundbuch eingetragenen Berechtigungen der Stadt Wien auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen. Es handelte sich um 7.000 zu überprüfende Fälle mit einem aushaftenden Darlehensvolumen von rund 25 Milliarden Schilling. Die in der Buchhaltungsabteilung für Planung, Wohnungs-, Verkehrs- und Wasserbau integrierte Bundesbuchhaltung wurde durch den Rechnungshof kontrolliert. Das Bundesministerium für Finanzen überprüfte im Laufe des Jahres 1981 die Verrechnung von Sonderfinanzierungen. Weiters waren Vorbereitungsarbeiten für die Umstellung der Bundesverrechnung zu tätigen, in deren Rahmen Kostenstellen und Kostenträger sowie Personenkonten neu organisiert wurden. Seit dem Jahr 1981 wird die Betriebsführung der Entsorgungsbetriebe Simmering (EBS) durch die Magistratsabteilung für Kanalisation (MA 30) besorgt. In diesem Zusammenhang kam es für die Buchhaltungsabteilung für Kanalisation und Wasserwerke zu einer Arbeitsvermehrung durch die Bearbeitung von zusätzlich rund 2.000 Eingangsrechnungen und der damit verbundenen Bestellscheingebarung, durch die Verlagsabrechnungen und die Journalauflösung der durch die EBS weiter zu besorgenden Fakturierung der Betriebsleitungen (Beseitigung von Sondermüll). Im Bereich der Buchhaltungsabteilung für Wohn- und Amtsgebäudeverwaltung konnten die Betriebsaufteilerauswertungen weiter optimiert werden, so daß alle von der anweisenden Dienststelle geforderten Auswertungen geliefert werden können. Im Hinblick auf die kommenden Erfordernisse des neuen Mietrechtsgesetzes wurde die automatische Überrech-

nung der von der Stadt Wien anfallenden Betriebskosten für die städtischen Wohnhäuser bereits zum Teil realisiert bzw. wird an der Realisierung noch gearbeitet. Diese Datenüberleitung erspart etwa 130.000 Eingaben und ist Voraussetzung dafür, daß den Aufgaben, die durch das neue Mietrechtsgesetz an die Buchhaltungsabteilung gestellt werden, überhaupt nachgekommen werden kann. Auf dem Gebiet der Baukostenverrechnung konnte eine wesentliche Verbesserung durch die Umstellung auf on-line-Betrieb und Adaptierung aller Programme erzielt werden. Laut Erlaß des Anstaltenamtes vom 29. Mai 1981 wird die Verrechnung von ambulatorischen Leistungen zwischen dem Allgemeinen Krankenhaus und den Wiener städtischen Krankenanstalten sowie den Pflegeheimen nicht mehr als Klinikeinnahme in der Buchhaltung des Allgemeinen Krankenhauses verbucht. Die erbrachten ambulatorischen Leistungen sind als Einnahmen des Allgemeinen Krankenhauses zur Gebühr zu stellen. Durch diese Regelung entsteht in der Buchhaltungsabteilung für das Gesundheitswesen eine Mehrbelastung von rund 3.000 Buchungen im Jahr. Die Übersiedlung der Buchhaltungsabteilung für Garten- und Forstwesen, Landwirtschaftsbetrieb, Liegenschaftsverwaltung und Umweltschutz aus dem Forumgebäude, in dem auch die automatische Datenverarbeitung untergebracht ist, in ein anderes Amtsgebäude bedingte neben den üblichen Behinderungen durch Vorbereitungsarbeiten auch infolge Verlegung des EDV-Systems Philips P 440 erhebliche Schwierigkeiten. Mit der Übersiedlung ging auch der Vorteil der gemeinsamen Unterbringung mit der ADV, insbesondere die schnellere Datenübertragung durch die direkte Datenleitung an Stelle einer Postleitung, wieder verloren. Somit mußte der erwachsene Nachteil durch geeignete organisatorische Maßnahmen wieder ausgeglichen werden.

Die Wirksamkeit der Prüfungstätigkeit des Buchhaltungsdienstes einschließlich der Kollaudierungsabteilung im Zusammenhang mit den anweisenden Dienststellen findet zahlenmäßig Ausdruck in den bei den Eingangsrechnungen des Jahres 1981 vorgenommenen Abstrichen in der Höhe von rund 1,5 Milliarden Schilling. Die im Vergleich zu den Vorjahren höheren Beträge ergeben sich zum Teil auch dadurch, daß in den Eingangsrechnungen verschiedener Firmen geleistete Teilzahlungen nicht in Abzug gebracht wurden.

Die nachstehende Arbeitsstatistik zeigt die Leistungen der einzelnen Dienstgruppen des Rechnungsamtes im Jahre 1981.

Buchhaltungsdienst	Stück
Eingangsrechnungen	581.000
Einnahmenbelege	57.500
Buchungsposten	
auf P 440	1,517.700
sonstige	1,083.800
Stammdatenanlagen und -änderungen	190.700
Bildschirmabfragen und Programmaufrufe	191.000
Mahnungen, Pfändungen, versuchsweise Einhebungen	11.40(
Posten aus Abrechnungen und Barverlägen; Prüfung und Verrechnung von Arbeitsscheinen, Materialausfolgescheinen und Fahrtausweisen; rechnerische Prüfung von Ruhe- und Versorgungsberechtigten; Prüfung und Vergebührung von Lenker- und Fahrzeugprüfungen sowie von Pflanzenschutzkontrollen des Stadtgartenamtes; Erstellung von Tilgungsplänen und Zinsstaffeln; Zählung von fällig gewordenen Wertpapierkupons u. dgl.	5,560.6(
Bearbeitete Dienststücke	252.8(

Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung	Stück
Kontenanzahl	581.35
Eingelangte Einzahlungsbelege	1,323.14
Klarschriftdruckereingaben	481.3(
Lochvorlagen	135.04
Dateneingaben	350.04
Codierte Erklärungen	54.16
Stammdatenänderungen über Bildschirm	24.39
Kontoanfragen über Bildschirm	1,016.66
Mahnungen	18.26
Zugestellte Zahlscheine wegen verspäteter Zahlung	8.45
Vollstreckungsanträge	64.86
Aktenstücke	1,467.21
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	51.22(
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen	3.34(
Strafanträge wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen	2.71(

Stadthauptkasse

	Stück
Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen	471.777
Ausgefertigte Bar-Empfangsanweisungen	10.478
Verrechnete Posterlagscheine und Banküberweisungen (Einnahmen)	141.195
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben)	595.923
Bearbeitete Verbote	91.802

	Schilling
Bargeldumsätze in der Kassenstelle:	
Einnahmen	300,322.205
Ausgaben	300,951.849
Wertmarkenverkauf	41,141.150
Drucksortenverkauf an Parteien	622.486
Gebarungen in der Drucksortenstelle:	
An Dienststellen ausgegebene Drucksorten im Werte von	19,735.879
An Dienststellen ausgegebene Straßenbahnfahrscheine im Werte von	6,324.085

	Stück
Ausgebene allgemeine Drucksorten	12,582.989

Vom **Erhebungs- und Vollstreckungsdienst** wurden im Jahre 1981 insgesamt 152.650 Aufträge erledigt und ein Betrag von rund 90 Millionen Schilling an eigenen und fremden Geldern eingehoben.

Zentraler Einkauf

Der MA 54 obliegt gemäß der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien die Beschaffung, Zuweisung und Instandhaltung der sachlichen Erfordernisse für die städtischen Dienststellen (Ämter, Anstalten und Betriebe) und Schulen, ausgenommen insbesondere Sportgeräte, Kraftfahrzeuge, klimatechnische Anlagen, Elektroanlagen und die von der Magistratsdirektion für einzelne Dienststellen festgesetzten Spezialerfordernisse. Außerdem besorgt sie den Ankauf und die Einlagerung von Bau- und Werkstoffen und deren Abgabe an städtische Verbrauchsstellen. Ferner stehen ihr noch die Verbrauchsüberwachung und die Bedarfsprüfung hinsichtlich der angeführten Sacherfordernisse zu.

Für die Warenlagerung standen das Zentrallager in 16, Hasnerstraße 123—125, und der Baustofflagerplatz in 3, Erdberger Lände 90, zur Verfügung. Darüber hinaus wurden auch Konsignationslager bei einzelnen Firmen beaufsichtigt. Weiters obliegt der Abteilung die Führung des Werkstättenbetriebes im Zentrallager, nämlich der Tischlerei, Anstreicherei und Schlosserei. In der Abteilung sind 170 Bedienstete beschäftigt.

Die Abteilung ist ein betriebsmäßig geführter Verwaltungszweig, der seit 1. Jänner 1973 im Sinne des UStG 1977, BGBl. Nr. 223/1972, als Betrieb gewerblicher Art anzusehen ist. Die gesamten Einnahmen und alle Aufwendungen (Sach- und Personalaufwand) werden auf dem Ansatz „Zentraler Einkauf" veranschlagt, der allgemeine Sachaufwand für die Dienststellen der Hoheitsverwaltung jedoch getrennt auf einer besonderen Ausgabenpost. Allgemein anordnungsberechtigt ist die Abteilung, der grundsätzlich die Beistellung der Sacherfordernisse für die Dienststellen obliegt. Die Abteilung ist gemäß der Geschäftseinteilung außerdem mit der Führung der Städtischen Bäckerei beauftragt, die als Betrieb gewerblicher Art gilt.

Durch die mit Wirksamkeit vom 11. Februar 1981 erfolgte Senkung des Zinssatzes für die Bankrate von 6,75 auf 5,25 Prozent verringerten sich zwar die Kosten bei der Verzinsung der Anlagewerte, doch wirkt sich der hohe Zinssatz noch immer belastend auf die Bilanzen der Abteilung aus. Die vom Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechungshof erlassene Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV), BGBl. Nr. 493/1974 in der Fassung BGBl. Nr. 604/1976, gelangte erstmals im Bereich der Stadt Wien für das Jahr 1980 zur Anwendung und konnte im Jahre 1981 auf Grund der Erfahrungen des Vorjahres in allen Bereichen ohne Schwierigkeiten gehandhabt werden. Der Gesamtumsatz der Abteilung im Jahre 1981 betrug 1.106,873.000 S.

Um wirtschaftliche Vorteile für die Stadt Wien beim Einkauf zu erzielen, wurden die Kontakte zwischen der Abteilung und der Einkaufsabteilung der Wiener Stadtwerke intensiviert. Auf leitender Ebene werden um den 15. Oktober jeden Jahres Gespräche stattfinden, zu denen abwechselnd die Abteilung oder die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke einladen. Es wurden bereits Arbeitskreise für Büromaterial, Büromöbel, Textilien und Bekleidung, Brennstoffe sowie Baustoffe gebildet. Die Leitung jedes Arbeitskreises, der Maßnahmen für die Rationalisierung und Automatisierung der Büroarbeit zum Inhalt hat, obliegt der Magistratsdirektion-Verwaltungstechnik. Grundsätzlich sollen nur Gespräche über jene Artikel durchgeführt werden, für deren Beschaf-

fung einer der Gesprächspartner einen die Wertgrenzen nach § 88 Abs. 1 lit. e der Wiener Stadtverfassung übersteigenden Betrag, derzeit 920.000 S, aufwenden wird.

Auf Ersuchen der MA 17 — Anstaltenamt hat die Abteilung bei Bestellungen, die von den dem Anstaltenamt unterstellten Dienststellen getätigt werden, ein besonderes Augenmerk auf die richtige Vidierung im Sinne der neuen Kompetenzgrenzen zu richten.

Gemäß § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969, BGBl. Nr. 22/1970 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 111/1979, sind Dienstgebern, die Aufträge an Einrichtungen erteilen, in denen überwiegend Schwerbehinderte tätig sind, 30 Prozent des Jahresrechnungsbetrages der Aufträge auf die Summe der für das entsprechende Kalenderjahr vorzuschreibenden Ausgleichstaxe anzurechnen. Auf Grund dieser Bestimmungen hat die Abteilung sämtliche Aufträge an Einrichtungen im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969 in Evidenz zu halten und die entsprechenden Unterlagen der MA 1 jeweils zu Jahresbeginn vorzulegen.

Im Jahre 1981 mußten drei vakant gewordene verantwortungsvolle Posten, nämlich die Leitung des Zentrallagers, die Leitung der Warengruppe 3 und der Warengruppe 5, neu besetzt werden.

Ab 1. Jänner erfolgte auch eine Umorganisation bei der Verrechnung der neuen Lagerpreise. An Stelle der Preiserrechnung in der Abteilung werden nunmehr in der Buchhaltungsabteilung XII mittels eines Computers die Preise für die einzelnen Lagerwaren errechnet und der Abteilung monatlich bekanntgegeben.

Die Städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime der Stadt Wien wurden mit lagerfähigen L e b e n s m i t t e l n beliefert, außerdem war die Städtische Bäckerei mit den benötigten Materialien zu versorgen. Im Jahre 1981 wurden 6.236 Bestellscheine ausgefertigt und mit einem Aufwand von 58,636.671 S 3,189.332 kg Lebensmittel gekauft.

Sämtliche Dienststellen des Magistrates wurden mit Verbandpflastern, Verbandstoffen und Medikamenten im Rahmen der Ersten Hilfe versorgt, wofür ein Betrag von 405.346 S aufgewendet werden mußte.

Die Dauerbefürsorgten erhielten im Rahmen von Faschings- und Muttertagsfeiern Geschenke im Wert von 144.510 S. Anläßlich des Weihnachtsfestes erhielt dieser Personenkreis 10.000 Lebensmittelpakete im Wert von 1,206.300 S. Für die Weihnachtsfeiern in den diversen Pensionistenklubs wurden 15.284 Briocheblocks um den Betrag von 240.998 S besorgt.

Preiserhöhungen gab es unter anderem bei Einfruchtmarmeladen, Grieß- und Eierteigwaren, Kaffeemitteln und Fruchtsäften, Preisermäßigungen hingegen bei diversen Waren, wie bei Kakao, Salaten, Zweifruchtmarmeladen, Essig, Rosinen und einzelnen Kompotten (Birnen, Pfirsich, ungesüßtes Marillenkompott). Gleichbleibende Preise konnten z. B. bei Margarine, Fritterfett, Bohnenkaffee, Kartoffelprodukten, Rum, Diabetikermarmeladen, Diabetikerzucker und künstlichen Süßstoffen, Schokoladen und Honig festgestellt werden.

T e x t i l i e n u n d L e d e r wurden für die städtischen Ämter, Anstalten und Betriebe im Werte von 79,273.570 S bestellt, und zwar:

		Schilling
9.000 m	Woll- und Mischgewebestoffe	1,445.620
11.000 Stück	Anstalts- und Kinderdecken	1,480.570
1.300 Stück	Säuglingsdecken	168.130
76.820 m	Leinenstoffe	6,124.860
663.170 m	Baumwollstoffe	23,168.990
109.616 Stück	Frotteewaren	4,271.542
213.300 Stück	Windeln	2,669.060
19.300 m	Futter- und Einlagestoffe	180.890
9.290 kg	Garne, Spagate und Seile	1,167.840
340.970 m	Litzen, Bänder, Gurte und Schnüre	252.360
	Zwirne, Schlingwolle, Nähseide	1,192.610
	Nadlerwaren	391.760
	Knöpfe und Abzeichen	192.236
166.856 Stück	Strick- und Wirkwaren (einschließlich Säuglingswäsche)	7,178.073
29.064 Stück	(Paar) Socken, Strümpfe, Strumpfhosen, Handschuhe und Hosenträger	874.784
56.212 Stück	fertige Berufsbekleidung und Wäschestücke	12,220.572
7.197 Stück	fertige Oberbekleidung	3,328.659
	Textilien	1,185.963
4.438 Stück	Federn- und Kunstfaserpolster, Steppdecken	819.704
10 Stück	Säcke	170
	Vorhangstoffe	3,987.245
	Möbelstoffe	755.718
	Teppiche und Bodenbeläge	217.808

	Schilling
Schuhe, Stiefel, Turn- und Hausschuhe	4,623.660
Plastikwaren	537.729
1.775 Stück Regenmäntel und Regenschutzbekleidung	837.017

Lohnarbeiten gelangten in der Höhe von 8,588.601 S zur Vergabe, und zwar:

5.179 Stück Oberbekleidung	1,759.022
74.120 Stück Wäsche und Berufsbekleidung	2,549.063
2.784 Stück Dienstkappen	389.246
699 Stück Fahnen	205.131
60.250 m Baumwoll- und Leinenstoffe ausrüsten	687.470
Tapeziererarbeiten (Nähen und Montage von Vorhängen)	1,784.019
Reparaturen von Uniformen	163.500
Reinigen von Vorhängen, Teppichen und Uniformen	802.150
Reparatur von Schuhen, Stiefeln und dazugehöriges Leder	249.000

Der Gesamtumsatz betrug 87,862.171 S und ist damit höher als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Es wurden insgesamt 166 Ausschreibungen durchgeführt sowie 2.046 Bestell- und Arbeitsscheine geschrieben. Der Bedarf an Baumwoll- und Leinenstoffen ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, ebenso der Bedarf an Decken mit Ausnahme der Säuglingsdecken wie auch der an Frotteewaren, Windeln, Futterstoffen, Strick- und Wirkwaren, Strümpfen und Regenmänteln.

Bei Baumwollwaren konnten Preiserhöhungen um rund 3 bis 4 Prozent festgestellt werden. Im Vergleich dazu ist zwar der Durchschnittspreis der Rohbaumwolle für Standardqualität von rund 98,65 Cent je Pfund im Dezember 1980 auf 67,35 Cent im Dezember 1981 gesunken, es muß jedoch das gleichzeitige Ansteigen des Dollarkurses berücksichtigt werden. Die Preise für Woll- und Mischgewebestoffe, Decken, Frotteewaren, Teppiche, Dienstkappen, Fahnen sowie die für Reparaturen von Uniformen sind um 7 bis 10 Prozent gestiegen, jene für Säuglingsdecken, Windeln, Nadlerwaren, fertige Oberbekleidung, Regenmäntel, Strick- und Wirkwaren sowie für die Stoffausrüstung um 5 Prozent. Bei Futterstoffen, fertiger Berufsbekleidung, Schuhen, Vorhangstoffen, Möbelstoffen und diversen Plastikwaren war die Preissteigerung bis zu 5 Prozent relativ gering. Die Preise für Leinenstoffe, Garne und Nähseide, Knöpfe, Abzeichen und Tapeziererarbeiten sind gleichgeblieben. Kunstfaserpolster und Steppdecken konnten gegenüber dem Vorjahr um rund 15 Prozent günstiger eingekauft werden.

Um das Service für die Patienten in den Krankenhäusern und Pflegeheimen zu verbessern, wurden nach einigen Entwürfen neue Patientenschlafröcke ausgesucht. Das neue Material ist besonders pflegeleicht und angenehm zu tragen. Zusätzlich wurden für Patienten, die sich längerdauernden Röntgenuntersuchungen unterziehen müssen, eigene Röntgenpelerinen entwickelt, die eine Unterkühlung, z. B. bei langen Wartezeiten auf die Einwirkung des Kontrastmittels, verhindern. Die Mäntel sind so konstruiert, daß man sie eventuell auch bei den Röntgenaufnahmen anbehalten kann.

Die gesamte Dienstkleidung für Spitäler wurde neu erprobt, da verschiedentlich Beschwerde über das bisherige Material geführt wurde. Das Material konnte nun dahingehend verbessert werden, daß der Baumwollanteil an der Körperseite erhöht wurde, so daß einerseits die Kleidungsstücke angenehmer zu tragen sind, andererseits die guten Pflegeeigenschaften weitgehend erhalten bleiben.

Die Vergabe von Waschleistungen für sogenannte „Kleinkunden", wie z. B. die MA 26, 30, 48, 56 und 68, wurden von der MA 54, Warengruppe 2, neu übernommen. Es handelt sich dabei um die Magistratsabteilungen, die bisher Waschleistungen von der Zentralwäscherei der MA 17 durchführen ließen. Somit hat die Ausschreibung von Waschleistungen für Trocken-, Flach- und Formteilwäsche diverser Abteilungen nunmehr die Abteilung durchzuführen. Im Jahre 1981 wurden 8.930 Säuglingswäschepakete, 6.220 Kleinkinderwäschepakete, insgesamt 15.150 Pakete, ausgegeben.

Für Wirtschaftswaren und Dienstleistungen wurde ein Betrag von 141,641.918 S ausgegeben. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres entspricht dies einer Ausgabensteigerung von 8 Prozent. Die erforderlichen Bestellungen wurden mittels 7.314 Bestellscheine getätigt, wobei im Zusammenhang mit der Vergabe dieser Aufträge insgesamt 1.212 Ausschreibungen durchzuführen waren.

	Schilling
Wasch- und Reinigungsmittel	7,308.126
Streusalz	23,581.592
Chemikalien und chemische Produkte	8,192.100
Eisen- und Haushaltsartikel	8,612.380
Geschirr aller Art, Küchengeräte	5,706.360
Glühlampen und Leuchtstofflampen	8,841.976
Elektrowaren	1,922.913

	Schilling
Gummiwaren	1,933.700
Holzwaren	1,673.810
Bürsten, Besenwaren, Pinsel, Reinigungstücher und Reinigungsmaterialien	5,824.091
Maschinen und Werkzeug	9,952.771
Waagen	645.431
Spielwaren, Beschäftigungsmaterial	4,033.641
Feuerlöscher, Ankauf und Reparaturen	2,936.397
Reinigungsarbeiten	38,287.447
Transporte	5,656.061
Kunststoffartikel	3,155.502
Schaumstoffe und Matratzen	1,433.639
Diverse Waren	1,943.981

Eine einheitliche Preissteigerung bei einzelnen Artikelgruppen konnte nicht registriert werden. So erhöhten sich die Preise für Leitern aller Art (Holz, Aluminium) und diverse Glaswaren um 4 Prozent, jene für Eisen- und Stahlwaren, Haushalts- und Elektrogeräte, Holzwaren, Besen, Pinsel, Streusalz, Maschinen und Werkzeug, Emailgeschirr und Kunststoffbehälter um 5 Prozent. Im Bereich einer Preissteigerung von 6 bis 8 Prozent lagen die Artikelgruppen Spielwaren, Chemikalien, Reinigungsmaterialien (Tücher, Topfreiniger usw.), Batterien, Porzellangeschirr sowie Geschirr aller Art (Aluminium, Chromnickelstahl, verzinktes Geschirr), aber auch die Tarife für Autobusse, Speditionen und Lkw-Verkehr (Güterverkehr). Die Preise für Glühlampen, Gummiwaren, Öle und Fette, Kunststoffe (Schaumstoffe) erhöhten sich im Jahresdurchschnitt um 10 Prozent. Eine höhere Preissteigerung war hingegen bei einzelnen Leuchtstofflampen zu beobachten, die sich je nach Type und Farbe bis zu 25 Prozent verteuerten.

Die Entsorgungsbetriebe Simmering Ges. mbH (EBS), ehemals ein Holdingbetrieb der Gemeinde Wien, sind der MA 30 zugeteilt worden. Im Rahmen der Beschaffungskompetenz ist nun die Abteilung für die Versorgung mit den erforderlichen Geräten und Verbrauchsgütern zuständig. Seitens der Warengruppe 3 wurden für die EBS bereits Maschinen, Werkzeuge sowie diverse Chemikalien eingekauft.

Auf Grund der stetig steigenden Energiepreise einerseits und des verstärkten Energiebewußtseins andererseits zeichnete sich im abgelaufenen Jahr der Trend zum Einsatz energiesparender Lampen in größerem Umfang ab. Diese Lampen erzielen trotz geringeren Stromverbrauches den gleichen Leuchteffekt wie die bisher verwendeten herkömmlichen Lampen. Als Beispiel dafür darf eine Sparlampe mit 18 Watt und der Leuchtkraft einer 75-Watt-Lampe angeführt werden. Es wurde errechnet, daß sich der höhere Anschaffungspreis in Kürze amortisiert.

Von dem im Jahre 1981 gekauften 1,031.994 kg P a p i e r im Wert von 17,455.250 S entfielen auf Schreib- und Kanzleipapier 694.079 kg, auf Druckpapier 18.034 kg, auf Kartone 39.935 kg, auf Deckel 4.556 kg und auf Toilettepapier 275.390 kg. Für die Herstellung von Schulheften wurde ein Betrag von 904.680 S aufgewendet. Die Paritätische Kommission genehmigte Papierpreiserhöhungen, die, unterschiedlich für die einzelnen Papiersorten, im Mai 4 bis 7 Prozent, im Oktober 2 bis 6 Prozent betrugen.

Für diverse Bürobedarfsartikel, wie z. B. Kohle- und Indigopapier, Farbbänder, Farbtücher, Bleistifte, Kugelschreiber, Filzstifte, Radiergummi, Briefordner, Papiersäcke- und -taschen, Kuverte, Aktenumschläge, Heft- und Lochmaschinen, Datumstampiglien, Stempel- und Vervielfältigungsfarben, Lineale, Schreibunterlagen, Papierscheren, Selbstklebebänder, Kleber usw., wurden 13,994.650 S aufgewendet. In dieser Warenkategorie stiegen die Preise im Herbst zwischen 10 und 15 Prozent.

18.889 B ü c h e r, Broschüren, Normen und Lehrbehelfe, Setzkästen, Spiele, Notenhefte, Arbeitsblätter, Spruchwandtafeln, Elektronikbaukästen, IBM-Literatur, Testmaterialien, Zeitschriften, Bundesgesetzblätter wurden für einen Betrag von 3,229.515 S angekauft. Die Ausgaben für 11.114 Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften, Bundesgesetzblättern, Verordnungsblättern, Jahrbüchern, Amtskalendern usw. betrugen 4,306.045 S. Für den „Aufbau", insgesamt 4.270 Stück, wurden 1,082.000 S aufgewendet. Die Preise für Bücher sind ab 1. Juli um 5 Prozent, für Broschüren ab 15. Mai um 5,5 Prozent und für Zeitungen und Zeitschriften ab 1. April um 5,6 Prozent erhöht worden. Für Plastikwaren, wie Kunststoffsäcke, Kunststoffbecher, Einweggeschirr, Tragtaschen und Folien, wurden 1,021.611 S benötigt. Für den Ankauf von Büromaschinen zuzüglich Zubehör und EDV-Zubehör wurde ein Betrag von 9,190.251 S aufgewendet. So wurden 93 mechanische und 113 elektrische Schreibmaschinen, 45 Kugelkopfschreibmaschinen, 1 Typenradschreibmaschine, 7 Schreibautomaten, 318 Rechenmaschinen, 95 Diktiergeräte, 1 elektrischer Papier- bzw. Perforierstempel, 3 Schneidemaschinen, 19 Schriftpräger, 10 Vervielfältigungsmaschinen, 1 Kopiergerät und 1 Aktenvernichter beschafft. Die Ausgaben für Reparaturen und Wartungen für alle beim Magistrat befindlichen Büromaschinen beliefen sich auf 4,120.065 S. Die Preise wurden gegenüber dem Vorjahr im Jänner um 10 Prozent erhöht. Das Kopiervolumen betrug rund 10 Millionen Kopien und wurde für einen Gesamtbetrag von 3,516.011 S erstellt. Die Kopienpreise blieben auf Grund der bestehenden Verträge unverändert.

Von der Abteilung wurden 3.158 Druckaufträge vergeben, davon 2.031 Aufträge an das Gewerbe und 1.127 Aufträge an die MA 20, der im Zuge der Vereinheitlichung des Druckereiwesens beim Magistrat ab 1. Jänner die Führung des Druckereibetriebes mit Standort in 3, Am Modenapark 1—2, übertragen wurde. Für die Druckerei wurde ein Betrag von 47,505.820 S aufgewendet. Die Preise sind am 1. April unterschiedlich zwischen 4,5 und 9 Prozent erhöht worden. Für Stampiglien, Siegel und Numeratoren sind 4.256 Aufträge zu einem Gesamtbetrag von 375.104 S vergeben worden. Ab 15. Februar trat eine Erhöhung von 10 Prozent ein.

Von den 936 Buchbinderaufträgen wurden 314 an die MA 20 und 622 an das Gewerbe vergeben, letztere zu einem Gesamtbetrag von 4,610.899 S. Von den 5.152 Vervielfältigungsaufträgen sind nur 6 an das Gewerbe vergeben worden, und zwar zu einem Betrag von 133.274 S. Die Buchbinderpreise sind am 1. April um 4 bis 6 Prozent gestiegen.

Im Jahre 1981 konnte die Versorgung der städtischen Dienststellen mit festen und flüssigen Brennstoffen wieder sichergestellt werden. Durch den vom Zentralen Einkauf getätigten Direkteinkauf bei den Mineralölfirmen gab es keine Engpässe bezüglich der Versorgung der Dienststellen. Auch auf dem Sektor der festen Brennstoffe kam die Polenkrise durch rechtzeitige Vorausbestellungen nicht zum Tragen. Wesentlich stärker spürbar waren die Preiserhöhungen für alle Brennstoffarten, einerseits durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 8 auf 13 Prozent, andererseits durch steigende Einstandspreise. Durch die lange Schönwetterperiode von April bis Ende Oktober war bei den einzelnen Verbrauchsstellen gegenüber dem Vorjahr ein um 7 bis 12 Prozent geringerer Verbrauch an Brennstoffen festzustellen. Da die Versorgung der Entsorgungsbetriebe Simmering mit flüssigen Brennstoffen, und zwar mit 8.660 Tonnen Heizöl schwer und 194.000 Litern Ofenheizöl, von der Abteilung übernommen wurde, war trotz der milden Jahreszeit die Gesamtzufuhr bei den flüssigen Brennstoffen steigend. Bei den festen Brennstoffen ging die Gesamtausfuhr durch weitere Umstellung diverser Heizanlagen auf Gas und Fernwärme weiter zurück. An Brennstoffmengen wurden 1,181.706 Liter Ofenheizöl, 54.805 Tonnen Heizöl schwer, mittel, leicht und STI ausgeliefert, ferner 6.156 Tonnen Hüttenkoks, 195 Tonnen Inlandsbraunkohle, 261 Tonnen Rekord-Briketts, 172 Tonnen polnische Steinkohle sowie 69 Tonnen Brennholz, 28 Tonnen Unterzünder, 20 Tonnen Sägespäne und 6 Tonnen Schmiedekohle. Der Aufwand betrug hiefür rund 274,912.000 S. Für Wärmelieferungen von den Fernheizwerken Spittelau und Kagran an diverse Amtsstellen wurden rund 15 Millionen Schilling an die Heizbetriebe Wien Ges. mbH bezahlt.

Die Modernisierung, Ergänzung und Neueinrichtung der Räumlichkeiten mit Einrichtungsgegenständen in einzelnen Dienststellen sowie in Krankenanstalten und Pflegeheimen wurden fortgesetzt. Nach baulichen Renovierungen wurden Bezirksvorstehungen, Wohnungsberatungszentren und Büchereien mit entsprechendem Mobiliar versorgt, wobei die Beratung für die optimale Raumnützung unter Beachtung der wirtschaftlichen Aspekte oft das Hauptproblem war. Auf die Erneuerung des Mobiliars in den Kindertagesheimen wurde gleichfalls Bedacht genommen, außerdem waren die Kindertagesheime in 4, Mühlgasse 23—25, 15, Weiglgasse 5—11, und 16, Ottakringer Straße 202, neu einzurichten. Reparaturen fielen ebenfalls wieder in großer Menge an und wurden fast ausschließlich von der Tischlerei der Abteilung erledigt. In den gleichfalls zum Jugendamt gehörenden Mutterberatungsstellen und Bezirksjugendämtern wurden Teile des Inventars ausgetauscht oder repariert. Besondere Schwierigkeiten brachte die Ausstattung der Heime für Kinder und Jugendliche mit sich, da die verantwortlichen Psychologen immer mehr Wert auf familiengerechte Möbel in den Gruppenräumen legen. Für das Sozialamt war das Objekt in 14, Sophienstraße 11, unter denselben Gesichtspunkten einzurichten. Außerdem wurde das Inventar zahlreicher Pensionistenklubs überholt oder erneuert. In den Objekten des Gesundheitsamtes waren viele Reparaturarbeiten durchzuführen, die von den Werkstätten der Abteilung vorgenommen wurden. Die Neuausstattung des Referates „Körperbehindertenbetreuung" und eines Labors der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt stand ebenfalls auf dem Programm. Im Bereich der MA 17 mußten zahlreiche Verwaltungsräume neu eingerichtet bzw. erweitert werden. Das eben fertiggestellte Personalwohnhaus mit 205 Wohneinheiten im Bereich des Wilhelminenspitals war auszustatten, ferner wurden in den vorhandenen Wohnhäusern des Krankenhauses Lainz und der Rudolfstiftung weitere Zimmer möbliert und Tagräume adaptiert. Im Allgemeinen Krankenhaus war die Pathologie, im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgarten eine Drogenstation und im Bereich des Anstaltenamtes die Verrechnungsstelle für Pflegegebühren völlig neu einzurichten. Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurden Schrankwände, Sitzmöbel und Therapiegeräte für das Pflegeheim, Büromöbel und Schubregalanlagen für die Verwaltung benötigt. Die Belieferung des Wilhelminenspitals, des Pulmologischen Zentrums und des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgarten sowie der Pflegeheime Lainz, Baumgarten und Liesing mit Schrankwänden, um Pfleglingszimmer unterzuteilen, ist ebenfalls zu erwähnen.

In Zusammenarbeit mit der MA 24 waren auf Grund des Postgesetzes Hausbrieffachanlagen im Werte von 338.320 S anzuschaffen und zu montieren. Für die MA 30 mußte die Einrichtung für die Betriebsgebäude der Entsorgungsbetriebe Simmering bestellt werden. Über Auftrag der MA 31 wurde das Wasserleitungsmuseum Wildalpen mit adäquater Ausstattung versorgt. Technische Abteilungen, wie z. B. die MA 29, 32, 34 und 46, erhielten zusätzlich Personal und Räumlichkeiten oder grundeten neue Gruppen, für deren Ausstattung zu sor-

gen war. Gleichzeitig wurden im Amtshaus in 1, Ebendorferstraße 2, das 1982 von einigen Magistratsdienststellen bezogen wird, sämtliche Schrankwände adaptiert, um Platz für Feuerschutzwände zu schaffen.

Durch die Vergrößerung der MA 39 waren weitere Laboreinrichtungen im Wert von 3 Millionen Schilling auszuschreiben und zu vergeben. Für die MA 24, 27, 42 und 52 wurden etwa 660 Gartenbänke gekauft, gleichzeitig mußten zahlreiche Bänke repariert werden. Der teilweise Austausch und die Erneuerung von veralteten Einrichtungen in den Dienststellen der Straßenreinigung konnten ebenfalls im Jahre 1981 abgeschlossen werden. Hervorzuheben wäre auch das Wohnungsberatungszentrum in 1, Rathausstraße 4, das auf Grund des starken Parteienverkehrs eingerichtet werden mußte. Gleichzeitig erhält es ein neues Karteisystem, einheitlich für die Zentrale und sämtliche Außenstellen, wobei die Umstellung innerhalb von drei Jahren zu erfolgen hat. Die in den Vorjahren begonnene Modernisierung und Erneuerung der Kücheneinrichtungen in den Feuerwachen der Stadt Wien wurde fortgesetzt.

Die neu errichteten und renovierten Schulen wurden in Zusammenarbeit mit der MA 56 mit dem notwendigen Mobiliar unter besonderer Bedachtnahme auf die Önorm A 1650, die körpergerechte Schulmöbel empfiehlt, versorgt. Außerdem wurden Reparatur- und Restaurierungsaufträge in der Höhe von 10,655.965 S vergeben. Ferner waren auch die notwendigen Lehr- und Lernmittel auszuschreiben und nach Begutachtung durch Fachinspektoren des Stadtschulrates anzuschaffen.

Anläßlich der Volksbefragungen war ein Teil der Wahllokale mit Tischen, Sesseln, Wahlzellen und Wahlurnen zu versorgen. Ferner mußten der Austausch und die Nachschaffung beschädigter Wahlgeräte veranlaßt werden.

Die Preiserhöhungen hielten sich in dem Rahmen, der von der Paritätischen Kommission vorgesehen war: So stiegen Holzmöbel um rund 6,5, Metallmöbel um rund 3 Prozent. Für Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden (ohne Schulbedarf) 69,173.863 S ausgegeben. Dazu kommt der Aufwand für die in den Werkstätten der Abteilung reparierten Gegenstände in der Höhe von 6,085.952 S. Auf die Neuanschaffung von Schulmöbeln, Lehr- und Lernmitteln entfielen 30,286.325 S, auf die Reparaturen von Schulmöbeln und Lehrmitteln 10,655.965 S. Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial, ausgeschiedenen Sachgütern und Effekten betrug 3,995.451 S.

Die Versorgung der städtischen Baustellen mit B a u s t o f f e n aller Art konnte klaglos und termingerecht durchgeführt werden. So wurden Baumaterialien mit einem Gesamtgewicht von 885.396 Tonnen beschafft, wofür 292,567.483 S erforderlich waren. Insgesamt wurden 14.849 Rechnungen erledigt. Die angeschafften Materialmengen setzten sich wie folgt zusammen:

	Tonnen
Kalk, Sand, Stahl, Steinzeug, Beton- und Eisenwaren	123.649
Zement, Ziegel, Granitmaterial, chemische Produkte, Holzwaren	761.746

Nach Bedarfsstellen gegliedert, entfielen hievon auf:

	Tonnen	Schilling
Nutzbauten	865,91	9,312.430
Wohnhausbauten	39.206,01	74,069.674
Kultur-, Schul- und Sportwesen	650,17	10,104.993
Straßenbau	162.629,32	37,938.390
Brückenbau	1.422,41	614.148
Kanalisation	33.335,51	12,316.776
Wasserwerke	156.132,59	17,515.700
Stadtreinigung und Fuhrpark	58.604,28	8,207.001
Wasserbau	337.960,29	59,307.308
Sonstige Abteilungen	26.618,80	22,675.279
Wiener Stadtwerke	676,26	1,843.934
Sonstige Unternehmungen	67.304,49	38,661.850

Preiserhöhungen, die durch die Paritätische Kommission genehmigt wurden, mußten den Firmen zugestanden werden. Bei Torstahl wurden für die Eigenlager temporäre Nachlässe genützt.

Von den sieben Be- und Entladearbeitern des L a g e r p l a t z e s wurden 3.789 Tonnen Natursteinmaterial umgeschlagen, deren Hauptabnehmer die MA 28 war. Das gelieferte Material wurde auf Qualität und Ausschreibung hin überprüft und entsprechend befunden. Mit Rücksicht auf den U-Bahn-Bau mußten rund 14.000 m² Fläche vom Steinlagerplatz abgegeben werden. Durch Umlagerungen wurde es ermöglicht, daß auf der noch verbleibenden Restfläche mit dem Betriebsgebäude der Betrieb aufrechterhalten werden kann.

Die Städtische Bäckerei beliefert die Krankenanstalten, Pflegeheime und Jugendheime sowie einige Pensionistenheime mit Brot und Gebäck. Im Jahre 1981 wurden insgesamt 12,245.800 Stück Backwaren, das sind 1,487.058 kg, erzeugt, und zwar an Schwarz- und Weißbrot 926.390 kg, an Gebäck, schwarz und weiß, 406.813 kg sowie 153.855 kg Milchgebäck. Ab Mitte September wurden zusätzlich einige Städtische Krankenanstalten und Schwesternschulen mit Backwaren beliefert. Daher stieg 1981 die erzeugte Menge etwas an, und zwar um 13.200 kg. Der Zuwachs entfällt hauptsächlich auf Mischbrot und Schwarzgebäck. Die Anzahl der Gebäckstücke stieg um 235.000. Auf Grund der Mehlpreiserhöhung vom 31. Juli um 4,3 bis 7,8 Prozent und der ab 17. August wirksam gewordenen Lohnerhöhung in der Backwarenindustrie wurden die Backwarenpreise neu kalkuliert, die mit 1. September in Kraft getreten sind.

In der städtischen Bäckerei wurden diverse Malerarbeiten in der Tafel- und Ofenhalle und im Gärraum durchgeführt. Im Laufe des Jahres wurden vier Mehlsilos umgebaut, und zwar wurde die alte Mehlmischanlage demontiert und der Einbau neuer Mehlabwurfschächte vorgenommen. Außerdem mußten sechs Mehlsilos neu lackiert werden. Für die Spiralkneter SP 120 in der Mischhalle wurden zwei Teigschalen angeschafft. Das Zubehör zur Blechputzmaschine mußte ebenfalls erneuert werden. Beim Netzbandofen I war der Austausch eines bereits 22 Jahre in Betrieb befindlichen Netzbandes notwendig geworden. Mit der Anschaffung von acht Transportwagen aus Chromnickelstahl sind die weitere Rationalisierung und Modernisierung des Betriebes fortgesetzt worden. Dies kommt auch in der Aufstellung einer Heißlufttrockenkammer zum Trocknen von Gebäck und Knödelbrot zum Ausdruck. An Rohmaterialien wurden unter anderem 638.976 kg Mehl W 700, 211.964 kg Mehl R 960, 94.284 kg Mehl W 1600, 28.422 kg Hefe, 12.325 kg HTM-Mehl, ferner 19.300 kg Speisesalz und 12.234 kg Back-Aroma-Sauer verbraucht.

Der Austausch schadhafter Straßenbeläge im Zentrallager bildete den Abschluß zu den im Jahre 1979 begonnenen Arbeiten, basierend auf einem Kanalerneuerungskonzept. In weiterer Folge wurde das Flugdach für die Verladetätigkeiten des Wirtschafts- bzw. Papierlagers generalsaniert, zusätzlich die Einfahrt in den Lagerbereich durch eine elektrische Schrankenanlage abgesichert. Die im Lagerbereich vorhandenen Grünflächen wurden gärtnerisch neu gestaltet. Die Neuorganisation des Möbellagers sowie des Depots für Kindergartenmöbel war mit dem Ankauf einer Palettenregalanlage nebst elektrischem Gabelstapler der erste Schritt in einem Gesamtplan für rationellere Lagerhaltung. Neben der Schaffung leichterer Manipulationsmöglichkeiten innerhalb der Lager wurden zusätzlich noch freie Lagerräume hergestellt. Die Anschaffung diverser Transporthilfsmittel, wie Faßrodel, Plattformwagen, Möbelhunde, ist als Begleitmaßnahme in den anderen Lagern anzusehen.

Der Verkauf von skartiertem Altmaterial wurde neu geregelt und findet jetzt werktags in der Zeit von 8 bis 12 Uhr statt.

Durch den zusätzlichen Einsatz eines kleineren Transportfahrzeuges wurde die Möglichkeit geschaffen, kleinere Mengen von dringend benötigten Artikeln kurzfristig zuzustellen. Der Ankauf einer Hochleistungsmetallkreissäge erleichtert in der Schlosserei die Herstellung von Kleinserien. Weitere Maschinen, wie Handbohr-, Schraub- und Handschleifmaschinen, sowie ein Winkelschleifer runden die Maßnahmen für die Modernisierung des Maschinenparks ab.

Einem lang gehegten Wunsch der Bediensteten des Werkstättenbetriebes konnte durch den Einbau von Duschgelegenheiten entsprochen werden.

Bildung, Jugend, Familie

Jugendamt

Die Familie ist die wichtigste Sozialisationsinstanz für Kinder und in dieser Funktion nicht gleichwertig ersetzbar. Schon Stadtrat Univ.-Prof Julius *Tandler* prägte in der Ersten Republik den Satz: „Die Familie muß, wo es irgend möglich ist, in ihrem Bestand erhalten und geschützt werden." Aufbauend auf den Pionierleistungen für Jugend und Familie in der Ersten Republik hat die Stadt Wien besonders in den letzten 15 Jahren die Palette der Angebote zur Unterstützung der Familien bedeutend erweitert, etwa durch die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen und ein umfangreiches Angebot psychosozialer Hilfen. Während in der Ersten Republik vor dem Hintergrund großer materieller Not der Bevölkerung und des Elends der Kinder die Maxime aufgestellt wurde „Wer Kindern Paläste baut, reißt Kerkermauern nieder", so ist das Jugendamt der Stadt Wien heute in einer anderen gesellschaftlichen Situation darangegangen, der Bedeutung familiärer Sozialisation voll Rechnung zu tragen. Dies beginnt damit, daß der Vorbeugung in Erziehungsfragen große Bedeutung zugemessen wird, sei es durch Förderung der Familienplanung, durch Information und Beratung junger Eltern oder durch Hilfe in Krisensituationen. Wenn es auf irgendeine Weise möglich ist, soll die Familie in die Lage versetzt werden, Probleme zu bewältigen, damit Kinder nicht aus dem Familienverband herausgenommen werden müssen.

Es liegt in der Natur der modernen Familie als einer wirtschaftlichen und vor allem emotionalen Gemeinschaft, daß doch immer wieder Situationen eintreten können, die die Herausnahme eines Kindes aus dem Familienverband notwendig machen. Wenn es möglich ist, sollen solche Kinder in einer anderen Familie — Adoptiv- oder Pflegefamilie — untergebracht werden. Das Jugendamt der Stadt Wien hat durch eine Enquete im Jahre 1978 über die Betreuung von Pflegekindern mit dazu beigetragen, eine Entwicklung einzuleiten, die die verantwortungsvolle Aufgabe der Pflegefamilie, ihre Leistung im Dienst der Kinder, stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückte. Pflegefamilien setzen die Idee solidarischer Hilfe in die Tat um und sollen dafür auch volle gesellschaftliche Anerkennung bekommen. Die Pflegeeltern haben sich in den letzten Jahren in Vereinen zusammengeschlossen und vertreten auch selbst ihre Anliegen. Das Jugendamt arbeitet mit den Vereinen gut zusammen. Das Jugendamt hat auch durch verschiedene Maßnahmen die Erziehung in Pflegefamilien gefördert, wie zum Beispiel durch Einrichtung von Pflegeelternrunden (derzeit sechs in Wien), die dem Erfahrungsaustausch dienen, durch Betreuung der Pflegefamilien durch ein qualifiziertes multiprofessionelles Pflegestellenteam, durch Information aller Pflegefamilien in Form der „Pflegeelternbriefe", durch Wochenendseminare für Pflegefamilien und verstärkte Werbung. Der Erfolg dieser Maßnahmen drückt sich darin aus, daß die Zahl der Kinder, die in Pflegefamilien erzogen werden, heute größer ist als die Zahl jener, die sich für kürzere oder längere Zeit in Heimen aufhalten. Es soll aber festgestellt werden, daß die modernen Heime durch Kleingruppen auch familienähnlich strukturiert sind und immer mehr spezifisch therapeutische Aufgaben wahrnehmen.

Im Jahre 1981 wurden in Wien um 134 mehr Kinder in Pflegefamilien vermittelt als im Vorjahr. Insgesamt waren es 338 Kinder, denen die Erziehung in einer Pflegefamilie neu ermöglicht wurde. Erfreulich ist dabei besonders, daß entgegen dem Trend in der Vergangenheit rund 75 Prozent der Kinder in Wien selbst verbleiben konnten. 15 Prozent kamen zu Pflegefamilien in Niederösterreich, also in den näheren Bereich von Wien, nur 10 Prozent kamen zu Pflegefamilien in weiter entfernte Bundesländer.

Das Jugendamt der Stadt Wien kann noch auf einen weiteren Erfolg verweisen: Die Zahl der Direktvermittlungen, bei denen den Kindern, die von ihren leiblichen Eltern aus den verschiedensten Gründen nicht selbst betreut werden können, der Zwischenaufenthalt in einem Heim erspart wird, konnte speziell im Wiener Bereich bedeutend gesteigert werden. 1981 gelang eine solche prompte Vermittlung zu einer Pflegefamilie bei der Unterbringung von 167 Kindern. Das Jugendamt der Stadt Wien ist bestrebt, in noch größerem Ausmaß als bisher, Kindern, deren Herkunftsfamilien infolge sozialer Probleme der Erziehung nicht gewachsen sind, die Vorteile einer familiären Erziehung zu erhalten. Die auf diesem Gebiet so erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen privater Initiative, privater Hilfe und institutionellem und fachlichem Bereich stellt einen Weg dar, der geeignet ist, den Herausforderungen der Zeit zu begegnen und auch Werte wie Menschlichkeit, Solidarität und Liebe zu Kindern zu pflegen und zu fördern.

Im Bereich der R e c h t s f ü r s o r g e ergriff das Jugendamt der Stadt Wien 1981 die Initiative, damit die lange Dauer der gerichtlichen Unterhaltsbemessung, über die Mütter immer wieder klagen, insbesondere nach Scheidungen gesenkt werde. Das Jugendamt der Stadt Wien regte beim Bundesministerium für Justiz die Einführung von Regelunterhaltssätzen an, worüber auch in den Medien berichtet wurde. Im November 1981 kam es dann zu einer Arbeitstagung des Bundesministeriums für Justiz, bei der Lösungsvorschläge für diese Problematik erarbeitet wurden.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung und das Bundesministerium für Justiz haben im Jahre 1981 Entwürfe für das neue Jugendwohlfahrtsgesetz (Grundsatzgesetz) und die diesbezüglichen zivilrechtlichen Bestimmungen zur Begutachtung versendet. In verschiedenen Veranstaltungen und Arbeitskreisen diskutierten die Amtsleiter der Bezirksjugendämter und die Bediensteten der Rechtsfürsorge die Entwürfe und arbeiteten

Stellungnahmen aus, vor allem mit dem Ziel, die Rechte der Minderjährigen optimal zu wahren und nötigenfalls durchsetzen zu können. Aufbauend auf den Vorschlägen der verschiedenen Fachdezernate gab das Jugendamt der Stadt Wien eine Gesamtstellungnahme ab.

Die für die Umstellung der Mündelgeldverrechnung auf automatische Datenverarbeitung notwendige Programmerarbeitung und Detailorganisation konnte abgeschlossen werden. Im Bezirksjugendamt für den 10. Bezirk wurde mit der Datenübernahme begonnen, die dem Probebetrieb vorausgeht.

Für die Bediensteten der Rechtsfürsorge fanden Fortbildungsseminare über die familienrechtlichen Beziehungen aus dem Eltern-Kind-Verhältnis, über das Unterhaltsrecht sowie das Verlassenschaftsverfahren und die erbrechtlichen Ansprüche minderjähriger Kinder statt.

Die Zahl der Amtsvormundschaften fiel von 3.581 auf 3.434. Die Unterhaltsvorschüsse stiegen auf die Zahl von 8.512 (1980: 7500) an. Insgesamt 19.414 Sachwalterschaften und Kuratele wurden zum Jahresende geführt (1980: 18.182).

Im Bereich der Sozialarbeit mit Familien erhöhte sich die Zahl der Wiener Elternschulen auf 20, da in 23, Porschestraße 17—19, eine neue Elternschule eingerichtet wurde. Im Kursjahr 1980/81 wurden 120 Kurse an insgesamt 802 Abenden abgehalten, zu denen 15.840 Hörer kamen. Dies entspricht einem Durchschnitt von 20 Kursteilnehmern pro Abend. Der Anteil der Väter betrug 25 Prozent.

Der Verbindungsdienst zu Entbindungsabteilungen und Kinderkliniken wurde 1981 ausgeweitet: Ab Dezember 1981 werden auch die „Interne Kinderabteilung" und die „Abteilung für Kinderinfektionskrankheiten und interne Kinderkrankheiten" im Wilhelminenspital betreut. Im Jahre 1981 wurden in Wiener Entbindungsanstalten 17.653 (1980: 16.773) Kinder geboren, von denen 2.110 oder 12 Prozent unehelich waren. 29 Kinder konnten von den Angehörigen nach der Geburt nicht in Eigenpflege übernommen werden und wurden von den Sozialarbeitern untergebracht. 1980 waren es 41 Kinder. In 3.480 Fällen schalteten sich die Sozialarbeiter bei Problemen ein und führten mit Wöchnerinnen oder deren Angehörigen Gespräche. Außerdem betreuten die Sozialarbeiter auch 149 werdende Mütter, die ihnen von den Ambulanzen genannt wurden. In den Kinderspitälern betreuten die Sozialarbeiter 1.070 Kinder bzw. ihre Angehörigen. 21 Kinder mußten auf Pflegeplätze oder in Heime vermittelt werden. Die Zahl der von den Kinderspitälern wegen Erziehungsauffälligkeiten gemeldeten Kinder ist gesunken und betrug 701 (1980: 906). Die Sozialarbeiter haben in den Kliniken 7.565 Säuglingsausstattungen und 4.995 Ausstattungen für Kleinkinder ausgegeben.

Mit Jahresschluß 1981 bestanden 60 Mutterberatungsstellen, in denen an 3.447 Beratungstagen 56.515 Kinder vorgestellt wurden. Dies entspricht einem Besuch von durchschnittlich 22 Kindern pro Beratungstag. Die Mutterberatungsstellen in 7, Westbahnstraße 25, in 11, Kaiserebersdorfer Straße 10—18, und in 18, Peter-Jordan-Straße 81—91, wurden fertiggestellt. In 18, Währinger Gürtel 141, wurde in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt eine Sondermutterberatungsstelle eingerichtet, in der Spezialuntersuchungen von verschiedenen Fachärzten durchgeführt werden. Der Einsatz von ausgebildeten Kinderpflegerinnen hat sich bestens bewährt. Neben ihrer Tätigkeit in der Mutterberatung machen sie auf Wunsch auch Hausbesuche, um die Mütter an Ort und Stelle bei pflegerischen Fragen oder bei Ernährungsproblemen zu unterstützen. Die Kinderpflegerinnen führten 1.332 Hausbesuche durch, wovon 176 Erstbesuche bei Eltern waren, die ihr erstes Kind bekommen hatten.

Die Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern betreuten laufend rund 13.000 Kinder und Jugendliche bzw. deren Familien. Außerdem gaben sie 5.389 Stellungnahmen an Gerichte ab, wovon 3.379 Pflegschaftsangelegenheiten betrafen. Die Zahl der Kinder, für die die Maßnahme der gerichtlichen Erziehungshilfe angeordnet wurde, sank gegenüber dem Vorjahr um 8 Prozent auf 1.605. Die durch die Weiterentwicklung der Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik überholte Maßnahme der „Fürsorgeerziehung" betraf in ganz Wien nur noch 11 Kinder bzw. Jugendliche. Die Sozialarbeiter stellten für Klienten 22.098 Anträge auf Unterstützung nach dem Sozialhilfegesetz an die Sozialreferate; das sind um 5 Prozent mehr Anträge als im Vorjahr.

Im 22. Bezirk hielt eine Sozialarbeiterin weiterhin kontinuierlich eine spezielle „Kindersprechstunde" ab, in der Kinder Gelegenheit hatten, über ihre Sorgen zu sprechen und Hilfe bei Alltags- oder Schulproblemen zu bekommen.

Das Jugendamt der Stadt Wien veranstaltete am 23. November gemeinsam mit Bezirksvorsteher Albert *Schultz* den „Ersten Donaustädter Familientag" im Donaustädter Haus der Begegnung, der sehr erfolgreich verlief. Dadurch wurde versucht, die Zusammenarbeit der regionalen sozialen Einrichtungen im Interesse der Familien zu verstärken. Die „Konsumenten" der Angebote sollten somit ausreichend informiert werden und auch Gelegenheit haben, ihre Anliegen gegenüber den Einrichtungen vorzubringen. Das bestehende „soziale Netzwerk", das vielfach noch zu wenig bekannt ist, sollte dadurch den Familien bewußtgemacht werden. Bereits am Vormittag trafen sich die Vertreter der sozialen Einrichtungen des Bezirkes zum Erfahrungsaustausch. Umrahmt von einem künstlerischen Programm, das von Donaustädter Schulen wie auch von den Musikschulen der Stadt Wien bestritten wurde, präsentierte das Jugendamt am Nachmittag sämtliche städtische und private Einrichtungen des 22. Bezirkes und der Umgebung, die Familien zugute kommen. Nach der Begrüßung durch

Bezirksvorsteher Albert Schultz sprachen Familienstadträtin Vizebürgermeister Gertrude *Fröhlich-Sandner* und der Leiter des Jugendamtes der Stadt Wien

Sozialarbeiter aus verschiedenen Bezirksjugendämtern organisierten in drei Aktionen einen Familienurlaub für Eltern und Kinder, die vom Bezirksjugendamt betreut wurden. Insgesamt nahmen daran 58 Kinder und 24 Erwachsene teil. Die Sozialarbeiter begleiteten die Familien in den Urlaub und regten gemeinsame Aktivitäten der Eltern mit ihren Kindern an, zum Beispiel Tischtennis, Minigolf, Gesellschaftsspiele und Wanderungen. Die bedürftigen Familien hätten ohne die Unterstützung durch die Sozialarbeiter und das Wiener Jugendhilfswerk keinen gemeinsamen Urlaub verbringen können. Durch Aussprachen während des Urlaubs und die Förderung der gemeinsamen Aktivitäten wirkte sich der Urlaub auch positiv auf die Erziehungssituation aus.

Sozialarbeiter aus Bezirksjugendämtern führten auch verschiedene Urlaubsaufenthalte für Kinder und Jugendliche aus sozial schwierigem Milieu durch. Neben einer Aktion des Bezirksjugendamtes für den 2. Bezirk in Pöllau, Steiermark, begleiteten Sozialarbeiter des Bezirksjugendamtes für den 3. Bezirk sozial besonders geschädigte Kinder, insgesamt 130, aus der Familienherberge in 3, Gänsbachergasse, zu Erholungsurlauben und konnten durch ihre ständige Anwesenheit außerordentlich intensive Sozialarbeit leisten.

Im Jahre 1981 bearbeiteten die Sozialarbeiter in den Bezirksjugendämtern 81 Meldungen über K i n d e s m i ß h a n d l u n g e n , die 33 Buben und 48 Mädchen betrafen. Unterschieden nach dem Alter, handelte es sich um 5 Säuglinge, 19 Kleinkinder, 52 Schulkinder und 5 Jugendliche. Die meisten Meldungen wurden von Kindertagesheimen (21) erstattet, gefolgt von Schulen (19), Polizei (10) und von Kindern selbst (9). Bei der Überprüfung der Meldungen zeigte sich, daß 5 schwere, 27 mittelschwere und 32 leichte Mißhandlungen gegeben waren. In 5 Fällen lag keine Mißhandlung vor, 12 Fälle konnten nicht geklärt werden. 34 Kinder mußten nach der Mißhandlung in einem Heim oder bei einer Pflegefamilie untergebracht werden, bei 3 Kindern wurde die Unterbringung bei anderen Angehörigen veranlaßt, 2 wurden in einem Spital aufgenommen. Die übrigen Kinder wurden weiterbetreut, die Eltern psychologisch beraten.

Im Laufe des Jahres 1981 führten Sozialarbeiter in 15 Bezirken 33 Gruppen nach der Methode der Sozialen Gruppenarbeit; im Dezember 1981 waren es 30. Diese teilten sich auf 10 Gruppen für Schulkinder, je 5 Gruppen für Jugendliche und für Eltern, 6 Gruppen für Pflegeeltern und auf 7 Diskussionsrunden in Elternschulen auf. Für den Fall, daß Eltern oder Pflegeeltern ihre Kinder mitbrachten, standen Kinderpflegerinnen für die Betreuung und Beschäftigung der Kinder, die sich im Alter von 3 Monaten bis 10 Jahren befanden, zur Verfügung. Eine breite Palette von Fragen und Problemen wurde in den Gruppen besprochen, wie Erziehungsfragen, Lern- und Schulschwierigkeiten, Freizeit, Kontakte mit Gleichaltrigen und Kontakte zwischen jungen Familien.

Vier Sozialarbeiter wurden speziell für die Intensivbetreuung von Kindern oder Jugendlichen eingesetzt, teils vorbeugend, um ein Abgleiten in die Verwahrlosung oder Heimunterbringung zu verhindern, teils als Nachbetreuung nach Heimaufenthalten. Zum Jahresende standen vier Stützpunkte zur Verfügung, und zwar im 5., 6., 12. und 22. Bezirk. Seit Oktober 1981 stehen vorerst Einzelzimmer im Ausbildungszentrum für soziale Berufe in 21, Freytaggasse 32, zur Aufnahme von in Krisensituationen befindlichen jungen Mädchen bzw. jungen Müttern mit Säuglingen zur Verfügung. Es fanden dort bisher drei Mädchen und zwei junge Mütter mit Kindern Unterkunft. Die Sozialarbeiter der Intensivbetreuung arbeiten auch eng mit den Gesellenheimen zusammen: Einer Reihe von Jugendlichen, sowohl Mädchen als auch Burschen, konnte entweder im Heim Aichhorngasse oder im Heim Zohmanngasse in Krisensituationen sofort Aufnahme geboten werden. Positiv ausgewirkt haben sich auch finanzielle Hilfestellungen für in Notsituationen befindliche Jugendliche durch Geldmittel aus der Odescalchi-Stiftung. So konnte 31 Jugendlichen finanzielle Hilfestellung bei der Verselbständigung gegeben werden. Außerdem betreuten im Rahmen der „Intensivbetreuung" Sozialarbeiter und Erzieher neben ihrer Haupttätigkeit auf ehrenamtlicher Basis 45 Burschen und 23 Mädchen. Für die Betreuer fanden regelmäßige Teambesprechungen statt, an denen unter anderem eine Psychologin und ein Psychiater teilnahmen. Insgesamt konnten seit Beginn der Intensivbetreuung im September 1968 189 Betreuungen bei Burschen erfolgreich abgeschlossen werden. Dem gegenüber stehen 137 negative Beendigungen. Bei Mädchen konnten 125 Betreuungen erfolgreich beendet werden gegenüber 71 Betreuungen, die nicht erfolgreich verliefen. Daraus ergibt sich insgesamt eine beachtliche Erfolgsquote von 60 Prozent.

Die vier Sozialarbeiter der Jugendberufshilfe hielten den Kontakt zu den Wiener Berufsschulen aufrecht. Sie führten insgesamt 4.885 Gespräche mit Jugendlichen, deren Angehörigen, mit Lehrern, Firmen und verschiedenen Institutionen. Bei den Problemen überwogen unter anderem persönliche Fragen der Jugendlichen (1.172), Schwierigkeiten in der Familie (836), Schulprobleme (585), Schwierigkeiten in der Firma (571), finanzielle Probleme (534). 94 Jugendliche erhielten eine fortlaufende intensivere Betreuung, oft über die Dauer der gesamten Lehrzeit.

Im Rahmen des W o h n u n g s r e f e r a t e s des Jugendamtes des Stadt Wien versucht ein Sozialarbeiter, durch Kontakte mit der Magistratsabteilung 52 dazu beizutragen, daß soziale Härten bei Delogierungen vermieden werden. Wie in den vergangenen beiden Jahren war es auch 1981 auf Grund der Kontakte zu den Heizbetrieben möglich, eine Rückstandsliste aller Heizkostenschuldner zu erhalten, um eventuelle Hilfsmaßnahmen veranlassen zu können.

Eine beträchtliche Steigerung erfuhr 1981 die Zahl der Interventionsschreiben an politische Mandatare und Ombudsmänner, die Wohnungsfragen betrafen und zu denen vom Jugendamt eine Stellungnahme abgegeben wurde. Auf Grund der daraufhin durch Erhebung festgestellten Notstände intervenierte das Jugendamt 32mal bei der Magistratsabteilung 50.

Die Sozialarbeiterin, die den Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof versieht, verzeichnete eine Zunahme der Zahl der Verständigungen an die zuständigen Bezirksjugendämter über laufende Strafverfahren gegen Minderjährige auf 2.666. In 480 Fällen wurden dem Gericht Berichte der Bezirksjugendämter zur Verfügung gestellt, wobei zunehmend die Anordnung der Bewährungshilfe vorgeschlagen wurde (bei rund 50 Prozent der Stellungnahmen), besonders bei Jugendlichen, die wiederholt delinquentes Verhalten zeigten.

Mit der Bewährungshilfe, die ebenfalls eine Expositur im Jugendgerichtshof unterhält, ergab sich eine vermehrt intensive Zusammenarbeit. In regelmäßigen wöchentlich durchgeführten Fallbesprechungen wurde gemeinsam versucht, Lösungen bezüglich der weiteren Betreuung von Jugendlichen zu erarbeiten. Ebenso hielt die Sozialarbeiterin mit dem Lehrer im Jugendgerichtshof ständigen Kontakt, wobei nicht nur die Problematik der inhaftierten Schulkinder, sondern auch deren Nachbetreuung im Vordergrund stand. Einzelnen inhaftierten Jugendlichen konnte Hilfestellung bei der Bewältigung verschiedener Probleme gegeben werden. Im persönlichen Kontakt mit den Richtern konnten unter anderem Verkürzungen der Untersuchungshaft, vor allem bei Schulpflichtigen, erreicht werden. Wenn sich Familienangehörige nicht um die Jugendlichen sorgten, wurden Unterbringungen in Heimen des Jugendamtes oder der Bewährungshilfe angeboten und realisiert.

Die Adoptionsstelle war 1981 mit 108 Kindern befaßt, deren Vermittlung zu Adoptiveltern versucht wurde. Es handelte sich um 59 Knaben und 49 Mädchen, von denen 70 Prozent unehelich und 30 Prozent ehelich geboren waren. In 58 Fällen hatten sich die Mütter bereits vor der Geburt an die Adoptionsstelle gewandt. Zur Adoptionsvermittlung kam es bei 52 Knaben und 44 Mädchen, also bei insgesamt 96 Kindern, von denen 64 direkt ohne Zwischenschaltung einer Heimunterbringung zu Adoptiveltern vermittelt wurden. Von den vermittelten Kindern waren 82 Säuglinge, 12 Kleinkinder und 2 Schulkinder. Vom Jänner bis Dezember 1981 wurden 164 Bewerbungen um Adoptionsvermittlung entgegengenommen, so daß mit Jahresende 371 Bewerber in Vormerkung standen. Die Wartezeit für durchschnittlich belastbare Adoptiveltern beträgt weiterhin zwei bis drei Jahre.

1981 wurden insgesamt 900 Kinder bzw. Jugendliche in Heime aufgenommen, 167 wurden zu Pflegefamilien vermittelt, 1.217 Kinder oder Jugendliche wurden aus Heimen entlassen oder verließen die Pflegefamilien. 244 davon sind fähig geworden, sich selbst zu erhalten. 37 mußten nach Entweichungen entlassen werden, 78 wurden in unentgeltliche Pflege übernommen oder adoptiert, 29 kamen in andere Einrichtungen. Bei den übrigen ist der Unterbringungsgrund weggefallen, die Kinder konnten deshalb wieder von Angehörigen in deren Haushalt übernommen werden. Mit Jahresende befanden sich 2.036 Kinder in Heimen und 2.278 Kinder bei Pflegefamilien. Von den Pflegekindern waren 859 in Wien und 1.419 in den Bundesländern untergebracht. Von den Wiener Kindern, für die ein Pflegegeld bezahlt wird, befanden sich 376 bei fremden Familien und 483 bei verwandten Familien. In Wien gibt es 19 Großpflegefamilien, die insgesamt 82 Kinder betreuen, in den Bundesländern 53 mit insgesamt 236 Wiener Pflegekindern. Die Zahl der Direktvermittlungen, also Vermittlungen ohne zwischengeschalteten Heimaufenthalt, hat speziell im Wiener Bereich bedeutend zugenommen: Insgesamt 150 Kindern konnte der Heimaufenthalt erspart werden.

Im Wiener Bereich gibt es derzeit sechs Gruppen für Pflegeeltern, die von Sozialarbeitern geführt werden und den schon tätigen Pflegeeltern wie auch denjenigen offenstehen, die sich für ein Pflegekind interessieren. Die Gruppen befinden sich im 9., 10., 12., 21. und 22. Bezirk, so daß es für alle Interessenten möglich ist, an einer Elterngruppe teilzunehmen, die in tragbarer Entfernung vom Wohnort eingerichtet ist. Die Gruppe für sozialpädagogische Pflegefamilien steht nur dieser speziellen Zielgruppe offen.

In zweiwöchigen Intervallen trat das multiprofessionelle Team in der Kinderübernahmestelle zusammen. Das Team besprach einerseits mit Sozialarbeitern aus den Bezirken konkrete Fälle und versuchte, Hilfen bei Fragen der Eignung, bei Besuchsproblemen und Krisensituationen zu geben. Darüber hinaus wurden Stellungnahmen zu grundsätzlichen Fragen im Pflegestellenbereich erarbeitet.

Zum zweiten Mal fand 1981 ein um einen Tag verlängertes Wochenendseminar in Feichtenbach, Niederösterreich, statt. Daran nahmen 30 Pflegefamilien und 107 Kinder im Alter zwischen 4 Monaten und 18 Jahren teil, weiters ein Psychologe und drei Sozialarbeiter des Pflegestellenreferates. Für die Kinder standen insgesamt 11 Betreuerinnen des Zentralkinderheimes zur Verfügung. Das Thema „Hilfen in der Erziehung" wurde in Form von Referaten und Kleingruppendiskussionen intensiv behandelt, wobei die Pflegeeltern die Kommunikation untereinander als besonders hilfreich erlebten.

Die Zusammenarbeit mit den Pflegeelternvereinen wurde intensiviert: Mit dem „Verein Initiative Pflegefamilien" fanden regelmäßige Kontaktgespräche statt.

Zur Information der Pflegefamilien gab das Jugendamt 1981 drei „Pflegeelternbriefe" heraus, die allen Pflegefamilien zugesandt wurden, die Wiener Kinder aufgenommen haben. Die umfangreichen Pflegeelternbriefe fan-

den wieder ein gutes Echo und dienten auch der Diskussion von Fragen, die die Pflegefamilien beschäftigten.

Mit dem Motto „Geben Sie einem Pflegekind in Ihrer Familie Platz, Zeit und Liebe!" wurde eine Werbeaktion für Pflegefamilien durchgeführt. Durch Presseberichte, Plakate und Prospekte wie „Wien für Pflegefamilien" wurde versucht, neue Pflegefamilien in Wien zu gewinnen. Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner wandte sich in einem Pressegespräch an die Öffentlichkeit. In einer Postwurfsendung des Presse- und Informationsdienstes, „Wien — unsere Stadt", wurde unter dem Motto „Zeig Herz — hilf mit" ebenfalls um Pflegefamilien geworben. Zahlreiche Interessenten meldeten sich.

Erstmals veranstaltete das Landesjugendreferat im Rahmen des Familiensonntags am 29. November in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und den Pflegefamilienvereinen ein „Pflegefamilienfest" in der Mautner-Villa, zu dem zahlreiche Pflegeeltern mit ihren Kindern kamen. Zu diesem Fest waren auch Familien eingeladen, die sich für die Aufnahme eines Pflegekindes interessierten. Das Fest wurde ein schöner Erfolg und wird bald wiederholt werden.

Das vom Jugendamt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Wien der Österreichischen Gesellschaft „Rettet das Kind" initiierte Projekt „S t r e e t w o r k" besteht nun das zweite Jahr und hat sich gut bewährt. In der „Szene" sind sie vielen schon bekannt, sei es in der Drogenszene oder der Fußballfan-Szene: Die Streetworker gelten als Makler für Hilfe durch das Establishment, für Hilfe durch die verschiedenen Einrichtungen, als jene, die einen Tip geben, ein Bett für die Nacht besorgen oder bei der Arbeitsuche helfen können. Den Fan-Clubs oder den jungen Leuten, die einen Fan-Club gründen wollen, helfen sie etwa bei der Suche nach einem Clublokal. Durch Mundpropaganda sind die Streetworker auf den Sportplätzen schon bekannt und werden angesprochen, wenn „grüne" oder „violette" Fans sich zusammentun wollen. Zu fünf bis sieben Fan-Clubs halten sie Kontakt; meist haben sie bei der Gründung mitgeholfen.

Streetworker im Drogenbereich halten engen Kontakt mit Behandlungseinrichtungen, in denen sie mit den Jugendlichen bekannt werden. Dadurch und durch ihre „Beiselbesuche" bekommen sie einen hohen Bekanntheitsgrad in der Szene, in der dann für manche Süchtige eine zufällige Begegnung zu einem Rettungsanker werden kann. Gerade solche punktuellen Kontakte können oft überraschende Wendungen bewirken, sind oft auslösendes Moment für einen neuen Versuch, einen neuen Beginn.

In den vier I n s t i t u t e n f ü r E r z i e h u n g s h i l f e wurden insgesamt 449 Kinder, darunter 278 Knaben und 171 Mädchen, untersucht. Der größte Teil der Anmeldungen, und zwar 211, waren spontane Meldungen. Es folgten unter anderem Zuweisungen über Schulen und Schulpsychologen, Ärzte und Psychologen. Bei den Schwierigkeiten, die zur Anmeldung führten, überwogen Schul- und Leistungsprobleme. 192 Kinder befanden sich laufend in Therapie, mit ihren Eltern wurden regelmäßig Gespräche geführt. Eine Elterngruppe und zwei Mütterrunden wurden geführt. Für 47 Kinder wurde ein Legasthenikerkurs abgehalten.

Das W i e n e r K i n d e r t e l e p h o n hatte insgesamt 4.388 Anrufe zu verzeichnen, 987 davon kamen von Erwachsenen. Um das Kindertelephon vor allem als Sorgen- und Krisentelephon bekanntzumachen, wurde ein Plakat gestaltet und in der Broschüre „Wien für Kinder" eine ausführliche Beschreibung dieses Angebotes für Kinder gegeben.

Die E h e - u n d F a m i l i e n b e r a t u n g der Stadt Wien im 1. und 12. Bezirk verzeichnete eine Zunahme der Zahl der Ratsuchenden um etwa 6 Prozent auf 1.950. Es waren 273 Männer, 1.017 Frauen und 330 Paare, die sich in diesem Jahr an die Berater wandten. Sozialarbeiter führten 757 Beratungen durch, Juristen 728, Psychologen 177 und Psychiater 127. Bei den Problemen, für die Beratung und Hilfe gesucht wurden, überwogen Partnerschaftsprobleme zwischen Ehegatten vor Ehescheidungsproblemen, Alimentationsproblemen, Familienrechts- und anderen Rechtsfragen, Lebensschwierigkeiten und Sexualproblemen. Die telephonische Anmeldung verzeichnete insgesamt 568 Anrufe.

In den Beratungsstellen für Familienplanung führten Sozialarbeiter 3.124 und Gynäkologen 4.237 Beratungen durch. 3.976 Frauen, 47 Männer, 171 Ehepaare und 90 Familien suchten die Beratungsstellen auf. Die Beratungen bezogen sich größtenteils auf Familienplanung (2.665), Schwangerschaftsabbruch (2.545), Empfängnisregelung (1.928), wirtschaftliche und soziale Belange werdender Mütter (1.320).

Die Beratungsstelle in der Semmelweis-Frauenklinik mußte aus organisatorischen Gründen im Februar 1981 nach 18, Währinger Gürtel 141, verlegt werden. Auch in den neuen Räumlichkeiten nahmen viele Klienten die Dienste der Beratungsstelle in Anspruch, obwohl sie sich nun nicht direkt in einem Krankenhaus befindet. Am 5. Mai wurde eine neue Beratungsstelle im Krankenhaus Floridsdorf eröffnet, die seitdem an einem Nachmittag und einem Abend Beratungen durchführt. Ab 27. Oktober wurde in der Beratungsstelle in 18, Währinger Gürtel 141, eine spezielle Jugendberatung eingerichtet, in der an einem Abend der Woche Gynäkologen und Sozialarbeiter, die auch Aufklärungsgespräche in Berufsschulen durchführen, Einzelberatungen anbieten.

Im I n s t i t u t f ü r E h e - u n d F a m i l i e n t h e r a p i e nahm die Gesamtzahl der Therapiesitzungen auf 921 zu. Es handelte sich dabei um 66 Einzel-, 524 Paar- und 331 Familientherapiesitzungen. Ein Teil dieser Sitzungen wurde von einem Kotherapeuten hinter dem Einwegspiegel begleitet. Bei den Anmeldungen überwogen jene von medizinischen oder psychologischen Einrichtungen (89), gefolgt von Angehörigen sozialer

Berufe (18), ehemaligen Klienten (14), praktizierenden Nervenärzten (9), praktizierenden Psychologen und Sozialarbeitern (9). 20 Klienten kamen aus eigener Initiative.

Das Institut führte die Fortbildung der Ehe- und Familienberater der Stadt Wien durch und wirkte an der Fortbildung der Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter mit. Eine Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten wurde durchgeführt, unter anderem Untersuchungen über Ehezufriedenheit und Eheglück und über Veränderungen der Familienstruktur in der Familientherapie. Ein Projekt über Ehepaardiagnostik konnte abgeschlossen werden.

Der Psychologische Dienst des Jugendamtes der Stadt Wien betreute wieder zahlreiche Kinder und Jugendliche bzw. deren Eltern.

In den Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen waren es 1.034 Kinder und Jugendliche, die vorgestellt und psychologisch untersucht bzw. auch über längere Zeit betreut wurden. Es gab auch einige räumliche Verbesserungen für einzelne Beratungsstellen: Die Beratungsstelle in 6, Linke Wienzeile 82, konnte in die neuen Räume in 7, Westbahnstraße 25, übersiedeln, die verkehrsmäßig günstiger liegen als die bisher benützten Räume. Seit 1. Oktober bietet die Kinder- und Jugendpsychologische Beratungsstelle in 22, Schrödingerplatz 1, auch eine Abendberatung an.

Die Erziehungsberatungen in den Bezirksjugendämtern bezogen sich auf 1.375 Kinder und Jugendliche bzw. deren Familien. Es wurden auch längere Trainingsprogramme durchgeführt, um Verhaltensschwierigkeiten zu überwinden.

In den städtischen und privaten Heimen beschäftigten sich die Mitarbeiter des Psychologischen Dienstes mit insgesamt 1.762 Kindern und Jugendlichen. Bei 29 Kleinkindern erfolgte im Zentralkinderheim eine eingehende Beobachtung und psychologische Begutachtung. 147 (6,5 Prozent mehr als im Vorjahr) von den in Heimen betreuten Kindern befanden sich in der Kinderpsychologischen Station, 14 von ihnen wurden nach Abschluß der Beobachtung im Rahmen der Intensivgruppe weiter betreut. Die Beobachtungseinrichtung für jugendliche Mädchen im Heim „Stadt des Kindes" war in diesem Jahr mit 29 Mädchen belegt, 110 Burschen wurden im Lehrlingsheim Leopoldstadt und 93 Mädchen im Heim Nußdorf begutachtet. In der „Stadt des Kindes", im Heim Biedermannsdorf und im Zentralkinderheim wurden Legasthenikerintensivkurse durchgeführt. Außerdem fanden solche Kurse in der Familienherberge in 12, Kastanienallee, statt.

Der über fünf Jahre laufende Modellversuch „Psychologische Beratung in den Mutterberatungsstellen" wurde mit April 1981 abgeschlossen. Als Ergebnis kann festgehalten werden, daß durch psychologische Beratung in Mutterberatungsstellen späteren Erziehungsproblemen vorgebeugt werden kann.

Die Telephonische Erziehungsauskunft zählte 372 Anrufe; 116 telephonische Anfragen beantworteten die Mitarbeiter der Kinderpsychologischen Station.

Die Ende des Jahres 1980 neu eingerichtete Stelle „Psychologische Beratung in Scheidungsfragen" betreute im Jahre 1981 63 Mütter, 40 Väter und 27 Kinder. Es konnte Hilfestellung bei den vielfältigen Problemen und Schwierigkeiten im Zusammenhang mit einer Scheidung geboten werden.

In einem achttägigen Seminar, das im Rahmen der Verwaltungsakademie für neue Mitarbeiter der Verwendungsgruppe B veranstaltet wurde, gestalteten zwei Mitarbeiter des Psychologischen Dienstes zwei Fortbildungstage.

Über Auftrag der Magistratsdirektion führte die Leiterin des Psychologischen Dienstes die Ausleseuntersuchungen für neue Mitarbeiter des Bürgerdienstes der Stadt Wien durch. Mit einer speziell zusammengestellten Testbatterie wurden 45 Kandidaten untersucht. Zwei Mitarbeiter des Psychologischen Dienstes hielten dann ein „Auslese-Seminar" für 20 Teilnehmer ab, nach dem die endgültige Auswahl der Mitarbeiter erfolgte.

Im Bereich der Heime der Stadt Wien für Kinder und Jugendliche nahm eine im Jänner veranstaltete Enquete eine neuerliche Standortbestimmung der Heimerziehung vor. Fast genau vor zehn Jahren hatte das Jugendamt der Stadt Wien ebenfalls eine Enquete über Heimerziehung durchgeführt. Die Heime waren damals Angriffen durch politische Randgruppen (zum Beispiel der Spartakusbewegung) ausgesetzt und standen damit im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Eine Kommission erarbeitete daraufhin Vorschläge für die Reform der Heimerziehung, die heute — insbesondere hinsichtlich des strukturell-organisatorischen Rahmens — größtenteils erfüllt sind, wie anläßlich der Enquete festgestellt werden konnte:

- Alle Kinder werden in den Heimen der Stadt Wien in familienähnlichen Kleingruppen — sechs bis zwölf Kinder in einer Gruppe — betreut. Es gibt keine Schlafsäle mehr, sondern die Kinder schlafen in Ein- bis Vierbettzimmern.
- Der Schwerpunkt liegt nun bei Kleinheimen. Während 1970 noch 14 Heime einen Belag von über 100 Kindern aufwiesen, sind dies heute nur noch drei Heime, die auch wieder durch das Pavillonsystem aufgelockert sind. Es werden keine Großheime mehr gebaut.
- Die Personalfluktuation bei den Erziehern wurde wesentlich gesenkt, und zwar von 33 auf 7 Prozent. Dies ist wichtig, um den Kindern konstante Bezugspersonen zu erhalten. Dazu trugen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bei. Alle Erzieher erhalten zum Beispiel Supervision.

— Die Außenbeziehungen der Kinder wurden verstärkt durch den Besuch öffentlicher Schulen, die Freizeitgestaltung außerhalb des Heimes, ein Taschengeld sowie durch die Einbeziehung der Eltern.
— Es gibt keine geschlossenen Heime, vielmehr wurde ein Prozeß einer weitgehenderen Öffnung der Heime eingeleitet. Das bedeutet, daß zum Beispiel in der Stadt des Kindes die Freizeitanlagen auch der Bevölkerung offenstehen. In Krisensituationen, in denen Kinder gefährdet sind, stehen alle Heime als erste Anlaufstelle rund um die Uhr zur Verfügung. Für Jugendliche wurden Übergangslösungen geschaffen, so daß sie etwa vom Heim aus betreut werden, aber in eigenen Wohnungen leben. Es werden auch Wohngruppen geführt, in denen eine Wohnmöglichkeit bei sonstiger Selbständigkeit angeboten wird.

Die Enquete beriet auch über die weitere Ausgestaltung des Bereiches „Heimerziehung" im Gesamtkomplex der Jugendwohlfahrt, wobei einerseits auf die Entwicklung therapeutischer Methodik, andererseits auf gesellschaftliche Strategien Wert gelegt wurde, um kompensatorische Erziehung und — wenn notwendig — Therapie gewähren zu können, aber ebenso die Wiedereingliederung benachteiligter Kinder und Jugendlicher in Familie, Beruf und Gesellschaft sicherzustellen. Demnach haben die Heime in engem Zusammenwirken mit der ambulanten Sozialarbeit eine wichtige Funktion im Rahmen der psychosozialen Hilfen zu erfüllen. Die Ergebnisse der Beratungen wurden in einer Broschüre vom Verlag Jugend und Volk unter dem Titel „Aktuelle Probleme der Heimerziehung" veröffentlicht.

Der Stand der systemisierten Plätze in den Heimen der Stadt Wien für Kinder und Jugendliche betrug zum Jahresende 1.463, von denen 1.278 belegt waren. Das bedeutet eine 87,7prozentige Auslastung. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Reduktion der systemisierten Plätze um 26. Um die pädagogische Situation zu verbessern, erfolgte auch eine Reihe von neuen Systemisierungen.

Im Februar 1981 richtete das Julius-Tandler-Heim ein neues Modell einer „Krisengruppe" ein, in der bis zu sechs extrem schwierige Kinder auf psychologisch-pädagogischer Ebene, falls erforderlich auch rund um die Uhr, von Fachleuten besonders intensiv betreut werden können. Bei von außen herangetragenen akuten Fällen ist ein bis zu drei Tage dauernder Aufenthalt im Heim möglich. Ein ähnliches Modell eröffnete das Lehrlingsheim Leopoldstadt. In einer Wohngruppe werden bis zu acht besonders verhaltensgestörte und verwahrloste 15- bis 17jährige Jugendliche „rund um die Uhr" betreut. Die besondere Eigenart dieser Einrichtung besteht darin, daß ein einmal aufgenommener Jugendlicher auch bei größten Verhaltensschwierigkeiten nicht mehr abgegeben, sondern individuell gefördert wird, um ihn so weit wie möglich in die Gesellschaft zu integrieren.

Seit dem Schulbeginn 1981 versuchen zwei Familiengruppen für Schulkinder und Jugendliche des Zentralkinderheimes, ihr Gruppenleben nach dem Modell einer Wohngemeinschaft zu gestalten. Vorerst haben sie damit begonnen, eine selbständige Frühstückszubereitung zu organisieren.

Die Kinder- und Jugendheime sollen keine „Endstation" sein, sondern sinnvolle Zwischenstationen beim Prozeß der Reintegration. Diesem Ziel dient das Projekt Heimverbundsystem, das seit 1980 für jugendliche Mädchen besteht und vier Heime umfaßt. Durch Zusammenarbeit verschiedener spezialisierter Heimeinheiten wird sichergestellt, daß jedes Mädchen gemäß den heilpädagogischen bzw. therapeutischen Erfordernissen untergebracht und gefördert werden kann. Das Verbundsystem wurde 1981 um drei weitere Institutionen erweitert, und zwar um das Heim Lindenhof mit seinen Plätzen für weibliche Jugendliche, die Wohngemeinschaft Eipeldauer Straße und die Wohngemeinschaft Obere Donaustraße.

Eine Reihe von speziellen therapeutischen Angeboten unterstützten die pädagogische Arbeit. So erhielten 110 Kinder aus verschiedenen Heimen Sprachtherapie. Heilgymnastische Behandlungen, Gruppen- und Einzeltherapie, erfuhren 70 Kinder und 17 Lehrlinge aus dem Dr.-Adolf-Lorenz-Heim und 84 Kinder aus dem Zentralkinderheim. Aus diesen beiden Heimen erhielten 39 Kinder auch Ergotherapie. An einem Therapieschikurs nahmen 8 behinderte Kinder aus dem Dr.-Adolf-Lorenz-Heim teil. In diesem Heim bekamen 7 Kinder auch elektrotherapeutische Behandlung.

1981 beendeten 86 Jugendliche ihre Lehrausbildung, und zwar 8 vom Lehrlingsheim Am Augarten, 9 vom Dr.-Adolf-Lorenz-Heim, 2 vom Heim Klosterneuburg, 33 vom Heim Lindenhof, 14 vom Lehrlingsheim Leopoldstadt und 20 aus der Stadt des Kindes. Insgesamt fünf Jugendliche schlossen eine höhere Schulausbildung ab, und zwar die Handelsschule, eine Allgemeinbildende höhere Schule, die Bundeslehranstalt für Frauenberufe bzw. die Modeschule Hetzendorf.

Das Mutter-und-Kind-Heim mit seinen 26 Plätzen war im Dezember 1981 voll ausgelastet. Ab 1981 konnten auch junge Mütter ohne Anspruch auf Karenzurlaubsgeld im Mutter-und-Kind-Heim wohnen. Sie wurden vom Sozialamt unterstützt. Alle nicht einer Arbeit nachgehenden Mütter betreuen ihre Kinder selbst. Durch Näh-, Koch-, Maschinschreib- oder Sprachkurse konnten sie sich auf die künftige Arbeitssitutation bzw. Verselbständigung vorbereiten.

Im Gesellinnenheim Aichhorngasse wurden insgesamt 36 weibliche Jugendliche neu aufgenommen, davon sechs aus Heimen, eine aus dem Krankenhaus, eine vom Freund und 28 aus dem Elternhaus. Von den 37 jungen Frauen, die das Heim verließen, bezogen 19 eine eigene Wohnung, 13 zogen zu einem Freund oder einer Freundin, vier zu ihren Eltern und eine in das Mutter-und-Kind-Heim. Das seit mehr als einem Jahr bestehende „Mittwochtreffen" bewährte sich auch 1981. Alle ehemaligen Bewohnerinnen des Gesellinnenheimes

wurden mit ihren Kindern und Gatten oder Freunden einmal monatlich zu diesem Beisammensein eingeladen. Dieser Einladung folgten durchschnittlich immer etwa 15 bis 20 junge Frauen mit Familie. Es wurden dabei gemeinsam Probleme besprochen, Erfahrungen weitergegeben oder Erinnerungen ausgetauscht.

Im Gesellenheim Zohmanngasse waren zum Jahresende 1981 72 Jugendliche untergebracht, darunter 5 Lehrlinge. 74 Jugendliche wurden neu aufgenommen, zum Teil aus anderen Heimen. 64 Jugendliche zogen aus, 11 zu den Eltern oder zu Bekannten, 22 in eine eigene Wohnung. Vom Lehrlingsheim Leopoldstadt aus betreuten Erzieher 50 Jugendliche ambulant, die nicht im Heim wohnten, sondern in über ganz Wien verteilten Wohnungen, und halfen ihnen bei der Bewältigung dabei auftretender Probleme. Auch vom Heim Nußdorf aus betreuten Erzieherinnen drei weibliche Jugendliche ambulant. Im Heim Pötzleinsdorf wurde ebenfalls mit einer ambulanten Betreuung begonnen.

Bei zahlreichen Gelegenheiten wandten sich Heime bzw. das Jugendamt der Stadt Wien an die Öffentlichkeit, um zu informieren und Verständnis für die oft mit Vorurteilen belastete Heimerziehung zu wecken. So gab es neben verschiedenen Pressegesprächen eine Veranstaltung der Aktion „Familiensonntag" in der Stadt des Kindes, die Präsentation eines öffentlichen Kinderspielplatzes im Julius-Tandler-Heim durch die Bezirksvorstehung und verschiedene frei zugängliche Feste und Ausstellungen. Das Heim Pötzleinsdorf sandte an Nachbarn Informationsschreiben und lud zu Gesprächen ein. Ein Symposium „Polytherapeutische Heimerziehung für behinderte Kinder im Kinderheim Biedermannsdorf" wurde durchgeführt, gefolgt von einer Ausstellung „Schule und Heim" im Pädagogischen Institut. Kinder aus Heimen suchten Kontakt zu Senioren aus Pensionisten- und Pflegeheimen. Spontan überbrachten Kinder aus dem Heim „Hohe Warte" vor Weihnachten Süßigkeiten und Obst für polnische Flüchtlingskinder; zur gleichen Zeit übergaben Lehrlinge aus dem Heim Leopoldstadt eine Geldspende.

In 15 Vertragsheimen der Stadt Wien wurden zum Jahresende 590 Kinder betreut, um 145 weniger als zu Beginn des Jahres. Diese Reduktion ergab sich, weil im Juli 1981 die Vertragsheime Altenburg, Borromäum in Biedermannsdorf und Wimmersdorf geschlossen wurden.

Im Bereich der Sondereinrichtungen der Stadt Wien nahm als weitere ambulante Hilfe für Familien mit Kindern in Konfliktsituationen die sechste „Sozialpädagogische Beratungsstelle" in 14, Mühlbergstraße 7, ihren Betrieb auf. Diese Erweiterung des Angebotes war auf Grund des regionalen Bedarfes notwendig geworden.

Die Institute für Sozialtherapie haben ihre Aktivitäten im Jahre 1981 in Form von Einzeltherapien mit Kindern und Erwachsenen, von Ehepaar- bzw. Familientherapien und in Form von Gruppenarbeit mit Kindern sehr erfolgreich fortgesetzt. Das Institut für Sozialtherapie in Favoriten veranstaltete als Teilergebnis seiner Kreativarbeit mit Klienten eine private Ausstellung. Zusätzlich war es im Rahmen der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Sozialtherapie rege im Aus- und Fortbildungsprogramm für Sozialtherapeuten tätig und wirkte bei der Schulung verschiedener Sozialarbeitergruppen in Form von Groupwork-Seminaren und Supervision mit.

In den Info-Centern wurde eine Reihe von Gruppen für Jugendliche oder Eltern geführt. Im März übernahm das Info-Center Floridsdorf auch die Funktion einer Clearingstelle für Selbsthilfegruppen für Jugend- und Familienprobleme, in der Adressen von bestehenden Selbsthilfegruppen und Hinweise für die Bildung von Selbsthilfegruppen zu erhalten sind.

Zur Bekanntmachung der Serviceleistungen der Jugendinformationszentren war das ganze Jahr über regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Diese reichte von der Erstellung von Werbeplänen, Plakaten, Flugzetteln, Wandzeitungen, Kärtchen, Kinoreklame usw., Durchführung von zielgerichteten Aktionen (zum Beispiel Zeugnisberatung, Ausstellungen von Werken junger Künstler), Besuchen von Schulklassen, Klubs, Jugendzentren bis zur Abhaltung eines Symposiums, das am 16. November 1981 in der Mautnervilla im 21. Bezirk stattfand.

Im Rahmen einer Untersuchung des Institutes für empirische Sozialforschung im Mai 1981 wurde der Beliebtheitsgrad der städtischen Kindertagesheime erhoben. Diese haben nach der Beurteilung auf einer fünfstufigen Skala die ausgezeichnete Bewertung einer Note von 1,5 erhalten. Diese Beurteilung zeigt, daß die Kindertagesheime den Wünschen der Bevölkerung in vorbildlicher Weise entsprechen und die Bemühungen um beste Qualität dieser Bildungseinrichtung erfolgreich waren und anerkannt werden. Im Jahre 1981 nahmen vier neue Kindertagesheime ihren Betrieb auf, und zwar in 10, Kornauthgasse 4, 16, Ottakringer Straße 202, 18, Waldeckgasse 5, und in 23, Kanitzgasse 8. Die Zahl der Kindertagesheime der Stadt Wien betrug somit zum Jahresende 274. Die Zahl der Plätze erhöhte sich um 593 auf 31.810, von denen 294 in Säuglingskrippen, 4.957 in Kleinkinderkrippen, 17.427 in Kindergärten und 9.132 in Horten zur Verfügung stehen.

Da die drei Sonderpädagogischen Ambulanzen von der Bevölkerung sehr stark in Anspruch genommen werden, wurden zur besseren regionalen Versorgung zwei weitere Sonderpädagogische Ambulanzen eröffnet, und zwar in 3, Stadtpark, und in 10, Lippmanngasse 3. Ein Team von erfahrenen Ärzten, Psychologen und Sonderkindergärtnerinnen steht den Eltern von erziehungsschwierigen, entwicklungsgestörten, sprachgestörten oder sonst behinderten Kleinkindern vom vollendeten ersten Lebensjahr bis zum Schuleintritt beratend zur Seite. Die ambulante Betreuung ist in den Ambulanzen kostenlos.

Am 11. und 12. Juni veranstaltete das Jugendamt der Stadt Wien eine Enquete mit dem Titel „Integration behinderter Kinder im Kindertagesheim". Namhafte Fachleute aus Medizin, Psychologie und Pädagogik beleuchteten die Möglichkeiten und Grenzen der Integration behinderter Kinder von verschiedenen Standpunkten aus. In Arbeitskreisen wurden vor allem flankierende Maßnahmen zu den Integrationsbemühungen in den Kindertagesheimen der Stadt Wien diskutiert und konkrete Vorschläge ausgearbeitet.

Im Herbst 1981 konnte in der Schriftenreihe „der aufbau" die Entwicklung der Wiener Kindertagesheime in den letzten 20 Jahren dargestellt werden. Der Kindergarten hat sich in dieser Zeit als bedeutsame Bildungseinrichtung etabliert. Die Anzahl der Gruppen in den Kindertagesheimen der Stadt Wien hat sich in dieser Zeitspanne von 591 auf 1.200 erhöht. Damit konnte das Platzangebot fast verdoppelt werden. Überproportional zur Anzahl der Plätze ist die Zahl des Personals von 1.441 auf 3.276 Mitarbeiter angestiegen, was zeigt, welche hohe Priorität der pädagogischen Betreuung von der Stadt Wien zugemessen wird. Durch diesen systematischen Ausbau wurde es möglich, zusammen mit den Kindergärten gemeinnütziger Organisationen und den privaten Kindergärten die Vollversorgung zu erreichen. Als erstes Bundesland konnte Wien damit sicherstellen, daß jedem drei- bis sechsjährigen Kind, dessen Eltern es wünschen, ein Platz in einem Wiener Kindergarten angeboten werden kann. Diese eindrucksvolle Bilanz konnte bei der Vorstellung dieser Dokumentation gezogen werden. Die pädagogischen Zielsetzungen, aber auch die international beachtete architektonische Gestaltung der Kindergärten wurden in der Dokumentation ausführlich dargestellt. Die Wiener Spezialität auf architektonischem Gebiet ist das „Kindertagesheim": In einem Haus sind Krippen, Kindergartengruppen und Hortgruppen zusammengefaßt, so daß die Kinder längere Zeit in vertrauter Umgebung verbringen können: Sie brauchen ihre Freunde nicht zu wechseln, den Eltern bleibt die Platzsuche erspart, und all die nachteiligen Begleitumstände einer Umgewöhnung werden größtenteils vermieden. Auch für das leibliche Wohl der Kinder muß in den Kindertagesheimen gesorgt werden. So lieferte die Firma Gustana 3,264.241 Kinderessensportionen. In Kindertagesheimen mit Säuglings- und Kleinkinderkrippen und im Sommerkindertagesheim Girzenberg wurden 329.776 Portionen selbst hergestellt. Dadurch konnten im Durchschnitt 1.500 Krippen-, 10.200 Kindergarten- und 4.530 Hortkinder mit Essen versorgt werden. Außerdem wurden an 264 Schüler, die ihr Mittagessen in einem Kindertagesheim einnahmen, 47.500 Portionen abgegeben.

Die städtische Erholungsfürsorge ermöglichte 15.660 Kindern einen Erholungsaufenthalt in den Bergen, an Seen oder auch am Meer und außerdem Erholungsaufenthalte während des Tages im Stadtgebiet. Für diesen Zweck wurden insgesamt 445 Aktionen (1980: 434) in 173 Heimen durchgeführt. Das Programmangebot für Ferienaufenthalte in Orten außerhalb Wiens war wieder reichhaltig. In 45 Heimen und Privatquartieren wurden für Kinder, die über das Bezirksjugendamt angemeldet worden waren, 92 Erholungsaktionen durchgeführt. Die dabei angebotenen 4.850 Erholungsplätze waren zu fast 97 Prozent ausgelastet. In allen Heimen verbrachten die Kinder den größten Teil ihrer Ferienfreizeit bei Spiel und Sport in der Gemeinschaft. Durch Veranstaltung von Ausflügen, durch Teilnahme an Wanderungen und durch Erkunden des Heimgeländes konnten sie dabei auch die Schönheiten der Natur bewußt erleben. Erzieher und Turnusleiter bemühten sich sehr, den Kindern im Ferienheim einen möglichst erholsamen und gesundheitsfördernden Aufenthalt zu vermitteln.

Im Kindererholungsheim Tribuswinkel fand wieder die Aktion „Lernferien" statt, an der 135 Kinder teilnahmen. Durch Wiederholung des Lehrstoffes des abgelaufenen Schuljahres holten sie vor allem in den Gegenständen Deutsch, Mathematik und Englisch Rückstände auf. Zwei Psychologen betreuten zusätzlich Legastheniker und besonders lernschwache Kinder in Kleinstgruppen in Form eines Intensivtrainings.

Im Erholungsheim Sulzbach/Ischl trafen sich in den Sommerferien insgesamt 70 schwerstbehinderte Kinder der Sonderschulen Schwarzingergasse, Paulusgasse und Kienmayergasse. Weitere 20 Kinder dieser Schulen verbrachten drei schöne Ferienwochen in Neustift bei Scheibbs. 106 körperbehinderte Kinder waren wieder im Erholungsheim der Vereinigung der Elternvereine der Körperbehinderten-Schulen Wiens „Am Nußberg" untergebracht. In Paßriach am Pressegger See konnten schließlich vier behinderte Kinder in einem gesamtösterreichischen Ferienturnus mitmachen. Insgesamt nahmen damit im Jahr der Behinderten 200 Kinder an Ferienaktionen über die städtische Erholungsfürsorge teil. Dank eines enormen Arbeitseinsatzes und mit viel Verständnis von seiten des Betreuungspersonals konnten diese überaus schwierigen Aktionen erfolgreich abgeschlossen werden.

209 Kinder erlebten einen „Urlaub am Bauernhof". Diese sehr beliebte Aktion fand in Auerbach am Wechsel, Krieglach im Mürztal, Krenstetten und Petzenkirchen im Alpenvorland und Geinberg im Innviertel statt. Unsere Großstadtkinder lernten dabei die Atmosphäre des Landlebens, die Menschen sowie die Tier- und Arbeitswelt auf einem Bauernhof kennen und verbrachten dabei erlebnisreiche Wochen.

An vier Badeurlauben am Meer in den beiden Heimen in Riccione und Cervia nahmen insgesamt 749 Wiener Kinder teil. Sand, Wasser und Sonne standen den Italienfahrern wieder zur Verfügung und wurden auch begeistert genützt.

209 Knaben, die auf sportliche Betätigung im Ferienheim besonderen Wert legten, hatten sich für einen Auf-

enthalt im Bundessportheim Saalbach/Hinterglemm entschieden. Auf der modern eingerichteten Leichtathletikanlage und auf den Ballspielplätzen des Heimes nahmen sie begeistert an einer „Kinderolympiade" teil.

112 Kinder, kleine „Wanderer und Bergsteiger", erwarben sich in Filzmoos in gemeinsamen Gruppenausflügen die begehrte Wandernadel des Ortes. 79 Kinder bevölkerten in den Schikursen der Weihnachts- und Semesterferien die Hänge rund um das Heim in Krieglach.

Insgesamt übernahmen 453 Personen die pädagogische Betreuung der Kinder. Sie kamen fast ausschließlich aus pädagogischen oder sozialen Berufen oder waren Studenten. Alle Neuanfänger, die erstmals in einer Kindergruppe eingesetzt werden sollten, mußten an einem Einführungspraktikum im Heim Gaaden teilnehmen. Alle Anfänger, die noch keine Erfahrung in der Feriengruppenarbeit mitbrachten, wurden zu einem Schulungstag verpflichtet.

Die Zahl der einwöchigen Schullandwochen ist weiter zurückgegangen. Die Frequenz der Schullandwochen unterliegt großen Schwankungen. Sie erreichte in den Jahren 1972 bis 1975 ihren Höhepunkt und ging seither auf etwa die Hälfte des damaligen Umfanges zurück. Eine Schwierigkeit besteht darin, daß keine Schullandwochen in einem Zeckengebiet durchgeführt werden können, wenn nicht alle Schüler der Klasse prophylaktisch gegen die Zeckenkrankheit geimpft sind.

Die Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien setzte das Fortbildungsseminar für Lehrer der Akademie und Sozialarbeiter aus den Jugendämtern über neue Entwicklungen auf dem Gebiet der Methoden (methodenintegrative Sozialarbeit) fort. Als direktes Ergebnis dieses Seminars entstand ein Fortbildungskonzept für Sozialarbeiter der Bezirksjugendämter, das in Kurzseminaren im Rahmen der Mitarbeiterfortbildung des Jugendamtes mit Erfolg angeboten wird. Ein weiteres direktes Ergebnis war ein „Lehrerfortbildungstag" für Lehrer und Projektberater der Akademie über „Methodenintegrative Sozialarbeit". Gast bei dieser Veranstaltung war Prof. Friedrich *Seibel* von der Gesamthochschule für Sozialwesen, Koblenz, BRD.

Ebenfalls im September fand die erste Konferenz der Europäischen Regionalgruppe in der Internationalen Vereinigung der Schulen für Sozialarbeit in Wien statt. Das Thema der Konferenz, an der Lehrer der Sozialarbeit aus vielen europäischen Ländern teilnahmen, war die Zukunft der Sozialarbeiterausbildung. Die sehr erfolgreiche Veranstaltung war von Mitarbeitern der Akademie vorbereitet worden.

Um die Ausbildung den modernen Erfordernissen entsprechend anzuheben, wurde auf Grund einer Initiative von Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner ein Entwurf für eine Novellierung des Schulorganisationsgesetzes 1962 von einer Kommission des Jugendamtes der Stadt Wien ausgearbeitet, bei der die Akademie maßgeblich beteiligt war. Es handelt sich um die Verlängerung der Ausbildung von vier auf sechs Semester und die Zusammenlegung der Ausbildung von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen. Der Entwurf wurde dem Bundesministerium für Unterricht und Kunst übermittelt.

Mit dem neuen Studienjahr liefen einige interessante neue Projekte an, zum Beispiel die Mitarbeit einer Gruppe von Studierenden bei der Gestaltung einer Spielstraße („Kinderinitiative Ringelspiel"), die Betreuung von Bewohnern einer Familienherberge der Stadt Wien, die Schaffung einer Theaterwerkstatt für Kinder in der Großfeldsiedlung und die Intensivbetreuung von gefährdeten Schulkindern, die sich nicht in einen normalen Hortbetrieb einfügen lassen.

Zur Diplomprüfung traten 52 Kandidaten an, die alle die Prüfung bestanden: 21 mit gutem Erfolg und 15 mit ausgezeichnetem Erfolg. Von den Absolventen traten 20 in den Dienst der Stadt Wien. Das laufende Studienjahr wurde mit 59 Studierenden, davon 38 Frauen und 21 Männer, eröffnet. Insgesamt besuchen derzeit 82 Frauen und 30 Männer die Akademie.

Im Institut für Heimerziehung traten 28 Studierende zur Befähigungsprüfung an; 27 bestanden die Prüfung, davon 9 mit gutem und 9 mit ausgezeichnetem Erfolg. Außerdem bestanden 24 Externisten die Befähigungsprüfung, davon 9 mit gutem und 3 mit ausgezeichnetem Erfolg. Zur Eignungsprüfung traten 39 Nichtmaturanten an, von denen 19 bestanden und 16 zur Ausbildung aufgenommen wurden. Weiters traten 44 Maturanten zur Eignungsprüfung an, von denen 29 bestanden und 15 aufgenommen wurden.

Die Schule veranstaltete 1981 einen Schikurs und eine Schullandwoche sowie zwei gruppendynamische Seminare. Das Jahr 1981 war wieder von einem guten Arbeitsklima in der Schule gekennzeichnet und brachte auch die entsprechenden Ausbildungserfolge.

Die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen besuchten zum Jahresende 317 Schülerinnen und 3 Schüler. Der Lehrgang zur Ausbildung von Sonderkindergärtnerinnen wies 19 Studierende auf. 68 Schülerinnen bestanden die Befähigungsprüfung, 42 davon mit Befähigung zur Kindergärtnerin und Horterzieherin. 17 bestanden mit gutem und 23 mit ausgezeichnetem Erfolg. 19 Studierende bestanden die Befähigungsprüfung für Sonderkindergärtnerinnen, 4 davon mit gutem und 11 mit ausgezeichnetem Erfolg. 120 Kandidaten, davon 3 männliche, bestanden die Eignungsprüfung, 6 davon konnten wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden. Das neue Schulgebäude bot nicht nur Schülern und Lehrern gute Lern-, Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern auch viele Möglichkeiten für die Verwirklichung neuer Ideen. So gelang zum Beispiel die Präsentation von in den verschiedenen Unterrichtsfächern erarbeiteten Leistungen bei Elternabenden bzw. Schulveranstaltungen in optimaler Weise durch Ausstellungen im Foyer und musikalische bzw. dramatische

Darbietungen im Festsaal. Das dem Ausbildungszentrum angeschlossene Schülerinternat ermöglichte Schülerinnen der 3. und 4. Klassen, die einen zu langen Schulweg hätten bzw. deren Familien in engen Wohnverhältnissen leben, sich besser auf ihre Ausbildung konzentrieren zu können. Im Keller der Bildungsanstalt wurden zusätzlich zu den vorhandenen Werkräumen weitere Werkstätten eingerichtet, die für das Arbeiten mit aufwendigeren Materialien noch bessere Möglichkeiten bieten. Zwei Schikurse und drei Schullandwochen fanden statt. Sehr erfolgreich verlief der Tag der offenen Tür am 1. Juni, der der Bevölkerung Wiens Gelegenheit gab, das Schulgebäude zu besichtigen und Einblick in die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Bildungsanstalt zu gewinnen. 963 Besucher wurden gezählt.

In der Kinderpflegerinnenschule der Stadt Wien bestanden alle 18 Schülerinnen der dritten Klasse die Abschlußprüfung, 3 mit gutem und 8 mit ausgezeichnetem Erfolg. 16 Absolventinnen wurden im Zentralkinderheim angestellt. Bei verschiedenen Gelegenheiten betreuten Schülerinnen Pflegekinder, während deren Pflegeeltern an Elternrunden oder Fortbildungsveranstaltungen teilnahmen.

Bildung und außerschulische Jugendbetreuung

Das Referat „Bildungswissenschaftlicher Dienst" führte die „Gutensteiner Gespräche" im Sinne eines wirkungsvollen Erfahrungsaustausches, der gemeinsamen Planung und Absprache über neue Aktionen, die die Kooperation und Koordination der Referate und vielfach auch der geförderten Einrichtungen erfordern, sowie im Sinne einer Motivierung der Mitarbeiter fort. Die Zusammenkünfte fanden am 26. März und 29. Oktober im Planetarium sowie in der Zentrale der Abteilung statt und waren von eingehenden Besichtigungen begleitet. Die Bildungsarbeit für Senioren wurde einerseits mit der notwendigen technischen Ausstattung der Pensionistenheime mit Tonfilmprojektoren, Filmleinwänden, Projektionstischen und Overheadprojektoren, andererseits mit der Abhaltung zahlreicher Veranstaltungen und Kurse weitergeführt: Es wurden Kurse für Gymnastik im Pensionistenheim „An der Türkenschanze", für Chorgesang im Pensionistenheim Penzing und in mehreren Heimen solche über die Einführung in handwerklich-künstlerische Techniken abgehalten. Ein Ausbildungsseminar für Kursleiter, die in diesem Bereich tätig sind, fand im Bildungsheim Strobl mit 15 Teilnehmern statt. Der Aufwand für die angeführten Maßnahmen betrug rund 400.000 S. Eine Begleituntersuchung über den Einsatz der Großdruckbücher wurde abgeschlossen. Am Fernlehrtest „Freizeitfächer" nahmen bei sieben Angeboten insgesamt 1.200 Studierende teil, die Zusammenarbeit mit den Städtischen Büchereien hat sich bewährt. Zu den Sozialphasen für Astronomie und Batik kamen 268 Studierende. Die begleitenden Untersuchungen wurden abgeschlossen und stehen vor der Veröffentlichung. Das Projekt „Musische Laienbildung" wurde weiter realisiert. Im Pulmologischen Zentrum Baumgartner Höhe wird das Betreuungspersonal der Kinderstation im Einsatz des Orff-Instrumentariums geschult, von Prof. Samy *Molcho* ein Trainingskurs für Kursleiter für das Fach Körpersprache, Pantomime und Menschentypen geleitet. Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Arbeitsbereich der Abteilung wurden von *Kolland-Hutterer* (Bildungsangebot für Senioren), *Rosenmayr* (Curriculum für die Ausbildung von Seniorenbetreuern), *Filla* (Kind und Buch, Rezeption von Arbeiterkultur durch Kinder) und *Strotzka* (Kind im Spannungsfeld Schule—Gesellschaft—Eltern) vorgelegt; sie waren mit der Förderung der Abteilung erstellt worden.

Im Jahre 1981 wurden im Rahmen der Förderung der Erwachsenenbildung in Wien 40 in der Volksbildung tätige Vereine und Institutionen einschließlich alternativer Kommunikationszentren in einer Gesamthöhe von nahezu 50 Millionen Schilling gefördert. Größter Subventionsempfänger war der Verband Wiener Volksbildung mit 40,2 Millionen Schilling. Darüber hinaus konnten dieser Institution für die Instandsetzung der von ihr verwalteten Volksbildungsbauten 3 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. 1980/81 fanden in den dem Verband Wiener Volksbildung angeschlossenen Volkshochschulen, Volksheimen und Häusern der Begegnung sowie in den Sondereinrichtungen 6.750 Kurse mit einer Frequenz von 98.315 Teilnehmern sowie 5.976 Veranstaltungen mit 715.163 Besuchern statt.

Im Rahmen der Sonderförderungsmaßnahmen der Abteilung wurden aus Anlaß des „Internationalen Jahres der Behinderten" zur Fortsetzung der bereits 1980 begonnenen Initiativen weitere 124.000 S gewährt. Die Förderung im Jahre 1980 betrug 600.000 S. Als sichtbares Ergebnis dieser Förderung ist das neue „Bildungszentrum aktiv" zu nennen, das aus der ehemaligen Volkshochschule für Hörbehinderte hervorgegangen ist und seine Tätigkeit grundsätzlich auf alle Gruppen von Behinderten ausgedehnt hat. Zur Zeit arbeitet es an zehn Stellen in Wien.

Die konfessionelle Erwachsenenbildung wurde mit insgesamt 360.000 S gefördert.

In Simmering konnte das neue Veranstaltungszentrum im EKAZENT Simmering fertiggestellt und eröffnet werden. Es wird in diesem Fall erstmals versucht, eine derartige Einrichtung auch nach kommerziellen Gesichtspunkten zu führen.

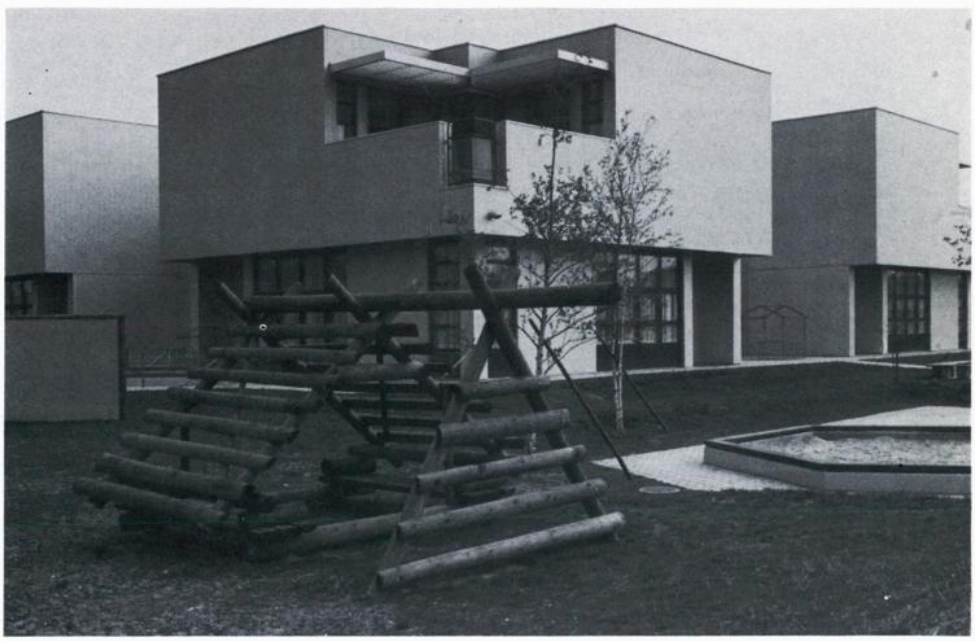
Im Sommer 1981 wurde mit den Arbeiten zur Erweiterung der Volkshochschule Brigittenau zu einem Haus der Begegnung begonnen. Für diesen Zweck standen 5 Millionen Schilling zur Verfügung, die Gesamtkosten werden bei 110 Millionen Schilling liegen.



Vorführungen der Hortkinder anläßlich der Eröffnung von zwei neuen Kindertagesheimen in der städtischen Wohnhausanlage „Am Schöpfwerk"

Jugendamt

Das neue Kindertagesheim im 21. Bezirk, Schwanngasse 11, bietet 111 Kindern in 5 Gruppen Platz





Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (Amtsführender Stadtrat für Bildung, Jugend, Familie) übergibt die von der Landesbildstelle Wien produzierten „Diareihen über den 20. Wiener Gemeindebezirk" den Schuldirektoren der Brigittenauer Volksschulen

Bildung

Konzert des Schülerorchesters des Konservatoriums der Stadt Wien





Eröffnung der Volksschule im 23. Bezirk, Akaziengasse 52—54, durch Frau Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner

Schulwesen

Festveranstaltung anläßlich der Eröffnung des vierten Zentralberufsschulgebäudes im 7. Bezirk, Apollogasse 1





Die Ausstellung „Picasso in Wien" war in der Volkshalle des Rathauses zu sehen

Kultur

Die von der Wiener Stadt- und Landesbibliothek veranstaltete Ausstellung „Tagebuch der Straße. Wiener Plakate" wurde von 97.222 Personen besucht



Im Alternativbereich wurden die Kommunikationszentren „Arena", „Gassergasse" und das „Amerlinghaus" mit insgesamt 8,5 Millionen Schilling gefördert: Der Verein „Forum Wien Arena" erhielt 1981 eine Gesamtsubvention von 3,7 Millionen Schilling. Davon waren 2,5 Millionen Schilling für bauliche Instandsetzungsarbeiten bestimmt, der Rest von 1,2 Millionen Schilling soll für Aktivitäten aufgewendet werden. Dem Verein „Kulturzentrum Spittelberg" wurden zur Förderung des Kommunikationszentrums „Amerlinghaus" 2,3 Millionen Schilling gewährt. Der „Verein zur Schaffung, Förderung und Unterstützung von selbstverwalteten Kultur- und Kommunikationszentren" konstituierte sich im Frühjahr 1981 und betreibt seither sein Zentrum in der Gassergasse. Für diesen Zweck erhielt die Einrichtung eine Subvention von 2,5 Millionen Schilling, aus der neben Aktivitäten auch bauliche Sanierungsmaßnahmen bedeckt werden mußten. In der „Arena" entstand ein bemerkenswertes Zentrum für Rockmusik und für Großveranstaltungen jugendorientierter Musik; in den beiden anderen Zentren standen musikalische Aktivitäten, Betreuungsgruppen, Alternativschulen, Seniorenkontakte im Vordergrund. Im gesamten Bereich der von der Abteilung existentiell geförderten Einrichtungen konnten mehr als 1 Million Teilnehmer gezählt werden.

Die bewährten Aktionen der außerschulischen Jugendbetreuung des **Landesjugendreferates** Wien wurden auch im Jahre 1981 erfolgreich weitergeführt und mit neuen Aktivitäten ergänzt. Besonders zu erwähnen ist die Aktion „Familiensonntag" mit insgesamt 119 Veranstaltungen und einer Frequenz von 86.000 Besuchern. An jedem der zehn Familiensonntage wurden mindestens eine Großveranstaltung, wie zum Beispiel ein Praterbesuch mit Ermäßigungen und Freifahrten, sowie mehrere Kleinveranstaltungen mit Animationscharakter angeboten. Es gab aber auch Fixpunkte im Programm, wie zum Beispiel der Kinderfilm und das Planetarium, sowie neue Veranstaltungen, zum Teil mit experimentellem Charakter.

Die Zahl der Teilnehmer am W i e n e r F e r i e n s p i e l stieg weiter sprunghaft auf 225.000 an. Zum Vergleich sei angeführt, daß es rund 180.000 Pflichtschüler in Wien gibt. In den Monaten Juli/August wurden den 6- bis 14jährigen über 50 Freizeitmöglichkeiten in Form von einzelnen Stationen angeboten. An den beiden Schlußveranstaltungen in der Wiener Stadthalle nahmen insgesamt 18.000 Besucher teil.

Der W i e n e r F e r i e n c l u b wird nicht nur in den Sommerferien, sondern ganzjährig durchgeführt. Somit erklärt sich die Zunahme der Teilnehmerzahlen. Bei 600 Einzelveranstaltungen konnten 5.700 Clubmitglieder verzeichnet werden.

Im Rahmen der I n t e r n a t i o n a l e n J u g e n d k o n t a k t e wurde 1981 die Arbeit mit dem Besuch von Wiener Jugenddelegationen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien (Südtirol) auf der Basis der Gegenseitigkeit fortgesetzt. Eine Delegation Südtiroler Schüler besuchte in der Osterwoche Wien. Dieser Gruppe wurde, wie einer Gruppe der Rheinisch-Westfälischen Auslandsgesellschaft, ein ausgedehntes und auf die speziellen Bedürfnisse abgestimmtes Bildungsprogramm angeboten. Delegationen, bestehend aus je zwanzig Vertretern von Wiener Jugendorganisationen und Jugendzentren, studierten im Mai Jugendeinrichtungen in Rheinland-Westfalen, im September solche der Südtiroler Jugendarbeit. Eine fünfköpfige Delegation hatte Gelegenheit, die audio-visuelle Medienarbeit in vor allem für Jugendliche arbeitenden Einrichtungen in Nizza zu studieren. Weitere Jugendkontakte kamen mit Ungarn und Ägypten zustande.

Die seit 1979 laufende Aktion „ S c h ü l e r k l u b s " an Schulen mit schulfreiem Samstag wurde im Jänner 1981 um sechs Standorte erweitert, an denen sprachlich versierte Betreuer ein speziell auf türkische Gastarbeiterkinder ausgerichtetes Programm angeboten haben. Diese neue Einrichtung wurde gut angenommen und konnte allein in den ersten vier Monaten des Schuljahres 1981/82 rund 1.100 Besucher aufweisen. Die übrigen 22 Schülerklubs an Wiener Schulen mit schulfreiem Samstag wurden von 11.490 Kindern besucht.

Weitere Aktivitäten waren die „Semesterferienaktion" mit 17 Freizeitmöglichkeiten, wie Kino, Theater, Sport und Spiel, für rund 70.000 Kinder und Jugendliche. Im „Pop-odrom" spielten insgesamt 149 Bands vor 4.800 Zuhörern, und zwar 100 Bands Rock, 36 Folk und 13 Jazz. Beim Finale waren 1.500 Jugendliche anwesend, um den drei besten Gruppen in der Stadthalle zuzuhören. Zu den „4. Internationalen Jugendtheatertagen" in Wien mit 12 Aufführungen an vier Spielorten, und zwar im Schauspielhaus, in den Volkshochschulen Margareten und Hietzing sowie im Jugendzentrum Grünwaldgasse, kamen 1.500 Besucher. Das „8. Wiener Schultheater-Festival" wurde mit 19 Gruppen, die aus allen Schulbereichen kamen, gestaltet. Die Abschlußveranstaltung fand im Raimundtheater statt, anschließend wurden die rund 500 Teilnehmer im Festsaal des Wiener Rathauses empfangen. Die „Jungbürgerfeiern" wurden zum 16. Mal vom Landesjugendreferat Wien organisiert. Die Jungbürger des Jahrganges 1961 konnten unter dem Musical „Der Mann von La Mancha" im Theater an der Wien, einem Jungbürgerball in den Sophiensälen und einem Konzert im Konzerthaus wählen. Insgesamt kamen 10.017 Teilnehmer. Als Jungbürgerbuch wurde „Als ich 19 war" ausgegeben. Das „Maifest" auf dem Rathausplatz mußte wegen des Mordes an Stadtrat Nittel abgesagt werden. Das „Volkstanzfest" wurde trotz Regens vor dem Schloß Belvedere (Teichhof) mit 200 Volkstänzern abgehalten, die 1.000 Zuseher fanden. In der Pause zeigte eine burgenländische Volkstanzgruppe Tänze aus ihrer Heimat. Am „29. Redewettbewerb" nahmen 241 Schüler aus allgemeinbildenden mittleren und höheren Schulen, 90 Schüler aus Berufsschulen und 11 Angehörige des Bundesheeres teil. Zum Bezirksjugendsingen kamen insgesamt 1.514 Gruppen mit 38.003 Mitwirkenden, die auf 127 Plätzen, wie Schulen, Betrieben und Parkanlagen, vor 38.640 Besuchern großen Erfolg hatten.

Sportliche Aktivitäten wurden in Zusammenarbeit mit der Magistratsabteilung 51 organisiert, so die „Sportplätze der offenen Tür", für die sich 20.209 Kinder interessierten. Die Jugendeislaufaktion fand 28.481 Teilnehmer, zu den Fahrten zum Schnee fanden sich bei den Sonntagsfahrten 2.242, in den Semesterferien 618 Teilnehmer ein. Insgesamt wurden 2.189 Schier in Zusammenarbeit mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" ausgegeben. Der Semesterschikurs wurde für 78 Kinder, der Weihnachtsschikurs für 68 Kinder im Alter von 8 bis 15 Jahren abgehalten. An der „Fahrt zum Spiel" in den Sommermonaten nahmen 7.071 Kinder teil. Zum Sparefrohspielplatz im Donaupark erfolgte die Abfahrt von sechs Plätzen in Wien aus. Das Haltungsturnen wurde für 3.726 Kinder in 197 Schulen veranstaltet. Neben der Jugendleiterschule fand die Aktion „Treffpunkt Schule" an Donnerstagen an sieben Standorten für 6- bis 15jährige Kinder statt, wozu sich 12.022 Teilnehmer einfanden. Im Rahmen der Medienerziehung und Videoarbeit konnten im Medienzentrum bei 454 Veranstaltungen rund 8.000 Personen registriert werden.

Im Bereich der „Jugendzentren der Stadt Wien" kann man gleichfalls von einem flächendekkenden Versorgungsnetz sprechen, wenn 22 zum Großteil zeitgemäß ausgestattete Einrichtungen mit einem differenzierten Freizeitangebot zur Verfügung stehen. Kinder und Jugendliche kommen freiwillig, arbeiten nach Wunsch und Ambition an der Programmgestaltung und Führung der Zentren mit. Da die Bevölkerungsentwicklung für die kommenden Jahre einen zunehmenden Anteil an Jugendlichen erkennen läßt, ist in der außerschulischen Jugendarbeit ein kommunal- und bildungspolitischer Schwerpunkt zu erkennen. Im Jahre 1981 waren in den vom Verein „Jugendzentren der Stadt Wien" geführten Stellen im offenen Kinderbetrieb im Tagesdurchschnitt 660 und im offenen Jugendbetrieb 1.480 Besucher festzustellen. An 71 Kursen nahmen 1.715 Jugendliche und 46 Erwachsene teil. 83 Jugendorganisationen, Klubs und Vereine mit 2.685 Mitgliedern nützten die Möglichkeit aus, in den Jugendzentren ihre Zusammenkünfte und Veranstaltungen anzubieten und durchzuführen. 1981 fand das erste gemeinsame Symposium der Jugendzentren und Info-Center zum Arbeitsthema „Kommunale Jugendarbeit in Wien" statt.

Im Landesjugendreferat Wien mußten insgesamt 80 Subventionsanträge behandelt werden. Größter Subventionsempfänger war der Verein „Jugendzentren der Stadt Wien", dem Förderungsmittel in Gesamthöhe von 46,254.000 S gewährt wurden. Damit konnte der Verein sein expansives Konzept weiterführen, begann den Umbau des Jugendzentrums Zeltgasse, führte die Arbeiten zur Adaptierung des Jugendzentrums Grinzing weiter und stattete mehrere Zentren mit zeitgemäßen, jugendgerechten Einrichtungsgegenständen aus. Die Aktivitäten des Vereines „Wiener Jugendkreis" wurden mit insgesamt 17,688.000 S gefördert. Diese Subvention ermöglichte dem Verein die wirtschaftlich-organisatorische Durchführung der meisten Aktionen des Landesjugendreferates Wien, aber auch die Einrichtung von nahezu 40 Kursen für 600 Wiener Schülerinnen und Schüler sowie die der Aktion „Malen im Museum", die insbesondere im Museum moderner Kunst im Palais Liechtenstein abgehalten wurde.

Die Arbeit der anerkannten Wiener Jugendorganisationen wurde mit Subventionsmitteln von insgesamt 3,5 Millionen Schilling unterstützt. Für die Abhaltung der Jungbürgerfeiern sowie für die Ausgabe des 1981 neu ins Programm aufgenommenen Jungbürgerbuches „Als ich 19 war" stand ein Sachkredit in Höhe von 5,509.000 S zur Verfügung. Zahlreiche Jugendvereinigungen, animatorische Gruppen, Kindertheaterensembles und Vereinigungen zur Förderung des Musikverständnisses unserer Jugend wurden mit Förderungsmitteln von insgesamt 3,785.000 S unterstützt. Unter den Veranstaltungen ist besonders die vom Verein der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien betreute Aktion „Musik hören — Musik verstehen" hervorzuheben, da sich an ihr mehr als 40.000 Kinder und Jugendliche beteiligt haben.

Am 1. und 2. Juli wurde im Festsaal des Rathauses die Wiener Mannschaftsmeisterschaft im Schachspiel für über 750 Schüler aller Schultypen der 5. bis 9. Schulstufe ausgetragen. Höhepunkt des Sommerschachfestes waren Simultanvorstellungen mit zwei Mitgliedern der österreichischen Olympiamannschaft 1980 gegen 244 Schüler, wobei sie 198 Spiele gewannen, 32 remisierten und nur 14 verloren.

In der Zeit vom 4. bis 11. Juli wurde erstmals ein Internationales Symposium „Kinderfreizeitaktionen in der Großstadt" durchgeführt. Die 40 Teilnehmer kamen aus der BRD, Frankreich, Italien, Norwegen, der Schweiz und den österreichischen Städten Graz, Linz, Salzburg und Wien. Das Symposium diente dem internationalen Erfahrungsaustausch über Kinderfreizeitaktionen und einer Durchleuchtung des Wiener Ferienspiels.

Die Aktionen und Angebote des Landesjugendreferates Wien fanden im Jahre 1981 insgesamt mehr als 1 Million Teilnehmer.

Die **Städtischen Büchereien** erfüllten auch im Jahre 1981 erfolgreich ihren volksbildnerischen Auftrag, obwohl sie gerade in diesem Jahr gravierende organisatorische Belastungen zu bewältigen hatten: Die Hauptbücherei wurde auf EDV-Ausleihesystem umgestellt und die zentrale Katalogisierung am Bildschirm vorbereitet. Die Büchereistelle Kolschitzkygasse in Wien-Wieden mußte geschlossen und die Übersiedlung in die neue Großbücherei Favoritenstraße durchgeführt werden. So mußte bis zur Übersiedlung die Hauptbücherei für drei Monate, die Bücherei Kolschitzkygasse für sechs Monate geschlossen werden. Dennoch konnte die dem Jahre 1980 entsprechende Entlehnziffer von 2,850.000 aufrechterhalten werden, so daß sich neuerlich eine Aufwärtsentwicklung abgezeichnet hat. Für die Büchereistelle Bernoullistraße wurde ein behindertengerechter Zugang

geschaffen, für jene in der Hütteldorfer Straße gelang die Zumietung eines angrenzenden Lokales. Für sehschwächere Leser wurden alle Zweigstellen der Städtischen Büchereien mit Großdruckbüchern ausgestattet. Mit der Planung einer neuen Zweigstelle in 21, Großjedlersdorf, wurde begonnen. Eine neue Büchereistelle in 12, Am Schöpfwerk, wurde baulich abgeschlossen. Die baulich bereits fertiggestellte neue Büchereistelle in 2, Engerthstraße, wurde mit 18.000 Bänden ausgestattet, komplett eingerichtet und für die Eröffnung 1982 vorbereitet. Der Buchbestand betrug Ende 1981 840.440 Bände, die Zahl der eingeschriebenen Leser 100.703; davon waren 34.910 Kinder und 19.397 Jugendliche. Der Verein der Freunde der Städtischen Büchereien hat sich konstituiert und seine Tätigkeit aufgenommen.

Die Schülerbewegung in den **Musiklehranstalten der Stadt Wien** ergab für das Studienjahr 1980/81 folgendes Bild: Am Konservatorium waren 645 ordentliche und 393 außerordentliche, insgesamt 1.038 Studierende, inskribiert. Darunter befanden sich 158 Ausländer aus 33 Staaten. In den 18 Musikschulen studierten insgesamt 3.602 Schüler, die drei Jahrgänge der Kindersingschule besuchten insgesamt 2.939 Teilnehmer. Der Gesamtschülerstand betrug somit 7.579. Insgesamt wurden 90 Prüfungen erfolgreich abgelegt, und zwar 7 Diplom-, 29 Reife-, 17 Abschluß-, 21 staatliche Lehrbefähigungs- und 16 Seminarprüfungen. 16 Stipendien im Werte von 199.000 S sowie 27 Schulgeldermäßigungen konnten bewilligt werden. Für den ersten Preisträger des australischen Robert-Stolz-Wettbewerbes, den Tenor Glenn *Winslade,* sowie den zweiten Preisträger, den Pianisten Edward *Kriek,* wurden 1981 zusätzlich insgesamt 50.000 S aufgewendet, um ihnen Aufenthalt und Studium am Konservatorium zu ermöglichen.

Unter den zahlreichen Veranstaltungen sind das Chor- und Orchesterkonzert am 16. und 17. Februar im Großen Musikvereinssaal mit Werken von Bruckner und Honegger, das Kirchenkonzert in der Franziskanerkirche am 3. Juni, das Orchesterkonzert im Großen Saal des Konservatoriums sowie 2 Professorenkonzerte, 4 Konzertstunden, 60 Klassen- und Übungsabende, 12 Konzert- und Übungsabende, 2 Konzerte der Jazzabteilung und 7 Diplomprüfungskonzerte besonders zu nennen. Die Jahresopernaufführung brachte die „Zauberflöte" von W. A. Mozart und fand am 27. April im Theater an der Wien statt. Zu Wiederholungen kam es in Wien-Floridsdorf und außerhalb Wiens in Waidhofen an der Ybbs, Wiener Neustadt, Wimpassing, Wieselburg, Berndorf, St. Pölten und Eisenstadt. Cole Porters „Kiss me Kate" wurde am Konservatorium und nachfolgend in sechs Häusern der Begegnung in Wien sowie in der Zentralberufsschule Längenfeldgasse aufgeführt. Die Darbietungen auf den Tourneen wurden von den Arbeiterkammern von Wien und Niederösterreich unterstützt. Die Musikschulen führten 18 Jahreskonzerte durch, das „Festliche Singen" fand am 23. und 24. Mai in der Kurhalle Oberlaa statt. Die Räume des Konservatoriums bildeten den Rahmen für die Veranstaltungen der Wiener Meisterkurse sowie des 8. Schultheaterfestivals des Landesjugendreferates Wien. Ein Seminar für Militärmusik wurde neu eingerichtet, mit dem Unterricht für 30 jordanische Musiker begonnen.

Die beabsichtigte Erlassung eines Kunsthochschulstudiengesetzes läßt gravierende Auswirkungen auf den Status der Länderkonservatorien erwarten, was im Jahre 1981 zahlreiche Beratungen zuständiger Gremien mit sich brachte.

An Auslandskontakten wäre die Musikschule Budapest zu nennen, die in Wien konzertierte, ebenso das Australische Kammerorchester. Die Jazzklasse des Konservatoriums nahm an einem Seminar in Budapest teil. Die Aktion „Musik hören — Musik verstehen" zugunsten der Wiener Schuljugend wurde von den Musiklehranstalten in der Planung, Durchführung und Betreuung gestaltet. Die Veranstaltungen besuchten mehr als 40.000 Schüler, der Gesamtaufwand betrug 2,3 Millionen Schilling. Den Musiklehranstalten standen insgesamt 87,4 Millionen Schilling für Sach- und Personalaufwand zur Verfügung.

Der lehrplanmäßig vorgeschriebene Unterricht sowie zahlreiche Veranstaltungen und Wettbewerbe wurden von der **Modeschule der Stadt Wien** erfolgreich durchgeführt. Das Lehrerkollegium umfaßte 38 Personen, davon waren 20 haupt- und 18 nebenberuflich tätig. Der Stand des Verwaltungspersonals betrug 14 Personen. Der Schülerstand machte im Jänner 206 Schüler aus, im Dezember waren es 211. Von diesen stammten 108 aus Wien, 70 aus den Bundesländern und 33 aus dem Ausland. Im Hinblick auf die von der Schulbehörde geforderten Ausbildungsziele wurde die Modernisierung der technischen Ausstattung im Jahre 1981 planmäßig fortgesetzt: Unter anderem konnten 5 Tafeln, 1 Tonbandanlage, 1 Staubsauger, 3/260 Nähmaschinen, 1 Lederschärfmaschine, Sessel, Schultische, diverse Tische, 1 Zuschneidetisch, 1 Overlockmaschine und 1 Dämpftisch angekauft werden. Für die laufende Erhaltung des Schlosses wurden 1,085.000 S ausgegeben. Wertvolle Materialien wurden unter anderem als Firmenspenden für Verarbeitungs- und Vorführzwecke der Modeschule zur Verfügung gestellt.

Die Anerkennung der Schule in der Fachwelt manifestierte sich in Aufträgen, Veranstaltungen und Ideenwettbewerben seitens in- und ausländischer Firmen und Organisationen. Diese Aufgaben konnten wieder erfolgreich bewältigt werden. An besonderen Aktivitäten auf dem Veranstaltungssektor sind der Taschen-Modell-Entwurfswettbewerb für die Firma Getsyl in Bludenz im Jänner und der Strickmodellwettbewerb für Bayer Austria im Februar hervorzuheben. Im März begann das Modeteam Wien mit der ersten Kollektion in Hetzendorf sowie mit Modeschauen unter dem Motto „Wien in Mode" im Zelt im Palais Liechtenstein. Im April wurde ein schulinterner Plakatwettbewerb für die Modeschau '81 veranstaltet, im Mai ein Modellwettbewerb für Modal-Fa-

sern aus Lenzing. Die Jahresausstellung und Leistungsschau der Modeschule mit Modeschauen wurde im Schloßpark im Juni vor rund 5.200 Besuchern gezeigt. Diese Veranstaltung zeichnete das Fernsehen für die Sendung „Österreich-Bild" auf. Am „Tag der offenen Tür", der im September im Rathaus stattfand, nahm die Schule mit einer Modeschau teil. Ferner begann das Modeteam Wien mit der zweiten Kollektion in Hetzendorf. Im Oktober wurde der Wettbewerb „Damenoberbekleidung mit Daunenfüllung" durchgeführt. Wieder kam es zu einer TV-Aufzeichnung für das „Österreich-Bild", aber auch zu Vorführungen vor der Presse. Die Veranstaltungen im November waren „Triumph Bademode 1983" und die Photoausstellung in der Aula „Modeschau 1976—1981". Im Dezember schließlich wirkte die Modeschule bei der Präsentation „Frisur '82" der Intercoiffeure mit.

Die **Landesbildstelle Wien** konnte im Rahmen ihrer budgetären, personellen und kompetenzmäßigen Möglichkeiten die an sie herangetragenen Aufgaben erfüllen. Der Landesbildstelle obliegt die Beschaffung von audio-visuellen Medien, Software und Hardware, für die Wiener Pflichtschulen und die Dienststellen des Magistrates der Stadt Wien. Diareihen und Filme werden auch selbst produziert.

Im Jahre 1981 konnten die Bezirksbildreihen über den 20. und 21. Bezirk fertiggestellt werden. Diese Diareihen wurden den Direktionen der Volksschulen der betreffenden Bezirke von Frau Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner feierlich übergeben. Die Diareihe über die „Plastiken der Wiener Ringstraße" konnte ebenfalls abgeschlossen werden. Im Hinblick auf „Das Jahr der älteren Menschen" im Jahre 1982 wurde eine Diareihe über das „Pflegeheim Lainz" hergestellt. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß gemeinsam mit dem Kuratorium Wiener Pensionistenheime audio-visuelle Geräte zur bildungsmäßigen Betreuung der älteren Menschen angeschafft wurden. Die für die Bedienung dieser Geräte zuständigen Bediensteten wurden in einem Kurs in der Landesbildstelle über den Umgang und den Einsatz dieser Geräte unterwiesen.

Die im Rahmen der Koproduktion der Österreichischen Bundesländer — die Landesbildstelle ist Geschäftsstelle dieser Koproduktion — begonnene Herstellung von Diareihen konnte fortgesetzt werden. Im Rahmen der Filmdokumentation wurden die Projekte „Brigittenauer Brücke", „Hochwasserschutz" und „U-Bahn, 4. Teil" fortgesetzt. Der Film „Brigittenauer Brücke, 1. Teil" wurde fertiggestellt. Im Bereich der Unterrichtsfilme wurden die Filme „Der Eiki-Film-Projektor", „Der Bauer Filmprojektor" und ein Film über den „Christkindlmarkt in Wien" abgeschlossen. Als erfolgreich erwies sich die Teilnahme der Landesbildstelle bei der ICEM-Tagung in Berlin. Von dem dort vorgestellten Film „Vom Lehm zum Ziegel" konnten rund 80 Kopien verkauft werden.

Durch die Tätigkeit der Photographen konnten Einnahmen von rund 230.000 S erzielt werden, wobei zu bemerken ist, daß Photos für den Bildungs- und den politischen Dokumentationsbereich auftragsgemäß kostenlos durchgeführt werden müssen. Eine Bewertung dieser Tätigkeiten ergab fiktive Einnahmen von rund 441.000 S. Die Bediensteten des Technischen Dienstes betreuten die Geräte der Wiener Pflichtschulen und auch „traditionsgemäß" die Geräte des Burgenlandes. Diese Arbeiten erbrachten Einnahmen von 242.100 bzw. 11.900 S. Der Verleih der Landesbildstelle konnte klaglos alle an ihn herangetragenen Wünsche erfüllen. Die fiktive Bewertung dieser Tätigkeit ergab einen Betrag von 7,955.000 S.

Das bereits bewährte Kursprogramm der Landesbildstelle wurde auch 1981 weitergeführt. Die Einrichtung der neuen Räume im dritten Stock des Hintertraktes konnte abgeschlossen werden.

Städtische Schulverwaltung

Die Zahl der öffentlichen **allgemeinbildenden Pflichtschulen** ist im Schuljahr 1980/81 auf insgesamt 378 angestiegen, und zwar auf 211 Volks-, 112 Haupt-, 42 Sonderschulen sowie 13 Polytechnische Lehrgänge. Die Volksschulen wurden von 50.919 Schülern in 1.919 Klassen besucht, 35.941 Hauptschüler waren in 1.301 Klassen, 6.436 Sonderschüler in 562 Klassen untergebracht, und die Polytechnischen Lehrgänge haben 3.430 Schüler in 134 Klassen frequentiert.

Die Durchschnittsschülerzahl pro Klasse an den öffentlichen Schulen betrug für Volksschulen 26,5, für Hauptschulen 27,6, für Sonderschulen 11,5 und in den Polytechnischen Lehrgängen 25,6.

In den 55 privaten Volks-, Haupt- und Sonderschulen sowie Polytechnischen Lehrgängen wurden in 402 Klassen 11.907 Schüler unterrichtet. Die Durchschnittszahlen pro Klasse an den Privatschulen betrugen in den Volksschulen 30,9, in den Hauptschulen 30,7, in den Sonderschulen 10,5 und in den Polytechnischen Lehrgängen 20,0.

Die Lehrtätigkeit übten mit Stichtag 31. August 1981 376 Direktoren, 5.979 klassenführende Lehrer, 444 Arbeitslehrerinnen, 282 Religionslehrer und 204 Sprachlehrer, also insgesamt 7.285 Lehrpersonen, aus.

Am 31. Dezember 1981 befanden sich in städtischer Schulverwaltung 332 Gebäude, und zwar 298 Gebäude, die Zwecken der allgemeinbildenden Pflichtschulen, sowie 27 Gebäude, die verschiedenen Zwecken dienen (allgemeinbildende höhere Schulen, Bundesfachschulen, Schülerheim und Polizei). 7 Gebäude (Widmungsgebäude) wurden dem Bund für allgemeinbildende höhere Schulen überlassen, in 11 teils städtischen, teils privaten Gebäuden waren Räume für allgemeinbildende Pflichtschulen gemietet.

Für Bau und Erhaltung wurden im Jahre 1981 310 Millionen Schilling aufgewendet. Zu den wichtigsten Herstellungen gehört die Fertigstellung der Schulen in 7, Zieglergasse 21—23 (1. Bauteil der 16klassigen Volksschule), in 10, Sahulkagasse (12klassige Volksschule), in 14, Hochsatzengasse (Turnsaal und Schulküche), in 15, Braunhirschengrund (8klassige Volksschule als Ganztagsschule) und in 22, Markomannenstraße, 2. Bauteil (16 Klassen und Turnsaal) der 24klassigen Volksschule als Schule-Wohnhaus. Außerdem wurden zwei mobile Klassenzimmer umgestellt. Der Beginn bzw. die Fortsetzung der Bauarbeiten wurde vorgenommen bei den Schulen in 7, Zieglergasse 21—23 (2. Bauteil der 16klassigen Volksschule als Ganztagsschule), in 21, Aderklaaer Straße (Turnsaal), in 22, Plankenmaisstraße (Turnsaal) und in 22, Eßlinger Hauptstraße (Turnsaal). Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten wurden für Schulneubauten geleistet in 10, Pernerstorfergasse (24klassiger Polytechnischer Lehrgang), in 13, Hietzinger Hauptstraße (Turnsaal), in 18, Köhlergasse (8klassige Volksschule als Ganztagsschule), in 20, Gerhardusgasse (20klassige Volksschule) und in 22, Schüttauplatz (8klassige Volksschule). An 3 Schulgebäuden wurden Instandsetzungsarbeiten in größerem Umfang durchgeführt. 12 Schulgebäude waren wieder auszumalen, in 5 Schulgebäuden veraltete Heizungen umzubauen oder jene mit einer modernen Zentralheizung auszustatten. Bei 20 Schulen mußten die Dächer, bei 25 die Fassaden, in 5 die Fußböden, in 36 die Fenster und in 13 die WC-Anlagen instand gesetzt werden. Ferner waren 10 Turnsäle und 6 Spielplätze wiederherzustellen. Darüber hinaus erfolgten in diversen Schulgebäuden der Einbau von Ganggarderoben und die Anbringung von Sonnenschutzrollern.

An neuen Einrichtungsgegenständen wurden 100 Buchwandtafeln, 400 Kästen, 2.500 Schülertische, 5.000 Schülersessel, 50 Lehrerzimmertische, 200 Garderobebänke beschafft. Mit diesen Möbeln wurden unter anderem 150 Klassen- und 10 Musikzimmer eingerichtet. Für neue Möbel wurden insgesamt 18,381.000 S, für Möbelinstandsetzungen und -ergänzungen sowie für Lehrmittelreparaturen 19,976.000 S ausgegeben.

Der Aufwand an Verbrauchsmaterialien, die den Schülern unentgeltlich zur Verfügung gestellt wurden, betrug 25,114.000 S. Im einzelnen wurden für Schreib- und Zeichenrequisiten, darunter 3,700.000 verschiedene Hefte, 3,800.000 Zeichenblätter und 750.000 Bleistifte, 10,778.000 S ausgegeben. Für Mädchenhandarbeitsmaterial, darunter 100.000 m Stoffe und 210.000 Strähne Strick- und Häkelgarne, wurden 5,539.000 S, für Kanzlei- und Klassenrequisiten 300.000 S bezahlt. Der Restbetrag war für die Schulpauschalien bestimmt. Davon entfiel auf die „Werkerziehung in der Volksschule" ein Betrag von 3,800.000 S.

Die Stadt Wien stellte den Schülern der 4. Haupt- und Sonderhauptschulklassen sowie den 4. Klassen der allgemeinbildenden höheren Schulen das Buch „Die Geschichte der Stadt Wien" mit 19.000 Exemplaren im Wert von 1,800.000 S zur Verfügung. Für Klassenlesestoffe, Gruppenlektüre sowie für die Beschaffung von Büchern für die Lehrerbücherei wurden 2,785.000 S aufgewendet. Im Jahre 1981 wurden 9,830.000 S für den Ankauf von Lehrmitteln und Werkzeugen ausgegeben, unter anderem wurde die Aktion, vorhandene Präparate in Kunstharz einzugießen, fortgesetzt. Ferner mußte an Volksschulen wieder eine Reihe von Filmprojektoren gegen Tonfilmprojektoren ausgetauscht werden. Die Beistellung von Lehrmitteln, diversen Geräten, audiovisuellen Lehrmitteln, Musikinstrumenten sowie Bargeld für die Hobbygruppen der Ganztagsschulen verursachte einen Aufwand von rund 6,500.000 S.

Insgesamt erwuchsen der Stadt Wien im Jahre 1981 für die Erhaltung der allgemeinbildenden Pflichtschulen Kosten von 2.665,377.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, der vom Bund zur Gänze der Stadt Wien refundiert wird.

Die Zahl und Art der durchgeführten S c h u l v e r s u c h e an den Wiener öffentlichen Pflichtschulen sind so groß, daß nur einige wesentliche herausgegriffen werden können. V o r s c h u l k l a s s e n dienen primär der Herstellung annähernd gleicher Schulstartchancen für jene Kinder, die trotz normaler Intelligenz aus verschiedenen, häufig in ihrer sozioökonomischen Situation begründeten Ursachen zum Zeitpunkt des Schuleintrittes noch nicht die Schulfähigkeit erlangt haben und daher vom Schulbesuch zurückgestellt werden müssen. Darüber hinaus werden in Vorschulklassen auch Kinder aufgenommen, die auf Grund ihres Lebensalters für eine vorzeitige Aufnahme grundsätzlich in Betracht kommen, jedoch noch nicht voll schulfähig sind. Schulpflichtige Kinder, deren Sonderschulbedürftigkeit erwiesen ist, werden nicht in Vorschulklassen aufgenommen. Der Besuch der Vorschulklasse ist freiwillig, die Aufnahme kann nur in der Zeit bis 31. Dezember erfolgen. Die Schülerzahl einer Vorschulklasse soll 18 nicht überschreiten. Mit rund 100 Vorschulklassen an Volksschulen und 6 Vorbereitungsklassen an Sonderschulen waren im Schuljahr 1980/81 die Voraussetzungen dafür gegeben, daß nahezu alle für den Vorschulklassenbesuch in Betracht kommenden Kinder in eine derartige Klasse aufgenommen werden konnten.

Mit der F r e m d s p r a c h l i c h e n V o r s c h u l u n g sollen dem Volksschüler ab der dritten Schulstufe unter Ausnützung der dieser Altersstufe eigenen Sprechfreudigkeit und Aufnahmefähigkeit grundlegende Kenntnisse und Fertigkeiten im Gebrauch einer lebenden Fremdsprache vermittelt werden. Dabei soll die Fähigkeit zum bewußten Spracherwerb, die mit zunehmendem Alter verlorengeht, ausgenützt werden. Mit diesem Schulversuch, bei dem es sich nicht um Sprachunterricht im herkömmlichen Sinn handelt, soll den Schülern aber auch der Übertritt in die weiterführenden Schulen, und zwar in allgemeinbildende höhere Schulen oder Hauptschulen, mit ihrem Fachunterricht erleichtert werden. Der Schulversuch setzt in der dritten Volksschul-

klasse ein und wird auf der vierten Schulstufe fortgeführt. Das Unterrichtsausmaß beträgt eine Wochenstunde, die nach Möglichkeit auf zwei Halbstunden aufgeteilt wird. Die fremdsprachliche Vorschulung wird zwar derzeit noch als Schulversuch geführt, ist aber bereits so fest etabliert, daß der Entwurf für eine Novelle zum Schulorganisationsgesetz eine Übernahme in die Normalform der Schulorganisation vorsieht. Die fremdsprachliche Vorschulung in Englisch oder Französisch wird von Lehrern mit entsprechender Ausbildung durchgeführt.

Der Schulversuch Integrierte Gesamtschule strebt die Erprobung eines gesamtschulartigen Schultyps der allgemeinbildenden höheren Schule ohne Trennung nach Hauptschule und Unterstufe für alle Schüler der 5. bis 8. Schulstufe an. Dieser Schultyp soll eine größere Zahl von Schülern der oberen Begabungs- und Leistungsschicht befähigen, nach Abschluß der Mittelstufe einen weiterführenden Bildungsweg einzuschlagen und erfolgreich abzuschließen. Weiters sollen die Schüler der mittleren Begabungs- und Leistungsschicht unter stärkerer Berücksichtigung ihres individuellen Begabungsgefüges zu einer optimalen Entfaltung ihrer Anlagen geführt werden. Unterdurchschnittlich begabten Schülern wird durch einen ihre Schwierigkeiten besonders berücksichtigenden Unterricht in kleineren Gruppen sowie durch ein Angebot an zusätzlichen Förderungs- und Stützungsmaßnahmen wenigstens in einzelnen Leistungsbereichen zu einem besseren Anschluß an die Mittelgruppe verholfen.

In Wien wurden 12 Schulen mit 216 Klassen, in denen 6.500 Schülern der Unterricht erteilt wurde, als integrierte Gesamtschule geführt. In der Schule in 10, Herzgasse 27/I, Wendstattgasse 5/I, in 11, Enkplatz 4/I, sowie in 23, Dirmhirngasse 29, waren es je 16 Klassen. In 22, Polgarstraße, wurden 12 Klassen, in 22, Plankenmaisstraße 30, 17 Klassen, in 21, Pastorstraße 29, und 22, Anton-Sattler-Gasse 93, je 18 Klassen, in 14, Spallartgasse 18, 20 Klassen, in 23, Anton-Baumgartner-Straße 119, 21 Klassen, in 23, Steinergasse 25, 22 Klassen und in 23, Anton-Krieger-Gasse 25, 24 Klassen der 5. bis 8. Schulstufe eingerichtet.

Der Schulversuch Differenzierte Sonderschule wurde durch das Wiener Schulgesetz ermöglicht und verfolgt das Ziel, durch einen leistungsdifferenzierten Unterricht in den Pflichtgegenständen Deutsch und Mathematik günstigere Möglichkeiten für die Individualisierung des Unterrichtes zu eröffnen und den Schülern bessere Bildungs- und Berufschancen zu bieten. Den dafür geeigneten Schülern sollen außerdem günstigere Möglichkeiten für den Übertritt in die Hauptschule sowie in den Polytechnischen Lehrgang geboten werden, insbesondere aber auch in den Schulversuch „Einjähriger Lehrgang zur Erlangung des Abschlusses der 4. Hauptschulklasse (zweiter Klassenzug) für Schüler der Allgemeinen Sonderschule". Der Schulversuch wurde an den allgemeinen Sonderschulen in 2, Holzhausergasse 5, in 3, Petrusgasse 10, und in 17, Kastnergasse 29, mit je 6 Klassen sowie in 21, Adolf-Loos-Gasse 2, mit 10 Klassen geführt.

Unter Ausnützung der in der Ganztagsschule gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplangestaltung wurden in Verbindung mit einem sinnvollen Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits im Wege einer effektiven Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt und eingesetzt, die eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen. Die Schulzeit beginnt in der Regel um 8 Uhr und endet für Volksschüler um 15.30 Uhr, für Hauptschüler um 17.30 Uhr.

Für Volksschüler besteht die Möglichkeit, in der Ganztagsschule unter der Aufsicht der Lehrer bis 17.30 Uhr zu verbleiben, sofern die Eltern dies wünschen. Der Samstag ist schulfrei. Unter Berücksichtigung der pädagogischen Gegebenheiten und Erfordernisse können lehrplanmäßige Unterrichtsstunden über den gesamten Schultag verteilt werden. Im Schuljahr 1980/81 wurden 11 öffentliche Pflichtschulen als Ganztagsschulen geführt, und zwar die Volksschule in 2, Aspernallee 5, mit 8 Klassen, in 7, Zieglergasse 21, mit 2 Klassen, in 10, Carl-Prohaska-Platz, mit 8 Klassen und 1 Vorschulklasse, in 12, Am Schöpfwerk 27, mit 13 Klassen, in 15, Reichsapfelgasse 30, mit 7 Klassen, in 20, Spielmanngasse 1/II, mit 9 Klassen, in 21, Irenäusgasse 2, mit 7 Klassen, in 21, Dopschstraße 1/II, mit 8 Klassen sowie in 23, Wohnpark Alt-Erlaa, mit 8 Klassen. Ebenso wurden die Hauptschulen in 11, Hasenleitengasse 9, und in 14, Hochsatzengasse 22—24, mit je 8 Klassen, in 16, Roterdstraße 1, mit 12 Klassen und die integrierte Ganztags- und Gesamtschule in 22, Anton-Sattler-Gasse 93, mit 18 Klassen geführt. In den 116 Klassen nahmen rund 3.400 Schüler am Schulversuch Ganztagsschule teil.

Der Schulversuch „Sprachliche Förderung für Schüler mit nichtdeutscher Muttersprache" wurde für schulpflichtige Kinder ausländischer Arbeitnehmer eingerichtet. Dieser Schulversuch soll den Kindern zu einer besseren Verständigungs- und Ausdrucksfähigkeit in der deutschen Sprache verhelfen und dadurch ihre Integration in die Klassen- und Schulgemeinschaft fördern. Es handelte sich dabei um ein unterrichtsbegleitendes Sprachtraining in kleinen Gruppen von 8 bis 12 Schülern im Ausmaß von 2 Wochenstunden mit flexiblem Kursbeginn und flexibler Kursdauer. Im Schuljahr 1980/81 wurden rund 370 Förderkurse an rund 160 Standorten durchgeführt.

Der Schulversuch „Muttersprachlicher Zusatzunterricht für Kinder jugoslawischer Gastarbeiter" verfolgt das Ziel, im Wege eines zusätzlich erteilten Unterrichtsangebotes die muttersprachliche Bildung der Kinder soweit zu fördern, daß im Falle einer Rückkehr nach Jugoslawien die Integration dieser Kinder in jugoslawische Schulen ohne nennenswerte Schwierigkeiten und ohne Ablegung von besonderen Prüfungen gewährleistet ist. Der Schulversuch umfaßte daher für Schüler aller Schulstufen einen muttersprachlichen Unterrichtsbereich sowie

einen heimatkundlichen und einen geographisch-geschichtlichen Unterricht. Der Unterricht erfolgt nach einem österreichischen Lehrplan, der vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst auf der Grundlage eines jugoslawischen Lehrprogrammes erlassen wurde. Die erforderlichen Lehrbücher sowie sonstige Lehr- und Lernmittel wurden durch die jugoslawische Unterrichtsverwaltung kostenlos beigestellt. Der Unterricht wird in der Regel von jugoslawischen Lehrern erteilt, die jedoch der österreichischen Schulaufsicht unterstehen und für jeweils ein Schuljahr als Sondervertragslehrer angestellt werden. Der Schulversuch wurde an rund 140 Standorten in rund 240 Gruppen durchgeführt.

Der Schulversuch „Muttersprachlicher Zusatzunterricht für Kinder türkischer Gastarbeiter" verfolgt das gleiche Ziel wie der oben genannte für die jugoslawischen Gastarbeiterkinder. Er umfaßt für Schüler aller Schulstufen einen Unterricht in türkischer Sprache und Sozialkunde (türkische Geschichte, türkische Geographie und Staatsbürgerkunde) sowie Religions- und Moralunterricht. Der Sozialkundeunterricht wird in der 1. und 2. Schulstufe mit dem Sachunterricht verbunden und erst ab der 3. Schulstufe als herausgehobener Bereich des Sachunterrichtes geführt. Der Unterricht erfolgt nach gruppenspezifischen Lehrstoffverteilungen auf der Grundlage eines vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst erlassenen Lehrplanes, dem ein von türkischer Seite zur Verfügung gestellter Lehrplan zugrunde liegt. Die erforderlichen Lehrbücher sowie sonstige Lehr- und Lernmittel werden vom türkischen Erziehungsministerium kostenlos zur Verfügung gestellt und nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst an die Schulen geliefert. Die unterrichtsbegleitenden Kurse werden im Ausmaß von vier Wochenstunden für jeweils 7 bis 15, in der Regel für 10 bis 12 Schüler eingerichtet. Dieser Schulversuch wurde im Schuljahr 1980/81 an 30 Standorten in über 40 Gruppen durchgeführt.

Der Schulversuch „Einjähriger Lehrgang zur Erlangung des Abschlusses der 4. Hauptschulklasse (zweiter Klassenzug) für Schüler der allgemeinen Sonderschule" verfolgt das Ziel, besonders erfolgreiche Schüler der Allgemeinen Sonderschule im letzten Jahr ihrer gesetzlichen Schulpflicht oder in einem freiwilligen 10. Schuljahr in die Hauptschule zurückzuführen, um ihnen mit dem Abschluß der 4. Hauptschulklasse im zweiten Klassenzug bessere Chancen für den Start in den Beruf zu ermöglichen. Die Schüler werden zu diesem Zweck in eigenen Hauptschulklassen mit mindestens 15 und höchstens 20 Schülern zusammengefaßt und von Hauptschullehrern nach den Lehrplanbestimmungen für den zweiten Klassenzug unterrichtet. Dieser Schulversuch wird derzeit an fünf Hauptschulen mit 6 Klassen erfolgreich durchgeführt.

Durch eine Novelle zum Wiener Schulgesetz wurde die Möglichkeit geschaffen, nach vorheriger Befragung der Eltern, die Kinder in einer Volksschule, Sonderschule oder in einem Polytechnischen Lehrgang haben, den Samstag schulfrei zu erklären. Auf Grund der durchgeführten Befragungen wurde ab dem Schuljahr 1979/80 der Samstag an rund drei Viertel der öffentlichen Volksschulen sowie an den meisten Sonderschulen und an allen Polytechnischen Lehrgängen schulfrei erklärt.

Zu Beginn des Schuljahres 1980/81 bestanden in Wien 10 kaufmännische und 25 gewerbliche berufsbildende Schulen. Die kaufmännischen Berufsschulen umfaßten 341 Klassen mit 9.726 Schülern, die gewerblichen Berufsschulen 761 Klassen mit 21.748 Schülern.

Die Gesamtschülerzahl an den Berufsschulen hängt eng mit der Stärke der entsprechenden Geburtsjahrgänge zusammen. Sie erreichte im Schuljahr 1968/69 ihren Tiefpunkt mit 18.000 Schülern, stieg aber seither stark an.

Die für den Bereich der Berufsschulen typischen, zumeist nicht vorhersehbaren Umschichtungen innerhalb der einzelnen Berufssparten, das Aussterben und die Entstehung neuer Berufe stellen die Stadtverwaltung bei der Schulraumvorsorge, insbesondere bei den Unterrichtsräumen für den praktischen Unterricht, vor große Schwierigkeiten. Als Beispiel dafür sei etwa der rapide Rückgang der Zahl der Lehrlinge im Textilgewerbe, das Anwachsen der Schülerzahl bei den Elektrotechnikern und Automechanikern und in gewissen kaufmännischen Berufen oder bei den neuen Berufsgruppen der Kunststoffverarbeiter, der Verpackungsmittelmechaniker und der Textilmechaniker angeführt. Die speziellen Raum- und Ausstattungserfordernisse für die einzelnen Berufssparten stehen der erforderlichen Mobilität in der Raumverwendung manchmal entgegen oder bedingen zumindest größere Kosten bei den notwendigen Umwidmungen. Die 35 Berufsschulen sind in 15 Schulgebäuden untergebracht. Der Unterricht an den Wiener Berufsschulen wird im allgemeinen ganzjährig geführt, an gewerblichen Berufsschulen jeweils mit einem ganzen Tag in der Woche und an kaufmännischen Berufsschulen mit zwei halben Tagen in der Woche.

Die Verfachlichung des Unterrichtes wurde in Wien vollkommen erreicht. In den meisten Lehrberufen bestehen eigene Fachklassen, in etlichen wurde in den fachtheoretischen Gegenständen eine Gruppenteilung eingerichtet, nur in wenigen Gewerben mußten auf Grund der geringen Schülerzahl mehrere Schulstufen in einer Klasse zusammengefaßt werden. Darüber hinaus werden Lehrlinge in bestimmten Splitterberufen aus mehreren Bundesländern auf Grund von Vereinbarungen mit den einzelnen Landesregierungen in Lehrgängen unterrichtet, die in acht Wochen den Lehrstoff eines Jahres vermitteln. Wien betreute im Jahre 1981 42 Lehrgangsklassen mit 805 Schülern in den Lehrberufen Gärtner, Blumenbinder und -händler (Floristen), Musikinstrumentenerzeuger, Holz- und Steinbildhauer, Drechsler, Kunststoffverarbeiter, Verpackungsmittelmechaniker und Reise-

büroassistenten. Andererseits besuchten 124 Lehrlinge, unter anderem Büchsenmacher, Vulkaniseure, Dachdekker, Hotel- und Gastgewerbeassistenten, Lehrgänge in anderen Bundesländern.

Auf Grund der 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle werden an Berufsschulen Schulversuche durchgeführt, die der Erprobung neuer möglicher Organisationsformen hinsichtlich der Zusammenfassung der Schüler nach ihren Leistungen in Leistungsgruppen in einzelnen Unterrichtsgegenständen dienen. Das Ziel der Schulversuche ist einerseits die Förderung der leistungsschwächeren Schüler, damit ein größerer Anteil von Berufsschülern das lehrplanmäßige Jahresziel erreichen kann, andererseits die Förderung der leistungsstärkeren Schüler, denen eine Vertiefung bestehender Lehrplaninhalte oder zusätzliche Unterrichtsgegenstände angeboten werden können. Bei der Bildung von Leistungsgruppen sind die leistungsstärkeren Schüler mit überdurchschnittlichen Leistungen in die Leistungsgruppe I, die Schüler mit durchschnittlichen Leistungen in die Leistungsgruppe II und die leistungsschwächeren Schüler in die Leistungsgruppe III einzuordnen. Den Schülern in der Leistungsgruppe III werden Förderkurse angeboten, damit das lehrplanmäßig vorgesehene Jahresziel und eventuell die höhere Leistungsgruppe erreicht werden können. Insgesamt fünf Modellvarianten mit zwei bzw. drei Leistungsgruppen stehen zur Auswahl. Leistungsschwächere Schüler können in homogenen Kleingruppen besser gefördert werden, leistungsstärkere Schüler bessere Leistungen erbringen. Die angebotenen Förderkurse werden mit geringen Ausnahmen von den Schülern besucht.

Das größte Zentralberufsschulgebäude in 6, Mollardgasse 87, stammt aus dem Jahre 1908, wurde nach dem Krieg nach schweren Bombenschäden wieder hergestellt und muß den heutigen Anforderungen des Berufsschulunterrichtes angepaßt werden. Diese Anpassung erfolgt schrittweise im Zuge eines umfassenden Instandsetzungs- und Modernisierungsprogrammes. Nach Abschluß der Arbeiten an der Zentralheizungsanlage wurden die zur Sanierung der Wasserinstallation und des Kanalnetzes ebenfalls abgeschlossen. 1981 wurden für Modernisierungsarbeiten im 4. Obergeschoß 7 Millionen Schilling aufgewendet. Die Gesamtkosten der Umbauarbeiten werden voraussichtlich 78 Millionen Schilling betragen. Die Bauarbeiten für die Erweiterung und Modernisierung des Zentralberufsschulgebäudes in 15, Hütteldorfer Straße 7—17, wurden im Jahre 1981 mit einem Betrag von 23 Millionen Schilling fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich 220 Millionen Schilling betragen. Die Adaptierung des Volksschulgebäudes für die Berufsschule für Bürokaufleute in 15, Meiselstraße 19, wurde 1981 fortgesetzt. Die Baurate für 1981 betrug 6 Millionen Schilling. Die Gesamtkosten werden voraussichtlich 19,3 Millionen Schilling betragen.

Die Ausstattung der Berufsschulen mit Maschinen und Geräten wurde auch im Jahre 1981 modernisiert. So wurden unter anderem der Berufsschule für Baugewerbe 2 Zeichenmaschinen und Werkzeug im Wert von 25.000 S, der Berufsschule für chemische, leder- und papierverarbeitende Berufe und Tapezierer 1 Episkop und Werkzeug im Wert von 74.000 S, der Berufsschule für Goldschmiede 1 Schleif- und Poliermaschine, 1 Metallgehrungssäge, Werkzeug und 1 Satz Spannzangen im Wert von 66.000 S beigestellt. Die Berufsschule für Bäkker und Konditoren, Fleischer erhielt 1 Freezer im Betrage von 75.000 S, 1 Rühr- und Schlagmaschine für 26.000 S und 1 Schleifmaschine im Wert von 7.000 S, die Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik Werkzeuge und Geräte für Raum 1 und 4 im Wert von 225.000 S und die Berufsschule für Schlosser und Glaser 4 Laborplätze für Pneumatik im Wert von 148.000 S, 8 Werkbänke um 47.000 S, Glaserwerkzeug im Wert von 30.000 S sowie 65 Zeichenplatten. In der Berufsschule für Technische Zeichner und Zahntechniker wurden für 1 Bego Eltherm, 1 Bego Regulus, 1 Heraeus, 18 Artikulatoren und 10 Gnathomat 183.000 S aufgewendet, in der Berufsschule für Einzelhandel I wurde Büromaterial im Wert von 2.000 S gekauft. Die Berufsschule für Einzelhandel II erhielt 1 Radiorecorder um 2.500 S, 3 Kassettenrecorder im Wert von 4.500 S, die Berufsschule für Einzelhandel III 2 NCR-Lesegeräte um 16.400 S, 1 Plattenspieler um 2.000 S, 1 Bandaflex, 1 Banda-Umdrukker, 1 Fernsehtisch und diverse Photolaboreinrichtungen im Wert von 58.600 S. Der Berufsschule für Einzelhandel IV wurden 1 Tonfilmprojektor, 1 Diaprojektor, 1 Abziehapparat im Wert von 40.000 S, ferner 1 Vervielfältigungsapparat um 11.200 S, 1 Umdruckmaschine im Betrage von 11.000 S und Büromaterial im Wert von 7.500 S beigestellt, für die Berufsschule für Friseure I und II wurde 1 Epiliergerät um 18.000 S, 1 Oligodermiegerät und 1 Ionthophoresegerät im Wert von 63.100 S, 1 Pulverisator sowie Einrichtungsgegenstände und Werkzeug im Wert von 196.000 S gekauft. Für die Berufsschule für Bekleidungs- und Textilgewerbe wurde 1 Bügelautomat im Wert von 50.000 S, für die Berufsschule für Bürokaufleute wurden 1 Kassettenrecorder, 1 Diktiergerät, 4 Radiorecorder und 1 Filmprojektor im Wert von 30.000 S, für die Berufsschule für Büro- und Industriekaufleute 14 Diktiergeräte im Wert von 70.000 S angeschafft. Die Berufsschule für Gastgewerbe erhielt Küchengeräte im Wert von 80.000 S, 1 Rührwerk Hobart um 84.200 S sowie Küchentransportwagen, 1 Sodawasseranlage und Geschirr im Wert von 10.000 S, die Berufsschule für Großhandel I 1 Filmapparat im Wert von 18.000 S, die Berufsschule für Großhandel II 1 Filmapparat im Wert von 15.000 S und die Berufsschule für Elektromechanik 64 Zeichenplatten um 15.000 S, 11 RC-Generatoren um 63.000 S sowie 8 Oszilloskope im Wert von 84.000 S. In der Berufsschule für Industriekaufleute wurden für Wörterbücher und Kurzzeitnehmer 11.000 S aufgewendet, in der Berufsschule für Elektrotechnik I für 35 Meßgeräte 117.000 S, für 4 Eisenkerne, 35 Widerstände, 20 Aufhängemodelle, 8 Demonstrationsmodelle 64.000 S sowie für 1 Notrufanlage und 1 Personensuchanlage 34.000 S ausgegeben. Die Berufsschule für Elektrotechnik II erhielt Laboreinrichtungen im

Wert von 227.000 S, die Berufsschule für Kfz-Technik I 1 Speicheroszilloskop im Wert von 79.000 S sowie 1 Meßverstärker um 25.000 S. Der Berufsschule für Kfz-Technik II wurden 1 Stecksystem um 15.000 S, 1 Demonstrationsmotor und 1 Stroboskop um 43.000 S, 1 Diaprojektor und 1 Aufsatz im Wert von 13.000 S beigestellt, der Berufsschule für Nachrichtentechnik 10 Leistungsgeneratoren um 71.000 S, 4 Oszilloskope um 35.000 S, 4 Farbfernsehgeräte sowie 1 Diaprojektor im Wert von 48.000 S und Laboreinrichtungen im Betrage von 226.000 S. Die Zentrale Lehrwerkstätte erhielt 1 Dieselmotor um 36.000 S, diverse Meßgeräte für Einspritzpumpenstand um 55.000 S, 1 Dieseltester im Wert von 33.000 S, 1 Schweißanlage um 29.000 S sowie Werkzeuge und Einrichtungen im Wert von 174.000 S, die Berufsschule für Graphisches Gewerbe 1 Nylonprintanlage im Wert von 163.000 S. Insgesamt wurden 1981 für die Anschaffung von Maschinen und Werkzeugen 6,408.000 S aufgewendet, für den praktischen Unterricht 7,430.000 S, für den theoretischen Unterricht 2,305.000 S ausgegeben. Der Stadt Wien erwuchsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten von 382,245.000 S. In diesem Betrag ist auch der Lehrerpersonalaufwand enthalten, von dem 50 Prozent auf Grund des Finanzausgleichgesetzes 1969 vom Bund der Stadt Wien rückerstattet werden.

Die beiden **Fachschulen der Stadt Wien** für wirtschaftliche Frauenberufe bieten eine fundierte praktische Ausbildung für die Tätigkeit im Haushalt, für hauswirtschaftliche Frauenberufe in größeren Familienhaushalten sowie in Anstalts- und Fremdenverkehrsbetrieben. Die Fachschule der Stadt Wien für Damenkleidermacher bildet Mädchen in einem 4jährigen Bildungsgang zu Kleidermachergehilfinnen aus. In der Ausbildung nimmt die Arbeit in der Werkstätte einschließlich der Fachkunde und der Modetechnik breiten Raum ein. Der Lehrplan umfaßt darüber hinaus Schnittzeichen und Modellarbeit, Entwurf und Modezeichnen, Materialienkunde und Textilchemie. Die drei Fachschulen sind Privatschulen der Stadt Wien und führten im Schuljahr 1980/81 insgesamt 29 Klassen mit 740 Schülerinnen.

Die Abteilung bedeckt auch den Lehrerbedarf für das erste Ausbildungsjahr an den 11 Krankenpflegeschulen der Stadt Wien. Der Gesamtstand der Lehrer betrug 141, davon standen 42 nur in den Krankenpflegeschulen und 4 sowohl an den Krankenpflegeschulen als auch an den Fachschulen in Verwendung.

In der Fachschule in 12, Dörfelstraße, wurde für die Modernisierung von zwei Schulküchen ein Betrag von 1,500.000 S aufgewendet. Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug im Jahre 1981 rund 38,838.000 S.

Das **Pädagogische Institut** der Stadt Wien veranstaltete im Jahre 1981 Vorlesungen, Übungen und Einzelveranstaltungen zur Fortbildung und zur Vorbereitung auf die Dienstprüfungen für Lehrer aller Kategorien sowie für Kindergärtnerinnen und für Erzieher. Zu den ständigen Vorlesungen kamen neu hinzu: ein Seminar „Jugend und Massenmedien", eines über Kinderbücher der Gegenwart — Unterrichtsprinzip Lesen — sowie eines über den Trend in der modernen Jugendliteratur; ferner Veranstaltungen des Zentrums für Verhaltenspädagogik, ein Bewegungspädagogisches Praktikum, ein Theaterpädagogischer W o r k s h o p ; weiters eine Veranstaltung „Soziales Lernen als zentrales Anliegen der Unterrichtsgestaltung", eine Lehrerbalintgruppe in Zusammenarbeit mit der Sigmund-Freud-Gesellschaft, Falldarstellungen und Fallbesprechungen an Hand konkreter Beispiele, wie „Das gestörte Kind und seine Familie", „Kreative Konfliktlösung im Alltag" und „Soziales Lernen in der Schulklasse"; weiters wurde an Vorlesungen geboten „Spiele im Unterricht", „Lehrer-Schüler-Konferenz", eine „Einführung in die Psychoanalyse" für Pädagogen sowie ein Psychoanalytisches Seminar für Pädagogen; an weiteren Themen sind die Jahresarbeit auf der 5. Schulstufe der Schwerstbehindertenschule und der neue polytechnische Lehrgang an der Allgemeinen Sonderschule — Integration Lernbehinderter in das Berufsleben — anzuführen; weiters ein wirtschaftskundliches Seminar, ein Lehrgang für Buchhaltung, ein naturkundlich-technisches Seminar, ein sozial- und wirtschaftskundliches Seminar; weiters die Veranstaltungen „Die soziokulturelle Umwelt ausländischer Kinder", Didaktik des Förderunterrichtes „Deutsch" für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache, moderne Schulchemie mit anschließenden Übungen und „L'Italia e gli Italiani"; schließlich textiles Werken in der Grundschule im Hinblick auf schöpferisches Gestalten, der Einsatz des Orff-Instrumentariums in der Volksschule, Gymnastik mit Musik, Leibesübungen für Lehrerinnen zur Besserung der eigenen Leistungsfähigkeit und als Arbeitshilfe zur Jahresplanung für die Grundschule sowie eine Vorlesung über Kommunikation und Kooperation. Am Beginn des Schuljahres 1980/81 veranstaltete das Pädagogische Institut eine Fortbildungswoche für Volks-, Haupt- und Sonderschullehrer sowie für Lehrer an Polytechnischen Lehrgängen.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1981 hatten 4.235 Hörer inskribiert. Dazu kamen noch zahlreiche Teilnehmer an Veranstaltungen, die nicht inskriptionspflichtig sind.

Der Bücherzuwachs der P ä d a g o g i s c h e n Z e n t r a l b ü c h e r e i betrug im Jahre 1981 rund 1.300 Bände, so daß sich der gegenwärtige Bücherbestand auf 168.000 Bände (Bücher und Zeitschriften) beläuft. Im Lesesaal lagen 136 Zeitschriften zur Einsichtnahme auf, neue Nachschlagewerke wurden eingestellt. Die Bücherei wurde von rund 12.000 Entlehnern in Anspruch genommen, die 55.000 Bücher nach auswärts entlehnten, der Lesesaal von 6.500 Lesern besucht, die 15.000 Bücher und Zeitschriften benützten. Die Gesamtausgaben für das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei betrugen im Jahre 1981 10,102.000 S.

Kultur und Bürgerdienst

Bürgerdienst

Auf Grund der bisher gemachten positiven Erfahrungen wurden vom Bürgerdienst im Jahre 1981 drei Außenstellen im 3., 12. und 20. Bezirk eröffnet. Ab 10. März 1981 standen somit der Bevölkerung folgende 13 Bürgerdienststellen zur Verfügung:

Stadtinformation, 1082 Wien, Rathaus	Telephon 43 89 89
Außenstelle Landstraße	
1030 Wien, Karl-Borromäus-Platz 3	Telephon 75 31 25
Außenstelle Favoriten	
1100 Wien, Laxenburger Straße 43—45	Telephon 64 42 41
Außenstelle Simmering	
1110 Wien, Enkplatz 2	Telephon 74 52 34
Außenstelle Meidling	
1121 Wien, Hufelandgasse 2	Telephon 83 75 64
Außenstelle Hietzing	
1130 Wien, Hietzinger Kai 1	Telephon 82 24 92
Außenstelle Rudolfsheim-Fünfhaus	
1150 Wien, Gasgasse 8—10	Telephon 83 11 48
Außenstelle Ottakring	
1164 Wien, Richard-Wagner-Platz 19	Telephon 92 53 77
Außenstelle Währing	
1181 Wien, Martinstraße 100	Telephon 34 13 39
Außenstelle Brigittenau	
1200 Wien, Brigittaplatz 10	Telephon 35 42 97
Außenstelle Floridsdorf	
1211 Wien, Am Spitz 1	Telephon 38 34 92
Außenstelle Donaustadt	
1222 Wien, Schrödingerplatz 1	Telephon 23 85 65
Außenstelle Liesing	
1235 Wien, Perchtoldsdorfer Straße 2	Telephon 86 35 40

Vom Bürgerdienst wurden insgesamt 169.721 Fälle registriert gegenüber 146.614 im Jahre 1980. Der Großteil, und zwar 162.917 Fälle, betraf Auskünfte, Informationen und leicht zu erledigende „Kleinigkeiten". Bei 6.804 schwierigeren Fällen war eine aktenmäßige Bearbeitung notwendig.

Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Zunahme um 23.107 Fälle. Während bei der Stadtinformation keine große Veränderung zu bemerken war, hat sich die Zahl der Fälle bei den Außenstellen beinahe verdoppelt, und zwar von 22.470 Fällen im Jahre 1980 auf 41.211 im Jahre 1981. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß ab März weitere drei Außenstellen zur Verfügung standen. Diese außerordentlich große Steigerung ist auch auf den wachsenden Bekanntheitsgrad der Außenstellen und eine bereits wirksame Mundpropaganda zurückzuführen.

Hauptaufgabe der Stadtinformation war es, wieder Anfragen aller Art möglichst sofort zu beantworten und Meldungen über Schäden und Unzukömmlichkeiten rasch weiterzuleiten. Darüber hinaus gab es bei der Tätigkeit Schwerpunkte, wie den Versand von zirka 20.000 Prospekten, vor allen Programme für die Festwochen und den Musikalischen Sommer, die Umtauschaktion für 110.000 Parkscheine auf Grund einer Gebührenänderung sowie die Führungen durch das Rathaus, an denen 48.000 Personen teilgenommen haben.

Die Außenstellen hatten vor allem den Mitbürgern bei allen Problemen eine Hilfestellung zu geben, ferner Auskunft zu erteilen, an welche Stelle sie sich mit ihren Problemen wenden können, Meldungen über Unzukömmlichkeiten, Schäden und Defekte entgegenzunehmen und weiterzubehandeln, schließlich Verbesserungsvorschläge anzunehmen und weiterzuleiten sowie Auskünfte zu geben. Neben dieser allgemeinen Aufgabenstellung lagen die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bei der Mithilfe im Rahmen der Volkszählung mit der Information der Bevölkerung und der Hilfestellung beim Ausfüllen der Formulare sowie beim Parkscheinumtausch. Schließlich wurde 1981 das erste Mal der Budgetvoranschlagsentwurf bei den Außenstellen des Bürgerdienstes zur allgemeinen Einsicht und zur Entgegennahme von Erinnerungen aufgelegt.

Kulturamt

Von rund 70 Interessierten bewarben sich nach Informationsgesprächen und individuellen Beratungen 58 Personen um ein Wissenschaftsstipendium. Aus den eingereichten Forschungsvorhaben wurde für 43 je ein Wissenschaftsstipendium in der Gesamthöhe von 803.000 S vergeben.

78 Institutionen, wissenschaftliche Gesellschaften und Vereine, darunter die Österreichische Akademie der Wissenschaften, die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft, der Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs, das Institut für Stadtforschung, das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum, das Institut für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz in Linz, wurden mit einem Gesamtbetrag von 28,879.000 S gefördert.

Im Jahre 1981 wurde die Sammlung, Ergänzung und Bearbeitung jener Daten und Fakten fortgesetzt, die zu sachlichen und aktuellen Stellungnahmen seitens der Abteilung hinsichtlich der Leitlinien für den Stadtentwicklungsplan Wien über das Kapitel „Hochschule" erforderlich sind.

Durch die Literaturförderung erhielten sieben literarische Gesellschaften insgesamt 100.000 S. Im Rahmen der Aktion „Literaturförderung durch Buchankauf" wurden 83 Titel in einer Anzahl von 5.645 Exemplaren zu einem Gesamtbetrag von 1,407.338 S erworben, für Förderungsankäufe von Zeitschriften 193.069 S ausgegeben. Mit einem Aufwand von 300.000 S konnte die Drucklegung von literarischen Werken gefördert werden. Die Ausgaben für Buchankäufe betrugen somit insgesamt 1,900.407 S. Durch die Aktion „Wiener Autoren in Wiener Verlagen" kamen vier Autoren in den Genuß eines Tantiemenvorschusses von insgesamt 100.000 S.

Vom 6. bis 8. März wurde der Erste Österreichische Schriftstellerkongreß im Rathaus abgehalten, vom 7. bis 14. März fand zum Thema „Frauenmacht und Ohnmacht" die Literatur im März statt. Am 14. März wurde erstmals in Wien der Wettbewerb „Junge Lyrik" veranstaltet. Vom 24. bis 30. April konnte eine Literaturwoche für junge Leser mit dem Thema „Lesen, sehen, einander verstehen" abgehalten werden. Die Eröffnung zu dieser Veranstaltung wurde mit der Verleihung des Kinder- und Jugendbuchpreises der Stadt Wien eingeleitet. Vom 11. bis 14. Mai wurde ein Schnitzlersymposium, am 1. Juni eine Feierstunde anläßlich des 70. Geburtstages von Fritz *Hochwälder* sowie am 24. und 25. März ein Stefan-Zweig-Symposium abgehalten. Im „Literarischen Quartier" in der Alten Schmiede wurden 73 Lesungen, 12 Hörspielabende und 7 Veranstaltungen im Literatureck durchgeführt, zu denen 8.220 Besucher kamen. Vom 10. bis 16. Juni fand das Autorenseminar Ernst *Jandl,* am 2. und 3. Juli die Veranstaltung „Zeitgenössische Frauendarstellung" und am 19. September schließlich der „Tag der offenen Tür" im Rathaus statt.

Den zentralen Aufgabenbereich der Musikpflege bildet der „Musikalische Sommer", der sich beim in- und ausländischen Publikum wieder größter Beliebtheit erfreute. Von den 16 Arkadenhofkonzerten mußten nur 3 wegen Schlechtwetters in das Konzerthaus verlegt werden. Insgesamt konnte eine Besucherzahl von fast 25.000 erreicht werden, was gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung von 9 Prozent entsprach. Nach einem Jahr Unterbrechung konnten die Konzerte in der großen Galerie des Schlosses Schönbrunn wieder durchgeführt werden, die bei 18 Veranstaltungen einen Besuch von 8.422 Personen aufwiesen und vor allem beim ausländischen Publikum nichts an Attraktivität eingebüßt haben. Die 18 Palaiskonzerte fanden 3.486, die 8 Konzerte an Gedenkstätten, davon 4 im Schubert-, 3 im Haydn-Haus und eines in der Basilika Maria Treu, 720 Besucher. Das in den letzten beiden Jahren steigende Interesse für Kirchenkonzerte wurde mit 3.134 Besuchern bei 8 Veranstaltungen bestätigt, wobei auch der Stephansdom mit über 1.000 Plätzen ausverkauft war. Die neu eingeführte Reihe „Musik im Klang ihrer Zeit" fand mit 1.237 Besuchern bei 7 Konzerten noch nicht den erwarteten Zuspruch. Die erstmals veranstalteten 4 „Schrammelabende" hingegen erfreuten sich bei freiem Eintritt regen Interesses. Was die anderen frei zugänglichen Veranstaltungsserien betrifft, so wurden etwa 3.000 Besucher bei den Promenaden- und rund 5.000 bei den Parkkonzerten registriert. Dem Gesamtaufwand von 11 Millionen Schilling für den „Musikalischen Sommer 1981" standen Einnahmen von rund 3 Millionen Schilling gegenüber.

Die „Gedenkstättenkonzerte", die 1981 außer den 5 Doppelveranstaltungen an den bewährten Spielorten im Schubert- und Haydn-Haus auch 4 Konzerte in den Sträussel-Sälen des Theaters in der Josefstadt und eines in der Pfarrkirche Lichtental umfaßten, waren alle ausverkauft.

Im „Advent in Wien" waren über den Kunstverein Wien 62 Bezirksveranstaltungen mit gemeinsamer Werbung (Plakate, Prospekte) zusammengefaßt; sie wurden teilweise vom Kulturamt der Stadt Wien mit einer Ausfallshaftung finanziell getragen.

Die Zusammenarbeit mit erprobten Veranstaltern und Agenturen, wie Musikalische Jugend Österreichs, Musikverein, Konzerthaus, Kunstverein Wien, „Stimmen der Welt", für die das Kulturamt der Stadt Wien als Initiator und gegebenenfalls als Ausfallshafter fungiert, hat sich in allen Fällen bewährt: so wurden „Tage der Sakralmusik", „Jazz- und Pop-Frühling", „Wiener Schubert-Tage", „Show-Herbst" und Konzerte im Künstlerhaus im Rahmen von Ausstellungen geboten. Besonders vielversprechend verliefen die im Jahr der Behinderten eingeführten Konzerte in Krankenanstalten und Pflegeheimen. Der traditionelle Jahresabschluß durch das Silvester-Turmblasen brachte mit rund 800 Besuchern den größten Publikumszuspruch seit Jahren.

Subventionen wurden in der Höhe von insgesamt 66,395.000 S vergeben. Davon ergingen an die Wiener Symphoniker 62,100.000 S, während den Hauptanteil der Restsumme die Wiener Konzerthaus-Gesellschaft, die Gesellschaft der Musikfreunde und die Wiener Meisterkurse erhielten.

Der Wiener Film förderungsfonds wurde wieder mit einem Betrag von 5 Millionen Schilling dotiert, womit

die Filme „Anima" von Titus Leber, „Zechmeister" von Angela Summereder und „Kein schöner Land . . ." von Edwin Zbonek unterstützt werden konnten.

Aus einem Gesamtbudget von 1,5 Millionen Schilling wurden von der Stadt Wien drei Filme in Auftrag gegeben: „Integration", ein Film über die Psychiatrie-Reform, „Alfons Petzold", ein Film zum 100. Geburtstag des österreichischen Arbeiterdichters, und „Finale und Auftakt", ein Streifen über Elisabeth Bergner zum 85. Geburtstag. Die Filme sind fertiggestellt bzw. im letzten Stadium der Fertigstellung. Belegkopien werden der Landesbildstelle übergeben.

Die Jungfilmerförderung und die Förderung von Videoprojekten wurden mit einem Ansatz von 600.000 S voll ausgeschöpft: Sieben Projekte junger Filmemacher und vier Video-Projekte konnten unterstützt werden. Alle Filme wurden fertiggestellt und zum Teil auch im Fernsehen gezeigt.

In T h e a t e r angelegenheiten wurde die bisherige Subventionstätigkeit für die Wiener Groß-, Mittel- und Kleinbühnen im üblichen Rahmen — jedoch möglichst unter Berücksichtigung der Geldentwertung — fortgeführt.

Die im Jahre 1980 begonnenen großzügigen Erneuerungsarbeiten am Theater an der Wien und am Volkstheater wurden fortgeführt und abgeschlossen. Damit sind zwei der wichtigsten und schönsten großen Wiener Theater sowohl in ihrem äußeren Erscheinungsbild wiederhergestellt als auch in technischer Hinsicht den Anforderungen unserer Zeit entsprechend ausgestattet. Das Theater an der Wien nahm seinen Betrieb im Jänner, das Volkstheater im September 1981 wieder auf. Im Raimundtheater wurde die dringend notwendige Sanierung der elektrischen Anlage subventioniert. Die Wiener Kammeroper, die wegen Einsturzgefahr des Daches gesperrt worden war, konnte nach dessen mit Subvention der Stadt Wien erfolgtem Neubau im April 1981 provisorisch wieder eröffnet werden. Die Gesamtsanierung des Hauses ist für 1982 vorgesehen. Der zuletzt vom Theater in der Josefstadt gemietete und von diesem dem Ensembletheater zur Verfügung gestellte Theaterkeller wurde vom Volkstheater übernommen und wird unter der Bezeichnung „VT-Studio" weitergeführt.

Erstmals wurden den Wiener Theatern für die Aufführung österreichischer Autoren Prämien zur Verfügung gestellt. Bei der Aufteilung des Gesamtbetrages von 1 Million Schilling wurden die Kriterien, wie künstlerische Qualität der Aufführung, Größe und Bedeutung des Theaters, Aufführungen zeitgenössischer Autoren und Uraufführungen, berücksichtigt. Bei Prämien für die Aufführung lebender Autoren wurde den Theatern vorgeschrieben, Teilbeträge an den Autor weiterzugeben.

Die nur mit Hilfe von Zuschüssen aus dem Wiener Filmförderungsfonds produzierten Filme „Der Schüler Gerber" und „Der Bockerer" wurden uraufgeführt. „Der Schüler Gerber" (Prädikat: besonders wertvoll) brachte der Wiener Urania den größten Publikumserfolg seit vielen Jahren; „Der Bockerer" (Prädikat: sehenswert) erhielt bei den Internationalen Filmfestspielen in Moskau den großen Preis für den Hauptdarsteller Karl Merkatz. Erwähnung verdient auch die Weiterführung folgender schon im Vorjahr begonnener Aktivitäten: Von den 4.000 aufgelegten Wiener Stadtabonnements konnten 3.897 verkauft werden. Das Straßentheater-Festival fand eine Ausweitung auf die Außenbezirke.

Im Rahmen der Theaterkultur wurde der „Büßer Boleslaw" von Roman Brandstaetter in der Minoritenkirche gezeigt. Das Gemeindehof-Theater brachte von Dario Fo „Bezahlt wird nicht", das Sommertheater am Spittelberg „Lumpazi" von Nestroy. Im Rahmen der b i l d e n d e n K u n s t wurden verschiedene Aktionen weitergeführt: Die Artothek, mit der die Stadt Wien Leihbilder zur Verfügung stellt, wurde auf Kleinplastiken erweitert. Die Kunstwerke können durch den Galerieverband österreichischer Galerien moderner Kunst auch gekauft werden. Die Aktion „Galerie im Krankenhaus" wurde mit sechs Ausstellungen fortgeführt, ebenso die „Kunst am Hof". War diese Exposition früher nur Samstag vormittags geöffnet, so ist sie jetzt auch Freitag nachmittags zu sehen.

Über Initiative oder unter Mitwirkung des Kulturamtes der Stadt Wien wurden folgende Ausstellungen veranstaltet: In der Exposition „Künstler malen und zeichnen in Betrieben" wurden vom 12. bis 24. Jänner in der Volkshalle im Rathaus die Ergebnisse der zweiten Aktion gezeigt. Vom 15. Jänner bis 8. Februar wurden im Rahmen des Bundesländerprogramms von der Gruppe 77-Graz „Nicht realisierte Projekte, Realisationen" präsentiert. Im Stadtpark fand vom 17. bis 31. März die Ausstellung „Das längste Bild der Welt" statt. Vom 7. April bis 15. Mai wurde in der Secession „Friedrich Hundertwasser", vom 15. bis 30. August im Künstlerhaus die „3. Freie Kunstausstellung", vom 17. August bis 17. September „Kunst in der Stadt, Symposion Oberlaa" am Karlsplatz gezeigt. 5. Internationale Graphikbiennale, „Erweiterte Fotografie", nannte sich eine Ausstellung, die vom 22. Oktober bis 22. November in der Wiener Secession stattfand, „Art-Club" eine Exposition im Museum des 20. Jahrhunderts, die ab 16. November gezeigt wurde.

Im Rahmen der Bezirksaktivitäten 1981 wurden insgesamt 150 Veranstaltungen vom Kulturamt mit einem Budget von 5,1 Millionen Schilling gefördert. Für die Subventionierung von Institutionen (Künstlerhaus, Kunstverein BVÖ, Secession), für die 5. Internationale Biennale, die Erweiterte Fotografie, in der Wiener Secession, ferner für die Galerie auf der Stubenbastei, den Weihnachtskunstmarkt, für die Österreichische Gesellschaft für Architektur und das Seminar G. Grassi AGORA 81 wurden 12,727.000 S veranschlagt. Die Plakat-

wertungsaktion 1981 wurde gemeinsam mit der GEWISTA durchgeführt. Der Preis des Kulturamtes der Stadt Wien betrug 20.000 S. Die Prämien für Wiener Kleingalerien machten insgesamt 240.000 S aus. Für Bildankäufe, insgesamt 264 Werke, wurden 1,5 Millionen Schilling ausgegeben.

Als Verleihungsbehörde erteilte das Kulturamt 24 Theaterkonzessionen, einschließlich der für die Stegreifbühne und die Sommerarena, weiters 8 Varieté- und 58 Kinokonzessionen, wobei die letzteren auch Erlaubnisse für Film-, Schmalfilm- und Stehbildaufführungen betrafen. Im Laufe des Jahres 1981 wurden außerdem 20 Bewilligungen für Tierschauen, 86 für Publikumstanz, 29 für ambulante Volksvergnügungen und Schaustellungen sowie für Volksvergnügungen mit festem Standort vergeben. Zum Betrieb von Unterhaltungs- und Geldspielapparaten wurden 1.009 Berechtigungen erteilt.

Nach § 6 des Wiener Veranstaltungsgesetzes langten bei der theaterpolizeilichen Anmeldestelle 1.772 sowie im Wege der Magistratischen Bezirksämter für den 22. und 23. Bezirk 168 Anmeldungen ein. Wegen Lärmbelästigung wurden 79 Verfahren durchgeführt, außerdem 2.735 Verwaltungsstrafen verhängt. Außerdem waren 12 Filmvorführer- und 6 Beleuchterlegitimationen auszustellen.

In der Filmvorführungsstelle wurden dem Filmbeirat der Stadt Wien 291 Filme gezeigt.

Auf legistischem Gebiet wurden Bestrebungen der Verbindungsstelle der Bundesländer, in Kino- und Filmsachen eine gemeinsame Jugendzulassungskommission der Bundesländer einzurichten, im Jahre 1981 wieder aufgegriffen, um in Zukunft weitgehend Diskrepanzen bei Begutachtungen zwischen Wien und den übrigen Ländern zu vermeiden. Der Abschluß einer Ländervereinbarung wird für das Jahr 1982 angestrebt.

Auf Grund der Kinogesetznovelle 1980, LGBl. für Wien Nr. 33, sind bereits zahlreiche Kinozentren entstanden, die dem Publikum ein vielfältigeres und attraktiveres Programm anbieten und damit einen erheblichen Besucherzuwachs erzielen konnten.

Das verstärkte Auftreten von Straßenmusikanten in den Fußgängerzonen der Inneren Stadt ist auf Grund der im Sommer 1980 gewonnenen Erfahrungen zum Anlaß genommen worden, das Wiener Veranstaltungsgesetz zu novellieren. Einerseits sollen Straßenmusikveranstaltungen im näher zu bestimmenden, den Anrainerinteressen Rechnung tragenden Rahmen freigegeben werden, um den Musikanten Behördenwege zu ersparen, andererseits wird die Überwachung der Bundespolizeidirektion Wien übertragen. Die Verordnungsermächtigung an den Magistrat, die Musizierplätze in Fußgängerzonen und dergleichen sowie gleichzeitig die Benützungsbedingungen festzulegen, wurde an ein Anhörungsverfahren mit Einschaltung der Bezirksvorsteher und der Bundespolizeidirektion Wien gebunden. Die Novelle zum Wiener Veranstaltungsgesetz wurde am 27. März 1981 im Landtag beschlossen und im LGBl. für Wien Nr. 17/1981 kundgemacht. Im Anschluß daran wurde zunächst für das Jahr 1981 auf Grund der Vorgespräche mit den Bezirksvorstehern des 1., 4., 10. und 12. Bezirkes und der Bundespolizeidirektion Wien am 23. Juni 1981 die erste Musizierplatzverordnung erlassen und im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 27 verlautbart. Diese Verordnung konnte von der Bundespolizeidirektion Wien mit Hilfe eines informativen Flugblattes ohne besondere Zwischenfälle durchgesetzt werden, so daß seither in der Kärntner Straße oder am Graben kaum noch Beschwerden zu verzeichnen sind. Eine Verlängerung der Musizierplatzverordnung für das Jahr 1982 wurde im Einvernehmen mit den anhörungsberechtigten Stellen vorbereitet und wird voraussichtlich im März 1982 in Kraft treten.

Das verstärkte Auftreten von Spielautomaten wurde im Jahre 1981 Gegenstand einer bundespolitischen Initiative. Um die landespolitischen Möglichkeiten auszuloten, wurde vom amtsführenden Stadtrat für den 29. April eine Enquete einberufen, in der neben Wissenschaftern auch Interessenvertreter der Wirtschaft, der Konsumentenschaft sowie von Familien- und Jugendverbänden zu Wort kamen. Auf Grund des Resümees wurde eine weitere Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes in Angriff genommen. Diese soll in engen Grenzen Münzgewinnspiele zulassen, andererseits aber eine bessere Kontrolle ermöglichen. Das Begutachtungsverfahren wurde Ende 1981 abgeschlossen; der Novellierungsentwurf wird 1982 den beschlußfassenden Organen vorgelegt werden.

In den Jugendgästehäusern und auf den Campingplätzen der Stadt Wien, die von der Wiener Verkehrs-Verein-Ges. mbH auf Grund des Vertrages von 1979 geführt werden, wurde die Instandsetzung und Modernisierung, vor allem die Erneuerung der Sanitätseinrichtungen der Campingplätze, vorangetrieben An Stelle des bereits 1980 stillgelegten Jugendgästehaus-Betriebes im Schloß Pötzleinsdorf trat nun eine neue Institution. So wurde zu Beginn des Jahres 1982 ein langfristiger Mietvertrag zugunsten einer zweiten Rudolf-Steiner-Schule abgeschlossen, wobei die Schule vom Schulverein selbst eingerichtet wird.

Ehrungen und Preise dienen der Würdigung der Verdienste einzelner Persönlichkeiten.

Die Stadt Wien vergab im Jahre 1981 10 Würdigungspreise von je 75.000 S, 12 Förderungspreise von je 40.000 S, ferner je 1 Kleinkinder-, Kinder- und Jugendbuchpreis sowie 1 Illustrationspreis von insgesamt 110.000 S, wobei für Ankauf und Lektorenhonorare zusätzlich 90.000 S zur Verfügung gestellt wurden. Die Zahl der Würdigungspreise wurde von 10 auf 12, ihre Dotierung von 750.000 S auf 900.000 S erhöht. Die Gesamtdotierung der Preise samt Ankauf betrug 1,430.000 S. Darüber hinaus wurde 1981 der Nestroy-Ring der Stadt Wien zwei Persönlichkeiten zuerkannt. Die Förderungspreise und Arbeitsstipendien der Stadt Wien wurden auch 1981 offiziell ausgeschrieben. Insgesamt haben sich 143 Personen beworben.

Die 120 laufenden außerordentlichen Zuwendungen, die die Stadt Wien derzeit ehrenhalber vergibt, sowie die 12 Ehrenpensionen wurden um 6 Prozent erhöht. Die Heizbeihilfe konnte mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1981 auf 450 S — bisher 400 S — hinaufgesetzt werden und wird in Hinkunft siebenmal jährlich — zusätzlich auch im Oktober — ausbezahlt. Der Kostenbeitrag für die fünf Widmungsplätze der Stadt Wien im Heim der Aktion „Künstler helfen Künstlern" in Baden ist mit je 96.000 S (bisher 84.000 S) festgesetzt worden. Ferner wurden einmalige Beihilfen — in der Regel bis zu 10.000 S — sowie Begräbniskostenbeiträge gewährt.

Die Förderungspreise, die im Rahmen der Josef-Kainz-Medaille zur Vergabe gelangen, wurden auf je 30.000 S, bisher 25.000 S, hinaufgesetzt.

Im Rahmen des Stipendienwerkes der Stadt Wien wurden 39 Arbeitsstipendien an bildende Künstler, Komponisten und Autoren in der Höhe von insgesamt 765.000 S, ferner zahlreiche Schul-, Studienbeihilfen und Stipendien im Gesamtbetrag von 2,9 Millionen Schilling vergeben.

Im Bereich der Denkmalpflege wurden zahlreiche Arbeiten durchgeführt: So konnte die Restaurierung der Pestsäule am Graben abgeschlossen werden. Wiederhergestellt wurden das Bruckner-Denkmal, das Gutenberg-Denkmal, der Donauweibchen-Brunnen, der Zierbrunnen im Prater, die Fieberkapelle im 10. Bezirk, das Ringtheaterbrand-Denkmal am Zentralfriedhof, das Halbeimerkreuz im 19. Bezirk, die Brigittafigur im 20. Bezirk und das Barocktor in Schwechat in der Sendnergasse 1. Rekonstruiert bzw. wiederaufgestellt wurde das Lessing-Denkmal, weiters eine von der Region Friaul geschenkte Figur, das Rudolf-Steiner-Denkmal, ein Denkmal für die Opfer des Faschismus, ein Bildstock in der Amundsenstraße und der Alszauberbrunnen. Darüber hinaus mußten an zahlreichen Denkmälern, Gedenktafeln und Denkmalbrunnen laufend Reinigungs- und Installationsarbeiten durchgeführt werden. Die mutwilligen Denkmalbeschädigungen nehmen in den letzten Jahren ständig zu und haben 1981 einen derartigen Umfang erreicht, daß die hiefür vorgesehenen Budgetmittel bereits im Mai erschöpft waren.

Im Jahre 1981 wurden 2 Verkehrsflächen, 3 Wohnhausanlagen, 1 Parkanlage, 1 Stadion sowie 1 Brückenbauwerk neu benannt.

10. Bezirk: Der unbenannte Platz (Verkehrskreis), der die Favoritenstraße unterbricht und in die Grenzackerstraße, die Ludwig-von-Höhnel-Gasse sowie in die Autobahn einmündet, wurde „Altes Landgut" benannt.

11. Bezirk: Die städtische Wohnhausanlage in der Simmeringer Hauptstraße 106 wurde als „Johann-Holzer-Hof" bezeichnet.

14. Bezirk: Die öffentliche Parkanlage, die von der Ameisgasse, der Goldschlagstraße und der Matznergasse umschlossen ist, wurde „Matzner-Park" benannt.

Das Weststadion erhielt die Bezeichnung „Gerhard-Hanappi-Stadion".

15. Bezirk: Die städtische Wohnhausanlage in Clementinengasse 11—17 wurde nach Prof. Karl Czernetz „Karl-Czernetz-Hof" benannt.

18. Bezirk: Die städtische Wohnhausanlage in Peter-Jordan-Straße 79—91 wurde als „Am Sandberg" bezeichnet.

19. Bezirk: Die Stiege in Fortführung der Billergasse wurde als Orientierungshilfe „Billerstiege", die in unmittelbarer Nachbarschaft befindliche Stiege wird in Anlehnung einer volksetymologischen Auslegung „Hirnbrecherstiege" benannt.

20. Bezirk: Die neue Strombrücke, die das rechte Donauufer mit dem linken verbindet, wurde „Brigittenauer Brücke" benannt.

Aus dem Altstadterhaltungsfonds wurden insgesamt 169 Objekte durch Gemeinderatsbeschluß gefördert. Subventionen konnten in der Höhe von 79 Millionen Schilling genehmigt werden, was einer Zunahme gegenüber 1980 um 54,8 Prozent entspricht. In den Jahren 1972 bis 1976 wurden insgesamt 1.536 Objekte mit 405 Millionen Schilling gefördert. Darunter befanden sich zum Teil bekannte Objekte, wie das Café Landtmann, der Margaretenhof, die evangelischen Kirchen in 1, Dorotheergasse 16 und 18, der Dom St. Stephan, die Karlskirche, die Votivkirche und die Kirche Alt-Lerchenfeld.

Der Arbeitsgemeinschaft der Wiener Bezirksmuseen wurde als Jahressubvention ein Betrag von 1,2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Das Bezirksmuseum Innere Stadt, das bisher nur im Hofdurchgang Vitrinen aufgestellt hatte, präsentiert bereits in einem Teil seiner Räumlichkeiten eine kleine Schau. Das Bezirksmuseum Landstraße wurde neu adaptiert und ausgestaltet. Es gibt, so wie das Bezirksmuseum Wieden, seit Ende vorigen Jahres ein neues Museumsblatt heraus. Für das Bezirksmuseum Wieden konnten Räumlichkeiten im ehemaligen Bad in der Klagbaumgasse freigemacht werden. Das Bezirksmuseum Josefstadt stellte im Haus der Jugend in der Zeltgasse seinen Betrieb ein und wird nach Adaptierung der Räumlichkeiten in das Haus in der Schmidgasse 18 übersiedeln. Neben dem gewohnten Museumsbetrieb mit Führungen für Schüler, mit Vorträgen und der Mitarbeit beim Ferienspiel wurden zahlreiche Sonderausstellungen zu besonderen Anlässen bzw. zu besonderen Themen veranstaltet.

Unter den eigenen Veranstaltungen des Kulturamtes ist die kulturelle Gruppenbetreuung für rund 5.500 junge Menschen aus dem In- und Ausland zu nennen. Weiters fanden die 15. Wiener Walzerkonkurrenz, zahlreiche Veranstaltungen in den Fußgängerzonen und im Kurpark Oberlaa mit rund 75 Ensembles und Soli-

sten statt sowie diverse Seminare der UNESCO-Arbeitsgemeinschaft Wien, die Ausstellung „Picasso in Wien" in der Volkshalle mit 82.600 Besuchern, ein Österreich-Gespräch und das 2. Österreichische Blasmusikfest in Wien. 34 Kapellen mit insgesamt 1.700 Musikern hörten rund 50.000 Besucher. In den Festsälen des Wiener Rathauses wurden diverse Veranstaltungen unter dem Motto „Lebendige Weihnacht" durchgeführt, in deren Rahmen Chöre, Musikensembles, Laienspiele, Kasperltheater usw. zu sehen und zu hören waren.

Wiener Stadt- und Landesarchiv

Das Wiener Stadt- und Landesarchiv ist gleichzeitig wissenschaftliche Institution und zentrale Verwaltungsstelle des Bundeslandes Wien. Das Archiv ist daher im wissenschaftlichen Betrieb beratend, unterstützend und aktiv ebenso verankert, wie es über den engeren Bereich der Schriftgutverwahrung und -dokumentation hinaus eine wichtige Servicestelle für magistratische und staatliche Dienststellen unterschiedlichster Aufgabenbereiche darstellt. In diesem Zusammenhang nimmt das Archiv durch seine Zuständigkeit für viele Problemstellungen auf dem Gebiet der privaten rechtlichen Sphäre wesentliche Aufgaben im Rahmen der modernen Leistungsverwaltung wahr.

Im engeren Archivbereich kam es 1981 wieder zu größeren Übernahmen von archivreifem Registraturgut, wobei der größte Zuwachs aus dem Bereich der Landes- und Bezirksgerichte stammte. Die Aufarbeitung, die diffizile Teilskartierungen verlangte, erwies sich als zeit- und personalintensiv. Für den magistratischen Bereich wird diesbezüglich künftig eine Skartierungsordnung, an deren Erarbeitung das Archiv wesentlich beteiligt ist, eine Vereinfachung bringen. Auf dem Gebiet der Archivsammlungen lagen die Schwerpunkte hinsichtlich Erwerbung und Erschließung bei der Karthographischen Sammlung und der Photosammlung. Zudem konnte eine Reihe interessanter Einzelstücke (Urkunden, Handschriften, Dokumente) erworben werden, darunter ein Wappenbrief von 1759, eine Handwerksordnung von 1710 sowie Unterlagen über das bürgerliche Scharfschützenkorps (Standesliste 1805) und das Akademische Gymnasium (1804 bis 1853). Die Sammlung der Verträge der Stadt Wien, einschließlich der Schuldscheine, erfuhr einen Zuwachs von 826 Stück.

Ein neuer Aufgabenbereich erwuchs dem Archiv 1981 durch die Übernahme der 1978 von Bürgermeister Leopold Gratz ins Leben gerufenen Historischen Kommission, deren Ziel die Aufzeichnung und Erfassung individuellen Geschichtserlebens ist. Eine groß angelegte Kampagne in den Massenmedien rief eine erfreuliche, nicht auf Wien allein beschränkte Reaktion der Bevölkerung hervor. So stellten 451 Personen Material zur Verfügung. Es waren über 12.000 Einzelstücke, und zwar Dokumente, persönliche Aufzeichnungen, Erinnerungen usw.

Die Archivbibliothek erfuhr einen Zuwachs von 3.320 Bänden, wodurch der Gesamtbestand auf 51.464 Bände anstieg. Einen bedeutenden Anteil daran hat der Zugang aus dem internationalen Schriftentausch. Die Dokumentation des 20. Jahrhunderts befaßte sich weiterhin intentionsgemäß mit der Erfassung des kommunalpolitischen Geschehens in Wien, wobei der Sozial- und Wirtschaftsbereich einen besonderen Schwerpunkt bildet. Die Arbeit an der Indizierung der Sitzungsprotokolle der Vertretungskörper (Landtag und Gemeinderat), die im Original im Archiv verwahrt werden, wurde vor allem im Hinblick auf eine beabsichtigte Drucklegung fortgesetzt.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit kommt der Benützerbetreuung besondere Bedeutung zu. Unter den Archivbenützern gilt dabei neben Wissenschaftlern, Beamten, Studenten, Heimatkundlern und Familienforschern das besondere Augenmerk den Ratsuchenden in persönlichen rechtlichen Angelegenheiten (Pensions- und Personenstandsangelegenheiten, Dokumentenbeschaffung), die zumeist infolge geringer Vertrautheit mit der Behördenorganisation besonderer Hilfestellung bedürfen.

1981 suchten 4.188 Personen den Benützerraum des Archivs auf, was gegenüber 1980 eine Steigerung um 20,7 Prozent bedeutet. Dazu kamen 1.301 schriftliche und 935 telephonische Anfragen (gegenüber 1980 ein Zuwachs um 18 Prozent), aus den historischen Meldeunterlagen waren 3.074 schriftliche Auskünfte zu erteilen. 1.170 Aktenentlehnungen erfolgten im Wege der Amtshilfe. Die Gesamtfrequenz erreichte damit einen Höchststand von 10.668 Beauskunftungen und Hilfestellungen.

Bei der Gestaltung von Ausstellungen bewährte sich die Einrichtung von Wanderausstellungen nicht zuletzt dank der guten Zusammenarbeit mit den Bezirksmuseen weiterhin sehr gut. Es wurden 21 Ausstellungen gezeigt, darunter in Ulm die Großausstellung „Kaiserstadt und Reichsstadt. Wien und Ulm, Städte an der Donau", die bei Presse, Rundfunk und Publikum sehr gut ankam. In Wien waren neben dem Rathaus die Bezirksmuseen Landstraße, Neubau und Alsergrund sowie das Amtsgebäude in 6, Grabnergasse, und die Ankunftshalle des Westbahnhofs Ausstellungsstandorte. Für den „Tag der offenen Tür" konnte das Archiv erstmals eine Handschrift der Salzburger Annalen aus dem Stift Admont in Wien zeigen, in welcher die früheste Nennung des Namens Wien (zum Jahr 881) enthalten ist.

In den Medien, wie Tagespresse, Bezirksjournale bzw. Hörfunk und Fernsehen, war das Archiv 1981 vielfach vertreten, wobei das Schwergewicht auf Berichten über die Historische Kommission, den Historischen Atlas von Wien und Archivausstellungen lag.

Im Bereich der wissenschaftlichen Aktivitäten ist neben der wissenschaftlichen Arbeit innerhalb des laufenden Archivbetriebes die Erarbeitung der Historischen Atlanten besonders hervorzuheben. So konnte im September 1981 termingerecht die erste Lieferung des Historischen Atlas von Wien mit zwölf thematischen Karten erscheinen. Die erste Lieferung des Österreichischen Städteatlas, der gemeinsam mit dem Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung erarbeitet wird und zum Teil in den Europäischen Städteatlas einfließen soll, wird im Herbst 1982 herauskommen.

Das Archiv war duch seine Mitarbeiter an verschiedenen Fachtagungen des In- und Auslands vertreten, wobei in Bad Homburg, Berlin, Budapest, St. Pölten und Ulm insgesamt zwölf Vorträge gehalten wurden. In Zusammenarbeit mit dem Verein für Geschichte der Stadt Wien wurden die wissenschaftlichen Periodika „Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte", „Jahrbuch des Vereins für Geschichte der Stadt Wien" und „Wiener Geschichtsblätter" herausgegeben, wobei der Band 10 der „Forschungen und Beiträge" (Regesten zur Frühgeschichte Wiens) hervorgegangen ist, der eine Zusammenstellung aller Nennungen des Stadtnamens Wien bis 1246 enthält (680 Belegstellen). Wie alljährlich beteiligte sich das Archiv in Kooperation mit dem Landesjugendreferat Wien und dem Verein für Geschichte der Stadt Wien am Wiener Ferienspiel; dabei wurden rund 100 heimatkundliche Führungen für die Wiener Schuljugend abgehalten.

Wiener Stadt- und Landesbibliothek

Am 29. April 1856 wurde vom Gemeinderat die Neugründung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek beschlossen, nachdem seit dem Verkauf der Bestände der alten Stadtbibliothek im Jahre 1780 im Bereich des Magistrates lediglich eine Amtsbibliothek für den Eigenbedarf bestand. Zum 125. Jahrestag dieser Wiedererrichtung veranstaltete die Bibliothek in der Volkshalle des Rathauses eine Ausstellung, die vom üblichen Schema der Jubiläumsausstellung einer Institution insofern abwich, als in ihr nicht die eigene Entwicklung, sondern mit einem Teil des gesammelten Materials, den Plakaten, die Entwicklung der Umwelt dargestellt wurde. In dieser Ausstellung „Tagebuch der Straße — Wiener Plakate" wurde erstmals der Versuch unternommen, die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung einer Stadt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts an Hand von Plakaten und Maueranschlägen zu rekonstruieren. Die Ausstellung war mit rund 100.000 Besuchern und einem über die Grenzen Österreichs hinausgehenden Echo in Presse und Fachpublikationen die wohl erfolgreichste, die die Wiener Stadt- und Landesbibliothek je veranstaltet hat. Besonders erfreulich war auch die rege Teilnahme von Schulen, denen für die Ausstellung eigene Arbeitsunterlagen zur Verfügung gestellt wurden. Das Interesse an dem von den Mitarbeitern verfaßten und gemeinsam mit dem Bundesverlag und dem Verlag für Jugend & Volk herausgebrachten umfangreichen und reich illustrierten Katalog war so groß, daß eine 2. Auflage nachgedruckt werden mußte. Überdies wurde, auf Grund des großen Interesses, eine eigene Ausgabe für den Buchhandel hergestellt. Dieses Werk wurde vom Bundesminsterium für Handel, Gewerbe und Industrie mit dem Österreichischen Staatspreis der „Schönsten Bücher Österreichs 1981" ausgezeichnet.

Nach der völligen Erneuerung der Elektroinstallationen und Beleuchtungsanlagen in den Depots wurde im Jahre 1981 der Ausbau der Sicherheitseinrichtungen durch Installierung einer Brandmeldeanlage in diesem Bereich vorerst abgeschlossen. Der Einbau einer Sprinkleranlage wurde zwar in Erwägung gezogen, kommt aber auf Grund der negativen Erfahrungen von Bibliotheken mit solchen Anlagen nicht in Betracht.

Nach den erforderlichen Probeläufen steht nunmehr der Personenteil der Datenbank ERPEDOK zur Verfügung. In dieser Datei, in die in der Folge auch die Auswertungen aus dem Zeitungsindex aufgenommen werden sollen, sind die Daten von rund 9.000 Personen, die für die kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Wiens von Bedeutung sind, gespeichert und stehen über Abfrage auf einem in der Druckschriftensammlung aufgestellten Bildschirm zur Verfügung. Die Abfrage kann hiebei nach verschiedenen Gesichtspunkten, also nicht nur unter dem Namen des Betreffenden, erfolgen. Durch den dem Bildschirm angeschlossenen Drucker hat der Benützer die Möglichkeit, die für ihn relevanten Daten sofort ausdrucken zu lassen. Darüber hinaus können umfangreichere Auflistungen, wie zum Beispiel Gedenktagelisten, über die Schnelldrucker der MD-ADV hergestellt werden. Diese Datei hat nicht nur für den Benutzer den Vorteil, rasch und gezielt benötigte Informationen zu erhalten; ihre automatisationsunterstützte Erstellung ermöglicht auch eine rationellere und exaktere Verwaltung dieses Datenbestandes.

Durch die Übersiedlung der Musiksammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek, die bisher zusammen mit der Handschriftensammlung untergebracht war, in eigene Räume in der Rathausstraße 11 wurde die äußerst beengte Raumsituation beider Sammlungen wesentlich verbessert. Wenn auch die räumliche Trennung nicht optimal ist, so wiegt die funktionsgerechtere Unterbringung von Mitarbeitern und Beständen sowie die dadurch ermöglichte Verbesserung der Benützerdienste den Nachteil bei weitem auf. So können erstmals den Benutzern dieser beiden Sammlungen Leseräume mit Tageslicht zur Verfügung gestellt werden; gerade bei der Arbeit mit schwer lesbaren Autographen- und Notenhandschriften ist dieser Umstand besonders wichtig.

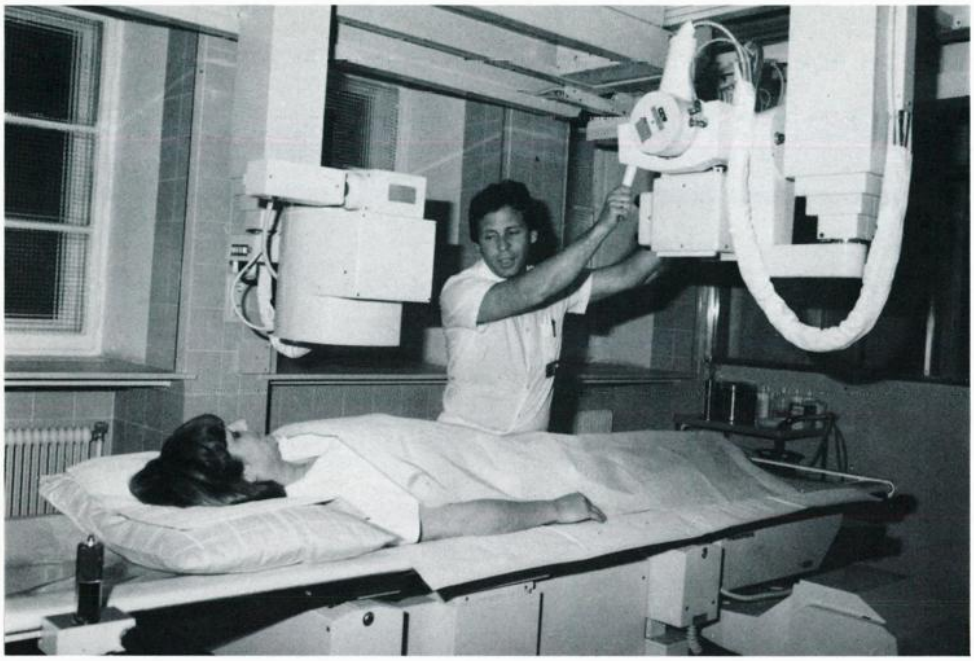


Amtsführender Stadtrat Prof. Dr. Helmut Zilk (Kultur und Bürgerdienst) übergibt den Wienern das wiedererrichtete Lessing-Denkmal

Kultur

Musikfest im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe

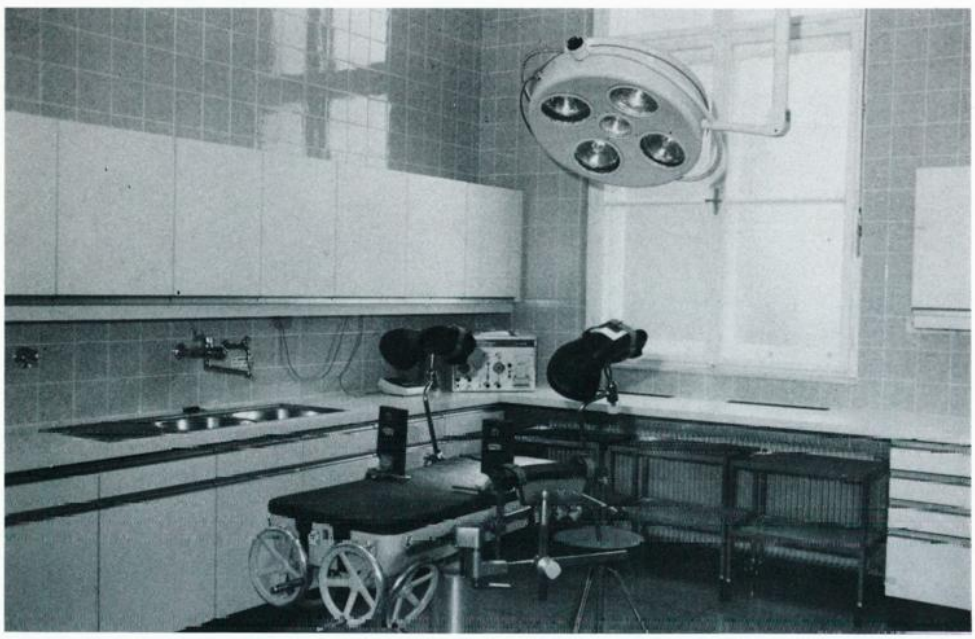




Das Röntgeninstitut im Sophienspital wurde neu eingerichtet

Gesundheitswesen

Die neue gynäkologische Ambulanz im Krankenhaus Floridsdorf



Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde unter anderem eine Informationsschrift über die Handschriftensammlung aufgelegt, die neben allgemeinen, den Benutzer interessierenden Aspekten einen ausführlichen Überblick über die vorhandenen Nachlässe und größeren abgeschlossenen Bestände gibt. Dieser Überblick ist für Wissenschafter, Studenten und sonstige Interessierte besonders wichtig, da er dazu beiträgt, Informationslücken zu schließen, und eine rasche Orientierung ermöglicht.

Die Mikroverfilmung wurde fortgesetzt. Über Anregung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek wurde bei der Österreichischen Nationalbibliothek eine Clearing-Stelle eingerichtet, die alle Zeitungsverfilmungsprojekte, die in Österreich realisiert werden sollen, in Evidenz hält, um so Doppelgleisigkeiten zu vermeiden. Fortgesetzt wurde auch die Sicherheitsverfilmung der wertvollen Autographen und Musikalienbestände der Bibliothek.

Immer beliebter werden die Wechselausstellungen im Bibliotheksgang, in denen ausgewählte Bestände einer breiteren Öffentlichkeit gezeigt werden, um sie zur Beschäftigung mit diesem Material anzuregen. Im Jahre 1981 wurden folgende Themen behandelt: „200 Jahre Toleranzpatent", „Förderer und Gönner der Wiener Stadt- und Landesbibliothek" (aus Anlaß des 125-Jahr-Jubiläums) sowie der „Ringtheaterbrand" vor 100 Jahren. Diese Ausstellung, zu denen eigene Kataloge aufgelegt wurden, sind häufig Vorlagen zu ausführlichen Berichterstattungen in den Massenmedien.

Überaus umfangreich war wieder die Beteiligung durch Mitarbeit und Leihgaben an Ausstellungen im In- und Ausland. So wirkte die Bibliothek an folgenden Ausstellungen mit: „Arthur Schnitzler" — Wien, „Aufbruch in die Moderne" — Wien, „Therese Krones" — Wien, „Adel — Bürger — Bauern" — Schallaburg, „Felix Mendelssohn" — Wien, „Österreich — die II. Republik 1945—1980" — Pottenbrunn, „Anatols Jahre" — Wien, „Siedlerbewegungen in Wien 1928—1934" — Berlin, „Kaiserstadt und Reichsstadt Wien und Ulm" — Ulm, „Die Kuenringer" — Zwettl, „Verlag Artaria" — Wien, „Franz von Matsch" — Wien, „1896" — Wien, „Johannes-Brahms-Gedenkausstellung" — Haburg, „Stefan Zweig zum 100. Geburtstag" — Salzburg und „Johannes Brahms" — Düsseldorf.

Von den Neuerwerbungen der Bibliothek sind besonders hervorzuheben: Angekauft wurde das gesamte vorhandene Archiv des renommierten Verlags Carl *Gerold.* Es umfaßt sowohl die in diesem Verlag erschienenen Druckwerke seit dem Jahre 1794 als auch die Verlagskorrespondenzen und stellt somit eine interessante Dokumentation eines wichtigen Wiener Verlages dar.

Von der Informationsabteilung der US-Botschaft in Wien erhielt die Bibliothek eine umfangreiche Sammlung von Tonbändern mit Stimmporträts von Österreichern, Berichten über Österreicher in den Vereinigten Staaten, Kommentare und ähnliches, die zum Teil vom Österreichischen Rundfunk gesendet wurden. Insgesamt ist dieses Archiv ein interessantes zeitgeschichtliches Quellenmaterial. Darüber hinaus konnten auch wieder wichtige Autographen und Musikalien, wie zum Beispiel von Heimito *von Doderer,* Heinrich *Marschner,* erworben werden. Von großer Bedeutung für die Musiksammlung der Wiener Stadt- und Landesbibliothek war auch der Erwerb der umfangreichen Bibliothek von Prof. *Marcus,* die wichtige Werke zur Musikgeschichte enthält.

Die Anzahl der Bibliotheksbenutzer stieg von 35.723 im Jahr 1980 auf 37.623 Personen, wobei ein überproportionales Ansteigen der Anzahl der von ihnen benützten Bände von 108.682 auf 127.614 zu beobachten war. Im Labor der Abteilung wurden über 130.000 Einzelkopien hergestellt.

Vorbereitet wurde eine größere Ausstellung über den Komponisten und Ehrenbürger der Stadt Wien Ernst *Křenek,* die von der Wiener Stadt- und Landesbibliothek im Frühjahr 1982 veranstaltet werden wird. Umfangreich waren auch die wissenschaftlichen Vorarbeiten für eine Ausstellung des Badischen Landesmuseums, die 1982 stattfinden und *Abraham a Sancta Clara* gewidmet sein wird.

Das mit 1. Jänner 1982 in Kraft tretende Mediengesetz bringt für die Bibliothek insofern eine einschneidende Änderung, als sie ab diesem Zeitpunkt Belegexemplare aller in Wien erscheinenden Druckwerke erhält. Um diesen großen Mehreingang bewältigen zu können, mußte der gesamte Geschäftsgang neu organisiert werden.

Museen der Stadt Wien

Die Ur- und Frühgeschichtliche Abteilung hat die Ausgrabungen im 10. Bezirk, in Unterlaa, fortgesetzt. Dabei wurde das Nebengebäude des römischen Gutshofes untersucht, unter dem ein älterer Speicherbau (?) aus Holz entdeckt worden ist. Auf einem südlich angrenzenden Grundstück ist man auf ein weiteres Nebengebäude gestoßen. Außerdem wurde eine Umfassungsmauer gefunden, die anscheinend den gesamten Komplex der Nebengebäude umschlossen hat. An diese angebaut befand sich ein Brunnenhaus.

Bei den Adaptierungsarbeiten einer Wohnung im 1. Stock des Hauses 1, Tuchlauben 19, wurden im Herbst 1979 gotische Wandmalereien entdeckt, die zum Teil erstaunlich gut erhalten sind und für Wien einen sensationellen Fund darstellen. Es handelt sich um einen Zyklus von profanen Wandmalereien aus der Zeit um 1400, das bisher älteste Beispiel in Österreich. Noch im Jahre 1981 konnten die erforderlichen Umbauarbeiten zur Gestaltung dieser weiteren Außenstelle des Historischen Museums durchgeführt werden.

Im Jahre 1981 wurden im Historischen Museum am Karlsplatz auch in der Schausammlung im Erdgeschoß die Rieseldecke und die Beleuchtung ausgewechselt. Die ausgestellten Exponate konnten durch einige wesentliche Stücke ergänzt werden, womit die Neugestaltung der gesamten Schausammlung des Museums abgeschlossen ist. Ferner sind in der U-Bahn-Station Schwedenplatz historische Bauteile aufgestellt worden.

Zu den Sammlungsbeständen des Historischen Museums kamen 1981 ein Sekretär aus der Zeit um 1810, kunstgewerbliche Objekte nach Entwürfen von Josef *Hoffmann* und Erinnerungsgegenstände von Johannes *Brahms*. Außerdem sind Objekte für die Modesammlung, Zeichnungen von *Engelhart*, *Kininger* und *Lenbach*, Aquarelle von *Kininger* und *Wigand*, Bilder von *Jettmar* sowie Architekturzeichnungen von *Schwarz* angekauft worden.

Die Sonderausstellung „Therese Krones" im Historischen Museum vom 6. November 1980 bis 11. Jänner 1981 wurde von 17.506 Personen besucht. Es folgte „Der Kreis — Dokumentation einer Wiener Künstlervereinigung 1946—1980" vom 22. Jänner bis 15. März mit 17.194 Besuchern. Vom 26. März bis 17. Mai wurde die Ausstellung „Aspern von der Steinzeit zum Motorenwerk" gezeigt, die 17.118 Besucher sahen. Vom 28. Mai bis 13. September besuchten 27.340 Personen die Sonderausstellung „Der Verlag Artaria — Veduten und Wiener Alltagsszenen". Einen sensationellen Erfolg konnte die Ausstellung „Egon Schiele — Zeichnungen und Aquarelle aus den Beständen des Historischen Museums der Stadt Wien und aus amerikanischem Privatbesitz, ausgewählt von Serge Sabarsky" verzeichnen. Zwischen 24. September und 1. November kamen 106.851 Besucher, die 8.078 Kataloge und 5.855 Plakate kauften. Am 11. November wurde schließlich die Sonderausstellung „Franz von Matsch — Ein Wiener Maler der Jahrhundertwende" eröffnet. In der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten wurde die Aussstellung „Kaiser Franz Joseph von Österreich oder Der Verfall eines Prinzips" vom 28. März 1980 bis 1. März 1981 von 91.484 Personen besucht. Ab 11. April 1981 war „Anatols Jahre — Beispiele aus der Zeit vor der Jahrhundertwende" zu sehen. Im Otto-Wagner-Westpavillon auf dem Karlsplatz wurde vom 10. September bis 31. Oktober die Sonderschau „Tarockanische Spiele — Wiener Spielkarten und ihre Hersteller" gezeigt.

Gemeinsam mit der Österreichischen Galerie sowie dem Österreichischen Museum für angewandte Kunst ist von März bis Juli in Laibach und Belgrad im Rahmen des Kulturaustausches mit Jugoslawien eine Biedermeierausstellung präsentiert worden.

In die Museen der Stadt Wien kamen insgesamt 566.514 Personen; zum ersten Mal konnte somit mehr als eine halbe Million Besucher registriert werden. Besonders hervorzuheben sind das Historische Museum (205.584), die Hermesvilla (68.822), die Virgilkapelle (65.911) und die Mozart-Wohnung in 1, Domgasse (51.721). Die Fachbeamten hielten im Historischen Museum 653 Führungen, im Uhrenmuseum 292, in den Musiker-Gedenkstätten 15, in den Römischen Ruinen unter dem Hohen Markt 65, in der Virgilkapelle 46 und in der Hermesvilla im Lainzer Tiergarten 16 Führungen ab.

Das Historische Museum war in diesem Jahr unter anderem an folgenden Ausstellungen beteiligt: „Mit uns zieht die neue Zeit", veranstaltet von der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, Wien; „Gustav *Klimt* Exhibition" im Shimbun Cultural Affairs Department in Tokio; „200 Jahre Toleranzpatent" im Steiermärkischen Landesarchiv in Graz und im Schloß Trautenfels; „Die Kuenringer und das Werden des Landes Niederösterreich" im Stift Zwettl; „Große Welt reist ins Bad" in München, Stadtmuseum, und in Regensburg; „Moderne Vergangenheit, 1800/1900" im Künstlerhaus in Wien; „Kaiserstadt und Reichsstadt, Wien und Ulm" in Ulm in der Ausstellungshalle des Kunstvereins; „Tagebuch der Straße" in der Wiener Stadt- und Landesbibliothek; „Aufklärung in Tirol" im Tiroler Landesmuseum in Innsbruck; „Preußen, Versuch einer Bilanz" in Berlin im Gropius-Bau; „Thomas *Ender* — Niederösterreich in der Biedermeierzeit" im Niederösterreichischen Landesmuseum in Wien; „Preußen — Facetten einer Epoche" in Berlin in der Akademie der Künste; „Ernst *Höffinger*" in Waidhofen an der Ybbs; „Art Club" in Graz, Klagenfurt, Eisenstadt, Salzburg und Wien; „*Brahms*" in der Deutschen Bank-AG in Hamburg; „Eduard *Sueß*" im Naturhistorischen Museum in Wien; „Kunst der Goldschmiede" im Erzbischöflichen Dom- und Diözesanmuseum in Wien; „Oskar *Kokoschka*" im Österreichischen Kulturinstitut in Rom sowie „Ausstellung des Fremdenverkehrsverbandes Wien" in diversen Städten der USA.

Gesundheit und Soziales

Sozialamt

Das Jahr 1981 war von den Vereinten Nationen zum „Jahr der Behinderten" proklamiert worden. Bereits im November 1980 wurde ein Maßnahmenpaket für Behinderte mit Vorschlägen für konkrete Verbesserungen der Situation der Behinderten und für entsprechende Aktionen veröffentlicht, um in der Bevölkerung das notwendige Verständnis für die Probleme behinderter Menschen zu wecken bzw. zu verbessern. Zahlreiche Einzelmaßnahmen wurden vom Sozialamt selbst oder in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen durchgeführt. In den Monaten Februar und März wurde vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien eine Kampagne für Behinderte in Form von Presseaussendungen, Inseraten, Plakataktionen, Hausanschlägen, Bildwandzeitungen und Rundfunk-Spots organisiert, in der Zeit vom 18. März bis 1. April in der Hofburg eine Leistungs- und Informationsschau der Stadt Wien unter dem Titel „Behinderte kennenlernen — verstehenlernen" abgehalten. Der Bürgermeister rief die Bevölkerung auf, Vorschläge zur Verbesserung der Situation behinderter Menschen zu machen. Immerhin konnte binnen kurzer Zeit ein Drittel dieser Vorschläge verwirklicht werden.

Vom Sozialamt ist die Broschüre „Behindertenhilfe in Wien" überarbeitet und neu aufgelegt worden, der Freizeitfahrtendienst für schwer gehbehinderte Menschen konnte durch eine Verdoppelung der finanziellen Mittel während des Jahres attraktiver gestaltet werden, und im Herbst war es möglich, eine Wohngemeinschaft für volljährig gewordene geistig leichter behinderte Männer, die bis dahin in Einrichtungen des Jugendamtes gelebt hatten, in der „Villa Kellermann" im 14. Bezirk zu eröffnen. Das Sozialamt trägt ferner Kosten für eine Reihe neugeschaffener Einrichtungen des Kuratoriums für Psychosoziale Dienste in Wien, dessen Ziel die berufliche und soziale Eingliederung psychisch Kranker ist.

Einen wichtigen Aufgabenbereich stellt der Abbau architektonischer Barrieren dar. Die Abteilung konnte einen für die Errichtung von Baulichkeiten für Behinderte spezialisierten Architekten als Konsulenten gewinnen. Im Stadium von Planung und Ausführung städtischer Neubauten, aber auch bei Umbauten werden regelmäßig Mitarbeiter der Abteilung sowie der für die Abteilung als Konsulent tätige Architekt zugezogen. So ist es gelungen, das Verständnis der planenden und bauführenden Abteilungen für die Belange Behinderter wesentlich zu verbessern. Nach zahlreichen Verhandlungen, an denen auch die Abteilung beteiligt war, wurden mit der Verordnung der Wiener Landesregierung vom 17. Februar 1981, LGBl. für Wien Nr. 14/1981, unter anderem Vorschriften über die Absenkung von Gehsteigen im Kreuzungsbereich sowie bei Schutzwegen erlassen. Seither sind bereits in einigen Kreuzungsbereichen und Straßenzügen abgesenkte Gehsteige hergestellt worden.

Aus Anlaß des 60. Gründungstages des Sozialamtes fand im Wiener Rathaus eine Enquete statt, die von Bürgermeister Leopold *Gratz* eröffnet wurde und an der namhafte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wissenschaft teilnahmen.

Die MA 12 hatte im Jahre 1981 Stellungnahmen abzugeben zum Entwurf von Bundesgesetzen, mit denen das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (36. und 37. Novelle zum ASVG), zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger geändert wird (3. Novelle zum FSVG), eines Bundesgesetzes, mit dem das Notarversicherungsgesetz 1972 geändert wird (4. Novelle zum NVG 1972), eines Bundesgesetzes, mit dem das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert wird (4. Novelle zum BSVG und 5. Novelle zum BSVG), weiters zu Entwürfen von Bundesgesetzen, mit denen das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz geändert wird (4. Novelle und 5. Novelle zum GSVG), eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert wird (10. Novelle und 11. Novelle zum B-KUVG), von Bundesgesetzen, mit denen das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957, das Kriegsopferfondsgesetz und das Opferfürsorgegesetz geändert werden; ferner zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Invalideneinstellungsgesetz 1969 geändert wird, zu einem Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird, einem Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung, das Jugendgerichtsgesetz, das Strafvollzugsgesetz, das Strafvollzugsanpassungsgesetz, das Einführungsgesetz zum Strafvollzugsgesetz und die Bewährungshilfegesetznovelle 1980 geändert und ergänzt werden (Strafrechtsänderungsgesetz 1981). Andere Entwürfe betrafen ein Bundesgesetz, mit dem das Schülerbeihilfengesetz geändert wird, und eine Verordnung, mit der der Arbeitslosenversicherungsbeitrag erhöht wird. Weiters hat die Abteilung zum Entwurf eines Abkommens zwischen der Republik Österreich und Spanien über Soziale Sicherheit, zum Entwurf eines Abkommens über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer (Beitritt Österreichs), zum Entwurf eines Dritten Zusatzabkommens zum Abkommen vom 22. Dezember 1966 zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland über Soziale Sicherheit, ferner zum Entwurf eines Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik der Philippinen im Bereich der Sozialen Sicherheit sowie zur Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (Zurücknahme der österreichischen Vorbehalte zu Art. 17 und 23) Stellungnahmen abgegeben. Schließlich wurde eine Stellungnahme zur Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (samt Vorbehalten) abgegeben, eine weitere zu den Berichten 1979 bis 1981 über die Durchführung der von Österreich ratifizierten Übereinkommen Nr. 6, 12,

17, 29, 42, 45, 81, 88, 89, 100, 105, 135, 141, 142 und 144, IAO Genf, sowie eine Stellungnahme zur Europäischen Sozialcharta (6. Bericht Österreichs gemäß Artikel 21).

Der MA 12, dem Sozialamt, gehörten am 31. Dezember 1981 323 Bedienstete an. Diese Zahl umfaßt auch die Bediensteten im Behindertenzentrum und der Sozialreferate. Das Personal der Herbergen für Obdachlose wurde mit 1. Jänner 1981 in die MA 52 versetzt. Zusätzlich wurden aus dem Stand der Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision noch 70 Bedienstete und 32 Bürokaufmannslehrlinge zur Verfügung gestellt. In den Pensionistenklubs sind jeweils in den Monaten Jänner bis April und September bis Dezember Betreuerinnen tätig. Am 31. Dezember 1981 waren es insgesamt 379.

Die Fachaufsicht überprüfte die Tätigkeit der Sozialreferate. In Zusammenarbeit mit dem Finanzreferat und der Buchhaltungsabteilung IV wurden Kassenskontierungen in allen Sozialreferaten durchgeführt und die Abrechnungen der Pensionistenklubs bzw. der Ausflugsaktion geprüft. Die Fachaufsicht verfaßt ferner, in Zusammenarbeit mit den Hauptreferenten, die Dienstbeschreibungen aller Bediensteten der Sozialreferate. Eingebrachte Verbesserungsvorschläge wurden hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit und auch dahin gehend, wieweit sie tatsächlich eine Verbesserung darstellen, überprüft. Bei baulichen Änderungen im Bereich der Sozialreferate wurde weiterhin besonderes Augenmerk auf die Einrichtungen zur Sicherheit der Sozialreferate gelegt. Der Fachaufsicht obliegen außerdem diverse Organisationsangelegenheiten, wie unter anderem der Notruf für Soziales und Gesundheit, der Dezentralisierungsversuch und der verlängerte Parteienverkehr. Die Fachaufsicht sorgte weiterhin für die Koordination mit den MA 11, 50 und 52 bei Delogierungen aus Gemeindewohnungen und für die Zusammenarbeit mit den Herbergen. Es handelte sich um 206 Fälle, die ausschließlich in den Aufgabenbereich der Abteilung fielen. Ferner ist sie in ihrem Aufgabenbereich Verbindungsstelle zum Verein für Bewährungshilfe und soziale Jugendarbeit, zur Zentralstelle für Haftentlassenenhilfe, zum Bahnhofssozialdienst und zur SOS-Gemeinschaft der Caritas.

In der **allgemeinen Sozialhilfe** wurden durch die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 25. November 1980, LGBl. für Wien Nr. 39/1980, die Richtsätze für Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes erhöht und betrugen ab 1. Jänner 1981 für den Alleinunterstützten 2.641 S, für den Hauptunterstützten 2.575 S, für den Mitunterstützten ohne Anspruch auf Familienbeihilfe 1.321 S und für den Mitunterstützten mit Anspruch auf Familienbeihilfe 792 S. Der zur Angleichung der Dauerleistungen an die Bezüge der Ausgleichszulagenempfänger gewährte Zuschlag wurde ebenfalls erhöht und betrug ab 1. Jänner 1981 für den Alleinunterstützten 981 S und für den Hauptunterstützten 1.291 S.

Sozialhilfe als Dauerleistung an alte oder erwerbsunfähige Personen wurde im Dezember 1981 in 6.637 Fällen 7.175 Personen gewährt. Im Vergleich zu 1980 ergibt sich eine Abnahme um 326 Fälle und 418 Personen. Davon waren 36 Personen Kriegsbeschädigte, 2.543 Bezieher von Sozialversicherungspensionen, 2 Kleinrentner, 232 Ausländer und 3.824 sonstige Dauerleistungsempfänger. Rund 6.100 Personen waren alleinstehend. Bemerkenswert ist die Zahl von 2.540 Pensionisten, die nur deshalb eine Dauerleistung erhielten, weil sie eine Miete von mehr als 450 S zu zahlen hatten.

Geldaushilfen zur Deckung des notwendigen Lebensbedarfes wurden in 59.024 Fällen gegeben. Darüber hinaus erhielten 8.008 Pensionswerber und 7.404 arbeitsfähige Mütter Aushilfen. In 247 Fällen wurden Hinterbliebenen Beiträge zum Bestattungsaufwand für verstorbene bedürftige Personen gewährt. Die Zahl dieser Geldaushilfen stieg von 72.091 im Jahre 1980 auf 74.683 im Jahre 1981.

Die Zahl der Aushilfen an Flüchtlinge stieg von 3.670 im Jahre 1980 auf 4.815 im Jahre 1981, der Aufwand von rund 10,100.000 S auf 12,659.000 S. Der Betrag für Wochenhilfe in 85 Fällen betrug 218.079 S.

Aus dem Titel der Gewährung der Krankenhilfe verrechnete die Wiener Ärztekammer rund 34.000 Kranken- und Überweisungsscheine für Sozialhilfeempfänger. Die Kosten für ärztliche Behandlung, Heil- und Hilfsmittel und Arzneimittelversorgung betrugen etwa 26,340.000 S. Der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen der Zahnärzte und Dentisten machte 3,803.000 S aus.

Kostenersatzansprüche Dritter wurden gemäß § 31 Wiener Sozialhilfegesetz in 5.381 Fällen mit einem Aufwand von 1,951.108 S geltend gemacht. In 119 Fällen wurden vom Verein für Bewährungshilfe und soziale Jugendarbeit 50.860 S aufgewendet, in 1.817 Fällen belief sich die Unterstützung des Bahnhofssozialdienstes auf 458.509 S, die Caritas der Erzdiözese Wien und die Krisenintervention gewährte in 30 Fällen 29.590 S, die Zentralstelle für Haftentlassene in 3.415 Fällen insgesamt 1,412.150 S.

Im Zuge der Repatriierungen wurden vier Ausländer nach Italien, Jugoslawien, in die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland überstellt. Außerdem wurden zu drei Einreiseansuchen von Ausländern, die beim Bundesministerium für Inneres um die Bewilligung des dauernden Aufenthaltes in Österreich ansuchten, Stellungnahmen abgegeben.

Im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen konnten zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände in 1.081 Fällen einmalige Aushilfen im Betrag von rund 5,286.000 S gewährt werden. Die sechs eingebrachten Umschuldungsanträge, Aktion im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen, mußten abgelehnt werden.

Außerdem wurden 609 Anträge auf Gewährung einer Mietzinsbeihilfe gemäß § 26 des Wiener

Wohnbaufonds in der Fassung des Gemeinderatsbeschlusses vom 28. Februar 1975, Pr.Z. 544, eingebracht. Davon konnte in 416 Fällen eine Beihilfe zuerkannt werden, in 198 Fällen mußte das Ansuchen, da die entsprechenden Voraussetzungen nicht vorlagen, abgelehnt werden. Mit 31. Dezember standen insgesamt 3.172 Personen im Bezug einer Mietzinsbeihilfe.

Auf dem Gebiet des Sozialhilfekostenersatzes wurden 3.507 neue Erstattungsanträge in der geschlossenen und 573 in der offenen Sozialhilfe bearbeitet. Ferner wurden 1.311 grundsätzliche neue Kostenanerkenntnisse gegenüber nichtstädtischen Krankenhäusern und Pflegeheimen abgegeben. Zur laufenden Verrechnung waren 1.157 Fälle mit nichtstädtischen Pflegeheimen und Wohnheimen, 885 Fälle mit nichtstädtischen Krankenanstalten, 96 Fälle mit nichtstädtischen psychiatrischen Krankenanstalten und 128 Fälle mit Kuranstalten anhängig. In 543 Fällen wurden Ambulanzgebühren für nichtstädtische Anstalten, in 1.933 Fällen Transportkosten, die für nichtstädtische Krankenbeförderungsdienste, wie Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariter-Bund, zu zahlen waren, übernommen. 805 Nachsichtsansuchen für Pflegegebühren oder Transportkosten in städtischen Anstalten bzw. für den städtischen Krankenbeförderungsdienst wurden bearbeitet. Davon konnten 643 Ansuchen positiv erledigt werden, 162 wurden abgelehnt. In 221 Fällen wurden Kostenzuschüsse zu den Aufenthaltskosten in der B-Abteilung eines Heimes des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime gewährt. Der Aufwand betrug 1,538.429 S. Insgesamt 848 pflegebedürftigen Personen im Institut „Haus der Barmherzigkeit" wurde ein Kostenzuschuß für den Aufenthalt bzw. zur Sicherung eines Taschengeldes in Höhe von 20 Prozent ihres monatlichen Einkommens gegeben. Unter Berücksichtigung von 275 Sterbefällen befanden sich zum Stichtag 31. Dezember 1981 573 Personen in dieser Pflegeanstalt. Der Kostenaufwand betrug insgesamt 51,772.237 S. 183 Personen wurden in sonstige private Wohn- oder Pflegeheime neu aufgenommen, für die ein Kostenzuschuß geleistet wurde, um ihnen den Heimaufenthalt zu ermöglichen bzw. ihnen ein Taschengeld in Höhe von 20 Prozent ihres monatlichen Einkommens zu sichern. In diesen Heimen befanden sich zum Stichtag 31. Dezember insgesamt 547 Personen. Der Kostenaufwand betrug 28,783.943 S. In 870 Fällen konnten aufgelaufene Sozialhilfekosten (Dauerleistungen, Pflegegebühren usw.) zur Verlassenschaft angemeldet und den Erben ganz oder teilweise aufgerechnet werden. In 72 Fällen wurde Regreß gegen unterhaltspflichtige Angehörige geltend gemacht. In 129 Fällen mußten Sozialhilfekosten mit einem fremden Sozialhilfeträger laufend verrechnet werden. In das Referat Sozialhilfekostenersatz fiel auch die Feststellung von Fremdverschulden, zum Beispiel bei Autounfällen. In 34 Fällen wurde eine Verrechnung mit einem verpflichteten Dritten (Versicherung) durchgeführt. Weiters waren Überprüfungen von Pensionsansprüchen, Feststellungen über den endgültig verpflichteten Sozialhilfeträger, die Erledigung von Amtshilfeersuchen und die Überprüfung der Aufrechnung fremder Sozialhilfeträger durchzuführen. Zur Sicherstellung aufgelaufener Sozialhilfekosten wurden 19 Hypotheken für einen Gesamtbetrag von 2,253.665 S zugunsten des Landes Wien grundbücherlich einverleibt, in 23 Fällen konnte auf Grund der Rückzahlung des gewährten Sozialhilfeaufwandes die grundbücherliche Sicherstellung gelöscht werden. In 7 Fällen wurden Verfahren vor Zivilgerichten anhängig gemacht, in 8 mußte ein Exekutionsverfahren gegen säumige Zahler durchgeführt werden. In 100 Fällen hatte die Abteilung in einem Verfahren vor dem Schiedsgericht der Sozialversicherung auf Zuerkennung einer Pension ihren Beitritt als Nebenintervenient erklärt und am Verfahren teilgenommen. In 36 Fällen wurde der Pensionsanspruch durchgesetzt. In 25 Fällen konnte eine zusätzliche Kostenübernahme von Pflegegebühren durch den Krankenversicherungsträger erreicht werden, in 10 Fällen war zur Durchsetzung des Anspruches des Sozialhilfeträgers die Einbringung einer Klage gegen den Krankenversicherungsträger beim Schiedsgericht der Sozialversicherung erforderlich.

Im Jänner 1981 wurde im Referat **„Spezielle Individualhilfe und Erwachsenenbetreuung"** eine weitere Dezentralisierung erforderlich. Durch die Aufstockung der Zahl der Außenstellen von vier auf sechs wurde für die betreuten Personen der Anfahrtsweg in die zuständige Außenstelle verkürzt und die Kenntnis der Wohnbevölkerung der einzelnen Bezirke von den Außenstellen der Sozialarbeiter intensiviert. Auch die Zusammenarbeit der Sozialarbeiter innerhalb der einzelnen Außenstellen konnte vertieft werden. Bei den wöchentlichen Fall- und Arbeitsbesprechungen werden sowohl die Anliegen der Klienten als auch die Schwierigkeiten der Kolleginnen und Kollegen aufgegriffen und besprochen. Die Sozialarbeiter der einzelnen Außenstellen haben versucht, mit der Bevölkerung, aber auch mit anderen Institutionen, mit denen sie zusammenarbeiten wollen, durch Teilnahme an Veranstaltungen in den Bezirken, durch Herausgabe von Flugblättern, durch einen „Tag der offenen Tür" und durch gemeinsame Besprechungen bekannt zu werden. Mit der Personalaufstockung und der Erweiterung um zwei Außenstellen wurde die Bestellung eines zweiten Referatsleiters notwendig. Den Referatsleitern ist es nun möglich, in kurzen Zeitabständen an den Besprechungen der einzelnen Außenstellen teilzunehmen und außerdem zu den einzelnen Mitarbeitern einen engeren Kontakt herzustellen. Ende 1981 waren dem Referat insgesamt 82 Sozialarbeiter zugeteilt. Ihre Arbeitsbereiche umfaßten wieder Einzelfallhilfe, die Verbindungsdienste zu Pflegeheimen und Krankenanstalten, weiters zu Institutionen für Behinderte und Obdachlose, die Betreuung des Kontaktbesuchsdienstes, den Ausbau der Kontakte zu allen sozialen Einrichtungen in den Bezirken, Flüchtlingsbetreuung und Klubarbeit sowie Lehrtätigkeit.

Im Rahmen der Einzelfallhilfe wurden 3.417 neue Fälle und 7.233 wiederholt anhängig gewordene

Fälle intensiv betreut, wofür 4.743 Hausbesuche, 5.035 Dienstwege und 34.161 Aussprachen erforderlich waren. Darüber hinaus wurde im Sinne einer Krisenintervention in 12.879 Kurzberatungen Hilfe geleistet.

Da jede Außenstelle auch die Aufgabe hat, innerhalb ihrer Region den Verbindungsdienst zu den städtischen Anstalten herzustellen, ist mehr als die Hälfte der Sozialarbeiter in diesem Arbeitsbereich tätig. In Krankenanstalten und Pflegeheimen wird die Zusammenarbeit mit Ärzten, Pflegepersonal, Ergotherapeuten und sonstigen Betreuungspersonen, aber auch mit den Familienangehörigen durch ständige Kontakte und Gespräche besonders gefördert. Die Bemühungen, das allen gemeinsame Ziel zu erreichen, nämlich die Patienten wieder zu aktivieren, sollen dadurch verstärkt und besser als bisher koordiniert werden. Im Rahmen dieser Verbindungsdienste wurden 16.078 neue Fälle und 8.218 Wiederholungsfälle betreut; außerdem erfolgten 16.898 Kurzberatungen. Weiters waren 502 Hausbesuche und 1.116 Dienstwege notwendig, im Zuge der genannten Dienstleistungen wurden außerdem 53.484 Aussprachen geführt.

Zum erstenmal wurde die Einrichtung von zwei Gesprächsgruppen erprobt: Eine bestand aus psychisch gestörten Klienten, die ihre eigenen Probleme und die der anderen Gruppenteilnehmer erkennen und formulieren lernen sollten und die gemeinsam nach den besten Lösungen suchten. Dabei halfen ihnen zwei Sozialarbeiter. Die zweite Gesprächsgruppe wurde mit jüngeren Behinderten im Pflegeheim Lainz geführt, die aus dem Pflegeheim entlassen werden wollten und nun ebenfalls mit den betreuenden Sozialarbeitern nach Wegen der Bewältigung ihrer Lebenssituation suchten. Die Teilnehmer dieser Gruppe hatten auch Gelegenheit, an dem Kochkurs teilzunehmen, der im Referat auch für andere Behinderte geführt wird. Sie sollten auch auf diese Weise dem praktischen Leben außerhalb der Anstalt wieder näherkommen. Weitere Aktivitäten in dieser Richtung sind geplant.

Die Spiel- und Beschäftigungsgruppe, die seit Jahren im Pflegeheim Lainz geführt und hauptsächlich von gehirngeschädigten Jugendlichen besucht wird, wurde gleichfalls weitergeführt.

Allen diesen Behinderten wurde auch die Teilnahme an den Aktivitäten aus Anlaß des „Jahres der Behinderten" ermöglicht. Darüber hinaus wurde von den Sozialarbeitern im „Behindertenzentrum" ein Fest für Behinderte und Nichtbehinderte organisiert, das vor allem die Einbeziehung des sozialen Nahbereiches des Zentrums zum Ziele hatte.

Im Club 21 ist im Jahre 1981 die durchschnittliche Besucherzahl von 21 auf 23 pro Tag gestiegen. Das diesjährige Faschingsfest war einer der Höhepunkte der Clubperiode. Das jährlich mit großem Eifer durchgeführte Tischtennisturnier wurde im Jahre 1981 von den Clubteilnehmern selbständig durchgeführt. Die Clubobmänner überreichten den Siegern die Pokale. Anläßlich der Ausstellung „Kennenlernen — verstehenlernen" in der Hofburg organisierte der Club 21 am 30. März einen Disco-Nachmittag mit der Behindertenband „Animation". Diese Veranstaltung wurde zu einem großen Erfolg. Insgesamt konnten 500 Besucher gezählt werden. Die größte öffentliche Veranstaltung seit Bestehen des Clubs 21, ein Sommerfest, fand aus Anlaß des „Internationalen Jahres der Behinderten" am 14. Juni im Hof des Behindertenzentrums statt und dauerte von 10 bis 22 Uhr. Das Programm beinhaltete einen Frühschoppen, ein Kinderfest mit Kasperltheater, Malen und diverse Stafettenspiele, eine Grillparty und einen Disco-Abend. Teilnehmer an dieser Veranstaltung waren Gruppen aus den städtischen Pflegeheimen Lainz und Baumgarten, Gruppen aus der Institution „Jugend am Werk", Besucher des Behindertenzentrums und Leute aus der Nachbarschaft. Rund 1.000 Besucher wurden registriert. Nach den Sommerferien fand wieder ein Clubwochenende im Schweizerhaus in Hadersdorf statt, zu dem 42 Personen kamen. Die an diesem Wochenende initiierten Aktivitäten erfreuten sich so großen Zuspruchs, daß im Rahmen des Clubs 21 einmal monatlich ein Nachmittag für Stoffdruck, Glasritzen, Wachsgießen usw. eingeführt wurde. Am Kochkurs nimmt seit Herbst auch eine Gruppe junger Behinderter aus dem Pflegeheim Lainz teil. Die im September 1980 begonnenen monatlichen Besprechungen der Clubbetreuer haben sich als sehr positiv für das Clubgeschehen sowie die notwendige Kommunikation und Zusammenarbeit erwiesen. Die Anschaffung einer Videoanlage bietet sowohl den Clubteilnehmern als auch den Betreuern neue Möglichkeiten für die Programmgestaltung und die Arbeit im Club.

Die Mitarbeit eines Sozialarbeiters am Programm „Risikokinder" der MA 15 beschränkt sich auf dringende Fälle, bei denen trotz mehrmaliger Einladung seitens dieser Abteilung kein Kontakt zu den Eltern hergestellt werden kann, Therapievorschläge auf längere Zeit hin nicht eingehalten werden bzw. soziale Probleme auftreten. Kontakte bestehen weiters zur „Spezialambulanz für Entwicklungsdiagnostik und cerebrale Bewegungsstörungen" der MA 15 in 10, Gellertgasse 42—48, zur „Risikoambulanz der Kinderklinik Glanzing" und zur „Abteilung für Neonatologie und angeborene Störungen" im Allgemeinen Krankenhaus. Diese Kontakte richten sich nach dem jeweiligen Bedarf der genannten Institutionen. Ein regelmäßiger Verbindungsdienst, einmal wöchentlich, besteht zum „Ambulatorium für körper- und mehrfach behinderte Kinder" in 15, Märzstraße Nr. 122. Der Schwerpunkt liegt hier in der Beratung und Betreuung von Familien mit behinderten Kindern.

Die Zahl der Prekariumswohnungen konnte zwar nicht erhöht werden, doch konnten Klienten, die nach langjährigen Aufenthalten in verschiedensten Anstalten dort „das Wohnen" lernen, in eigenen kleinen Wohnungen untergebracht und somit verselbständigt werden. Um Rückfälle zu vermeiden, bleibt der Kontakt mit dem Sozialarbeiter auch weiterhin aufrecht. Eine Großwohnung für psychisch Behinderte wurde von zwei

Sozialarbeitern gemeinsam mit den Behinderten eingerichtet, dann aber zuständigkeitshalber dem Kuratorium für Psychosoziale Dienste in Wien übergeben.

1981 wurde der Verbindungsdienst durch Sozialarbeiter zum Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe ebenso wie zum Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs an der Donau eingestellt. Die weitere Betreuung dieser Patienten, die jahrzehntelang von diesem Referat geführt und ausgebaut wurde, hat das Kuratorium für Psychosoziale Dienste in Wien übernommen. Aus diesem Umstand erklärt sich die geringere Anzahl der im Rahmen der Verbindungsdienste betreuten Personen. Es zeichnet sich aber eine stark steigende Inanspruchnahme der Einzelfallhilfe ab, da nun eine Anzahl von Sozialarbeitern zusätzlich für die Arbeit in den Bezirken zur Verfügung stand.

Die verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft in der Lainzer Straße wird weiterhin von einer Sozialarbeiterin des Referates betreut.

Die Zahl der Flüchtlinge hat sehr stark zugenommen. Um den sich daraus ergebenden Anforderungen gerecht zu werden, wurde die Betreuung der Flüchtlinge dezentralisiert. Flüchtlinge, die bereits in Wien gemeldet waren oder sind, werden von der zuständigen Außenstelle betreut. Flüchtlinge, die obdachlos sind oder zum erstenmal nach Wien kommen, werden — wie bisher — zentral, das heißt lediglich von einer Außenstelle des Referates, versorgt, ebenso die lateinamerikanischen Flüchtlinge wegen ihrer Sprachschwierigkeiten. Die Hauptprobleme aller Flüchtlinge stehen in der Unterbringung, finanziellen Versorgung sowie Krankenhilfe. Besonders zu erwähnen ist, daß Flüchtlinge, die bereits in Arbeit standen, diese durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage wieder verloren haben, nun die hohen Mieten für ihre Wohnungen nicht mehr bezahlen können und so wieder zu Betreuungsfällen werden.

Kamen im Jahre 1980 395 Flüchtlinge und Fremde zu einem ersten Gespräch ins Referat, waren es 1981 bereits 723 Flüchtlinge. 1980 standen 900 Flüchtlinge in intensiver Betreuung, 1981 waren es bereits 1.889 Flüchtlinge. Aus der Zahl der Kurzberatungen, die sich nur geringfügig veränderte, ist ersichtlich, daß die Flüchtlinge in zunehmendem Maße intensive Betreuung benötigen. Daraus erklärt sich auch die Zunahme der Zahl der Aussprachen von 2.251 im Jahre 1980 auf 5.535, was einen Anstieg auf mehr als das Doppelte bedeutet. Die Geldleistungen für diese Gruppe sind gleichfalls sehr stark angestiegen.

Hervorzuheben ist, daß immer mehr jüngere Personen Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen. Da von der Arbeitslosigkeit vor allem Menschen betroffen sind, die keinen Beruf erlernen konnten, sind es in der Regel auch die vom Referat betreuten Personen, die keinen neuen Arbeitsplatz finden können. Obwohl häufig Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht, gilt es doch, die Zeit bis zur ersten Auszahlung zu überbrükken, da es in diesen Familien kaum Ersparnisse gibt. Ein weiteres Problem aus der angespannten Arbeitsmarktlage ergibt sich im psychischen Bereich: Arbeitswillige Menschen, die lange auf einen neuen Arbeitsplatz warten müssen, verändern sich in ihrer Persönlichkeit. Sie werden einsamer, neigen zu Depressionen, und die gesamte Familie leidet nicht nur finanziell, sondern auch psychisch.

Drei Sozialarbeiter führen gemeinsam mit Ärzten der MA 15 in berufs- und höherbildenden Schulen mit den Schülern Aufklärungsgespräche. Es zeigte sich, daß auch heute noch die Jugend bezüglich Partnerschaft und Sexualität nur wenig aufgeklärt ist. Auch in der Beratungsstelle für junge Paare, die von der MA 15 im Rahmen der Familienplanung eingerichtet wurde, arbeiten Sozialarbeiter der Abteilung mit. Hinzuweisen wäre noch auf die Lehrtätigkeit, die seit Jahren von Sozialarbeitern in den Krankenpflegeschulen der Stadt Wien erfolgt. Aus den Sozialakademien wurden schließlich insgesamt 30 Studenten für Praktika übernommen.

Bezüglich der **Hilfe für Behinderte** wurden 1.613 Anträge eingebracht, und zwar wurde in 514 Fällen Eingliederungshilfe, in 56 ein Zuschuß zur geschützten Arbeit, in 63 Hilfe zur Unterbringung, in 754 Pflegegeld beantragt und in 226 Fällen um die Bewilligung von Beschäftigungstherapie angesucht. Bis Jahresende waren 1.615 der am 31. Dezember 1980 noch offenen sowie im Jahr 1981 neu eingelangten Anträge zu erledigen. In 515 Fällen wurde Eingliederungshilfe, in 54 geschützte Arbeit, in 82 Hilfe zur Unterbringung, in 218 Beschäftigungstherapie und in 747 Fällen Pflegegeld zuerkannt. Mit Stichtag 31. Dezember waren in 3.592 Fällen Dauerleistungen der Behindertenhilfe bewilligt, und zwar 1.316 Kostenbeitragsleistungen zu Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekursen sowie zu Unterbringungen in Wohnheimen (Behindertenzentrum 91, Jugend am Werk 799, Lebenshilfe Wien 260, Lebenshilfe Niederösterreich 42, Bandgesellschaft 92, sonstige Institutionen 32), ferner 1.862 Pflegegeldbezüge und 414 Beiträge zu anderen laufenden Leistungen. Diese umfaßten in 37 Fällen Hilfe zur Erziehung und Betreuung von behinderten Kindern in den zwei Kindertagesheimstätten der „Lebenshilfe" und im Kindertagesheim des Kuratoriums für künstlerische und heilende Pädagogik, weiters Kostenzuschuß für Hausunterricht, Kurs- und Fahrschulbesuche sowie sonstige Hilfen zur Schulausbildung in 46 Fällen, Heimunterbringungskosten für berufliche und medizinische Rehabilitation in 33 Fällen, Hilfe zur geschützten Arbeit in 278 Fällen, Hilfe zum Lebensunterhalt in 3 Fällen und persönliche Hilfen in 17 Fällen.

Für Beratungs- und Betreuungsdienste für Behinderte wurden sieben privaten Vereinigungen, die die Interessenvertretung und die Betreuung von Behinderten übernommen haben, Zuschüsse gewährt, und zwar der Multiple-Sklerose-Gesellschaft 520.000 S, der Gesellschaft zum Schutze psychisch Behinderter „Pro mente infirmis" 650.000 S, der Caritas der Erzdiözese Wien 330.000 S, dem Verband aller Körperbehinder-

ten Österreichs 175.000 S, dem Österreichischen Zivilinvalidenverband — Landesgruppe Wien 175.000 S, dem Club Handikap 175.000 S und dem Begegnungs-Center für psychisch Behinderte 175.000 S. Diese Beratungs- und Betreuungsdienste kamen mehr als 10.000 Behinderten zugute.

Die Frequenz des Beförderungsdienstes für Behinderte, der die betroffenen Personen mit Kleinbussen von der Wohnung in die Tagesheimstätten beziehungsweise Schulen und zurück bringt, hat weiter zugenommen. 1981 haben durchschnittlich 319 Behinderte diesen Dienst in Anspruch genommen. Der Kostenaufwand betrug 8,983.597 S. Eine noch größere Nachfrage ist bei dem vom Club Handikap gemeinsam mit einer Mietwagenfirma organisierten Beförderungsdienst für Behinderte zu sportlichen und kulturellen Veranstaltungen zu verzeichnen. Die ausgegebenen Fahrtenbons verursachten Ausgaben von insgesamt 5 Millionen Schilling.

Die erstmals 1978 für Behinderte veranstalteten „Fahrten ins Grüne" wurden wieder durchgeführt. An den von April bis Oktober mit Hilfe des Wiener Roten Kreuzes veranstalteten 128 Ausflugsfahrten nahmen 732 Behinderte teil. Die Kosten betrugen 231.781 S.

Schwerst Körperbehinderte, die für die Gestaltung ihres Urlaubes vermehrte Ausgaben haben, bekamen abermals einen Zuschuß. Die zur Verfügung gestellte Summe von 1,3 Millionen Schilling erhielten 1.300 Behinderte. Als „Hilfe in besonderen Lebenslagen" bekamen 32 Behinderte, die blind und taub sind, neben der Blindenbeihilfe eine weitere monatliche Beihilfe. Die Kosten hiefür betrugen 444.528 S. Fahrbegünstigungen erhielten 2.806 Blinde und 130 Gehbehinderte. 84 Zivilinvalide bezogen Aushilfen in einer Gesamthöhe von 77.998 S.

Auf Grund des Blindenbeihilfengesetzes wurden 904 Anträge auf Gewährung von Blindenbeihilfe gestellt. Die Anzahl der Bezieher von Blindenbeihilfe stieg um 95. Mit 31. Dezember standen 3.962 Personen im Bezug einer Blindenbeihilfe, davon waren 1.687 blind und 2.275 schwerst sehbehindert. Durch die Verordnung der Wiener Landesregierung vom 25. November 1980, LGBl. für Wien Nr. 41, wurden die Bezüge mit Wirkung vom 1. Jänner 1981 für Blinde auf 3.100 S und für schwerst Sehbehinderte auf 2.015 S monatlich erhöht.

Die zentrale Beratungsstelle für Behinderte war an 95 Tagen, und zwar Montag und Donnerstag jeweils von 15 bis 18.30 Uhr, zugänglich. Im Jahre 1981 haben insgesamt 203 Behinderte diese Einrichtung in Anspruch genommen.

Die im Oktober 1976 erschienene Broschüre „Behindertenhilfe in Wien" wurde überarbeitet und im März 1981 mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren neu herausgebracht. Der von den schwer Körperbehinderten sehr gefragte „Stadtführer für Behinderte" soll ebenfalls in erweiterter Form neu erscheinen. Das mit der schwierigen Ausarbeitung betreute Institut für soziales Design konnte die Arbeiten noch nicht abschließen. Die Ausgaben für beide Broschüren beliefen sich im Jahre 1981 auf 722.047 S.

Im 14. Bezirk in der Sofienalpenstraße wurde im Oktober vom Sozialamt der Stadt Wien ein Wohnheim für junge milieugeschädigte Behinderte eingerichtet. Es handelt sich dabei um geistig leichter behinderte junge Männer, die bisher im Heim Lindenhof des Jugendamtes in Eggenburg untergebracht waren und dieses nach Erreichung der Großjährigkeit verlassen mußten. Dieses Wohnheim ist die erste modellartige Einrichtung dieser Art in Österreich. Die Wohngemeinschaft bietet insgesamt zehn jungen Männern Platz. Die Betreuung erfolgt durch fünf Erzieher, wobei das Betreuungskonzept im wesentlichen die Eingliederung der behinderten Bewohner in die Arbeitswelt, insbesondere durch Hilfe bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, vorsieht. Darüber hinaus sollen Hilfestellungen bei notwendigen Behördenwegen, Unterstützung im lebensnahen Bereich, Hilfe für sinnvolle Freizeitgestaltung erbracht und zuletzt, wenn der Behinderte bereits in der Lage ist, die geschützte Atmosphäre des Wohnheimes verlassen zu können, auch eine geeignete Wohnsituation vermittelt werden.

Eine verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft für Personen, die nach einer stationären Behandlung in der verhaltenstherapeutischen Station der Psychiatrischen Universitätsklinik in dieser Wohngemeinschaft einen Übergang ins Berufs- und Familienleben finden sollen, besteht weiterhin in 13, Lainzer Straße 38.

Das Behindertenzentrum der Stadt Wien nahm im Rahmen der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse 663 Begutachtungen vor. Die Zahl der Begutachtungen nach dem Wiener Behindertengesetz hat gegenüber dem Vorjahr um 40 Prozent zugenommen. Die Kurse waren im Jahre 1981 im Durchschnitt von 81 Kursteilnehmern belegt. Die durchschnittliche Zahl der Kursteilnehmer ist gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben. Mit Stichtag 31. Dezember wurden 91 Kursteilnehmer betreut. In sieben Fällen ist eine Arbeitsvermittlung zustande gekommen, das sind genausoviel Fälle wie im Jahre 1980. Die Arbeitsvermittlungen kamen allerdings wieder fast alle auf Grund von privaten Initiativen zustande. Leider ist eine Verschlechterung auf dem Personalsektor eingetreten. Ein Posten für einen Beschäftigungstherapeuten, einer für einen Fachassistenten sowie ein Sondervertrag für einen künstlerischen Keramiker, bestehend aus einer stundenweisen Verpflichtung, wurden aus Einsparungsgründen bedauerlicherweise ersatzlos gestrichen. Es steht außer Frage, daß dadurch die Qualität der Klientenbetreuung im Behindertenzentrum eine Einbuße erlitten hat.

Durch besonderes Entgegenkommen der Bezirksvorstehung Ottakring sowie des Touristenvereines „Die Naturfreunde" war es möglich, einige sehr positive Aktionen durchzuführen. Ein Frühlingsfest sowie ein Nachmittag in der Vorweihnachtszeit waren nicht nur ein schönes Erlebnis für die Betreuten, sondern trugen auch zu einem besseren Kennenlernen von Behinderten und Nichtbehinderten im Sinne unserer Integrationsbestrebungen bei. Am Frühlingsfest nahmen Vertreter der Bezirksvorstehung Ottakring, aber auch zahlreiche Schüler und Studenten verschiedener Schulen und Akademien sowie Gruppen der Sozialistischen Jugend teil. Den Nachmittag gestalteten namhafte Persönlichkeiten des Bezirkes Ottakring mit ihren Gattinnen, die mit selbstgebackenen Torten erschienen und mit den Behinderten im zwanglosen Gespräch einen Nachmittag verbrachten. Auch 1981 fand eine Verkaufsausstellung mit Unterstützung des Bezirksvorstehers für den 16. Bezirk in der „Z"-Filiale am Richard-Wagner-Platz statt.

Ein einmaliges Erlebnis war für 30 Schwer- und Mehrfachbehinderte ein Urlaub im Naturfreundecamp in Moniga am Gardasee. Erfreulicherweise haben die Bezirksvorstehung und die Naturfreunde auch für die kommenden Jahre eine Zusicherung für weitere Aktionen gegeben. Erwähnenswert ist ferner ein neu geschaffener sehr guter Kontakt zu der Firma Leopold Hiesinger in 9, Mariannengasse 32, die Handpuppen erzeugt. Der Firmeninhaber stellte in uneigennütziger Weise seine Modelle kostenlos zur Verfügung und bemühte sich, Behinderte für die Puppenerzeugung anzulernen.

Im Rahmen der Ausstellung „Kennenlernen — verstehenlernen" in der Wiener Hofburg war das Behindertenzentrum mit einer großen Koje vertreten, die allseits Beachtung fand. Da nicht nur ausgestellt, sondern auch Aktivitäten gesetzt wurden — eine Behindertengruppe demonstrierte zum Beispiel Keramikarbeiten —, gelang es, besonders Schüler und Studenten anzusprechen. Ähnliche Ausstellungen erfolgten im Kaufhaus Herzmansky sowie im Wiener Künstlerhaus im Rahmen der Veranstaltung „Barrieren".

Die Propagierung des Behindertenzentrums als „open house", das täglich von Montag bis Freitag zwischen 8 und 15 Uhr von Außenstehenden ohne Formalitäten besucht werden kann, hat sich bestens bewährt. Besonders jüngere Leute, wie Schüler und Studenten, machten von diesem Angebot häufig Gebrauch und fanden sich zur Mitarbeit sowie zu Gesprächen mit Behinderten ein. Es entstanden positive Kontakte, so daß die Idee auch im kommenden Jahr verstärkt fortgeführt wird, um ein Kennenlernen zwischen Behinderten und Nichtbehinderten zu fördern.

Im Rahmen der **sozialen Dienste** führten 14 Diplomkrankenschwestern 19.529 Hausbesuche durch, wobei sie die Notwendigkeit von Heimhilfe, Hauskrankenpflege und Familienhilfe überprüften. Sie veranlaßten hiebei alle nötigen Hilfen, suchten um Pflegegeld, Blindenbeihilfe, Hilflosenzuschuß und dergleichen an. Außerdem nahmen sie bei ihren Hausbesuchen laufend Soziologiestudenten, Studierende der Sozialakademie sowie Krankenschwesterschülerinnen zum Praktikum für die Betreuung Hilfsbedürftiger außerhalb der Anstalten mit.

Im Jahre 1981 wurden 9.759 Anträge für Heimhilfe und Hauskrankenpflege gestellt und bearbeitet, außerdem in weiteren 1.350 Fällen auf Grund von Anrufen beim Notruf für Soziales und Gesundheit sowie infolge von Anrufen durch Polizei, Ärzte, Sozialarbeiter und Hilfesuchende Hausbesuche durchgeführt und notwendige Hilfeleistungen veranlaßt. Zum Stichtag 31. Dezember wurden 9.160 Fälle von 2.515 Heimhelferinnen und 13 Diplomkrankenschwestern betreut. Insgesamt wurden einschließlich Hauskrankenpflege 2,813.154,5 Heimhilfestunden geleistet.

Im Rahmen der Aktion „Soforteinsatz von Heimhilfe nach Spitalsentlassung" wurden 953 Einsätze veranlaßt. Davon entfielen auf die durchführenden Organisationen, wie den Verein „Wiener Sozialdienste", 488 Einsätze und auf den Verein „Die Frau und ihre Wohnung" 465. Diese Soforteinsätze wurden für Patienten aus dem Allgemeinen Krankenhaus, dem Elisabeth-Spital, dem Wilhelminenspital, dem Krankenhaus Rudolfstiftung und Franz-Joseph-Spital, dem Krankenhaus Floridsdorf, dem Krankenhaus Lainz, dem Sophien-Spital, dem Hanusch-Krankenhaus, der Allgemeinen Poliklinik, dem Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, dem Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel, dem Neurologischen Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel, dem Sanatorium Hera und den Unfallkrankenhäusern durchgeführt. Wie schon in den vergangenen Jahren wurde wieder für Bewohner der städtischen Pflegeheime, die nach Hause beurlaubt beziehungsweise entlassen werden konnten, ein Soforteinsatz von Heimhilfe organisiert.

Von 23 Familienhelferinnen wurde, vielfach nur halbtags, 485 Familien in Notsituationen im Ausmaß von 31.476 Stunden geholfen.

18.988 Reinigungen wurden vom Reinigungsdienst in 85.649 Arbeitsstunden durchgeführt, außerdem 114 Reinigungen in grob verwahrlosten Wohnungen vorgenommen.

Zum Stichtag 31. Dezember wurden vom Besuchsdienst 1.704 einsame alte Menschen betreut. Insgesamt konnten 101.508 Besuche bei 3.072 Personen durchgeführt werden.

Die Anzahl der durch den Wäschepflegedienst betreuten Haushalte ist gegenüber dem Vorjahr annähernd gleichgeblieben. Es kam wieder zu rund 2.000 Einsätzen. Bis zu einem Einkommen von 4.167 S für Alleinstehende und von 6.148 S für Ehepaare sind die Zustellung und Abholung der Wäsche kostenlos. Die Bezieher höherer Einkommen zahlen je nach Einstufung im Sozialpaß einen Kostenbeitrag zwischen 15 und 25 S pro Zustellung. Der Preis pro Kilogramm Kochwäsche beträgt derzeit 23 S.

Bei der Aktion „Essen auf Rädern" ist gegenüber dem Vorjahr die Zahl der Essensbezieher zurückgegangen. Im 1. Quartal betrug die Zahl der Essensbezieher täglich im Durchschnitt 3.600, im 2. Quartal 3.500, im 3. Quartal 3.100 und stieg im 4. Quartal wieder auf 3.500 Essensbezieher an. Davon bezogen rund 2.000 Personen Normalkost, 500 Personen Diabetikerkost und 1.000 Personen Schonkost. Seit Ende Juni wird das Essen in Styroporeinzelverpackungen ausgeliefert. Diese etwa 30 × 30 cm großen Behälter fassen vier Plastikbecher und enthalten noch zusätzlich zwei Kühlpatronen, die die Temperatur des Essens nach der Abkühlung konstant halten und damit eine größtmögliche hygienische Sicherheit bieten. Im Sommer 1981 wurde nach einer neuerlichen Umfrage bei den Essensbeziehern gemeinsam mit allen an der Aktion beteiligten Küchen ein neuer Speiseplan erstellt, der unter Bedachtnahme auf Diätvorschriften möglichst viele Wünsche berücksichtigt.

Im Jahre 1981 wurden vom Reparaturdienst in 804 Haushalten einfache Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt; das sind gegenüber 1980 um 216 Fälle mehr. Die Kosten für die Inanspruchnahme des Reparaturdienstes richten sich nach der Einstufung im Sozialpaß, wobei je nach Einkommenshöhe für eine Stunde zwischen 25 und 150 S zu bezahlen sind.

Im Jahre 1981 war beim Notruf für Soziales und Gesundheit eine Frequenzsteigerung zu verzeichnen. Die Zahl der Anrufe betrug insgesamt 12.559; davon kamen 8.278 Anrufe in der normalen Dienstzeit, 2.169 wurden in der Zeit zwischen 15.30 und 20 Uhr registriert, 2.112 an Samstagen, Sonn- und Feiertagen. Über den Tonbanddienst in den Nachtstunden kamen 1.200 Anrufe. Der Schwerpunkt lag bei der Vermittlung von sozialen Diensten mit insgesamt 3.499 Fällen und bei Hilfeleistungen beziehungsweise Auskunft über Arztbesuch, Rettung und Spitalseinweisung mit insgesamt 2.153 Fällen. Für die vielen Polen, die sich infolge der aktuellen Ereignisse in ihrem Heimatland in Wien aufhalten, wurde im Dezember an zwei Vormittagen in der Woche eine Beratung in polnischer Sprache eingerichtet.

Der Kontaktbesuchsdienst wurde in sämtlichen Wiener Bezirken mit Ausnahme des 1. Bezirkes durchgeführt. 80.368 Personen über 65 Jahre konnten besucht und über die Hilfen, die von der Stadt Wien geboten werden, informiert werden. Bei rund 10 Prozent der besuchten Personen hat der Kontaktbesuchsdienst mit Hilfe der Sozialreferate, Sozialarbeiter oder der Bezirksvorsteher Hilfen veranlaßt und auch Anregungen entgegengenommen. Im Jahre 1981 führten insgesamt 400 Personen diesen Kontaktbesuchsdienst durch.

Die seit dem Jahr 1979 bestehende Einrichtung eines sozialen Stützpunktes im 2. Bezirk hat sich bewährt. 1981 wurde daher eine Reihe von weiteren Stützpunkten für einzelne Wohngebiete in Angleichung an die Versorgungsräume nach dem Krankenanstaltenplan eingerichtet. Sie sind organisatorisch Außenstellen des Referates „Soziale Dienste". Diese Stützpunkte leisten alle im Zusammenhang mit dem Einsatz von Heimhilfe notwendigen Koordinierungsarbeiten mit den Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und veranlassen im Bedarfsfalle auch den Einsatz anderer sozialer Dienste.

Die sozialen Stützpunkte befinden sich für den 1., 7., 8. und 9. Bezirk in 1, Schottenring 24, 1. Stock; für den 4., 5. und 6. Bezirk in 5, Am Hundsturm 18; für den 3. und 11. Bezirk in 3, Würtzlerstraße 25 (Pensionistenheim Erdberg); für den 2., 20., 21. und 22. Bezirk in 2, Engerthstraße 150, Stiege 13; für den 10. Bezirk in 10, Senefeldergasse 11; für den 14., 15. und 16. Bezirk in 14, Dreyhausenstraße 29 (Pensionistenheim Penzing); für den 17., 18. und 19. Bezirk in 18, Türkenschanzplatz 2 (Pensionistenheim „An der Türkenschanze") und für den 12., 13. und 23. Bezirk in 12, Am Schöpfwerk 29, Stiege 6.

Die in jedem Wiener Bezirk eingerichteten Sozialberatungsstellen wurden weitergeführt und von insgesamt 4.881 Personen aufgesucht. Ein Jurist und ein Sozialarbeiter stehen für Information und Beratung in sozialen und rechtlichen Fragen zur Verfügung. Die Ratsuchenden haben in einer unbürokratischen Atmosphäre Gelegenheit zu einer Aussprache und zur Behandlung ihrer Anliegen. Mitte April 1981 wurde auch in den städtischen Pflegeheimen Lainz und Liesing eine Sozialberatungsstelle eingerichtet. Einmal wöchentlich nachmittags steht ein Jurist den Bewohnern dieser Pflegeheime für Information und Beratung zur Verfügung.

Die Zahl der Pensionistenklubs stieg im Jahre 1981 auf 174. Die durchschnittliche tägliche Besucherzahl betrug in der Periode Jänner bis April 11.459 und von Oktober bis Dezember 11.426 Personen. Das waren pro Klub zirka 67 bzw. 66 Besucher. Die Pensionistenklubs waren wieder von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) in der Zeit von 13 bis 18 Uhr geöffnet. Es wurden Filmvorführungen und Vorträge vom „Wiener Volksbildungswerk" und vom „Sozialwerk für österreichische Artisten" sowie Vorträge über Verkehrserziehung abgehalten. Die Vortragsreihen fanden großen Anklang. In einigen Pensionistenklubs konnten unter Anleitung einer Fachkraft oder Betreuerin Bastelgruppen geführt werden. Diese Einrichtung erfreute sich weiterhin großer Beliebtheit. Eine kostenlose Kaffeejause mit Mürbgebäck bzw. Mehlspeisen täglich sowie ein Mittagessen zweimal im Monat wurde den Besuchern gegen geringes Entgelt weiterhin geboten. Im Herbst wurde wieder eine intensive Schulung für die Betreuerinnen von Pensionistenklubs in Samstagseminaren durchgeführt. Die Seminare, an denen alle Betreuerinnen — aufgeteilt auf kleine Gruppen — teilnehmen mußten, erstreckten sich jeweils über einen ganzen Tag und wurden auch finanziell honoriert. Zusätzlich zu den auch bisher abgehaltenen Vorträgen über die praktische Führung eines Pensionistenklubs und über Erste Hilfe wurden Referate von Mitarbeitern des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Altersforschung über Freizeitaktivitäten betagter Menschen

gebracht. Weiters wurden in Diskussionsrunden die Stellung, Verantwortung und die Aufgaben eines sozialen Bürgers in der Gemeinschaft und die Funktion der sozialen Stützpunkte erörtert sowie Erfahrungen mit der neuen Form der Kaffeejause ausgetauscht. Seit Oktober 1981 wird der Jausenkaffee nicht mehr in Cups bereits mit Milch gemischt angeliefert, sondern mit Espressofiltermaschinen separat in jedem Klub für die jeweiligen Klubbesucher erzeugt. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten dürfte die Kaffeezubereitung allgemein Anklang finden.

Die Landaufenthaltsaktion, die in einem zweiwöchigen Erholungsurlaub besteht, wurde in der Zeit vom 6. Mai bis 30. September in 118 Turnussen 525 Dauersozialhilfebeziehern, 302 Pensionisten und 3.537 Pensionistenklubbesuchern, insgesamt 4.364 Personen, in 12 verschiedenen Orten ermöglicht. Davon sind 401 Urlauber, die einer Schonkost bedurften, in der Pension „Huber" in Rastenfeld untergebracht worden.

Die 1976 geschaffene Aktion „Landaufenthalt für alleinstehende dauersozialhilfebeziehende Mütter", in deren Rahmen alleinstehenden, dauersozialhilfebeziehenden Müttern, die bisher aus finanziellen Gründen nicht auf Urlaub bzw. Erholung fahren konnten, die Möglichkeit geboten wird, zusammen mit ihren Kindern oder auch allein einen 14tägigen Erholungsurlaub zu verbringen, fand wieder großen Anklang. In der Zeit vom 8. bis 22. Juli haben 10 Mütter und 25 Kinder ihren Urlaub in der Pension „Ulm" in Altenberg an der Rax, Steiermark, verbracht.

Vom Verband für Sozialtourismus (ÖGB) wurde wieder in der Vor- und Nachsaison eine Anzahl von Urlaubsplätzen im Feriendorf Maltschacher See in Kärnten zur Verfügung gestellt. Insgesamt 84 Dauersozialhilfebezieher und Pensionistenklubbesucher konnten in der Zeit vom 9. bis 23. Mai, vom 23. Mai bis 6. Juni und vom 12. bis 26. September, untergebracht in 48 Bungalows, einen schönen Urlaub verbringen.

Im Rahmen der Landaufenthaltsaktion für Behinderte waren in der Zeit vom 20. Juni bis 4. Juli von den Teilnehmern der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse 26 männliche Teilnehmer mit vier Fachgehilfen am Gardasee und in der Zeit vom 4. bis 18. Juli 13 weibliche Teilnehmer mit drei Fachgehilfinnen zur Erholung in Grein an der Donau untergebracht.

Im Rahmen der Ausflugsaktion wurden für Dauersozialhilfebezieher und Pensionistenklubbesucher in den Monaten April bis Oktober je Bezirk oder Klub fünf Ausflüge zu 38 Ausflugsorten durchgeführt. An den Ausflügen für Dauersozialhilfebezieher, die keine Klubbesucher sind, nahmen insgesamt 3.974 Personen teil. An den Ausflügen der Klubbesucher beteiligten sich insgesamt 29.117 Personen. Darüber hinaus wurden mit Pfleglingen der städtischen Pflegeheime Baumgarten, Lainz, Liesing, St. Andrä und pulmologisches Zentrum Ausflüge durchgeführt. In der Zeit von April bis Oktober nahmen an diesen Ausflügen 2.494 Pfleglinge teil. Von den Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekursen kamen zu den fünf Ausflügen insgesamt 508 Personen.

Die Aktion „Fahrt ins Grüne" wurde wieder für alle älteren Mitbürger der grünflächenarmen Bezirke 1 sowie 4 bis 9 in den Monaten Juli und August von Montag bis Freitag (ausgenommen Feiertag) in der Zeit von 13.30 bis 18 Uhr durchgeführt. Die Ausflugsziele waren die Wienerhütte, Hintersdorf, Laxenburg, Bisamberg, Altlengbach, Königstetten, Untertullnerbach, die Windischhütte, Einöd, Würnitz, Heiligenkreuz, Preßbaum-Dürrwien und Unterkirchbach. An diesen Fahrten nahmen täglich rund 660, insgesamt 28.904 Personen, teil.

Vom 20. bis 27. September wurde zum siebenten Mal eine Seniorenwoche in der Wiener Stadthalle veranstaltet. Die diesjährige Veranstaltung wurde von rund 95.000 Besuchern frequentiert.

Die gemeinsame Abschlußfeier für die Landaufenthaltsaktion 1981 und die Eröffnungsfeier der Betriebsperiode 1981/82 für die Pensionistenklubs fanden an zwei Tagen im Oktober und an fünf Tagen im November in der Wiener Volksoper statt. Über Einladung des Herrn Bürgermeisters Leopold *Gratz* und des Amtsführenden Stadtrates Herrn Univ.-Prof. Dr. Alois *Stacher* haben rund 8.750 Personen die Operette „Der Fremdenführer" von Carl Michael *Ziehrer* gesehen.

Bei der Weihnachtspaketeaktion wurden 10.000 Stück Lebensmittelpakete, und zwar 9.728 mit Normalkost sowie 272 mit Diabetikerkost, an 8.387 Erwachsene und 1.613 Kinder verteilt.

Am 4., 5., 6. und 8. Mai fanden am Kahlenberg für 852 Mütter, die über 60 Jahre sind und Dauersozialhilfe beziehen, Mütterehrungen statt. Jede Mutter erhielt eine Jause und als Geschenk eine Stielpfanne sowie das traditionelle Schokoladeherz mit Konfekt. Das Orchester der E-Werks-Bediensteten und namhafte Wiener Künstler wirkten an diesem Nachmittag mit. In den Sozialreferaten wurde das Muttertagsgeschenk auch an jene 1.618 Mütter ausgegeben, die an der Feier aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen konnten.

Zur leichteren Inanspruchnahme der sozialen Dienste wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 der Sozialpaß geschaffen. Jeder Wiener, der Leistungen des Sozialamtes in Anspruch nimmt, kann einen Sozialpaß erhalten. Der Inhaber muß sein Einkommen nur anläßlich der Ausstellung des Sozialpasses bzw. einer Einkommensänderung, wie zum Beispiel bei Zuerkennung des Hilflosenzuschusses, nachweisen, da die Richtsätze für die verschlüsselte Einkommenseinstufung mit dem Valorisierungsfaktor der Sozialversicherung erhöht werden. Mit 1. Jänner 1982 wird zusätzlich zum Sozialpaß mit der Kennzeichnung „P" ein Sozialpaß mit der

Kennzeichnung „P II" eingeführt werden. Beide Ausweise berechtigen ihre Besitzer zu verbilligten Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Der ermäßigte Besuch der städtischen Bäder, des Tiergartens Schönbrunn und der kostenlose Besuch des „Hauses des Meeres" werden wie bisher ausschließlich den Besitzern eines Sozialpasses „P" vorbehalten bleiben. Mit der Eintragung der Kennzeichnung „P" und „P II" wurde bereits im November begonnen. Bis zum 31. Dezember wurden insgesamt 67.639 Sozialpässe, davon 40.896 Sozialpässe mit „P" und 1.126 Sozialpässe mit „P II", ausgestellt. Außerdem wurden in 1.225 bereits ausgestellten Sozialpässen der Vermerk „P" und in 654 Sozialpässen der Vermerk „P II" nachgetragen.

Im Jahre 1981 hat das Kuratorium Wiener Pensionistenheime zwei weitere Pensionistenheime fertiggestellt. Am 9. Juni wurde das Pensionistenheim Alszeile mit 249 Plätzen in Heimappartements und 33 Plätzen in der Abteilung für besondere Betreuung eröffnet. Mitte des Jahres konnte auch der Betrieb im Pensionistenheim „An der Türkenschanze" mit 333 Appartementplätzen und 33 Plätzen in der Abteilung für besondere Betreuung aufgenommen werden. Die Eröffnung dieses Heimes fand am 11. September statt. Das Platzangebot betrug in den Pensionistenheimen des Kuratoriums am 31. Dezember in Heimappartements 3.839 Plätze und in den Abteilungen für besondere Betreuung 474 Betten bzw. Plätze, so daß insgesamt 4.313 Wohn- und Betreuungsplätze zur Verfügung standen. Im Wohnheim Fortuna besteht weiterhin ein Einweisungsrecht des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime. Im Jahre 1981 konnten 1.047 Personen in die Pensionistenheime des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime neu aufgenommen werden. Diesen Aufnahmen standen insgesamt 5.775 neue Vormerkungen gegenüber. Unter Berücksichtigung von 1.062 bekanntgewordenen Todesfällen und 193 Fällen, die anderweitig untergebracht werden konnten, sowie von 103 Rücktritten betrug die Zahl der Vormerkungen per 31. Dezember 36.154. Die Zahl der Personen, die zuwarten wollten, machte 12.627 aus. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß der Wunsch, warten zu wollen, dem Kuratorium Wiener Pensionistenheime meist erst bekannt wird, wenn Pensionisten in ein Heim übersiedeln könnten. Die Pensionskosten wurden am 1. Jänner 1981 mit 6.600 S für Einzelpersonen und 9.900 S für Ehepaare festgesetzt. Aus der von der Stadt Wien übernommenen Ausfallshaftung wurden laut Stichtagerhebung vom 31. Dezember 1981 für 1.267 Einzelpersonen und für 122 Ehepaare bzw. Personen in Lebensgemeinschaften, die nicht in der Lage waren, die vollen Pensionskosten zu bezahlen, Zuschüsse geleistet. Der an das Kuratorium Wiener Pensionistenheime geleistete Gesamtaufwand betrug 1981 103,999.950 S.

Die Grundsteinlegung für die Errichtung des Pensionistenheimes in 4, Phorusplatz, war am 19. Dezember. Dieses Pensionistenheim wird 253 Pensionärsbetten und 29 Betten in der Abteilung für besondere Betreuung aufweisen. Der Baubeginn war am 28. Dezember. Die Grundsteinlegung für die Errichtung des Pensionistenheimes in 14, Felbigergasse, war am 12. Dezember. Dieses Pensionistenheim wird 287 Pensionärsbetten und 35 Betten in der Abteilung für besondere Betreuung aufweisen. Der Baubeginn war gleichfalls am 28. Dezember. Zwei neue Heime sind in Planung, und zwar das Pensionistenheim 13, „Am Tratzerberg", mit 266 Pensionärsbetten und 30 Betten in der Abteilung für besondere Betreuung und das Pensionistenheim 15 in der Oelgasse mit 281 Pensionärsbetten und 27 Betten in der Abteilung für besondere Betreuung. Die Bauarbeiten für die Errichtung der Pensionistenheime im 9. Bezirk „Roßau", im 12. Bezirk „Hetzendorf", im 6. Bezirk Loquaiplatz und in 21, Jedlersdorfer Straße, erfolgen bisher termingemäß, wobei im Pensionistenheim 12 auf Grund der Bodenverhältnisse eine längere Bauzeit zu erwarten ist.

In mehreren Heimen wurden bauliche Veränderungen durchgeführt, und zwar wurden im Pensionistenheim 2 automatische Schiebetüren beim Haupteingang eingebaut; im Pensionistenheim 3 konnte die Erneuerung der Fäkalhebeanlagen durchgeführt werden; im Pensionistenheim 10 wurden die Wege saniert und Isolierarbeiten vorgenommen. Die Fenster und Balkontüren wurden generalsaniert im Pensionistenheim 11. Im Pensionistenheim 13 F mußten der Aufzug umgebaut und der Wirtschaftshof saniert werden. Automatische Schiebetüren beim Haupteingang wurden eingebaut im Pensionistenheim 14, gleichfalls im Pensionistenheim 15. Im Pensionistenheim 16 wurden Umbauarbeiten im Küchen- und Garderobenbereich durchgeführt, automatische Schiebetüren beim Haupteingang eingebaut sowie nachträglich auferlegte Hochhausvorschriften erfüllt. Die Geschirrspülmaschine wurde vergrößert im Pensionistenheim 19. Im Pensionistenheim 22 wurde ein Mehrzweckraum geschaffen, die Fassade gegen den Garten instand gesetzt, mußten außerdem Umbauarbeiten im Küchenbereich durchgeführt werden. Schließlich wurden der Freiluftschacht sowie Fitneßparcours im Pensionistenheim 23 hergestellt. Die notwendigen Erhaltungs- und Reparaturarbeiten wurden laufend durchgeführt, so daß in den bestehenden Heimen ein weitestgehend störungsfreier und sicherer Betriebsablauf gewährleistet war, ebenso wurden laufend Verbesserungen und Modernisierungen an den vorhandenen Einrichtungen vorgenommen.

Aus dem Ertrag der von der Abteilung verwalteten „Stiftungen" wurden im Jahre 1981 4.925 S für Legate im Sinne der Stiftbriefe, 500.000 S an das Jugendamt, 1 Million Schilling an das Sozialamt, 790.000 S für das Anstaltenamt und 1.600 S für Zuwendungen und einmalige Aushilfen aufgewendet. Für stiftungseigene Aufwendungen wurden 4.145 S erbracht, Wertpapiere im Nominalwert von 999.000 S getilgt. Die Sparbucheinlagen beliefen sich auf 3,962.000 S.

Bei der Aufnahmestelle langten 6.721 Anträge um **Aufnahme in Pflegeheime** ein, wovon 5.703 bewilligt

werden konnten. 3.674 Personen wurden in ein Pflegeheim der Stadt Wien aufgenommen, 478 Personen gegen gänzliche oder teilweise Kostenübernahme in private Pflegeheime eingewiesen. In 1.478 Fällen mußten Antragsteller Ende 1981 infolge der angespannten Bettenlage Wartezeiten hinnehmen. In einigen Fällen verzichteten die Patienten trotz positiver Erledigung ihres Antrages auf Aufnahme in ein Pflegeheim, da sie bei Verwandten oder in privaten Heimen Aufnahme gefunden haben. 1.772 Hausbesuche des Amtsarztes zur medizinischen Begutachtung der Aufnahmewerber wurden durchgeführt. Auf Grund des Übereinkommens mit dem Institut „Haus der Barmherzigkeit", samt Zweiganstalt „Clementinum" in Kirchstetten, befanden sich in diesem Privatpflegeheim Ende 1981 573 Personen, bei denen das Land Wien die nicht gedeckten Verpflegungskosten übernahm.

Das Opferfürsorgegesetz 1947 sowie das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 haben durch BGBl. Nr. 582 vom 15. Dezember 1980 insoferne eine Änderung erfahren, als eine Erhöhung der Grundrenten (Opferrenten und Hinterbliebenenrenten), die Gewährung einer Zulage von monatlich 300 S für Bezieher einer Opferrente, die Inhaber einer Amtsbescheinigung gemäß § 1 Abs. 1 lit. e) Opferfürsorgegesetz sind und das 65. Lebensjahr vollendet haben, eine Erhöhung der Alterszulagen und Meßbeträge für Unterhaltsrenten sowie eine Erweiterung der Heilfürsorge eingetreten sind. Auf Grund der angehobenen Rentenleistungen mußten vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1981 für Grund- und Unterhaltsrentenbezieher 1.737 Rentenänderungsbescheide erlassen werden. In dieser Zeit wurden außerdem 471 Neuanträge auf Zuerkennung von Entschädigungen sowie 94 Anträge auf Anerkennung von Anspruchsberechtigungen eingebracht. An Entschädigungen erfolgten im Jahre 1981 insgesamt 164 Erledigungen. 60 Amtsbescheinigungen beziehungsweise Opferausweise wurden ausgestellt, 48 Anträge bescheidmäßig abgewiesen. Mit 31. Dezember betrug die Zahl der Amtsbescheinigungen 12.513, die der Opferausweise 17.759.

Die 19. und 32. ASVG-Novelle beeinflußten nach wie vor die Tätigkeit des Opferfürsorgereferates ganz wesentlich, da dadurch einem großen Teil des durch die NS-Behörden zu Schaden gekommenen Personenkreises die begünstigte Erweiterung von Ansprüchen und Anwerbschaften bei der Stellung von Pensionsanträgen möglich gemacht wird. Dem Opferfürsorgereferat obliegt es, die Ansprüche der in Wien und im Ausland lebenden Personen zu prüfen und die Ansprüche zu bestätigen. In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember wurden 462 Bescheinigungen ausgestellt. Zur Betreuung der Opferfürsorgerentenbezieher sind äußerst langwierige Verfahren zur Überprüfung ihrer haftbedingten bzw. verschlimmerten Gesundheitsschädigungen notwendig. Weitere umfangreiche Verfahren entstehen durch Anträge auf Pflege-, Hilflosen- und Diätzulage sowie auf Anerkennung als Hinterbliebene (Todesursache kausal mit anerkanntem Haftleiden des Verstorbenen). Diese Anträge sind ärztlichen Sachverständigen zur Erstellung der fachärztlichen Gutachten und einem Amtsarzt der MA 15 zur Erstellung der Endgutachten vorzulegen. Es wurden im Jahre 1981 68 Verschlimmerungsanträge und 104 weitere Untersuchungsanträge eingebracht. Über 193 Rentenanträge wurde bescheidmäßig abgesprochen. Außerdem wurden 212 Anträge auf Heilfürsorge bzw. erweiterte Heilfürsorge nach ärztlicher Begutachtung und Anspruchsüberprüfung dem Bundesministerium für soziale Verwaltung zur Entscheidung vorgelegt sowie 151 Anträge auf Sterbegeld einer Erledigung zugeführt. Für einmalige Aushilfen wurden an 346 Personen 132.000 S ausbezahlt. In der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1981 haben insgesamt 4.109 Personen im Opferfürsorgereferat vorgesprochen.

Die **Zentralaufnahmestelle für Heilstätten- und Kurbedürftige** bewilligte 174 hilfsbedürftigen Personen aus Sozialhilfemitteln Kosten- bzw. Teilkostenersatz für einen Kuraufenthalt oder für einen Aufenthalt in einem Rekonvaleszentenheim. Die Bewilligung der Kostenübernahme für Aufenthalte in Rekonvaleszentenheimen kann in den Fällen erteilt werden, in denen nach Abschluß einer nichtchirurgischen Krankenhausbehandlung eine spezielle medizinische Betreuung und Wartung zur Wiederherstellung notwendig erscheint, die in einem normalen Haushalt nicht gewährt werden können.

Die wirtschaftliche Tuberkulosehilfe wurde weiterhin in Form von Wirtschaftshilfe bewilligt, und zwar als regelmäßige Geldbeihilfe zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes des Unterstützten und seiner Familie sowie als einmalige Geldbeihilfe als Sonderausgabe im Zusammenhang mit der Erkrankung zur Verhinderung der Existenzgefährdung oder aus seuchehygienischen Gründen. Sofern nicht ein Träger der Sozialversicherung, eine Krankenfürsorgeanstalt oder der Bund aus dem Titel der Heeresversorgung, Kriegsopferversorgung, Opferfürsorge oder eine private Krankenversicherung hiefür aufzukommen hat, wurden die Kosten für die Behandlung des Erkrankten übernommen. Die periodische Erhöhung der Richtsätze der Ausgleichszulagen nach dem ASVG hat jeweils die Erhöhung der Richtsätze für die Gewährung der regelmäßigen Geldbeihilfe zur Folge, deren Neubemessung bescheidmäßig ausgesprochen wird.

In Zusammenarbeit mit Organisationen der freien Wohlfahrtspflege hat die Abteilung zur Durchführung der sozialen Dienste ihre Aktionen fortgesetzt. So wurden die sozialen Dienste im Auftrag, im Namen und für Rechnung der Stadt Wien durchgeführt. Acht Organisationen der freien Wohlfahrtspflege leisteten Heimhilfe und Hauskrankenpflege, und zwar die Vereine „Wiener Sozialdienste", „Die Frau und ihre Wohnung", das „Rote Kreuz", die „Caritas der Erzdiözese Wien" und die „Caritas Socialis" sowie die „Sozialhilfe der Adventmission", das „Soziale Hilfswerk" und der Verein „Volkshilfe". Die den Organisatio-

nen entstandenen Kosten wurden von der Stadt Wien auf der Basis der erbrachten Pflegestundenleistungen ersetzt. So wurden daher dem Verein „Wiener Sozialdienste" 90,400.000 S, dem Verein „Die Frau und ihre Wohnung" 104,300.000 S, dem „Roten Kreuz" 38,600.000 S, der „Caritas der Erzdiözese Wien" 8,700.000 S, der „Caritas Socialis" 6,800.000 S, der „Sozialhilfe der Adventmission" 5,600.000 S, dem „Sozialen Hilfswerk" 9,000.000 S und der „Volkshilfe" 65,100.000 S ersetzt.

Familienhilfe wurde ausschließlich von der Caritas der Erzdiözese Wien erbracht, der Aufwand in der Höhe von 4,113.283 S von der Stadt Wien getragen. Die Aktion „Essen auf Rädern" führten die Vereine „Die Frau und ihre Wohnung", „Volkshilfe", „Soziales Hilfswerk" und die „Caritas der Erzdiözese Wien" durch. Die Kosten dieser Aktion, nämlich der Sachaufwand und der Zustelldienst, wurden von der Stadt Wien ersetzt und betrugen insgesamt 42 Millionen Schilling. Davon entfielen auf den Verein „Die Frau und ihre Wohnung" 14,200.000 S, auf die „Volkshilfe" 9,700.000 S, auf das „Soziale Hilfswerk" 4,200.000 S und die „Caritas der Erzdiözese Wien" 5,900.000 S. Den sozialen Dienst „Gründliche Wohnungsreinigung" leisteten die Vereine „Wiener Sozialdienste", „Die Frau und ihre Wohnung", „Soziales Hilfswerk" und die „Sozialhilfe der Adventmission", wobei wie bisher spezielle Reinigungseinsätze, wie zum Beispiel bei Verwahrlosung, von der Sozialhilfe der Adventmission übernommen wurden. Der den Organisationen ersetzte Aufwand betrug insgesamt rund 13,6 Millionen Schilling.

Der soziale Dienst „Wäschepflege" wurde von den Vereinen „Wiener Volkshilfe" und „Soziales Hilfswerk" durchgeführt. Die Kosten für die Zustellung und die Ausbesserung der Wäsche wurden zum überwiegenden Teil von der Stadt Wien getragen und beliefen sich auf rund 4 Millionen Schilling.

Der soziale Dienst „Besuchsdienst" wurde vom Verein „Wiener Sozialdienste" und „Die Frau und ihre Wohnung" organisiert. Die Stadt Wien ersetzte den gesamten Aufwand, der 18,7 Millionen Schilling betrug.

Der soziale Dienst „Reparaturdienst" wurde vom Verein „Volkshilfe" mit einem Kostenaufwand von 383.097 S geleistet. Im Rahmen des Kontaktbesuchsdienstes waren die Vereine „Wiener Sozialdienste" und „Volkshilfe" wieder ermächtigt, Werkverträge mit den Kontaktbesuchern abzuschließen. Der Aufwand im Jahre 1981 hiefür betrug 3,9 Millionen Schilling. Der Verein „Wiener Sozialdienste" fungiert als Rechtsträger für die verhaltenstherapeutische Wohngemeinschaft in 13, Lainzer Straße 38. Die Kosten betrugen 709.679 S. Der Verein „Soziale Hilfen für gefährdete Frauen und ihre Kinder" betreibt zwei Einrichtungen für die Unterbringung gefährdeter Frauen und ihrer Kinder, nämlich das Frauenhaus in 9, Liechtensteinstraße 3, und das Frauenhaus in 13, Trauttmansdorffgasse 16. Auf Grund eines zwischen der Stadt Wien, vertreten durch die Abteilung, und dem genannten Verein abgeschlossenen Vertrages übernimmt die Stadt Wien die Personal- und Sachkosten dieser beiden Heime. Diese im Jahre 1981 entstandenen Kosten betrugen für beide Heime rund 5,5 Millionen Schilling.

Zur Durchführung der im Wiener Behindertengesetz vorgesehenen Maßnahmen hat das Sozialamt mit weiteren sieben Vereinen Übereinkommen abgeschlossen. Im Jahre 1981 wurden für die Betreuung geistig Behinderter in Beschäftigungstherapiekursen, Wohnheimen und Kindertagesheimen der „Bandgesellschaft" 4,259.896 S, dem Verein „Jugend am Werk" 43,841.216 S, dem Verein „Lebenshilfe Wien" 24,189.631 S ersetzt. Das „Kuratorium für künstlerische und heilende Pädagogik" erhielt für die Betreuung geistiger Behinderter in Kindertagesheimen 2,542.126 S, der Verein „Lebenshilfe Niederösterreich" für die Betreuung geistig Behinderter in Beschäftigungstherapiekursen und Wohnheimen 6,275.480 S, der „Verein zugunsten körperbehinderter Kinder und Jugendlicher für Wien, Niederösterreich und Burgenland" für die Behandlung körper- und mehrfachbehinderter Kinder und Jugendlicher 1,987.016 S und die „Stiftung Genesungsheim Kalksburg, Drogenstation Vorderbrühl" für die Behandlung drogenabhängiger Personen 2,426.383 S.

Am 2. April 1979 hat der Wiener Gemeinderat den nach entsprechenden Vorbereitungsarbeiten vorgelegten „Zielplan für die psychiatrische und psychosoziale Versorgung in Wien" genehmigt. In dem Zielplan für die Psychiatriereform in Wien sind rasche und weitgreifende Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgung psychisch Kranker und Behinderter vorgesehen. Grundprinzip der Wiener Psychiatriereform ist die Gleichzeitigkeit der Maßnahmen im psychiatrischen Krankenhaus und des raschen Aufbaues ergänzender und alternativer Einrichtungen außerhalb des Krankenhauses. Nur so kann erreicht werden, daß die einzelnen Reformschritte aufeinander abgestimmt werden und allen Gruppen von psychisch Kranken und Behinderten zugute kommen.

Die moderne Psychiatrie ist bemüht, möglichst viele Menschen mit seelischen Problemen bzw. seelischen Erkrankungen außerhalb eines Krankenhauses zu behandeln. Ist ein Krankenhausaufenthalt unvermeidlich, so soll er möglichst kurz dauern. Um diese Ziele zu erreichen, müssen den Betroffenen, und natürlich auch ihren Angehörigen, entsprechende beratende und helfende Einrichtungen außerhalb des Krankenhauses zur Verfügung stehen. Um lange Anfahrtswege zu vermeiden, muß es diese Einrichtungen an mehreren Stellen der Stadt geben. Wien wurde daher in acht „psychosoziale Versorgungsregionen" unterteilt. Für jede dieser acht Regionen sieht der „Psychiatrie-Zielplan" eine eigene psychosoziale Station vor, die jeweils alle notwendigen ambulanten teilstationären und ergänzenden Einrichtungen umfassen soll. Aufgabe des Psychosozialen Dienstes ist es, diese

Einrichtungen zur Rehabilitation psychisch Kranker außerhalb des Krankenhauses zu errichten und zu betreiben.

Ende 1979 wurde das Kuratorium für Psychosoziale Dienste in Wien in der Form eines gemeinnützigen Fonds eingerichtet. Es nahm Anfang 1980 seine Tätigkeit auf, womit die wichtigsten Voraussetzungen für eine umfassende Veränderung der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung in Wien geschaffen worden sind. Engagement und Initiative der Mitarbeiter in allen Einrichtungen der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung, aber auch der Angehörigen und freiwilligen Helfer haben wesentlich dazu beigetragen, daß bereits zu Beginn der Psychiatriereform bedeutende Fortschritte erzielt werden konnten. Vieles ist schon geschehen, wichtige und vielfältige Aufgaben stehen noch vor uns. Die Integration der psychisch Kranken und Behinderten in unsere Gesellschaft ist eine schwierige Aufgabe, die nur in einem Klima des wachsenden Verständnisses für die Bedürfnisse und Probleme dieses Personenkreises erfüllt werden kann. Die einzelnen Schritte der Psychiatriereform sollen daher nicht nur die notwendigen Voraussetzungen für eine an den Bedürfnissen der psychisch Kranken orientierte psychiatrische Versorgung schaffen, sondern auch mitwirken, daß das notwendige Klima für ein Verständnis entsteht.

Bereits im April 1980, vier Monate nach der Gründung des Psychosozialen Dienstes, ging die Psychosoziale Station Floridsdorf in 21, Schöpfleuthnergasse 20, in Betrieb. Diese modellartige Einrichtung, die für die Versorgung des 20. und 21. Bezirkes zuständig ist, hat sich bestens bewährt und wurde seit der Aufnahme des Betriebes über 7.500mal in Anspruch genommen. Im März 1981 nahm die zweite psychosoziale Station in 2, Kleine Sperlgasse 2 b, ihren Betrieb auf. Sie ist für den 2. und 22. Bezirk zuständig und konnte trotz Umbau- und Adaptierungsarbeiten bereits in den ersten Wochen eine hohe Frequenz verzeichnen. Im ersten Halbjahr des Betriebes wurden insgesamt 2.300 Besuche registriert. Der 3. und 11. Bezirk wird von der erweiterten Beratungsstelle in 3, Hainburger Straße 68—70 betreut. Für die Betreuung der Bezirke 1 sowie 4 bis 9 wurde die ehemalige Beratungsstelle des Psychohygienischen Dienstes in 8, Wickenburggasse 15, soweit ausgestattet, daß auch sie die meisten Aufgaben einer psychosozialen Station erfüllen kann. Sie soll in enger Zusammenarbeit mit den verschiedenen in dieser Region bereits bestehenden Einrichtungen tätig sein. Im November nahm das Kuratorium eine weitere neugeschaffene Station in 10, Sahulkastraße 3—5, in Betrieb. Zusammen mit der ehemaligen Beratungsstelle in 10, Ada-Christen-Gasse 2 G, die ab diesem Zeitpunkt die Funktionen der Tagesstätte übernahm, betreut die vorgenannte Station den 10. Bezirk, den bevölkerungsreichsten Bezirk Wiens. Ebenfalls im November nahm die Tagesklinik in 23, Wiener Flur, Akaziengasse 44—46, ihren Betrieb auf. Diese neue Stelle bildet zusammen mit der bereits bestehenden Beratungsstelle in 12, Längenfeldgasse 20, die nun als Ambulanz arbeitet, in einer organisatorischen Einheit die Psychosoziale Station des 12., 13. und 23. Bezirkes. Bereits im Oktober wurde die vom Kuratorium in nur zwei Monaten Bauzeit geschaffene Psychosoziale Station in 17, Hernalser Hauptstraße 17, für den 17., 18. und 19. Bezirk eröffnet. Diese Station unterstützt auch die Versorgungsaufgaben der benachbarten Bezirke 14 bis 16, soweit sie nicht von der Ambulanz und den anderen Rehabilitationseinrichtungen des Psychiatrischen Krankenhauses, das in dieser Region liegt, erfüllt werden können. Innerhalb von nicht einmal zwei Jahren ist es somit gelungen, in allen acht Regionen Wiens die im Zielplan vorgegebenen Einrichtungen zu schaffen.

Die Behandlungs- und Betreuungsangebote der psychosozialen Stationen können bei Bedarf ohne Einschränkung in Anspruch genommen werden, sei es für die Nachbetreuung nach einem Krankenhausaufenthalt oder aber auch vor einem Krankenhausaufenthalt. Sie können oft sogar mithelfen, einen Aufenthalt im Krankenhaus ganz zu vermeiden. In jeder psychosozialen Station stehen Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung, wie eine psychiatrisch-psychosoziale Ambulanz mit Psychiater, Psychologen, Fachpflegepersonal und Sozialarbeitern, eine Tagesklinik (Tagesspital) für Patienten, die einer intensiveren Behandlung und Betreuung, jedoch keines vollstationären Aufenthaltes bedürfen; weiters Einrichtungen für Beschäftigungs- und Bewegungstherapien, für Familienberatung bei psychiatrischen Problemen, zur Beratung bei Alkoholproblemen bzw. Alkoholkrankheit und schließlich unter anderem Möglichkeiten der Angehörigenberatung, Selbsthilfegruppen und ein Patienten-Club. Betroffene und Angehörige scheuen häufig den Weg zu einer helfenden Einrichtung, da die Angst vor der „Psychiatrie" noch sehr verbreitet ist. Die Behandlung und Beratung in einer psychosozialen Station sind völlig freiwillig. Die Beratung kann auf Wunsch auch unter Wahrung der Anonymität erfolgen.

Manchmal sind die psychischen Schwierigkeiten so groß, daß der Betroffene nicht allein bzw. zu Hause leben kann. Bei psychischen Krankheiten oder Schwierigkeiten muß dennoch nicht immer in einem solchen Fall ein Krankenhausaufenthalt erfolgen. Oft genügt auch ein Aufenthalt in einem Übergangs- oder Wohnheim. Im Rahmen des Psychosozialen Dienstes gibt es bereits solche Heime bzw. therapeutische Wohngemeinschaften mit insgesamt mehr als 250 Wohnplätzen, die entweder einen Krankenhausaufenthalt vermeiden helfen oder spitalsentlassenen Patienten eine entsprechende Nachbetreuung ermöglichen. Im Laufe der kommenden Monate werden weitere Übergangs- bzw. Wohnheime in Betrieb genommen. Die Aufnahme in die Heime erfolgt über die psychosozialen Stationen und Beratungsstellen.

Im Rahmen der Übergangspflege, die 1979 von einer Gruppe engagierter Pflegerinnen und Pfleger des Psychiatrischen Krankenhauses ins Leben gerufen wurde, werden vor allem betagte Patienten auf ihre Entlas-

sung vorbereitet. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus werden die Schützlinge noch einige Zeit von der Übergangspflege weiterbetreut, dann geht diese Betreuung in die Kompetenz der regional zuständigen psychosozialen Station über. Seit Beginn der Aktion „Übergangspflege" konnte auf diese Weise bereits über 1.000 Patienten die Rückkehr in die eigene Wohnung ermöglicht werden. Da die Rehabilitation jener psychisch Kranken, die sich im Krankenhaus befinden, nur in engster Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen des Krankenhauses und den nachbetreuenden Einrichtungen erfolgen kann, haben die psychosozialen Stationen bzw. der Psychosoziale Dienst Verbindungsdienste in den psychiatrischen Krankenhäusern Baumgartner Höhe und Ybbs eingerichtet.

Die Zentralstelle für Suchtgiftkrankenhilfe des Psychosozialen Dienstes ist mit überregionaler Zuständigkeit auf Drogenberatung und -behandlung spezialisiert. In dieser Institution erhalten nicht nur Betroffene und ihre Angehörigen notwendige Informationen, auch Ärzte, Lehrer, Behörden und andere Zielgruppen werden in Veranstaltungen über den aktuellen Stand der Behandlungsmöglichkeiten informiert. Von der Zentralstelle werden auch die Vermittlung und Koordination von Therapieplätzen wahrgenommen. Dadurch wird gewährleistet, daß einerseits für jeden Behandlungsbedürftigen im Wiener Raum in der schnellstmöglichen Zeit ein geeigneter Platz gefunden wird, andererseits aber vorhandene Kapazitäten besser genützt werden. Die Zentralstelle arbeitet eng mit Selbsthilfegruppen und mit Angehörigenvereinen zusammen. Sie unterhält auch einen eigenen „Drogenverbindungsdienst" im Psychiatrischen Krankenhaus, um für jeden Patienten, der dort wegen Drogenproblemen aufgenommen wurde, rasch entsprechende Theapieangebote erstellen zu können. 1981 wurde zusammen mit dem Jugendamt der Stadt Wien auch mit einem Projekt, das sich speziell der ambulanten Beratung sehr junger Drogengefährdeter widmet, begonnen.

Seit 1. Juni 1981 gibt es den Psychosozialen Notdienst in Wien. Unter der Telephonnummer 24 64 24 bzw. unter der Adresse 2, Kleine Sperlgasse 2 b, ist der Notdienst während der Nachtstunden, aber auch an Wochenenden und Feiertagen erreichbar. Ein Team von Psychiatern, Psychologen, Sozialarbeitern und Therapeuten steht für all jene zur Verfügung, die sofort Rat und Hilfe bei psychischen und psychosozialen Problemen suchen. Sinn und Zweck dieser Einrichtung ist es, notwendige psychosoziale Hilfe so rasch wie möglich anzubieten.

Als besonderes Problem bei der Rehabilitation psychisch Kranker erweist sich die Frage der Berufstätigkeit. Die berufliche Wiedereingliederung psychisch Kranker und Behinderter weist auch Probleme auf, die bei der Wiedereingliederung etwa von Körperbehinderten nicht im selben Ausmaß bzw. in der gleichen Art auftauchen. Durch einige Einrichtungen für die berufliche Rehabilitation psychisch Kranker und Behinderter wird diesem Umstand seitens des Psychosozialen Dienstes Rechnung getragen. Am 9. November 1981 erfolgte die feierliche Grundsteinlegung des ersten Berufsrehabilitationszentrums für psychisch Kranke, das im 21. Bezirk errichtet wird. Fertigstellung und Inbetriebnahme sind für 1982 vorgesehen.

Das von der Stadt Wien als Fondsgründer erstmals gewidmete Fondsvermögen beträgt 15 Millionen Schilling. Die Einrichtung sowie der Personal- und Sachaufwand der Wohnheime und Wohngemeinschaften werden von der Abteilung getragen. Diese Aufwendungen betrugen im Jahre 1981 12,447.707 S. Die übrigen Aufwendungen werden mit Subventionen der Finanzverwaltung gedeckt.

Sanitätsrechtsangelegenheiten und Sozialversicherung

Im Bereich der Sanitätsrechtsangelegenheiten kam es auf legistischem Gebiet zu zahlreichen Änderungen:

Das Dentistengesetz wurde mit Bundesgesetz vom 20. Jänner 1981, BGBl. Nr. 53/1981, dahingehend geändert, daß für Dentisten die Möglichkeit geschaffen wurde, ihren Beruf selbständig an einem zweiten Niederlassungsort dann auszuüben, wenn eine ausreichende zahnbehandlerische Betreuung der Bevölkerung an dem in Aussicht genommenen Niederlassungsort oder dessen Einzugsgebiet nicht gewährleistet ist.

Mit Bundesgesetz vom 20. Jänner 1981, BGBl. Nr. 54/1981, erfolgte eine Änderung des Impfschadengesetzes. Diese Änderung war deswegen notwendig geworden, weil durch die Aufhebung des Bundesgesetzes über die Schutzimpfung gegen Pocken dafür Sorge zu tragen ist, daß Impfschäden, die durch eine Schutzimpfung auf Grund der aufgehobenen Bestimmungen des Pockenimpfgesetzes verursacht wurden, auch weiterhin nach den Vorschriften des Impfschadengesetzes entschädigt werden. Gleichzeitig war darauf Bedacht zu nehmen, daß Entschädigungsansprüche auf Grund von Impfungen, die während der Geltungsdauer der Bundesgesetze, mit welchen die Impfpflicht gegen Pocken in den Jahren 1977 bis 1980 ausgesetzt worden war, vorgenommen wurden, ebenfalls ausdrücklich im Impfschadengesetz festgelegt werden.

Mit Bundesgesetz vom 1. Dezember 1981, BGBl. Nr. 564/1981, wurde das Apothekerkammergesetz geändert. Die Änderung dieses Gesetzes war deswegen erforderlich, weil einzelne Bestimmungen im Hinblick auf das Datenschutzgesetz und die Bestimmungen im Hinblick auf das Datenschutzgesetz und die Bestimmungen hinsichtlich des Wahlverfahrens änderungsbedürftig waren.

Das Arzneibuchgesetz, BGBl. Nr. 195/1980, hat die rechtlichen Grundlagen für die Festsetzung von Arzneibuchvorschriften im allgemeinen und zum Vollzug des Europäischen Arzneibuch-Übereinkommens, BGBl. Nr.

181/1979, im besonderen geschaffen. Zufolge § 1 Abs. 2 des Arzneibuchgesetzes besteht das Arzneibuch aus dem Europäischen Arzneibuch und aus dem Österreichischen Arzneibuch. Das Gesetz ermächtigt den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz ferner, das Europäische Arzneibuch für verbindlich zu erklären sowie die erforderlichen flankierenden Maßnahmen, insbesondere auch hinsichtlich der Verbindlichkeit des verbleibenden Österreichischen „Restarzneibuches", zu treffen.

Gemäß § 2 des Arzneibuchgesetzes ist die deutschsprachige Fassung des Europäischen Arzneibuches vom Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz herausgegeben und unter der Bezeichnung „Europäisches Arzneibuch, österreichische Ausgabe", in der Österreichischen Staatsdruckerei zu verlegen. Gemäß der genannten Bestimmung hat der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz ferner von den mit den Verordnungen, BGBl. Nr. 229/1960, 154/1966 und 313/1975, erlassenen Bestimmungen des Österreichischen Arzneibuches, 9. Ausgabe (Pharmacopoea Austriaca, Editio nona), diejenigen, die durch Vorschriften des Europäischen Arzneibuches nicht ersetzt werden, unter Bedachtnahme auf die nach dem jeweiligen Stand der medizinischen Wissenschaft oder der pharmazeutischen Wissenschaft oder aus sonstigen fachlichen Gründen erforderlichen Änderungen zusammenzufassen und unter der Bezeichnung „Österreichisches Arzneibuch" gleichfalls in der Österreichischen Staatsdruckerei zu verlegen. Nach § 2 Abs. 2 und 4 des Arzneibuchgesetzes hat der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die entsprechenden Bestimmungen des Europäischen Arzneibuches sowie das Österreichische Arzneibuch durch Verordnung für verbindlich zu erklären. Dies erfolgt durch die Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 30. April 1981, BGBl. Nr. 238/1981, über das Arzneibuch (Arzneibuchverordnung).

Durch die 35. ASVG-Novelle, BGBl. Nr. 585/1980, wurde in das ASVG ein neuer § 132 c eingefügt. In Absatz 1 dieser Bestimmung ist vorgesehen, daß der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung unter Bedachtnahme auf den Fortschritt der medizinischen Wissenschaft durch Verordnung die vordringlichen Maßnahmen zur Erhaltung der Volksgesundheit über die Gesundenuntersuchungen hinaus zu bezeichnen und die Ziele dieser Maßnahmen sowie den Kreis der hiefür in Betracht kommenden Personen festzulegen hat. Dies erfolgte mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 20. Mai 1981, BGBl. Nr. 274/1981.

Mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 29. Juni 1981, BGBl. Nr. 357/1981, wurde die Ärzte-Ausbildungsordnung und mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 29. Juni 1981, BGBl. Nr. 358/1981, die Verordnung über die Ausbildung zum Facharzt für nichtklinische Medizin geändert. Die Änderung dieser Verordnungen ging von den Grundsätzen der Schaffung einer ergänzenden speziellen Ausbildung in klinischer Pharmakologie, der Änderung der Ausbildung zum Facharzt für Anästhesiologie, ferner der Normierung einer speziellen geriatrischen Ausbildung sowohl für praktische Ärzte als auch für Fachärzte sowie der Anrechenbarkeit verschiedener Spezialausbildungen auf die Ausbildung zum Facharzt für Neurologie und Psychiatrie (Psychiatrie und Neurologie) im Hauptfach aus.

Mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 14. September 1981, BGBl. Nr. 435/1981, wurden im Sinne des § 22 Abs. 1 des Suchtgiftgesetzes 1951 die Einrichtungen kundgemacht, die zur Beratung und Betreuung von Personen im Hinblick auf Suchtgiftmißbrauch anerkannt sind.

Mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 16. September 1981, BGBl. Nr. 444/1981, mit der die Rezeptpflichtverordnung geändert wird, wurde die Liste der Anlage ergänzt.

Die Österreichische Arzneitaxe 1962 wurde zweimal geändert, und zwar mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 11. Juni 1981, BGBl. Nr. 291/1981 (58. Änderung der Arzneitaxe), und mit Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 11. Dezember 1981, BGBl. Nr. 599/1981 (59. Änderung der Arzneitaxe).

Mit Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 1. Juli 1981 wurde die Verordnung über die Beschaffenheit der Grabstellen in den Bestattungsanlagen der Stadt Wien geändert. Die Änderung hatte eine Verminderung der Mindeststärke der Abdeckung bei Grabkammern und Grüften zum Inhalt.

Mit Verordnung des Bürgermeisters von Wien vom 2. Oktober 1981 wurde die Verordnung über die planmäßige Bekämpfung der Ratten in Wien geändert. Die Änderung betraf die Erhöhung des Stundensatzes für die fortlaufende Rattenbekämpfung einschließlich der Nachschau.

Die Ärztekammer für Wien beschloß am 16. Dezember 1980 die Umlagenordnung für das Jahr 1981, die mit 1. Jänner 1981 wirksam wurde. Ihre Genehmigung gemäß § 56 Abs. 2 des Ärztegesetzes erfolgte mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 17. Februar 1981, Pr.Z. 341. Ebenso wurde auf Grund der vorhin zitierten Bestimmung die von der Ärztekammer für Wien am 16. Dezember 1981 ab 1. Jänner 1981 wirksam gewordene Änderung der Beitragsordnung mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 19. Mai 1981, Pr.Z. 1216, genehmigt. Die Genehmigung der Abänderung der Satzung des Wohlfahrtsfonds der Ärztekammer für Wien erfolgte mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 19. Mai 1981, Pr.Z. 1215.

Die von der Ärztekammer für Wien am 16. Dezember 1980 beschlossene Datenschutzverordnung wurde mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 9. Dezember 1981, Pr.Z. 3223, genehmigt.

Ein bedeutendes Aufgabengebiet der Abteilung in Sanitätsrechtsangelegenheiten bildet die Bearbeitung von

Anträgen an die Wiener Landesregierung, betreffend Bewilligungen und Genehmigungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz sowie von Anträgen nach dem Arbeitnehmerschutzgesetz für alle öffentlichen und privaten Krankenanstalten in Wien. Ins Gewicht fällt auch die Erteilung von Bewilligungen für Strahleneinrichtungen und den Umgang mit radioaktiven Stoffen, die der medizinischen Heilbehandlung dienen, nach dem Strahlenschutzgesetz, wobei immer mehr Bewilligungen für die Änderung von Anlagen für Strahleneinrichtungen und für den Umgang mit radioaktiven Stoffen eine Rolle spielen. Davon werden alle Röntgendiagnostik- und -therapieeinrichtungen sowie nuklearmedizinische Einrichtungen im Gebiete der Stadt Wien erfaßt, und zwar ohne Unterschied, ob sie sich in Krankenanstalten oder in Ordinationen von Ärzten bzw. Dentisten befinden. Einen von Jahr zu Jahr immer größer werdenden Umfang haben die im § 17 des Strahlenschutzgesetzes vorgeschriebenen jährlichen Überprüfungen. Auch Besprechungen, Verhandlungen und Bewilligungen nach dem Wiener Krankenanstaltengesetz, Arbeitnehmerschutzgesetz und Strahlenschutzgesetz im Zusammenhang mit dem Neubau des „Allgemeinen Krankenhauses der Stadt Wien" brachten einen großen Arbeitsaufwand mit sich. In einem Großteil der angeführten Angelegenheiten fanden Augenscheinsverhandlungen statt. Die übrigen der insgesamt 255 durchgeführten Augenscheinsverhandlungen entfielen auf Apothekenbetriebsanlagen, medizinisch-diagnostische Laboratorien und Friedhöfe.

Im Jahre 1981 waren in Sanitätsrechtsangelegenheiten insgesamt 2.290 Geschäftsstücke zu bearbeiten. Davon bezogen sich 317 auf Krankenanstalten-, 35 auf Arbeitnehmerschutz-, 629 auf Strahlenschutz-, 539 auf Apotheken-, 21 auf Dentisten-, 54 auf Ärzte- und 23 auf Hebammenangelegenheiten sowie 81 auf Angelegenheiten von Krankenpflegepersonen. In 143 Fällen war über Verdienstentgangsansprüche nach dem Epidemiegesetz 1950 anzusprechen. Die Bestellung von Mitgliedern der Aufnahme- und Prüfungskommissionen an Krankenpflegeschulen hatte in 184 Fällen zu erfolgen. In Verwaltungsstrafsachen wurden 46, in Administrativsachen 30 Berufungsverfahren durchgeführt. Zu Beschwerden, die beim Verwaltungsgerichtshof oder beim Verfassungsgerichtshof eingebracht wurden, waren sieben Gegenschriften zu verfassen. Auf die Verwaltung der Stiftung zur Förderung der Tuberkulosebekämpfung bezogen sich 20 Geschäftsstücke. Im Leichen- und Bestattungswesen wurden 13 Bewilligungen zur Änderung von Bestattungsanlagen, 7 Bewilligungen zur Beilegung in bereits bestehende private Begräbnisstätten erteilt, 18 Anzeigen über Haus- und Kirchenaufbahrungen zur Kenntnis genommen und in 7 Fällen wurde antragsgemäß über die Zuerkennung von Prämien für die Bergung von Wasserleichen entschieden. Die übrigen Geschäftsstücke bezogen sich vor allem auf die Abgabe von Stellungnahmen, Berichten oder Äußerungen in verschiedenen sanitätsrechtlichen Angelegenheiten und auf die Rattenbekämpfung. Zu 27 Besprechungen und Verhandlungen anderer Dienststellen wurden sachkundige Vertreter entsendet.

Dem Ausbau des Netzes der sozialen Sicherheit und der Anpassung der Sozialversicherung an die zeitgemäßen Gegebenheiten dienten zahlreiche Regelungen.

Mit dem Bundesgesetz vom 20. Mai 1981, BGBl. Nr. 282/1981, wurde das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert. Während bei den bisherigen Novellen zum ASVG in der Regel verschiedene Teilprobleme eine Lösung erfahren haben, ist das alleinige Ziel der vorliegenden 36. Novelle zum ASVG die Grundsätze der Partnerschaft und Gleichbehandlung auf das Sozialversicherungsrecht zu übertragen, wie sie seit der Familienrechtsreform Richtschnur für die Beurteilung der rechtlichen Beziehungen der Ehegatten zueinander sind. Nach dem Bundesgesetz über die persönlichen Rechtswirkungen der Ehe, das in Abkehr von dem patriarchalischen Prinzip erstellt wurde, wonach der Mann als Haupt der Familie verpflichtet war, seiner Ehefrau den anständigen Unterhalt zu verschaffen, sind nunmehr die Ehegatten verpflichtet, zur Deckung der ihren Lebensverhältnissen angemessenen Bedürfnisse gemeinsam beizutragen. In der Folge sah sich der Gesetzgeber zu grundlegenden Änderungen veranlaßt, jene seit jeher bestehenden Wechselwirkungen zwischen den unterhaltsrechtlichen Regelungen des Familienrechts und der Sozialversicherung wieder herzustellen. Äußerer Anlaßfall für diese grundlegenden Änderungen war das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom 26. Juli 1980, G 6/79, womit die bisher in Geltung gestandenen, im Vergleich zur Witwenpension sehr strengen und einschränkenden Anspruchsvoraussetzungen für die Witwerpension als verfassungswidrig aufgehoben wurden. Der Verfassungsgerichtshof hat mit diesem Erkenntnis, der Bundeskanzler mit der pflichtgemäßen Kundmachung die Grundlage dafür gelegt, daß die Frage der Witwerpension zum allgemeinen Diskussionsgegenstand geworden ist. Nachdem die Bemühungen um eine Partnerpension zu keinem befriedigenden Ergebnis führten, entschloß man sich, wobei ein gewisser Zeitdruck auch eine Rolle spielte, zu einer „spiegelgleichen" Witwerpension, die allerdings erst für Versicherungsfälle ab dem 31. Mai 1981, und da nur in drei Etappen, zum Tragen kommt. Die Witwerpension gebührt somit ab 1. Juni 1981 zu einem Drittel, ab 1. Jänner 1985 zu zwei Drittel und ab 1. Jänner 1989 in voller Höhe. Von dieser Etappenregelung abgesehen brachte die 36. Novelle eine völlige Gleichstellung des Witwers einer Versicherten mit der Witwe eines Versicherten in bezug auf die Leistungsansprüche aus der Unfallversicherung und der Pensionsversicherung. Weitere Bestimmungen dienen der Gleichstellung der Ehegatten hinsichtlich der Anspruchsberechtigung für Angehörige in der Krankenversicherung sowie der Erweiterung der Selbstversicherung in der Pensionsversicherung für Zeiten der Kindererziehung auch für den Kindesvater

(Wahl- und Stiefvater). Darüber hinaus wurde durch diese Novelle allen Bestimmungen des ASVG, sofern sie nicht auf geschlechtsspezifischen Eigenheiten beruhen, ein geschlechtsneutraler Sinn gegeben.

Das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz wurde mit Bundesgesetz vom 20. Mai 1981, BGBl. Nr. 283/1981 (4. Novelle zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz), geändert. Auch diese Novelle dient der Gleichstellung der Ehegatten hinsichtlich der Anspruchsberechtigung für Angehörige in der Krankenversicherung und der Gleichstellung des Witwers einer Versicherten mit der Witwe eines Versicherten hinsichtlich der Ansprüche auf Hinterbliebenenpension und auf Abfertigung der Witwen(Witwer)pension sowie hinsichtlich des Ausmaßes dieser Leistungen. Schließlich waren die Voraussetzungen für die Familienversicherung neu zu regeln.

Die 4. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz, Bundesgesetz vom 20. Mai 1981, BGBl. Nr. 284/1981, dient ebenfalls der Anpassung des BSVG an die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Partnerschaft. Sie bringt die Gleichstellung der Ehegatten hinsichtlich der Voraussetzungen für die Pflichtversicherung in der Kranken- und Pensionsversicherung bei Bewirtschaftung eines land(forst)wirtschaftlichen Betriebes auf gemeinsame Rechnung und Gefahr, die Gleichstellung der Ehegatten hinsichtlich der Anspruchsberechtigung für Angehörige in der Krankenversicherung und die Gleichstellung des Witwers einer Versicherten mit der Witwe eines Versicherten in bezug auf die Leistungsansprüche aus der Bauern-Pensionsversicherung. Schließlich wurden durch das Bundesgesetz vom 20. Mai 1981, BGBl. Nr. 285/1981, mit dem das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert wird (10. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz), die Änderungen der 36. ASVG-Novelle auf den von diesem Bundesgesetz erfaßten Personenkreis übertragen.

In der Regierungserklärung vom 16. Juni 1979 wurden die Humanisierung der Arbeitswelt als ein besonderes Anliegen der Bundesregierung hervorgehoben und spezielle Initiativen zugunsten der am stärksten unfall- und krankheitsgefährdeten Arbeitnehmergruppen in Aussicht gestellt. Auch die Ausgestaltung der Mitbestimmung in der Wirtschaft ist als Zielvorstellung angeführt. Die angestrebte Humanisierung der Arbeitswelt hat dort zu beginnen, wo die Arbeitsbedingungen den menschlichen Organismus besonders belasten und daher die Gefahr der Frühinvalidität besonders groß ist. Diese Voraussetzungen treffen besonders bei den Arbeitnehmern zu, die Nachtschicht in Verbindung mit Arbeit unter besonders erschwerten Bedingungen leisten. Diesen Intentionen entsprechend wurde das Bundesgesetz vom 2. Juli 1981, BGBl. Nr. 354/1981, über Schutzmaßnahmen für Nachtschicht-Schwerarbeiter durch Änderung des Urlaubsgesetzes, des Arbeitszeitgesetzes, des Arbeitnehmerschutzgesetzes und des Arbeitsverfassungsgesetzes sowie durch Maßnahmen zur Sicherung der gesetzlichen Abfertigung, der Gesundheitsvorsorge und Einführung eines Sonderruhegeldes erlassen. Das Gesetz enthält Bestimmungen für Zusatzurlaub, Ruhepausen, Abfertigung, verstärkten vorbeugenden Arbeitnehmerschutz, Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Sonderruhegeld sowie eine Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes.

Mit den vorstehenden Novellen war die Entwicklung des Sozialversicherungsrechts im Jahre 1981 noch nicht abgeschlossen. Noch vor Jahresende wurden die Sozialversicherungsgesetze neuerlich abgeändert, wobei neben Verbesserungen und der Anpassung an geänderte Verhältnisse und an die Erkenntnisse der Rechtssprechung auch die finanziellen Notwendigkeiten der Krankenversicherung insofern Berücksichtigung fanden, als Maßnahmen getroffen wurden, um die Leistungsfähigkeit der Krankenversicherungsträger zu sichern. Dementsprechend brachte die 37. Novelle zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, Bundesgesetz vom 9. Dezember 1981, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 588/1981, eine Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage in der Krankenversicherung auf 5/6 der Höchstbeitragsgrundlage der Pensionsversicherung (Kalenderjahr 1982: 18.000 S monatlich), die Erhöhung der Rezeptgebühr von 15 auf 18 S, die Einführung einer Mindestgrenze für die Kostenübernahme von Heilbehelfen, die Kostenbeteiligung des Versicherten bei Heilbehelfen, die Satzungsermächtigung zur Einführung eines Kostenanteiles des Versicherten bei Reise(Fahrt)kosten und die Festsetzung des Bestattungskostenbeitrages in einheitlicher Höhe. Verbesserungen gibt es durch diese Novelle im Bereich der Unfallversicherung der Schüler und Studenten, bei der Erweiterung der Liste der Berufskrankheiten und durch die außertourliche über die laufende Anpassung hinausgehende Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze.

Hinsichtlich des Kreises der pflichtversicherten Personen wurde bestimmt, daß die Vorstandsmitglieder von Aktiengesellschaften in die Pflichtversicherung nach dem ASVG ausdrücklich einbezogen sind und daß die Lehrenden an Einrichtungen, die vorwiegend Erwachsenenbildung im Sinne des § 1 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Förderung der Erwachsenenbildung und des Volksbüchereiwesens aus Bundesmitteln betreiben, ausdrücklich nur mehr in der Unfallversicherung teilversichert sind. Die letztgenannte Ausnahme von der Vollversicherung gilt allerdings nur insoweit, als die erwähnte Tätigkeit bei den betreffenden Personen nicht den Hauptberuf und Hauptquelle ihrer Einnahmen bildet.

Mit Bundesgesetz vom 9. Dezember 1981, Nr. 589/1981, wurde das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz (5. Novelle zum Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz) geändert. Diese Novelle enthält die entsprechenden Bestimmungen zur 37. Novelle zum ASVG und darüber hinaus Bestimmungen über die Ausnahme von der Krankenversicherung, über die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung bei Ausnahme von der Pflichtversicherung in der Krankenversicherung und über die Minderung der Einkünfte infolge Leistung von Arbeiterabfertigungen.

Das Bundesgesetz vom 9. Dezember 1981, mit dem das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert wird (5. Novelle zum Bauern-Sozialversicherungsgesetz), enthält im wesentlichen die Übernahme der für den Bereich der Bauern-Sozialversicherung in Betracht kommenden Neuregelungen des ASVG. Darüber hinaus wird klargestellt, daß auch die Ehegatten der Kinder des Betriebsführers zum Kreis der beitragsfreigeschützten Angehörigen zählen, wenn sie ihren Lebensunterhalt überwiegend aus dem Ertrag des land(forst)wirtschaftlichen Betriebes bestreiten. Weiters wird zur Beseitigung von Härtefällen ein Wahlrecht eingeräumt, wenn ein Ehegatte eine die Pflichtversicherung in einer Pensionsversicherung begründende Erwerbstätigkeit in einem Staat ausübt, mit dem ein zwischenstaatliches Übereinkommen besteht, das die Pensionsversicherung einschließt. Die letztgenannte Regelung ist vor allem für jene von Bedeutung, die eine Beschäftigung als Grenzgänger ausüben. Ebenfalls einer Anpassung an die Regelungen der 37. Novelle zum ASVG diente das Bundesgesetz vom 9. Dezember 1981, mit dem das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 592/1981 (11. Novelle zum Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz). Schließlich ergingen noch eine 3. Novelle zum Freiberuflichen-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 591/1981, und eine 4. Novelle zum Notarversicherungsgesetz 1972, BGBl. Nr. 593/1981.

Im Zusammenhang mit den tragenden Gedanken der 37. Novelle zum ASVG erfolgte auch eine Novellierung des Kriegsopferversorgungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes. Mit Bundesgesetz vom 9. Dezember 1981, BGBl. Nr. 594/1981, wurde das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 und das Kriegsopferfondsgesetz geändert. Neben der Einbeziehung der Witwer in die Versorgung nach dem KOVG wurde eine dem § 324 Abs. 3 ASVG entsprechende Regelung über Ersatzleistungen an die Träger der Sozialhilfe aufgenommen und eine Neufassung der Bestimmungen über das Wiederaufleben der Witwen(Witwer)versorgung getroffen. An Stelle der bisherigen Führhundzulage wurde eine Blindenführzulage eingeführt und eine Anhebung der ausschließlich für die Deckung des Lebensunterhaltes bestimmten Versorgungsleistungen entsprechend der Neufestsetzung der Ausgleichszulagenrichtsätze in der Sozialversicherung vorgenommen. Schließlich enthält das Gesetz Anpassungen an vergleichbare Bestimmungen des ASVG und an das neue Strafgesetzbuch.

Die 27. Opferfürsorgegesetznovelle, Bundesgesetz vom 9. Dezember 1981, BGBl. Nr. 595/1981, brachte ebenfalls die Gleichstellung von Mann und Frau, die Erhöhung der Versorgungsleistungen wie im ASVG sowie eine Regelung hinsichtlich des Überganges der Ansprüche an die Sozialhilfeträger bei Unterbringung in einem Heim, Anstalt usw.

Neben diesen gesetzlichen Maßnahmen wurden zahlreiche Verordnungen erlassen, die der Anpassung veränderlicher Werte an die geänderten Verhältnisse dienten. Hievon sind von besonderer Bedeutung:

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 22. Dezember 1980 über die Anpassung von Versorgungsleistungen in der Opferfürsorge für das Kalenderjahr 1981, BGBl. Nr. 8/1981.

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 22. Dezember 1980 über die Rentenanpassung in der Kriegsopferversorgung für das Kalenderjahr 1981, BGBl. Nr. 9/1981.

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 22. Dezember 1980 über die Feststellung der Aufwertungsfaktoren, der Mindest- und Höchstbemessungsgrundlage und die Rentenanpassung in der Heeresversorgung für das Kalenderjahr 1981, BGBl. Nr. 19/1981.

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 30. Dezember 1980 über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz und dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1981, BGBl. Nr. 26/1981.

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 9. Februar 1981, mit der die Lohnklassentabelle im Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 ergänzt wird, BGBl. Nr. 83/1981.

Kundmachung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 14. Oktober 1981 über die Ermittlung der Richtzahl für das Kalenderjahr 1982, BGBl. Nr. 496/1981.

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 27. Oktober 1981, mit der der Anpassungsfaktor für das Jahr 1982 festgesetzt wird, BGBl. Nr. 493/1981.

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 27. November 1981, mit der der Zuschlag zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag gemäß dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz für das Jahr 1982 festgesetzt wird, BGBl. Nr. 538/1981.

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 3. Dezember 1981 über den Arbeitslosenversicherungsbeitrag, BGBl. Nr. 539/1981.

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 11. Dezember 1981 über die Feststellung des Ausmaßes der veränderlichen Werte und einiger fester Beträge aus dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, dem Bauern-Sozialversicherungsgesetz und dem Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz für das Kalenderjahr 1982, BGBl. Nr. 586/1981.

Der Fortentwicklung des zwischenstaatlichen Sozialversicherungsrechtes diente das Zusatzabkommen zum Abkommen vom 23. Oktober 1969 zwischen der Republik Österreich und dem spanischen Staat über soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 90/1981, die Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 14. Mai 1970 zur Durchführung

des Abkommens zwischen der Republik Österreich und dem spanischen Staat über soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 91/1981, das Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über soziale Sicherheit samt Protokoll, BGBl. Nr. 117/1981, die Vereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens, BGBl. Nr. 118/1981, das Zusatzabkommen zum Abkommen vom 7. März 1974 zwischen der Republik Österreich und dem Königreich der Niederlande über soziale Sicherheit, BGBl. Nr. 408/1981, das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der hellenischen Republik über soziale Sicherheit samt Schlußprotokoll, BGBl. Nr. 420/1981, und die Vereinbarung zur Durchführung dieses Abkommens, BGBl. Nr. 421/1981.

Die Dynamik der Rechtsentwicklung auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit hat naturgemäß tiefgreifende Auswirkungen auf die Verwaltungstätigkeit. Wie in den vergangenen Jahren war ein umfangreicher Arbeitsaufwand für die Bewältigung jener Aufgaben zu verzeichnen, die der Abteilung als Rechtsmittelbehörde in Sozialversicherungsangelegenheiten zukommen. Im Jahre 1981 betrug der Neuzugang in der Sozialversicherung insgesamt 2.780 Geschäftsstücke. Auf Einspruchsverfahren nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Selbständigen-Krankenversicherungsgesetz, dem Gewerblichen Sozialversicherungsgesetz, in der Sozialversicherung der Bauern und in der Unfallversicherung entfielen 1.499 Geschäftsstücke. In diesen Angelegenheiten mußten 93 Büroverhandlungen abgehalten werden. Die Berufungsverfahren umfaßten 41 Fälle und enthalten Berufungen nach dem Invalideneinstellungsgesetz und gegen Pflegegebührenvorschreibungen. In Beschwerdefällen vor dem Verfassungsgerichtshof und dem Verwaltungsgerichtshof mußten 35 Gegenschriften erstattet werden. Darin enthalten sind auch jene Fälle, in denen vor den Höchstgerichten in mündlichen Verhandlungen der Rechtsstandpunkt des Landeshauptmannes zu vertreten war. Auf Rechts- und Verwaltungshilfeersuchen bezogen sich 663 Geschäftsstücke. In 108 Fällen waren Gutachten über Gesetzentwürfe abzugeben.

Die übrigen Geschäftsstücke betrafen die Abgabe von Stellungnahmen, Berichte, Äußerungen in verschiedenen sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheiten, arbeitsrechtliche Angelegenheiten und Angelegenheiten, die sich auf die gesamte Abteilung beziehen sowie auch solche der Obereinigungskommission. Hervorzuheben wären hievon das OECD-Rahmenschema für nationale Beiträge über die Erfolgsanalyse der Maßnahmen zur Chancengleichheit, die Stellungnahme zur Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und die Berichte an das internationale Arbeitsamt in Genf über die Durchführung der von Österreich ratifizierten Übereinkommen.

Der Teilnahme an der Expertenkonferenz der Leiter der Sozialversicherungsabteilungen der Ämter der Landesregierungen kam infolge der zahlreichen Gesetzesänderungen eine besondere Bedeutung zu. Sie brachte einen regen Erfahrungsaustausch über die Handhabung der einschlägigen Bestimmungen in den Bundesländern und diente zufolge der Teilnahme eines Vertreters des Bundesministeriums für soziale Verwaltung auch der Vereinheitlichung der Verwaltungspraxis.

Wenn auch in einer Berufungsbehörde den Einsatzmöglichkeiten einer automatischen Textverarbeitung für Schriftstücke mit weitgehend gleichbleibendem Inhalt naturgemäß Grenzen gesetzt sind, wurde dieses Instrument doch in zunehmendem Ausmaß genützt und damit in bestimmten Fällen eine beschleunigte Abfertigung von Geschäftsstücken erreicht.

Gesundheitsamt

In einem modernen Sozialstaat gewinnt die Tätigkeit des Gesundheitsamtes immer mehr an Bedeutung, und sein vielfältiger Aufgabenbereich wird laufend erweitert. Neben den klassischen Funktionen der Seuchenverhütung und -bekämpfung und der sanitätspolizeilichen Überwachung treten immer mehr sozialmedizinische Aufgaben in den Vordergrund. Über 1,5 Millionen Wiener kommen jährlich einmal oder mehrmals in direkten Kontakt mit den Dienststellen des Gesundheitsamtes. Im Jahre 1981 führten die Ärzte des Gesundheitsamtes über 1 Million Untersuchungen, Impfungen, Beratungen und Begutachtungen durch. Diese Leistungen für die einzelnen Bürger unserer Stadt werden von allgemeinen Aufgaben für die gesamte Bevölkerung Wiens ergänzt. Dazu zählen die hygienische Überwachung der zentralen Trinkwasserversorgung, die Kontrolle der Bäder aus hygienischer Sicht und die hygienische Beratung bei Fragen des Bau- und Gewerbewesens sowie bei Fragen des Lebensmittelwesens. Zu den wichtigsten Aufgaben des Gesundheitsamtes zählt weiters auch die medizinische Begutachtung in Fragen des Anrainerschutzes und des Umweltschutzes. Das Gesundheitsamt ist bestrebt, durch geeignete Präventivmaßnahmen den Gesundheitszustand der Bevölkerung zu erhalten und verbessern.

Zu den ältesten Aufgaben der Gesundheitsbehörde gehört die Bekämpfung der **Infektionskrankheiten.** Auf diesem Gebiet zeigte sich 1981 ein im allgemeinen günstiges Bild. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Zahl der anzeigepflichtigen Krankheiten im Jahre 1981 und vergleicht sie mit der im Vorjahr (in Klammer):

	Erkrankungen		Sterbefälle	
Scharlach	813	(926)	—	(—)
Hepatitis infectiosa	542	(564)	—	(4)
Bakterielle Lebensmittelvergiftung	468	(282)	1	(—)
Keuchhusten	90	(41)	—	(—)
Übertragbare Ruhr	73	(24)	—	(—)
Malaria	21	(10)	—	(—)
Typhus abdominalis	12	(8)	—	(—)
Übertragbare Genickstarre	12	(5)	3	(—)
Psittakose	6	(6)	—	(—)
Leptospiren-Erkrankungen	5	(—)	—	(—)
Tularaemie	4	(1)	—	(—)
Bang'sche Krankheit	2	(—)	—	(—)
Paratyphus	—	(4)	—	(—)
Übertragbare Kinderlähmung	—	(—)	—	(—)
Diphtherie	—	(—)	—	(—)
Wien insgesamt	2.047	(1.871)	4	(4)
			Fälle	
Bißverletzungen durch bekannte Tiere			37	(52)
davon Kopfverletzungen			6	(6)
Bißverletzungen durch unbekannte Tiere			7	(6)
davon Kopfverletzungen			—	(3)
Bißverletzungen insgesamt			44	(58)

Insgesamt hat unter den anzeigepflichtigen Infektionskrankheiten (ohne Tuberkulose) die bakterielle Lebensmittelvergiftung zu einem und die übertragbare Genickstarre zu drei Todesfällen geführt. Bedauerlicherweise ist die Zahl der an bakterieller Lebensmittelvergiftung erkrankten Personen gegenüber dem Vorjahr deutlich angestiegen (66,0%). Obwohl die Zahl der gemeldeten Hepatitisfälle gegenüber 1980 um 3,9 Prozent gesunken ist, ist diese Krankheit nach dem Scharlach die am meisten verbreitete anzeigepflichtige Infektionskrankheit geblieben. Der Scharlach — die Zahl der Erkrankungen ist um rund 12 Prozent gesunken — verläuft seit mehreren Jahren sehr milde, zumal er mit der üblichen Penicillintherapie ausgezeichnet behandelt werden kann. Aus diesem Grund ist er zwar seit 1980 noch meldepflichtig, die Erkrankten müssen aber nicht mehr abgesondert, Umgebungspersonen nicht mehr ferngehalten werden, auch Desinfektionsmaßnahmen sind nicht mehr erforderlich. 1981 erkrankte niemand an Kinderlähmung. Nach dem Jahre 1962 gab es nur in den Jahren 1977 und 1979 je einen Fall von Poliomyelitis, wobei beide Male diese Krankheit aus dem Ausland eingeschleppt worden war und beide Kinder nicht geimpft gewesen sind. Das Verschwinden der Erkrankungen an Kinderlähmung ist zweifellos ein Erfolg der Schutzimpfung, so daß diese auch 1981 planmäßig weitergeführt wurde. Die sehr geringe Häufigkeit der Diphtherieerkrankungen hält weiterhin an, eine Erscheinung, die wie bei der Kinderlähmung zum Großteil als Impferfolg zu werten ist, teilweise aber auch durch unbekannte Faktoren verursacht wird und sich daher jederzeit ändern kann.

Im Laufe des Jahres 1981 kam es zu Gruppenerkrankungen in mehreren Anstalten und Betrieben, meist unter dem Erscheinungsbild eines Brechdurchfalles. Mehrere Fälle konnten bakteriologisch abgeklärt werden. Dabei handelte es sich unter anderem um verschiedene Salmonellen und Staphylokokken. Neben den Salmonellen und anderen Erregern der bakteriellen Lebensmittelvergiftung gewinnen Infektionen mit Campylobacter jejuni und Yersinia enterocolitica in den letzten Monaten zunehmend an Bedeutung; 1981 wurden neun Fälle gemeldet. Überraschend ist weiters die starke Zunahme der Erkrankungen an bakterieller Ruhr um 161 Prozent gegenüber 1980 (in dieser Zahl sind 22 in Spanien infizierte Personen nicht berücksichtigt). Zweimal kam es gehäuft zu Durchfallserkrankungen in Spitalsabteilungen, dreimal waren Kindergärten und Gasthäuser betroffen, zweimal Heime und Schulen. Besonders erwähnenswert erscheinen folgende Ausbrüche: Im Frühjahr kam es an einer geburtshilflichen Abteilung zu einer Häufung von Staphylokokkeninfektionen der Neugeborenen. Nach mühsamen Recherchen und zahlreichen Untersuchungen des Personals gelang es, den Epidemiestamm zu isolieren und die Keimträger zu sanieren bzw. von der Station abzuziehen. Im Mai erkrankten 130 Personen, Teilnehmer eines Kongresses, nach einem Abendessen, bestehend aus Tafelspitz mit Schnittlauchsauce, an einer Salmonellose. Von den 130 Erkrankten — 87 Wiener, 25 Personen aus den Bundesländern und 18 Ausländer — wurden 114 in Wien hospitalisiert, 16 ambulant behandelt. Nach einem Abendessen in Kaindorf, Oststeiermark, erkrankten 26 Wiener an einer Salmonellose. Am 30. August kehrten 22 an bakterieller Ruhr erkrankte Teilnehmer eines Gewerkschaftskongresses aus Sevilla (Spanien) nach Wien zurück und wurden im

Franz-Joseph-Spital hospitalisiert. Mitte November traten in zwei Kinderheimen, in denen Kärntner Kinder für eine Woche untergebracht waren, bei insgesamt 34 Kindern Erkrankungen auf, die mit starkem Erbrechen einhergingen. Alle Kinder mußten hospitalisiert werden, die Krankheitsursache konnte jedoch nicht geklärt werden. Im Rahmen der Seuchenbekämpfung mußten eine Klasse vorübergehend wegen bakterieller Ruhr und eine Station eines Krankenhauses wegen Typhus abdominalis gesperrt werden.

Unter den nichtanzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten nahm die Erkrankungshäufigkeit an Frühsommermeningoencephalitis (FSME) bis 1979 stark zu. Die durch Zeckenbiß übertragbare Virusinfektion, die im Volksmund auch als „Zeckenkrankheit" bezeichnet wird, kommt in nahezu allen Ländern Europas vor. 1981 erkrankten an dieser Virusinfektion nur mehr 294 Österreicher, davon 21 Wiener (1980: 400, darunter 27 Wiener). Nach Meinung von Experten dürfte der starke Rückgang der Erkrankungsfälle gegenüber 1979 bereits als Impferfolg zu werten sein. 1981 wurden 80.403 Einzelimpfungen durch das Wiener Gesundheitsamt vorgenommen.

Bei einer Reihe von Infektionskrankheiten, wie Masern, Mumps und Varicellen, mußten die Ärzte in den letzten Jahren häufiger als früher cerebrale Komplikationen verzeichnen. Von insgesamt 71 gemeldeten cerebralen Komplikationen entfielen 66 auf Mumps, 3 auf Masern und 2 auf Varicellen. Die Grippe wurde durch systematische Stichprobenerhebungen (Wiener Grippeinformationssystem des Gesundheitsamtes) erfaßt. Im Winter 1980/81 trat keine Grippeepidemie auf. Der Höhepunkt der grippalen Infekte lag in diesem Winter in der zweiten Märzwoche mit fast 20.000 Erkrankungsfällen. Als Todesursache schien die Grippe kein einziges Mal auf.

Da durch eine Deklaration der World Health Organization (WHO) im Mai 1980 die Welt für pockenfrei erklärt wurde, ist auch in Österreich die P o c k e n i m p f p f l i c h t aufgehoben worden. Diese Bestimmung trat mit Bundesgesetz vom 15. Dezember 1980, BGBl. Nr. 583/1980, am 1. Jänner 1981 in Kraft. Aus diesem Grund wurden 1981 in den Bezirksgesundheitsämtern keine Pockenimpfungen mehr durchgeführt. Das Bundesgesetz über die sanitätspolizeiliche Grenzkontrolle, BGBl. Nr. 15/1975, wurde mit dem Bundesgesetz vom 15. Dezember 1980, BGBl. Nr. 585/1980, gleichfalls aufgehoben. Vereinzelt wurden 1981 in den Bezirksgesundheitsämtern noch Pockenerstimpfungen nach Vorimpfung mit Vaccine-Antigen auf ausdrücklichen Wunsch der Sorgeberechtigten vorgenommen; 1981 impften die Amtsärzte insgesamt 20 Kinder. In der Impfstelle für Ausreisende ließen sich auf ihren ausdrücklichen Wunsch noch 238 Personen gegen Pocken impfen, das waren um 1.896 weniger als im Vorjahr. Zur Verhütung von Komplikationen bei überalterten Erst- und Wiederimpflingen verabreichten die Impfärzte 914mal (1980: 1.059mal) Hyperimmunglobulin und in 12 Fällen (1980: 102mal) eine Vorimpfung mit Vaccine-Antigen.

Die orale Schutzimpfung gegen K i n d e r l ä h m u n g (Schluckimpfung) wurde weitergeführt. So konnten im Jänner 35.822, im November 72.235 Einzelimpfungen (insgesamt 108.057 Impfungen) durchgeführt werden, was erfreulicherweise einen Anstieg um 26.708 gegenüber 1980 bedeutet. Wegen der schlechten Impfbeteiligung in den Vorjahren impften die Amtsärzte auch zu eigens am Abend organisierten Impfterminen in vier Bezirksgesundheitsämtern, um Berufstätigen die Impfung zu erleichtern und somit die Impfbeteiligung zu fördern.

Die 1978 begonnene Impfaktion gegen M a s e r n und M u m p s wurde fortgesetzt. Dabei handelt es sich um einmalige Impfungen mit einem Lebendvirus, die ab dem 14. Lebensmonat möglich sind. Die Impfung schützt mindestens zehn Jahre vor der Erkrankung, bei der es zu gefährlichen Komplikationen kommen kann, wie zu Lungenentzündung oder Gehirnentzündung bei Masern und Gehirnhautentzündung mit Gehörschädigung bei Mumps. Erkrankt ein Erwachsener an Mumps, so kann es zu Entzündungen der Geschlechtsorgane mit bleibender Sterilität kommen, wobei junge Männer besonders gefährdet sind. Bedauerlicherweise war trotz intensiver Propaganda und der Impfmöglichkeit am Abend die Impfbeteiligung mit 72 Einzelimpfungen gegen Masern, 178 gegen Mumps und 1.428 kombinierten Impfungen gegen Masern und Mumps weiterhin sehr gering; es ließen sich nur vereinzelt junge Männer impfen.

Gegen R ö t e l n konnten im Schuljahr 1980/81 7.639 Mädchen der 7. Schulstufe geimpft werden, was einer 76prozentigen Impfbeteiligung entspricht. Bezogen auf das Kalenderjahr 1981 unterzogen sich 7.115 Mädchen der Rötelnimpfung. Ferner wurden die Rötelnschutzimpfungen der Wöchnerinnen mit negativem Antikörpertiter fortgesetzt: 2.738 Frauen ließen sich im Wochenbett impfen. Rötelnantikörperbestimmungen wurden bei 11.313 Frauen durchgeführt, und zwar 8.351 bei Schwangeren, 344 bei Krankenpflegeschülerinnen sowie 2.618 im Rahmen von Untersuchungen in der amtsärztlichen Untersuchungsstelle am Personal von Kindergärten, Krankenhäusern und bei Lehrpersonen.

1981 setzten die Impfstelle für Ausreisende sowie die Bezirksgesundheitsämter auch die aktiven entgeltlichen Schutzimpfungen gegen „Zeckenkrankheit" (FSME — Frühsommermeningoencephalitis) fort. Die komplette Immunisierung besteht aus drei Teilimpfungen, einmalige Auffrischungsimpfungen sind etwa alle drei Jahre erforderlich. Seit 1979 steht ein besser verträglicher Impfstoff zur Verfügung. Die Beteiligung der Bevölkerung nahm gegenüber 1980 zu: So stieg die Zahl der Impfungen um 1.066 auf nunmehr 80.403. Gegen Grippe impften die Ärzte des Gesundheitsamtes 23.291 Personen, das waren um 1.406 weniger als 1980. Weiters wurden

25.750 Schutzimpfungen gegen Tetanus, 15.371 gegen Diphtherie-Tetanus, 8.444 gegen Diphtherie-Tetanus-Keuchhusten, 792 gegen Typhus sowie 12.223 gegen Cholera und 2.365 gegen Gelbfieber vorgenommen.

In der Desinfektionsanstalt des Gesundheitsamtes wurden insgesamt 10.878 Desinfektionen usw. durchgeführt, davon 310 im Außendienst. Die Zahl der Entlausungen von Personen nahm mit 3.501 gegenüber 4.661 im Jahre 1980 wieder ab. Vor dem Jahr 1975 kam es nur zu 50 bis 70 Entlausungen insgesamt pro Jahr. Außerdem begannen 1981 mehrere Besprechungen, wonach im Bereich der Desinfektionsanstalt eine Ausnüchterungsstation für Alkoholisierte eingerichtet werden soll. Weitere diesbezügliche Koordinationsgespräche sind geplant.

Mit der Tuberkulosebekämpfung im Raume Wiens befaßte sich ein eigenes Referat des Gesundheitsamtes. Zu seinen Einrichtungen zählen neben der Zentrale (bestehend aus Kanzlei mit Heilstätteneinweisungsstelle, Impfstelle, Röntgenstelle, Schirmbildstelle) neun Außenstellen in den Bezirken und ein Röntgenzug. Zur Tuberkulosesituation in Wien ist zu bemerken, daß die Zahl der Neuerkrankungen an aktiver Tuberkulose aller Formen seit 1973 eine rückläufige Tendenz aufweist. Um so überraschender sind die statistischen Ergebnisse für das Jahr 1981, in denen sich wieder ein Anstieg der Neuerkrankungen an aktiver Tuberkulose von 561 Personen im Vorjahr auf 600 abzeichnet. Dieser fast siebenprozentige Anstieg ist vor allem auf eine Zunahme der aktiven geschlossenen Lungentuberkulose und der extrapulmonalen Tuberkulose bei Gastarbeitern zurückzuführen. Auch die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose ist seit 1977 wieder langsam angestiegen: Entfielen damals noch 7,2 Prozent Todesfälle auf 100.000 Einwohner, so waren es 1980 bereits 9,0 Prozent. Somit hat die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose in den letzten drei Jahren um fast 25 Prozent zugenommen. Erwähnenswert ist weiters das Ergebnis einer Analyse der Neuerkrankungen an aktiver Tuberkulose aller Formen in den einzelnen Bezirken Wiens. 1981 betrug die durchschnittliche Inzidenz an aktiver Tuberkulose 38,3 Prozent auf 100.000 Einwohner, in zwei Wiener Gemeindebezirken jedoch 60,0 Prozent. Diesen beiden Gebieten mit besonders vielen Tuberkulosefällen muß seitens der Gesundheitsbehörde natürlich besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Als Ursache für die hohe Inzidenz werden die größere Zahl an Massenquartieren für Gastarbeiter und die vielen Kommunikationszentren, wie Gaststätten, Branntweingeschäfte und Diskotheken, vermutet. Wenn auch Fachexperten feststellen, daß wir uns in Österreich im letzten Drittel des Kampfes gegen Tuberkulose befinden, so muß bei der gegebenen Situation unbedingt die Weiterführung der organisierten, planmäßigen Bekämpfung der Tuberkulose im Rahmen des öffentlichen Gesundheitsdienstes gewährleistet werden.

Die Dienst- und Untersuchungsstellen des Tuberkulosereferates nahmen insgesamt 164.959 Personen in Anspruch. Wenn man die Zahl der im Röntgenwagen untersuchten Personen, die der vom Impfteam mit Tuberkulin getesteten und geimpften Schulkinder und der von den Verbindungsfürsorgerinnen in den Krankenanstalten betreuten Tuberkulosekranken hinzurechnet, dann ergibt sich eine Frequenz von insgesamt 224.929 Personen (1980: 205.316). Dieser Anstieg in der Frequenz um rund 20.000 gegenüber dem Vorjahr ergibt sich durch die 1981 zusätzlich durchgeführten Untersuchungen der Lehrer, die sich entsprechend den gesetzlich vorgeschriebenen Zeitabständen nur jedes zweite Jahr einer Röntgenuntersuchung der Lunge unterziehen müssen. Ferner setzte das Gesundheitsamt 1981 seinen Schirmbildwagen vermehrt für diverse Firmen ein.

In der Schirmbildstelle des Tuberkulosereferates wurden 50.128 Personen einer Röntgenuntersuchung der Lunge unterzogen. Dabei stellten die Ärzte erstmals bei 36 Personen eine aktive Lungentuberkulose, bei 10 bösartige Neubildungen fest. Im Röntgenzug ließen sich 33.316 Personen untersuchen: Dabei konnten 15 Erkrankungen an aktiver Tuberkulose und 17 an bösartigen Neubildungen festgestellt werden. Lungenfunktionsprüfungen mittels Vitalograph führten die Ärzte 5.133 durch, was eine Zunahme um 1.957 gegenüber dem Vorjahr bedeutet. In dieser Zahl sind auch die Untersuchungen enthalten, die anläßlich der „Seniorenwoche" und am „Tag der offenen Tür" vorgenommen wurden. Die Ärzte impften um 236 Personen mehr als im Vorjahr gegen Tuberkulose, nämlich 20.302, darunter 17.435 Neugeborene und 2.598 Schulkinder. Die Zahl der mit Tuberkulin getesteten Personen hat um 3.214 auf 13.084 abgenommen. 1981 wurden in der Tuberkulosefürsorgestelle für den 2. und 20. Bezirk in 20, Pappenheimgasse 48—52, Malerarbeiten durchgeführt; in der für den 4., 5., 6., 7. und 12. Bezirk in 5, Margaretengürtel 96, gelegenen Stelle mußte wegen eines Gasgebrechens mit Adaptierungsarbeiten begonnen werden.

Seit 1980 stehen sechs Raucherberatungsstellen zur Verfügung: Außer an die Zentralstelle in 1, Stadiongasse 6—8, kann man sich nun auch an die Außenstellen im 5., 11., 16., 20. oder 21. Bezirk wenden. 222 Interessenten suchten eine dieser Stellen auf, die Gesamtfrequenz betrug 762. Neben der üblichen Betreuung erfolgte bei jeder Erstberatung eine Lungenschirmbildaufnahme.

Im Jahre 1981 wurden 9.395 Gastarbeiter, das sind um 1.605 weniger als im Vorjahr, gemäß dem Ausländerbeschäftigungsgesetz, BGBl. Nr. 218/1975, untersucht. 141 Personen davon haben eine Anstellung bei der Gemeinde Wien angestrebt. Elf Gastarbeitern, die erstmals im Jahre 1981 nach Österreich eingereist waren, konnte wegen des Vorliegens einer aktiven Lungentuberkulose keine Arbeitsbewilligung erteilt werden; sie mußten in ihr Heimatland zurückkehren.

Die Gesamtzahl der in ganz Wien gemeldeten Geschlechtskrankheiten ist mit 4.103 gegenüber dem Vorjahr um 9,5 Prozent gestiegen, wobei die Zahl der gemeldeten Erkrankungsfälle an Gonorrhoe von 3.118 auf 3.638 zu- und die der Luesfälle von 622 auf 424 abnahm. Neben dieser leicht steigenden Tendenz der gemeldeten Geschlechtskrankheiten in ganz Wien ist in der Beratungsstelle des Gesundheitsamtes die Zahl der aufgedeckten Erkrankungsfälle mit 32,5 Prozent wesentlich stärker angestiegen: An Gonorrhoe erkrankten um 171 Patienten mehr, an Lues um 19 weniger als im Vorjahr. Seit Jahren wurden in Wien nur vereinzelt Fälle von Ulcus molle gemeldet, bei denen sich der Patient stets im Ausland infiziert hat. Nach über 30 Jahren erkrankten nun erstmals wieder Personen an Ulcus molle, bei denen die Infektion in Wien erfolgt war. 1980 wurden bereits neun Fälle gemeldet, in der Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten des Gesundheitsamtes bereits zwei Männer behandelt. 1981 wurden 41 Fälle in ganz Wien, davon 15 Fälle in der Beratungsstelle, entdeckt. Zum Nachweis des Erregers ist ein frisch zubereiteter Nährboden aus Kaninchenblut erforderlich, der an der II. Universitäts-Hautklinik verwendet wird. An diese Institution werden derzeit entsprechende Verdachtsfälle der Beratungsstelle zur Abklärung überwiesen.

In der Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten betrug die Parteienfrequenz 39.082, um 6.821 mehr als im Vorjahr. Bei 36.682 Untersuchungen davon 1.081 Erstuntersuchungen, wurden 548 Fälle von Gonorrhoe (davon 157 bei Männern) und 118 Fälle von Lues (davon 66 bei Männern) festgestellt. 31.202 Untersuchungen wurden bei Prostituierten und 1.496 bei Geheimprostituierten vorgenommen. Im Rahmen der Untersuchungen nahmen die Ärzte 9.347mal Blut für Laboruntersuchungen ab. Sozialarbeiter gingen 553mal auf Hausbesuche. Nachdem bereits 1980 der räumliche Umbau der Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten abgeschlossen wurde, konnte 1981 mit der Modernisierung der Einrichtung begonnen werden. Die Räume sind nun mit neuen Büromöbeln und Sitzgarnituren ausgestattet, eine entsprechende labortechnische Ausstattung ist geplant.

Im April 1981 erfolgte wegen Personalmangels die Stillegung der geschlossenen Abteilung für geschlechtskranke Frauen an der II. Universitäts-Hautklinik. Da diese die einzige derartige Abteilung in Wien war, müssen seither praktisch alle Behandlungen ambulant in der Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten durchgeführt werden, was zu einem Anstieg der Zahl an Erkrankungsfällen führt, da wegen Nichtauffindbarkeit der Infizierten die Behandlung nicht immer durchgeführt werden kann bzw. nur mit einer Verzögerung bis zu mehreren Monaten. Auch können die vorgesehenen Abschlußuntersuchungen häufig nicht oder nur mit Verspätung nach entsprechender Ausforschung der Erkrankten vorgenommen werden. Der Versuch, die stationäre Behandlung an offenen Abteilungen durchzuführen, scheitert meistens, da die Patienten dort nicht festgehalten werden können und häufig die Abteilung vorzeitig verlassen.

1981 ist die Zahl der polizeilich gemeldeten Prostituierten um 80 auf nunmehr 956 weiterhin gestiegen, bei 10,3 Prozent wurde eine Geschlechtskrankheit festgestellt. Die Erkrankungshäufigkeit der Prostituierten ist gegenüber 1980 um etwa das Dreifache auf nunmehr 29 Prozent gestiegen. Dies ist sicher nicht nur auf den vermehrten Einsatz von Kulturen zur Sicherung der Diagnose, sondern auch auf die tatsächlich zunehmende Häufigkeit der Infektion in der Gesamtbevölkerung zurückzuführen.

Bei den Untersuchungen in der Beratungsstelle finden sich als Nebenbefund immer wieder Erkrankungen, die zwar nicht unter das Geschlechtskrankheitengesetz fallen, jedoch ebenfalls sexuell übertragen werden können, wie unter anderem Pilzerkrankungen, Verlausung, Befall von Oxyuren und Trichomoniasis. Um die Ansteckung weiterer Personen zu verhindern, wurde die Behandlung dieser Erkrankungen bereits 1978 in die Leistungen der Beratungsstelle aufgenommen und seither ständig weiter ausgebaut. Die Behandlung erfolgt stets im freiwilligen Einverständnis mit den Patienten, wobei diese die Kosten für die Medikamente tragen sollen. Durch die vermehrte Verwendung von entsprechenden Kulturen konnten 1981 279mal öfter Trichomonadeninfektionen festgestellt werden als im Vorjahr, nämlich insgesamt 630mal.

Die Angehörigen der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt führten 20.785 bakteriologische und serologische Untersuchungen für klinische Zwecke durch, darunter 7.501 Untersuchungen auf Tuberkulose. Dabei wurde 964mal ein positiver Befund erhoben. Weiters wurden 2.290 mykologische und parasitologische Untersuchungen für klinische Zwecke durchgeführt, darunter 2.276 Trichomonadenabstriche. Das Gesundheitsamt überprüfte 626 Sterilisations- und Desinfektionsapparate, 34 Klimaanlagen und einen Steckbeckendesinfektionsapparat, wobei 82mal die Funktionstüchtigkeit eines Apparates beanstandet werden mußte. Weiters wurden 11.043 Untersuchungen an Trink- und Hausbrauchwässern vorgenommen, weiters Badewasserproben aus 125 Hallenbädern sowie aus 416 künstlichen und natürlichen Freibädern entnommen. In 189 Kläranlagen erfolgten 428 Abwasser- und Oberflächenwasseruntersuchungen, andernorts weitere 4.846 physikalisch-chemische Untersuchungen.

Im Rahmen der hygienischen Trink- und Nutzwasseruntersuchungen entnahm die Untersuchungsanstalt 1981 erstmals Schwermetall- und Kohlenwasserstoffanalysen aus dem Wasser des Wienerwaldsees, da dieser für Trinkwasserzwecke aufbereitet werden kann. Weiters wurden die Kohlenwasserstoffuntersuchungen der Brunnen und Sonden der Unteren Lobau nach diversen Ölunfällen im Bereich der Auffahrt der A 22 und des Ölhafens Lobau intensiviert. Auch Niederschlagswässer von Verkehrsflächen wurden im Hinblick auf deren Grundwassergefährdung auf Schwermetalle hin untersucht und schließlich auch die Innenbeschichtung von Trinkwas-

serrohren und -behältern auf Abgabe gesundheitsschädlicher Substanzen kontrolliert. Bei der Überprüfung von Kläranlagen auf ihre Funktionstüchtigkeit führte das Gesundheitsamt den Nachweis des Hepatitis-A-Virus in Kläranlagenabläufen und Vorflutern neu ein, damit die epidemiologische Situation erfaßt werden kann. Im medizinisch-mikrobiologischen Bereich erscheinen vor allem die vermehrten Immunofluoreszenzuntersuchungen auf Gonokokken auf Grund vermehrter Einsendungen durch die Beratungsstelle für Geschlechtskrankheiten erwähnenswert: 9.577 (1980: 3.547) Kulturen wurden angelegt. Ferner untersucht die Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt seit 1981 auch Harnproben auf Drogen. Im Jahre 1981 wurden bereits 953 solche Untersuchungen für das Gesundheitsamt, die Drogenstation Kalksburg, das Psychiatrische Krankenhaus Baumgartner Höhe und den Schulärztlichen Dienst durchgeführt.

Nach dem Bäderhygienegesetz 1976 und der Verordnung „Hygiene in Bädern 1978" wurden regelmäßig Untersuchungen in städtischen und privaten Badeanstalten sowie Saunaanlagen durchgeführt. Neben Untersuchungen der Badewasserqualität nahm man auch gezielte Untersuchungen im sogenannten „Barfußbereich" der Nebeneinrichtungen vor, die für die Übertragung von Fußpilzen und Warzen weit eher in Betracht zu ziehen sind als ausreichend aufbereitetes Schwimmbeckenwasser. Mit besonderer Sorgfalt wurde hierbei auf die Hygiene von Krankenhaus-Bewegungsbädern, auf den Nachweis von Salmonellen in Oberflächengewässern und spezielle Untersuchungen über die Übertragung von Trichomonaden im Feuchtbereich von Badeeinrichtungen eingegangen. Auch Therapiebecken von Krankenanstalten der Stadt Wien wurden auf mögliche Erreger von Hospitalismusinfektionen überprüft.

Angelegenheiten der **allgemeinen Hygiene** mußten wie in früheren Jahren in großer Zahl behandelt werden. Die Bezirksgesundheitsämter hatten 726 Fälle betreffend Lärmbelästigung, 1.008 betreffend Luftverunreinigung, 1.527 betreffend Wohnhygiene, 1.694 betreffend Abwässer und Abfallstoffe, 1.408 im Zusammenhang mit der Schädlingsbekämpfung und 2.823 bezüglich sonstiger sanitärer Übelstände zu bearbeiten. Hierbei wurde in 5.042 Fällen die Bestätigung der vorgebrachten Beschwerden durch die Erhebungen erbracht und die Abstellung der Übelstände in die Wege geleitet. Die Amtsärzte in den Bezirksgesundheitsämtern nahmen an 1.423 Kommissionierungen im Rahmen gewerbe- und baubehördlicher Verfahren teil.

Der Aufgabenbereich der Zentrale des Gesundheitsamtes umfaßt die ärztliche Betreuung von Angelegenheiten des Anrainerschutzes in bau- und gewerbebehördlichen Verfahren, soweit es sich um größere Projekte, Fragen grundsätzlicher Bedeutung oder Vorhaben handelt, zu deren Beurteilung umfangreichere Voruntersuchungen nötig sind. Insgesamt bearbeitete das Gesundheitsamt 732 Angelegenheiten des Umwelt- und Immissionsschutzes. 85 kommissionelle Verhandlungen wurden geführt, 105 schriftliche Gutachten abgegeben und 214 Hörproben erstellt. Die Hörproben haben gegenüber dem Vorjahr um 54 zugenommen und wurden bis auf 29 alle in der Nacht vorgenommen. In der überwiegenden Zahl der Fälle ergab deren Resultat, daß die Beschwerde wegen Lärmbelästigung berechtigt war, so daß das Gesundheitsamt demgemäß entsprechende Maßnahmen zur Behebung der Belästigung beantragte. Die Zahl der in der Zentrale des Gesundheitsamtes bearbeiteten Angelegenheiten des Umweltschutzes hat gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen, was vor allem auf die vermehrte Zahl von Berufungen gegen Bescheide der Erstinstanz zurückzuführen ist. Dieser Trend zeigt sich besonders deutlich bei den nächtlichen Hörproben. Demgegenüber ist die Zahl von Genehmigungsverfahren neuer Anlagen verschwindend gering geworden: 1981 waren es nur drei. Als ständig wiederkehrende Beschwerden müssen jene über die Taubenplage angeführt werden, die allerdings mangels geeigneter legistischer Grundlagen seitens des Gesundheitsamtes keine wirksamen Abhilfemaßnahmen zur Folge haben können. Das Landesgesetz vom 2. Juli 1981, mit dem das Gesetz zum Schutz gegen Baulärm geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 25/1981, bringt das Verbot der Nachtarbeit, die nur mehr bei Behebung von Notfällen und in begründeten Sonderfällen gestattet wird. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Behebung nächtlicher Lärmbelästigungen getan. Da die sogenannte Reinhaltekundmachung des Magistrates der Stadt Wien bisher nur sehr bedingt anwendbar war, weil sie immer wieder zu offenbar unüberwindbaren legislativen und formulativen Schwierigkeiten führte, wurde nach einschlägigen Vorbesprechungen der „Entwurf einer Reinhalteverordnung vom November 1981" fertiggestellt. Durch die somit bevorstehende Novellierung dieser Verordnung konnten die gesetzlichen Voraussetzungen zur Behebung sanitärer Übelstände wesentlich verbessert werden.

Der mit den Umweltschutzangelegenheiten befaßte Referatsleiter des Gesundheitsamtes arbeitete im Jahre 1981 in zwei Arbeitskreisen mit, von denen einer ein Zivilschutzalarmsystem plant. Dieses soll prinzipiell bei Umweltkatastrophen, wie z. B. bei Strahlenunfällen und Giftaustritt, eine Alarmierung der Stadtbevölkerung bewerkstelligen, und zwar in ähnlicher Weise wie im Zweiten Weltkrieg das Luftschutzwarnsystem angewandt wurde. Ergebnisse liegen noch nicht vor. Der zweite Arbeitskreis wurde von der Stadtbaudirektion in Zusammenarbeit mit der MA 39 und Bautechnikern angeregt und befaßt sich mit dem Problem der sogenannten „Erdstrahlen" und ihrer Bedeutung im Rahmen der Baubiologie. Vorerst wurden verschiedene Anordnungen für Versuche diskutiert, da in der gesichteten Literatur nur wenig konkrete, auf Auswirkungen am Menschen bezügliche Fakten enthalten sind.

Im Rahmen der allgemeinen Hygiene wurde der Frage der ärztlichen Betreuung der Wiener Bevölkerung weiterhin größere Bedeutung zugemessen. Zur Förderung der Niederlassung von prakti-

schen Ärzten und bestimmten Fachärzten empfahl das Gesundheitsamt die Einplanung von Räumlichkeiten für Ordinationen und Ärztewohnungen in einer Reihe von größeren städtischen Wohnprojekten. Im Hinblick auf die zunehmend bessere Versorgung mit niedergelassenen Ärzten und auf die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten bei der Invertragnehmung der Ärzte durch die Krankenkassen konnte 1981 jegliche Einplanung einer Ordination nur mehr mit der Einschränkung empfohlen werden, daß diese Praxen so eingerichtet werden, daß sie ohne wesentlichen Bauaufwand in normale Wohnungen umgewandelt werden können, falls sich zum Zeitpunkt der Fertigstellung in diesem Gebiet kein Arzt niederlassen kann. Insgesamt wurden 81 Stellungnahmen zu eventuellen Einplanungen abgegeben. Neben ständigen telephonischen Beratungen wurden rund 120mal Ärzte wegen Fragen bezüglich Niederlassung vom Referatsleiter persönlich beraten. Weiters ermöglicht eine Kreditaktion der Gemeinde Wien den praktischen Ärzten seit 1976 den Bezug eines sehr günstigen Kredites für die Praxiseröffnung in einem bestimmten Bedarfsgebiet. In diesem Zusammenhang stellte das Gesundheitsamt nach jeweils genauer Überprüfung 45 Bestätigungen über einen Bedarf am geplanten Niederlassungsort aus, fünf Anträge mußten abgelehnt werden. Mit Stand vom 31. Dezember waren insgesamt bereits 65,950.000 S von der Gemeinde Wien für diese Kreditaktion investiert worden. Ferner konnten sich durch Vermittlung über das Gesundheitsamt an den neun in Zusammenarbeit mit der Ärztekammer anerkannten Lehrpraxen 18 vor ihrer Niederlassung stehende Ärzte auf ihre Tätigkeit als praktischer Arzt vorbereiten. Ärzte, die sich noch in einem Anstellungsverhältnis zu einer städtischen Krankenanstalt befanden, erhielten für die Absolvierung einer solchen Lehrpraxis einen bezahlten Sonderurlaub von vier Wochen. Insgesamt haben diese Förderungsmaßnahmen für die Niederlassung bereits zu einer deutlichen Besserung der Versorgung der Wiener Bevölkerung geführt. Mit Stand vom 1. Jänner 1982 sind 1.085 praktische Ärzte in Wien niedergelassen, wovon 770 einen Vertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse abgeschlossen haben. Somit entfallen Anfang 1982 1.970 Einwohner auf einen niedergelassenen praktischen Arzt mit Kassenvertrag, 1980 waren es 2.114. Nach Beginn der meisten Förderungsmaßnahmen im Jahre 1976 stagnierte zunächst der sinkende Trend zur Niederlassung, 1978 nahm ihre Zahl zum erstenmal wieder zu. 1980 kam es wieder zu einer scheinbaren Stagnation, 1981 setzte sich der leicht ansteigende Trend wieder fort.

Im Rahmen des vom Gemeinderat beschlossenen Gesundheitsplanes für Wien ist es notwendig, genauere Informationen über den derzeitigen Gesundheitszustand der Bevölkerung und über die Häufigkeit der wichtigsten Krankheitszustände zu gewinnen. Zu diesem Zweck wurde die „Wiener Gesundheitsstudie 1979" konzipiert, die Auskunft über die tatsächliche, von der konventionellen ärztlichen Erfassung unabhängigen Krankheitshäufigkeit gibt und hiermit eine Grundlage für die Abschätzung des Bedarfes an kurativen, präventiven und pflegerischen Einrichtungen bildet. Diese Studie wurde 1979 im Auftrag des Gesundheitsamtes der Stadt Wien vom Institut für Stadtforschung mit über 3.000 Probanden durchgeführt. Die Ausarbeitung der Ergebnisse erfolgte 1980 bis 1981. Ende 1981 erschien eine Sonderpublikation mit 410 Seiten im Verlag Jugend & Volk, die ausführlich die Resultate der Studie dokumentiert. Weiters wurden 1981 die wichtigsten Daten der Studie, soweit sie von allgemeinem medizinischem Interesse sind, als Spezialbeiträge in einigen Heften der „Wiener medizinischen Wochenschrift" veröffentlicht. Die Resultate der Studie werden auch zur Reorganisation und Verbesserung der Vorsorgeuntersuchungen („Gesundenuntersuchungen") herangezogen werden, z. B. für andere Einladungsmethoden, nach Alter gestaffelte Untersuchungen usw.

Unter den Aufgaben der **sanitären Aufsicht** ist zunächst die Kontrolle aller Krankenanstalten in hygienischer Hinsicht zu nennen. Sachverständige des Gesundheitsamtes müssen auch sämtliche bei der Errichtung, der Erweiterung und beim Umbau von Krankenanstalten sich ergebenden gesundheitlichen Fragen begutachten. Das Hauptgewicht dieser Augenscheinverhandlungen und Stellungnahmen lag 1981 wieder bei den bettenführenden Krankenanstalten. Hervorzuheben sind diesmal vor allem der Um- und Zubau des St.-Anna-Kinderspitales, nach dessen Fertigstellung diese Sonderkrankenanstalt dem modernsten medizinischen Stand entsprechen und zusammen mit der bereits im Betrieb befindlichen haematologischen Station darüber hinaus ein Zentrum für die Behandlung von Leukämien bei Kindern sein wird. Ferner war das Gesundheitsamt an mehreren Projektbesprechungen für das Sozialmedizinische Zentrum Ost beteiligt. Vor allem für das zu errichtende, rund 800 Betten fassende Krankenhausgebäude werden laufend hygienische und funktionelle Fragen von der MA 17 an die Abteilung herangetragen. Dementsprechend waren 1981 auch viele kleinere Umbauten, Umwidmungen und Erneuerungen in Wiens Krankenanstalten zu beurteilen. Diese Projekte wurden teilweise wegen des medizinischen Fortschrittes, teils wegen Überalterung bestehender Einrichtungen eingereicht. In den vergangenen Jahren wurden mehrere Laboratorien, vorwiegend für medizinisch-chemische Untersuchungen, teils neu errichtet, teils bestehende Laboratorien aus- und umgebaut, so daß auf diesem Gebiet eine bereits gute Versorgung besteht.

Besonderes Augenmerk wurde wieder der Krankenhaushygiene geschenkt. Bei mehreren Besprechungen einer Kommission wurden grundsätzliche Aussagen über Leibschüsselspüler gemacht, eine Ergänzung zu den Händedesinfektionsmitteln durchgeführt und das Problem der Händereinigung im Krankenhaus erörtert.

Auf dem Sektor des Leichen- und Bestattungswesens wurden 3.904 Totenbeschauen von den bestellten Totenbeschauärzten und 1.941 vom zentralen Totenbeschaudienst durchgeführt. In den privaten

Krankenanstalten beschauten die anstalteigenen Totenbeschauärzte 1.983 Verstorbene, am gerichtsmedizinischen Institut fielen 130 Totenbeschauen und 1.914 sanitätspolizeiliche Obduktionen an. Die Amtsärzte führten 1.205 Totenbeschauen durch.

Dem Gesundheitsamt obliegt auch die Überwachung der S a n i t ä t s b e r u f e (Ärzte, Pharmazeuten, Dentisten) sowie die Evidenzführung und Ausbildung des Krankenpflegepersonals, des Personals der Sanitätshilfsdienste und der Hebammen. Gemäß den Bestimmungen des Ärztegesetzes sind nach Meldung der Ärztekammer für Wien an das Wiener Gesundheitsamt alle Ärzte evident gehalten. Mit Stichtag 31. Dezember 1981 waren insgesamt 6.870 Ärzte in Wien tätig (1980: 6.844), davon standen in Ausbildung zum praktischen Arzt oder Facharzt 1.693 (1980: 1.585). Die Zahl der praktischen Ärzte (das sind jene Ärzte, die das Recht haben, die Berufstafel praktischer Arzt zu führen) betrug 1.576 (1980: 1.583), die der Fachärzte 3.601 (1980: 3.498). Davon waren in Anstalten tätig 587 praktische Ärzte, 2.395 Fachärzte, 154 Amtsärzte und 110 Ausländer. Hieraus ergibt sich im Jahre 1981 eine Abnahme der Zahl der Ärzte, die die Berufsbezeichnung praktischer Arzt führen dürfen, um sieben und eine Zunahme derer, die die Berufsbezeichnung Facharzt führen dürfen, um 103. Die Zahl der ausländischen Ärzte nahm 1981 um 15 zu, obwohl durch die derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen auch ausländischen Ärzten nach 10jährigem Aufenthalt in Österreich die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen wird. Aus diesem Grund befindet sich unter den gemeldeten Ärzten mit österreichischer Staatsbürgerschaft eine große Anzahl von Ärzten, die aus dem Vorderen Orient oder den Entwicklungsländern stammen und sich nach Abschluß ihrer Studien in Österreich angesiedelt haben.

Im Rahmen der sanitären Aufsicht wurden 1981 zwei Ordinationen niedergelassener Ärzte teilweise mehrmals mit einem Vertreter der Ärztekammer für Wien überprüft und Aufträge zur Behebung von Mängeln erteilt.

In 14 Sitzungen mit dem Militärkommando wurden die Ansuchen von 50 Ärzten um Freistellung vom Präsenzdienst behandelt. Die meisten Ansuchen wurden einstimmig im Sinne des Antrages erledigt.

Mehrere Anzeigen der Ärztekammer wegen Verdachtes auf Kurpfuscherei bzw. Verfolgung unerlaubter ärztlicher Tätigkeit mußten bearbeitet werden. Weiters werden immer häufiger Produkte mit Arzneiwirkung unerlaubt in Verkehr gebracht oder weniger wirksame Artikel mit Heilwirkung angepriesen, wie z. B. Depolarisierungsmatten und Magnetpflaster. Die Verfolgung dieser Probleme gestaltet sich außerordentlich aufwendig und wenig effizient.

Auf Vorschlag des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz ernannte der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Frau Dr. Hertha *Firnberg*, gemäß § 22 der Medizinischen Rigorosenordnung vom 14. April 1903, RGBl. Nr. 102, in der derzeit geltenden Fassung, 1981 wiederum acht Amtsärzte der Wiener Landessanitätsdirektion zu Regierungskommissären. Diese nahmen in 13 Wochen an rund 400 Wiederholungsprüfungen des II. und III. Medizinischen Rigorosums teil.

Die Zahl der Dentisten ist durch deren altersbedingtes Ausscheiden weiterhin rückläufig: Derzeit sind noch 322 in Wien tätig, 1980 arbeiteten noch 336. Die Betriebsstätten von Dentisten werden nach den geltenden Bestimmungen erst 1983 wieder von den Amtsärzten überprüft. In einzelnen Fällen erfolgten jedoch auf Grund von Beschwerden oder zur Kontrolle der Behebung früherer Mängel Nachkontrollen durch die zuständigen Bezirksamtsärzte.

Mit 31. Dezember waren insgesamt 1.101 Pharmazeuten in öffentlichen und Anstaltsapotheken tätig. In Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen nahm ein Vertreter des Gesundheitsamtes an 16 Aspirantenprüfungen teil. Bei diesen Prüfungen unterzogen sich 44 Magister der Pharmazie der Prüfung zur Erlangung des Rechtes, eine Apotheke selbständig führen zu können. 1981 waren in Wien 251 öffentliche und 15 Anstaltsapotheken in Betrieb. Besonders in den Neubaugebieten des 10. und 21. bis 23. Bezirkes besteht in den neuerrichteten Wohnanlagen ein Bedarf an weiteren Apotheken. Gegen mehrere diesbezügliche Anträge auf Konzessionserteilung haben benachbarte Apotheker jedoch Einspruch erhoben, weshalb sich die eventuelle Neuerrichtung von Apotheken beträchtlich verzögert. 1981 nahm ein Vertreter des Gesundheitsamtes an 26 Kommissionen zur Errichtung, zum Umbau oder zur Inbetriebnahme von Apotheken-Betriebsanlagen teil. Die bestehenden Apotheken werden zusehends neu gestaltet, nur noch wenige Betriebe verfügen über eine überalterte Ausstattung.

Unter Zuziehung eines Vertreters der Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen und in Anwesenheit eines Vertreters der Apothekerkammer überprüfte das Gesundheitsamt 85 Apotheken: Von 568 entnommenen Proben beanstandete die Untersuchungsanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen 108. Das Gesundheitsamt hat diese Produkte durch Bescheid aus dem Verkehr gezogen. Weiters erfolgte nach den Bestimmungen des Krankenanstaltengesetzes und ministerieller Weisung die Überprüfung von 14 Arzneimittelvorräten in Krankenanstalten ohne Anstaltsapotheke. Bei diesen Überprüfungen wurden elf Proben gezogen, von denen die Bundesanstalt für chemische und pharmazeutische Untersuchungen sechs beanstandete. Ferner haben acht Apotheker insgesamt 13 Hausspezialitäten gemäß § 14 der Spezialitätenordnung angemeldet. Sogenannte „Hausspezialitäten" dürfen in der exakt gleichen Zusammenstellung nicht von verschiedenen Apotheken geführt werden, was eine Reihe von Berufungen zur Folge hatte, die derzeit noch nicht abgeschlossen sind. Das Gesundheitsamt überprüfte weiters mit einem Vertreter der Bundesanstalt für

chemische und pharmazeutische Untersuchungen, einem Gremialvertreter und einem Rechtsbeamten des örtlich zuständigen magistratischen Bezirksamtes, 53 pharmazeutische Betriebe und Drogengroßhandlungen.

Mit Inkrafttreten der neuen Suchtgiftordnung, BGBl. Nr. 390/1979, wurden 1981 unter einer Reihe von weiteren Maßnahmen auch neue Rezeptformulare für Einzel- und Dauerverschreibungen notwendig, die zur besseren Kontrolle mehrteilig gestaltet sind. Diese Rezeptformulare werden nunmehr an die niedergelassenen Ärzte von den Bezirksgesundheitsämtern, an die Krankenanstalten von der Zentrale des Gesundheitsamtes gegen Empfangsbestätigungen abgegeben. Im Jahre 1981 hat diese Neuregelung den Umsatz mit Suchtgiften in den öffentlichen Apotheken bereits auf ein Minimum reduziert.

1981 gab es verhältnismäßig wenig Beschwerden über eine vermehrte Rattenplage. Die Schädlingsbekämpfer haben bei Vornahme der verordnungsgemäß vorgeschriebenen Schädlingsbekämpfung 41.591 Objekte betreut, 22.623mal stellten sie Rattenbefall fest. Zur Bekämpfung dieser Ratten wendeten sie 45.875 kg Frischköder und 956 kg Fertigköder an. Im Jahre 1981 wurden in Wien erstmals vermehrt Beschwerden über Pharaoameisen registriert. Diese kleinen Ameisen vermehren sich rasch in zahlreichen Tochterkolonien und verbreiten sich entlang von wärmeleitenden Verbindungen und Lüftungsschächten. Ihre Bekämpfung gestaltet sich außerordentlich schwierig, zumal bis jetzt nur wenige Spezialunternehmen diese Insekten vertilgen können.

Die Verordnung über den Befähigungsnachweis zum Drogistengewerbe, BGBl. Nr. 130 vom 3. April 1980, wurde rechtskräftig. Demnach muß im Rahmen einer eigenen Konzessionsprüfung ein Vertreter des Gesundheitsamtes die Gegenstände „Gesundheits- und Ernährungslehre" sowie „Gift- und Schädlingsbekämpfungsmittel" schriftlich und zusätzlich „Arznei- und Giftrecht" sowie „Arzneimittelkunde" mündlich prüfen. Weiters ist die Verordnung über die Bezeichnung der Drogerien über Ausübungsvorschriften des Drogistengewerbes, BGBl. Nr. 177 vom 25. März 1981, in Kraft getreten, wonach nur jene Geschäfte die Bezeichnung „Drogerie" und „Drogenhandlung" führen dürfen, die ein entsprechendes Warensortiment führen.

Beim Gesundheitsamt waren im Vorjahr insgesamt 4.535 Plasmaspender entsprechend der Plasmapheresenverordnung registriert. Davon haben 862 mit dem Plasmaspenden erstmals begonnen. Bei dieser großen Anzahl von Plasmapheresefrequentanten wird in vier Plasmapheresestellen die Plasmapherese vorgenommen.

Ferner überprüfte das Gesundheitsamt die Tätigkeit von zehn freipraktizierenden Hebammen und 141 Anstaltshebammen. Im Krankenpflegewesen leitete das Gesundheitsamt eine große Zahl von Aufnahme- und Prüfungskommissionen für die verschiedenen Berufe der Krankenpflege und der Sanitätshilfsdienste. Für die Krankenpflege-, Kinderkranken- und Säuglingspflegeschulen sowie für die medizinisch-technischen Schulen fanden 25 Aufnahmekommissionen und 168 Prüfungskommissionen, an der Ausbildungsstätte für psychiatrische Krankenpflege am Psychiatrischen Krankenhaus der Stadt Wien zwei Prüfungskommissionen statt. 1981 wurden bei der freiberuflichen Ausübung des Krankenpflegefachdienstes und der medizinisch-technischen Dienste 124 Personen evident gehalten, das waren um 33 mehr als im Vorjahr.

Die im Jahre 1975 zunächst als Modellversuch gestartete Aktion der „M o b i l e n K r a n k e n s c h w e s t e r n" wurde schrittweise erweitert und steht seit 1979 den praktischen Ärzten in ganz Wien zur Verfügung. Sinn dieser Einrichtung ist es, die praktischen Ärzte zu entlasten. Die mobilen Schwestern betreuen genau nach Anweisung des behandelnden Arztes Patienten in ihrem häuslichen Milieu. Sie verabreichen Injektionen, nehmen Verbandwechsel vor, verabfolgen Katheterspülungen und Einläufe und messen den Blutdruck. Diese Krankenschwestern unterstehen der Leitung einer diplomierten Oberschwester. Die ärztliche Oberaufsicht liegt seit Mai 1981 beim ärztlichen Leiter des Referates „Krankenpflege". Insgesamt führten 77 Schwestern 197.377 Hausbesuche bei 4.088 Patienten durch. Die Mithilfe der mobilen Krankenschwestern wurde von 511 praktischen Ärzten in Anspruch genommen. Der verstärkte Einsatz der von der Stadt Wien eingesetzten Diplomschwestern ist unter anderem auch auf die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Wiener Krankenanstalten zurückzuführen, die die Patienten zur Weiterbetreuung schon vor ihrer Entlassung anmelden.

Auf Grund dieser neuen Betreuungsmöglichkeit von frisch entlassenen Spitalspatienten konnte in verschiedenen Fällen auch der Spitalsaufenthalt wesentlich verkürzt werden.

In der a m t s ä r z t l i c h e n U n t e r s u c h u n g s s t e l l e des Gesundheitsamtes führten die Ärzte insgesamt 16.033 amts- und vertrauensärztliche Untersuchungen und Begutachtungen durch. Im Rahmen dieser Untersuchungen wurden überdies 8.233 Blutabnahmen, 8.605 Harnuntersuchungen und 136 Elektrokardiogramme vorgenommen. Ferner führten die Amtsärzte 330 Hausbesuche wegen Erlangung einer Hilflosenzulage und 307 über Auftrag der Wiener Stadtwerke durch. In den Bezirksgesundheitsämtern erfolgten durch die Amtsärzte vorwiegend im Rahmen der Wohlfahrtspflege und der Jugendfürsorge 23.773 Untersuchungen. In der R e z e p t p r ü f u n g s s t e l l e des Gesundheitsamtes wurden 80.496 Rezepte mit 178.434 Arzneimittelverordnungen für Befürsorgte nach stichprobenweiser ärztlicher Überprüfung retaxiert. Zur ärztlichen Begutachtung, ob Kuraufenthalte, Heilbehelfe und Hörgeräte notwendig sind, wurden 107 Anträge eingereicht und erledigt. Hinsichtlich Begutachtungen und Stellungnahmen nach dem Opferfürsorgegesetz hat die Zahl der bearbeiteten Akten von 306 im Jahre 1980 auf nunmehr 287 abgenommen. Dieser Rückgang der Zahl von Begutachtungsfällen ist durch die höhere Sterberate der meist schon hochbetagten betroffenen Personen bedingt. Trotzdem ist der diesbezügliche Arbeitsaufwand wesentlich größer geworden, da die Begutachtung der

Betroffenen auf immer größere Schwierigkeiten stößt. Die vom Gesetz verlangte exakte Differenzierung in Kausalleiden und akausale Leiden ist im hohen Alter medizinisch kaum mehr möglich und in einigen Fällen unlösbar geworden. Diesbezügliche Vorsprachen im Bundesministerium für soziale Verwaltung haben keinen Erfolg gebracht, da an den gesetzlichen Erfordernissen offenbar keine Änderung möglich ist.

Im vorsorgemedizinischen Fachdienst wurden in den sechs Gesundenuntersuchungsstellen 5.950 Personen, davon 2.171 Männer und 3.779 Frauen, untersucht. Dies bedeutet eine Zunahme um 3,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Ärzte nahmen außer den klinischen Untersuchungen 66.045 verschiedene Laboratoriumsuntersuchungen, 3.708 gynäkologische und 6.018 laryngologische Untersuchungen vor. Weiters wurden 4.613 Personen zu einem Thorax-Röntgen der Schirmbildstelle der Zentrale des Gesundheitsamtes zugewiesen und 240 Personen zu einer Mammographie und Thermographie an ein entsprechendes Zentrum weitergeleitet. Insgesamt sind bei 255 Personen, 26 Männer und 229 Frauen, geschwulstverdächtige Befunde erhoben worden. Bisher konnten 15 als bösartige Tumore verifiziert werden, und zwar 5 als Gebärmutter-, 4 als Lymphdrüsen-, 3 als Lungen-, 2 als Dickdarm-, 2 als Brust-, 1 als Eierstock- und 1 als Vaginalkrebs. Bei 941 Personen (454 Männer und 487 Frauen) diagnostizierten die Ärzte eine Hypertonie, in 934 Fällen (467 Männer und 467 Frauen) stellten die Laryngologen Schwerhörigkeit bis Taubheit fest. 1.903 der 5.950 Probanden wurde nach deren Untersuchung wegen diverser Erkrankungen eine weitere ärztliche Behandlung empfohlen.

Die Einführung einer Abendambulanz in der Gesundenuntersuchungsstelle des Wilhelminenspitals hat sich sehr bewährt: 1981 wählten rund 25 Prozent der Probanden in dieser Untersuchungsstelle, nämlich 245 Personen, einen Abendtermin.

Bereits im Herbst 1980 war in 15, Sorbaitgasse 3, ein sogenanntes „Vorsorgezentrum Herz-Kreislauf" eröffnet worden. Dort ist es möglich, mit kombinierten Untersuchungsmethoden (Augenhintergrund- und Ultraschalluntersuchungen, Blutdruckmessung, Ergometrie) das Gefäßsystem auf seine Funktion zu beurteilen und krankhafte Veränderungen frühzeitig zu erfassen, so daß dem Patienten jeweils entsprechende Verhaltensmaßregeln mitgegeben werden können. Da dieses Vorsorgezentrum im Winter 1980/81 bereits voll ausgelastet war, wurde 1981 ein zweiter wöchentlicher Ordinationstag eingeführt, der sich bereits sehr gut bewährt hat. 1981 wurden 214 Risikopatienten, 128 Männer und 86 Frauen, untersucht. Rund 60 Prozent dieser Probanden zeigten bereits Stadien von arteriellen Verschlußkrankheiten bzw. von koronaren Herzkrankheiten.

In der Ernährungsberatungsstelle in 1, Stadiongasse 6—8, wurde ein spezielles Programm zur Gewichtsreduktion entwickelt: Es werden in erster Linie nicht strikte Diätanweisungen vermittelt, sondern es soll vor allem eine allmähliche Umstellung der Ernährungsgewohnheiten erreicht werden. Dieses Projekt basiert auf verhaltensmodifizierenden Techniken, wie Gruppenarbeit, Selbstkontrolle bei Eßgewohnheiten und Eßsituationen. So sollen Verhaltensweisen erlernt werden, die sich auf die Gewichtsabnahme günstig auswirken. Diese Stelle nahmen im Jahre 1981 rund dreimal so viele Klienten wie im Vorjahr, nämlich 269, darunter 238 Frauen und 31 Männer, im Rahmen von 1.497 Beratungen in Anspruch. Da diesem Programm der Gewichtsreduktion eine Langzeitintervention zugrunde liegt, mußten neben 269 Erstberatungen 1.128 Wiederholungsberatungen durchgeführt werden.

Unter den psychohygienischen Aufgaben des Gesundheitsamtes gab es 1981 einige Änderungen: Der bereits 1979 vom Wiener Gemeinderat genehmigte „Zielplan für psychiatrische und psychosoziale Versorgung in Wien" fordert differenzierte therapeutische Einrichtungen mit speziellen Behandlungsmethoden, um eine so bald wie mögliche psychosoziale Wiedereingliederung der Patienten zu erreichen. In einem regionalisierten Versorgungssystem sollen die stationären Einrichtungen zusammen mit teilweise stationären, ambulanten und nachgehenden Betreuungsdiensten, mit niedergelassenen Ärzten sowie unter anderem mit Heimen, Werkstätten und besuchenden Diensten eine Betreuungskette bilden. Für den raschen Ausbau der Behandlungs- und Betreuungsdienste außerhalb des psychiatrischen Krankenhauses wurde 1980 ein gemeinnütziger Fonds, das „Kuratorium für psychosoziale Dienste", gegründet. Dieser übernahm mit 1. Jänner 1981 alle Beratungsstellen und Übergangsheime des Referates Psychohygiene des Gesundheitsamtes. Nach Abgabe aller beratenden Funktionen an diesen Verein verblieben im Gesundheitsamt ausschließlich die durch die Gesetzeslage festgelegten reinen Behördenaufgaben, nämlich vor allem die Begutachtung und Überwachung der Drogenabhängigen nach der Suchtgiftgesetznovelle vom 22. Juli 1980, BGBl. Nr. 319/1980, weiters die Kontrolle der entlassenen Geisteskranken und Schwachsinnigen nach dem Reichssanitätsgesetz vom 30. April 1870, RGBl. Nr. 68, § 3 c, und die Erstellung von Entmündigungsanträgen nach §§ 26 und 65 der Entmündigungsordnung vom 28. Juni 1916, RGBl. Nr. 207.

Insgesamt war das Referat „Psychohygiene" mit der Problematik von 1.181 Personen befaßt. Es wurden 285 Entmündigungsanträge bearbeitet und entlassene Geisteskranke stichprobenweise kontrolliert. 26 Personen wurden wegen spezieller psychiatrischer Fragestellungen genau begutachtet. Insbesondere beurteilte die Gesundheitsbehörde psychisch kranke Elternteile bzw. pflegewillige Personen auf ihre Pflegefähigkeit von Kleinkindern und Adoptivkindern. Weiters unterstützte das Referat die Militärbehörde mit Meldungen von 38

psychotischen Männern in den stellungspflichtigen Jahrgängen, um eine eventuelle Gefährdung dieser und ihrer Umgebung beim Dienst mit der Waffe hintanzuhalten.

Das Hauptgewicht der psychohygienischen Aufgaben lag 1981 jedoch bei der Untersuchung drogenabhängiger Personen nach dem Suchtgiftgesetz (SGG) 1980. Insgesamt wurden dem Gesundheitsamt 1.155 Personen wegen Drogenproblematik gemeldet, davon 1.131 nach § 17 SGG vom Gericht und 24 Personen nach § 9 SGG vom Bundesheer. 932 der 1.155 Angezeigten wurden 1981 zum erstenmal gemeldet, darunter 731 Männer und 201 Frauen. 498 der Gemeldeten wurden vom Gesundheitsamt nicht untersucht, da sie unauffindbar bzw. verzogen waren. 671 Personen haben sich schließlich der Untersuchung gestellt. Neben Sozialanamnese, psychiatrischer und psychologischer Untersuchung wurde auch der Harn auf Drogenbestandteile untersucht. 366 Personen mußten auch zu einer klinisch-internistischen Untersuchung weitergeleitet werden. Bei 276 Untersuchten war die Untersuchung negativ, in 325 Fällen erwies sich eine Behandlung bzw. Überwachung des Gesundheitszustandes angezeigt. 13 Fälle wurden einer stationären Behandlung zugewiesen, in 274 Fällen eine ärztliche Betreuung vorgeschlagen und 28mal eine geeignete Betreuungsinstitution herangezogen. Zur Wahrnehmung all dieser im Rahmen der Abteilung verbleibenden Behördenfunktionen richtete das Gesundheitsamt Ende 1980 in 1, Bartensteingasse 13, vorläufig eine Ausweichstelle ein, in der die Untersuchung und der Klientenverkehr durchgeführt wurden, während die Zentrale des Referates Psychohygiene weiterhin in den Räumen der Zentrale des Gesundheitsamtes blieb. Ende 1981 konnte die Außenstelle jedoch in die Zentrale übersiedeln, und das Referat ist nun einheitlich in 1, Neutorgasse 18, untergebracht.

Im Rahmen der Gesundheitsfürsorge für Mutter und Kind untersuchten und berieten die Ärzte in den vier städtischen Schwangerenberatungsstellen 1.684 werdende Mütter; die Gesamtfrequenz betrug 4.658. Diese Stellen werden größtenteils als Intensivbetreuungsstellen bzw. als Beratungsstellen für Risikoschwangere geführt: Im Wilhelminenspital werden vorwiegend Gestosen, im Krankenhaus Lainz Diabetikerinnen und im Elisabeth-Spital vorwiegend serbokroatisch sprechende Frauen betreut. Bereits 1979 war in Floridsdorf ein Schwangerenturnen eingeführt worden, an dem 362 Frauen teilnahmen.

In Zusammenarbeit mit der MA 11 wurden in den sechs städtischen Beratungsstellen für Familienplanung insgesamt 4.220 ärztliche Konsultationen durchgeführt. Zweck der mit den 2.658 Erstuntersuchungen einhergehenden Beratungen war 2.381mal der Wunsch nach Schwangerschaftsabbruch, 767mal Empfängnisverhütung, 47mal Kinderwunsch und 27mal genetische Beratung. Die Familienplanungsstelle in der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik übersiedelte im Februar 1981 nach 18, Währinger Gürtel 141. Im Krankenhaus Floridsdorf wurde im Mai 1981 eine neue Stelle eröffnet.

Die 55 Ärzte in den 60 städtischen Mutterberatungsstellen berieten 76.502mal die Eltern, 5.517mal untersuchten sie Säuglinge zum erstenmal, insgesamt Säuglinge 57.324mal und Kleinkinder 18.249mal. Sie verabreichten auch Schutzimpfungen gegen Diphtherie, Keuchhusten und gegen Kinderlähmung. Zur Verhütung der Zahnkaries gaben sie Fluoridtabletten aus, zur Rachitisprophylaxe verabreichten sie 5.740 Vitamin-D-Stöße. In 2.342 Fällen überwiesen sie das Kind an einen Facharzt, 148 Säuglinge mußten sie wegen des akuten Krankheitsbildes direkt in ein Spital einweisen.

Im Jahre 1980 wurden drei Mutterberatungsstellen eröffnet und eine geschlossen. Seit April 1981 wird in 18, Währinger Gürtel 141, eine „Sondermutterberatungsstelle" geführt, in der ein Orthopäde, Augenarzt, Gynäkologe, Endokrinologe sowie Psychologen einmal wöchentlich für Zuweisungen wegen entwicklungsdiagnostischer Fragen aus den Mutterberatungsstellen zur Verfügung stehen. Insgesamt wurden 255 Kinder vorgestellt, ein großer Teil war therapiebedürftig.

Gemeinsam mit der Universitäts-Kinderklinik führt das Gesundheitsamt eine Ambulanz für Pädiatrische Kardiologie, in der bei 3.787 untersuchten Kindern 2.214mal Herzfehler diagnostiziert werden konnten.

Nach einem sogenannten „Risikoprogramm" werden alle Neugeborenen Wiens, deren Geburt mit bestimmten Risken einherging, zum Beispiel mit einem besonders hohen oder geringen Geburtsgewicht, zu einer neurologischen Untersuchung im 4. und 7. Lebensmonat in die Spezialambulanz für Entwicklungsdiagnostik in 10, Gellertgasse 42—48, oder in die bereits erwähnte „Sondermutterberatungsstelle" am Währinger Gürtel eingeladen. Zweck dieser Untersuchungen ist die zeitgerechte Erfassung und Betreuung von kindlichen Gehirnschäden und anderen neurologischen Störungen. Im Jahre 1981 untersuchten die Ärzte insgesamt 913 Risikokinder, von denen 296 geringe Auffälligkeit und 47 deutlich abnorme Befunde zeigten. Unter 837 von anderen Stellen zugewiesenen Kindern erwiesen sich 414 als gering und 146 als deutlich auffällig.

In den Kindertagesheimen der Stadt Wien, die der sanitären Aufsicht des Gesundheitsamtes unterstehen, wurden 23 Kommissionierungen vorgenommen. In den Wiener Kindergärten und in der Zentrale des Gesundheitsamtes wurden bei Kindern ab dem 3. Lebensjahr Sehtests in Form von Reihenuntersuchungen durchgeführt. Insgesamt wurden 16.579 Kinder getestet, wovon 25 Prozent einer augenärztlichen Behandlung bzw. Kontrolle bedurften. Ebenso wurden bei Kindern ab 5 Jahren Gehörtests mit speziellen Geräten durchgeführt. Bei 10 Prozent von 10.596 getesteten Kindern war das Hörvermögen beeinträchtigt. Seit Beginn

dieser Tests im Jahre 1976 wurden bereits 85.923 Kinder auf ihr Sehvermögen getestet, wovon 16.467 Auffälligkeiten zeigten. Von 52.234 auf das Hörvermögen Getesteten waren 4.501 auffällig.

Im Rahmen des schulärztlichen Dienstes wurden insgesamt 167.040 Untersuchungen und 40.618 Impfungen durchgeführt. Dabei nahmen die 74 städtischen Schulärzte in den Pflichtschulen, in den Polytechnischen Lehrgängen, in den Körperbehindertenschulen, in den Lehranstalten für Frauenberufe, in Ganztagsschulen, in städtischen Kinderheimen und in vier Berufsschulen 151.823 Untersuchungen vor; hierbei erfolgten 8.563 Zuweisungen an Fachärzte bzw. Fachambulanzen.

Die Fachärzte der augenärztlichen Untersuchungsstelle des schulärztlichen Dienstes untersuchten 2.070, in der ohrenärztlichen Untersuchungsstelle 2.245 Kinder. Weitere fachärztliche Untersuchungen wurden 2.239 vorgenommen, darunter 1.453 logopädische und 318 neurologische.

Nach Verhandlungen mit der Schulbehörde und über Wunsch der Schule für sehbehinderte Kinder in 15, Zinkgasse, wurde alle 14 Tage ein Beratungsvormittag mit dem Augenarzt des schulärztlichen Dienstes und mit einem Landespädagogen eingeführt. Im Februar nahm der schulärztliche Dienst in der Zentralberufsschule in 7, Apollogasse 1, seinen Dienst auf. Die vorgeschriebenen Aufnahmeuntersuchungen und Kontrollen der Schüler aus der Sporthauptschule in 10, Wendstattgasse 3, wurden im Jahre 1981 in die Räume der Gesundenuntersuchungsstelle der Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost verlegt; für diesen Zweck wurde auch ein Fahrradergometer gekauft.

Seit 1981 wird das Gesundheitsamt in das schulbehördliche Verfahren zur Befreiung schulunfähiger behinderter Kinder von der allgemeinen Schulpflicht gemäß § 15 Schulpflichtgesetz eingeschaltet. Diese Maßnahme soll verhindern, daß einerseits Kinder unter dem Eindruck einer schweren Behinderung von vornherein auf Dauer von der Schulpflicht befreit werden und daß andererseits den Eltern zeitraubende Kontrolluntersuchungen und Behördenwege erspart bleiben.

Die Jugendzahnkliniken des Gesundheitsamtes, die sich um die Verhütung von Zahnkaries und die Gesunderhaltung der Zähne schon im Kindesalter sorgen, haben sowohl auf dem Gebiet der Vorsorgemedizin wie auch der kurativen Medizin Aufgaben zu erfüllen. Grundsätzlich sollen von Ärzten der Jugendzahnkliniken alle Kinder, die eine städtische Volks-, Haupt- oder Sonderschule besuchen, mindestens zweimal in jedem Schuljahr in der Schule untersucht werden. Wegen Personalknappheit war die zweite Untersuchung in diesem Jahr leider nicht möglich. Wurde bei einer der Untersuchungen festgestellt, daß das Kind zahnärztlicher Behandlung bedurfte, so wurden die Eltern schriftlich davon verständigt. Überdies haben alle in Wien wohnhaften Kinder und Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr das Recht auf kostenlose Behandlung in den Jugendzahnkliniken, nur für kieferorthopädische Behandlungen wird ein Kostenbeitrag eingehoben.

Im Rahmen der prophylaktischen Tätigkeit konnten wegen Personalmangels 79.479 Schulkinder nur einmal untersucht werden, bei denen in 23.722 Fällen mindestens ein behandlungsbedürftiger Zahn festgestellt wurde. Aus medizinischen Gründen wäre es notwendig, alle Kinder mindestens zweimal jährlich zu untersuchen. Diese seltener erfolgten Untersuchungen sind sicher einer der Gründe für die in den letzten Jahren eingetretene zunehmende Behandlungsbedürftigkeit; seit 1971 stieg sie um 6,1 Prozent. Wie in den Vorjahren hatten alle Kinder bis zum 15. Lebensjahr wieder die Möglichkeit, kostenlos Fluoridtabletten zur Verhütung der Zahnkaries zu erhalten. Diverse Aktivitäten von Gegnern der Fluoridtabletten in Rundfunk, Fernsehen und Tagespresse haben aber dazu geführt, daß Eltern, Lehrer und Kinder verunsichert sind und die Fluoridtablettenabgabe immer unregelmäßiger erfolgt.

Im Bereich der kurativen Tätigkeiten in den Jugendzahnkliniken betrug die Zahl der Behandlungssitzungen 13.767. Es wurden 8.046 Füllungen gelegt, von denen 1.924 Zweiflächenfüllungen und 463 Dreiflächenfüllungen waren. Die Zahl der Operationen, wie Wurzelspitzenresektionen und chirurgische Zahnentfernungen, betrug 57. 856 Zähne wurden wurzelbehandelt, 491 bleibende Zähne und 1.714 Milchzähne mußten extrahiert werden. In 2.817 Fällen wurden Zahnreinigungen und 777mal Röntgenaufnahmen vorgenommen. In der Kieferorthopädischen Station nahmen die Ärzte 97 Extraktionen und 726 Röntgenaufnahmen vor. Fachärzte für Kieferorthopädie berieten 586 Kinder. Für das Sozialamt wurden auf Grund des Opferfürsorgegesetzes 515 Anträge für prothetische Leistungen, für das Jugendamt 94 Anträge für kieferorthopädische Behandlungen bearbeitet.

Das Referat Körperbehindertenbetreuung des Gesundheitsamtes dient der fachlichen Betreuung und medizinischen Rehabilitation Körperbehinderter. 1981 sprachen insgesamt 27.369 Personen vor, davon 12.577 bei Fachärzten. Orthopädische Untersuchungen wurden im Referat 1.118, bei bettlägerigen Behinderten 351, in den öffentlichen Volksschulen 10.198 und in den Schulen für körperbehinderte Kinder 439 vorgenommen. Die Zahl der physikalischen Untersuchungen in den Schulen für körperbehinderte Kinder betrug 471, physikalisch-medizinische Assistentinnen führten 6.762 Behandlungen durch. Die Fürsorgerinnen wurden von 18.149 Ratsuchenden aufgesucht und machten 2.021 Hausbesuche und 1.064 Dienstwege. Weiters veranlaßte das Referat 7.386 verschiedenartige Heil- und Hilfsmaßnahmen, darunter 1.528 orthopädische Heilbehelfe.

Die Aufrechterhaltung des Haltungsturnens in den Volksschulen und allgemeinen Sonderschulen macht

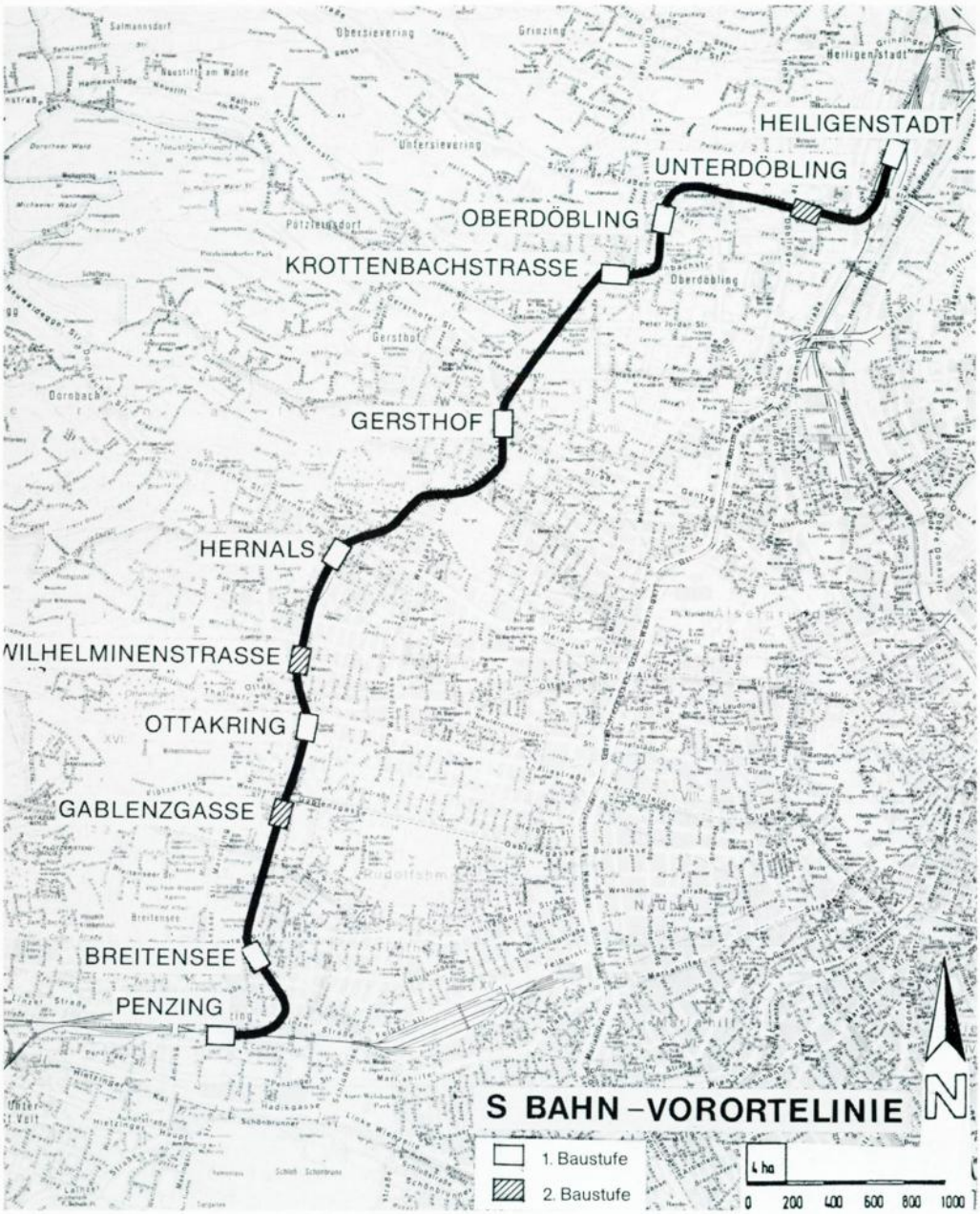


Amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois Stacher (Gesundheit und Soziales) begrüßt eine Patientin im renovierten Pavillon II des Pflegeheimes Baumgarten

Sozialwesen

Wiens 15. Pensionistenheim „An der Türkenschanze" im 18. Bezirk, Türkenschanzplatz 2, konnte seiner Bestimmung übergeben werden





Stadtplanung

Trasse der S-Bahn-Vorortelinie mit den Stationen der 1. und 2. Baustufe

ständige Ausbildungslehrgänge und Haltungsturnlehrer erforderlich. 1981 waren an 173 Wiener Pflichtschulen Sonderturnkurse für haltungsgefährdete Kinder eingerichtet.

Bei zahlreichen Besprechungen findet die Önorm B 1600, die das behindertengerechte Bauen zum Inhalt hat, zunehmend an Bedeutung. Seit 1979 werden die entsprechenden Baupläne der MA 19 dem Gesundheitsamt zur Begutachtung vorgelegt. 1981 leitete das Referat gemeinsam mit der österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung die Errichtung behindertengerechter Telephonzellen in die Wege. Unter der Beratungstätigkeit bei mehreren Einzelobjekten sind besonders der Umbau des Amalienbades, die Errichtung von Schwimmbädern in den Dachgeschossen der städtischen Wohnhausanlage Marco-Polo-Gründe und die Beratung bei der Ausgestaltung des Sozialmedizinischen Zentrums Ost zu erwähnen. Die bereits 1980 begonnenen Renovierungsarbeiten im Referat für Körperbehindertenbetreuung in der Zentrale in 1, Zelinkagasse 5, konnten im Sommer 1981 abgeschlossen werden. Dieses Referat ist nunmehr auch für schwer körperbehinderte Personen, wie Rollstuhlfahrer, voll zugänglich. Warteraum, Untersuchungsraum, Umkleidekabinen und Sanitärräume entsprechen den Bestimmungen der Önorm B 1600.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärte das Jahr 1981 zum „Internationalen Jahr der Behinderten". In diesem Zusammenhang eröffnete die Gemeinde Wien im März 1981 in der Wiener Hofburg die Ausstellung „Kennenlernen — verstehenlernen", an der das Gesundheitsamt maßgeblich beteiligt war. Das Referat für Körperbehindertenbetreuung versuchte, in dieser Ausstellung seine Aktivitäten im Rahmen der medizinischen Betreuung der Sonderschulkinder und der Behinderten im besonderen zu zeigen. Anläßlich des Jahres der Behinderten wurden vom Bundesministerium für soziale Verwaltung mehrere Ausschüsse zur Besprechung von Behindertenproblemen eingesetzt, darunter die Ausschüsse für „Soziale und berufliche Rehabilitation" und für „Orthopädietechnische Versorgung" an denen der leitende Amtsarzt des Referates für Körperbehindertenbetreuung teilnahm.

In der Untersuchungs- und Beratungsstelle für Tropenreisende fanden 152 Untersuchungen für Auslandsreisende statt, das waren um 33 mehr als im Vorjahr. Vier Untersuchten konnte keine Tropentauglichkeit bestätigt werden. Von den Tropenreisenden haben sich 26 nach ihrer Rückkehr nochmals zur Untersuchung gemeldet. Von ihnen hatte keiner gesundheitliche Schäden in den Tropen erlitten.

Im Rahmen der vorsorgemedizinischen Maßnahmen wurde während der „Seniorenwoche" im September 1981 und am „Tag der offenen Tür" vom Gesundheitsamt wiederum eine „Gesundheitsstraße" eingerichtet. Neben Blutdruckmessungen waren während der „Seniorenwoche" auch Messung, Wägung, Seh- und Hörtests sowie Lungenfunktionsuntersuchungen (Kleine Spirometrie) unentgeltlich für die Bevölkerung möglich. In dieser Woche nahmen 6.730 Personen an 19.830 Untersuchungen bzw. Beratungen des Gesundheitsamtes teil.

Im Rahmen der administrativen Aufgaben erledigte die Kanzlei des Personalreferates über 13.600 Einzelerledigungen, der Parteienverkehr belief sich auf rund 3.300. Im Wirtschaftsreferat wurden 2.030 Rechnungen abgefertigt und etwa 1.000 Bestellungen durchgeführt. Die Amtsärzte des Gesundheitsamtes hielten 15 Erste-Hilfe-Kurse für insgesamt 242 Kanzleilehrlinge.

Ebenso wie in den letzten Jahren wurde auch im Jahre 1981 ein umfassender „Gesundheitsbericht für Wien" herausgegeben, der Leistungsberichte des Gesundheitsamtes, demographische Übersichten, Angaben zum gesamten Gesundheitswesen in Wien und medizinalstatistische Darstellungen zum Gesundheitszustand der Wiener Bevölkerung enthält. Ferner mußten die Broschüre „Das Gesundheitsamt von A—Z" auf den letzten Stand gebracht und neu aufgelegt sowie elf ausführliche Berichte über das Gesundheitswesen verfaßt bzw. korrigiert werden.

Anstaltenamt

Die rasante Entwicklung der Medizin und der medizinisch-technischen Geräte, aber auch der pharmazeutischen Errungenschaften läßt viele Menschen ein hohes Alter erreichen. Durch die Einführung immer besserer Behandlungsmethoden, die Einrichtung von Intensivstationen und die Fortschritte der chirurgischen Behandlung ist es möglich geworden, viele Krankheiten zu heilen, die früher wahrscheinlich tödlich verlaufen wären. Außer diesen positiven Seiten hat die moderne Medizin jedoch auch ihre Schattenseiten, da mit dem Fortschritt der Technik in der Medizin auch das Problem der Finanzierbarkeit immer größer wird. Dieses Problem stellt sich aber natürlich nicht nur der Stadt Wien als Rechtsträger der Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, sondern ist weltweit vorhanden; im Bereich der Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten ist man daher bemüht, mit Hilfe der Kostenrechnung eine noch wirtschaftlichere Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zu erreichen. Das Referat Kostenrechnung der Abteilung war somit auch im Jahre 1981 bestrebt, aus dem sehr umfangreichen Datenmaterial (mehr als 10facher Umfang an Buchungen im Vergleich zur Finanzbuchhaltung) weitere detaillierte Auswertungen zur Verfügung zu stellen. Die Kostennachweise für das Jahr 1980 für alle 19 Krankenanstalten mit insgesamt rund 2.000 Jahresabschlüssen für die einzelnen Kostenstellen wurden zentral durch das genannte Referat in Zusammenarbeit mit den Anstaltsver-

waltungen erstellt und dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz vorgelegt. Aus diesem Datenmaterial konnten somit weitere wertvolle Auswertungen gewonnen werden. Entsprechend dem Zielplan werden daher auch in den nächsten Jahren für die Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten weiterhin Prinzipien gelten, wie bestmögliche Ausstattung, gute pflegerische Betreuung und höchste Effektivität bei der Heilung von Krankheiten sowie größtmöglicher wirtschaftlicher Einsatz der zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Neben diesen Zielsetzungen wird man in den folgenden Jahren auch bemüht sein, trotz modernster medizinisch-technischer Ausrüstung die mitmenschlichen Beziehungen zwischen Patienten und Krankenhaus in optimaler humaner Weise zu gestalten

Von den gesetzlichen Bestimmungen waren vor allem folgende zu beachten: Gemäß Beschluß der Wiener Landesregierung vom 9. Dezember 1980, Pr.Z. 3726, wurden die Pflegegebühren mit Wirkung vom 1. Jänner 1981 pro Pflegetag und Pflegling für die Wiener städtischen Krankenanstalten mit Ausnahme des Allgemeinen Krankenhauses und der Psychiatrischen Krankenhäuser der Stadt Wien von 1.300 auf 1.470 S, für das Allgemeine Krankenhaus von 1.750 auf 1.980 S und für die Psychiatrischen Krankenhäuser von 430 auf 510 S erhöht.

Das tägliche Pflegeentgelt in den Pflegeheimen der Stadt Wien wurde mit Beschluß der Wiener Landesregierung vom 9. Dezember 1980, Pr.Z. 3698, kundgemacht im LGBl. für Wien, Nr. 43/1980, mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1981 von 220 auf 250 S pro Pflegetag und Pflegling angehoben.

Auch im Jahre 1981 wurde an Wiens städtischen Krankenanstalten eine Reihe von Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Neben dem Neubauprogramm bildeten die Schwerpunkte der Arbeiten der Zu- und Umbau von Stationen bzw. deren Einrichtung, die Adaptierung von Krankenzimmern, die Neueinrichtung von Röntgenabteilungen und Laborräumen sowie die Verstärkung von Telephonanlagen und der Ausbau der Energieversorgung. Trotz der angespannten Budgetsituation waren die Verwaltungsorgane der Wiener städtischen Krankenanstalten bemüht, den medizinischen Einrichtungsstandard zu halten bzw. weiter zu verbessern.

Im Krankenanstalten-Versorgungsbereich I/Nord, wozu die Allgemeine Poliklinik, das Krankenhaus Floridsdorf sowie das Sophien-Spital gehören, wurden folgende Investitionen getätigt: In der Allgemeinen Poliklinik wurden die Räumlichkeiten im Bereich der Ambulanz erweitert, die Aufenthaltsräume an den Abteilungen bzw. die Wartezimmer der Ambulanzen neu ausgestattet. Durch die Anschaffung von medizinischen Apparaten und Geräten, wie OP-Mikroskope, Schrittmacherprüfgeräte sowie diverse andere Patientenüberwachungsgeräte für die medizinische Abteilung, konnte das Leistungsangebot erweitert werden, die diagnostischen Untersuchungen konnten so qualitativ verbessert werden und auch die therapeutischen Möglichkeiten, wie zum Beispiel in der Physikotherapie, erfuhren durch die Anschaffung einer Mikrowellenliege eine Verbesserung.

Im Krankenhaus Floridsdorf wurde eine neue gynäkologische Ambulanz eröffnet. Der mit einem Gesamtkostenaufwand von 8,5 Millionen Schilling errichtete Zubau besteht aus einer Ambulanz, einem Behandlungsraum zur Durchführung kleinerer gynäkologischer Eingriffe, aus zwei Dreibettzimmern und einem Zweibettzimmer sowie aus diversen Untersuchungsräumen. Darüber hinaus sind noch Räumlichkeiten für eine eigene Familienplanungsstelle vorhanden. Der Ambulanzbetrieb wurde Anfang März aufgenommen. Infolge der zunehmenden Zahl der gefäßchirurgischen Fälle wurden eine OP-Nachsorge für gefäßoperierte Patienten sowie eine Gefäßambulanz eingerichtet, die vorerst zweimal monatlich in Anspruch genommen werden kann. Die Patientenfrequenz hat gegenüber dem Vorjahr weiter zugenommen. Durch den Einsatz eines neuen Ultraschallgerätes entstanden zusätzlich neue diagnostische Möglichkeiten, ohne daß der Patient dem Strahlenrisiko ausgesetzt ist.

Auch im Sophien-Spital konnten die diagnostischen Möglichkeiten mit Hilfe des Ultraschalles sowie der Einführung der Angioplastik im Röntgeninstitut erweitert werden. Innerhalb der letzten Jahre wurde mit einem Gesamtkostenaufwand von 12,4 Millionen Schilling das Röntgeninstitut baulich und einrichtungsmäßig völlig neu adaptiert und modernisiert. Das Institut zählt derzeit zu den modernsten Einrichtungen dieser Art in Wien. Zu den Schwerpunkteinrichtungen gehören unter anderem eine Angiographieanlage, ein Tomographiegerät zur schichtweisen Diagnostik verschiedener Organe sowie ein Ultraschallgerät. Mit Hilfe einer Bildverstärker-Fernsehanlage ist außerdem eine detaillierte und präzise Diagnose möglich.

Für die Anschaffung diverser medizinischer Apparate und Geräte wurden 1981 für den gesamten Krankenanstalten-Versorgungsbereich I/Nord rund 1,9 Millionen Schilling aufgewendet. Für patientenbezogene Maßnahmen wurden sowohl auf dem baulichen als auch auf dem Einrichtungssektor rund 1,2 Millionen Schilling ausgegeben.

Im „alten" Allgemeinen Krankenhaus konnten nach langjährigen Umbauarbeiten an der Universitätsklinik für Kiefer- und Gesichtschirurgie die neuen OP-Säle und die medizinische Gasversorgungsanlage in Betrieb genommen werden. An der I. Universitätsklinik für Unfallchirurgie wurde durch einen kleinen Zubau an den OP-Saal eine Verbesserung der Schleusensituation erreicht; dadurch konnte das Infektionsrisiko gesenkt werden. An der I. Medizinischen Universitätsklinik wurde eine Angiologie an das Hauptgebäude angebaut und 1981 in Betrieb genommen. Im selben Jahr konnte an dieser Klinik auch eine neue Röntgenstation fertiggestellt

werden. Durch die Inbetriebnahme eines Linearbeschleunigers an der Universitätsklinik für Strahlentherapie und -biologie ist es nunmehr möglich, Tumorpatienten mit einer geringeren Strahlenbelastung und größerer Feldgenauigkeit zu bestrahlen. Es handelt sich dabei um das erste derartige Gerät in Österreich, das den Betrieb aufgenommen hat. Auf Grund dieser durchgeführten Vorhaben konnte nicht nur die quantitative, sondern auch die qualitative Versorgung der Patienten verbessert werden. Mit der neu in Betrieb genommenen Intensivblutbank, die „rund um die Uhr" arbeitet, wurde der Tätigkeitsbereich erweitert. Die neue Einrichtung wurde mit einem Kostenaufwand von 5,9 Millionen Schilling gebaut und gerätemäßig eingerichtet. Die Tätigkeit der Intensivblutbank ist sehr umfangreich und reicht von der Blutwäsche bis zu Spezialuntersuchungen des Knochenmarkes. Im Rahmen eines sehr weitgestreckten Arbeits- und Forschungsprogrammes werden die verschiedensten Blutuntersuchungen (z. B. Gerinnungsuntersuchungen) durchgeführt. Mittels einer eigenen Tiefgefrieranlage können außerdem seltene Blutkonserven eingefroren werden. Was den Versorgungsbereich betrifft, so erstreckt sich dieser nicht nur auf die Universitätskliniken. Leukozyten- und Thrombozytenkonzentrate werden auch an die übrigen Wiener Spitäler und in zunehmendem Maße auch an Spitäler in den Bundesländern geliefert.

Die wesentlichsten Investitionen auf dem Bausektor waren der Neubau mit einer Baurate von rund 950 Millionen Schilling, die Adaptierung des Pathologisch-anatomischen Institutes mit rund 3,9 Millionen Schilling, der Umbau der Kieferchirurgischen Universitätsklinik mit rund 3,8 Millionen Schilling, der Umbau der Station 42 an der I. Unfallchirurgischen Universitätsklinik mit rund 2,3 Millionen Schilling sowie der Ausbau der Angiologie an der I. Medizinischen Universitätsklinik mit einer Baurate von rund 2,8 Millionen Schilling.

Auf dem Einrichtungssektor sind hervorzuheben die Anschaffung eines Datenverarbeitungssystems für die Intensivüberwachung an der Universitätsklinik für Anästhesiologie und allgemeinen Intensivmedizin in der Höhe von rund 2,2 Millionen Schilling sowie diverse medizinische Apparate und Geräte für den OP-Trakt an der I. Universitätsklinik für Unfallchirurgie mit Kosten von rund 1,5 Millionen Schilling. Für den Kauf medizinisch-technischer Apparate und Geräte standen dem Allgemeinen Krankenhaus im Jahre 1981 insgesamt rund 9,7 Millionen Schilling zur Verfügung, für die Ausstattung von Schulen bzw. Internaten rund 1,9 Millionen Schilling und für patientenbezogene bauliche sowie patientenbezogene Einrichtungsmaßnahmen rund 3 Millionen Schilling.

Im Versorgungsbereich II/Ost, wozu die Krankenanstalt Rudolfstiftung, das Mautner-Markhofsche Kinderspital sowie das Sozialmedizinische Zentrum Ost gehören, war man 1981 bemüht, durch Investitionen das Leistungsangebot zu verbessern. In der Krankenanstalt Rudolfstiftung wurde durch die Errichtung einer Onkologischen Spezialambulanz mit drei Behandlungsbetten die Versorgung der Patienten erweitert. Auf dem chirurgischen Gebiet wurden spezielle Behandlungsverfahren, wie zum Beispiel die Verwendung des CO_2-Lasers bei Mamma-Karcinomen, Nachsorgeprogramme für operierte Patienten sowie ein Verfahren zur transkutanen Entfernung von Nierensteinen mit Hilfe von Spezialinstrumenten entwickelt, wobei eine Allgemeinanästhesie überflüssig wurde; die Patienten konnten damit erfolgreich behandelt werden. Im Herbst 1981 wurde eine andrologische Ambulanz an der Urologischen Abteilung eröffnet, die trotz der kurzen Anlaufzeit bis zum 17. Dezember bereits 135mal konsultiert worden ist. Die rasche Frequenzsteigerung in den letzten Wochen unterstreicht die Notwendigkeit dieser Einrichtung. An der Dermatologischen Abteilung stieg gleichfalls die Anzahl der zu behandelnden Fälle von 29.701 im Jahre 1980 auf 38.691 im Jahre 1981. Neu hinzu kam eine Ambulanz für Schielende, in der bereits 1.314 Behandlungen durchgeführt wurden.

Für Investitionen auf dem medizinischen Einrichtungssektor stand rund 1 Million Schilling zur Verfügung. Im Zuge patientenbezogener Maßnahmen wurden Stationstageräume freundlicher gestaltet. Auf dem Bausektor waren die wesentlichsten Investitionen die Verbesserung elektrischer Brandschutzeinrichtungen mit Kosten von rund 0,8 Millionen Schilling sowie die Sanierung der Heizung und Elektroinstallationen in der Pflegeschule mit rund 2,9 Millionen Schilling.

Im Mautner-Markhofschen Kinderspital wurden die Spezialambulanzen weiter ausgebaut. An der Säuglingsstation konnte eine Betreuungsstation für Neugeborene und eine Beobachtungsstation eingerichtet werden. Aus den Mitteln des Programmes zur Verminderung der Säuglingssterblichkeit wurden vom Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz 438.000 S für den Kauf medizinischer Apparate und Geräte zur Verfügung gestellt. Auf der Intensivpflegestation für Pädiatrie und Chirurgie wurde die automatische unblutige Blutdruckmessung eingeführt, ebenso ein modernes Respiratorgerät für Kleinkinder und Neugeborene angekauft, das eine wesentlich bessere Beatmungsmöglichkeit gewährleistet. Die bedeutendsten Investitionen auf dem Einrichtungssektor waren zum Beispiel drei Wärmebetten, ein Narkoseapparat, ein Hochfrequenz-Chirurgiegerät und auf dem nichtmedizinischen Einrichtungssektor ein Farbfernsehgerät mit Videorecorder für den Warteraum, um die Kleinen zu unterhalten.

Das Pflegeheim des Sozialmedizinischen Zentrums Ost konnte mit 23. Dezember in die Verwaltung der Abteilung übernommen werden. Die Betriebsaufnahme erfolgte termingemäß mit insgesamt vier Stationen, die über 180 Betten verfügen, am 11. Jänner 1982. Herr Dr. Wlk wurde zum leitenden Abteilungsvorstand des Pflegeheimes ernannt. Der Betrieb in der Küche des Pflegeheimes wurde am 4. November aufgenommen. Zum

gleichen Zeitpunkt erfolgte die Speisenversorgung der Krankenpflegeschüler bzw. des Personals von der eigenen Küche aus, so daß die Versorgung mit Tiefkühlobst eingestellt werden konnte. Im Zuge der Inbetriebnahme des Pflegeheimes erfolgte die Reinigung der Krankenpflegeschule und des Personalwohnheimes durch das eigene Personal. Das am 2. Juni 1980 eröffnete Personalwohnheim mit insgesamt 500 Wohneinheiten wurde während des Jahres 1981 weiter besiedelt und war Ende Dezember von insgesamt 286 Mitarbeitern aus den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten bewohnt. 1981 wurden auch erstmals philippinische Krankenschwestern unmittelbar nach ihrer Ankunft in Wien im Sozialmedizinischen Zentrum Ost untergebracht, wo sie auch in der deutschen Sprache Unterricht erhalten.

Die Grob-Betriebsorganisationsplanung für das Krankenhaus, die mit Jahresende 1980 abgeschlossen worden war, wurde am 20. März 1981 im Rahmen der 8. Bauausschußsitzung zusammen mit der Vorentwurfsplanung genehmigt. Unmittelbar darauf konnte die Arbeitsgruppe BO-Planung mit der Detail-BO-Planung beginnen. Insgesamt standen im Jahre 1981 dem Versorgungsbereich II/Ost für die Anschaffung medizinischer Geräte rund 3,5 Millionen Schilling zur Verfügung, für patientenbezogene bauliche sowie patientenbezogene Einrichtungsmaßnahmen rund 1 Million Schilling sowie für die Ausstattung von Schulen bzw. Internaten rund 0,8 Millionen Schilling.

Der Versorgungsbereich III/Süd umfaßt das Krankenhaus Lainz, das Franz-Joseph-Spital, das Preysersche Kinderspital sowie das Neurologische Krankenhaus Rosenhügel. In diesen Krankenanstalten konnte im Jahre 1981 das Leistungsangebot durch räumlichen Ausbau z. B. neue Stationen, Ambulanzen bzw. durch neue diagnostische, therapeutische bzw. prophylaktische Möglichkeiten verbessert werden. So wurden z. B. im Krankenhaus Lainz die Arbeiten am Pavillon III, dem Zubau einer Strahlenbettenstation mit sechs Zweibettzimmern sowie aller Therapie- und Untersuchungsräume, weitergeführt, so daß die Räume Ende 1981 bereits benützt werden konnten. Die Baurate für 1981 betrug rund 30 Millionen Schilling, die Gesamtkosten für den Zubau werden rund 48,5 Millionen Schilling betragen. Weiters wurde mit den Bauarbeiten am Pavillon VI, dem Einbau einer Angiographieanlage, begonnen. Die Baurate für 1981 betrug rund 3,8 Millionen Schilling. Das Projekt „Herzkathetereinheit und Ambulanz" an der 4. Medizinischen Abteilung konnte Ende 1981 fertiggestellt werden. Auf dem medizinischen Einrichtungssektor waren die wesentlichsten Anschaffungen der Austausch der Sterilisationsanlage an der Urologischen Abteilung und ein Lasergerät, ebenfalls für die genannte Abteilung, sowie ein Mikroblutgasanalysator für die Lungenabteilung. Weiters zu erwähnen ist die Weiterführung des Austausches von nichtfahrbaren Betten gegen fahrbare an der 1. und 2. Medizinischen sowie an der Lungen-Abteilung; die Kosten beliefen sich auf rund 780.000 S.

Im Franz-Joseph-Spital konnte durch den Ausbau der Wachstation zur prae- und postoperativen Patientenbetreuung eine Entlastung der chirurgischen Bettenstationen erreicht werden. Durch die Inbetriebnahme eines Diagnostikmikroskops an der HNO-Abteilung konnte die Leistung weiter verbessert werden. Auf dem Bausektor waren die wesentlichsten Investitionen der Baubeginn zur Errichtung einer Ambulanz sowie einer Intensivstation an der 1. Medizinischen Abteilung im gastroenterologischen und onkologischen Bereich.

Auf dem medizinischen Einrichtungssektor wurde ebenfalls versucht, durch Neuanschaffungen von medizinischen Apparaten und Geräten die Leistung zu verbessern. So wurden z. B. drei Dialysemaschinen zur Frequenzerweiterung an der 1. Medizinischen Abteilung angekauft, weiters ein Enzymbestimmungsgerät für das Zentrallabor sowie mit Beteiligung des Herzfonds eine Herzüberwachungseinheit für die 3. Medizinische Abteilung. Infolge erhöhter Ambulanzfrequenzen wurde die Ambulanz der 3. Medizinischen Abteilung um eine Schrittmacherambulanz und die Ambulanz der 1. Medizinischen Abteilung um eine Diabetes- und Nierenambulanz erweitert.

Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel konnte durch die Intensivierung logopädischer Maßnahmen sowie durch Ergotherapie eine wesentliche Verbesserung auf dem Sektor der neurologischen Rehabilitation erzielt werden. Auf dem Gebiet der Therapie wurde ebenfalls durch den Kauf von drei Infusiomaten der Standard der Patientenversorgung angehoben.

Im Preyerschen Kinderspital wurde die pflegerische und medizinische Betreuung weiter ausgebaut. So wurden neue Therapien eingeführt, wie Medikamenteninhalation für asthmakranke Kinder, neue plastische Methoden in der Verbrennungschirurgie sowie Hauttests zur Allergiediagnostik.

Für den gesamten Krankenanstalten-Versorgungsbereich III/Süd standen 1981 für die Anschaffung von medizinisch-technischen Apparaten und Geräten insgesamt rund 10,9 Millionen Schilling zur Verfügung, für patientenbezogene bauliche bzw. Einrichtungsmaßnahmen rund 4,9 Millionen Schilling sowie für die Ausstattung von Schulen bzw. Internaten rund 1,3 Millionen Schilling.

Auch 1981 konnte die medizinische Betreuung in den Pflegeheimen weiter verbessert werden. Durch die Schaffung von Gartensitzplätzen und durch die Einrichtung von Tagräumen konnte der Einrichtungsstandard weiter angehoben werden. Im Pflegeheim Lainz wurden die Adaptierungsarbeiten am Pavillon I weitergeführt, die Bauarbeiten für einen Krankenbettenaufzug im Pavillon XVI konnten abgeschlossen werden. Außerdem wurden die Sanitäranlagen ausgebaut und diverse Krankenzimmer neu adaptiert. Die wesentlichsten Investitio-

nen auf dem medizinischen Einrichtungssektor waren ein Mikroskop mit Kamera für die Medizinische Abteilung sowie ein EKG-Einfachschreiber.

Im Pflegeheim Baumgarten wurden im Rahmen des Ausbaues der Elektro- und Hydrotherapie ein eigener Raum geschaffen, in dem Unterwassermassage bei gelähmten und gehbehinderten Patienten durchgeführt werden kann; damit ist eine wesentliche Verbesserung bezüglich der Rehabilitation eingetreten. Durch die Neuanschaffung von Einrichtungsgegenständen sowie durch Schaffung neuer Krankenzimmer konnte auch die Wohnqualität wesentlich verbessert werden.

Im Pflegeheim Liesing wurden ebenfalls die Krankenzimmer wohnlicher gestaltet, in den Gängen Handläufe montiert. Durch den Kauf von Reizstromgeräten sowie fahrbaren Bestrahlungslampen konnte das Leistungsangebot in der Therapie weiter angehoben werden. Außerdem wurde jede Krankenstation mit fahrbaren Sauerstoffgeräten ausgestattet.

Im Pflegeheim Klosterneuburg wurde eine Schwesternrufanlage im gesamten Pavillon „Altgebäude" installiert; im Pflegeheim St. Andrä wurden Patientenbäder adaptiert und konnte die medizinische Einrichtung durch den Ankauf eines EKG-Gerätes sowie eines Dampfsterilisators erweitert werden.

Insgesamt standen für diverse medizinische Apparate und Geräte rund 1,9 Millionen Schilling zur Verfügung, für patientenbezogene bauliche bzw. Einrichtungsmaßnahmen wurden rund 4,2 Millionen Schilling aufgewendet.

Zum Versorgungsbereich IV/West gehören das Wilhelminenspital, das Elisabeth-Spital, das Pulmologische Zentrum, das Orthopädische Krankenhaus Gersthof, die Semmelweis-Frauenklinik, das Neurologische Krankenhaus Maria-Theresien-Schlössel sowie die Kinderklinik Glanzing. Man war auch 1981 bemüht, die quantitative Versorgung der Patienten durch den Ausbau von Stationen, die qualitative Versorgung durch den Kauf neuer moderner technischer Geräte weiter zu verbessern. So konnten z. B. im Wilhelminenspital durch eine verbesserte Ausstattung der Dialyse mehr Dialysepatienten behandelt werden. Durch die Anschaffung einer Fernsehkette im Operationssaal an der 2. Chirurgischen Abteilung wurde die Möglichkeit geschaffen, auch Herzschrittmacher zu implantieren. Mit dem Kauf eines Schichtaufnahmegerätes für das Zentralröntgeninstitut mit Kosten von rund 3,3 Millionen Schilling sowie einer Lungenfunktionsanlage für die 2. Medizinische Abteilung mit rund 2,2 Millionen Schilling wurde weiters fortgefahren, die technischen Einrichtungen zu modernisieren. Auf dem Bausektor wurde im Wilhelminenspital mit den Arbeiten am Pavillon 27 fortgesetzt, und das Zentrallabor konnte endgültig fertiggestellt werden. Die Baurate für 1981 betrug rund 14,2 Millionen Schilling. Für die Versorgung der akut von Herz-, Kreislauf-, Atmungs- bzw. Stoffwechselstörungen bedrohten Patienten konnte im Oktober 1981 die Intensivstation an der Medizinischen Abteilung im Elisabeth-Spital den vollen Betrieb mit allen acht projektierten Intensivbetten aufnehmen. Zum selben Zeitpunkt ging auch die der Intensivstation angeschlossene Erstversorgung für neuankommende Patienten mit allen vorgesehenen technischen Einrichtungen in Betrieb. Nunmehr steht ab sofort ein voll funktionierendes Team zur Verfügung, das sich mit Hilfe der Apparate und Geräte sowie einer Überwachungsanlage ganz dem Patienten widmen kann. Die bisherige, unbefriedigende Einrichtung des Journalarztes wurde damit ersetzt. Die Kosten für die Anschaffung der Intensivstation betrugen rund 2,4 Millionen Schilling. Insgesamt wurden im Elisabeth-Spital für medizinische Apparate und Geräte rund 4,6 Millionen Schilling investiert.

Im Pulmologischen Zentrum der Stadt Wien erfolgte im Jahre 1981 ebenfalls eine Erweiterung des Leistungsangebotes, besonders im Laborbereich, wobei die Frequenz beträchtlich zugenommen hat. An der 1. Internen Ambulanz konnten fast 5.000 Untersuchungen durchgeführt werden. 1980 waren es 4.431. Auch die Anzahl der stationär aufgenommenen Patienten stieg gegenüber 1980 an. Die gleiche Tendenz zeichnet sich bei den Intensiv-Fällen ab, die immer mehr zunehmen. Die wesentlichsten Investitionen waren die Umschaltung bzw. der Ausbau der Elektroanlagen in einzelnen Objekten, die Anschaffung eines Desinfektionsapparates sowie eines vollautomatischen Analysengerätes.

Im Orthopädischen Krankenhaus Gersthof war 1981 der Austausch der Sterilisationsanlage im OP-Bereich mit Kosten von rund 1 Million Schilling notwendig geworden. Die Frequenzen im Operations- bzw. Ambulanzbereich stiegen weiter an. So verzeichnete die Ambulanz an der Allgemeinen Orthopädischen Abteilung eine Zunahme von Patienten um 9,3 Prozent, die an der Abteilung für Wirbelsäulenerkrankungen und Haltungsschäden um 2,4 Prozent. Auch bei der Zahl der Verpflegstage ist eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Prozent zu verzeichnen.

In der Semmelweis-Frauenklinik wurde mit der Neueinrichtung der Station 10 das Leistungsangebot ebenfalls erweitert. Auch in diesem Fall ist eine Frequenzsteigerung zu verzeichnen, und zwar stieg die Anzahl der Geburten gegenüber dem Vorjahr von 2.683 auf 2.996, die Bettenauslastung betrug 89,6 Prozent. Die Geburtshilfliche Ambulanz mußte z. B. infolge der anhaltenden Frequenzsteigerung erweitert werden.

Im Maria-Theresien-Schlössel wurde mit den Arbeiten für die Installierung einer neuen Telephonanlage begonnen. Die Verkabelungen und die baulichen Herstellungen sind praktisch abgeschlossen. Bezüglich der Einrichtungsvorhaben ist zu erwähnen, daß die als Aufenthaltsräume dienenden Gangabschnitte auf den Krankenabteilungen ebenso wie die Warteräume in der Ambulanz neu eingerichtet wurden. Um einen Betrag von rund

154.000 S sind stabile und patientengerechte, jedoch äußerst ansprechende und bequeme Möbel angeschafft worden, die in die genannten Räume eine freundliche, wohnliche Atmosphäre gebracht haben. Im Jahre 1981 begann in diesem Krankenhaus erstmals eine Ergotherapeutin mit ihrer Arbeit. Weiters ergaben sich neue diagnostische Möglichkeiten im Labor des Hauses durch die Anwendung der Methode des sogenannten Konsumptionstests sowie durch die Anschaffung einer Zentrifuge für die Zellsedimentation. Bezüglich neuer therapeutischer Möglichkeiten ist die gesteuerte Infusion durch die neu angeschafften Infusionskontroller zu erwähnen.

In der Kinderklinik Glanzing wurde mit einem Kostenaufwand von rund 0,2 Millionen Schilling die Abteilung für Neugeborene- und Frühgeburten generalsaniert. Durch die Anschaffung eines Drei-Kanal-EKG-Gerätes sowie einer Röntgenfilmentwicklungsmaschine konnte ebenfalls zur Verbesserung der medizinischen Betreuung beigetragen werden.

Insgesamt standen dem Krankenanstalten-Versorgungsbereich IV/West rund 7,4 Millionen Schilling für den Kauf medizinisch-technischer Geräte zur Verfügung, für patientenbezogene bauliche bzw. Einrichtungsmaßnahmen rund 5,9 Millionen Schilling.

Im Psychiatrischen Krankenhaus Wien Baumgartner Höhe wurde 1981 die Psychiatriereform gemäß dem Zielplan der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung Wiens planmäßig weiter durchgeführt. Die im Juli 1980 eingerichtete psychiatrische Ambulanz, die den Bezirken 14 bis 16 zugeordnet ist, hat sich im Jahre 1981 äußerst positiv entwickelt. In diesem ersten Jahr mit vollem Betrieb wurden in der Ambulanz insgesamt 5.767 Konsultationen bei mehreren hundert Patienten durchgeführt. Die Versorgung im stationären Bereich hat 1981 ebenfalls Fortschritte gemacht. So wurden z. B. an der VII. Psychiatrischen Abteilung Wohngruppen eingerichtet, um die Voraussetzungen für eine soziale Rehabilitation von Langzeitpatienten weiter zu verbessern. Es war erstmals möglich, mit geistig behinderten Patienten z. B. Urlaube durchzuführen sowie Ausflüge in den Safaripark und an den Neusiedler See zu unternehmen, die sehr großen Anklang fanden. Die Sozialarbeit mit den Patienten des Psychiatrischen Krankenhauses wurde fast ausnahmslos vom Kuratorium für Psychosoziale Dienste durchgeführt.

Die wesentlichsten Geschehnisse auf dem Bausektor waren die Errichtung eines Turnsaales im Pavillon 21, die Fertigstellung der Therapiewerkstätte im Objekt 35 zur erhöhten Rehabilitationsmöglichkeit für Tagspitalpatienten und auch stationäre Patienten, die Sanierung von Bädern und WC-Anlagen sowie der Einbau von Leibschüsselspülern und die Fortsetzungsarbeiten am Pavillon 17. Die Baurate für 1981 betrug rund 14 Millionen Schilling. Auf dem Einrichtungssektor wurden durch die Anschaffung von neuen Betten und Nachtkästchen, Vorhängen, Spinden, TV-Geräten usw. der Einrichtungsstandard in vier Pavillons verbessert; unter anderem wurden Tag- und Aufenthaltsräume eingerichtet.

Im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs/Donau waren die wesentlichsten Investitionen im Jahre 1981 die Renovierung der Abteilung VI mit einem Kostenaufwand von rund 1,6 Millionen Schilling sowie die Verbesserung des Einrichtungsstandards in diversen Pavillons. Durch den Kauf diverser medizinischer Apparate und Geräte, wie z. B. Sterilisatoren, Sauerstoffgeräte, Instrumententische, wurde auch eine Verbesserung des medizinischen Leistungsangebotes erzielt. Durch die Schaffung von Klubräumen konnten für die Patienten auch bessere Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen werden.

Der **systemisierte Bettenstand** der städtischen Krankenanstalten, einschließlich Allgemeines Krankenhaus, betrug am 1. Jänner 1981 10.343 Betten gegenüber 10.388 am 1. Jänner 1980. Die Verminderung ist auf durchgeführte Modernisierungen und Adaptierungen im Sinne patientenbezogener Maßnahmen zurückzuführen.

So standen im Allgemeinen Krankenhaus 2.432, im Krankenhaus Lainz 1.535, im Wilhelminenspital 1.545 Betten zur Verfügung. Im Franz-Joseph-Spital waren es 1.075 Betten, in der Krankenanstalt Rudolfstiftung 876, im Elisabeth-Spital 399, in der Poliklinik 291, im Krankenhaus Floridsdorf 267, im Sophien-Spital 216 Betten. Schließlich sind noch das Pulmologische Zentrum mit 490 Betten, das Orthopädische Krankenhaus Gersthof mit 150, die Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik mit 101, die Neurologischen Krankenhäuser Rosenhügel und Maria-Theresien-Schlössel mit 341 und 120, das Preyersche Kinderspital mit 220, das Mautner-Markhofsche Kinderspital mit 164 und die Kinderklinik Glanzing mit 121 Betten zu nennen.

Der jährliche Durchschnittsbelag der Krankenanstalten betrug täglich 8.373 belegte Betten. Die Zahl der Aufnahmen (1981: 239.108) ist gegenüber dem Jahr 1980 (237.979) um 0,47 Prozent gestiegen. Im Vergleich dazu sei angeführt, daß die Zahl der Aufnahmen von 1979 auf 1980 um 4,50 Prozent zunahm. Trotzdem konnte die durchschnittliche Verweildauer von 12,9 im Jahre 1980 auf 12,8 Tage im Jahre 1981 gesenkt werden.

Der systemisierte Bettenstand der Pflegeheime betrug im Jahre 1981 5.772 gegenüber 5.870 im Jahre 1980. Die geringfügige Verminderung ist auf diverse Umbau- bzw. Adaptierungsarbeiten zurückzuführen, die im Jahre 1981 durchgeführt werden mußten. Der jährliche Durchschnittsbelag der Pflegeheime betrug 1981 5.539 täglich belegte Betten. Aufgegliedert nach den einzelnen Pflegeheimen betrug der systemisierte Bettenstand in Lainz 3.298, in Baumgarten 1.192, in Liesing 577, in St. Andrä 280, in Klosterneuburg 281 und in der Pflegeabteilung im Pulmologischen Zentrum 144 Betten.

In diese Anstalten gelangten 3.674 pflegebedürftige Personen zur Aufnahme, davon 1.654 aus der Wohnung und 2.020 aus Krankenanstalten. 535 Personen sind entlassen worden oder ausgetreten, 3.147 verstorben.

Der systemisierte Bettenstand der Psychiatrischen Krankenhäuser hat sich gegenüber dem Vorjahr um 217 Betten oder 6,3 Prozent verringert. Der durchschnittliche Belag betrug 2.767 Betten pro Tag gegenüber 3.010 Betten im Jahre 1980. Der Rückgang des Durchschnittsbelages steht in Zusammenhang mit der im Laufen befindlichen Psychiatriereform. Die Zahl der Aufnahmen mit 6.122 Fällen im Jahre 1981 gegenüber 6.070 im Jahre 1980 hat leicht zugenommen. Die Anzahl der Entwöhnungskuren für Alkoholiker betrug im Jahre 1980 1.597 und stieg im Jahre 1981 auf 1.715 an, die der Entwöhnungskuren für Drogenabhängige machte im Jahre 1981 308 im Vergleich zu 378 Fällen im Jahre 1980 aus. Die Aufnahmen für die psychiatrischen Krankenhäuser erfolgen ausschließlich im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe. Im Jahre 1981 waren es 6.122 Patienten, davon 3.072 Frauen und 3.050 Männer. 5.999 Personen wurden entlassen, 633 verstarben.

Der Stand der Schüler an den acht allgemeinen Krankenpflegeschulen und den drei Kinderkrankenpflegeschulen betrug am 31. Dezember 1981 1.836, wovon 333 Schüler und Schülerinnen das 1. Ausbildungsjahr besuchten (1980: 1.762). Der Zustrom zur Fachausbildung im 2. bis 4. Ausbildungsjahr von Bewerbern mit höherer Schulbildung hat unvermindert angehalten, so daß alle zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze in den Internatsschulen besetzt werden konnten, lediglich an der externen Schule am Pulmologischen Zentrum sind rund zehn Plätze freigeblieben.

Im Jahre 1981 haben an den Krankenpflege- und Kinderkrankenpflegeschulen 402 Schüler und Schülerinnen das Krankenpflegediplom (1980: 367) erhalten; 146 (1980: 131) haben die Diplomprüfung mit Auszeichnung abgelegt.

An der im September 1978 eröffneten Krankenpflegeschule am Sozialmedizinischen Zentrum Ost konnten erstmals 33 Schüler und Schülerinnen ihre Ausbildung abschließen, 20 haben die Diplomprüfung mit Auszeichnung bestanden.

An den beiden Ausbildungsstätten für psychiatrische Krankenpflege in Wien und Ybbs/Donau standen 125 (1980: 93) Schüler und Schülerinnen in Ausbildung. Insgesamt konnten 19 Schwestern und Pfleger (1980: 27) ihr Diplom erlangen, sieben haben die Diplomprüfung mit Auszeichnung abgelegt.

An den insgesamt neun medizinisch-technischen Schulen der Stadt Wien studierten mit 31. Dezember 699 Schüler und Schülerinnen, 1980 waren es 680. 237 Schüler und Schülerinnen legten ihr Diplom ab, im Jahre 1980 waren es 251; Auszeichnungen erhielten 35 Schüler und Schülerinnen, 1980 waren es 32.

Am Fortbildungsreferat für Krankenpflegeberufe am Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien haben sich im Kursjahr 1980/81 insgesamt 82 diplomierte Krankenpflegepersonen (1980: 75) einer Sonderausbildung unterzogen. Das Ausbildungsniveau war ausgezeichnet. Im Jahre 1981 wurden Sonderausbildungskurse abgehalten, wie zur Heranbildung von Operationsschwestern und -pflegern (Dauer: ein Jahr mit 16 Absolventen), von Schwestern und Pflegern an Intensivpflege- und Dialysestationen (Dauer: ein Jahr mit 28 Absolventen), weiters von leitenden Krankenpflegepersonen (Dauer: zwei Semester à sieben Wochen mit 22 Absolventen) sowie von lehrenden Krankenpflegepersonen (Dauer: sechs Monate mit 16 Absolventen).

In der Dauer von jeweils ein bis zwei Wochen wurden Fortbildungskurse durchgeführt für Oberschwestern und -pfleger (17 Teilnehmer), für Stationsschwestern und -pfleger (26 Teilnehmer), für Operationsschwestern und -pfleger (15 Teilnehmer), für Lehrschwestern und -pfleger (zehn Teilnehmer), für Lehrschwestern und -pfleger sowie lehrende Angehörige der medizinisch-technischen Dienste (zehn Schwestern und vier Lehrassistentinnen). Außerdem wurden im Rahmen der Verwaltungsakademie zwei Fortbildungsseminare für Leiter des Pflegedienstes sowie Schuloberinnen und Lehrvorsteher abgehalten, die insbesondere rhetorische Kommunikation, Verhandlungstechnik, Organisationspsychologie und Krankenhausbetriebslehre zum Inhalt hatten. Der Sonderausbildungskurs für lehrende Angehörige des Krankenpflegefachdienstes und der medizinisch-technischen Dienste wurde von drei Lehrassistentinnen besucht. An dem Sonderausbildungskurs für leitendes Personal haben ebenfalls drei Stationsassistenten und -assistentinnen teilgenommen. Ferner wurden Fortbildungskurse auf dem Gebiet der Laboratoriumshygiene, Intensivmedizin, Elektrotherapie, gynäkologischen Zytologie, Blutgruppenserologie und Haematologie abgehalten. In Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie wurden insgesamt vier Trainerseminare für das lehrende Personal der Krankenpflege- und medizinisch-technischen Schulen abgehalten; 67 Lehrassistentinnen, Lehrschwestern und Lehrpfleger sowie andere Vortragende nahmen daran teil. Ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Verwaltungsakademie wurden Vorgespräche zur Einrichtung von Prüferseminaren für das lehrende Personal der Krankenpflege- und medizinisch-technischen Schulen geführt. Es ist beabsichtigt, diese zweitägigen Seminare im März 1982 abzuhalten.

An der Krankenpflegeschule am Franz-Joseph-Spital konnte im Juli der 1. Lehrgang in der allgemeinen Krankenpflege zur Ausbildung von geprüften Stationsgehilfen und -gehilfinnen gemäß § 12 a des Krankenpflegegesetzes — 2. Bildungsweg abgeschlossen werden. 36 Schwestern und Pfleger haben das Diplom der allgemeinen Krankenpflege erhalten. Da sich diese Ausbildung sehr bewahrt, wurde uber Antrag der Abteilung vom

Gemeinderatsausschuß Gesundheit und Soziales am 17. Februar die Einrichtung eines weiteren Lehrganges an der Krankenpflegeschule am Elisabeth-Spital beschlossen.

Dieser Lehrgang hat bereits am 2. März begonnen und wurde von 36 Stationsgehilfen und -gehilfinnen besucht. Seit 1981 besteht daher an drei allgemeinen Krankenpflegeschulen der Stadt Wien, und zwar am Krankenhaus Lainz, am Franz-Joseph-Spital und am Elisabeth-Spital, die Möglichkeit, auf dem zweiten Bildungsweg das Krankenpflegediplom zu erwerben. Da durch das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz eine Novellierung des Krankenpflegegesetzes sowie der Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen für das Jahr 1982 in Aussicht genommen ist, wurde im Herbst 1981 ein Arbeitskreis, bestehend aus Schuloberinnen (Lehrvorstehern) sowie Lehrschwestern und Lehrpfleger der Wiener städtischen Krankenpflegeschulen, eingerichtet, der sich mit der Erarbeitung von Änderungsvorschlägen befassen soll.

Anläßlich des 100jährigen Jubiläums des Städtischen Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes wurde vom 9. bis 11. Dezember 1981 in der Zentrale in 3, Radetzkystraße 1, ein „Tag der offenen Tür" durchgeführt. Die Veranstaltungen wurden am 9. Dezember vom Bundespräsidenten Dr. Rudolf *Kirchschläger* und dem Bürgermeister Leopold *Gratz* eröffnet. Im Rahmen der drei Tage wurde den Besuchern die Möglichkeit geboten, eine historische Ausstellung über die Entwicklung des Rettungswesens in Wien sowie eine Briefmarkenausstellung mit einem Sonderpostamt zu besichtigen; auch an Erste-Hilfe-Vorträgen und Filmvorführungen konnte teilgenommen werden.

Seit der Gründung der Wiener Freiwilligen Rettungsgesellschaft durch Dr. *Mundy* im Jahre 1881 hat sich vieles verändert. Die Wiener Freiwillige Rettungsgesellschaft mußte sich anfangs selbst erhalten und war auf Spenden angewiesen. Im Jahre 1938 wurde die Wiener Freiwillige Rettungsgesellschaft von der Gemeinde Wien übernommen. Im Jahre 1941 verfügte die Rettung bereits über 38 Rettungswagen und hatte fünf Stationen zur Verfügung. Durch den Krieg wurde der Ausbau der Rettung jäh beendet. Nach Kriegsende bekam die Rettung neue Rettungswagen und erhielt 1956 den Sprechfunk. 1977 wurde im Auftrag des Amtsführenden Stadtrates Univ.-Prof. Dr. Alois *Stacher* ein Rotes-Kreuz-Fahrzeug sowie eines vom Arbeiter-Samariter-Bund angeschlossen. 1979 folgte ein weiteres vom Roten Kreuz, womit die Rettungsgemeinschaft gegründet war. In all den Jahren war man bemüht, die notärztliche Versorgung der Wiener Bevölkerung zu verbessern. So wird die Rettungsleitstelle weiter ausgebaut, die Arbeiten an einer neuen Notrufanlage und einem Datenfunksystem wurden weiter vorangetrieben, um sie bis spätestens 1983 in Betrieb nehmen zu können. In der Rettungsstation Mariahilf konnte die 14. Tour des städtischen Rettungsdienstes aufgenommen werden. Somit sind mit den beiden Touren des Roten Kreuzes und der einen Tour des Arbeiter-Samariter-Bundes in Wien 17 Rettungsambulanzen rund um die Uhr im Einsatz. Mit der Anschaffung von fünf Rettungswagen, Typ VW LT 31, für den ärztlichen Rettungsdienst wurde die Umrüstung auf moderne, dem heutigen Stand der Notfallmedizin entsprechende Ambulanzwagen weitergeführt. Für die Krankenbeförderung wurden zwei Ambulanzen, VW Typ 2, nachgeschafft, um damit die ersten ausscheidungsbedürftigen Fahrzeuge dieser Type, die mehr als 100.000 Stadtkilometer gefahren waren, ersetzen zu können. Für die zentrale Kraftfahrzeug-Werkstätte wurden noch eine weitere Hebebühne und eine neue Drehbank angeschafft. Beide Geräte werden dazu beitragen, daß immer mehr Reparaturen und Überprüfungen an Fahrzeugen, mit Ausnahme des Pflichtservice, vorwiegend in der eigenen Werkstätte vorgenommen werden können.

Im Jahre 1981 hat der Rettungsdienst 57.344 Einsätze durchgeführt und 57.240 Patienten, einschließlich Ambulanzpatienten, versorgt. Das entspricht einer Zunahme von 1.857 Ausfahrten und 1.584 versorgten Patienten gegenüber dem Jahre 1980. Bei der Krankenbeförderung wurden 66.220 Transporte durchgeführt und 65.824 Patienten befördert, was einer Steigerung von 468 Transporten und 527 beförderten Patienten gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Im Personalstand trat eine Zunahme von 20.858 Dienstposten mit 1. Jänner 1981 auf 20.920 im Laufe des Jahres ein. Von den insgesamt 20.920 Dienstposten entfielen 8,9 Prozent auf Ärzte, 7,7 Prozent auf medizinisches Fach- und Hilfspersonal, 42,3 Prozent auf Krankenpflegepersonal und 16,3 Prozent auf Haus- und Reinigungspersonal. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte belief sich beim diplomierten Krankenpflegepersonal auf 759 Bedienstete oder 13,7 Prozent vom systemisierten Personal, bei den Stationsgehilfen auf 521 (15,9 %). Als Küchen-, Wäscherei-, Haus- und Reinigungspersonal arbeiteten 2.624 ausländische Bedienstete. Insgesamt waren 4.051 Bedienstete ausländische Arbeitnehmer, das sind 21,2 Prozent vom Gesamtpersonal.

In das Aufgabengebiet des Anstaltenamtes fällt die Verwaltung der 17 städtischen Krankenanstalten, der fünf Pflegeheime, beider Psychiatrischer Krankenanstalten sowie des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes, der Zentralwäscherei und des Anstaltenhauptlagers.

Das Referat für Budgetangelegenheiten erstellt in Zusammenarbeit mit den jeweils zuständigen Gruppendirektionen notwendige Anträge an die beschlußfassenden Gremien, wie Gemeinderatsausschüsse, Stadtsenat und Gemeinderat. Im Jahre 1981 wurden 57 Anträge für bauliche Maßnahmen, 23 über Inventaranschaffungen und 25 Anträge den Sachaufwand betreffend den zuständigen Ausschüssen und sonstigen Gremien zur Beschlußfassung vorgelegt. Dem Referat obliegt auch die Budgeterstellung für alle genannten

Dienststellen. Zu diesem Zweck wurden in allen Dienststellen Einzelbesprechungen durchgeführt, um die notwendigen Erfordernisse des Sach- und Investitionsaufwandes zu erfassen. Nach Zusammenfassung der einzelnen Aufwandsposten wurde von der Beamtenschaft, im Einvernehmen mit dem Ressortstadtrat, der Voranschlagsentwurf der Perlustrierung zugeführt, diskutiert, bereinigt und schließlich dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt. Die veranschlagten Budgetsummen aller Dienststellen des Anstaltenamtes betrugen für 1981 auf der Einnahmenseite rund 4.792 Millionen Schilling und auf der Ausgabenseite rund 10.297 Millionen Schilling. Davon entfielen rund 4.509 Millionen Schilling auf den Personalaufwand, rund 2.625 Millionen Schilling auf den Sachaufwand, rund 170 Millionen Schilling auf Inventaranschaffungen und rund 1.618 Millionen Schilling (einschließlich Neubau Allgemeines Krankenhaus 1.250 Millionen Schilling) auf bauliche Investitionen. Für Energiekosten, wie Strom, Gas und Wärme, wurden rund 155 Millionen Schilling eingesetzt. Im Rahmen der genannten Budgetzahlen wurden im Jahre 1981 von den Dienststellen des Anstaltenamtes rund 200.000 Einzelvergaben vorgenommen, wovon 17 im Wege eines internen Ausschusses behandelt wurden und 18 der kompetenzmäßigen Genehmigung durch die politischen Gremien unterlagen. In elf Fällen wurden Jahresabschlüsse getätigt, z. B. über Spritzen, Nadeln usw.

Die Anschaffungen für den medizinisch-technischen Bereich erfolgten dabei im Einvernehmen mit der Ärzteschaft und der physikalisch-technischen Prüfanstalt für Radiologie und Elektromedizin. Die Versorgung der Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten auf dem Arzneimittelsektor erfolgt durch zehn Anstaltsapotheken. Der Einkauf von Arzneimitteln ist keine kaufmännische Routineangelegenheit, da es sich um eine Ware besonderer Art handelt. Das schwer überschaubare Arzneimittelangebot erfordert wissenschaftlichen Sachverstand, um die richtige Auswahl treffen zu können. Im Vordergrund beim Kauf stehen unbestreitbar die Wirksamkeit und die gesicherte Qualität. In Zusammenarbeit mit den Arzneimittelkommissionen wurde versucht, von den derzeit rund 7.500 in Verwendung stehenden Artikeln, wie Fertigarzneien-Spezialitäten, Blutderivate, Teste und Chemikalien, Desinfektionsmittel, Verbandstoffe und Heilnahrung, hausindividuelle Arzneimittellisten zu erstellen. EDV-Auswertungen, ABC-Analyse, Vergleiche des Verbrauchs von Arzneimitteln innerhalb einzelner Indikationsgruppen, getrennt nach Verbrauchsstellen, bieten eine aufschlußreiche Hilfestellung für eine positive Arzneimittelauswahl. Eine detaillierte Kostenüberwachung, das heißt ein Soll-Ist-Vergleich in der Apotheke, konnte in einigen Krankenanstalten probeweise durchgeführt werden. Die erforderlichen Verbrauchsdaten wurden durch die Kostenrechnung verfügbar. Die mit Hilfe der EDV erstellten Verbrauchsanalysen sind geeignet, den Ärzten unter anderem die Kostenschwerpunkte bewußt zu machen. Im pharmazeutischen Bereich konnte durch Beratung der Stationsschwestern bezüglich Lagerung und rationelle Aufbewahrung der Medikamente auf den Stationen eine Einschränkung der Medikamentenkosten erzielt werden. Die Fachaufsicht in den Anstaltsapotheken und Medikamentendepots wurde auch 1981 weiter intensiviert. Besonderes Augenmerk wurde auf Eigenanfertigungen (Salben, Pulver, Infusionen) gelegt, da gerade auf diesem Sektor eine große Einsparungsmöglichkeit gegeben ist. Die EDV-mäßig erstellten Listen — hier werden alle Artikel erfaßt, die über die Apotheke angekauft werden — wurden laufend überarbeitet. Gegebenenfalls wurden Preise und Nomenklatur auf den neuesten Stand gebracht sowie Präparate mit zurückgelegten Registernummern ausgeschieden. Diese Arbeiten waren unter anderem auch für die Kostenrechnung von großem Nutzen.

Auf dem Lebensmittelsektor wurden wie in den vorangegangenen Jahren durch laufende Preisverhandlungen über Fleisch, Wurstwaren, Geflügel, Fische, Molkereiprodukte günstige Abschlüsse getätigt und der Bedarf von rund 236 t Tiefkühlgemüse in Form einer öffentlichen Ausschreibung durch Liefervergabe an den Bestbieter gedeckt. Oft konnten weit unter dem allgemeinen Preisniveau liegende Einkaufspreise erzielt werden. Dies ist in wirtschaftlicher Hinsicht von besonderer Bedeutung, da in den 24 Küchen der städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten für die Zubereitung von rund 20,200.000 Mahlzeiten (ohne Berücksichtigung des Gabelfrühstückes und der Jause) für Patienten, Pfleglinge, Teilnehmer am Gästetisch sowie Schwesternschülerinnen beispielsweise 358 t Rindfleisch, 135 t Kalbfleisch, 187 t Schweinefleisch, 347 t Wurstwaren usw. verwendet wurden.

Regelmäßig wurden auch Lebensmittelkontrollen seitens des Anstaltenamtes in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten durchgeführt. Ferner wurde im Jahre 1981 auf Grund eines von der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung in Wien herausgegebenen Merkblattes über Hygienerichtlinien damit begonnen, Gespräche zu führen, wie die Hygiene in den Küchenbetrieben weiter verbessert werden kann, und außerdem eine Erhebung über den derzeitigen Zustand unter Berücksichtigung der Einhaltung der genannten Richtlinien angesetzt. Weiters wurden Besprechungen mit der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien darüber initiiert, ob die von einem Arbeitskreis der Abteilung seinerzeit erstellten Rezepturen für die Zubereitung von Speisen den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen, Usancen, der Verbrauchererwartung usw. entsprechen. Diese von beiden Seiten sehr konstruktiv geführten Verhandlungen waren überaus aufwendig und stehen unmittelbar vor ihrem Abschluß.

Auf dem Bekleidungs- und Wäschesektor wurden durch die Entwicklung neuartiger Artikel (z. B. Schwangerenkleider, Röntgenpelerinen) sowie durch Änderung der Materialqualitäten bei Operationsschuhen sowie Patientenschlafröcken sowohl für die Patienten als auch für das Personal Verbesserungen vorge-

nommen. Durch eine Änderung der Mischungsverhältnisse bei den Stoffen wurden einerseits Rationalisierungsmaßnahmen, wie raschere Bearbeitung und weniger Personal, auf dem Wäschereisektor eingeleitet, andererseits angenehmere Trageeigenschaften für Patienten und Personal angestrebt.

Vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden im Jahre 1981 für gesamt Österreich rund 3,3 Milliarden Schilling an Betriebs- und Investitionszuschüssen ausbezahlt. Die Stadt Wien hat beim Fonds 299 Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen für das Jahr 1981 eingebracht. Die Anträge bezogen sich auf ein Gesamtinvestitionsvolumen von rund 375 Millionen Schilling. Dafür betrug die Förderung rund 126 Millionen Schilling. Des weiteren erhielt die Stadt Wien für das Betriebsjahr 1981 für 18 städtische Krankenanstalten Betriebs- und sonstige Zuschüsse in der Höhe von rund 750 Millionen Schilling. Es sind dies die Akontozahlungen Jänner bis Dezember 1981 zuzüglich der Zwischenabrechnung aus dem Jahre 1980. Seitens der Abteilung wurden die Anträge von zehn privaten Krankenanstalten auf Gewährung von Betriebs- und sonstigen Zuschüssen kontrolliert sowie 85 Einzelanträge dieser Anstalten auf Gewährung von Investitionszuschüssen einer Überprüfung unterzogen.

Im Rahmen des Dezernates für Planungs- und Sicherheitsangelegenheiten wurde mit Beginn des Jahres 1981 in der Krankenanstalt Rudolfstiftung ein technisches Service-Zentrum als Modellversuch in Betrieb genommen. Damit wurde dem vermehrten Einsatz der Technik in der Medizin Rechnung getragen. Die ständige Anwesenheit von Servicetechnikern im Krankenhaus gewährleistet die Möglichkeit der raschesten Behebung von Störungen und damit den optimalen Einsatz der Geräte. Darüber hinaus sollen von diesem Team auch zukünftig vorbeugende Wartungen sowie vorschriftsmäßige periodische Überprüfungen durchgeführt werden. Die fortwährende Schulung des Bedienungspersonals und die Beratung beim Ankauf neuer medizin-technischer Anlagen und Geräte sind wesentliche Teile des Aufgabengebietes eines Technischen Service-Zentrums. Da neben rein qualitativ zu erfassenden Leistungen auch die nachweisbare Wirtschaftlichkeit einer derartigen Einrichtung gegeben sein soll, wird eine Dokumentation der durchgeführten Arbeiten geführt. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen des technischen Service-Zentrums in der Krankenanstalt Rudolfstiftung Wien lassen sich spezifische Vorteile, die sich aus der ständigen Betreuung der medizin-technischen Geräte ergeben, anführen, wie die größte Verfügbarkeit aller Geräte, die rasche und kostengünstige Durchführung von Trivialreparaturen, die praxisnahe und realistische Beurteilung von Sicherheitsrisiken, die sofortige Behebung eventuell vorhandener Mängel, weiters die optimalen Einschulungsmöglichkeiten des Bedienungspersonals, die Kosteneinsparung beim Ankauf und den Folgekosten, die optimale Geräteausnutzung durch Schaffung eines hausinternen Gerätepools sowie die Kostenüberwachung durch Führen einer Gerätedatei. Erste Abschätzungen lassen erwarten, daß neben den erwähnten qualitativen Leistungen auch mit Kosteneinsparungen zu rechnen ist. Die Ergebnisse dieses Modellversuches sollen der Planung weiterer möglicher technischer Service-Zentren in anderen Schwerpunktkrankenanstalten der Stadt Wien zugrunde gelegt werden. Die erstmalige Überprüfung elektromedizinischer Geräte vor Inbetriebnahme wird aber nach wie vor von der Physikalisch-Technischen Prüfanstalt, Referat Elektromedizin, durchgeführt.

Im Zuge der Verwendung modernster Technologien in der Medizintechnik kommt dem Einsatz von Lasergeräten, im besonderen als chirurgische Instrumente, immer mehr Bedeutung zu. Jede neue Technologie verlangt aber die Berücksichtigung ihrer Eigenheiten, das heißt es muß potentiellen Gefahrenmomenten begegnet werden, die bisher nicht zu berücksichtigen waren. Es wurde daher eine Testserie gestartet, in der das Verhalten von Materialien, die im OP-Bereich verwendet werden, unter Laserbeschuß untersucht wurde. Es handelte sich dabei hauptsächlich um verschiedene Textilien, aber auch um Flüssigkeiten und Gase. Es wurde erprobt, unter welchen Bedingungen diese Materialien unter Laserbeschuß zur Entzündung gebracht werden. Die Testserie wird 1982 abgeschlossen werden. Ziel der Arbeit ist die gemeinsam mit der AUVA beabsichtigte Herausgabe eines Merkblattes für den Umgang mit Laserskalpellen bzw. die Erarbeitung von Unterlagen und Anschauungsmaterial (z. B. Dias) für interne Veranstaltungen zur Weiterbildung.

Ein wesentliches Element der Sicherheit im Krankenhaus ist aber auch der vorbeugende Brandschutz, aber nicht nur im Sinne von baulichen und organisatorischen Vorkehrungen, sondern auch durch permanente Aus- und Weiterbildung des Krankenhauspersonals, um die vorhandenen Möglichkeiten zur Verhinderung von Schadensfällen durch Brände zum Tragen zu bringen. Gemeinsam mit dem Referat Planungs- und Organisationsangelegenheiten wurde mit der Durchführung von regelmäßigen Brandschutzübungen in den Krankenhäusern begonnen. Bei diesen Veranstaltungen wird über das Brandgeschehen im allgemeinen, über das richtige Verhalten im Brandfalle sowie über Grundlagen der ersten Löschhilfe vorgetragen; weiters werden eine Demonstration und die praktische Erprobung des Einsatzes von Handfeuerlöschern durchgeführt. Die Vorarbeiten zur Herstellung eines Lehrfilms über die Handhabung von Feuerlöschern konnten abgeschlossen werden, so daß der Film nun bis auf geringfügige Änderungen fertiggestellt ist. Im Jahre 1981 wurden vom Referat Sicherheitstechnik auch Vorträge zur Unterweisung an Handfeuerlöschern und über das Verhalten im Brandfall abgehalten. Es ist geplant, derartige Vorführungen mindestens zweimal jährlich in den Krankenanstalten abzuhalten.

Die der Abteilung angeschlossene Zentralwäscherei erbrachte eine Gesamtwaschleistung von 6,274.582,5 kg Reinwäsche. Die Tagesleistung betrug demnach durchschnittlich 24.998,5 kg. Von der Gesamt-

summe entfielen 5,727.529,5 kg auf Kalanderwäsche, 361.445,5 kg auf Formwäsche (Bügelwäsche) und 185.607,5 kg auf Trockenwäsche. Die mit 1. Juni 1980 festgelegten Waschpreise, und zwar bei Trockenwäsche 6 S, bei Kalanderwäsche 8 S und bei Formwäsche 12 S, blieben unverändert. In diesen Waschpreisen sind die Kosten für die Abholung der Schmutzwäsche und die Zustellung der Reinwäsche enthalten. Für die Anschaffung von Fahrzeugen, unter anderem ein Lastkraftwagen, ein Schnelltransporter und ein Hubstapler, standen rund 0,8 Millionen Schilling zur Verfügung.

Im Rahmen des Wäschereikonzepts der Abteilung wurden im Jahre 1981 die Planung für den Neubau einer Wäscherei auf dem Areal des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe sowie die Umrüstung der Zentralwäscherei Steinbruchstraße intensiv fortgesetzt.

In der Zentralwäscherei lag der Schwerpunkt der Tätigkeit bei der Fertigstellung des ersten Teiles des als „Sofortmaßnahme" durchgeführten Umbaues des Waschbereiches sowie bei der Untersuchung von Lösungsmöglichkeiten, die bestehende Anlage voll auszunützen und den künftigen Erfordernissen optimal anzupassen, die vor allem durch die vom neuen Allgemeinen Krankenhaus verlangten zusätzlichen Aufgabenbereiche (Wäschelagerung, Reparatur, Falten von OP-Wäsche usw.) bestimmt ist. Das Projekt Neubau der Wäscherei Baumgartner Höhe ist von der Prognose der künftig zu erwartenden Waschgutmenge abhängig. Von der langjährig festgestellten steigenden Tendenz, in der Wäscherei strengere Hygieneanforderungen sowie zusätzliche Reinigungsaufgaben zu erfüllen (z. B. Kopfpölster, Decken, Anzüge für Pfleglinge usw.), ist die vorzusehende Waschkapazität bestimmt. Im Jahre 1981 wurden die Grundlagen für die Festlegung der Waschgutmengen überarbeitet und darauf aufbauend verschiedene Alternativen zur Lösung des Problems erarbeitet.

Die Einrichtung des O m b u d s m a n n e s für die Wiener Krankenanstalten und Pflegeheime hat sich auch im Jahre 1981 gut bewährt. Anregungen, Fragen, Wünsche und Beschwerden sind auf allen Gebieten, die mit dem Krankenhauswesen in Zusammenhang stehen, wie unter anderem Transport, Aufnahme, Unterbringung, Versorgung in ärztlicher und pflegerischer Hinsicht und Verpflegung, vorgebracht worden. In den meisten Fällen wurde versucht, rasch und unbürokratisch zu handeln bzw. zu helfen. In 186 Fällen mußte ein Akt angelegt und ein mehr oder minder umfangreicher Schriftverkehr geführt werden. Die Einrichtung wird von Patienten und ihren Angehörigen sehr stark beachtet, was schon aus der steigenden Zahl der 100 bis 120 Telephonanrufe pro Woche hervorgeht, während die Zahl der persönlichen Vorsprachen mit rund zwölf pro Woche annähernd gleich geblieben ist. Für die meist positiven Erledigungen wurde häufig telephonisch, gelegentlich auch schriftlich gedankt.

Für den wissenschaftlichen Fonds zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten in den städtischen Krankenanstalten standen im Jahre 1981 1 Million Schilling zur Verfügung. Insgesamt wurden 174 Ansuchen positiv erledigt.

Stadtplanung

Stadtstrukturplanung

Im Jahre 1981 stellten die Fertigstellung des Entwurfes des Stadtentwicklungsplanes sowie dessen Aufbereitung für eine umfassende öffentliche Diskussion einen besonderen Schwerpunkt dar. Zunehmende Bedeutung erlangten auch Bezirksbearbeitungen, mit denen die gesamtstädtischen Vorstellungen sowie übergeordnete Grundsätze auf Teilbereiche der Stadt angewandt und verfeinert werden. Auf der Ebene der übergeordneten Sachkonzepte wurde beispielsweise ein Landschaftsrahmenplan für Wien begonnen. Im Bereich der Verkehrsplanung wurden auf der Grundlage des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 29. April 1980 über die Wiener Verkehrskonzeption umfangreiche Untersuchungen und Projektierungen fortgeführt und teilweise abgeschlossen. Einige der vorgesehenen Teilkonzepte der Wiener Verkehrskonzeption, wie beispielsweise Kurz- und Mittelfristprogramme für Radwege und für Park & Ride, konnten so weit vorangetrieben werden, daß sie 1982 den zuständigen Organen der Stadt Wien vorgelegt werden können.

Im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) hatte die Abteilung das Land Wien in zahlreichen Unterausschüssen und Arbeitsgruppen zu vertreten und den notwendigen Konsens herbeizuführen. Die umfangreichsten Arbeiten waren im Zusammenhang mit dem Österreichischen Raumordnungskonzept gegeben.

Seitens des Landes Wien wurden besonders zu zwei Abschnitten wesentliche Erweiterungen und Abänderungen eingebracht und durchgesetzt:

Der Abschnitt 2.1 „Großräumige Struktur" wurde zusätzlich aufgenommen. Es handelt sich hierbei um Zielsetzungen, die den Ausgleich zwischen dem Entwicklungsstand in der Länderregion Ost und den übrigen Bundesländern zum Inhalt haben.

Der Abschnitt 4 „Ziele zu Raumtypen" wurde wesentlich erweitert. Analog zu den Zielsetzungen, die im Unterausschuß „Ballungsräume" ausgearbeitet worden sind, wurden die Zielsetzungen für die Ballungsgebiete ergänzt, so daß auch von dieser Warte aus die Interessen Wiens entsprechend zur Geltung kommen.

Zusätzlich zu den Arbeiten am Österreichischen Raumordnungskonzept wurden die Arbeitsgruppen „Verkehr" und Ballungsräume" weiterbetreut.

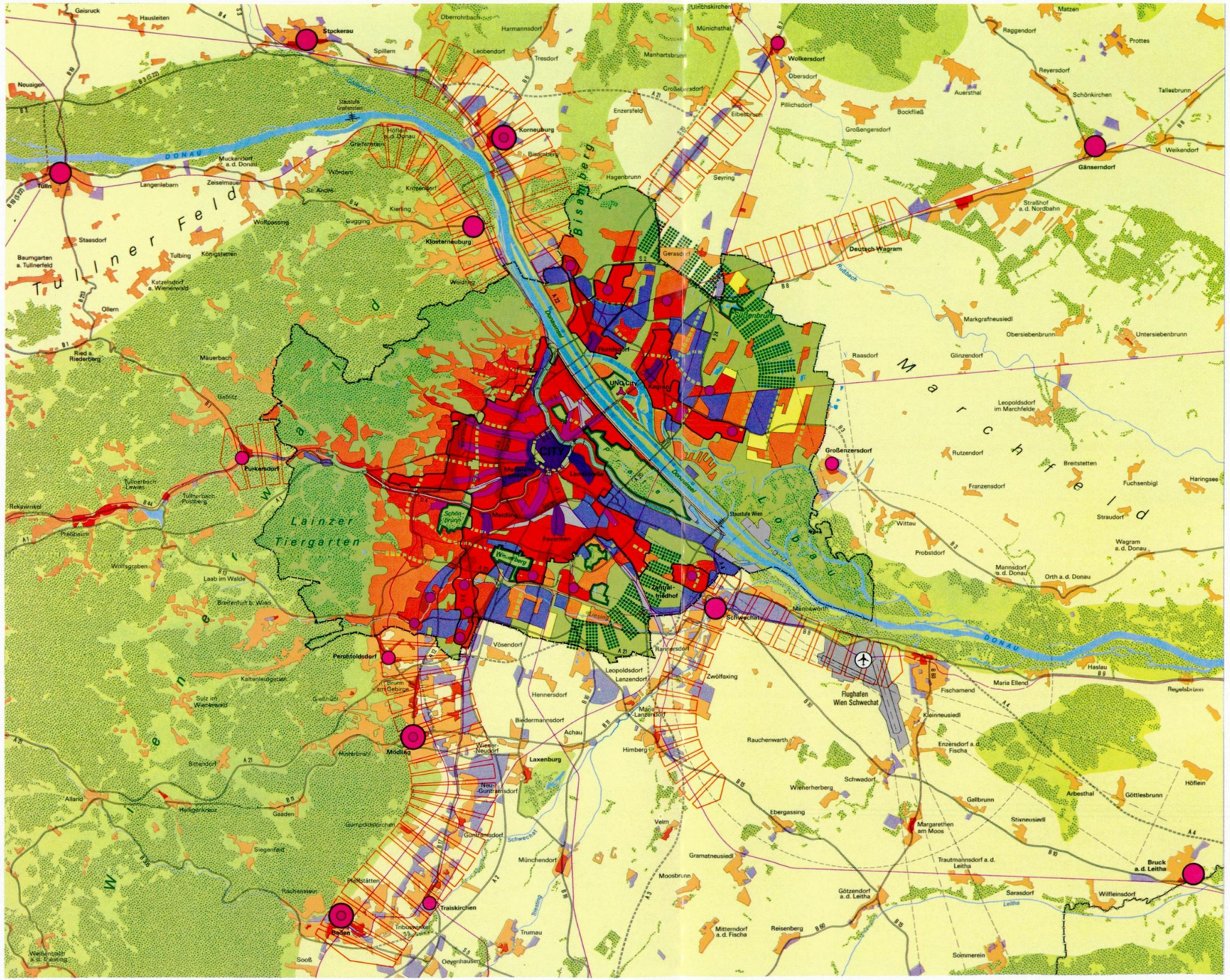
Die 3. Sitzung des Beschlußorgans der Planungsgemeinschaft Ost fand am 7. September 1981 unter dem Vorsitz des Landeshauptmannes von Burgenland in Eisenstadt statt. Es wurden erste Ergebnisse eines Landschaftsrahmenplanes für den Donauabschnitt Wien—Hainburg als Grundlage für Entscheidungen über den Kraftwerksstandort Hainburg oder Deutsch-Altenburg vorgelegt. Es wird erwartet, daß diese Gutachten dazu beitragen, daß für das Kraftwerk eine bestmögliche Lösung unter Berücksichtigung nicht nur wasserbaulicher, sondern auch ökologischer und gesamtwirtschaftlicher Aspekte gefunden werden kann. Weiters wurde die Geschäftsstelle beauftragt, möglichst rasch einen Maßnahmenkatalog für Park & Ride-Standorte im Raum Wien/Niederösterreich/Burgenland fertigzustellen. Weitere konkrete Aufträge des Beschlußorgans betrafen unter anderem die Fertigstellung eines Schottergewinnungskonzeptes im Nordwesten Wiens und dem angrenzenden Umland, einer Vorher-Nachher-Untersuchung der Auswirkungen der Fertigstellung der Außenring-Autobahn zwischen Steinhäusl und Vösendorf, die Überprüfung der Möglichkeit energiesparender Maßnahmen in der Länderregion und ein Raumordnungsgutachten im Hinblick auf wasserbauliche Maßnahmen im Zusammenhang mit den Planungen einer Staustufe im Donau-March-Raum sowie daran anschließende Überlegungen zu einem Nationalpark.

Im Jahre 1981 wurde eine Publikationsreihe der Planungsgemeinschaft Ost begonnen, in deren Rahmen bisher folgende Hefte publiziert wurden: „3 Jahre Planungsgemeinschaft Ost", „Symposium: Die Länderregion Ost — wirtschaftliche Probleme und Chancen" und „Landschaftsrahmenplan Donauauen Altenwörth — Wien". In dieser Publikationsreihe werden auch die jährlichen Tätigkeitsberichte veröffentlicht.

Am 24. September 1981 fand in Mattersburg ein Symposium über die räumliche Entwicklung in der Länderregion Ost statt. In Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung und aus Interessenvertretungen der drei Länder wurden in Vorträgen wesentliche Aspekte der räumlichen Entwicklung abgehandelt und diskutiert. Die Ergebnisse des Symposiums werden eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung eines räumlichen Leitbildes für die Länderregion bilden.

Die Arbeiten am Stadtentwicklungsplan konnten 1981 abgeschlossen werden. Mit der Veröffentlichung des letzten Sachkapitels „Siedlungsstruktur" liegen nun 13 „Diskussionsgrundlagen" vor:

Überörtliche Raumordnung
Bevölkerung
Wirtschaft und Finanzen
Wohnungswesen
Technische Dienstleistungen
Arbeitsmarkt



STADTENTWICKLUNGSPLAN WIEN

Magistrat der Stadt Wien
Geschäftsgruppe Stadtplanung

Abbildung B

RÄUMLICHE ENTWICKLUNGSKONZEPTION FÜR WIEN

WIEN
(Längerfristiges Leitbild)

Siedlungsgebiete

- Stadtgebiet mit hoher Dichte und städtischer Vielfalt
- Siedlungsgebiet mit mittlerer Dichte und vorwiegender Wohnnutzung
- Siedlungsgebiet mit geringer Dichte und vorwiegender Wohnnutzung
- Siedlungsgebiet mit vorwiegend betrieblicher Nutzung
- Siedlungsgebiet mit betrieblicher Nutzung
- Reservegebiet für die Siedlungsentwicklung
- Grenze des dichtbebauten Stadtgebietes und der städtischen Verdichtungsgebiete (zentraler Bereich)

Zentrenstruktur

- City und innerstädtische Hauptzentren: Mariahilfer Straße und Landstraße
- Hauptzentren außerhalb des Gürtels: Favoriten, Meidling, Floridsdorf, Kagran
- Bezirkszentrum
- Wichtiges lokales Zentrum
- Internationales Zentrum Wien (UNO-City)

Freiräume und Erholungsgebiete[1])

- Großflächiger Freiraum
- Wichtige Grünverbindung innerhalb der Siedlungsgebiete
- Angestrebte Schließung des Grüngürtels
- Wichtiges städtisches Freizeit- und Erholungsgebiet
- Wald
- Gewässer

Übergeordnete Verkehrswege[2])

- Schienennetz
- Straßennetz[2])
- Großflächige Verkehrsanlage (Bahnhof, Hafen ...)

WIENER UMLAND
(Gültiger Rechtsbestand)

Siedlungsgebiete

- Gewidmetes Siedlungsgebiet mit hoher Dichte und vorwiegender Wohnnutzung
- Gewidmetes Siedlungsgebiet mit mittlerer oder geringer Dichte und vorwiegender Wohnnutzung
- Gewidmetes Siedlungsgebiet mit vorwiegend betrieblicher Nutzung

- Regionale Entwicklungsachse

Zentrenstruktur

- Zentraler Ort der Stufe IV
- Zentraler Ort der Stufe III
- Zentraler Ort der Stufe II

Freiräume und Erholungsgebiete[1])

- Bestehendes großflächiges Erholungsgebiet
- Vorwiegend Landwirtschaftsgebiet
- Wald
- Gewässer

Übergeordnete Verkehrswege[2])

- Schienennetz
- Straßennetz[2])
- Flughafen Wien-Schwechat einschließlich Sicherheitszonen

- Landesgrenze

1) Die Abgrenzung der Erholungsgebiete in Niederösterreich erfolgte auf Grund der naturräumlichen Gegebenheiten.
2) Trassen teilweise noch nicht fixiert; Hierarchie und unterschiedliche funktionelle Bedeutung nicht dargestellt.
3) In Wien Straßen mit überregionaler, regionaler und gesamtstädtischer Bedeutung gemäß Verkehrskonzeption für Wien.
Geplantes Straßennetz im Wiener Umland entsprechend Forderungskatalog der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien an den Bund über den vordringlichen Ausbau der Bundesstraßen.

Quellen: Stadtentwicklungsplan für Wien (Sachkapitel); Verkehrskonzeption für Wien; Planungsgemeinschaft Ost – Gemeinsamer Forderungskatalog der Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien an den Bund für den Ausbau der A- und S-Straßen, gemäß Beschluß vom 27. 6. 1986; Raumordnungsprogramme von Niederösterreich; Regionale Struktur- und Entwicklungspläne von Niederösterreich; Magistratsinterne Bearbeitungen und Unterlagen.

Entwurf: Arbeitskreis Stadtentwicklungsplan, MA 18

Bearbeitung: MA 18

Kartografie: Institut für Stadtforschung, MA 41

Maßstab 1 : 100 000

1 km
0 1km 2 3 4 5

Sozial- und Gesundheitswesen
Verkehr
Natürliche Lebensgrundlagen
Bildung
Stadterneuerung und Bodenordnung
Grünraum, Freizeit und Erholung
Siedlungsstruktur

Da diese Sachkapitel in der vorliegenden Form für eine Beschlußfassung durch die Organe der Stadt Wien zu umfangreich waren, wurde eine Zusammenfassung der wichtigsten Entwicklungstendenzen, Ziele und Maßnahmen sämtlicher Sachbereiche vorgenommen und als „Entwurf" des Stadtentwicklungplanes veröffentlicht. Außerdem enthält dieser Entwurf die „Räumliche Entwicklungskonzeption", das heißt das angestrebte räumliche Leitbild für die längerfristige Entwicklung Wiens. Mit diesem Leitbild wurde erstmals seit dem Gliederungsschema von Roland Rainer aus 1961 der Versuch unternommen, unter Zugrundelegung von abgesicherten Grundsätzen und Zielen ein gesamtstädtisches räumliches Konzept zu erstellen, welches auch das Umland miteinbezieht. Der Entwurf des Stadtentwicklungsplanes wurde der Öffentlichkeit vorgestellt; in der laufenden öffentlichen Diskussion wird sich seine Tauglichkeit als kommunalpolitisches Handlungsprogramm erweisen. Erst danach sind die Voraussetzungen für eine Beschlußfassung des Stadtentwicklungsplanes im Wiener Gemeinderat gegeben.

Die Eröffnung der Ausstellung „Wien 2000" im Messepalast am 17. September 1981 bildete den Beginn der öffentlichen Präsentation und Diskussion des Entwurfes des Stadtentwicklungsplanes.

Die Bearbeitung des Landschaftsrahmenplanes für Wien, der seinerseits die Basis für einen Landschaftsplan der Bezirke 21 und 22 darstellen wird, konnte so weit fortgeführt werden, daß die Diskussion des Zwischenberichtes magistratsintern erfolgen kann. Dieser Zwischenbericht enthält neben der Festlegung von Problemzonen der Grünversorgung auf Grund von Richtwerten auch Zielvorstellungen für das bestehende Grünland aus ökologischer und landwirtschaftlicher Sicht sowie aus jener der erholungsuchenden Bevölkerung.

Für die Bezirksbearbeitung konnten aus der Bewertung der Probleme und Ziele für den 3. Bezirk und aus den bisher geführten Gesprächen mit Vertretern dieses Bezirkes wesentliche Erkenntnisse für die Bearbeitungen in anderen Bezirken gewonnen werden. Bezirksbezogene Grundlagen sind für eine Reihe von Bezirken bereits vorhanden. Deren Aufbereitung und Präsentation im Bezirk als Anregung zur Bewußtseinsbildung und Mitarbeit scheinen gleich gewichtig wie eine Darstellung aktueller Probleme und kurzfristiger Lösungsmöglichkeiten, die in einer 1. Stufe zusammenzustellen sind. In diesem Sinne konnten wesentliche Arbeiten für die „Grundstufe" eines Bezirksentwicklungsplanes für die Bezirke 2, 3, 5, 6, 16, 19, 20 und 21 geleistet werden.

Bevölkerungsfragen wurden im Jahre 1981 zunächst für den 13., 21. und 22. Bezirk im Hinblick auf die Bezirksentwicklungsplanung durchgeführt. Aus dem Frageprogramm konnte ein umfassendes Bild über alle wesentlichen Aspekte des Lebens im Bezirk gewonnen werden. Eine Befragung zum Image des 1. Bezirkes und zur Gestaltung des Karlsplatzes brachte ein durchwegs positives Ergebnis, was die Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen, wie Verbesserung der Erreichbarkeit und Verkehrsberuhigung, bestätigt.

Die Vorschläge für ein Bezirksverkehrskonzept für den 22. Bezirk, die schon im Jahre 1980 als Grundlage für interne Beratungen den Vertretern des Bezirkes übermittelt worden waren, wurden weitgehend abgeklärt, eine endgültige Zustimmung steht jedoch noch aus.

Über Wunsch der Bezirke 20 und 21 wurde mit der Ausarbeitung von Bezirksverkehrskonzepten für diese beiden Bezirke begonnen, wobei im 21. Bezirk die Problemanalyse abgeschlossen werden konnte. Diese wird die Grundlage für die Diskussionen mit und innerhalb des Bezirkes bilden.

Im Rahmen von Verkehrsprojektierungen wurden Bezirksverkehrskonzepte für den 3. und 5. Bezirk sowie für den überwiegenden Teil des 12. Bezirkes erstellt und in weiten Bereichen auch bereits mit den ausführenden Dienststellen und den Bezirksvertretungen abgeklärt.

Von der Abteilung wurde ein Bericht über den Stand der generellen Verkehrsplanung am 1. Oktober 1981 zusammengestellt, mit welchem dem Gemeinderat eine Darstellung über den Stand der Veranlassungen gemäß Verkehrskonzeption für Wien gegeben wurde.

Für die Projektierungen von U-Bahnen und Straßen hat sich eine Vorgangsweise bewährt, die mit jeder Ingenieurplanung gleichzeitig eine städtebauliche Begleituntersuchung vornimmt. Dadurch können nicht nur die Auswirkungen des geplanten Verkehrsbauwerkes auf die Stadtstruktur, also auf die Veränderung von Nutzungen und auf bauliche Entwicklungen, besser beurteilt, sondern auch die Trassen, die Stationen und Anbindungen besser auf die vorhandene Situation und auf die zukünftige Entwicklung abgestimmt werden.

Im Aufgabengebiet öffentlicher Verkehr standen die Planungen und Projektierungen im Rahmen des Schienenverbundprojektes und der zweiten Ausbauphase der U-Bahn im Mittelpunkt.

Für die U-Bahn-Linie U 3 war eine Überarbeitung des Generellen Projektes im Abschnitt Stadtpark—Schlachthausgasse erforderlich, da wegen einer Änderung der Ausbaureihung Wendefahrten bei der Sta-

tion Kundmanngasse zu berücksichtigen sind. Im Abschnitt Mitte (1. Bezirk) wurde eine Variante abgeschlossen, im Zuge der Bearbeitung jedoch die Untersuchung einer weiteren Trasse notwendig.

Zur vorsorglichen Trassensicherung wurde ein Vorprojekt für den Abschnitt Erdberg — Simmering fertiggestellt. Im Abschnitt 7. Bezirk konnte die Variantenuntersuchung so weit abgeschlossen werden, daß eine vollständige Entscheidungsgrundlage vorliegt.

An der Linie U 4 wurden Generelle Projekte für zwei neue Stationen, Reinprechtsdorfer Straße und Rampengasse, weitgehend fertiggestellt, so daß die Dienststellengespräche 1982 durchgeführt werden können.

Für die U-Bahn-Linie U 6 im Abschnitt Meidling (Gumpendorfer Straße—Philadelphiabrücke) konnte am 4. Mai 1981 die politische Projektsbesprechung abgehalten werden. Die Bearbeitung der verkehrlichen und städtebaulichen Begleit- und Folgemaßnahmen wurde mit Jahresende fertiggestellt. Ausgeklammert blieb die Querung des Wientales (Otto-Wagner-Brücke), für die jedoch im Jahre 1981 wesentliche Vorarbeiten für einen Ideenwettbwerb durchgeführt wurden.

Auf dem Gebiet der Straßenbahnplanungen ist eine Variantenuntersuchung für die Verlängerung der Linie 26 (17) von der Zschokkegasse nach Aspern, mit der Möglichkeit einer weiteren Verlängerung zum Motorenwerk, zu erwähnen. Gemäß dem vom 10. Bezirk beschlossenen Bezirksverkehrskonzept wurde auch eine Variantenuntersuchung für die Verlegung der Linie 67 (66) in der Neilreichgasse und Quellenstraße durchgeführt und so weit abgeschlossen, daß Anfang 1982 die Pflichtbesprechungen durchgeführt werden können.

Unter den Projektierungen auf dem Gebiet des Individualverkehrs standen Bearbeitungen von Teilabschnitten des hochrangigen Straßennetzes im Vordergrund.

Für den auf Wiener Gebiet verlaufenden Abschnitt der A 21 (Außenring-Autobahn) zwischen der Landesgrenze Kledering und dem Knoten mit der A 4 in Kaiserebersdorf wurde eine Variantenstudie, in der auch eine Überarbeitung des Knotens vorgenommen wurde, fertiggestellt.

Für den Abschnitt der A 24 (Autobahnverbindung Wien-Ost) zwischen Hirschstetten und Stammersdorf wurde die bereits 1980 begonnene Trassenstudie so weit fortgesetzt, daß nunmehr eine Prüfung und Bewertung der einzelnen Varianten und in weiterer Folge eine Entscheidung über die optimale Trassenführung erfolgen kann.

Die Bearbeitungen am Südgürtel (Gaudenzdorf — Matzleinsdorf) konnten so weit abgeschlossen werden, daß die Beurteilung der Umweltverträglichkeit dieser Verkehrstrasse bei verschiedenen Aus- bzw. Umbauvarianten möglich ist. Gleichzeitig wurden auch — wie bereits erwähnt — die Bezirksverkehrskonzepte für den 5. und Teile des 12. Bezirkes weiter vorangetrieben. Die zutage getretenen engen Abhängigkeiten zwischen Gürtel und Wiental (Westeinfahrt) machen jedoch eine Ausweitung dieser Bearbeitung notwendig.

Für die A 2 (Südautobahn) im Wiener Abschnitt sind gleichfalls Verbesserungen der Leistungsfähigkeit notwendig. Mit der Ausarbeitung dieser Projekte, die auch die Maßnahmen für den Umgebungsbereich, wie Wienerberggelände und Draschegründe, beinhalten werden, wurde 1981 begonnen.

Für die Abschnitte Mitte und Süd der A 22 (Donauufer-Autobahn) wurde am 4. November 1981 vom Bundesministerium für Bauten und Technik eine Verordnung gemäß § 4 Bundesstraßengesetz 1971 erlassen, wodurch der Straßenverlauf rechtswirksam wurde.

Zur bereits nahezu abgeschlossenen Planung der S 2 (Donaukanal-Schnellstraße) zwischen Prager und Brünner Straße waren neuerliche Änderungswünsche, wie die Verlegung der Anschlußstelle Trillergasse, der Anlaß zu einer zusätzlichen Untersuchung, die nunmehr in Auftrag gegeben werden mußte.

Sowohl für Abschnitte der B 1 (Wiener Straße) als auch der B 225 (Wienerbergstraße) wurden Projekte erstellt und abgeschlossen. Das Projekt der B 1 im Abschnitt Große Ungarbrücke — Schwarzenbergplatz mit Berücksichtigung der Anlenkung der Linie 71 zum Karlsplatz sowie einer Verkehrsfreimachung der Lisztstraße konnte mit allen Betroffenen grundsätzlich geklärt werden. Das Projekt der Führung der B 225 im 10. Bezirk im Zuge der Bitterlichstraße wurde in einer politischen Projektsbesprechung am 10. Juli 1981 verabschiedet, so daß es dem Bautenministerium vorgelegt werden kann. Im 11. Bezirk wurden mehrere Varianten der B 225 erarbeitet und den Organen des Bezirkes übermittelt; die Diskussion darüber ist noch im Gange.

Im Sinne des Auftrages, resultierend aus dem Beschluß der Verkehrskonzeption für Wien, wurden die Arbeiten an einem Radwegegrundnetz für Wien und an einem Radwege-Kurzfristprogramm weitgehend fertiggestellt. Diese beiden Planungen sollen 1982 den zuständigen Gremien vorgelegt werden. Der Teilbereich für den südlichen 10. Bezirk wurde bereits fertiggestellt und gemeinsam mit dem Verkehrskonzept dieses Bezirksteiles behandelt.

Bei den Projektierungen von Radwegen wurde mit dem Demonstrationsprojekt Donaukanal begonnen; der Radweg Reumannplatz — Inzersdorf, der in Niederösterreich bis Laxenburg weiterführt, ist abschnittsweise bereits in Bau.

Auch die Planungen von mehreren Park & Ride-Anlagen wurden in Übereinstimmung mit einem gleichfalls im Jahre 1981 fertiggestellten Park & Ride-Kurzfristprogramm weitgehend abge-

schlossen. Dies betrifft insbesondere Kagran, Leopoldau und eine Anlage an der Endstelle der Linie 64 (künftig U 6) in Siebenhirten.

Im Rahmen der Stadtforschung wurden zwei wesentliche Grundkarten so weit fertiggestellt, daß sie demnächst in Druck gehen können. Es sind dies eine generalisierte Darstellung der Flächenwidmung, die eine Übersicht über die mit den einzelnen Plandokumenten festgelegten Flächenwidmungen in Wien und den Rechtszustand im angrenzenden Umland enthält, sowie die generalisierte Darstellung der Flächennutzung, beide in den Maßstäben 1 : 25.000 und 1 : 50.000. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß die im Rahmen der Sachkapitel zum Stadtentwicklungsplan erstellten thematischen Karten mit textlichen Erläuterungen versehen und zu einem Atlas zusammengefaßt werden.

Die Arbeiten an den beiden Langzeitprojekten „Tragfähigkeit des Landschaftshaushaltes, 2. Teil" und „Klimaprojekt" wurden programmgemäß weitergeführt, Ergebnisse sind 1982/83 zu erwarten.

Die fachliche Öffentlichkeitsarbeit hatte einen Schwerpunkt in der Gestaltung der bereits eingangs erwähnten Ausstellung „Wien 2000" und deren laufender Betreuung. In dieser Ausstellung wird zum besseren Verständnis der angestrebten künftigen Entwicklung auch ein Rückblick auf die städtebauliche Entwicklung Wiens seit 1945 geboten. Dieser Teil stellt die Fortsetzung der Ausstellung „Die städtebauliche Entwicklung Wiens bis 1945" aus dem Jahre 1979 dar. Der zweite Schwerpunkt lag in der Druckvorbereitung von Broschüren im Rahmen der Schriftenreihe „Beiträge zur Stadtforschung, Stadtentwicklung und Stadtgestaltung", in der neben den bereits erwähnten Heften zum Stadtentwicklungsplan drei weitere Bände fertiggestellt wurden, und zwar Band 6 „Die städtebauliche Entwicklung der Stadt Wien in Beziehung zum Verkehr", Band 7 „Planung und Gestaltung des Donaubereiches" und Band 8 „Der Karlsplatz in Wien".

Die Abteilung und ihre Mitarbeiter vertreten die Stadt bzw. das Land Wien im In- und Ausland. Der Leiter der Abteilung wurde 1981 in den Vorstand des Internationalen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung (IVWSR) gewählt und nimmt dort die Interessen und Kontakte Österreichs wahr.

Anläßlich des „Internationalen Planertreffens" in Bern wurde ein Länderbericht vorgelegt. Eine Darstellung des Stadtentwicklungsplanes erfolgte in einer Sitzung des Österreichisch-Ungarischen Raumordnungsseminars in Ungarn sowie anläßlich des Besuches mehrerer ausländischer Expertengruppen in Wien.

Die Betreuung von Fachleuten aus dem In- und Ausland in Form von Vorträgen, Diskussionen und Führungen sowie die im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gehaltenen Referate vor Interessenvertretungen, Mandataren, Planungsstellen der Länder, politischen Versammlungen usw. zu aktuellen Themen der Stadtplanung bildeten wieder einen Schwerpunkt der Aufgaben der Abteilung. Ferner ist die Tätigkeit in einer Vielzahl von Gremien, Kommissionen usw. zu erwähnen. Neben den Funktionen in der Geschäftsleitung der Planungsgemeinschaft Ost sollen beispielhaft auch das gesamtösterreichische Verkehrskonzept, die vorbereitende Kommission im Bundesministerium für Bauten und Technik für eine Novelle des Bundesstraßengesetzes und für eine neue Dringlichkeitsreihung sowie die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) angeführt werden. Innerhalb des Magistrates ist die Mitarbeit in vielen Ausschüssen, wie bei Behindertenfragen usw., gleichfalls notwendig.

Stadtgestaltung

Im Rahmen der Geschäftsgruppe Stadtplanung sind der Magistratsabteilung 19 Agenden der Stadtgestaltung zugewiesen. Diese von ihren Bediensteten wahrgenommene Tätigkeit wird im Stadtbild sichtbar und prägt dessen optisches Erscheinungsbild. Daß trotz engster Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen, Interessenvertretungen, politischen Institutionen und mit der Bevölkerung selbst diese Tätigkeit oft der Kritik ausgesetzt ist, liegt in der Vielschichtigkeit und Schwierigkeit der Aufgaben begründet.

Unter dem Sammelbegriff Stadtgestaltung sind mehrere Schwerpunktbereiche (Referate) innerhalb der Abteilung zu verstehen, und zwar die Stadtgestaltung, der städtische Wohnbau, der städtische Nutzbau sowie in Ergänzung dazu Bauberatung und Architektenwettbewerbe. Damit in Zusammenhang stehen die Planungsvergaben an Ziviltechniker, die Überprüfung ihrer Leistungen und Honorare und selbstverständlich die übliche Kanzleiarbeit mit Protokoll und Akten.

Der Bereich Stadtgestaltung tritt durch seine oftmals großräumigen Projekte am auffälligsten in den Wahrnehmungsbereich jedes Stadtbewohners und Stadtbesuchers. An Hand des im Stadtentwicklungsplan weitgesteckten Aufgabenbereiches konnte im Jahr 1981 erstmals ein „Bezirksgestaltungskonzept" für Meidling abgeschlossen und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Dieser Planungsprozeß umfaßt die Erarbeitung von generellen und praxisbezogenen Unterlagen. Durch Analyse und Bewertung des örtlichen Stadtbildes sind somit Grundlagen gegeben, die ein koordiniertes Vorgehen im Zuge von konkreten Projekten gewährleisten. In einer mehrwöchigen Ausstellung wurde den Besuchern das Projekt gezeigt und erläutert. Die Auswertung der Fragebogen erbrachte eine überwiegend positive Aufnahme der vorgeschlagenen stadtgestalterischen Maßnahmen.

In Analogie zu dem Projekt „Meidling" wurde in Weiterverfolgung der Stadtteilbearbeitung das „Bezirksge-

staltungskonzept Landstraße" mit dem Hauptkapitel Bestandsaufnahme abgeschlossen. Ebenso wurde mit dem „Bezirksgestaltungskonzept Wieden-Margareten" begonnen und konnten Teilabschnitte abgeschlossen werden.

Die immer dringlicher werdende Auseinandersetzung mit dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan unter besonderer Berücksichtigung des örtlichen Stadtbildes, aber auch auf Grund von geänderten Voraussetzungen durch die großräumige Verkehrsplanung bildet einen weiteren Aufgabenbereich. Hiezu werden Stellungnahmen, Stadtbildanalysen, Standortbewertungen für Großbauvorhaben, im besonderen für Hochhäuser, erarbeitet. Diese intensive Bearbeitung einzelner Stadtbereiche unter Berücksichtigung der Bezirksgestaltungskonzepte hat zur Folge, daß fallweise Anträge auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes zu stellen sind. Was das Bezirksgestaltungskonzept Meidling betrifft, so konnten diese Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen werden. Im Jahre 1981 wurden weitere Gestaltungskonzepte für Stadtteilplanungen erstellt. Es betraf dies die unter Schutz stehenden alten Ortskerne Unter- und Oberlaa sowie Leopoldau. Diese Bearbeitungen konnten gleichfalls der Öffentlichkeit präsentiert werden. Gestaltungskonzepte für Bezirke wie für Stadtteile bilden insoferne einen wesentlichen Arbeitsbehelf, weil sie für die Bauberatung sowie für die Baupolizei wichtige Entscheidungsgrundlagen sind.

Oberflächenplanungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau oder großräumigen Straßenprojekten stehen, stellen bereits projektorientierte Planungen dar. Als bedeutendstes Vorhaben dieser Art wurde der gesamte Franz-Josefs-Kai sowohl in der Planung wie auch weitgehend in der Realisierung abgeschlossen. Mitenthalten waren der Bereich Vorkai, wie auch die Gestaltungsüberlegungen zur neuen Rossauer Brücke.

Diese von einem Ziviltechniker erarbeiteten Projekte wurden von der Abteilung betreut. Das gleiche gilt für die Gestaltungsvorschläge für den Schwarzenbergplatz, die Lisztgasse sowie den Bereich der Bundesstraße 1 bis zum Stadtpark. Dieses generelle Projekt konnte zum Jahresende ebenso abgeschlossen werden.

Abteilungseigene Planungen waren die Weiterführung der Detailbearbeitung für die Praterstraße und den Mexikoplatz sowie des Columbusplatzes und der unteren Favoritenstraße, wo bedingt durch die nachträgliche Einbeziehung einer überregionalen Radwegeverbindung Umplanungen erforderlich wurden. Eine Reihe weiterer Oberflächenprojekte geringeren Umfanges, wie Rosasgasse, Künstlergasse, Lehárgasse usw., konnte planungsmäßig abgeschlossen und realisiert werden. In das Jahr 1981 fiel auch die Einsetzung des Arbeitskreises „Wohnstraßen", der in einem Auswahlverfahren jene öffentlichen Bereiche ausweisen wird, die in der Folge zu Wohnstraßen ausgestaltet werden sollen. Dazu kam noch die Mitwirkung an den U-Bahn-Projekten (U 1, U 3, U 6), der Vorortelinie und der Planungen für die Donauinsel.

Die Abteilung konnte weiters als Vertreter des Auslobers den Architektenwettbewerb für eine Wohnbebauung in 19, Weinberggasse 70—74 — auf den sogenannten „Gräf-und-Stift-Gründen" —, abschließen, so daß zum Jahresende das Juryergebnis vorlag. Selbst teilgenommen hat die Abteilung am bundesweiten Wettbewerb „Gemeinde als Lebensraum". Von den sechs eingereichten Beiträgen — z. T. von Ziviltechnikern, aber auch abteilungseigene Planungen — wurden drei ausgezeichnet. Der Beitrag der Abteilung „Wohnstraße am Beispiel Wichtelgasse" zum Wettbewerb der Zentralvereinigung der Architekten Österreichs wurde gleichfalls prämiiert.

Die Planung städtischer Wohnbauten ist ein wichtiges Aufgabengebiet der Abteilung. Das Hauptgewicht lag wieder bei der projektbegleitenden Mitarbeit an den an Ziviltechniker vergebenen Planungsaufträgen im Rahmen des städtischen Wohnbauprogrammes. Hervorgehoben werden soll die Planung für das Projekt 11, Oberleitengasse 19, bei dem die künftigen Mieter bei der Grundrißlösung, der Gestaltung der Außenanlagen, der Detailplanung der Gemeinschaftseinrichtungen usw. bereits im Planungsstadium zur Mitarbeit beigezogen wurden. Dies ist der zweite Versuch dieser Art nach dem bereits fertiggestellten Wohnhaus 16, Feßtgasse 16. Bei weiteren 48 von insgesamt 81 Architekten bearbeiteten Wohnbauvorhaben wurden die Planungsarbeiten projektbegleitend unterstützt. Behindertengerechtes Bauen wurde seitens der Abteilung ebenso berücksichtigt wie die Planung von infrastrukturellen Einrichtungen für die Versorgung der Bevölkerung, wie mit Arztpraxen, Mutterberatungen, Pensionistenklubs, Kindertagesheimen und Stützpunkten für soziale Dienste. Die Planung des Wohnhauses in 3, Löwengasse—Kegelgasse, des Öko-Hauses, einer experimentellen Planung für eine Sonderform des Wohnens im innerstädtischen Bereich, wurde unter Mitwirkung des Malers Prof. F. *Hundertwasser* in der letzten Arbeitsphase abteilungsintern durchgeführt. Bei dem vorliegenden Projekt handelt es sich um die Integration von Grünflächen (begrünten Dächern, Balkonen, Hallen), die dem Mieter als Erweiterung seiner Wohnung zur Benützung und Betreuung zur Verfügung gestellt werden sollen.

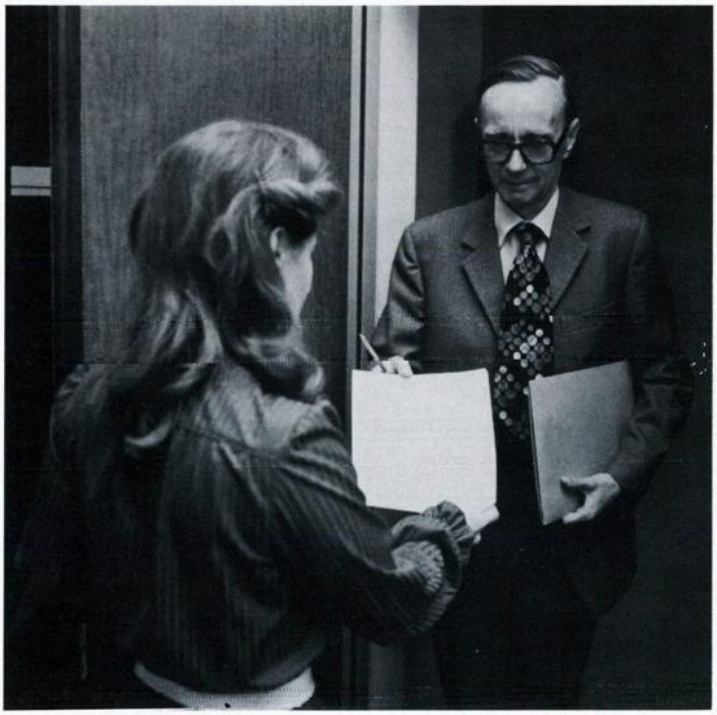
Im Referat Nutzbau sind alle Projektbearbeitungen mit Ausnahme des Wohnbaues zusammengefaßt. Ihm obliegt, ausgehend von der Grundlagenbeschaffung, die Planung eigener bzw. die Koordinierung des Planungsablaufes der Projekte bei Beauftragung von Ziviltechnikern bis zur Fertigstellung der Bauwerke. I e Projekte werden nach Ausarbeitung des Vorentwurfes den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

Auf dem Bildungssektor liegt beim Schulbau der Stadt Wien der Schwerpunkt weiterhin bei der Erneuerung überalteter Objekte im innerstädtischen Bereich. Die Problematik besteht hier vor allem in der Aufrechterhaltung des Schulbetriebes und in der sehr beengten Beschaffenheit der Bauplätze. Daraus resultiert auch die Notwendigkeit der etappenweisen Errichtung der Gebäude. An abteilungsinternen Schulplanungen werden gegen-

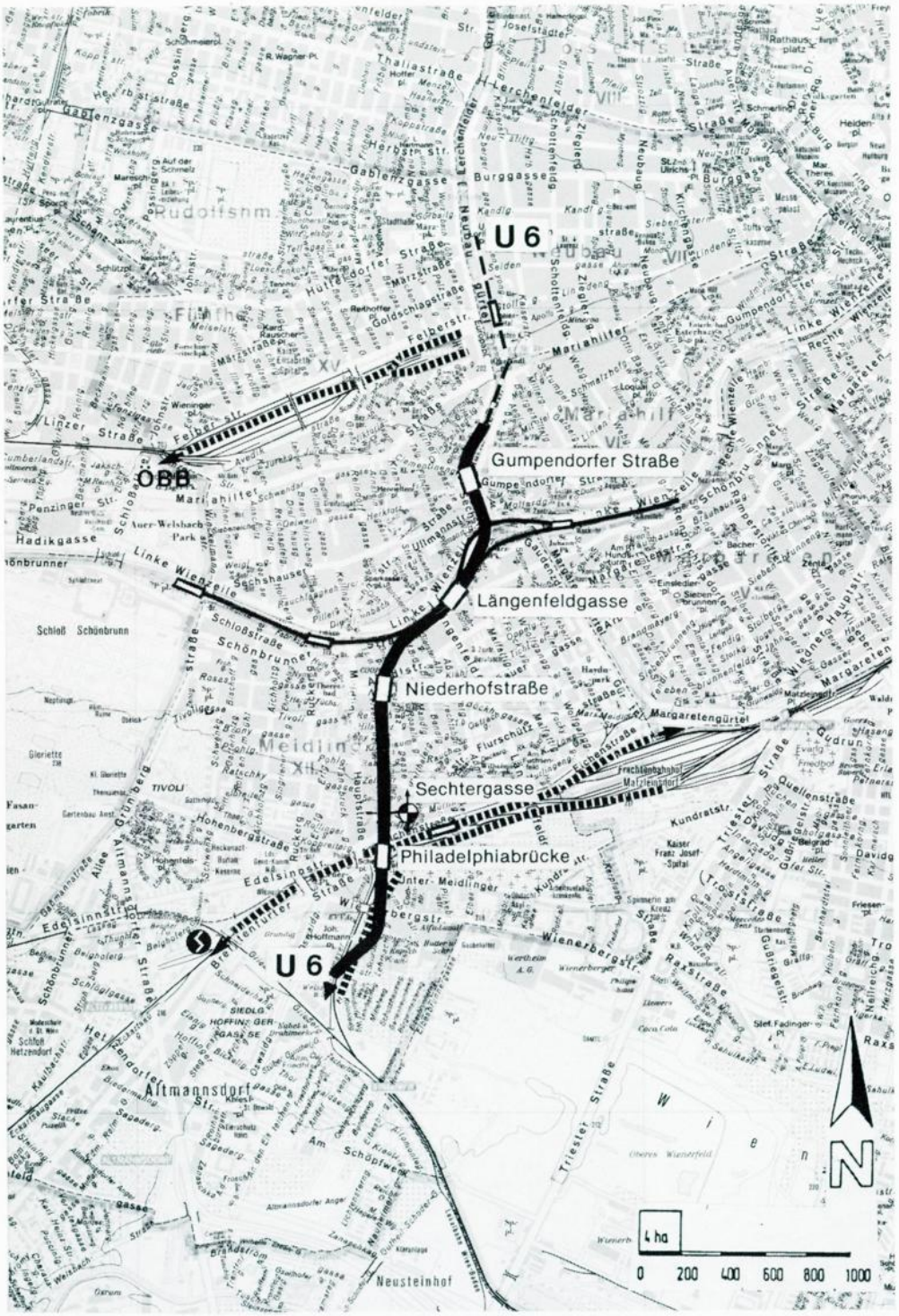


Bürgermeister Leopold Gratz und Amtsführender Stadtrat Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Rudolf Wurzer (Stadtplanung) bei der Eröffnung der Ausstellung „Wien 2000" im Messepalast

Stadtplanung



Für die Durchführung der Großzählung 1981 (Volkszählung, Häuser- und Wohnungszählung sowie Arbeitsstättenzählung) waren 8.111 Personen, im überwiegenden Ausmaß Bedienstete des Magistrates der Stadt Wien, als Zählorgane eingesetzt



Stadtplanung

Trassenführung der U 6 — Abschnitt Gumpendorfer Straße—Sechtergasse, Sechtergasse—Philadelphiabrücke

wärtig die Weiterführung der Generalsanierung der Zentralberufsschule in 15, Hütteldorfer Straße, samt Erweiterungsbau und die Adaptierung der Schule in 15, Meiselstraße—Johnstraße, für Berufsschulzwecke während der Bauausführung betreut. Der Neubau der 8klassigen Ganztagsschule in 15, Reichsapfelgasse, eine Planung der Abteilung, wurde fertiggestellt. Die teilweise Inbetriebnahme erfolgte im September 1981. Von den Schulplanungen, die durch Ziviltechniker erstellt werden und bei denen die Abteilung koordinierend mitwirkt, sind die Vorentwurfsplanungen für die 12klassige Volksschule in 18, Köhlergasse, und die 16klassige Schule in 20, Gerhardusgasse, mit Tagesheim und Sanitätsstation sowie die Bauausführungsplanungen für den Polytechnischen Lehrgang mit 24 Klassen in 10, Pernerstorfergasse, und der Zubau der Turnhalle in 22, Plankenmaisstraße, zu nennen.

Die zahlreichen städtischen Bäder stellen ein sehr beliebtes Freizeitangebot dar. Um die Attraktivität noch zu verbessern und dem neuen Bädergesetz zu entsprechen, waren umfangreiche bauliche Maßnahmen auf Grund des unterschiedlichen Alters und Zustandes der Anlagen erforderlich. Die dafür notwendigen Planungsarbeiten konnten größtenteils in der Abteilung durchgeführt werden. Dabei wurden nicht nur auf dem Sektor Frei- und Hallenbäder, sondern auch auf dem von der Bevölkerung immer mehr in Anspruch genommenen Bereich Sauna Verbesserungen durchgeführt.

Umfangreiche Planungs- und Koordinierungstätigkeiten waren für Umbau- und Adaptierungsarbeiten sowie Einrichtungen in Amtshäusern und in sonstigen städtischen Objekten durchzuführen, so in der Dresdner Straße und im Felderhaus. Das in den Amtshäusern derzeit verwendete Beschilderungssystem führt infolge seiner Unübersichtlichkeit zu Orientierungsschwierigkeiten. Eine 1980 begonnene Studie zur Ermittlung eines geeigneten Systems wurde 1981 abgeschlossen; das neue System wird derzeit im Felderhaus in der Praxis erprobt.

Der Arbeitsbereich „Kindertagesheime und Heime für Jugendliche sowie alle im Verwaltungsbereich des Jugendamtes liegende Bauvorhaben" umfaßt Neubauten und Renovierungen von Kindertagesheimen, Heimen, Wohngemeinschaften, Bezirksjugendämtern sowie sonstige therapeutische Einrichtungen. Von den abteilungseigenen Kindertagesheim-Neubauten wurde für ein 7gruppiges Kindertagesheim in 2, Engerthstraße 152, die Planung für eine Generalunternehmerausschreibung erstellt, das Kindertagesheim in 23, Wiener Flur—Basler Gasse, begonnen und ein 10gruppiges Kindertagesheim in 12, südlich „Am Schöpfwerk", fertiggestellt.

Durch die stete Weiterentwicklung und Spezialisierung auf dem Gebiete des Krankenhausbaues ist die Abteilung mit einer Vielzahl und Vielartigkeit von Planungsaufgaben konfrontiert. Diese werden von den Planungsgruppen des Referates größtenteils selbst durchgeführt und stellen ein besonders umfangreiches Einsatzgebiet mit laufenden Planungsarbeiten, Bau- und Koordinierungsgesprächen sowie der Baubetreuung mit künstlerischer Oberleitung und Materialauswahl dar. Die manchmal wenig bedeutend erscheinenden Umbauarbeiten erfordern jedoch auf Grund der Einordnung bzw. Verflechtung mit anderen Bereichen, aber auch oftmals durch die Beengtheit der vorhandenen baulichen Gegebenheiten viel Geschick und Erfahrung.

Der Schwerpunkt liegt nach wie vor beim Umbau von Krankenbettenstationen, Primariaten und medizinischen Versorgungseinrichtungen (Ambulanzen, OP-Säle), beim Umbau von Küchen und Tagesräumen, der Errichtung von Therapieräumen, haustechnischen Anlagen, bei Fassadeninstandsetzungen sowie der Errichtung und Einrichtung von Verwaltungs- und Lagergebäuden. In diesem Zusammenhang darf nicht auf die gerade im Spitalbau erforderliche intensive und arbeitsaufwendige Vorplanung vergessen werden. An Hand von vielen Vorentwurfsprojekten und Skizzen muß mit ärztlichen Leitern, der Spitalsverwaltung und den künftig mit der Ausführung und Instandhaltung befaßten Dienststellen in Arbeitsgesprächen das letztlich zur Ausführung vorgesehene Projekt erarbeitet werden. Durch die abteilungsinterne Planungsarbeit kann gerade bei kleineren, aber sehr koordinierungsaufwendigen Projekten beträchtliches an Planungskosten eingespart werden. Koordinierungsbesprechungen mit den befaßten Dienststellen, die Begleitung des Projektes durch alle magistratsinternen Besprechungen von der Raumprogrammbesprechung über die Spitalsplanungskommission bis zur allfälligen Präsentation im Gemeinderatsausschuß zählen zu den Aufgaben der Abteilung.

Planungen größeren Umfangs wurden abteilungsintern für Baumaßnahmen im Allgemeinen Krankenhaus (2. Medizinische Universitätsklinik Nuklearmedizin, Umbau der Station 42 in OP-Trakt), in der Allgemeinen Poliklinik (Zubau der Urologischen Abteilung und Physikalischen Medizin), im Sophien-Spital (Umbau der Röntgenabteilung, des Eingangsbereiches im Chirurgischen Pavillon), im Psychiatrischen Krankenhaus Ybbs (Adaptierung der Krankenabteilung II und des Festsaales) sowie im Pflegeheim St. Andrä (Planung eines „Alt-Wiener-Cafés") durchgeführt.

Im Sozialmedizinischen Zentrum Ost wurde das Pflegeheim im Dezember 1981 fertiggestellt, der Magistratsabteilung 17 übergeben und anschließend in Betrieb genommen. Für das Krankenhaus wurde auf Grund von Vorentwürfen im Rahmen einer Bauausschußsitzung eine kombinierte Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechung abgehalten. Die Weiterplanung über den Vorentwurf hinaus wird nach Abschluß von Sondervereinbarungen mit der Ingenieurkammer bezüglich des Architektenvertrages und nach dessen Unterzeichnung im Rahmen des Terminplanes fortgesetzt.

Im Zusammenhang mit der Beauftragung von Ziviltechnikern (Architekten) und Konsulenten für die Planung von Wohn- und Nutzbauten der Stadt Wien muß auf die oft schwierigen Vertragsverhandlungen und

Gebührenberechnungen sowie auf die umfangreichen Schlußabrechnungen langfristiger Bauvorhaben hingewiesen werden. Es sind insbesondere die äußerst langwierigen Vertragsverhandlungen für den Planungsvertrag des Krankenhauses beim Sozialmedizinischen Zentrum Ost hervorzuheben, die schließlich zu einem positiven Ergebnis geführt werden konnten. In Anbetracht der Größe und Besonderheit des Bauvorhabens wurden mit der Ingenieurkammer Verhandlungen geführt, so daß hiefür als Vorgriff auf eine zukünftige integrierte Gebührenordnung Sondervereinbarungen und damit Kosteneinsparungen erzielt werden konnten. Darüber hinaus waren im Jahre 1981 durch das Inkrafttreten der neuen Gebührenordnung Bauwesen (GOB-I) auf Grund des magistratsinternen erarbeiteten Entwurfes der „Vereinbarung zwischen Ingenieurkammer und Stadt Wien über die Vergebührung von Architekten- und Bauingenieurleistungen beim U-Bahn-Bau" umfangreiche Verhandlungen mit der Ingenieurkammer zu führen.

Nicht unerwähnt sollen aber auch die vielen, oft wenig beachteten, aber nicht minder arbeits- und einsatzaufwendigen Planungsarbeiten und die Mitarbeit an Bauvorhaben und Tätigkeiten bleiben, die für die reibungslose Erfüllung von Leistungen der Stadtverwaltung erforderlich sind. Es sind dies unter anderem Bauten für die Stadtreinigung, das Stadtgartenamt, die vielen Umbauten von Aufzügen, Stiegenanlagen und behindertengerechten Toilettenanlagen im Rahmen der Maßnahmen im „Jahr der Behinderten" und nicht zuletzt Bauten für die Detailmärkte.

Der Abteilung obliegt weiters die Mitarbeit im Rahmen der Kulturförderung bei der Auswahl von Arbeiten bildender Künstler zur Ausschmückung von städtischen Wohn- und Nutzbauten. Der Entwurf für Fassadenaufschriften an städtischen Gebäuden, die Gestaltung der Widmungstafeln und die Beiziehung bei der Situierung und Umgebungsgestaltung von Denkmälern fallen ebenfalls in diesen Aufgabenbereich. Der Abteilung obliegen letztlich auch die architektonische Begutachtung und Beratung im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens. Dadurch erwächst ihr die Aufgabe, alle bewilligungspflichtigen Bauansuchen für Neu-, Zu- und Umbauten, Portale und Reklameanlagen auf ihre optische Wirkung im Stadtbild zu begutachten. Es ist dies, im positiven Falle, eine von der Öffentlichkeit eher unbemerkte, von den Betroffenen im negativen Fall aber eine heftig kritisierte Tätigkeit. Bei dieser Tätigkeit soll Zwang sowie Reglementierung vermieden und Spielraum für die stete Entwicklung auf dem architektonischen und technischen Gebiet erhalten bleiben.

Im Jahre 1981 wurden 6.771 Ansuchen eingebracht, bearbeitet und kurzfristig an die Baupolizei weitergeleitet, außerdem auf dem Teilgebiet Fenstererneuerung, Abgasstutzen für Gasheizgeräte und Loggien 5.854 Ansuchen erledigt.

Druckerei und technische Dokumentationen

Mit den am 21. Februar 1979 und 1. Jänner 1980 wirksam gewordenen Änderungen der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien wurden die wesentlichen Voraussetzungen für die bereits 1972 erstmals der Magistratsdirektion vorgeschlagene Umwandlung der Abteilung in eine technische Serviceabteilung für den gesamten Magistrat mit Serviceleistungen auf den Gebieten der Reprographie, Drucktechnik, des Mikrofilms und der technischen Dokumentation nach innen und außen geschaffen. Voraussetzung dafür war die Reduzierung auf relevante Geschäfte. Abgegeben wurde das historische Planarchiv an die Magistratsabteilung 8, Wiener Stadt- und Landesarchiv, der größte Teil des Vermessungshilfspersonals und die Beschaffung geodätischer Instrumente an die Magistratsabteilung 41.

Mit der Fertigstellung der Adaptierungsarbeiten der Räume in der Dresdner Straße wird voraussichtlich im Frühjahr 1983 das Baueinlagenarchiv für die Bezirke 1 bis 9 und 20 der Baupolizei übergeben. Durch die eingangs erwähnten Änderungen wurden die städtische Druckerei im Amtshaus Modenapark und die Hausdruckerei der Magistratsabteilung 17 im Allgemeinen Krankenhaus in den Geschäftsbereich der Abteilung einbezogen und diese von „Plan- und Schriftenkammer" in „Druckerei und technische Dokumentation" umbenannt. Die wachsenden Aufgaben der Kommunalverwaltung, die zur Einführung neuer Organisationsformen und Techniken führten, bedingten das organische Wachstum der Abteilung. Aus der „Konterphot- und Lumoprintanlage" wurde eine zentrale Druckerei des Magistrates mit ausgereifter Technologie. Die langjährigen Bemühungen und die schrittweise Einführung moderner Geräte und Techniken fanden in den Gutachten der Betriebsberatungsfirma Dr. Urmann Ges. mbH und in einem Fachgutachten der Höheren Graphischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt ihre Bestätigung. Ziel der neuen Organisation ist es, dem durch laufende Kontakte zur Graphischen Industrie geschulten neuen Management die Möglichkeit effektiverer und wirtschaftlicher Betriebsführung zu geben, wobei das stete Suchen nach Optimierung und Verfeinerung von technischen Verfahren sowie die Entwicklung neuer Organisationsstrategien die Basis dieser Bestrebungen bilden. Das Durchziehen dieser klaren und eindeutigen Zielvorstellungen ist jedoch nur bei konsequenter Durchführung der im Konzept vorgesehenen Maßnahmen möglich. Die seit langem praktizierte intensive Personalschulung, die wirksame Arbeitsvorbereitung, die Projektsplanung sowie die Einführung eines aussagefähigen Rechnungswesens und einer betriebsgerechten Kalkulation waren mit der Einbeziehung der Druckerei Modenapark ein erster Schritt zur Realisierung des von der MD-Verwaltungsorganisation vorgegebenen Konzepts über die Gestaltung der zentra-

len Druckerei. Durch den Ankauf einer Hochleistungs-Schneidemaschine mit einer Einlaufbreite von 115 cm sowie durch die Skartierung nicht mehr wirtschaftlicher Maschinen konnte die für eine effiziente Organisation notwendige Strukturbereinigung im Ansatz verwirklicht werden.

Viele der Zielvorgaben für das erste Betriebsjahr konnten aus finanziellen Gründen nicht erfüllt werden, wie zum Beispiel der Ankauf eines für die Aufgabenbewältigung im Satzbereich unbedingt notwendigen Lichtsatzgerätes mit ausreichender Speicherkapazität und ausgefeilter Software oder die Transferierung der großen Bogenoffsetmaschine vom Rathaus in die klimatisierten Räume der Druckerei Modenapark.

Außer den entsprechend dem von der MD-VO erarbeiteten Konzept für das Betriebsjahr durchgeführten Maßnahmen hat die Abteilung aus eigener Initiative wichtige organisatorische Verbesserungen durchgeführt. So wurde durch die Verlagerung der Adressograph-Anlage vom Amtshaus Modenapark in das Rathaus eine wesentliche Einsparung an Zeit (Verkürzung der Lieferzeit) und Transportkapazität erreicht. Durch den Ankauf einer Paketmaschine konnte der Engpaß beim Versand der Druckerzeugnisse weitgehend beseitigt werden. Die nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten durchgeführten Service- und Reparaturarbeiten bewirkten eine Verkürzung der maschinell bedingten Stehzeiten, die Ergänzung beziehungsweise Erneuerung des Bleisatzes brachte eine Verkürzung der Satzzeiten und eine Verbesserung des Schriftbildes mit sich. Darüber hinaus wurde durch den Ankauf einer kleinformatigen Dunkelraum-Kamera im Bereich der Reprophotographie eine Steigerung des technischen Standards und der damit verbundenen Verkürzung von Produktionszeiten erreicht.

Im graphischen Betrieb der Abteilung wurden im Jahre 1981 Produkte im Gesamtwert von 6,9 Millionen Schilling hergestellt. Es konnte somit eine Steigerung der Produktion gegenüber dem Jahre 1980 erreicht werden.

Zu den laufenden Arbeiten, wie der Herstellung der Stadtkarte 1 : 2.000, der Behelfskarte 1 : 5.000, von Plandokumenten und diversen thematischen Karten, wurden neue Aufgaben übernommen. Auf den Druck der Diplome für die MD-Ehrenzeichenkanzlei muß besonders verwiesen werden, da diese Druckaufträge bisher an Privatfirmen vergeben wurden. Durch die Eigenproduktion konnten Budgetmittel in Millionenhöhe eingespart werden.

Auf dem Gebiet der Kartographie lief die Herstellung neuer Produkte an, wie die Vorarbeiten zum Druck des neuen, mehrfarbigen Feuerwehrplanes 1 : 3.000, des Luftbildplanes 1 : 10.000 — eine Reproduktion der Originalbilder des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen — und die Herstellung eines mehrfarbigen, computergezeichneten Bezirksplanes des 20. Bezirkes.

Auf Grund des finanziellen Engpasses bei der Vergabe von Lichtpausarbeiten wurde die Lichtpausanlage der Abteilung bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit eingesetzt, wodurch es zwangsläufig zu längeren Wartezeiten kam.

Der Mikrofilm fand im Jahre 1981 eine weitere Verbreitung. Die bestehenden Verfilmungsprojekte der Magistratsabteilungen 26, 29, 30 und 38 sowie der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke und der Verkehrsbetriebe wurden in verstärktem Ausmaß weitergeführt.

Im Bereich der Bibliothek wurde die Mikroverfilmung der abgelegten und jahrgangsweise zusammengestellten Fachzeitschriften auf 16-mm-Rollfilm weiter fortgeführt. Die Inhalte dieser verfilmten Zeitschriften können dem Interessenten über ein in der Abteilung aufgestelltes Bildschirmgerät zur Verfügung gestellt werden, wobei die Möglichkeit der Anfertigung einer Kopie besteht. Darüber hinaus wurde im Bereich der technisch-wissenschaftlichen Bibliothek für die Anschaffung sowohl von Fachliteratur (Bücher, Zeitschriften) als auch von Normblättern, Gesetzen und anderen Vorschriften 629.888 S aufgewendet. Der Zugang an Büchern betrug im Jahre 1981 222 Bände, davon kamen 38 durch unentgeltliche Überlassung in den Besitz der Abteilung. Somit betrug der Gesamtstand am Jahresende 27.625 Bände beziehungsweise 15.624 Werke. Insgesamt 2.346 Entlehnungen konnten verzeichnet werden. In der Bibliothek der Abteilung liegen über 300 Fachzeitschriften aus diversen Sachgebieten (Bautechnik, Bauwesen, Architektur, Planung, Energietechnik, Umweltschutz, Maschinenbau usw.) auf und werden im Abonnement beziehungsweise als Tauschexemplar für die Fachzeitschrift der Stadtbaudirektion „Der Aufbau" bezogen. Vier Abonnements wurden neu bestellt, fünf nicht mehr erforderliche storniert. Im Rahmen eines wöchentlichen, internen Austausches werden die Zeitschriften an etwa zehn Interessenten, das sind Fachdienststellen und -referate usw., weitergegeben. Dadurch wird einem größeren, relevanten Personenkreis rasch aktuelle Information zugänglich gemacht. Die Fachzeitschriften können auch in der Abteilung gelesen und gegebenenfalls entlehnt werden. Die Bibliothek bietet außerdem Zusammenstellungen diverser Sachgebiete in Form eines Profildienstes (in Kopie) an. Damit werden besonders aktuelle Informationen gezielt und rasch an entsprechende Interessengruppen vermittelt. Die Ö-Normen des Bauwesens und andere wichtige Sachgebiete sind — soweit sie häufig angefordert werden — vorrätig. Da der Bedarf an Normen ständig steigt, wurden für deren Beschaffung im Jahre 1981 250.000 S aufgewendet. Allerdings mußte festgestellt werden, daß mit diesem gekürzten Betrag nur das notwendigste Auslangen gefunden werden konnte, obwohl das Österreichische Normungsinstitut der Abteilung erhöhte Rabatte gewährt.

Bundes-, Reichs-, Staats- und Landesgesetze sowie verschiedene Rechts- und Vorschriftensammlungen sind in der Abteilung als Nachschlageexemplar vorhanden und können eingesehen werden. Für diese stehen Ver-

zeichnisse beziehungsweise Indizes zur Verfügung. Von den „Arbeitsergebnissen der Geschäftsgruppe Stadtplanung", die im Laufe des Jahres eingelangt sind, wurde ebenfalls eine Partie in der Bibliothek archiviert. Durch das Inkrafttreten des neuen Mietenschutzgesetzes war im Herbst 1981 im Baueinlagenarchiv ein starker Anstieg der Zahl an Einsichtnahmen durch Parteien zu verzeichnen. Die durchschnittliche Steigerungsrate betrug rund 28 Prozent.

Den technologischen und organisatorischen Änderungen wurde auch auf dem Gebiet der betrieblichen Sicherheit voll entsprochen. Mit dem Inkrafttreten des Bedienstetenschutzgesetzes 1980 durch den MD-Erlaß, MD-678-3/80, wurden die von der Abteilung schon vor Jahren gesetzten Aktivitäten auf dem Gebiet der Sicherheit der Bediensteten auf eine neue, gesetzliche Basis gestellt. Im Jahre 1981 wurde ein weiteres Maßnahmenpaket verwirklicht, MA 20-242/80 vom 3. September 1980, das die Sicherheit am Arbeitsplatz erhöht und somit die Leistungsfähigkeit des Druckereibetriebes auf einem konstant hohen Niveau erhält. Es ist vorgesehen, diese Richtlinien jährlich zu überarbeiten und den gesetzlichen Bestimmungen anzupassen.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

Eine wesentliche Tätigkeit der Abteilung umfaßt die S t a d t t e i l p l a n u n g e n in den verschiedenen Teilen des Stadtgebietes.

Auf Grund der positiven Erfahrungen mit der Beteiligung der Bewohner bei Stadterneuerungsmaßnahmen werden seit 1980 für ausgewählte Teilgebiete Stadtteilplanungen durchgeführt, die der Forderung nach einer volksnahen Stadtplanung voll entprechen. Die interessierte Bevölkerung bekommt dadurch die Möglichkeit, vor der öffentlichen Auflage von neuen bzw. geänderten Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen an der Gestaltung ihres Gebietes mitzuwirken. Im Rahmen von zwei Informationsveranstaltungen können Wünsche und Vorschläge eingebracht werden. Erst wenn die zweite Informationsveranstaltung erfolgreich verlaufen ist, erfolgt die nach § 2 der Bauordnung (BO) für Wien gesetzlich vorgeschriebene Behandlung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, das heißt, die öffentliche Auflage durch vier Wochen.

Für den 17. Bezirk, den Bereich Heuberg, wurde die in den Vorjahren eingeleitete Stadtteilplanung fortgeführt. Das Ergebnis aus den Diskussionsveranstaltungen über Planungsvorschläge mit der Bevölkerung fand seinen Niederschlag in einem Antragsentwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan, der dem Genehmigungsverfahren laut BO für Wien zugeleitet wurde.

Weitere Stadtteilplanungen wurden für folgende Bereiche ausgearbeitet:

10. Bezirk: Oberlaa und Unterlaa:
- Fertigstellung der Planungsvorschläge und Information der Bevölkerung in Form einer Ausstellung;
- Vorschläge zur Revitalisierung der alten Ortskerne, wie:
- Schutzzonenausweitung laut § 7 der BO für Wien;
  detaillierte Festsetzung im Flächenwidmungs- und Bebauungsplan in bezug auf Bauhöhe, Dachneigung u. dgl.

14. Bezirk — Augustinerwald:
- Abstimmung der Planungsvorschläge mit den Fachdienststellen und den politischen Entscheidungsträgern;
- Fertigstellung der Planungsvorschläge und Diskussion mit der Bevölkerung;
- Einleitung des Begutachtungsverfahrens bzw. Ausarbeitung eines entsprechenden Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes.

Weiters wurden Entwürfe zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet, um sie im Jahre 1982 als Stadtteilplanung der Bevölkerung vorzustellen.

21. Bezirk: Leopoldau
- Abstimmung der Planungsvorschläge mit den Fachdienststellen und den politischen Entscheidungsträgern;
- Fertigstellung der Planungsvorschläge und Erstellen eines Diskussionsplanes;
- Schutzzonenausweisung laut § 7 BO für Wien;
- detaillierte Festsetzungen in bezug auf Gebäudehöhe, Dachneigung u. dgl.

23. Bezirk: Inzersdorf — Draschegründe
- Abstimmung der Planungsvorschläge mit den Fachdienststellen und den politischen Entscheidungsträgern;
- Fertigstellung der Planungsvorschläge und Diskussion mit der Bevölkerung:
  Vorschläge zur Revitalisierung des Ortskernes Inzersdorf,
  Erstellung einer Verkehrsorganisation für den Raum Wien-Süd,
  Ausarbeitung eines Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für die sogenannten Draschegründe.

Neben den laufenden Stadtteilplanungen wurden Vorarbeiten für weitere Teilgebiete eingeleitet, um diese in den Folgejahren der Bevölkerung vorzustellen:

11. Bezirk: Simmering — Kaiserebersdorf
11. Bezirk: Albern

13. Bezirk: Siedlung an der Tiergartenmauer
13. Bezirk: Friedensstadt
17. Bezirk: Dornbach
20. Bezirk: Bereich Brigittaplatz
21. Bezirk: Groß-Jedlersdorf
22. Bezirk: Kaisermühlen.

Im Jahre 1981 wurde weiters wieder eine Vielzahl von Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan erstellt und zum Teil auch bereits das Genehmigungsverfahren laut Bauordnung für Wien eingeleitet. Mit diesen Entwürfen wird unter anderem auch die widmungsmäßige Vorsorge für den Ausbau der Wirtschaft getroffen.

Als Beispiele seien folgende Entwürfe angeführt:
1. Bezirk: Bereich Getreidemarkt — Schillerplatz
2. Bezirk: Bereich nördlich Lassallestraße (Nordbahnhof)
7. Bezirk: Bereich Spittelberg
9. Bezirk: Porzellangasse — Währinger Straße — Alserbachstraße
11. Bezirk: Bereich Simmeringer Hauptstraße
12. Bezirk: Bereich Tivoligasse — Schönbrunner Schloßstraße
12. Bezirk: Bereich Flurschützstraße — Arndtstraße
14. Bezirk: Bereich Mühlberg
14. Bezirk: Bereich Mauerbachstraße
15. Bezirk: Bereich nördlich Wienzeile — westlich Reindorfgasse
17. Bezirk: Bereich Neuwaldegg
19. Bezirk: Bereich „Grinzing Plan" — Überprüfung
20. Bezirk: Bereich Adalbert-Stifter-Straße
21. Bezirk: Bereich Großfeldsiedlung — Ostteil
22. Bezirk: Bereich südlich Stadlau — Aspern
23. Bezirk: Bereich Draschegründe
23. Bezirk: Bereich Kaltenleutgebener Straße.

Weiters wurden großflächige Bearbeitungen für Bereiche der Bezirke 3, 15, 17 und 20 eingeleitet, wobei mit einer detaillierten Grundlagenerhebung begonnen wurde. Die Bearbeitungen werden sich über einen längeren Zeitraum erstrecken.

Für den Bereich des Wienerberg-Geländes im 10. Bezirk wurde auf Grundlage des Ergebnisses des Ideenwettbewerbes ein Entwurf für die Festsetzung des Flächenwidmungsplanes ausgearbeitet. Der Bebauungsplan soll in den Folgejahren für jene Teilbereiche erstellt werden, für die konkrete Voraussetzungen zur Realisierung bestehen.

In den Untersuchungsgebieten gemäß dem Stadterneuerungsgesetz (STEG) wurden die Arbeiten weitergeführt, und zwar:

6. Bezirk „Gumpendorf"
— Erstellung eines Antragentwurfes zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan;
— Erstellung einer Broschüre über die Planungsergebnisse zur Übermittlung an den Herrn Bezirksvorsteher;
— Behandlung von Ansuchen um Ausnahme aus der Bausperre;
— stundenweise Gebietsbetreuung in Fragen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes.

7. Bezirk: „Ulrichsberg"
— Erstellung eines Antragentwurfes zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan;
— Erstellung einer Broschüre über die Planungsergebnisse zur Übermittlung an den Herrn Bezirksvorsteher.

9. Bezirk „Himmelpfortgrund"
— Durchführung einer Betriebserhebung;
— Ausarbeitung von Vorschlägen im Rahmen einer Stadtteilplanung;
— Durchführung der 2. Informationsveranstaltung — Diskussion der Planungsvorschläge und Einarbeitung der Stellungnahmen;
— Erstellen eines Berichtes über die 2. Informationsveranstaltung;
— Erstellen von Vorschlägen für Maßnahmen im öffentlichen Bereich, für ein liegenschaftsbezogenes Erneuerungskonzept, für den Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan und zur Abgrenzung von künftigen Assanierungsgebieten;
— Abstimmung der Planungsvorschläge mit den Fachdienststellen.

12. Bezirk „Wilhelmsdorf"
- Durchführung der 2. Informationsveranstaltung — Diskussion der Planungsvorschläge und Einarbeitung der Stellungnahmen;
- Erstellen eines Berichtes über die 2. Informationsveranstaltung;
- Behandlung offener Planungsfragen, wie Areal Pfannsches Bad, Areal der Wiener Verkehrsbetriebe im Bereich Aßmayergasse—Längenfeldgasse und U-Bahn-Linie U 6 sowie Erstellung eines städtebaulichen Gutachtens in Zusammenarbeit mit der MA 18 und der MA 19 für das Areal Pfannsches Bad;
- Fertigstellung der Vorschläge für Maßnahmen im öffentlichen Bereich, für ein liegenschaftsbezogenes Erneuerungskonzept für den Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan und zur Abgrenzung von künftigen Assanierungsgebieten;
- Behandlung von Ansuchen um Ausnahme von der Bausperre.

15. Bezirk „Storchengrund"
- Erstellung eines Antragentwurfes zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan;
- Erstellung einer Broschüre über die Planungsergebnisse zur Übermittlung an den Herrn Bezirksvorsteher;
- Behandlung von Ansuchen um Ausnahme von der Bausperre;
- stundenweise Gebietsbetreuung in Fragen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes;

18. Bezirk „Währing, südlicher Teil"
- Weiterbearbeitung der Planungsvorschläge als Stadtteilplanung;
- Erstellung von alternativen Vorschlägen für den Entwurf zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan;
- Behandlung von Ausnahmen von der Bausperre;
- Durchführung von Bestandsaufnahmen für eine Gebietserweiterung.

Weiters wurde an Arbeitsgesprächen im Rahmen der Gebietsbetreuung des gemäß § 1 STEG festgesetzten Assanierungsgebietes Ottakring teilgenommen.

Die Behandlung der mit dem Wohnbauprogramm der Stadt Wien verbundenen Fragen wurde fortgesetzt, insbesondere in den Bereichen in 10, Puchsbaumgasse—Absberggasse, in 11, Simmeringer Hauptstraße (ehemalige SGP-Gründe); in 14, Heschweg und in 21, Großfeldsiedlung wurden entsprechende Ausarbeitungen vorgenommen bzw. Verfahren eingeleitet. Soweit Wohnbaufragen im Rahmen einschlägiger Wettbewerbe behandelt wurden, erfolgte dies unter Mitwirkung und Mitarbeit (Vorprüfung) der Abteilung. Als Beispiele seien die Bereiche in 6, Wienzeile, in 19, Gräf-&-Stift-Gründe und in 23, Breitenfurter Straße genannt.

Die speziellen Fragen hinsichtlich Schul- und Hochschulstandorten wurden mit den zuständigen Dienststellen der Stadt Wien und des Bundes in Arbeitsgesprächen behandelt und die entsprechenden Ergebnisse auch zum Teil bereits in Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ausgearbeitet.

Neben der Einschaltung und der Mitwirkung an allen Vorgängen, die mit den genannten Fragen zusammenhängen, war die Abteilung im Praterbeirat bzw. in diversen Unterausschüssen desselben tätig. Weiters wurde laufend an den Koordinationsgesprächen im 21. und 22. Bezirk und in den Arbeitskreisen STEP-Siedlungsstruktur sowie Wohnbauplanung teilgenommen.

Das Gelände des alten Allgemeinen Krankenhauses im 9. Bezirk kann nach Verlegung der Räumlichkeiten und Anlagen in das neuerrichtete Allgemeine Krankenhaus zum größten Stadterneuerungsgebiet Wiens werden. Um die bestmögliche Nutzung der freiwerdenden und bestehenden Objekte zu ermöglichen, soll unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen und bereichsspezifischen Gegebenheiten und Entwicklungen der angrenzenden dichtbebauten erneuerungsbedürftigen Gebiete unter Einbeziehung der Bundesinteressen von der Stadt Wien und der Republik Österreich — vertreten durch das Bundesministerium für Bauten und Technik — gemeinsam ein städtebaulicher Ideenwettbewerb mit internationaler Beteiligung ausgeschrieben werden. Die Erarbeitung von Grundlagen für die Erstellung der Wettbewerbsausschreibungen und für die Durchführung des Wettbewerbes wurde 1981 fortgesetzt.

Eine Reihe baulicher Maßnahmen, die in den letzten Jahren entlang der Wagramer Straße vom Donauufer bis zum Ortskern Kagran realisiert worden sind bzw. in naher Zukunft fertiggestellt sein werden, wie:

Ausbau der U-Bahn-Linie U 1,
Ausbau der Straßenbahnlinien 17 und 25,
Ausbau der Bundesstraße B 8 — Wagramer Straße,
Ausbau des Internationalen Zentrums Wien, Vienna International Center (UNO-City),
Bundesamtsgebäude,
Donauzentrum und geplante Erweiterung,
Bau der Internationalen Schule und
Ausgestaltung des Freizeitraumes Neue Donau—Alte Donau,

führen zu einer Verbesserung der Standortqualität für städtische Nutzungen. Die Summe dieser positiven Faktoren läßt eine verstärkte bauliche Entwicklung erwarten, die Stadtstruktur und Stadtbild beeinflussen wird.

Die Stadt Wien beabsichtigt daher, mit der Durchführung eines städtebaulichen Ideenwettbewerbes für einen Teilbereich des 22. Bezirkes „Donaustadt 2000" Ideen und zusätzliche Entscheidungshilfen für eine langfristige positive Steuerung der künftigen Entwicklung zu erlangen, wobei bestehende Nutzungsansprüche entsprechend berücksichtigt werden und künftige Nutzungen in einer ausgewogenen Gesamtsicht erarbeitet werden sollen.

Anregungen aus dem Wettbewerbsergebnis sollen in
mittel- bis langfristige Leitbilder der Stadt, der Bezirksentwicklung- und Stadtteilplanung einfließen sowie bei der Abänderung bzw. Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes berücksichtigt werden. Unter mittelfristig wird ein Zeitraum von fünf bis zehn Jahren, unter langfristig ein solcher über 20 Jahre verstanden.

Mit Schreiben der Bundesingenieurkammer vom 22. Juni 1981 wurde der Wettbewerb freigegeben. Die Einschreibung der Wettbewerbsteilnehmer erfolgte ab 1. September. Zur Teilnahme am Wettbewerb sind alle Personen berechtigt, die die aufrechte und ruhende Befugnis eines Architekten bzw. eines Ingenieurkonsulenten für Raumplanung besitzen und ihren Kanzleisitz in Österreich haben. Die Abgabe der Wettbewerbsprojekte ist mit dem Datum vom 29. Jänner 1982 festgelegt. Mit einem Ergebnis des Wettbewerbes ist im April 1982 zu rechnen.

Auf dem Weg zur Schaffung eines geeigneten EDV-Systems für die Belange des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, das durch Flächenbilanzierung zwischen Bestand, Widmung und Planungsvarianten Entscheidungsgrundlagen schafft, konnten im Jahre 1981 weitere Schritte gesetzt werden. Das dieser Zielsetzung zugrunde liegende Projekt „Räumliches Bezugssystem Wien" wurde für die Zwecke der Großzählung 1981 eingesetzt. Die Korrektur- und Änderungsdaten, die sich während der Phasen der Zählungsvorbereitung, der Zählung selbst und der Zusammenstellung der Zählungsergebnisse in den Bezirksämtern ergaben, wurden von der Abteilung in den Adreßteil dieses Bezugssystems ebenso eingearbeitet wie die Korrekturen, die sich bei der Erfassung der hausweisen Sammeldaten (Personenzahl, Wohnungsanzahl, Zahl der Haushalte, Betriebsstättenzahl) in der MD-ADV ergaben. Mit den nun aus der Großzählung zu erwartenden Ergebnissen, die durch das Projekt „Räumliches Bezugssystem Wien" den Zusammenhang zwischen Einzeladreßdaten und den statistischen Einheiten, wie Straßenabschnitt, Baublock, Zählgebiet und Zählbezirk, erhalten, konnte in Verbindung mit den nachstehenden zusätzlichen im Jahre 1981 getroffenen Entscheidungen bzw. teilweise schon realisierten weiteren Projekten ein wesentlicher Schritt mit der Zielsetzung, eine Flächenbilanz zu erstellen, getan werden. In Zusammenarbeit mit der MA 41 wurden, aufbauend auf die Blockstruktur des „Räumlichen Bezugssystems", Nutzungseinheiten gebildet. Die Daten aus Bildfluginterpretationen liegen bereits vor, die entsprechenden planlichen Unterlagen werden Anfang 1982 der Abteilung zur Verfügung stehen. Bei der Erstellung der Stadtkarte mit der graphischen Datenverarbeitung konnte erreicht werden, daß der Bebauungsplan parallel dazu aufgenommen wird. Für die Berechnung der Bebauungsdichte (Geschoßflächenzahl) mit Hilfe der EDV wurde ein Pilotprojekt initiiert. Als wesentliche Neuerung und Verbesserung darf jedoch der neue Änderungsdienst für die Fortführung der Daten des „Räumlichen Bezugssystems" bezeichnet werden. Die Fortführung, die bisher periodisch mit Bildflügen erfolgte, kann nunmehr in Zusammenarbeit mit der bei der MA 18 in Errichtung befindlichen Gruppe für das Projekt Koordination der Maßnahmen im Straßenbereich täglich durchgeführt werden.

Von den im Jahre 1981 an den Gemeinderat bzw. an die örtlich zuständige Bezirksvertretung seitens der Abteilung gestellten 43 Anträgen betrafen 22 Anträge die Abänderung bzw. Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes, wobei in einem Antrag davon auch eine Schutzzone gemäß § 7 (1) BO für Wien festgesetzt wurde. 21 Anträge hatten die Verhängung der Bausperre bzw. deren zeitgerechte Verlängerung zum Inhalt.

Dem Fachbeirat für Stadtplanung wurden in zehn Sitzungen 45 Entwürfe vorgelegt, die entweder Abänderungen bzw. Aufhebungen und Neufestsetzungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes oder die Verhängung einer zeitlich begrenzten Bausperre zum Ziele hatten. Seitens der Abteilung wurden alle Bürogeschäfte, die für die Tätigkeit des Fachbeirates für Stadtplanung erforderlich sind, gemäß der Geschäftsordnung des Magistrates der Stadt Wien abgewickelt.

Für die von der MA 7 im Wege des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Bürgerdienst verfügbaren Neubenennungen von Verkehrsflächen bzw. Umbenennungen solcher wurden 41 Ansuchen behandelt, von denen 31 einer amtlichen Benennung zugeführt werden konnten.

Der MA 21 wurden 3.088 Ansuchen um Bekanntgabe der Bebauungsbestimmungen von der Baubehörde (MA 35 und 37) zur Behandlung zugeleitet. 791 Ansuchen bzw. Anfragen von Privaten und von Dienststellen, den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan betreffend, wurden untersucht und behandelt.

Auf Grund des Wohnungsverbesserungsgesetzes wurden 13.564 Ansuchen von Hauseigentümern und Mietern bearbeitet und an die MA 50 weitergeleitet. Weiters nahmen Vertreter der Abteilung an 282 Bauverhandlungen als Amtssachverständige teil.

Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten

Wegen des umfassenden Aufgabenbereiches der Abteilung ist es nur möglich, die wichtigsten Probleme herauszugreifen. Der Umfang der Tätigkeit besteht darin, daß die Abteilung das gesamte Stadtgebiet in baubehördlicher Hinsicht zu betreuen und in diesem Zusammenhang die bautechnischen Bewilligungen für sämtliche Großbauvorhaben, für alle Tankstellen, Ölfeuerungen, Aufzüge, für sämtliche Veranstaltungsstätten, ob kleine Diskotheken oder große Theater sowie für alle gebrauchsabgabepflichtigen Gegenstände, die sich unter, auf oder über der Straße befinden, zu behandeln hat. Darüber hinaus werden die technischen Belange im Zuge der Grundabteilungen sowie die Sachverständigentätigkeit im U-Bahn-Bau wahrgenommen. Weiters ist die Abteilung zuständig für die Behandlung sämtlicher schall- und wärmeschutztechnischen und statischen Belange sowie sämtlicher Zulassungen für neue Baustoffe und Bauarten. Durch diese letztgenannten Tätigkeiten ist die Verbindung mit den anderen Bundesländern hergestellt, wobei die Abteilung das Land Wien im Bundesländerausschuß vertritt. Außerdem ist besonders für die Koordinierung der Baumaßnahmen innerhalb von ganz Österreich die Mitwirkung an den verschiedensten Önormenausschüssen von entscheidender Bedeutung.

Die in den letzten Jahren begonnenen Großbauvorhaben wurden teilweise im Jahre 1981 ihrer Verwendung zugeführt. Im Hinblick auf das ständig steigende Sicherheitsbedürfnis wurde die Überprüfung aller technischen Einrichtungen wesentlich intensiviert. Dadurch war es möglich, in einzelnen Fällen im Einvernehmen mit dem Bauwerber eine nachträgliche weitgehende Anpassung an den heutigen Sicherheitsstand, insbesondere in brandschutztechnischer Hinsicht, zu erreichen.

Eine wichtige Grundlage für die brandschutztechnische Behandlung waren unter anderem auch die vor zwei Jahren auf Grund des Brandes im Hotel Augarten von der Abteilung im Einvernehmen mit der Kammer der gewerblichen Wirtschaft erstellten Brandschutzrichtlinien für die Beherbergungsbetriebe. Diese Grundlage wird nicht nur in Wien verwendet, sondern hat auch in den übrigen Bundesländern Verbreitung gefunden. Bei Kontrollen von Hotelbetrieben werden diese Bestimmungen in analoger Weise angewendet.

Die Wichtigkeit sowie die technische Notwendigkeit für die Erstellung dieser Richtlinien innerhalb des Landes Wien zeigen sich auch darin, daß diese nunmehr durch das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie als Grundlage für die Erstellung einer bundesweiten einheitlichen Richtlinie für die Sachverständigen im Gewerbeverfahren herangezogen werden.

In diesem Zusammenhang darf darauf hingewiesen werden, daß die von der Abteilung aus sicherheitstechnischen Gründen erarbeiteten Richtlinien für Boden-, Wand- und Deckenbeläge in diese Unterlagen Eingang gefunden haben. Ergänzend dazu muß festgestellt werden, daß das Sicherheitsdenken in ganz Österreich wesentlich zugenommen und daß das Normungsinstitut sich ebenfalls mit diesen Arbeiten beschäftigt hat. Unter maßgeblicher Mitwirkung von Vertretern der Abteilung wurden die Normen B 3810 „Brandverhalten von Ausstattungsmaterialien, Prüfung von Bodenbelägen" bzw. B 3820 „Brandverhalten von Ausstattungsmaterialien, Prüfung von Vorhängen" erarbeitet. Diese Normen dienen einer objektiven Beurteilung aller Textilien und Materialien, die in Beherbergungsbetrieben zu einem hohen Prozentsatz zur Verwendung gelangen.

Von den Großbauvorhaben wurden im Jahre 1981 die Pensionsversicherungsanstalt in 2, Engerthstraße 153, und im Bereich der Überbauung des Franz-Josefs-Bahnhofes das Technische Zentrum der Creditanstalt-Bankverein (CABV) fertiggestellt. Für diese beiden Anlagen wurden nach umfangreichen Vorbereitungen und Überprüfungen die Endbenützungsbewilligungen erteilt.

Der letztgenannte Komplex enthält an der Seite zum Julius-Tandler-Platz neben den Büroräumen für die CABV auch bahneigene Anlagen sowie eine Garage für rund 600 Personenkraftwagen. Die im angrenzenden Bebauungsbereich entlang der Augasse bis zum Liechtenwerder Platz in Bau befindlichen Gebäude zur Unterbringung der Wirtschaftsuniversität und des Instituts für Zoologie wurden laufend überwacht. Sich aus dem Baugeschehen ergebende Änderungen wurden einer behördlichen Bewilligung zugeführt. Die Inbetriebnahme dieser Gebäude ist für das Jahr 1982 vorgesehen.

Die Straßenverbindungen zwischen dem Liechtenwerder Platz und der Spittelauer Lände wurde im Rohbau hergestellt. Die nördlich angrenzend an diese Straßenverbindung geplante Errichtung eines Bundesamtsgebäudes wurde durch Bewilligung und teilweise Errichtung der sogenannten Basisplatte, also der Überbauung des Gleisbereiches, vorbereitet. Die zahlreichen Nebenmaßnahmen, wie die Errichtung von Ersatzgebäuden für den Bundesbahnbetrieb und die teilweise provisorische Unterbringung abgesiedelter Betriebe, waren gleichfalls den Vorbereitungsarbeiten zuzuordnen.

Im Bereich des Wiener Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrums wurden Restbereiche des Parkdeckes P 3, das bereits als Vorleistung für das geplante Konferenzzentrum anzusehen ist, behandelt. Für das geplante Konferenzzentrum selbst wurden über Ansuchen des Bauwerbers vorbereitende Verhandlungen abgehalten. So wurden insbesondere bereits während der Planung Kontaktgespräche über alle sicherheitstechnischen Fragen durchgeführt. Im Hinblick auf die große Personenzahl mußte gewährleistet werden, daß ein rasches und leichtes Verlassen des Gebäudes jederzeit möglich ist. Dies konnte durch Anordnung größerer im Freien liegender Stauräume in den Obergeschossen und von im Freien liegenden Abgangsrampen erreicht wer-

den. Durch diese laufende Abstimmung des Projektes im Zuge der Planerstellung mit der Behörde und durch die laufende Kontaktnahme mit den Amtssachverständigen der Abteilung, der MA 68 und des Arbeitsinspektorates war es möglich, das Projekt in baubehördlicher Hinsicht so weit vorzubereiten, daß in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum die Schlußverhandlung im Jahre 1982 mit einem positiven Ergebnis abgewickelt werden kann. Als Ergebnis der gemeinsam erarbeiteten Stellungnahmen wurde aus sicherheitstechnischen Gründen die Notwendigkeit ausgesprochen, entsprechende Baustoffe zu wählen und das Gebäude mit geeigneten brandschutztechnischen Einrichtungen, wie Einbau einer Brandmeldeanlage, Anordnung von Steigleitungen und teilweise Sprinklerung des Gebäudes sowie die Installierung einer Zusatz- und Notbeleuchtung, zu versehen.

Auf dem Sektor des Krankenhausbaues wurden die Vorverhandlungen für das Sozialmedizinische Zentrum Ost weitgehend abgeschlossen, eine Abstimmung der sicherheitstechnischen Anforderungen konnte durchgeführt werden. Im Bereich des Wiener Allgemeinen Krankenhauses wurde das Bauvorhaben der „Erweiterungsbauten Ost" bewilligt. In diesen werden neben weiteren Instituten die wesentlichsten technischen Einrichtungen für den gesamten Neubau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses untergebracht werden. Zufolge des bestehenden Hochhauses, dem Kern der Anlagen, und der beachtlichen Tiefe der Baugrube mußten weitgehende technische Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden. Für das Hauptgebäude des Wiener Allgemeinen Krankenhauses, den sogenannten Kern der Anlagen, ist es gelungen, nach rund 2jährigen Verhandlungen das Genehmigungsverfahren der sogenannten „Technischen Sicherheit" abzuschließen. Hiezu muß erläutert werden, daß die erste Baubewilligung aus dem Jahr 1972 stammt. Zufolge einer ersten Umplanung wurden die Bettenhäuser nicht in Stahlbeton, sondern in Stahlkonstruktionsbauweise errichtet.

Nach Übernahme der Leitung des Bauvorhabens durch die Allgemeine Krankenhaus Wien, Planungs- und Errichtungs-Aktiengesellschaft (AKPE) nahmen die Abänderungen und Abweichungen von der seinerzeitigen Bewilligung ein beträchtliches Ausmaß an. Einvernehmlich mit anderen Dienststellen und dem Arbeitsinspektorat wurde nach entsprechender rechtlicher Überprüfung festgelegt, daß jeweils abschnittsweise die großen Abänderungen, aber auch sicherheitstechnische Anforderungen behandelt werden müssen. Die endgültige detaillierte Raumunterteilung wurde auf einen späteren Zeitpunkt, nach Klärung aller Vorfragen, verschoben.

Auf Grund dieser Vorgangsweise ergab sich die Notwendigkeit, das Ineinandergreifen der einzelnen bewilligten Abschnitte zu überprüfen sowie die sicherheitstechnischen Maßnahmen grundsätzlich zu koordinieren. Man kam hiebei auf Grund der zahlreichen Besprechungen und Verhandlungen zur Erkenntnis, daß eine möglichst weitgehende Angleichung der sicherheitstechnischen Anforderungen an den heutigen Stand der Wissenschaft notwendig ist und daß, soweit es auf Grund des heutigen Baustandes noch möglich ist, eine derartige Angleichung nachträglich durchgeführt werden muß. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung dieser Verfahren ergaben, waren beachtlich. Trotzdem ist es gelungen, mit der vorerwähnten abschließenden Bewilligung der sogenannten „Technischen Sicherheit" einen Stand des Verfahrens zu erreichen, der es ermöglicht, weitere Detailbewilligungen zu erteilen, aber auch das noch nicht abgeschlossene sanitätsbehördliche Verfahren, in welchem die Abteilung als Amtssachverständiger tätig ist, nunmehr durchzuführen. Diese Vorgangsweise wurde auch von allen Kontrollinstanzen positiv bewertet und in Kontrollberichten ausdrücklich erwähnt.

Die Tätigkeit der Abteilung beschränkt sich jedoch nicht nur auf Nutzbauten, sondern umfaßt als weitere Schwerpunkte auch die Behandlung verschiedener Wohnbauvorhaben. Sie gliedert sich im wesentlichen in zwei Gruppen, und zwar in die Bebauung größerer, bisher unbebauter Liegenschaften, meistens für größere Wohnhausanlagen, und in die Bebauung kleinerer Baulücken im dicht bebauten Gebiet. Im ersteren Fall sind immer häufiger Bedenken der Anrainer hinsichtlich einer zu befürchtenden Lärm- und Geruchsbelästigung zu verzeichnen, was zu einer Erschwernis der Verhandlungstätigkeit, zu einer Verzögerung bei der Erteilung der Baubewilligung, in Einzelfällen sogar zu einer Verhinderung der geplanten Bebauung führen kann.

Bei der Bebauung von Einzelliegenschaften im dicht bebauten Gebiet sind insbesondere die Schwierigkeiten, die sich aus der örtlichen und teilweise oft beengten Lage ergeben, zu überwinden. Weiters sind eine Übereinstimmung und Anpassung im Sinne des Denkmal- und Ensembleschutzes zu berücksichtigen. Dabei kann auch die Unterbringung der gesetzlich erforderlichen Stellplätze zu beachtlichen Schwierigkeiten führen. Diesem Bereich muß man auch Arbeiten zuordnen, die zur Verbesserung des Wohnwertes erfolgen und die durch die günstige Finanzierung über das Wohnungsverbesserungsgesetz immer häufiger werden. So werden bei zahlreichen Altwohnhäusern sowohl innerhalb von Gebäuden als auch in Zubauten Aufzüge eingebaut. Die oft engen Platzverhältnisse sowie die Probleme eines ausreichenden Schallschutzes sind bei den Ermittlungsverfahren genauestens zu beachten und zu berücksichtigen.

Unter den Bewilligungen für nicht städtische Wohnbauvorhaben ist die für den dritten Hochhausblock des Wohnparkes Alt-Erlaa im 23. Bezirk zu nennen, womit der letzte Bauabschnitt dieses größten genossenschaftlichen Bauvorhabens im Raume Wiens bewilligungsmäßig zum Abschluß gebracht wurde.

Auf dem Sektor des Veranstaltungswesens stehen derzeit zwei Probleme in Diskussion. Einerseits soll die Freiheit der Veranstalter nicht eingeschränkt und die Durchführung von Veranstaltungen in den verschiedensten Räumlichkeiten, aber auch im Freien ermöglicht, andererseits die Sicherheit nicht beeinträchtigt werden.

Bei jedem Unfall, der sich in anderen Staaten Europas, aber auch in der ganzen Welt oft mit zahlreichen Toten ereignet, wird die Baubehörde von der Öffentlichkeit und den Massenmedien vor die Frage gestellt, ob derartige Unfälle auch im Bereich der Stadt Wien möglich sind bzw. welche Vorsichtsmaßnahmen von der Behörde getroffen werden, um nach menschlichem Ermessen derartige Unfälle auszuschalten.

Diese Fragen sind aber nicht generell zu beantworten, da Veranstaltungen in den verschiedensten Bereichen, wie Kino, Theater und Diskotheken, stattfinden, aber auch in verschiedenen Formen wie als Sportveranstaltungen oder Kleinveranstaltungen auf der Straße und dgl. Hinsichtlich der Freiheit der Veranstaltungen wurde ein weiterer Schritt durch die Änderung des Wiener Veranstaltungsgesetzes mit LGBl. für Wien Nr. 17/1981 gesetzt.

Durch diese Abänderung wurde insbesondere eine Regelung für musikalische Darbietungen auf öffentlichen Plätzen getroffen. Mit der Verordnung wurde die Verwendung der vorwiegend dem Fußgeherverkehr vorbehaltenen Flächen im Freien durch die vorgenannten Darbietungen festgelegt. Hiebei sind jedoch eine möglichst geringe Belästigung der umliegenden Anrainer und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten und somit entsprechende Benützungsbedingungen festzulegen.

In vielen Räumlichkeiten, die früher nicht als Veranstaltungsstätten vorgesehen waren, werden nunmehr auf Grund der „Nostalgiewelle" und Traditionsgebundenheit Veranstaltungen durchgeführt. An einem Beispiel möge dies erläutert werden: Wenn im Schloß Schönbrunn oder in verschiedenen Palais nunmehr Vorträge, Konzerte, Ballveranstaltungen durchgeführt werden sollen, so ist es aus Sicherheitsgründen selbstverständlich notwendig, auch zusätzliche Sicherheitseinrichtungen vorzusehen. In diesen Fällen den richtigen Weg zwischen der notwendigen Herstellung dieser Sicherheitseinrichtungen und der Erhaltung des Gebäudes im ursprünglichen Zustand im Sinne des Denkmalschutzes zu finden, ist meist nicht leicht und erfordert viele Verhandlungen sowie entsprechende Umsicht.

Durch die große Zahl der Veranstaltungen ist es auch notwendig geworden, die Überwachungstätigkeit wesentlich zu intensivieren, da im allgemeinen die Veranstalter nicht die Kenntnisse und das Verständnis für Sicherheitsmaßnahmen besitzen. Somit ist in dieser Hinsicht eine oftmalige, manchmal auch eine ständige Kontrolle erforderlich. Dazu treten gerade bei den Genehmigungen von Veranstaltungen immer wieder Terminprobleme auf, da die Ansuchenden meist erst in letzter Sekunde wissen, welche Materialien, welche Ausstattungen und oft auch welche Räumlichkeiten verwendet werden sollen. Die Bewältigung dieser Terminschwierigkeiten ist oft zum Teil nur durch den besonderen persönlichen Einsatz der Bediensteten möglich.

Als bedeutendstes Ereignis im Theaterbereich war die Wiederinbetriebnahme des in den letzten Jahren zur Gänze renovierten und teilweise umgebauten Volkstheaters anzusehen. Die Überprüfungen und die Erteilung der neuen Eignungsfeststellung konnten trotz des großen Arbeitsaufwandes zeitgerecht abgeschlossen werden. Im Rahmen der Veranstaltungen der Wiener Festwochen sei insbesondere auf das Clown-Festival auf der Jesuitenwiese und auf das Folk-Festival auf der Donauinsel, Abschnitt Süd, verwiesen.

Auf dem Kinosektor haben sich in den letzten Monaten und Jahren gravierende Veränderungen ergeben. Die Einrichtungen der Kinocenter, wie sie im Ausland bereits seit längerer Zeit bestehen, kamen auch in Wien zum Tragen. Es wurden vier Wiener Kinos zu Zentren umgebaut, wobei sich in jedem nun mehrere Kinosäle befinden. Diese bringen den Vorteil mit sich, daß neben Rationalisierungsmaßnahmen durch Einsparung von Personalkosten und Einsatz neuer Geräte eine bessere Überblickbarkeit durch die Verantwortlichen möglich ist. Für die Abteilung, die für die technischen Sicherheitseinrichtungen in den Kinos und für die Erteilung der Bewilligungen verantwortlich ist, war es in diesem Fall wichtig, für die Genehmigung einen Weg zu finden, auf Grund von Ausnahmebewilligungen die Errichtung der Zentren zu ermöglichen und gleichzeitig die Sicherheit der Besucher voll zu gewährleisten.

Die Überprüfung von Kellertheatern, Ballveranstaltungsstätten, Tanzlokalen, Diskotheken und Varietés wurde weiter intensiviert. Obwohl die überwiegende Zahl dieser Überprüfungen nur in den Abend- und Nachtstunden vorgenommen werden kann, wurden 88 solche Kontrollen durchgeführt. Generalproben in Großtheatern wurden 41 abgenommen, außerdem rund 1.000 Kinoüberwachungen durchgeführt. Die vermehrte Überwachungstätigkeit brachte es mit sich, daß auch zahlreiche Beanstandungen behandelt und Strafanträge gestellt werden mußten. In besonders krassen Fällen von Sicherheitsübertretungen mußte auch die Sperre von Lokalen ausgesprochen werden. Diese vermehrte Tätigkeit, die der Sicherheit der Besucher von Veranstaltungsstätten dient, fand auch in den Medien einen positiven Widerhall.

Veranstaltungsstätten jeder Art sind aber nicht die einzigen Überprüfungsbereiche, die die Abteilung zu behandeln hat. Ein wesentliches weiteres Aufgabengebiet besteht darin, daß im Zuge sämtlicher Bauführungen, die sich im Lande Wien ergeben, auf Grund des § 127 der Bauordnung für Wien die Fundament-, Eisen- und Rohbaubeschauten durchzuführen sind. Um den Umfang dieses Arbeitsbereiches zu dokumentieren, seien einige wenige Zahlen angegeben. So wurden an Fundament-, Eisen- und Rohbaubeschauten sowie Punzierungen von Würfelproben insgesamt 6.927 durchgeführt. Weiters wurden 862 Überprüfungen von Bauvorhaben hinsichtlich des Wärme- und Schallschutzes vorgenommen.

Im Jahre 1981 zeichnete sich weiterhin der Trend ab, daß die Verwendung von Fertigteilelementen im

Zunehmen begriffen ist, da derartige Elemente nicht nur wie bisher bei Großbauvorhaben verwendet werden, sondern jetzt auch bereits bei kleineren Bauvorhaben zum Einsatz kommen. Da diese Elemente zum Teil in den umliegenden Bundesländern hergestellt und zum Einbau nach Wien gebracht werden, ist es erforderlich, die Beschauten auch in den Herstellerwerken durchzuführen.

Bei der Erstellung der Neubauten werden in zunehmendem Maße neue Baustoffe, aber auch neue Bauweisen zur Anwendung gebracht. Diese neuen Anwendungsmethoden könnten aber bei der Durchführung von Baubewilligungsverfahren durch die verschiedenen baubehördlichen Abteilungen zu unterschiedlichen Auslegungen und Erledigungen führen, wenn nicht eine Vereinheitlichung durch die Erstellung von Zulassungen für neue Baustoffe und Bauweisen erfolgen würde.

Die Entwicklung einer derartigen Zulassung ist in der Erledigung, wie sie im Amtsblatt der Stadt Wien zum Ausdruck kommt, kaum abzuschätzen. So sind weitgehend Vorarbeiten zu leisten, müssen verschiedene Prüfprogramme kontrolliert werden und sind auch Versuche als Grundlage für die Zulassungen erforderlich.

Da aber die Vereinheitlichung der Herstellungen nicht nur auf Wien beschränkt ist, sondern selbstverständlich die gleichen Materialien, zum Teil aber auch die gleichen Bauweisen und Fertigteile in anderen Bundesländern verwendet werden, ist es erforderlich, über die Bauordnungsbestimmungen, die in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich sind, hinausgehend zu versuchen, eine Koordinierung der Maßnahmen mit den maßgeblichen Personen in den einzelnen Bundesländern zu erzielen. Dies geschieht zum Teil durch Kontakte, die im Bundesländerausschuß für die Beurteilung neuer Bauweisen gegeben sind. In diesem Bundesländerausschuß ist die Stadt Wien durch die Abteilung vertreten.

Aus der umfangreichen Zulassungstätigkeit in Wien resultiert, daß die anderen Bundesländer sich eng an die Entscheidungen Wiens anlehnen und daß in einigen Bundesländern die Zulassungen sogar voll übernommen werden, da sie keine eigene Zulassungsbehörde haben.

Ein weiterer Punkt einer möglichen Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern ergibt sich durch die Tätigkeit der verschiedenen Fachausschüsse des Normungsinstitutes. Die Abteilung ist in zahlreichen technischen Fachausschüssen durch ihre Mitarbeiter vertreten und somit auf diesem Gebiet ebenfalls in der Lage, ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihr Können der Allgemeinheit zunutze zu machen. So ist es wichtig, dieses Wissen, das in langjähriger Arbeit gesammelt wurde, allen Magistratsbediensteten in technischer Verwendung zu vermitteln. Dies geschieht in letzter Zeit in vermehrtem Umfang durch die Abhaltung von verschiedenen Veranstaltungen der Verwaltungsakademie, wobei die Vortragenden aus den Reihen der Abteilung kommen.

Die bereits seit längerer Zeit geführten Gespräche bezüglich der Koordinierung der Maßnahmen im Straßenbereich wurden auch im Jahre 1981 fortgesetzt. So wurden im Einvernehmen mit den anderen zuständigen Abteilungen weitere Fortschritte erzielt, außerdem konnte die Aufstellung der Grundinformationen für mehrere Bezirke durchgeführt werden.

In diesem Zusammenhang und zur Vereinfachung für die zukünftige Arbeit der Gruppe Gebrauchserlaubnisse wurde die in dieser Gruppe installierte EDV-Anlage probeweise in Betrieb genommen. Diese dient einerseits zur Neubemessung der Gebrauchsabgaben, mit der im Jahre 1982 begonnen werden wird, andererseits wird durch sie ab dem Jahre 1982 die gesamte Protokollierung aller Aktenstücke vorgenommen.

Die in der zweiten Jahreshälfte 1981 zur Verfügung gestellten zusätzlichen Bediensteten wurden sowohl auf dem gesetzlichen als auch dem EDV-mäßigen Sektor eingeschult, damit mit Inkrafttreten der Gebrauchsabgabegesetz-Novelle ihr sofortiger Einsatz möglich wird und die mit der Neubemessung zusammenhängenden Probleme in möglichst kurzer Zeit zu einem Abschluß gebracht werden können.

Vorausblickend wurde bei der Erstellung der EDV-Programme auch auf die beabsichtigte Zusammenziehung der gesamten Abteilung in einem Gebäude Rücksicht genommen und das Programm so ausgelegt, daß die Vorarbeiten der gesamten Abteilung dienlich sind. Durch die EDV-mäßige Erfassung aller gebrauchsabgabepflichtigen Gegenstände wird es in Hinkunft auch möglich sein, ohne größeren Personaleinsatz eine notwendige Veränderung in kürzester Zeit durchzuführen.

Folgende Gesetze und Verordnungen sind von den Bediensteten der Abteilung wahrzunehmen:

B u n d e s g e s e t z l i c h e R e g e l u n g e n :

Bundesgesetz vom 21. Jänner 1981, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird, BGBl. Nr. 48/1981.

Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 27. Jänner 1981, mit der die Dampfkesselverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 132/1981.

Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 24. März 1981, mit der die Dampfkesselverordnung abgeändert wird, BGBl. Nr. 181/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 11. Juni 1981 über die Kennzeichnung der Beschaffenheit textiler Fußbodenbeläge, BGBl. Nr. 287/1981.

Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 4. Juni 1981 über die Normalisierung, Typisierung und Sicherheit elektrischer Betriebsmittel und Anlagen sowie sonstiger Anlagen im Gefährdungs- und Störungsbereich elektrischer Anlagen (2. Durchführungsverordnung [1981] zum Elektrotechnikgesetz), BGBl. Nr. 325/1981.

Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 24. September 1981 über die Verbindlicherklärung von ÖNORMEN über Bauvorschriften für Krane und Windwerke sowie über Betriebs- und Wartungsvorschriften für Krane, BGBl. Nr. 505/1981.

Bundesgesetz vom 15. Dezember 1981, mit dem die Gewerbeordnung 1973 geändert wird (Gewerbeordnungs-Novelle 1981), BGBl. Nr. 619/1981.

Landesgesetzliche Regelungen:

Verordnung der Wiener Landesregierung vom 22. Dezember 1980, mit der in Durchführung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 über die Gewährung von Darlehen an Stelle von Eigenmitteln nähere Bestimmungen festgesetzt werden, LGBl. für Wien Nr. 1/1981.

Verordnung der Wiener Landesregierung vom 22. Dezember 1980 zur Durchführung des Datenschutzgesetzes (Wiener Datenschutzverordnung — WDSV), LGBl. für Wien Nr. 4/1981.

Verordnung der Wiener Landesregierung vom 13. Jänner 1981, mit der die angemessenen Gesamtbaukosten je Quadratmeter und die normale Ausstattung der geförderten Baulichkeiten festgelegt werden, LGBl. für Wien Nr. 6/1981.

Gesetz vom 12. Dezember 1980, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird (Bauordnungsnovelle 1980), LGBl. für Wien Nr. 11/1981.

Verordnung der Wiener Landesregierung vom 17. Februar 1981, mit der nähere Vorschriften über die Beschaffenheit der Gehsteige und ihrer baulichen Anlagen erlassen werden, LGBl. für Wien Nr. 14/1981.

Gesetz vom 27. März 1981, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 17/1981.

Verordnung der Wiener Landesregierung vom 9. Juli 1981, mit der die Verordnung betreffend die Anerkennung Technischer Richtlinien für Einrichtung, Änderung, Betrieb und Instandhaltung von Niederdruck-Gasanlagen (ÖVGW-TR Gas 1975) geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 21/1981.

Gesetz vom 2. Juli 1981, mit dem das Gesetz zum Schutz gegen Baulärm geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 25/1981.

Die Abteilung war wieder bemüht, in allen ihren Bereichen durch Mitarbeit an neuen Verordnungen und Gesetzen, in Ausschüssen und besonders im Bundesländerausschuß eine Vereinheitlichung der baugesetzlichen Bestimmungen zu erzielen. Diese Vereinheitlichung dient letzten Endes dem Bürger dieser Stadt, um sowohl auf dem gesetzlichen als auch auf dem bautechnischen Sektor einen leichteren Überblick zu erhalten. Die Abteilung ist auch bemüht, durch Informationen und die Beantwortung von Fragen aus den Bevölkerungskreisen die erforderliche Bürgernähe zu erreichen.

Als Musterbeispiel seien die Auskünfte bei verschiedenen Einbauten in bestehenden Gebäuden, die Auskünfte über den Wärme- und Schallschutz und über brandschutztechnische Belange genannt. Damit soll gleichzeitig versucht werden, die Sicherheitseinrichtungen zu verbessern, den Brandschutz zu aktivieren und vor allem die Bevölkerung von der Notwendigkeit technischer und behördlicher Maßnahmen zu überzeugen.

Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei

Die Abteilung hat mit 1. Jänner 1981 entsprechend der Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrates neue Agenden übernommen und trägt nun den Titel „Technische Gewerbeangelegenheiten und Feuerpolizei". Das Jahr 1981 ist hauptsächlich im Zeichen des Aufbaues der Abteilung gestanden, lediglich die Gewerbeangelegenheiten wurden, allerdings auf ganz Wien erweitert, kontinuierlich weitergeführt. So haben die Mitarbeiter des Dezernates A, die mit diesem Aufgabengebiet betraut sind, an 1.893 gewerbebehördlichen Verhandlungen als Amtssachverständige teilgenommen, 4.458 Stellungnahmen in diesen Verfahren abgegeben und 323 Überprüfungen von Betrieben kommissionell selbständig durchgeführt. Diese Überprüfungen dienen dazu, den Schutz von Personen und in diesem Falle insbesondere den Schutz der Kunden und der Nachbarn zu gewährleisten und nachzuschauen, ob diesbezüglich alle Vorkehrungen und Maßnahmen getroffen wurden. Gerade die letztere Tätigkeit konnte erst Mitte des Jahres allmählich aufgenommen werden, da bis zu diesem Zeitpunkt die Mitarbeiter zur Führung eigener Verhandlungen eingeschult werden mußten. Da die Mitarbeiter des Dezernates B der Abteilung nicht nur die elektrotechnischen bzw. gastechnischen Gutachten bei Verhandlungen abzugeben haben, sondern darüber hinaus auch als Behördenorgane selbsttätig sind, haben sie in diesem Rahmen im Zuge von Ansuchen und Beschwerden 5.150 Überprüfungen durchgeführt, Stellungnahmen abgegeben bzw. Bescheide erlassen. Auch in diesem Bereich konnte mit der behördlichen Tätigkeit erst nach Erstellen der nötigen Unterlagen begonnen werden.

Zu den weiteren Agenden der Abteilung gehört die Überprüfung bestimmter Objektgruppen in feuerpolizeilicher Hinsicht. So wurden 206 Supermärkte in feuerpolizeilicher Hinsicht auf ihre Sicherheit zum Teil mehrmals überprüft. Ebenso wurden vor Weihnachten 22 Kaufhäuser kontrolliert. Im Zuge dieser Aktionen mußte sofort veranlaßt werden, daß Unzukömmlichkeiten abgestellt werden. Durch die neu konstituierte Hotelkommission wurden weiters 47 Beherbergungsbetriebe in bezug auf die Erhöhung des Sicherheitsstandards ein-

schließlich des Brandschutzes überprüft und hiebei die notwendigen Vorschreibungen in gewerbebehördlicher, baubehördlicher und feuerpolizeilicher Hinsicht veranlaßt. Im Zuge der Maßnahmen für die Erhöhung des Sicherheitsstandards in Beherbergungsbetrieben hat die Stadt Wien Förderungsmittel bereitgestellt, wobei für 65 derartige Betriebe die erforderlichen technischen Überprüfungen durchgeführt wurden und die Betriebe daraufhin die Förderungsmittel erhalten haben. Weitere 347 Objekte, wie zum Beispiel der Wohnpark Alt Erlaa, die Polizeidirektion, die Landesbildstelle sowie Amtsgebäude, Pensionistenheime, Kindertagesheime und einzelne Museen, wurden ebenfalls nach dem Wiener Feuerpolizeigesetz kontrolliert. In 361 Fällen mußten Aufträge zur Beseitigung von feuerpolizeilichen Übelständen erteilt werden. Die Überprüfung weiterer Objektgruppen, wie Gotteshäuser, Städtische Büchereien, Spitäler und Schulen, ist in Vorbereitung, doch müssen hiefür erst die nötigen Richtlinien erstellt werden. Bemerkt wird, daß diese Überprüfungen auch erst dann in Angriff genommen werden können, wenn das noch fehlende Personal vorhanden und eingeschult ist. Derzeit sind noch vier Posten der Verwendungsgruppe A vakant.

Viele Mitarbeiter sind auf Grund ihres Fachwissens in Gremien tätig, die nicht nur die Interessen der Stadt Wien vertreten, sondern insbesondere darauf Bedacht nehmen, daß durch Normungen die Umwelt geschützt bleibt bzw. wird. Als Beispiel sollen der Arbeitskreis des Österreichischen Normungsinstitutes über Luftreinhaltung und CO-Messungen in Garagen, der Österreichische Arbeitsring für Lärmbekämpfung (ÖAL), der Arbeitskreis im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz über Katastrophenmedizin, der Arbeitskreis im Bundesministerium für Bauten und Technik über Belange des Elektrotechnikgesetzes und der Verband für Elektrotechnik genannt werden, in die die Mitarbeiter der Abteilung als Amtssachverständige bzw. Beiräte integriert sind.

Nachstehende Änderungen in der Gesetzgebung hatten Auswirkungen auf die Tätigkeit der Abteilung:

— Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 27. Jänner 1981, mit dem die Dampfkesselverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 132/1981.
— Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. März 1981 über die Mindestvorschriften für die Einrichtung, Ausstattung und Betriebsführung von Gastgewerbebetrieben, BGBl. Nr. 176/1981.
— Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 11. Juni 1981 über die Kennzeichnung der Beschaffenheit textiler Fußbodenbeläge, BGBl. Nr. 287/1981.
— Gesetz vom 2. Juli 1981, mit dem das Gesetz zum Schutz gegen den Baulärm geändert wird, BGBl. für Wien Nr. 25/1981.

Zusätzlich mußten aus Sicherheitsgründen noch Richtlinien erlassen werden, die von der Abteilung bei ihrer Amtsdurchführung zu beachten waren. So ergingen Anweisungen, wie Messungen im bau- und gewerbebehördlichen Verfahren zu erfolgen haben, wie Genehmigungen von Flüssiggasanlagen durchzuführen sind, wie Überprüfungen von städtischen und bundeseigenen Gebäuden nach dem Wiener Feuerpolizeigesetz zu geschehen haben, wie die Sicherheitsbeleuchtungen in Pensionistenheimen auszuführen sind, ferner wie die Feuerbeschau für Kindertagesheime und Heime für Kinder und Jugendliche zu geschehen hat, wie die besondere Überwachung bestimmter gewerblicher Betriebsanlagen zu erfolgen hat und welche brandschutztechnischen Anforderungen an lüftungstechnische Anlagen zu stellen sind.

Schwierigkeiten bereitet die Handhabung des Gesetzes zum Schutz gegen den Baulärm, da Nachtarbeit nur beschränkt erlaubt ist. Einerseits soll aber gerade in der heutigen Zeit die Arbeitsplatzsicherung gewährleistet bleiben, andererseits sollen die Umgebung und insbesondere die Bevölkerung in der Nacht vor den Auswirkungen der Bauarbeiten geschützt werden.

Der Abteilung wurde für ihre Tätigkeit ein Textverarbeitungsgerät ganztägig zur Verfügung gestellt, da ohne diese Hilfe Teile des Schriftgutes überhaupt nicht bewältigt werden könnten. Trotz des Textverarbeitungsgerätes muß zusätzlich das Schriftgut teilweise mit der Schreibmaschine geschrieben werden, weil der Umfang der Schreibarbeiten in der Abteilung derartig groß ist, daß mit einem derartigen Gerät allein nicht das Auslangen gefunden werden kann. Bedingt ist dies auch dadurch, daß unter anderem ungefähr 100 Drucksorten und Formulierungshilfen erstellt werden müssen, wobei bereits 60 textverarbeitungsgerecht geschrieben und gespeichert wurden. Im Jahre 1982 sollen die restlichen Drucksorten und dergleichen textverarbeitungsgerecht hergestellt und mit den Textverarbeitungsgeräten in den einzelnen magistratischen Bezirksämtern so abgestimmt werden, daß sie auch dort ohne weiteren Zeitverlust abgerufen werden können. Dies bedingt aber in der Abteilung wieder eine kleine Umstellung, da die erstellten Formulare mit den SD-Nummern mit Codezahlen versehen werden müssen. Weiters steht der Abteilung ein Mikrofilmbetrachter mit Microfiches in der Kanzlei zur Verfügung. Die Anlegung der Karteikarten bringt insofern eine Arbeitszeitverkürzung, als dadurch die Identadressen der einzelnen Liegenschaften im kurzen Weg festgestellt werden können.

Der Akteneinlauf betrug im Jahre 1981 24.348 Stück, der Aktenauslauf 22.180 Stück, so daß ein Rückstand von 2.168 Akten besteht. Dazu muß angeführt werden, daß die Abteilung noch immer im Aufbau begriffen ist, sich aber bemüht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die an sie gestellten Anforderungen durchzuführen.

Baupolizei

Auf Grund des Erlasses vom 14. Jänner 1981, Zl. MD-334-22/79, ist eine Änderung der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien in Kraft getreten, entsprechend der die Abteilung mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1981 alle baubehördlichen Angelegenheiten, sofern diese nicht den MA 35 oder 64 vorbehalten sind, für das gesamte Stadtgebiet zu besorgen hat. Die innere Organisation der Abteilung ist unverändert geblieben. Die Außenstellen für die Bezirke 10 bis 19 und 21 bis 23 bleiben bis auf weiteres in den magistratischen Bezirksämtern bestehen; die der Abteilung zukommenden Aufgaben für die Bezirke 1 bis 9 und 20 werden in der Zentrale der Abteilung in 17, Kalvarienberggasse 23, von zwei Dezernaten wahrgenommen.

Im Jahre 1981 traten wichtige Veränderungen in der Gesetzgebung in Kraft, auf die die Vertreter der Baubehörde bei der Ausübung ihrer Tätigkeit zu achten haben:

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 11. Juni 1981 über die Kennzeichnung der Beschaffenheit textiler Fußbodenbeläge, BGBl. Nr. 287/1981.

Bundesgesetz vom 11. Juni 1981, mit dem das Wohnungsverbesserungsgesetz geändert wird, BGBl. Nr. 315/1981.

Bundesgesetz vom 12. November 1981 über das Mietrecht (Mietrechtsgesetz — MRG), BGBl. Nr. 520/1981.

Verordnung der Wiener Landesregierung vom 13. Jänner 1981, mit der die angemessenen Gesamtbaukosten je Quadratmeter und die normale Ausstattung der geförderten Baulichkeiten festgelegt werden, LGBl. für Wien Nr. 6/1981.

Gesetz vom 12. Dezember 1980, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird (Bauordnungsnovelle 1980), LGBl. für Wien Nr. 11/1981.

Verordnung der Wiener Landesregierung vom 17. Februar 1981, mit der nähere Vorschriften über die Beschaffenheit der Gehsteige und ihrer baulichen Anlagen erlassen werden, LGBl. für Wien Nr. 14/1981.

Gesetz vom 2. Juli 1981, mit dem das Gesetz zum Schutz gegen Baulärm geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 25/1981.

Mit Ausnahme der Bauordnungsnovelle 1980 werden die vorgenannten Gesetze und Verordnungen zwar nicht unmittelbar von der Abteilung gehandhabt, sie haben jedoch insofern eine Auswirkung auf die Tätigkeit der Abteilung, als sie in den baubehördlichen Verfahren berücksichtigt werden müssen bzw. von den Bediensteten genauestens zu beachten sind.

Folgende Weisungen bzw. Richtlinien der Magistratsdirektion und der MD-Stadtbaudirektion sind von den Bediensteten der Abteilung wahrzunehmen und handzuhaben:

MD-128-3/79 vom 8. Jänner 1981, Gebührengesetz 1957; Änderung.

MD-1275-2/81 vom 2. Juli 1981, MD-Stadtbaudirektion; Organisatorische und personelle Änderungen.

MD-1240-5/80 vom 23. Juli 1981; städtische Grundtransaktionen; Dienstvorschrift.

MD BD-622/81 vom 6. August 1981, Informationspflicht; Videnden.

MD-1379-1/81 vom 12. August 1981, Zusammenstellung der Stempelgebühren, Verwaltungsabgaben, Kommisisons- und Überwachungsgebühren.

MD-2230-4/80 vom 1. September 1981, gesundheitsschädliche Wohnungen; baubehördliche Vorgangsweise.

MD BD-632/81 vom 7. September 1981, architektonische Gestaltung sowie konstruktive und bauphysikalische Bemessung von Hochbauten.

MD BD-842/81 vom 8. Oktober 1981, Schaffung von Arbeitsgruppen.

MD BD-881/81 vom 12. Oktober 1981, Beschauten, Punzierungen, Gutachten über Betongüteprüfung; Vorgangsweise.

Zu MD BD-139/77 vom 15. Oktober 1981, Behebung von Stempelgebrechen.

MD-1071-1/81 vom 12. November 1981, Donau-Hochwasserdienstvorschrift; Neuauflage.

MD BD-962/81 vom 17. November 1981, Bauansuchen, Prüfungsbogen.

MD BD-1048/81 vom 25. November 1981, Überprüfung von Leuchtröhrenanlagen über 1000 Volt; elektrische Sicherheitsvorschriften.

MD BD-1080/81 vom 30. Dezember 1981, Vorbereitung der Vollziehung des Mietrechtsgesetzes; Gutachten der technischen Dienststellen.

Umfangreiche Bauvorhaben waren zu bearbeiten, und zwar wurde die Baubewilligung für ein Büro-, Geschäfts- und Hotelgebäude auf den Gartenbaugründen in 1, Weihburggasse 29, mit 358 Zimmereinheiten, Restaurant, diversen Geschäftslokalen und einer Tiefgarage erteilt, ebenso für das Bürobegäude der Mobil Oil Austria mit Tiefgarage in 1, Schwarzenbergplatz 3, mit der Auflage, die historische Fassade zu rekonstruieren. Im 3. Bezirk erfolgte die Erteilung der Baubewilligung für ein Hotel in 3, Landstraßer Hauptstraße 28 (Sünnhof), mit 99 Zimmereinheiten, Kellertheater, Restaurant und Geschäftslokalen, ferner für ein weiteres Hotel in Landstraßer Hauptstraße 97—101, auf dem Grundstück des ehemaligen Schwechater Hofes, mit 383 Zimmereinheiten, Restaurant und Ladenstraße. Die Bürohausanlage mit Hochhausteil in 3, Landstraßer Gürtel 6, ist bereits zum Teil fertiggestellt. Weiters wurde die Baubewilligung erteilt für ein Pensionistenheim in 4, Phorusplatz 6,

mit 205 Zimmereinheiten, Geschäftslokalen und einer Tiefgarage. In 5, Hartmanngasse 2 b, wurde das Bürogebäude der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft fertiggestellt, in 6, Hirschengasse 20—22, der Rohbau eines Pensionistenheimes mit 220 Wohneinheiten nahezu abgeschlossen. In der Webgasse 37 konnte der Bau eines Wohnhauses mit 220 Wohnungen und rund 180 Stellplätzen abgeschlossen werden. Im geplanten Assanierungsgebiet wurde in der Garbergasse 11 ein Wohnhaus mit 54 Wohnungen errichtet, wobei auf die Anpassung des Baues an den übrigen Altbaubestand geachtet wurde. Das Gebäude in Esterházygasse 28, ein Komplex aus der Gründerzeit mit 35 Wohnungen, wurde assaniert, in der Mollardgasse 16 ein Studentenheim mit rund 100 Heimplätzen errichtet. Im 7. Bezirk sind im besonderen der Umbau und die Gesamtinstandsetzung des Volkstheaters mit der Rekonstruktion der Kuppel oberhalb des Haupteinganges nach Kriegsschäden zu nennen. Weiters wurde in der Schottenfeldgasse 30 der Bau einer Wohnhochhausanlage mit 225 Wohnungen, einer Tiefgarage und einer städtischen Volksschule begonnen, wobei ein Hochhausteil mit 50 Wohnungen und die Volksschule fertiggestellt sind.

Im 10. Bezirk wurde die Baubewilligung erteilt für die Errichtung einer Wohnhausanlage mit 21 Stiegen, 233 Wohnungen und 8 Reihenhäusern in der Bitterlichstraße sowie für eine weitere Wohnhausanlage mit 115 Wohnungen in der Hollitzergasse. Für die Errichtung einer Speditionsanlage mit fünf Industriegebäuden in 11, Wildpretstraße, war die Baubewilligung zu erteilen, wobei die bebaute Fläche rund 24.000 m² betragen wird. Als weitere Großbauvorhaben sind die in Bau befindlichen Wohnhausanlagen in der Hauffgasse mit 485 Wohnungen und 398 Stellplätzen, in der Sängergasse mit 380 Wohnungen und 226 Stellplätzen und in der Kaiserebersdorfer Straße mit 506 Wohnungen und 696 Stellplätzen zu nennen. Im Alberner-Hafen-Gebiet haben ferner mehrere Firmen Betriebsgebäude und Produktionshallen errichtet, außerdem wurde das neugewidmete Gartensiedlungsgebiet „Neugebäude" bearbeitet. Für ein Pensionistenheim in 14, Felbigergasse 81, wurde die Baubewilligung erteilt. Ferner wurden nach der Herstellung von städtischen Straßenkanälen in weiten Gebieten des 14. Bezirkes, wie in der Mauerbachstraße von ONr. 56 bis 190, auf der Hans-Muhr-Promenade und in der Alois-Behr-Straße, die Anrainer zum Anschluß an den Kanal aufgefordert und hiefür die Baubewilligung erteilt. Im 16. Bezirk wurde besonderes Augenmerk auf die Behebung der Baugebrechen in dem von der Thaliastraße, Wattgasse, Ottakringer Straße, Eisnergasse, Friedrich-Kaiser-Gasse und Kuffnergasse begrenzten Assanierungsgebiet gelegt. Das markanteste genehmigte Projekt war der Neubau eines Lager- und Bürogebäudes der Firma Austria Tabakwerke AG (Verkaufsleitung Wien) in 16, Paltaufgasse 14, mit einer bebauten Fläche von 5.490 m² und einem umbauten Raum von 67.800 m³. Fertiggestellt wurde ein Pensionistenheim in 17, Alszeile 73, mit 228 Wohneinheiten, zwei Dienstwohnungen und einer Krankenstation sowie ein weiteres in 18, Türkenschanzplatz 2, mit 316 Wohneinheiten. Für die Wohnhausanlage in 19, Heiligenstädter Straße 134—Boschstraße 53, mit 237 Wohnungen wurde die Baubewilligung erteilt. Außerdem fand der Wettbewerb für eine Wohnhausanlage auf den Gräf-und-Stift-Gründen in der Weinberggasse 68 statt.

Baubewilligungen wurden erteilt für ein Büro- und Lagergebäude mit rund 7.750 m² Nutzfläche für ITT in 21, Scheidgasse 41, für ein Pensionistenheim mit 252 Wohneinheiten in Jedlersdorfer Straße 68, für eine Wohnhausanlage mit 361 Wohnungen in Gerasdorfer Straße 61, für eine weitere Wohnhausanlage mit 229 Wohnungen in Töllergasse 42 sowie für ein Bürogebäude mit rund 12.500 m² Nutzfläche für Siemens in der Heinrich-von-Buol-Gasse. Im 22. Bezirk wurde die Betriebsansiedlung von General Motors ausgebaut und die erste Teilbenützungsbewilligung erteilt. Das Distributionszentrum der Konsumgenossenschaft wurde fertiggestellt. Im 23. Bezirk waren die Industriebauten in den Betriebsansiedlungsgebieten Draschegründe Ost und West sowie im Bereich Großmarktstraße zu bearbeiten.

Die Entwicklungsarbeiten an der bei der Abteilung im Einsatz befindlichen Textverarbeitung wurden fortgesetzt, insbesondere wurden Versuche bezüglich einer automatischen Adressierung durchgeführt, wobei die Adressen direkt auf die Kuverts gedruckt werden sollen. Auf dem Gebiet des Drucksortenwesens wurden weitere Verbesserungen durch Überarbeitung der vorhandenen Formulare erzielt.

Das Referat zur Bekämpfung des wilden Bauens setzte seine Überwachungstätigkeit in den betreffenden Gebieten fort und hielt die in jahrelanger Arbeit ermittelten Aufnahmen über die Baubestände in den wilden Siedlungen evident. Die Überwachungstätigkeit wurde wie bisher auch an Sonntagen vorgenommen.

Das Gehsteigreferat hatte 1.121 Anträge und Mahnungen zur Herstellung vorschriftsmäßiger Gehsteige erteilt.

Im Vergleich zum Jahre 1980 ist die Anzahl der eingelaufenen Dienststücke von 85.345 auf 105.604 (+ 20.259 oder 23,7%) und die Anzahl der erledigten Dienststücke von 84.499 auf 103.891 (9.392 oder 22,9%) gestiegen. Die Zunahme der Zahl an ein- und ausgelaufenen Aktenstücken ist darauf zurückzuführen, daß die Abteilung auf Grund der Neuorganisation nunmehr sämtliche baubehördliche Angelegenheiten für das gesamte Stadtgebiet übernommen hat.

Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien

Im Budget der Stadt Wien für das Jahr 1981 waren die Einnahmen aus den Prüfungsgebühren der Versuchs- und Forschungsanstalt mit 22,5 Millionen Schilling veranschlagt. Auf der Ausgabenseite standen 1,1 Millionen Schilling für Inventaranschaffungen zur Verfügung. Tatsächlich wurden Einnahmen in der Höhe von 24,5 Millionen Schilling verzeichnet. Damit gelang es auch in diesem Jahr, Mehreinnahmen gegenüber dem vorgegebenen Ansatz zu erzielen. Da die Abteilung außer Baustoff- und Bauteilprüfungen, Untersuchungen und Begutachtungen auch Agenden des Umweltschutzes auf dem Gebiet des Lärmschutzes sowie der Kontrolle der Luft- und Wasserqualität (Trinkwasser, Oberflächengewässer, Abwässer) wahrnimmt, gliedern sich die Einnahmen in 17,5 Millionen Schilling aus Baustoff- und Bauteilprüfungen, Untersuchungen und Begutachtungen und in 7 Millionen Schilling aus Arbeiten für den Umweltschutz.

Im Jahre 1981 wurden auf dem Gebiet des Umweltschutzes insgesamt 706 Lärmmessungen durchgeführt. 59,9 Prozent entfielen auf Lärmmessungen von Gewerbebetrieben, wobei die magistratischen Bezirksämter als Antragsteller auftraten. 39,5 Prozent sind als Hörproben bei Vergnügungsbetrieben, Gaststätten, Bars usw. einzustufen, die über Antrag der MA 7 erledigt wurden. Auf Messungen des Baulärms kamen nur noch 0,6 Prozent.

Auf dem Sektor der Luftmeßtechnik wurde versucht, mit den vorhandenen Geräten und Personal den etwas geänderten Anforderungen zu entsprechen: Das seit zehn Jahren mit 35 Meßstellen betriebene Bleikerzen- und Staubniederschlagsmeßnetz wurde auf 16 Meßstellen zur weiteren Trendbeobachtung reduziert. Mit der freigewordenen Kapazität konnten Schwerpunktprogramme in den Assanierungsgebieten Wilhelmsdorf und Währing sowie in der Leopoldstadt in Angriff genommen werden.

Im Zusammenhang mit der Sondermüll- und Klärschlammverbrennungsanlage wurden die Immissionsmeßstellen weiter betreut sowie Emissionsuntersuchungen vorgenommen. Die Verwendung der hauseigenen Rechenanlage ermöglichte erstmals die statistische Auswertung der bei den Luftqualitätsmessungen anfallenden umfangreichen Datenmaterialien und die graphische Darstellung der daraus ableitbaren Zusammenhänge, was zunächst auch für einige Meßprogramme aus früheren Jahren durchgeführt wurde.

Im Rahmen der Wasseruntersuchungen wurden folgende Meßprogramme durchgeführt:

- Fortsetzung der verfahrenstechnischen Untersuchungen im Grundwasserwerk Nußdorf zur Trinkwasseraufbereitung;
- Fortsetzung der Untersuchung der Wasserqualität von Donau und Donaukanal vor und nach Inbetriebnahme der Hauptkläranlage;
- Abschluß der Arbeiten bezüglich Charakterisierung von Klärschlammeigenschaften;
- Vergleichstests von Analysatoren zur Bestimmung des Gesamtkohlenstoffgehaltes.

Des weiteren wurden die Untersuchungen im Rahmen zweier langjähriger Projekte weitergeführt:

Im Rahmen des limnologischen Untersuchungsprogramms UNESCO MAB — Projekt Gewässer im Naturschutzgebiet Untere Lobau wurde der Zustand der in diesem Gebiet gelegenen Gewässer mit den Mitteln der Ökosystemanalyse beschrieben. Die Art der Auswertung ermöglicht eine Voraussage über Änderungen dieses Gewässersystems durch bestehende und geplante Nutzungsmaßnahmen.

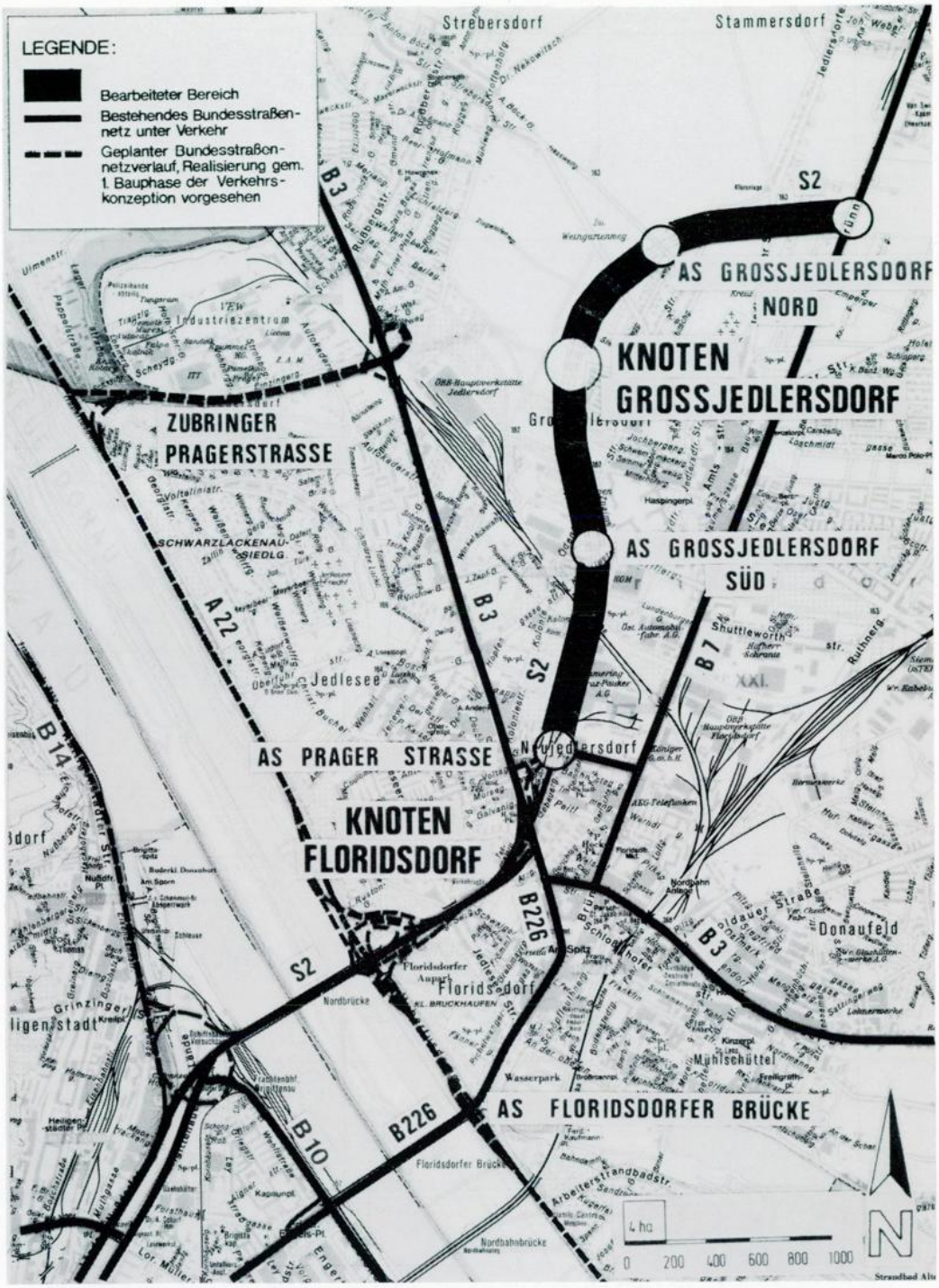
Durch das Untersuchungsprogramm Neue Donau sollte die limnologische Entwicklung des Entlastungsgerinnes von Baubeginn an verfolgt werden. In kurzfristigen Untersuchungsprogrammen wurden die Auswirkungen von Nutzungstechnologien, wie Wärmeeinwirkung von Kraftwerken in Fließgewässern und Vegetationsbeeinflussung durch SO_2-Immission, auf Fließgewässer bzw. Vegetation ermittelt.

Auf dem Gebiete der Baustoff- und Bauteilprüfung, Untersuchungen und Begutachtungen sind im Jahre 1981 folgende besonders zu erwähnen, da sie über den normalen Tätigkeitsbereich hinausgehen:

Das Hauptentwicklungsgebiet auf dem Sektor der Werkstoffprüfung lag bei den Korrosionsschutzmaterialien. Zeit- und arbeitsaufwendige technologische Musterprüfungen an Beschichtungssystemen gestatten in Verbindung mit Freibewitterungsprüfungen Aussagen über die prinzipielle Eignung des Materials für bestimmte Anwendungszwecke. Solche Überprüfungen sind für Materialien, die bereits auf Baustellen angeliefert wurden und über deren Verwendung kurzfristig zu entscheiden ist, nicht durchführbar. Daher wurden die den Musterprüfungen unterzogenen Materialien an Hand chemischer Untersuchungen, unter besonderer Berücksichtigung der instrumentellen Analytik, charakterisiert. Mit den in Evidenz gehaltenen Daten ist dadurch jederzeit eine Überprüfung auf Identität — im Rahmen der Produktionstoleranzen — zwischen der zur Musterprüfung eingereichten und der an der Baustelle entnommenen Probe möglich und somit die Qualitätssicherung gewährleistet.

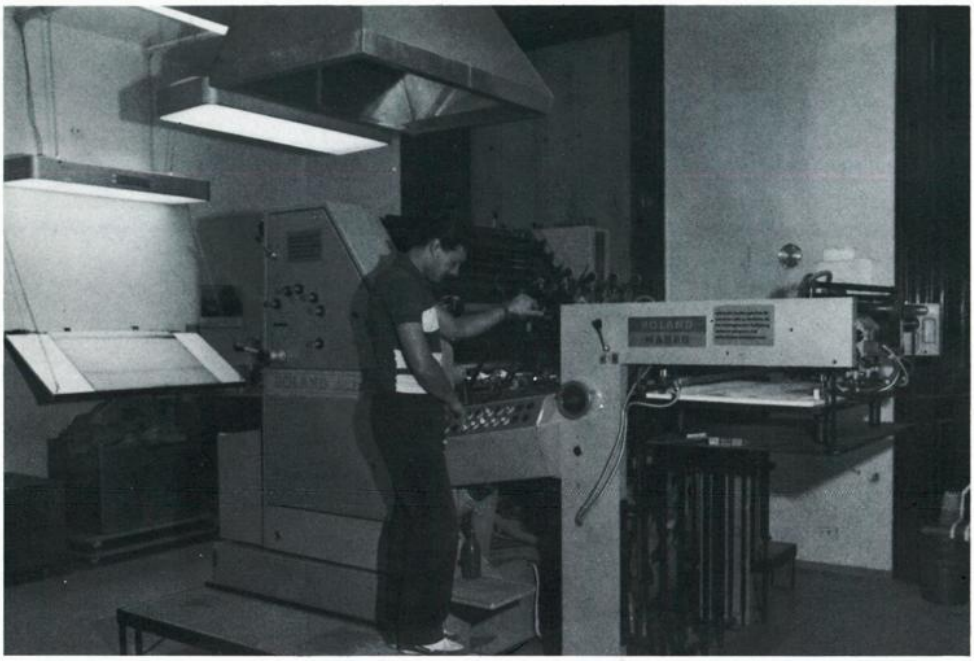
Auf dem Gebiet der Wasseranalytik wurde der Technicon-Aqualizer um weitere Analysenkanäle und eine Rechnersteuerung ausgebaut, so daß die simultane automatische Bestimmung von sieben Analysenparametern in einem Arbeitsgang möglich ist. Durch den Verbund der Wasseranalysengeräte mit der Rechenanlage liegen die Ergebnisse der häufigsten Routineuntersuchungen (Betonaggressivität von Grundwässern) binnen zwei Arbeitstagen schriftlich als Befund und Gutachten vor.

Mit Jahresende wurden die neuen Räumlichkeiten (vierter Bauteil) des Chemischen Laborato-



Stadtplanung

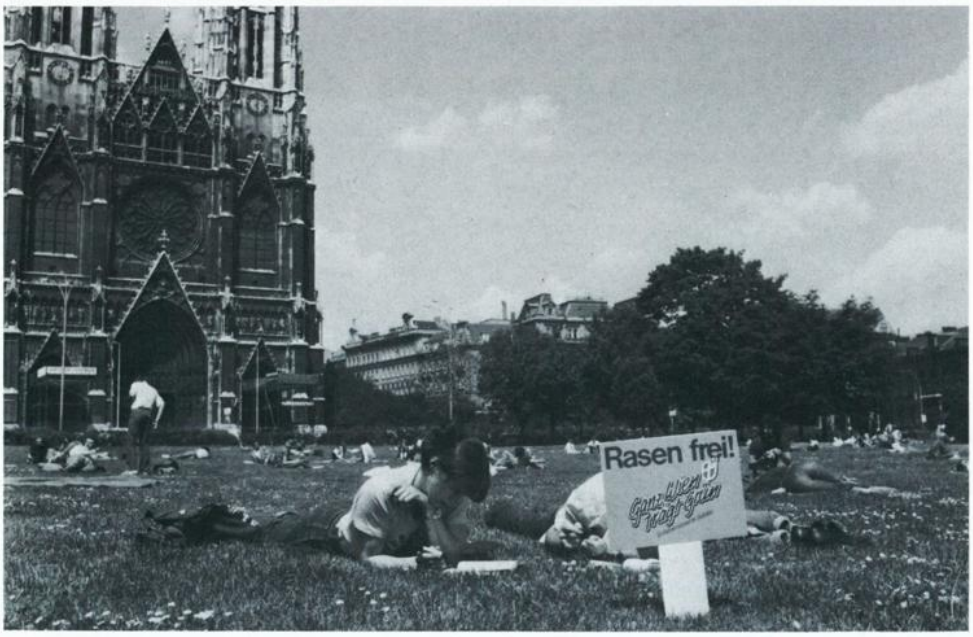
S 2 — Donaukanal-Schnellstraße, Abschnitt Anschlußstelle Prager Straße (B 3) bis Brünner Straße (B 7)



Im Druckereibetrieb der Stadt Wien werden auch die mehrfarbigen Feuerwehr-, Luftbild- und Bezirkspläne hergestellt

Stadtplanung
Stadtgartenamt

Startfläche für die „Rasen-frei!"-Aktion der Stadt Wien ist der Votivpark



riums im zweiten Stock bezogen. Damit konnten die verschiedenen Arbeitsgebiete organisatorisch besser zusammengefaßt und die Analysengeräte in Räumen aufgestellt werden, die ihre optimale Funktion gewährleisten.

Für die Wärmeleitfähigkeitsmessungen von Baustoffen wurde im Physikalischen Laboratorium ein neues elektronisches Datenerfassungs- und Auswertegerät im Betrieb getestet, programmiert und in Betrieb genommen, ebenso ein neuer Plattenapparat mit einer Heizplattengröße von 50 × 50 cm. Damit ist es nunmehr möglich, Materialdicken bis zu 12 cm zu messen. Besonders bei Dämmstoffen kommen oft Dicken von 8 bis 12 cm vor. Die im Jahre 1980 begonnene Serie von Messungen der Wärmedämmung von Fensterprofilen wurde beendet, eine Meßserie mit etwa 15 Messungen von Isolierglasscheiben wurde begonnen. Weiters wurde für die MA 24 ein Meßprogramm für die Wärme- und Schalldämmung von Fenstern in Angriff genommen und zum Teil durchgeführt.

Zur Berechnung von bauphysikalischen Eigenschaften, insbesondere Wärmedämmung, Optimierung, Dampfdiffusion, Brand, von Bauteilen und des Wärmeverlustes von Gebäuden wurde ein Programmsystem in Zusammenarbeit mit dem Labor für Datenverarbeitung weiterentwickelt, weiters konnten Fragebögen für die zur Berechnung des Wärmeverlustes von Einfamilienhäusern und Wohnungen erforderlichen Daten erstellt werden.

Bei den Brandversuchen sind außer der weiteren Zunahme der Zahl an Brennbarkeitsversuchen insbesondere die Versuche an Brandschutzverglasungen zu erwähnen, mit denen eine Brandwiderstandsdauer bis zu 90 Minuten erreicht wird.

Im mechanisch-technologischen Laboratorium hat sowohl bei allen Laboruntersuchungen als auch bei Begutachtungen und Schadensfallbehandlungen im Jahre 1981 die Anzahl der Arbeiten mit einem besonderen technischen Schwierigkeitsgrad bedeutend zugenommen. Im besonderen konnten Begutachtungen von Hochbauten in anderen Bundesländern (Niederösterreich, Burgenland, Kärnten, Steiermark und Vorarlberg), aber auch im Ausland ausgeführt werden. Die Tätigkeiten der Abteilung gehen somit weit über die Grenzen der Stadt. So wurde in Zusammenarbeit mit der Universität Leeds im Auftrag einer österreichischen Firma ein englisches Spannsystem mit nachträglichem Verbund geprüft, ob es nach ÖNORM B 4259 für Spannbeton geeignet ist.

Grundlagenuntersuchungen wurden an vorbelasteten Stahlbetonbalken mit Schwerlastankern durchgeführt. Diese Versuche dienten prinzipiell für die unmittelbare Aussage der Sicherheit von Dübeln im Stahlbeton.

Auf Grund einiger Schadensfälle an Böschungsschutzmauern wurden Reibungsversuche an sogenannten „Krainerwänden" gefahren. Die dieser Konstruktion zugrunde liegende Kombination von Läufern und Bindern aus Beton wurde durch eine Vertikalkraft (als Ersatz für den Erddruck) so belastet, daß die zur Verschiebung notwendige Horizontalkraft festgestellt werden konnte bzw. in Zukunft die zulässige Belastbarkeit besser abgeschätzt werden kann.

Da die Kosten für Energie ständig steigen, wurde vor fünf Jahren begonnen, Außenwände von Wohnhäusern in vermehrtem Maße mit dem vor rund 20 Jahren empirisch gefundenen Außenwanddämm-Verbundsystem zu verkleiden, das aus der Wärmedämmung und einem mit einem Glasgitter bewehrten Dünnputz besteht. Bei diesem System treten auf Grund der unterschiedlichen mechanisch-technologischen Kennwerte beträchtliche, bis heute mathematisch noch nicht exakt erfaßbare Spannungen im Gebrauchszustand auf. Bei diesen sogenannten Vollwärmeschutzsystemen kam es zu etlichen teilweise irreparablen Schäden, da unter dem Konkurrenzdruck und in Unkenntnis der auftretenden Beanspruchungen Komponenten, wie qualitativ minderwertige Kleber, Spachtelmassen, Armierungsgitter usw., eingesetzt wurden.

Die Abteilung betreibt seit drei Jahren intensive Versuchs- und Forschungstätigkeit, um die Anforderungen an Außenwanddämm-Verbundsysteme mit Dünnputz zu erarbeiten. Diese Anforderungen wurden von der MA 35 vollinhaltlich übernommen, so daß nur noch Außenwanddämmsysteme, die diese Bedingungen erfüllen, eine Zulassung erhalten. Bisher haben etwa 20 namhafte Hersteller von Außenwanddämmsystemen aus Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Italien ihr System zur Übeprüfung der Abteilung eingereicht.

In diesem Zusammenhang nahm die chemische Industrie, die die Grundrezepturen für Klebemörtel und Kunstharzputz und die dafür erforderlichen chemischen Produkte an die Systemhersteller weitergibt, Kontakt mit der Abteilung auf, um die Rezepturen auf die hohen Anforderungen abzustimmen. Gleiches gilt für die Hersteller der Glasgittergewebe und Glasgittergelege aus Frankreich, Deutschland und Österreich. Da diese erarbeiteten Anforderungen sowohl einzelne Komponenten des Außenwanddämmsystems als auch das gesamte System erfassen, wurden sie teilweise vom Ausland übernommen. Der Grund dafür besteht darin, daß in den europäischen Ländern, in denen Vollwärmeschutz verarbeitet wird, nur ansatzweise Güteanforderungen bestehen.

Im April 1981 wurde die Abteilung beauftragt, in Rom Großwohnhausanlagen mit einigen tausend Wohneinheiten zu begutachten. Zweck dieses Gutachtens war es, aufgetretene Mängel in bauphysikalischer und bautechnischer Hinsicht in den mit verschiedenen Außenwandaufbauten hergestellten Wohnhausanlagen zu beurteilen und Sanierungsmöglichkeiten anzugeben. Im Laufe dieses Aufenthaltes wurde in Zusammenarbeit mit Vertre-

tern des italienischen Bauherrn und der Baufirmen noch ein Konzept für die weitere Errichtung von sozialen Wohnbauten ausgearbeitet, wurden weiters Bemessungsbeispiele durchgerechnet und Baudetails konstruktiver Ausbildungen — bauphysikalisch-baustoffmäßig — erarbeitet.

Die Abteilung tritt in Form von Vorträgen und Lehrveranstaltungen an einen größeren Publikumskreis heran. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die im September 1980 begonnene Seminarreihe über Bauphysik. Es handelte sich um Halbtagsseminare über die Themen Wärmeschutz und Schallschutz, die an zwei Tagen in der Woche in der Abteilung abgehalten wurden. Zu diesen Vorträgen, die im Rahmen der beruflichen Weiterbildung von der Verwaltungsakademie veranstaltet wurden, kamen aus dem Wiener Stadtbauamt insgesamt rund 500 Bedienstete der Verwendungsgruppen A, B, C und D. Für diese Kurse wurde von Mitarbeitern der Abteilung ein ausführliches Skriptum bzw. Lehrbuch über jedes Thema bis zur Druckreife erarbeitet. Infolge des überaus positiven Echos ist an eine Fortsetzung gedacht, und zwar soll mit Anfang 1982 ein Seminar über Brandschutz abgehalten werden.

Der Leiter der Abteilung hat an der Akademie der bildenden Künste einen Lehrauftrag am Institut für Statik und Festigkeitslehre, Stahlbau und Leichtbau inne. In der Versuchsanstalt werden praktische Übungen für die Studenten der beiden Architektur-Meisterklassen abgehalten. Für Baumeister und Poliere finden gleichfalls Kurse über Gebiete der Baustofftechnologie statt.

Stadtvermessung

Die allgemeine fachliche Tätigkeit der Stadtvermessung ist durch steigende Anforderungen seitens verschiedener Magistratsdienststellen gekennzeichnet, wobei die meisten Arbeiten mit eigenem Personal durchgeführt werden. Die Aufträge an Ingenieurkonsulenten hingegen sind gegenüber 1980 um rund ein Fünftel zurückgegangen.

Durch die Mitarbeit bei Normenausschüssen, in der Österreichischen Raumordnungskonferenz und im Arbeitskreis Stadtvermessung des Österreichischen Städtebundes konnten viele Anregungen gegeben und Erfahrungen ausgetauscht werden. Dies gilt besonders für den Problemkreis Leitungskataster. Die Abteilung wurde von der Stadtbaudirektion beauftragt, Richtlinien und Kosten für die Anlage eines derartigen Katasters in Wien auszuarbeiten. Besonderer Wert wurde auf die sachliche Information der Leitungsträger gelegt. Beim internationalen Treffen der Geometer in Montreux (FIG-Kongreß) wurden europaweit Berichte über bestehende Leitungskataster gegeben und Verfahren diskutiert.

Für die Großstadt Wien mit rund 20 Leitungsträgern kann nur mit Hilfe der automatisierten Datenspeicherung und -ausgabe eine rationelle Lösung gefunden werden. Aus diesem Grund ergibt sich auch die enge Zusammenarbeit mit der Automatischen Datenverarbeitung der Magistratsdirektion (MD-ADV). Notwendige Voraussetzung für die Anlage eines Leitungskatasters ist die graphische Datenaufbereitung und -speicherung des Stadtkartenwerkes.

Um über die Genauigkeitsgrenzen der Luftbildauswertungen hinaus großmaßstäbliche Pläne aus den Speicherdaten zeichnen zu können, müssen koordinativ-terrestrische Vermessungen herangezogen werden. Sind die Landeskoordinaten der wichtigsten Planpunkte nicht ausreichend vorhanden, müssen Ergänzungsmessungen durchgeführt werden. Dieses Verfahren sowie die Kombination von Luftbildauswertung in einem neuen Gerät höchster Präzision mit terrestrischen Messungen führen zur Koordinatenstadtkarte. Diese wird nicht nur die Grundlagenpläne für den Leitungskataster liefern, sondern als echte Mehrzweckkarte in vielen Bereichen der Planung und Bauvorbereitung dienen können.

Mit 5.465 Geschäftsfällen, von denen 494 aus vorhergehenden Jahren stammen, ist die Zahl der behandelten Akten im Vergleich mit 1980 fast unverändert geblieben. 3.880 Arbeiten konnten abgeschlossen werden. Die Mehrzahl der laufenden Dienststücke betrifft Grundteilungen, die nur in Ausnahmefällen in einem Kalenderjahr einer bescheidmäßigen Erledigung zugeführt werden können. In diesen Geschäftszahlen sind wie immer gerade die umfangreichsten Arbeiten der Stadtvermessung nicht enthalten, die in der permanenten Tätigkeit auf den Großbaustellen, in den wiederholten Setzungsmessungen zur Gebäudesicherung, in der Luftbildauswertung und in der Produktion des Stadtkartenwerkes bestehen.

Die Gesetzgebung stand im Zeichen von Tarifänderungen und diesbezüglichen Bestrebungen. Hinsichtlich der Neufassung der VGVO (Vermessungsgebührenverordnung, Verordnung des Bundesministeriums für Bauten und Technik vom 20. November 1981, BGBl. Nr. 535) konnte erreicht werden, daß nach den Ausführungsbestimmungen des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen, wie bisher, die erste Seite von Ausdrucken kostenlos abgegeben wird. Bei Konferenzen der Vermessungsexperten im Rahmen der Verbindungsstelle der Bundesländer konnte erreicht werden, daß für die Stadt Wien der Tarif des „Standardleistungsverzeichnisses Vermessung" für den großstädtischen Raum von Wien nicht anzuwenden ist. Dieser Tarif würde große Nachteile in kostenmäßiger Hinsicht bringen. Dieselben Argumente werden beim Antrag der Ingenieurkammer an das Bundesministerium für Bauten und Technik zur Einführung der GOVA (Gebührenverordnung

Vermessungswesen-Anlagen) angeführt. Die Begründung der Stadtvermessung hat das Ministerium und die Bundesingenieurkammer anerkannt.

Das Grundbuchumstellungsgesetz (GUG) und die Novelle zum Vermessungsgesetz befassen sich mit den geänderten Verhältnissen, die sich durch die Speicherung und Bildschirmabfrage der Kataster- und Grundbuchsdaten beim Bundesrechenzentrum ergaben. Im Jahre 1981 gab es bereits Auswirkungen auf die Erhebung dieser Daten bei den Grundbüchern und Vermessungsämtern. Positiv ist zu vermerken, daß die Wartezeiten für Grundbuchauszüge wesentlich geringer geworden sind.

Neuerungen sind durch die Anschaffung und den Einsatz leistungsfähiger Instrumente und Rechner eingetreten. Zwei elektronische, rechnerunterstützte Infrarot-Distanzmesser bieten neue Möglichkeiten der Meßtechnik für rasche und genaue Geländeaufnahmen. Als Ersatz für das überholte und störanfällige Rechensystem Vidikos wurde ein Computer der neuen Generation P 2000 mit Bildschirmanzeige und Schnelldrucker installiert. Nach einer Erprobungsphase wird er mit der Rechenzentrale der MD-ADV zwecks Koordinatenspeicherung und Datendialog verbunden werden. Neue Wege werden bei der Stadtkartenproduktion beschritten, um die Voraussetzungen für die koordinative Festlegung von Bebauungsplänen und die zentrale Ausgabe von Grundlagenplänen für einen Leitungskataster zu schaffen.

Das Referat „Sondermessungen" führt vorwiegend Präzisionsmessungen hoher Genauigkeit durch. So werden zum Beispiel über lange Zeiträume Horizontalverschiebungen von Baukörpern kontrolliert. Derartige Messungen werden auch in rutschgefährdetem Gelände benötigt, so unter anderem in einzelnen Abschnitten der II. Wiener Hochquellenleitung. Durch den Bau eines Gymnasiums in Scheibbs wird die oberhalb der Baustelle befindliche Wasserleitungstrasse gefährdet. Mit Hilfe verschiedener Meßmethoden, nämlich Horizontalmessung, Rißbreitenmessung und Neigungsmessung an Stützmauern, wird die Wirkung der Sanierungsarbeiten kontrolliert. Zahlreiche Messungen ähnlicher Art, die jedoch zur Lösung anders gelagerter Probleme angewendet worden sind, wurden durchgeführt, so in Wilhelmsburg an der Wasserleitung; an der Mariensäule in 8, Jodok-Fink-Platz, wegen der Schiefstellung der Säule; an der Augartenmauer im Zuge des Ausbaues der Oberen Augartenstraße; in Gaaden im städtischen Kinderheim; am Wienerwaldsee im Bereich eines Rutschhanges; in Tribuswinkel für das Kinderheim im Schloß; an der ungarischen Botschaft wegen einer Rißbildung und im Esterházybunker wegen dessen Schiefstellung. Mit Hilfe eines Lichtschnittgerätes wurden Profilverformungen durch Erddruck im Stollen der II. Wiener Wasserleitung im Abschnitt Scheibbs erfaßt und dargestellt.

Die MA 68 beabsichtigt, ein Netz von Funkrichtstrahlen zwischen den einzelnen Feuerwachen aufzubauen. Für dieses Vorhaben wurden von der Abteilung die Höhen der Antennenmaste so bestimmt, daß eine ungestörte Funk- und Sichtverbindung garantiert ist. Weiters wurden von diesem Referat 39 Grundstücke neuer Plandokumente mit einer Gesamtfläche von 13,5 km² in der Natur überprüft, korrigiert und die Höhen der Straßenkreuzungen gemessen.

Bei der Herstellung der Stadtkarte mit Hilfe der Speicherung und Zeichnung durch die automatische Datenverarbeitung wurden 10 km² Luftbildauswertungen, entsprechend dem Fortschritt der Datenübernahme, durch Naturvergleich und lokale Erhebungen ergänzt. Auf weiteren 26 km² wurden durch Nivellement von Straßenkreuzungen und topographisch wichtigen Punkten Höhenkoten ermittelt. Es ist dies eine Vorarbeit für die Digitalisierung, das heißt die punkt- und linienweise Speicherung der Stadtkarte.

In der Gruppe für allgemeine Vermessungen wurden für Hoch- und Tiefbauprojekte 195 Lage- und Höhenpläne geliefert oder vorhandene Unterlagen auf den letzten Stand gebracht. Bei den an Ingenieurkonsulenten vergebenen Absteckungen ist mit nur 33 Aufträgen ein wesentlicher Rückgang festzustellen, wobei dieser durch den Straßenbausektor bedingt ist. Hervorzuheben sind umfangreiche Aufträge im Bereich der U 6 und U 4 und eine Variante der U 3 vom Stephansplatz zur Landstraßer Hauptstraße. Für das Betriebsbaugebiet Hafen Albern und für die Draschegründe-West wurden gleichfalls große Vermessungsoperate geliefert. Durch eigenes Personal sind für Wienfluß, Halterbach, Schreiberbach und Liesingbach Kilometrierungen durchgeführt worden.

Die Gruppe Baumessungen führt auf den Großbaustellen der Stadt Wien die ingenieurgeodätischen Arbeiten durch und kontrolliert die Bautoleranzen. Es wurden lage- und höhenmäßige Präzisionsmessungen ausgeführt und Fixpunkte für laufende Sicherungsmessungen geschaffen. Neben den Setzungsmessungen sind die regelmäßigen Absteckungen für Baumaßnahmen besonders umfangreich. Fortlaufende Arbeiten wurden geleistet für die A 22-Donauuferautobahn, die B 14-Klosterneuburger Bundesstraße, die Floridsdorfer Brücke, den Knoten Nordbrücke, die Brigittenauer Brücke und den Knoten Donaupark. Für den U-Bahn-Bau vom X. bis XIII. Bauabschnitt und in anderen Bereichen wurden ebenso ständig Messungen, Berechnungen und Absteckungen durchgeführt.

Die Gruppe für liegenschaftstechnische Vermessungen ist in rund 230 Grundteilungsverfahren und Grenzfeststellungen tätig geworden. Bei mehr als einem Viertel dieser Arbeiten wurden die erforderlichen Urkundspläne von eigenem Personal verfaßt. Dazu kommen über 300 Grenzverhandlungen zu sogenannten Zustimmungserklärungen, bei denen die Stadt Wien als Grundnachbar eingeladen wurde. Als

Grundlage zur Bestellung von Dienstbarkeiten für die U 6 wurde eine Reihe von Servitutsplänen verfaßt. Planunterlagen und Grenzbeschreibungen zur Korrektur von Bezirksgrenzen, deren Änderung zum Beispiel durch den Ausbau von Verkehrsflächen notwendig geworden war, wurden der Magistratsdirektion übergeben.

Die Schwerpunkte zur Schaffung von Bauplätzen oder zur Herstellung der Grundbuchsordnung lagen bei Wohnhausanlagen, Betriebsbaugebieten, Kleingartenflächen und Bundesstraßen. Außerhalb von Wien wurden die Quellschutzgebiete und Wasserleitungen intensiv betreut, dabei rund 25 km Leitungstrassen vermessen und über 20 km Grenzen festgelegt, verhandelt und vermarkt. Unterirdisch wurden 7 km Leitungsstollen eingemessen.

Die Gruppe Bildmessung, Stadtkartengrundlagen, Präzisionsmessungen hat neben den laufenden Aufgaben, wie Luftbildauswertung der Stadtkartenflüge, Verdichtung des Höhenfestpunktnetzes und periodische Setzungsmessungen, viele wichtige Sonderaufgaben durchgeführt.

Das Referat Photogrammetrie ist primär mit der Herstellung der Grundlagen für die Neuproduktion und Fortführung der Wiener Stadtkarte beschäftigt. Diese dient den Verwaltungs- und Baudienststellen des Wiener Magistrates als Standardkartenwerk. Im Jahre 1981 konnten für ein Gebiet im Ausmaß von 153 km² neue Stadtkarten hergestellt bzw. die vorhandenen überarbeitet und auf den Stand des letzten Bildfluges gebracht werden. Im Mai 1981 wurde das gesamte Stadtgebiet mit dem Ziel beflogen, eine einheitliche aktuelle Plandarstellung zum Zeitpunkt der Volkszählung zur Verfügung zu haben. Durch eine spezielle photogrammetrische Bearbeitung wurden von diesen Flugaufnahmen Orthophotobilder im Maßstab und Blattschnitt der Stadtkarte 1 : 10.000 hergestellt. Alle 33 Blätter stehen als Drucke den interessierten Dienststellen zur Verfügung. Der besondere Wert dieses Luftbildplanes liegt darin, daß er vollkommen entzerrt ist und die Einzelblätter daher lückenlos aneinander passen.

Im Herbst konnte die Bearbeitung des neuen Landinformationssystems von Wien abgeschlossen werden. Dieses System, das die Bezeichung Realnutzungskartierung 1979 hat, konnte in mehrjähriger Zusammenarbeit mit der MD-ADV und der MA 18 und der MA 21 geschaffen werden. Es ist dies eine Bestandsaufnahme des gesamten Stadtgebietes mit räumlich zugeordneten Nutzungen. In einer sehr umfangreichen und arbeitsintensiven Auswertung wurden 20.526 Teilflächen an Hand von Luftbildern abgegrenzt und nach einem Kriterienkatalog klassifiziert. Zusätzlich wurden Geschoßanzahl und Grundfläche aller in der Stadtkarte dargestellten Gebäude erhoben.

Dem Wiener Magistrat steht mit diesem Ergebnis eine räumlich bezogene, kleinmaschige Bestandsaufnahme des Stadtgebietes zur Verfügung. Mit deren Hilfe kann erstmals die Bilanz der aktuellen Flächennutzung Wiens bzw. seiner Bezirke erstellt werden. Durch die Speicherung dieses Informationssystems in der Großanlage der automatischen Datenverarbeitung der Magistratsdirektion ist der schnelle Zugriff zu den Einzelwerten oder eine Zusammenfassung und Auflistung bzw. ihre automatische Zeichnung gewährleistet.

Weitere Sonderaufgaben waren unter anderem die Darstellung von Dachverschnitten und die Messung von Gesimskoten aus Luftbildern. Verschiedene Fassadenauswertungen und Bildkonstruktionen wurden geliefert, so zum Beispiel vom Karl-Marx-Hof und vom Schwarzenbergplatz. Bei diesen Arbeiten handelt es sich um die Einrechnung und perspektivisch richtige Montage von Hochhaus- oder Straßenprojekten in Photos. Mit Hilfe dieser Ansichten von verschiedenen Standpunkten aus kann noch im Planungsstadium die Auswirkung auf das Stadtbild abgeschätzt werden. Derartige Montagen wurden unter anderem vom Umbauplan des Ronachers sowie von verschiedenen Hochhausprojekten an der Heiligenstädter Straße angefertigt. Photogrammetrische Lage- und Höhenpläne wurden für die III. Wiener Wasserleitung, für den Ausbau des Flötzersteiges und die Straßenbahnlinie 64 hergestellt.

Höhenmessungen großen Umfangs wurden im Referat Nivellement durchgeführt. Über das Wiener Stadtgebiet sind netzartig rund 6.000 Höhenfestpunkte verteilt, die für die Tätigkeit der Baubehörde, aber auch für die planenden und bauausführenden Dienststellen und die privaten Bauträger von großem Nutzen sind. In periodischen Abständen müssen die Höhenbolzen neu eingemessen werden, da durch Bewegungen der Erdkruste (Erdbeben 1972), Frosteinwirkung, schlechte Fundierung usw. Vertikalverschiebungen und dadurch Änderungen der Höhen hervorgerufen werden. Außerdem hat das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen durch ein Präzisionsnivellement die Bezugskoten des Wiener Netzes geändert. Auch aus diesem Grund sind eine Neumessung und Neuberechnung der Festpunktkoten notwendig geworden. Im Jahre 1981 wurden 21 Präzisionsnivellementszüge von insgesamt 70 km Länge neu gemessen und berechnet.

Weitere umfangreiche Leistungen erbringen die Mitarbeiter dieses Referates durch die Höhenkontrollmessungen, das sind Setzungsmessungen an Bauwerken, Brücken, städtischen Wohnhäusern, öffentlichen Gebäuden sowie im Bereich von U-Bahn-Baustellen. An 36 derartigen Baukörpern, wie St. Stephan, Hochhaus am Schöpfwerk und Erdbergbrücke, wurden periodisch oft sehr umfangreiche Kontrollmessungen vorgenommen. Diese Arbeiten dienen letztlich der Sicherheit der Wiener Bevölkerung.

In der Gruppe Kartographie lag der Schwerpunkt weiterhin bei der Fortführung der Stadtkarte 1 : 2.000. Die Stadtkartenblättter, deren Veränderungen durch die Luftbildauswertung des Fluges 1979 erfaßt wurden, konnten mit verstärktem Einsatz fertiggestellt werden. Mit der Darstellung der neuen Objekte und

Geländeformen aus dem Bildflug 1980 konnte bereits begonnen werden. Auf den neuesten Stand gebracht und für den Druck vorbereitet wurden 115 Stück Blätter 1 : 2.000, davon wurden 22 von der MA 20 bereits nachgedruckt. In mehr als 200 Fällen konnten neue Orientierungs- und Stiegennummern sowie zusätzliche Höhenkoten in die Schriftfolien aufgenommen werden. Die Gründrucke-Berichtigungen nach Naturbegehungen wurden auf 61 Blättern durchgeführt. Zur Darstellung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes wurden 108 Blätter fortgeführt, 12 Blätter gänzlich neu gezeichnet. Für 14 Blätter wurden neue Schutzzonenfolien hergestellt.

Über Auftrag des Stadtratbüros wurde der Wald- und Wiesengürtel für ganz Wien zur Flächenermittlung auf den letzten Stand gebracht und auf gesonderten Folien dargestellt. Die Flächenberechnung und Datenspeicherung durch die MD-ADV steht vor dem Abschluß. Für einen großen Bereich des Wiener Stadtgebietes wurde eine graphische Darstellung aller Plandokumente in Perioden von fünf Jahren in 1 : 2.000 und 1 : 10.000 angefertigt. Für einen Großteil der 121 Blätter der Stadtkarte 1 : 5.000 ist die Schriftfolie mit Straßennamen, Orientierungsnummern, Landes- und Bezirksgrenzen für Zweifarbendruck fertiggestellt.

An der Montage der Bezirkspläne wurde in den bewährten Maßstäben weitergearbeitet. Für die Blätter der automatisch gezeichneten Stadtkarte 1 : 2.000 wurden die STRIP-Haustonfolien für den Druck vorbereitet. Die manuell gezeichneten Bebauungsplanfolien werden mit Hilfe von Identpunkten aus Lage- und Abteilungsplänen koordinativ fixiert und der ADV zur Speicherung übergeben.

In der thematischen Kartographie ist wegen der großen Zahl von Situationsveränderungen in der Stadtkarte 1 : 2.000 die Überarbeitung aller Grundkarten einschließlich der Freytag-und-Berndt-Ausgabe 1 : 25.000 und der Zählgebietskarte vorgenommen worden.

Für viele Dienststellen wurden graphische Arbeiten und Sonderaufgaben ausgeführt, so zum Beispiel die aktuelle Darstellung der A 22-Stadtautobahn und des Donauhochwasserschutzbereiches. Auch bei kleineren Arbeiten wie Formblättern und Organigrammen konnten die Kartographen gute Dienste leisten. Für den „Orthophotoplan Wien 1981" wurde die Beschriftung zur Drucklegung angefertigt. Bei einer Dienstreise zum „Deutschen Kartographentag" und in vielen Fachausschüssen konnten neue Erkenntnisse gewonnen und kartographische Verfahren kennengelernt werden.

Im Planarchiv der Kartographie wurden mehr als 9.000 Einzelblätter in den verschiedensten Maßstäben ausgegeben. Für den „Neuheitenkasten" bei der MA 20 wurden 170 OCE-Folien 1 : 2.000 und 33 für die Maßstäbe 1 : 5.000 und 1 : 100.000 angefertigt. So ist die Gruppe Kartographie entsprechend ihrem Auftrag eine echte Servicestelle für alle Referate der Abteilung und darüber hinaus für den gesamten Magistrat der Stadt Wien. Vornehmlich diesem Zweck dienen auch die Arbeiten der technischen Zeichner und die Leistungen des Archivs der Stadtvermessung, in dem mit mehr als 10.000 Plänen ein sehr wertvoller visueller Datenbestand verwaltet wird und allen Magistratsdienststellen zur Verfügung steht.

Für die technischen Bediensteten des Bauamtes werden von der Verwaltungsakademie jährlich Vorbereitungskurse vor Ablegung der Dienstprüfung abgehalten. Der Leiter der Abteilung trägt über Grundbuch, Kataster, Vermessungstechnik und Kartenwesen vor. Er gehört auch der Kommission zur Abhaltung der II. Diplomprüfung der Technischen Universität Wien an. Die Abteilung ist weiters unterstützendes Mitglied des Österreichischen Vereines für Vermessungswesen und Photogrammetrie. Der Leiter der Stadtvermessung ist aus diesem Grund im Vorstand dieses Vereines sowie im vorbereitenden Ausschuß für den „Geodätentag 1982 in Wien" tätig. Bei dieser Tagung werden 4.000 Teilnehmer aus dem deutschen Sprachraum erwartet. Die Abteilung wird durch Vorträge, Veröffentlichungen, Beschickung der Fachausstellung und Führungen zum Tagungsthema „Informationssysteme der Geodäsie" beitragen.

Statistisches Amt der Stadt Wien

Das Jahrbuch der Stadt Wien 1980 erschien in zwei Bänden: „Die Verwaltung der Stadt Wien im Jahre 1980" kam in einer Auflage von 650 Exemplaren im September 1981, das „Statistische Jahrbuch der Stadt Wien 1980" in einer Auflage von 800 Exemplaren im Dezember 1981 heraus. Die Herstellung besorgte das Druckhaus Vorwärts Ges. mbH, der kommissionsweise Verkauf wurde der Jugend- und Volk-Verlags-Ges. mbH übertragen. Die Publikation konnte wieder durch die Aufnahme neuer oder neugestalteter Tabellen sowie durch Graphiken in Farbe erweitert werden.

Das Statistische Taschenbuch der Stadt Wien 1980 erschien im Mai 1981 in der Auflage von 3.000 Stück; es ist 122 Seiten stark, wurde im Druckhaus Vorwärts Ges. mbH gedruckt und der Jugend- und Volk-Verlags-Ges. mbH zum kommissionsweisen Verkauf übergeben.

Die vierteljährlich erscheinenden „Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" wurden in einer Auflage von 650 Stück von der Ueberreuterschen Buchdruckerei hergestellt, die auch den kommissionsweisen Verkauf besorgt. Die Publikation brachte neben dem Tabellenteil auch ausführliche Artikel mit statistischen Analysen aktueller Probleme, wie über die vorläufigen Ergebnisse der Großzählung 1981, über Wanderungsbewegungen im Wiener Raum, die Schulbildung der Wiener Bevölkerung, ferner über Staatsbürgerschafts-

verleihungen, Selbstmordhäufigkeit, Ergebnisse der Verkehrszählung 1980 sowie in zwei Beiträgen Analysen über die internationale Bedeutung Wiens.

Statistische Informationen über die Ergebnisse des Mikrozensus und die räumlichen Unterschiede in der Ausstattung der Wiener Wohnungen wurden vervielfältigt und den interessierten Stellen übermittelt.

Die monatliche Information „Monatskennziffern zur Wirtschaftsentwicklung" enthält die jeweils aktuellen Daten über den Arbeitsmarkt, die Produktion, den Handel, den Fremdenverkehr, die Einkommen und Preise für Wien und Österreich einschließlich der jährlichen Veränderungsraten.

Die statistischen Veröffentlichungen haben in erster Linie die Aufgabe, städtische Mandatare und Dienststellen zu informieren. Ein großer Teil der Auflage wird gegen statistische Werke anderer Stellen des In- und Auslandes getauscht. Der Rest ist dem Verkauf vorbehalten.

Eine wesentliche Erweiterung und Aktualisierung der statistischen Information konnte mit dem Anschluß an die Datenbank des Österreichischen Statistischen Zentralamtes durch ein bei der Abteilung aufgestelltes Datensichtgerät erreicht werden. So können statistische Daten über Einwohner, Wohnungswesen, Wirtschaft und Preise abgefragt werden, wobei das gespeicherte Material für das gesamte Bundesgebiet verfügbar ist und hinsichtlich Gliederung zum Teil bis unter die Gemeindeebene reicht.

Die mit Stichtag 12. Mai 1981 durchgeführte Großzählung gliederte sich in die Volkszählung, die Häuser- und Wohnungszählung sowie in die Arbeitsstättenzählung. Die gesetzlichen Grundlagen für die Volkszählung waren:

— Bundesgesetz vom 14. Mai 1980 über die Vornahme von Volkszählungen, BGBl. Nr. 199/1980 (Volkszählungsgesetz);
— Verordnung der Bundesregierung vom 10. Juni 1980, BGBl. Nr. 253/1980 (Stichtagsverordnung);
— Verordnung des Bundesministers für Inneres vom 22. Dezember 1980, BGBl. Nr. 29/1981 (Drucksortenverordnung).

Die gesetzlichen Grundlagen für die Häuser- und Wohnungszählung waren:

— Bundesgesetz vom 1. April 1965, BGBl. Nr. 91/1965 (Bundesstatistikgesetz);
— Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 9. Jänner 1981, BGBl. Nr. 30/1981 (Häuser- und Wohnungszählungsverordnung mit den entsprechenden Drucksorten).

Die gesetzlichen Grundlagen für die Arbeitsstättenzählung waren:

— Bundesgesetz vom 1. April 1965, BGBl. Nr. 91/1965 (Bundesstatistikgesetz);
— Bundesgesetz vom 14. Februar 1973, BGBl. Nr. 119/1973 (Arbeitsstättenzählungsgesetz), sowie
— Verordnung der Bundesregierung vom 4. November 1980, BGBl. Nr. 502/1980 (Stichtagsverordnung).

Innerhalb des Magistrates der Stadt Wien wurde die Durchführung der Großzählung durch vier Erlässe der Magistratsdirektion, 23 Rundschreiben des Statistischen Amtes der Stadt Wien, einzelne Rundsprüche und zahlreiche Inspektionen geregelt. In vielen seit Dezember 1980 geführten Gesprächen und übermittelten Schreiben zwischen dem Magistrat der Stadt Wien und einer Reihe von Bundesdienststellen wurde versucht, die vom Volkszählungsgesetz abweichende Formulierung in der Drucksortenverordnung über den für die Ausfüllung des Personenblattes maßgeblichen Wohnsitz zu bereinigen.

Die Öffentlichkeitsarbeit für die Großzählung 1981 begann mit der Präsentation am „Tag der offenen Tür" am 27. September 1980. Die intensive Werbung setzte mit einem Aufruf zur Volkszählung in der Postwurfsendung „Wien, unsere Stadt" im Februar 1981 ein. Anfang April wurden die Wiener Haushalte durch die Postwurfsendung „Wien, meine Stadt" über den Sinn einer Volkszählung, die Organisation und die gestellten Fragen informiert. Die Aprilnummer des Hausanschlages „Wien informiert" war zur Gänze der Volkszählung gewidmet. Knapp vor dem Zählungstermin wurde in Radiosendungen (Sendung des Bürgermeisters, „blue danube radio", Sendung für Gastarbeiter in serbokroatischer und türkischer Sprache) und in Zeitungsinseraten (Tageszeitungen und Bezirksjournalen) sowie durch die amtliche Kundmachung auf die Volkszählung aufmerksam gemacht. Neben diesen an alle Einwohner Wiens gerichteten Informationen wurde für den Personenkreis der Gastarbeiter ein spezielles Merkblatt aufgelegt, das über die Betriebe zur Verteilung kam. Im Rahmen der Zählung wurde jedem Haushalt von dem zuständigen Zählorgan mit den Zählpapieren ein Informationsblatt über die Großzählung, das in deutscher, englischer, französischer, serbokroatischer und türkischer Sprache verfaßt war, und ein Bleistift überreicht.

Wie die Öffentlichkeitsarbeit so reichten auch die Vorarbeiten für die Großzählung mit der Erstellung des Orts- und Häuserverzeichnisses — in Wien des Adressenverzeichnisses — bis in das Jahr 1980 zurück. Da in Wien die Durchführung der Großzählung mittels Zählorganen erfolgte, mußten 8.111 Personen, im überwiegenden Ausmaß Bedienstete des Magistrates der Stadt Wien, als Zählorgane verpflichtet werden. An Hand des Adressenverzeichnisses und einer Verteilerliste der MD-ADV, die pro Adresse die Anzahl der Türnummern und Personen enthielt, wurde das Stadtgebiet von den magistratischen Bezirksämtern in 14.614 Zählersprengel eingeteilt, wobei sowohl auf die Siedlungsstruktur als auch auf die Zahl der Einwohner und Arbeitsstätten Rücksicht zu nehmen war.

In Wohnhausanlagen mit mehreren Stiegen und Miethäusern sowie mit Wohnungen Tür an Tür wurden im

Durchschnitt 60 bis 80 Haushalte zu einem Zählersprengel zusammengefaßt. Für Siedlungsgebiete und Gebäude in Streulage war die Zahl der zu erhebenden Haushalte im Durchschnitt auf 30 bis 40 zu reduzieren. Für ausgedehnte Industrieareale, Märkte, Heime, Spitäler, Flüchtlingslager und Kleingartenanlagen wurden eigene Zählersprengel gebildet. Um die vollständige Erfassung jeder Adresse zu garantieren, mußten einerseits die Zählersprengel in die von der MA 41 bereitgestellten Stadtkarten eingetragen, andererseits die bearbeiteten Adressen auf der von der MD-ADV bereitgestellten Verteilerliste abgehakt werden. Die Zählersprengel waren so aufzuteilen, daß einem Zähler in der Regel ein bis drei Zählersprengel zugewiesen wurden. Da sich die personelle Besetzung der Zählersprengel durch Ausfälle ständig veränderte, mußten die magistratischen Bezirksämter noch während des Zählvorganges neue Zählorgane einsetzen.

Für die organisatorische Bewältigung der Vorbereitungsarbeiten (Aufteilung der Zählpapiere, Drucksorten und Zählungsbehelfe auf die Zählersprengel, Berücksichtigung von Adreßänderungen beziehungsweise Adreßberichtigungen im Adreßbogen und im Detailverzeichnis) wurden den magistratischen Bezirksämtern ab März 1981 je Bezirk ein bis zwei zusätzliche Bedienstete sowie eine Anzahl von Aushilfsbediensteten zugeteilt. Um die Kommunikation der mit der Großzählung auf den magistratischen Bezirksämtern betrauten Bediensteten mit den Zählern, der Bevölkerung und dem Statistischen Amt der Stadt Wien zu gewährleisten, mußten zusätzliche Telephonanschlüsse installiert werden.

Im Bereich der Häuser- und Wohnungszählung sowie der Arbeitsstättenzählung wurde vom Statistischen Amt der Stadt Wien die Möglichkeit einer zentralen Erfassung eingeräumt. Einer Vielzahl von privaten Hausverwaltungen und gebäudeverwaltenden Dienststellen hat das Amt die Erhebungsblätter für die Gebäude zur Ausfüllung zugesandt; nach Bearbeitung wurden die Gebäudeblätter wieder dem Amt retourniert. Auf diese Weise konnten etwa 50.000 Gebäude erfaßt werden. Die Durchführung der Arbeitsstättenzählung im Bereich der städtischen Dienststellen erfolgte ebenfalls zentral. Diese beiden Aktionen sollten dazu beitragen, den Zählern die Erhebungstätigkeit etwas zu erleichtern.

Die Leiter der magistratischen Bezirksämter, die Zählungsreferenten der Bezirke sowie deren Stellvertreter wurden in mehreren Schulungen von Vertretern des Österreichischen Statistischen Zentralamtes und des Statistischen Amtes der Stadt Wien für die Tätigkeiten im Zuge der Großzählung unterwiesen. Als Serviceleistung für die Bevölkerung wurden vom Amt auch die Bediensteten des Bürgerdienstes und die Gebäudeverwalter über die Großzählung unterrichtet sowie mit der Ausfüllung der Zählpapiere vertraut gemacht. Die Schulung der Zähler erfolgte durch das jeweilige magistratische Bezirksamt in der Zeit vom 27. April bis 8. Mai 1981. Um alle Baulichkeiten und die darin befindlichen Personen, Wohnungen und Arbeitsstätten vollständig erfassen zu können, wurden von den magistratischen Bezirksämtern für jeden Zählersprengel Übersichtsblätter (Zählersprengelblätter) mit allen Erhebungsadressen angelegt. Die Zähler bekamen bei der Zählerschulung diese Zählersprengelblätter mit allen anderen Unterlagen. In nachfolgender Übersicht sind die bei der Zählerschulung den Zählern übergebenen Zählpapiere, Drucksorten und Zählungsbehelfe einzeln angeführt.

— Zählersprengelblatt (Erhebungsadressen mit Kennzeichnung der Adressen ohne Gebäudeblatt)
— Zählerausweis
— Leitfaden für den Zähler
— Flügelmappe
— Adreßbögen
— Personenblätter
— Haushaltslisten für Privathaushalte
— Zählungslisten für Anstaltshaushalte mit Einlagebögen und Erläuterungen (nicht bei jedem Zähler erforderlich)
— Übersetzungshilfen in serbokroatischer und türkischer Sprache für das Haushalts- und Personenblatt
— Informationsblätter für Haushalte (deutsch- und fremdsprachig)
— Liste mit Merkmalen für einen ordentlichen Wohnsitz in Wien
— Gebäudeblätter
— Wohnungsblätter
— Erläuterungen zur Ausfüllung des Gebäude- und Wohnungsblattes
— Erläuterungen zur Ausfüllung des Wohnungsblattes
— Arbeitsstättenbelege
— Kuverts
— Hausankündigungen
— Benachrichtigungskarten „Volkszählung"
— Benachrichtigungskarten „Arbeitsstättenzählung"
— Verzeichnis für fehlende Zählpapiere
— Empfangsbestätigung für Zähler
— Formular für die Bekanntgabe des Auszahlungsweges bei nicht im Magistrat beschäftigten Personen

— Plastiktasche mit Tixorolle für die Hausankündigungen
— Bleistifte (für jeden Haushalt)

Die 8.111 Zähler hatten die Zählpapiere mit den Erläuterungen und Informationsblättern vom 4. bis 11. Mai 1981 an die ausfüllungspflichtigen Personen des jeweiligen Zählersprengels weiterzuleiten. Ab dem 13. Mai 1981 wurden die ausgefüllten Zählpapiere von den Zählern wieder eingesammelt.

Da die Zähler die Zählpapiere bei der Einsammlung zu kontrollieren und vor allem auf die Abgabe der Personenblätter zu achten hatten, war die Wohnsitzfrage in der Haushaltsliste oft Anlaß von Diskussionen. Wenn eine Person in Wien nur ein Wohnungsblatt und eine Haushaltsliste und kein Personenblatt abgegeben hatte, so war der Zähler verpflichtet, an Hand einer Merkmalsliste für einen ordentlichen Wohnsitz in Wien eine Reihe von Merkmalen (zum Beispiel: überwiegende Inanspruchnahme der Wohnung in Wien, Antritt des täglichen Weges zum Arbeitsplatz von der Wiener Wohnung aus, Schulbesuch der Kinder in Wien, polizeiliche Meldung in Wien, Eintragung in der Wiener Wählerevidenz) in Erfahrung zu bringen, die die Beurteilung ermöglichen sollte, ob es sich im vorliegenden Fall tatsächlich nur um einen weiteren ordentlichen Wohnsitz in Wien handle oder ob vom Befragten die Abgabe des Personenblattes außerhalb Wiens zu Unrecht erfolgt war.

Neben der Wohnsitzfrage in der Haushaltsliste waren bestimmte Bevölkerungsgruppen von den Fragen über die Eheschließungen und die Zahl der lebendgeborenen Kinder im Personenblatt unangenehm berührt und oftmals nicht bereit, Antwort zu geben. Im Wohnungsblatt bereiteten die energiestatistischen Fragen infolge unzureichend klarer Formulierungen große Probleme bei der Ausfüllung. Im allgemeinen hat die Wiener Bevölkerung die Zählpapiere sehr gewissenhaft und genau ausgefüllt; vor allem alten Menschen und Ausländern mußten die Zähler jedoch bei der Ausfüllung der Zählpapiere behilflich sein. Jeder Zähler mußte in der Regel eine Reihe von Haushalten und Arbeitsstätten mehrmals aufsuchen, weil die Auskunftspflichtigen nicht anzutreffen waren. Die Einsammlung der Zählpapiere erfolgte bei 99 Prozent der Zähler ohne Klagen der Wiener Bevölkerung. Nur in Einzelfällen gab es Schwierigkeiten. Zählern, denen unkorrektes Verhalten beim Zählvorgang bzw. Zuwiderhandeln gegen die vom Magistrat erlassenen Richtlinien nachgewiesen werden konnte, wurden der MD-Verwaltungsrevision gemeldet, die ihrerseits dienstrechtliche Schritte in die Wege leitete. Einzelne Zähler wurden sogar tätlich angegriffen, so daß bei der Polizei in 31 Fällen Anzeige erstattet werden mußte.

Die Abgabe der Zählpapiere auf den magistratischen Bezirksämtern erfolgte nach Terminvereinbarung in der Zeit vom 18. Mai bis 26. Juni 1981. Um die vollständige Erfassung der Einwohner Wiens zu garantieren, wurden die vom Zähler erbrachten Zählpapiere auf den magistratischen Bezirksämtern mit den Kontrollbögen, die eine auf dem aktuellsten Stand gehaltene Einwohnerdatei der MD-ADV beinhalteten, verglichen. Die Kontrollbögen wurden den Zählern nicht in die Hand gegeben, um Beschwerden wegen Verletzung des Datenschutzes zu vermeiden, aber auch um zu verhindern, daß sich die Zähler darauf beschränken, nur jene Personen zu erfassen, die in den Kontrollbögen bereits aufscheinen. Die von den Zählern erbrachten Ergebnisse haben gezeigt, daß in einzelnen Bezirken mit großer Bevölkerungsfluktuation und Neubautätigkeit neben den in den Kontrollbögen aufscheinenden Personen noch zusätzlich Personen aufgefunden werden konnten. Die Angaben der Zähler über jene Personen, die in Wien kein Personenblatt abgegeben haben, wurden in den Kontrollbögen vermerkt. Im Zuge der Kontrolltätigkeit, die anfangs bei der Abgabe der Zählpapiere erfolgte, wurden von den magistratischen Bezirksämtern bis 20. Juli 1981 Maßnahmen zur Vervollständigung des Zählergebnisses gesetzt. Dabei handelte es sich um

a) Nacherhebungen durch den Zähler,
b) Nacherhebungen durch ein Kontrollorgan,
c) Vorladung des Ausfüllungspflichtigen sowie um
d) Anfragen an das Bezirks- bzw. Zentralmeldeamt.

Strafverfahren wurden bei der Großzählung nur dann eingeleitet, wenn Personen sich weigerten, ihrer Auskunftspflicht nachzukommen.

Da zahlreiche Gemeinden versucht hatten, Wiener Zweitwohnungsbesitzer zu unrichtigen Angaben bei der Volkszählung zu veranlassen, wurde eine Registrierung derartiger Personen in Reklamationslisten vorgenommen. Wenn eine Person laut Haushaltsliste erklärte, sie hätte den Abgabewohnsitz für das Personenblatt nicht in Wien, so wurde dies überprüft. Ergaben sowohl die Angaben des Zählers als auch die Überprüfungen des Magistratischen Bezirksamtes, daß diese Person der Wiener Wohnbevölkerung zuzurechnen wäre, so wurde sie unter Angabe des Namens, der genauen Wiener Anschrift, des Geburtsdatums, der Abgabegemeinde des Personenblattes einschließlich der Postleitzahl und einer Anzahl von Reklamationsgründen, die an Hand der Merkmalsliste für einen ordenlichen Wohnsitz in Wien vom Zähler erhoben worden sind, vom Kontrollbogen in die Reklamationsliste aufgenommen. Bei der Erstellung der bezirksweisen Reklamationslisten wurden alle Fälle, in denen auch nur der geringste Verdacht bestand, daß die Abgabe des Personenblattes in einer Gemeinde außerhalb von Wien erfolgte, erfaßt. Von Wien wurden 30.636 Personen, die als Einwohner reklamiert werden mußten, registriert.

Im Anschluß an die Übernahme und die Kontrolle der Zählpapiere auf den magistratischen Bezirksämtern

wurden von den Zählern festgestellte Adreßänderungen bzw. neue erhobene Adressen der MA 21 für die Berichtigung des Adressenverzeichnisses gemeldet.

Die hausweise Eintragung der Zählergebnisse in die Detailverzeichnisse und die Bildung von Zählgebiets-, Zählbezirks- und Bezirksergebnissen führte mit Stand vom 27. Juli 1981 zu einem vorläufigen Ergebnis von 133.948 Gebäuden, 816.317 Wohnungen, 772.373 Haushalten, 1,517.517 Einwohnern und 69.105 Arbeitsstätten in Wien. Im Zuge einer großangelegten Transportaktion wurden am 28. und 29. Juli 1981 alle Zählpapiere, sämtliche Detailverzeichnisse sowie die Reklamationslisten bei jedem magistratischen Bezirksamt eingesammelt und in das Österreichische Statistische Zentralamt befördert. Nach Abschluß der Erhebungstätigkeit wurde den 8.111 Zählern ein Entschädigungsentgelt von insgesamt 17,712.400 S ausbezahlt.

Ab August 1981 setzte das im Volkszählungsgesetz in § 6 Abs. 6 verankerte Hören der Gemeinden bei Vorliegen von mehreren Wohnsitzen ein. In zahlreichen Gesprächen mit den betroffenen Stellen des Bundes wurde von den Vertretern des Magistrates der Stadt Wien die praktische Durchführung dieses Vorganges erörtert. Dies hatte einerseits die Anlage der Merkmalsliste für einen ordentlichen Wohnsitz in Wien als Hilfsmittel zur Klärung der Wohnsitzfrage durch den Zähler, andererseits die Erstellung eines Formulares zur Bearbeitung der gegen Wien vorgebrachten Reklamationen anderer Gemeinden bzw. des Österreichischen Statistischen Zentralamtes zur Folge. Als Bearbeitungsgrundlage für die Behandlung der gegen Wien vorgebrachten Reklamationen dienten einerseits die Kontrollbögen, andererseits die von den magistratischen Bezirksämtern eingeleiteten Nacherhebungen. Von anderen Gemeinden bzw. vom Österreichischen Statistischen Zentralamt wurde in 1.804 Fällen gegen Wiener Einwohner reklamiert.

Im November und Dezember wurden dem Magistrat der Stadt Wien vom Österreichischen Statistischen Zentralamt Listen von 2.436 Wohnungsadressen bzw. Türnummern übermittelt, für die keine Zählpapiere existierten. Von den magistratischen Bezirksämtern mußten entweder Nacherhebungen an Ort und Stelle oder Ersatzausfüllungen durchgeführt werden. In der überwiegenden Zahl der Fälle handelte es sich um leerstehende Wohnungen, für die ein Wohnungsblatt anzulegen war. Die ausgefüllten Zählpapiere wurden dem Österreichischen Statistischen Zentralamt retourniert.

In einem davon gesonderten Verfahren wurden vom Magistrat der Stadt Wien alle jene Fälle behandelt, für die wohl Zählpapiere im Österreichischen Statistischen Zentralamt vorlagen, in denen aber Angaben fehlten. In 7.952 Fällen mußten fehlende Angaben vom Statistischen Amt der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der MD-ADV erhoben werden.

An agrarstatistischen Erhebungen war im Jahre 1981 auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 152/1981 mit Stichtag 3. Juni 1981 eine Erhebung des Anbaues auf dem Ackerland (Anbaustichprobe) durchzuführen; ferner wurden auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 569/1981 mit Stichtag 3. Juni 1981 eine Rinderzwischenzählung und mit Stichtag 3. März, 3. Juni und 3. September 1981 eine Schweinezwischenzählung vorgenommen, wobei alle Erhebungen als Stichprobenerhebungen konzipiert waren. Als umfangreichste agrarstatistische Erhebung fand mit Stichtag 3. Dezember 1981 auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 347/1981 die Allgemeine Viehzählung statt. Die Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und des Weinlagerraumes erfolgte auf Grund der Verordnung BGBl. Nr. 317/1981 mit Stichtag 30. November 1981. Für die Mitwirkung der Gemeinden an diesen Zählungen wurden vom Bund je erhobenen Betrieb pauschale Kostenabfindungen gezahlt, die bei der Erhebung des Anbaues auf dem Ackerland je Betriebsbogen 30 S, bei der Weinernteerhebung 5 S je Weinbaubetrieb, bei der Allgemeinen Viehzählung 30 S, bei gleichzeitig durchgeführter Rinder- und Schweinezählung 20 S und bei der Schweinezählung 15 S je Tierhalter ausmachten.

Im Jahre 1980 wurden vom Referat für Bevölkerungsstatistik etwa 60.000 Zählkarten über Eheschließungen, Lebend- und Totgeborene, Sterbefälle, Selbstmorde und Selbstmordversuche nach einer Vielzahl von Erhebungsmerkmalen und Merkmalskombinationen bearbeitet. Die aus dem Erhebungsmaterial gewonnenen Ergebnisse wurden nach örtlichen, zeitlichen und sachlichen Unterscheidungen geordnet und in zahlreichen Übersichts- und Spezialtabellen gesammelt. Diese dienen in der Hauptsache als Unterlage für die Veröffentlichung im Statistischen Jahrbuch, werden dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt und besonders interessierten Stellen zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Anfragen bewiesen, daß am Bevölkerungsgeschehen, wie es sich in Form der Statistik darbietet, reger Anteil genommen wird.

Die monatlichen Berichte von den Wiener, in städtischer und sonstiger Verwaltung stehenden Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten stellen die Grundlage für die Erstellung der entsprechenden Monats- und Jahresstatistik dar. Alle das Kranken- und Anstaltenwesen betreffenden Fragen, wie Zahl der Betten, der Ärzte, der Pflegepersonen, Zu- und Abgang sowie Aufenthaltsdauer von Pfleglingen, Art ihrer Erkrankung usw., sind dieser Krankenanstaltenstatistik zu entnehmen. Die Ergebnisse werden im Jahrbuch veröffentlicht und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt in monatlichen und jährlichen Berichten zur Verfügung gestellt.

Das Referat für Fremdenverkehrsstatistik bearbeitet die monatlichen Meldungen von fast 300 Fremdenverkehrsbetrieben. Die erstellte Statistik wird dem Österreichischen Statistischen Zentralamt sowie zahlreichen interessierten Stellen monatlich übermittelt und in den Publikationen der Abteilung veröffentlicht. Auf Grund der Fremdenverkehrsstatistik-Verordnung, BGBl. Nr. 73/1973, wurde der monatliche Kostenersatz

des Bundes für 1981 mit 30 S für den Gemeindebogen und darüber hinaus mit 7.50 S pro gewerblichen Beherbergungsbetrieb und 2.50 S pro sonstiger Fremdenunterkunft festgesetzt.

Als Folge der im Jahre 1980 vorgenommenen Umstellung der amtlichen Wohnbaustatistik waren im Jahre 1981 auf Grund der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelten Baufortschrittsverzeichnisse zahlreiche Nacherhebungen vorzunehmen. Als Kostenbeitrag für die Durchführung der Wohnbaustatistik wurde für jede Bauführung vom Bund ein Betrag von 60 S gewährt.

Für die amtliche österreichische Preisstatistik waren monatlich 3.500 Preismeldungen auf 800 Erhebungsformularen zu bearbeiten und in 350 Karteikarten zu übertragen. Nach der Vorlage an das aus Vertretern der Kammern und der Gemeindeverwaltung bestehende örtliche Preiskomitee werden die Meldungen dem Österreichischen Statistischen Zentralamt übermittelt. Die der Stadt Wien durch die Preisstatistik erwachsenden Kosten wurden vom Bund mit einem Betrag von 262.000 S abgegolten. An den Vorbereitungen für die mit Jahresbeginn 1982 in Kraft getretene Zwischenrevision des Verbraucherpreisindex 1976 waren auch Vertreter der Abteilung beteiligt.

Die Abteilung hat auch im Jahre 1981 in zahlreichen Fällen die Beschaffung von statistischem Material für städtische Mandatare und Dienststellen besorgt. Außer der täglichen telephonischen Auskunftserteilung wurden zahlreiche schriftliche Anfragen amtlicher und wissenschaftlicher Institutionen des In- und Auslandes beantwortet. Die Wien betreffenden Daten für das „Statistische Jahrbuch österreichischer Städte" wurden zusammengestellt und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt zugesendet.

Die Abteilung war im Jahre 1981 bei der 81. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker und der 52. Jahresversammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Saarbrücken, vom 28. September bis 2. Oktober 1981 vertreten.

An den Sitzungen der Statistischen Zentralkommission, deren Fachbeiräten und Arbeitsgruppen und den Sitzungen des Fachausschusses für Statistik des österreichischen Städtebundes nahm der Abteilungsleiter oder dessen Vertreter teil.

Für die Statistische Fachbibliothek wurden im Jahre 1981 überwiegend im Tausch gegen eigene Publikationen des Amtes 58 Werke mit 583 Bänden erworben; der Bücherbestand erhöhte sich auf 8.604 Bände am Jahresende.

Umwelt und Freizeit

Umweltschutz

Auf legistischem Gebiet wurden die Arbeiten zur Erklärung des Gebietes Mauerbach zum geschützten Landschaftsteil fortgesetzt. Im Zuge der Vollziehung des Altölgesetzes wurde die Überprüfung sämtlicher Betriebe, die ihre Tätigkeit als Aufarbeiter gemeldet hatten, bezüglich der Eignung ihrer Anlagen für die Verbrennung oder sonstige Aufarbeitung von Altöl veranlaßt.

Im Hinblick auf den Beitritt Österreichs zum Washingtoner Artenschutzabkommen hat die Abteilung umfangreiche Unterlagen aller in Österreich geschützten Pflanzen und Tiere erstellt und Vorgespräche mit den Vertretern der übrigen Bundesländer geführt.

Der Einsatz von Budgetmitteln für Subventionen erfolgte unter Bedachtnahme auf deren Verwendung im Sinne des Wiener Landschafts- und Naturschutzes.

Mit Hilfe der für den Verein Niederösterreich-Wien gemeinsame Erholungsräume eingesetzten Mitgliedsbeiträge konnten wieder einige von vielen Wienern genutzte Naherholungsgebiete saniert werden. Die sonstigen Budgetmittel der Abteilung wurden 1981 wieder für Projekte des Naturschutzes, der Luftreinhaltung, der Lärmbekämpfung und der Gewässergüte verwendet, die in ihren Ergebnissen Wege zur Verwirklichung der Ziele eines umfassenden Umweltschutzes aufzeigen und Entscheidungshilfen in den verschiedensten Verfahren, in denen Belange des Umweltschutzes zu berücksichtigen sind, liefern sollen.

In einer Studie über die Dringlichkeitsreihung von L ä r m schutzmaßnahmen entlang von Bundesstraßen wurde eine Klassifikation des Bundesstraßennetzes in Wien, entsprechend der Lärmbelastung der Anrainer durch den Verkehrslärm, vorgenommen. Diese Reihung ergab erste Anhaltspunkte für die Dringlichkeit von vorzunehmenden Lärmschutzmaßnahmen, zum Beispiel Einbau von Lärmschutzfenstern. Jene Abschnitte des Bundesstraßennetzes, an denen weder Wohn- noch Bürogebäude errichtet sind, wurden als nicht relevant von der Reihung ausgeschlossen. Die Reihung der Dringlichkeit der Lärmschutzmaßnahmen wurde in Form eines Stadtplanes graphisch zum Ausdruck gebracht.

Die rasante Entwicklung der Motorisierung brachte vor allem für die dichtverbauten Gebiete der Städte große Probleme, die in erster Linie in der vermehrten Belastung der Umwelt durch Lärm und Schadgase und in der verminderten Verkehrssicherheit, vor allem schwächerer Verkehrsteilnehmer, bestehen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde ein Planungsprinzip entwickelt, das unter der Bezeichnung „Verkehrsberuhigung" bekannt geworden ist. Dieses Planungsprinzip strebt eine Ordnung der Flächennutzung und des Verkehrs an, wobei die Ansprüche der Bevölkerung auf Immissionsschutz, Verkehrssicherheit und genügenden Freiraum berücksichtigt werden. Nach diesem Prinzip wurde im Stadterneuerungsgebiet Meidling-Wilhelmsdorf eine großangelegte Untersuchung durchgeführt, die die entscheidende Verbesserung der Lebensqualität besonders für die Bevölkerung in innerstädtischen Altbaugebieten zum Ziel hat und eine entscheidende Hilfestellung für Maßnahmen der Verkehrsorganisation bzw. Bezirksüberarbeitung darstellt.

Als Grundlage für die Beurteilung der zu erwartenden Umweltbelastung durch den Ausbau der Flötzersteig-Bundesstraße B 223 wurde eine Untersuchung durchgeführt, die sich auf jene Straßen erstreckte, die durch die Baumaßnahmen signifikante Änderungen in der Verkehrsstärke aufweisen werden. Zunächst wurde die Umweltbelastung durch den Verkehr im gegenwärtigen Straßennetz ermittelt, dann die Umweltbelastung durch den gleichen Verkehr im Straßennetz mit ausgebautem Flötzersteig. In dieser Betrachtungsweise wurden die Umweltbelastungen am Flötzersteig und im komplementären Straßennetz erfaßt und gegenübergestellt, das heißt, es wurde das gesamte von der Baumaßnahme beeinflußte Verkehrssystem betrachtet.

Die Schule Josef-Enslein-Platz ist erhöhten Lärmbelästigungen durch die Autobahnverbindung A 23 ausgesetzt. Aus diesem Grund wurde eine Berechnung der derzeitigen Lärmsituation durch Simulation der Schallausbreitung in einer Datenverarbeitungsanlage mit Hilfe eines Schallausbreitungsmodells durchgeführt. Ein entsprechendes Schallschutzprojekt, ein Wall mit aufgeständerter Wand, kann nun auf Grund dieser Unterlagen seitens der ausführenden Abteilungen verwirklicht werden.

Zur Feststellung der zu erwartenden Lärm- und Abgasimmissionen, wie sie nach Ausbau des Handelskais und des damit in Beziehung stehenden übergeordneten Straßennetzes (Brigittenauer Brücke, Zufahrt zur Nordbrücke) zu erwarten sind, wurde eine Berechnung der Umweltbelastung jenes Abschnittes der B 10 — Budapester Bundesstraße, der vom Handelskai zwischen Nordbrücke und Brigittenauer Brücke gebildet wird, durchgeführt. Die Berechnungen der Immissionen basieren auf einer Abschätzung der Verkehrsstärken und erfolgten in ausgewählten Profilen der maßgebenden Verkehrswege, wobei auch der Schienenverkehr entsprechende Berücksichtigung fand. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen bei der Festlegung der Flächennutzung im betrachteten Bereich als Entscheidungshilfen dienen. Insbesondere soll die Möglichkeit einer Wohnbebauung zwischen Wehlistraße und Handelskai im Hinblick auf die Umweltbelastung durch den Verkehr beurteilt werden.

Für die Durchführung des städtebaulichen Ideenwettbewerbes für einen Teilbereich des 22. Bezirkes (Donaustadt 2000), bei dem unter anderem Vorschläge für Flächenwidmung und Bebauung im Bereich von Hauptverkehrs- und Verkehrsstraßen vorgesehen waren, wurden von der Abteilung Lärmprognosen für signifikante Querschnitte im betreffenden Gebiet erstellt.

In einem weiteren Projekt wurde die Lärmbelastung im Nahbereich des Straßenknotens „Nußdorf" untersucht, die durch den vorgesehenen Vollausbau des Knotens Nußdorf nach Fertigstellung der B 14 noch stärker werden wird. Im Hinblick darauf wurden Lärmschutzmaßnahmen vorgeschlagen und zweckmäßige Maßnahmen nach einem Wirtschaftlichkeitskalkül, einer Kosten-Wirksamkeits-Analyse, ausgewählt. Ebenfalls zur Empfehlung von Lärmminderungsmaßnahmen wurde das Sanierungsgebiet „Himmelpfortgrund" im Bereich Währinger Gürtel, Nußdorfer Straße und Währinger Straße auf die Lärmsituation hin untersucht.

Im Rahmen der Personenstands- und Betriebsaufnahme 1982 soll eine zweite Wiener Umwelterhebung durchgeführt werden. So wurden seitens der Abteilung die entsprechenden Vorarbeiten mit dem Österreichischen Institut für Raumplanung (Fragenbogenerstellung, Organisation und Durchführung, Überwachung, Berichterstellung) und MD-ADV (Auswertung) eingeleitet. Diese neuerliche Umwelterhebung wird mit ihren für die Umweltbelastung so wesentlichen Aussagen im Jahre 1983 vorliegen.

Durch das Naturschutzreferat der Abteilung wird das ökologische Teilgebiet des Umweltschutzes wahrgenommen. Die grundsätzlichen Ziele und Aufgaben des Naturschutzes sind im Wiener Naturschutzgesetz rechtlich abgesichert.

Der Verwirklichung dieser Ziele dienten 1981 unter anderem folgende Maßnahmen: Die Beurteilung von Bauvorhaben aller Art hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Landschaftsbild und/oder den Landschaftshaushalt bildete das größte Aktionsgebiet im Rahmen des Natur- und Landschaftsschutzes. In über 350 Ortsaugenscheinen und Verhandlungen wurden die notwendigen Grundlagen für den Vollzug des Naturschutzgesetzes geleistet. Da die Arbeit des Naturschutzes nicht zu stark oder rein empirisch erfolgen darf, wurde 1981 das Österreichische Institut für Raumplanung mit der Erstellung des Arbeitsbehelfes „Biotopkartierung Wien" beauftragt. Das Endergebnis dieser Tätigkeit wird 1986 vorliegen.

Die „Biotopkartierung Wien" verfolgt folgende Ziele:

- Grundinformation zur Entscheidungsfindung bei Eingriffen in Natur und Landschaft sowie bei der Beurteilung von Planungen;
- Entwicklung einer Naturschutzstrategie, deren Ergebnis in einem Netz von Gebieten zur Erhaltung der vorkommenden Arten und Lebensgemeinschaften besteht. (Grundsätzlich wird Pflanzen- und Tierwelt gleichrangig behandelt. Aus Gründen der Methodik ist jedoch ein Übergewicht der vegetationskundlichen Ergebnisse zu erwarten);
- Erstellung von Bewertungskriterien von Biotopen unter besonderer Berücksichtigung korrespondierender Merkmale im biologischen und spektralen Erscheinungsbild (Verknüpfung der Ergebnisse der Biotopkartierung mit den vom Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen bearbeiteten Fernerkundungsdaten Wien);
- Erarbeitung von Dringlichkeitsstufen zur Klärung, welche erhaltenswerten Objekte weiter zu untersuchen sind, welche Objekte unter rechtlichen Schutz gestellt werden sollen und welche sich zur Wiederherstellung von Lebensräumen eignen (schutzwürdige und entwicklungsfähige Landschaftsteile).

Im Bearbeitungszeitraum 1981 erfolgte die Erarbeitung der Methodik sowie eine Vorkartierung des 21. und 22. Bezirkes.

Als Grundlage für die geplante Erklärung des Gütenbachtales zum Naturpark wurde ein Vorbericht ausgearbeitet. Das behandelte Gebiet umfaßt das Gütenbachtal und angrenzende Gebiete im Südwesten Wiens, die den beiden Gemeindebezirken Hietzing und Liesing angehören. In einigen Punkten greifen Grundlagenzusammenstellung und Maßnahmenkatalog über die definierten Gebietsgrenzen hinaus, um der Vielfalt an Einflußfaktoren sowohl in kultureller, ökologischer Hinsicht, aber auch von seiten des Benützers her gerecht zu werden. Hiebei sind vor allem Fragen der Erschließung durch den öffentlichen und privaten Verkehr, die Bewältigung des bestehenden und in Hinkunft sich noch verstärkenden Problems der Parkplätze sowie die Erfordernisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit ihren Nutzflächen und die Abstimmung von notwendig gewordenen Maßnahmen des Schutzes von Landschafts- und Lebensräumen zu beachten. Die ständige Konfrontation mit Siedlungszonen und dem damit verbundenen Siedlungsdruck auf diese Gebiete und schließlich die Abstimmung von notwendig gewordenen Maßnahmen des Schutzes dieser Räume für die anzustrebende geordnete Entwicklung zu einem stark frequentierten Naherholungsraum machen die Komplexität der Aufgabenstellung deutlich. Aus den vorhin angeführten Gründen konnte sich die Betrachtung nicht allein auf die zu erhaltenden naturnahen Kerngebiete beschränken, sondern muß sich im hohen Grade gerade um die Randbereiche kümmern. Während versucht wird, diese Kernzone vor allzu hohem Publikumszuspruch zu verschonen, richten sich in den Randzonen alle Überlegungen danach, sie durch behutsame Eingriffe dem Publikum attraktiv zu machen.

Ziel des Vorberichts ist es, auf der Basis solcher Überlegungen ein Konzept vorzulegen, das einerseits für

übergeordnete Planungen (Flächenwidmung, Bebauungsplanung) eine Entscheidungshilfe im Hin und Her verschiedener Interessengruppen darstellt, andererseits kleinräumig konkrete Anregungen und Vorschläge zur Gestaltung der einzelnen Funktionsbereiche darlegt. Nicht zu vergessen ist, daß bei der sukzessiven Durchsetzung und Realisierung eines solchen Konzepts möglichst der Kontakt zu betroffenen Bevölkerungsschichten hergestellt werden soll, um einerseits zu erwartende Widerstände nach Möglichkeit auszuschalten bzw. andererseits sich der möglichen Mitarbeit der angrenzenden Bewohner zu versichern.

Für das Naturschutzgebiet Lobau wurden eine Begutachtung und Dokumentation der Wiederbesiedlung des Großenzersdorfer Armes durchgeführt, die auf Grund der großräumigen Veränderungen dieses Donaualtarmsystems durch Schotterbaggerungen erfolgte. Die Untersuchung belegt den derzeitigen Stand der Wiederbesiedelung und zeigt jene Punkte auf, die der Wiederherstellung eines naturnäheren Biotopcharakters entgegenstehen. Geeignete Aktionen, die Abhilfe schaffen, werden Gegenstand von Naturschutzmaßnahmen im Jahre 1982 sein.

Im Forschungsprojekt über das Auftreten submerser Makrophyten in Lobaugewässern wurde die makrophytische Wasservegetation der gesamten Lobau floristisch und pflanzenphysiologisch dargestellt. 150 pflanzenphysiologische Aufnahmen bilden die Grundlage für die Beschreibung von zehn Pflanzengesellschaften. Zur Ermittlung der Indikatoreigenschaften makrophytischer Wasserpflanzen wurden die Verbreitungsbilder mit chemisch-physikalischen Gewässeranalysen verglichen.

In den am 29. Jänner und am 2. März abgehaltenen Sitzungen des Naturschutzbeirates wurde über die Unterschutzstellung des Mauerbaches und der Schanzen am Bisamberg berichtet, Vorschläge zur Schaffung von Landschaftsschutzgebieten für landwirtschaftlich genutzte Landschaftsräume wurden zur Diskussion gestellt und als bedeutendes Vorhaben im Schutzgebiet Wald- und Wiesengürtel die beabsichtigte Erweiterung des Behindertenheimes „Am Himmel" behandelt. Bei einer Exkursion konnten sich die Mitglieder des Naturschutzbeirates davon überzeugen, daß eine Erweiterung des Behindertenheimes mit den Zielen des Natur- und Landschaftsschutzes nicht in Einklang zu bringen ist.

Der Problematik der Salzstreuung wurde seitens des Naturschutzreferates durch versuchsweise Verwendung des Auftaumittels „Plantabon Eisex" Rechnung getragen. Dieses Auftaumittel wird im Winter 1981/82 im Prater erprobt und hat den Vorteil, daß es Pflanzen nicht schädigt.

Die Überprüfung und graphische Darstellung sämtlicher Wiener Naturdenkmäler konnten abgeschlossen werden. So ist es nun möglich, auf Bezirksplänen im Maßstab 1 : 10.000 die jeweilige Lage eines Naturdenkmales sofort zu lokalisieren. Bei der Überprüfung wurde auch besonderes Augenmerk auf den Zustand des jeweiligen Naturgebildes gelegt, so daß etwaige Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen bzw. Aufhebungen der Unterschutzstellung in die Wege geleitet werden konnten. Insgesamt war es in rund 100 Fällen notwendig, Sofortmaßnahmen zu setzen. Da bei der Überprüfung festgestellt werden konnte, daß die Kennzeichnung der Naturdenkmäler in vielen Fällen nicht vorhanden bzw. nicht mehr als solche erkennbar war, hat die Abteilung neue, in den Stadtfarben Rot-Weiß gehaltene Kennzeichnungsplaketten anfertigen lassen, auf denen sowohl die Naturdenkmal-Nummer als auch die genaue Artbezeichnung ablesbar ist. Nach Vorliegen der neuen Plaketten wurde noch 1980 mit der Kennzeichnung der Naturdenkmäler begonnen. Im Jahre 1981 wurden 14 Naturgebilde durch Unterschutzstellung nach dem Naturschutzgesetz zu Naturdenkmälern erklärt, wovon die „Schanzen" am Bisamberg die bemerkenswertesten sind.

Die Abteilung hat sich an der Herausgabe eines Sonderheftes der Vogelkundlichen Nachrichten aus Österreich „Egretta" beteiligt, das unter dem Titel „Vogelwelt in der Großstadt Wien" erschienen ist.

Um den Mauerbach, der im Jahre 1982 zum geschützten Landschaftsteil erklärt werden wird, vor Beeinträchtigungen und Verunreinigungen an der besonders exponierten Stelle entlang des Parkplatzes Hohe-Wand-Wiese zu schützen, wurde aus Mitteln der Abteilung eine physische Absperrung mittels Zaun und Bepflanzung errichtet.

Begonnen wurde 1981 eine Forschungsarbeit, die den Bestand und die Verbreitung der Höheren Pilze im Raum Wiens untersuchen soll. Höhere Pilze sind entscheidende Komponenten des Bodenlebens (Streuabbau) und spielen eine beachtliche Rolle als Symbionten fast aller heimischen Gehölze. Diese zusammenfassende Darstellung, die eine EDV-gerechte karteimäßige Erfassung ermöglichen soll, wird 1982 abgeschlossen sein. Auf Grund des großen Interesses in der Öffentlichkeit wurden von der Broschüre „Wiens Tümpel, Teiche und Augewässer" 5.000 weitere Exemplare nachgedruckt. Die Ausgabe erfolgt vor allem an Schulen, aber auch an private Interessenten.

Zum Austausch von Erfahrungswerten sowie zur Vervollständigung der Kenntnisse waren Angehörige der Abteilung bei mehreren in- und ausländischen Kongressen vertreten, wie zum Beispiel bei der Tagung über Lärmbekämpfung im Kanton Zürich, der Neusiedler-See-Tagung, der Jahresversammlung der Deutschen Ornithologen-Gesellschaft, dem ECE-Seminar über Entschwefelung von Brennstoffen und Verbrennungsgasen in der BRD, der Konferenz Naturschutz und Erholung in Nationalparks, Naturparks und Naturschutzgebieten in England, bei dem Umweltsymposium in Salzburg, der Tagung der Internationalen Alpenschutzkommission

CIPRA, der Konferenz Committee of Senior Officials in Straßburg und bei der Kuratoriumssitzung des Instituts für Kommunalwissenschaften und Umweltschutz.

Studienreisen wurden durchgeführt zur Besichtigung und Überprüfung einer neuartigen Erdwallkonstruktion in Lennestadt bei Köln sowie zu verschiedenen Großkläranlagen in den USA. Weiters besuchten Mitarbeiter der Abteilung das Arbeitsseminar über den Stellenwert des Landschaftsbildes im Natur- und Landschaftsschutz und seine Bewertung sowie die Sitzungen der Arbeitsausschüsse „Radwege" und „Lärmschutz".

Ein wesentlicher Schritt zur effektiven Überwachung der L u f t verschmutzung in Wien stellt die Installation eines Computers in der Abteilung dar, mit dem alle aktuellen Meßwerte der Luftmeßstationen abgefragt werden können, der aber auch die Berechnung von Auswirkungen neuer Emittenten auf die Luftsituation in Wien durchführen kann. Zur Zeit sind Programmpakete zur Berechnung von Großemittenten und zur Eruierung von Verursachern von Geruchsbelästigungen bereits implementiert und einsatzbereit. Die Übertragung der Meßwerte von den einzelnen Luftmeßstationen wird allerdings erst in Zukunft möglich sein, wenn die Meßstationen mit Datenerfassungsgeräten ausgestattet sein werden, die im Auftrag der Abteilung entwickelt wurden. Die Meßzentrale in der Rathausstraße wurde bereits mit einer solchen automatischen Datenerfassungsstation ausgestattet, die in der Lage ist, bei Überschreiten von bestimmten Konzentrationsgrenzwerten automatisch Alarm auszulösen. Durch diese Ausrüstung wird es dann möglich sein, die aktuelle Luftsituation Wiens von einer Stelle aus zu überwachen. Die gesammelten Daten werden zudem automatisch in eine Umweltdatenbank der ADV eingespeichert, von wo aus sie für spezielle Untersuchungen vom Rechner der Abteilung aus rasch und einfach wieder abgefragt werden können.

Um diese Umweltdatenbank zu vervollständigen, wurde Prof. *Reuter* ersucht, alle in Wien jemals gemessenen SO_2- und Staubmeßwerte zusammen mit den meteorologischen Daten zu sammeln, zu kontrollieren und auf Computerband zu schreiben. Dieser Datensatz stellt eine äußerst wichtige Dokumentation der Luftsituation Wiens dar. Diese Datensammlung wurde schon daraufhin untersucht, wie häufig in Wien der Fall eingetreten ist, daß an mehr als der Hälfte der Meßstellen gleichzeitig eine SO_2-Konzentration von mehr als 0,8 mg/m³ — ein strenger Grenzwert zum Auslösen eines Smogalarms — aufgetreten ist. Maximal an vier Meßstellen wurden die Alarmkonzentrationen für SO_2 gleichzeitig überschritten. Weiters dienten diese Daten einer statistischen Untersuchung, die ergab, daß eine Prognose der SO_2-Konzentration für den folgenden Tag aus den SO_2-Konzentrationen und der Lufttemperatur des Vortages und der Windprognose des kommenden Tages möglich sein wird. Das Ergebnis dieser Arbeit wird ein sehr nützliches Instrument für die Verbesserung der Luftsituation in Wien darstellen: Es wird nun möglich, einen Tag vorher Großemittenten darauf aufmerksam zu machen, daß für den kommenden Tag eine Umstellung auf schwefelarme Brennstoffe wahrscheinlich erforderlich sein wird.

Eine weitere Forschungsarbeit der Abteilung sollte die Frage klären, wie zum Beispiel ein künftiges kalorisches Kraftwerk möglichst umweltfreundlich in Wien errichtet werden kann. Aus den Ergebnissen ist ersichtlich, wo der optimale Standort ist und daß, wenn gleichzeitig eine forcierte Fernwärmenutzung gewährleistet ist, die Luftsituation durch ein solches zusätzliches Kraftwerk nicht verschlechtert, sondern unter Umständen sogar verbessert werden könnte. Diese Arbeit wurde zusammen mit dem Energiewirtschaftlichen Referat der Wiener Stadtwerke finanziert.

Eine Studie, die im Auftrag der Abteilung über die Möglichkeit der Reduzierung des Bleis in Vergasertreibstoffen gemacht wurde, hat wesentliche Argumente für die Durchführung der Benzinbleireduktion geliefert.

Sachverständige der Abteilung auf dem Gebiete der Luftreinhaltung haben bei der Formulierung des Wiener Feuerpolizeigesetzes und der Wiener Luftreinhaltenovelle sowie in den Arbeitskreisen des Dampfkesselemissionsgesetzes mitgearbeitet. Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens „Grünraumerhebung mit Hilfe der Fernerkennung", das gemeinsam mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und dem Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen durchgeführt wird, erlauben es erstmals, automatisch Klassifizierungen der Grünflächen Wiens nach geschädigten und gesunden Bäumen, nach Wiesen und verbautem Gebiet durchzuführen. Auch die Erstellung von rektifizierten Scannerstreifen im Stadtkartenschnitt 1 : 2.000 wurde für die Lobau und Teile der Innenstadt durchgeführt, so daß auch eine quantitative Auswertung einzelner Klassifizierungen möglich wurde. Außerdem wird der gesamte Grünraum innerhalb des Gürtels zur Zeit quantitativ und qualitativ erfaßt.

In der Magistratsabteilung 22 fielen 1.429 Geschäftsstücke an.

Stadtgartenamt

Die Magistratsabteilung 42, das Stadtgartenamt, wird betriebsähnlich geführt und ist im Voranschlag unter der Haushaltsstelle Nr. 8150 enthalten. Im Jahre 1981 wurden 1.784 öffentliche G a r t e n a n l a g e n mit 16,704.046 m², 22 Lagerwiesen mit 826.475 m² und der „grüne" Prater mit 6,033.042 m² gepflegt und erhalten, außerdem 73.184 Alleebäume in 1.346 Straßen auf einer Länge von 588.274 m betreut. Darüber hinaus waren für fremde Dienststellen 1.320 Wohnhausgärten mit 5,970.620 m², 236 Schulgärten mit 676.510 m², 197 Grünanlagen in Kindergärten und Horten mit 418.852 m², 8 Jugendspielplätze mit 14.182 m², 27 Grünflächen in

Kinderfreibädern mit 24.165 m², 13 öffentliche Grünflächen in Siedlungen mit 253.474 m² und die 260.000 m² großen Grünflächen im Strandbad Gänsehäufel gärtnerisch zu betreuen.

Mehrere Gartenanlagen mußten neu hergestellt, einige bereits bestehende Anlagen umgestaltet oder instand gesetzt werden. So wurde im 1. Bezirk am Franz-Josefs-Kai die im Vorjahr begonnene Ausgestaltung der Grünflächen fortgesetzt und abgeschlossen. In der Oberen Augartenstraße mußte nach dem Umbau der Straßenflächen mit der Herstellung der bestehenden Grünflächen begonnen werden. Die Ausgestaltung der Freiflächen in 2, Innstraße—Engerthstraße zu einem Kinderspielplatz wurde fortgesetzt und abgeschlossen. Die bestehende Parkanlage am Klopsteinplatz im 3. Bezirk wurde umgestaltet, die Wege- und Platzflächen mußten verbessert werden. Der Einsiedlerpark im 5. Bezirk wurde kultiviert, der bestehende Kinderspielplatz umgebaut. Im Bereich des Hochhauses in 5, Kohlgasse, wurde die bestehende Parkanlage umgestaltet und verschönert, zusätzlich konnten Kinderspielgeräte aufgestellt werden.

In Verbindung mit den Straßenbauarbeiten durch die Magistratsabteilung 28 konnte in 6, Gumpendorfer Straße, ein kleiner Park mit Sitzplätzen und neu gepflanzten Bäumen angelegt werden. Der Weghuberpark im 7. Bezirk wurde instand gesetzt und zu einem Barockgarten umgestaltet. Die Ausgestaltungsarbeiten zur Neuherstellung der früheren Parkanlage am Hamerlingplatz im 8. Bezirk konnten fortgesetzt werden. Der Arne-Carlsson-Park im 9. Bezirk wurde mit dem Einbau eines Kinderspielplatzes verbessert. Im Zuge der Umlandsanierung kam es in 10, Pichelmayergasse zur Begrünung brachliegender Flächen.

Im Betriebsbaugebiet Laxenburger Straße konnten Rasenstreifen begrünt, außerdem Bäume gepflanzt werden. Im Zuge der Umlandsanierung wurden in der Eisenmengergasse Freiflächen begrünt. Am Humboldtplatz mußte die bestehende Anlage instand gesetzt und umgestaltet werden. Im 11. Bezirk kam es im Zuge der Umlandsanierung in der Braunhubergasse zur Begrünung von Freiflächen, ferner wurden in der Florian-Hedorfer-Straße die Herstellungsarbeiten für eine öffentliche Parkanlage zum Abschluß gebracht, in der Mühlsangergasse weitere Freiflächen begrünt, ebenso in der Kaiserebersdorfer Straße neben den Gemeindebauten, in der Ohligsgasse schließlich Grünstreifen nach dem Straßenbau wieder angelegt. Im 12. Bezirk in der Vierthalergasse konnte ein öffentlicher Park mit einem Spiel- und Ruheplatz errichtet werden; in der Oswaldgasse kam es zur Herstellung von Grünstreifen, in der Rosasgasse zur Errichtung eines Kinderspielplatzes. Am Schöpfwerk wurden die Arbeiten zur Herstellung einer öffentlichen Parkanlage fortgesetzt, in der Zanaschkagasse Rasenstreifen im Zuge der Umlandsanierung begrünt. In Verbindung mit dem Umbau des Vorplatzes beim Bahnhof Hütteldorf im 14. Bezirk konnte mit dessen gärtnerischer Ausgestaltung begonnen werden. In der Linzer Straße wurden Grünstreifen angelegt und Bäume gepflanzt, ferner der Reindlpark instand gesetzt und umgestaltet. Die bestehende Parkanlage am Reithofferplatz im 15. Bezirk wurde instand gesetzt und umgestaltet, in der Grimmgasse im Zuge der Umlandsanierung ein Grünstreifen angelegt, in der Oelweingasse wurden die Arbeiten zur Herstellung einer öffentlichen Parkanlage fortgesetzt, ebenso im Bereich Diefenbachgasse — Stiegergasse. Im 16. Bezirk in der Wichtelgasse konnten die Arbeiten für die Anlage eines öffentlichen Parkes fortgeführt werden, in der Sulmgasse wurde eine Grünfläche vor der neuen Wohnhausanlage hergestellt. In der Alszeile im 17. Bezirk wurden die Arbeiten für eine neue öffentliche Parkanlage zum Abschluß gebracht. Am Bischof-Faber-Platz im 18. Bezirk wurde die bestehende Parkanlage mit der Instandsetzung auch umgestaltet. In der Hockegasse kam es zur Errichtung eines Kinderspielplatzes, gleichfalls in der Börnergasse im 19. Bezirk.

Grünstreifen wurden angelegt in der Winarskystraße im 20. Bezirk. An der oberen und unteren Alten Donau im 21. und 22. Bezirk wurden im Zuge der Uferausgestaltung auch Bäume und Sträucher gepflanzt, im 23. Bezirk in der Gelben Heide und in der Perfektastraße Grünstreifen angelegt, in der Wohnparkstraße außerdem auch Sträucher gepflanzt. Im Wiener Flur schließlich konnten die Arbeiten zur Herstellung einer öffentlichen Parkanlage fortgesetzt werden. Außerdem wurden in verschiedenen Park- und Wohnhausanlagen bzw. Straßen 11.183 Bäume gepflanzt.

Wege und Platzflächen wurden staubfrei gemacht in 1, Rathauspark, 10, Triester Straße — Kundratstraße, Stefan-Fadinger-Platz und Arthaberplatz, in 12, Wilhelmsdorferpark, in 13, Anton-Langer-Gasse, Napoleonwald und am Wolfrathplatz, in 14, in der Parkanlage vor dem Hanusch-Krankenhaus und im Ferdinand-Wolf-Park, ferner in 17, Kongreßpark, 18, Türkenschanzpark und Pötzleinsdorfer Schloßpark, in 19, vor der Sieveringer Kirche und im Wertheimsteinpark, in 21, Wasserpark, 22, Kagraner Brücke, im Reservegarten Hirschstetten und in der Erlaaer Straße vor dem Friedhof.

In 499 Fällen hat das Stadtgartenamt bei der Vollziehung des Baumschutzgesetzes mitgewirkt. Von den Organen des amtlichen P f l a n z e n s c h u t z d i e n s t e s wurden 6.926 Kontrollen in den Klein-, Siedler- und Privatgärten vorgenommen, außerdem 8 Vorträge und 3 Lichtbildervorträge zur Schulung der Gartenbesitzer abgehalten und 19 Tonfilmvorführungen veranstaltet. Auf Grund der Pflanzeneinfuhrverordnung mußten 4.704 Sendungen, darunter 893 Waggons und 2.364 Lastkraftwagen, gemäß Verordnung des Qualitätsklassengesetzes 5.106 Sendungen, darunter 1.668 Waggons und 3.436 Lastkraftwagen, überprüft werden. Für die Erhaltung der städtischen Grünanlagen, Schulgärten, Grünanlagen in Kindergärten und Horten sowie für die Herstellung neuer Gartenanlagen bzw. die Umgestaltung bestehender Anlagen wurden insgesamt 432,736.839 S ausgegeben, die Einnahmen betrugen 24,154.941 S.

Bäder

Im Jahre 1981 standen 21 Warmbäder einschließlich 6 Volksbäder, 4 Warm- und Sommerbäder mit zusammen 9 Schwimmhallen, ferner 22 Sommer- und 26 Kinderfreibäder, insgesamt 63 städtische Bäder, zur Verfügung. Am Beginn des Jahres 1981 hingegen waren insgesamt 67 Badeanlagen in Betrieb.

Im Amalienbad war das Sonnenbad ganzjährig, das Wannenbad ab Juni wegen Umbauarbeiten gesperrt. Der Betrieb im Ambulatorium wurde trotz Umbau bis August aufrechterhalten, Mitte September wurde es als Pachtbetrieb wieder eröffnet. Die Kinderfreibäder in 11, Hyblerpark, in 22, Kagran — Portnergasse, und in 17, Lorenz-Bayer-Platz, waren die ganze Saison aus technischen Gründen gesperrt. Die Kinderfreibäder in 19, Hugo-Wolf-Park, und in 23, Rodaun — Ambrosweg, haben nach größeren Instandsetzungsarbeiten den Betrieb in der Saison 1981 wieder aufgenommen.

Im Zuge größerer baulicher Leistungen, Neuerungen und Veränderungen wurde im städtischen Amalienbad die Generalsanierung des Bades fortgesetzt. Eine neue Brausebadabteilung und die Hälfte des neuen Ambulatoriums haben im September den Betrieb aufgenommen. Im Hallenbad Floridsdorf wurde mit der Erneuerung der elektrischen Anlage begonnen. Der Neubau des Hallenbades Kagran konnte fortgesetzt und der Rohbau fertiggestellt werden. Bei der Errichtung des Hallenbades Brigittenau waren umfangreiche Erdarbeiten vor der Fundierung notwendig. Im Dianabad wurde mit dem Einbau von Filter- und Desinfektionsanlagen für die Saunabecken begonnen, im Theresienbad mit der Erneuerung der Elektro-Anlagen. Im Jörgerbad waren sicherheitstechnische Maßnahmen durchzuführen. Für die Versorgung der Duschen mit Warmwasser wurden im Strandbad Gänsehäufel Solaranlagen installiert. Das neuerbaute Buffet im Angelibad hat den Betrieb aufgenommen und wird sehr stark auch von Erholungsuchenden der „Dragonerwiese" frequentiert. In den Sommerbädern konnte die Installation von Blitzschutzanlagen fortgesetzt werden. Mit den Generalinstandsetzungsarbeiten im Kinderfreibad in 22, Kagran — Portnergasse, wurde begonnen. Im Stadthallenbad konnten die Instandsetzungsarbeiten im Beckenbereich abgeschlossen werden.

Der Rückgang der Frequenz in den Warmbädern um 1,6 Prozent oder 50.459 Besucher ist weniger von Bedeutung, da hievon allein 48.247 Besucher auf die Medizinalbäder entfallen, die wegen Umbauarbeiten bis zur Übergabe an den Pächter im September nur eingeschränkt betrieben werden konnten. In den Schwimmhallen hat sich die Besucherzahl stabilisiert, es konnten sogar um 18.013 Badegäste mehr verbucht werden. Die Besucherzahl in den Saunabädern blieb annähernd konstant. Das leichte Absinken der Frequenz in den letzten drei Monaten des Jahres ist auf die Preiserhöhung und auf die sinkende Kapazität durch Einführung der vierstündigen Badezeit zurückzuführen. Zum Besuch der Wannenbäder ist zu bemerken, daß die abnehmende Frequenz um 11,2 Prozent einem langjährigen Trend folgt. Bei den Brausebädern sank die Gesamtzahl der Badegäste nur unbedeutend um 0,2 Prozent, die Einzelbrausebäder wurden sogar stärker frequentiert, und zwar um 6,3 Prozent oder 25.313 Besucher.

Infolge der günstigen Witterung waren die Sommer- und Kinderfreibäder stark frequentiert. Ein Vergleich zum Vorjahr, das allerdings eine der schlechtesten Saisonen der letzten Jahre verzeichnen mußte, zeigt eine Zunahme der Besucher um 583.813 oder 48,4 Prozent. Auf den neu eingeführten FKK-Strand im Strandbad Gänsehäufel sei als besonderen Anziehungspunkt für Besucher hingewiesen.

Der Witterung entsprechend verzeichneten die Kinderfreibäder ebenfalls eine Zunahme der Frequenz um 50,4 Prozent oder 138.201 Besucher.

Insgesamt wiesen die städtischen Bäder im Jahre 1981 mit 5,399.020 Besuchern im Vergleich zum Vorjahr um 671.555 oder 14,2 Prozent mehr Badegäste auf. Auf die Brausebäder entfielen 791.439, auf die Wannenbäder 76.334, auf die Dampf- und Saunabäder 754.874, auf die Schwimmhallen 1,522.039, auf die Medizinalabteilung im Amalienbad 51.737 und auf das Sonnenbad im Jörger- und Amalienbad 1.056 Besucher. Die Sommerbäder waren von insgesamt 1,789.105, die Kinderfreibäder von 412.436 Badegästen frequentiert.

Wasserbau

Im Rahmen des Donauhochwasserschutzes Wien wurden am rechten Donauufer die Bauarbeiten für den „Rechten Donaudamm" im Bauabschnitt I — Bereich Floridsdorfer Brücke bis Nordbahnbrücke — fortgesetzt und in den Bauabschnitten II/1 — Bereich Nordbahnbrücke bis Traisengasse — und III — Bereich Machstraße — begonnen. Außerdem waren die Projekte für den Dammbereich Holubstraße bis DDSG-Gebäude auszuarbeiten. Beim Bau des Entlastungsgerinnes wurde im Baulos 1, das sich vom Wehr 1 bis zum Hafen Lobau über eine Gesamtlänge von 9,4 km erstreckt, die Baggerung von der Ostbahnbrücke stromab bis zum Absturzbauwerk geführt und mit dessen Entfernung begonnen. Insgesamt sind im Baulos 1 drei Gerinneabschnitte mit einer Länge von 8,4 km ausgebaggert worden, davon im Jahre 1981 rund 0,8 km. Die gewonnenen 12,4 Millionen m³ Aushubmaterial, davon 1981 rund 1,2 Millionen m³, wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet. Somit erhöhte sich das Ausmaß der fertiggestellten Ufer und Inselflächen im Baulos 1 um 30 auf 160 ha. Die Arbeiten für die Umlegung der Produktenleitung wurden von der

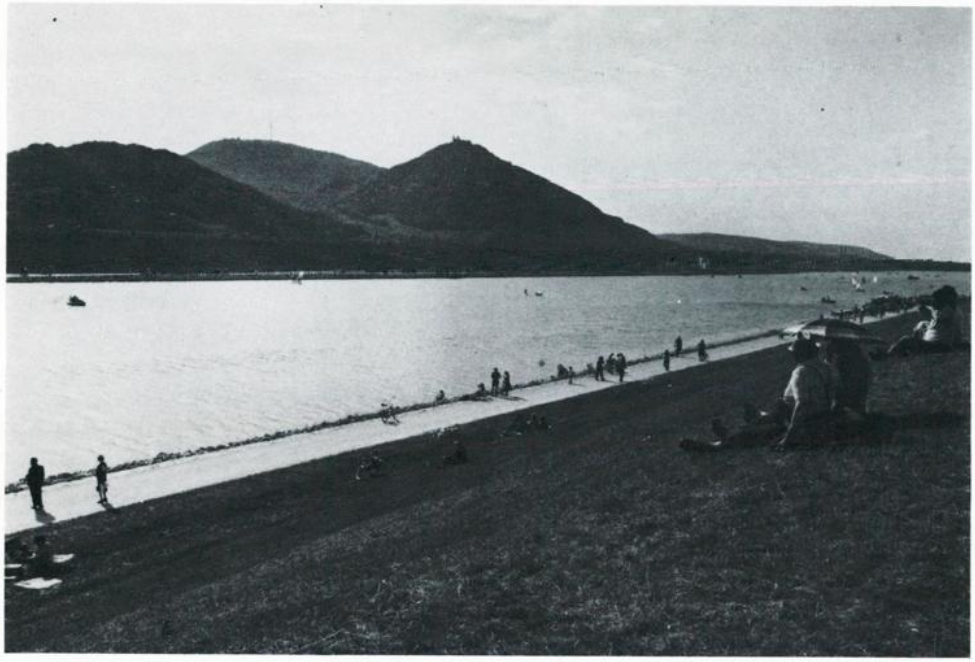


Amtsführender Stadtrat Peter Schieder (Umwelt und Freizeit) bei der Eröffnung des neugestalteten Hamerlingparks

Stadtgartenamt

Kinderspielplatz im Hamerlingpark





Der Nordteil der Neuen Donau, zwischen dem Einlaufwerk Langenzersdorf und der Floridsdorfer Brücke, konnte fertiggestellt werden

Wasserbau
Forstamt

Ein neues, fast sechs Hektar großes Stadtwäldchen steht den Bewohnern der Großfeldsiedlung als Freizeit- und Erholungsfläche zur Verfügung



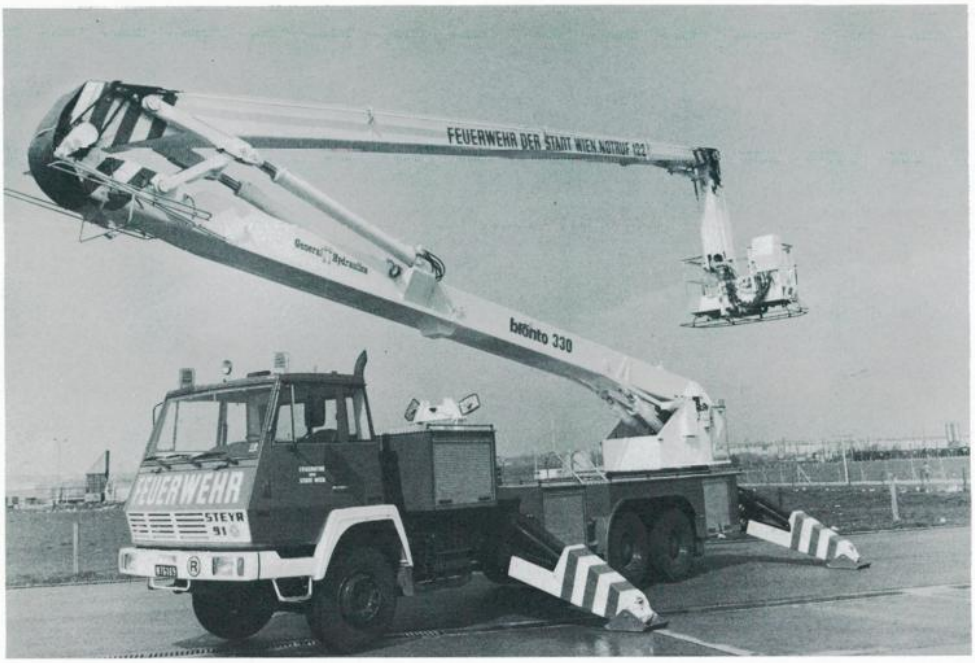


Stemmvorführung in der „Franz-Hölbl-Sportanlage der Stadt Wien" im 10. Bezirk, Heuberggstättenstraße

Sport
Presse und Informationsdienst

Von der Stadtinformation im Rathaus werden täglich bis zu 400 Fragen beantwortet





Diese Gelenkbühne hat eine Hubhöhe von 30 m und kann bei Rettungseinsätzen, als Löschmast und zum Anschluß technischer Geräte verwendet werden

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Durch Segmentbauweise können Einsatzfahrzeuge binnen 20 Minuten von Rüst- auf Sonderlöschfahrzeuge umgerüstet werden



Österreichischen Mineralölvertriebsgesellschaft weitergeführt und stehen vor dem Abschluß. Beim Bau des Bauloses 2, das sich vom Einlaufbauwerk Langenzersdorf bis zum Wehr 1 über eine Länge von 12 km erstreckt, konnte der Gerinneabschnitt um rund 0,8 km Länge erweitert werden, so daß ein geschlossener Gerinneabschnitt von 7,9 km Länge hergestellt ist. Die bisher gewonnenen rund 12,8 Millionen m³ Aushubmaterial, davon im Jahre 1981 rund 1,9 Millionen m³, wurden für den Ausbau der Dammverstärkung und der Donauinsel verwendet; rund 2,6 Millionen m³ Material mußten auf Deponien außerhalb des Baubereiches gelagert werden. Das Ausmaß der fertiggestellten Ufer- und Inselflächen stieg somit im Baulos 2 um 60 auf rund 200 ha. Mit den Arbeiten am Donaugrabendamm im Gemeindegebiet Langenzersdorf — dieser Damm stellt den Anschluß der Hochwasserschutzanlagen an den Bisamberg dar und ist rund 1,2 km lang — wurde begonnen. Im Bereich des Hafenumschließungsdammes Albern und des Alberner Hauptdammes wurde als Vorbereitung für den endgültigen Ausbau eine rund 800 m lange Rütteldruckwand hergestellt. Im Zuge der Erhaltungsarbeiten an den fertiggestellten Teilen der Neuen Donau und der Donauinsel wurden, neben diversen kleineren Arbeiten, 9 ha Uferböschung gemäht, 19 km Badestrände gesäubert und insbesondere nach Hochwässern die 20 km Treppelwege von Treib- und Schwemmgut geräumt.

Im Rahmen der Wasserwirtschaftlichen Planung und Hydrologie wurde im Jahre 1981 der Abteilung die Wahrnehmung der Pflichten des Wasserwirtschaftlichen Planungsorganes übertragen. Das bedeutet, daß alle Maßnahmen, die als Eingriff in den natürlichen Wasserkreislauf anzusehen sind, vor der Genehmigung durch die Wasserrechtsbehörde an die Zustimmung des Wasserwirtschaftlichen Planungsorganes gebunden sind.

Auf dem Gebiet der Gewässeraufsicht mußten neben der Routinearbeit, wie unter anderem der Prüfung genehmigungspflichtiger Projekte nach § 104 WRG 1959, der Kollaudierung wasserrechtlich genehmigter Anlagen, der Überprüfung von Anzeigen im Hinblick auf Gewässergefährdungen, nach 47 Ölunfällen zum Teil von Amtssachverständigen die komplizierten Instandsetzungsarbeiten überwacht werden. Insgesamt wurde an 401 Verhandlungen teilgenommen, ferner wurden 12 neue Kläranlagen, 10 Benzinabscheider, 43 Brunnenanlagen und 10 Wärmepumpenanlagen einem Genehmigungsverfahren zugeleitet. Weiters waren 38 Kollaudierungen sowie 31 Löschungen von Anlagen vorzunehmen und 1.538 Erhebungen und Überprüfungen durchzuführen. 20 Senkgrubenmißstände wurden behoben und an drei Feuerlöschbrunnen Sanierungsmaßnahmen gesetzt. Im Kleinlabor der Abteilung wurden 84 Abwasserproben untersucht und ausgewertet. Wenn Mißstände festgestellt werden konnten, wurden die erforderlichen Maßnahmen festgesetzt.

Im Schutzwasserbau konnten nach Umlegung der Schwechat in das neue Flußbett die Regulierungsarbeiten am zweiten Baulos fertiggestellt werden. Die Arbeiten am dritten Baulos wurden fortgeführt. Im Bereich des Schwechat-Altlaufes wurde mit den Dammverstärkungen und den Auffüllungen begonnen. Bei den Arbeiten für den Straßendamm über das Mühlwasser im Zuge der Kanalstraße wurde die Bauphase 1 — Errichtung eines Provisoriums (Verkehrsumleitung) zur Entlastung der schadhaften Brücke — nach der Ausführung rüttelverdichteter Baugrubenumschließungsdämme und der Freigabe des unterwasserseitigen Dammes für die provisorische Umleitung des Straßenverkehrs abgeschlossen. Ebenfalls abgeschlossen wurden die Projektierungsarbeiten für die Bauphase 2 — Errichtung des Straßendammes über das Mühlwasser —, so daß der Baubeginn für diese Bauphase mit Dezember festgesetzt werden konnte.

Im Zuge der Erhaltung der Wiener Gewässer waren Arbeiten am Liesingbach, am Wienfluß, im Hafen Lobau und an den übrigen Bächen und Gerinnen durchzuführen. So wurden die Torkretierungsarbeiten an der Wienfluß-Trennmauer im Bereich des Rückhaltebeckens III beidseitig und im Bereich des Rückhaltebeckens IV flußseitig fertiggestellt, ferner im Zuge der Halterbachregulierung im Bereich der Bujattigasse die Regulierungsarbeiten mit der Neuherstellung von Ufersicherungen entlang der Bujattigasse weitergeführt. Die Arbeiten zur Instandsetzung der linksufrigen Böschung, einschließlich des Böschungsfußes, im Hafen Kuchelau konnten fortgesetzt werden. Im Zuge der Arbeiten am Mühlwasser wurde die Schlammabsaugung in einem Altarm des „Kleinen Schilloches" im Bereich der ÖBB-Haltestelle Lobau abgeschlossen, weiters mit Vorarbeiten für eine naturnahe Baggerung begonnen, um einen entsprechenden Wasserstand im Mühlwasser im Bereich der Lobaugasse zu schaffen.

Im Rahmen der kleineren wasserbaulichen Arbeiten und Planungen wurde an der Gewässerkartei von Wien weitergearbeitet. Detailprojekte zur Herstellung eines Sandfanges im Sickerteich Laimergrube, zur Sanierung der Dürren Liesing und des Halterbaches im Mündungsbereich sowie zur Befestigung des Trockengerinnes Verbindung Fallenberggasse — Senderstraße konnten fertiggestellt werden. Mit einem Projekt zur Sanierung des Saugrabengerinnes und einer Untersuchung über die Möglichkeit der Vergrößerung des Sickerteiches Obere Jungenberggasse wurde begonnen.

Gemäß der Schiffpatentverordnung wurden vom Amtssachverständigen 124 Motorschiffe und Sportboote sowie 560 Boote der Bootsvermietungen im Wiener Bereich auf ihre Funktionstüchtigkeit überprüft und gemäß des Schiffahrtsanlagengesetzes zwölf diesbezügliche Anlagen.

Forstamt

Die Magistratsabteilung 49, das Forstamt, verwaltet und bewirtschaftet die Erholungswälder im Bereich des Landes Wien, die Quellenschutzforste in Niederösterreich und in der Steiermark sowie die zugeordneten Nebenbetriebe und Aufforstungsflächen. Zu seinen Aufgaben gehören ferner die Planung, Errichtung und Erhaltung von Erholungswaldeinrichtungen, die Erweiterung des Wald- und Wiesengürtels und die von Windschutzanlagen.

Das Flächenausmaß der Grundstücke, die von der Abteilung verwaltet wurden, betrug im Bereich des Landes Wien 8.048,33 ha und im Bereich der Quellenschutzforste 32.242,50 ha, insgesamt 40.290,83 ha. Die Nutzung der Bestände wird ihrer Widmung entsprechend vollzogen. Im Bereich des Landes Wien handelt es sich vorwiegend um ausgesprochene Erholungswälder, in denen die Einzelstamm- und kleinflächige Nutzung, die Entnahme überalterter, die Besucher gefährdender Bestandselemente sowie die Auflichtung zu dichten Beständen Vorrang haben. In den Quellenschutzforsten, vor allem in den in Niederösterreich gelegenen Revieren, erfolgte zwar eine sehr starke Holzentnahme in Konsequenz der Windwurfkatastrophe des Jahres 1976, jedoch sah man sich gleichzeitig gezwungen, Schlagbegradigungen durchzuführen und durch die Entnahme von mit Schadinsekten befallenen Bestandselementen vorbeugende Maßnahmen gegen Massenvermehrungen zu treffen. Lediglich in den Revieren, die im Bereich der 2. Hochquellenleitung in der Steiermark liegen, konnte eine planmäßige Nutzung, die den im zehnjährigen Nutzungsplan vorgesehenen Maßnahmen entspricht, vollzogen werden.

Der Gesamtholzeinschlag betrug im Jahre 1981:

	Blochholz fm	Schleif- und Grubenholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste	6.295,81	2.804,69	13.218,45	22.318,95
Quellenschutzforste	52.078,73	13.535,38	10.198,97	75.813,08
Zusammen	58.374,54	16.340,07	23.417,42	98.132,03
Prozent	59,5	16,6	23,9	100,0

Gegenüber 1981 ist der Holzanfall zwar um rund 2.400 fm angestiegen, jedoch ist der Zuwachs ausschließlich dem Schleif- und Grubenholz sowie dem Brennholz zuzurechnen. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß waldhygienische Maßnahmen immer mehr in den Vordergrund rücken und daß zufolge erhöhter Nachfrage nach Brennholz die angehobenen Preise auch eine Bringung dieser minderwertigen Holzsortimente rechtfertigen. Allein der Blochholzanfall in den Quellenschutzforsten ging im letzten Jahr um rund 2.400 fm, das sind rund 5 Prozent, zurück. In den kommenden Jahren ist mit einem bedeutend höheren Rückgang an Blochholz zu rechnen, da die Nachhaltigkeit der Nutzungen dies erfordert.

Bei der Rohholzabgabe war man bemüht, die Versorgung des Sägewerkes Hirschwang zu gewährleisten. Andererseits mußte man aber das gesamte Restholz dem Holzmarkt zuführen, da der Insekten- und Pilzbefall eine bedeutende qualitative Beeinträchtigung befürchten ließ.

Folgende Holzmengen wurden ausgebracht und dem Holzmarkt zugeführt:

	Nutzholz fm	Brennholz fm	Gesamt fm
Wienerwaldforste an Fremde	9.246,56	12.576,15	21.822,71
Quellenschutzforste			
an Fremde	53.480,47	9.333,06	62.813,53
an das Sägewerk	12.490,47	—	12.490,47
Zusammen	75.217,50	21.909,21	97.126,71

Trotz der deutlich nachlassenden Nachfrage am Rundholzmarkt konnte das Nutzholz abverkauft werden. Sowohl beim Nutzholz als auch beim Blochholz wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Holz am Stock zu verkaufen. In diesem Fall gehen die Aufarbeitung und Bringung unter Aufsicht des Personals der Stadt Wien zu Lasten des Holzkäufers. Dies hat den Vorteil, daß man Aufarbeitungen in entlegenen Revierteilen sowie aufwendige Arbeiten durch Fremdfirmen ausführen lassen kann. Dieser Vorgang bewährt sich besonders bei der Brennholzerzeugung, aber auch bei Durchforstungen von Beständen im Stangenholzalter.

Im Sägewerk Hirschwang konnte bei stagnierender bis leicht fallender Preistendenz das erzeugte Schnittholz laufend verkauft werden. Der Jahresverschnitt betrug 10.413,59 fm. Es konnte eine Ausbeute von 67,5 Prozent erzielt und Schnittholz in einer Menge von 7.027,79 m^3 erzeugt werden. Zum Verkauf gelangten

6.224,16 m³. Gegenüber dem Vorjahr ist sowohl der Einschnitt als auch die verkaufte Schnittholzmenge geringer, jedoch muß man berücksichtigen, daß der Anteil an zeitaufwendigeren Listenschnitten weiter zugenommen hat. Hinsichtlich dieses Listenholzes, in nicht genormten Längen, das vorwiegend für Zimmermannsarbeiten, wie etwa zur Erzeugung von Dachstühlen, benötigt wird, besteht eine Marktlücke am Inlandsmarkt. Das Sägewerk in Hirschwang nützt diese Gelegenheit, die sehr einträglich ist, weitgehend. Das qualitativ minderwertigere Blochholz, das aus den hochalpinen Lagen stammt, muß weiterhin zur Erzeugung von Massenwaren herangezogen werden.

Die Aufforstungsarbeiten zur Kultur der flächengroßen Kahlflächen nach dem Katastrophenwindwurf wurden weiterhin fortgesetzt. Die arbeitstechnischen Schwierigkeiten, die darin bestehen, daß in einem kurzen Zeitraum die Forstpflanzen eingebracht werden müssen, treten jährlich wieder auf. In den alpinen Hochlagen unterbinden die Schneedecken die Arbeiten, so daß eine sehr große Anzahl von Saisonarbeitern bereitgestellt werden muß. Aus diesen Gründen war es noch nicht möglich, alle Kahlflächen in Kultur zu bringen und die erforderlichen Nachbesserungen im Bereich des Windwurfes zu vollziehen. In den Revieren der Steiermark und im Wiener Raum sind die Aufforstungen planmäßig vollzogen worden. 627.550 Bäume und Sträucher wurden für Wiederaufforstungen, 214.920 für Nachbesserungen vorhergehender Kulturen und 18.400 für Neuaufforstungen benötigt. Gegenüber 1980 ist die Anzahl der ausgebrachten Pflanzen zurückgegangen, da der größte Teil der Windwurfflächen kultiviert wurde und nunmehr das Hauptgewicht bei den zeitaufwendigeren Nachbesserungen liegt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Stückzahl der Forstpflanzen, die zur Nachbesserung gelangen, gegenüber dem Vorjahr bedeutend höher ist.

Zur Vorbeugung von Wildschäden sind wieder Kulturflächen eingezäunt worden, wobei 10.210 m Schutzzäune errichtet wurden. Weiters ist in 5.937 Arbeitsstunden ein Einzelschutz an Forstpflanzen vorgenommen worden. Außer diesen Schutzmaßnahmen und einem erhöhten Abschuß wurden waldbauliche Begleitmaßnahmen zur Hintanhaltung von Wildschäden durchgeführt. Diese bestehen darin, daß auf den Kulturflächen Verbißsträucher und -gehölze belassen werden und im Rahmen der Kulturarbeiten auch Laubgehölze eingebracht werden, die dem Wild teilweise als Äsung dienen, durch ihre Ausschlagfähigkeit aber eine erhöhte Resistenz gegen dauernden Verbiß haben. Mit dieser Vorsorge soll einerseits das Wild eine zusagendere Verbißmöglichkeit vorfinden, die Kulturpflanzen, die den künftigen Wirtschaftswald bilden sollen, sollen andererseits verschont bleiben. Diese flankierenden Maßnahmen dienen somit sowohl der Verbesserung des Lebensraumes des Wildes als auch der Erhöhung der Bestandstabilität.

Der im Zuge der Windwurfaufarbeitung geplante Straßenbau ist zwar im wesentlichen vollzogen, jedoch müssen in lokalen Bereichen noch kurze Stockstraßen oder Verbindungswege errichtet werden. 16,2 km Forststraßen wurden 1981 fertiggestellt. Alle diese Forststraßen tragen unter Beachtung der Grundwasserhygiene zur Aufschließung entlegener Revierteile bei und ermöglichen somit die wirtschaftliche Betreuung bisher nicht nutzbarer und gefährdeter Forstbestände. Erst dadurch können waldbauliche Maßnahmen unter Beachtung der Wasserführung des Bodens und einer verbesserten Wasserbilanz gesetzt werden. Im Sinne des Landschaftsschutzes wird die Trassenführung derart vorgenommen, daß das Landschaftsbild möglichst wenig gestört und daß unmittelbar nach der Errichtung des Straßenkörpers eine Begrünung der Böschungen eingeleitet wird.

Die Bringung des angefallenen Holzes erfolgte fast durchwegs auf Forststraßen mit lokalem Fuhrwerk oder Holzzügen. Nur in einzelnen Fällen, in denen ein Straßenbau nicht möglich ist, wurden Seilbahnen und Seilkräne eingesetzt, insgesamt 1.806 fm konnten auf diese Weise zu Tal gefördert werden.

In den Eigenjagden der Stadt Wien wurden im Jahr 1981 folgende Wildzahlen geschätzt und Abschüsse getätigt:

	Wild	
	geschätzter oder gezählter Bestand	erlegt und Fallwild
Rotwild	1.300	360
Rehwild	2.200	680
Gamswild	1.700	430
Muffelwild	800	160
Damwild	250	40
Schwarzwild	900	790

Die Verwendung von Forstarbeitern der Stadt Wien weist signifikant die unterschiedlichen Aufgabenbereiche in den Quellenschutzforsten sowie in den Forsten im Wiener Raum auf. So wurden die Forstarbeiter in den Quellenschutzforsten zu 25 Prozent zur Holzgewinnung und zu 14 Prozent für die Gebäudeerhaltung und Inventarinstandsetzung herangezogen, während sie in den Forsten im Raume Wiens nur zu 13 Prozent für die Holzgewinnung eingesetzt waren. 14 Prozent waren für Kulturarbeiten eingeteilt, 12 Prozent für Erholungswaldmaßnahmen.

Im Rahmen der Aktion „Ganz Wien trägt Grün" wurden im Jahre 1981 am Westrand der Stadt der Bevölkerung fünf ausgewählte Wanderrouten angeboten, die jeweils eine Endstelle eines öffentlichen Verkehrsmittels als Ausgangs- und Endpunkt haben. Die Stadtwanderwege haben eine Länge von 7 bis 11 km und verlaufen fast durchwegs auf bestehenden Wanderwegen des Wienerwaldes.

Mit Unterstützung des Vereines „Niederösterreich-Wien gemeinsame Erholungsräume" wurden verschiedene Projekte realisiert: So konnte das Spielgelände am Falkenberg, Zielpunkt des Wanderweges 5 am Bisamberg, fertiggestellt werden, ebenso wie der Parkplatz beim „Grüaß-di-a-Gott-Wirt" und der Weg vom Dreimarkstein zum Hameau. Die zweite Ausbaustufe am Rande des Naturschutzgebietes Lobau an der Saltenstraße wurde ausgeführt, indem 40 Stellplätze hergestellt worden sind und gleichzeitig mit einer Grünverbindung Lobau-Aspern begonnen wurde. Die Arbeiten für den Radwanderweg Inzersdorf—Vösendorf als erste Ausbaustufe des künftigen Radwanderweges „Inzersdorf — Laxenburg" konnte in Angriff genommen werden. Weiters wurden begleitende Windschutzaufforstungen längs des Radweges auf 3,9 ha angelegt. Schließlich wurde mit den Ausgestaltungsarbeiten für die Aufforstung am Laaer Berg, deren Eröffnung für das Frühjahr 1982 vorgesehen ist, begonnen.

Im Zuge der Wohlfahrtsaufforstungen innerhalb der Wiener Stadtgrenzen kamen insgesamt 512.340 Stück Forstpflanzen auf 46,0 ha zur Kultur. Der Großteil, nämlich 375.000 Pflanzen auf 27,5 ha, wurde auf der Donauinsel im 21. und 22. Bezirk ausgebracht. Weitere Aufforstungen erfolgten auf der Simmeringer Heide, bei der Großfeldsiedlung, im Bisamberger Vorland und am Rautenweg im 22. Bezirk. Neben den Aufforstungen, die ausschließlich durch die Stadt Wien finanziert wurden, sind auch Aufforstungsprojekte mit Bundesförderungsmitteln, und zwar aus Rodungsabgaben gemäß § 18, Forstgesetz (FG) 1975, realisiert worden. Es handelt sich um die Neubewaldungsflächen in Breitenlee, am Musketierweg und in Süßenbrunn. Im Mai 1981 konnte vom Bürgermeister der Bundeshauptstadt der Erholungsraum Donauinsel-Nord feierlich eröffnet und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

Entsprechend den Bestimmungen des FG 1975 wurde die Forstliche Raumplanung für den Bereich des Landes Wien weitergeführt. Nach Abschluß der Waldbestandserhebung wurden die Ergebnisse kartographisch weiterbearbeitet.

An den magistratsinternen Diskussionen bezüglich Erstellung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen war die Abteilung ständig eingeschaltet und hat in vielen Fällen Stellungnahmen mit Änderungs- bzw. Ergänzungswünschen abgegeben. Die Abteilung hat ferner aktiv bei allen Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsfragen mitgewirkt, die die Bereiche des Stadtumlandes und landschaftlichen Naherholungsraumes betrafen.

An der „Woche des Waldes" vom 27. bis 30. April, die mit Unterstützung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft sowie des Stadtschulrates für Wien durchgeführt wurde, nahmen rund 2.000 Wiener Schulkinder an Lehrwanderungen und Demonstrationsaufforstungen teil.

Sportangelegenheiten

Wie schon in den vergangenen Jahren, bildete die Bautätigkeit einen der Schwerpunkte bei den Maßnahmen auf dem Sportsektor. Das umfangreiche Investitionsprogramm in den von der Wiener Stadthalle-Kiba-Betriebs- und Veranstaltungs-Ges. mbH verwalteten Anlagen wird weiterhin schrittweise verwirklicht. Im Wiener Praterstadion wurde im Jahre 1981 der B-Sektor generalsaniert. Bei dieser Oberflächensanierung mußte die oberste Betonschicht abgetragen und die Isolierschicht ausgetauscht werden, die Sitzbänke wurden erneuert, außerdem wurde vom Österreichischen Fußball-Verband ein VIP-Sektor mit 1.000 Sitzplätzen sowie die dazugehörigen Aufenthaltsräume hergestellt. Die im Frühjahr 1980 begonnene Generalsanierung der Sporthalle in der städtischen Wohnhausanlage in 21, Jedleseer Straße — Karl-Seitz-Hof wurde zügig fortgesetzt. Diese Generalinstandsetzung umfaßt die Renovierung der großen und der kleinen Turnhalle sowie den Einbau eines Mehrzweckraumes in das ehemalige Brause- und Wannenbad. Auf der von der Stadt Wien verwalteten Sportanlage in 10, Triester Straße 106, wurde das Heizhaus verlegt, damit eine den Vorschriften entsprechende Heizungsanlage errichtet werden kann. Im Zuge dieser Arbeiten wurden dem Hauptmieter, SV Wienerberg, zwei Räume für das Sekretariat zur Verfügung gestellt, ein neuer Schiedsrichterraum und ein neuer Umkleideraum für Trainer geschaffen.

In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selber, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden im Jahre 1981 drei Großprojekte unterstützt. Dem Wiener Fußball-Verband wurden zu der ursprünglichen Subvention in der Höhe von 21,784.230 S aus dem Jahr 1978 nochmals 2,800.000 S im Jahre 1981 gewährt.

Mit den ursprünglich zur Verfügung gestellten Mitteln wurde die Franz-Horr-Sportanlage in 10, Absberggasse 189, umgebaut, um diese Anlage für Spiele der 1. Division benützbar zu machen. Die Flutlichtanlage und die Zuschauerbereiche konnten fertiggestellt werden. Mit dem Bau der Zuschauertribüne für 2.800 Personen wurde begonnen; für diesen Bau wurde im Jahre 1981 eine erste Baurate in der Höhe von 2,800.000 S geneh-

migt. Nach Fertigstellung dieser Tribüne kann die Sportanlage voraussichtlich im Frühjahr 1982 eröffnet werden.

Dem ASKÖ-Landesverband Wien wurden 11 Millionen Schilling für die Errichtung eines Kunstrasenfeldes auf der Sportanlage Schmelz und eine Baurate in der Höhe von 10 Millionen Schilling für die Errichtung einer Eissportanlage in 10, Windtenstraße, zur Verfügung gestellt. Der Rennweger SV erhielt eine Subvention für die Verlegung des Platzobjektes auf der Sportanlage in 3, Grasbergergasse 18, das zufolge des Ausbaues der Gürtelautobahn abgetragen werden mußte.

Über Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ist es möglich, in eine umfangreiche Sportdokumentation Einsicht zu nehmen, so daß durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte. In Zusammenarbeit mit dem Institut für Schul- und Sportstättenbau wurden die Arbeiten an dem 1979 begonnenen Wiener Landesleitplan für Sportstättenbau abgeschlossen, der sich derzeit im Druck befindet. Der Landesleitplan bringt einerseits eine exakte Erfassung sämtlicher Sportanlagen, Sporthallen, Hallenbäder sowie der Spezialanlagen, andererseits eine Gegenüberstellung des Soll- und Ist-Bestandes und damit die Ausweisung eines allenfalls bestehenden Fehlbestandes an Sportflächen.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation, umfassend den Wiener Landessportrat und den Wiener Landessportfachrat sowie deren Arbeits- und Fachausschuß, stellen eine geeignete Plattform dar für alle Beratungen, die für die Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlich sind. Dem Wiener Landessportrat obliegt die Verteilung von Subventionsmitteln für die Fachverbände und den Leistungssport. Für die Aufteilung der Förderungsmittel wurde im Jahre 1981 ein neues Punktesystem erarbeitet, das eine noch gerechtere Vergabe gewährleisten soll. Aus Mitteln der Leistungssportförderung wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Durchgängen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, insgesamt 1,1 Millionen Schilling. Bei der Teilnahme an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt, wobei die Höhe der Entschädigungen je nach der Entfernung gestaffelt war. Der Gesamtbetrag belief sich auf 300.000 S. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern wurden 600.000 S angewiesen. Für die im Jahre 1977 ins Leben gerufene Förderung von Spitzensportlern wurden 600.000 S aufgewendet. Im Jahre 1981 fanden fünf Sitzungen des Arbeitsausschusses des Landessportrates statt. Der Wiener Landessportfachrat hielt am 3. Juni seine Vollversammlung ab, während sein Fachausschuß siebenmal zusammentrat.

Die Abteilung betrieb 19 Jugendspielplätze und 24 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen kostenlos zur Benützung überlassen worden sind. Diese Anlagen wurden im Jahre 1981 von 275.255 Personen benützt. Weitere 7 Spielplätze und 97 Sportanlagen wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in 10, Triester Straße 106, und Laxenburger Straße—Heuberggstättenstraße, in 16, Kendlerstraße Nr. 38, und in 20, Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt. Auf diesen vier Anlagen konnten sich insgesamt 100.966 Personen sportlich betätigen. Seit dem Jahr 1966 führt die Stadt Wien einen Schleppliftbetrieb in 14, Mauerbachstraße 172 (Hohe-Wand-Wiese), durch, der sich bei den Wintersportlern größter Beliebtheit erfreut. Im Jahre 1981 wurden auf dieser Schleppliftanlage 113.140 Erwachsene und 101.903 Kinder befördert. Auf der Himmelhof-Wiese im 13. Bezirk steht seit dem Jahr 1974 den weniger geübten Schifahrern ein Babylift zur Verfügung, auf dem 6.890 Erwachsene und 12.900 Kinder befördert wurden.

Auf dem Cobenzl wird vom Landes-Skiverband Wien eine Langlaufloipe betrieben, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Für die Benützer stehen Umkleidekabinen mit Kästchen sowie Brausen bereit. Der Verleih von Langlaufschiern ergänzt das Service. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien mit Winterbeginn 1981 zusätzlich auf der Donauinsel, abwärts der Steinspornbrücke, und im Gelände des Böhmischen Praters in Oberlaa Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen und Spielplätze sowie die von der Wiener Stadthalle-Kiba-Betriebs- und Veranstaltungs-Ges. mbH verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen kostenlos zur Verfügung gestellt. Trotz der derzeit schlechten budgetären Verhältnisse konnte eine Erhöhung der Mittel erreicht werden. Neben dieser Sportförderung von insgesamt 134 Millionen Schilling werden alljährlich Mittel aus dem Erträgnis des Sportgroschens (1981: 4,994.000 S) und der Vergnügungssteuer (1,773.000 S) bereitgestellt.

Mit den Jugendsportaktionen „Sportplatz der offenen Tür", „Jugendeislaufaktion", „Fahrt zum Schnee", „Jugendschwimmaktion", „Talent-Leistungsschwimmen" und „Talent-Turnen" wird der direkte Kontakt mit der Wiener Jugend gesucht. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit dem Verein „Wiener Jugendkreis" und diversen Fachverbänden durchgeführt. Die benötigten Anlagen konnten von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen gemietet werden. Weiters waren die organisatorischen Arbeiten, wie die Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorzunehmen und die Tätigkeit der vom Wiener Jugendkreis und

den Fachverbänden eingesetzten Mitarbeiter, wie Sportlehrer- und -studenten sowie Verbandstrainer, zu überwachen.

Beim „Sportplatz der offenen Tür" haben Kinder und Jugendliche, auf einigen Anlagen auch Erwachsene, am Abend die Möglichkeit, unter Anleitung erfahrener Sportlehrer Leichtathletik und Ballspiele zu betreiben. Die Aktion fand vom 11. Mai bis 4. September auf 16 Sportanlagen bei einer Gesamtbeteiligung von 20.809 Jugendlichen und 4.412 Erwachsenen statt. Der „Sportplatz der offenen Tür" war auch eine Aktion des Wiener Ferienspiels und des Wiener Ferien-Clubs.

Bei der „Jugendeislaufaktion" in der Wiener Donauparkhalle wurden Normalkurse, Kleinkinderkurse für Kinder bis zum sechsten Lebensjahr, Mutter-und-Kind-Kurse für Mütter mit Kindern im Vorschulalter, ein Perfektionskurs und ein Eishockeykurs angeboten und im Zeitraum vom 10. November 1980 bis 13. März 1981 von insgesamt 28.481 Teilnehmern besucht.

Die „Fahrten zum Schnee" sind seit vielen Jahren ein fester Bestandteil der außerschulischen Jugendsportförderung. Vom 18. Jänner bis 8. März fanden an acht Sonntagen Fahrten in die nähere Umgebung Wiens statt. Die Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis 16 Jahren, die daran teilnahmen, wurden von Sportstudenten und Sportlehrern in Kursen betreut. Für Begleitpersonen gab es auch wieder die Möglichkeit, an den Fahrten teilzunehmen. Insgesamt beteiligten sich 2.242 Personen.

In Zusammenarbeit mit dem Landesschwimmverband Wien wurde vom 3. November 1980 bis 6. April 1981 in vier Wiener Hallenbädern die Jugendsportaktion „Talent-Leistungsschwimmen" durchgeführt. Teilnahmeberechtigt waren Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren, die bereits schwimmen können mußten. In Fortsetzung dieser Aktion wurden die besten Schwimmer aus allen vier Bädern ausgesucht und noch bis Ende Juni in einem Hallenbad betreut. Beim „Spielschwimmen" hingegen wurden Kinder ab vier Jahren in spielerischer Form in das Schwimmen eingeführt. An der Aktion „Talent-Leistungsschwimmen" nahmen 5.280, an der Aktion „Spielschwimmen" 2.140 Kinder teil.

In Zusammenarbeit mit dem Fachverband für Turnen wurde die Aktion „Talent-Turnen" durchgeführt. Die Auswahl und Aufnahme der Kinder in Leistungsriegen erfolgen jährlich nach der Wiener Meisterschaft. Vier Trainerinnen und Trainer betreuten an 159 Trainingstagen 2.302 Turnerinnen und Turner.

Während der Semesterferien vom 1. bis 5. Februar wurde in Zusammenarbeit mit der Bäderverwaltung, dem Landes-Skiverband Wien und dem Verein Wiener Jugendkreis ein spezielles Sportprogramm angeboten. In den städtischen Bädern, Sporthallen, beim Jugendeislaufen in der Wiener Stadthalle und der Donauparkhalle, auf der Langlaufloipe, auf den Schipisten Hohe-Wand-Wiese und Himmelhof-Wiese sowie bei den täglichen „Fahrten zum Schnee" fanden sich insgesamt 11.267 Kinder ein. Anläßlich des Nationalfeiertages am 26. Oktober führte die Bundessportorganisation wie alljährlich in ganz Österreich Zeitmärsche und Fitläufe durch. Die Abteilung koordinierte die Veranstaltungen für den Wiener Raum.

Presse- und Informationsdienst

Die „Rathaus-Korrespondenz" gab 1981 über das Fernschreibnetz der Austria Presse Agentur (apa) insgesamt 4.887 Meldungen durch. Gegenüber den 4.463 Meldungen des Vorjahres bedeutet das eine Zunahme von 8,2 Prozent. Die gedruckte Ausgabe der „Rathaus-Korrespondenz" (rk) umfaßte 3.611 Seiten (1980: 3.741), was einen Rückgang von 3,5 Prozent bedeutet. Zu der Differenz zwischen der Zunahme der Meldungen und der Abnahme der Seitenanzahl der gedruckten „Rathaus-Korrespondenz" kam es, weil viele tagesaktuelle Meldungen zwar über das Fernschreibnetz gesendet, nicht aber in die gedruckte Ausgabe aufgenommen werden. Die Auflage betrug 850 Stück. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus dem kommunalen Bereich, in Lokalmeldungen und in Meldungen aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Es wird sämtlichen Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen sowie Wochen- und Monatszeitungen und verschiedenen anderen Institutionen und Personen weitergegeben. Für die täglichen aktuellen Lokalmeldungen ist die Stammredaktion der „Rathaus-Korrespondenz" zuständig, deren diensthabender Redakteur werktags jeweils in der Zeit von 7.30 bis 19.30 Uhr erreichbar ist. Auch Samstag und Sonntag macht ein Redakteur in der „rk" Dienst, in der übrigen Zeit werden Anrufe auf Tonband aufgenommen, so daß die „rk" praktisch Tag und Nacht erreichbar ist.

Das übrige Nachrichtenmaterial aus allen Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird von den Pressereferenten des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte erarbeitet. Die Pressereferenten sind auch für die Vorbereitung und Organisierung von Pressekonferenzen und Presseführungen zuständig. Insgesamt wurden 77 Pressekonferenzen abgehalten, die meisten davon im Konferenzsaal der Abteilung. Für diesen Zweck werden jeweils Presseinformationen hergestellt, fallweise auch Photos, Zeichnungen und Pläne sowie andere Presseunterlagen.

Jeden Dienstag mittag nach der Sitzung des Stadtsenates hält Bürgermeister Leopold *Gratz* ein Pressegespräch ebenfalls im betreffenden Konferenzsaal ab. Anläßlich der Wiener Volksbefragungen vom 15. bis 17. November und vom 9. bis 11. Dezember wurden im Rahmen von Pressekonferenzen laufend die neuesten Ergebnisse der Presse übermittelt.

Für die täglich von Montag bis Samstag im Regionalprogramm des Österreichischen Rundfunks gesendete aktuelle Information wurden die Texte von Redakteuren der „Rathaus-Korrespondenz" zusammengestellt. Im

Jahre 1981 konnten erstmals auch Informationen der Stadt Wien in Ö 3 gesendet werden. Zu den Arbeiten der Pressereferenten gehört auch das Verfassen von Artikeln und Reden sowie die Mitarbeit an den im Informationsbereich der Abteilung hergestellten Publikationen, Flugblättern, Insertionen und dergleichen. Eine wöchentliche Zusammenfassung der Meldungen der „rk" wird ebenfalls von den Redakteuren erarbeitet. Diese Wochenübersicht „rk-intern" wurde in einer Auflage von jeweils 1.700 Exemplaren gedruckt. Zum Bezieherkreis zählen vor allem leitende Beamte der Stadt Wien, städtische Funktionäre, aber auch andere interessierte Stellen im In- und Ausland.

Zu wichtigen Ereignissen, Problemen und Vorhaben erscheint die „rk-spezial", die ausführlich Hintergrundinformationen gibt. Im Jahre 1981 erschienen 17 Nummern der „rk-spezial", die Themen gewidmet waren, wie Wiener Gesundheitsstudie (Nummer 1, Jänner); Fußball in Wien (Nummer 2, Februar); Kampagne zum Jahr der Behinderten (Nummer 3, Februar); Alkoholismus — Volkskrankheit Nummer 1 (Nummer 4, März); Stadterneuerung in Wien 1981 (Nummer 5, März); Bericht über den Stand des Allgemeinen Krankenhauses (Nummer 6, April); Kontrollamt — Problematik der Verwaltungskontrolle/MD (Nummer 7, April); Wiener Drogenbericht 1980 (Nummer 8, April); Ganz Wien trägt Grün — Zwischenbericht (Nummer 9, Juni); Zwei Jahre erfolgreiche Psychiatriereform (Nummer 10, Juni); Wohnen — Stadterneuerung (Nummer 11, Juni); Zwischenbilanz zum Jahr der Behinderten (Nummer 12, August); Gespräche zwischen den Generationen (Nummer 13, Oktober); MD-ADV (Nummer 14, Oktober); Wien — medizinisches Zentrum (Nummer 15, November); Erfolgreiche Psychiatriereform (Nummer 16, November); und Gesundheitsbericht 1980 (Nummer 17, Dezember).

Die Betreuung durch das Auslandspresse-Referat kam 87 ausländischen Journalisten zugute, die nicht beim Bundespressedienst akkreditiert waren, sich also nur vorübergehend in Wien aufhielten. Für sie wurden Rundfahrten nach den jeweiligen individuellen Wünschen arrangiert und Interviews mit Kommunalpolitikern ermöglicht. Außerdem mußten insgesamt 29 Gruppen ausländischer Journalisten mindestens einen vollen Tag betreut werden. Für ihren Aufenthalt wurden Programme mit kommunalen Themen zusammengestellt. Die Journalisten kamen aus Ägypten, aus der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Bulgarien, Chile, der Volksrepublik China, Dänemark, der Deutschen Demokratischen Republik, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Holland, Israel, Italien, Japan, Nigeria, Norwegen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Spanien, Südafrika, Taipeh, Uruguay, Venezuela, der UdSSR und den USA.

15 Rundfunk- und Fernsehteams machten Wien-Reportagen, wobei sie sowohl bei der Erstellung der Drehpläne als auch bei den Aufnahmen selbst vom Presse- und Informationsdienst unterstützt wurden. Die Teams kamen aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Belgien, Kanada, der Deutschen Demokratischen Republik, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Japan, Ungarn und den USA.

Für 54 in Wien akkreditierte Auslandsjournalisten wurden vom Pressedienst Interviewmöglichkeiten geschaffen, wobei für sie Informationsmaterial zusammengestellt worden ist, das durch Gespräche und beigestelltes Photomaterial ergänzt wurde.

Briefliche oder telephonische Anfragen von Journalisten außerhalb Österreichs mußten bearbeitet werden, wofür Informationsmaterial zusammengestellt und eventuell auszugsweise in die gewünschte Fremdsprache übersetzt wurde.

Seit 7. Mai 1981 erscheint das „Wien aktuell-Wochenblatt" als Betriebszeitung für die Mitarbeiter und Pensionisten der Stadt Wien und der städtischen Unternehmungen. Die Zeitung wird diesem Bezieherkreis gratis per Post zugestellt, darüber hinaus in Trafiken zum Einzelverkaufspreis von 5 S und im Vierteljahresabonnement um 50 S angeboten. Das „Wien aktuell-Wochenblatt" bietet aktuelle Informationen aus dem Bereich der Stadt Wien, Stellungnahmen zu aktuellen Fragen, Reportagen, Berichte aus der Geschichte der Stadt Wien und Unterhaltung. Es erscheint im Kleinformat, jede Nummer hat in der Regel einen Umfang von 16 Seiten.

Die Zeitschrift „wien aktuell magazin", in der gegenwärtigen Aufmachung als repräsentatives Vierfarbenmagazin seit 1975 vom Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien herausgegeben (Medieninhaber und Herausgeber: Stadt Wien), erschien im Jahre 1981 insgesamt sechsmal mit einer Auflage von jeweils rund 52.000 Stück. Der Umfang betrug pro Heft 32 Vierfarbenseiten und 32 Schwarzweißseiten („konfrontationen & perspektiven"). Die Hauptthemen der sechs „wien aktuell magazin"-Hefte des Jahrganges 1981 waren Behinderte (Heft I), Literatur (Heft II), Grünes Wien (Heft III), Bedienstete der Stadt Wien (Heft IV), Geschichte (Heft V) und Wohnbau (Heft VI).

Vom „Amtsblatt der Stadt Wien" sind insgesamt 53 Nummern in einer Auflage von jeweils 9.400 Stück mit zusammen 2.820 Seiten erschienen, weiters 48 Sonderdrucke.

Vom „Landesgesetzblatt für Wien" sind 30 Stück mit 104 Seiten herausgegeben worden.

Der „Amtliche Wohnungstausch-Anzeiger" ist achtmal erschienen und brachte auf 172 Seiten Tauschangebote.

Die Dokumentation umfaßt den täglichen Pressespiegel, in dem vor allem die auf die Stadtverwaltung bezugnehmenden Artikel in den Wiener Tageszeitungen, in den wichtigsten Bundesländerzeitungen, in

„profil", „Wochenpresse", „Furche" und „NFZ" unter Berücksichtigung der Auswertung der „rk" festgehalten werden. Der Pressespiegel wird durch Kurzfassungen kommunalpolitisch relevanter ORF-Sendungen ergänzt. Diese Sendungen werden mit Hilfe vorprogrammierter Tonbandgeräte und Videorecorder aufgezeichnet und im Bedarfsfall einige Zeit gespeichert. Der Pressespiegel dient außerdem der Redaktion der Abteilung als wichtige Informationsquelle.

Im Handarchiv werden Zeitungsausschnitte und die „rk" sowie andere Publikationen nach Stichwörtern abgelegt. Die Arbeit führt ein Beamter des Wiener Stadt- und Landesarchivs durch.

Die Postwurfsendung „Wien — unsere Stadt", die an alle Wiener Haushalte gesendet wird, erschien 1981 sechsmal. Inhaltliche Schwerpunkte waren das „Jahr der Behinderten" (Wien aktuell Ia), die Wiener Naherholungsgebiete und Grünflächen (Wien aktuell IIIa), der „Tag der offenen Tür" (Wien aktuell IVa), die Volksbefragungen im November und Dezember (Wien aktuell Va und Vb) sowie die Sozialeinrichtungen der Stadt Wien (Wien aktuell Vc).

Im Jahre 1981 wurden folgende Publikationen herausgegeben: 18, Gersthofer Platzl; Rundfahrten „Modernes Wien '81"; Bäder der Stadt Wien; Die Stadt Wien hilft; Wien in Zahlen; Wien für biologische Schädlingsbekämpfer; Wien für Wanderer; Wien für Blumenfreunde; Wien für Baderatten; Wien für Freizeitkapitäne; Wien für Fischer; Wien für Schwammerlsucher; Wien für Saunafans; Wien für Kinder; Wien für Teens; Wien für Mütter und Väter; Wien für Energiesparer; Wien für Weinbeißer; Wien für Singles mit Kindern; Wien für Pflegefamilien; Wien für Nachbarn; Wien für Senioren; Wien für Behinderte; Wien für Patienten; Wien für Selbsthilfegruppen; Wien für Wohnstraßenfreunde; weiters 100 Jahre Wiener Rettung; Lobau; Lainzer Tiergarten; Neue Donau; ferner Stadtwanderweg 1 — Kahlenberg; Stadtwanderweg 2 — Hermannskogel; Stadtwanderweg 3 — Hameau; Stadtwanderweg 4 — Jubiläumswarte; Stadtwanderweg 5 — Bisamberg; schließlich Budget '82; Donauuferautobahn; Wien 2000; Pensionistenheim Alszeile; Pensionistenheim „An der Türkenschanze"; Ein schöner Beruf für Wien — Diplomkrankenschwester, Diplomkrankenpfleger; Die Wiener U-Bahn (U 1, U 2, U 4, U 2/4); U-Bahn-Linie U 1 (bis Praterstern) und „Ganz Wien trägt Grün" — Maßnahmenpaket.

Mit Flugblättern wurde die Wiener Bevölkerung unter anderem über Flächenwidmungsänderungen, Verkehrsmaßnahmen, Stadterneuerung, Bürgerdienst-Außenstellen, die Aktion „Wien im Blumenschmuck", die Eröffnung des Nordabschnittes der Donauinsel und den „Musikalischen Sommer" informiert.

Ausstellungen wurden veranstaltet, wie „Linie U 1 bis Praterstern"; „Kennenlernen — Verstehenlernen", zum „Jahr der Behinderten" in der Wiener Hofburg. Teile dieser Ausstellung wurden auch im Kaufhaus Herzmansky, in der Aula des Internationalen Zentrums Wien und bei der Behindertenmesse in Salzburg gezeigt. Weiters wurde „Kultur-Information" als ständige Ausstellung in der Schmidt-Halle gezeigt. „Stadtteilplanung Wien" waren Ausstellungen zu Inzersdorf, Leopoldau, Wienerberggründe, Augustinerwald, Heuberg, Gersthofer Platzl sowie eine Präsentation des Gestaltungskonzeptes Meidling. „Ganz Wien trägt Grün" war eine Umwelt- und Naturschutzausstellung im Wirtschaftsmuseum, „Neue Donau" brachte den Hochwasserschutz für Wien anläßlich der Eröffnung des Nordteils der Donauinsel. „Ähnliche Straßen" wurde in Zusammenarbeit mit dem Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrum gestaltet, „100 Jahre Wiener Rettung" in der Wiener Rettungszentrale gezeigt. Dazu kamen „Freizeit in Wien" in der ORF-Halle in der Zeit der Wiener Herbstmesse, „Wohnbauprojekt Heschweg" in der U-Bahn-Station Stephansplatz sowie im Donauzentrum, „Bürgerdienst" als Kleinausstellung in der Wiener Stadthalle und schließlich „Historische Gärten in Wien", eine Ausstellung in Basel, und der „Tag der offenen Tür", eine Präsentation der Tätigkeit der Geschäftsgruppen auf 720 Laufmetern Ausstellungsfläche.

Der Christkindlmarkt fand wieder auf dem Rathausplatz statt. Gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien wurde — wie in den vergangenen Jahren — die Dekoration (Kinderzeichnungen) für die Rückseite der Marktstände organisiert. So haben für diesen Zweck rund 4.000 Kinder aus 168 Schulen etwa 1.000 Zeichnungen angefertigt. Die 22 am besten gelungenen Zeichnungen wurden prämiiert. Ein Stand des Presse- und Informationsdienstes gab in der Zeit vom 21. November bis 24. Dezember den Besuchern des Christkindlmarktes Auskunft über die Wiener Sozialeinrichtungen.

Weitere Verantaltungen waren die Eröffnung der Ausstellung „Kennenlernen — Verstehenlernen" in der Wiener Hofburg am 18. März mit der Sendung „Autofahrer unterwegs"; „Wien im Blumenschmuck" am 12. Mai, die Eröffnung des Hamerlingparkes am 16. Mai, „Umweltbüro im Grünen" am 10. Juni, „100 Jahre Wiener Rettung" mit Radio Wien am 24. Mai, die Wandertage auf den Stadtwanderwegen am 27. September, 4., 11., 18., 25. und 26. Oktober, die Eröffnung des Nordteils der Donauinsel am 30. Mai mit rund 200.000 Besuchern, die Eröffnung der Wiener Herbstmesse am 12. September, das Pflegefamilienfest am 29. November und die „Mobile Sozialberatung" am Stephansplatz, im Donauzentrum und in der Mariahilfer Straße. Der „Tag der offenen Tür" fand am 19. September statt. Im Rathaus wurden 98.400 Besucher registriert; einschließlich der Besucher der 47 Dienststellen kamen insgesamt 160.000 Personen. An den Rundfahrten „Modernes Wien" haben 126.000 Personen teilgenommen, davon allein 2.348 Personen an den Rundfahrten mit dem Donaubus.

Die Wandzeitung „Wien aktuell" ist mit acht Ausgaben erschienen, alle im Vierfarbendruck.

Die Wandzeitung „Wien informiert", die hauptsächlich in Wohnhäusern affichiert wird, erschien mit zwölf Ausgaben.

Insgesamt wurden 536 Inserate und PR-Artikel vom Presse- und Informationsdienst verfaßt. Die Beiträge befaßten sich mit den Themen Soziales, Kommunales, Gesundheit, Freizeit, Erholung und Wirtschaft. Schwerpunkte bei den Inseraten war die Behindertenhilfe in Wien, die Werbung für die Wiener Erholungs- und Freizeiteinrichtungen, für den „Tag der offenen Tür" und die Wiener Sozialeinrichtungen. Weitere Themen waren unter anderem der Bürgerdienst, die Info-Center, der Musikalische Sommer, das Ferienspiel und der Ferienclub. Die Veröffentlichungen erfolgten in insgesamt 156 Tages-, Wochen-, Bezirks-, Monats- und Fachzeitungen.

In den Wiener Tageszeitungen und fallweise auch in Bundesländerzeitungen wurden wieder gezielte Einzelinserate zur Personalwerbung eingeschaltet, und zwar für Juristen, Diplomingenieure, Diplomkrankenschwestern sowie für Facharbeiter der verschiedensten Berufssparten und Hilfskräfte zur Anstellung bei der Stadt Wien und in den Wiener Stadtwerken.

Schließlich wurden die 16-mm-Farbfilme „Wien sind wir alle" und „100 Jahre Wiener Rettung", je 25 Minuten lang, sowie Tonbildschauen gezeigt.

Feuerwehr und Katastrophenschutz

Im Jahre 1981 erreichte die Gesamtzahl der Einsätze der Wiener Feuerwehr mit 24.663 einen neuen absoluten Spitzenwert. Dieser beträchtlichen Mehrbelastung — 13 Prozent gegenüber 1980 für alle Feuerwehrbeamten — steht lediglich eine Personalaufstockung von 40 Beamten auf insgesamt 1.399 ohne Verwaltungsbeamte und Wache Rathaus gegenüber. Ein Belastungszuwachs ist jedoch nicht nur durch gestiegene Einsatzzahlen gegeben, auch die immer höher werdenden Anforderungen an den Ausbildungsstand jedes Feuerwehrmannes, bedingt durch die zunehmende Technisierung unserer Umwelt und die Ausbreitung der Schadstoffe im täglichen Gebrauch, stellen immer höhere Ansprüche an jeden Beamten. Um neuen Anforderungen gerecht zu werden und den Umgang mit neuen Geräten zu perfektionieren, wurde im Jahre 1981 die Anzahl der regelmäßigen Übungseinheiten im täglichen Dienstbetrieb erhöht. Die Schulung auf den Sektoren „Ölwehr- und Schadstoffdienst" wurde durch regelmäßige Übungen für die gesamte Mannschaft intensiviert. Auch Großeinsätze auf dem Wasser wurden unter den Übungsannahmen „Tankschiffbrand auf der Donau" und „Abgestürzter Hubschrauber in der Neuen Donau" geprobt, wobei die Zusammenarbeit mit anderen Einsatzorganisationen eingebunden wurde.

Wie schon die Bezeichnung „Feuerwehr und Katastrophenschutz" vermuten läßt, liegt ein weiterer Schwerpunkt der Aufgaben dieser Abteilung neben dem „Feuerwehralltag" beim „Katastrophenschutz". Gerade rechtzeitig war im Dezember 1980 der Alarmplan, der den Einsatz niederösterreichischer Feuerwehren in Wien zur Unterstützung der Wiener Berufsfeuerwehr bei Großeinsätzen regelt, erstellt und auch übungsmäßig geprobt worden. Wenige Tage später, am 3. und 4. Jänner 1981, konnte dieses gegenseitige Hilfeabkommen unter Beweis gestellt werden. Rund 2.100 Sturmeinsätze verzeichnete die Feuerwehr an diesen beiden Tagen, wovon 650 auf die Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs, die mit 55 Einsatzfahrzeugen und 245 Mann zu Hilfe gekommen waren, entfielen. Dieser Einsatz hat gezeigt, daß die Übungen in Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs Erfolg gehabt haben. So ist es möglich gewesen, mit ihrem Einsatz die Wiener Berufsfeuerwehr wesentlich zu entlasten, wodurch der Wiener Bevölkerung rascher geholfen werden konnte. Als Dank und Anerkennung für diese Hilfeleistung wurden 294 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren Niederösterreichs durch den Herrn Bürgermeister Leopold *Gratz* mit der Einsatzmedaille des Landes Wien ausgezeichnet.

In Vollziehung des mit 10. März 1978 in Kraft getretenen Gesetzes über Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung vor Katastrophen (Wiener Katastrophenhilfegesetz, LGBl. für Wien Nr. 8/1978) wurden im Rahmen der zugeteilten Aufgabenbereiche mit den auf diesen Gebieten freiwillig tätig werdenden Organisationen Kontakte aufgenommen und geprüft, inwieweit ein Verband oder eine Organisation für die Wiener Katastrophenhilfe als Hilfsorganisation in Frage kommt. So wurde in diesem Zusammenhang von der Wiener Handelskammer ein Bereitschaftsplan erstellt, der bei Unwetter und ähnlichen Großschäden oder Katastrophen die Bereitschaft der Wiener Handwerksinnungen, wie das Bau- und Baunebengewerbe, die Glaser, Schlosser, Dachdecker, Installateure und Beförderungsunternehmungen, jederzeit gewährleistet. Durch eine zentrale Einsatzleitung der Wiener Handelskammer soll somit der Wiener Bevölkerung rascher geholfen werden können.

Auf Grund des tragischen Unfalles in Frascati, bei dem der sechsjährige Alfredo Rampi den Tod fand, wurden alle Rettungsmöglichkeiten aus Schächten, Brunnen und ähnlichen Anlagen überprüft, um optimale Voraussetzungen zu schaffen, damit bei einem derartigen Einsatzfall in Wien wirksam Hilfe geleistet werden kann. Mit der Österreichischen Höhlenrettung wurden erste Kontakte eingeleitet. In einer gemeinsam durchgeführten Erprobungsübung, bei der die zur Verfügung stehenden Geräte sowie Ausbildungsstand und Einsatzmöglichkeiten vorgezeigt wurden, konnte festgestellt werden, daß eine Heranziehung dieser Organisation, wobei bereits ein

Notrufplan für Wien vorliegt, im Rahmen der Katastrophenhilfe durchaus wünschenswert ist. Gemeinsame Außenübungen mit der Einsatzstelle Wien der Österreichischen Höhlenrettung sind bereits geplant.

Unter Vorsitz der MD-VO wurde in einer Arbeitsgruppe bei der Erarbeitung von Vorkehrungen für den Fall, daß im Bereich von Wien eine größere Anzahl Obdachloser versorgt werden muß, mitgewirkt.

Auch auf dem Fahrzeug- und Gerätesektor sind bemerkenswerte Neuerungen zur weiteren Verbesserung der Schlagkraft der Wiener Feuerwehr zu verzeichnen. Eine achte, um 3,3 Millionen Schilling angeschaffte 30-m-Drehleiter mit Arbeitskorb, die auch vom Korb selbst aus steuerbar eingerichtet ist, vervollständigt vorläufig den Drehleiterpark. Als Ergänzung dazu wurde auf einem bei der Feuerwehr der Stadt Wien bereits eingeführten (Bedienungsgleichheit) inländischen Dreiachsfahrgestell eine Gelenkmastbühne finnischer Herkunft aufgebaut. Die Kosten beliefen sich auf 4,7 Millionen Schilling. Diese Gelenkmastbühne soll vor allem zum Erreichen von höher gelegenen Standorten, zum Beispiel von höheren Häusern mit Vorbauten, eingesetzt werden, die von herkömmlichen Drehleitern nicht erreicht werden können. Die zulässige Korblast beträgt 350 kg. Dies bedeutet gegenüber den Höchstlasten für DL-Rettungskörbe eine fast doppelt so große Korbkapazität. Eine in den Gelenkarmen eingebaute Löschleitung ermöglicht — in Verbindung mit einem fernsteuerbaren Wasserwerfer — eine Brandbekämpfung bei höher gelegenen Standorten mit Wasserwerfern bzw. mit Schaumrohren. Als besondere Erleichterung beim Übersteigen in oder aus den Fenstern ist der Rettungskorb horizontal schwenkbar eingerichtet. Gesteuert kann die Gelenkmastbühne entweder vom Steuerstand am Drehturm (Primärsteuerung) oder direkt vom Rettungskorb aus werden. Die Gelenkmastbühne wird für Menschenrettung, Brandbekämpfung, verschiedene technische Einsätze (zum Beispiel Baugebrechen) sowie für Beleuchtungszwecke verwendet werden.

Um rund 420.000 Schilling wurde ein Puch-GE-6-Geländefahrzeug als „Tauchervorausfahrzeug" adaptiert. Dieses relativ kleine, sehr schnelle Fahrzeug ermöglicht ein rasches Erreichen selbst schwierigster Einsatzstellen mit zwei Tauchern, die sich bereits während der Fahrt adjustieren können. Das Fahrzeug besitzt eine Frontseilwinde und führt auf dem Dach ein Schlauchboot samt Außenbordmotor mit.

Des weiteren wurde ein zweites „Geländelöschfahrzeug" auf Mercedes-Benz-Unimog-Fahrgestell angekauft. Dieses kleine und extrem geländegängige Fahrzeug hat sich im Jahre 1980 bereits mehrmals in äußerst unwegsamem, mit keinem anderen Einsatzfahrzeug befahrbarem Gelände bestens bewährt.

Um 11,7 Millionen Schilling wurden außerdem fünf weitere Basisfahrzeuge in der Ausführung als „Rüstlöschfahrzeug" in den Dienst gestellt und damit die Gesamtanzahl dieser Basisfahrzeuge auf elf erhöht. Um diese Fahrzeuge bei Bedarf auf „Sonderlöschfahrzeuge" umrüsten zu können, wurden um insgesamt 2,14 Millionen Schilling vier Segmente mit je einer 500-kg-Trockenlöschanlage sowie vier Tragkraftspritzen angekauft.

Etwas mehr als 1 Million Schilling wurde in die Anschaffung weiterer Atemschutzgeräte, 17 Stück 2-h-Kreislaufgeräte und 25 Preßluftatmer, investiert. Ein schweres Hydraulikrettungsgerät (Hurst-Spreizer) um knapp 300.000 S vervollständigt die Aufzählung der wesentlichsten Geräteanschaffungen. Erwähnenswert ist weiters noch die Installierung einer Pulverfüllanlage, die ein rationelles und belästigungsfreies Füllen und Überprüfen aller Pulverlöscher der Abteilung ermöglicht. Die Kosten betragen 150.000 S.

Auf dem Nachrichtenbausektor sind neben den laufenden Service- und Instandsetzungsarbeiten vor allem folgende Neuerungen erwähnenswert: Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Zugwache „Liesing" zu einer Hauptfeuerwache erfolgte der Umbau bzw. die Erweiterung der nachrichtentechnischen Einrichtungen dieser Wache. Ein wesentlicher Teil der Kabelverbindung zur Wache „Liesing" mußte erneuert werden, um dem Kommunikationsbedarf der künftigen Hauptfeuerwache Rechnung zu tragen. Die Kabellegung erfolgte ausnahmslos in Kabelschutzrohren, um sowohl einen besseren Schutz als auch ein leichteres Auswechseln der Kabeln im Bedarfsfall zu ermöglichen.

Für Einsatzfahrzeuge — insbesondere für die Gruppenfahrzeuge — wurden 50 Handfunkgeräte angeschafft. Damit soll vor allem an Großeinsatzstellen die Kommunikation zwischen den eingesetzten Kräften, aber auch der Sprechverkehr mit der Funkstelle verbessert und erleichtert werden. 1981 wurden 60 Brandmeldeanlagen an das „Tonfrequente Übertragungssystem" (TUS) angeschlossen. Damit sind bereits rund 400 automatische Brandmeldeanlagen an die Brandmeldezentrale der Wiener Feuerwehr angeschlossen.

Das Sachgebiet „Vorbeugender Brandschutz" gewinnt auf Grund neuer Techniken und Materialien sowohl in der Bauwirtschaft als auch auf dem Betriebsmittelsektor immer größere Bedeutung. Dementsprechend wurde auch im Jahre 1981 durch intensive Information versucht, sowohl bei den Behörden eine breite Basis für diese Anliegen zu schaffen als auch bei der Bevölkerung das Sicherheitsdenken in eine dementsprechende Richtung zu lenken. In einer Seminarreihe über Zweckmäßigkeit und Zielsetzung des vorbeugenden Brandschutzes im Rahmen der Verwaltungsakademie wurde mit der Schulung der Beamten der Gruppe Baupolizei begonnen und hierzu auch ein Skriptum als Lehrbehelf ausgearbeitet.

In gewohnter Weise wurden im Jahre 1981 von der Abteilung zahlreiche brandschutztechnische Fachgutachten im Zuge bau- und gewerbebehördlicher Verwaltungsverfahren abgegeben. Besonders erwähnenswert in diesem Zusammenhang wäre die 1981 begonnene Überprüfung der Wiener Beherbergungsbetriebe. In dieser sogenannten „Hotelkommission" arbeiten Beamte der Abteilung gemeinsam mit je einem rechtskundigen und bau-

technischen Fachbeamten in einem verkürzten Verwaltungsverfahren an der Verbesserung der sicherheitstechnischen Einrichtungen in Hotels, Pensionen und sonstigen Beherbergungsstätten. Außerdem wurde die brandschutztechnische Betreuung von Großprojekten im Stadtgebiet, insbesondere der U-Bahn und des Allgemeinen Krankenhauses, fortgesetzt. Weitergeführt wurde auch die brandschutztechnische Fachberatung zu einem neuen Landesgesetz über die Lagerung brennbarer Flüssigkeiten.

Daß die Versuche, den Gedanken eines Selbstschutzes in der Bevölkerung tiefer zu verankern, bereits Früchte tragen, zeigt der Zuwachs an Betriebsfeuerwehren. Bis 1980 gab es nie mehr als maximal 27 Betriebsfeuerwehren in Wien. 1981 erhöhte sich ihr Bestand auf 32. Der Landesverband der Betriebsfeuerwehren von Wien ist heute in der Lage, allen Ersuchen um Schulung, Ausbildung und Beratung bezüglich des Brandschutzes jederzeit nachzukommen. Der Verbesserung des Brandschutzes dient auch die Schulung von Personen, die in ihrem Betrieb oder ihrer Dienststelle als Brandschutzbeauftragte tätig sind. In Zusammenarbeit mit der MD-VA wurden in vier zweitägigen Brandschutzseminaren 164 Angehörige des Magistrates, vorwiegend der MA 17, zu Brandschutzwarten ausgebildet, wodurch in den Krankenanstalten und Dienststellen des Magistrates ein wesentlich verbesserter Brandschutz gewährleistet ist. In Zusammenarbeit mit dem Wiener Landes-Feuerwehrverband, der Zentralstelle für Brandverhütung und dem WIFI Wien wurden 174 Angehörige aus Betrieben, Anstalten und Hotels und sonstigen Gewerbebetrieben zu Brandschutzbeauftragten ausgebildet.

In sechs der sieben Brandschutzsektionen wurden ausgebildete Brandschutzbeauftragte in die örtlich zuständige Hauptfeuerwache zu einem Informationsseminar eingeladen, um die persönlichen Kontakte und den Informationsfluß zwischen den Brandschutzbeauftragten, den Offizieren der Brandschutzsektion und dem zuständigen Abschnittsbrandinspektor des Landesverbandes der Betriebsfeuerwehren von Wien aufrechtzuerhalten. Zu den sechs Informationsseminaren waren insgesamt 180 Teilnehmer erschienen.

Viele Brand- und Unfallursachen sind im Bereich von Feuerstätten und Rauchfängen angesiedelt. Da darüber hinaus die Handhabung der Wiener Kehrverordnung in den Kompetenzenbereich der Abteilung fällt, sind in dieser Abteilung Experten auf diesem Gebiet ständig bemüht, zu einer Verbesserung der einschlägigen Richtlinien, gesetzlichen Bestimmungen und Überprüfungsmöglichkeiten beizutragen. In Amtsbesprechungen mit der MA 35, der Rauchfangkehrerinnung und anderen betroffenen Dienststellen wurde im Jahre 1981 die prinzipielle Klärung folgender Problemkreise angestrebt, was eine einheitliche Vorgangsweise gewährleisten soll: „Gemeinsamer Abzug von Rauchgas und Schwaden" (bei Backöfen), „Anschluß mehrerer Feuerstätten an einen Rauchfang — Fangmindestquerschnitte". In mehreren Sitzungen wurde der Themenkreis „Offene Kamine" betreffend Ausführung, Abgasklappe und Bewilligungspflicht behandelt. Eine entsprechende Verordnung darüber ist in Vorbereitung. Wichtigste Tätigkeit war aber die Entsendung eines Vertreters in den Unterausschuß des Wiener Gemeinderates, der die Novellierung des Wiener Feuerpolizeigesetzes zur Aufgabe hat („Luftreinhaltenovelle"). In dieses Gesetz, das am 1. Jänner 1983 in Kraft treten soll, fließen dadurch wesentliche Vorstellungen der Abteilung ein.

Die unter Mitarbeit der Abteilung erarbeitete ÖNORM B 8250 — „Rauch- und Abgasfänge — Reinigungsverschlüsse" ist am 1. Mai 1981 in Kraft getreten.

Die folgende Übersicht über die bemerkenswertesten Einsätze im Jahre 1981 dokumentiert die hervorragende Leistungsfähigkeit und Schlagkraft der Wiener Feuerwehr:

Aus nicht feststellbarer Ursache war es am 6. Jänner in 14, Linzer Straße 432, in einem pharmazeutischen Betrieb zu einer Explosion gekommen, wodurch der rund 300 m² große zweigeschossige Hoftrakt komplett zerstört und in Vollbrand gesetzt worden war. Der durch die Explosion schwerverletzte Firmenbesitzer war vor unserer Ankunft vom Rettungsdienst in das Krankenhaus überführt worden. Die 1. Löschbereitschaft bekämpfte den Vollbrand von der Hofseite des Objektes mit vier Rohren, die 2. Löschbereitschaft von der Hofseite des Nachbarobjektes ebenfalls mit vier Rohren. Von einer Löschgruppe wurde ein Übergreifen des Brandes auf das zwischen dem Hauptgebäude und dem zerstörten Hoftrakt stehende eingeschossige Zwischenobjekt durch Vornahme eines Rohres unter Atemschutz verhindert. Zur Sicherung der Umgebung wurde im Hof ein Großtankfahrzeug in Stellung gebracht. Der Brand konnte rasch unter Kontrolle gebracht werden. Sämtliche Räume (Wohnungen) des straßenseitigen Hauptgebäudes sowie aller hofseitigen Nebengebäude wurden untersucht, da auf Grund der Explosion alle hofseitigen Fenster bzw. ein Teil der gassenseitigen Fenster zerstört worden waren und die Annahme bestand, daß in einem der vorgenannten Räume eine verletzte Person eingeschlossen sein könnte. Es war jedoch glücklicherweise niemand verletzt worden. Nach Aussage von Augenzeugen bestand der Verdacht, daß sich vor der Explosion der Buchhalter der Firma in dem zerstörten Gebäude aufgehalten haben könnte. Im Zuge der Aufräumungs- und Nachlöscharbeiten wurde von der Hundestaffel des Roten Kreuzes mit vier Hunden nach dem vermeintlich Verunfallten gesucht. Nachdem sich der Gesuchte im wohlbehaltenen Zustand von seiner Wohnung aus gemeldet hatte, wurde die Suche eingestellt.

Aus nicht feststellbarer Ursache waren am 10. Jänner in 6, Mariahilfer Gürtel 28, 100 m² des Mansardendachstuhles eines viergeschossigen Wohnhauses in Brand geraten. Bei Ankunft der Feuerwehr befand sich das gesamte Gebälk des mit Blech gedeckten Dachstuhles in Vollbrand. Durch den Aufzugsschacht waren glimmende Holzteile auf die Decke des Abstellraumes eines Möbelgeschäftes gestürzt, wodurch es zur Entstehung eines Se-

kundärbrandes in diesem gekommen war. Der Brand begann bereits auf eine Wohnung und auf Büroräume eines Architekturbüros im 4. Stock überzugreifen. Der Dachbrand wurde umfassend mit sechs Rohren bekämpft, wovon vier unter Atemschutz über das Stiegenhaus und je eines über die Drehleiter/Mariahilf in 6, Wallgasse 39, und über die Drehleiter/Hernals in 6, Mariahilfer Gürtel 28, vorgenommen wurden. Die Decke der Wohnung war durch die Brandeinwirkung zum Einsturz gekommen. Die Wohnungsinhaberin wurde in Sicherheit gebracht, die Möbel konnten in einen Abstellraum des Architekturbüros geschafft werden. In den Büroräumen wurden vor Beginn der Löscharbeiten die wichtigsten der nicht transportablen Büromaschinen abgedeckt. Die Gaszufuhr zum Wohnhaus mußte vom Gebrechendienst der Gaswerke gesperrt werden. Die Löscharbeiten gestalteten sich wegen der Vereisung des Daches durch gefrierendes Löschwasser und durch den starken Qualm äußerst schwierig. Um in dieser Situation einen Absturz eines Feuerwehrbeamten hintanhalten zu können, wurden Rettungsleinen zur Sicherung gespannt und exponiert eingesetzte Feuerwehrbeamte mit Leinen gesichert. Der Sekundärbrand im Abstellraum des Möbelgeschäftes konnte mit einem Rohr gelöscht werden.

In dem im Keller gelegenen Heizraum des Gebäudes in 3, Rennweg 25, war am 15. Jänner ein Brand ausgebrochen. Da die Türen offenstanden, hatte sich der Qualm des brennenden Öles in alle Stiegenhäuser und Gänge ausbreiten können. Bei Ankunft der Feuerwehr waren der Keller sowie die Stiegenhäuser und Gänge von undurchdringlichem Qualm erfüllt. Weiters drang schwarzer Brandrauch aus den hofseitigen Fenstern der Obergeschosse. Im Zuge der ersten Rettungsmaßnahmen wurde von sechs Atemschutztrupps, die über Stiegenhäuser, Drehleiter und Schiebleiter vorgingen, das gesamte Gebäude nach eingeschlossenen Personen abgesucht. Dabei wurden in einem Zimmer im 2. Stock des straßenseitigen Traktes die 23jährige Tochter und die 63jährige Frau des italienischen Botschafters angetroffen und wohlbehalten über die Drehleiter gerettet. Gleichfalls in einem Zimmer im 2. Stock des straßenseitigen Traktes wurde ein 24jähriger Mann und dessen gelähmter 62jähriger Vater wohlbehalten vorgefunden. Die beiden Männer wurden unter Aufsicht eines Rettungstrupps der Feuerwehr in ihrem Zimmer belassen. Zwei Personen, die in einem Raum im 2. Stock des Gartentraktes eingeschlossen waren, zeigten sich wohlbehalten am Fenster. Sie waren keiner unmittelbaren Gefahr ausgesetzt und wurden lediglich beruhigt. Im Zuge des gleichzeitig vorgetragenen Löschangriffes mußte ein im Innenangriff vorgehender Atemschutztrupp umkehren, da im undurchdringlichen Qualm das Vordringen zum Brandherd nicht möglich war. Der Heizraum wurde daraufhin über ein Kellerfenster mit Mittelschaum geflutet und so der Brand gelöscht.

Wie spätere Untersuchungen ergaben, war am 11. Februar infolge Brandstiftung im Lustspielkino in 2, Johann-Fürst-Platz 1, neben dem Riesenrad ein Brand ausgebrochen. Bei Ankunft der Feuerwehr drang aus der gesamten Dachkonstruktion mit weicher Dacheindeckung sowie den Fenstern und sonstigen Öffnungen dichter Rauch. Nach gewaltsamem Eindringen über den Haupteingang und Vornahme von zwei Rohren unter Atemschutz in den Kinosaal wurden dort mehrere kleine Brandherde festgestellt und abgelöscht. Da durch die Verqualmung kein Zugang zu den oberen Räumen gefunden werden konnte, wurde ein Wendestrahlrohr über eine Drehleiter in Stellung gebracht und versucht, das Dach zu kühlen; auerßerdem wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Nach Sicherung der Wasserversorgung durch Herstellen mehrerer Zubringleitungen wurde ein Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges in Stellung gebracht und der inzwischen durch das Dach gebrochene Brand bekämpft. Da inzwischen die Gefahr bestand, daß das Dach in den Kinosaal stürzen könnte, wurden die beiden Rohre zurückgenommen und im Außenangriff bzw. zum Schutz der Umgebung eingesetzt. Von der 2. Löschbereitschaft wurden nach gewaltsamem Öffnen von Zugängen an der Gebäudelängsseite und an der Vorderfront je ein Rohr unter Atemschutz vorgenommen. Zwei weitere Rohre, davon eines über eine Drehleiter, verhinderten ein Übergreifen des Brandes auf das Nebengebäude, und zwar auf die Fortuna-Spielhalle. Mit zwei Wendestrahlrohren über Drehleitern sowie den Wasserwerfern zweier Großtanklöschfahrzeuge wurde der Brand am Dach bekämpft. Von der 3. Löschbereitschaft wurden die Objekte zwischen Johann-Fürst-Platz und Weg 2 mit vier Rohren vor einem Übergreifen des Brandes durch Funkenflug geschützt. Nach Einsturz des Daches im Bereich des Kinosaales mußten die Wendestrahlrohre der Drehleitern zurückgenommen und der Betrieb der Werfer eingestellt werden. Ein weiterer Löschangriff wurde in der Folge über die Seitenstiege zur Galerie bzw. zum Vorführraum vorgetragen. Um die Wasserversorgung aufrechterhalten zu können, mußten auch mehrere Hydranten jenseits der Ausstellungsstraße in Verwendung genommen werden. Dadurch war eine Sperre der Ausstellungsstraße für rund eine Stunde für jeden Verkehr erforderlich. Nach ungefähr zwei Stunden war der Brand lokalisiert. Die Nachlöscharbeiten, die mit vier Rohren durchgeführt wurden, dauerten jedoch noch mehrere Stunden, da in ihrem Zuge auch das Gebälk des eingestürzten Dachstuhles entfernt werden mußte. Insgesamt waren zeitweise bis zu 13 Rohre, 3 Wendestrahlrohre über Drehleitern und drei Wasserwerfer im Einsatz.

Aus von der Feuerwehr nicht feststellbarer Ursache war am 12. April in 16, Landsteinergasse 10, ein großteils aus Holz gebautes Werkstätten- und Garagengebäude im Ausmaß von insgesamt rund 500 m² in Brand geraten. Da zwei Wohnungen im 1. und 2. Stock des Nachbargebäudes vom Brandübergriff bedroht waren, wurde Alarmstufe 2 ausgelöst und in Zusammenarbeit mit der Polizei eine teilweise Evakuierung des Hauses durchgeführt. Von der Hauptinspektion wurde Alarmstufe 3 ausgelöst. Der Löschangriff erfolgte mit insgesamt acht

Rohren, teilweise unter Atemschutz, sowie mit einem Wasserwerfer eines Großtanklöschfahrzeuges. Einige Rohre wurden über das Nachbargrundstück und durch die benachbarten Wohngebäude in 16, Landsteinergasse 8 und 12, vorgenommen, um einen Brandübergriff zu verhindern. Nach ungefähr eineinhalb Stunden konnte „Brand aus" gegeben werden.

Vermutlich durch Brandstiftung waren am 16. Juni Paletten, Bauholz und andere Baumaterialien, die auf einer Laderampe im Frachtenbahnhof Praterstern entlang einer Lagerhalle gelagert waren, an drei Stellen in Brand geraten. Bei Ankunft der Feuerwehr stand das hölzerne Vordach über der Rampe in einer Länge von rund 30 m in Vollbrand. Der Brand hatte bereits durch zwei Holztore auf ungefähr 50 m³ Speditionsgut in die etwa 15 × 30 m große Halle übergegriffen und bedrohte auch eine zweite Halle und einen angrenzenden zweistöckigen Bürotrakt. Sofort wurde Alarmstufe 2 und in weiterer Folge wegen des starken Windes und des damit verbundenen Funkenfluges Alarmstufe 3 ausgelöst, der Brand mit drei Rohren im umfassenden Angriff und mit zwei Rohren im Innenangriff unter Atemschutz bekämpft und gelöscht. Mit Hilfe eines Wendestrahlrohres über Drehleiter konnte ein Übergreifen des Dachbrandes von der Halle auf den Bürotrakt weitgehend verhindert werden. Nach Einsteigen über eine Schiebeleiter in den 1. Stock des Bürotraktes wurden mit einem weiteren Rohr Glutnester im Dachbodenraum gelöscht.

Vermutlich durch Selbstentzündung von ölgetränkten Putzlappen auf dem obersten Kernstück der im Bau befindlichen Müllverwertungsanlage der Rinter AG, in 22, Rautenweg 20, waren am 14. Juni rund 5 m² der hölzernen Dachschalung in etwa 60 m Höhe in Brand geraten. Wegen der sich als äußerst schwierig erweisenden Löschaktion und dem herrschenden starken Wind wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Nach Aufsteigen über eine Steigleiter und Aufziehen einer Schlauchleitung zur Spitze der zeltartigen Konstruktion wurde der Brand mit einem Rohr bekämpft und gelöscht. Von der zweiten Löschbereitschaft wurde nach Aufsteigen über die Drehleiter der bis in rund 30 m Höhe reichende untere Teil des Daches im Bereich der Dehnfugen des Sektors „Nordwest" bis „Ost" auf der Außenseite untersucht. Zur Sicherung wurde ein Rohr über die Drehleiter vorbereitet, in der Dehnfuge „Nord" angekohlte Telwolle entfernt. Untersuchungen ergaben keine weitere Gefahr eines Brandes.

Eine entglittene Zigarette, die unter dem Bett gelagertes Zeitungspapier und in weiterer Folge den Teppich in Brand gesetzt hatte, verursachte nach eigenen Angaben des 48jährigen Wohnungsinhabers am 15. August in 11, Lindenbauergasse 72, einen Zimmervollbrand, durch den die Einrichtung zweier Wohnräume vollständig vernichtet wurde. Während der Wohnungsinhaber auf den Gang flüchten konnte, wurde durch Verqualmung des Stiegenhauses mehreren Personen in darüberliegenden Wohnungen der Fluchtweg abgeschnitten. Aus zwei Wohnungen wurden insgesamt vier Personen über Drehleiter in Sicherheit gebracht. Der Brand konnte über Trockensteigleitung mit einem Rohr von innen unter Atemschutz sowie mit einem weiteren Rohr von außen gelöscht werden. Drei Atemschutztrupps wurden zur Durchsuchung und Lüftung des Stiegenhauses und der Wohnungen über dem Brandgeschoß und zur Beruhigung der Hausbewohner eingesetzt. Ein weiterer Atemschutztrupp stieg über Drehleiter in den Brandraum ein. Zugleich wurde über eine andere Drehleiter in drei weitere Wohnungen eingestiegen und diese untersucht.

Auf Grund eines menschlichen Versagens war am 17. August der aus Nickelsdorf kommende Personenzug, bestehend aus einem E-Triebwagen, einem Postwaggon und 10 Personenwaggons, auf Gleis 7 des Bahnhofes Wien-Süd, Halle Ost, mit einer Geschwindigkeit von rund 20 bis 30 km/h auf den Prellbock aufgefahren. Dabei war der Gleisabschluß aus Beton bis zum Sicherheitsprellbock verschoben worden. Der erste Waggon, der Postwaggon, war aus dem Gleis gehoben und vom ersten Personenwaggon unterfahren worden. Das Ende des zweiten Waggons war ebenfalls vom dritten Waggon unterfahren worden. Da sich der Zug bereits im Stationsbereich befand, hatte sich ein Großteil der Fahrgäste zum Aussteigen bereitgehalten. Auf der vorderen Plattform des ersten Personenwaggons waren beim Unfall fünf Personen zwischen den Eisenteilen, zwei weitere Personen im Wageninneren, auf der vorderen Plattform des zweiten Personenwaggons vier Fahrgäste in den Wrackteilen eingeklemmt worden. Beim Eintreffen der 1. Technischen Bereitschaft wurde die oben angeführte Situation vorgefunden. Nach ersten Erkundungen wurde Alarmstufe 2 ausgelöst. Die ersten Sicherungsmaßnahmen bestanden im Einbremsen sämtlicher Waggons, im Stromlosmachen der Oberleitung und in der Vorbereitung von zwei Schlauchleitungen. In weiterer Folge konnten die beiden im 1. Personenwaggon auf der ersten Sitzbank eingeklemmten Fahrgäste mittels Trennschleifer und hydraulischer Rettungsschere aus ihrer Zwangslage befreit und der Rettung übergeben werden. Bis zu diesem Zeitpunkt waren nach Aussage der Rettung ungefähr 30 Leichtverletzte verarztet und abtransportiert worden. Nach teilweisem Heben des Postwaggons mit ÖBB-Hydraulikwerkzeug und unter Verwendung von zehn Trennschleifern, zwei hydraulischen Rettungssätzen, zwei hydraulischen Rettungsscheren, eine Hurst-Rettungsschere und zwei Autogen-Schneidgeräten konnten nach Entfernen der Frontwand des 1. Personenwaggons drei Schwerverletzte, zwei Frauen und ein Mann, aus ihrer Zwangslage befreit und zwei weitere Personen, ein Mann und eine Frau, tot geborgen werden. Während dieser Arbeiten konnten von der 2. Technischen Bereitschaft vier Personen, die auf der vorderen Plattform des zweiten Personenwaggons in den Stahlleitern eingekeilt waren, mit vier Trennschleifern, zwei hydraulischen Rettungssätzen, einer Rettungsschere, zwei Südbahnwinden, 10 t, und einem Autogenschweißgerät aus ihrer Zwangslage

befreit werden. Die weiteren Aufräumungs- und Bergearbeiten wurden durch die Österreichischen Bundesbahnen selbständig durchgeführt. Insgesamt wurden von der Rettung 144 zum Teil schwer verletzte Personen und drei weitere Personen tot von der Unfallstelle abtransportiert.

Durch die Einwirkungen des Hochwassers war am 1. September ein im Wasserschutzgebiet im Lobauer Hafen abgestellter 1000-t-Öltankkahn leck geworden. Der Tankkahn war von der EBS-Tankerreinigung als Zwischenlager für die bei der Reinigung anfallenden Abfallprodukte verwendet worden und in den Kammern 1, 2, 9 und 10 rund 60 cm hoch mit einer pastosen, nicht pumpbaren Bitumen- und Schweröllmasse gefüllt. Reste dieser Masse befanden sich auch in den Kammern 3 bis 8. Diese Kammern hatten sich durch Wassereintritt infolge der genannten Leckagen zusätzlich mit Wasser gefüllt. Bei einem Ortsaugenschein wurde beschlossen, die emulgierte Flüssigkeit mit betriebseigenen Pumpen der EBS in den Ölabscheider zu fördern. Nach Eintreffen eines Spezialfahrzeuges der Feuerwehr im Ölhafen konnten zwei weitere Pumpen zur Verstärkung eingesetzt werden. Insgesamt konnten somit 350 m³ emulgierte Flüssigkeit aus dem Kahn gepumpt werden. Während der Pumparbeiten wurde aus Sicherheitsgründen eine Ölsperre um das Schiff gelegt. Nach Durchtrennen der Ankerkette mittels Trennschleifer konnte der Anker mit drei Hebeballons von Feuerwehrtauchern geborgen und am Schiff abgelegt werden. Nach Fertigstellen dieser Arbeiten wurde der Kahn mit drei Stahlseilen unterfangen und seitlich an das Motortankschiff der DDSG, MTS Prottes, beigeheftet und in den Freudenauer Hafen überstellt. Zur Sicherung gegen Eindringen großer Wassermassen waren sechs Unterwasserpumpen und sechs Lichtaggregate in Vorbereitung auf dem Schiff aufgestellt. Eine Löschgruppe verblieb während der Überstellungsfahrt auf dem Kahn. Während der Fahrt am Strom wurden zur Verkehrssicherheit das Ölwehrboot und zwei Motorschlauchboote eingesetzt. Unter Mitwirkung der beiden Schlauchboote und einer Motorzille konnte der Tankkahn im Winterhafen auf Hellingwagen aufgelegt und mit Stahlseilen gegen das Ufer gesichert werden. Ein Ausbringen ins Trockene war durch den herrschenden zu niedrigen Wasserstand nicht möglich. Um einer eventuellen Verunreinigung des Hafenbeckens vorzubeugen, wurde das Schiff mit acht Ölsperren, die mit zwei Drittelleinen am Ufer verheftet wurden, eingeschlängelt.

Bei Baggerarbeiten auf einem Baugelände in 23, Akaziengasse 52—54, war durch eine Laderaupe ein im Erdreich befindliches Faß beschädigt worden. Dieses stammte vermutlich aus der Kriegszeit und war mit Chlorsulfonsäure gefüllt. Aus einem rund 10 cm langen Riß war Säure ausgeflossen und in weiterer Folge Nebelgas entstanden. Diese sichtbaren Gasschwaden waren vom Wind bis zu 100 Meter weit getrieben worden. Nach Ankunft der Feuerwehr wurde das Gelände gemeinsam mit der Polizei im Umkreis von 50 bis 100 Metern, unter Berücksichtigung der Windrichtung, abgesperrt. Ein Niederschlagen der zunächst unbekannten Gasschwaden mittels Wasserstrahles war auf Grund der dabei entstehenden heftigen chemischen Reaktion nicht möglich. Die Bewohner der angrenzenden Wohnbauten wurden vom dem Notstand in Kenntnis gesetzt und über Megaphon aufgefordert, die Fenster zu schließen. Der Baggerführer, ein Bauarbeiter sowie eine Anrainerin klagten über Halsschmerzen und wurden daraufhin von der Rettung untersucht und in häusliche Pflege entlassen. Mit insgesamt 150 kg Natriumbikarbonat des Schadstoffcontainers wurden der verbleibende Faßinhalt sowie die bereits ausgetretene Säure unter Einsatz eines mit Gasschutzanzügen ausgerüsteten Trupps neutralisiert.

Von der Raffineriestraße kommend war am 9. Oktober ein Satteltankzug bei der Auffahrt zur A 20 zum Knoten Kaisermühlen umgestürzt, seitlich über die Leitschienen gerollt und auf der daneben liegenden Fahrbahn zum Liegen gekommen. Dabei waren sämtliche Domdeckel des Tanks weggerissen sowie mehrere Löcher in den Tank geschlagen worden. Von den 31.000 l Dieselkraftstoff im Tank flossen ungefähr 23.000 l auf die Fahrbahn, von dort beiderseits über die Straßenböschung, wobei sie sich über eine Fläche von etwa 1.000 m² Wiesengrund verbreiteten und ins Erdreich einsickerten. Der Fahrer des Satteltankwagens war vor Ankunft der Feuerwehr vom Rettungsdienst abtransportiert worden. Der auf der Fahrbahn befindliche Dieselkraftstoff wurde mit Ölbindemitteln und Sägespänen aufgesaugt, ebenso der noch nicht ins Erdreich gedrungene Diesel in der Wiese. Die noch im Tank befindlichen rund 8.000 l Diesel wurden in ein feuerwehreigenes Tankfahrzeug umgepumpt. Mittels Seilzug eines Kranfahrzeuges und des Teleskopbergekrans wurde der Sattelschleppzug im direkten Zug auf die Räder gestellt, der Tankzug einvernehmlich mit der Polizei am mittleren Fahrstreifen der Brückenauffahrt für den Abtransport durch eine Bergefirma abgestellt.

Wohnen und Stadterneuerung

Errichtung und Erhaltung von Nutzbauten

Einer der wichtigsten Neubauten im Bereich des Gesundheitswesens ist das Sozialmedizinische Zentrum Ost. Die für 12. Jänner 1982 festgelegte Inbetriebnahme von 4 der insgesamt 9 Stationen des 405 Betten umfassenden Pflegeheimes erfordert eine koordinierte zielorientierte Bauführung insbesondere für den Bereich des Ausbaues und der Komplettierung der verschiedenen Leistungen. Alle wesentlichen Arbeiten mußten bis Ende des Jahres fertiggestellt sein, wobei Teilbereiche des Objektes wegen der Durchführung eines Probebetriebes bereits ab Herbst 1981 betriebsbereit zur Verfügung stehen mußten. Für den Bereich der Pflegeheimküche wurde am 4. November von der MA 35 eine Teilbenützungsbewilligung erteilt und der Probebetrieb aufgenommen. Derzeit versorgt die Küche die Schülerinnen der Krankenpflegeschule und des Internats. Mit den Arbeiten am Versorgungskollektor, der das Pflegeheim mit der Krankenpflegeschule und dem Internat verbindet, wurde begonnen. Die für 1981 bereitgestellte Baurate in Höhe von 70 Millionen Schilling wurde zur Gänze ausgeschöpft und reichte für die Bedeckung der laufenden Abschlußrechnungen aus. Die im Voranschlag 1982 vorgesehene Baurate von 70 Millionen Schilling wird für die Gesamtfertigstellung des Pflegeheimes in allen seinen Bereichen und für die Abrechnung der Arbeiten im Überwachungsbereich der MA 23, 32 und 34 benötigt.

Nach Abschluß der Vorentwurfsplanung und Genehmigung des Projektes Krankenhaus in der Wirtschaftlichkeits- und Projektsbesprechung (8. Bauausschußsitzung am 20. März) wurden die notwendigen Vorbereitungen für den Planungseinsatz in technischer und organisatorischer Hinsicht getroffen. Die Kosten für die Planung und Bauvorbereitung wurden mit 292 Millionen Schilling ermittelt. Der zugehörige Sachkreditantrag ist von der MA 17 gestellt und in Genehmigung begriffen. Sofort nach Genehmigung des Sachkredites wird der Vergabeantrag für die Planungsleistungen der Architekten gestellt. Die Vergabeanträge für die statisch-konstruktive Bearbeitung, auf Beistellung von geleasten Technikern zur Verstärkung des Planungsbüros der MA 32, für die Planung der Stark- und Schwachstromanlage, der Fördertechnik und der sanitären Anlagen sind gestellt und liegen derzeit bei der MA 4. Die Gruppe Betriebsorganisation der MA 17 beschäftigt sich mit der Erarbeitung der Grob-Einrichtungsvorschläge im Bereich des OP-Traktes und der Ambulanzen sowie mit der Planung des Hol- und Bringdienstes. Der von der MA 17 gestellte Sachkreditantrag zur Bedeckung der Planungsleistungen konnte auf 292 Millionen Schilling gesenkt werden. Mit Genehmigung dieses Sachkredites können alle für die Planung erforderlichen Aufträge vergeben werden. Mit der im Voranschlag 1982 vorgesehenen Planungsrate von 40 Millionen Schilling könnte dann der Entwurf des Krankenhauses erarbeitet werden.

Adaptierungsarbeiten wurden vor allem in Krankenanstalten, Pflege-, Erziehungs- und Kindertagesheimen, aber auch in Versorgungseinrichtungen wie Märkten vorgenommen. Im bestehenden Allgemeinen Krankenhaus wird im pathologisch-anatomischen Institut das überalterte Objekt umgebaut und modernisiert, eine Lüftungsanlage und eine Warmwasserheizung eingebaut. Ferner mußten Fenster, Türen, Fußböden erneuert und Installationen ausgewechselt werden. Die Baukosten betrugen rund 65 Millionen Schilling. Mit dem Bau wurde am 13. August 1971 begonnen, seine Fertigstellung ist für Frühjahr 1982 vorgesehen.

An der Kieferchirurgischen Universitätsklinik wurde der OP-Trakt umgebaut, ein Aufzug und eine Klimaanlage eingebaut. Fenster, Türen und Fußböden instand gesetzt sowie die Installationen erneuert. Am 1. August 1977 wurde mit dem Bauvorhaben begonnen, die Fertigstellung erfolgte am 10. August 1981. Die Gesamtbaukosten betrugen 19,2 Millionen Schilling. In der Universitätsklinik für Arbeitsmedizin konnte nach Fertigstellung des Bauloses 1 am 1. Dezember 1980 das Baulos 2 in Angriff genommen werden. Es handelt sich hiebei um Adaptierungsarbeiten im Geschoß B, die Schaffung von Krankenzimmern und einer Intensivstation. Die Fertigstellung des Bauvorhabens ist mit Sommer 1982 vorgesehen. In der II. Medizinischen Universitätsklinik wurde die Station 94 als Intensivstation mit Kosten von 5,553.000 S erweitert. Die Bauzeit erstreckte sich von 2. Juli 1979 bis 18. September 1981. Ebenfalls in diesem Bereich wurde im Röntgen als Bauteil I die Röntgeneinrichtung ausgetauscht, wobei Kosten von 1,120.000 S bei einer Bauzeit vom 20. November 1980 bis 2. März 1981 angefallen sind. Der Umbau der ehemaligen Blutersatzstelle der I. Chirurgischen Universitätsklinik erfolgte in der Zeit vom 3. Dezember 1979 bis 4. März 1981 mit einem Kostenaufwand von rund 6,950.000 S. Die Sanierung schadhafter Stränge der Erdgasleitungen in Straßen und Objekten des alten Hauses mußte permanent durchgeführt werden. Die Kosten betrugen rund 5 Millionen Schilling. Mit Kosten von 10,500.000 S sind in der Krankenpflegeschule die Adaptierung eines Hörsaales und die Renovierung an Fenstern, Parapeten, Terrassen und Lüftungsanlagen vorgesehen. Mit den Arbeiten wurde am 6. Juli 1981 begonnen, mit der Fertigstellung ist im Frühjahr 1983 zu rechnen. Im Erdgeschoß des Direktionsgebäudes wurden einzelne Räume zur Aufnahme einer Isotopenapotheke adaptiert. Mit den Bauarbeiten wurde am 24. August 1981 begonnen, die Fertigstellung ist für Sommer 1982 geplant. Das Kostenerfordernis beträgt 2 Millionen Schilling. In der I. Unfallchirurgischen Universitätsklinik ist der Umbau der Station 42 in einen OP-Trakt geplant. Mit den Arbeiten wurde am 31. März 1980 begonnen, mit der Fertigstellung ist im Sommer 1982 zu rechnen. Die voraussichtlichen Kosten belaufen sich auf 20,5 Millionen Schilling. Neben diesen Bauvorhaben wurde eine Unzahl

anderer kleinerer Umbauten durchgeführt, wie etwa die Adaptierung zweier Krankenzimmer für Strahlenbetten in der 1. Medizinischen Universitätsklinik mit Kosten von 2 Millionen Schilling (Fertigstellung Frühjahr 1982), die Erfüllung feuerpolizeilicher Auflagen mit Kosten von 1,250.000 S (Fertigstellung Frühjahr 1983) sowie patientenbezogene bauliche Maßnahmen in diversen Objekten des alten Hauses mit rund 3 Millionen Schilling. Weitere sicherheitstechnische Maßnahmen bestehen unter anderem im Einbau einer Lüftung in der Apotheke I, in der Schaffung eines Fluchtweges in der II. Universitäts-Frauenklinik — Hormonlabor und in der Errichtung einer Strahlenschutzwand in der Prüfanstalt. Für diese Maßnahmen sind Kosten von insgesamt 945.000 S aufgelaufen.

Im neuen Allgemeinen Krankenhaus wurden alle im Jahre 1981 angefallenen Erhaltungsarbeiten im Einvernehmen mit der Direktion mit einem Kreditansatz von 18,5 Millionen Schilling durchgeführt. Im Rahmen dieser Arbeiten wurde auch der Spitalskindergarten von KP I — IV betraut, ebenso auch die umfangreichen Außenanlagen. Im Zuge des Neubaues der Neurochirurgischen Klinik wurden alle jene Aufgaben durchgeführt, die durch den Anbau an KP I ausgelöst wurden und für den derzeit laufenden Betrieb von KP I relevant sind. Im Kerngebäude konnte das Personal für die kommenden Aufgaben der Technischen Betriebsführung sowie für die Mitwirkung bei der Planung der Betriebsorganisation eingeschult werden.

Nach der Erneuerung der Telephonzentrale im Krankenhaus Lainz im Jahre 1979 erfolgten die erforderlichen Umschaltarbeiten bzw. der Ausbau der Ruf- und Funkanlagen. Der Zubau zum Pavillon III, bestehend aus der Strahlenbettenstation mit sechs 2-Bett-Zimmern und Nebenräumen im Obergeschoß sowie aus Therapie- und Untersuchungsräumen im Untergeschoß, ist fertiggestellt. Die Benützung der Räume ab November 1981 ist möglich. Mit dem Bau des Abklinggebäudes wurde am 5. Oktober begonnen. Ab Jänner 1982 kann die Installation der Abklinganlage vorgenommen werden. Im Pavillon VI wurde mit dem Einbau einer Angiographie im Vorjahr begonnen. Die Bauarbeiten waren im Juni abgeschlossen, die Montage des Gerätes ist bereits erfolgt. Die Inbetriebnahme der Anlage wird nach Erteilung der behördlichen Genehmigung vorgenommen. Der Bauabschnitt I, und zwar die Herstellung des schliefbaren Kanales von der Wolkersbergenstraße bis zum Nordende vom Pavillon II samt der Zuleitungen, ist fertiggestellt. Der 1. Bauabschnitt in der 4. Medizinischen Abteilung, bestehend aus Herzkathetereinheit und Ambulanz, wurde im April 1981 fertiggestellt. Der Baubeginn für die Adaptierung der Räume zur Installierung der Herzkatheteranlage konnte mit September 1981 vorgenommen werden. Die Montage der Herzkatheteranlage ist mit Jahresbeginn 1982 möglich. Außer der Sanierung der Fassade und der Fenster am Pavillon VIII wurden eine Reihe kleiner und kleinster Bauvorhaben abgeschlossen, die als patientenbezogene Maßnahmen, verschiedene bauliche und sicherheitstechnische Maßnahmen und als Erhaltungsarbeiten bezeichnet wurden. Im Krankenhaus Lainz betrugen die Kosten für bauliche Maßnahmen im Jahre 1981 insgesamt 41,792.000 S.

Mit der Generalsanierung des Pavillons 27 im Wilhelminenspital wurde am 11. Juni 1974 begonnen. Das Gesamtbauvorhaben wurde in zwei voneinander getrennten Bauabschnitten durchgeführt. Der erste Bauabschnitt wurde im Herbst 1978 der MA 17 übergeben. Nach Besiedelung der Dermatologischen Abteilung konnte anschließend der zweite Bauabschnitt begonnen werden. Am 26. November 1981 wurde der Pavillon 27 der MA 17 übergeben, womit die Bauarbeiten im Pavillon 27 beendet sind. Die im Jahre 1982 vorhandene Restbaurate von 3,870.000 S dient als Abrechnungsrate bzw. werden damit Arbeiten an den Außenanlagen (Grünflächen, Beschriftungen usw.) durchgeführt. Der Gesamtkredit für das gegenständliche Bauvorhaben beträgt 92,975.000 S. Für diese Bauvorhaben kann mit dem vorhandenen Sachkredit das Auslangen gefunden werden, keinerlei Sachkrediterhöhungen sind mehr nötig. Die beiden Sachkrediterhöhungen waren ausschließlich auf Grund des steigenden Baukostenindex erforderlich. Die lange Bauzeit war darauf zurückzuführen, daß erst nach Fertigstellung des ersten Bauabschnittes mit dem zweiten Bauabschnitt begonnen werden konnte, da der Betrieb des Zentrallabors nicht unterbrochen werden durfte.

Im Pavillon 3 des Elisabeth-Spitales wurde im Herbst 1979 mit der Errichtung einer Akutstation begonnen. Im Mai 1981 wurde die Station der MA 17 übergeben. Die Gesamtbaukosten des Bauvorhabens betrugen 7,152.000 S. Mit dem genehmigten Sachkredit wurde das Auslangen gefunden. Im Pavillon 1 wurde im Sommer 1981 mit der Errichtung einer postoperativen Station begonnen. Die im Budget 1981 vorgesehene erste Baurate von 3 Millionen Schilling wurde bis Jahresende verbaut. Die Gesamtbaukosten für dieses Bauvorhaben betragen 7,171.000 S. Nach dem derzeitigen Stand des Baugeschehens wird angenommen, daß mit dem genehmigten Sachkredit das Auslangen gefunden werden kann. Das Bauvorhaben wird im Spätherbst 1982 abgeschlossen und der MA 17 übergeben werden.

Im Franz-Joseph-Spital werden der Umbau und die Erneuerung der Zentraldesinfektion statt 1981 nunmehr 1982 fertiggestellt. Im Zuge des Umbaues der Elektrizitätsversorgungsleitungen wurde die Straßenherstellung im Bereich der Zentraldesinfektion zurückgestellt und somit die Fertigstellung des Bauvorhabens um ein Jahr verschoben. Der Einbau von Hausanschlußkästen konnte fortgesetzt werden, ebenso die Erd- und Baumeisterarbeiten für die Errichtung von Kabelziehschächten und Kabelkünetten. Der Eiprofilkanal 70/105 vom Anstaltsbereich des Franz-Joseph-Spitales mit Anschluß an den öffentlichen Unratskanal 95/137 in der Triester Straße im Minierungsverfahren wurde fertiggestellt. Die Kanalerneuerungsarbeiten vom Eiprofilkanal Richtung



Amtsführender Stadtrat Johann Hatzl (Wohnen und Stadtverwaltung) übergibt die 200.000. Gemeindewohnung im 16. Bezirk, Sulmgasse 2—6, ihrer Bestimmung

Städtischer Wohnhausbau

Die neuerrichtete städtische Wohnhausanlage im 18. Bezirk, Gersthofer Straße 125





Wohnhausanlage der Stadt Wien im 12. Bezirk, Am Schöpfwerk

Städtischer Wohnhausbau

Neue städtische Wohnhausanlage im 11. Bezirk, Eisteichstraße



Prosektur (samt Anschluß), Infektionsaufnahme und Ambulanzgebäude konnten fortgesetzt werden. Im Zuge der Errichtung einer Ambulanz im Pavillon D waren Baumeister- und Professionistenarbeiten durchzuführen ebenso auch für die Intensivpflegestation. Für bauliche Maßnahmen im Franz-Joseph-Spital mußten im Jahre 1981 insgesamt 14,990.000 S aufgebracht werden.

Mit den Arbeiten für die Errichtung einer Notstromanlage im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel konnte aus technischen Gründen noch nicht begonnen werden. Die Aufstellung eines Containergerätes ist geplant, dessen Genehmigung durch die Baupolizei noch aussteht.

Im Rahmen eines Gesamterhaltungsaufwandes von rund 14,6 Millionen Schilling wurden in der Krankenanstalt Rudolfstiftung sämtliche für den Betrieb notwendigen Erhaltungs-, Service- und Wartungsarbeiten in allen Objekten einschließlich der vorgeschriebenen sicherheitstechnischen Überprüfungen durchgeführt. Unter anderem wurde der schadhafte Klinkerbelag in der Hauptküche teilweise saniert. Für die Erhaltungsarbeiten wird voraussichtlich 1982 wieder ein Betrag von rund 15 Millionen Schilling erforderlich sein. Für die Sanierung der Heizungs- und Elektroinstallationen in der Krankenpflegeschule wurde ein Gesamtkredit von 6,090.000 S genehmigt, ein Teil der Arbeiten wurde mit einer ersten Baurate von 2,900.000 S durchgeführt. Für den Einbau eines Computertomographen im Röntgen wurde ein Gesamtkredit von 1,515.000 S genehmigt, wobei die erste Baurate 1981 600.000 S betrug. Die Arbeiten stehen vor der Fertigstellung.

Im Rahmen eines Gesamterhaltungsbudgets von rund 2,6 Millionen Schilling wurden im Mautner Markhofschen Kinderspital sämtliche für den Betrieb notwendigen Arbeiten in allen Objekten einschließlich der vorgeschriebenen sicherheitstechnischen Überprüfungen durchgeführt. Unter anderem wurden umfangreiche Kanalsanierungsmaßnahmen im PWH-Bereich durchgeführt, wegen Leistungserhöhung vom Elektrizitätswerk der Trafo ausgewechselt und im Warmwasserkesselhaus des Hauptgebäudes beide Kessel neu berohrt.

Im Pavillon 17 des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe soll ein Kinderpavillon für rund 90 geistig behinderte Kinder untergebracht werden. Mit den Bauarbeiten wurde im Jahre 1979 begonnen, die Ende 1982 abgeschlossen werden sollen. Die Baumeister- und Rohinstallationsarbeiten wurden soweit fertiggestellt, daß die Professionistenarbeiten im Inneren voll einsetzen können. Die Baukosten betragen 72 Millionen Schilling, wovon bisher 35 Millionen Schilling verbaut worden sind. Nach Fertigstellung stehen den behinderten Kindern 12 Wohngruppen, bestehend aus einem Wohnraum, einem Schlafraum für 7 Kinder sowie den sanitären Nebenräumen zur Verfügung. Außerdem sind ein Kindergarten, eine Schule sowie ein Unterwassertherapiebecken mit Nebenräumen untergebracht. Zum Objekt 35, der Therapiewerkstätte, wurden in den Jahren 1980 und 1981 zwei Anbauten errichtet, in denen ein Speisesaal, eine Lehrküche, Garderoben und Therapieräume untergebracht sind. Die Baukosten betrugen rund 7,260.000 S. Im Sinne des Zielplanes der neuen Psychiatrie wurden die baulichen Umbauarbeiten in den Pavillons 14, 16, 18, 22 und 24 abgeschlossen, die Arbeiten in den Pavillons 4 und 6 begonnen. Im Jahre 1981 wurden 5,390.000 S verbaut. Im Pavillon 21 wurde ein Turnsaal für die Pflegerschule mit Kosten von rund 1,3 Millionen Schilling eingebaut. Die Arbeiten für die Errichtung eines neuen Materialmagazins mit Gesamtkosten von rund 6,2 Millionen Schilling wurden begonnen. Die Bauvorbereitungsarbeiten für den Neubau einer Wäscherei sowie den Ausbau des Kesselhauses sind im Gange. Die Probebohrungen zur Erschließung des Baugrundes wurden abgeschlossen, die Vorentwurfsplanung wird durchgeführt. Die Abteilung VI des Psychiatrischen Krankenhauses Ybbs wurde mit einem Kostenaufwand von 1,8 Millionen Schilling vollkommen adaptiert und wird für rund 45 Patienten zur Verfügung stehen.

Der Pavillon I im Pflegeheim Lainz hat in keiner Weise den baulichen und funktionellen Anforderungen entsprochen. Die notwendigen Adaptierungen wurden, um den Pflegebetrieb nicht zu sehr zu beeinträchtigen, in mehreren Etappen vorgenommen. Diese bestanden im wesentlichen darin, daß die Sanitärgruppen verlegt bzw. vergrößert und die Säle der Bettenstation-Mitte zur Verwendung als Diensträume unterteilt wurden. Nach Verlegung des Effektenmagazins in den Pavillon IV konnten diese Räume zu einer Zentralgarderobe ausgebaut werden. Die dadurch freiwerdenden Räume der Garderoben bzw. der Diensträume in den Obergeschoßen wurden zu Belagszimmern ausgestaltet. Im Zusammenhang mit diesen funktionellen Umänderungen erfolgte die Erneuerung der Elektro- und Sanitärinstallation, der Türblätter, der Wand- und Bodenbeläge, der Malerei und des Anstriches, ebenso wie die Bildung von Brandabschnitten durch Anordnung von rauchhemmenden Portalen in den Gängen. Schließlich wurde die gesamte Beheizungsanlage instand gesetzt. Die Arbeiten sind so weit fertiggestellt, daß der Sollstand des Belages an Pfleglingen im Pavillon I im Jahre 1982 erreicht werden kann. Die letzte Bauetappe „Einbau eines Stiegenhauses" in der Mitte des Gebäudes ist für 1982 vorgesehen. Im Pavillon XVI wurden die Bauarbeiten für den Einbau eines Krankenbettaufzuges fertiggestellt, die Aufzugsanlage wurde montiert und in Betrieb genommen, die WC- und Leibschüsselspüleranlagen im linken Teil des Gebäudes ausgebaut. Der bauliche Zustand der Anstaltskirche sowie der anschließenden Gebäude A und B war derart bedenklich, daß zum Schutze der Passanten, die durch herabfallende Verputz- und Fassadenteile gefährdet waren, Absperrmaßnahmen im Bereich der Kirche erfolgen mußten. Im Innenraum der Kirche traten ferner beträchtliche Verputzschäden durch die schadhaften Dächer auf. Als erste Sanierungsmaßnahme wurde die Dachdeckung des Hauptdaches und der Türme sowie die Verputzinstandsetzung an den Türmen und an den Übergängen vom A- bzw. B-Gebäude zur Kirche sowie an der Stirnseite vom A- und B-Gebäude vorgenom-

men. Für patientenbezogene bauliche Maßnahmen standen 21,734.000 S im Pflegeheim Lainz zur Verfügung; für die baulichen Maßnahmen wurden insgesamt 14,460.000 S ausgegeben.

Die in drei Etappen durchgeführte Adaptierung des Pavillons II im Pflegeheim Baumgarten wurde abgeschlossen und der Pavillon der MA 17 übergeben. An der Adaptierung der Wärmeversorgungseinrichtungen, der Erweiterung der Telephonanlage und der Postkabelverstärkung wird gearbeitet. Die Baurate 1981 belief sich auf 7,540.000 S. Die Arbeiten am Dachboden des Pflegeheimes St. Andrä/Traisen wurden in acht Brandabschnitte unterteilt, konnten aber 1981 abgeschlossen werden. Die Versorgungsleitungen für Stark- und Schwachstrom, Telephon, Rundfunk und Fernsehen am Dachboden und die Anspeisung der einzelnen Abteilungen wurden ausgeführt. Der Brunnen in der Gärtnerei mußte abgesenkt, die Brunnenstube der Wasserversorgungsanlage instand gesetzt werden. Das Dach über K II und K V wurde neu eingedeckt und sämtliche Blecheindeckungen repariert und gestrichen. Die Kantine wurde umgebaut und adaptiert, ein Raum im Stil eines Wiener Kaffeehauses geschaffen. Die Baurate für 1981 belief sich auf 920.000 S.

Die Bauarbeiten für die Generalinstandsetzung des Kindertagesheimes in 19, Heiligenstädter Straße 82, im Karl-Marx-Hof, wurden vorbereitet und in Angriff genommen, ebenso der Innenausbau und die Installationsarbeiten. Die Fertigstellung und Wiederinbetriebnahme ist für 1982 vorgesehen. Die Generalunternehmerarbeiten für den Neubau des Kindertagesheimes in 23, Wiener Flur — Basler Gasse, wurden vergeben, mit den Erdarbeiten am 1. September 1981 begonnen, ebenso mit den Arbeiten am Rohbau des Objektes. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für 1982 vorgesehen. Für den Neubau des Kindertagesheimes in 2, Engerthstraße 152 a, wurde die Generalunternehmerausschreibung durchgeführt, der Baubeginn aus budgetären Gründen statt auf November 1981 auf Mitte 1982 verschoben. Das Kindertagesheim in 2, Obere Donaustraße 96, wurde instand gesetzt, insbesondere die Heizungsanlage saniert. Im Kindertagesheim in 21, Josef-Baumann-Gasse 65, wurden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, im Kindertagesheim in 22, Schüttaustraße 1, die Zentralheizungsanlage erneuert, im Kindertagesheim in 12, Unter-Meidlinger Straße 67, die Abhängedecken und die Beleuchtung erneuert, im Kindertagesheim in 2, Wolfgang-Schmälzl-Gasse, drei Gruppenräume instand gesetzt, ebenso das Kindertagesheim in 5, Stöbergasse 14, das in einen städtischen Wohnhausbau eingegliedert ist.

Im Heim „Stadt des Kindes" in 14, Mühlberggasse, wurde der Bäderteil im Mädchentrakt H 2 instand gesetzt, verschiedene Bauwerkserhaltungsarbeiten durchgeführt und Bauvorbereitungen für die Generalinstandsetzung des Bädertraktes im Mädchentrakt M 1 getroffen. Im Jugendheim Scheibbs/Lehenhof konnten die Arbeiten für den Einbau der Ölzentralheizungsanlage abgeschlossen werden. Mit den Arbeiten für die Instandsetzung des Küchentraktes wurde begonnen, die Instandsetzungsarbeiten beim Paradies-Gebäude wurden in Angriff genommen und abgeschlossen, die Außenanlagen hergestellt und Drainagierungs- und Kanalisationsarbeiten durchgeführt. Der Dachgeschoßausbau ist für 1982 vorbereitet worden. Im Julius-Tandler-Heim wurden die Arbeiten am Umbau des Karolinen-Kinderspitals fortgeführt, ebenso die Installationsarbeiten und der Innenausbau. Die Fernwärmezuleitung konnte in Betrieb genommen werden.

Eine neue Stützmauer gegen das Nachbargrundstück wurde im Jugenderholungsheim Gaaden hergestellt, ebenso wie ein Kanalteilstück. Im Kindererholungsheim Klosterneuburg waren die Außenanlagen und der Parkplatz instand zu setzen; das Dach mußte saniert bzw. über der ehemaligen Hauskapelle neu hergestellt werden. Fortgesetzt wurden im Kindererholungsheim Biedermannsdorf die Arbeiten an der Fassade. Umfangreiche Reparaturarbeiten an den Hauskanälen sowie verschiedene Erhaltungsarbeiten an Gebäuden mußten im Jugenderholungsheim Sulzbach/Ischl durchgeführt werden. Im Adolf-Lorenz-Heim wurde der Einbau eines Kindertagesheimes für körperbehinderte Kinder fertiggestellt und dieses von der MA 11 in Betrieb genommen.

Auf dem Großmarkt Inzersdorf mußten Straßenrigolen ausgewechselt und instand gesetzt, am Yppenmarkt im 16. Bezirk das Marktamtsgebäude umgebaut werden. Am Naschmarkt wurde nach einem größeren Brandschaden eine Marktstandgruppe wieder instand gesetzt, ferner Kanalreparaturen durchgeführt. Für 1982 sind Arbeiten an der Kanalisation und der Wasserleitungsanlage geplant. Der Einbau einer Trafostation in das Brükkenwaagegebäude erfolgte am Floridsdorfer Markt, Gehsteigsanierungsarbeiten wurden am Schwendermarkt im 15. Bezirk vorgenommen.

In der Hygienisch-bakteriologischen Untersuchungsanstalt in 8, Feldgasse, waren die Instandsetzungsarbeiten fortzusetzen, in der Desinfektionsanstalt in 3, Hüttenbrennergasse, wurde ein Obergeschoß abgetragen und u. a. eine Ausnüchterungsstation eingebaut.

Bauvorbereitungsmaßnahmen sowie Planungsarbeiten für die weitere Umrüstung und Instandsetzung der Zentralwäscherei in 14, Steinbruchstraße 35—37, wurden durchgeführt. Ferner mußten als Sofortmaßnahme nach dem Ausfall der alten Waschmaschine vier Karussellwaschmaschinen durch fünf neue moderne Waschstraßen erneuert werden. In der Rettungszentrale in 3, Radetzkystraße 1, wurden Bauarbeiten im Fassadenbereich des Hauptgebäudes und bei den Garagen ausgeführt. Im Inneren des Hauptgebäudes waren im Zuge der Umstellung und Modernisierung der Telephonzentrale gleichfalls Bauarbeiten vorzunehmen. In den Rettungsstationen Penzing in 14, Baumgartenstraße 11, sowie in Aspern in 22, Wimpffengasse 8, wurden bei den Garageneinfahrten Bauarbeiten durchgeführt. In der Rettungsstation in 14, Baumgartenstraße 11, wurden außerdem noch Sofortmaßnahmen zur Auswechslung eines Holzdeckenfeldes auf Stahlbetondecken getroffen. An

den übrigen Rettungsstationen erfolgten laufend Instandhaltungsmaßnahmen. Die Generalsanierung des Hauptgebäudes der Herberge für Obdachlose in 20, Meldemannstraße 25—27, wurde fortgesetzt, für das Zentrallager in der Hasnerstraße im 16. Bezirk wurden Bauvorbereitungsarbeiten zur Erfüllung von Brandschutzmaßnahmen getroffen. Im Stadthallenbad erfolgten Bauarbeiten für die Sanierung der Schwimmhalle. Der Betrieb wurde am 25. September wiederaufgenommen. Mit dem Bau des Bezirkshallenbades Kagran wurde am 5. Mai begonnen. Nach den Erd- und Fundierungsarbeiten wurde das Erdgeschoßmauerwerk aufgestellt, das Bade-, Lehr- und Seniorenbecken betoniert, die Stahlbetondecke über dem Erdgeschoß sowie auch das Dach hergestellt. Mit dem Bezirkshallenbad Brigittenau wurde am 1. September begonnen. Nach der Baustelleneinrichtung erfolgten die Bodenauswechslung und Verdichtung sowie die Fundamentherstellung. Mit dem Bau des Bezirkshallenbades Großfeldsiedlung wurde am 1. April begonnen, der Baubeginn des Sommerbades ist für 1. September 1983 vorgesehen. Im Fleischzentrum in St. Marx mußte nach dem Brand im Marktcafé Seidl der Schaden behoben werden, so daß es am 11. November wieder eröffnet werden konnte. In der Lebensmitteluntersuchungsanstalt wurde mit den Bauarbeiten für die Schadensbehebung nach einem Brand am 7. September begonnen. Verschiedene Bau- und Professionistenarbeiten mußten für die Wiederinstandsetzung durchgeführt werden.

Die Ausarbeitung eines neuen amtlichen Leistungsverzeichnisses für die laufenden Baumeisterarbeiten der Stadt Wien wurde begonnen, die Verträge der Baumeister- und Dachdeckerkontrahenten um ein Jahr bis 31. Dezember 1982 verlängert.

Der MA 26 obliegen die Errichtung und Erhaltung der Bauwerke für Amtszwecke, unter anderem von Schulen, Sportstätten, Volkshochschulen, Büchereien, ferner von Denkmälern, Museen, Gebäuden der Feuerwehr, von Jugendgästehäusern, Gebäuden der Stadtforste sowie von Fußgeherzonen. Dazu kommen die Reinigung und Gebäudeaufsicht im Rathaus und den umliegenden Amtshäusern. Die Abteilung ist auch für die Vorbereitung und Abwicklung von jährlich rund 750 Veranstaltungen innerhalb und außerhalb des Rathausbereiches verantwortlich, so für die Wiener Festwochen, für Empfänge, Eröffnungen, für den Concordia-Ball und die Arkadenhofkonzerte. Der Abteilung obliegt ferner auch die Begutachtung von Subventionen der Stadt Wien, und zwar in bezug auf ihre Notwendigkeit und wirtschaftliche Verwendung, sofern sie verschiedenen Institutionen (Verein Jugendzentren, Sportvereine, Theater usw.) für bauliche Herstellungen zugeteilt werden. Der Arbeitsumfang wurde mit 102 Beamten und 243 Bediensteten der Rathausverwaltung bewältigt. Pro Monat wurde auf rund 189 Arbeitsstellen gearbeitet, im Durchschnitt waren 1.057 Arbeiter beschäftigt.

Im Rathaus wurde die Instandsetzung des ersten linken Seitenturmes abgeschlossen und mit der Instandsetzung des zweiten linken Seitenturmes begonnen. Die Instandsetzung und der Umbau des Objektes in Ebendorferstraße 4 zu einem Bürogebäude konnten abgeschlossen werden. In den umliegenden Amtshäusern und im Rathaus selbst wurden außerdem umfangreiche Fassaden- und Dachinstandsetzungen sowie Umbauten von Amtsräumen durchgeführt. Im Amtshaus in 3, Karl-Borromäus-Platz, wurde die Instandsetzung des Daches fortgesetzt, die Instandsetzung des Daches des Amtshauses in 10, Laxenburger Straße 43—45, fertiggestellt. Die Arbeiten zur Erweiterung der Prüf- und Versuchsanstalt in 11, Rinnböckstraße 15, konnten abgeschlossen werden. Die Generalinstandsetzung des Amtshauses in 15, Gasgasse 8—10, wird weitergeführt. Mit den Adaptierungsarbeiten für das Bezirksjugendamt in 16, Arnethgasse 84, und in 17, Rötzergasse 6, wurde begonnen, im Amtshaus in 19, Gatterburggasse 14, der Einbau einer Kesselanlage mit Gasfeuerung in Angriff genommen sowie in den Amtshäusern in 20, Brigittaplatz 10, und in 21, Am Spitz 1, die Telephonanlage erneuert. Mit dem Umbau des Objektes in 20, Dresdner Straße 73—79, für Bürozwecke wurde begonnen, die Restaurierung der Bezirksmuseen im 21. und 22. Bezirk abgeschlossen.

Für die Wohngemeinschaft behinderter Jugendlicher mußte das ehemalige Jugenderholungsheim der Stadt Wien „Villa Kellermann" in 14, Sofienalpenstraße, umgebaut werden. Die Arbeiten werden 1982 abgeschlossen. Im Ausbildungszentrum für Sozialberufe in 21, Schloßhofer Straße 41, wurde mit der Anbringung einer vorgehängten Fassade begonnen.

Im Jahre 1981 wurde neben den laufenden Erhaltungsarbeiten in allen Schulen in 14 die Malerei erneuert, in 25 wurden die Fassaden instand gesetzt, in 36 die Fenster erneuert bzw. repariert und gestrichen, in 22 Schulen die Dächer instand gesetzt und in 8 Schulen die Zentralheizungsanlagen verbessert bzw. erneuert. Außerdem wurden in 12 Gebäuden die WC-Anlagen umgebaut. Die Generalinstandsetzung der Schule in 18, Schopenhauerstraße 81, konnte abgeschlossen werden. Der Neubau der Schule in 7, Zieglergasse, und die zweite Baustufe des Schulneubaues in 22, Markomannenstraße, wurden weitergeführt, die Schulen in 10, Sahulkastraße — Projekt Neilreich, und in 15, Reichsapfelgasse, wurden fertiggestellt, ebenso der Turnsaalzubau in 14, Hochsatzengasse. Mit den Turnsaalzubauten in 21, Aderklaaer Straße 2, in 22, Eßlinger Hauptstraße 97, und in 22, Plankenmaisstraße 30, wurde begonnen. Das Modernisierungsprogramm in der 1. Zentralberufsschule in 6, Mollardgasse 87, wurde 1981 fortgesetzt, ebenso die Generalinstandsetzung und der Neubau im 2. Zentralberufsschulgebäude in 15, Hütteldorfer Straße 7—17, und der Umbau der Schule in 15, Meiselstraße 19, zu einer Berufsschule für Bürokaufleute. Die Umbauarbeiten im 4. Zentralberufsschulgebäude in der Zieglergasse wurden abgeschlossen. In den übrigen Berufsschulen waren umfangreiche Arbeiten durchzuführen.

Die Arbeiten zur Generalinstandsetzung der Sporthalle im Karl-Seitz-Hof im 21. Bezirk wurden fortgesetzt, auf den Kinder- und Jugendspielplätzen die notwendigen Instandhaltungsarbeiten durchgeführt. Die auf Grund von Baudurchführungsverträgen von der Wiener Stadthallen-Kiba-Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH. durchgeführten Baumaßnahmen wurden laufend von der Abteilung überwacht.

Im Internationalen Studentenheim in Döbling wurden die Arbeiten zur Verbesserung der inneren Sicherheit fortgesetzt. Mit dem Ausbau und der Generalinstandsetzung der Volkshochschule Brigittenau in 20, Raffaelgasse, konnte begonnen werden. Die Restaurierungsarbeiten an der Pestsäule wurden abgeschlossen, ferner konnte eine große Anzahl von kleineren Objekten instand gesetzt werden. Im Rathauspark mußte die bestehende Gärtnerunterkunft erweitert werden. Mit dem Bau einer Gärtnerunterkunft in 22, Siebeckstraße 14, wurde begonnen. Ferner waren umfangreiche Erhaltungsarbeiten in den bestehenden Objekten des Stadtgartenamtes durchzuführen. Die Arbeiten zur Errichtung eines Stallgebäudes für die Spanische Hofreitschule stehen vor dem Abschluß. Die Arbeiten zur Aufstockung der Feuerwache Liesing wurden fortgesetzt, ferner laufend Modernisierungsarbeiten in verschiedenen Feuerwachen durchgeführt, um die Einsatzbereitschaft der Feuerwachen jederzeit zu gewährleisten bzw. zu verbessern. Auf dem Zentralfriedhof wurden der Umbau und die Erweiterung der Halle I fortgesetzt, in den Objekten der Landwirtschaftsbetriebe umfangreiche Erhaltungsarbeiten durchgeführt und Feldberegnungsanlagen errichtet. Im Zuge des U-Bahn-Baues wurde der Neubau der Polizeistation auf dem Praterstern fertiggestellt. Im Bereich der Neuen Donau und beim Badeteich in Süßenbrunn wurden insgesamt 15 Abortanlagen errichtet. Das Aufsichtsgebäude und das Zillendepot der MA 45 in 2, Obere Augartenstraße 4, konnten instand gesetzt werden. Um Grundstücke für Neubebauungen zu erhalten, wurde eine Reihe von Abbrucharbeiten durchgeführt.

Städtischer Wohnhausbau

Die Bautätigkeit auf dem Sektor des kommunalen Wohnungsbaues wurde kontinuierlich fortgesetzt: Von den mit 1. Jänner in Bau befindlichen 6.280 Wohnungen wurden 1.757 fertiggestellt. Mit dem Bau von insgesamt 1.993 Wohnungen auf 28 Baustellen konnte begonnen werden. Somit befanden sich mit 31. Dezember 6.542 Wohnungen auf 78 Baustellen in Ausführung. Die Stadt Wien hat mit der Übergabe im Jahre 1981 nunmehr seit 1945 insgesamt rund 139.200 Wohnungen fertiggestellt.

Anfang Dezember hat Stadtrat *Hatzl* den Spatenstich anläßlich des Baubeginnes der 145.000sten Gemeindewohnung nach 1945 vorgenommen. Diese Wohnung wird sich in einer Wohnhausanlage befinden, die auf den ehemaligen MIAG-Gründen in 3, Lechnerstraße 2—4 — Dietrichgasse, errichtet wird. Das Bauvorhaben besteht aus insgesamt neun Stiegen mit 512 Wohnungen, deren durchschnittliche Größe bei rund 78 m² liegt. Für die Unterbringung der Personenkraftwagen ist eine Tiefgarage mit 358 Stellplätzen vorgesehen. Die Gemeindebauten der näheren Umgebung aus der Zeit der Ersten Republik zeigen Strukturen mit Hofbildung, wie z. B. der Hanuschhof. Die neue Wohnhausanlage setzt diese Tendenz fort, wobei durch Schließen der Baulücken in der Lechnerstraße und Dietrichgasse vom Verkehrslärm abgeschirmte Wohnhöfe entstehen. In Fortsetzung des Wegesystems im Hanuschhof führt ein öffentlicher Durchgang von der Lechnerstraße durch die Anlage zur Dietrichgasse. Entlang dieses Weges liegen sämtliche Gemeinschaftseinrichtungen, wie Schlechtwetterspielflächen, Hobbyräume, Gemeinschaftsräume, sowie Stiegenhäuser. An der Lechnerstraße wurde weiters ein Lokal für einen Supermarkt eingeplant, der, in Verbindung mit einer Trafik, die Nahversorgung der neuen wie auch der umliegenden schon bestehenden Wohnhausanlagen sicherstellt. Daran sollen sich eine Mutterberatungsstelle sowie ein Kindertagesheim anschließen. In der Dietrichgasse werden sich im Erdgeschoß eine Facharztpraxis sowie Räume für betagte Hausbewohner befinden. Im Zentralbereich der Wohnhausanlage wurden 17 Behindertenwohnungen im Erdgeschoß eingeplant. Diese werden, ohne Stufen überwinden zu müssen, sowohl vom öffentlichen Durchgang als auch aus der Tiefgarage erreichbar sein. Ein behindertengerechter Aufzug wird die Verbindung zum Erdgeschoß herstellen. Durch die großzügige Anpflanzung von Bäumen soll im Hofbereich eine Verbesserung des Mikroklimas und eine Verbesserung der Schalldämpfung innerhalb der Wohnhausanlage erreicht werden.

Im Zuge der Stadterweiterung wurde 1981 auch mit dem Bau der Wohnhausanlage südlich „Am Heidjöchl" begonnen. Es werden 630 Wohnungen, davon sieben für Behinderte, auf 71 Stiegen in 3- bis 4geschossigen Häusern errichtet. Die Erdgeschoßwohnungen werden teilweise über eigene Hausgärten verfügen. Für die Unterbringung der Personenkraftwagen wurden eine Tiefgarage und fünf zweigeschossige Parkpaletten an der Straße mit insgesamt 455 Stellplätzen eingeplant. Infrastrukturelle Einrichtungen sind in Form von 5 Geschäftslokalen, 1 Postamt, 3 Magazinen, 2 Kindertagesheimen, 5 Gemeinschaftsräumen, 8 Saunas und 14 Hobbyräumen vorgesehen. Die innerhalb der Baukörper dem Fußgeher vorbehaltene Grünzone soll durch Bodenmodellierung, Abschirmpflanzungen und Alleen aufgelockert werden und parkähnlichen Charakter erhalten.

Von den größeren Bauvorhaben, mit denen im Jahre 1981 begonnen wurde, ist zu erwähnen die acht Stiegen umfassende Wohnhausanlage im weiteren Bereich der Großfeldsiedlung in 21, südlich Oswald-Redlich-Straße, mit 329 Wohnungen, 204 Personenkraftwagen-Stellplätzen in einer Tiefgarage, 6 Geschäftslokalen, 1 Gesun-

denuntersuchungsstelle, 1 Kindertagesheim, 8 Spielräumen, 8 Hobbyräumen und Räumen für betagte Hausbewohner. Im 10. Bezirk auf dem Areal der ehemaligen Ankerbrotgründe im Bereich zwischen Puchsbaumgasse — Absberggasse — Quellenstraße wurde mit dem 1. Bauteil einer Anlage, die 407 Wohnungen umfaßt, begonnen.

Das in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht interessanteste Bauvorhaben der Abteilung aus dem Bauprogramm 1981 ist das „Sonnenhaus" in 14, Flötzersteig 239. Mit diesem Forschungsprojekt soll der Nachweis erbracht werden, inwieweit im wirtschaftlich sinnvollen Ausmaß eine möglichst große Deckung des Energiebedarfes in Wohnungen durch Nutzung der Sonnenenergie möglich ist. In Weiterführung der Bemühungen, alle Möglichkeiten einer Nutzung der Sonnenenergie für Raumheizung und Warmwasser zu untersuchen, hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nach Erstellung eines weltweiten Überblickes über den Stand der Entwicklung und die Anwendung ein Projekt für ein österreichisches Sonnenhaus in Auftrag gegeben. Im Anschluß daran hat das Bundesministerium für Bauten und Technik dem Österreichischen Institut für Bauforschung die Erstellung eines Detailprojektes für ein österreichisches Sonnenhaus übertragen. Die Stadt Wien stellte das Grundstück zur Verfügung, die Planungsarbeiten wurden einem Architekturbüro in Zusammenarbeit mit den zuständigen städtischen Dienststellen übertragen. Die Stadt Wien beabsichtigt, mit der Sonnenhausanlage Flötzersteig einen Prototyp einer Wohnhausanlage zu errichten, wobei auch die entsprechenden Meßgeräte eingebaut werden sollen. Es ist daran gedacht, dieses Objekt als offizielle Sonnenenergiemeßstation im Raume Wiens dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung anzubieten. Damit besteht die große Chance, alle vorher durchgeführten Berechnungen auch in der Praxis zu verifizieren. Die dabei feststellbaren Daten sind nicht nur allgemein interessant, sondern stellen auch für die Bauherren und Benützer eine wertvolle Hilfe für weitere Planungen und die energiegerechte Nutzung von Wohnhausbauten dar.

Von den im Bau befindlichen Großprojekten in 10, Neilreichgasse, und in 21, Marco-Polo-Platz, konnten 1981 die ersten Bauteile mit 335 bzw. 236 Wohnungen fertiggestellt werden. Auf der Baustelle Marco-Polo-Platz konnten außerdem eine Kirche, ein Jugendzentrum und eine Ladenzeile übergeben werden. In der Neilreichgasse wurden noch 4 Ordinationen, 1 Child-guard-Klinik, 1 Kindertagesheim und Gemeinschaftsräume fertiggestellt. Mit der Restübergabe von 226 Wohnungen — insgesamt 824 Wohnungen sind geplant — konnte auch die Bautätigkeit beim Bauvorhaben in 23, Wiener Flur, 2. Bauteil, beendet werden.

Unter den Wohnhausanlagen, die im Jahre 1981 übergeben wurden, sind zu erwähnen: Auf der Baufläche der ehemaligen „Scala-Gründe" in 4, Favoritenstraße 8, wurde der 1. Bauteil mit 61 Wohnungen, 4 Geschäftslokalen, 1 Kaffeehaus, 1 Städtische Bücherei, 4 Büros, 1 Kindertagesheim und 2 Tiefgaragen für insgesamt 95 Personenkraftwagen fertiggestellt. Die Wohnhausanlage in 18, Peter-Jordan-Straße 81—91, wurde gleichfalls übergeben. In diesem Fall konnte 151 Wohnungen, 1 Tiefgarage für 86 Personenkraftwagen, 3 Geschäftslokale und 1 Kindertagesheim errichtet werden. Weiters wurde noch das Personalwohnhaus im 16. Bezirk im Bereich des Wilhelminenspitals mit 205 Schwesternwohnungen fertiggestellt.

Technisch-wirtschaftliche Prüfstelle für Wohnhäuser, besondere Angelegenheiten der Stadterneuerung

Im Jahre 1981 war die Zahl der Anträge auf Durchführung von notstandspolizeilichen Maßnahmen und Ersatzmaßnahmen steigend. Neu langten 66 notstandspolizeiliche Maßnahmen ein, für 319 Ersatzvornahmen wurden Kostenschätzungen erstellt. Die MA 64 ersuchte um Durchführung von 91 Anträgen, jedoch gab anläßlich der bescheidmäßigen Vorschreibung zur Vorauszahlung der Kosten für die Ersatzvornahme eine erhebliche Anzahl der Hauseigentümer oder Hausverwalter die baubehördlich beauftragten Instandsetzungsarbeiten selbst in Auftrag. Der Abteilung oblag in diesen Fällen nur mehr die Überwachung der ordnungsgemäßen Durchführung der Arbeiten sowie die Feststellung, ob dem baubehördlichen Bescheid entsprochen wurde. Neun Ersatzvornahmen wurden durchgeführt, 41 Vollstreckungsverfügungen erlassen. Zur Einbringung der Kosten von 248 notstandspolizeilichen Maßnahmen, einschließlich der Abschrankungen und der Kosten, die den MA 48 und 68 erwuchsen, wurde ein Gesamtbetrag von 827.605 S mittels Bescheid vorgeschrieben. Die erlassenen Kostenbescheide für die neun durchgeführten Ersatzvornahmen lauteten auf insgesamt 841.408 S.

Neben der Ausstellung von sieben Gutachten zur Feststellung der Grenze der zulässigen Mietzinserhöhung nahmen Amtssachverständige an fünf von der Baupolizei ausgeschriebenen Ortsaugenscheinen teil. Weiters wurden 56 Ansuchen um Gewährung zinsenfreier Darlehen der Stadt Wien zur Herstellung von Kanalanschlüssen mit einer überprüften Kostensumme von 21,446.563 S bearbeitet.

455 Förderungsanträge aus dem Titel der Wohnbauförderung 1968 mit einer Kostensumme von 5.372,403.000 S zum Bau von 14.155 Wohnungen wurden in bautechnischer Hinsicht geprüft. Davon bezogen sich 132 Anträge auf Mehrwohnungshäuser mit 10.310 Wohnungen; fünf Ansuchen betrafen die Förderung zur Errichtung von 628 Wohnungen in Heimen. Mit einem veranschlagten Kostenaufwand von 384,136.000 S wurde die Wohnbauförderung für 375 Wohnungen in Eigenheimen und Reihenhäusern beantragt. Für zehn

fertiggestellte Wohnhäuser mit 2.842 Wohnungen waren Rechnungen im Betrag von 1.416,330.000 S zu überprüfen.

Von den Schlichtungsstellen und Gerichten langten 3.990 Anträge gemäß §§ 7 und 8 Mietengesetz zur Erstellung technischer Gutachten ein, um die ordnungsgemäßen Erhaltungsarbeiten, die Angemessenheit der dafür ausgewiesenen Beträge und die Richtigkeit der Abrechnung zu prüfen. 3.651 Dienststücke wurden im Jahre 1981 erledigt. Bei der Überprüfung von 865 Anträgen nach § 7 Mietengesetz, von 1.002 Nachträgen und 797 Rechnungen konnten durch Preis- und Ausmaßprüfungen Kostenherabsetzungen von rund 49 Millionen Schilling erzielt werden. Ferner waren 887 Anträge nach § 8 Mietengesetz bzw. sonstige Anfragen zu behandeln.

Für die Förderung aus dem Altstadterhaltungsfonds wurden 392 Anträge und Rechnungen mit einer Kostensumme von rund 60 Millionen Schilling in technischer Hinsicht und preislicher Angemessenheit überprüft.

Die Zahl der Anträge nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz nahm etwas ab, 843 Ansuchen erforderten die Vorbegutachtung, 13.420 betrafen Verbesserungen. Bei 1.519 von Hauseigentümern eingebrachten Anträgen für Verbesserungen wurden die eingereichten Kostensummen von 242 Millionen auf 178 Millionen Schilling berichtigt. Bei 11.480 von Mietern eingelangten Anträgen wurden die beantragten Baukosten von 721 Millionen auf 587 Millionen Schilling heruntergesetzt. Die beantragten Verbesserungen betrafen in 26 Fällen Aufzüge, in 5.383 Zentral- bzw. Etagenheizungen, in 2.613 Fällen handelte es sich um die Einrichtung von Bädern und in 839 um die von Wasseraborten. 4.551 hatten die Neuverlegung oder Verstärkung von Gas-, Wasser- oder elektrischen Leitungen zum Ziele, in 357 Fällen ging es um die Teilung oder Zusammenlegung von Wohnungen, in 8.394 um Wärme- und Schallschutzmaßnahmen, in 7 um Gemeinschaftsantennen, in 162 um Gegensprechanlagen und in 32 um Verbesserungen sonstiger Wohnungsteile.

Für die Bürgschaftsfonds-Ges. mbH Wien wurden im Rahmen einer Sonderaktion zur Errichtung und Verbesserung von Komfortzimmern und Sanitärräumen in Beherbergungsbetrieben 314 Anträge für den Einbau von Bädern, Wasseraborten, Waschtischen usw. bearbeitet, wobei amtlicherseits die technische Aufsicht und die Überwachung der Einhaltung der Richtlinien durchzuführen waren.

Schließlich wurden gemäß den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 13. Dezember 1976, BGBl. Nr. 712/1976, über die Gewährung einer Aushilfe zur Milderung von Härten infolge bestimmter Vermögensverluste (Aushilfegesetz) 113 Anträge zur Feststellung von Kriegsschäden bearbeitet.

Auf Grund der beabsichtigten Änderung der Bearbeitung von Mieteranträgen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 mit pauschalierten Arbeiten wurden eingehende Kontaktgespräche mit der Magistratsdirektion-Automatische Datenverarbeitung sowie mit allen an der Vollziehung des Wohnungsverbesserungsgesetzes beteiligten Dienststellen geführt. Weitere Aufgaben waren die Mitarbeit bei der Abfassung von Stellungnahmen zu Bundesgesetzen und Landesgesetzen, die technische Belange betrafen.

Erhaltung städtischer Wohnhäuser

Der Gesamtumfang des städtischen Wohnhausbesitzes hat sich nach Übernahme von weiteren Neubauwohnungen sowie nach Ankauf oder Abbruch von Althäusern im Jahre 1981 um 1.345 auf 219.282 Mieteinheiten in 13.671 Stiegenhäusern und 3.736 Stiegen oder Einzelobjekten in Wohnsiedlungen erhöht.

Der ständige Wohnungszuwachs, die fortschreitende Alterung des gemeindeeigenen Wohnhausbesitzes, der anhaltende Trend, den Wohnkomfort in den Wohnhausanlagen der Zwischenkriegszeit und der frühen Nachkriegszeit zu verbessern, aber auch der Beitrag zur Stadterneuerung und Altstadterhaltung stellten ständig höchste Anforderungen an die Abteilung. Die Erhaltung des baulichen Bestandes war laufend durch umfangreiche Instandsetzungsarbeiten sicherzustellen, Versorgungseinrichtungen mußten weiterhin erneuert oder dem Bedarf entsprechend verbessert werden.

In den Wohnhausanlagen, deren erste Benützung vor dem 1. Juli 1954 liegt, wurden Generalinstandsetzungen unter Anwendung der Bestimmungen des § 2 des Zinsstoppgesetzes durchgeführt, wie dies bei Althäusern nach dem § 7 des Mietengesetzes gehandhabt werden muß. Aber auch bei Objekten, die später erbaut worden sind, wurden anfallende Instandsetzungskosten laut § 19 Mietengesetz den Mietern angelastet.

In älteren Wohnhausanlagen war durch den Ein- oder Anbau von Personenaufzügen ein Beitrag zur Modernisierung zu leisten; der Umbau von überalterten Mietlokalen wurde fortgesetzt.

Wieder mußten abbruchreife Althäuser oder sonstige Gebäude und Gebäudereste demoliert werden, wodurch bestandsfreie Grundstücke einer Neuverbauung zur Verfügung gestellt werden konnte. Im Rahmen der Altstadterhaltung wurde die Revitalisierung von denkmalgeschützten Althäusern fortgesetzt.

An Erhaltungsarbeiten konnten im Jahre 1981 auf Grund der vorhandenen finanziellen Mittel in 308 Stiegen das Rauchfangkopfmauerwerk, in 878 die Dacheindeckung und in 334 Stiegen die äußeren Fenster und Türen bestandssichernd instand gesetzt werden. Instand gesetzt oder erneuert wurden ferner die Fassaden in 312 Stiegen, die Malerei in 215 Stiegenhäusern und die Hofgehwege bei 438 Stiegen; 619 Stiegen wurden nach Maß-

gabe des § 7 und des § 19 Mietengesetz bzw. § 2 Zinsstoppgesetz generell instand gesetzt, in 7.937 Stiegen waren diverse andere Arbeiten durchzuführen.

Der Gebrechensdienst behob 10.280 Gebrechen an Gas- oder Wasserleitungen und 6.852 an Elektroinstallationen. In Kleinwaschküchen wurden 320 überalterte Einrichtungen gegen moderne Waschgeräte ausgetauscht und in 83 Stiegenhäusern die Einrichtungen der Stromversorgung erneuert. Ein Teil des Instandsetzungsprogramms 1982/1983 mußte bereits 1981 vorbereitet und zur Genehmigung vorgelegt werden. Bei einem Gesamtstand von 9.918 in Erhaltung stehenden elektrotechnischen und elektromechanischen Einrichtungen, nämlich von 4.912 Einzelwaschküchen, 3.996 Aufzügen, wo 1.202 nachträglich eingebaut wurden, weiters von 413 Drucksteigerungsanlagen, 149 Pump- und Hebewerken, 328 Gemeinschaftsantennen sowie von 120 elektromechanischen Garagentoren, mußte die Behebung von 19.173 Gebrechen an Waschkücheneinrichtungen, Pumpen- und Drucksteigerungsanlagen sowie an elektromechanischen Garagentoren, von 9.658 Gebrechen an Aufzügen und 388 an Antennenanlagen veranlaßt werden. Darüber hinaus wurden 142 Aufzüge generell instand gesetzt und 16 Verstärkeranlagen bei Gemeinschaftsantennen modernisiert.

Im Jahre 1981 mußten in 170 Häusern Sicherungsarbeiten durchgeführt sowie 57 Objekte vollständig und 6 teilweise demoliert werden.

Als Ergänzungs- oder Fertigstellungsarbeiten wurden in neueren Wohnhausanlagen geringfügige Sachverbesserungen geleistet.

Der Umbau von überalterten Mietobjekten für neue Verwendungszwecke konnte fortgesetzt werden. So wurde in der städtischen Wohnhausanlage in 22, Maschlgasse 31, ein Zubau zum bestehenden Kindergarten errichtet und im städtischen Althaus in 1, Bartensteingasse 16, eine Aufzugsanlage erneuert.

Im Rahmen der Altstadterhaltung wurden durch Revitalisierung von abbruchreifen, jedoch denkmalgeschützten Altobjekten neue Wohnungen gewonnen. Das künstlerisch-architektonische Gesamtbild konnte hiebei erhalten werden, im Hausinneren entstanden durch völligen Umbau komfortable Mittelwohnungen. Im „Spittelbergviertel" wurde das Objekt in 7, Kirchberggasse 17, revitalisiert, wobei 14 Wohnungen und 3 Lokale geschaffen wurden; weitere Bauvorhaben werden vorbereitet. Im Planquadrat 4. Bezirk wurde der Umbau des Objektes in 4, Mühlgasse 25, abgeschlossen, dabei insgesamt 7 Wohnungen und 1 Lokal geschaffen. Für diese Arbeiten standen Mittel nach dem Wohnbauförderungsgesetz zur Verfügung, darüber hinaus wurden bei Revitalisierungsbauten zusätzlich Förderungszuschüsse aus dem Altstadterhaltungsfonds angesprochen.

Im Zuge der Verbesserung des alternden Hausbesitzes wurde in der städtischen Wohnsiedlung in 16, Spiegelgrund, mit der Erneuerung der Wohnungsfenster aus wärmetechnischen Gründen begonnen, in der städtischen Wohnsiedlung Schmelz im 15. Bezirk konnten sowohl Wohnungsfenster aus wärmetechnischen Gründen erneuert als auch Wärmeschutzfassaden angebracht werden. Diese Arbeiten werden auch im Jahre 1982 fortgesetzt. Darüber hinaus wurde das Programm, Personenaufzüge für die meist älteren Bewohner der Wohnhäuser nachträglich ein- bzw. anzubauen, verstärkt fortgesetzt. Im Jahre 1981 wurden wieder 108 Aufzugsanlagen fertiggestellt, in 100 Stiegenhäusern standen Aufzugsanlagen im Bau, in 163 wird mit den Bauarbeiten im Laufe des Jahres 1982 begonnen werden. Ansuchen für den Einbau weiterer 410 Aufzüge lagen vor, die nach Maßgabe der personellen Leistungsfähigkeit, der Kapazität der Bauwirtschaft und der Aufzugsindustrie sowie nach Maßgabe der Finanzierungsmöglichkeiten in den nächsten Jahren eingebaut werden.

Für die von den Mietern selbst durchgeführten Verbesserungsarbeiten mußte ein umfangreicher Informations- und Servicedienst geleistet werden.

Im Jahre 1981 wurden im Monatsdurchschnitt 2.546 Arbeitskräfte von 656 Firmen beschäftigt. Die Abteilung war weiterhin bemüht, die Beschäftigtenzahl auch über die Wintermonate möglichst hoch zu halten.

Durch Rücksichtslosigkeit und Unachtsamkeit der Mieter wurden wieder viele Schäden verursacht.

Den Arbeiten der Abteilung gingen 730 abgeführte Anbotsverhandlungen voraus; sie wurden durch 237 kommissionelle Abnahmen zum Abschluß gebracht, an denen neben dem Kontrollamt 920 Firmen teilgenommen haben. Dem steigenden Aufgaben- und Arbeitsumfang der Abteilung entsprechend wurden 66.838 Rechnungen zur Anweisung gebracht und 49.785 Geschäftsstücke erledigt.

Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft

Die MA 32 ist für die Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung, Abrechnung und Abnahme von heizungs-, luft-, kältetechnischen Anlagen und Einrichtungen des Sondermaschinenbaus im Bereich der Gemeinde Wien zuständig. Ihr Aufgabengebiet umfaßt auch die laufende Erhaltung dieser Anlagen, wobei ein Schwerpunkt bei der Betriebsführung liegt.

Organisatorisch gliedert sich die Abteilung in acht Gruppen mit den Aufgabenbereichen Kanzlei, Energieeinsparung und Service, Öffentliche Bauten und Heizkontrolle, Wohnhausanlagen und Bäder, Spitalsbetriebe, Allgemeine Planung, Neubauten und Sonderaufgaben, Behördenwesen sowie U-Bahn-Bau und Verkehrsbauwerke. Die Gruppe für Behördenwesen einschließlich Dampfkesselkommissäre wurde infolge

Übernahme der Kompetenzen durch die MA 36 bzw. die MD-Stadtbaudirektion per 1. Oktober 1981 aufgelöst. Für die Bewältigung der umfangreichen Aufgabengebiete sind derzeit 161 Dienstposten systemisiert.

Die Kanzlei hat im Jahre 1981 rund 11.400 Stück Dienstpost bearbeitet und 230 Materialbestellungen ausgefertigt. Anbotsunterlagen mit 47.262 Seiten sind für 281 Anbotsverhandlungen mit einem Erlös von 141.786 S verkauft worden. Diese Unterlagen wurden neben der Erledigung des Schriftverkehrs hergestellt. Behandelt wurden 13.799 Rechnungen, darunter 811 für Rauchfangkehrerangelegenheiten, sowie rund 3.800 Bestellscheine. Ferner waren 35 Anträge für den Gemeinderatsausschuß für Wohnen und Stadterneuerung mit einem Gesamtbetrag von 104,210.100 S, 55 Anträge für den Stadtrat für Wohnen und Stadterneuerung mit einem Gesamtbetrag von 39,243.600 S, 279 Anträge in Abteilungsleiterkompetenz mit insgesamt 50,752.370 S zu bearbeiten. Für Haftrücklasse wurden 268 Hinterlegungen durchgeführt. Die effektiven Ausgaben für andere federführende Abteilungen betrugen 273,208.752,90 S.

Von der im zweiten Jahr bestehenden Energiespargruppe wurden intensiv Messungen an Kesselanlagen durchgeführt. Insbesondere durch Überprüfungen und Überwachungen der feuerungstechnischen Wirkungsgrade ergaben sich erste Verbesserungen. Darüber hinaus liefen Vorbereitungsarbeiten, um isolier-, regel- sowie anlagentechnische Wirkungsgrade zu erfassen. Ferner soll die Größenordnung der Kesselabstrahlverluste festgestellt und mittels geeigneter Maßnahmen verringert werden. Der Umfang der Messungen ist auf die Kesselanlagen der Wiener Stadtwerke (Verkehrsbetriebe, E-Werke, Bestattung), auf die 15 Objekte des Kuratoriums Wiener Pensionistenheime und die vielen Anlagen des Kuratoriums Wiener Volksbildung ausgedehnt worden. Die Dienstvorschrift für die Schulen wurde überarbeitet und wird demnächst als MD-Erlaß veröffentlicht.

In den Statistiken für Brennstoffverbrauch und -kosten der Heizkontrolle zeichnen sich bereits Energieeinsparungen in den durch die Energiespargruppe betreuten Anlagen ab. Im Zusammenwirken mit den Untersuchungen des Arbeitskreises Energie waren im Rahmen des MD-Koordinationsbüros ebenfalls intensive meßtechnische Befassungen notwendig.

Zur Erfüllung der dienstlichen Obliegenheiten der Servicegruppe mußten rund 160.000 km an Fahrleistungen zurückgelegt werden, wobei die Servicegruppe im Schichtdienst arbeitet. Im Jahre 1981 wurden weitere zwei Telealarmanlagen in der Baumschule Eßling sowie zur Kontrolle des „Energieturmes" in der Wohnhausanlage in 23, Johann-Gottek-Gasse, montiert. Somit sind derzeit 55 Telealarmanlagen in Funktion. Verhandlungen mit den Kuratorien Wiener Volksbildung und Wiener Pensionistenheime über den Anschluß von Telealarmgeräten sind im Gange.

Der Umfang der Betreuung des Rechenzentrums Forum hat, bedingt durch den Ausbau der Anlage, sehr stark zugenommen. Aus diesem Grund sind zwei Bedienstete der Servicegruppe zur Betriebsführung abgestellt worden.

Durch den Ankauf einer Baumschule im 22. Bezirk mußten für die Inbetriebnahme der heizungstechnischen Einrichtungen umfangreiche Arbeiten geleistet werden.

Eine neue transportable Kesselanlage, die von der Abteilung geplant und von der Heizwerkstätte angefertigt worden ist, hat in der vergangenen Heizperiode den ersten Einsatz erfolgreich bestanden. Die Schaffung eines Lagerplatzes für die fahrbaren und transportablen Kesselanlagen der Abteilung erleichtern in Zukunft deren Abstellung und Überholung nach einem Einsatz.

Im Bereich der öffentlichen Bauten wurden in maschinentechnischer und energiewirtschaftlicher Hinsicht rund 1.500 Objekte betreut. Die Durchführung der erforderlichen Neu- und Umbauten sowie die Modernisierungsarbeiten an den Heizungsanlagen waren durch knappe Terminstellung gekennzeichnet. Besonders bei Schulgebäuden standen für Heizungsarbeiten nur die Sommermonate zur Verfügung, jedoch konnte den Anforderungen entsprochen werden.

In drei Schulen wurden die veralteten Heizanlagen durch neue ersetzt, dabei zwei Schulen von Koks- auf Gasbetrieb umgestellt. Besonders zu erwähnen sind die Ganztagsschulen in 15, Reichsapfelgasse, die Berufsschule in 15, Hütteldorfer Straße, und die Sportanlage in 21, Jedleseer Straße. Die Baustelle der Ganztagsschule wird mehrere Jahre bestehen bleiben. Als Energiequelle für die Warmwasserheizung dient Fernwärme über eine Umformerstation. Der Turnsaal mit Nebenräumen sowie der Speisesaal erhalten eine Be- und Entlüftungsanlage. In der Berufsschule wird die veraltete Heizanlage erneuert und eine Beheizungsmöglichkeit für den Zubau geschaffen, der bestehende Gebäudekomplex der Sportanlage neu adaptiert und als moderne Sportstätte ausgestattet. Für die Beheizung ist eine Gaszentralheizung vorgesehen. Die Arbeiten werden sich über rund zwei Jahre erstrecken.

In vier Kindertagesheimen sind die Heizungsanlagen umgebaut bzw. modernisiert worden. In zwei Kindertagesheimen konnten umweltfreundliche Gaszentralheizungsanlagen eingebaut werden. Die Zentralheizungsanlage des Julius-Tandler-Heimes in 9, Lustkandlgasse, wurde erneuert und eine Sub-Umformerstation eingebaut. Im Jugenderholungsheim in Scheibbs, Niederösterreich, erfolgte der Einbau einer neuen Ölfeuerungsanlage. Im Amtshaus in 19, Gatterburggasse 14, wurde die Zentralheizung von Koks- auf Gasbetrieb umgebaut. In zwei Amtshäusern waren neue Gaszentralheizungen zu installieren. Drei Feuerwachen wurden mit Zentralhei-

zungsanlagen mit Gasfeuerung ausgestattet. In zwei Rettungsstationen erbrachten regeltechnische Verbesserungen der Anlagen Energieeinsparungen. Im neu errichteten Betriebslokal der MA 30 in 3, Nottendorfer Gasse 15, wurde eine Gaszentralheizungsanlage eingebaut. In der Rathausgruppe sind die Überprüfung und Einregulierung der Heizungsanlage konsequent weiter fortgesetzt worden.

Im Sinne des Umweltschutzes ist bei allen Modernisierungsarbeiten getrachtet worden, entweder Gas als Brennstoff zu verwenden oder aber bei entsprechender Gegebenheit einen Anschluß an das Fernheizwerk der Heizbetriebe-Wien Ges. mbH zu realisieren.

Um eine Verminderung des Energieverbrauches zu erreichen, wurden bei den neu errichteten Heizanlagen, soweit technisch und wirtschaftlich sinnvoll, Optimierungsgeräte eingebaut. Bei jenen Anlagen, für die im Jahre 1980 die Installation solcher Steuereinrichtungen möglich war, konnte eine über dem Durchschnittswert von 5,2 Prozent liegende Brennstoffersparnis erzielt werden; in Einzelfällen liegt das Ergebnis über der 10-Prozent-Marke.

Wie wichtig der wirtschaftliche Einsatz der Energieträger für die Wärmeversorgung in den von der Heizkontrolle betreuten Objekten der Hoheitsverwaltung geworden ist, ergibt sich aus deren Jahreskosten von rund 493 Millionen Schilling. Im wesentlichen wurden 32.000 t Heizöl schwer, 6.230 t Heizöl mittel, 10.594 t Heizöl leicht, 842 t Heizöl extra leicht, 2.640 t Koks, 227.000 MWh Heißwasser-Fernwärme, 212.000 t Dampf-Fernwärme und 16,557.000 m³ Erdgas verbraucht.

In Objekten der Hoheitsverwaltung mußten auch Rauchfangkehrerangelegenheiten bearbeitet und hierüber 881 Rechnungen mit einem Gesamtbetrag von rund 24 Millionen Schilling zur Anweisung fertiggestellt werden.

Von der Preisprüfung wurden sämtliche Nachtragsanbote über 50.000 S in der Preisprüfungskommission kontrolliert, außerdem waren freihändige Vergaben über 50.000 S vom Preisreferenten zu überprüfen und mit einer Stellungnahme an die Stadtbaudirektion — Dezernat 4 weiterzuleiten. Lohn- und Materialpreiserhöhungen wurden ebenfalls vom Preisreferenten überprüft, der außerdem an neuen Verhandlungen über Service- sowie Regiestundensätze in der Stadtbaudirektion — Dezernat 4 gemeinsam mit dem Preisreferenten vom Bundesministerium für Bauten und Technik teilgenommen hat.

Im Wohnhausneubau wurden Fälle betreffend rund 7.000 Wohneinheiten bearbeitet, wobei diese Tätigkeit die Planungen, Ausschreibungen, Ausführungen und Abrechnungen bis zu Garantieabwicklungen umfaßt. Für die Wohnhausanlage in 13, Schrutkagasse—Spohrstraße, ist die Planung für die Fußbodenheizung bei zwei von vier Stiegen abgeschlossen und die Ausschreibung vorbereitet worden. Die Planung für die Radiatorheizung in den beiden anderen Stiegen, die zu Vergleichszwecken vorgesehen ist, wurde ebenfalls fertiggestellt.

Im Bereich der Wohnungsentlüftungen konnte als Fortsetzung der Studien für die Wohnhausanlage in 19, Pyrkergasse 41, eine zentrale mechanische Wohnungsbe- und -entlüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung geplant und ausgeschrieben werden. Dieses Projekt entspricht einer Entwicklung, die derzeit international und in Schweden seit 1957 sogar gesetzlich geregelt ist.

Im Programm des nachträglichen Einbaus von Zentralheizungen in bestehende Wohnhausanlagen konnten zahlreiche Wohnungen an die Fernwärme angeschlossen bzw. planungs- und ausschreibungsmäßige Vorbereitungen für weitere Zentralheizungseinbauten getroffen werden. In bestehenden Wohnhausanlagen waren 24 Kesselhäuser mit rund 6.500 angeschlossenen Wohnungen, 100 Garagen, 32 Zentralwaschküchen und sämtliche zentrale Entlüftungs- und Warmwasserbereitungsanlagen zu betreuen. Neben den gewöhnlichen Erhaltungsarbeiten und laufenden Betriebs- sowie Wirkungsgradkontrollen sind in diversen Wohnhausanlagen Brenner erneuert, Kessel saniert, sekundärseitige Rohrnetze und Armaturen adaptiert worden.

Im Bereich der Bäder erfolgten die Planungsüberprüfungen für die Heizungen, Lüftungen und Anlagen der Badewasseraufbereitung der Bezirkshallenbäder Kagran, Brigittenau und Großfeldsiedlung. Ferner waren die Ausschreibungen durchzuführen und die Arbeiten zu beginnen. Die Arbeiten an der heizungs- und lufttechnischen Anlage dieser Objekte sind planmäßig fortgesetzt worden. Die Filteranlage für sämtliche Schwimm- und Tauchbecken wurde geplant, ausgeschrieben und arbeitsmäßig begonnen. Eine Sanierung der Fußbodenheizung im Bereich des Stadthallenbades konnte im Sommer durchgeführt und termingerecht fertigestellt werden. Die Anlagen zur Wärmerückgewinnung aus dem Duschenabwasser im Theresienbad sind bereits eingebaut und in Betrieb genommen worden.

Für die Nutzung nichtkonventioneller Energieträger erfolgte die Fortführung der Installationen an der Solar-Versuchsanlage in der Wohnhausanlage in 23, Johann-Gottek-Gasse. In diversen Kinderfreibädern sowie in den Sommerbädern Höpflerbad und Gänsehäufel wurden Solaranlagen in Betrieb genommen bzw. deren Einbau begonnen. Im Bereich der Hauptkläranlage Wien konnten die Ergänzungsarbeiten durchgeführt und in Zusammenarbeit mit der MA 30 die erforderlichen Maßnahmen für einen wirtschaftlichen und einwandfreien Betrieb der Entsorgungsbetriebe Simmering geklärt werden.

In den Krankenanstalten und Pflegeheimen der Stadt Wien wurden umfangreiche Maßnahmen, wie Neuinstallationen, Adaptierungen und Reparaturen an den wärme-, kälte- und lüftungstechnischen

Anlagen, durchgeführt, um die erforderliche Funktions-, Betriebs- und Versorgungssicherheit zu gewährleisten oder zu verbessern sowie behördliche Vorschriften zu erfüllen. Im Allgemeinen Krankenhaus waren im Rahmen der aufzubauenden zukünftigen technischen Betriebsführung des Kerngebäudes Maßnahmen für die ersten Teilinbetriebnahmen einzuleiten und daran mitzuarbeiten. Mit der Mitwirkung an der Lösung vielfältiger betriebstechnischer und organisatorischer Fragen war ebenfalls zu beginnen. Im bestehenden Teil, das heißt im Alten Haus und den Neuen Kliniken, wurden Klima- und Heizungsanlagen in der Kieferchirurgie, der Pathologie, der II. Frauenklinik-Arbeitsmedizin und der I. Medizinischen-Angiologie fertiggestellt, im Operationssaal 42 begonnen; im S-Gebäude wurden die Lüftungsanlage saniert sowie an einigen Stationen Warmwasser-Heizungsanlagen errichtet. Im Krankenhaus Floridsdorf wurden die Arbeiten an den Heizungs- und Lüftungsanlagen im Bereich der Abteilung Familienplanung abgeschlossen sowie in der Aufwachstation durchgeführt. Im Sophien-Spital konnte eine für die Rechenanlage erforderliche Klimaanlage errichtet werden. Die Heizungsanlagen der Pavillons H und I des Franz-Joseph-Spitals sind auf geschlossene Systeme umgestellt worden. Im Pavillon 3 (Strahlenbettenstation), im Pavillon 6 (Angiographie) und im Pavillon 8 (Herzkatheter) des Krankenhauses Lainz waren Warmwasser-Heizungsanlagen sowie lüftungstechnische Anlagen zu errichten. Die heizungs- und lüftungstechnischen Anlagen im 2. Bauteil des Pavillons 27 des Wilhelminenspitals sind fertiggestellt und in Betrieb, die zur Fernwärmeversorgung des Gebäudes erforderlichen Anlagen (Dampf- und Kondensatfernleitung, Umformer) sind neu errichtet worden. Für die Versorgung der Sterilisation mit Dampf auf Pavillon 28 wurden entsprechende Maßnahmen getroffen. In der Krankenpflegeschule im Bereich Rudolfstiftung ist mit dem Einbau einer außentemperaturgesteuerten Zentralheizungsanlage begonnen worden. In der Postoperativen Station im Pavillon 1 des Elisabeth-Spitals sind die Arbeiten an der Heizungsanlage angelaufen. Im Pavillon Austria des Pulmologischen Zentrums Baumgartner Höhe erfolgte die Umstellung der Heizungsanlage auf ein geschlossenes System. In der Kesselanlage der Ignaz-Semmelweis-Frauenklinik-Zentralkinderheim wurde mit baulichen Maßnahmen an der Rauchgasseite begonnen, die das Emissionsverhalten sowie den Wirkungsgrad der Anlage verbessern sollen. Im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel ist die Feuerung der Dampfkessel für das Küchengebäude von Braunkohle auf Erdgas umgestellt worden. Im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe sind die Arbeiten an der Neuherstellung der Heizungsanlage für den Pavillon 17 fast abgeschlossen. Im Pavillon 18 wurde die Heizungsanlage auf ein geschlossenes System umgestellt. Die Arbeiten für den Einbau einer Zentralheizungsanlage für das Psychiatrische Krankenhaus Ybbs an der Donau waren weiterzuführen. Im Pflegeheim Baumgarten werden alle drei Warmwasserheizungskessel erneuert; eine Umschaltmöglichkeit auf Gasbefeuerung ist vorgesehen.

Die betriebsmäßig geführte H e i z w e r k s t ä t t e hat auch im Jahr 1981 Erhaltungsarbeiten in etwa gleichem Umfang in Objekten der Hoheitsverwaltung durchgeführt. Hiezu gehörten die Störungsbehebung an über 300 Ölbrennern, die Überholung und Konservierung von rund 200 schmiedeeisernen Zentralheizungskesseln nach Ende der Heizperiode sowie die feuerseitige Reinigung von rund 300 Zentralheizungskesseln. Der Servicedienst betreute hochwertige technische Anlagen in Spitälern, Schulen, Kindergärten und Amtshäusern sowie in verschiedenen anderen Anlagen. Weiters wurden in Bau befindliche Anlagen überwacht. Da die auftraggebenden Dienststellen weniger Kreditmittel gegenüber dem Vorjahr zur Verfügung haben, ist mit einer Umsatzsteigerung nicht zu rechnen. Der Umsatz für 1981 wird mit rund 52 Millionen Schilling angenommen, was einen Rückgang um rund 2 Millionen Schilling zur Folge hätte. Eine weitere transportable Kesseleinheit mit Öltank wird in Zusammenarbeit zwischen Planungsgruppe und Heizwerkstätte geplant und ausführungsmäßig vorbereitet.

In der P l a n u n g s g r u p p e wurden neben diversen technischen Stellungnahmen und Begutachtungen Planungen für die Adaptierungsmaßnahmen im Bereich des Kesselhauses des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgartner Höhe durchgeführt und die Erarbeitung von Ausschreibungsunterlagen in Angriff genommen. Der Vorentwurf für das Sozialmedizinische Zentrum Ost — Bauabschnitt Krankenhaus — wurde auf dem Sektor der wärme- und lufttechnischen Anlagen im ersten Quartal 1981 verstärkt bearbeitet und fertiggestellt. Auf Grund der Architektenpläne im Maßstab 1 : 200 konnten die Lüftungs- und Umformerzentralen in den Technik-Geschossen planlich situiert und detaillierte Auflistungen mit den energietechnischen Angaben erstellt werden. Kosten- und Folgekostenschätzungen waren aus dem Vorentwurf zu errechnen. Ab Mai 1981 hat die Planungsgruppe der Abteilung auf Grund der schematischen Architektenpläne im Maßstab 1 : 100 mit dem Entwurf (Detailplanung) der wärme- und lufttechnischen Anlagen in Kontakt mit den MA 23 und 34 sowie den Architekten und Statikern begonnen, wobei der Schwerpunkt auf der Detailplanung des OP-Traktes als arbeitsintensivsten Abschnitt liegt. Der dritte Bauabschnitt des Sozialmedizinischen Zentrums Ost — Pflegeheim wurde mit Ende 1981 baulich fertiggestellt. Die MA 32 — Gruppe 5 hat im Rahmen der städtischen Bauleitung die Aufsicht über die Errichtung der heizungs-, kühl- und lufttechnischen Anlagen. Das 405 Betten umfassende Pflegeheim wird heizungstechnisch über zwei Verteilerstationen mit Fernwärme und lufttechnisch über vier Lüftungszentralen versorgt. In neun Kühlräumen ist für die richtige Lagerungstemperatur der Lebensmittel gesorgt. Der Leichenkühlraum mit neun Boxen wurde nach den Auflagen der Sanitätsbehörde errichtet und ausgestattet.

Sämtliche Lüftungsanlagen sind mit Rauchgasmeldern ausgestattet und an eine zentrale Brandmeldestelle angeschlossen. Eine zentrale Gebäudeautomation überwacht sämtliche Anlagenteile und zeigt den jeweiligen Betriebszustand an.

Eine Montage von Kücheneinrichtungen erfolgte in den Ganztagsschulen in 3, Paulusgasse, und in 20, Spielmanngasse, sowie im Krankenhaus Lainz, Bauteil 1, und im Kindererholungsheim Scheibbs-Lehenhof. Kühlanlagen waren im Sozialmedizinischen Zentrum Ost — Pflegeheim (Fleisch- und Gemüsekühlraum), in den Leichenkühlräumen der Friedhöfe Jedlesee, Heiligenstadt und Gersthof sowie im Krankenhaus Lainz zu installieren. Ferner wurden druckluftgesteuerte Rauchklappenanlagen für St. Marx (Bauteil 1 — Kühlbox, Bauteil 2 — Schlachthallen, Bauteil 3 — Fleischmarkt) geliefert und montiert. Planungen für Heizungs- und Lüftungsanlagen sind erstellt worden für den Wäschereineubau im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, für die Zentralwäscherei in 14, Steinbruchstraße (Umrüstung Bauteil 2), die Autodesinfektionsanlage St. Marx, den Erweiterungsbau der Lebensmitteluntersuchungsstelle St. Marx und für die Küchenentlüftung der Anstaltsküche im Krankenhaus Lainz. Ebenso mußten für diverse Bereiche von einigen Krankenanstalten Kühleinrichtungen planlich vorbereitet werden. Ferner waren Küchenplanungen für die Anstaltsküche im Franz-Joseph-Spital und die Ganztagsschulen in 2, Aspernallee, sowie in 10, Carl-Prohaska-Platz, vorzunehmen.

Die Amtssachverständigen für Heizungs-, Lüftungs- und Kältetechnik bei Bau- und Genehmigungsverhandlungen werden nicht mehr von der Abteilung, sondern von der MA 36 gestellt. Trotzdem mußten im Bereich des Allgemeinen Krankenhauses restliche Behördenaufgaben interimsmäßig bearbeitet werden. Auf dem Sektor der U-Bahn-Bauten sind weiterhin diverse Amtssachverständigenbearbeitungen im Rahmen der Abteilung notwendig.

Die Agenden der amtlichen Dampfkesselüberwachung des Landes Wien werden seit 1. Jänner 1981 entsprechend der Geschäftseinteilung der Stadt Wien von der MD-Stadtbaudirektion wahrgenommen. Die Tätigkeit gemäß der Dampfkesselverordnung, BGBl. Nr. 82 vom 17. April 1948, und dem Dampfkesselkommissionsgesetz, BGBl. Nr. 559 vom 19. Dezember 1980, wird daher von der MD-Stadtbaudirektion koordiniert.

Bei der U-Bahn-Linie U 1 sind die Arbeiten an der Heizungs- und Lüftungsanlage im Streckenbereich Praterstern—Kagran einschließlich der Streckenbelüftung und der Be- und Entlüftung in der neuen Reichsbrücke im Gange. Weiters wurden die Arbeiten an den Heizungs- und Lüftungsanlagen in der Station Hütteldorf der U-Bahn-Linie U 4 durchgeführt. Die U-Bahn-Stationen Praterstern und Nestroyplatz konnten termingerecht fertiggestellt und in Betrieb genommen werden, ebenso die Lüftungsanlagen für die Strecke Schwedenplatz—Praterstern. Die Polizeistation Praterstern ist fertiggestellt worden. Die Wärmeversorgung der Polizeistation über eine Wärmepumpe aus der Tunnelluft wird in der nächsten Zeit in Betrieb genommen.

Schließlich waren laufend Störungsbehebungen und Instandhaltungsarbeiten auf den U-Bahn-Linien U 1, U 2, U 4, der Gürtellinie, in den Ringpassagen und der Ostbahnunterführung durchzuführen. Die Installationen in der Prüf- und Versuchsanstalt der MA 39 in der Rinnböckstraße, 11. Bezirk, wurden nach einer Unterbrechung durch den Konkurs der Firma Klimatechnik wieder aufgenommen. Im internationalen Studentenheim Döbling erfolgte die Fortführung der Umbauarbeiten im Zuge der Generalinstandsetzung.

Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte

Neben den von der Abteilung vorgenommenen Erhaltungsarbeiten an Elektro-, Gas- und Wassereinrichtungen in städtischen Objekten kam es, wie folgt, zu weiteren besonderen Arbeiten: Die Gruppe Wohnhausbau hatte Ende 1981 im Rahmen des kommunalen Wohnbauprogrammes an 5.565 in Bau befindlichen Wohnungen mitgearbeitet. Im Jahre 1981 wurde mit den Bauarbeiten an 17 Objekten mit 898 Wohnungen und den dazugehörigen Einrichtungen, wie Garagen, Geschäftslokalen, Waschküchen, Gemeinschafts- und Kinderspielräumen, begonnen. Im gleichen Zeitraum konnten insgesamt 612 Wohnungen übergeben werden.

In der Gruppe Amts- und Schulhäuser wurde am 22. Oktober die Volksschule in 23, Akaziengasse 52—54, eröffnet.

Von der Gruppe Wohlfahrtseinrichtungen wurden 6 Kindertagesheime, 5 Pensionistenklubs und 2 Heime für Jugendliche generalsaniert, während 3 Kindertagesheime neu errichtet werden konnten. Im Kinderheim Scheibbs wurde eine Großküche voll elektrisch ausgestattet. Auf Grund spezieller Anforderungen wurde in Kindertagesheimen eine besonders wirtschaftliche Warmwasserbereitungsanlage entwickelt, deren Vorteile im hohen Wirkungsgrad und damit in der besten Energienutzung, in der geringen Störanfälligkeit, hohen Lebensdauer und leichten Montagen bestehen. Bei gleichen Investitionskosten können gegenüber anderen Anlagen die Folgekosten um 25 Prozent gesenkt werden. Diese Anlagen sind in der Übergangszeit auch zum Heizen zu verwenden.

Im Internationalen Studentenheim konnten die aus Sicherheitsgründen erfolgten Auflagen der Baubehörde im Haus C und E, betreffend die Elektro- und Gasinstallationen, fertiggestellt werden. Der Feuerwehr wurden fünf transportable Notstromaggregate, die auch in Einsatzfahrzeugen eingebaut werden können, übergeben.

Die Betriebsgruppe hat in 60 Fällen bei Störungen direkt mit eigenen Monteuren eingegriffen und die Störungsbehebung durchgeführt. In sieben Spitälern und Pflegeheimen konnten die vorbereiteten Arbeiten für die Übernahme von Störungseinsätzen abgeschlossen werden. Die Überprüfungen auf Sicherheit der elektrischen Einrichtungen wurden in acht Spitälern und Pflegeheimen durchgeführt. Als weitere besondere Leistungen sind die Belastungsmessungen, die Zusammenarbeit mit den Elektrizitätswerken bei Wartungsarbeiten in Mittelspannungsschaltanlagen sowie der Einsatz bei der Volksbefragung zu nennen.

Von der Gruppe U-Bahn-Bau wurden im Rahmen des U-Bahn-Baues Elektro-, Wasser- und Sanitärinstallationsarbeiten durchgeführt sowie der Einbau von Fahrtreppen, Aufzügen, Pumpanlagen und Trockenlöschleitungen vorgenommen. Ferner wurden auf der Linie U 1 im Bereich der Stationen Reumannplatz, Keplerplatz, Südtiroler Platz, Taubstummengasse, Karlsplatz, Stephansplatz, Schwedenplatz und Nestroyplatz die in Haftung befindlichen Leistungen periodisch überprüft. Die Behebung von Garantiemängeln mußte veranlaßt werden. Die Eröffnung der Station Praterstern fand am 28. Februar, rund zwei Monate vor dem ursprünglich geplanten Eröffnungstermin, statt. Bei den Stationen Vorgartenstraße, Donauinsel, Kaisermühlen, Alte Donau und Kagran wurden die Arbeiten planmäßig fortgesetzt. Das Lüftungsbauwerk Sezession wurde nach der Eröffnung der U 2 wegen der Straßenbahnrampe nachträglich fertiggestellt. Die Garantiemängelbehebung der bereits eröffneten U 2 mußte veranlaßt werden. In der Schottenpassage am Ring waren Adaptierungsarbeiten auf Grund der Verbindung mit der Linie U 2 durchzuführen. Die Installationsarbeiten in der Station Hütteldorf, Linie U 4, wurden planmäßig abgeschlossen, die Installationsarbeiten an den Trockenlöschleitungen im gesamten Wiener U-Bahn-Netz fortgesetzt. Die Erhaltung und der Betrieb der elektrischen und sanitären Anlagen sowie der Fahrtreppen in den fünf Ringpassagen und am Landstraßer Markt mußten weitergeführt werden. Die Anlagen der MA 28, wie Lagerplätze, Stiegenrampen usw., wurden von der MA 34 als Fachabteilung betreut. Als Fachabteilung hat die MA 34 ferner an den Planungsarbeiten der U 3 und U 6 mitgewirkt. Weiters erfolgte die Erarbeitung von neuen Ausschreibungsgrundlagen für Arbeiten der Abteilung am künftigen U-Bahn-Netz. Planungsarbeiten an den neu zu errichtenden Autobahnmeistereien Kaisermühlen und Grinzinger Straße wurden durchgeführt. Die Kosten für die genannten Arbeiten der Abteilung betrugen für das Jahr 1981 rund 60 Millionen Schilling.

Durch den Einbau selbstschließender Armaturen für Duschanlagen im Hallenbad Simmering und im Stadthallenbad erfolgte eine Wasserersparnis von 20 Prozent. Auf der Donauinsel hat die Gruppe Kultur mobile Pumpenaggregate installiert, die, unabhängig vom städtischen Trinkwasserversorgungsnetz, die Bewässerung der Grünflächen ermöglichen. Zur Pflege des Wiener Baumbestandes wurde in 14, Hadikgasse, versuchsweise eine spezielle Baumbewässerungsanlage installiert. Da sich dieser Versuch als erfolgversprechend erwies, kann dieses Bewässerungssystem nun verstärkt eingesetzt werden.

Für das Stadtgebiet von Wien wurde von der Gruppe Nachrichtentechnik ein Warn- und Alarmierungsprojekt erstellt. In den Amtshäusern 21 und 20 mußten die alten Telephonanlagen durch moderne Anlagen ersetzt werden.

Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens sowie der Wohnbauförderung und der Wohnungsverbesserung

Im Jahre 1981 wurden in der Abteilung 17.118 Wohnungsansuchen eingebracht. 7.495 Fälle konnten in Vormerkung genommen werden, von denen 1.110 wegen bestehender oder drohender Obdachlosigkeit, 4.483 wegen Überbelages ihrer Wohnungen, 264 wegen gesundheitsschädlicher Wohnungen und 330 wegen getrennten Haushaltes von Ehegatten berücksichtigt wurden. 796 Parteien konnten ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes wegen ihre in einem höheren Stockwerk gelegene Wohnung nicht mehr erreichen, 424 Ehepaare wohnten in Untermiete und in 88 Fällen handelte es sich um die Räumung von Dienstwohnungen infolge Pensionierung. Am Ende des Jahres 1981 standen 22.994 Wohnungssuchende in Vormerkung, unter denen sich 1.738 sogenannte Notstandsfälle befanden; diese Personen waren obdachlos oder von der Obdachlosigkeit bedroht. Die 18 Außenstellen der Vormerkungsgruppe hatten im Jahre 1981 26.024 Ansuchen von neuen sowie von bereits vorgemerkt gewesenen Wohnungswerbern in 27.432 Erhebungen zu überprüfen. Außerdem haben 97.608 Parteien vorgesprochen.

In der Zeit von Jänner bis Dezember 1981 erfolgten 7.088 Zuweisungen von Gemeindewohnungen an Wohnungswerber. Von diesen zugewiesenen Wohnungen wurden 1.762 in Neubauten erstmals vergeben, darunter 37 in Vorvergabe, das heißt, sie wurden noch vor ihrer Fertigstellung zugewiesen. 4.217 Wohnungen in Gemeindebauten wurden neuerlich vermietet und weitere 972 bereits einmal bezogene Wohnungen gegen Entrichtung eines Baukostenbeitrages wieder vermietet. Die meisten Mieter, nämlich 2.107 oder 29,7 Prozent, kamen aus überbelegten Wohnungen, bei 1.453 Einzelpersonen oder 20,5 Prozent der Zuweisungen handelte es sich in erster Linie um Polizisten, Zuwanderer, Krankenschwestern, Studenten, um Personen aus Herbergen und überbelegten Wohnungen sowie um Geschiedene.

In 593 Fällen oder bei 8,4 Prozent der Vergaben nahm man Bedacht auf Behinderungen durch Krankheit. 538 Mieter (7,6% der Zuweisungen) kamen aus Häusern, die wegen Assanierung oder Bauvorhaben der Gemeinde Wien freigemacht wurden. 328 Ehepaare (4,6% der Zuweisungen) lebten bisher in Untermiete, weitere 155 (2,2%) in getrennten Haushalten. 174 Familien (2,5%) waren obdachlos oder unmittelbar von der Obdachlosigkeit bedroht, 176 (2,5%) kamen aus gesundheitsschädlichen Wohnungen. Bei 435 Fällen (6,1%) lag ein Wohnungswechsel in eine größere Wohnung vor, 131 (1,9%) betrafen Familienzusammenführungen, 204 (2,9%) Wohnungszusammenlegungen, 75 (1,1%) den Zuzug aus anderen Bundesländern. In 121 Fällen (1,7%) waren es Mieter, die aus Dienstwohnungen kamen. In 249 Fällen (3,5%) erfolgte die Vergabe nach Delogierungen wegen Selbstverschuldens, wegen Kündigung infolge Zinsrückstandes bei meist zu hoher Miete, oder es waren Jugendamtsfälle und dergleichen, bei 71 (1,0%) lagen Krankheitsfälle vor, die laut ärztlichem Attest Wasser, WC oder Bad in der Wohnung benötigen. In 35 Fällen (0,5%) handelte es sich um Behinderte, 21 Fälle oder 0,3 Prozent der Vergaben betrafen Krankenschwestern, Politessen sowie Polizisten, die in Kasernen wohnten, oder es waren Herbergsfälle. In 19 Fällen (0,3% der Vergaben) kam es zur Zuweisung nach einem Räumungsauftrag des Gesundheitsamtes wegen offener Tuberkulose, in 4 Fällen lag die Verpflichtung vor, die Freimachung von Superädifikaten durchzuführen, oder es waren Mieter, die aus gemeindeeigenen Abbruchhäusern kamen und denen von der Gemeinde Wien gemäß § 21 a Mietengesetz eine Wohnung angeboten werden muß. In 130 Fällen (1,8%) waren es Hauswarte aus Gemeindewohnungen, in 67 Fällen (0,9%) lagen Hauswartbestellungen vor. Bei 60,1 Prozent der insgesamt zugeteilten Wohnungen wurden 4.261 junge Ehepaare berücksichtigt. Die Ausweisung der sozialen Stellung der Wohnungswerber, die 1981 eine Gemeindewohnung erhielten, zeigt auf, daß es sich überwiegend um Arbeiter, Angestellte und öffentlich Bedienstete handelte. Unter ihnen fanden sich 2.099 (29,6%) Arbeiter, 1.681 (23,7%) Angestellte, 1.323 (18,7%) öffentlich Bedienstete sowie 1.188 (16,8%) Pensionisten. 473 (6,7%) im Haushalt Tätige, 156 (2,2%) Studenten, 120 (1,6%) freischaffend oder selbständig Erwerbstätige sowie 48 Ärzte (0,7%) waren gleichfalls unter den bedachten Wohnungssuchenden.

Im Referat für W o h n b e i h i l f e war wieder eine starke Zunahme des Arbeitsanfalles zu verzeichnen, da im Laufe des Jahres 1981 drei Außenstellen in Betrieb genommen worden sind, und zwar im Februar in 22, Schrödingerplatz, im Mai in 21, Am Spitz, und im Juni in 12, Am Schöpfwerk. Da die Dezentralisierung keine bloße Regionalisierung für die Einreichung und Bearbeitung der Wohnbeihilfen bedeutet, wird den Parteien die Möglichkeit gegeben, Einreichungen unabhängig vom Wohnort vorzunehmen. Mit dieser Maßnahme wird vor allem auf die Bedürfnisse des einzelnen, insbesondere auf seinen Arbeitsplatz, Rücksicht genommen. Durch die Dezentralisierung hat sich auch die seit Jahren bestehende schwierige Situation in der Zentrale der Wohnbeihilfenstelle insoferne entschärft, als die Wartezeiten erträglich wurden.

Insgesamt wurden 78.327 bescheidmäßige Erledigungen, wie Zuerkennungen, Änderungen, Ablehnungen und Einstellungen, durchgeführt, was im Vergleich zum Vorjahr eine Zunahme um rund 30 Prozent bedeutet. Unter den angeführten Erledigungen waren 30.868 Zuerkennungsbescheide, und zwar 7.318 Erstanträge und 23.550 Verlängerungsanträge. In 1.710 Fällen erfolgte die Abweisung von Anträgen wegen zu hohen Familieneinkommens oder wegen Nichtbezahlung der Annuität, oder es konnte nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 keine Förderung gewährt werden. In einigen Fällen handelte es sich bei den Antragstellern nicht um österreichische Staatsbürger. Aus diesen Gründen mußten in weiteren 1.455 Fällen Wohnbeihilfen eingestellt werden. Außerdem waren in 44.294 Fällen Änderungsbescheide zu verfassen.

In der Informationsstelle für Wohnbeihilfe, die gleichzeitig auch Einreich- und Bearbeitungsstelle für Wohnbeihilfe ist, sprachen in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 40.889 Mieter, Nutzungsberechtigte, Wohnungseigentümer oder Personen vor, die ihre Wohnung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz 1969 verbessert hatten oder verbessern wollten und beabsichtigten, für die Rückzahlung des Wohnungsverbesserungskredites Wohnbeihilfe zu beantragen. Telephonische Auskünfte wurden 34.248 Personen erteilt.

Die Bearbeitung von S t u n d u n g e n und Ratenzahlungen der Baukostenbeiträge, Ausfallshaftungen von zinsenlosen Wohnbaukrediten (Wiener Wohnbaufonds und Wiener Wohnbauförderungszuschußfonds), von Wohnungstäuschen sowie von Abschreibungen von ausständigen, uneinbringlichen zinsenlosen Wohnbaukrediten und Eigenmittelersatzdarlehen war gleichfalls durchzuführen. Von den Ende des Jahres noch abhängigen 6.579 Stundungsakten mußten 1.093 einer Neubemessung bzw. Überprüfung unterzogen werden.

Im Jahre 1981 lag der Schwerpunkt der aufsichtsbehördlichen Tätigkeit gemäß den Bestimmungen des W o h n u n g s g e m e i n n ü t z i g k e i t s g e s e t z e s (WGG), BGBl. Nr. 139/1979, bei der Beobachtung der wirtschaftlichen Entwicklung der gemeinnützigen Bauvereinigungen insbesondere im Hinblick auf die Bautätigkeit. Durch die auf Grund steigender Baupreise exorbitant hoch verzinsten Mittel des Kapitalmarktes und den daraus resultierenden Anstieg der Subjektförderung sind die für den Wohnungsneubau zur Verfügung stehenden Wohnbauförderungsmittel noch knapper geworden. Somit bestand die Gefahr, daß der Bereich der Bauverwaltung unwirtschaftlich wird, da der interne Aufbau vieler Bauvereinigungen auf die früher intensivere Neubautätigkeit ausgerichtet war. Dazu kommt die Beschränkung der überwälzbaren Bauverwaltungskosten mit

3 Prozent der Gesamtbaukosten gemäß der Entgeltrichtlinienverordnung, BGBl. Nr. 522/1980. Die vordringlichste Aufgabe war es daher, geeignete Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Österreichischen Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen-Revisionsverband zur Anpassung der Unternehmen an die geänderten Voraussetzungen herbeizuführen. Eine endgültige Aussage über den Erfolg dieser Maßnahmen wird erst im Zuge der weiteren Entwicklung gemacht werden können.

Bemerkenswert ist weiters, daß die Zahl der Beschwerden von Wohnungsinhabern und Wohnungswerbern über gemeinnützige Bauvereinigungen sprunghaft abgenommen hat, da jene die Verfolgung ihrer Rechte nunmehr vermehrt im Wege eines Antrages gemäß § 22 WGG bei der Schlichtungsstelle vornehmen. Die Anpassung der Genossenschaftsverträge (Gesellschaftsverträge, Satzungen) gemäß § 39 Abs. 2 WGG, zu der die Bauvereinigungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes über die Gemeinnützigkeit im Wohnungswesen vom 23. Juli 1940, deutsches RGBl. I 1012, als gemeinnütziges Wohnungsunternehmen anerkannt waren, innerhalb von zwei Jahren, gerechnet vom Tage des Inkrafttretens der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes, verpflichtet sind, konnten im Jahre 1981 nahezu lükkenlos einer Genehmigung zugeführt werden. Für jene unter Aufsicht der Abteilung stehenden Bauvereinigungen, für die noch keine Genehmigung im Jahre 1980 erteilt worden war, konnte im Hinblick auf die Vollziehungsbestimmung des Artikels IV Abs. 2 Ziff. 1 WGG 1979 mangels einer entsprechenden Delegation gemäß § 132 Abs. 1 der Wiener Stadtverfassung mit Bescheiden unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Wiener Landesregierung vom 24. März bzw. 9. Juli 1981, Pr. Z. 709 bzw. 1913, die Genehmigung der Änderung gemäß § 39, Abs. 2 WGG erteilt werden.

In Erfüllung des Punktes 10 der Wohnbauförderungszusicherung wurden von 52 geförderten Bauvorhaben mit insgesamt 3.369 Wohnungen durch Verhandlungen mit den Wohnungsunternehmen (Förderungswerbern) 922 Wohnungen dem Wohnungsberatungszentrum zur Vergabe an Wohnungssuchende zur Verfügung gestellt. Die höhere Zahl der zu vergebenden Wohnungen gegenüber den Vorjahren ergibt sich aus dem Umstand, daß bei Bauvorhaben, deren Förderung nach dem 1. Oktober 1980 zugesichert wurde, nunmehr 25 Prozent statt früher 10 Prozent der Nutzfläche zur Verfügung gestellt werden müssen.

Im Rahmen der aufsichtsbehördlichen Tätigkeit über gemeinnützige Wohnungsunternehmen wurden 55 Prüfungsberichte, 48 Stellungnahmen zu Prüfungsberichten, 73 Bilanzen und Geschäftsberichte und 100 Versammlungsprotokolle bearbeitet. 53 Gebarungs- und Gemeinnützigkeitsbestätigungen sowie 2 Ausnahmegenehmigungen wurden ausgefertigt, 7 Baupausen durchgeführt, 27 Satzungs- bzw. Gesellschaftsvertragsänderungen beantragt und 3 Fusionierungen sowie 2 Sitzverlegungen überprüft. Neben der Teilnahme an 20 Versammlungen wurden 95 Besprechungen mit Vertretern von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und 24 mit Vertretern des Verbandes bzw. der Finanzlandesdirektion geführt. 41 Berichte, Antwortentwürfe und Stellungnahmen waren an vorgesetzte Dienststellen abzufassen und 37 Anfragen von Gerichten und anderen Behörden zu beantworten. In 33 Fällen mußten Anfragen an andere Behörden und an den Prüfungsverband, in weiteren 46 Anfragen, Anweisungen und Aufforderungen an gemeinnützige Wohnungsunternehmen gerichtet werden. Ferner waren 45 Eingaben und Anfragen von gemeinnützigen Wohnungsunternehmen und 19 Eingaben und Beschwerden von Parteien abzuhandeln sowie 157 Vorsprachen von Parteien anzuhören. 50 Verhandlungen mit Förderungswerbern dienten der Festlegung jener Wohnungen, für die der Stadt Wien ein Vorschlagsrecht einzuräumen ist. Schließlich mußten in 42 Fällen der Prüfungsbeginn, in weiteren 46 der Prüfungsabschluß und in 94 Änderungen im Vorstand, in der Geschäftsführung oder im Aufsichtsrat angezeigt werden.

Im Jahre 1981 wurden 13.375 Begehren um Gewährung von Förderungsmaßnahmen nach dem W o h n u n g s v e r b e s s e r u n g s g e s e t z eingebracht. In insgesamt 12.791 Fällen, darunter 11.287 Mieter, 1.489 Eigentümer und 15 Fälle der Stadt Wien, wurde ein Darlehen von 783,543.528 S zugesichert. In Einzelanlagen wurden 1.667 Wasser-, 1.362 Strom- und 1.203 Gasinstallationen gefördert, ebenso wie die Einrichtung von Heizungen in 5.341, von Badeanlagen in 2.589 und von WC-Anlagen in 827 Wohnungen. 351 Fälle von Wohnungszusammenlegungen, 2 Wohnungsteilungen, 399 Änderungen der Grundrißgestaltung sowie 6.295 Schall- und Wärmeisolierungen konnten gefördert werden. In Gemeinschaftsanlagen waren es 101 Wasser-, 72 Strom- und 100 Gassteigleitungen, ferner die Errichtung von 35 Aufzügen, 9 Zentralheizungen sowie 136 Maßnahmen zur Schall- und Wärmeisolierung, für die das Wohnungsverbesserungsgesetz in Anspruch genommen wurden. Insgesamt waren 17.486 Wohnungen von der Förderung betroffen.

Im Rahmen der W o h n b a u f ö r d e r u n g hat der Beirat in 3 Sitzungen bzw. durch einen Rundlauf 5.402 Wohnungen, 65 Lokale und 839 Ledigenräume positiv begutachtet. Gleichzeitig genehmigte die Landesregierung Darlehen in der Höhe von 115,590.200 S für die Errichtung von 5.530 Wohnungen, 50 Lokalen, 4 Ordinationen und 708 Ledigenräume, einschließlich nachträglicher Flächenerweiterung und Erschwernisse, und einen Gesamtbetrag von 667,105.300 S als Nachtragsdarlehen zum Abfangen der Zinssteigerung der Hypothekardarlehen und der Baukostensteigerung durch 5prozentige Anhebung der Landesdarlehen bei gleichzeitig 5prozentiger Anhebung der Gesamtbaukosten. Für die Sanierung von 31 Wohnungen und die Errichtung von 106 Aufzügen wurden im Rahmen der Wohnbauförderung zur „Durchführung von Verbesserungen größeren Umfanges" von der Landesregierung Darlehen in Höhe von 48,867.600 S genehmigt und auch zugesichert. Im

Rahmen der Förderungsaktion zum Ausbau von Dachböden für Wohnzwecke wurden mit Gemeinderatsbeschluß vom 16. Dezember 1976, Pr. Z. 4426, 24 Wohnungen mit 4,952.700 S finanziert. Weiters konnten zur Erleichterung der Eigenmittelaufbringung in 2.969 Fällen Eigenmittelersatzdarlehen mit einem Gesamtbetrag von 102,3 Millionen Schilling gewährt werden. Zur Auszahlung gelangten an Wohnbauförderungsdarlehen 2.953,699.000 S, an Annuitätenzuschüssen 727,171.000 S, an Darlehen für Verbesserungen gemäß Wohnbauförderungsgesetz 1968, § 1 Abs. 1 lit. d., 28,670.000 S sowie zinsenfreie Darlehen zur Erleichterung der Eigenmittelaufbringung in der Höhe von 97,624.000 S. Um die Annuität herabzusetzen, wurden im Rahmen des Wiener Wohnbauförderungszuschußfonds Annuitätenzuschüsse von rund 83,6 Millionen Schilling geleistet.

Am 7. Juli 1981 hat die Wiener Landesregierung beschlossen, die ab dem 2. Halbjahr 1981 zu leistenden Annuitätenzuschüsse gemäß § 15 a Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 50 Prozent der für die Hypothekardarlehen jeweils zu leistenden tilgungsmäßigen Annuitäten zu bemessen. Für die Berechnung des jeweiligen Zuschusses ist die zweifache Zinsfußdifferenz vom 1. Halbjahr auf das 2. Halbjahr 1981 heranzuziehen und zu dem ursprünglichen Zinsfuß laut Erstzusicherung zu addieren. Ebenso ist bei einer allfälligen Zinssatzerhöhung zwischen dem 2. Halbjahr 1981 und 1. Halbjahr 1982 zu verfahren, wobei ein Zinssatz von 11,75 Prozent nicht überschritten werden darf.

Der Wohnbauförderungsbeirat hat in seiner 37. Geschäftssitzung beschlossen, bei der Zustimmung zur Weiterveräußerung von im Rahmen der Wohnbauförderung 1954 und 1968 geförderten Eigentumswohnungen die Übernahme des noch aushaftenden Darlehens vom Verwandtschaftsverhältnis bzw. vom Vorliegen eines Sozialfalles abhängig zu machen. So kann nur im ersten Fall des Darlehen uneingeschränkt übernommen werden, im zweiten Fall ist die Hälfte des Darlehens zurückzuzahlen, wobei der Annuitätenzuschuß für das restliche Darlehen aufrecht bleibt. Sollte keiner der beiden Fälle vorliegen, ist das aushaftende Darlehen zur Gänze zurückzuzahlen. In der 39. Geschäftssitzung wurde vom Beirat beschlossen, daß im Falle der Errichtung von Eigentumswohnungen das Landesdarlehen gemäß § 11 Abs. 1 Wohnbauförderungsgesetz 1968 60 Prozent der angemessenen Gesamtbaukosten, im Fall der Errichtung von Miet- und Genossenschaftswohnungen sowie Heimen 65 Prozent und im Falle der Errichtung von städtischen Wohnbauvorhaben 70 Prozent zu betragen hat. Für alle in den Jahren 1979 und 1980 zugesicherten und noch nicht endabgerechneten Bauvorhaben wird eine Nachförderung unter Berechnung einer Erhöhung von höchstens 5 Prozent der in der ursprünglichen Zusicherung enthaltenen Gesamtbaukosten gewährt. Im Anschluß daran erfolgt für die in den Jahren 1979 und 1980 zugesicherten und noch nicht endabgerechneten Bauvorhaben eine nachträgliche Anhebung des Landesdarlehens im Ausmaß von 5 Prozent des neu berechneten Finanzierungsplanes. Im gleichen Ausmaß ist das Hypothekardarlehen zu verringern. In seiner 40. Geschäftssitzung hat der Beirat weiter festgesetzt, auch für die im Jahr 1979 zugesicherten Darlehen die Lohnerhöhungen nachzufördern.

Im Rahmen der Tätigkeit des Revisionsdienstes wurden 799 Objekte auf ihre widmungsgemäße Verwendung überprüft, davon 762 Wohnungen in Mehrwohnungshäusern und 37 Eigenheime. Bei insgesamt 154 Wohnungen kam es zu Beanstandungen; schließlich wurden 55 Fälligstellungen ausgesprochen, in 7 weiteren Fällen Annuitätenzuschüsse eingestellt. Auf Grund dieser Revisionen wurden 20,5 Millionen Schilling im Jahre 1981 fälliggestellt und zurückgefordert, wovon ein Betrag von rund 2 Millionen Schilling auch bereits vereinnahmt wurde.

Im Rahmen des Rückzahlungsbegünstigungsgesetzes wurden 1981 insgesamt 903 Anträge eingebracht, wovon 541 einer positiven Erledigung zugeführt werden konnten. Dadurch sind rund 44,5 Millionen Schilling an Wohnbauförderungsmitteln zurückgeflossen.

In der Zentralen Schlichtungsstelle betrug der Gesamteinlauf 515 Geschäftsstücke gegenüber einem Gesamtauslauf von 469 Geschäftsstücken. Mit 1. September 1975 trat das Wohnungseigentumsgesetz 1975, BGBl. Nr. 417/1975, in Kraft. Nach diesem Gesetz wurden die Eigenanteile nicht mehr in Form von Mietwerten 1914, wie dies nach dem im Jahre 1948 beschlossenen Wohnungseigentumsgesetz vorgesehen war, festgesetzt, sondern nach Nutzwerten auf Grund der jetzigen Erfahrungen. Die Bestimmungen des alten Wohnungseigentumsgesetzes gelten auch weiterhin für jene Fälle, in denen zumindestens ein Objekt im Wohnungseigentum bis 31. August 1975 eingetragen bzw. der Antrag auf Verbücherung vor diesem Termin gestellt wurde. Nach der ständigen Rechtssprechung ist vor der Entscheidung gemäß der §§ 3 und 5 des Wohnungseigentumsgesetzes zwingend eine mündliche Verhandlung abzuhalten (LG f. ZRS vom 20. Jänner 1977, Zl. 41 R 719/76). Außerdem sind gemäß § 26 Abs. 2 Ziff. 1 Wohnungseigentumsgesetz 1975 alle Miteigentümer und alle Wohnungseigentümer Partei. Dieser Umstand bewirkt einen erhöhten Arbeitsaufwand, dem aber keine erhöhte Anzahl von Erledigungen gegenübersteht.

Ein Großteil der Wohnungseigentumsbewerber stellt telephonische Anfragen und spricht im Parteienverkehr vor. Die Verhandlungen selbst sind in den meisten Fällen langwierig, da die Wohnungseigentumsbewerber auch ihre zivilrechtlichen Wünsche, wie Verkauf von Kfz-Abstellplätzen, vorbringen, wobei sie natürlich auf den Zivilrechtsweg verwiesen werden müssen. Eine Neuerung durch die Mietengesetznovelle 1974 ist die Möglichkeit der vorläufigen Mietzinserhöhung, die schon bei der ersten Grundsatzentscheidung bewilligt werden kann. Von dieser Möglichkeit wird zur Vermeidung von Zwischenzinsen fast immer Gebrauch gemacht. Durch diese

Gesetzesänderung wurde auch eine Mietzinsbeihilfe für Mieter, deren Mietzins gemäß § 7 des Mietengesetzes um mehr als das Vierfache erhöht wird, eingeführt. Im Jahre 1981 wurden 949 derartige Bescheinigungen für Mietzinsbeihilfe zur Verwendung bei den Finanzämtern ausgestellt.

Durch die Änderung der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien wurde die Zuständigkeit der Abteilung mit der Überwachung der Mietzinsbildung gemäß § 32 Abs. 7 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 und den Entscheidungen gemäß §§ 7 und 12 des Mietengesetzes im Zusammenhang mit § 32 Abs. 5 des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 sowie um die Entscheidungen gemäß § 12 des Mietengesetzes im Zusammenhang mit § 6 Abs. 6. Ziff. 2 des Wohnungsverbesserungsgesetzes erweitert. 1981 wurde kein Antrag gemäß § 6 Abs. 6 Ziff. 2 des Wohnungsverbesserungsgesetzes gestellt, jedoch 3 Anträge gemäß § 32 Abs. 5 des Wohnbauförderungsgesetzes eingebracht. Da die Bauten nach dem Wohnbauförderungsgesetz noch relativ neu sind, gibt es derzeit keine große Anzahl von Anträgen, doch wird die Zahl dieser Anträge im Laufe der Zeit zunehmen. Diese Erweiterung kann als echte Verbesserung des Bürgerservices bezeichnet werden, weil sich nunmehr sowohl die Akten bezüglich Wohnbauförderung als auch die hinsichtlich Wohnungsverbesserung sowie die dazu gehörenden Schlichtungsakten bei einer Dienststelle sind, nämlich der Abteilung befinden, wodurch die Schlichtungsverfahren rascher als in der Zeit, in der die Zuständigkeit bei den magistratischen Bezirksämtern gelegen war, abgewickelt werden können.

Mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 können nun Nutzungsberechtigte, Mieter und Wohnungseigentumsbewerber einer gemeinnützigen Bauvereinigung gemäß § 22 des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes die Schlichtungsstelle anrufen und Entscheidungen hinsichtlich der Feststellung der Zulässigkeit des von der Bauvereinigung gemäß § 14 begehrten Entgeltes, hinsichtlich der Erhöhung der Rückstellungsbeträge wegen Durchführung von ordnungsgemäßen Erhaltungsarbeiten nach § 14 Abs. 2, hinsichtlich der Feststellung des von der Bauvereinigung begehrten Preises gemäß § 15, ferner in bezug auf die jährliche Abrechnung gemäß § 19 und auf die Höhe des nach § 17 zurückzuzahlenden Betrages bei Ausscheiden eines Wohnungsinhabers begehren. Die Anträge werden zunächst vermutlich aus Unkenntnis nur zögernd eingebracht: So wurden im Jahre 1981 nur 18 Anträge vorgelegt. Das Ermittlungsverfahren ist umfangreich und mit den vorhandenen Amtssachverständigen, etwa für Buchhaltungsfragen, nicht durchzuführen, da der Magistrat der Stadt Wien keine derartigen Amtssachverständigen besitzt. Es könnte daher sein, daß dann Privat- bzw. Gerichtssachverständige herangezogen werden müssen, deren Kosten aufzuerlegen sind. So kann es sich ergeben, daß das an sich kostenfreie Schlichtungsverfahren mit vielleicht erheblichen Kosten verbunden ist.

Aus dem Bereich des Referates für den Wohnhaus-Wiederbau sind folgende Verfügungen zu berichten: Durch das sogenannte Neuvermietungsgesetz (NVG), Bundesgesetz vom 3. Dezember 1956, BGBl. Nr. 225/1956, wurde gemäß dessen § 14 die Bewirtschaftung aller unter Zuhilfenahme von Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds errichteten Wohnungen normiert, soferne es sich nicht um gemäß § 4 dieses Gesetzes ausgenommene Großwohnungen, Eigentumswohnungen usw. handelt. Mietverträge über bewirtschaftete Wohnungen bzw. alle sonstigen Verfügungen des Hauseigentümers ohne Zustimmung der Gemeinde — im Falle von Wien die Abteilung — sind gemäß § 5 Abs. 3 NVG nichtig. Neue Wohnungen unter Zuhilfenahme von Mitteln des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds werden nicht mehr errichtet, weil seit 1. Jänner 1968 die öffentliche Wohnbautätigkeit, soferne Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden, durch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 geregelt wird. Unter die Bewirtschaftungsbestimmungen des Neuvermietungsgesetzes fallen daher keine Erstvermietungen von Wohnhaus-Wiederaufbauwohnungen mehr, sondern nur mehr die sogenannten Zweit- oder weiteren Vermietungen nach Ende der Innehabung von Wohnungen.

Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude

Im Jahre 1981 wurden weitere Verbesserungen in städtischen Wohnhausanlagen durchgeführt. Den größten Anteil an den finanziellen Mitteln hatten die Aufwendungen für den nachträglichen Einbau von Aufzügen. Die Abteilung hat weitere 192,178.000 S an Förderungsmitteln für 192 Aufzüge in 44 Wohnhausanlagen beantragt. In neun Wohnhausanlagen wurden 36 Aufzüge generalinstandgesetzt.

Die Wohnhausanlage in 2, Handelskai 214, wurde an das Fernwärmenetz angeschlossen, die Arbeiten werden anfangs 1982 beendet sein. Dafür wurden Wohnungsverbesserungsmittel in der Höhe von 1,954.000 S verwendet. Vorarbeiten für den nachträglichen Einbau von Zentralheizungsanlagen in 10, Laxenburger Straße 92, mit 4 Stiegen und 61 Wohnungen, und in 20, Brigittenauer Lände 138—142, mit 3 Stiegen und 60 Wohnungen, wurden geleistet. Ferner konnten in elf Wohnungen unter Inanspruchnahme von Wohnungsverbesserungsmitteln Heizungen eingebaut werden; die Kosten hiefür betrugen 280.480 S.

Ferner wurde in vier Wohnhausanlagen mit dem Austausch von Fenstern begonnen, das heißt, es wurden Kunststoffenster oder Schallschutzfenster eingesetzt. Für diesen Zweck wurden Wohnungsverbesserungsmittel in der Höhe von 28,689.389 S beantragt. Um eine Wärmedämmung herzustellen, wurde mit der Einmantelung einer Wohnhausanlage mit 68 Stiegen begonnen. Die Gesamtbaukosten, für die Wohnungsverbesserung beantragt worden sind, machten 27 Millionen Schilling aus. Die Arbeiten werden sich auf vier



Die erste Zweigstelle des Wohnungsberatungszentrums wurde im Amtshaus des 22. Bezirks, Schrödingerplatz 1, in Betrieb genommen

Wohnungsamt
Maschinentechnik, Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft

Anzeigetafel für Störmeldungen in der Funkzentrale der Heizwerkstätte

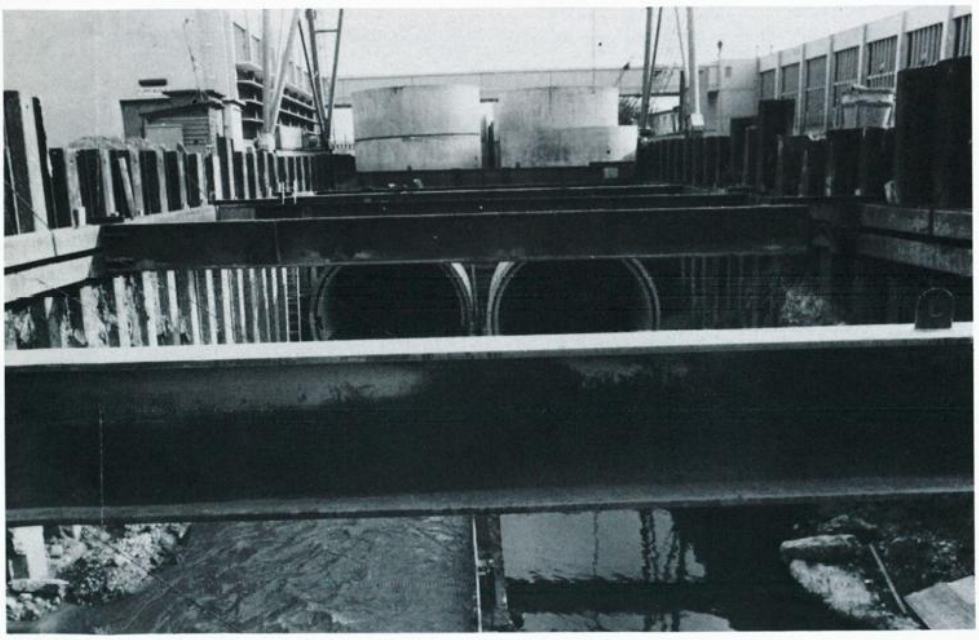




Abwasserhebewerk für den Asperner Sammelkanal

Kanalisation

Einbau der Fertigteilrohre in den Entlastungskanal für den Rechten Hauptsammelkanal



Jahre erstrecken. Für den Einbau von Fall- und Steigsträngen in zwei städtischen Althäusern konnten Wohnungsverbesserungsmittel in der Höhe von 702.000 S beantragt und auch zugesichert werden.

Für die Revitalisierung von denkmalgeschützten Althäusern in 7, Burggasse 11, wurden 10,330.333 S, in 8, Lenaugasse 19, Stiege 4, 15,253.899 S und in 13, Trautmannsdorffgasse 18, 12,209.974 S an Wohnbauförderungsmittel beantragt und zugesichert.

Die Hausinspektoren mußten 56,8 Millionen Schilling an Mietzinsrückständen und sonstigen Beträgen kassieren. Das mobile Team der Hausinspektoren wurde in den ersten drei Monaten des Jahres im Auftrage des amtsführenden Stadtrates der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung schwerpunktmäßig zur Kontrolle der Hausbesorgerarbeiten in großen Wohnhausanlagen des 2., 10., 11., 21. und 22. Bezirkes eingesetzt. Ungefähr 100 Hausbesorger, die rund 300 Stiegenhäuser betreuen, wurden zweimal monatlich kontrolliert. Außer diesen Kontrollen haben die mobilen Teams die notwendigen Erhebungen auf Grund von Beschwerden durchgeführt. Diese Teams wurden mit insgesamt 3.879 Erhebungen beauftragt, wobei immer wieder festgestellt werden konnte, daß es die Mieter begrüßen, auch in den Abendstunden ihre Probleme an Ort und Stelle erörtern zu können.

Die Abteilung hatte bereits im Jahre 1981 Vorbereitungsarbeiten zur Vollziehung des ab 1. Jänner 1982 in Kraft getretenen Mietrechtsgesetzes zu leisten. Da die gesamte Mietzinsberechnung über EDV erfolgt, waren entsprechende programmtechnische Änderungen bzw. Ergänzungen notwendig, die, soweit der Inhalt des neuen Gesetzes bekannt war, durchzuführen waren.

Mit 1. Jänner 1981 wurde die Verwaltung und der Betrieb der Herbergen für Obdachlose von der MA 12 in die Verwaltung der Abteilung übergeben. Insgesamt suchten 237 Familien und acht Einzelpersonen um Aufnahme in eine Unterkunft der Familienheime in 12, Kastanienallee 2, und 3, Gänsbachergasse 3, an. Hievon haben 82 Familien Gebrauch gemacht: 6 Familien oder 18 Personen wurden von der MA 50, 76 Familien von der MA 52 — Herbergenverwaltung eingewiesen. Somit wurden insgesamt 270 Personen in die Familienheime aufgenommen. Dort kamen zwölf Kinder zur Welt. Im gleichen Zeitraum haben 76 Familien bzw. 272 Personen die beiden Familienheime verlassen, 31 Familien bzw. 116 Personen erhielten eine Gemeindewohnung, 45 Familien oder 156 Personen haben sich selbst eine Unterkunft gefunden.

Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz

Kanalisation

Laut Gemeinderatsbeschluß vom 27. November 1978 wurde für das Jahr 1981 die Abwassergebühr mit 2,4 S je Kubikmeter festgelegt.

Im Jahre 1981 konnte wieder eine Reihe von K a n a l b a u t e n verschiedener Größenordnungen projektiert und ausgeführt werden. Größere Straßenkanäle mußten für die Aufschließung von B e t r i e b s b a u g e b i e t e n errichtet werden, so insbesondere der Asperner Sammelkanal im 22. Bezirk zur Aufschließung größerer zusammenhängender Flächen, die für die Ansiedlung von Industriebetrieben (z. B. Flughafen Aspern) gedacht sind. Ebenso wurde der Kanal in 22, Rautenweg, errichtet. Im Zuge dieser Aufschließung konnten im einzelnen die vier gleichzeitig durchgeführten Baulose des Asperner Sammelkanals einschließlich zweier Hebewerke termingerecht fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Dieser neue Schmutzwasserkanal dient als Vorflut für das gesamte Gebiet von Aspern bis Eßling, insbesondere für das General-Motors-Werk. Mit dem Bau des für die Entwässerung des Betriebsbaugebietes in 11, Hafen Albern, erforderlichen Kanals wurde begonnen. Die Arbeiten werden 1982 beendet werden.

Der Umbau des aus der Zeit der Jahrhundertwende stammenden untersten Teiles des Rechten Hauptsammelkanals, der sich zwischen Knoten Prater und der alten Ausmündung unterhalb des Elektrizitätswerkes Simmering befindet, auf ein Doppelprofil aus Fertigteilen Ø 4,30 m wurde am 30. März begonnen. Die schwierigsten Abschnitte, nämlich die Kreuzungsbauwerke mit der Kühlwasserver- und -entsorgung des Elektrizitätswerkes Simmering, konnten bereits im Jahre 1981 fertiggestellt werden. Im Bereich des Linken Donausammelkanals wurden die Arbeiten zur definitiven Ein- bzw. Anbindung der Sammelkanäle an denselben abgeschlossen.

Ebenfalls zu Ende geführt wurden die Planungsarbeiten für die Umleitung des derzeit noch in das Ziegelwasser ausmündenden Liesingtal-Sammelkanals zum Kanalnetz des Kaiserebersdorfer Sammelkanals. Im Zuge des Netzausbaues und für die Entsorgung städtischer Wohnhausanlagen bzw. Nutzbauten wurden Kanäle im 13., 14., 15., 17., 19., 21., 22. und 23. Bezirk verlegt.

Die Länge der Straßenkanäle hat Ende 1981 1,666.140 m erreicht, an Kanalneubauten wurden 10.956 m und an Kanalumbauten 1.736 m hergestellt.

Im Zuge der Bemühungen um einen verbesserten Hochwasserschutz konnten die Arbeiten für das Projekt WABAS 80 im Jahre 1981 mit der Herstellung der endgültigen Einmündung des Strebersdorfer, des Brünner-Straßen- und des Leopoldauer Sammelkanals in den Linken Donausammelkanal abgeschlossen werden. Gleichzeitig konnte in diesen Bereichen das bestehende Kanalnetz durch den Bau von Teilstücken des Strebersdorfer Sammelkanals (Überfuhrstraße, Weißenwolffgasse) und des Brünner-Straßen-Sammelkanals (Dammfuß der Floridsdorfer Hauptstraße bis Fännergasse) an den Linken Donausammelkanal angeschlossen werden.

In der Hauptkläranlage traten im Jahre 1981 keine Betriebsschwierigkeiten auf, die die geforderte Reinigungsleistung beeinträchtigt hätten. Im Spätsommer wurde eine Revision der Beckengruppe Süd durchgeführt. In diesem Zusammenhang wurden die Stahlplatten unter den Kreiseln in den Belebungsbecken zusätzlich befestigt. Um eine allfällige Umweltbelastung weitgehend zu verringern, wurden an den Kreiseltischen Abdeckschürzen montiert. Diese sollen eine eventuell auftretende Aerosolbelastung der Luft weitgehend ausschließen und den Geräuschpegel senken. Eine größere Betriebssicherheit der Räumer in den Nachklärbecken konnte dadurch erreicht werden, daß sie paarweise zusammengehängt wurden. Um einen gleichmäßigen Schlammabzug zu den EBS zu gewährleisten, wurde nach jedem Eindicker eine Mengenmessung installiert. Zur Hintanhaltung allfälliger Geruchsbelästigungen im Bereich des Eindickerverteilbauwerkes wurden Abdeckungen montiert. Zur Optimierung des Energiebedarfes wird eine Automatik, die die Kreiseldrehzahl nach dem jeweiligen Sauerstoffbedarf regelt, probeweise betrieben. Zur Gewährleistung der $FeSO_4$-Zugabe auch im Winter wurde im Eisensulfatbecken-Süd eine Heizung eingebaut. Aus klärtechnischer Sicht kann festgestellt werden, daß im ersten Halbjahr 1981 der von der Hauptkläranlage geforderte Kläreffekt voll erbracht wurde. Zeitweise kam es jedoch zu Schwierigkeiten im Schlammkreislauf mit den Entsorgungsbetrieben Simmering. Bei nicht günstigen Betriebsbedingungen mit zuviel Schlamm im Kreislauf wurde auf Wunsch der Wiener Holding vom 6. bis 12. April ein Kontrollversuch von der dazu beauftragten Firma VBB-SWECCO durchgeführt, der ebenfalls das Funktionieren der Hauptkläranlage bestätigte. Der zweite Versuch der VBB-SWECCO vom 22. Juni bis 17. Juli fand bei besseren Bedingungen statt und bestätigte die Ergebnisse der früheren Versuche. Die Reinigungsleistung der Hauptkläranlage wird von der MA 15 überwacht. Laut Wasserrechtsbescheid der MA 58 werden neben der Biologie der Anlage auch die Einflüsse des Ablaufes auf den Vorfluter beobachtet. Im Zusammenhang mit dem Labor der Hauptkläranlage sowie in Übereinstimmung mit der Technischen Universität Wien werden die entsprechenden Konrollanalysen durchgeführt.

Im Jahre 1981 wurden in der Hauptkläranlage rund 156 Millionen Kubikmeter Abwasser mechanisch-teilbio-

logisch gereinigt, wobei trotz der im ersten Halbjahr auftretenden Schwierigkeiten bei der Schlammbeseitigung und trotz der Maßnahmen im Verlauf der Schwedenversuche ein mittlerer Reinigungseffekt von 83 Prozent erreicht wurde. Dem Abwasser wurden auch 10.280 m³ Rechengut und 14.318 m³ Sandfang- und Schotterfanggut entnommen.

Im Interesse einer gemeinsamen Betriebsführung wurden mit 15. Juli die Betriebsanlagen der EBS von der Stadt Wien gepachtet; ab diesem Zeitpunkt hat die Betriebsführung dieser Anlage die Abteilung übernommen. In der ersten Phase der Übernahme mußte die Organisation des Betriebes in die Geschäftsgebarung der Stadt Wien eingegliedert werden. Gleichzeitig wurde durch das Anordnen entsprechender Maßnahmen bei der Betriebsführung auf der Schlammseite eine Verminderung der Geruchsentwicklung bei den Stapelbehältern erreicht. Es wurden die knapp unterhalb der Krone der Stapelbehälter einmündenden Schlammrohre bis knapp über die Sohle der Behälter verlängert, so daß eine ungestörte und ruhige Oberfläche ständig erhalten bleibt. Außerdem wurde nur mehr jeweils ein Stapler betrieben. In der zweiten Phase wurden bereits Maßnahmen gesetzt bzw. eingeleitet, um eine technische bzw. wirtschaftliche Verbesserung der Anlage zu erreichen, außerdem zahlreiche Ersatzteile beschafft und Reparaturen durchgeführt. Als Beispiel für eine technische Verbesserung darf der Einbau einer Absprühanlage bei den Schlackenförderbändern angeführt werden, wodurch eine ständige Reinigung dieser Bänder und damit ein Hintanhalten des Verschleißes erfolgen. Ferner wurde die Ausschreibung für die Abdeckung der Stapelbehälter vorbereitet, das Projekt einer elektrischen Verbindung zwischen Hauptkläranlage und den EBS durch die dafür zuständige Fachabteilung, die MA 34, ausgearbeitet und die Ausschreibung für die Herstellung der Zentralleitung von den EBS bis zu den Belebungsbecken der Hauptkläranlage vorgenommen. Seitens der Firma INOR wurden bei einer der drei Mahltrocknerstraßen wesentliche Umbauten durchgeführt und in der Zeit von Mitte November bis Mitte Dezember mit dieser Straße ein Probebetrieb gefahren. Dabei wurden jedoch nach wie vor die Garantiewerte nicht erreicht, so daß bezüglich dieser Anlagenteile weitere Gespräche zwischen der Geschäftsführung der EBS und dem Generalunternehmer dieser Firma erforderlich sind. Die Leistung der Anlage im Zeitraum vom 15. Juli bis zum Ende des Jahres bezüglich Beseitigung des in Fässern angelieferten oder lagernden und in Tankwagen zugeführten Sondermülls sowie des Klärschlammes kann aus nachfolgender Tabelle ersehen werden:

Zeitraum	Fässer in Stück	flüssige Abfallstoffe in Tonnen	Schlamm in Kubikmeter (Trockensubstanz 4—5 %)
15. bis 31. Juli	258	813	30.000
August	270	825	53.123
September	1.631	923	69.862
Oktober	4.373	755	71.258
November	6.457	638	80.973
Dezember	5.470	660	80.891
Insgesamt	18.459	4.614	386.107

In baupolizeilichen Angelegenheiten waren 6.200 neue Akten, davon 3.330 Kanalbefunde, zu bearbeiten sowie 5.130 Planbegutachtungen größerer Hauskanalanlagen im Parteienverkehr durchzuführen. 3.500 unerledigte Kanalinstandsetzungs- und Anschließungsaufträge aus früheren Jahren wurden überwacht.

Der Einsatzdienst der Abteilung im Kanalbetrieb hat in den ersten zehn Monaten 9.424 Einsätze erledigen müssen. Die Materialförderung aus allen Teilen des gesamten Kanalbetriebes war im Jahre 1981 wesentlich höher als in allen vorhergegangenen Jahren. So wurden 25.846 m³ geräumt. Im einzelnen wurden aus den Schotterfängen 5.042 m³, aus dem Hauptsammelkanalbetrieb 2.903 m³, aus den Straßenkanälen 1.490 m³, aus der Kläranlage Blumental 2.569 m³, aus der Hauptkläranlage 14.318 m³ und aus dem Pumpwerk Linker Donausammler 524 m³ geräumt. Durch Hochdruckwagenräumung wurden 561.079 m Rohrkanäle und eine wesentlich größere Strecke als früher an Profilkanälen, nämlich 900.802 m, geräumt.

Von den alten Hochwasserpumpwerken ist nur mehr das in Kaiserebersdorf in Betrieb, das an 29 Tagen Pumpbetrieb hatte. Sechs Kanalhebewerke förderten in den ersten zehn Monaten eine Abwassermenge von 2,426.800 m³, acht Regenwasserpumpwerke rund 99.600 m³. In der Kläranlage Blumental wurden 22,809.000 m³ Abwasser gereinigt, wobei der Energieverbrauch 3,938.500 kWh ausmachte. Der Rechengutanfall betrug 4.195 m³. Der Durchschnitt an Schmutzfracht beim Zulauf war 202 mg/1 BSB_5, der Schnitt beim Ablauf 16 mg/1 BSB_5.

Der Bestand an Senkgruben ist auf 31.620 angestiegen. Die Zahl der Senkgrubenräumungen betrug 20.393, die Gesamtaushubmenge 113.829 m³. Ferner waren 1.266 Abscheiderräumungen durchzuführen, wobei sich ein Gesamtaushub von 2.024 m³ ergab. Das Pumpwerk Linker Donausammler war fortlaufend schmutzwasserseitig und fallweise regenwasserseitig in Betrieb. Der Energieverbrauch betrug 33,815.040 kWh für sämtliche WABAS-Objekte einschließlich Hauptkläranlage. An Rechengut wurden 2.574 m³ abgeführt.

Für den weiteren Ausbau des Fahrzeugfunknetzes wurden vier weitere Funkgeräte in Fahrzeuge eingebaut. Für den erweiterten Einsatzwagenfunk wurde die Zentrale mit einem 5-Ton-Selektivruf ausgestattet. Zur Einbindung der Asperner Hebewerke in die automatische Funküberwachung der Zentrale wurden zwei weitere Funkgeräte angeschafft.

Auf Grund des altersbedingten Zustandes mußten drei Fäkalsaugwagen sowie ein Hochdruckwagen erneuert werden. Der Hochdruckwagen, der erst gegen Jahresende ausgeliefert wurde, wurde erstmals in einer lärmgeschützten Ausführung entwickelt, wobei nur ein Lärmpegel von 80 dB erreicht werden wird. Das Fahrzeug wird somit auch im verbauten Gebiet bei Nachteinsätzen besser eingesetzt werden können. Weiters mußten ein Unimog mit Kran sowie drei Mannschaftsfahrzeuge ebenfalls erneuert werden. Für den Schlauchtransport bei großen Überlängen bei der Senkgrubenräumung wurden zum Transport zwei Schlauchanhänger gekauft. Weiters wurde, um Senkgrubenräumungen in Kleingärten besser durchführen zu können, ein weiterer 3-m³-Wagen nach Genehmigung durch die Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation gekauft und zum Einsatz gebracht.

Im Zuge der Industrie- und Gewerbeabwasserprüfung wurden im Jahre 1981 wesentlich weniger Abwasserproben gezogen und verarbeitet als im Vorjahr, was sowohl durch Personalausfall als auch durch den Einsatz in der Hauptkläranlage verursacht worden ist. So konnten nur 1.142 Abwasserproben gezogen werden. Bei den vorgenommenen Kontrollen waren 180 negative Ergebnisse festzustellen. In 50 Fällen mußte zusätzlich Strafanzeige erstattet werden.

In Verfolgung des unbedingt notwendigen Sicherheitsgedankens im Abwasserwesen wurden bereits 21 Sicherheitskoffer (Aluminiumkoffer) den Kanalbetrieben übergeben. In diesen befinden sich jeweils ein Atemschutzgerät, ein Gasspürgerät, ein Explosimeter, ein Erste-Hilfe-Kasten und ein schnell montierbares Dreibein mit Flaschenzug und Stahlseil zum Aufziehen Bewußtloser. Darüber hinaus wurde vorerst eine größere Anzahl an Sicherheitshosen bei der MA 54 bestellt und 1981 noch geliefert.

Von den Fahrzeugen der Abteilung wurden in den ersten zehn Monaten rund 954.300 km zurückgelegt, davon vom Funkwagen 86.600 km, vom Hochdruckwagen 88.400 km, von den Senkgrubenräumfahrzeugen 336.300 km; die anderen Fahrzeuge legten 443.000 km zurück.

Insgesamt 50 Führungen wurden durchgeführt, an denen 2.129 Personen teilgenommen haben.

Wasserwerke

Das Wetter des Jahres 1981 zeichnete sich durch eine gleichmäßige Verteilung der Niederschläge aus, wodurch sich ein gleichmäßig gutes Wasserdargebot aus allen Quellen ergab. Die Wassergewinnung an den eigenen Grundwasserwerken an der I. Wiener Hochquellenleitung betrug 889.200 m³ (1980: 1,361.300 m³). Im Rahmen der Verbundwirtschaft an der I. Wiener Hochquellenleitung wurden an niederösterreichische Gemeinden 1,729.700 m³ Wasser abgegeben, im Vergleich zu 2,003.100 m³ im Jahre 1980, an der II. Wiener Hochquellenleitung an Gemeinden und sonstige Abnehmer außerhalb Wiens 249.700 m³ Wasser (1980: 246.500 m³). Der Gesamtverbrauch sank gegenüber 1980 um 2,760.000 m³; das sind 1,7 Prozent.

Im Jahre 1981 wurden 160,63 Millionen Kubikmeter Wasser aufgebracht. Davon wurden von den Hochquellenleitungen 79,1 Prozent, der Grundwasserförderung 16,7 und der Oberflächenwasseraufbereitung 1,6 Prozent geliefert. Von der bezogenen Wassermenge wurden 2,521.700 m³ an auswärtige Abnehmer und Verbundgemeinden, 155,428.000 m³ an das Wiener Rohrnetz und 86.600 m³ an die Triestingtal- und Südbahngemeinden abgegeben. 2,598.200 m³ gingen durch Überfälle und Ableitungen verloren.

Die durchschnittliche Tagesabgabe an das Wiener Rohrnetz betrug 425.830 m³. Das Tagesmaximum wurde am 2. Juni mit 594.200 m³ erreicht, das Tagesminimum am 1. Jänner mit 312.300 m³ gemessen. Zur Entkeimung der gesamten dem Verbrauch zugeführten Wassermenge wurden insgesamt 35.158 kg Chlorgas und 43.610 kg Natriumchlorit sowie 3.550 l Hypochlorit verwendet. Der äquivalente Chlorverbrauch betrug daher 53.900 kg, was einem durchschnittlichen Zusatz von 0,34 mg Chloräquivalent pro Liter Wasser entsprach.

Von den Wasserleitungskraftwerken an den beiden Außenstrecken wurden 48,274.303 Kilowattstunden an elektrischer Energie geliefert. Davon erzeugten die Werke in Wildalpen und Weichselboden 11,186.196 kWh. Von den übrigen Einzelwerken lieferten Gaming 35,869.528 kWh, Hirschwang 746.069, Naßwald-Reithof 324.800, Kaiserbrunn 61.630 und Hinternaßwald 81.573 kWh.

Unter den Neubauten und Bauvorhaben konnten die Fernleitungen der III. Wiener Wasserleitung, insgesamt 21 km lang, betriebsbereit fertiggestellt werden. An den Transportleitungen innerhalb Wiens wurden die Arbeiten am Rohrstrang DN 1200 mm beim Behälter Unterlaa im Versorgungsgebiet Laaer Berg im März begonnen. Der etwa 500 m lange Abschnitt in der Schemmerlstraße zwischen Swatoschgasse und Hasenleitengasse konnte fertiggestellt werden. In diesem Bereich wurde auch der Versorgungsrohrstrang DN 250 mm neu verlegt. Ferner waren in diesem Leitungsabschnitt die Errichtung einer Regelkammer sowie die Querung der Bahnbrücke bei der Swatoschgasse in einem Schutzrohr DN 1600 mm notwendig. Zur Einbindung der III. Wiener Wasserleitung ins westliche Stadtrohrnetz wurden Planungsarbeiten mit dem Ziel der Errichtung einer Regelkammer in der Wittgensteinstraße betrieben.

Zur Klärung offener Probleme bei einzelnen Detailprojekten wurde am 3. April der wasserwirtschaftliche Versuch in der freien Natur mit betriebsmäßiger Ableitung des Pumpgutes nach Wien aufgenommen. Während einer sechswöchigen Periode mußte das Grundwasser teilweise, und zwar vom Brunnen Moosbrunn II, zur Erprobung der Piestingdichtung in die örtlichen Gewässer rückgeleitet werden. Der nachfolgende Hauptversuch, der auf mehrere Jahre anberaumt war, mußte am 16. Juli nach Aufhebung des Bewilligungsbescheides durch den Verwaltungsgerichtshof abgebrochen werden. In den insgesamt 105 Pumptagen wurden 6,7 Millionen Kubikmeter Grundwasser gefördert, wovon 1,9 Millionen in die örtlichen Gewässer rückgeleitet wurden. Der Versuch hatte eine Intensivierung aller Beweissicherungsarbeiten zur Folge. Die mit dem Pumpversuch gleichzeitig eingetretene sommerliche Trockenperiode sowie das Abfallen der Grundwasserstände hatte in den Orten Ebreichsdorf, Weigelsdorf und Unterwaltersdorf eine große Zahl von Schadensforderungen seitens privater Brunneneigentümer zur Folge, wobei auf Grund eines Übereinkommens zwischen den Gemeinden Wien und Ebreichsdorf bei über 200 gemeldeten Schäden nach kommissioneller Prüfung 153 Schadensfälle abgehandelt wurden. Als Notstandsmaßnahme wurden 45 Brunnen finanziell abgelöst, 93 private Brunnen durch Schlagen, Bohren und Schachten durch die Stadt Wien vertieft und die Installationen entsprechend geändert. Für die hydrologische und landwirtschaftliche Beweissicherung wurden Wasserstands- und Temperaturmessungen in Grundwassersonden, weiters Wasserstands-, Temperatur- und Abflußmessungen an Oberflächengewässern durchgeführt sowie die Messung der Schnee- und Eisverhältnisse im System Piesting/Fischa vorgenommen. Ferner waren die landwirtschaftlichen Beregnungsanlagen im Absenkbereich evident zu halten. Im Behälterareal Moosbrunn wurden Garagen für Betriebsfahrzeuge errichtet. Mit der MA 47 und der MA 49 mußten in Schutzgebieten Aufforstungsarbeiten durchgeführt werden. Detailprojektierungen wurden unter Einschaltung der MA 15 und der MA 41 fortgesetzt.

Die Arbeiten am letzten, etwa 3 km langen Teilstück der Ringwasserleitung Ost, mit denen 1980 begonnen wurde, konnten planmäßig weitergeführt werden. Der etwa 1,3 km lange Bereich St. Marx wurde fertiggestellt, so daß mit Ende des Jahres der provisorische Betrieb der neuen Leitung zwischen dem Anschluß bei der Simmeringer Hauptstraße und dem DN-400-mm-Rohrstrang in der Erdbergstraße möglich ist. Innerhalb dieses Leitungsteiles wurden zwei Regelkammern und ein Rohrkanal zur Querung des künftigen U-Bahn-Betriebsbahnhofes errichtet. Der Verladebahnhof St. Marx wurde mittels einer Pressung, Preßrohrdurchmesser 1800 mm, unterfahren. Für die Querung des Donaukanales im Tragwerk der Erdberger Brücke wurden die Planungs- und Vorarbeiten abgeschlossen. Im Herbst konnte mit den Montagearbeiten in der Brücke begonnen werden.

Die Arbeiten am erdverlegten Teil des Brückenrohrstranges Nordbrücke, der vom rechten Donauufer (Handelskai) über die Nordbrücke bis nach Floridsdorf, Am Spitz, führt, konnten abgeschlossen werden. Als letzter Teil wurden die Regel- und Anschlußkammer an der Kreuzung Schwaigerstraße—Am Spitz im Sommer fertiggestellt, gleichzeitig die Planungs- und Vorarbeiten für den eigentlichen, etwa 900 m langen Brückenrohrstrang DN 600 mm betrieben, so daß Anfang Herbst 1981 mit den Montagearbeiten in der Brücke selbst begonnen werden konnte.

Beim Bau der Auffahrtsrampen zur Brigittenauer Brücke kam es zwischen den im Handelskai liegenden Wasserrohrsträngen DN 1200 mm und DN 300 mm und den Rampenfundamenten zu Kollisionen, so daß beide Rohrstränge umgelegt werden mußten. Der DN 300 mm wurde für den Wasserleitungsbetrieb schon 1980 in die Engerthstraße umgelegt, der DN-1200-mm-Rohrstrang 1981 auf einer Länge von etwa 500 m am Handelskai selbst weiter landseitig verlegt. Bei der Umlegung mußte auch eine Regelkammer neu errichtet werden. Die Arbeiten wurden abgeschlossen.

Die Arbeiten am letzten, etwa 650 m langen Teilstück der Ringleitung Süd, DN 1000 mm, das die Behälter Unterlaa und Laaer Berg verbindet, wurden abgeschlossen. Der Rohrstrang konnte auf seiner vollen Länge in Betrieb genommen werden.

Die im Jahre 1980 begonnenen Arbeiten am 2.500 m³ fassenden Behälter Buchberg wurden planmäßig fortgesetzt. Das Bauvorhaben konnte bis auf wenige, durch die Witterung verursachte Ausnahmen im Jahre 1981 fertiggestellt werden. Der Behälter wurde noch im Jahre 1981 voll in Betrieb genommen.

Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit im Gebiet 23, Anton-Krieger-Gasse—Maurer Lange Gasse soll der derzeit 400 m³ fassende Behälter Georgenberg auf 1000 m³ Inhalt erweitert werden. Für diesen Ausbau wurden die Planungsarbeiten durchgeführt und die notwendigen rechtlichen Verfahren eingeleitet.

Für den Aufstauversuch Kühwörther Wasser wurden die Wehrbauarbeiten an der Kühwörther Traverse fertiggestellt und die Wehrverschlüsse, die Limnigraphenstation sowie die Einfriedung des Geländes hergestellt. Der Aufstau konnte nach dem Augusthochwasser in Betrieb genommen werden, außerdem wurden laufend hygienische und hydrologische Beobachtungen durchgeführt. Der Übergang vom Oberflächenwasser ins Grundwasserfeld wurde durch Wiederholung des Versuches bei gleichzeitigem Uferfiltratsgewinn geklärt. An den Betriebs- und zusätzlichen Versuchsbrunnen wurde mit den Tests im Dezember 1981 begonnen.

Im Grundwasserwerk Nußdorf wurde entsprechend den bisherigen Versuchsergebnissen die Pilotanlage umgebaut. Das Verfahrenskonzept konnte vereinfacht werden, jedoch wurden Alternativen untersucht. Ferner

wurde eine Vergleichsführung von Kiesfiltern (2-Schicht, 3-Schicht) hinsichtlich des Betriebsverhaltens vorgenommen und ein Überlastungsversuch von Aktivkohlen gemacht, um die maximalen und minimalen Beaufschlagungen zu ermitteln. Schad- und Störstoffe wurden dosiert. Weiters erfolgten Messungen und die Dokumentation der Ergebnisse, Proben und Daten wurden den Gutachtern in der MA 15 und der MA 39 zur Verfügung gestellt.

Bei der Entleerungsleitung Lobau wurde die oberirdische (provisorische) Dammquerung beseitigt und die gesamte Leitung unter Terrain verlegt, weiters mit dem Auslaufbauwerk an der Donau sowie der Schalt- und Meßkammer begonnen. Im Markethäufel war eine Aufbereitungsanlage zu errichten, mußten ferner Haftungsarbeiten sowie die Endabrechnung (Konkursverfahren) durchgeführt und an den Brunnengebäuden Sanierungen vorgenommen werden. Hinsichtlich der Staustufe Hainburg wurden Planungsarbeiten ausgeführt. An der Anreicherungsleitung Schillerwasser waren Rohrlegungsarbeiten vorzunehmen.

Für die Donauinsel Nord wurden Planungsarbeiten hinsichtlich der Staustufe Hainburg und Wien gemacht, Projektierungen gemäß den Versuchsergebnissen bei den Filterversuchen Nußdorf durchgeführt sowie Bau- und Betriebskosten geschätzt. Für die Donauinsel Süd waren Planungsarbeiten hinsichtlich Umlegung der Abwasserkanäle ÖMV-RAG zu leisten. Die MA 45 wurde bei der Beurteilung der hygienischen Beschaffenheit des Schüttmaterials für die Donauinsel unterstützt.

Unter den E r h a l t u n g s a r b e i t e n sind vor allem die sechs Abkehren an der I. Wiener Hochquellenleitung anzuführen. Die bisher vorherrschenden Gewölbeschleifputzarbeiten wurden bis auf kleine Reststücke abgeschlossen, wobei im Jahre 1981 noch rund 1.900 m² ausgeführt wurden. Demgegenüber traten Maßnahmen für Bauwerksinstandsetzungen in den Vordergrund und werden in zunehmendem Maß das Baugeschehen beherrschen. Dazu gehören vorwiegend Regiearbeiten zur Behebung von Mauerwerks- und Verputzschäden. So wurden in Perchtoldsdorf rund 200 m² schadhaftes Gewölbe durch Abschrämen schadhafter Teile und durch Einbau einer bewehrten Spritzbetonschale von innen saniert. An zahlreichen Stellen wurden Verputzausbesserungen, Rißabdichtungen und Bauwerksverfestigungen durch Injektionstechnik ausgeführt, wobei schwierige Aufgaben von eigenen Arbeitsgruppen vorgenommen und Maurerarbeiten mit allgemein üblichen Voraussetzungen an Firmen vergeben wurden. Die 1980 begonnene Abdeckung des Aquäduktes Mauer mit Stahlbetonfertigteilen der Gesamtlänge von 220 m wurde fertiggestellt. Schutzmaßnahmen für die I. Wiener Hochquellenleitung waren beim Ausbau der Laaber Straße, B 13, in Perchtoldsdorf zu treffen: Zwischen den Stationen 215 und 218 in Perchtoldsdorf wurde der Leitungskanal auf einer Länge von 125 m durch eine tragfähige Stahlbetonkonstruktion ersetzt, der neue Leitungskanalteil bei der Abkehr 2/81 von 27. bis 30. April angeschlossen und anschließend das ursprüngliche abgetrennte Kanalstück abgetragen. Bauträger war die Bundesstraßenverwaltung des Landes Niederösterreich. Die im Herbst 1980 begonnene Rohrlegung von der Pfannbauernquelle bis zum geplanten Stollenportal Wetterin-West in einer Gesamtlänge von rund 1.700 m wurde mit der Verfüllung der Künette und den Rekultivierungsarbeiten abgeschlossen.

Im Quellgebiet I wurden am Projekt Sieben Quellen in den Schneealpenstollen Nord und Süd die elektrotechnischen Einrichtungen im Wasserschloß Reißtal und die Station Karlgraben fertiggestellt. Zusätzlich mußten eine 20-kV-Kompensationsdrossel und Überspannungsableiter für das 20-kV-Stollenkabel montiert, der Rohrsockel von der Mittelsektion zwischen Station 0—480 hergestellt werden. Die Stollensohle war bei der Süd-Station 580—1930 zu reinigen und zu waschen. Ferner erfolgte der Austausch von zwei schadhaften Schiebern mit dem Durchmesser von 300 mm. Im Kraftwerk Hinternaßwald wurde am 26. März mit dem Bau begonnen. Das gesamte Objekt, rund 1.700 m³ umbauter Raum, konnte baumeistermäßig fertiggestellt werden. Ferner wurden die Zulauf- und Ablaufrohrleitungen hergestellt sowie die gesamten Kabelverlegungen im Krafthausbereich durchgeführt. Mit der elektrotechnischen Montage wurde begonnen, die 20-kV-Schaltanlage und die Trafos (500 und 50 kVA) wurden aufgestellt, die Kranbahn wurde montiert und die hydraulische Einrichtung (Turbine, Regler, Synchronauslaß usw.) angeliefert. Im E-Werk Reithof mußte die Generatorkupplung erneuert, eine Eigenversorgungsanlage für die städtischen Magazine und Werkstätten hergestellt werden. Das Aufseherhaus Reithof erhielt eine neue straßenseitige Einfriedung. In Naßwald wurden rund 3.000 m² Bitukiesdecke im Bereich der Forstverwaltung, in Hinternaßwald im Bereich der Quellfassung Schütterlehne sowie der Auffahrt zum Schneealpenstollen hergestellt. Die Quellfassungen im Bereich Naßwald wurden einheitlich mit Standrohren und Wasserstandsanzeigern auf Schwimmerbasis ausgestattet. Eine wasserstandsabhängige Regelung des Durchflusses in der Druckrohrleitung in Naßwald von der Kammer B—C zum Stollen X wurde eingerichtet. Im Stollen IV mußte ein Ablaufgerinne der Straßenentwässerung zur Schwarza aus Beton-Halbschalen hergestellt werden, um den Stollenzugang zu sichern. Im Museum Kaiserbrunn wurde ein Radbrunnen in der Freilichtschau aufgestellt. In den Werkstätten Naßwald und Hirschwang waren Schlosserarbeiten für die Schneealpenstollen Nord und Süd durchzuführen, wurden Tore für Garagen und die Einfahrten zu den Dienstobjekten hergestellt. Für die Wasserentnahme am Karl-Ludwig-Haus mußte bei der Talstation der Materialseilbahn im Preiner Gscheid Wasser zugeleitet werden.

An der Ortswasserleitung Knappenberg wurde die bestehende Quellfassung saniert, eine neue Quelle gefaßt und der Behälter beim Glockenhaus instand gesetzt. Ferner waren Abkehrarbeiten zu leisten. So wurde im Stol-

len VII ein Beruhigungsrechen für die Meßstelle eingebaut, in den Stollen II bis VI ein zwanzigpaariges Betriebstelephonkabel verlegt, bei der Station 109/110 der Absturz zur Erhöhung der Durchleitfähigkeit des Leitungskanals erhöht. In Payerbach mußte im Bereich Anton-Wieser-Straße—Bahngasse die Hochquellenleitung durch den Ortskanal Payerbach unterfahren, in der Station 117/120 Ausblühungen und Verputzschäden im Leitungskanal saniert und ein Hochbord sowie eine Bitukiesbefestigung zum Schutz des Leitungskanals hergestellt werden. Am Hochschneeberg war für den Quellschutz eine Dolineneinzäunung herzustellen. Ferner wurden die Senkgrubeninhalte auf Schneeberg, Rax und Schneealpe abtransportiert, Öltransporte sowie der Forststraßenbau kontrolliert. Im gesamten Quellschutzgebiet erfolgten regelmäßig Kontrollbegehungen.

An der II. Wiener Hochquellenleitung wurden im Zuge von Rutschhangentwässerungen auf der Bäckerwiese 1.700 m Künetten fertiggestellt, die Entwässerung sowie Horizontalbohrungen bei T 54 vorgenommen. Der Harlandaquädukt mußte saniert, ein Schutzgewölbe über die II. Hochquellenleitung im Zuge des Ausbaues der S 25 errichtet werden. Im WAG-Stollen wurden Injektionsarbeiten mit 151 m³ Zementmörtel und 56 lfm Bohrungen durchgeführt; fünf Abkehrungen mußten an der II. Hochquellenleitung mit insgesamt 49 Einsatz- und Baustellen saniert werden. Risse wurden mit Aquapaint auf einer Länge von 342,9 m, mit Waterplug auf 721,9 m ausgebessert. Eine Aquapaintbeschichtung in Eigenregie war auf 1.238 m² vorzunehmen, Gewölbeschleifputz wurde auf 2.192,2 m², Gewölbedichtputz mit Thoroseal auf 407,6 m² hergestellt, 8 Dükerentleerungsschieber wurden gegen Dichtklappen ausgewechselt, 372 m² Kunststoffolie wurden eingebaut.

Im Quellgebiet II wurden in der Pfannbauernquelle Rohre zwischen Aschbachdüker und Stollanschlagpunkt im Jagabauerngraben verlegt. Beim Zugang 4 war ein neues Stollenportal nach Verlegung eines VOEST-Durchlasses zu errichten. Im Wasserleitungsmuseum konnten die Adaptierungsarbeiten fortgesetzt werden. Ausbau- und Asphaltierungsarbeiten wurden an der Schreier- und Siebenseestraße sowie an diversen Vorplätzen vorgenommen, außerdem wurde eine Zufahrt zum Zugang 8 a hergestellt. Diverse Gebäude mußten mit Eternit eingedeckt werden, ferner waren Schnee- und Sturmschäden auszubessern. In Weichselboden wurden die Dienstwohnung und die Edelbodenhütte fertiggestellt. Im Salzaaquädukt konnte die Steinauswechslung fortgesetzt werden. An der 20-kV-Freileitung zwischen Brunn und Gschöder mußten Masten ausgewechselt, ein betriebseigenes und ein Fernmeldekabel in Gschöder verlegt werden. Mehrere Trenn- und Leistungsschalter waren in den Hochspannungsräumen auszuwechseln, diverse Niederspannungskabel zu verlegen. In Ortswasserleitungen wurden Wasserzähler zur Eichung ausgetauscht sowie einige Rohrgebrechen behoben. An vier Abkehren an der I. und II. Hochquellenleitung wurde mitgearbeitet, eine Abkehr im Quellgebiet II durchgeführt. Schließlich wurden Wassermengen- und Temperaturmessungen bei den gefaßten und eingeleiteten Quellen sowie bei der Pfannbauern-, Antenkar-, Kräuterbrunnen-, Brunnseequelle und am Aschbach oberhalb der Pfannbauernquelle durchgeführt.

Unterhalb des 900-mm-Druckrohrstranges N-Kammer — KW 22 war im Bereich Hopfgarten eine Drainage vorzunehmen. Im Einzugsgebiet der Wetterin und des Tonion wurden an 17 Meßstellen einmal wöchentlich Mengenmessungen zur Beweissicherung für den Bau des Wetterinstollens durchgeführt, am Siebensee- und Schreierrohrstrang Annubar-Meßeinrichtungen eingebaut und für den Einbau vor dem Salzaaquädukt und beim Zugang 7 a Vorbereitungen getroffen.

In den Anlagen in Wien konnte nach Beendigung des Umbaues auf Drehzahlregelung und Vollautomatik das Pumpwerk Wienerberg in Betrieb genommen werden. In den Versorgungsgebieten Faniteum und Klein Cobenzl wurden Druckreduzierungsventile eingebaut, um möglichst konstante Druckverhältnisse zu erzielen. Beim Zufluß zur Kammer III des Behälters Laaerberg wurde ein 400-mm-NW-Druckreduzierventil eingebaut. In der Druckentlastungskammer Mauer mußten an Stelle der alten Keilovalschieber zwei neue Sperrklappen 900-mm-NW eingebaut werden. Bei der Behälterabgangsleitung Hungerberg wurden die zwei alten Keilovalschieber gegen zwei neue Sperrklappen 900-mm-NW ausgewechselt. Der Umbau der hydroelektrischen Anlage des Pumpwerkes Neustift am Walde wurde geplant, mit den Arbeiten begonnen. Die Planungsarbeiten für die Chlordioxydanlage Mauer, betreffend den Umbau der Anlage, konnten in Angriff genommen werden. Das Grundwasserwerk Wasserpark mußte infolge des Baues der Autobahn A 22 stillgelegt werden. In 13, St.-Veit-Gasse, wurden im Bereich zwischen Hietzinger Kai und Hietzinger Hauptstraße die Steuerkabeln verstärkt. Kabelverlegungen erfolgten ferner über die neue Reichsbrücke, im Salzatal zwischen Zugang 16 und Gschöder sowie im Stollen der I. Hochquellenleitung von Kaiserbrunn bis Zugang 7. Je ein Fernwirkgerät wurde zwischen Naßwald und der Betriebsleitung Hirschwang mit Alarmanlage sowie zwischen Wolfersberg und Amtshaus Grabnergasse in Betrieb genommen. Im Amtshaus 6, Grabnergasse 6, wurde der zweite veraltete Heizkessel gegen einen neuen Hochleistungskessel ausgetauscht, wodurch der Heizölverbrauch noch weiter herabgesenkt werden konnte.

Im städtischen Rohrnetz wurden in der Einsiedeleigasse im 13. Bezirk die Arbeiten zur Behebung der Druckmangelerscheinungen fortgesetzt. In der Himmelstraße im 19. Bezirk, bei Druckmangelgebiet Nr. XIV, wurde mit den Arbeiten zur Behebung der Druckmangelerscheinungen begonnen. Auch im Jahre 1981 konnte den durch die Grundwasserabsenkung bzw. Grundwasserverunreinigung in der Schwarzlackenau betroffenen Siedlern durch Verlegung eines rund 200 m langen Rohrstranges, der die Anlieferung von einwandfreiem Trinkwas-

ser gewährleistet, geholfen werden. In der Eichenstraße im Abschnitt zwischen Längenfeldgasse und Steinackergasse wurden vor den Straßeninstandsetzungsarbeiten Rohrstränge der Dimension 80, 525 und 870 (je 320 m) gegen DN 150, 500 und 1000 ausgewechselt. Ausgelöst durch Bauvorhaben der MA 28 — Bundesstraßenverwaltung wurden Rohrstränge der Dimension 150, 200 und 250 in einer Gesamtlänge von rund 1.150 m verlegt. Über Antrag privater Interessenten und auf Grund von Verpflichtungen zum teilweisen Kostenrückersatz gemäß § 6 des WVG 1960 wurden, insbesondere im 10. Bezirk in der Heimkehrersiedlung und in der Hardeggasse im 22. Bezirk, Rohrstränge in einer Gesamtlänge von rund 860 m verlegt. Die im Jahre 1980 gestartete Aktion, den Bestand an unterirdischen Kammern und Schächten aufzunehmen sowie deren Standsicherheit zu beurteilen, wurde weiter fortgesetzt.

Für den Ausbau des städtischen Rohrnetzes sowie zur Versorgung wurden 4.938 m Neurohrlegungen durchgeführt, außerdem 31.123 m Rohre ausgewechselt. Am öffentlichen Rohrnetz konnten 830 Schadenstellen entdeckt und deren Behebung durchgeführt werden. An Armaturen entstanden 743 Schäden. Zur Hilfeleistung bei Gebrechen an Wasserleitungseinrichtungen waren 2.135 Einsätze erforderlich, wobei von drei Einsatzfahrzeugen 33.680 km zurückgelegt wurden. Bis Jahresende wurden 531 Neuherstellungen von Abzweigleitungen und T-Abzweigleitungen getätigt, dabei 16.815 m Rohre verlegt, außerdem 483 Wasserzähler neu eingebaut. An Abzweigleitungen traten 3.874 Gebrechen auf. Im Rahmen des turnusmäßigen Auswechslungsdienstes wurden 21.713 Wasserzähler ausgewechselt und in der betriebseigenen Werkstätte 21.421 Wasserzähler repariert. 53 Verstärkungen von Abzweigleitungen sowie 145 Ergänzungen mußten vorgenommen werden. Im Zuge der Kontrolltätigkeit waren 2.334 Installationsüberprüfungen durchzuführen; dabei wurden 448 Gebrechen festgestellt. Durch deren Behebung konnte eine Wassermenge von 7.109 m^3 pro Tag eingespart werden.

Auf rechtlichem Gebiet waren für verschiedene Projekte Verhandlungen zu führen. Für die Grundwassergewinnungsanlage Markethäufel konnte nach Abschluß der behördlichen Verfahren die Eintragung im Wasserbuch mit dem diesbezüglichen Bescheid der MA 58 erwirkt werden. Im Zusammenhang mit Wasserbauvorhaben der Abteilung waren die Einleitung, Abwicklung und Finalisierung von zahlreichen behördlichen Verfahren erforderlich, so für das Hebewerk Rosenhügel, die Chlordioxydanlage Rosenhügel, die Rohrbrücke über den Mauerbach und für den Wasserbehälter Buchberg. Im Jahre 1981 wurde für das Wasserleitungsprojekt Pfannbauernquelle das Grundbenützungsübereinkommen mit den Österreichischen Bundesforsten, die den größten Anteil der durch das Projekt berührten Grundflächen verwalten, abgeschlossen. Von den zahlreichen anderen Projekten, an denen seitens der Rechtsabteilung verwaltungsmäßig mitgearbeitet wurde, sind erwähnenswert die Sanierung der Brunnen 1, 2, 4 und 5 des Grundwasserwerkes Wöllersdorf, die Abänderung der Ablaßeinrichtung und der Einmündung der Stixensteiner Leitung in Ternitz, der Bau eines Entleerungskanals der Stixensteiner Leitung und der Einstiegschacht in Baden, ferner die Erhöhung des Brunnengebäudes und die Geländeanpassung beim Brunnen B des Grundwasserwerkes Matzendorf, der Eichkogelstollen, der Umbau des Aufsehergebäudes Gumpoldskirchen und die Verlegung des Leitungskanals in Perchtoldsdorf im Zuge des Umbaues der B 13. Zahlreiche Projekte der II. Wiener Hochquellenleitung wurden in administrativer Hinsicht neu eingeleitet, weitergeführt bzw. abgeschlossen, wobei die Rutschhangsanierungen Scheibbs — Schacherlsiedlung, Neustift bei Scheibbs — Turm 54 und Kreisbach (Wilhelmsburg — Bäckerwiese) besonders zu erwähnen sind.

Mit Bescheid des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 19. März 1981 wurde der Antrag der Stadt Wien auf eine Vornahme eines wasserwirtschaftlichen Versuches in der freien Natur wasserrechtlich genehmigt. Auf Grund der Beschwerde der Wasserwerksgenossenschaft an der Fischa-Dagnitz, der Piesting, dem Jesuiten- und dem Reisenbach vom 5. Mai 1981 wurde diese Bewilligung vom Verwaltungsgerichtshof wegen Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften mit Entscheid vom 14. September 1981 aufgehoben.

Bei 43 Wasserrohrgebrechen wurden Schadenersatzforderungen gestellt. Außerdem wurden auch für aus den Vorjahren laufende Schadensfälle Beträge von insgesamt 600.000 S an Schadenersatzleistungen zur Auszahlung gebracht. 320 Schadensakte im Zusammenhang mit Beschädigungen von Wasserleitungsanlagen konnten abgeschlossen werden. Die teilweise anstandslos, andererseits im Klagewege hereingebrachten Beträge beliefen sich auf 2,070.000 S.

Zuzählungsanträge für die Förderung aus dem Wasserwirtschaftsfonds wurden für die III. Wiener Wasserleitung, Bauabschnitt III, in der Höhe von 1,568.000 S eingereicht. Für die Ringwasserleitung Ost belief sich der Betrag auf 2,478.000 S, für die Philadelphiabrücke auf 2,727.000 S und für den Behälter Laaer-Berg, Bauabschnitt II, auf 320.000 S.

40 Verwaltungsstrafverfahren nach dem Wasserversorgungsgesetz waren anhängig.

Im Zusammenhang mit der Verwaltung des Grundbesitzes sowie der Sicherung des Bestandes und Betriebes aller Wasserleitungsanlagen war es erforderlich, 70 Bestand-, Gestattungs- und sonstige Verträge neu abzuschließen. Außerdem mußten 150 Wasserlieferungsverträge auf Grund der mit 1. Jänner 1981 eingetretenen Tarifregulierung abgeändert werden. Hiezu kommt noch die Ausstellung von 150 Fischereilizenzen für den Wienerwaldsee samt Zuflüssen. 460 behördliche Verfahren, bei denen die Stadt Wien als Partei betroffen war, wurden einer lagerbuchmäßigen Bearbeitung zugeführt.

Für die im Interesse der Stadt Wien gelegenen Vorhaben Fremder wurden Kostenzuschüsse durch die verfassungsmäßig zuständigen Organe der Stadt Wien genehmigt, und zwar für die Freiwillige Feuerwehr Wildalpen und den Fremdenverkehrsverein Wildalpen je 50.000 S, für die Gemeinde St. Egyden/Steinfeld 40.000 S, für die Freunde des Neuberger Münsters 25.000 S; je 7.500 S für die Steirische Berg- und Naturwacht, Bezirksstelle Mürzzuschlag sowie Gußwerk, ferner für den österreichischen Bergrettungsdienst Landesstelle Wien-Niederösterreich; schließlich 6.600 S für die Naturfreunde-Österreichs und 5.000 S für die Steirische Berg- und Naturwacht, Bezirksleitung Bruck an der Mur. Schließlich wurden 166 Fälle bezüglich der Gebarung mit Haftrücklässen abgewickelt.

Technische Grundstücksangelegenheiten

Das Referat für Liegenschaftstransaktionen hat die Aufgabe, die Zweckmäßigkeit des An- und Verkaufes, der Nutzung und Verwertung von Liegenschaften für die Stadt Wien und ihre Fonds zu begutachten und diese Liegenschaften zu bewerten. So konnte die Abteilung im Jahre 1981 wieder mitwirken, daß einerseits den „grundverbrauchenden" Dienststellen der Stadt Wien die erforderlichen Grundstücke zeitgerecht zur Verfügung stehen und daß andererseits der Boden der Stadt Wien seiner widmungsgemäßen Verwertung, wie sie im Betriebsansiedlungsprogramm, im Siedlungsprogramm, in der Verkehrskonzeption und nicht zuletzt im Entwurf des Stadtentwicklungsplanes konzipiert ist, zugeführt wird.

Der Ankauf von Grundstücken für zukünftige W o h n b a u v o r h a b e n samt Nebeneinrichtungen, wie Sammelgaragen oder öffentlich zugängliche Grünflächen, erfolgte fast zur Gänze im dicht verbauten Stadtgebiet, das heißt durchwegs für die Stadterneuerung. Als Beispiele sind anzuführen der Erwerb der Grundstücke in 6, Gumpendorfer Straße 40—44, 10, Hofherrgasse, 12, Niederhofstraße (ehemaliges Pfann'sches Bad), in 17, Elterleinplatz 11, 19, Hardtgasse 10 und in 23, Oldenburggasse — Don-Bosco-Gasse — Kinskygasse. Die Ankäufe in den Außenbezirken, in denen bisher landwirtschaftlich genutzte Grundstücke einer Aufschließung und Bebauung zugeführt werden sollen, erfolgten durchwegs für zukünftige Betriebsansiedlungen. Ein Schwerpunkt lag im Bereich des Motoren- und Getriebewerkes der Firma General Motors Austria im 22. Bezirk. In diesem Fall hat die Stadt Wien es übernommen, die Arrondierung dieser bundeseigenen Liegenschaft durchzuführen, das heißt, die im Privatbesitz befindlichen Flächen durch Tausch oder Kauf zu erwerben und dann an die Republik Österreich im Tauschwege zu veräußern. Im Jahre 1981 wurden rund 540.000 m² von der Stadt Wien erworben und 512.000 m² im Tausch veräußert. Im 11. Bezirk, an der Alberner Hafenzufahrtsstraße, konnten in mehreren Verträgen 40.000 m² an unbebauten Grundstücken für zukünftige Betriebsansiedlungen angekauft werden.

In den verschiedenen Stadtgebieten konnten gezielte Grunderwerbe abgeschlossen werden, so z. B. für Parkanlagen in 10, Paltramplatz 10 und in 11, Kopalgasse 43; für Schulbauten in 2, Adambergergasse 5 und 4, Karolinengasse 15; für den Straßenbau in 14, Mariabrunn, 23, Breitenfurter Straße 289 und Erlaaer Straße 71; für ein Pensionistenheim in 5, Arbeitergasse 47; für die Wasserwerke im 21. Bezirk am Bisamberg sowie das Baumgartnerhaus am Schneeberg; für Deponierzwecke in Markgrafneusiedl, Niederösterreich; für die U 3 in 3, Erdbergstraße für den Betriebsbahnhof; für eine Baumschule des Stadtgartenamtes in 22, Eßling und für eine Kleingartenansiedlung in 10, Eibesbrunnergasse. Besonders zu erwähnen ist der Ankauf zweier Gebäude, die als Amtshäuser verwendet werden sollen, und zwar der Bürohausneubau in 8, Lerchenfelder Straße 4 sowie das denkmalgeschützte Palais Harrach in 1, Freyung 3. In beiden Fällen waren die Begutachtung und Bewertung arbeitsaufwendig und schwierig; die Abteilung mußte mit mehreren anderen Dienststellen, wie der Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation und der MA 26, laufend zusammenarbeiten.

Durch die abgeschlossenen Verkäufe, Baurechtsbestellung und Bestandgaben wird die Stadtentwicklung in die richtigen Bahnen gelenkt und die Realisierung der Planung ermöglicht. Als Beispiele aus dem Jahre 1981 seien genannt der Verkauf eines Bauplatzes in Vösendorf an die Postverwaltung für ein Wählamt, das auch Teile des 23. Bezirkes versorgen wird. Im Rahmen des Siedlungsprogramms wurden Bauplätze für Einfamilienhäuser in 21, Großfeldsiedlung, 22, Mühlhäufel sowie im 13., 14., 19., 22. und 23. Bezirk zum Teil an Personen veräußert, die das Grundstück bereits im Baurecht nutzten. Baurechtsbestellungen wurden für Wohnbauzwecke in mehreren Bezirken, für ein Jugendheim in 13, Amalienstraße, für ein Pensionistenheim des Kuratoriums der Wiener Pensionistenheime in 13, Schrutkagasse und für ein Altenheim des Vereins „Altenhilfe" in 23, Haymogasse 92, vorgenommen. Das „Deutschmeisterpalais" in 1, Parkring 8, wurde dem OPEC-Fonds für Entwicklungshilfe verkauft, wodurch die Erhaltung und Revitalisierung dieses Ringstraßenpalais gewährleistet ist. Weitere Verkäufe erfolgten für Betriebsansiedlung in 3, Modecenterstraße, in 10, Eibesbrunnergasse, in 11, Schemmerlstraße und in 23, Heizwerkstraße. Mehrere Veräußerungen wurden an die Republik Österreich — Bundesgebäudeverwaltung I, an die Bundesstraßenverwaltung und die Österreichischen Bundesbahnen durchgeführt. Leider muß festgestellt werden, daß diese Vertragsabschlüsse erst viele Jahre nach der tatsächlichen Inanspruchnahme der Grundstücke durch die Bundesdienststellen realisiert werden konnten.

Eine besondere Aufgabe erwuchs der Abteilung aus der im Spätherbst 1981 beschlossenen Gründung des

Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, wobei die Stadt Wien Grundflächen von über 700.000 m² in verschiedenen Teilen Wiens in den Fonds einbringt. Die Abteilung war im Laufe des Jahres 1981 monatelang damit beschäftigt, im Zusammenwirken mit anderen Dienststellen betreffende Liegenschaften im Besitz der Stadt Wien zu begutachten und auf ihre Eignung zu prüfen. Schließlich mußten die einzelnen Grundstücke planlich sowie datenmäßig erfaßt werden, wobei sich im Laufe der Vorberatungen immer wieder Änderungen ergaben. Trotzdem wurde auf Genauigkeit bei den aktuellen Plänen an den Grundstückslisten größter Wert gelegt.

Erwähnenswert sind auch die am 1. Juli 1981 erfolgten organisatorischen und personellen Änderungen in der Stadtbaudirektion. Zu den Geschäften des Stadtbaudirektors, dem die Abteilung untersteht, gehört nunmehr auch die „Mitwirkung bei der Beschaffung von Grundstücken und bei anderen Liegenschaftstransaktionen". Weiters wurde die Gruppe Planung in der MD-Stadtbaudirektion geschaffen, in der die Abteilungen der Geschäftsgruppe Stadtplanung mit der MA 40 zusammengefaßt sind. Zu den Geschäften der Gruppe gehören unter anderem die Mitwirkung und Koordinierung in allen Angelegenheiten der Nutzung städtischer Grundstücke, die Mitwirkung bei Grundtransaktionen der Stadt Wien sowie die enge Kooperation mit der MA 69.

Die Aufgaben der Abteilung umfassen auch die Beobachtung des Realitätenmarktes in Wien und die Prüfung der Preisangemessenheit von Grundstücken nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, dem Wohnungsverbesserungsgesetz und dem Ausländergrunderwerbsgesetz. Von dieser Tätigkeit ist zu berichten, daß die Zahl der Liegenschaftstransaktionen in Wien im Jahre 1981 geringer war als in den Vorjahren, da die Nachfrage offensichtlich gesunken ist. Als Ursache sind die hohen Kreditzinsen zu vermuten. Dies müßte eigentlich zu einem Sinken der Grundstückspreise führen, was aber nicht beobachtet werden konnte. Relativ zahlreich sind die Verkäufe unbebauter Bauplätze durch einen Wohnbauträger an einen anderen, wobei hohe Preise verlangt und erzielt werden mit der Begründung, daß die Selbstkosten des Verkäufers — im wesentlichen durch Darlehenszinsen entstanden — eben so hoch wären. Diese Entwicklung wird bedauert, man nimmt aber an, daß dieser Umschichtungsprozeß mehr oder weniger abgeschlossen ist. Generell ist zu sagen, daß derzeit in Wien sowohl für Wohnbauzwecke wie für Betriebsansiedlungen genügend unbebaute Grundstücke zur Verfügung stehen, so daß in dieser Hinsicht für die zukünftige Neubautätigkeit keine Schwierigkeiten bestehen dürften.

Besonders erwähnenswert ist die Aktion „Anwendung des § 43 der Bauordnung für Wien". Diese Bestimmung sieht vor, daß die Eigentümer von Baulücken und von nicht widmungsgemäß genutzten Bauplätzen durch die Baubehörde aufgefordert werden können, innerhalb eines Jahres selbst bauklassenmäßig zu bauen. Bei Nichterfüllung dieser Aufforderung kann die Stadt Wien oder jeder andere Bauwillige dieses Baugrundstück enteignen, um es widmungsgemäß zu nutzen. Auf Veranlassung der Abteilung sowie auf Antrag der MA 69 wurde im Jahre 1981 eine größere Anzahl solcher Aufforderungsbescheide erlassen. Der Erfolg hat sich insoweit eingestellt, als einige dieser Liegenschaften, die jahrelang brachlagen, an gemeinnützige Wohnbauträger verkauft wurden; bei anderen stehen die Verhandlungen zum Verkauf an die Stadt Wien vor dem Abschluß.

Im Sonderreferat Miet- und Nutzwertberechnung umfaßten rund 90 Prozent der angefallenen Agenden die Begutachtung von Anträgen gemäß § 12 des WEG 1975 und die Verfassung von Gutachten über die Nutzwertermittlung zur Begründung von Wohnungseigentum. Bei der Mehrzahl dieser Akten (rund 75%) handelte es sich um Neubauten, während sich der restliche Teil auf Altbauten bezog. Die Bearbeitung der Akten betreffend Altbauten braucht infolge der seit der Errichtung eines solchen Hauses eingetretenen, meist umfangreichen baulichen Abänderungen einen wesentlich größeren Zeitaufwand. Rund 10 Prozent der angefallenen Akten bezogen sich auf die Parifizierung von Friedensmietwerten 1914 für Schlichtungsstellen und Gerichte, wobei sich der Großteil der Akten meist aus anhängigen Verfahren nach § 7 des MG ergab. Der Akteneinlauf betrug 625 Dienststücke, was gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme um 74 Stücke bedeutet.

Mit den grundtechnischen Vorarbeiten zur Einleitung von Verhandlungen über den Ankauf von Grundflächen für die Errichtung der U-Bahn-Linien U 6 und U 3 wurde begonnen, in einzelnen Fällen sind bereits auch Gutachten ausgearbeitet worden. Des weiteren hat die Abteilung an den Gesprächen des Arbeitskreises U-Bahn in der MA 18 teilgenommen.

Im Zusammenhang mit der am 1. Jänner 1980 beim Finanzamt angelaufenen Hauptfeststellung für das land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundvermögen hat die Zentrale Liegenschaftsevidenz die Überprüfung von etwa 400 Einheitswertbescheiden fortgesetzt bzw. deren Daten in Evidenz genommen. Vielfach konnten magistratsintern Richtigstellungen, zum Beispiel hinsichtlich der Verwaltungszuständigkeiten, durchgeführt werden. Bestandsverträge wurden gleichzeitig mit den Neueinmessungen auf den letzten Stand gebracht, wobei bei den Buchhaltungsabteilungen zum Teil auch eine wesentlich bessere Umlegung der Bestandszinse auf Pächter städtischer Grundflächen erzielt werden konnte. Gerade im Sinne der derzeit angespannten Finanzlage ist die Abteilung bemüht, gemeinsam mit den grundverwaltenden und den städtischen Finanzdienststellen tiefgreifende Maßnahmen zu setzen, um einerseits die Grundsteuer lückenlos den Pächtern anzulasten, andererseits diese nicht mit überhöhten Forderungen zu konfrontieren. Auf Grund der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen hat es sich erwiesen, daß die in den verschiedenen Abteilungen auftretenden Schwierigkeiten sich nur durch zentrale Koordinierung beheben lassen. Das Referat hat einem Auftrag zufolge einen Katalog zur einheitlichen Festlegung der Verwaltungszuständigkeiten für sämtliche städtische

Grundflächen mit allen seinen Problemen zusammengestellt. Dieser wurde der Magistratsdirektion zur weiteren Behandlung vorgelegt. Um die Weitergabe von liegenschaftsbezogenen Daten zwischen sämtlichen damit befaßten Abteilungen zu verbessern, hat die Abteilung zuletzt auch ablauforganisatorische Verbesserungen vorgeschlagen.

Auf Grund der generellen Durchsicht des städtischen Grundeigentums, die für weite Teile des Stadtgebietes abgeschlossen ist, konnte die Abteilung bei Überarbeitungen des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes der MA 21 wertvolle Hilfe anbieten.

In der Karteianlage des Schriftoperates wurden im Hinblick auf die für 1982 angekündigte EDV-mäßige Erfassung der Liegenschaftsdaten weitestgehend die Eintragungen mit Daten ergänzt, die bei der Durchsicht erhoben wurden.

Im Zuge der begonnenen Umstellung der Grundbücher auf automationsunterstützten Betrieb (EDV) hat die Abteilung im April begonnen, die EDV-Eintragungen der Bezirksgerichte Innere Stadt, Favoriten, Hietzing und Liesing zu überprüfen und allfällige Fehleintragungen beim Grundbuch zur Berichtigung angezeigt. Ein besonderes Augenmerk mußte auf die intabulierten Pfandrechte gelegt werden. Die Fortsetzung dieser Arbeiten wird im Jahre 1982 einen bedeutenden Teil der Tätigkeit einnehmen.

Städtische Friedhöfe

Mit Beschluß des Wiener Gemeinderates vom 30. Oktober 1981, Pr.Z. 2676/81, wurden die Arbeitsentgelte des Teiles B des Tarifes für die Bestattungsanlagen der Stadt Wien auf Grund der laufend steigenden Kosten für Betriebsmittel um 12 Prozent angehoben, wobei auch die Lohnsteigerungen Berücksichtigung gefunden haben.

Im Jahre 1981 wurden in den Wiener städtischen Friedhöfen insgesamt 25.410 Beerdigungen durchgeführt, was gegenüber dem Jahre 1980 eine geringfügige Steigerung um 354 Fälle oder um 1,4 Prozent bedeutet. Insgesamt wurden 20.901 Erd- und 4.639 Urnenbestattungen vorgenommen. Die Zahl der Erdbestattungen ist somit gegenüber dem Vorjahr um 108 Fälle zurückgegangen, die der Urnenbestattungen hat um 158 Fälle zugenommen. So stieg auch der Anteil der Urnenbeisetzungen an der Zahl der Gesamtbeerdigungen von 16,2 auf 18,3 Prozent. Von den insgesamt 25.410 Beerdigungen entfielen 20.799 oder 81,9 Prozent auf Beilegungen in Erd- und Urnengräbern, 2.164 oder 8,5 Prozent auf Neubelegungen in heimgefallenen Grabstellen, 1.690 (6,6%) auf Neubelegungen auf Erweiterungsflächen und 757 (3,0%) auf Beerdigungen in einfachen Gräbern.

Die Anzahl der Deckplattenbewilligungen ist gegenüber 1980 um 772 Geschäftsfälle zurückgegangen. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, hat nun auch die Zahl der Bewilligungen eine eher leicht sinkende Tendenz. In 19.333 Fällen wurden die Benützungsrechte an Grabstellen verlängert, in 1.994 Fällen insgesamt 5.660 Leichen exhumiert bzw. zusammengelegt. In dieser Zahl sind die Exhumierungen, die nach dem Einziehen von verfallenen Grabstellen von Amts wegen durchgeführt werden mußten, jedoch nicht enthalten.

Auf dem baulichen Sektor wurden vorwiegend Erhaltungsarbeiten durchgeführt, während sich die Investitionen auf den Ausbau der Erweiterungsflächen beschränkten. Die Umbauarbeiten der Halle 1 im Wiener Zentralfriedhof sind durch den schlechten Bauzustand erforderlich geworden und werden planmäßig weitergeführt. Mit einer Beendigung der Arbeiten ist im Jahre 1983 zu rechnen. Im Zuge der Reaktivierung von Sperrfriedhöfen wurden in den Friedhöfen Heiligenstadt, Altmannsdorf und Gersthof gekühlte Beisetzkammern eingebaut, wobei im Falle des Friedhofes Gersthof umfangreichere Umbauten erforderlich waren.

In den Eigenregiefriedhöfen wurden 3.047 Grabstein- und 2.131 Einfassungsfundamente hergestellt, wobei in ungünstigem Gelände 425 Piloten geschlagen werden mußten. 5 Grüfte, 37 Grabkammern und 3 Urnengrabkammern wurden neu errichtet, 12 Grabkammern waren zur Wiedervergabe instandzusetzen. Auf Erweiterungsflächen in verschiedenen Wiener städtischen Friedhöfen wurden 1.424 m² neue Straßen und 813 m² neue Wege hergestellt, während 16.114 m² Straßen und 118.640 m² Wege erneuert werden mußten. Bei der Anlage neuer Flachgräbergruppen wurden 1.351 m fundierte Kantsteineinfassungen und 420 m neue Wasserleitungsrohre verlegt, bei der Behebung von 58 Wasserrohrgebrechen 580 m Wasserleitungsrohre ausgewechselt. Um die wilden Müllablagerungen in den Friedhöfen hintanzuhalten, mußten neun neue Abfallbehälter aufgestellt werden.

Auf gartentechnischem Gebiet wurde wie in den vergangenen Jahren die Begrünung weitergeführt, um die Friedhöfe parkähnlicher zu gestalten. So steht der Rodung von 98 überalterten und abgestorbenen Bäumen die Neuanpflanzung von 120 Bäumen, den Heckenrodungen im Ausmaß von 700 m die Neuanpflanzung von 2.200 m gegenüber. Zusätzlich wurden 600 Zier- und Ballenpflanzen gesetzt. Die erforderlichen Schnitte zur Auslichtung bzw. Formung wurden an 432 Bäumen und 95.000 m Hecken vorgenommen. Die Mäharbeiten auf Friedhofsflächen und verwahrlosten Grabstellen erstreckten sich auf 2,200.000 m², die Unkrautbekämpfung auf Wegen und Plätzen auf 418.000 m².

Die Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden als Ehrengräber gewidmet: Es waren dies am Wiener Zentralfriedhof die Grabstätten von Dr. h. c. Felix *Slavik,* ehemaliger Bürgermeister der Stadt Wien, und von DDr. Franz *Mikolsich,* Univ.-Professor, Slawist und Linguist; am Friedhof Döbling das Grab von Julius *Schlegel,* Oberstleunant, Landtagsabgeordneter und Gemeinderat; am Friedhof Ottakring jene von Prof. Heinrich

Schoof, Chormeister und Komponist, Albert *Sever,* Landeshauptmann, sozialdemokratischer Politiker, und von Franz *Schuhmeier,* sozialdemokratischer Politiker, Arbeiterführer; am Friedhof Baumgarten die Grabstätte von Dr. Gerhard *Weissenberg,* Bundesminister für soziale Verwaltung, und am Friedhof Neustift jenes von Willy *Forst,* Schauspieler und Regisseur.

Die städtische Friedhofsgärtnerei konnte trotz weiterer Zunahme der Zahl der Deckelgräber ihren Auftragsstand gegenüber dem Jahre 1980 halten. Auf Grund der laufend steigenden Kosten wurde vom Preisunterausschuß der paritätischen Kommission mit Wirksamkeit Jänner 1981 eine Erhöhung der Preise für friedhofsgärtnerische Leistungen im Ausmaß von 6 Prozent für das Jahr 1981 zur Kenntnis genommen. Neben den Grabschmückungen und der Herstellung von Kranzgebinden wurde die Aufzucht von rund 2,75 Millionen Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, der Krieger- und Opfergräber erfolgte unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials.

Landwirtschaftsbetrieb

Der Landwirtschaftsbetrieb ist überwiegend mit der Verwaltung und Bewirtschaftung der stadteigenen Ökonomien und der hinzugepachteten Bundesdomäne Eßling betraut. Hinsichtlich des Aufgabenbereiches ergab sich insofern eine Veränderung, als zum früheren, ausschließlich nach kommerziellen Gesichtspunkten geführten Produktionsbetrieb neue Agenden, die zunehmend für Teilbereiche der kommunalen Stadtverwaltung von Bedeutung sind, hinzukamen. Dazu gehörten die Grundverwaltung von stadteigenen, aber nicht selbst bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen, die Reservehaltung von landwirtschaftlichen Grundstücken für den Straßen- und Wohnungsbau, weiters für die nächsten Ausbaustufen des Sozialmedizinischen Zentrums-Ost und im besonderen Maße die Bereitstellung von Betriebsbaugründen in Zusammenarbeit mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der mit Gemeinderatsbeschluß vom 20. November 1981 gegründet wurde. Im Bereich des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke—Moosbrunn bewirtschaftet bzw. betreut der Landwirtschaftsbetrieb 116 ha des Schutzgebietes. Umweltschutz, die Entrümpelung von wilden Deponien, der Ausbau und die Erhaltung von Erholungsgebieten sind zusätzliche im Dienste der Allgemeinheit notwendige Aufgabengebiete der Abteilung. Die Stadtgüter Cobenzl, Magdalenenhof am Bisamberg und Lobau sind mit der Landschaftspflege sowie der Betreuung von Spiel- und Liegewiesen befaßt. Der geschaffene Kleintierzoo beim Weingut Cobenzl wurde von den Besuchern dieses Ausflugsgebietes positiv aufgenommen. Durch die Preisentwicklung auf dem Treibstoffsektor werden diese Naherholungsgebiete verstärkt frequentiert, was wiederum bei den Buschenschenken des Weingutes Cobenzl und des Stadtgutes Magdalenenhof höhere Umsätze mit sich brachte.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche, insgesamt 1.811 ha, gliedert sich in 623 ha Winterweizen, 195 ha Winterroggen, 153 ha Wintergerste, 72 ha Sommerweizen, weiters in 225 ha Sommergerste, 48 ha Hafer, 98 ha Raps, 51 ha Mais, 42 ha Grünerbsen, 27 ha grüne Bohnen; ferner in 24 ha Gemüse, 215 ha Zuckerrüben, 19 ha Kartoffeln und in 19 ha Rotklee. Die Fläche an Weingärten betrug 25 ha, davon 3 ha Neuanlage ohne Ertrag.

Getreide nahmen 1.316 ha oder 72,7 Prozent, Hackfrüchte 234 ha oder 13,0 Prozent, Ölfrüchte 98 ha oder 5,4 Prozent, Hülsenfrüchte 69 ha oder 3,8 Prozent und Mais 51 ha oder 2,8 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche ein.

Für die Entwicklung der einzelnen Kulturarten waren bestimmte Faktoren maßgebend: Trotz tiefer Temperaturen gab es bei den Wintersaaten keine nennenswerten Schäden durch Kahlfröste, da zeitweise eine schützende Schneedecke vorhanden war. Trockenschäden im Frühjahr und Hitze im Juni, die den Reifeprozeß beschleunigte, führten zu dem schlechten Ergebnis bei Getreide. Raps und Erbsen litten ebenfalls unter Niederschlagsmangel, bei letzteren traten außerdem Frostschäden auf. Besonders arg traf es den Weinbau. Frostschäden Ende April und fehlende Feuchtigkeit führten zu einem weit unter dem bisherigen Durchschnitt liegenden Ertrag, wobei bei einzelnen Sorten bis zu 60 Prozent Einbußen zu verzeichnen waren. Als bescheidener Ersatz ist dafür die Qualitätsverbesserung anzuführen. Lediglich einige Gemüsesorten brachten gegenüber dem Vorjahr Ertragssteigerungen, wie z. B. Radies, Frühkartoffeln und Bohnen. Auch die Zuckerrübe konnte trotz Aufgangsschwierigkeiten durch verstärkten Einsatz künstlicher Bewässerung im Sommer noch aufholen; die hohen Niederschläge im September kamen ihr ertragsmäßig zugute.

Nachstehend die Hektarerträge von Getreide, Mais und Zuckerrübe in dt im Vergleich zu den Jahren 1980 und 1979:

	1981	1980	1979
Winterweizen	35,62	44,08	33,33
Winterroggen	26,57	32,50	25,92
Wintergerste	31,72	52,05	26,59
Sommerweizen	25,11	48,55	30,00
Sommergerste	32,06	43,44	35,88
Hafer	35,16	49,96	34,01
Getreide insgesamt	32,63	42,85	32,33
Mais	40,03	62,75	53,57
Zuckerrübe	460,42	499,06	436,72

Im Jahre 1981 wurden 2.401 t Weizen, davon 106 t Hartweizen, 518 t Roggen, 1.205 t Gerste, 170 t Hafer, 203 t Mais, ferner 9.914 t Zuckerrüben, 222 t Raps, 166 t Grünerbsen, 354 t grüne Bohnen, 20 t Spinat, 336 t Kartoffeln, 102 t rote Rüben, schließlich 174.000 Bund Radies, 95 t Zwiebeln, 167 t Karotten, 73 t Gurken und 441 hl Wein produziert. Der Feldgemüsebau, bei dem Sellerie, Salat, Zucchini, Petersilie, Tomaten, Porree, gelbe Möhren, Kraut, Wirsingkohl, Kohlrabi, Kohlsprossen, Chinakohl, Karfiol, Paprika und Radicchio angebaut werden, brachte insgesamt einen Ertrag von rund 74 t. Der Feldgemüsebau gewinnt durch die angespannte Energiesituation immer mehr an Bedeutung, da die Gemüseproduktion in geheizten Glashäusern in Frage gestellt sein wird. Die Produktionsfläche für grüne Bohnen am Wallhof — Abnehmer ist die Industrie — wird erweitert werden können.

Insgesamt waren 17 (1980: 22) Angestellte, 42 (1980: 56) ständige Arbeiter sowie 21 (1980: 27) Saisonarbeiter und nichtständige Arbeiter beschäftigt. Saisonarbeiter und nichtständige Arbeiter sind auf Jahresdurchschnitt gerechnet. Bei den Vergleichszahlen für das Jahr 1980 ist zu berücksichtigen, daß in diesen das Personal der nach Ablauf des Pachtvertrages mit Ende 1980 ausgeschiedenen Bundesdomänen Rutzendorf, Orth und Schloßhof enthalten ist. Mit 1. März 1981 trat für Arbeiter eine Lohnerhöhung von 7 Prozent, ab 1. Juli 1981 für Angestellte eine Gehaltserhöhung von 6,9 Prozent in Kraft. Wegen der Personaleinsparungen stieg die Lohn- und Gehaltssumme jedoch nur um 3,4 Prozent.

Die baulichen Aufwendungen umfaßten vor allem die Fertigstellung der Saisonarbeiterquartiere in Eßling, die Zusammenlegung bzw. Umbauten von überalterten Landarbeiterwohnungen einschließlich Wasser-, Gas- und Elektroinstallationen, den Umbau einer Garage für Traktoren in der Lobau, den Ausbau einer Scheune am Wallhof für die Lagerung von losem Handelsdünger — erste Ausbaustufe —, die Erneuerung der Fassade einschließlich der Fenster des Buschenschankgebäudes am Cobenzl, die Beleuchtungsanlage des dortigen Gästegartens, die Errichtung eines Laborraumes für die Kellerwirtschaft und eines Lagerraumes für das Büffet, die Schaffung von zwei Feldbrunnen in der Lobau für künstliche Bewässerung, die Erneuerung der Brause- und WC-Anlagen für Arbeiter am Wallhof sowie zahlreiche Instandsetzungsarbeiten an alten Ziegeldächern, Kaminen und Dachrinnen. Die für den Bausektor zur Verfügung stehenden Mittel reichen bei weitem nicht aus, um die notwendigen Restaurierungen durchführen zu können.

An Maschinen und Fahrzeugen wurden ein Lastkraftwagen ÖAF/MAN-Kipper für den Gesamtbetrieb, ein Steyr-Traktor 8140 mit Allradantrieb für Eßling, eine Fahr-Hochdruckpresse, ein Proland-Stalldüngerstreuer und ein Vakuumfaß für die Lobau, ein Vibro-Crop-Hackgerät mit Einwalzkrümler für Laxenburg, ein Laubschneidegerät für die Weinanlagen und ein Rau-Schälgrubber für Magdalenenhof, fünf Weinlagertanks für Cobenzl, ein Rührwerk für 300 l Präparat, ein Vakuumfaß für Eßling und eine Holzspaltmaschine Posch für Lindenhof angekauft. Außerdem war die Anschaffung einiger Kleingeräte, Werkzeuge und Ergänzungen für Bewässerungsanlagen erforderlich.

Die Übernahme der Marchfelddomänen Rutzendorf, Orth und Schloßhof durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mit 1. Jänner 1981 brachte eine Verringerung der landwirtschaftlichen Nutzfläche und somit der Wirtschaftsbasis um rund 34 Prozent mit sich.

Der biologische Landbauversuch mit einer eigenen Vermarktungsstelle am Schafflerhof in Eßling ist eine weitere Komponente in der Tätigkeit des Landwirtschaftsbetriebes mit einer bemerkenswerten Interessenbekundung durch zahlreiche in- und ausländische Exkursionen. Im vergangenen Jahr konnten sich Besuchergruppen aus dem agrarwirtschaftlichen Bereich von Niederösterreich, Burgenland und Oberösterreich, ferner solche von den Volkshochschulen aus Wien-Nord und Ternitz, von den Wiener Berufsschulen, aber auch Interessenten aus Deutschland, Ungarn und Japan über die Arbeit informieren.

Stadtreinigung und Fuhrpark

Die Gesamtzahl der Beschäftigten einschließlich der jugoslawischen Gastarbeiter betrug am 31. Dezember 1981, den Personenkraftwagenbetrieb ausgenommen, 2.722. Wieder war es notwendig, Gastarbeiter einzusetzen: Zum Jahresende beschäftigte die Abteilung insgesamt 313 Gastarbeiter, die hauptsächlich aus Jugoslawien kamen. Davon wurden 264 vertragsmäßige Arbeiter des Fuhrwerkbetriebes, und zwar 228 bei der Straßenreinigung, 19 im Fuhrpark, 9 in der Hauptwerkstätte, 8 in der Müllverbrennung sowie 50 Saisonbedienstete verwendet.

An rechtlichen Angelegenheiten mußten vor allem die Vertretung der Stadt Wien in versicherungsrechtlichen Belangen sowie die Entfernung unzulässig abgestellter Fahrzeuge wahrgenommen werden. Die Kraftfahrzeuge der Stadtverwaltung waren im Jahre 1981 an 1.013 Schadensfällen beteiligt. An Schadenersatzforderungen wurden von den Haltern der gegnerischen Fahrzeuge von deren Haftpflichtversicherung 1,200.448 S hereingebracht, für die Beschädigung an Betriebsmitteln, wie Müllgefäßen, Sanddächern und Papierkörben, durch dritte Personen 131.646 S einbringlich gemacht.

Durch die Abschleppgruppe mußten 7.870 kennzeichenlose Kraftfahrzeuge gemäß § 89 a der Straßenverkehrsordnung von öffentlichen Verkehrsflächen entfernt werden. Davon wurden 3.930 Abschleppungen auf

Grund von Verzichtserklärungen vorgenommen. Ferner waren 11.576 verkehrsbehindernd abgestellte Kraftfahrzeuge kostenpflichtig von öffentlichen Verkehrsflächen zu entfernen.

Im Bereich der Straßenpflege machten die ständig steigende Verkehrsdichte und Verparkung eine weitere Intensivierung der händischen Reinigung notwendig. Gleichzeitig wurde durch Kehr- und Hochdruckwaschmaschinen eine wesentliche Steigerung im maschinellen Einsatz erzielt. Für die händische Reinigung standen im Durchschnitt 850 ständige Bedienstete der Straßenpflege zur Verfügung, während die zwei- bis dreimal wöchentlich aufgenommenen Taglöhner bzw. Schneearbeiter, insgesamt 37.576, zusätzlich 300.608 Arbeitsstunden leisteten. Die maschinelle Reinigung wurde von 33 Kehrmaschinen durchgeführt, von denen nachts sechs auf 20 abwechselnd zu befahrenden Planrouten, die übrigen im Tageinsatz Verwendung fanden. Von den 33 Kehrmaschinen wurden bei 5.469 Einsätzen 221.897 km Straßen gereinigt. Das Waschen der Fahrbahnflächen besorgten 28 Hochdruckwaschmaschinen, die bei 4.235 Einsätzen 223.739 km Straßen gewaschen haben. Von diesen Fahrzeugen waren neun auf 17 Planrouten im kontinuierlichen Nachteinsatz, zusätzlich wurden noch 15 Kleinwaschfahrzeuge für die Straßenwaschung verwendet. Der Austausch der alten, rund 20 l fassenden Papierkörbe gegen 50-l-Plastikgefäße wurde fortgesetzt. Insgesamt konnten davon 6.114 Stück, weiters 690 Altstadtabfallkörbe sowie 9 Betonabfallkörbe mit Einsatz montiert werden. Für den Winterdienst 1980/81 waren 134 betriebseigene Fahrzeuge sowie 143 Lastkraftwagen von privaten Fuhrwerksunternehmen bereitgestellt. Auf planmäßigen Routen waren 166 Fahrzeuge mit Schneepflug und Streueinrichtung eingeteilt, die übrigen wurden dem örtlichen Bedarf entsprechend eingesetzt. Für die Bestreuung waren 49.492 t Streuriesel und 12.960 t Auftaumittel erforderlich. Neun Salzsilos ermöglichten eine rasche Beladung der Streufahrzeuge. Die Gesamtschneehöhe betrug im Winter 1980/81 106 cm, was eine Schneeabfuhr im Ausmaß von rund 116.000 m³ mit sich brachte. Auf Grund von Anforderungen der MA 28, 30, 31, der Elektrizitäts- und Gaswerke sowie anderer Abteilungen und Privatpersonen mußten vom Bereitschaftsdienst für notstandspolizeiliche Maßnahmen 15.143 Ausfahrten gemacht werden, bei denen unter anderem Abschrankungen und Maßnahmen zur Beleuchtung durchgeführt wurden.

Der eingesammelte Müll ist gegenüber dem Vorjahr gewichtsmäßig um 1,8 Prozent auf 514.000 t gestiegen, volumsmäßig um 2,8 Prozent auf rund 5,175.000 m³, was einem mittleren Raumgewicht von 0,099 t m³ entspricht. Zusätzlich mußten rund 70.000 t Müll von Privatanlieferern deponiert werden. Der eingesammelte Müll wurde zu 61,3 Prozent in den beiden Müllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau sowie in der Sondermüllverbrennungsanlage Entsorgungsbetriebe Simmering verbrannt. 3,2 Prozent sind in der Biomull-Anlage zu Kompost verarbeitet, 2,4 Prozent der Firma Rinter zur Wiederverwertung zugeführt worden. Der Rest von 33,1 Prozent wurde auf den Ableerplätzen geordnet gelagert. Durch weiteren Einsatz kombinierter Schüttsysteme für 120-l- und 240-l-Gefäße (Anteil im Dezember 1981 20,1%) konnte die Anzahl der Müllsammelstrecken um zwei auf insgesamt 169 mit 481 Mann (1980: 490) Ladepersonal verringert werden. Auf die 110-l- und 120-l-Gefäße entfielen 39,0 Prozent der Entleerungen, auf die 240-l-Gefäße 25,2, auf die 1,1-m³-Großcontainer 21,3, ferner auf die 50-l-Gefäße 11,7, auf die 770-l-Gefäße 2,5 und auf die 12-m³- bzw. 16-m³-Behälter 0,3 Prozent. Das entleerte Gefäßvolumen betrug 5,654.817 m³, was eine Steigerung von 2,7 Prozent gegenüber 1980 bedeutet. Die angefallene Gesamtmüllmenge und deren Abtransport verteilten sich im Dezember zu 70,5 Prozent auf 770-l-Gefäße und 1,1-m³-Großcontainer in 96 Müllwagen, zu 20,1 Prozent auf 120-l- und 240-l-Gefäße in 43 Müllwagen und zu 5,4 Prozent auf 110-l-Gefäße in 20 Müllwagen. Der Rest wurde von 240-l- und 50-l-Gefäßen in 10 Müllwagen abtransportiert. Auf den in Betrieb stehenden Ableerplätzen mußten rund 509.000 t Müll, Schutt, Aushubmaterial und Schlacken der Müllverbrennungsanlagen deponiert werden. In der städtischen Müllgefäße-Reparaturwerkstätte und Kübelwäscherei wurden insgesamt 61.000 Müllgefäße gewaschen und überholt sowie alle laufend anfallenden Reparaturen an Geräten durchgeführt. Neben der maschinellen Reinigung der 100-l-Ringtonnen werden durch den Einsatz einer neuen Waschanlage auch die 1,1-m³- und 770-l-Großgefäße maschinell gereinigt. Die Plastikgefäße mit 50-l- und 120-l- und 240-l-Inhalt müssen weiterhin händisch gereinigt werden.

Bei der seit 14. November 1977 laufenden Aktion zur Einsammlung von Altglas wurden insgesamt 16.317 t, im Jahre 1981 allein 4.388 t Altglas eingesammelt und der Glasindustrie zur Wiederverwertung zur Verfügung gestellt. Insgesamt sind 800 Sammelbehälter für Weiß- und Buntglas aufgestellt worden, die mit einem Zweikammer-Sammelfahrzeug entsorgt wurden.

In der Müllverbrennungsanlage am Flötzersteig wurden 118.400 t Haus- und privater Gewerbemüll verbrannt, weiters 205.895 t Dampf erzeugt, 1.925 t Eisenschrott und 47.638 t Schlacke abgeführt sowie 740.000 kWh Strom an das öffentliche Stromnetz geliefert. Die Verdampfungsziffer betrug im Jahresmittel 2,10. Am Tag der offenen Tür konnten 2.100 Personen die Anlage besichtigen.

Der Fahrzeugstand im Fuhrpark veränderte sich gegenüber 1980 unwesentlich. Der Ersatz alter, reparaturunwürdiger Fahrzeuge durch neue wurde fortgesetzt. Der Fahrzeugstand umfaßte mit Ende 1981 im Unternehmerbereich 210 Müllwagen, 4 Multilifttransporter, 1 zweiachsigen Multilifttransporter mit Waschaufbau, 8 Planier- und Ladegeräte, 5 Gabelstapler, 1 Kranrüstwagen, 5 Lastkraftwagen (Kübeltauschwagen und Regie), je zwei Toilettenanhänger und Toilettencontainer, je einen Tieflader und Glasmüllwagen, 2 Spitalmüllwagen,

1 Bergtrac und 330 Multiliftcontainer. Im Hoheitsbereich waren es 55 Lastkraftwagen und 28 Unimog mit Pfluganbauvorrichtung, 27 Kehrmaschinen, 2 Unimog-Vorbaubesen, 16 Waschmaschinen, 10 Waschaufbauten, die im Sommer auf Winterdienst-Lkw montiert werden; ferner 3 Lastkraftwagen zur Fahrzeugabschleppung, 6 Schlammsaugwagen, davon drei explosionsgeschützt, 18 Radlader und Stapler, 4 Omnibusse für den Transport körperbehinderter Kinder, 1 Unimog für Schneeräumung, 68 Fahrzeuge für die Straßenpflege (Multi, Multicar), 5 Vespa-3-Räder gleichfalls zur Straßenpflege, 261 Streuanhänger, 336 Schneepflüge, 1 Schneefräse, 27 Aufbaustreuer, 4 Einachsanhänger und 1 Spezialabschleppanhänger. Zu diesen Fahrzeugen und Geräten kamen noch die diversen Kleinlastkraftwagen, Kleinbusse, Anbaugeräte, Personen- und Kombinationskraftwagen, Leichtanhänger sowie die Fahrzeuge des Dienstkraftwagenbetriebes. Weiters wurde eine Reihe von Kehrmaschinen, Winterdienstgeräten und diversen Spezialfahrzeugen teils zu Versuchszwecken, teils zur Abdeckung des Spitzenbedarfes angemietet.

Von den Fahrzeugen des Unternehmerbereiches (Müllabfuhr) wurden 3,703.004 km, von den Fahrzeugen des Hoheitsbereiches 2,686.858 km und von den Fahrzeugen des Dienstkraftwagenbetriebes 1,158.302 km zurückgelegt. Von allen Fahrzeugen wurden 2,745.701 l Diesel, 498.505 l Vergasertreibstoffe, 46.977 l Motoröl, 8.258 l Getriebeöl, 11.818 l Hydrauliköl und 3.951 l Frostschutzmittel verbraucht. An Treibstoffen wurden gegenüber 1980 bei Diesel um rund 0,8 Prozent weniger, bei Vergasertreibstoffen um rund 2 Prozent weniger verbraucht. Der gesamte Treibstoffverbrauch sank im Schnitt um rund 1 Prozent, obwohl die gesamte Kilometerleistung um 2,3 Prozent zunahm. Dies ist auf das Ansteigen der Kilometerleistung im Hoheitsbereich und das Zurückgehen dieser im Unternehmerbereich zurückzuführen. Im Hoheitsbereich wird der Kraftstoff in weit höherem Maße für die eigentliche Fortbewegung des Fahrzeuges verbraucht als im Unternehmerbereich, in dem die Müllsammelfahrzeuge den Treibstoff vor allem für den Beladevorgang verbrauchen. Mit den Waschmaschinen wurden 4.507 Einsätze gefahren, dabei 237.518 km zurückgelegt und 141.572 m³ Wasser verbraucht. Von den Kehrmaschinen wurden bei 5.723 Einsätzen 231.534 km zurückgelegt.

Für den Winterdienst wurde eine neue Fahrzeugtype eingeführt. Es handelt sich um einen Lastkraftwagen der Type Steyr 791 mit abnehmbarem Heckkran. Im Winterdienst wird der Heckkran abgesetzt und ein Großraum-Streuaufbau auf das Plateau montiert. Durch diese Konstruktion konnte die Nutzlast für den Winterdienst erhöht und der Hydraulikkran vor Salzangriff geschützt werden. Die Umrüstung der Winterdienstfahrzeuge der Abteilung auf Hydraulikpflugbetrieb mittels Kompaktanlage konnte abgeschlossen werden. Weiters wurde eine neue Kleinkehrmaschinentype eingeführt. Es handelt sich um eine saugende Kehrmaschine mit zwei Motoren (Schörling M-TTVII). Die Zahl der in Fahrzeugen eingebauten Funkgeräte nahm von 178 auf 206 Geräte zu.

Für andere Abteilungen wurden 155 Bestellungen durchgeführt. Es handelt sich dabei um 31 Personenkraftwagen, 29 Kleinlastkraftwagen und Kombi, 13 Lastkraftwagen über 3,5 t Gesamtgewicht, 35 Traktore und Kleintraktore und 58 diverse Fahrzeuge wie Anhänger, selbstfahrende Arbeitsmaschinen. Schließlich wurden 1.500 Fahrzeuge und Geräte für diese Abteilungen gemäß § 55 KFG 1967 überprüft. Durch die Abteilung wurden im gesamten Magistrat 244 Fahrzeuge und Geräte, unter anderem Schneepflüge, Streuer und Mulden, skartiert und an Private, Firmen sowie an die VOEST verkauft. Dabei konnte ein Erlös von 2,749.610 S ohne Mehrwertsteuer erzielt werden.

1981 mußten von den Garagen insgesamt 1.545 Sondereinsätze gefahren werden. Die Einsatzgründe waren unter anderem die Beseitigung von Straßenverunreinigungen, Brandresten, Schmieraktionen und ähnlichem, der Transport von Trinkwasser sowie der Abtransport von Öl bzw. ölgetränktem Erdreich und von anderen gefährlichen Stoffen. Die Zahl der Sondereinsätze hat gegenüber 1980 um rund 10 Prozent zugenommen.

In der Hauptwerkstätte wurden 1.030 Reparaturen an abteilungseigenen, 331 Reparaturen an abteilungsfremden Fahrzeugen, 1.050 Stück-, 554 Pflug- und 637 Streureparaturen durchgeführt.

In Wien standen 169 öffentliche Bedürfnisanstalten, 30 Pissoirs und 19 Trockenaborte der Öffentlichkeit zur Verfügung. Ferner wurden vier neue öffentliche Bedürfnisanstalten, und zwar in 2, Praterstern — U-Bahn, in 14, U-Bahn-Station Hütteldorf, in 20, Friedrich-Engels-Platz, in 21, Hoßplatz, sowie sechs Trockenaborte im Nordteil der Neuen Donau fertiggestellt. Die drei fahrbaren Toilettenanlagen waren insgesamt 62 Tage eingesetzt worden, die sechs transportablen Toilettenanlagen verzeichneten 775 Einsätze auf diversen Lagerwiesen.

An größeren baulichen Herstellungen, die 1981 durchgeführt wurden, sind im Bereich der Straßenpflege die Errichtung eines Salzsilos auf dem Lagerplatz in 17, Richthausenstraße 2—4, die Sanierung des Betriebsgebäudes der Kübelwäscherei in 20, Traisengasse 8, und des Salzschuppens in 23, Blumental, ferner in der Garage 5 die Errichtung einer Hochspannungsstation, in der Garage 17 der Umbau eines Mannschafts- und Lenkerbades, im Amtshaus der Abteilung die Erneuerung der Aufzugssteuerungsanlage sowie die Verstärkung der Elektroanspeisung zu nennen. In der Hauptwerkstätte wurde eine Zentralheizungs- und Warmwasseraufbereitungsanlage für die Objekte Dreherei, Schmiede und Waschanlage hergestellt. In der Müllverbrennungsanlage I mußten die Speicherbunkerwände, der 100 m hohe Schornstein, die Blitzschutzeinrichtungen und die Heizkanäle saniert werden. Weiters wurden Erhaltungsarbeiten in den Objekten der Straßenpflege, des

städtischen Fuhrparks, in der Hauptwerkstätte, in der Müllverbrennungsanlage I und in den öffentlichen Bedürfnisanstalten durchgeführt. In Wien wurden 19 Straßen neu benannt, 613 schadhafte Benennungstafeln ausgewechselt und ergänzt, 10 Orientierungstafeln von Amts wegen ausgetauscht und 23 Hinweistafeln montiert. Zur Erhaltung und besseren Lesbarkeit mußten weiters 2.245 Straßentafeln saniert und gereinigt werden.

Zur Unterstützung der Personalverwaltung für rund 2.700 Bedienstete wurde in der Abteilung ein dezentraler Mikro-Computer DEC PDP 11/70 mit 4 Bildschirmterminals installiert. Neben der automatischen Nebengebührenanforderung erfolgt auch die Personalverwaltung im Online-Verfahren. Organisationsarbeiten für den Bereich der Referatseinteilung wurden in Zusammenarbeit mit der MD-ADV und der MA 3 sowie für den Bereich Absenzenverwaltung vorrangig behandelt.

Marktamt

Im Jahre 1981 traten folgende gesetzliche Bestimmungen in Kraft, die vom Marktamt bei seiner Tätigkeit zu beachten waren:

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 3. Dezember 1980 über den Befähigungsnachweis für das gebundene Gewerbe der Abdichter gegen Feuchtigkeit und Druckwasser, BGBl. Nr. 87/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 3. Dezember 1980 über den Befähigungsnachweis für das gebundene Gewerbe der Asphaltierer, BGBl. Nr. 88/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 11. Februar 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Dachdecker (Dachdecker-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 96/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 24. Februar 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Optiker (Optiker-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 114/1981.

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 5. März 1981, mit der die Lebensmittel-Importmeldeverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 136/1981.

Verordnung des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz vom 9. März 1981, mit der die Verordnung über die Einfuhr von Eipräparaten geändert wird, BGBl. Nr. 137/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Jänner 1981 über den Befähigungsnachweis für das gebundene Gewerbe der Steinholzleger und Spezialestrichhersteller, BGBl. Nr. 151/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 16. März 1981, mit welcher die Verordnung, mit der die Herausgabe von Preisempfehlungen untersagt wird, geändert wird, BGBl. Nr. 153/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 12. Jänner 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Karosseriebauer (Karosseriebauer-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 164/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. März 1981 über Mindestvorschriften für Einrichtung, Ausstattung und Betriebsführung von Gastgewerbebetrieben, BGBl. Nr. 176/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 25. März 1981 über die äußere Geschäftsbezeichnung und Ausübungsvorschriften für das Drogistengewerbe, BGBl. Nr. 177/1981.

Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 24. März 1981, mit der die Dampfkesselverordnung abgeändert wird, BGBl. Nr. 181/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 29. März 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Kupferschmiede (Kupferschmied-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 190/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 29. März 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Spengler (Spengler-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 191/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 21. April 1981 über den Befähigungsnachweis für das konzessionierte Gewerbe der Berufsdetektive, BGBl. Nr. 222/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 19. Mai 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Keramiker (Keramiker-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 271/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 21. Mai 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Hafner (Hafner-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 272/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 21. Mai 1981 über die Durchfüh-

rung der Meisterprüfung für das Handwerk der Platten- und Fliesenleger (Platten- und Fliesenleger-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 273/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 11. Juni 1981 über die Kennzeichnung der Beschaffenheit textiler Fußbodenbeläge, BGBl. Nr. 287/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 22. Juni 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Glaser (Glaser-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 321/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 22. Juni 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Glasschneider einschließlich der Glasbeleger (Glasschleifer-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 322/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Juli 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Friseure und Perückenmacher (Friseur-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 326/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Juli 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Gewerbe der Messerschmiede einschließlich der Erzeugung von Hieb- und Stichwaffen (Messerschmied-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 327/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 8. Juli 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das konzessionierte Rauchfangkehrergewerbe (Rauchfangkehrer-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 328/1981.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 15. Juni 1981, mit der die Weinverordnung geändert wird, BGBl. Nr. 346/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. Mai 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Metallschleifer und Galvaniseure (Metallschleifer-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 348/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 11. Juni 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das Handwerk der Uhrmacher (Uhrmacher-Meisterprüfungsordnung), BGBl. Nr. 349/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 10. September 1981 über die Verwendung des Wortes „Konditorei" in der äußeren Geschäftsbezeichnung, BGBl. Nr. 434/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 13. Oktober 1981 über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltstiefkühlgeräten und Elektro-Haushaltsgefriergeräten, BGBl. Nr. 470/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 13. Oktober 1981 über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltskühlgeräten, BGBl. Nr. 471/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 13. Oktober 1981 über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltswarmwasserspeichern, BGBl. Nr. 472/1981.

Bundesgesetz vom 15. Oktober 1981, mit dem das Gelegenheitsverkehrs-Gesetz, das Güterbeförderungsgesetz und die Gewerbeordnung 1973 geändert werden, BGBl. Nr. 486/1981.

Bundesgesetz vom 11. November 1981, mit dem das Patentgesetz und das Markenschutzgesetz geändert werden (Patentgesetz- und Markenschutzgesetz-Novelle 1981), BGBl. Nr. 526/1981.

Verordnung der Bundesminister für soziale Verwaltung und für Handel, Gewerbe und Industrie vom 2. Oktober 1981 über die Beschäftigungsverbote und -beschränkungen für Jugendliche, BGBl. Nr. 527/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 20. November 1981 über die Durchführung der Meisterprüfung für das konzessionierte Gewerbe der Erzeugung, Bearbeitung und Instandsetzung nichtmilitärischer Waffen und nichtmilitärischer Munition (einschließlich der Tätigkeit der Büchsenmacher), BGBl. Nr. 578/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 10. Dezember 1981, mit der die Waschmittelkennzeichnungsverordnung 1974 geändert wird, BGBl. Nr. 579/1981.

Bundesgesetz vom 15. Dezember 1981, mit dem die Gewerbeordnung 1973 geändert wird (Gewerbeordnungs-Novelle 1981), BGBl. Nr. 619/1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 27. Februar 1981 betreffend Preisbestimmung für Milch, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 50 vom 1. März 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 13. März1981 betreffend Preisbestimmung für Zucker, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 62 vom 15. März 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 30. März 1981, mit der die Verordnung vom 27. Februar 1981 betreffend Preisbestimmung für Milch geändert wird, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 75 vom 31. März 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 26. Juni 1981, mit der Motor- und Getriebeöle befristet von der Preisregelung ausgenommen werden, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 148 vom 30. Juni 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 26. Juni 1981, mit der feste mine-

ralische Brennstoffe befristet von der Preisregelung ausgenommen werden, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 148 vom 30. Juni 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 17. Juli 1981 mit der die Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 23. Juli 1980 betreffend Regelung der Erzeugerpreise und der Handelsspannen für Roggen und Weizen geändert wird, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 164 vom 18. Juli 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 17. Juli 1981 mit der die Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 23. Juli 1980 betreffend Preisbestimmungen für inländischen Durumweizen und für importierten Durumweizen geändert werden, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 164 vom 18. Juli 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 31. Juli 1981 betreffend Preisbestimmung für Mahlprodukte aus Roggen und Weizen, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 176 vom 1. August 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 31. Juli 1981 betreffend Preisbestimmung für Steinmetzmehl aus Roggen und Weizen sowie für Steinmetz-Spezialmehl aus Roggen und Weizen, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 176 vom 1. August 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 31. Juli 1981 betreffend Preisbestimmung für Vollkornschrot aus Roggen, Vollkornschrot aus Weizen und Grahammehl, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 176 vom 1. August 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 3. August 1981, mit der Fahrbenzin und Superfahrbenzin befristet von der behördlichen Preisregelung ausgenommen werden, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 178 vom 4. August 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 3. August 1981 betreffend Preisbestimmung für Schwarzbrot, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 179 vom 5. August 1981.

Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 3. August 1981 betreffend Preisbestimmung für Rindfleisch, Selchfleisch und Wurstwaren, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 183 vom 9. August 1981.

Verordnung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 30. Oktober 1981 über die Ersichtlichmachung der Preise für bestimmte Treibstoffe bei Tankstellen, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 252 vom 31. Oktober 1981.

Erlaß des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 3. Mai 1981, Zl. 35.231/10-III/4/81, Auszeichnung gemäß § 68 Gewerbeordnung 1973, Auszeichnungsvoraussetzungen, Umfang der Führung des Staatswappens.

Gesetz vom 27. März 1981, mit dem das Wiener Veranstaltungsgesetz geändert wird, LGBl. für Wien Nr. 17/1981.

Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 5. März 1981 betreffend Preisbestimmung für Rindfleisch, Selchfleisch und Wurstwaren, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 58 vom 11. März 1981.

Verordnung des Wiener Gemeinderates vom 1. Juli 1981, MA 63 — Allg. 155/81, betreffend die Abänderung des Marktgebührentarifes 1980, Amtsblatt der Stadt Wien vom 30. Juli 1981, Heft 31.

Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 9. April 1981, MA 63 — Allg. 208/81, mit der die Marktgebiete und Markttage der im Jahre 1981 stattfindenden Kirchweihmärkte festgelegt werden (Kirchweihmärkteverordnung 1981), Amtsblatt der Stadt Wien vom 14. Mai 1981, Heft 20.

Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 15. September 1981, MA 63 — Allg. 255/81, mit der die Marktordnung 1976 geändert wird, Amtsblatt der Stadt Wien vom 22. Oktober 1981, Heft 43.

Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 3. November 1981, MA 63 — Allg. 673/81, mit der die Marktgebiete der Adventmärkte im Stadtgebiet von Wien für das Jahr 1981 festgelegt werden (Adventmärkteverordnung 1981), Amtsblatt der Stadt Wien vom 10. Dezember 1981, Heft 50.

Verordnung des Magistrates der Stadt Wien vom 3. November 1981, MA 63 — Allg. 660/81, mit der die Marktgebiete für bestimmte Gelegenheitsmärkte festgelegt werden (Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkteverordnung 1981), Amtsblatt der Stadt Wien vom 10. Dezember 1981, Heft 50.

In Wien bestanden im Jahre 1981 rund 19.000 Betriebe, auf die lebensmittelrechtliche Vorschriften anwendbar waren. Die Revisionstätigkeit der Lebensmittelpolizei orientierte sich grundsätzlich nach dem Revisions- und Probenplan des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz. 47.038 Revisionen wurden durchgeführt, davon 4.328 vom Veterinäramt. Auf Grund des Lebensmittelgesetzes wurden 20.155 Proben, davon 2.296 durch das Veterinäramt, von Lebensmitteln, Verzehrprodukten, Zusatzstoffen, kosmetischen Mitteln und Gebrauchsgegenständen gezogen. 5.343 Warenproben, davon etwa 60 Prozent Importwaren, wurden über Ersuchen der Gewerbetreibenden gezogen, wodurch diese Waren noch vor ihrer Inverkehrsetzung einer Untersuchung zugeführt werden konnten. Von der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung sowie von der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien wurden 6.579 Proben beanstandet. Diese Beanstandungen bezogen sich teilweise noch auf Probenentnahmen aus dem Jahre 1980. Dabei wurde in

812 Fällen der Verdacht auf Gesundheitsschädlichkeit, in 1.775 der auf Verdorbenheit, in 184 der auf der Nachmachung, in 1.944 der auf Verfälschung, in 808 der auf Falschbezeichnung, in 303 Fällen der auf Wertminderung, in 1.689 der auf Übertretung der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung und in 784 Fällen der Verdacht auf Übertretung sonstiger lebensmittelrechtlicher Vorschriften ausgesprochen. Oft mußten hiebei Proben aus mehreren Gründen beanstandet werden. Wie in den vorangegangenen Jahren ergaben sich die meisten Beanstandungen, nämlich 2.256, bei Fleisch- und Wurstwaren.

Wegen des Verdachtes strafbarer Handlungen nach dem Lebensmittelgesetz wurden an die Staatsanwaltschaft bei den zuständigen Gerichten 2.401 und bei Verwaltungsbehörden 2.000 Anzeigen erstattet. Im Jahre 1981 sind Verurteilungen mit einem Strafbetrag von insgesamt 3,068.920 Schilling durch Gerichte, in Verwaltungsstrafverfahren Bestrafungen von 280 Personen mit Geld in der Höhe von 606.644 Schilling bekannt geworden.

Großbetriebe wurden vorwiegend unter Verwendung der drei der Abteilung zur Verfügung stehenden Kraftfahrzeuge revidiert. Bei insgesamt 656 Fahrten wurden 5.074 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes (LMG) gezogen und auf Grund unmittelbarer Wahrnehmungen 1.032 Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörden erstattet. Gemäß § 20 des Lebensmittelgesetzes 1975 mußten wegen hygienischer Mißstände 239 Organstrafmandate verhängt werden. Lebensmittelbetriebe wurden weiterhin in den Abendstunden, Gastgewerbebetriebe, Buschenschenken und Nachtwürstelstände auch in den Nachtstunden kontrolliert.

Im Rahmen eines Schwerpunktprogramms wurden nach dem Lebensmittelgesetz 1975 von Fleischspeisen und Waren in Betrieben der Gemeinschaftsverpflegung 266 Proben entnommen, 60 davon beanstandet. Von den gleichgenannten Produkten wurden in Gastgewerbebetrieben 242 Proben gezogen und 83 davon beanstandet. 234 Proben wurden von Fleischwaren in Würstelständen entnommen, 84 beanstandet. Von Spezialwürsten in Fleischhauereien und im Lebensmittelhandel wurden wegen Verdachtes auf Verfälschung 107 Proben gezogen, 28 mußten beanstandet werden. Wild wurde in einschlägigen Betrieben wegen Verdachtes auf Verdorbenheit in 82 Proben geprüft, 5 davon beanstandet. Fische wurden zur Weihnachtszeit wegen Verdachtes auf Befall von Nematoden bzw. auf Verdorbenheit in 252 Proben kontrolliert, 26 Proben waren zu beanstanden. In 32 Proben wurden spanische Fisch- und Gemüsekonserven wegen Verdachtes auf Gesundheitsschädlichkeit einer Prüfung unterzogen, wobei es zu keiner Beanstandung kam. Ferner wurden in 32 Proben Suppenartikel wegen Verdachtes auf Verfälschung überprüft, 4 Proben mußten beanstandet werden. In 60 Proben wurden Krapfen in Bäckereien und Konditoreien wegen Verdachtes auf Verfälschung geprüft, 23 Proben davon beanstandet. Speiseöl und Speisefette wurden in den gleichgenannten Betrieben in 57 Proben kontrolliert, 21 Proben beanstandet. Von Schnittbrot wurden in einschlägigen Betrieben wegen Verdachtes auf Überkonservierung bzw. Verdorbenheit 106 Proben entnommen, jedoch nur eine beanstandet. Studentenfutter, Nüsse und Trokkenobst wurden in einschlägigen Betrieben wegen Verdachtes auf Verdorbenheit in 135 Proben kontrolliert, wovon 4 zu beanstanden waren. In 66 Proben wurden Biowaren wegen Verdachtes auf Verfälschung geprüft, 8 davon mußten beanstandet werden. Von Gemüse wurden 97 Proben wegen Verdachtes auf überhöhten Gehalt an Spritzmitteln gezogen, 5 beanstandet. Von Tafeltrauben wurden 128 Proben aus denselben Gründen entnommen, es war jedoch keine zu beanstanden. Kulturpflanzen neben stark befahrenen Straßen wurden wegen Verdachtes auf Kontamination mit Blei und Cadmium in 62 Proben kontrolliert, wobei es zu keiner Beanstandung kam. Im Zuge einer Schwerpunktaktion wurden außerdem nach der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung 1973 Schokoladewaren in Phantasieform zur Osterzeit in 52 Proben geprüft, davon mußten 12 beanstandet werden. Nach der Lebensmittel-Importmeldeverordnung wurden bei Importeuren 138 Revisionen vorgenommen, wobei es jedoch zu keiner Verwarnung kam. Nach dem Qualitätsklassengesetz schließlich wurden Eier in 938 Revisionen einer Kontrolle unterzogen, dabei mußten 97 Verwarnungen ausgesprochen werden. Außerdem wurden 12 Proben zur radiologischen Untersuchung abgenommen. Im Rahmen der Betriebskontrollen wurden nach dem Qualitätsklassengesetz 418, dem Bazillenausscheidergesetz 1.298, der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung 1.128 und der Speiseeisverordnung 22 Anzeigen an die Bezirksverwaltungsbehörden erstattet. In der Zeit von 0 bis 24 Uhr mußten alle lebensmittelführenden Betriebe mit Revisionen des Marktamtes rechnen.

Im Laboratorium des Marktamtes wurden 129 Proben für die MA 54 begutachtet, bei kommissionellen Überprüfungen 693 Wurst- und 259 Weinproben einer Voruntersuchung unterzogen. Auf Grund der Begutachtung wurden nur solche Proben der Untersuchung durch die Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung bzw. durch die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien zugeführt, die voraussichtlich zu beanstanden waren. In hohem Ausmaß wurde bei den ständigen Kontrollen des Marktamtes weiterhin auf die Hygiene im Lebensmittelverkehr Bedacht genommen. So mußten 1.514 Verwarnungen ausgesprochen, 1.079 Organstrafmandate verhängt und 259 Anzeigen an die Verwaltungsbehörden erstattet werden.

Da Geflügel häufig mit Salmonellen kontaminiert ist, wurde besonderes Augenmerk der gemeinsamen Inverkehrsetzung von Geflügel und anderem Fleisch geschenkt. Bei Kontrollen im Rahmen eines Schwerpunktprogramms war besonders auf die getrennte Lagerung von Fleisch (Fleischwaren) und Geflügel, auf eigene Arbeitsflächen und Bestecke für Geflügel und für Fleisch (Fleischwaren) sowie auf eigene Wischtücher für jede Arbeits-

fläche zu achten. Bei 1.534 Revisionen wurden 171 Organstrafmandate verhängt und 52 Anzeigen an die Verwaltungsbehörden erstattet.

Weiterhin wurden mit Vertretern des Gesundheitsamtes, des Veterinäramtes, der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien und der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung und -forschung gemeinsam Revisionen durchgeführt. Auf Grund telephonischer Verständigungen der Bezirksgesundheitsämter, daß in Lebensmittelbetrieben Salmonellenausscheider festgestellt wurden, erfolgten durch die zuständigen Marktamtsabteilungen unverzüglich entsprechende Kontrollen. Bei 77 Revisionen wurden 70 Proben entnommen, wovon keine mit Salmonellen kontaminiert war. Durch die Amtstierärzte der MA 60 wurden 310 Fleischhauereibetriebe, vor allem auf die Einhaltung der Bestimmungen des § 20 Lebensmittelgesetz 1975 hin, überprüft. In 109 Betrieben konnten keine Hygienemängel festgestellt werden. In 201 Betrieben mußten Beanstandungen ausgesprochen werden, die, je nach Lage des Falles, sofort oder nach festgesetzten Fristen — mit Ausnahme derjenigen Fälle, deren Fristablauf im Jahre 1982 liegt — behoben wurden. In 3 Fällen wurden Anzeigen wegen Übertretung des § 20 Lebensmittelgesetz 1975 erstattet. Mit den Amtstierärzten wurden 28 Kontrollen gemeinsam vorgenommen. Vom Marktamt wurden 78 Beschlagnahmen gemäß § 39 Abs. 7 LMG 1975 und 27 gemäß § 40 LMG 1975 vorgenommen. Auf Grund von Beschlagnahmen und über Ersuchen von Parteien wurden 20.695,47 kg animalische Lebensmittel, 286.695,60 kg vegetabilische Lebensmittel, 586,40 kg Pilze und 73.889,15 kg sonstige Lebensmittel außer Verkehr gesetzt.

Auf Märkten mußten in 2.155 Amtshandlungen 52.161 kg Pilze beschaut werden. Das Jahr 1981 wurde als Folge des feuchtwarmen Herbstes zu einem ausgesprochenen „Schwammerljahr" mit einer nicht häufig auftretenden Vielfalt von Pilzarten. Dementsprechend groß war der Ansturm von ratsuchenden Pilzsammlern bei den Dienststellen des Marktamtes. Für diese Privatparteien wurden 8.975 Pilzbegutachtungen durchgeführt, dabei rund 2.580 kg Pilze beschaut. 528 Fälle mit Giftpilzen und 2.937 mit ungenießbaren, wertlosen oder verdorbenen Pilzen konnten festgestellt werden.

Im Jahre 1981 traten zwei Massenlebensmittelvergiftungen auf: Nach dem Verzehr eines Menüs, bestehend aus Frittatensuppe, gefüllten Tomaten, Tafelspitz, Röstkartoffeln, Schnittlauchsauce und Apfelstrudel, in einem Restaurant der Wiener Innenstadt erkrankten am 22. Mai und an den folgenden Tagen 130 Teilnehmer eines Kongresses der Gewerkschaft Druck und Papier. Die Ursache der Erkrankungen dürfte die verdorbene und stark keimhältige Schnittlauchsauce gewesen sein. Der Fall ist bei Gericht anhängig. Am 18. November erlitten 34 Schulkinder nach Einnahme eines Menüs, bestehend aus Karfiolsuppe, Pasta asciutta und Kaltcreme, Erkrankungen, die sich in Erbrechen und zusätzlich in Einzelfällen in Durchfall äußerten. Der Krankheitsverlauf war als kurz und äußerst mild zu bezeichnen. Die Ursache der Erkrankungen ist nicht bekannt.

Reges Interesse bestand weiterhin für die ständige Ausstellung des Marktamtes. 31 Vorträge machten 553 Personen, darunter Pflegepersonal städtischer Krankenhäuser, Angehörige des Clubs der Wiener Fleischer, Lehrer der berufspädagogischen Akademie des Bundes in Wien und Hauptschullehrer, ferner Schüler frauenwirtschaftlicher Anstalten und Lehrlinge der Stadt Wien mit den Aufgaben des Marktamtes wie mit den Problemen und der Hygiene im Lebensmittelverkehr vertraut.

Im Rahmen des Österreichischen Städtebundes wurde am 28. und 29. April in St. Pölten und am 15. und 16. September in Wiener Neustadt über aktuelle lebensmittelpolizeiliche Probleme und Angelegenheiten der Marktverwaltung beraten. Im Rahmen der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung fanden am 14. Mai in Wien und am 5. November in Bregenz Expertenbesprechungen statt, an denen Vertreter des Landes Wien teilnahmen.

Das Marktamt veranstaltete in der Zeit vom 2. bis 4. März im Heim der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten in Seewalchen am Attersee den dritten Fortbildungskurs, an dem 23 Marktamtsbedienstete teilnahmen. Gegenstände des Kurses bildeten rechtliche Probleme des Lebensmittelgesetzes 1975 und der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung 1973 auf Grund der neuesten Rechtsprechung und der für die Volksgesundheit so bedeutenden Küchenhygiene.

Das Marktamt verfügt bei vollem Personalstand über 94 gemäß § 35 Lebensmittelgesetz 1975 bestellte Aufsichtsorgane. Bewirkt durch verstärkte Personalabgänge, stand — wie auch schon in den Jahren 1979 und 1980 — dem Marktamt diese Zahl von ausgebildeten Aufsichtsorganen nicht das ganze Jahr über zur Verfügung. Mit August hatten in den Reihen der Marktamtsbeamten bis zur Abhaltung des Ausbildungskurses für Aufsichtsorgane im Herbst wieder 17 Bedienstete keine entsprechende Ausbildung nach dem LMG 1975.

Der im Jahre 1972 für die Fachbeamten zusammengestellte Index der für den Dienst im Marktamt wichtigsten Rechtsnormen wurde neuerlich, und zwar bis 31. Dezember 1981, ergänzt.

Um die Lehrlingsausbildung zu intensivieren, wurden insgesamt acht Lehrlinge über die Tätigkeit des Marktamtes informiert und mit ihnen die Einrichtungen des Großmarktes Wien-Inzersdorf besichtigt.

Im Zuge der Preisbeobachtung und Preisüberwachung sowie anderer Maßnahmen des Konsumentenschutzes wurden neben den ständig durchgeführten Kontrollen hinsichtlich der Einhaltung der Bestimmungen des Preisgesetzes im Jahre 1981 im Auftrage des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zusätzlich Preiserhebungen und -überprüfungen zum Teil gemeinsam mit der Wirtschaftspolizei vor-

genommen. Im Jänner wurden in 77 Chemisch-Putzereien Preiserhebungen durchgeführt, dabei mußten 19 Anzeigen nach dem Preisgesetz gemacht werden. Im Februar erfolgten Preiskontrollen in 181 Blumenkleinhandelsbetrieben, wobei es zu 15 Anzeigen kam. Im selben Monat wurden in 41 Buschenschenken Preiskontrollen vorgenommen und dabei 5 Abmahnungen ausgesprochen. Zu Preiserhebungen und -kontrollen kam es im April in 652 Fleischerbetrieben, dabei mußten 54 Anzeigen getätigt werden. Im Mai erfolgten Preiskontrollen bei Röstkaffee in 266 Lebensmittelkleinhandelsbetrieben, wobei 3 Anzeigen erstattet wurden. Ferner wurden 385 Blumenkleinhandelsbetriebe revidiert, dabei kam es zu 12 Anzeigen. Im Juni wurden Preiserhebungen und -kontrollen bei Wurstwaren in 760 Lebensmittelkleinhandelsbetrieben durchgeführt; die Zahl der dabei vorgenommenen Anzeigen betrug 52. Im Juli kam es bei Preiserhebungen in 669 Gastgewerbebetrieben (Gasthäusern, Restaurants und Diskotheken) zu 41 Anzeigen. 471 Parfumerien und Geschäfte mit Drogeriewaren wurden im September kontrolliert, wobei 31 Anzeigen erstattet werden mußten. Im November erfolgten Revisionen bei Wildbret in 70 Betrieben, dabei wurde nur eine Anzeige getätigt. Im Dezember kam es schließlich wieder bei Kontrollen der Preisauszeichnung in 993 Betrieben in Hauptgeschäftsstraßen zu 45 Anzeigen. Insgesamt wurden 1.100 Anzeigen, das sind rund 10 Prozent mehr als 1980, wegen Übertretung des Preisgesetzes an die Wirtschaftspolizei erstattet.

Die für die Erstellung des Marktamtsausweises erforderlichen Preiserhebungen wurden wöchentlich in einer für die Preissituation in Wien repräsentativen Anzahl von Lebensmittel- und Fleischerbetrieben durchgeführt, und zwar in rund 170 Lebensmittel- und 135 Fleischerbetrieben sowie zusätzlich in rund 140 auf den großen Wiener Märkten etablierten Marktviktualienbetrieben. Monatlich mußten außerdem in weiteren 305 Betrieben die für die Berechnung des Verbraucherpreisindex benötigten Verbraucherpreise für verschiedenste Warenpositionen im Auftrage des Österreichischen Statistischen Zentralamtes bzw. der MA 66 erhoben werden. Weiters wurden gezielte vergleichende Preiserhebungen auf Wiener Märkten und in im weiteren Umkreis dieser Bezirksmärkte etablierten gleichartigen Betrieben durchgeführt. So wurden im April in rund 90 Betrieben des 3. Bezirkes sowie des Landstraßer Marktes derartige Erhebungen vorgenommen, die ergaben, daß der Landstraßer Markt auch in preislicher Hinsicht eine außerordentlich günstige Einkaufsmöglichkeit darstellt. Weitere vergleichende Preiserhebungen betrafen den Floridsdorfer Markt (Jänner 1981) sowie alle Wiener Detailmärkte hinsichtlich der dort etablierten Fleischerbetriebe.

Verschiedene Unzukömmlichkeiten und Mißstände, die sich im Zusammenhang mit den im Raum 2, Mexikoplatz, etablierten Kleinhandelsbetrieben ergaben, machten auch 1981 eine Intensivierung der marktamtlichen Kontrollen in diesem Bereich notwendig. Von einer aus fünf Fachbeamten des Marktamtes bestehenden Einsatzgruppe wurden in den Monaten Mai bis September insgesamt 8 zusätzliche Kontrollaktionen durchgeführt, in deren Verlauf es zu zahlreichen Beanstandungen, und zwar auch im Sinne des Preisgesetzes, kam. Von den insgesamt erstatteten 61 Anzeigen betrafen 26 Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Preisgesetzes.

An den vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie veranstalteten Frühjahrs- und Herbsttagungen der Landespreisbehörden, und zwar am 29. und 30. April in Wien sowie am 22. und 23. Oktober in Krems, nahm auch ein Vertreter des Marktamtes teil. Über Vorschlag des Marktamtes wurden im Verlaufe dieser Tagungen auch verschiedene Fragen der Preisbeobachtung und Preisbewachung ausführlich diskutiert. Neben der Preisbeobachtung wurden diverse Kontrollen im Sinne des Konsumentenschutzes durchgeführt. In der Folge mußten unter anderem 10 Anzeigen wegen Zuwiderhandlung gegen die auf Grund des § 32 UWG erlassenen Verordnungen (z. B. Schuhkennzeichnungsverordnung, Textil- und Textilpflegekennzeichnungsverordnung, Waschmittelkennzeichnungsverordnung usw.) erstattet werden.

Im Jahre 1981 wurden auf dem Großmarkt Wien-Inzersdorf rund 208.280 t Viktualien angeliefert, das sind um 996 t (+ 0,48%) mehr als 1980. Im einzelnen zugenommen haben die Zufuhren an Agrumen um 1.246 t (rund 3,8%) auf 34.373 t, die an Obst um 2.546 t (3,0%) auf 86.572 t, die an Gemüse um 1.119 t (2,0%) auf 57.388 t und die an Pilzen um 25 t (1,9%) auf 1.324 t. Zurückgegangen sind die Zufuhren an Zwiebeln und Knoblauch um 1.262 t (— 13,3%) auf 8.192 t sowie die an Kartoffeln um 2.679 t (— 11,6%) auf 20.430 t.

Insgesamt waren 486 Straßenstandangelegenheiten anhängig. Im Zuge des Ermittlungsverfahrens wurden 195 Augenscheinsverhandlungen durchgeführt. Die Gesamtzahl der vom Marktamt genehmigten transportablen Straßenstände auf öffentlichen Verkehrsflächen verringerte sich im Jahre 1981 von bisher 421 auf 419, wobei die Anzahl der Würstelstände und Straßenbüffets mit 166 unverändert geblieben ist. Einige Bewilligungen wurden neu erteilt.

Da jedoch Bewilligungen von Standinhabern wegen schlechten Geschäftsganges zurückgelegt oder wegen Nichtbetriebes von Amts wegen gelöscht wurden, blieb die Gesamtzahl der transportablen Straßenstände nahezu unverändert. Die Erlangung einer Bewilligung für die Aufstellung eines transportablen Straßenstandes auf öffentlichen Verkehrsflächen, ohne daß vorher eine zurückgelegt worden ist, ist bereits sehr schwierig geworden, da sich einzelne Bezirksvorstehungen grundsätzlich gegen die Stattgebung solcher Ansuchen aussprechen oder es kaum mehr Standorte gibt, bei denen sich die Antragsteller einen wirtschaftlichen Erfolg erhoffen und auf Grund der örtlichen Gegebenheiten die Erteilung einer Bewilligung in Frage kommt.

In den Monaten Jänner und Februar 1981 wurden alle Wiener Würstelstände einschließlich der Straßen- und Stehbüffets (insgesamt 184 Betriebe) genauestens revidiert. Dabei wurden 105 Verwaltungsstrafanzeigen erstattet und 9 Organstrafverfügungen verhängt, weiters 234 Lebensmittelproben gezogen und der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien übermittelt. Im Zuge dieser Kontrollaktionen kam es in allen revidenten Betrieben außerdem auch zu Preiserhebungen für 24 verschiedene Lebensmittel.

Auf dem Gebiet der Gewerbeangelegenheiten wurden zur Prüfung der Bedarfslage im Mietwagengewerbe mit Pkw und Kleinbussen im Juli und August in 230 einschlägigen Betrieben Erhebungen durchgeführt. Im Zuge der gewerbepolizeilichen Überwachung und Überprüfung der einschlägigen Betriebe wurden insgesamt 2.587 Anzeigen erstattet.

Die im eichpflichtigen Verkehr verwendeten Maße, Gewichte und Meßgeräte wurden im Rahmen der normalen Kontrolltätigkeit überprüft. Wegen Übertretung der Bestimmungen des Maß- und Eichgesetzes mußten 384 Strafanzeigen (1980: 356) erstattet werden.

Auf dem Gebiet der Marktplanung ist anzuführen, daß beim Umbau des Stationsbereiches Gersthof der Vorortelinie mit der damit verbundenen verkehrstechnischen Umgestaltung des Gersthofer Platzls im 18. Bezirk termin- und planmäßig begonnen wurde. Drei Marktstände des Gersthofer Marktes müssen nach Fertigstellung des südlichen Brückentragwerkes der neuen und längeren Eisenbahnbrücke über die Gentzgasse auf ein ÖBB-Grundstück noch umgesiedelt werden. Die projektierte provisorische Umsiedlung der betroffenen Marktparteien während der Bauzeit in ein Provisorium in der Gersthofer Straße war dank eines Entgegenkommens der Österreichischen Bundesbahnen und der ausführenden Bauunternehmung bisher nicht notwendig und dürfte sich auch weiterhin erübrigen. Der Umstand, daß der Baubeginn der U 3 im Streckenabschnitt Stadtpark—Erdberg um ein Jahr hinausgeschoben wurde, änderte nichts daran, daß die Planungsarbeiten in vollem Umfang fortgesetzt wurden. Die von diesem Großprojekt betroffenen Detailmärkte, der Landstraßer Markt und der Augustinermarkt, haben insofern eine gewisse Problematik aufgeworfen, als es beim Landstraßer Markt darum geht, die derzeit auf der projektierten Trasse der U 3 liegenden und im sogenannten „Hasenraum" untergebrachten Kühl- und Tiefkühlräume — womöglich definitiv — zu verlegen. Der Augustinermarkt soll während der Bauarbeiten umgesiedelt werden. Für beide Märkte konnten im Jahre 1981 entsprechende Varianten — wobei nicht zuletzt versorgungstechnische Momente zu berücksichtigen waren — ausgearbeitet werden. Schließlich hat das Marktamt bei allen Planungsbesprechungen auf die Notwendigkeit einer Anbindung des Landstraßer Marktes an das stark frequentierte unterirdische Umsteigegeschoß in der künftigen U-Bahn-Station Landstraße, etwa in Form eines Schnellaufzuges, hingewiesen.

Nach Auflassung eines temporären Marktes umfaßte der Verwaltungsbereich des Marktamtes mit Jahresende 1981 den Großmarkt Wien-Inzersdorf einschließlich Blumenhalle, 24 Detailmärkte (offene Märkte und Markthallen), 5 temporäre Märkte und den Flohmarkt sowie die jährlich wiederkehrenden Märkte (Fasten-, Allerheiligen-, Christkindlmarkt) und die Gelegenheitsmärkte (Firmungs-, Kirchweih-, Advent-, Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkte).

Mit Jahresende 1981 standen vier städtische Brückenwaagen in Betrieb.

Die Marktordnung für die Stadt Wien, Marktordnung 1976, mußte wegen der Vergrößerung des Flohmarktes einmal abgeändert werden. Wegen Übertretung der Bestimmungen der Marktordnung für die Stadt Wien wurden 2.211 Strafanzeigen (1980: 2.666) erstattet.

Die Marktstände (Bestandobjekte) auf dem Großmarkt Wien-Inzersdorf einschließlich der Marktstände in der Blumenhalle waren wieder zur Gänze vergeben. Zwar hat die angespannte Wirtschaftslage auch auf dem Großmarkt erste Opfer gefordert, doch konnten nach Insolvenzen bisher alle Objekte wieder vergeben werden. Für die kleineren Objekte, Normstände der Type C mit 60 m², sind noch Bewerber vorgemerkt. Für die größeren Objekte ist die Zahl der echten Bewerber gesunken. Die Bestandobjekte des Großmarktes Wien-Inzersdorf waren an insgesamt 125 Großhandels- und Importfirmen vergeben, die sich auf 88 Marktstände für Obst und Gemüse, 10 für Kartoffeln und Zwiebeln, 6 für Pilze, 5 für Eier und Geflügel, 1 für Molkereiprodukte, 2 für Süßwaren, 2 für Fleisch- und Wurstwaren, 2 für Obst- und Gemüsekonserven, 4 für Lebensmittel und auf 5 Stände für andere Waren verteilten.

Der Anschlußbahnbetrieb des Großmarktes verzeichnete mit 3.685 Einheiten ein gegenüber 1980 um 586 Einheiten niedrigeres Waggonaufkommen. Die Rangiergleise der Anschlußbahnanlage des Großmarktes wurden von einer Waggonleihanstalt mit 7.878 Verrechnungseinheiten (1980: 4.290 Einheiten) mitbenützt.

Auf den größeren Detailmärkten ist die Nachfrage nach freien Marktständen, vor allem von seiten ausländischer bzw. neu eingebürgerter Bewerber, weiterhin rege. Das auch von der Öffentlichkeit registrierte verstärkte Auftreten von Ausländern auf Märkten bringt zwar gelegentlich Schwierigkeiten sprachlicher Art bei der Erfüllung von Verwaltungsaufgaben, verschafft jedoch andererseits den davon betroffenen Märkten durch Aussehen und exotisches Angebot eine internationale Note. Dem nach wie vor bestehenden Mangel an Parkraum in der Umgebung vieler Märkte konnte auf dem Naschmarkt im 4. Bezirk durch Schaffung weiterer Kurzparkzonen auf dem Marktgebiet und im Zuge der Wienzeile, auf dem Kutschkermarkt im 18. Bezirk durch Verkleinerung des Marktgebietes unter gleichzeitiger Freigabe von Straßenabschnitten Rechnung getragen werden.

Für ein weiteres, die Verwaltung der Märkte stark belastendes Problem zeichnet sich ebenfalls eine Verbesserung ab. Da die Höhe des Müllanfalls auf Märkten ständig steigende Kosten verursacht, wurde bereits im Jahre 1974 versucht, durch Verdichtung eine Verringerung des Müllvolumens zu erreichen. Die dafür notwendige schwerfällige Anlage konnte die Erwartungen nicht befriedigen. Im Jahre 1981 wurde eine neu entwickelte mobile Müllpreßanlage in Containerform auf dem Viktor-Adler-Markt im 10. Bezirk erprobt. Die überzeugenden Vorteile dieser Pilotanlage führten im Herbst zur Errichtung einer weiteren Anlage auf dem Yppenmarkt im 16. Bezirk.

Da auch in diesem Fall die Vorteile für die Marktreinigung augenscheinlich waren, werden im Jahre 1982 weitere Märkte mit Müllpreß-Containern ausgestattet.

Die temporären Märkte nehmen seit Jahren je nach Standort eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Während die Märkte in Liesing und in der Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost konsolidiert sind und der Markt in 22, Quadenstraße, wegen seiner günstigen Lage auf Wunsch der Händlerschaft sogar in einen ständigen Markt umgewandelt werden soll, kämpfen die im Einzugsbereich des Donauzentrums gelegenen Märkte in 22, Bernoullistraße und Rennbahnweg, mit ständigen Schwierigkeiten. Der temporäre Markt in 11, Thürnlhofstraße, der in diesem Neubaugebiet eine der ersten Einrichtungen in der Nahversorgung war, wurde nach Abänderung des Flächenwidmungsplanes aufgelassen und an seiner Stelle mit der Errichtung eines Einkaufszentrums mit weiteren Nahversorgungsbetrieben begonnen. Zur Abrundung dieses neuen Versorgungsschwerpunktes ist es gelungen, die bisherigen Marktstände in nächster Nähe als Straßenstände weiter zu belassen.

Die Anziehungskraft des Flohmarktes auf Käufer und Verkäufer nimmt weiter zu. Die Zahl der in- und ausländischen Bewerber, die auf diesem für die Verwaltung mit vielen Problemen verbundenen Markt einen Verkaufsplatz zugewiesen erhalten wollen, steigt ständig an. Im Jahre 1981 wurde durch eine Vorverlegung des Ausgabetages für Tagesplätze das Problem des nächtlichen Anstellens vor dem eigentlichen Markttag (Samstag), das den Anrainern Gelegenheit zu vielfacher Kritik bot, entschärft. Dem weiterhin unveränderten großen Andrang um Tagesplätze wurde 1981 mit einer geringfügigen Vergrößerung des Marktgebietes durch Einbeziehung einer ehemaligen Marktfläche neben der U-Bahn-Station Kettenbrückengasse, die seit Übersiedlung des Großmarktes ungenützt ist, Rechnung getragen. Sorgen bereitet der überaus hohe Anteil an Ausländern, der diesen Markt zunehmend zum Treffpunkt ausländischer Volksgruppen macht und damit Kritik der einheimischen Bevölkerung nach sich zieht. Infolge der liberalen Gesetzeslage ist jedoch eine Einschränkung des Ausländeranteiles nicht möglich.

Im Jahre 1981 hat neuerlich ein Wiener Detailmarkt unter Anteilnahme der Bezirksbevölkerung ein rundes Jubiläum gefeiert: Anfang Oktober feierte der Sonnbergmarkt im 19. Bezirk seinen 60jährigen Bestand.

In Fortsetzung des langfristigen Investitionsprogrammes für die Wiener Detailmärkte wurden 1981 folgende Arbeiten durchgeführt:

Auf dem Schwendermarkt im 15. Bezirk wurde als weitere Etappe der Revitalisierung dieses Marktes mit der Herstellung der marktseitigen Gehsteigflächen begonnen. Auf dem Naschmarkt im 4. Bezirk wurden die Einbauten für Wasser und Kanal fortgesetzt. Auf diesem Markt wurde die im Jahre 1980 abgebrannte Standgruppe 32 originalgetreu wiederaufgebaut und den früheren Standinhabern übergeben. Auf dem Yppenmarkt im 16. Bezirk konnte das Marktamtsgebäude saniert werden. Auf dem Floridsdorfer Markt im 21. Bezirk wurde durch den Bau einer Trafo-Station die Versorgung des Marktes mit elektrischer Energie entscheidend verbessert. Bei der Erfassung der Betriebskosten für den neuen Landstraßer Markt im 3. Bezirk, der am 22. März 1979 eröffnet worden ist, zeigte sich im Jahre 1981 immer deutlicher, daß der finanzielle Aufwand für einen modernen Hallenmarkt mit hohem Ausstattungsstandard (Klimatisierung, Heizung, Rolltreppen, Aufzüge usw.) ganz erheblich über den Kosten für einen offenen Markt in Kiosk- oder Reihenbauweise liegt.

Veterinäramt, Lebensmitteluntersuchungsanstalt, Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx

Von den gesetzlichen Bestimmungen des Jahres 1981, die auch direkte Auswirkungen auf die Tätigkeit der Abteilung haben oder deren Kenntnis für die amtliche Kontroll- und Beratungsfunktion von Bedeutung ist, wären zu nennen die Futtermittelverordnungsnovelle 1981, BGBl. Nr. 127/1981, die Änderung der Futtermittelverordnung 1976, BGBl. Nr. 291/1981, die Arzneibuchverordnung, BGBl. Nr. 238/1981, die Abänderung des Bangseuchengesetzes, BGBl. Nr. 214/1981, die Viehwirtschaftsgesetznovelle 1981, BGBl. Nr. 342/1981, die 2. Viehwirtschaftsgesetznovelle 1981, BGBl. Nr. 562/1981, das Veterinärabkommen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei, BGBl. Nr. 510/1981, sowie das Bundesgesetz über die Veterinärmedizinischen Bundesanstalten, BGBl. Nr. 563/1981. Zahlreiche Erlässe des zuständigen Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz regelten veterinärbehördliche, lebensmittelrechtliche oder andere einschlägige Belange. Die Tierseuchenbekämpfung betrafen die Änderung der vom Bund zu zahlenden Untersuchungskosten für Tierärzte bei

den periodischen Untersuchungen auf Rindertuberkulose, Maßnahmen gegen die Einschleppung der Varroatose der Bienen nach Österreich, die Zulassung von Wutimpfstoffen für Hunde, weiters Schutzmaßnahmen gegen das Auftreten der Pferdekrankheit Metritis contagiosa equina in Österreich, neue Verfahrensrichtlinien für die Bekämpfung der Rindertuberkulose, die Feststellung tuberkulosepositiver Schlachtbefunde, die Erfassung der Bestände zur Bekämpfung der Rinderleukose, die Erhöhung der Ausmerzbeihilfen für Tuberkulosereagenten und die Vergütung bei Verdienstentgang nach dem Tierseuchengesetz. Die Fleischuntersuchung betrafen die Verlängerung der Bewilligung für die Trichinenuntersuchung nach der Verdauungsmethode für den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx bis 31. Dezember 1983 und die Beurteilung von Fleisch nach dem Nachweis von Hemmstoffen. Die Ein- oder Ausfuhr betrafen die Rückstandsuntersuchungen von Fleisch aus Niederösterreich für den Export nach Italien in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien, Impfungen von Exportrindern gegen Maul- und Klauenseuche bei der Ausfuhr in die BRD, weiters die Neuregelung der Bestimmungen über die Einfuhr von Hunden und Hauskatzen in die BRD, die Einfuhr von Schaf- und Ziegendärmen, wobei eine pH-Messung an der Grenze vorgenommen wird, ferner den Export von Pferdefleisch nach Italien, die Ausfuhr von Tieren, Fleisch und tierischen Produkten nach Italien, die Bieneneinfuhrverordnung der BRD, die Zulassung der Verdauungsmethode bei der Untersuchung auf Trichinen für den Export von Schweinefleisch in die BRD, Tiertransporte nach Italien, die Zulassung für den Export von Fleisch und Fleischwaren nach Schweden und Dänemark, die Zusammenarbeit mit den Zollbehörden bei der Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren sowie neue Gesundheitszeugnisse bei der Ausfuhr von Fleisch in die EG. Die Lebensmittelkontrolle betrafen Richtlinien für Wursthüllen, ferner Haltbarkeitsfristen, die Auskunftserteilung nach dem Lebensmittelgesetz in Tiermastanstalten, der wechselweise Transport von Chemikalien und flüssigen Lebensmitteln, Richtlinien für Würste sowie für Tierschauen und Tierausstellungen in Speisebetrieben, die Durchführung des Bazillenausscheidergesetzes und die Vergütung des Verdienstentganges nach dem Bazillenausscheidergesetz. Weitere Erlässe waren die Richtlinien über die Beschaffenheit von tierärztlichen Ordinationen und privaten Tierspitälern, die Ausführung zur Suchtgiftverordnung 1979, und zwar im besonderen die mißbräuchliche Verwendung von suchtgifthältigen Spezialitäten sowie die Auslegung der Catgutverordnung.

Die MA 60 gliedert sich in das Veterinäramt, die Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien und den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx. Ein Teil der veterinäramtlichen Agenden wird sowohl vom Veterinäramt als auch vom Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx durchgeführt.

Dazu zählen vor allem die Tierseuchenbekämpfung, die Ein- und Ausladeuntersuchungen von Tieren, weiters die Vieh- und Fleischbeschau sowie die Überbeschau und Auslandsfleischbeschau.

Im Jahre 1981 sind wieder zahlreiche anzeigepflichtige Tierseuchen aufgetreten, trotz Anwendung vorbeugender Seuchenschutzmaßnahmen und rückläufiger Tierzahlen. Zunächst ist die Räude der Einhufer anzuführen, die zuletzt in Wien 1953 aufgetreten ist. Im Jahre 1981 wurde diese ehemalige Kriegsseuche als Einzelfall bei einem Pferd diagnostiziert. Nach Durchführung des vorgeschriebenen Behandlungsverfahrens und nachfolgender Desinfektion konnte die Seuche bald als erloschen erklärt werden. Rotlauf der Schweine trat wie alljährlich sowohl bei Nutztieren als auch bei Schlachttieren auf. Rotlauf der Schweine bei Nutztieren wurde in drei Bezirken in fünf Gehöften festgestellt; von der Seuche waren dabei insgesamt zehn Schweine betroffen, der infektionsfähige Tierbestand betrug 45 Tiere. Bei Schlachttieren wurde Rotlauf der Schweine im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx in 33 Fällen ermittelt mit insgesamt 42 bakteriologisch rotlaufpositiven Schweinen, davon 22 an verendeten Tieren. Der infektionsfähige Tierbestand zählte 1.847 Schlachtschweine. In zwei Gehöften in zwei verschiedenen Bezirken wurden in größerem zeitlichem Abstand Geflügelpest (Newcastle Desease) diagnostiziert. 104 Tiere waren erkrankt, der infektionsfähige Geflügelbestand betrug 214 Hühner. Die verseuchten Bestände wurden gekeult und unschädlich beseitigt, das gefährdete Geflügel der Umgebung einer Schutzimpfung unterzogen. Nach Durchführung der strengen veterinärpolizeilichen Sperr- und Desinfektionsmaßnahmen blieben diese Seuchenherde auf die zwei Einzelbestände begrenzt. Die Psittakose, eine Krankheit der Papageien und Sittiche, die auch auf den Menschen übertragen werden kann, zählt seit dem Jahre 1978 zu den anzeigepflichtigen Tierseuchen. Seither werden regelmäßig alljährlich einige Seuchenfälle diagnostiziert. Meist wird die Krankheit an bereits verendeten Tieren als Todesursache festgestellt. Im Jahre 1981 waren in fünf Bezirken fünf Tierbestände befallen, die Zahl der erkrankten Tiere betrug ebenfalls fünf — davon waren vier verendet — bei einem ansteckungsverdächtigen Tierbestand von sechs Psittaciden. Die veterinärbehördlichen Maßnahmen bestanden in der Bestandssperre, in der Behandlung der verbliebenen Tiere, in der Desinfektion sowie in der Aufklärung der Tierhalter. Myxomatose trat bei Hauskaninchen in sechs Bezirken in sieben Gehöften auf. 21 Tiere waren erkrankt oder verendet, der infektionsfähige Tierbestand zählte 120 Kaninchen. In einem Fall wurde auch Myxomatose bei Wildkaninchen ermittelt. 42 infolge der Krankheit verendete Tiere wurden aufgefunden. Als am 2. März in Thalheim, Niederösterreich, in einem Schweinebestand und am 6. März in Pönning, unweit von Thalheim, bei einem Rind die Maul- und Klauenseuche festgestellt wurde, waren auch in Wien die Verfügungen über das Verbot des Verbringens von Klauentieren und Fleisch aus diesem Gebiet genau zu überwachen, die Autodesinfektion verschärft durchzuführen und Seuchenteppiche im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx anzulegen. Weitere Tierseuchen geboten ebenfalls besondere Vorsicht

und Aufmerksamkeit, so vor allem die Wutkrankheit, deren Schwerpunkt derzeit in der mittleren und nördlichen Steiermark liegt und die auch schon im südwestlichen Teil Niederösterreichs manifest ist. Obwohl die Parvovirusseuche der Hunde, eine neue Krankheit dieser Tiere, die 1979/80 auch vermehrt in Wien auftrat und die Hundehalter sehr beunruhigte, keine anzeigepflichtige Tierseuche darstellt, wurden die Amtstierärzte von der Bevölkerung häufig darüber um Auskunft ersucht.

Bei der Beförderung von Einhufern, Wiederkäuern und Schweinen mit Kraftfahrzeugen, Eisenbahnen, Flugzeugen oder Schiffen ist bei der Ein- oder Ausladung eine tierärztliche Untersuchung, die Kraftfahrzeuge und Bahnbeschau, gesetzlich vorgeschrieben. Es sollen dabei Tierseuchen rechtzeitig erkannt, eine Weiterverbreitung verhindert, kranke oder sonstwie transportunfähige Tiere von der Beförderung ausgeschlossen sowie eine sach- und tierschutzgerechte Versendung der Tiere gewährleistet werden. Insgesamt wurden in Wien von den Amtstierärzten 296.882 Tiere diesbezüglich untersucht, davon 287.587 Schlachttiere im Markt- und Schlachtbetrieb und weitere 9.295 Zucht-, Nutz- und Schlachttiere in den Bezirken. Darüber hinaus waren im Zusammenhang mit der Ausfertigung von Tierpässen zahlreiche weitere landwirtschaftliche Haustiere auf ihren Gesundheitszustand und ihre Seuchenunbedenklichkeit hin zu untersuchen: 867 Tierpässe wurden ausgestellt, davon 555 am Viehmarkt St. Marx.

Eine der wichtigsten Maßnahmen des angewandten vorbeugenden Konsumentenschutzes stellt die Untersuchung des gesamten in Wien gewerblich in den Verkehr gebrachten Fleisches dar. Diese von den Amtstierärzten vorgenommenen Untersuchungen und Begutachtungen erfolgen bei den Schlachtungen in Form der Vieh- und Fleischbeschau, bei den Inlandszufuhren von Fleisch als Überbeschau und bei Auslandszufuhren von Fleisch als Auslandsfleischbeschau. Sie dienen der veterinärpolizeilichen Seuchenerkennung, der Gesunderhaltung der Menschen, dem Schutz des Verbrauchers vor Übervorteilung sowie der Lebensmittelhygiene.

Die Vieh- und Fleischbeschau wird im öffentlichen Schlachthof des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx, in einigen privaten gewerblichen Schlachtstätten in den Bezirken und bei Hausschlachtungen, bei denen Fleisch gewerblich abgegeben wird, durchgeführt. Im Jahre 1981 wurden in Wien insgesamt 872 Pferde, 26.611 Rinder, 2.266 Kälber, 264.817 Schweine und 19 Stück sonstiges Stechvieh von den Tierärzten der Stadt Wien untersucht und beurteilt. Der überwiegende Teil davon, nämlich 436 Pferde, 26.301 Rinder, 2.234 Kälber und 258.804 Schweine, wurde im städtischen Schlachthof St. Marx geschlachtet und untersucht. Von diesen stammten 85 Pferde, 1.000 Kälber und 169.089 Schweine aus dem Ausland, Oststaaten, die übrigen Schlachttiere waren inländischer Herkunft. In privaten gewerblichen Schlachtstätten in den Bezirken sind 436 Pferde, 306 Rinder, 31 Kälber, 5.718 Schweine und 16 Stück Stechvieh geschlachtet und untersucht worden, 4 Rinder, 1 Kalb, 295 Schweine und 3 Stück sonstiges Stechvieh waren untersuchte Hausschlachtungen. Auf Grund der vorgenommenen Untersuchungen wurden 374 ganze Tierkörper und 259.446 kg Tierkörperteile, Innereien usw., außerdem 3.599 Stück Mägen und 3.327 Stück Därme beanstandet und konfisziert. Von den aus dem Lebensmittelverkehr gezogenen Tierkörpern gelangten 3 Pferde, 21 Rinder, 8 Kälber und 207 Schweine als minderwertig sowie 14 Schweine als bedingt tauglich beurteilt, letztere nach erfolgter Brauchbarmachung, über die Freibank zum Verkauf. Weitere 46 schwach finnig befundene Rinder wurden dem vorgeschriebenen Gefrierverfahren unterzogen. Als untauglich beurteilt erhielt die Tierkörperverwertungsanstalt 2 Pferde, 7 Rinder, 66 Schweine, dazu kamen die angeführten Teilkonfiskate, Mägen und Därme, um unschädlich beseitigt und verwertet zu werden. Unter den beanstandeten Tieren befanden sich 3 Schweine mit Salmonellose, 1 Schwein mit Coliseptikämie und 20 Schweine mit Rotlauf. Einige weitere Gründe zur Beanstandung, die zur Untauglichkeit führten, waren Hemmstoffe in der Muskulatur, Leukose, hochgradige Sarcosporidiose, hochgradige bakterielle Durchsetzung, hochgradige Gelbsucht sowie hochgradige Geruchs- und Geschmacksabweichungen. Mehrere Schweine mit PSE-Veränderungen wurden minderwertig erklärt. Aus Notschlachtungen stammten 586 Tiere, davon 18 Pferde, 19 Rinder, 1 Kalb und 548 Schweine. Zu Notschlachtungen führten am häufigsten Knochenbrüche, Mattigkeit, Marschunfähigkeit, Kreislaufschwäche, Kolik, Festliegen, Fremdkörper und Schwergeburten. Alle geschlachteten Schweine wurden auch der Trichinenschau unterzogen, die seit 1972 einen obligaten Bestandteil der Fleischbeschau bildet.

Die Überbeschau wird bei außerhalb von Wien gewonnenem Fleisch bei der Einbringung auf den Fleischgroßmarkt, in der zentralen Überbeschaustelle des Fleischzentrums St. Marx sowie in den amtlichen und anderen zugelassenen Stellen in den Bezirken vorgenommen. Auslandsfleischbeschaustellen sind die jeweiligen Bestimmungsorte, die für solche Untersuchungen geeignet und eingerichtet sein müssen. Für Gefrierware sind dies die großen Kühllagerhäuser für Fleisch. Einen Einblick in die Art und Mengen der bei der Überbeschau und Auslandsfleischbeschau untersuchten Ware gibt folgende Übersicht:

Tierkörper und Tierkörperteile	Untersuchte Ware in Stück	Davon aus dem Ausland zugeführt
Rinderviertel	331.326	63.220
Kälber	41.091	9.687
Schweinehälften	1,259.746	30.918

Tierkörper und Tierkörperteile	Untersuchte Ware	Davon aus dem Ausland zugeführt
	in Stück	
Pferdeviertel	8.996	8.302
Fohlen	10	—
Schafe	1.755	688
Ziegen	123	—
Lämmer	39.120	32.046
Kitze	1.254	—
Ferkel	7.768	—

Zerteiltes Fleisch, Innereien, Fleischwaren usw.	Untersuchte Ware	Davon ausländische Ware
	in Kilogramm	
Rindfleisch	6,062.679	746.133
Kalbfleisch	172.178	32.141
Schweinefleisch	9,542.267	636.950
Pferdefleisch	447.216	432.738
Schaffleisch	1.832	—
Ziegenfleisch	79	—
Lammfleisch	35.101	31.054
Kitzfleisch	—	—
Rohspeck, -fett	2,488.845	684.470
Innereien	3,821.130	2,779.990
Knochen	334.268	—
Därme	1,859.970	1,518.343
Würste	5,036.687	370.534
Zubereitetes Fleisch	2,702.374	10.747
Zubereitetes Fett	18.563	—
Konserven	295.547	295.547

Auf eine einheitliche Kilogrammbasis gebracht, beträgt die gesamte untersuchte Ware 121,285.617 kg, davon stammten 16,469.313 kg aus dem Ausland. Darüber hinaus wurden fast 3,5 Millionen Kilogramm weitere Ware, wie Rindfleisch im Transitverkehr, Schweineschwarten für technische Zwecke, Wild und Tierfutterkonserven, im Rahmen der veterinärbehördlichen Ein- und Durchfuhruntersuchungen amtstierärztlich kontrolliert oder überwacht.

Bei der Durchführung der Überbeschau beanstandeten und konfiszierten die Amtstierärzte 499 Tierkörper und 64.685 kg Fleisch, Innereien, Fleischwaren u. dgl. 334 Tierkörper davon waren als minderwertig, 17 Tierkörper als bedingt tauglich beurteilt worden und kamen über die Freibank zum Verkauf. 148 Tierkörper sowie die angeführten Teilkonfiskate übernahm die Tierkörperverwertungsanstalt. Bei der Abwicklung der Auslandsfleischbeschau wurden 22 von 1.875 abgefertigten Sendungen mit 119.196 kg Fleisch beanstandet und größtenteils wieder ins Ausland gebracht.

Da durch die Fleischbeschau, Überbeschau und Auslandsfleischbeschau das gesamte in Wien gewerbsmäßig in den Lebensmittelverkehr gelangende Fleisch erfaßt wird, erhält man nach Umrechnung der Stückzahlen in Kilogramm einen Überblick über die gesamte Fleischaufbringung in Wien. Im Jahre 1981 ergab die Summe des untersuchten Fleisches 151,7 Millionen Kilogramm und war um 23,7 Prozent höher als sich aus dem Pro-Kopf-Verbrauch der österreichischen Ernährungsbilanz 1980/1981 berechnen läßt. Daraus läßt sich die bedeutende Stellung Wiens im überregionalen Versorgungsgeschehen erkennen, die durch Exportschlachtungen, Transitschlachtungen, den Fleischgroßmarkt, den Umschlag ausländischer Ware und durch die beträchtliche Fleischwarenproduktion bedingt ist. Diese 151,7 Millionen Kilogramm setzten sich aus 30,4 Millionen Kilogramm in Wien erschlachtetem Fleisch, aus 104,8 Millionen Kilogramm von den Bundesländern zugeführtem Fleisch und aus 16,5 Millionen Kilogramm aus dem Ausland importiertem Fleisch zusammen. Aus dem Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx kamen insgesamt 117,7 Millionen Kilogramm, also 77,6 Prozent der Fleischaufbringung Wiens. Diese Summe ergibt sich aus 29,7 Millionen Kilogramm im Schlachthof erschlachtetem Fleisch, 38,4 Millionen Kilogramm dem Fleischgroßmarkt zugeführtem und dort umgesetztem sowie aus 49,6 Millionen Kilogramm in der zentralen Überbeschaustelle St. Marx untersuchtem Fleisch.

Die Amtstierärzte in den Veterinärabteilungen der magistratischen Bezirksämter haben neben den bereits angeführten Aufgabenbereichen der Tierseuchenbekämpfung, den Transportuntersuchungen, der Fleischbeschau, Überbeschau und Auslandsfleischbeschau noch viele weitere Amtshandlun-

gen oder Dienstleistungen im tierärztlichen Fachbereich zu verrichten. Eine Reihe von veterinären Maßnahmen diente dem vorbeugenden Seuchenschutz mit dem Ziel, das Auftreten von Tierseuchen oder Tierkrankheiten zu verhindern oder deren Einschleppung nach Österreich hintanzuhalten. Dazu zählen vor allem die von Amtstierärzten vorgenommenen Schutzimpfungen von 1.136 Wiederkäuern gegen die Maul- und Klauenseuche, weiters die Malleinisierung und Blutabnahmen bei 95 Einhufern zur serologischen Untersuchung, um Rotz, bei weiblichen Tieren auch Beschälseuche, feststellen zu können. Weiters ist die Observation von importierten Tieren und die Vornahme des Schalmtestes auf Euterkrankheiten bei Kühen anzuführen. Im Jahre 1981 wurde von 154 untersuchungspflichtigen Rindern in 56 Beständen Blut entnommen und dieses serologisch auf Brucellose der Rinder, das heißt, auf ansteckendes Verwerfen, untersucht. Von weiteren Impfungen, die von freiberuflich tätigen Tierärzten vorgenommen wurden, sind die Wutschutzimpfungen an 16.752 Hunden und 1.844 Katzen zu nennen, was insbesondere bei den Hunden bei einem Gesamtbestand von 58.226 eine hohe Immunisierungsquote ergibt.

Als Begleitpapiere für Auslandsreisen, Tierausstellungen oder den Export von Tieren stellten die Bezirkstierärzte 8.678 amtstierärztliche Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse aus, und zwar für 7.829 Hunde, 620 Katzen und 3.178 andere Tiere. Für landwirtschaftliche Nutztiere waren als Transportbescheinigung 102 Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse, 312 Tierpässe und 298 Abtriebscheine auszufertigen. Für Fleisch, Fleischwaren, Wild, Molkereiprodukte, tierische Produkte und Rohstoffe wurden 16.183 amtstierärztliche Begleitscheine, Befundscheine, Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse oder Ursprungszeugnisse, zum Teil für den Transport dieser Waren ins Ausland, ausgestellt.

Nach dem Wiener Landestierschutzgesetz wurden 72 Anzeigen schriftlich begutachtet, womit örtliche Erhebungen verbunden waren. Darüber hinaus erfolgten zahlreiche Interventionen und Beratungen in Tierhaltungs- und Tierschutzangelegenheiten sowie Überprüfungen von Tierhaltungen im Zusammenhang mit sanitären Übelständen. In zahlreichen Fällen haben Amtstierärzte bei einschlägigen gewerberechtlichen oder anderen Amtshandlungen als Amtssachverständige mitgewirkt, so bei Betriebsanlagen für Fleischhauer, Tierstallungen und Veranstaltungsstätten bei Veranstaltungen mit Tieren. Durch die fachliche Kompetenz sind die Amtstierärzte in die Bewilligungsverfahren zur Haltung bestimmter Tiere (Raubsäugetiere, Großechsen und Schlangen) sowie bei der Genehmigung und Kontrolle von Versuchstierhaltungen nach dem Tierversuchsgesetz eingeschaltet. Alle öffentlichen Veranstaltungen mit Tieren, wie Tierausstellungen, Tierschauen, Zirkusse, werden veterinärbehördlich überwacht und betreut; im Jahre 1981 waren es 34. Die drei in Wien bestehenden und veterinärbehördlich bewilligten Tierschutzhäuser und Katzenheime unterliegen ebenfalls einer ständigen amtstierärztlichen Kontrolle. Im Zusammenhang mit Tieren, der Tierhaltung, dem Tierhandel, der Erzeugung von Futtermitteln oder tierischen Produkten wurden insgesamt 1.290 Kontrollen, Überwachungen oder Beratungen vorgenommen.

Von den Veterinärämtern werden die freiberuflich tätigen Tierärzte evident gehalten, Seuchen- und Impfmeldungen entgegengenommen sowie teilweise im Zusammenwirken mit anderen Stellen die tierärztlichen Ordinationen auf den vorgeschriebenen Mindeststandard und die tierärztlichen Hausapotheken periodisch kontrolliert.

Im Rahmen der Überwachung hinsichtlich Fleischbeschau, Überbeschau, Auslandsfleischbeschau sowie der Kontrolle von Betriebsstätten mit Lebensmitteln tierischer Herkunft nach dem Lebensmittelgesetz führten die Amtstierärzte, einschließlich des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx, 3.642 Revisionen vor allem in Fleischhauereien, Fleischverkaufsstellen, bei Fleischwarenherstellern, von Marktständen sowie in Großküchen, Gaststätten, Wild-, Geflügel- und Fischhandlungen durch. Außerdem erfolgten zur Überprüfung, ob die Hygienebestimmungen gemäß § 20 Lebensmittelgesetz eingehalten wurden, in 310 größeren Fleischverarbeitungsbetrieben 532 niederschriftlich festgehaltene Betriebsrevisionen. Die dabei ausgesprochenen Beanstandungen wurden in der Regel sofort oder nach gesetzten Fristen behoben, so daß diese gezielten Aktionen eine wesentliche Verbesserung des hygienischen Standards dieser Betriebe und des Hygieneverständnisses der Betriebsangehörigen mit sich brachten. Nur in drei Fällen mußte eine Anzeige erstattet werden. 24 weitere Hygienekontrollen waren im Zusammenhang mit der Verleihung des Wiener Gütesiegels für Fleischwaren vorzunehmen. Von den Amtstierärzten der Abteilung wurden in Ausübung der Lebensmittelkontrolle insgesamt 213 amtliche Lebensmittelproben, ferner 2.062 Fleischproben zur Untersuchung auf das Vorhandensein von Antibiotika gezogen. Anzeigen nach dem Lebensmittelgesetz wurden in 28 Fällen erstattet.

Von der Tierkörperverwertungsanstalt und Thermochemischen Fabrik, die unter veterinärbehördlicher Überwachung steht, sind 12.817 Stück verendete, getötete oder nach der Schlachtung genußuntauglich befundene Tierkörper sowie andere Konfiskate und tierische Abfälle mit einem Gesamtgewicht von 3,061.217 kg eingeholt und zu 663.925 kg Tierkörpermehl und 336.850 kg Tierkörperfett verarbeitet worden. Aus tierseuchenpolizeilichen Gründen wurden an 252 angelieferten Tieren Sektionen vorgenommen, wobei 34 Proben zu eingehenden Laboruntersuchungen, vorwiegend auf Wutkrankheit, an die Bundesanstalt für Tierseuchenbekämpfung geschickt wurden.

Auf dem Viehmarkt des Markt- und Schlachtbetriebes St. Marx wurden 3.762

Rinder, 1.055 Kälber und 186.926 Schweine vermarktet, davon waren 1.000 Kälber und 169.088 Schweine ausländischer Herkunft. Weiters gelangten 437 Pferde, 22.508 Rinder, 1.179 Kälber und 71.720 Schweine, die für die schlachthofbenützenden Firmen direkt bestimmt waren, ohne Vermarktung zur Anlieferung. Davon stammten 84 Pferde aus dem Ausland. Diese Schlachttiere wurden in 3.826 Waggons, 5.984 Autos und 670 Anhängern zugeführt. Nach dem Mastkreditgesetz sind am Viehmarkt 1.863 Rinder entpfändet worden. Bei 457 Schweinen, 1 Rind und 1 Kalb, die während des Transportes oder im Stall verendeten, wurden zur Feststellung der Todesursache Sektionen vorgenommen. Die meisten Schweine verendeten an Herz-Kreislauf-Schwäche, in 22 Fällen an Rotlauf, in Einzelfällen ergaben sich andere, seltener vorkommende Befunde. In der Autoreinigungs- und Desinfektionsanlage St. Marx wurden 7.415 Kraftfahrzeuge oder Anhänger nach Tier- oder Fleischtransporten gereinigt und desinfiziert. Außer den bereits angeführten Tierpässen waren 132 amtliche Schlachtungsbestätigungen auszustellen. Der bei der Reinigung angefallene Stalldünger von insgesamt 1,462.809 kg wurde an der Düngerstätte gepackt, gelagert, gekalkt und entgeltlich abgegeben. Wegen eines Gebrechens auf der Bahnlinie konnten am 26. Juli die ausländischen Schweinewaggons nicht bis St. Marx einfahren. Insgesamt 1.536 Schweine aus 34 Waggons mußten am Bahnhof Erdberg entladen und mit Lastkraftwagen der Bundesbahn im Ersatzverkehr auf den Viehmarkt St. Marx gebracht werden.

Im Schlachthof St. Marx schlachtete das gemeindeeigene Fachpersonal 436 Pferde, 26.301 Rinder, 2.234 Kälber und 258.804 Schweine. Die Schlachtanlage ist für die wichtigsten Exportländer zugelassen und wird des öfteren von Veterinärbeamten dieser Länder kontrolliert. Im Jahre 1981 wurde vor allem Rindfleisch nach Italien, und zwar 1,605.881 kg, vom Schlachthof ausgeführt, weiters 536 kg Rinderalbumin und 9.134 kg Bauchspeicheldrüsen in die Bundesrepublik Deutschland. Bei den importierten Schlachtkälbern wurden stichprobenweise Kotproben an die Bundesanstalt für Virusseuchenbekämpfung zur Untersuchung auf verbotene Anwendung von Oestrogenen eingesendet. Von den Exportschlachtrindern wurden periodisch Muskel-, Schilddrüsen- und Nierenproben zur Erfüllung der italienischen Gesundheitsbescheinigungen an die Bundesanstalt geschickt, um das Vorkommen von Oestrogenen, Thyreostaticis und Hemmstoffen im zu exportierenden Rindfleisch auszuschließen. Für die Abfuhr von Fleisch und Schlachtnebenprodukten im Inland oder ins Ausland waren 224 Beschauscheine oder Gesundheitsbescheinigungen für Frischfleisch auszustellen. Auf Grund des Qualitätsklassengesetzes wurden 41.404 Schweinekörper von Bediensteten der Abteilung und 19.688 Schweine von anderen dazu berechtigten Prüfern nach dem LSQ-Verfahren (Lendenspiegelquotient) auf die Qualität hin beurteilt. Auf schlachttechnischem Gebiet wurde eine Peitschenmaschine den Enthaarungsautomaten vorgeschaltet und zwei weitere Schweinehalbierungssägen angeschafft, so daß alle drei Schlachtbänder mit diesen Sägen ausgerüstet sind. Im Wartestall wurden weitere Freilaufrinderboxen errichtet, da die Zahl der zugelieferten Freilaufrinder ständig im Steigen begriffen ist. Dem Schlachthof angegliedert ist die Trichinenschaustelle, die im Jahre 1981 264.134 Schweine und 1.546 Wildschweine auf das Vorkommen von Trichinen untersucht hat. Bei 62.895 Schweinen gelangte die Digestionsmethode zur Anwendung. An die Freibank wurden 971 Tierkörper mit einem Gewicht von 85.515 kg angeliefert, davon 70.534 kg der Verkaufsstelle abgegeben.

Der Fleischgroßmarkt St. Marx verzeichnete einen Fleischumsatz von 53,3 Millionen Kilogramm. Davon kamen 35,4 Millionen Kilogramm aus den Bundesländern (Landware), 3,0 Millionen Kilogramm aus dem Ausland und 14,9 Millionen Kilogramm stammten von Schlachtungen des Schlachthofes St. Marx. In der direkten Überbeschaustelle in St. Marx belief sich die untersuchte Ware auf 49,6 Millionen Kilogramm. Am Fleischgroßmarkt werden auch alle marktbehördlichen Agenden wahrgenommen, wobei dem Revisions- und Probenplan entsprechend sämtliche Verkaufs- und Lagerstätten des Marktes laufend überwacht und die vorgesehenen Proben gezogen werden. Die Behebung des durch einen Brand im Marktcafé vom 1. auf 2. Dezember 1980 entstandenen Schadens erstreckte sich praktisch über das ganze Jahr 1981.

Im Jahre 1981 gestaltete sich die Preisentwicklung folgendermaßen: Am Lebendviehmarkt betrug der Durchschnittspreis pro Kilogramm für Rinder 24,52 (1980: 21,43) S, für Inlandsschweine 21,90 (19,32) S, für Importschweine 21,25 (21,04) S. Am Fleischgroßmarkt notierten durchschnittlich Rinderviertel Landware 42,43 (39,22) S, Rinderviertel Wiener Ware 44,63 (41,05) S, Schweinehälften Landware 29,66 (26,47) S, Schweinehälften Wiener Ware 31,94 (29,65) S. Die Kälber Inland stiegen von 56,12 im Vorjahr auf 57,03 S, die Kälber Ausland (Holland) auf 62,97 (58,75) S.

Im Jahre 1981 fanden 34 Führungen durch den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx statt, darunter waren 19 Auslandsdelegationen. Außerdem war der Betrieb zum „Tag der offenen Tür" der Öffentlichkeit zugänglich und wurde von 3.050 Personen besichtigt.

Zur Sicherstellung der Kälteversorgung mußten in der Energiezentrale zwei Kältemaschinen ersetzt werden. Seit 1979 werden die Ratten im Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx auch mit Ultraschall bekämpft. An einem Zentralgerät sind Ultraschallabstrahler angehängt. Diese bewährte Anlage wurde mit weiteren 22 Schallabstrahlern ergänzt.

Der Wirkungskreis der Lebensmitteluntersuchungsanstalt der Stadt Wien umfaßt die veterinäramtlichen Untersuchungen, Lebensmitteluntersuchungen und sonstige Untersuchungen und Tätigkeiten; die Anstalt ist außerdem die Zentrale der Hygienekontrollen.

Veterinäramtliche Untersuchungen werden für die Abteilung im Rahmen der Fleischbeschau, Überbeschau, Auslandsfleischuntersuchung und Tierseuchenbekämpfung durchgeführt. Diese Untersuchungen sollen Fleischvergiftungserreger und Tierseuchen ausschließen und Fleisch auf seine Verwertbarkeit als Lebensmittel prüfen. Im Jahre 1981 fielen 1.866 bakteriologische Untersuchungen an, davon 726 bei der Fleischbeschau und 1.140 bei der Auslandsfleischuntersuchung. Im Zusammenhang damit sind 737 Proben vom Muskel- oder Nierengewebe mittels eines biologischen Hemmstofftests auf das Vorhandensein von Antibiotika oder Sulfonamiden überprüft worden. Weiters wurden an Fleischproben 18 Gallenfarbstoffbestimmungen, 1.486 Kochproben und 2.487 pH-Wert-Messungen vorgenommen. Tierseuchendiagnostische Untersuchungen, wie bakteriologische, pathologisch-anatomische, histologische, serologische und parasitologische Untersuchungen, wurden in 793 Fällen angewendet. Unter anderen konnten dabei in 3 Fällen Salmonellen, in 63 Fällen Rotlauf der Schweine, in 7 Fällen Coliseptikämie, in 47 Fällen Rinderfinnen und bei 97 Proben Hemmstoffe (Antibiotika), davon 22 in Muskelproben, die übrigen in den Nieren, festgestellt werden.

Lebensmitteluntersuchungen und Begutachtungen nach dem Lebensmittelgesetz wurden bei insgesamt 8.124 Lebensmittelproben tierischer oder nichttierischer Herkunft, die vom Marktamt, Veterinäramt, von Privatpersonen, Herstellern, Importeuren usw. eingesendet wurden, vorgenommen. Von diesen waren 7.325 Proben tierischer und 799 Proben nichttierischer Herkunft. Von amtlich vorgenommenen Probenziehungen nach dem Lebensmittelgesetz entstammten 5.630 Proben, 2.494 entfielen auf privat eingebrachte Proben. Nach der Art der Proben entfielen 2.358 auf Fleisch, 2.375 auf Fleischwaren, 35 auf Fleischkonserven, 9 auf Tiefkühlkost, 384 auf Gasthausspeisen, 151 auf Geflügel, 157 auf Wild, 548 auf Fische, 41 auf Fette, ferner 969 auf Gefrier- und Trockenei, 298 auf sonstige tierische Lebensmittel, 136 auf Brot, 69 auf Feinbackwaren, 52 auf Teigwaren, 401 auf Obst, 101 auf Gemüse, 31 auf Öle und 9 auf sonstige Lebensmittel nichttierischer Herkunft. Die große Zahl der Fleischproben ergibt sich aus einer zeitlich begrenzten Untersuchungsaktion von 2.062 Schweinen und Kälbern auf Antibiotika durch das Veterinäramt. Von den insgesamt 3.513 Proben mit abgeschlossener Beurteilung waren 900 Proben tierischer Herkunft (36,0 %) und 73 Proben nichttierischer Herkunft (11,2 %) lebensmittelrechtlich als gesundheitsschädlich, verdorben, verfälscht, wertgemindert, falsch bezeichnet oder nachgemacht zu beanstanden. Außerdem gab es Beanstandungen nach § 20 (Hygienebestimmungen) und § 28 (Gebrauchsgegenstände) des Lebensmittelgesetzes sowie der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung und des Futtermittelgesetzes. Da es sich teilweise um vorbegutachtete oder auf Grund von Verdachtsfällen gezogene Proben handelt, kann aus dem Ergebnis nicht der Schluß gezogen werden, daß die im Handel befindlichen Lebensmittel im selben Prozentsatz zu beanstanden wären. Als besonders wirksam haben sich, wie schon in den Vorjahren, die gemeinsam mit dem Marktamt schwerpunktmäßig durchgeführten Untersuchungsaktionen erwiesen. Sie betrafen Schnittbrot, Krapfen und Fritterfett, Trockenfrüchte und Nüsse, Gemüse auf Cadmium und Blei, Gemeinschaftsverpflegung, Nachtwürstelstände und Landparteien. Als Bundesaktionen wurden Weintrauben auf Dithiocarbamate, Tomaten auf Bromide sowie Tierkörpermehle, Geflügel und Eier auf Tetrachlorkohlenstoff untersucht. Bei Lebensmittelproben und Ei-Importuntersuchungen waren 25 Salmonellenfunde zu verzeichnen.

Das Gütezeichen der Stadt Wien besitzen derzeit sechs Firmen für 34 Wurstsorten. Voraussetzung dafür ist eine vierteljährliche Qualitätskontrolle der Produkte, Hygienekontrollen des Betriebes und der Nachweis, daß das Fleisch überwiegend von Wiener Schlacht- oder Markteinrichtungen stammt. Weiters anzuführen sind die ständige Kontrolle einer Fertigmenüfabrik und Warentests für den Verein für Konsumenteninformation.

Schon die Untersuchungen des Jahres 1980 haben ergeben, daß von zahlreichen Firmen neben Blutplasma, Separatorenmaterial usw. ein kombiniertes Verfälschungsmittel, zuletzt unter der Bezeichnung „Pikala" verkauft, bei der Wursterzeugung verwendet wird. Der Anstalt gelang es, über die Bestandteile Milcheiweiß, Hefe und einem typischen mikroskopischen Befund eine Methode aufzubauen und dieses Fremdeiweißprodukt nachzuweisen. In der Nacht vom 10. auf 11. Februar wurde, nachdem die Fernsehsendung „Argumente" diese Wurstverfälschungen behandelte, in der Lebensmitteluntersuchungsanstalt ein Brand gelegt, der die gesamte Fleischwarenchemie und Serologie vernichtete. Dieser Anschlag warf die Leistungskapazität der Anstalt weit zurück. Ob allerdings die einen Teil der Fleischwarenhersteller belastenden Fremdeiweißuntersuchungen oder die gleichzeitig vorgenommenen Untersuchungen von Wild, Fleisch und Abfällen, die für die Wirtschaftspolizei erfolgten und zur Aufdeckung umfangreicher krimineller Handlungen beitrugen, letztlich zur Brandstiftung in der Anstalt geführt haben, ist nicht nachgewiesen worden.

Die Lebensmitteluntersuchungsanstalt ist auch die Zentrale der Hygienekontrollen des Veterinäramtes über etwa 500 größere Fleischwarenbetriebe, Geflügelschlächtereien, Wildsammelstellen, Schlachtanlagen u. dgl., weiters die Zentrale der speziellen Hygiene und Betriebskontrolle für Großküchen und der Konservenindustrie sowie der Hygiene- und Produktenkontrolle im Rahmen des Gütesiegels der Stadt Wien für Fleischwaren.

Von den umfangreichen Untersuchungen und Tätigkeiten der Anstalt sind noch die Wasseruntersuchungen für Exportbetriebe, die Verbreitung einschlägiger wissenschaftlicher Erkenntnisse, die Mitwirkung an der Aus- und Fortbildung der Lebensmittelpolizeiorgane und an der Physikatsprüfung der

Ärzte und Tierärzte zu nennen. Einige Angehörige der Anstalt hielten Vorträge, waren bei Fortbildungskursen tätig oder gehören einschlägigen Kommissionen oder Beiräten an. Außerdem wurden mehrere Artikel und wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht.

Beteiligungen an privatwirtschaftlichen Unternehmungen, Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens

Auf legistischem Gebiet wirkte die gewerbliche Fachabteilung unter anderem in Form von Stellungnahmen zu Gesetz- und Verordnungsentwürfen mit und konnte auf diese Weise nicht nur vielfach die Interessen des Landes Wien wahren, sondern auch zahlreiche Anregungen beitragen.

Zur Begutachtung standen die Entwürfe der Gewerbeordnungs-Novelle 1981, der Patent- und Markenschutzgesetznovelle 1981, des Schicht-, Nacht- und Schwerarbeitsgesetzes, des Zweiten Antikorruptionsgesetzes, der Viehwirtschaftsgesetz-Novelle 1981, des Vergabegesetzes, des Gesetzes über Gemeinwirtschaftliche Aktiengesellschaften, der Reinhalteverordnung 1981, der Verordnung über brennbare Flüssigkeiten; weiters Entwürfe zur Verordnung betreffend Änderungen von Ausbildungsvorschriften für Lehrberufe, zur Prüfungsordnung für den Lehrberuf Former und Gießer, zur Verordnung über den Nachweis der Fachkenntnisse für die Vorbereitung und Organisation von bestimmten Arbeiten unter elektrischer Spannung über 1 kV, zur Verordnung betreffend Neuregelung des Befähigungsnachweises für das Gewerbe der Immobilienmakler und der Immobilienverwaltung, zur Verordnung betreffend Änderung der Lehrberufsliste, zu zehn Verordnungen über die Durchführung von Meisterprüfungen für einzelne Handwerke; ferner zur Verordnung über die Kennzeichnung von Elektro-Haushaltswarmwasserspeichern, von Elektro-Haushaltskühlgeräten, von Elektro-Haushaltstiefkühlgeräten und von Elektro-Haushaltsgefriergeräten, zur Verordnung über die Kennzeichnung der Beschaffenheit textiler Fußbodenbeläge, zur Änderung der Waschmittelkennzeichnungsverordnung 1974, zur Arbeitsstoff-Kennzeichnungsverordnung; schließlich zur Verordnung betreffend Änderung der Fachgruppenordnung, zur Verordnung betreffend Änderung der Handelskammer-Wahlordnung, zur Grundpreisauszeichnungsverordnung; zur Änderung der Qualitätsklassenverordnung, zur Verordnung über die Verwendung des Wortes „Konditorei" in der äußeren Geschäftsbezeichnung, zur Verordnung über die Ersichtlichmachung der Preise für Sachgüter auf Messen und messeähnlichen Veranstaltungen, zur Änderung der Weingütesiegelverordnung, zur 10. Rindermastförderungsverordnung, zur Änderung der Verordnung über die Untersagung der Herausgabe von Preisempfehlungen, zur Kundmachung über die Anerkennung der zur Ausfertigung von Weineinfuhrzeugnissen ermächtigten Untersuchungsanstalten des Auslandes sowie zur Verordnung über die Lagerung von Druckgaspackungen in gewerblichen Betriebsanlagen.

An Tarifen, die im Jahre 1981 auszuarbeiten waren, sind der Fremdenführertarif und der Kehrtarif 1982 zu nennen. Zur Abgeltung der gestiegenen Lebenshaltungskosten wurde der Fremdenführertarif 1978 durch die Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 16. November 1981, LGBl. für Wien Nr. 31/1981, um 5,96 Prozent angehoben. Dieses Ergebnis fand die Zustimmung aller dazu gehörten Interessenvertretungen und Dienststellen. Der Kehrtarif 1982 ist mit Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 17. Dezember 1981, LGBl. für Wien Nr. 34/1981, erlassen worden und sah eine Anhebung der Tarifansätze von allgemein 7 und 9 bzw. 10 Prozent für die Stundensätze vor, um die gerade beim Kehrtarif besonders ins Gewicht fallenden Lohnkostenerhöhungen der letzten Zeit abzugelten. Somit kann darauf verwiesen werden, daß auf dem Sektor der gewerblichen Tarife im Jahre 1981 äußerste Zurückhaltung bewahrt worden ist.

Auf dem Sektor des Marktrechtes war gleichfalls ein großer Arbeitsaufwand zu verzeichnen. So wurde der Marktgebührentarif 1980 nach Erzielung des Einvernehmens zwischen den betroffenen Interessenvertretungen durch die Verordnung des Wiener Gemeinderates vom 1. Juli 1981 abgeändert, verlautbart im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 31/1981. Die Marktordnung 1976 wurde am 15. September 1981, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 43/1981, wegen Vergrößerung des im 5. Bezirk gelegenen Flohmarktes um etwa 60 Tagesplätze geändert. Ferner wurde am 9. April 1981 die Kirchweihmärkteverordnung 1981, Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 20, erlassen. Darin sind die sich jährlich ändernden Marktgebiete und Markttage der Kirchweihmärkte im Gebiet der Stadt Wien festgelegt. Durch die Christbaum-, Weihnachts- und Neujahrsmärkteverordnung 1981 und die Adventmärkteverordnung 1981, beide vom 3. November 1981, wurden die Marktgebiete für die genannten Gelegenheitsmärkte, die jährlichen Änderungen unterliegen, listenmäßig erfaßt und für das gesamte Stadtgebiet festgelegt.

Auf dem Gebiet des Preisrechtes sind die Landeshauptmänner auf Grund einer bereits im Jahre 1974 erfolgten Delegierung durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie ermächtigt, die höchstzulässigen Verbraucherpreise für Fleisch, Fleischwaren und Schlachtprodukte zu bestimmen. Mit Blickrichtung auf diese Kompetenz hat die Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien im Jahre 1981 zwei Anträge auf Neufestsetzung der amtlich geregelten Höchstpreise für Rindfleisch, Selchfleisch und Wurstwaren gestellt. Die Ver-

ordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 5. März 1981 betreffend Preisbestimmung für Rindfleisch, Selchfleisch und Wurstwaren, verlautbart im Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 58, sah eine Erhöhung um durchschnittlich 4,94 Prozent vor. Mit der Verordnung des Landeshauptmannes von Wien vom 3. August 1981, verlautbart im Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 183, wurden die Verbraucherpreise für die amtlich geregelten Fleisch- und Wurstwaren um durchschnittlich 7,4 Prozent angehoben.

Im Bereich des gewerblichen Prüfungswesens war wieder eine umfangreiche Verwaltungstätigkeit zu verzeichnen. In den Gewerben Berufsdetektive, Reisebürogewerbe, Waffengewerbe, Bewachungsgewerbe und Personalkreditvermittlung wurde je ein Prüfungstermin angesetzt, für den Bereich der Immobilienverwaltung und der Immobilienmakler je zwei und für den Bereich der konzessionierten Gastgewerbe vier Prüfungstermine festgesetzt. Die Prüfungen sind vor Kommissionen abzulegen, die vom Landeshauptmann zu bestellen sind. Die Kommissionen bestehen üblicherweise aus einem mit einschlägigen Angelegenheiten befaßten Beamten des höheren Verwaltungsdienstes und, je nach der Zahl der besonderen Fachgebiete des Gewerbes, aus zwei bis fünf anderen Fachleuten, von denen mindestens zwei Personen im betreffenden Gewerbe tätig sein müssen. Vor der bescheidmäßigen Zulassung der Kandidaten muß in jedem einzelnen Fall das Vorliegen der Zulassungsvoraussetzungen geprüft werden. Dies ist bei den vorangeführten Gewerben im Jahre 1981 in insgesamt 743 Zulassungsverfahren geschehen. 557 Kandidaten traten zu den schriftlichen und mündlichen Prüfungen an. Davon kam der größte Teil, nämlich 433 Kandidaten, aus dem Gastgewerbe. Von den angetretenen Kandidaten haben knapp zwei Drittel die Prüfung bestanden.

Im Zentralgewerberegister wurden 7.013 neu begründete Gewerberechte eingetragen und in 6.412 Fällen eine Endigung vorgemerkt. Änderungen an bestehenden Gewerberechten, wie Verlegungen des Standortes, weitere Betriebsstätten, Geschäftsführerbestellungen und -änderungen, Übertragungen an Pächter, Weiterbetriebe und Nebenbetriebe, haben sich in 27.368 Fällen ergeben. Im handelsrechtlichen Bereich wurden 9.957 Zentralblattverlautbarungen behandelt. Insgesamt waren 27.438 schriftliche Beantwortungen von Anfragen vorzunehmen, davon 6.392 auf handelsrechtlichem Gebiet. Der Sozialversicherungsanstalt wurde in 2.683 Fällen Rechtshilfe gewährt. Im Verwaltungsstrafkataster kam es zur Neuaufnahme von 15.696 Personen, aus den Aufzeichnungen wurden 17.681 Auskünfte gegeben. Für die Verlautbarung im Amtsblatt der Stadt Wien mußten 6.290 Bescheide bearbeitet und druckreif gemacht werden. Im Zusammenhang mit gerichtlichen Verurteilungen wurden bei 3.297 Personen Nachforschungen angestellt, ob sie im Besitz einer aufrechten Gewerbeberechtigung sind, um gegebenenfalls ein Gewerbeentziehungsverfahren in die Wege zu leiten.

Rechtliche und administrative Grundstücksangelegenheiten

Der Aufgabenbereich der MA 69 umfaßt Grundtransaktionen, Grundfreimachungen und die Verwaltung von Liegenschaften.

Die Haupttätigkeit auf dem Gebiet der Grundtransaktionen umfaßt den Grundan- und -verkauf, die Vergabe von Baurechten an Genossenschaften und Gewerbebetriebe, die Transaktionen im Zuge von Baureifmachungen privater Liegenschaften und die Sicherstellung des zügigen U-Bahn-Baues durch den Abschluß von Käufen, Servitutsverträgen und Entschädigungen. Im Jahre 1981 wurden diesbezüglich den beschlußfassenden Organen 140 Anträge für Transaktionen, 26 für Baurechtsbestellungen zur Genehmigung vorgelegt und 131 Anträge gemäß § 105 der Wiener Stadtverfassung abgeschlossen. Von dem laut Voranschlag 1981 einschließlich Überschreitungen genehmigten Kredit von 447,973.000 S wurden per Ende des Rechnungsjahres Ausgaben in der Höhe von 447,412.600 S getätigt, so daß die Restsumme 560.401 S beträgt.

Den Schwerpunkt der Grunderwerbstätigkeit bildeten nach wir vor die Transaktionen für den Wohnbau, die Betriebsaufschließung, den Tiefbau, für die infrastrukturellen Einrichtungen, wie Schulen, Spitäler, Kindergärten, Pensionistenheime usw. und die Schaffung von notwendigem Bauland bzw. Grundreserven. Insgesamt wurden 408.000 m² angekauft. Die Beschaffung von Grundstücken für das Wohnbauprogramm, besonders im verbauten Gebiet, stößt auf immer größere Schwierigkeiten, da bei den Grundeigentümern in den meisten Fällen geringe Verkaufswilligkeit herrschte und die geforderten Preise meist überhöht waren.

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Abteilung bestand auch darin, die zunehmenden Aktivitäten der Stadt Wien auf dem Gebiet der Stadterneuerung zu bewältigen, soweit Grundtransaktionen damit verbunden waren. Primär betroffen waren die bereits beschlossenen Assanierungsgebiete Ottakring und das Bezirkszentrum Hernals sowie die projektierten Assanierungsgebiete „Gumpendorf" im 6., „Wilhelmsdorf" im 12., „Storchengrund" im 15. Bezirk und die Untersuchungsgebiete im 7., 9. und 18. Bezirk. Dazu kamen noch einige andere im dicht verbauten Gebiet gelegene Blöcke, die ebenfalls einer Sanierung zugeführt werden sollten oder über die nach Maßgabe der Möglichkeiten künftig ebenfalls die Assanierungsverordnung verhängt werden wird. In Ottakring war die Abteilung bis 31. August 1980 mit der Überwachung der Tätigkeit des dort eingesetzten Gebietsbetreuers befaßt, dessen Aufgabe es war, die von der Bevölkerung unmittelbar herangetragenen Probleme im Einvernehmen mit der Abteilung selbst bzw. mit den davon betroffenen Dienststellen des Magistrates einer Lösung zuzuführen. Mit den Eigentümern einer Ergänzungsfläche für den bereits weitgehend fertiggestellten Park und

einer Erweiterungsfläche für den städtischen Wohnbau in 16, Eisnergasse 15—19, sind die Verhandlungen im wesentlichen abgeschlossen worden. In den übrigen Assanierungsgebieten wurden auf Grund von Anregungen der MA 21 die Verhandlungen mit den betroffenen Grundstückseigentümern geführt, im 6. Bezirk die Verhandlungen mit insgesamt 22 Liegenschaftseigentümern eingeleitet. Der Ankauf der Liegenschaft in Millergasse Nr. 39 wurde genehmigt. Die Abschlüsse über den Ankauf von drei weiteren Liegenschaften stehen bevor, der Ankauf der Liegenschaft in Garbergasse 20 und 20 a wurde bereits bewilligt. Im 12. Bezirk wurde der Ankauf der Liegenschaft Bendlgasse 20 genehmigt, mit 19 Eigentümern wird derzeit verhandelt. Im 15. Bezirk konnten die Ankäufe der Liegenschaften in Storchengasse 22 und Rauchfangkehrergasse 23—25 sowie der Ankauf einer Teilfläche der Liegenschaft Sechshauser Straße 55—57 abgeschlossen werden. In den Gebieten im 7., 9. und 18. Bezirk ist begonnen worden, die Ankaufsmöglichkeiten der Stadt Wien zu prüfen.

Im Frühjahr 1979 wurde die Abteilung beauftragt, die zur Arrondierung des Geländes des ehemaligen Flugplatzes Aspern notwendigen Flächen zu erwerben. Davon sind insgesamt 14 Grundeigentümer betroffen, deren Grundstücke zu verschiedenen Terminen der Republik Österreich übergeben werden müssen, um diese in die Lage zu versetzen, ihre gegenüber General Motors eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Durch die Tätigkeit der Abteilung wurde es möglich, daß die für den Baubeginn für die General-Motors-Werke notwendigen Flächen durch abgeschlossene Ankäufe bzw. vorzeitige Benützungsübereinkommen termingerecht übergeben werden konnten. Darüber hinaus wurden weitere 22.000 m² für die sogenannte „Optionsfläche" angekauft. Die Verhandlungen über weitere rund 16.000 m² sind abgeschlossen worden.

Einen weiteren wichtigen Aufgabenbereich der Transaktionsabteilung betrifft die Vergabe von Baurechten für Wohnzwecke und für gewerbliche Betriebe, den Abschluß von Servitutsverträgen und Entschädigungsübereinkommen für den U-Bahn-Bau. Zur Sicherstellung des U-Bahn-Baues wurden Transaktionen durchgeführt, die auf den Erwerb von Grundeigentum, von Grunddienstbarkeiten und anderen sehr vielfältigen Benützungsberechtigungen abzielen. Dazu gehören ebenso Berechtigungen zur temporären Inanspruchnahme fremder Liegenschaften in unmittelbarem Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau wie begleitende Schutzmaßnahmen zur Sicherung von Baulichkeiten im Bereich fremder Liegenschaften. Diese Tätigkeit ist zwar mit einem verhältnismäßig geringen Kostenaufwand verbunden, aber dennoch sehr arbeitsintensiv. Wie bei den meisten Transaktionen für den U-Bahn-Bau waren die Verhandlungen nicht im Korrespondenzweg allein, sondern auch an Ort und Stelle durchzuführen. Da die Liegenschaften meistens im grundbücherlichen Miteigentum von mehreren Personen stehen, mußten Zustimmungserklärungen auf sehr mühsame und zeitaufwendige Weise eingeholt werden, wenn die Gebäudeverwalter oder Rechtsanwälte sich nicht bereit erklärten, alle Eigentümer zu vertreten. Für den Ausbau der U-Bahn wurde ein Bestandsvertrag mit dem Chorherrenstift Klosterneuburg, betreffend 22, An der oberen Alten Donau, sowie die Erweiterung eines Dienstbarkeitsvertrages mit dem Eigentümer der Liegenschaft, 22, Attemsgasse—Prandaugasse, abgeschlossen. Mit den Österreichischen Bundesbahnen wurden ein Übereinkommen über die Führung einer Fernheizleitung im Bereich Praterstern sowie ein Servitutsvertrag, betreffend die Errichtung des Lüftungsbauwerkes in 2, Radingerstraße, für die U 1 abgeschlossen. Der Abschluß eines Servitutsvertrages, betreffend die Integrierung des provisorischen Lüftungsbauwerkes Neuer Markt, im Haus 1, Neuer Markt 8 a, konnte abgeschlossen werden. Für die Sicherstellung der Flächen für die künftigen U-Bahn-Linien U 3 und U 6 wurden Kontaktgespräche aufgenommen. Ein Kaufvertrag für den Erwerb der Liegenschaft in 3, Landstraßer Hauptstraße 11, wurde dem Gemeinderat vorgelegt und genehmigt.

Die Tätigkeit im U-Bahn-Referat ist jedoch nach Abschluß des Vertrages, im Gegensatz zu einer gewöhnlichen Transaktion, nicht beendet. Vielmehr fungiert die Abteilung während der gesamten Baudauer im Bereich der vom Baugeschehen betroffenen Liegenschaften auf Grund ihrer während der Verhandlungen aufgebauten Kontakte zu den Grundeigentümern als vermittelndes Organ zwischen den technischen Dienststellen und den Liegenschaftseigentümern.

Der ständige Ausbau des städtischen Straßennetzes bringt es mit sich, daß für diese Zwecke eine größere Anzahl von Transaktionen abgeschlossen werden muß. In mehreren Fällen war die Stadt Wien gezwungen, gegen jene Grundeigentümer ein Enteignungsverfahren einzuleiten, die zu einer freiwilligen Veräußerung der Straßengrundflächen nicht bereit waren oder einen übermäßig vom Verkehrswert abweichenden Preis gefordert hatten. Die Behörde ist aber im Zuge des Enteignungsverfahrens gesetzlich verpflichtet, den Parteien eine gütliche Einigung vorzuschlagen, die in vielen Fällen von den Grundeigentümern akzeptiert wurde, so daß die Zahl der tatsächlich ergangenen Enteignungsbescheide verhältnismäßig gering war. Für den Ausbau der Verkehrsflächen wurden rund 22.000 m² Grundflächen erworben.

Zur Sicherstellung der infrastrukturellen Einrichtungen konnten Transaktionen getätigt werden, ie den Ankauf von Gründen für Schulplätze, Kindergärten, Müllablagerung, Wasserschutz, Pensionistenheime usw. zum Gegenstand hatten. Das Ausmaß der für diese Zwecke erworbenen Flächen betrug 286.000 m².

Im Zuge der Durchführung des verbesserten Hochwasserschutzes wurden 1981 zwei Ankäufe von Teilflächen privater Liegenschaften für den Donaugrabendamm Langenzersdorf und ein Dienstbarkeitsvertrag mit der Republik Österreich abgeschlossen. Die Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen über den

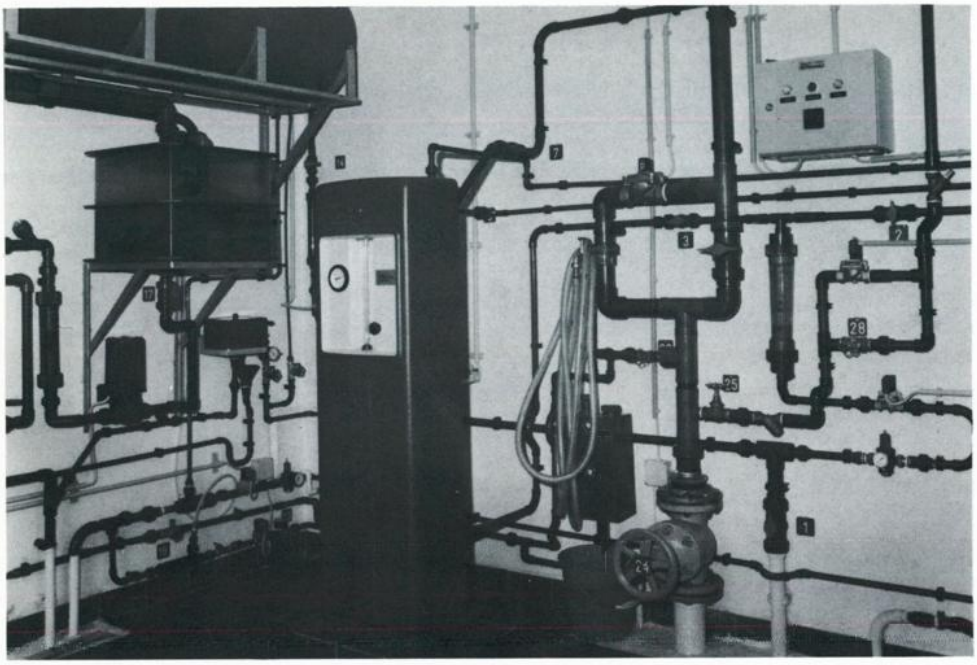


Amtsführender Stadtrat Josef Veleta (Vermögensverwaltung, städtische Dienstleistungen, Konsumentenschutz) besichtigt den Viktor-Adler-Markt im 10. Bezirk

Marktamt

Die Anziehungskraft des Flohmarktes auf Käufer und Verkäufer nimmt weiter zu

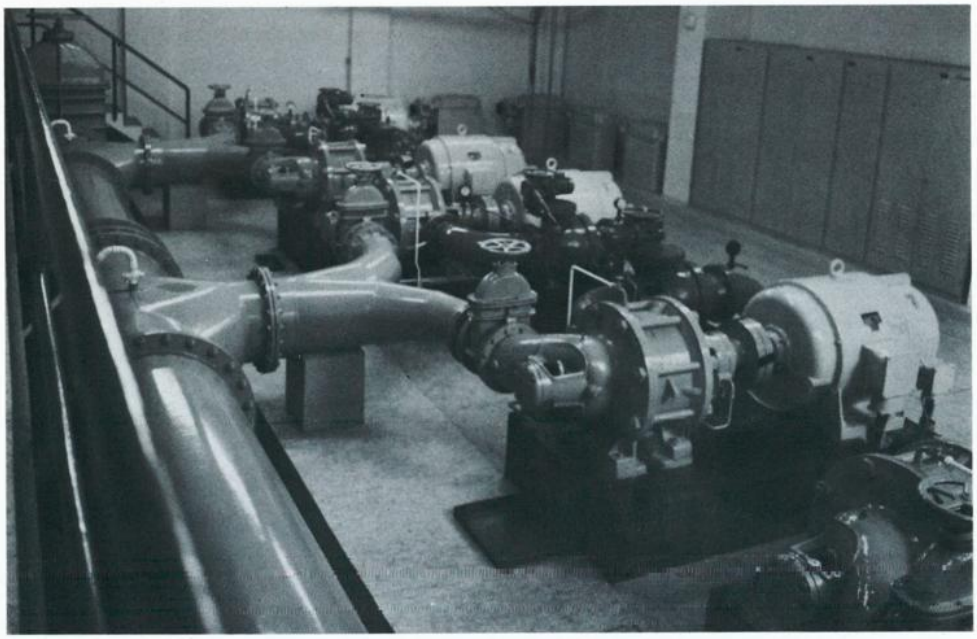




Auf dem Gelände des 150.000 Kubikmeter fassenden Wasserbehälters der I. Wiener Hochquellenleitung auf dem Rosenhügel wurde eine neue Chlordioxidanlage errichtet

Wasserwerke

Das Pumpwerk Hungerberg II im 19. Bezirk wurde umgebaut und mit drehzahlgesteuerten Motoren sowie vollautomatischer Steuerung ausgestattet



Ankauf von Flächen für den Rechten Donaudamm sind noch im Gange, konnten jedoch zufolge der Schwierigkeiten dieser Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Die für die Schwechatregulierung erforderlichen Grundstücke — die Regulierungsteilnehmer sind die Stadt Wien und die Stadtgemeinde Schwechat — konnten zum größten Teil erworben werden. Für die für die Regulierung in Anspruch genommenen Flächen, bei denen ein Erwerb bisher nicht möglich war, wurde ein Grundbenützungsabkommen abgeschlossen bzw., weil die Enteignungsverfahren beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung noch immer nicht zum Abschluß gebracht wurden, die bescheidmäßige Ermächtigung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft zum Eingriff in fremde Rechte nach dem Wasserrechtsgesetz 1959 erwirkt.

Die wirtschaftliche Lage und die fortschreitende Geldentwertung bringen es mit sich, daß immer mehr Vertragspartner nur dann zum Abschluß einer Transaktion bereit sind, wenn ihnen geeignete Tauschgrundstücke zur Verfügung gestellt werden. Die Abteilung versucht daher, auch Grundstücke zu erwerben, die für Tauschzwecke oder zur Verwendung im Rahmen des Siedlungsprogramms der Stadt Wien herangezogen werden können.

Die Grundverkäufe beliefen sich auf rund 196.000 m² und gliedern sich zum größten Teil in Verkäufe für Betriebsansiedlungen, Baureifmachungen und Übertragungen von Baurechtsgründen ins Privateigentum. Für Baureifmachungen privater Grundstücke wurden rund 18.500 m² verkauft oder gegen Entgelt dem öffentlichen Gut zugeschrieben. Die Veräußerung von Betriebs- und Industriegrundstücken umfaßte insgesamt eine Fläche von rund 17.000 m².

Eine Reihe von Ankäufen im Jahre 1981 ist besonders hervorzuheben, so der Kauf der Liegenschaft in 22, Oldenburggasse — Don-Bosco-Gasse, im Ausmaß von 18.174 m² für den sozialen Wohnbau. Für den Gartenbau und einen Baumschulbetrieb des Stadtgartenamtes in 22, Wolfgang-Mühlwanger-Straße, erfolgte der Kauf einer Liegenschaft im Ausmaß von 98.892 m², für die Betriebsansiedlung, den Straßenbau, die Verbesserung der Infrastruktur durch Erweiterung der bestehenden Hauptkläranlage in 11, Alberner Hafenzufahrtsstraße — Haidequerstraße, im Ausmaß von 30.904 m². Der Erwerb der Liegenschaft in 6, Gumpendorfer Straße 40—44, im Ausmaß von 3.382 m² wurde getätigt für die Errichtung einer Wohnhausanlage und Tiefgarage samt den öffentlich zugänglichen Freiflächen. Für die Errichtung einer Mülldeponie wurden in der Katastralgemeinde Markgrafneusiedl Flächen von insgesamt 67.030 m² gekauft, für den Bau eines Bürohauses in 1, Freyung, 2.847 m² sowie für den Bau eines Amtshauses zur Unterbringung städtischer Dienststellen und eines Pensionistenklubs in 8, Lerchenfelder Straße 2 A—4, insgesamt 1.673 m².

Verkauft wurden Liegenschaften im Ausmaß von 17.007 m² in 3, St. Marx — Döblerhofstraße, für den Autobahnbau, außerdem 2.133 m² in 1, Parkring 8, an den OPEC-Fonds für Internationale Entwicklung zur Errichtung eines Amtssitzes in Wien

Getauscht wurden mit der Republik Österreich erstens Liegenschaften im Ausmaß von 510.614 m² in 22, östlich Flugplatz Aspern, für die Errichtung der General-Motors-Werke Austria. Die Gegenleistung der Stadt Wien bestand in der Zurverfügungstellung von 512.032 m² im Gelände des Flugplatzes Aspern. Der zweite Tausch wurde mit der Urbanbau durchgeführt und umfaßte Liegenschaften im Ausmaß von 20.516 m² im Gebiet in 21, Weißenwolfgasse — Überfuhrstraße — Liesneckgasse — Audorfgasse. Als Gegenleistung stellte die Urbanbau Liegenschaften von 8.485 m² in 12, Block Niederhofstraße-Mandlgasse — Arndtstraße — Grießhofgasse, zur Verfügung. Die Liegenschaften wurden für das Projekt Stadterneuerung Wilhelmsdorf benötigt.

Die Aufgabe der Freimachung städtischer Liegenschaften von Bestand- und Nutzungsrechten zur Durchführung der Hoch- und Tiefbauvorhaben sowie anderer Kommunalvorhaben wurde in den letzten Jahren auch durch gesetzliche Novellierungen wesentlich erschwert. Nach der Mietengesetznovelle 1974 haben nunmehr die Mieter einen Rechtsanspruch auf eine Natural- oder Geldleistung. Weitere Schutzbestimmungen sind im Landpachtgesetz sowie im Bundesgesetz über das Kleingartenwesen enthalten. Bei der Freimachung von Bestandsobjekten, die von Handels- oder Gewerbebetrieben genutzt wurden, konnte die Stadt Wien oft nicht ein nach Lage und Beschaffenheit geeignetes Ersatzobjekt zur Verfügung stellen. Die betroffenen Bestandnehmer müssen dann meistens auf den privaten Sektor verwiesen werden, um sich selbst geeigneten Ersatz zu beschaffen, wobei ihre Rechte in Form einer finanziellen Entschädigung abgegolten werden. Weiters war zu prüfen, ob eine Freimachung im ordentlichen Rechtsweg termingerecht zu erreichen war. In diesem Fall mußte der Rechtsweg beschritten werden, um die Stadt Wien leistungsfrei zu halten. Derartige Verhandlungen wurden oft unter starkem Zeitdruck geführt, wenn die Stadt Wien zur Durchführung des geplanten Bauvorhabens noch weitere Liegenschaften erwerben mußte und die Freimachung erst nach erfolgter Übernahme dieser Liegenschaften durchgeführt werden konnte. Im Jahre 1981 mußten für 85 Freimachungsvereinbarungen Anträge auf Genehmigung gestellt werden; hiefür wurden Gesamtkosten von 14,182.749 S notwendig.

Zur Durchführung des städtischen Wohnbauprogramms, für den Straßenbau, Schulbau sowie für die Assanierung mußten Geschäftsmieter und Gewerbebetriebe umgesiedelt oder auch Gärtnereibetriebe aufgelöst werden, damit die Flächen einer Verbauung zugeführt werden konnten. Ferner mußte mit einigen Wohnungsmietern eine Vereinbarung über die Auflösung ihrer Rechte getroffen werden.

Für das Projekt des verbesserten Hochwasserschutzes konnten die zur Durchführung des Bauvorhabens notwendigen Freimachungsvereinbarungen getroffen werden.

In den Rahmen der Tätigkeit der Grundfreimachung fällt auch die Bewertung der Kulturen und Anlagen auf jenen Kleingartenflächen, die zur Durchführung von Bauvorhaben der Stadt Wien notwendig sind sowie auf jenen städtischen Liegenschaften, die in der Folge für den Ausbau von Bundesstraßen beansprucht werden. So mußten 1981 die Bewertungen der Kleingartenlose durchgeführt werden. Sie bildeten die Grundlage für eine vergleichsweise Regelung für die Auflösung der Bestandsrechte mit dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs. Die von den einvernehmlich bestellten gerichtlich beeideten Sachverständigen ermittelten Werte wurden in einem Kündigungsverfahren außer Streit gestellt. In der Mehrzahl der Fälle war sie jedoch die Basis für die vergleichsweise Regelung der Auflösung des Generalpachtvertrages mit dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs und den Unterpachtverträgen, wodurch die Einbringung einer Kündigung nicht erforderlich war und eine rasche Räumung der Fläche durch die Unterbestandnehmer erreicht werden konnte. Im Zuge des beabsichtigten Erwerbes von Liegenschaften mit den sich darauf befindlichen Bauwerken und den zum Teil zahlreichen und verschiedenartigen Bestandverhältnissen wurden die voraussichtlich zu erwartenden Kosten berechnet bzw. geschätzt, die mit der Auflösung des Bestandrechtes unter Annahme der derzeitigen Rechtslage und der zum Zeitpunkt des Erwerbes beabsichtigten künftigen Verwendung verbunden sind.

Die Abteilung hat gemäß der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien die Verwaltung aller Grundstücke zu führen, die der Stadt Wien allein oder im Miteigentum gehören, soferne nicht eine andere Magistratsabteilung ausdrücklich im Einzelfall als fachbezogen verwaltende Dienststelle zuständig ist.

Bei den von der Abteilung im Rahmen der Allgemeinen L i e g e n s c h a f t s v e r w a l t u n g verwalteten Grundstücken, Praterparzellen und Verpachtungen an Weinhauer ausgenommen, handelt es sich in der Regel um Grundflächen, die entweder für Tauschzwecke oder in Hinblick auf den Flächenwidmungs- und Bebauungsplan für eine Nutzung und Verwaltung durch andere Magistratsabteilungen in Zukunft vorgesehen sind. Da diese Grundstücke einerseits jederzeit frei verfügbar sein sollen, dieser Zweck aber meist nur durch unproduktives Brachliegen erreicht wird, andererseits wirtschaftlich bedeutsame Pacht- und Mietzinse nur bei entsprechender Beschränkung der freien Verfügbarkeit erzielbar sind, ist es Aufgabe der Liegenschaftsverwaltung, in Hinblick auf die Regelungen des § 84 Abs. 2 Wiener Stadtverfassung und des § 38 Abs. 1 und 2 der Geschäftsordnung der Stadt Wien, laufend in jedem Einzelfall genau abzuwägen, welcher Nutzung ein Grundstück zugeführt werden soll. Dabei ist unter anderem auch zu berücksichtigen, daß die in ein Grundstück getätigten Aufwendungen, wie zum Beispiel für Rodung, Begrünung und Einzäunung, durch den im voraus meist nicht feststehenden Zeitraum bis zu einem Abtausch oder bis zu einer Zuführung zu einem gemäß Flächenwidmungs- und Bebauungsplan vorgegebenen Endzweck oft trotz aller aufgewandter Sorgfalt einen Verlust darstellen. Aus diesem Grund strebt die Liegenschaftsverwaltung — zumindest bei den Grundstücken, deren direkte Verwertung durch eine andere fachbezogen verwaltende Dienststelle zeitlich fixiert ist — eine rasche Verwaltungsübergabe an diese Dienststelle an.

Die Liegenschaftsverwaltung beginnt in der Regel ab dem Erwerb eines in ihre Zuständigkeit fallenden Grundstückes. Sie hat die Aufgabe, den für die Stadt Wien wirtschaftlich, rechtlich und verwaltungstechnisch optimalen Zustand herzustellen, da vielfach eine bloße Fortsetzung der Verwaltung, wie sie der bisherige Eigentümer praktizierte, den Bestimmungen des § 84 Abs. 2 Wiener Stadtverfassung und des § 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Stadt Wien widerspräche. So gelang es auch 1981 in zahlreichen Fällen, sofort nach dem Ankauf geordnete Verhältnisse, vor allem auf abgabenrechtlichem Gebiet, herzustellen oder rechtlich nicht völlig haltbare Nutzungsverträge nicht nur zu sanieren, sondern dabei auch das Entgelt anzuheben. In der Folge waren die das jeweilige Grundstück betreffenden Daten nicht nur evident zu halten, sondern bei Änderungen sofort zu berichtigen. Durch die umfangreiche Bautätigkeit Privater sowie der öffentlichen Hand änderten sich primär zwar nur die Grundstücksausmaße, zwangsläufig wurde dadurch aber ein gewaltiger Verwaltungsaufwand hervorgerufen, da alle bestehenden Unterlagen einschließlich der Verträge, Steuerbescheide, Versicherungen usw. berichtigt werden mußten, um die Stadt Wien vor Nachteilen zu bewahren. Zu dieser Evidenthaltung gehören an sich auch eine regelmäßige Besichtigung der Grundstücke sowie eine Revision langjährig unveränderter und damit unkontrollierter Daten. Bedingt durch den Arbeitsanfall und die Weitläufigkeit mancher Bezirke konnte eine Besichtigung nur stichprobenweise erfolgen. Im Jahre 1981 wurde weiter daran gearbeitet, eine sowohl für die in der Abteilung zu vergebenden als auch für alle im gesamten Magistrat abzuschließenden Nutzungsberechtigungen einheitliche Bemessungsgrundlage für den Bestandzins zu fixieren, die neben der örtlichen Lage auch den Nutzungszweck berücksichtigt und bei einer Minimierung des Verwaltungsaufwandes einen maximalen Ertrag in Hinblick auf Angebot und Nachfrage bringt.

Neben solchen generellen Maßnahmen wurde auch jede sich bietende Gelegenheit benützt, um bestehende Bestand- bzw. prekaristische Benützungsübereinkommen so umzuwandeln, daß sie dem § 84 Abs. 2 Wiener Stadtverfassung und § 38 Abs. 1 Geschäftsordnung der Stadt Wien entsprechen. So wurden zahlreiche Bestandzinse wesentlich angehoben und erstmals einer Wertsicherungsklausel unterworfen. Diese Bemühungen um

höhere Einnahmen haben insoferne Erfolg gehabt, als die Einnahmen aus der Vielzahl der Flächenvermietungen den Budgetansatz übersteigen, obwohl der Budgetansatz für 1981 gegenüber dem für 1980 bereits um 16,8 Prozent höher angesetzt wurde.

Auf Grund des mit der Wienerberger Baustoffindustrie AG abgeschlossenen Kaufvertrages, in der Fassung 1972, war die Firma berechtigt, das vertragsgegenständliche Areal weiter abzubauen und dann wieder anzuschütten; vertraglich ist vorgesehen, daß die Stadt Wien erst ab 1. Jänner 1979 von dem Vertragspartner die Einstellung dieser Arbeiten verlangen kann. Das weitläufige Gelände war Gegenstand eines mehrstufigen städtebaulichen Wettbewerbes. Da der Herr Bürgermeister dem Wunsch der Jury zustimmte, jegliche weitere Geländeveränderung im Hinblick auf eine gedeihliche Planung zu unterbinden, hat die Abteilung ihr vertragliches Recht so ausgeübt, daß ab 1. Jänner 1979 Schüttungen und sonstige Geländeveränderungen gestoppt wurden. Die von der Wienerberger Baustoffindustrie AG gewählten Geländeformen sowie die sichtbaren Risse im Erdreich führten zu einer genauen technischen Untersuchung seitens des Magistrates, deren Ergebnis durch ein privates Sachverständigengutachten untermauert und bestätigt wurde. Danach ist die Geländeveränderung vertragswidrig nicht fachgemäß vorgenommen worden, so daß akute Rutschgefahr in lebensgefährlichem Ausmaß besteht. Da die Firma Wienerberger nicht bereit war, aus eigenem den Übelstand zu beheben, ist es der Abteilung im Jahre 1981 gelungen, die zur Sicherung nötigen Geldmittel, voraussichtlich 6 Millionen Schilling im Wege eines Zuschußkredites zu erwirken, so daß nunmehr diese unbedingt notwendigen Sanierungsarbeiten durch die Stadt Wien in Auftrag gegeben werden konnten. Nach Vorliegen der Schlußrechnung wird die Abteilung versuchen, und sei es im Prozeßweg, diese Kosten von der Firma hereinzubringen.

Um der Parkplatznot im innerstädtischen Bereich besser begegnen zu können und doch die jederzeit freie Verfügbarkeit der städtischen Grundstücke halbwegs sicherzustellen, wurde 1981 die Aktion fortgesetzt, den beiden Kraftfahrervereinigungen ARBÖ und ÖAMTC zu günstigen Konditionen geeignete leere Liegenschaften, wie zum Beispiel Baulücken, bis zur Wiederbebauung mit der Auflage in Nutzung zu geben, darauf Parkplätze einzurichten. Da die von den beiden Organisationen gewünschten Flächen vornehmlich im innerstädtischen Bereich liegen, diese aber entsprechend dem Revitalisierungskonzept der Stadt Wien sofort nach Abbruch des Altgebäudes dem nach dem Flächenwidmungsplan vorgesehenen Zweck zugeführt werden, ist der Vermietungsumfang derzeit rückläufig.

Die Abteilung hat im Jahre 1981 wieder zahlreiche sanitäre Übelstände im Sinne der Magistratskundmachung, betreffend die Reinhaltung von Grundstücken, beseitigen lassen. Der im Budget für 1981 angesetzte Betrag wurde aber nicht voll ausgeschöpft. Dies hat seine Ursache vor allem darin, daß es der Abteilung wieder in vielen Fällen gelungen ist, entweder die Sanierung zu günstigen Konditionen zu bewerkstelligen oder auf Grundflächen, die bekannterweise als wilde Mistablagerungsstätten dienen, gezielte Maßnahmen zur Vorbeugung zu setzen. Soweit von der Abteilung verwaltete Liegenschaften von der Verpflichtung zur Säuberung und Betreuung der Gehsteige und Gehwege im Sinne des § 93 Straßenverkehrsordnung betroffen waren, wurde dieser Pflicht wieder durch Heranziehen von Gewerbetreibenden und privaten Einzelpersonen nachgekommen. Auch wurde dabei getrachtet, die kostengünstigeren Betreuer zu ermitteln und zu beauftragen. Da die Preise gestiegen sind, konnte 1981 mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht das Auslangen gefunden werden.

Neben der genannten Verwaltung von an sich unbebauten Grundstücken war auch die Verwaltung der städtischen Gast- und Schankgewerbekonzessionen samt den dazugehörigen Baulichkeiten sowie die von Flächen, die Mineralölkonzernen für Tankstellen, der Heizbetriebe-Wien Ges.mbH in Benützung gegeben und mit deren Superädifikaten bebaut sind, nach gleichen Grundsätzen zu besorgen. Im Jahre 1981 wurden fünf Konzessionen (Gaststätten) von der Abteilung verwaltet; davon sind zwei in städtischen Wohnhäusern und zwei in Amtshäusern untergebracht, so daß sich eine Übergabe in die Verwaltung der MA 52 anbietet. Da für das Restaurant Bellevue vorerst keine Wiederverwendung als Gaststätte in Betracht gezogen wird, erscheint es denkbar, daß Ende 1982 die Abteilung keine Konzession mehr verwalten wird.

Die Konzession in Vösendorf ist erloschen. Das baufällige Gebäude kann nunmehr — nach Obsiegen der Stadt Wien im Kündigungsprozeß gegen die seinerzeitige Konzessionspächterin — abgebrochen werden; außerdem ist beabsichtigt, das Areal an die Gemeinde Vösendorf zu verkaufen. Die Verwaltung des an die WIGAST vermieteten gastronomischen Inventars, welche bisher durch die Abteilung erfolgte, wurde im Jahre 1981 beendet, da dieses Inventar nunmehr der WIGAST verkauft worden ist. Weiters wurde das von der Stadt Wien nicht mehr benötigte Inventar im Restaurant Bellevue sowie im „Gemeindegasthaus Mauer" an Interessenten verkauft. Unter Mitwirkung der Abteilung wurde im Jahre 1981 ein Vertrag erarbeitet, zu dem ein Wiener Gastronom bereit wäre, das von der MA 52 verwaltete Restaurant „Am Cobenzl" zu revitalisieren und zu betreiben.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1981 hat die Stadt Wien zentral eine „Haftpflichtversicherung für die politische Gemeinde" abgeschlossen, die auf dem Verbesserungsvorschlag eines Referenten der Abteilung fußt. Die bisherigen Einzelversicherungen von bestandsfreien und von der Abteilung verwalteten Grundflächen werden dadurch eingespart. Gemäß Mitteilungen der Buchhaltungsabteilung XV betragen die Einsparungen rund 66 Prozent der vorjährigen Prämiensumme.

Im Jahre 1981 hat die Abteilung mehrere Berufungen, betreffend Kammerbeiträge und Umlagen für land- und forstwirtschaftlich genutzte Grundflächen, eingebracht, die unter anderem auch den gänzlichen Wegfall dieser Beträge zum Ziel haben. Wird diesem Begehren stattgegeben, so wird es auch auf ähnliche Fälle angewendet werden, woraus für die Abteilung gegebenenfalls jährliche Einsparungen von rund 600.000 S resultieren könnten.

Alle der Stadt Wien gehörenden Gast- und Schankgewerbekonzessionen, in denen Inventar beigestellt wird, unterliegen der Körperschaftssteuer und wurden durch die MA 5 in einer Körperschaftssteuererklärung vereinigt, unabhängig davon, welche Dienststelle die Verwaltung tatsächlich führt. Budgetmäßig werden die Ausgaben zur Körperschaftssteuererklärung aber bei der Abteilung veranschlagt. Im Jahre 1979 wurden dafür 52.374 S zur Gebühr gestellt, im Jahre 1981 waren es 51.459 S. Die im Jahre 1981 beendete Betriebsprüfung durch das Finanzamt ergab, daß enorme Nachzahlungen zu leisten sind; die Forderungen des Finanzamtes gegen die Abteilung belaufen sich auf rund 3,600.000 S. Da die Körperschaftssteuer rund 50 Prozent der Pachteinnahmen beträgt, erhebt sich die Frage, ob es nicht angezeigt wäre, das die Steuer verursachende Inventar den Konzessionspächtern zu veräußern oder laufend Investitionen zu tätigen, die als Steuerabzugsposten herangezogen werden können.

Die Allgemeine Grundverwaltung erstreckte sich per 31. Dezember 1981 auf 38,805.222 m². Am 1. Jänner 1981 waren es 39,648.742 m². Während des Jahres gab die Abteilung 1,385.650 m² ab und nahm 542.130 m² neu in Verwaltung. Die Zahl der Mieter, Pächter und prekaristischen Benützer betrug am 1. Jänner 1981 3.227, am 31. Dezember 1981 2.994. Außerdem wurden in Anwendung des § 105 Wiener Stadtverfassung 193 Bestandsverträge abgeschlossen. Vom Gemeinderatsausschuß für Vermögensverwaltung, Dienstleistungen und Konsumentenschutz wurden zwölf prekaristische Benützungsübereinkommen genehmigt.

Die Baurechtsverwaltung betrifft alle Liegenschaften, die von der Stadt Wien für Wohnzwecke an gemeinnützige Wohnungsunternehmen, wie Genossenschaften bzw. Gesellschaften, und an physische Personen im Baurecht vergeben wurden, ferner jene Flächen, die für gewerbliche Zwecke an Gewerbe- und Handelsbetriebe zur Verfügung gestellt wurden. Ende 1981 wurden 623 genossenschaftliche und 2.169 Einzelbaurechte im Ausmaß von 6,356.121 m² sowie 101 gewerblich genutzte Baurechte mit einem Gesamtausmaß von 783.071 m² verwaltet. Im Rahmen der Baurechtsverwaltung wurden 194 Ansuchen von Baurechtsinhabern auf Bauzinsermäßigung behandelt und zur Genehmigung vorgelegt sowie 31 Siedlerdarlehen in der Höhe von insgesamt 1 Million Schilling zur Verfügung gestellt. Rund 340 Erhebungen und Kontrollen von Baurechtsgründen wurden durchgeführt, die vor allem der Überprüfung des vertragsgemäßen Zustandes von Baurechtsflächen, den Umschreibungen und Übertragungen von Siedlerrechten im Sinne der Siedlungsordnung in genossenschaftlichen Baurechtssiedlungen sowie den Besichtigungen der für Baurechtsbestellungen vorgesehenen Grundflächen dienten. Ferner wurde an rund 210 Verhandlungen teilgenommen. Überdies mußte eine große Anzahl von Anregungen, Beschwerden und Wünschen von Baurechtsinhabern behandelt werden. Schließlich wurden 6.771 m² Baurechtsgrund an acht Baurechtsinhaber verkauft. Der Erlös aus diesen Verkäufen betrug 8,025.800 S.

Die Kleingartenverwaltung betreute zum Jahresende 1981 6,686.136 m² Flächen als Kleingärten, das sind 20.881 Kleingartenlose. Dabei wurden im Rahmen der örtlichen Überprüfungen 565 Beanstandungen baulicher und gärtnerischer Art festgestellt; die Beseitigung dieser Mängel wurde veranlaßt. Sachverständige mußten zu rund 1.523 baupolizeilichen Verhandlungen entsendet werden. In der Ernteverwaltung konnten einige Reduktionen gegenüber dem Jahr 1980 erzielt werden. Demnach belief sich das von der Stadt Wien zu verwaltende Ernteland auf 215.115 m², das sind 1.093 Lose. Auf Grund einer Umwidmung von Schutzgebiet Park auf Erholungsgebiet-Kleingartengebiet in 2, Kleingartenanlage „Sonnenschein", wurden die seinerzeit an Einzelpersonen prekaristisch überlassenen Ernteländer dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs zur kleingärtnerischen Nutzung in Bestand gegeben. Im Jahre 1981 erfolgte durch Flächenmaßberichtigungen, die durch Neuvermessung bzw. Umwandlung von Einzelpachtverträgen und prekaristisch überlassenen Flächen in Generalpachtverträge, durch Freimachungen von kleingärtnerisch genutzten Flächen im 10. und 12. Bezirk sowie durch Verkauf bzw. Baurechtsbestellung im 22. Bezirk in der Kleingartenanlage „Mühlhäufel" bedingt waren, ein Zugang von 40.249 m² kleingärtnerisch genutzten Flächen. Dem Landesverband Wien des Zentralverbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs konnten drei Darlehen mit einer Laufzeit von drei Jahren in der Höhe von insgesamt 3,400.000 S gewährt werden. Für den Restbetrag von 1,600.000 S wurden bereits zwei Anträge eingereicht. Die Pachtschillingeingänge im Rahmen der Kleingartenverwaltung haben zufolge der Wertsicherungsvereinbarung mit dem Zentralverband im Jahre 1981 eine Erhöhung auf rund 29 Millionen Schilling erfahren. Aus diesen Eingängen ist ein Betrag von insgesamt 6 Millionen Schilling für die Erhaltung bestehender, die Aufschließung neuer Anlagen und für Fertigstellungsdarlehen zur Verfügung gestellt worden.

Straße, Verkehr und Energie

Straßenverwaltung und Straßenbau

Der Abteilung oblag im Jahre 1981 die Verwaltung und Erhaltung von 2.648 km öffentlichen Straßen, von denen 143 km Bundesstraßen und 24 km Autobahnen waren. Im Gemeindestraßennetz wurden 450.000 m² Fahrbahnen instand gesetzt und 250.000 m² Fahrbahnen neu hergestellt oder erneuert. Bei einer mittleren Breite von 8,5 m ergibt dies 53 km an instand gesetzten bzw. 29 km an neu hergestellten oder erneuerten Fahrbahnen. An Autoabstellflächen wurden 25.000 m² instand gesetzt und 35.000 m² neu hergestellt. Auf Gehsteigen wurden 85.000 m² instand gesetzt und 55.000 m² ereuert oder neu hergestellt. Bei einer mittleren Breite von 3 m ergibt das eine Strecke von 29 km instand gesetzter und 18 km neu hergestellter oder erneuerter Gehsteige.

Für die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen sowie für den Ausbau der Siedlungsstraßen waren an gemeindeeigenen Geräten 12 Straßenwalzen, 16 Gehwegwalzen, 2 Vibrationswalzen, 2 Motorgrader, 1 Pneu-Walze, 9 Straßenreparaturfahrzeuge und 1 Lastkraftwagen (Wasserwagen) eingesetzt, die insgesamt 5.436 Arbeitsschichten leisteten. Die Straßenreparaturfahrzeuge ermöglichten eine rasche Behebung von Schäden in leichten, bituminösen Straßendecken, wobei sie eine Strecke von 48.069 km zurücklegten. Für die Neuherstellung oder Instandsetzung von Versorgungsleitungen und Kanälen wurden an öffentliche Dienststellen sowie an private Bauwerber 15.080 Aufgrabungsbewilligungen erteilt. In 57 Fällen waren in verkehrsreichen Straßen an Stelle von Aufgrabungen 4 Bohrungen und 53 Minierungen durchzuführen.

Für die Überprüfung von Aufgrabungen, Baustellenabsicherungen und Lagerungen auf öffentlichen Verkehrsflächen wurden wieder die beiden Funkwagen eingesetzt. 1.041 Inspektionen und Sondereinsätze mußten vorgenommen werden, hiebei wurden 23.679 km zurückgelegt. Bei 16 Prozent aller Inspektionen wurden Mängel festgestellt und deren unverzügliche Behebung veranlaßt. Da die Beanstandungen in allen Fällen zum Erfolg geführt haben, ist beabsichtigt, auch in Zukunft diese Kontrollfahrten fortzusetzen, um eine möglichst klaglose Abwicklung der Aufgrabungsarbeiten im Interesse der Öffentlichkeit zu erreichen.

Gemeinsam mit der MA 39 wurden wieder laufend stichprobenweise Druckversuche mit Lastplatten während der Zuschüttung und auf den zugeschütteten Künetten durchgeführt. Bei den insgesamt 535 Versuchen wurden an 346 Stellen positive Ergebnisse erzielt, das heißt, die Zuschüttung und Verdichtung der Künetten wurden ordnungsgemäß durchgeführt. Bei den übrigen 189 Stichproben, also bei 35 Prozent, wurde mangelhafte Verdichtung festgestellt. In diesen Fällen wurden die bauausführenden Firmen beauftragt, durch Nachverdichtungen den Mangel zu beheben. Ferner wurde die Ausrüstung der Autobahnmeisterei Inzersdorf durch 2 Lkw, Type ÖAF 19.240 und 32.240, 1 Unimog, Type 406, 2 Salzstreuautomaten, 2 Schneepflüge der Type STS 340 und 1 Schneepflug der Type DS 280 ergänzt. Weiters wurde zur Kanalreinigung ein absetzbarer Hochdruckspül- und Schlammansaugaufbau angeschafft. Der Straßenmeisterei Stockerau, die vorläufig die Betreuung der A 22 — Donauuferautobahn übernommen hat, wurden, entsprechend dem mit dem Amt der NÖ Landesregierung abgeschlossenen Verwaltungs-Übereinkommen, 2 Lastkraftwagen mit Schneepflügen und Streuautomat sowie ein Unimog mit Schneepflug zur Verfügung gestellt.

In den Hauptverkehrsstraßen diverser Bezirke wurde eine Reihe von Straßenbauarbeiten durchgeführt: So erfolgte im 2. Bezirk in der Oberen Augartenstraße von der Rembrandtstraße bis zur Unteren Augartenstraße im Zuge eines Umbaues der zweiten Fahrbahnhälfte die endgültige Belagsaufbringung. Am Praterstern wurden die Straßenbauarbeiten zur Gänze abgeschlossen. Im 14. Bezirk konnte in der Linzer Straße von ONr. 204 bis 284 der endgültige Belag aufgebracht werden. Im 22. Bezirk erfolgte die Instandsetzung von schadhaften Betonfeldern in der Raffineriestraße und in der Finsterbuschstraße zwischen Autobahnknoten Kaisermühlen und dem Ölhafen Lobau.

Im 9. Bezirk wurde mit dem Umbau der Althanstraße von ONr. 1 bis 53 und der Augasse von ONr. 1 bis 25 im Zusammenhang mit der Errichtung des Universitätszentrums begonnen; diese Bauarbeiten werden voraussichtlich Ende 1982 abgeschlossen sein. Im 10. Bezirk erfolgte der Umbau der Laxenburger Straße vom Südtiroler Platz bis zur Landgutgasse. Der Umbau des Südtiroler Platzes im Bereich der Eisenbahnbrücke, der Johnnitergasse von der Favoritenstraße bis zur Sonnwendgasse, der Reisingergasse von der Favoritenstraße bis zur Sonnwendgasse sowie der Huppgasse von der Favoritenstraße bis zur Laxenburger Straße wurde in Angriff genommen. Im 17. Bezirk wurde mit dem Umbau der Jörgerstraße nach der Gleisverlegung begonnen. Im Rahmen des ersten Bauabschnittes erfolgte die Neuherstellung der Fahrbahn vom Währinger Gürtel bis zur Rötzergasse und die der beidseitigen Gehsteige vom Hernalser Gürtel bis zur Palffygasse. Der Ausbau wird 1982 fortgesetzt werden.

In den Straßen örtlicher Bedeutung wurden im 2. Bezirk auf dem Fußweg vom Messeparkplatz bis zur Zufahrtstraße und in der Lessinggasse von der Springergasse bis Volkertplatz, im 3. Bezirk in der Arsenalstraße und in der Ghegastraße von der Arsenalstraße bis zum „Post-Turm", im 9. Bezirk in der Hörlgasse von der Liechtensteinstraße bis zum Schlickplatz Arbeiten durchgeführt; im 11. Bezirk in der Grillgasse von

ONr. 1 bis 9, in der Sedlitzkygasse von ONr. 37 bis 49, im 12. Bezirk in der Edmund-Reim-Gasse von der Sagedergasse bis zur Biedermanngasse sowie in der Endergasse von der Defreggerstraße bis zur Karl-Kraus-Gasse, im 13. Bezirk am Eustachiusweg und in der Rohrergasse sowie in der Nebenfahrbahn der Hietzinger Hauptstraße zwischen der Costenoblegasse und der Schrutkagasse, im14. Bezirk in der Sarravagasse von ONr. 1 bis 7 und in der Hütteldorfer Straße von der Reinlgasse bis zur Hägelingasse, im 15. Bezirk in der Diefenbachgasse von ONr. 21 bis 27, im 16. und 17. Bezirk in der Sandleitengasse von der Lobmeyrgasse bis zur Güpferlingstraße, im 17. Bezirk in der Dornbacher Straße von ONr. 109 bis 111 und im Kreuzungsbereich Ottakringer Straße—Ortliebgasse, im 19. Bezirk in der Heiligenstädter Straße von der Barawitzkagasse bis zur Gallmayergasse Straßenarbeiten ausgeführt, gleichfalls im 20. Bezirk in der Wehlistraße ONr. 25 bis 29 und in der Leystraße von ONr. 114 bis 118, im 22. Bezirk in der Kraygasse von der Polletstraße bis zur Steigenteschgasse, in der Schiffmühlenstraße von der Schödlbergergasse bis zur Berchtoldgasse und im 23. Bezirk in der Gsellhofergasse von der Brandströmgasse bis Ende, in der Gaargasse von der Gsellhofergasse bis Ende, in der Gebirgsgasse von der Schillingergasse bis zum Fußweg, in der Schillingergasse sowie in der Sobotagasse von der Purkytgasse bis zur Goldhammergasse und in der Trentinigasse von der Reiffensteingasse bis zur Kronfeldgasse. In zahlreichen Straßen der äußeren Bezirke wurden wieder Oberflächenbehandlungen im Gesamtausmaß von rund 180.000 m² durchgeführt.

Im Zuge der Generalinstandsetzungen von Straßenbelägen wurden im 1. Bezirk die Zedlitzgasse von ONr. 1 bis 11, der Opernring—Gehallee gegenüber ONr. 9 bis ONr. 23, das Plateau Schottengasse—Schottenring, die Bäckerstraße vom Lugeck bis Dr.-Ignaz-Seipel-Platz, im 3. Bezirk die Dapontegasse von Ungargasse bis Dannebergplatz, im 4. und 5. Bezirk die Margaretenstraße von Heumühlgasse bis Ziegelofengasse, im 5. Bezirk die Anzengrubergasse von Gassergasse bis Wiedner Hauptstraße, im 6. Bezirk die Brückengasse von Mollardgasse bis Gumpendorfer Straße und die Fillgraderstiege, im 7. Bezirk der Kreuzungsbereich Schottenfeldgasse—Seidengasse, die Kaiserstraße von Burggasse bis Lerchenfelder Straße, im 8. Bezirk die Alser Straße ONr. 7 bis 9 und der Hamerlingplatz von ONr. 3 bis 10, im 9. Bezirk die Liechtensteinstraße ONr. 121 bis 123, die Währinger Straße von Maria-Theresien-Straße bis Hörlgasse, die Alserbachstraße von Liechtensteinstraße bis Julius-Tandler-Platz und die Alser Straße von ONr. 6 bis ONr. 22 mit neuen Belägen versehen; im 10. Bezirk waren es der Fußweg von Windtenstraße bis Gußriegelstraße, im 11. Bezirk der Bereich Werkstättenweg—Geiereckstraße, die Simmeringer Hauptstraße vom Weichseltalweg bis Etrichstraße, im 12. Bezirk die Oswaldgasse im Bereich Breitenfurter Straße—Johann-Hoffmann-Platz (Gehallee), im13. Bezirk die Gusindegasse von Slatingasse bis Ende, im 14. Bezirk die Hütteldorfer Straße von Pfaffenbergengasse bis Ernst-Bergmann-Gasse, im 15. Bezirk der Kreuzungsbereich Brunhildengasse—Walkürengasse, die Dreihausgasse von ONr. 25 bis 29 und die Mariahilfer Straße zwischen Rustengasse und Kauergasse, im 16. Bezirk die Arnethgasse von ONr. 43 bis 73 und die Gaullachergasse von ONr. 1 bis 19, im 17. Bezirk die Hernalser Hauptstraße von ONr. 33 bis 67 und 76 bis 82 und die Rosensteingasse von ONr. 58 bis 90, im 19. Bezirk der Bereich Zuckerkandlgasse von ONr. 46 bis gegenüber 65 und der Aussichtsweg an der Heiligenstädter Straße von ONr. 129 bis 131. Im 21. Bezirk waren es ferner der Strebersdorfer Platz von ONr. 3 bis 5, das Plateau Irenäusgasse—Roggegasse, die Strebersdorfer Straße zwischen Lieleggweg und Hasswellgasse und die Überfuhrstraße von Weißenwolffgasse bis Georgistraße, im 22. Bezirk die Josef-Baumann-Gasse zwischen Donaufelder Straße und Finsterergasse, die Weingartenallee von Süßenbrunner Hauptstraße bis Ostbahn, die Straßäckergasse ONr. 71 bis 103, die Industriestraße von Paulitschkegasse bis Zeisigweg, die Heustadelgasse zwischen Biberhaufenweg und Lobaugasse, die Arztgasse zwischen Lannesstraße und Flugfeldstraße, der Efeuweg von ONr. 5 bis 23 sowie die Kratochwjlestraße von der Einfahrt „VIC" bis Arbeiterstrandbadstraße und im 23. Bezirk die Schloßparkgasse.

Im Bereich von städtischen Wohnhausanlagen konnten im 2. Bezirk in der Wehlistraße von Wachaustraße bis Mexikoplatz, im 3. Bezirk in der Kärchergasse vom Landstraßer Gürtel bis Kölblgasse, im 4. Bezirk im Bereich der Wohnhausanlage Paulanergasse—Favoritenstraße—Mozartgasse, im 5. Bezirk in der Ziegelofengasse von ONr. 22 bis 28 Arbeiten durchgeführt werden. Im 10. Bezirk waren von Ausbauarbeiten betroffen die Columbusgasse von ONr. 111 bis 117 und die Trambauerstraße von ONr. 1 bis 7, im 11. Bezirk die Kaiserebersdorfer Straße von ONr. 116 bis 260, im 13. Bezirk der Bereich der Wohnhausanlage Biraghigasse—Versorgungsheimstraße—Anton-Langer-Gasse, im 14. Bezirk die Nobilegasse von ONr. 1 bis 5, die Utendorfgasse von Linzer Straße bis Lindheimgasse, der Friedrich-Lieder-Weg von ONr. 1 bis 19 und der Hlavacekweg. Im 15. Bezirk betraf es die Weiglgasse zwischen Anschützgasse und Jheringgasse und die Goldschlagstraße von ONr. 61 bis 63 und 70 bis 72, im 17. Bezirk die Dornbacher Straße von ONr. 6 bis 12, im 18. Bezirk den Weißdornweg von ONr. 1 bis 9, den Türkenschanzplatz und die Scherffenberggasse, Rimplergasse und Waldeckgasse, wobei die Sandberggründe im Zusammenhang mit der Errichtung der Wohnhausanlage in der Peter-Jordan-Straße verbaut worden sind, sowie im 19. Bezirk die Hardtgasse von ONr. 14 bis 16 und im 23. Bezirk die Stuppöckgasse.

Bei privaten Wohnhausanlagen und sonstigen Neuanlagen wurden Straßenbauarbeiten beendet oder weitergeführt sowie neue Bauarbeiten in Angriff genommen, und zwar im 2. Bezirk im Zusammenhang mit dem Bau des Zentralen Anstaltsgebäudes der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten in der Wehlistraße von ONr. 136 bis 148 sowie von ONr. 172 bis 178 und von der Haussteinstraße bis zur Schalichgasse und in der Fried-

rich-Hillegeist-Straße von ONr. 2 bis 4, in der Weschelstraße von ONr. 3 bis 5 sowie in der Venediger Au von Ausstellungsstraße bis Lassallestraße, im 3. Bezirk in der Radetzkystraße von Vorderer bis Hinterer Zollamtsstraße und in der Uchatiusgasse von ONr. 2 bis 6, im 5. Bezirk in der Gießaufgasse von ONr. 16 bis 28, in der Johannagasse von ONr. 24 bis 38 und im Bereich der Schönbrunner Straße von ONr. 14 bis 16, in der Wehrgasse 14 und in der Einsiedlergasse von Gießaufgasse bis Margaretenstraße, im 9. Bezirk in der Wilhelm-Exner-Gasse von ONr. 4 bis 8 und 14 bis 18, in der Tendlergasse von ONr. 10 bis 12 sowie in der Schubertgasse von ONr. 1 bis 7. Im 11. Bezirk betraf es die Wildpretstraße bis zur 9. Haidequerstraße, im 12. Bezirk die Aßmayergasse von Niederhofstraße bis Arndtstraße, die Oppelgasse von Malfattigasse bis Schallergasse, die Wolfganggasse von Arndtstraße bis Tichtelgasse sowie die Arndtstraße von der Wolfganggasse bis Fockygasse, im 13. Bezirk den Furtwänglerplatz von der Fehlingergasse bis ONr. 8 und die Jodlgasse von Dommayergasse bis Ende; im 14. Bezirk die Felbigergasse von Lützowgasse bis Mitisgasse und die Dr.-Heckmann-Straße, Karl-Leeder-Gasse und die Anzbachgasse von Einfahrtsstraße bis Sonnenweg, im 18. Bezirk die Pötzleinsdorfer Straße bei der Geroldgasse, im 19. Bezirk die Würthgasse von ONr. 9 bis 11 sowie die Flotowgasse von Arbesbachgasse bis einschließlich Umkehrplatz, die Scheibelreitergasse von An den Langen Lüssen bis Umkehrplatz. Im 20. Bezirk waren es die Pappenheimgasse von ONr. 54 bis 56, im 22. Bezirk die Markomannenstraße und „unbenannte Gasse" nächst Markomannenstraße sowie die Zschokkegasse von ONr. 14 bis 48, im 23. Bezirk die Tullnertalgasse von Schmiedlergasse bis Atzgersdorfer Straße, die Fürst-Liechtenstein-Straße von Ambrosweg bis Ketzergasse, die Wilhelm-Erben-Gasse von Danilovatzgasse bis Brandströmgasse, die Wohnparkstraße, die Stipcakgasse von Anton-Freunschlag-Gasse bis Wettengelgasse, die Leo-Mathauser-Gasse von Stipcakgasse bis Zwerggrabengasse sowie die Zwerggrabengasse von Anton-Freunschlag-Gasse bis Akaziengasse, die Paminagasse—Brandströmgasse und die Maurer Lange Gasse.

Nach der Winterperiode 1980/81 waren wieder Frostschäden zu beheben. So wurden unter anderem im 1. Bezirk die Fahrbahnen des Dr.-Karl-Lueger-Ringes, im 2. Bezirk die der Fugbachgasse und der Springergasse, im 3. Bezirk der Hintzerstraße, Hohlweggasse, Hyegasse und der Mohsgasse, im 4. Bezirk der Wohllebengasse, im 5. Bezirk der Anzengrubergasse, im 9. Bezirk der Berggasse, Latschkagasse, Porzellangasse, Schwarzspanierstraße, ferner im 10. Bezirk der Gellertgasse, im 11. Bezirk der Dopplergasse, der Rinnböckstraße, im 13. Bezirk der Jagdschloßgasse, Veitingergasse, der Prehausergasse und der Schweizertalstraße, im 14. Bezirk der Schanzstraße, Utendorfgasse und der Wahlberggasse, im 15. Bezirk der Schmelzbrückenrampe und der Weiglgasse, im 19. Bezirk der Feilergasse, Grinzinger Straße, Himmelstraße und der Kreindlgasse, im 21. Bezirk der Schillgasse, im 22. Bezirk der Konstanziagasse, Hardeggasse, Heustadelgasse, der Schafflerhofstraße und Industriestraße sowie des Telefonweges und der Weingartenallee, im 23. Bezirk des Dr.-Jakob-Neumann-Steiges der Josef-Bühl-Gasse und der Lechthalergasse, Carlbergergasse (ONr. 6 bis 28), der Maurer Lange Gasse und der Sobotagasse teilweise bzw. vollkommen erneuert und frostsicher ausgebaut.

Straßenbauten in Siedlungen wurden durchgeführt, und zwar: im 10. Bezirk in der Heuberggstättenstraße, im 11. Bezirk „Am Kanal" und in der Reimmichlgasse, im 13. Bezirk in der Adolfstorgasse und am Wilhelm-Karczag-Weg, im 16. Bezirk am Paulinensteig, im 21. Bezirk in der Nordmanngasse, im 22. Bezirk in der Romichgasse, am Zwerchäckerweg, am Campingplatzweg, in der Deindorfstraße, der Englisch-Feld-Gasse, Greinzgasse, Hessegasse, Kiwischgasse, Schukowitzgasse, Wiethestraße sowie in der Gundackergasse, Kloepferstraße und am Hofstättenweg. Insgesamt wurden 25.000 m² Siedlungsstraßen hergestellt und hiebei ebenfalls zahlreiche Frostschäden behoben.

Die Erhaltung der Fußgeherpassagen konnte fortgesetzt werden, wobei im 1. Bezirk eine Fahrtreppe im Verkehrsbauwerk Babenberger Passage neu installiert wurde. Umbauarbeiten der elektrischen Anlagen sowie diverse Steinmetzarbeiten wurden in etlichen Ringpassagen durchgeführt. In der Albertinapassage und der Schottenpassage mußte ein PVC-Fußbodenbelag verlegt werden.

Im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau wurden nach Auflassung der Straßenbahnlinien E 2, H 2 und G 2 im Bereich Karlsplatz—Sezession—Wiedner Hauptstraße Gehsteige und Fahrbahnen nach Entfernung der Gleisanlagen wieder instand gesetzt. Im 2. Bezirk wurde nach dem Ausbau der U-Bahn und nach Entfernung der Straßenbahngeleise die definitive Wiederinstandsetzung bzw. Neugestaltung der Praterstraße und der Aspernbrückengasse zwischen Praterstern und Untere Donaustraße fortgeführt. Ebenso wurden die im Jahre 1980 begonnenen Wiederinstandsetzungsarbeiten nach dem U-Bahn-Bau in der Ofnergasse von der Vorgartenstraße bis zur Radingerstraße sowie in der Radingerstraße von ONr. 9 bis 11 beendet. Der Vollausbau der Lassallestraße wird erst nach Fertigstellung der U-Bahn-Linie mit Anschluß an die neue Reichsbrücke und mit dem Wegfall der Straßenbahntrasse voraussichtlich Ende 1982 möglich sein. Der Umbau und die Neugestaltung des Pratersterns wurden abgeschlossen. Im 1. bzw. 8. Bezirk in der Landesgerichtsstraße von der Florianigasse bis zur Universitätsstraße und im 8. und 9. Bezirk am Frankhplatz (Alser Straße) von der Landesgerichtsstraße bis zur Wickenburggasse wurde nach Auflassung der Straßenbahnlinien E 2, H 2 und G 2 die Rampe beim Landesgericht geschlossen und somit in diesem Bereich, einschließlich des erforderlichen Ausbaues des Plateaus Universitätsstraße sowie des Frankhplatzes, der Ausbau der Richtungsfahrbahnen durchgeführt. Im 14. Bezirk wurde mit den Umbauarbeiten des Bahnhofvorplatzes in Hütteldorf zu einem Autobusbahnhof mit

Bussteigen und Halte- bzw. Parkplätzen im Zuge der Inbetriebnahme der U-Bahn-Linie U 4 begonnen. Gleichzeitig wird auch die angrenzende Kreißlergasse bis zum Weststadion und stadtauswärts bis zur Bergmillergasse ausgebaut werden. Im 22. Bezirk wurde zur Anbindung der U-Bahn-Endstelle — Zentrum Kagran — an das öffentliche Verkehrsnetz mit dem Ausbau der Fahrbahnen, der Abstellflächen sowie den Geh- und Radwegen im Bereich der Siebeneckstraße, Prandaugasse, Anton-Sattler-Gasse und der verlängerten Attemsgasse begonnen. Im Bereich des Stationsbauwerkes Kaisermühlen (U-Bahn-Linie U 1) wurden die Bauarbeiten zur Oberflächenausgestaltung einschließlich der Busanbindungen an die Wagramer Straße in Angriff genommen.

Im Zuge der Aufschließung von Betriebsbaugebieten wurden wieder umfangreiche Straßenbauten durchgeführt. Im 11. Bezirk im Betriebsbaugebiet „Hafen Albern" wurden die Straßenbauarbeiten in den Aufschließungsstraßen „B" und „C" begonnen. Im 22. Bezirk im Betriebsbaugebiet „Aspern" wurde die Neuherstellung der Fahrbahn am Biberhaufenweg von der Raffineriestraße bis zum Siegesplatz in Angriff genommen und wird voraussichtlich Ende 1982 fertiggestellt werden. Des weiteren wurden der Ausbau der Flugfeldstraße und der Großenzersdorfer Straße und die Querung mit der Flugfeldstraße beendet. Im Betriebsbaugebiet „Haschagründe" wurde der Ausbau der verlängerten Lavaterstraße nächst Aspernstraße ONr. 71 beendet; im Industriepark Nord erfolgte in der verlängerten Obachgasse von der Wagramer Straße bis zum Rautenweg der Ausbau für die Entsorgungs- und Müllverbrennungsanlage. Im 23. Bezirk wurde im Betriebsbaugebiet „Östlich des Großgrünmarktes" der Straßenbau in der Aufschließungsstraße Nr. 5983 in Angriff genommen.

Die Schaffung von „Verkehrsberuhigten Zonen" und die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen sowie die Belagsaufbringung erfolgten im 7. Bezirk am St.-Ulrichs-Platz sowie im 15. Bezirk in der Künstlergasse von ONr. 7 bis 9. In der Stiegergasse von der Graumanngasse bis zur Diefenbachgasse kam es zur Errichtung einer Lärmschutzwand. In der Reichsapfelgasse von ONr. 25 bis 33 und in der Oelweingasse zwischen Reichsapfelgasse und Braunhirschengasse wurde mit den Straßenbauarbeiten begonnen.

Im Zuge der Ausgestaltung von Fußgeherzonen wurde im 1. Bezirk am Franz-Josef-Kai vom Morzinplatz bis zum Schottenring mit dem Umbau eines fußgeherfreundlichen Bereiches begonnen, der Anfang 1982 fertiggestellt werden wird. Die Ruprechtsstiege wurde umgebaut bzw. saniert. Im 12. Bezirk war die Rosasgasse bis Ehrenfelsgasse als Fußgeherzone im Bau, im 18. Bezirk wurde am Bischof-Faber-Platz die Fußgeherzone ausgestaltet.

Im Rahmen der Verbesserung der Verkehrssicherheit an Unfallschwerpunkten wurden entsprechende Umbauten, wie unter anderem Fahrbahnteiler, Gehsteig- und Haltestellenherstellungen, Verkehrsinseln, Leitschienen, „Wiener Schwellen", Aufstellen von Geländern, durchgeführt. Im 1. Bezirk wurden im Bereich Opernring 27—Operngasse ein Fahrbahnteiler und eine Gehallee hergestellt. An der Kreuzung Schottenring—Wipplingerstraße mußte der Fußgeherübergang verschmälert werden. In der Philharmonikerstraße sowie Kärntner Straße und Reitschulgasse wurden Betonpoller aufgestellt. Im 3. Bezirk in der Erdbergstraße waren gegenüber ONr. 1 Hohlräume zu beseitigen, im 6. Bezirk wurde am Plateau Gumpendorfer Straße—Lehárgasse eine Fußgeherinsel errichtet, mußten außerdem die Gehsteige verbreitet werden. Im 7. Bezirk wurden in der Neustiftgasse 1 beim Volkstheater die Gehsteige instand gesetzt, ebenso im 9. Bezirk im Bereich der Augasse—Althanstraße. In der Fuchsthallergasse von der Nußdorfer Straße bis zur Fluchtgasse wurden die Fahrbahnen verbreitert, am Julius-Tandler-Platz Verkehrsinseln hergestellt. Im 13. Bezirk mußte im Bereich Hietzinger Hauptstraße—Testarellogasse—Rohrbacherstraße der Kreuzungsbereich aus Sicherheitsgründen geändert werden.

Die Ausgestaltung von Radwegen an der sogenannten Nußdorfer Uferpromenade im Verlaufe der B 14 wurde im Zuge der Erfüllung des Radwegprogramms fortgesetzt. Außerdem wurden in Teilen des Pratersternes und in der Lassallestraße neue Radwege angelegt, desgleichen beim Umbau des Biberhaufenweges vom Schilfweg bis Siegesplatz.

Im 1. Bezirk wurden die Gehsteige umgebaut in der Ebendorferstraße bei ONr. 4, in der Mahlerstraße bei ONr. 4 bis 8, am Opernring bei ONr. 7, in der Reitschulgasse bei ONr. 1 und am Morzinplatz von Rotenturmstraße bis Marc-Aurel-Straße; im 2. Bezirk waren es die Gehsteige in der Darwingasse bei ONr. 16 bis 32, in der Paffrathgasse bei ONr. 2 bis 6, in der Engerthstraße von Hillerstraße bis Jungstraße einschließlich der Belagaufbringung auf der Fahrbahn, in der Hillerstraße von Vorgartenstraße bis Engerthstraße gleichzeitig mit der Fahrbahnherstellung in der Jungstraße von Vorgartenstraße bis Engerthstraße, in der Karmelitergasse von ONr. 1 bis 7, in der Lassallestraße bei ONr. 42 bis 46, in der Lessinggasse bei ONr. 22 bis 24 mit der Belagsaufbringung auf der Fahrbahn, weiters am Mexikoplatz von der Reichsbrücke bis Handelskai, in der Schiffamtsgasse bei ONr. 14 bis 20, in der Schönngasse bei ONr. 2, in der Sturgasse bei ONr. 4 bis 6 und in der Scholzgasse bei ONr. 1 bis 15, in der Großen Sperlgasse bei ONr. 10 bis 28, am Max-Winter-Platz und in der Springergasse bei ONr. 12 bis 32 mit dem Umbau der Fahrbahn. Im 3. Bezirk wurden am Klopsteinplatz rund um den Park die Gehsteige neu hergestellt, im 6. Bezirk in der Stumpergasse von 8 bis 18 mußte die Fahrbahn verbreitert werden. Im 7. Bezirk wurde der Belag auf der Fahrbahn aufgebracht in der Hermanngasse bei ONr. 1 bis 9, in der Kandlgasse bei ONr. 15 bis 19 sowie in der Lindengasse bei ONr. 38 bis 40 und in der Zieglergasse bei ONr. 12 bis 16. Im 9. Bezirk wurde der Umbau der Fahrbahn durchgeführt in der Ayrenhoffgasse bei ONr. 6 bis 14, ebenso wie im

10. Bezirk in der Siccardsburggasse bei ONr. 59 bis 61. Neu hergestellt wurde die Fahrbahn im 11. Bezirk in der Kappgasse bei der Firma Denzl, in der Sedlitzkygasse bei ONr. 37 bis 49. Ein Teppichbelag auf der Fahrbahn wurde aufgebracht in der Sedlitzkygasse bei ONr. 37 bis 49 und in der Reischekgasse bei ONr. 5 bis 31. Die Gehsteige umgebaut wurden im 15. Bezirk in der Goldschlagstraße bei ONr. 61 bis 67, in der Gernotgasse bei ONr. 1 bis 9, in der Guntherstraße bei ONr. 8 bis 10, in der Walkürengasse bei ONr. 7 bis 9, in der Wurzbachgasse bei ONr. 10 bis 16. Umgebaut wurde die Fahrbahn in der Graumanngasse bei ONr. 16 bis 18, in der Jheringgasse bei ONr. 11 bis 15, im 16. Bezirk wurden die Gehsteige umgebaut in der Effingergasse bei ONr. 21 bis 25, in der Friedrich-Kaiser-Gasse bei ONr. 9 bis 27 und 6 bis 16, in der Wichtelgasse bei ONr. 42 bis 48. Die Fahrbahn wurde umgebaut in der Hippgasse bei ONr. 1 bis 19, ebenso wie im 16. und 17. Bezirk in der Sandleitengasse bei ONr. 20 bis 40. Im 17. Bezirk wurde der Belag aufgebracht in der Schuhmanngasse bei ONr. 56 bis 62 und 80 bis 102, in der Amundsenstraße von der Villa-Roth-Brücke bis rund 400 m nach dem Schottenhof in Richtung Edenbad, in der Blumengasse von der Ranftlgasse bis zur Kalvarienberggasse als Umleitungsstrecke für das Großbauvorhaben „Jörgerstraße". Im 19. Bezirk wurde die Fahrbahn regeneriert in der Weinberggasse von der Friedlgasse bis zur Sollingergasse sowie in der Sollingergasse von der Krottenbachstraße bis zum Trautenauplatz. Der Belag wurde aufgebracht am Sulzweg bei ONr. 2 bis 12, die Fahrbahn umgebaut in der Würthgasse bei ONr. 7 bis 11. Im 20. Bezirk mußten die Gehsteige umgebaut bzw. neu hergestellt werden in der Leystraße bei ONr. 134, in der Engerthstraße bei ONr. 90 bis 146, in der Pöchlarnstraße bei ONr. 12 bis 14, in der Donaueschingenstraße bei ONr. 23 bis 27. Zum Umbau der Fahrbahn bzw. der Abstellflächen kam es in der Karl-Meißl-Gasse bei ONr. 1 bis 11, in der Pappenheimgasse bei ONr. 54 bis 56, am Kapaunplatz bei ONr. 1 bis 9 und in der Pasettistraße von der Hellwagstraße bis zum Allerheiligenplatz, wobei außer der Fahrbahn dort auch die Gehsteige umgebaut wurden. Im 21. Bezirk wurde die Fahrbahn neu hergestellt in der Überfuhrstraße bei ONr. 11 bis 33. Mit dem Umbau, der Neuherstellung bzw. der Oberflächenbehandlung der Fahrbahn wurde begonnen im 22. Bezirk in der Siebeneckstraße von nördlich der U-Bahn bis Wagramer Straße, in der Markomannenstraße von Breitenleer Straße bis Hochmuthgasse, am Mohnblumenweg von ONr. 5 bis 17, in der Brockhausengasse vom Biberhaufenweg bis zur Saltengasse. Umgebaut wurde die Fahrbahn bzw. deren Oberflächen erneuert im 23. Bezirk in der Jakob-Sommerbauer-Straße von Breitenfurter Straße bis Zanglerstraße, in der Anton-Freunschlag-Gasse bei ONr. 59 bis 107, in der Geßlgasse bei ONr. 1 bis 19. Die Gehsteige umgebaut bzw. neu hergestellt wurden in der Kronfeldgasse bei ONr. 2 bis 12, in der Reiffensteingasse bei ONr. 2 bis 14 und in der Trentinigasse bei ONr. 2 bis 14.

Asphaltbetonbeläge wurden hergestellt auf der Fahrbahn im 6. Bezirk in der Ägidigasse 12, in der Mittelgasse 17 bis 21, in der Otto-Bauer-Gasse 2 bis 28; im 9. Bezirk in der Nußdorfer Straße von 11 bis 15 und von 92 bis 94; im 11. Bezirk in der Pachmeyergasse von der Rinnböckgasse bis zur Doplergasse, in der Römersthalgasse 9 bis 13 und in der Schneidergasse von 1 bis 15 sowie im 15. Bezirk in der Toldgasse von ONr. 1 bis 7.

Fahrbahnregenerierungen wurden vorgenommen im 6. Bezirk auf der Linken Wienzeile von 106 bis 180; im 9. Bezirk in der Garnisongasse von 9 bis 15 und in der Währinger Straße von 2 bis 8; im 19. Bezirk in der Strehlgasse von der Starkfriedgasse bis zur Zuckerkandlgasse, in der Amalgergasse von 9 bis 21, in der Dollingergasse von 2 bis 12, in der Eisenbahnstraße von 61 bis 95, in der Kahlenberger Straße von 21 bis 45 und in der Silbergasse von 52 bis 60; im 22. Bezirk in der Marangasse von 29 bis 77.

Teppichbeläge auf Fahrbahnen wurden aufgebracht im 6. Bezirk in der Barnabitengasse 2 bis 16, im 8. Bezirk in der Pfeilgasse 8 bis 18 und im 10. Bezirk in der Raaber Bahn-Gasse 1 bis 15.

Im Rahmen des Behindertenprogramms wurden Gehsteigabsenkungen bei Fußgängerübergängen durchgeführt, und zwar im 6. und 7. Bezirk in der Mariahilfer Straße vom Getreidemarkt bis zum Mariahilfer Gürtel, in der Schadekgasse 20 und in der Amerlingstraße 10; im 9. Bezirk auf der Spittelauer Lände Kreuzung Alserbachstraße und auf der Roßauer Lände Kreuzung Spittelauer Lände sowie im 20. Bezirk im Kreuzungsbereich Brigittenauer Lände—Wallensteinplatz und bei B 302 — Donaukanalschnellstraße.

Unter den Arbeiten auf Bundesstraßen sind im Zuge der Wiener Straße B 1 in der Vorderen Zollamtsstraße von der Uraniastraße bis Landstraßer Hauptstraße im 3. Bezirk Vorbereitungsarbeiten und die Verlegung von Einbauten zu nennen. Auf der Linken Wienzeile im 4. Bezirk wurde von der Pilgrambrücke bis zum Margaretengürtel der Belag erneuert, im 14. Bezirk auf der Hauptstraße vom Josef-Palme-Platz bis zur Landesgrenze der Belag aufgebracht und im Bereich Hietzinger Kai—Schönbrunner Schloßstraße von der Dommayergasse bis zur Schloßbrücke der Belag erneuert. Ferner wurde im Zuge der Donaustraße B 3 im 21. Bezirk der Bereich Donaufelder Straße—Patrizigasse von der Josef-Baumann-Gasse bis zur Freytaggasse voll ausgebaut und fertiggestellt, die Erzherzog-Karl-Straße von der Zschokkegasse bis zur Konstanziagasse voll ausgebaut und die Herstellung der Fahrbahn und der Gehsteigbeläge endgültig fertiggestellt. Der Bereich von Murmanngasse bis Zschokkegasse wurde gleichfalls voll ausgebaut, einschließlich der BTS-Tragschichte ohne Belag fertiggestellt und dem privaten Verkehr freigegeben. In der Donaustadtstraße von der Erzherzog-Karl-Straße bis zur Wagramer Straße kam es zur teilweisen Belagserneuerung. Die im Zuge der Angerer Straße B 8 liegende Praterstraße im 2. Bezirk wurden von der Tempelgasse bis zum Praterstern nach der Aufnahme des U-Bahn-Betriebes endgültig gestaltet, der Bereich Praterstern—Lassallestraße wiederhergestellt, die Lassallestraße halbseitig ausgebaut

und die Beleuchtung wieder errichtet. Am Mexikoplatz konnten die Fußgeherbauwerke durch die MA 29 und die Anschlußrampen durch die Abteilung selbst fertiggestellt werden. Im 22. Bezirk wurde auf dem Anschlußstück an die Reichsbrücke im Bereich des Knotens Schüttau der Belag aufgebracht. Beim Internationalen Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien wurde die Nebenfahrbahn von der Schüttaustraße bis zur Arbeiterstrandbadstraße nach Fertigstellung der Einbauten und der Radwegführung endgültig ausgebaut. Die Wagramer Straße wurde von Schrickgasse bis zur Julius-Ficker-Straße voll ausgebaut; außerdem waren nach erfolgter Grundfreimachung Vorarbeiten zu leisten. Auf dem im Zuge der Budapester Straße B 10 liegenden Handelskai wurde im Bereich von der Floridsdorfer Brücke bis zur Donaueschingenstraße der Belag aufgebracht, ebenso auf der Freudenauer Hafenstraße von km 10,920 bis zur Hafenbrücke. Die Eichenstraße, die im Zuge der Breitenfurter Straße B 12 liegt, wurde im 12. Bezirk von der Hanauskagasse bis Steinackergasse im Verein mit Gleisregulierungen und einer Spurzulegung umgebaut. Auf der Klosterneuburger Straße B 14 wurde der Brückenbau im Zuge der Hochstraße Nußdorf, Objekt 1958, fortgeführt und mit dem Brückenbau, Objekt 1959, begonnen. Auf der Nußdorfer Lände wurde das Sekundärnetz im Bereich der Hochstraße angelegt, ferner wurden Radwege und Zufahrtsstraßen errichtet. Im Zuge der Wiener Gürtelstraße B 221 waren umfangreiche Betonfelderneuerungen in den Bezirken 5 bis 9, 12 und 15 bis 19 vorzunehmen. Auf dem Landstraßer Gürtel wurde im 3. Bezirk von der Hohlweggasse bis zur Prinz-Eugen-Straße der Belag erneuert. Auf der Wiener Vorortestraße B 222 kam es im 18. und 19. Bezirk im Bereich der Hartäckerstraße—Hans-Richter-Gasse—Peter-Jordan-Straße von Cottagegasse bis Dänenstraße zur Belagsaufbringung. In der Sandleitengasse im 16. Bezirk wurde von der Lobmayergasse bis zur Wilhelminenstraße in Zusammenhang mit Gleisregulierungen die Fahrbahn ausgebaut. Im Zuge der Wienerbergstraße B 225 kam es auf der Haidestraße von Unter der Kirche bis zur A 4 zum Vollausbau, weiters wurden die Gleisverlegung einer Industriebahn und Vorbereitungen für den Ausbau getroffen. Auf der Ersatzstraße für die Donaukanalschnellstraße B 302 wurden im Bereich Franz-Josefs-Kai von der Augartenbrücke bis zur Dominikanerbastei die Galerieverkleidung sowie die dritte Spur fertiggestellt. Nach der Fertigstellung der U-Bahn-Arbeiten im Bereich Radetzkystraße—Julius-Raab-Platz—Franz-Josefs-Kai wurde das Straßenstück von der Vorderen Zollamtsstraße bis zur Dominikanerbastei voll ausgebaut. Mit dem Bau der Roßauer Brücke wurde im November begonnen. Im Zuge der Donaukanalschnellstraße S 2 wurden an der Anschlußstelle B 3, an der 1. Ausbaustufe, die Arbeiten für den Lärmschutz, die Gehsteige und den Grünverbau fertiggestellt.

Die Schwerpunkte der Arbeiten zum Ausbau der Bundesstraßen A — Autobahnen in Wien lagen an der A 3 — Süd-Ost-Autobahn in Favoriten, an der A 4 — Ost-Autobahn in Simmering, an der A 20 — bei der Wiener Gürtelautobahn—Brigittenauer Brücke, weiters an der A 22 — Donauuferautobahn in Floridsdorf und an der A 23 — Autobahnverbindung Wien Süd in Favoriten.

Im Zuge des Ausbaues der Autobahnen wurden an der A 3 die Flächen unter den Hochstraßen im Bereich Geiereckstraße—Knoten Arsenal sowie eine Stützmauer für die Fahrbahn 400 fertiggestellt. An der A 20 mußten im Bereich Simmeringer Hauptstraße—Leberstraße eine Lärmschutzeinrichtung sowie eine Rechtsabbiegespur zur Neuhaufenstraße angelegt werden. An der A 22 war im Bauabschnitt Nord und am Abschlußprovisorium im Bauabschnitt Mitt I Erd- und Straßenbauarbeiten, Lärmschutzdämme sowie Brückenbauarbeiten auszuführen. Weitere Lärmschutzanlagen wurden neu errichtet im Zuge der A 23 am Wienerfeld West und Ost sowie im Bereich Blumental im 10. Bezirk und am Kirchenplatz im 23. Bezirk. Auf der Fahrbahn Wien—Wiener Neustadt, und zwar auf dem Überführungsobjekt über die Pottendorfer Linie im 10. Bezirk, wurden die Betondecken saniert.

Fortgeführt oder neu begonnen wurden an der A 2 auf der Überführung über die Badnerbahn, am Brückenobjekt ES 6, Isolierungs- und Belagserneuerungen. An der A 3, an der Straße an der Ostbahn, im 10. Bezirk, mußte für die Fahrbahn 1000 eine Stützmauer errichtet werden. Im Zuge der A 4 wurden im Erdbaulos Simmering zwischen der 1. Haidequerstraße und der Hochstraße Kaiserebersdorf Erd- und Straßenbauarbeiten sowie die Herstellung von Stützmauern, im Baulos Kaiserebersdorf Erd- und Straßenbauarbeiten sowie Brückenbauarbeiten an der Hochstraße Kaiserebersdorf, an der Mannswörther Straße und an der Alberner Straße durchgeführt. Im Zuge der A 20 wird die Brigittenauer Brücke gebaut, im Zuge der A 22 müssen Lärmschutzmauern entlang der Donauuferautobahn im Bauabschnitt Nord hergestellt werden.

Brückenbau und Grundbau

Im Bereich des Brückenbaues wurde der Fußgehertunnel am Praterstern, Objekt 0218, für die Führung eines Radfahrweges umgebaut und fertiggestellt.

Der Braunschweigsteg über den Wienfluß und den Hietzinger Kai konnte neu errichtet und für den Fußgängerverkehr freigegeben werden. Dies brachte auch den Benützern der stadteinwärts liegenden U-Bahn-Haltestelle Braunschweiggasse eine niveaufreie Querung des Hietzinger Kais. Ferner wurde die Rampenmauer Engelsplatz restauriert, eine neue Stiegenanlage von der Rampe Engelsplatz zum Handelskai errichtet und von der Floridsdorfer Brücke zum rechten Donauhochwasser-Schutzdamm eine Wendelrampe für Fußgänger und

Radfahrer gebaut. Dadurch ist neben der Erreichbarkeit des zukünftigen Erholungsgebietes rechter Donauhochwasser-Schutzdamm auch die gefahrlose Querung des Handelskais für Fußgänger gewährleistet. Im November wurde mit den Bauarbeiten für die Roßauer Brücke begonnen, die den 9. mit dem 20. Bezirk verbindet und verkehrsorganisatorisch nach ihrer Fertigstellung den Einbahnverkehr in stadteinwärtiger Richtung aufnehmen wird, während die Augartenbrücke dann gänzlich für den Einbahnverkehr stadtauswärts zur Verfügung stehen wird. Als ein Brückenbauvorhaben kleineren Umfanges ist die Steinbruchbrücke über die Dürre Liesing anzusehen, deren Errichtung im Jahre 1981 erfolgte.

Im Rahmen von Bundesbauvorhaben wurden die Arbeiten an der Hochstraße Kaiserebersdorf im Zuge der Ostautobahn, Objekt 1104, fortgeführt. Begonnen wurden im Zuge der Ostautobahn die Arbeiten für die Überführung der A 4 über die Alberner Straße (Objekt 1121) sowie die Arbeiten für den Fußgängertunnel im Zuge der Mannswörther Straße (Objekt 1117). Die Arbeiten im Knoten Nußdorf (Objekt 1958), 3. Bauabschnitt, der die Verlängerung der Klosterneuburger Bundesstraße B 14 in Richtung Nordbrücke mit Querung der Franz-Josefs-Bahn vorsieht, wurden fortgeführt. Für die Inbetriebnahme des Verkehrsknotens Nußdorf sind noch die Objekte der Bauabschnitte 4 bis 6 zu errichten. Mit diesen Bauarbeiten wurde Ende 1981 begonnen. Die Fertigstellung dieser Objekte wird zusammen mit den Objekten des 3. Bauabschnittes eine große Entlastung dichtbewohnter Gebiete vom Straßenverkehr mit sich bringen. Die Arbeiten an der Brigittenauer Brücke über die Donau (Objekt 2015) wurden 1981 fortgesetzt, das Tragwerk konnte geschlossen werden. Ebenso wurden die Arbeiten im Knoten Donaupark, der die linksufrige Einschleifung der Brigittenauer Brücke in die Donauufer-Autobahn vorsieht, fortgesetzt. Im Zuge der Donauufer-Autobahn wurden im Abschnitt von der niederösterreichischen Landesgrenze bis Floridsdorfer Brücke zwei Grünbrücken (Objekte 2132 und 2133), eine Reihe von Fußgängerstegen (EN 10, 11, 14, 18 A, 22), Brücken über die Autobahn (EN 1, 2, 3) bzw. Einschleifungen von der Nordbrücke in die Autobahn (EN 16, EN 18, EN 19) sowie Verbindungsbauwerke von der Autobahn zur Nordbrücke (EN 17) und Stützmauern errichtet. Weiters wurde eine Brücke beim Zubringer Strebersdorf über den künftigen Marchfeldkanal errichtet (EN 9). Von den genannten Objekten der A 22 wurden im Jahre 1981 alle Objekte mit Ausnahme der Objekte 16, 18 A und 19 dem Verkehr übergeben. Ferner wurden noch Restarbeiten an der Reichsbrücke über den Donaustrom durchgeführt, deren Verkehrsfreigabe bereits im November 1980 erfolgt war.

Im Rahmen der Brückenerhaltung wurden die Generalinstandsetzungsarbeiten am Objekt 0901, Friedensbrücke über den Donaukanal, fortgesetzt. Es erfolgte die Erneuerung der Fahrbahn- und Gehwegbeläge, der Isolierung, der Gehwegbohlen, des Korrosionsschutzes, der Instandsetzung der Entwässerung, der Zuganker und der Widerlagerkammern. Die Restaurierungsarbeiten an den Ziergliedern, Portalen und Gehwegkonstruktionen der Hohen Brücke über den Tiefen Graben, Objekt 0120, wurden abgeschlossen, ebenso die Instandsetzungsarbeiten im Fahrbahn- und Gehwegbereich der Aspernbrücke über den Donaukanal, Objekt 0106. In diesem Fall mußten Isolierung, Belag und Gehwegbohlen erneuert werden. Die Instandsetzungsarbeiten wie die Erneuerung der Isolierung, des Belages und des Korrosionsschutzes bei den Geländern konnten am Hackinger Steg über den Wienfluß, Objekt 1315, fertiggestellt werden. Am Objekt 2002, Nordbrücke über den Donaustrom im Zuge der S 2, wurden im Tragwerk über das Entlastungsgerinne Kontroll- bzw. Bedienungsstege errichtet. Die Auswechslung von Dilatationen an der Praterbrücke über den Donaustrom im Zuge der A 20, Objekt 0214, wurde abgeschlossen. Die Erneuerung der Fahrbahnbeläge und die Auswechslung von Dilatationen konnte am Objekt 2215 und 2216, an den Auf- und Abfahrtsrampen von und zur A 20 bzw. S 20 der Mühlwasserbrücken gleichfalls beendet werden. Am Objekt 2314, der Hochstraße im Zuge der A 23, der Autobahnverbindung Wien Süd über die Triester Straße, die Liesing und den Bahnhof Inzersdorf (ES 6) werden die Isolierung und der Belag zur Gänze erneuert. Am Objekt 1911, der Nußdorfer Brücke im Zuge der S 2 über den Donaukanal, erfolgte die Beendigung der Lagerkorrekturarbeiten und der Herstellung der Lagerkammer. Mit der Erneuerung des Korrosionsschutzes am Tragwerk der Nordwestbahnbrücke im Zuge der B 3 — Donau Straße, Objekt 2111, wurde begonnen.

Aus der Vielzahl der städtischen Bauvorhaben, die 1981 grundbautechnisch beraten oder für die Gründungskonzepte erarbeitet und die Gründungsarbeiten überwacht wurden, werden folgende Projekte hervorgehoben:

Auf der A 22 — Donauufer-Autobahn konnte Ende Oktober der 4,5 km lange Wiener Bauabschnitt der A 22 von der Landesgrenze bis zur Floridsdorfer Brücke baumäßig fertiggestellt werden. Damit ging in diesem Bereich auch eine umfangreiche geotechnische Tätigkeit im wesentlichen ihrem Ende entgegen, die sich von den Aufschlußbohrungen über die gründungstechnische Projektsberatung und Begutachtung bis hin zur gründungstechnischen Herstellungsüberwachung erstreckte. Die Objekte, die im Zuge der A 22 grundbautechnisch bearbeitet wurden, umfaßten eine Vielzahl verschiedener Brücken, tunnelartige Bauwerke (Grünbrücken), Stützmauern, Lärmschutzwände, Dichtwände und Dammschüttungen. Den verschiedenartigen Bauwerken, den verschiedenen Anforderungen und Zwangspunkten, aber auch den wechselnden Untergrundverhältnissen entsprechend kam eine Vielzahl von Gründungsarten und Gründungsverfahren zur Anwendung. Es begann mit Flachgründungen mittels Einzel- oder Streifenfundamenten auf gewachsenem Boden, auf Bodenauswechslungen aus

verdichtetem Kies oder Beton, auf tiefenverdichtetem anstehendem oder ausgewechseltem Untergrund und reichte bis hin zu Tiefgründungen mit Bohr- bzw. Großbohrpfählen im alluvialen Kies bzw. in das Liegende, und zwar im Flysch im Norden sowie im Wiener Tegel im Süden. Die für die A 22 im Bereich der Nordbrücke notwendige Dichtwand im Hochwasserschutzdamm wurde entsprechend den örtlichen Gegebenheiten zum Teil als Spundwand, zum Teil als unbewehrte Schlitzwand, zum Teil als hochverdichtete Kies-Sand-Wand nach dem Rütteldruckverfahren hergestellt.

Durch die Intensivierung der Wohnbautätigkeit im dichtverbauten innerstädtischen Bereich treten neben den eigentlichen gründungstechnischen Aufgaben noch zusätzlich Probleme wie die Sicherung benachbarter Bauten und Verkehrsflächen auf, wobei beengte Platzverhältnisse und oft vorhandener alter Baubestand noch als erschwerend hinzukommen. Mit Hilfe von modernen Gründungstechnologien gelingt es aber, auch diese Probleme technisch und wirtschaftlich zufriedenstellend zu bewältigen. Als jüngstes Anwendungsbeispiel einer solchen modernen Gründungstechnologie kann die Ausführung schlanker, bewehrter Ortbetonverpreßpfähle (Wurzelpfähle) auf der städtischen Baustelle in 3, Wällischgasse 10—12, genannt werden, auf der es unter zum Teil sehr beengten Platzverhältnissen gelang, in den erst tief unter dem Kellerniveau anstehenden tragfähigen Donaukiesen einzubinden, wobei massige Unterfangungsfundamentkörper der alten Verbauung erschütterungs- und weitgehend lärmarm durchbohrt wurden. Zur Sicherung des Nachbarhauses an der Front der Gestettengasse wurde erstmals in Wien eine Wand aus fast Mann an Mann stehenden Ortbetonverpreßpfählen projektiert und ausgeführt. Ebenso außergewöhnlich war die biegefeste Einspannung der zur Sicherung der Gestettengasse verbliebenen Kelleraußenmauer des Altbestandes im Baugrund mit Hilfe vertikal durch die Mauer gebohrter Wurzelpfähle, wodurch andere aufwendigere Sicherungsmaßnahmen nicht mehr notwendig waren.

Im Jahre 1981 schrieb eine Wiener Tageszeitung von einem „Versinken" des neuen Hochhauses der städtischen Wohnhausanlage „Am Schöpfwerk" im 12. Bezirk. Zur Klarstellung ist zu sagen, daß die Bauwerkssetzungen des mit einer 1,5 m dicken Stahlbetonplatte im verwitterten Wiener Tegel gegründeten Hochhauses zwar relativ groß sind, die zulässigen und von der MA 29 — Gruppe Grundbau schon vor Baubeginn prognostizierten maximalen Setzungswerte von 20 bis 25 cm werden aber, wie aus den periodischen, zur Kontrolle durchgeführten Setzungsmessungen abgeleitet werden kann, auch in Zukunft nicht überschritten werden.

Im Rahmen der grundbautechnischen Beratung wurde bei der Erarbeitung des generellen Projektes für die U-Bahn-Linien U 3 und U 6 sowie bei der zum Teil begonnenen Ausschreibungsplanung für die U-Bahn-Linie U 6 mitgearbeitet. Die Anlageverhältnisse der U 6 sind wesentlich durch die ausgeprägten Morphologien dieser Region geprägt. Bedingt durch vorhandene Bahnlinien, Brückenbauwerke, den Wienfluß und die dichte Verbauung ist es notwendig, zahlreiche Abschnitte dieser Strecke in geschlossener Bauweise zu errichten. Infolge der Untergrundverhältnisse und der vorgegebenen Niwellette werden dabei zahlreiche geotechnische Probleme zu bewältigen sein. Ein Schwerpunkt der geotechnischen Überlegungen betraf daher den Komplex der „Neuen österreichischen Tunnelbauweise" und die Möglichkeit, mit ihrer Hilfe einige der Probleme sicher und wirtschaftlich zu lösen.

Als erste Vorarbeit für das Ausschreibungsprojekt der U-Bahn-Linie U 3 sind die für die MA 38 ausgeführten Pumpversuche im zukünftigen Baubereich Station Landstraße (Landstraßer Hauptstraße, Ecke Beatrixgasse) zu werten, wobei konkrete Aussagen über die Art und den Umfang der Wasserhaltungsmaßnahmen für diese Großbaustelle erwartet werden. Im Laufe des Monats Dezember wurden 50 verschiedene Pumpstufen gefahren. Die Beobachtungen erstreckten sich sowohl auf die Wasserstände im Brunnen als auch auf die in den umliegenden Grundwasserbeobachtungsstellen. Die Versuche werden 1982 ausgewertet und in einem weiteren Brunnen im Stadtpark fortgesetzt, wobei jetzt schon feststeht, daß die abgepumpten Mengen insbesondere aus den tertiären Sanden bedeutend größer sind, als vermutet wurde. Der Abschlußbericht wird seinen Niederschlag im geotechnischen Teil des Ausschreibungsprojektes für den Abschnitt Landstraße finden.

Im Auftrag der Magistratsdirektion-Stadtbaudirektion wurden die Heizbetriebe Wien-Ges. mbH beim Bau der 2 km langen Versorgungsleitung vom Mexikoplatz zur Kleinen Marxerbrücke grundbautechnisch beraten und die Vortriebsarbeiten der Rohrvorpressungen und der Minierungsprofile überwacht. Zur Sicherung der abbruchreifen Häuser in 2, Tempelgasse ONr. 2 und ONr. 7, wurde ein kostengünstiger Vorschlag den Heizbetrieben Wien-Ges. mbH und der Arge Fernwärmeleitung-Bau in Form von Injektionspfählen unterbreitet. Dieser Vorschlag gelangte zur Ausführung und die Setzungen der Gebäude bleiben trotz geringem Seitenabstand des Rohrkanals zu den Objekten und weicher, wasserführender Untergrundverhältnisse unbedeutend.

Für eine große Anzahl von Hoch- und Tiefbauvorhaben der Stadt Wien wurden Baugrunduntersuchungen durchgeführt. Hervorzuheben sind die Probebohrungen für die U 3 im Abschnitt 3, Kundmanngasse und für die U 6 im Abschnitt 12, Tscherttegasse bis Sechshauser Gürtel. Im Rahmen der Baugrunduntersuchungen für den U-Bahn-Bau wurden auch die Fundamentuntersuchungen der im Trassenbereich gelegenen Gebäude abgewickelt. Probebohrungen größeren Umfangs wurden im Jahre 1981 auch für die A 24 — Autobahnverbindung Wien Ost sowie für die städtischen Wohnbauvorhaben in 3, Lechnerstraße 2—4 und in 10, Puchsbaumgasse — Quellenstraße (ehemalige Ankerbrotgründe) durchgeführt.

Nennenswert ist die grundbautechnische Sanierung der Böschungen am nördlichen Rand der ehemaligen

Tongrube der Wienerberger-AG in 10, östlich der Triester Straße. Als Folge des jahrzehntelangen Tonabbaues und der späteren Verwendung des Geländes als öffentliche Deponie befanden sich die Böschungen in einem äußerst bedenklichen Zustand. Durch ihre große Steilheit war ständig die Gefahr von Rutschungen gegeben, außerdem bot das verwahrloste Aussehen den Anreiz zu weiteren „wilden" Ablagerungen. Im Auftrag der MA 69 wurde von der Gruppe Grundbau ein Sanierungsprojekt erstellt, wobei Ziele, wie die Schaffung stabiler, rutschsicherer Böschungen, möglichste Wirtschaftlichkeit und Berücksichtigung der Ergebnisse des Architektenwettbewerbes über die Wienerberger Gründe, anzustreben waren. Die gesamte Ausschreibung, die Vergabe und Überwachung der noch nicht abgeschlossenen Bauarbeiten wurden ebenfalls von der Abteilung durchgeführt. Das Projekt umfaßt Erdbewegungen im Ausmaß von rund 180.000 m³ und verursacht Kosten in der Höhe von rund 2,8 Millionen Schilling. Als Besonderheit sei erwähnt, daß die Abrechnung an Hand von Luftbildaufnahmen des Geländes erfolgt. Die Bedeutung der Arbeiten besteht darin, daß mit relativ bescheidenen finanziellen Mitteln nicht nur die akute Gefahr beseitigt wurde, sondern gleichzeitig die Grundlage für die spätere Ausgestaltung und Nutzung des Geländes als Erholungsgebiet geschaffen worden ist.

Der im Rahmen der Bund-Bundesländer-Kooperation auf dem Gebiet der Rohstofforschung begonnene Projektsabschnitt des Fortsetzungsprojektes „Geologische Erfassung und Untersuchung des Untergrundes von Wien" konnte termingemäß und zufriedenstellend abgeschlossen werden. Die Erarbeitung einer synoptischen, baugeologischen Karte von Wien im Maßstab 1 : 10.000 ist hierbei besonders zu erwähnen. In Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ist es trotz angespannter Budgetlage gelungen, wieder erhebliche Geldmittel zur Fortführung weiterer Projektabschnitte flüssig zu machen.

Der Baugrundkataster wurde auch im Jahre 1981 wieder durch eine große Anzahl neuer Einlagen erweitert.

Im Jahre 1981 wurden im Rahmen der Brückenüberprüfungen 134 Hauptprüfungen und 1.687 periodische Überwachungen und Befahrungen an Wiener Brücken und an den gleichfalls von der Abteilung zu überprüfenden Brücken in den Quellschutzgebieten, wie in Naßwald, Stixenstein und Wildalpen, durchgeführt. Bei einer Hauptuntersuchung wird eine Brücke in ihrer Gesundheit auf Funktionstüchtigkeit der Lager, Dilatationen usw., die Tragfähigkeit, den Erhaltungszustand und die Verkehrssicherheit hin kontrolliert. Hauptprüfungen werden in einem Zeitraum von zwei bis sechs Jahren, je nach Konstruktion der Brücke, durchgeführt. Periodische Überwachungen werden jährlich oder je nach Zustand der Brücke öfter durchgeführt. Dabei wird die Funktionstüchtigkeit kontrolliert. Die öfter durchgeführten Befahrungen dienen der Überwachung der Verkehrssicherheit. Zur ordnungsgemäßen Durchführung der Überprüfungen stehen der Abteilung ab 1981 zwei Brückenbesichtigungsgeräte zur Verfügung. Ein Gerät wurde von der Stadt Wien mit einem Kostenaufwand von 1,3 Millionen Schilling angeschafft und ist ein „Ruthmann UK 100", das auf einem geländegängigen Lastkraftwagen der Marke UNIMOG montiert ist. Es besitzt eine Reichweite nach oben von rund 12 m. Das zweite, größere Gerät wurde vom Bund finanziert und dient der Prüfung von größeren Objekten, vor allem von Bundesbrücken. Es besteht dabei die Möglichkeit, auch langsam auf der Brücke fahrend mit dem Arbeitskorb unter die Brücke zu reichen. Dadurch können die meisten Einrüstungen von Brücken entfallen.

Öffentliche Beleuchtung

Im Bereich der öffentlichen Beleuchtung wurden im Zuge des Neu- und Umbaues von Straßenbeleuchtungsanlagen sowie von Großinstandsetzungsarbeiten im Jahre 1981 rund 6.500 Lichtstellen bearbeitet. Mit Jahresende waren 129.667 Leuchten mit insgesamt 221.051 Lampen installiert. Der Anschlußwert der öffentlichen Beleuchtung betrug 14.271 kW, der Stromverbrauch 53,417.627 kWh.

Aus der Vielzahl der Arbeiten werden im folgenden nur einige wenige hervorgehoben: Im Zuge der Neugestaltung des Bahnhofvorplatzes in Hütteldorf durch die MA 28 war die Neuerrichtung der öffentlichen Beleuchtung notwendig geworden. Da die Straße platzartig verläuft, wurde ein Beleuchtungsprojekt mit Hochmasten und Großflächenleuchten vorgesehen. Nach der rechnerischen Überprüfung und Festlegung der Standorte für die Maste konnte dieses Projekt nicht realisiert werden, weil eine Hochspannungsleitung den Platz quert. Zur Ausführung gelangte vielmehr eine Lichtständerbeleuchtung mit Leuchtstoffleuchten 2 × 40 Watt.

Nach Abbruch des UNIDO-Gebäudes am Weghuberpark mußte durch die MA 42 ein neues Parkprojekt für den Weghuberpark erstellt werden. In diesem Zusammenhang hatte die Abteilung ein neues Beleuchtungsprojekt zu erarbeiten. Zur Ausführung gelangte eine Kandelaberbeleuchtung der Type Altstadt, bestückt mit Natriumhochdrucklampen 70 Watt, deren Lichtfarbe der Museumstraßenbeleuchtung angepaßt wurde.

Die öffentliche Beleuchtung in der Ausstellungsstraße war auf den Spanndrähten der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe montiert. Auf Grund eines notwendigen Spanndrahttausches, den die Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe vornehmen mußten, sowie eines bereits vorliegenden Straßendetailprojektes der MA 28 konnten bereits vor den Straßenbauarbeiten die bestehenden Masten durch höhere ersetzt und die öffentliche Beleuchtungsanlage sowie die der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe in zwei Ebenen neu errichtet werden.

Um eine zweireihige Leuchtenanordnung, die durch die vorhandenen Nebenfahrbahnen notwendig geworden wäre, zu vermeiden, wurde nach eingehender Berechnung ein neuer Leuchtentyp, nämlich Natriumhochdruckleuchten 2 × 70 Watt, in einreihiger Anordnung ausgeführt.

190 öffentliche Uhren wurden betreut, und zwar 77 Würfel-, 9 Springzifferuhren, 73 Uhren auf Kirchen, 18 auf Amtshäusern und Schulen sowie 13 auf sonstigen Objekten. Davon wurden 155 auf dem Funkwege ferngesteuert, 73 Uhren erhielten das Steuersignal vom Uhrenfunksender der Abteilung, Frequenz 445,2 MHz, 82 Uhren wurden über den Zeitzeichensender DCF 77 der Deutschen Bundespost, Frequenz 77,5 kHz, synchronisiert.

An größeren Arbeiten wären zu nennen: Die Zifferblätter und die elektrische Anlage der Turmuhr in der Pfarrkirche Hietzing sowie die Erdungsanlage für die Turmuhr der Haydnkirche mußten instand gesetzt werden. Ferner waren 40 Steuereinheiten für die automatische Umstellung auf Sommerzeit anzufertigen und einzubauen.

Unter den im Jahre 1981 im licht- und elektrotechnischen Versuchsraum durchgeführten Untersuchungen, Messungen und lichttechnischen Projektierungsarbeiten sind vor allem die Lichtmessungen in der Tiefparkgarage des Allgemeinen Krankenhauses (AKH) zu nennen. Die Magistratsdirektion- Verwaltungsorganisation war bei einer Begehung der Tiefparkgarage des AKH zu der Auffassung gelangt, daß das Beleuchtungsniveau der Zufahrtswege und der Stellplätze überaus hoch ist und somit eine Reduzierung aus wirtschaftlichen Gründen dringend geboten wäre. Die Abteilung wurde daraufhin ersucht, in der AKH-Garage sowie zu Vergleichszwecken in der Forumgarage Lichtmessungen durchzuführen. Das Ergebnis bestätigte den subjektiven Eindruck insoferne, als die mittlere Beleuchtungsstärke in der AKH-Garage bei 75 Lux, jene in der Forumgarage bei 57 Lux liegt. Die Magistratsdirektion-Verwaltungsorganisation hat daher vorgeschlagen, durch systematisches Wegschalten von Leuchten das Niveau um ein Drittel zu senken.

Mit Hilfe der Rechenanlage der Abteilung wurde wieder eine Reihe von Beleuchtungsprojekten erstellt, wobei jeweils unter mehreren Varianten die wirtschaftlichste und lichttechnisch günstigste zu ermitteln war. So wurden vor allem Berechnungen für die A 4 — Ostautobahn, die Roßauer Brücke und die Eibesbrunnergasse durchgeführt.

Einige Anstrahlungsanlagen mußten in wesentlichen Teilen erneuert und umgebaut werden. Besonders erwähnenswert erscheinen folgende Objekte: Die Anlage für die Kirche Maria am Gestade war komplett instand zu setzen; neu errichtet wurden die Anlagen für die Pestsäule und das Volkstheater, bei jener für das Lueger-Denkmal war die elektrische Anspeisung zu erneuern.

U-Bahn-Bau

Im Bauabschnitt I der U 1, U 2 und U 4 (Karlsplatz) wurden die Trockenlöschleitung in der U-4-Station, das Wende- und Abstellgleis sowie der Bedienungssteg östlich der U 4-Station fertiggestellt. Die Rohbau- und Ausbauarbeiten an der Rampenschließung Secession samt Einbau eines Lüftungsbauwerkes konnten zum Abschluß gebracht werden. Nach Einstellung der USTRAB-Linie wurden die Gleisanlagen im Bereich der Rampe bei der Secession demontiert und entfernt. Wieder instand gesetzt wurden die Richtungsfahrbahn am Getreidemarkt neben der ehemaligen Straßenbahnrampe nach ihrer Auflassung sowie die ehemaligen Gleisflächen am Karlsplatz, die nach Auflassung der Straßenbahnlinien E 2, G 2 und H 2 entfernt wurden.

Im Bauabschnitt II, Baulos A der U 1 (Paulanergasse — Theresianumgasse), wurde die Trockenlöschleitung montiert und das Leitsystem dem neuen Endpunkt der U 1 am Praterstern angepaßt. Im Bauabschnitt II, Baulos B der U 1 (Theresianumgasse — Columbusplatz), wurden noch restliche Schlußfeststellungen einzelner Innenausbauleistungen durchgeführt. Die Restarbeiten im Haus Favoritenstraße ON 41 (Überdachung eines Kellerabganges) konnten nach erfolgter Montage des Aufzuges rechtzeitig fertiggestellt werden. Die im Jahre 1980 begonnene Montage der Trockenlöschleitung wurde schwerpunktmäßig im Jahre 1981 fortgesetzt. Im Bauabschnitt II, Baulos C der U 1 (Columbusplatz — Gellertgasse), mußte im Bereich des Straßenbahnexpedites Station Reumannplatz eine Wandverkleidung montiert werden. Ferner wurden Trockenlöschleitungen in den Stationen Reumannplatz und Keplerplatz montiert.

Im Bauabschnitt III der U 1, U 3 und U 4 (Stephansplatz — Schwedenplatz — Nestroyplatz) wurden Wiederinstandsetzungsarbeiten in der Praterstraße vom Donaukanal bis zur Rotensterngasse durchgeführt. Im einzelnen waren in bezug auf den Straßenbau Arbeiten für die definitive Wiederinstandsetzung der Praterstraße von der Aspernbrückengasse bis zur Rotensterngasse auszuführen. Hinsichtlich der öffentlichen Beleuchtung mußten Änderungsarbeiten an der Abspannung der Straßenbeleuchtung vorgenommen werden. In der Verkehrsorganisation erfolgte die Anpassung der Ampelanlagen Aspernbrückengasse — Praterstraße bzw. Rotensterngasse — Praterstraße an das Baugeschehen einschließlich der erforderlichen Bodenmarkierungen. Schließlich mußten die Gleisanlagen der Straßenbahn zwischen Nestroyplatz und Rotensterngasse entfernt werden.

Im Bauabschnitt IV der U 1 (Rotensterngasse — Praterstern) wurde der Innenausbau der Station Praterstern termingemäß abgeschlossen. Die Eröffnung mit anschließender Aufnahme des Linienbetriebes erfolgte am

28. Februar. Das zwischen der verlängerten Überdachung des Aufganges Praterstern-Mitte und der Kassenhalle des Bahnhofes Wien-Nord im November 1980 in Auftrag gegebene Flugdach konnte ebenfalls rechtzeitig bis zur Eröffnung fertiggestellt werden. In den Sommermonaten Juni bis August wurde die an der Baulosgrenze im Bereich Wolfgang-Schmälzl-Gasse auf dem ÖBB-Gelände des Nordbahnhofes situierte Schieneneinbringöffnung geschlossen. Im Anschluß daran konnten die von der Abteilung seit Rohbaubeginn in Anspruch genommenen Servitutflächen wieder den Österreichischen Bundesbahnen zurückgegeben werden. An Stelle des zur Freimachung der U-Bahn-Trasse provisorisch zurückversetzten Zaunes entlang des Sportplatzes Venediger Au in der Lassallestraße wurde ein definitiver 4 m hoher Aluminiumzaun mit einem zweiflügeligen Einfahrtstor hergestellt. Der im Oktober 1980 begonnene Neubau der Polizeistation am Praterstern wurde fertiggestellt und am 7. November der Bestimmung übergeben. Nach Entfernung der Gleisanlagen einschließlich der Oberleitungen in der Praterstraße ab Rotensterngasse konnte mit dem definitiven Ausbau der Praterstraße auf der Seite der ungeraden Orientierungsnummern begonnen werden, ebenso konnten die Radwege am Praterstern fertiggestellt und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Die gärtnerische Ausgestaltung des Pratersterns sowie die Humusierung und Baumpflanzungen auch im Bereich Lassallestraße wurden weitgehend abgeschlossen.

Im Bauabschnitt VI der U 2 (Landesgerichtsstraße — Deutschmeisterplatz) wurden mechanische Wärmezähler und Abschottungen in der Lüftungszentrale Schottentor eingebaut und die Umbauarbeiten (Elektroarbeiten) in der alten Schottenpassage beendet. Ein Musterbrandschutzplan wurde hergestellt, die FM-Anlagen (Telephon) konnten fertiggestellt werden. Außerdem sind Straßenbauarbeiten im Plateau Alser Straße — Universitätsstraße und Landesgerichtsstraße vom Friedrich-Schmidt-Platz bis zur Universitätsstraße sowie die Grünflächenherstellungen im Bereich der abgetragenen USTRAB-Rampe beim Landesgericht anzuführen. Die öffentliche Beleuchtung der Landesgerichtsstraße von der Alser Straße bis Felderstraße wurde nach der Rampenschließung wieder instand gesetzt, die Verkehrslichtsignalanlage im Plateau Landesgerichtsstraße — Universitätsstraße nach dem Umbau wieder hergestellt und angepaßt. In der Umleitungsstrecke mußten auf Baudauer provisorische Verkehrslichtsignalanlagen aufgestellt werden.

Im Bauabschnitt X der U 1, Verlängerung Kagran (Lassallestraße — Mexikoplatz), wurde mit der definitiven Wiederinstandsetzung der Ofnergasse bzw. teilweise der Radingerstraße seitens der MA 28 noch Ende 1980 begonnen; die Arbeiten werden bis zum Frühjahr 1982 abgeschlossen werden. Auch die restliche Gehsteigsanierung im Bereich des Lüftungsbauwerkes Radingerstraße konnte bis Herbst 1981 fertiggestellt werden. Die Herstellung des ÖBB-seitigen Rad- und Gehweges ist erst nach endgültiger Klärung der Grundinanspruchnahme des derzeit noch den Österreichischen Bundesbahnen gehörenden Teiles ausführbar. Bezüglich der Herstellung des 2. Bauteiles am Lüftungsbauwerk Radingerstraße konnte nach langwierigen Verhandlungen mit den Österreichischen Bundesbahnen ein Rechtsübereinkommen erzielt werden. Mit den dafür notwendigen Rohbauarbeiten wurde seitens der Abteilung Mitte Mai 1981 begonnen. Im Herbst 1981 konnten diese bereits fertiggestellt werden. Im Anschluß daran wurde mit der Ausrüstung des Lüftungsbauwerkes begonnen, unter anderem mit dem Einbau der Ventilatoren. Die Arbeiten werden Anfang 1982 fertiggestellt. Die restlichen Innenausbauarbeiten im Haus Lassallestraße 19, im U-Bahn-Unterwerk, wurden Anfang 1981 zur Gänze abgeschlossen, die Ausbauarbeiten in der Station Vorgartenstraße seitens der Abteilung im wesentlichen fertiggestellt. Diese bestanden in der Stationsauskleidung, in Verkleidungsarbeiten bei den Stiegenaufgängen, im Montieren von Lamellendecken und Handläufen sowie in Natursteinarbeiten. Anfang 1982 sind lediglich nur mehr restliche Malerarbeiten sowie die Guß-Asphaltarbeiten im Perronbereich auszuführen. Die unterirdischen Gleisbauarbeiten (Station und Strecke) konnten 1981 zur Gänze von den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetrieben fertiggestellt werden. Schwerpunkte waren weiters die Arbeiten zur elektrischen Streckenausrüstung mit der Stromschienenmontage, der Schaltstation und den nachrichtentechnischen Anlagen. Ab Juni 1982 ist die Aufnahme des Schul- bzw. Probebetriebes vorgesehen. Weiters erfolgte die Fortsetzung des Installationsausbaues in elektrotechnischer und sanitärer Hinsicht im gesamten Stationsbereich, ebenso wurde der Einbau der Trockenlöschleitungen fast zur Gänze fertiggestellt. Sämtliche noch auszuführende Restarbeiten, die in den X. Bauabschnitt betreffen, liegen innerhalb der erstellten Terminpläne und werden rechtzeitig vor der U-Bahn-Eröffnung im September 1982 vollendet. Das Vertragsbauende der Reichsbrücke war am 8. März 1981. Bis zu diesem Zeitpunkt fanden an den Außenflächen der Brücke diverse Komplettierungsarbeiten statt. Im Anschluß daran wurde der zweite Gehweg freigegeben. In den U-Bahn-Hohlkästen der Reichsbrücke waren das ganze Jahr Gleisbau- und Ausrüstungsarbeiten im Gange.

Im Bauabschnitt XI der U 1, Verlängerung Kagran (Hubertusdamm — Arbeiterstrandbadstraße), wurden die Roharbeiten Anfang April 1981 fertiggestellt, die Ausbauarbeiten in den Stationen Kaisermühlen und Donauinsel durchgeführt und weitgehend abgeschlossen. Oberflächenvorarbeiten wurden im Bereich Station Kaisermühlen vorgenommen, die Heizungs- und Lüftungsanlagen in der Station Kaisermühlen fertiggestellt. Die Streckenlüftung in den Tunnelröhren der Reichsbrücke einschließlich Stationsbereich Donauinsel konnte montiert werden. Sanitär- und Elektroinstallationsarbeiten wurden in den Stationen Kaisermühlen und Donauinsel durchgeführt, außerdem Trockenlöschleitungen in den Stationen verlegt. Im Gleisbau wurden rund 300 m

Schotteroberbau hergestellt, 300 m Stahlbeton-Fertigteile für die Aufnahme des mittleren Schallschutzes verlegt und die Schlußschweißungen einschließlich der erforderlichen Gleisbauarbeiten für das Ent- und Verspannen der Gleise im gesamten Bauabschnitt durchgeführt. Ferner mußten U-Bahn-Schwellen imprägniert, Oberbaumaterialien angeschüttet und Hölzer für Schutzwegübergänge sowie Weichenersatzteile (einfache Herzstücke mit I-Stoß) für diverse Weichen verlegt werden. Nach Abschluß der Gleisabsteckung wurden Vermessungsarbeiten durchgeführt.

Im Bauabschnitt XII der U 1, Verlängerung Kagran (Arbeiterstrandbadstraße — Zentrum Kagran), wurde der Ausbau der Station Alte Donau fortgesetzt. Weiters erfolgte die Rückbaggerung der provisorischen Dammschüttung aus der Alten Donau. Der Ausbau der Station Zentrum Kagran einschließlich der Bahnmeisterei wurde fortgeführt. Mit den Straßenbauarbeiten im Bereich des Bahnhofvorplatzes einschließlich der Herstellung des Autobusbahnhofes sowie der Straßenbahnanbindung der Station Zentrum Kagran an die Wagramer Straße wurde begonnen. Die E-Werks-, Wasser-, Fernwärme-, Telephon- und Kanalanschlüsse in den Stationen Alte Donau und Zentrum Kagran konnten hergestellt werden. Der U-Bahn-Gleisbau und die Montage des Schallschutzes im gesamten Bauabschnitt wurden abgeschlossen.

Im Bauabschnitt XIII der U 1, Verlängerung Kagran (Abstell- und Wendeanlage), kam es zum termingerechten Abschluß der Rohbauarbeiten der U-Bahn-Abstellhalle trotz der nachträglich beschlossenen Errichtung einer Straßenbahnabstellhalle unter den U-Bahn-Tragwerken 13—15 und der U-Bahn-Abstellhalle. Mit den Ausbauarbeiten, wie Fassaden-, Maler-, Gewichtsschlosserarbeiten, wurde begonnen. Ein Hydraulikaufzug wurde montiert. Der Gleisbau auf dem Tragwerk 15 und der Halle, ausgenommen die Stromschienenmontage, konnte fertiggestellt werden.

Für die Linien U 3 und U 6 wurden die Probebohrungen und Hauszustandsfeststellungen im gesamten Bereich der zukünftigen Linien weitergeführt. Mit der Ausschreibungsplanung für einige Bauabschnitte konnte begonnen werden.

Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten

Wie bereits im Jahre 1980 darauf hingewiesen wurde, konnte die Neuorganisation der Abteilung über die Einführungsphase hinaus in die funktionelle Realisation umgesetzt werden. Im Jahre 1981 sind vor allem die Installierung der EDV in der Landesfahrzeugprüfstelle durch die Stabstelle und deren praktischer Einsatz mit den dortigen Mitarbeitern hervorzuheben. Andere Teilbereiche der Abteilung werden 1982 EDV-unterstützt besser und rascher arbeiten können. Der weitere Einsatz moderner Arbeitsmethoden und die organisatorischen Feinstrukturänderungen sollen eine Leistungssteigerung bringen.

Die innerhalb der Abteilung installierte Informationsstelle, der auch die Dienstaufsicht über die Permanenzstelle obliegt, ist als Zentralstelle dieser Abteilung für die Terminüberwachung und Endredaktion von Vorlageakten und Anfragen zuständig. Der Informationsstelle obliegen die zentrale und daher koordinierte Redaktion von Vorlageberichten bei gleichzeitiger Terminüberwachung der Berichte sowie die umfassende Bearbeitung von Anfragen und Hinweisen mit allfällig erforderlicher Weiterleitung an die zuständigen Sachbearbeiter innerhalb der Abteilung.

Im Jahre 1981 wurden von der Informationsstelle 853 Vorlageberichte entweder auf Grund der Ergebnisse der in solchen Fällen zumeist notwendigen Ermittlungsverfahren oder auf Grund von Erhebungen ausgearbeitet und der jeweils anfordernden Dienststelle übermittelt. Weiters wurden aus 207 Bezirksjournalen der Bezirke 1 bis 23 sowie aus rund 1.700 Tageszeitungen etwa 2.000 Artikel, die das Arbeitsgebiet der Abteilung betrafen, entnommen und den jeweils damit befaßten Sachbearbeiter mit der Information über die weitere Vorgangsweise zur Kenntnis gebracht. Bei verkehrsbehördlich aufklärungsbedürftigen Fällen wurden die erforderlichen Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zu einer Vielzahl verkehrstechnischer Anfragen aus Bevölkerungskreisen wurden jeweils die entsprechenden Auskünfte mündlich oder schriftlich erteilt.

Der innerhalb der Abteilung installierten Verkehrspermanenzstelle obliegt es, einen Dienstbetrieb mit jeweils drei Bediensteten der Gruppe 2 — Straßenverkehrsbehörde von Montag bis Freitag werktags in der Zeit von 7 bis 18 Uhr im Amtsgebäude in 12, Niederhofstraße 23, aufrechtzuerhalten. Dieser Verkehrspermanenzdienst umfaßt von der Gruppe 2 konzipierte Aufgabengebiete, wie die Erledigung von Anträgen betreffend Aufgrabungen im Straßenbereich sowie Verkehrszeichen-Aufstellungen (maßgeblich kurzfristige Halteverbotszonen), die eine Abwicklung im kurzen Wege zulassen und soweit dies aus Termingründen erforderlich ist. Insgesamt 1.624 diesbezügliche Bescheide wurden ausgestellt. Die Verkehrspermanenzstelle ist weiters befaßt mit der Entgegennahme von Gebrechensmeldungen sowie der Veranlassung der erforderlichen Maßnahmen im Straßenbereich, ferner mit der Entgegennahme von Terminen, betreffend den Baubeginn und das Bauende von Arbeiten auf oder neben der Straße. Sie hat weiters Unterlagen der Polizei über vorläufige Fahrtunterbrechungen bei Fahrzeugen, die gefährliche Güter transportieren, für die Gruppe 4 sowie Meldungen der Polizei über schwere Unfälle im Raume Wiens für die Stabstelle, Referat für Verkehrssicherheit, entgegenzunehmen, ebenso

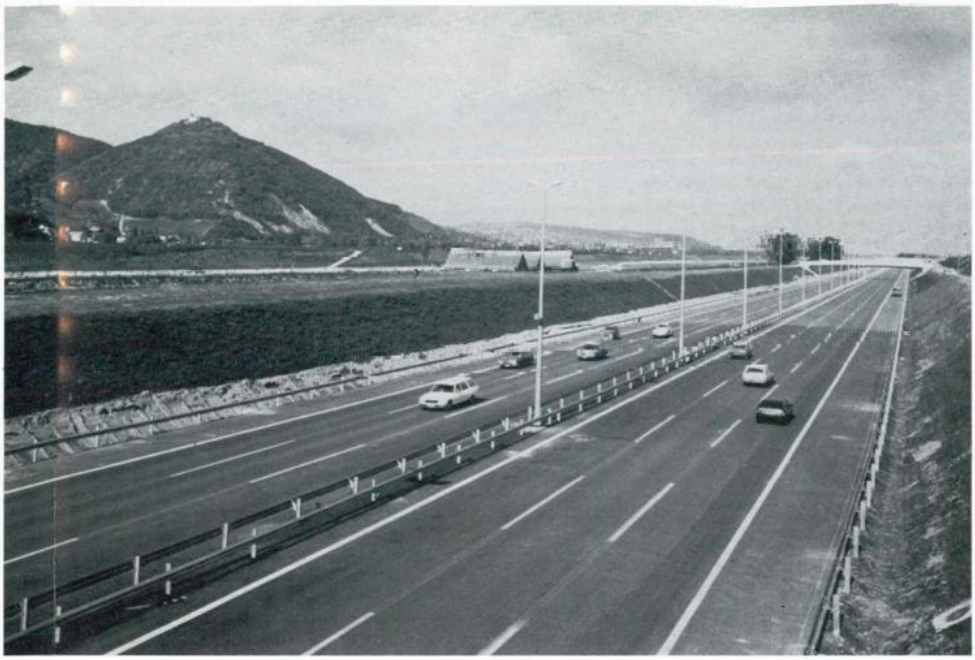


Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, Bürgermeister Leopold Gratz und Amtsführender Stadtrat Heinz Nittel † (Straße, Verkehr und Energie) bei der Eröffnung des neuen U-Bahn-Abschnittes Nestroyplatz – Praterstern

U-Bahn-Bau

Das letzte Teilstück der U-Bahn-Linie U 4 von Hietzing bis zur Endstation in Hütteldorf konnte in Betrieb genommen werden.





Das erste 10,5 Kilometer lange Teilstück der Donauuferautobahn konnte seiner Bestimmung übergeben werden

Straßenbau
Brückenbau

Zusammenschluß der Brigittenauer Brücke über dem Donaustrom



wie Meldungen über die Beschädigung von Verkehrsleiteinrichtungen. Ferner werden Auskünfte jeglicher Art, soweit diese den Geschäftsbereich der Abteilung betreffen, erteilt, weiters alle in nächster Zeit geplanten und der Abteilung bekannten Baustellen zur Koordinierung der Auswirkungen auf das Verkehrsgeschehen sowie alle gemäß § 90 der Straßenverkehrsordnung (StVO) bewilligten Baustellen mit wesentlicher Verkehrsauswirkung im Raume von Wien planlich erfaßt. Schließlich wird eine Ablage zur Erfassung aller Verkehrsbehinderungen im Raume Wien geführt. Darin werden alle von der Abteilung gemäß § 90 StVO bewilligten Baustellen, alle von der MA 35 — G bewilligten Baustellen und alle von den Dienststellen mittels „Rosa Formular" durchgeführten Bauarbeiten bezirksweise und alphabetisch nach Straßennamen eingereiht. Außerdem obliegt der Verkehrspermanenzstelle die Betreuung des Telekopierers der Abteilung, die Verständigung der mit Metropagern ausgerüsteten Bediensteten der Abteilung im Bedarfsfalle sowie die direkte Kommunikationsmöglichkeit der MD-Verwaltungsrevision (Sofortmaßnahmen) über Funk.

Die Tätigkeit des Referates für Verkehrssicherheit war im Jahre 1981 besonders auf die standortbezogene, das heißt lokale, wie auch auf die normative Verkehrssicherheitsarbeit ausgerichtet. Innerhalb der Abteilung konnte eine weitere Konsolidierung der verwaltungsorganisatorisch integrativen Arbeitsabläufe in Fragen Verkehrssicherheit erreicht werden, so daß seitens des Referates viele Initiativen in enger Abstimmung mit den einzelnen Gruppen gesetzt werden konnten.

Die standortbezogene Verkehrssicherheitsarbeit umfaßte größtenteils die direkte Unfall- und Gefahrenstellensanierung, welche unmittelbar vom Referat in die Wege geleitet wurde, sowie die integrative Verkehrssicherheitsarbeit der Verkehrsbehörde, wobei in wichtigen Fragen die Rückkoppelung der Tätigkeit der Gruppe 1 und Gruppe 2 mit dem Referat für Verkehrssicherheit erfolgte. Durch diese fachliche Rückkoppelung mit den Daten des Unfallgeschehens in Form von Kollisionsdiagrammen über einen bestimmten Zeitraum, von Aussagen über Unfalltypen, Häufigkeitsangaben über ganz bestimmte Entwicklungstendenzen des Verkehrssicherheitsgeschehens und Aussagen über sicherheitstechnische spezifische Erfahrungen kann der gesetzlichen Verpflichtung aus § 96 Absatz 1 StVO ungleich besser entsprochen werden als früher.

Im Zuge der normativen Verkehrssicherheitsarbeit durch Erstellung von Richtlinien, Arbeitskreisen, Schulungen und sonstige Weiterbildung ist es gelungen, 1981 einige wichtige fachliche Themenbereiche abzuschließen bzw. die verkehrstechnischen Referenten der gesamten Abteilung direkt über wichtige Zielvorstellungen der Verkehrssicherheit zu informieren. So konnte innerhalb der Stadtverwaltung die Richtlinie „Verkehrstechnische Einplanung von Radwegen" abgeschlossen werden, mit neuen Maßnahmen für die Hebung der Verkehrssicherheit bei Lichtsignalanlagen wurde begonnen. Über einige Themenbereiche, wie Baustellenabsicherungen, Halteverbote und Ladezonen, wird derzeit noch diskutiert.

Ferner ist es auch erstmals gelungen, für Wien die Verkehrssicherheitsmaßnahmen zu quantifizieren und über den Erfolg eine Dokumentation zu erstellen. Die Auswertungen von Vorher-, Nachheruntersuchungen an Stellen, an denen das Referat gezielte Maßnahmen gesetzt hat, bestätigen die Richtigkeit der Forderungen der Verkehrssicherheit. So konnte nachgewiesen werden, daß an sanierten Unfallstellen pro Jahr 350 Personenschadenunfälle mit 500 Verletzten verhindert werden konnten, wodurch ein volkswirtschaftlicher Schaden von mindestens 40 Millionen Schilling pro Jahre eingespart wurde. Als weiterer Erfolg der Bemühungen des Referates kann der Beschluß der EDV-Kommission zur Einführung der EDV für den Bereich Verkehrssicherheit gewertet werden, wodurch eine weitere Qualifizierung und bessere Quantifizierung möglich sein werden.

Die Tätigkeit der Gruppe 1 — **Verkehrsorganisation und Planung** erstreckt sich auf die Erarbeitung regionaler Verkehrskonzepte und -organisationen (Referat 1) sowie auf die Ausarbeitung von Plänen für Einrichtungen zur Regelung und Sicherung des Straßenverkehrs (Referat 2) im Rahmen der vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzeption.

Das Referat Verkehrsorganisation erarbeitet Verkehrskonzepte für Bezirke und Bezirksteile aus unter Berücksichtigung des bestehenden Straßennetzes und den Zielsetzungen der vom Gemeinderat beschlossenen Verkehrskonzeption für Wien. Weiters legt es Neuplanungen hinsichtlich der Linienführung des Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs vor und wirkt bei der Festlegung neuer städtischer Autobuslinien bzw. bei der Änderung bestehender Linienführungen mit. Ferner überarbeitet das Referat das Straßennetz unter Berücksichtigung geänderter Verkehrsgegebenheiten nach Freigabe einzelner U-Bahn-Teilabschnitte oder nach der Inbetriebnahme neuer U-Bahn-Linien, bearbeitet das „bevorzugte Straßennetz" und hält es evident. Es wirkt mit bei der Planung von Fußgängerzonen bzw. von verkehrsberuhigten Bereichen und führt im Arbeitskreis „Wohnstraßen" die Planung und Realisierung provisorischer und definitiver Wohnstraßen in sämtlichen Wiener Bezirken durch. Weiters hat es mitzuwirken bei der Erstellung und Realisierung des Radwegekonzeptes, in verkehrstechnischen Belangen in sämtlichen Wiener Stadterneuerungsgebieten, bei Planungen bezüglich Neuorganisation des ruhenden Verkehrs sowie bei der Erstellung von Bezirksverkehrskonzepten der Stadtplanung. Weiters mußten 268 Gutachten zu Gerichtsanfragen und Stellungnahmen der Verkehrsbehörde bei Verwaltungsstrafsachen erstellt werden, 48 Begutachtungen von Entwürfen zum Flächenwidmungs- und Bebauungsplan wurden durchgeführt; ferner waren Gutachten zur Verkehrsaufschließung bei Großbauvorhaben und Industrieansiedlungen sowie verkehrstechnische Begutachtungen von Garagenprojekten zu verfassen. Das Refe-

rat ist schließlich die Geschäftsstelle des Beirates für Verkehr. Es hat die Koordination und Redaktion bezüglich der Vorschläge der Verkehrsbehörde zur Novellierung der StVO über und arbeitet in diversen Arbeitskreisen, wie dem für Ladezonen und dem für Radwege, mit.

Im einzelnen wurde die Verkehrsorganisation des innerstädtischen Busverkehrs hinsichtlich Dauerabstellplätze sowie Ein- und Aussteigstellen neu geregelt, die schleifenförmige Verkehrsführung im Bereich des Innenringes sowie im Bereich des Petersplatzes und die Fußgängerzone Judengasse—Seitenstettengasse realisiert. Neu gestaltet wurden die Verkehrsführung im Textilviertel und der ruhende Verkehr im Bereich Am Heumarkt—Lothringerstraße, geplant die Verkehrsordnung im Bereich des Hotelneubaus „Gartenbau" und der ruhende Verkehr am Josefsplatz. Im 2. Bezirk war die Verkehrsführung im Bereich Elderschplatz neu zu organisieren und die Verkehrsordnung für die Praterstraße, den Mexikoplatz und das Czerninviertel neu zu planen sowie die Verkehrsführung und -ordnung im Stuwerviertel zu revidieren. Im 3. Bezirk wurden die Verkehrsberuhigung für den Kolonitzplatz sowie flankierende Maßnahmen zur Linienführung der U 3 und der verkehrsfreie Bereich Weyrgasse geplant. Bezüglich Verkehrsberuhigung Hofmannsthalgasse wurde eine Untersuchung durchgeführt. Im 4. Bezirk wurden der verkehrsfreie Bereich um den St.-Elisabeth-Platz und die Planung für die Verkehrsberuhigung Mozartplatz, im 5. Bezirk die Planung für den Bereich Gürtel Süd und im 6. Bezirk weitere Maßnahmen im Stadterneuerungsgebiet Gumpendorf organisiert. Im 7. Bezirk waren es die Verkehrsberuhigung im Bereich der Altlerchenfelder Kirche sowie weitere Maßnahmen im Stadterneuerungsgebiet Spittelberg, im 8. Bezirk verkehrsberuhigende Maßnahmen im Bereich Hamerlingsplatz, im 9. Bezirk die Verkehrsorganisation im Stadterneuerungsgebiet Himmelpfortgrund sowie weitere Planungen zur Umorganisation des Verkehrs im Bereich Lichtental. Eine neue Verkehrsorganisation wurde im Bereich Raxstraße — Triester Straße — Quellenstraße — Laxenburger Straße (Bereich Gußriegelstraße) im 10. Bezirk geplant, ebenso wie eine neue Verkehrsführung im Bereich der Per-Albin-Hansson-Siedlung Ost. Im Bereich der Eschenallee wurde der Verkehr umorganisiert, im Bereich der Per-Albin-Hansson-Siedlung West—Wienerfeldsiedlung Ost sowie des Columbusplatzes—Südtiroler Platzes eine neue Verkehrsführung realisiert. Im 12. Bezirk mußte die Verkehrsführung im Stadterneuerungsgebiet Wilhelmsdorf neu gestaltet und die Fußgängerzone Dörfelstraße sowie Canalettogasse geplant werden. Weiters waren Maßnahmen für die neue Linienführung des städtischen Busses 7 A sowie für die Planung hinsichtlich des Bereiches Gürtel Süd zu treffen. In weiteren Teilbereichen des 15. Bezirkes wurde die Umorganisation des Verkehrs geplant. Diverse Maßnahmen wurden getroffen für das Stadterneuerungsgebiet Storchengrund und für die Fußgängerzone Reichsapfelgasse. Im 16. Bezirk wurden weitere Verkehrsmaßnahmen für das Stadterneuerungsgebiet Ottakring geplant, im 17. Bezirk für die Fußgängerzone Dr.-Josef-Resch-Platz durchgeführt. Auf den 17. und 18. Bezirk erstreckte sich die Verkehrsführung in der Martinstraße zwischen Hernalser Hauptstraße und Währinger Straße. Im 18. Bezirk wurde die Verkehrsorganisation für die Fußgängerzone Kutschkergasse, im 20. Bezirk die Planung für den verkehrsfreien Bereich Leipziger Platz durchgeführt. In weiteren Bereichen der Großfeldsiedlung mußte der Verkehr umorganisiert und die Planung für eine neue Verkehrsführung im Bereich der Schwarzen Lackenau vorgenommen werden.

Das Referat Planung hatte auf dem Gebiet der generellen Projektierung und Festlegung von Verkehrslichtsignalanlagen einschließlich der dafür notwendigen Verkehrserhebungen 55 Fälle, auf dem der verkehrstechnischen Begutachtung von Projekten des Straßen-, Gleis- und Brückenbaues, einschließlich der Ausarbeitung von Vorschlägen für Bauabänderungspläne zur Verbesserung der Verkehrssicherheit, Verkehrsführung oder der Ordnung des ruhenden Verkehrs, 180 Fälle zu behandeln; in bezug auf die Ausarbeitung von Projekten für Wegweiser, Verkehrszeichen und Bodenmarkierungen auf Bundesstraßen A und S sowie auf die Durchführung des Ermittlungsverfahrens und die Einreichung zur Genehmigung durch das zuständige Bundesministerium fielen 16 Fälle an. Im Zuge der Mitarbeit an der generellen Projektierung und Festlegung von Langzeitprovisorien bei Verkehrslichtsignalanlagen (gegebenenfalls auch für eine oder mehrere Baustufen), wofür für den Endausbau bereits ein Definitivum festliegt, wurden vier Fälle behandelt. Außerdem waren Amtssachverständige in Angelegenheiten niveaugleicher Eisenbahnkreuzungen beizustellen sowie Aufträge an Zivilingenieure zu vergeben und zu betreuen. Die Detailprojektierung zum Wiener Wegweiserkonzept wurde 1981 für rund die Hälfte des hochrangigen Straßennetzes abgeschlossen, die Arbeiten werden 1982 fortgesetzt.

Die Gruppe 2 — **Straßenverkehrsbehörde** befaßte sich in 2.698 Fällen entsprechend der Geschäftseinteilung mit der Verordnung und Festlegung definitiver Verkehrsmaßnahmen sowie der periodischen Überprüfung der bestehenden Verkehrsmaßnahmen. Als Urheber für diese Behördentätigkeit traten die Bezirksvorstehungen, die Magistratsdirektion-Verwaltungsrevision, der Bürgerdienst, die Bundespolizeidirektion-Verkehrsamt und private Stellen in Erscheinung. Zu den von außen an die Behörde herangetragenen Anträgen kamen die als amtlicher Anlaß bezeichneten Fälle, die von der Abteilung selbst aufgegriffen und erledigt wurden. Den Hauptanteil an diesen Fällen betrafen Anpassungen von bereits länger bestehenden Verkehrsmaßnahmen an die heutigen Erfordernisse sowie Verbesserungen der Sicherheitsverhältnisse, der Parkraumsituation und der Lebensqualität. Dazu kamen Fälle bezüglich Anpassung bestehender Ladezonen an geänderte Betriebsbedingungen, neue Ladezonen, Kurzparkzonen und begleitende Maßnahmen zum Beschleunigungsprogramm der öffentlichen Verkehrsmittel.

Hinsichtlich der Bewilligung von Arbeiten auf oder neben der Straße und der Festlegung der dafür erforderlichen Verkehrsmaßnahmen wurden 8.148 Fälle bearbeitet. Gegenüber 1980 konnte eine Zunahme um 1.143 Fälle oder 16,3 Prozent registriert werden. Als Antragsteller erschienen hauptsächlich die MA 28, 29, 30, 31, 33 und 42, die Wiener Stadtwerke sowie das Kabelbauamt, die Heizwerke, das Telekabel und private Stellen auf.

Im Jahre 1981 wurden unter anderem folgende Großbaustellen, die oft nur als ein Fall aufscheinen, betreut: So wurde der Ausbau der Erzherzog-Karl-Straße, der im Zuge der Aufschließung von Aspern vorgenommen wurde, betreut; weiters der Ausbau der Donaufelder Straße (B 3), die Brückenumbauten im Zusammenhang mit dem Ausbau der Vorortelinie, die Sanierung der Praterbrücke und der Donaustadtstraße, der Neubau der Brigittenauer Brücke, der Ausbau der Landesgerichtsstraße—Universitätsstraße sowie der der Eichenstraße zwischen Längenfeldgasse und Steinackergasse, die Belagsarbeiten am Hietzinger Kai und der Schienenersatzverkehr für die U 4 von Hietzing bis Hütteldorf; schließlich die Verlängerung der B 14 zur S 2—B 10, die Sanierung der Friedensbrücke, die Fertigstellungsarbeiten im Bereich Franz-Josefs-Kai — Julius-Raab-Platz, die Sanierung der inneren Mariahilfer Straße, Maßnahmen für die Freigabe der A 22 sowie großflächige Gasrohrsanierungen im gesamten Wiener Raum.

Darüber hinaus waren Ausnahmegenehmigungen von bestehenden definitiven Verkehrsmaßnahmen sowie von der winterlichen Gehsteigbestreuungspflicht zu erteilen, Anfragen der Gerichte und der Verwaltungsbehörden zu beantworten und Verkehrsgutachten bei Verhandlungen der MA 35 — G, 59, 64 und 70 abzugeben. Weiters wurde die Verkehrspermanenzstelle während des gesamten Jahres werktags zwischen 7 und 18 Uhr von drei Angehörigen der Gruppe betreut. Die Anzahl der in der Verkehrspermanenzstelle erledigten Fälle betrug 1.624, die Zahl der übrigen Fälle belief sich auf rund 1.300. In dieser Zahl sind die besuchten Verhandlungen der MA 35 — G und die bearbeiteten Fälle in der Permanenzstelle nicht enthalten.

Die Tätigkeit der Gruppe 3 — **Errichtung, Betrieb und Erhaltung von Verkehrseinrichtungen** umfaßt alle für die Vergebung von Leistungen notwendigen Verwaltungsarbeiten, wie die Aufstellung und Ausführung der Voranschläge, die Ausschreibung und Einholung von Angeboten, die Bauüberwachung, Kollaudierung, Rechnungsprüfung, die Führung der Sach- und Referatskredite, die Abrechnung sowie die Karteiführung und Lagerhaltung. Im einzelnen betrugen die von der Abteilung verwalteten Budgetmittel 57,200.000 S für Betrieb und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Gemeindestraßen, 94,158.000 S für Errichtung von Verkehrsanlagen auf Gemeindestraßen, 47,739.000 S für Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen B und S, 18,779.000 S für Errichtung und Erhaltung von Verkehrsanlagen auf Bundesstraßen A und 5,931.000 S für Umbauten und Umleitungen im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau.

Das Referat „Detailplanung und Errichtung von Verkehrslichtsignalanlagen" (VLSA) war mit der Neuerrichtung und Fertigstellung von 22 automatischen, zum Großteil koordinierten Anlagen unter besonderer Berücksichtigung des Verkehrskonzeptes Wien (zentrale Regelung, Straßenbahnbeschleunigung, eigene Fußgängersignale, teilverkehrsabhängige Regelung usw.) befaßt. 37 Projekte mit mehrjähriger Bauzeit, meist im Zusammenhang mit der MA 28, wurden begonnen, Vorarbeiten für spätere VLSA an 20 Örtlichkeiten geleistet sowie 242 Verkehrslichtsignalanlagen wesentlich umgebaut oder entsprechend der geänderten Verkehrslage umprogrammiert. 40 größtenteils komplizierte provisorische Verkehrslichtsignalanlagen wurden im Zusammenhang mit §-90-Maßnahmen projektiert, kommissioniert, in Betrieb genommen und laufend den geänderten Umleitungsverhältnissen angepaßt. Weiters war das standardisierte Leistungsverzeichnis für VLSA-Arbeiten fertigzustellen und die Ausschreibung von 324 VLSA-Arbeiten sowie Anbotsdurchrechnungen bei öffentlichen Ausschreibungen mittels EDV vorzunehmen. Von der Detailprojektierung wurden 324 VLSA-Projekte für Neu- bzw. Umbauten durchgeführt, im Detailzeichenbüro 400 Neuanfertigungen von Transparentoriginalen im Zusammenhang mit der VLSA-Detailprojektierung sowie 155 Planänderungen, vorwiegend Bodenmarkierungs- und Phasenverteilungspläne, ausgearbeitet. Die Mikroverfilmung von FBM-Plänen, Einbautenplänen usw. sowie die Beschriftung in 6facher Ausfertigung und die Eintragung im Übersichtsplan M 1 : 12.500 wurden weitergeführt. Ferner war das Referat mit der Lehrlingsausbildung zweier Lehrlinge beschäftigt. Der Arbeitskreis über die Erweiterung der Verkehrsleitzentrale in der Roßauer Kaserne wurde beendet, die Ausschreibungsgrundlagen konnten fertiggestellt werden.

Im Referat „Betrieb und Erhaltung von Verkehrslichtsignalanlagen und Verkehrsleitzentrale" waren mehr als 600 gerichtliche Anfragen im Straf- und Zivilverfahren zu beantworten, ferner entsprechende Planunterlagen im Zusammenhang mit Verkehrsunfällen im Bereich von Verkehrslichtsignalanlagen beizustellen, außerdem etwa 60 Anfragen zu beantworten und mehr als 80 Gutachten in Verwaltungsstrafverfahren zu erstellen. An den in Betrieb stehenden 776 Verkehrslichtsignalanlagen und 102 Blinkanlagen wurden die Durchführung der erforderlichen Erhaltungsarbeiten, die Wartung der Steuergeräte, die Instandsetzungsarbeiten von Schäden sowie der ordnungsgemäße Betrieb ständig überwacht und überprüft. Durch konzentrierte Überwachung wie durch exakte Wartung der Steuergeräte ist eine deutliche Abnahme der Störhäufigkeit von Verkehrslichtsignalanlagen und damit eine Hebung der Verkehrssicherheit erreicht worden.

Besonders zu erwähnen sind eine turnusmäßige zweimalige Wartung der Schaltgeräte, eine turnusmäßige

zweimalige Reinigung der Signalgeber mit generellem zweimaligem Lampentausch sowie die dafür erforderliche Lampenbeistellung, die Behebung von etwa 1.020 Störungen an den Steuergeräten und die damit verbundene anschließende Prüfung dieser Anlagen; weiters die Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten an den in Betrieb stehenden 32 Fernsehbeobachtungsstellen sowie an allen Einrichtungen der Verkehrsleitzentrale und der Datenverarbeitungsanlage. Dazu kamen die laufenden verkehrstechnischen Funktionskontrollen an den in Betrieb stehenden genannten Einrichtungen sowie die Überprüfung des Erhaltungszustandes gemeinsam mit den Wiener Stadtwerken — Elektrizitätswerken, ferner die Überprüfung der aufgetretenen Lampenausfälle, vor allem in den letzten zwei Monaten, der Austausch von neun Steuergeräten, die auf Grund des Alters den technischen und Sicherheitsanforderungen nicht mehr gerecht wurden; schließlich die Behebung von Gewitterschäden an Steuergeräten, wie an Übertragungsleitungen, und damit verbundene Erneuerungen, die Überwachung und technische Prüfung des Einsatzes der zwei in Betrieb stehenden Überwachungsgeräte für Rotlichtüberfahrungen und die Information über den technischen Stand der Geschwindigkeitsmeßgeräte für Fahrzeuge (Radargeräte).

An Einrichtungen zur Leitung und Sicherung des Verkehrs im Zusammenhang mit neuen Verkehrsverordnungen oder Verkehrsmaßnahmen wurden vom Referat „Straßenverkehrszeichen und Wegweiser" 1.836 Straßenverkehrszeichen und 1.248 Eisenständer aufgestellt. Im Bereich der Donauuferautobahn wurden 10 Überkopfwegweiserbrücken und 16 Überkopfwegweiser, 10 Vorwegweiser, 39 beleuchtete Verkehrszeichen, 1 Verkehrsleuchtsäule, 3 beleuchtete Wegweiser (2.200 mm) sowie 26 beleuchtete Wegweiser (2.920 mm) errichtet, am Praterstern die vorhandenen Signalbrücken mit 15 Großtafeln bestückt. Im Zuge der Erhaltungsarbeiten, wie z. B. nach Unfällen, nach Beschädigungen und bei Schäden infolge Alterung, mußten 3.028 Straßenverkehrszeichen, 1.816 Zusatztafeln, 1.676 Eisenständer und 185 Kettenständer erneuert werden. Im Jahre 1981 waren insgesamt 58.394 Verkehrszeichen in Email- und Scotchliteausführung, 2.069 beleuchtete Verkehrszeichen und 532 Verkehrsleuchtsäulen zu erhalten und zu betreuen. 60 beleuchtete Verkehrszeichen und 36 Verkehrsleuchtsäulen wurden neu aufgestellt, 44 beleuchtete Verkehrszeichen und 19 Verkehrsleuchtsäulen entfernt. Für die vorübergehenden Verkehrsmaßnahmen des Friedhofverkehrs zu Allerheiligen mußten außerdem 220 transportable Straßenverkehrszeichen mit Eisenständern aufgestellt werden.

Auf Straßen, die von der Gemeinde Wien erhalten werden, wurden vom Referat „Bodenmarkierungen" für die neu festgelegten Maßnahmen und zur Erhaltung der bestehenden Markierungen 85.370 m Strichmarkierungen für Leit-, Sperr-, Rand- und Begrenzungslinien angebracht. 30.173 m² Flächenmarkierungen bezogen sich auf Schutzwege, Sperrflächen, Haltelinien, Richtungspfeile und sonstige Markierungen. Auf den Bundesstraßen B und S im Bereich des Landes Wien wurden 179.625 m Strich- und 8.533 m² Flächenmarkierungen, auf den Autobahnen (Bundesstraßen A) 151.013 m Strichmarkierungen und 2.343 m² Flächenmarkierungen für Pfeilsymbole usw. angebracht. Insgesamt erreichte das Ausmaß der Strichmarkierungen 416.008 m und das der Flächenmarkierungen 41.049 m², davon waren 181.328 m und 13.530 m² Kurzzeitmarkierungen.

Die Gruppe 4 — **Sondertransporte und Kfz-Werkstätten** befaßte sich mit Gutachten in Bau-, Gewerbe-, Luftfahrt-, kraftfahrrechtlichen und straßenpolizeilichen Angelegenheiten; ist ferner die Geschäftsstelle für die Lenkerprüfung und die Lehrbefähigungsprüfung für Fahrschullehrer und Fahrlehrer und hat außerdem über Sondertransporte zu entscheiden.

Da die Gruppenleitung strikt dieselben Sprechstunden wie die Baupolizei einhält, hat es sich eingebürgert, daß zahlreiche (etwa 500 im Jahr) Planverfasser ihr Projekt noch vor Einreichung vorlegen, um es vom Verkehrsstandpunkt begutachten zu lassen. Wenn die Voraussetzungen gegeben sind, wird die Vidende erteilt und evident gehalten, so daß sich dann die Entsendung eines Sachverständigen zur Verhandlung erübrigt.

Zur Sprechstunde werden auch alle jene Führerscheinaspiranten bzw. Führerscheininhaber geladen, bei denen eine Beobachtungsfahrt vor Abgabe eines Sachverständigengutachtens notwendig ist. In besonders schwierig gelagerten Fällen wird die Beobachtungsfahrt gemeinsam mit dem Chefarzt der Bundespolizeidirektion Wien absolviert. Bei der Begutachtung von körperbehinderten Kfz-Lenkern werden fast nur Gutachten zum Erlangen eines „bedingten" Führerscheins verfaßt, was für den Führerscheininhaber den Vorteil hat, daß er mit allen Fahrzeugen fahren darf, die der in seinem Führerschein eingetragenen Bedingung entsprechen. Bei einem Fahrzeugwechsel muß er sein neues Fahrzeug nicht mehr vorführen, es muß lediglich der Bedingung im Führerschein entsprechen. Abgesehen von der Erleichterung für den Führerscheininhaber bringt dieses Vorgehen auch eine große Verwaltungsvereinfachung mit sich. Um den gehbehinderten Kfz-Lenkern das Aufsuchen des Amtshauses zu erleichtern, wurde aus Anlaß des „Jahres der Behinderten" vor dem Amtshaus eine Behindertenzone verordnet und kundgemacht. Leider wird sie fast ständig mißachtet, so daß oft Fahrzeuge von Lenkern abgestellt werden, die nicht gehbehindert sind.

Als Geschäftsstelle für die Lenkerprüfung sowie die Lehrbefähigungsprüfung für Fahrschullehrer und Fahrlehrer hat die Gruppe 4 die technischen Sachverständigen bereitzustellen sowie deren tägliche Nominierung durchzuführen, während für die juridischen Sachverständigen das Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion Wien verantwortlich ist. Durch diese Zweiteilung ist die gesetzlich geforderte Geheimhaltung der personellen Zusammensetzung der Prüfungskommission besonders gut gewährleistet.

Im Frühjahr fand eine Besprechung zwischen den technischen Omnibuslenkerprüfern und den Omnibuslenkerausbildern statt, bei der festgelegt wurde, daß vor Beginn der Prüfungsfahrt am Fahrzeug Fragen gestellt werden sollen.

Im Jahre 1981 wurden vom Referat „Sondertransporte" insgesamt 440 Fälle in §-42-Angelegenheiten, das sind Ausnahmen vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot, bearbeitet. Gegenüber dem Jahre 1980 ergab sich somit eine Zunahme von mehr als 10 Prozent. Da etwa die Hälfte der Fälle auch andere Länder betrafen, waren umfangreiche Ermittlungen, die aus Termingründen überwiegend fernschriftlich abgewickelt werden mußten, notwendig.

Bei den Routengenehmigungen, die Sondertransporte und die eingeschränkten Zulassungen von selbstfahrenden Arbeitsmaschinen, wie unter anderem Autokräne, Straßenbaumaschinen, landwirtschaftliche Maschinen sowie die Verwendung von nicht zum Verkehr zugelassenen Anhängern umfassen, nahm die Zahl der Fälle auf 1.743 zu. Einen besonderen Anteil an dieser Zunahme hatten die Großbaustellen im Raume Wiens. So wurde z. B. die Brigittenauer Brücke nur mit vorgefertigten Teilen (Länge eines Teiles rund 16 m, Breite bis 5,6 m, Höhe bis 3,9 m und Gewicht bis 35 t) errichtet. Die Transporte dieser Teile, die in drei Wochen erzeugt wurden, waren alle an Routengenehmigungen gebunden. Neben den notwendigen Routenerhebungen mit Ermittlungsverfahren über die Tragfähigkeit von Straßen (Fahrbahndecken und -einbauten) und Brücken mußten auch für bestimmte Fälle begleitende Bescheide auf der StVO-Ebene, wie Ausnahmen von Geschwindigkeitsbeschränkungen oder Verordnungen für Halteverbotszonen zur Freihaltung schmaler Straßen oder enger Kurven vom ruhenden Verkehr, erlassen werden. Bei Transporten, die sich über den Wiener Bereich erstreckten, mußten laufend Kontakte mit dem Land Niederösterreich wegen der Koordinierung der Übernahmestellen gepflogen werden.

Über Antrag der Österreichischen Bundesbahnen wurde für insgesamt fünf gefährliche Güter, die in Kesselwaggons der Bahn gefüllt oder auf Spezialfahrzeugen verladen waren, eine Ausnahme nach § 25 GGSt. erteilt. Für die Erteilung waren umfangreiche Ermittlungen, die unter anderem Probefahrten und Verkehrszählungen umfaßten, notwendig.

Für das Referat „Kraftfahrzeugangelegenheiten" ist das Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (GGSt.) von besonderer Bedeutung. Ein Teil der Vollziehung des 1980 in Kraft getretenen GGSt. liegt beim Landeshauptmann, in Wien auf Grund der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien bei der Abteilung. Die MA 46 — Gruppe 4 konnte nach einem intensiven Ermittlungsverfahren über Ermächtigung des Bundesministeriums für Verkehr eine Bauartmustergenehmigung (Typengenehmigung) über glasfaserverstärkte Kunststofftanks zur Beförderung von Säuren, Laugen und chemisch aggressiven Flüssigkeiten ausstellen. Im Zusammenhang mit der Überwachung von Transporten, die unter das GGSt. fallen, wurden dem Landeshauptmann im Jahre 1981 11 Fälle, die vorläufige Untersagung des Transportes betreffend, vorgelegt. In diesen Fällen war zu entscheiden, ob bzw. unter welchen Auflagen und Bedingungen die Fahrt fortgesetzt werden kann.

Bei der Revision von Werkstätten, die zur Durchführung der wiederkehrenden Begutachtung gemäß § 57 a KFG und der wiederkehrenden Überprüfung gemäß § 57 Abs. 4 KFG ermächtigt sind, ist festzustellen, ob die für die ursprüngliche Ermächtigung notwendigen rechtlichen und technischen Voraussetzungen noch gegeben sind. Die Revisionen, die von zwei gemäß § 125 KFG bestellten Sachverständigen entsprechend den von der Magistratsdirektion genehmigten Richtlinien durchgeführt werden, sollen dazu führen, daß vorhandene Mängel bei der Begutachtungstätigkeit beseitigt werden und daß die gesetzlichen Vorschriften, die zur Durchführung dieser Begutachtungs- bzw. Überprüfungstätigkeit erlassen worden sind, von den mit dieser Tätigkeit betrauten Personen eingehalten werden. Eine weitere Zielsetzung ist die korrekte und einwandfreie Durchführung der Begutachtung bzw. Überprüfung, um einen möglichst hochstehenden technischen Standard der einzelnen Fahrzeuge zu erreichen und somit einen wesentlichen Beitrag zur allgemeinen Verkehrssicherheit zu leisten.

Die Notwendigkeit von Revisionen bei den ermächtigten Vereinen und Gewerbetreibenden besteht insofern zu Recht, als hiedurch vorliegende Mängel umgehend beseitigt bzw. bei schwerwiegenden Vorfällen die Ermächtigungen widerrufen werden können. Es hat sich weiters gezeigt, daß die meisten Firmen die Revisionen durchaus begrüßen, um selbst einen besseren Überblick über die gesetzlichen Bestimmungen und deren Anwendung bei der Begutachtung bzw. Überprüfung zu bekommen. Einige große Werkstätten haben nach Bekanntwerden des Revisionsergebnisses selbst die Ermächtigung zur Durchführung der wiederkehrenden Begutachtung und Überprüfung zurückgelegt und, um einerseits ihr Personal besser schulen und andererseits eine einwandfreie Durchführung der Begutachtung gewährleisten zu können, eine innerbetriebliche Umstrukturierung (Personalumschichtung) vorgenommen.

Mit Stichtag 31. Dezember 1981 sind 276 Firmen bzw. Vereine gemäß § 57 a KFG und 13 gemäß § 57 Absatz 4 KFG ermächtigt, Begutachtungen bzw. Überprüfungen durchzuführen. Im Jahre 1981 wurden 62 Werkstätten und Vereine neu ermächtigt. Bei 24 Betrieben ist derzeit das Verfahren noch nicht abgeschlossen. 42 Gewerbetreibenden wurde die Ermächtigung versagt oder die Gewerbetreibenden traten vom Ansuchen zurück, da kein qualifiziertes Personal oder die erforderlichen Einrichtungen vorhanden waren. Im Jahre 1981

wurden 96 ermächtigte Gewerbetreibende und Vereine einer Revision unterzogen. Sämtliche Revisionen wurden unangesagt und routinemäßig bzw. auf Grund von Anzeigen der Bundesprüfanstalt für Kraftfahrzeuge und der Bundespolizeidirektion Wien durchgeführt. Auch der Hinweis verschiedener Firmen auf die Vergabe von Begutachtunsplaketten an nicht betriebs- und verkehrssichere Fahrzeuge wurde zum Anlaß genommen, Revisionen durchzuführen. Insgesamt 18 Firmen wurde bisher die Ermächtigung entzogen, da infolge der Vielfalt der bei der Revision festgestellten schwerwiegenden Mängel die Vertrauenswürdigkeit nicht mehr gegeben war. So fehlten unter anderem Begutachtungsplaketten, unbrauchbare Plaketten wurden selbst vernichtet oder es wurden Plaketten an nicht betriebs- und verkehrssichere Fahrzeuge vergeben. Im Jahre 1981 wurde neun Firmen die Ermächtigung widerrufen; weitere sechs Werkstätten haben auf Grund des Revisionsergebnisses die Ermächtigung zur Durchführung der Begutachtung selbst zurückgelegt und damit keinen Widerruf erhalten. Somit verloren 15 der 96 revidierten Firmen die Ermächtigung. Einem Großteil von Betrieben wurde für den Wiederholungsfall die Entziehung der Ermächtigung angedroht, da verschiedene Mängel bei der Begutachtungstätigkeit vorgelegen sind. So ergaben sich Beanstandungen beim Ausfüllen der Gutachten, beim Führen des Verzeichnisses, bei der Lochung der Plaketten (nicht nach Erstzulassung), bei der Aufbewahrung der Begutachtungsplaketten und der Ablieferung der verlochten bzw. unbrauchbaren Plaketten. Weiters kam es zu Beanstandungen bei der Übermittlung der Durchschriften der Gutachten an das statistische Zentralamt und bei der Handhabung bzw. Auslegung des „Mängelkataloges".

Die Durchführung der Revisionen bei ermächtigten Werkstätten und Vereinen soll in einem Rhythmus von 24 bis 36 Monaten, der Nachrevision von hiebei beanstandeten Firmen innerhalb von 8 bis 12 Monaten erfolgen. Die Erreichung dieser Zielsetzung würde die Zahl der jeweiligen Beanstandungen stark reduzieren und zu einer wesentlichen Verbesserung der Begutachtungstätigkeit führen. Es ist geplant, für die Bescheiderstellung, Evidenzhaltung und Revisionshilfe die EDV einzusetzen.

Im Jahre 1981 wurden 73 Ermittlungsverfahren für die Ermächtigung zum Führen von Blaulicht und Folgetonhorn durchgeführt, wobei kein Antrag abgewiesen werden mußte. Für Filmaufnahmen waren 326 bescheidmäßige Bewilligungen zu erteilen. Im Zusammenhang mit Filmaufnahmen wurden 541 kurzfristige Verkehrsmaßnahmen, wie Ladezonen usw., und 65 Ausnahmen gemäß §§ 42 und 45 StVO, wie unter anderem Wochenendfahrverbot und Einfahrt in Fußgängerzonen, bewilligt. Für 403 „dauernd stark gehbehinderte Personen" wurde gemäß § 29 b StVO ein Behindertenausweis ausgeteilt, 169 Ansuchen mußten mangels fehlender gesetzlicher Voraussetzung abgelehnt werden. Für Kinder zwischen dem 10. und 12. Lebensjahr wurden 23 Erlaubnisse für Radfahren ausgestellt. Ein Ansuchen mußte abgewiesen werden. Schließlich wurden 38 sportliche Veranstaltungen auf öffentlichen Verkehrsflächen behandelt, 149 Fahrzeuge auf ihre Eignung als Fahrschulfahrzeuge geprüft.

In der Gruppe 5 — **Landesfahrzeugprüfstelle** wurden insgesamt 18.504 Fälle behandelt. Darunter betrafen 15.963 Einzelgenehmigungen von Kraftfahrzeugen und Anhängern sowie technische Änderungen, und zwar von 8.967 Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen, 3.083 Lastkraftwagen, Spezialkraftwagen, selbstfahrenden Arbeitsmaschinen, Zugmaschinen, Feuerwehrfahrzeugen sowie Gelenkkraftfahrzeugen, weiters von 1.450 Motorrädern, Kleinmotorrädern und Motorfahrrädern, 1.351 Anhängern, 64 Omnibussen, 54 Tankkraftwagen, 34 Tankanhängern, 491 sonstige kraftfahrtechnische Begutachtungsfälle bzw. Bearbeitungsfälle sowie 469 Rückbauten der „Fiskal-Lkw". Bei insgesamt rund 20 Prozent dieser Fälle sind auf Grund von Mängelfeststellungen bei der Erstbegutachtung dieser Fahrzeuge zusätzlich Nachbegutachtungen notwendig geworden.

Als komplizierte Fälle sind zu nennen Personenkraftwagen mit wahlweisem Flüssiggasantrieb, Lastkraftwagen und Anhänger für die Beförderung von flüssigen Gasen und gefährlichen Stoffen, Omnibusse neuester Bauart sowie selbstfahrende Arbeitsmaschinen, wie Autokräne, Bagger, Schaufellader, Saug- und Kehrmaschinen, Müllsammelfahrzeuge und Tieflader. In zahlreichen Fällen waren Ausnahmegenehmigungen nach Ermächtigung durch das Bundesministerium für Verkehr zu erteilen.

Insgesamt 1.619 Gutachten wurden für die wiederkehrende und besondere Überprüfung für die Bundespolizeidirektion Wien-Verkehrsamt als Behörde abgegeben. Darunter waren 967 Erstgutachten sowie 652 Zweitgutachten auf Grund von Mängelfeststellungen bei der Erstbegutachtung. Die Anzahl der Begutachtungen ist im Vergleich zu 1980 um etwa 20 Prozent gestiegen. Bei 67,4 Prozent der Fahrzeuge wurden Mängel festgestellt, so daß Zweitgutachten nötig waren. Weiters sind 786 kraftfahrzeugtechnische Gutachten im Verwaltungsstrafverfahren in Berufungsfällen für die MA 70 erstellt worden. Im Vergleich zu 1980 ist die Gutachtertätigkeit um 37,4 Prozent angestiegen. Außerdem wurden 106 Duplikate (1980: 140) von Einzelgenehmigungen angefertigt, 30 amtliche Motor- und Fahrgestellnummern neu festgelegt und am Fahrzeug bezeichnet. Drei Sachverständige der Kraftfahrzeugtypenprüfung gaben 186 Gutachten für die Typengenehmigungsbehörde, das Bundesministerium für Verkehr, ab. 75 Gutachten wurden mit dem Bundesministerium für Verkehr nach Auslandsprüfungen erstellt. Das ergibt eine Zunahme um 50 Prozent gegenüber 1980. Vier Sachverständige für die Einzelprüfung von Kraftfahrzeugen und Anhängern wurden im Hinblick auf § 125 KFG eingeschult. Ferner wurden 8 Koordinationsbesprechungen für die §-125-KFG-Sachverständigen abgehalten. In der Landesfahrzeugprüfstelle wurden im Jahre 1981 Einnahmen durch Verwaltungsabgaben gemäß der Bundesverwaltungsab-

gabenverordnung 1968 in der Höhe von 3,879.310 S erzielt, durch Bundesstempel Einnahmen von 2,674.000 S erreicht.

Im Sinne einer bürgernahen Verwaltung wurde der Parteienverkehr zusätzlich auf die Zeit am Donnerstag von 15.30 bis 17.30 Uhr erweitert.

Wiener Stadtwerke

Das Wirtschaftsjahr 1981 war vor allem durch wachsende weltwirtschaftliche Schwierigkeiten gekennzeichnet, was auch in der Zahl von 30 Millionen arbeitslosen Menschen in den westlichen Industriestaaten seinen Niederschlag gefunden hat. Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich im Vergleich dazu mit einer wesentlich besseren Beschäftigungslage und relativ niedriger Inflationsrate bei weitem günstiger war, darf nicht übersehen werden, daß auch die österreichische Wirtschaft von Jahr zu Jahr einer stärkeren Beeinflussung durch die globale Entwicklung unterliegt. Dies gilt in besonderem Maße für den Bereich der Energieversorgung.

Die wirtschaftliche Rezession des Jahres 1981 — von Fachleuten tiefgreifender als jene des Jahres 1975 beurteilt — hat es in Zusammenwirken mit einer äußerst milden Witterung sowie dem sich verstärkt abzeichnenden Sparwillen der Bevölkerung mit sich gebracht, daß der Strombedarf um 0,3 Prozent und die Gasabgabe an Tarifabnehmer um 9,8 Prozent hinter den Werten von 1980 zurückgeblieben ist. Bei der Fernwärme, dem dritten leitungsgebundenen Energieträger, war die Tendenz ähnlich. Die Abgabe von Fernwärme aus der Primärenergie sparenden Kraft-Wärme-Kupplung der Elektrizitätswerke hingegen ist mit einem Plus von 33 Prozent allerdings sehr stark gestiegen. Es wäre jedoch verfrüht, aus diesen Ergebnissen des Jahres 1981 voreilig Schlüsse zu ziehen, zumal keineswegs absehbar ist, ob die Neigung zur Sparsamkeit im Umgang mit Energie längerfristig anhalten wird.

Ein Eckpfeiler der Wiener Energiepolitik war auch im Jahre 1981 im Interesse der Versorgungssicherheit eine konsequente Vorsorge- und Vorratspolitik, die allerdings kapitalintensive Maßnahmen erfordert hat. Somit verfügen die Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke und — Gaswerke auch in strengen Wintern sowie bei Schwierigkeiten in der Heizöl- bzw. Erdgasanlieferung über Reserven in einem üblicherweise selten gegebenen Ausmaß. Im Hinblick auf die für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Wien grundlegende Bedeutung einer gesicherten Energieversorgung muß die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Wiener Stadtwerke eine vordringliche Aufgabe bleiben. Aus diesem Grund ist es unumgänglich notwendig, daß sich die Strom- und Gastarife an der jeweiligen, von äußeren Einflüssen abhängigen Kostenentwicklung orientieren. Wie auch in den vergangenen Jahren stand das Jahr 1981 im Zeichen weiterer Verteuerungen der Rohenergie. Obwohl auf dem Rohölmarkt eine gewisse Stabilisierung erkennbar war, hat sich der Bezugspreis für schweres Heizöl während des Jahres 1981 in zwei Abschnitten um rund 20 Prozent gegenüber dem Stand von Ende 1980 erhöht. Der Einstandspreis für Erdgas ist im Laufe des Jahres 1981 ebenfalls in mehreren Etappen insgesamt um rund 42 Prozent gestiegen. Diese unerfreuliche Entwicklung hat die Wiener Stadtwerke dazu gezwungen, ihre Tarife für Strom und Gas ebenfalls anzuheben. Am 1. Jänner 1981 trat eine Strompreiserhöhung um 7,2 Prozent in Kraft. Mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1981 erfolgte eine weitere Anhebung der Strompreise als Sofortmaßnahme zur teilweisen Abdeckung der gestiegenen Brennstoffkosten um einheitlich 7 g je Kilowattstunde. Unberücksichtigt blieb dabei jedoch die Steigerung aller übrigen Kosten, die im Laufe des Jahres 1981 eingetreten ist. Die Elektrizitätswerke mußten deshalb in dieser Situation neuerlich Überlegungen bezüglich der Tarife anstellen und Verhandlungen mit der Preisbehörde einleiten, die schließlich zu einer weiteren Erhöhung der Strompreise per 1. Jänner 1982 um durchschnittlich 13,2 Prozent geführt haben. Die Gaswerke mußten — ebenso wie andere Landesferngasgesellschaften — gleichfalls eine Anhebung, und zwar per 1. Juni 1981 um 6,5 g je Kilowattstunde, vornehmen, was eine Erhöhung des Haushaltstarifes um 14,8 Prozent und des Gewerbe- und Industrietarifes um 15,5 Prozent bedeutet hat. Diese von der Preiskommission des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie genehmigte Erhöhung berücksichtigte jedoch nur die Mehrkosten, die aus den Preissteigerungen beim Erdgasbezug resultierten. Die Steigerung aller übrigen Kosten, wie Personalkosten und vor allem Fremdkapitalzinsen, blieb wie bei der Preiserhöhung vom 1. November 1980 unberücksichtigt.

Im Bereich der Verkehrsbetriebe zeigten sich auch im Jahre 1981 wieder die positiven finanziellen Auswirkungen der mit 19. November 1979 vom Wiener Gemeinderat beschlossenen finanziellen Entlastung dieser Teilunternehmung der Wiener Stadtwerke. Von seiten der Hoheitsverwaltung floß den Verkehrsbetrieben ein Betriebskostenzuschuß im Betrage von 1.390,2 Millionen Schilling zu, der eine Verbesserung des Jahreserfolges in gleicher Höhe bewirkte. Gleichzeitig wurde ihnen eine Kapitalaufstockung im Betrag von rund 558 Millionen Schilling gewährt, die der Finanzierung von Investitionen dienen sollte. 55 Millionen Schilling aus dem Nahverkehrszuschuß und 117,8 Millionen Schilling aus der Bundeskraftfahrzeugsteuer waren Bestandteile dieser Kapitalaufstockung. In Befolgung des genannten Gemeinderatsbeschlusses zur Entlastung der Verkehrsbetriebe hat die Hoheitsverwaltung somit im Jahre 1981 rund 1.948 Millionen Schilling den Verkehrsbetrieben zugeführt (1980: 1.861 Millionen Schilling). Auch aus dem Bereich der Wiener Stadtwerke selbst wurden die Verkehrsbetriebe wieder mit namhaften Beträgen unterstützt. Elektrizitätswerke und Gaswerke, die im Zuge

der Entlastung der Verkehrsbetriebe die Tilgungen der bis Ende 1978 aufgelaufenen Schulden zu tragen haben, leisteten 1981 aus diesem Titel 704,5 Millionen Schilling. Darüber hinaus floß den Verkehrsbetrieben im Rahmen des wirtschaftlichen Querverbundes, wie seit vielen Jahren, eine erfolgwirksame Subvention von 190 Millionen Schilling durch die Elektrizitätswerke zu. Alle diese Maßnahmen zusammen bewirkten, daß der öffentliche Nahverkehr im Jahre 1981 in Wien mit einer gesunden finanziellen Basis arbeiten konnte. Die Entlastung der Verkehrsbetriebe darf nicht zur Ansicht verleiten, daß nun auch die Problematik der überaus stark steigenden Kostenentwicklung bei dieser Teilunternehmung der Wiener Stadtwerke ein für allemal bewältigt wäre. Obwohl der Personalstand der Verkehrsbetriebe durch Rationalisierungsmaßnahmen, insbesondere im Fahrbetrieb, laufenden Reduktionen unterliegt, steigt der Personalaufwand als einer der dominierenden Kostenposten nach wie vor. Ohne die im folgenden erwähnten ertragssteigernden Maßnahmen hätten die Erträge aus der Beförderung etwa im Jahre 1982 daher nur mehr 76,3 Prozent des Personalaufwandes gedeckt. Dieses Verhältnis hätte sich bei Gleichbleiben der Erträge aus der Beförderung von Jahr zu Jahr noch weiter verschlechtert, so daß die durch Beförderungserlöse nicht abgedeckten finanziellen Mehrbelastungen von Jahr zu Jahr mit größer werdendem Anteil auf die Hoheitsverwaltung entfallen wären. Es erwies sich deshalb als notwendig, auch die Tarife der Verkehrsbetriebe einer Revision zu unterziehen, da nur eine sinnvolle und gerechte Verteilung der Lasten des öffentlichen Nahverkehrs auf dessen Benützer einerseits und auf die Trägerkörperschaft andererseits eine ausreichende Finanzierung der für unsere Stadt lebensnotwendigen Leistungen der Verkehrsbetriebe gewährleisten kann. Mit Beginn des Jahres 1982 wurde deshalb ein neuer Tarif festgesetzt, der zwei grundlegende Zielsetzungen hat: einerseits durch eine Umgestaltung der Tarife die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel zu heben, andererseits gleichzeitig eine Anpassung der Tarifeinnahmen an die allgemeine Kostenentwicklung vorzunehmen. Diese Tarifregelung stellt eine echte Reform dar, mit deren Hilfe starke Akzente in verkehrs-, familien- und sozialpolitischer Hinsicht gesetzt worden sind. In erster Linie werden die längerfristigen Netzkarten verbilligt, wodurch sich vor allem für häufige Benützer öffentlicher Verkehrsmittel eine Verbesserung ergibt. Außerdem wurden neue, preisgünstige Netzkarten für einkommensschwächere Pensionisten aufgelegt. Zusätzliche Verbesserungen gab es für Schüler durch die Einführung einer Nachmittags-Bildungskarte.

Die Elektrizitätswerke verzeichneten im Vergleich zum Jahre 1980 eine geringfügige Abnahme des Gesamtbedarfes an elektrischer Energie um 0,3 Prozent auf 6,150.846 MWh. Davon erzeugten die eigenen Kraftwerke 3,374.290 MWh, während 2,776.556 MWh aus dem österreichischen Verbundnetz bezogen wurden. Die Belastungsspitze ergab sich am 22. Dezember mit 1.121 MW. An diesem Tag wurde auch der größte Tagesbedarf an elektrischer Energie mit 24.719 MWh registriert. Die gesamte Wärmelieferung aus der Kraft-Wärme-Kupplung des Blockkraftwerkes 1/2 im Dampfkraftwerk Simmering in das Fernwärmenetz der Heizbetriebe-Wien Ges. mbH betrug 344.551 MWh, was im Vergleich zum Jahre 1980 einer Steigerung von 33 Prozent entspricht. Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 14. Dezember mit 260 MW, wodurch in der Leistung eine wärmeseitige Auslastung der Kraft-Wärme-Kupplung mit 93 Prozent gegeben war. Die größte Tagesabgabe an Wärme erfolgte am 18. Dezember mit 5.299 MWh (1980: 3.666 MWh). Mit der Umschaltung des Netzgebietes im Bereich des Kraftwerkes Simmering konnte die langjährige Umstellung der Verteilspannung von 5 auf 10 kV im Wiener Versorgungsgebiet als wesentlicher Abschnitt des Netzausbauprogrammes abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit dem im Jahre 1980 begonnenen Bau einer Heizkesselanlage zur Hilfsdampfversorgung wurden die Montagen der maschinellen und Kessel-Einrichtungen begonnen und im November abgeschlossen. Im Zuge des Kraftwerksausbaues der Wiener Elektrizitätswerke im Rahmen des koordinierten Kraftwerksausbauprogrammes der österreichischen Elektrizitätswirtschaft wurden Vorprojektierungsarbeiten für die Errichtung eines weiteren Blockkraftwerkes des Kraftwerkes Donaustadt durchgeführt. Im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau wurde eine planmäßige Kurz-Revision vorgenommen, im Umspannwerk Kendlerstraße am 2. Oktober der dritte Umspanner 380/110 kV in Betrieb genommen. Weiters wurden wichtige Um- und Ausbauten in den Umspannwerken Nord, Wiener Neudorf, Weißgerber, Süd, Michelbeuern und Liesing, die vom 110-kV-Netz auf 20 bzw. 10 kV abspannen, in Betrieb genommen. Das neue Umspannwerk Aspern, das der Anspeisung des Werkes von General Motors Austria in Aspern dient, konnte am 10. September den Betrieb aufnehmen. Im Unterwerk Niernbergergasse wurde die veraltete 10-kV-Schaltanlage durch eine neue ersetzt. Die Betriebsaufnahme erfolgte am 12. Oktober. Für die Stromversorgung der Verkehrsbetriebe wurden 1981 weitere Gleichrichter in den Stützpunkten Dornbach und Winkeläckerstraße aufgestellt, im Umspannwerk Floridsdorf eine neue Schaltanlage für die Gleichstromversorgung in Betrieb genommen und im Umspannwerk Währing die alten Gleichrichter durch moderne Einheiten ersetzt. Für die Stromversorgung der U-Bahn wurde in den Unterwerken Vorgartenstraße, Hietzing, Ober St. Veit und Hacking der Betrieb aufgenommen. Entsprechend dem Gesamtausbauprogramm der Wiener Elektrizitätswerke mußte auch der Netzausbau weitergeführt werden. Die Anzahl der im Versorgungsgebiet der Wiener Elektrizitätswerke angeschlossenen Zähler nahm im Jahre 1981 von 1,299.810 auf 1,304.575 Stück zu.

Von den Gaswerken wurden im Jahre 1981 rund 610 Millionen m³ Erdgas an Tarifabnehmer abgegeben. Dies entspricht gegenüber 1980 einem Rückgang um 9,8 Prozent. Die maximale Tagesabgabe an Tarifabnehmer wurde am 21. Dezember mit 4,39 Millionen m³ verzeichnet. An die Sonderabnehmer wurden rund 144

Millionen m³, etwa die gleiche Menge wie im Vorjahr, abgegeben. Der Rückgang der Abgabe gegenüber dem Vorjahr ist vor allem auf die ungewöhnlich milde Witterung sowohl in den ersten als auch in den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres zurückzuführen. Einen Schwerpunkt der Ausgaben bilden im Bereich der Gasversorgung nach wie vor die Aufwendungen für das Rohrnetz. So wurden 122 km Rohrleitungen verlegt und etwa 74 km saniert. 6 Gebietsregleranlagen wurden neu errichtet, 2 fertiggestellt, 8 umgebaut und 2 derartige Anlagen demontiert.

Außerdem wurden elf Firmenregleranlagen in Betrieb genommen und ein Schrankregler zur Gebietsversorgung montiert. Auf dem Gelände der Dienststelle Simmering wurde mit dem Bau des Fittings- und Armaturenlagers begonnen. Im Bereich der Versorgung von Sondervertragsabnehmern stieg deren Zahl gegenüber 1980 um 13 Prozent, bei der Gruppe der Blockheizwerke um 17 Prozent an. Als markanteste Anlage ist hiebei das General-Motors-Werk in Aspern mit einer Vertragsabnahmemenge von 1.000 m³/h zu erwähnen. Weitere technisch interessante Neuanschlüsse waren das Zoologische Institut im Universitätskomplex in 9, Althanstraße, der Zentralverschubbahnhof der ÖBB in 11, Kledering, das ÖBB-Zentralstellwerk im 16. Bezirk und eine Bitumenproduktionsanlage im 23. Bezirk. Die Zahl der erledigten Heizgasanträge betrug insgesamt 19.076 mit einem Anschlußwert von 469 MW, wovon lediglich vier Anträge mit einem Anschlußwert von 2,5 MW abgelehnt wurden. Die Erdgasaufbringung ist durch den zunehmenden Einsatz von Importgas gekennzeichnet. Im Jahre 1981 hat der Anteil aus der inländischen Gasförderung 19 Prozent, jener der Importe 81 Prozent betragen. Bekanntlich muß der Ausfall der ab 1981 gedacht gewesenen Iran-Gaslieferungen und der Rückgang der Inlandsförderung bis zum Anlaufen eines nun beabsichtigten vierten Erdgas-Importvertrages mit der UdSSR im Jahre 1984/85 überbrückt werden. Für dieses Problem haben die Wiener Stadtwerke und die übrigen Landesferngasgesellschaften schon 1979 ein mittelfristiges Gasversorgungskonzept erstellt, auf Grund dessen eine Erweiterung der Speicherkapazitäten für überjährige Speicherungen durchgeführt wurde. Mittels der bereits 1979 und 1980 in diesen Speichern von den Wiener Stadtwerken — Gaswerken angesparten Gasmengen konnten daher die im ersten Quartal 1981 angelaufenen geringeren Lieferungen aus der UdSSR ausgeglichen werden, so daß die Versorgung der Kunden der Wiener Stadtwerke — Gaswerke problemlos gewährleistet war. Ab Jahresmitte 1981 hat die UdSSR nicht nur die Fehlmengen nachgeliefert, sondern über die Vertragsmenge hinaus zusätzliche Gasmengen angeboten. Im Interesse der Versorgungssicherheit wurden auch diese Mengen bezogen, allerdings mußte hiebei nicht nur der Kauf dieser zusätzlichen Mengen finanziert, sondern es mußten auch die Kosten für die hiefür notwendigen, von der ÖMV kurzfristig bereitgestellten zusätzlichen Untertagespeicher übernommen werden. Bezüglich des großen UdSSR-IV-Importvertrages, der Österreich ab 1984/85 langfristig zusätzliches Erdgas bringen soll, konnten die Verhandlungen zwischen der ÖMV und der Sowjetunion bis Jahresende noch nicht abgeschlossen werden.

Der in der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke zur Koordinierung der leitungsgebundenen Energieträger Strom, Gas und Fernwärme eingerichtete „Arbeitskreis für die Koordinierung der Energieversorgung (AKE)" hat im Jahre 1981 insgesamt 204 Empfehlungen, davon 107 für insgesamt fast 8.500 Wohnungen abgegeben. Der Anschußwert aller Empfehlungen beträgt 376 MW. Es ist dies der höchste Jahres-Anschlußwert seit Gründung des AKE im Jahre 1972. Als Großprojekte sind unter anderen das Wohnbauprojekt Wienerberggründe, die Bebauung der „MIAG-Gründe" sowie die Betriebsbaugebiete Draschegründe West II, Hausfeldgründe und Allissen zu erwähnen. Im Jahre 1981 wurden weiters 291 Wohnbauförderungsansuchen zur Errichtung von mehr als 7.600 Wohnungen im Hinblick auf die im Wohnbauförderungsgesetz festgelegten Erfordernisse des Umweltschutzes bei der vorgesehenen Heizung überprüft. Dabei mußte in drei Fällen mit zusammen 103 Wohnungen Einspruch erhoben werden. Zusätzlich wurden sieben Ansuchen positiv erledigt, für die nach einem Einspruch bei einer früheren Überprüfung die Planung auf eine umweltfreundliche Heizung geändert wurde. In diesem Zusammenhang wurde die vom Energiewirtschaftlichen Referat der Generaldirektion im Vorjahr erstmals vorgelegte Analyse über die Energieversorgung geförderter Wohnbauvorhaben in Wien für das Jahr 1980 weitergeführt. Der bisher aufgezeigte Trend eines abnehmenden Heizölanteiles setzte sich weiter fort. Ebenso wurde im Jahre 1981 die Energieversorgung von 41 Unternehmen im Rahmen der Wiener Strukturverbesserungsaktion überprüft, um sicherzustellen, daß die auf diese Weise geförderten Bauvorhaben den energiepolitischen Intentionen der Stadt Wien entsprechen.

Es gibt derzeit in Wien mehr als 0,5 Millionen Autos, und in den öffentlichen Verkehrsmitteln sind täglich weit mehr als eine Million Fahrgäste zu befördern. Bekanntlich kann die zur Verfügung stehende Straßenfläche nicht beliebig vermehrt werden, so daß „Verkehrsinfarkte" zwangsläufig entstehen müssen, falls nicht Wege gefunden werden, den Kampf jeder gegen jeden um Verkehrsfläche in ein sinnvolles „Miteinander" aller Verkehrsteilnehmer umzuwandeln. Wenn man von der Tatsache ausgeht, daß der Individualverkehr gegenüber dem öffentlichen Verkehr ein Vielfaches der zur Verfügung stehenden Verkehrsflächen beansprucht, aber nur rund 40 Prozent des Verkehrsaufkommens in Wien bewältigt, dann zeigt sich, daß die Verkehrsprobleme unserer Stadt vor allem durch die Förderung des öffentlichen Verkehrs bewältigt werden können. Maßnahmen mit dieser Zielrichtung stellen sowohl die verschiedenen, von Autofahrern und Geschäftsleuten oft nur äußerst widerwillig akzeptierten Beschleunigungsprogramme dar als auch die laufende Modernisierung des Wagenpar-

kes, der Ausbau des Kundendienstes der Verkehrsbetriebe, die Schaffung von einzelnen Bezirks-Verkehrskonzepten und dergleichen mehr.

Im Jahre 1981 ergaben sich bei den Verkehrsbetrieben rund 451 Millionen Beförderungsfälle, um 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Die hiezu nötige Fahrleistung betrug rund 86 Millionen Wagenkilometer. Um das Beförderungsangebot aufrechtzuerhalten, mußten auf dem Sektor der Erneuerung des Fahrparkes wieder große Anstrengungen unternommen werden. Insgesamt wurden 12 U-Bahn-Doppeltriebwagen, 8 Stadtbahn-Zweirichtungs-Gelenktriebwagen, 7 dazugehörige Beiwagen, 2 Straßenbahntriebwagen, 10 Gelenkbusse und 27 Normalbusse angeschafft.

Nach Abschluß der Bauarbeiten konnte der Betrieb auf der Linie U 1 am 28. Februar vom Nestroyplatz bis Praterstern verlängert werden. Nach Einstellung des Stadtbahnverkehrs im Bereich Meidling Hauptstraße bis Hütteldorf wurden die notwendigen Arbeiten zur Umstellung auf U-Bahn-Betrieb teilweise abgeschlossen, so daß die Linie U 4 am 31. August von der Station Meidling Hauptstraße bis Hietzing verlängert werden konnte. Für den Abschnitt Hietzing—Hütteldorf wurde ein Schienenersatzverkehr eingerichtet. Ab 7. September wurde an Werktagen in den Spitzenzeiten jeder zweite Zug der U 2 unter Bezeichnung U 2/4 über die Station Schottenring hinaus auf den Gleisen der U 4 zurück zum Karlsplatz und weiter bis Hietzing geführt. Das Experiment dieses Mischbetriebes hat sich jedoch nicht bewährt und wurde ab 28. September wieder eingestellt.

Die Linie U 4 im Streckenabschnitt Hietzing—Hütteldorf konnte nach Beendigung der Umstellungsarbeiten am 20. Dezember vorzeitig eröffnet werden. Im ursprünglichen Terminplan war die Verlängerung der U 4 bis Hütteldorf für April 1982 vorgesehen gewesen. Durch die Entscheidung, den Stadtbahnbetrieb zwischen Hietzing und Hütteldorf bereits ab Ende August einzustellen und vorübergehend einen Autobus-Ersatzverkehr einzurichten (der sich übrigens ausgezeichnet bewährt hat), war es möglich, den Zeitpunkt für die Verlängerung der U 4 bis Hütteldorf um vier Monate vorzuverlegen.

Folgende Arbeiten wurden für den weiteren U-Bahn-Bau (U 1, U 3 und U 6) im Jahre 1981 durchgeführt: Der U-Bahn-Oberbau (U 1) in der Reichsbrücke bzw. die Gleisbauarbeiten zwischen Reichsbrücke und Kagran wurden abgeschlossen, die Arbeiten an der Abstellhalle Kagran begonnen. Die Planungsarbeiten für den Betriebsbahnhof Erdberg (U 3) wurden fortgesetzt, die Planungen für die Station Michelbeuern (U 6) konnten abgeschlossen werden.

Die Verkehrsbetriebe verfügten Ende 1981 über 721 Straßenbahn-Triebwagen, 642 Beiwagen, 63 Stadtbahn-Triebwagen, 61 Beiwagen, 132 U-Bahn-Doppeltriebwagen und 386 Autobusse. Wieder wurden zahlreiche Maßnahmen zur Beschleunigung der öffentlichen Verkehrsmittel gesetzt: So erhielt die Linie 2 einen eigenen Gleiskörper in der Jörgerstraße, in der Alserbachstraße wurden Schwellen für die Linie 5 verlegt, die in diesem Bereich Fahrzeitverkürzungen um rund 50 Prozent brachten, zahlreiche Verkehrsampeln wurden im Sinne einer Beschleunigung für den öffentlichen Verkehr umgebaut bzw. besser koordiniert, darunter unter anderem an der Kreuzung Josefstädter Straße—Albertgasse, Favoritenstraße—Pichelmayergasse, Troststraße—Laxenburger Straße. Rund 400 Straßenbahnzüge konnten mit einer Schnellabfertigung bei der Türsteuerung ausgestattet werden.

Der Bestattung wurde die Durchführung von 21.866 Bestattungen übertragen, wovon der auf Kremationen entfallende Anteil 18,2 Prozent oder 3.967 Fälle betrug. Außerdem wurde das Unternehmen im Jahre 1981 mit der Durchführung von 1.997 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen sowie mit 727 Überführungen in das In- und Ausland beauftragt. Dazu kamen noch verschiedene andere Leistungen, so daß der Städtischen Bestattung insgesamt 29.507 (1980: 29.408) Aufträge erteilt wurden. Der Fahrpark hat eine Fahrleistung von rund 777.000 km zu verzeichnen, was eine tägliche Fahrleistung von ungefähr 3.050 km bedeutet. Im Sargerzeugungsbetrieb wurden 48.892 (1980: 47.485) Särge erzeugt. Ein Teil der Sargproduktion ist für den Verkauf in den Bundesländern bestimmt. Auf dem Friedhof Altmannsdorf wurde am 8. Mai die umgebaute Aufbahrungshalle wieder in Betrieb genommen. Es war die erste Halle, die nach Aufhebung des Sperrfriedhof-Beschlusses durch den Gemeinderat einer Umgestaltung unterzogen wurde. Zum Jahresende konnten die Umbauarbeiten der Aufbahrungshalle auf dem Friedhof Großjedlersdorf abgeschlossen werden. Es wurden hier erstmals Installationen geschaffen, die das Abspielen von Tonbandmusik ermöglichen. Die Umbau- bzw. Instandsetzungsarbeiten an der Aufbahrungshalle auf dem Friedhof Nußdorf wurden ebenfalls mit Ende des Jahres 1981 abgeschlossen. Die Umbauarbeiten der seit 4. Februar 1980 gesperrten Aufbahrungshalle 1 auf dem Wiener Zentralfriedhof konnten plangemäß fortgesetzt werden. Auf Grund des Baufortschrittes kann angenommen werden, daß die Arbeiten bis Ende 1983 bzw. Anfang 1984 abgeschlossen sein werden.

Die Notwendigkeit des Einsatzes hoher Fremdkapitalbeträge war wieder unvermindert gegeben, da die Selbstfinanzierungskraft der Wiener Stadtwerke nicht ausreichte, die rapide Entwicklung der Rohenergiekosten und daneben noch die äußerst großen Investitionen abzudecken. Diese Situation ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Tarife der Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke immer wieder nach sozialpolitischen bzw. volkswirtschaftlichen und nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten festgesetzt werden, so daß der Mittelzufluß aus den Erlösen jeweils hinter den tatsächlichen finanziellen Bedürfnissen zurückbleibt. Von dem von der Bundeshauptstadt Wien im Jahre 1981 aufgenommenen Fremdkapital entfielen auf die Elek-

trizitätswerke und die Gaswerke zusammen rund 2,1 Milliarden Schilling, während den Verkehrsbetrieben im Sinne der Entschuldungsregelung nur mehr Eigenkapital zufloß. Über ihren Anteil an den Mitteln aus der Anleihe hinaus mußten die Elektrizitätswerke zur Finanzierung des Baues der 380-kV- Leitung ein Darlehen von rund 92 Millionen Schilling in Anspruch nehmen.

Das Gesamtvolumen der von der zentralen Einkaufsabteilung im Jahre 1981 durchgeführten Bestellungen betrug 1.192 Millionen Schilling und war damit um etwa 1,3 Prozent höher als im Jahre 1980. Bestellungen für Investitionen und Bauvorhaben, die die Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke im eigenen Wirkungsbereich tätigen, sind in diesem Betrag nicht enthalten. Von der zentralen Kollaudierungsabteilung wurden Bauarbeiten mit einer Kostensumme von 748,5 Millionen Schilling überprüft. Im Zuge der körperlichen Stichtagsinventuren wurden von der zentralen Materialbewirtschaftung 83.213 Warenposten aufgenommen. Der Inventurwert der Vorräte, ohne Halbfabrikate und Emballagen, in den Haupt- und Zentrallagern betrug 774 Millionen Schilling.

Im Bereich der Organisation, Revision und Datenverarbeitung hat der Gesamtumfang der vom Rechenzentrum zu bewältigenden Aufgaben abermals beträchtlich zugenommen. Die Zahl der von verschiedenen Bereichen an das Rechenzentrum herangetragenen Anforderungen betrug insgesamt 197. Hervorzuheben wären die EDV-Projekte der Jahresnetzkartenverwaltung für die Verkehrsbetriebe und die diversen Strom- und Gastarifänderungen, die unter großem Termindruck bewältigt werden mußten. Die zunehmenden Arbeiten machten Systemumstellungen sowie Erweiterungen bei der Hard- und Software erforderlich. So wurden beispielweise die Installation eines Anschlußprozessors und eine Erweiterung der Plattenkapazität vorgenommen. Auf dem Gebiet der mittleren Datentechnik ergaben sich organisatorische Aufgaben im Bereich der Verkehrsbetriebe und der zentralen Materialbewirtschaftung. Weiters wurden Ausschreibungen für ein Datenerfassungssystem und für sämtliche Kopiergeräte im Einvernehmen mit dem Magistrat durchgeführt. Bei dem EDV-Projekt für die Zentralwerkstätte konnte das Fahrzeugdateninformationssystem in Betrieb genommen werden.

Im Rahmen der Vorschlagsaktion der Stadt Wien wurden 39 Verbesserungsvorschläge eingebracht. In zwei Sitzungen konnte der Ausschuß für das Vorschlagswesen sieben Vorschläge mit einer Gesamtsumme von 55.000 S prämiieren.

Von der Abteilung für Innenrevision wurden 76 Ordnungs-, Organisationsprüf- und sonstige Berichte vorgelegt. Besonders erwähnenswert sind die 1981 wirksam gewordenen Ergebnisse aus den von der Abteilung für Innenrevision bereits in den Vorjahren vorgelegten Organisationsvorschlägen zur Intensivierung und Verbesserung von Fahrgastkontrollen bei den Verkehrsbetrieben.

Mit 31. Dezember 1981 waren bei den Wiener Stadtwerken 14.871 aktive Bedienstete ohne Berücksichtigung der Lehrlinge beschäftigt. Der Personalstand ist damit gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um 172 gestiegen. Alle vier Teilunternehmungen hatten 1981 eine Zunahme der Zahl der Bediensteten zu verzeichnen. Bei den Elektrizitätswerken betrug der Zugang 12 Bedienstete, bei den Gaswerken 1, bei den Verkehrsbetrieben 138 und bei der Städtischen Bestattung 21. 1981 wurden 1.157 Mitarbeiter neu aufgenommen und 400 in den Ruhestand versetzt. In 692 Fällen wurde das Dienstverhältnis durch Kündigung, Dienstentsagung oder Tod gelöst. Die Gesamtzahl der Pensionsparteien betrug am 31. Dezember 1981 15.053 und lag somit um 356 niedriger als 1980.

Im Wirtschaftsplan 1981 wurde der Sollstand für die vier Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke einschließlich Generaldirektion und Zentralverwaltung mit 15.689 festgesetzt. Es standen somit um 13 Planstellen weniger als 1980 zur Verfügung. Diese Reduktion ergibt sich als Saldo aus 309 Vermehrungen, bedingt durch Rohrnetzsanierung der Gaswerke, Erweiterung des U-Bahn-Betriebes und Linieneröffnungen der Verkehrsbetriebe, sowie aus 322 Einsparungen, insbesondere durch Rationalisierungen bei den Verkehrsbetrieben. Der Unterstand betrug am 31. Dezember 818 Mitarbeiter. Offene Stellen standen vor allem im Fahrdienst und bei Hilfskräften zur Verfügung. Durch geeignete Werbemaßnahmen gelang es jedoch, Engpässe zu vermeiden. Einzelne offene Stellen für besonders qualifiziertes Personal konnten nach Inseraten in Tageszeitungen stets besetzt werden.

Die Wiener Stadtwerke boten für Lehrlinge Ausbildungsplätze in den Berufen Bürokaufmann, technischer Zeichner, Starkstrommonteur, Elektromechaniker für Schwachstrom, Maschinenschlosser und Gas- und Wasserleitungsinstallateur an. Anfang 1981 standen 341 Lehrlinge in Ausbildung, davon werden 109 zu kaufmännischen Lehrlingen, 105 zu Starkstrommonteuren, 54 zu Elektromechanikern, 49 zu Maschinenschlossern, 14 zu Gas- und Wasserleitungsinstallateuren und 10 zu technischen Zeichnern ausgebildet. Im September 1981 wurden 36 Bürokaufmannlehrlinge und 3 technische Zeichnerlehrlinge aufgenommen. Weiters erfolgte die Aufnahme von Lehrlingen im Bereich der Lehrwerkstätte, und zwar für die Berufe Elektromechaniker für Schwachstrom (15), Starkstrommonteur (21), Maschinenschlosser (13) und Gas- und Wasserleitungsinstallateur (14). Ihre Lehrzeit beendeten 49 kaufmännische Lehrlinge, 1 technischer Zeichner, 28 Starkstrommonteur-, 15 Elektromechaniker- und 12 Maschinenschlosserlehrlinge. Ende 1981 betrug die Gesamtzahl der Lehrlinge bei den Wiener Stadtwerken 335. In einem umfangreichen Jugendbetreuungsprogramm, das die Stadt Wien alljährlich

für die Lehrlinge und jugendlichen Angestellten durchführt, um sie mit den kommunalen Einrichtungen vertraut zu machen, wurden Exkursionen und Vorträge veranstaltet.

Nach den Bestimmungen des Zivildienstgesetzes wurden den Verkehrsbetrieben 4 Zivildienstpflichtige zugewiesen, die zu Tätigkeiten in den Revisionswerkstätten und für den Gleisbau herangezogen werden. Ende 1981 waren bei den Verkehrsbetrieben insgesamt 100 Gastarbeiter beschäftigt, wovon 85 aus Jugoslawien und 15 aus Tunesien kamen.

Im Rahmen des Ausbildungswesens wurden die Bediensteten in internen Lehrveranstaltungen mit den neuesten Erkenntnissen vertraut gemacht. In zahlreichen Vorbereitungskursen wurden sie im Schulungszentrum der Wiener Stadtwerke auf die nach den Dienstrechtsvorschriften erforderlichen Dienstprüfungen vorbereitet. Im Rahmen dieser Vorbereitungskurse wurden auch Seminare aus soziologischen und psychologischen Wissensgebieten angeboten. Diese Veranstaltungen werden von der Verwaltungsakademie der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit Instituten der Universität Wien gestaltet. 30 Mitarbeiter bestanden die Dienstprüfung für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes, davon einer mit Auszeichnung. 17 Fachbeamte des technischen Dienstes legten ihre Dienstprüfungen ab, davon 2 mit Auszeichnung. 131 Mitarbeiter absolvierten die Dienstprüfung für Fachbeamte des Kanzleidienstes, davon 9 mit Auszeichnung.

Als Anerkennung für langjährige Dienstzeit haben 161 Mitarbeiter für das 40jährige und 265 für das 25jährige Dienstjubiläum das vom Bürgermeister unterfertigte Diplom und als Jubiläumsgabe Remunerationen erhalten. Ferner wurde ein Mitarbeiter der Wiener Stadtwerke durch ein Ehrenzeichen, das ihm vom Herrn Bundespräsidenten verliehen wurde, für seine Verdienste um die Republik Österreich ausgezeichnet.

Im Jahre 1981 gab es für die Bediensteten aller Teilunternehmungen wesentliche Maßnahmen, die eine materielle Besserstellung bewirkten. Es waren dies vor allem die 19. Novelle zur Besoldungsordnung 1967 bzw. eine analoge Änderung der Vertragsbedienstetenordnung 1979. Durch diese Novellen wurden die Bezüge der Beamten und Vertragsbediensteten ab 1. Jänner 1981 um 6,2 Prozent erhöht. Gleichzeitig erfuhren die Ausgleichszulagen für Bedienstete der Schemata II/IV und die Zulage für Werkmeister, Betriebsbeamte und vergleichbare Bedienstetengruppen eine Erhöhung um den gleichen Prozentsatz. Für die Wiener Stadtwerke ergaben sich dadurch jährliche Mehrkosten von etwa 244 Millionen Schilling. Durch die 20. Novelle zur Besoldungsordnung 1967 bzw. die 3. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979 wurde mit Wirksamkeit 1. Juli 1981 die 1. Etappe der Besoldungsreform verwirklicht. Schwerpunkte dieser Besoldungsreform sind die Zusammenlegung der bisherigen Dienstklassen I bis III im Schema II zu einer gemeinsamen Dienstklasse III. Im Schema I wurden die Verwendungsgruppen 3 F und 5 aufgelassen. Für einzelne Bedienstetengruppen wurden auch Aufstiegsregelungen in höhere Verwendungsgruppen vorgesehen. Im Schema I und im Schema II, Verwendungsgruppe E, erfuhr die Dienstalterszulage eine neue Gestaltung. Gleichzeitig wurden die bis dahin in den ersten drei Gehaltsstufen gleich hohen Gehaltsansätze aufgelöst und dadurch das System der Biennalvorrückung auch faktisch wieder auf die ersten sechs Laufbahnjahre ausgedehnt. Die 1. Etappe der Besoldungsreform verursacht jährliche Mehrkosten von 54 Millionen Schilling. Als Folge der 1. Etappe der Besoldungsreform waren mit Wirksamkeit 1. Juli 1981 auch eine Änderung der Reisegebührenvorschrift der Stadt Wien sowie eine Neuregelung der Amtstitel erforderlich. Gleichfalls mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1981 wurde eine Verbesserung der besoldungsrechtlichen Stellung der Bediensteten der Verwendungsgruppe B in den Dienstklassen V bis VII durchgeführt. Die jährlichen Mehrkosten dieser Neuregelung betragen rund 4,6 Millionen Schilling. Auf Grund der 21. Novelle zur Besoldungsordnung 1967 wurde mit 1. Juli 1981 eine Überleitung der Pensionsparteien in das neue Besoldungssystem vorgenommen. Die Mehrkosten dieser Überleitung betragen 14,5 Millionen Schilling jährlich.

Ferner kam es bei den Teilunternehmungen zu weiteren Verbesserungen für einzelne Bedienstetengruppen, wie durch die Änderung der Anlage 1 zur Besoldungsordnung 1967. Dadurch wurde die Verwendungszeit für Arbeiter mit besonderer Verwendung in der Zentralwerkstätte, Oberbauwerkstätte, in der Abteilung für elektrische Anlagen, in der Erhaltungsstelle für Hochbau und der Abteilung für Gleisbau als Voraussetzung für die Einreihung in die Verwendungsgruppe 3 von bisher 10 auf nunmehr 3 Jahre herabgesetzt. Ab 1. Jänner 1981 wurden eine Bereitschaftsdienstzulage für Werkmeister der U-Bahn-Wagen-Revisionswerkstätten sowie eine Prämie für Kontrollorgane der Verkehrsbetriebe, die Fahrgästen ohne gültigen Fahrausweis eine Mehrgebühr vorschreiben oder Zeitkarten wegen mißbräuchlicher Verwendung abnehmen, geschaffen. Ab 1. Jänner 1981 wurde auch eine Anpassung der U-Bahn-Bauzulage für Bedienstete der Elektrizitätswerke und Verkehrsbetriebe an die geänderten Verhältnisse vorgenommen, ab 1. Februar 1981 eine Ausdehnung der Fahrdienstzulage der Verkehrsbetriebe auf die Fahrer—Lehrer der U-Bahn. Eine Erschwerniszulage wurde mit Gültigkeit 1. Februar 1981 für die zum Verschub eingesetzten Bediensteten der Zentralwerkstätte für das Führen bzw. Schleppen der gestörten Fahrbetriebsmittel mit Spezialfahrzeugen geschaffen. Ab 1. Mai 1981 wurden die Techniker der Kraftwerke und die Gruppe für Kabel- und Freileitungsnetze sowie die Techniker und Betriebsbeamten der Ortsnetze der Elektrizitätswerke in die bereits für einige Bedienstetengruppen der Elektrizitätswerke bestehende Schmutzzulage einbezogen. Gleichfalls mit 1. Mai 1981 erfolgte die Anpassung von Zulagen für Bedienstete der Gaswerke, und zwar der Zulage für Arbeitsplatzeinflüsse sowie der Zulage für Rohrlegermonteure, deren Auf-

sicht und Helfer an geänderte Gegebenheiten. Mit 1. August 1981 wurde die Schmutzzulage für Bedienstete der Abteilung für Gleisbau geändert, mit 1. November 1981 die Zulage für Schweißer der Rohrlegung und Rohrlegermonteure sowie deren Aufsicht und Helfer der Gaswerke. Außerdem waren Stellenplanänderungen in einigen Bereichen der Wiener Stadtwerke vorzunehmen.

Bei zahlreichen Gesetzes- und Verordnungsentwürfen aus den Bereichen Arbeits- und Sozialrecht wirkte die Sektion für Personalangelegenheiten im Begutachtungsverfahren mit. Es wurden z. B. Stellungnahmen abgegeben zum Entwurf einer Änderung der Anlage 1 zur Besoldungsordnung 1967, der 20. und 21. Novelle zur Besoldungsordnung 1967, der 3. und 4. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979; weiters zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz geändert wird, eines zweiten Antikorruptionsgesetzes, einer 37. Gehaltsgesetzesnovelle, einer 30. Vertragsbedienstetengesetzesnovelle, ferner zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitnehmerschutzgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz und das ASVG geändert wird, eines Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetzes, einer 36. und 37. ASVG-Novelle, einer 10. Novelle des Beamten-, Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes sowie zum Entwurf eines gemeinwirtschaftlichen Aktiengesetzes.

Im Jahre 1981 wurden sechs Ausgaben der Zeitschrift „24 Stunden für Wien" mit Informationsmaterial, insbesondere mit einem Liniennetzplan der Wiener Verkehrsbetriebe, an jeweils 900.000 Haushalte im Stadtgebiet namentlich versendet. Des weiteren wurden die zwei Kurzfilme „Senioren in der U-Bahn" und „Umgang mit der U-Bahn" zur Vorführung in betriebseigenen Informationszentren bzw. im Verleihweg für Filmstellen und Klubs erstellt. Von den Druckschriften erwähnenswert sind der Informationsfalter der Elektrizitätswerke „Sicherheit" und der der Gaswerke „Die unsichtbare Gefahr". Zusätzlich entstand für die Verkehrsbetriebe ein „Geschichte"-Prospekt, und zwar „Die Geschichte der O- und anderer Linien". An Kampagnen wurde eine gegen „Schwarzfahrer" und eine für „Neue Tarife bei den Verkehrsbetrieben" durchgeführt, wobei jeweils Broschüren, Plakate, Betriebsmittelkleber und Rundfunksendungen kombiniert zum Einsatz gelangten. Im Jahre 1981 waren weiterhin rund 1.200 Anliegen von Kunden aus diversen Bereichen der Stadtwerke direkt zu behandeln.

Elektrizitätswerke

Die Elektrizitätswerke verzeichneten für das Jahr 1981 im Vergleich zum Jahre 1980 eine Abnahme des Gesamtenergiebedarfes um 0,3 Prozent, das heißt, von 6,169.065 MWh auf 6,150.846 MWh. Davon erzeugten die kalorischen Kraftwerke 3,279.376 MWh und die eigenen Wasserkraftwerke 94.914 MWh. Die kalorische Eigenerzeugung war somit im Jahre 1981 um 10,0 Prozent kleiner als im Vorjahr und um 2,8 Prozent kleiner als im Jahre 1979. Die höchste Belastungsspitze konnte am 22. Dezember mit 1.121 MW registriert werden; sie war um 43 MW niedriger als im Jahre 1980 und um 11 MW höher als im Jahre 1979. Den größten Tagesbedarf an elektrischer Energie wies der 22. Dezember mit 24.719 MWh auf. Die gesamte Fernwärmeabgabe betrug im Jahre 1981 344.551 MWh. Die höchste Belastungsspitze ergab sich am 14. Dezember mit 260 MW. Die größte Tagesabgabe an Wärme erfolgte am 18. Dezember mit 5.299 MWh.

Das abgelaufene Wirtschaftsjahr 1981 war — bedingt durch die allgemeinen Rezessionserscheinungen wie auch durch die zum Teil erfolgreiche Entkoppelung des Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum — durch eine weitere Abschwächung der Energieverbrauchsraten gekennzeichnet. Diverse Verlautbarungen über Energieeinsparungen wurden als Erfolge der bereits in den Vorjahren angelaufenen Energiesparappelle mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Diese hinsichtlich der quantitativen Verbrauchsentwicklung durchaus erfreulichen Einsparungserfolge können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Fortsetzung der bereits im Vorjahr nicht zur Gänze verkrafteten Preisauftriebstendenzen auf dem Primärenergiesektor zu erheblichen wirtschaftlichen Belastungen geführt und damit die mengenmäßigen Einsparungserfolge weitaus überkompensiert hat. Der im Jahre 1981 anhaltend heftige Preisaufschwung bei den Primärenergieträgern hat die Elektrizitätswirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen, wobei die Belastungen auf die einzelnen Landesgesellschaften je nach der Verfügbarkeit hydraulischer Energiequellen unterschiedlich verteilt waren. Demgemäß waren die Elektrizitätsversorgungsunternehmungen im Osten Österreichs von der Brennstoffverteuerung wesentlich stärker betroffen als die übrigen Gesellschaften. Dies trifft in besonderem Maße auf die Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke zu, die in der Eigenerzeugung im wesentlichen von den kalorischen Primärenergieträgern Heizöl schwer und Erdgas abhängig sind. Demgemäß konnten die Preissprünge bei den Rohstoffen, die bei den Wiener Stadtwerken — Elektrizitätswerken im Vergleich zu den übrigen Landesgesellschaften einen ungleich deutlicheren Niederschlag finden, in Anbetracht der zähen und langwierigen Strompreisverhandlungen nur mit Schwierigkeiten und äußerster Mühe verkraftet werden. Die enge Zusammenarbeit der Wiener Elektrizitätswerke mit der übrigen österreichischen Elektrizitätswirtschaft wurde 1981 erfolgreich fortgesetzt. Das gemeinsam erstellte und beschlossene koordinierte Ausbauprogramm für Kraftwerke wurde neu überarbeitet. Weiters wurden Verhandlungen mit der Verbundgesellschaft für eine Vereinbarung von Strombezugsrechten an den noch zu errichtenden Donaukraftwerksstufen geführt.

Der Anteil der Energieerzeugung mit Wärmekraft und mit Wasserkraft in den eigenen Anlagen ist gegenüber

1980 leicht gesunken bzw. gestiegen. Die Monate des größten Energiebedarfes waren der Jänner, Dezember und November. Nähere Angaben über die Stromerzeugung, die Energieabgabe nach Verbrauchergruppen sowie die zeitliche Verteilung sind dem Kapitel 9 „Energiewirtschaft" des „Statistischen Jahrbuches der Stadt Wien" zu entnehmen.

Im Zuge von Ausbau- und Erhaltungsarbeiten an Betriebsanlagen wurde im Dampfkraftwerk Simmering die Umstellung der Verteilspannung von 5 auf 10 kV im Jahre 1981 abgeschlossen. Die Heizkesselanlage zur Hilfsdampfversorgung konnte bis zum Jahresende für den Probebetrieb bereitgestellt werden. Im Zuge des Umbaues des Rechten Hauptsammelkanals im Bereich des Kraftwerkes Simmering durch die MA 30 wurden in der ersten Jahreshälfte die Aufträge für die Umlegung der Kühlwasserversorgungsleitungen und die Kabelumlegung vergeben, die Arbeiten anschließend planmäßig durchgeführt. In der Netzwarte wurden die durch die Auflassung der 28-kV-Verteilspannung und die Einbindung des 5,25-kV-Eigenbedarfsringes notwendigen Umbauarbeiten fertiggestellt. Im Blockkraftwerk 1/2 wurden an der Gasturbine Revisionsarbeiten durchgeführt, an der Dampfturbine war der Austausch der Hohlleitschaufeln, eine Garantiearbeit der Lieferfirma, notwendig. Entsprechend dem Revisionsprogramm wurden die erforderlichen Arbeiten an den Blockkraftwerken 3, 4 und 5 sowie eine Kurzrevision am Blockkraftwerk 6 durchgeführt. Im Blockkraftwerk 4 mußte eine große Anzahl von Rohrschlangen des Schottenüberhitzers erneuert werden.

Im Dampfkraftwerk Donaustadt wurden die 1980 begonnenen Arbeiten für die Erweiterung des Magazingebäudes durchgeführt und abgeschlossen. Für die Versorgung des Kühlwasserbauwerkes an der Donau mit Hochquellwasser wurde eine Rohrleitung vom Abwasserbauwerk der MA 30 auf der Donauinsel zum Kühlwasserentnahmebauwerk verlegt. An den beiden Blockkraftwerken 1 und 2 wurden die für 1981 vorgesehenen Revisionsarbeiten planmäßig durchgeführt. Bei beiden Kesselanlagen wurde die Rauchgastemperaturmessung auf ausfahrbare Temperaturmeßlanzen umgebaut. Bei den Turbosätzen wurden die Impulsleitungen zum Kondensatorschutz geändert, um bei Kondensatorschäden ein rascheres Abschalten der Maschinensätze zu gewährleisten. Im Zuge des geplanten Kraftwerksausbaues der Wiener Elektrizitätswerke wurden Vorprojektierungsarbeiten für die Errichtung eines weiteren Blockkraftwerkes auf dem Gelände des Kraftwerkes Donaustadt durchgeführt. Hiezu waren umfangreiche Vorgespräche mit verschiedenen Dienststellen des Bundes und der Stadt Wien zu führen. So wurde unter anderem für die Kühlwasserversorgung eine wasserrechtliche Einreichung ausgearbeitet und die Zustimmung der grundverwaltenden Dienststellen eingeholt.

Im Gasturbinenkraftwerk Leopoldau wurde eine planmäßige Kurzrevision vorgenommen, wobei auch diverse Arbeiten an der Kaminklappe durchgeführt werden konnten.

Im Bereich der Umspannwerke, Unterwerke und Schaltstationen wurde im Umspannwerk Kendlerstraße ein dritter Umspanner 380/110 kV am 2. Oktober in Betrieb genommen. Das Umspannwerk Aspern, das das Motorenwerk von General Motors Austria anspeist, konnte am 10. September den Betrieb aufnehmen. Die Anlage wurde so konzipiert, daß später die Erweiterung auf ein Umspannwerk für die öffentliche Versorgung möglich ist. Im Umspannwerk Nord wurde 1981 die 110-kV-Gruppe B für eine Kurzschlußleistung von 7,5 GVA verstärkt. Nach der Fertigstellung Anfang November konnten die Provisorien aufgelassen werden; die zweite Bauetappe, die Verstärkung der Gruppe A, ist für 1982 geplant. Im Umspannwerk Wiener Neudorf erfolgte Anfang Juni die Inbetriebnahme der ersten Gruppe der neuen verstärkten 110-kV-Anlage. Unmittelbar anschließend wurde der Rest der alten Anlage demontiert, mit der zweiten Umbauetappe begonnen. Seit August ist auch die Montage des zweiten Teiles der 20-kV-Anlage im Gange. Im Umspannwerk Weißgerber wurde der Umbau Anfang August mit der Inbetriebnahme des Regelumspanners 2 und der 110-kV-Petersenanlage abgeschlossen. Im Umspannwerk Mariahilf wurde der dritte Regelumspanner, 110/10 kV, im August in Betrieb genommen, die 10-kV-Anlage wird auch hier in den Räumen der ehemaligen 30-kV-Anlage erweitert. Mit den entsprechenden Arbeiten wurde im Jahre 1981 begonnen. Im Umspannwerk Süd wurden die Montagearbeiten der neuen 110-kV-SF_6-Innenraumschaltanlage soweit abgeschlossen, daß noch im Jahre 1981 mit der Verlegung der 110-kV-Kabel begonnen werden konnte. Weiters wurden die Planungsarbeiten für die Errichtung einer 380-kV-Schaltanlage durchgeführt und die SF_6-Schaltanlage ausgeschrieben und vergeben. Im Umspannwerk Michelbeuern wurden zur Versorgung des Allgemeinen Krankenhauses zwei Umspanner, 110/10 kV, aufgestellt. Die notwendigen Vorarbeiten konnten im Jahre 1981 weitgehend abgeschlossen werden. Im Umspannwerk Liesing wurde ein weiterer 110/20-kV-Umspanner, 40 MVA, installiert. Im Umspannwerk Währing wurde die Erweiterung der 10-kV-Anlage im Mai in Betrieb genommen und mit den Arbeiten für die 10-kV-Eigenbedarfsumspanner- und -Petersenanlage begonnen. Im Umspannwerk Eisenstadtplatz wurde in den Räumen der ehemaligen 30-kV-Anlage mit der Errichtung weiterer 10-kV-Schaltfelder begonnen. Die Arbeiten sind im Gange. Im Unterwerk Niernbergergasse wurde die veraltete 10-kV-Schaltanlage durch eine neue ersetzt. Die Betriebsaufnahme erfolgte am 12. Oktober 1981. Im Umspannwerk Gaudenzdorf mußte für die Erweiterung der 10-kV-Schaltanlage ein Gebäudezubau durchgeführt werden. Die Hochbauarbeiten sind mit Jahresende weitgehend abgeschlossen, mit der Elektromontage wurde im November begonnen. Im Wasserkraftwerk Opponitz wurde zur Verbesserung der Versorgung des Ybbstales die Planung für eine neue 20-kV-Anlage zum Abschluß gebracht.

Für die Stromversorgung der Straßenbahn wurden 1981 im wesentlichen folgende Arbeiten durchgeführt: Für die Betriebsaufnahme der Linie 2 mußte im Gleichrichterstützpunkt Dornbach ein weiterer Gleichrichter aufgestellt werden. Im Unterwerk Floridsdorf wurde am 7. August eine neue Schaltanlage für die Gleichstromversorgung in Betrieb genommen, im Gleichrichterstützpunkt Winkeläckerstraße im März ein zweiter Gleichrichter, 1.000 A, aufgestellt. Im Umspannwerk Währing wurden die alten Gleichrichter durch moderne Einheiten ersetzt. Für die Stromversorgung der U-Bahn wurde die Errichtung von Unterwerken fortgesetzt. Das Unterwerk Vorgartenstraße (U 1) konnte bereits im Februar den Betrieb aufnehmen. In den Unterwerken Kagran-Zentrum und Kaisermühlen wurde im Jahre 1981 mit den Elektromontagearbeiten begonnen. Die Unterwerke Hietzing, Ober Sankt Veit und Hacking haben im Dezember den Betrieb aufgenommen (U 4).

Im Zuge der Arbeiten an den Hoch- und Mittelspannungsnetzen wurden beim 380-kV-Netz die bei den Revisionsarbeiten aufgetretenen Fehler der Mantelerdung am System 505 als Garantieleistung behoben. Für das neue Bauvorhaben Unterwerk Kendlerstraße — Unterwerk Süd wurden die Vorbereitungsarbeiten soweit abgeschlossen, daß bis Jahresende die beiden Kabelsysteme bestellt und die öffentlichen Ausschreibungen für die Erdarbeiten und das Kühlrohrsystem erfolgen konnten. Alle im Jahre 1981 vorgesehenen 110-kV-Ölkabellegungen konnten termingemäß durchgeführt werden. Das Umspannwerk Aspern wurde in das 110-kV-Netz eingebunden, im Umspannwerk Süd waren die Kabelarbeiten für die Einbindung in die neue 110-kV-SF_6-Schaltanlage Ende 1981 noch im Gange. Im Umspannwerk Nord mußten im Zusammenhang mit der Verstärkung der 110-kV-Schaltanlage umfangreiche Kabelarbeiten durchgeführt werden. An 81,5 km 110-kV-Freileitungen wurden Revisionsarbeiten durchgeführt, wobei auch 34 Maste mit einem neuen Rostschutzanstrich versehen werden mußten. Im Zusammenhang mit Industrieaufschließungen und dem Straßenbau wurden größere Kabellegungen, 20 kV, im 11., 21., 22. und 23. Bezirk durchgeführt. Darüber hinaus ergaben sich umfangreiche Legungen im Raume von Fischamend, Langenzersdorf, Gerasdorf, Großenzersdorf und Schönau. Im Freileitungsnetz wurden zur Versorgung von Industriegebieten, Firmen, Siedlungen und Wohnhausanlagen 10,5 km Freileitungen und 1,9 km isolierte Freileitungen neu gebaut, bei 25,8 km die Leiterseile getauscht sowie 2,1 km Freileitungen abgetragen. Zur Verbesserung der Stromversorgung, zur Versorgung von Wohnungsneubauten sowie in Verbindung mit dem Straßenbau waren insbesondere im 10., 11. und 21. Bezirk größere Kabellegungen, 10 kV, notwendig. Weitere Legungen mußten für Industrieaufschließungen und die Erweiterung der Umspannwerke durchgeführt werden. Im Jahre 1981 konnte mit der Umschaltung des Netzgebietes im Bereich des Kraftwerkes Simmering die Umstellung der Verteilspannung von 5 auf 10 kV im Wiener Versorgungsgebiet zum Abschluß gebracht werden. Auch im Versorgungsgebiet von Mödling wurde die Umschaltung der Verteilspannung von 5 auf 10 kV abgeschlossen, die Vorbereitungsarbeiten im Bereich des Versorgungsgebietes Baden wurden zügig fortgesetzt. Es ist damit zu rechnen, daß 1982 die Umschaltung abgeschlossen werden kann.

Der Ausbau der Niederspannungsnetze wurde, vor allem im Zuge von Mittelspannungskabellegungen, weitergeführt. Zur Erhöhung der Versorgungssicherheit wurden in zunehmendem Maße an beiden Straßenseiten Niederspannungskabel verlegt und Trennanschlußkästen eingebaut. Weiters wurden 9,2 km Niederspannungsfreileitungen neu errichtet bzw. neu übernommen und bei 32,8 km Niederspannungsfreileitungen die Leiterseile getauscht. Im Zusammenhang damit wurden 43 Mastschalter getauscht und 81 neu eingebaut. In fünf Häusern erfolgte die Umschaltung von 3 × 220 V auf 3 × 380/220 V. Bei 69 Häusern wurde die Versorgung von Freileitungs- auf Kabelanschlüsse umgestellt.

Was das Bahnkabelnetz betrifft, so wurde in den Straßenbahn-Unterwerken Währing und Floridsdorf der Bahnkabeleinlauf komplett erneuert, während im Unterwerk Niernbergergasse diese Arbeiten nur für die Bahnrückpunkte durchgeführt werden mußten.

Für die U-Bahn-Unterwerke Vorgartenstraße, Hietzing, Ober Sankt Veit und Hacking sowie für die Stationen Schönbrunn, Braunschweiggasse und Unter Sankt Veit konnten im Jahre 1981 die Kabellegungen termingemäß abgeschlossen und die Anlagen in Betrieb genommen werden.

Der systematische Ausbau des Fernwirknetzes wurde fortgesetzt. In der Direktion der Elektrizitätswerke mußte ein neuer Verteiler für die Aufschaltung der Fernwirkkabel zu den Telephon- und Fernwirkeinrichtungen installiert werden.

Im Jahre 1981 wurden im 10-kV-Netz 66 und im 20-kV-Netz 85 neue Transformatorenstationen errichtet; im gleichen Zeitraum wurden 120 Netzstationen von 5 auf 10 kV, 6 Stationen von 5 auf 20 kV sowie 2 Stationen von 20 auf 10 kV umgeschaltet. Zum Jahresende standen im gesamten Versorgungsgebiet der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke 8.422 Netzstationen mit 9.948 Netztransformatoren mit einer Nennleistung von zusammen 4,160.483 kVA in Betrieb.

Im Bereich der öffentlichen Beleuchtung wurden 3.099 Lampen und Leuchtstoffröhren neu in Betrieb genommen. Insgesamt sind im Wiener Stadtgebiet einschließlich der Verkehrsleuchten und Verkehrssignale 252.208 Lampen und Leuchtstoffröhren mit einem Anschlußwert von 16.027 kW angeschlossen, deren Wartung den Wiener Elektrizitätswerken anvertraut ist.

Der kaufmännische Dienst der Wiener Elektrizitätswerke hatte sich im Jahre 1981 neben den

vielen Routinearbeiten vor allem mit den Vorbereitungen der Strompreisanträge und Strompreisverhandlungen auseinanderzusetzen. Die per 1. Jänner 1981 in Kraft getretene Strompreisanhebung um durchschnittlich 7,2 Prozent basierte lediglich auf der Berechnung der Brennstoffkostensteigerungen, wobei allerdings die am 25. November 1980 eingetretene Preiserhöhung auf 2.950 S/t für Heizöl schwer nicht mehr in die Ermittlung der Brennstoffkostentangente einbezogen werden konnte. Um dem rasanten Preisauftrieb bei Heizöl schwer in einer möglichst kurzen Zeitspanne begegnen zu können, wurde damals von einem langwierigen Preisverfahren auf Vollkostenbasis Abstand genommen. Die Strompreisregulierung vom 1. Jänner 1981 war demnach als eine dringliche Sofortmaßnahme zu verstehen, durch die zumindest ein Teil der in kurzer Abfolge aufgelaufenen Kostenbelastung egalisiert werden sollte. Kurz nach dem Inkrafttreten der neuen Strompreise erfuhren die Primärenergiekosten einen neuerlichen Auftrieb. So wurde bereits am 26. Februar 1981 der Raffinerieabgabepreis für Heizöl schwer auf 3.383 S/t bzw. auf 3.503 S/t für Heizöl schwer mit einem Schwefelgehalt bis 2 Prozent angehoben. Darüber hinaus sind die Preise für Erdgas gegenüber den dem letzten Strompreisantrag zugrunde gelegten Preisansätzen mit Wirksamkeit ab 1. Juni 1981 um rund 30 Prozent gestiegen.

In Anbetracht dieser massiven Rohstoffverteuerungen und der übrigen Kostensteigerungen, wie etwa der bereits in einem erheblichen Ausmaß angewachsenen Zinsenbelastung, haben die Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke unter nachdrücklichem Hinweis auf die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlichen Investitionen am 15. April 1981 einen auf einer Vollkostenrechnung basierenden Antrag auf Erhöhung ihrer Strompreise eingebracht. Wie allerdings in der Folge im Rahmen des Vorprüfungensverfahrens zu erkennen war, konnten die von insgesamt 15 Elektrizitätsversorgungsunternehmungen eingebrachten Anträge nicht jener zügigen Behandlung zugeführt werden, die angesichts der Dringlichkeit einer Strompreisanpassung an die gestiegenen Rohenergiekosten geboten wäre. Die zunehmende Verschärfung der Liquiditätssituation veranlaßte schließlich die Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke, zwischendurch einen gesonderten Antrag auf Erhöhung ihrer Strompreise unter Zugrundelegung einer Brennstofftangentenrechnung bei der Preisbehörde einzubringen. Die Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke haben hiebei klargestellt, daß durch diesen interimistischen Tangentenantrag der auf der Vollkostenrechnung beruhende Antrag vom 15. April 1981 nicht ersetzt, sondern nur eine finanzielle Zwischenentlastung herbeigeführt werden soll. Nach Abschluß des diesbezüglichen Strompreisverfahrens am 26. Juni 1981 hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mit Wirksamkeit ab 1. Juli 1981 eine Anhebung der Strompreise als Sofortmaßnahme zur teilweisen Anpassung an die gestiegenen Brennstoffkosten um einheitlich 7 g je Kilowattstunde genehmigt.

Eine neuerliche, schon am 10. Juli 1981 in Kraft getretene Erhöhung der Raffinerieabgabepreise auf 3.533 S/t für Heizöl schwer bzw. auf 3.653 S/t für Heizöl schwer mit einem Schwefelgehalt bis 2 Prozent hat wieder einmal deutlich gemacht, daß die Strompreisentwicklung selbst im Falle eines lediglich mit der Brennstofftangente gestellten Antrags mit dem sprunghaften Anstieg der Primärenergiekosten nicht Schritt halten kann. Dieser zusätzliche Kostenschub, der eine Nachreichung modifizierter Kalkulationsunterlagen erforderte, hat in der Folge eine weitere Erschwernis der ohnehin zäh geführten Strompreisverhandlungen mit sich gebracht. Neben den Rohenergiekosten stellten die im Jahre 1981 in einem bislang unbekannten Ausmaß gestiegene Zinsenbelastung einen weiteren Kostenschwerpunkt dar, der bei der Abhandlung des auf Vollkostenbasis eingebrachten Antrags mit zu berücksichtigen war. Der langwierige und zähe Verhandlungsverlauf ist jedoch unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß im Zuge der Strompreisregulierungen schwerwiegende Probleme bezüglich der Tarifgestaltung aufgetreten sind, die ihre Ursache vor allem in den unzureichend niedrigen, weit unter den vergleichbaren Ansätzen der benachbarten Elektrizitätsversorgungsunternehmungen liegenden Haushaltsgrundpreisen der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke haben. Nach Abschluß des Strompreisverfahrens am 18. Dezember 1981 hat das Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 1982 eine Anhebung der Strompreise um durchschnittlich 13,2 Prozent genehmigt, wobei anläßlich dieser Strompreisregulierung der erste Schritt in Richtung einer möglichst einheitlichen Tarifgestaltung in der Ostregion Österreichs unternommen worden ist. Um dieser in der Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Straße, Verkehr und Energie vom 6. November 1981 formulierten Zielsetzung entsprechen zu können, mußte auf Grund der in unterschiedlicher Höhe genehmigten Anhebungssätze die Tarifanpassung an die Ansätze der benachbarten Elektrizitätsversorgungsunternehmungen zum Teil auch über die Grundpreise der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke erfolgen. Hinsichtlich der organisatorischen Bewältigung von Strompreisregulierungen sei auf die Problematik ihrer termingerechten Abwicklung aus der Sicht der Gas- und Stromverrechnung verwiesen, die im Wirtschaftsjahr 1981 neben den eingetretenen Gas- und Strompreisänderungen auch noch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 8 auf 13 Prozent zu verkraften hatte. Im übrigen soll hervorgehoben werden, daß auch die verschiedenen anderen Aufgabenbereiche im Rahmen der kaufmännischen Gestion und des Rechnungswesens bewältigt werden mußten, um einen ungestörten Betriebsablauf zu gewährleisten.

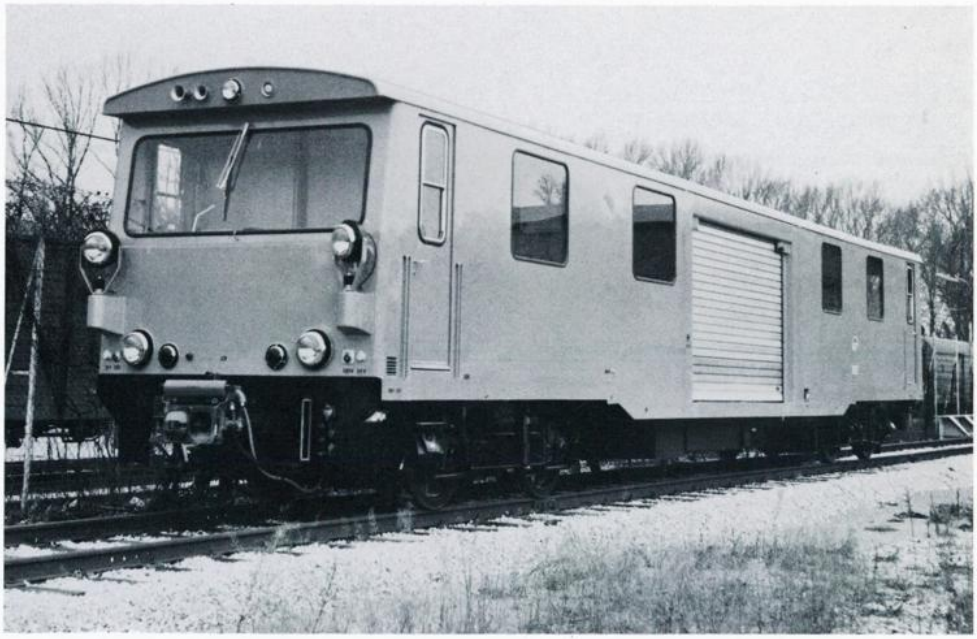
Im Jahre 1981 war der K u n d e n d i e n s t mit einer Reihe von technischen und kaufmännischen Problemen befaßt. Im Versorgungsgebiet der Wiener Elektrizitätswerke betrug die Anzahl der zum Jahresende angeschlossenen Elektrizitätszähler 1,304.575, wobei sich eine Zunahme um 4.765 Stück ergab. 17.142 Anlagen wurden neu angeschlossen; wegen Nacheichung mußten 114.948 Zähler getauscht werden. Die Anzahl der neu

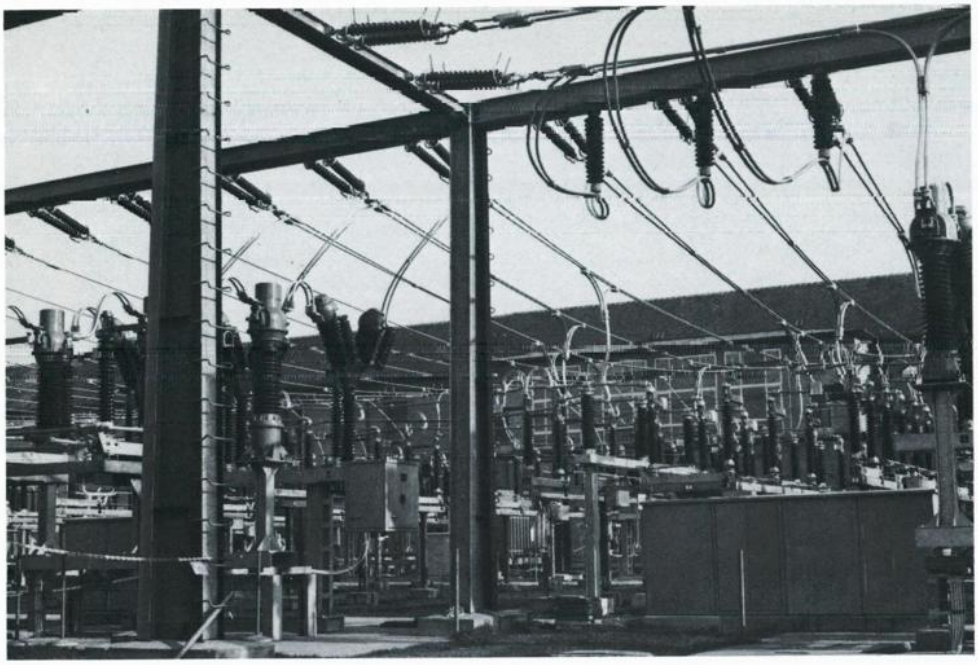


Bürgermeister Leopold Gratz und Amtsführender Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (Straße, Verkehr und Energie) besichtigen die Zentralwerkstätte der Wiener Verkehrsbetriebe in Simmering

Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe

Arbeitstriebwagen der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe





Die neuerrichtete 110-kV-Freiluftschaltanlage im Umspannwerk Nord

Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke
Wiener Stadtwerke — Gaswerke

Gasrohrpressung im 11. Bezirk, Kaiserebersdorfer Straße



angeschlossenen Elektroherde betrug 8.536 Stück (1980: 8.487 Stück); die Zahl der anzuschließenden Heißwasserspeicher zeigte nach wie vor eine rückläufige Tendenz. Bei den Elektrizitätswerken wurden 185 Anfragen bezüglich eines Anschlusses von Wärmepumpen eingereicht, wovon 170 positiv erledigt werden konnten. In der Beratungsstelle Mariahilfer Straße wurde ein Bildschirmterminal für Abfragen und Eingaben der Steigleitungen aufgestellt. In der Zählerwerkstätte sind 64.275 Zähler repariert, davon 2.850 Stück auf eine höhere Stromstärke umgebaut worden. Für die Großabnehmeranlagen wurde der Einbau der Maxiprint-Codedrucker, ebenso der Einbau von Rundsteuerempfängern und der Umtausch von Stromwandlern gegen solche mit höherer Kurzschlußfestigkeit fortgesetzt. Die wegen der Einführung der Sommerzeit notwendige zweimalige Umschaltung der Schaltuhren konnte klaglos durchgeführt werden. Mit den Bauarbeiten für das neue Kundendienstzentrum in der Spitalgasse konnte im Sommer 1981 begonnen werden. Für den Neubau des Büro- und Garagentraktes in der Rummelhardtgasse wurden die Einreichungsunterlagen für die Baubehörde erstellt. Die Bauverhandlung wurde durchgeführt; die Baugenehmigung steht derzeit noch aus. Der 1980 begonnene Neubau der Betriebsstelle Purkersdorf wurde 1981 fortgesetzt.

Im Jahre 1981 sind bei einem Personalstand von 4.194 Bediensteten, einschließlich jener des Rechenzentrums und der Lehrlinge, 112 Dienstnehmer durch Unfälle zu Schaden gekommen. Die Zahl der Unfälle verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 6. 20 Unfälle ereigneten sich auf dem Weg von bzw. zur Dienststelle. Von den 30 schweren Unfällen ereigneten sich 23 im Betrieb. 7 schwere Unfälle sind sogenannte Wegunfälle. Die Wegunfälle sind ein besonderes Problem, da diese Art von Arbeitsunfällen und deren Ursachen außerhalb des Wirkungsbereiches des sicherheitstechnischen Dienstes liegen.

Da sich als häufigste Unfallursache nach wie vor „Unachtsamkeit" herausstellte, war der sicherheitstechnische Dienst der Elektrizitätswerke vor allem bemüht, durch Vorträge, Filme über Unfallverhütung und Aufklärungsschriften auf die Gefahren und deren Vermeidung hinzuweisen. Weiters wurden gemeinsam mit dem Betriebsärztlichen Dienst, dem Unfallverhütungsdienst der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt und dem Arbeiter-Samariter-Bund vier Erste-Hilfe-Kurse abgehalten.

Von den gemäß Arbeitnehmerschutzgesetz eingesetzten Sicherheitsausschüssen hielten die Ausschüsse für die Kraftwerke Simmering und Donaustadt je drei Sitzungen ab. Der zentrale Sicherheitsausschuß der Wiener Stadtwerke — Elektrizitätswerke trat einmal zusammen.

Im Jahre 1981 kam es in den Anlagen der Wiener Elektrizitätswerke zu fünf Bränden, wovon vier durch eigenes Personal und einer mit Hilfe der Wiener Feuerwehr gelöscht werden konnte. Die meisten Objekte wurden mehrmals, teilweise gemeinsam mit der Wiener Feuerwehr und dem Arbeitsinspektorat, auf Feuersicherheit überprüft und in Ordnung befunden. Alle Handfeuerlöscher wurden entsprechend der Önorm von den Erzeugerfirmen überprüft.

Das chemische Laboratorium als staatlich autorisierte Prüfstelle für Isolieröle führt außer den Untersuchungen für den Bedarf der werkseigenen Anlagen gegen Bezahlung der festgesetzten Honorarsätze auch solche für fremde Firmen durch. Im Jahre 1981 wurden 8.010 Analysen durchgeführt. Zur Untersuchung gelangten Mineralölprodukte, vorwiegend Isolieröle (Neu- und Betriebsöle). Diese Untersuchungen werden durchgeführt, um die Einhaltung der vorgeschriebenen Spezifikationen, die Beurteilung der richtigen Eigenschaften, die Verwendbarkeit bzw. Betriebstauglichkeit zu kontrollieren. Außerdem wurden sämtliche im Bereich der Elektrizitätswerke ausgeführten Konservierungs- und Anstreicherarbeiten und die zur Verwendung gelangenden Anstrichmittel überprüft, kontrolliert und beaufsichtigt.

Das physikalische Laboratorium ist ebenfalls staatlich autorisierte Prüfstelle und außerdem Prüfstelle des Verbandes der Elektrizitätswerke Österreichs. Es hat insgesamt 6.620 Betriebsmittelprüfungen für die Wiener Elektrizitätswerke und 1.340 für fremde Firmen durchgeführt. Ferner waren noch 590 Prüfungen an Verbrauchsgeräten, 730 Prüfaufträge für Installationsmaterial und 175 Prüfungen von Glühlampen, Leuchten und Zubehör vorzunehmen sowie 9.811 Prüfzeichen und 2.823 Prüfzeichenurkunden auszugeben. Die für fremde Firmen durchgeführten Prüfungen an Elektrogeräten, Installationsmaterial, Leuchten usw. dienten der Erlangung des Österreichischen Prüf- und Qualitätszeichens.

Gaswerke

Der Erdgasbezug der Wiener Stadtwerke betrug im Jahre 1981 1.202,043.896 m³, wovon 312,260.494 m³ eingespeichertes UdSSR-Erdgas abgezogen und 158,905.994 m³ UdSSR-Speicher-Entnahme zugerechnet werden müssen. Die Abgabe ins Netz betrug 609,652.400 m³, der Meßverlust mit 3,2 Prozent 19,509.000 m³. Die nutzbare Gasabgabe belief sich somit auf 590,143.400 m³, wobei bei einem Selbstverbrauch von 607.000 m³ an die Tarifabnehmer insgesamt 589,536.400 m³ verkauft worden sind. Das sind um 9,8 Prozent weniger als 1980.

Im Jahre 1981 lag die tägliche Durchschnittstemperatur an 261 Tagen unter 16°C, was 3.190 Gradtagszahlen ergab. Die größte Stundenabgabe an Tarifabnehmer betrug 223.800 m³ und war am 21. Dezember von 7 bis 8 Uhr bei einer Tagesdurchschnittstemperatur von −9,8°C zu verzeichnen. Zur größten Gasabgabe an Tarifabnehmer innerhalb von 24 Stunden kam es gleichfalls am 21. Dezember mit 4,392.800 m³. Der stärkste Abgabemonat war der Jänner. Die durchschnittliche Gasabgabe an Tarifabnehmer betrug 802 m³ je Konsument,

845 m³ je Wohnungszähler, 361 m³ je Einwohner im Versorgungsgebiet. Der nutzbare Behälterraum erhöhte sich auf Grund der Inbetriebnahme der beiden Kugelgasbehälter in Leopoldau um 280.000 m³ auf 1,696.000 m³. Der geometrische Behälterraum beträgt 1,722.000 m³.

Im Jahre 1981 wurde das Meßgebiet W, bestehend aus 14. Bezirk — Hadersdorf-Weidlingau und aus Purkersdorf (NÖ), vermessen und die Grundeinstellung errechnet. Somit können derzeit Kapazitätsberechnungen für das gesamte Versorgungsgebiet mit Ausnahme des 1. Bezirkes durchgeführt werden. Für das Gebiet des 1. Bezirkes wurden die Vorarbeiten für die Ermittlung der Grundeinstellung vorgenommen. In einem großen Teil der Gebietsregler des Meßgebietes A, Gebiet nördlich der Donau, wurden Quantometer mit Belastungsschreibern eingebaut, um bessere Daten bezüglich Mengenverteilung, Belastungsspitzen usw. zu erhalten.

Im Zuge des Ausbaues der Betriebsanlagen wurde im Werk Simmering die Eigenstromnotversorgungsanlage fertiggestellt. Der Ausbau der Erdgasgroßregelstation wurde beendet, gleichfalls jener der Erdgasinjektoranlage als Ersatz für Gasfördereinrichtungen. Der Meßwertcomputer für den Erdgaslastverteiler konnte in Betrieb genommen werden. Die Odorisierungseinrichtung für die Erdgashochdrucktransportleitung „West" wurde bestellt und wird 1982 in Betrieb genommen. Im Zuge eines Neubaues einer Lagerhalle des Hauptlagers für Fittings, Rohre, Bau- und Installationsmaterial wurden die Bauabeiten fast abgeschlossen, so daß mit einer Inbetriebnahme im Frühsommer 1982 gerechnet werden kann. Im Werk Leopoldau wurde die Vorwärmeeinrichtung für Erdgas aus der Erdgashochdruckleitung „Nord" samt Gebäude in Betrieb genommen. Der Ausbau der Vorregelstation sowie die Errichtung einer Regelstation für die Kugelgasbehälter wurden beendet, die Anlage konnte in Betrieb genommen werden. In der Erdgasgroßregelstation wurden ferngesteuerte Regelklappen eingebaut. Die Produktions- und Magazinsräume der ehemaligen Erdgasluftspaltanlage wurden zu Räumen für den Gebrechendienst umgebaut. Die beiden Kugelgasbehälter wurden fertiggestellt und konnten in Betrieb genommen werden. Ferner wurden rund 1,3 km Hochdruckleitungen verlegt, und zwar in den Bereichen West-Leitung (Kledering—Wienerberg), Süd-1-Leitung sowie die Leitungen zur Aufschließung des Industrieparkes Wien-Nord und des Alberner Hafens.

Im Hauptrohrnetz für Erdgas wurden 28.469 m Leitungen neu verlegt, davon 16.434 m Hoch- und Mitteldruckrohrleitungen und 12.035 m Niederdruckrohrleitungen. Im Zuge der Rohrnetzsanierung wurden 73.711 m Rohrnetz nach verschiedenen Verfahren saniert. Die Sanierungen erfolgten hauptsächlich im 2., 9. und 14. bis 21. Bezirk. Aus Versorgungs- und Sicherheitsgründen und wegen Straßenbauten mußten 93.284 m Hauptrohrleitungen gewechselt werden; davon waren 5.370 m Hoch- und Mitteldruckrohrleitungen und 87.914 m Niederdruckrohrleitungen.

Außerdem wurden 235 m Hoch- und Mitteldruckrohrleitungen, 7.265 m Niederdruckrohrleitungen, insgesamt 7.500 m, vorwiegend aus Sicherheitsgründen außer Betrieb genommen. Die Konsumenten wurden über andere Rohrstränge versorgt. Die Gesamtlänge des Rohrnetzes, einschließlich Erdgas-Hochdrucktransportleitungen, betrug Ende 1981 2,880.378 m; davon entfielen 460.688 m auf das Hoch- und Mitteldruckrohrnetz und 2,419.690 m auf das Niederdruckrohrnetz. Der Rauminhalt wurde mit 167.252 m³ beziffert; davon entfielen 61.955 m³ auf das Hoch- und Mitteldruckrohrnetz und 105.297 m³ auf das Niederdruckrohrnetz.

Die Bauaufsicht prüfte 1981 26.194 fremde Aufgrabungen. Im Zuge dieser Arbeiten wurden 2.603 Stellen am Hauptrohrnetz und 6.204 Zuleitungen freigelegt. Insgesamt wurden 61 durchgerostete Stahlrohre, 153 Rohrbrüche, 1.614 undichte Muffen, 549 undichte Zuleitungen, 303 undichte Rohrschellen und 144 undichte Armaturen aufgefunden und die Schäden behoben.

Ende 1981 standen insgesamt 291 Druckregleranlagen in Betrieb. Druckreduzierstationen zwischen den Transportleitungen und den Transportanschlußleitungen bestehen in Süßenbrunn, in der Ketzergasse, bei der Zentralwerkstätte der Verkehrsbetriebe sowie in den Werken Simmering und Leopoldau.

Bei den Behältern und Gasförderanlagen Baumgarten, Brigittenau und Wienerberg waren laufend Erhaltungs-, Überholungs- und Ausbauarbeiten durchzuführen. 954 Zuleitungen wurden neu hergestellt und 2.712 instand gesetzt, vom Gashauptrohrnetz 249 Zuleitungen getrennt. Anläßlich der Herstellung von neuen Straßenbelägen mußten 133 Untersuchungen an Zuleitungen durchgeführt werden. Insgesamt bestanden am Jahresende 98.821 Zuleitungen.

Die Zahl der Gaszähler hat sich im Jahre 1981 durch 6.583 Neuaufstellungen und 8.925 Wegnahmen um insgesamt 2.342 auf 759.464 mit einer maximalen Durchflußmenge von 6,340.107 m³/h verringert. Davon waren am Jahresende 720.227 oder 94,8 Prozent Wohnungszähler. Außerdem wurden 5 Münzgaszähler neu aufgestellt und 227 abmontiert. Am Jahresende standen in Waschküchen 5.591 Münzgaszähler, davon 3.742 in Gemeindebauten und 1.849 in Privatbauten, außerdem 263 Hochleistungsgaszähler in Benützung. In den eigenen Werkstätten wurden 83.846 Gaszähler untersucht, davon 2.200 wegen innerer Fehler oder gewaltsamer Beschädigung einer Generalreparatur unterzogen. 15.508 Stück wurden justiert und 19.775 der amtlichen Eichung zugeführt. Außerdem waren noch an weiteren 13.878 Gaszählern kleinere Reparaturen durchzuführen. Bei verschiedenen Gaszähler-Erzeugerfirmen wurden auf Kosten der Gaswerke 3.333 Zähler repariert, 1.078 mußten kostenlos instand gesetzt werden, daß die Garantiefrist der Firmen noch nicht abgelaufen war. 1981 wurden 52.010 Gaszählerfilter eingebaut, die einen sofort spürbaren Rückgang der Störungsanfälligkeit durch

Staubeinwirkung bei den Gasgeräten bewirkten. An 32.413 von zuständigen Fachfirmen verlegten Leitungsanlagen wurden von den Gaswerken Dichtheitsprüfungen durchgeführt, wobei sich in 993 Fällen Beanstandungen ergaben. Der Hausdienst wurde unter anderem zu 83.496 Zählerstandsablesungen, 20.351 Zählerüberprüfungen nach Reklamationen sowie zu 50.140 Ausstellungen von Benützungsbewilligungen herangezogen. Außerdem wurden 70.877 (1980: 56.102) Funktionsüberprüfungen in Haushalten sowie Gewerbe- und Industriebetrieben vorgenommen. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr resultiert hauptsächlich aus der schwerpunktmäßig in bestimmten Gebieten durchgeführten Überprüfung von 5-l-Gasdurchlaufwasserheizern ohne Abgasanlage, die vorgenommen wurde, um die Sicherheit beim Kunden zu gewährleisten. Ende 1981 verwendeten 13.423 Gewerbe- und 6.418 Industriebetriebe Gas. Die Gasgeräte und Gasfeuerstätten von 37.086 Anlagen wurden überprüft und nach Möglichkeit instand gesetzt. Wo größere Arbeiten zur Behebung von Mängeln erforderlich waren, wurden die Inhaber aufgefordert, die Instandsetzung durch Fachfirmen durchführen zu lassen. Danach wurden die Geräte neuerlich überprüft.

Im Jahre 1982 wurden 19.076 Anträge mit einer Nennbelastung von unter 500 kW erledigt, davon 19.072 mit einer Gesamtnennbelastung von 466.577,01 kW genehmigt und 4 mit einer Gesamtnennbelastung von 2.472 kW abgelehnt. Eine Nennbelastung über 500 kW lag bei 31 Anträgen vor, wobei alle mit einer Gesamtnennbelastung von 82.711,23 kW genehmigt wurden. Auf Grund der erteilten Genehmigungen konnten 14.673 Gasheizkessel, 5.841 Strahler und Radiatoren, 1.308 Außenwandheizöfen und 89 Speicheröfen an das Gasnetz angeschlossen werden.

Dem Gebrechenbehebungsdienst gingen 106.672 Störungsmeldungen zu. Zu den 36.691 behobenen Störungen und Gebrechen kamen 743 Fälle, in denen Zuleitungen mit CO_2 und Vakuum zu reinigen waren. 69.238 Fälle betrafen Ein- und Abschaltungen sowie Untersuchungen der Anlagen. Von den Störungen und Gebrechen entfielen unter anderem 11.487 auf Haushalts- und Gewerbegeräte, 19.337 auf Gaszähler und Gaszählerverbindungen und 5.092 auf Zu- und Steigleitungen. Der Rostanfall bei den mit Erfolg durchgeführten Vakuumreinigungen von 743 Zuleitungen ergab ein Gewicht von 96 kg.

Im Jahre 1981 ergaben sich insgesamt 68 Gasunfälle. Die Todesfälle waren 15 Unfälle durch Abgase und 4 Unfälle mit zweifelhafter Ursache. In 91 Fällen erkrankten Personen, und zwar 67 durch Abgase, 14 durch Zündschläge, weitere 7 bei zweifelhaften Unfällen sowie 3 bei Selbstmordversuchen.

Der Werbe- und Beratungsdienst mit der Informationsstelle in der Mariahilfer Straße wurde von 12.858 Personen besucht. Anläßlich der Ausstellung „senior aktuell" vom 6. bis 10. Mai in der Wiener Stadthalle war ein Beratungsdienst eingerichtet, der 178mal beansprucht worden ist.

Die „Behördlich autorisierte Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke — Gaswerke" hat 120 Gasgeräte und Armaturen geprüft. Weiters wurden im Versorgungsgebiet 29 Anlagen zur Erteilung von Einzelgenehmigungen überprüft sowie zahlreiche andere Prüfungen und Versuche, Heizwertbestimmungen und Arbeiten verschiedener Art vorgenommen.

Die Entwicklung im Bereich der Sonderabnehmer zeigte im Jahre 1981 den gleichen positiven Trend wie im Vorjahr. Der Schwerpunkt des Zuwachses lag dabei wieder bei den Blockheizwerken, und zwar mit 19 Anlagen für Wohnbauten und 15 Anlagen für Betriebe und öffentliche Institutionen. Es konnten wieder mit einer Reihe von Industriebetrieben Gasliefervertäge abgeschlossen werden. Als Sonderabnehmer wurden 46 Industrieanlagen, 55 Gärtnereien und 237 Blockheizanlagen betreut, wobei 937 Erhebungen und 1.930 Geräteüberprüfungen sowie 89 Erhebungen für Heizgasanträge über 500 kW Nennwärmebelastung erfolgten. Insgesamt 257 Anlagen mit Gebläsebrennern waren am Aufstellungsort zu überprüfen, außerdem 216 Abgassammler und 224 Einzelfänge mit insgesamt 1.513 Geräteanschlüssen. Dabei wurden 258 schadhafte Geräte festgestellt, 301 Abgasklappen mußten erneuert werden. Zur Behebung von Zugstörungen war die Errichtung von 8 Beistellfängen, die Montage von 79 Fangaufsätzen und die Sanierung von 248 Abgassammlern erforderlich.

Verkehrsbetriebe

Die Fahrgastfrequenz im Gesamtbetrieb (Straßenbahn, Stadtbahn, U-Bahn und Autobus) ist gegenüber dem Vorjahr um rund 1,9 Prozent auf 450,8 Millionen gestiegen. Der Vergleich mit den Ergebnissen des Jahres 1980 ist jedoch im Zusammenhang sowohl mit den Auswirkungen der Tariferhöhung per 1. Jänner 1980 als auch mit jenen der Tarifreform per 1. Jänner 1982 (Rückkauf bzw. Nachkauf, Minderkauf bzw. Mehrkauf) zu sehen. Bei vorsichtigem Abwägen aller damit verbundenen Faktoren kann nunmehr auch langfristig mit einer günstigeren Entwicklung gerechnet werden. Die Verkehrsverbesserungen, insbesondere durch die U-Bahn, und die sehr effiziente Fahrgastkontrolle lassen in zunehmendem Maße gleichfalls positive Auswirkungen auf die Fahrgastfrequenz erwarten. Die Wagennutzkilometer sanken im Gesamtbetrieb gegenüber 1980 um 5,823.642 km auf 86,167.554 km. Dieser Rückgang ist im wesentlichen auf die Reduzierung des Stadtbahnbetriebes zurückzuführen.

Die Frequenz im Schienenbetrieb (Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn) ist im Jahre 1981 um 2,6 Prozent auf 367,7 Millionen gestiegen, die Wagen-Nutzkilometerleistung um 8,2 Prozent auf 67,9 Millionen Kilometer

zurückgegangen. Im Jahre 1981 konnten durch Rationalisierungsmaßnahmen insgesamt 87 Fahrbedienstete eingespart werden. Per Jahresende wurden 18 Straßenbahnlinien ganztägig und 15 Straßenbahnlinien im Abend-, Samstag- bzw. Sonn- und Feiertagsverkehr im Einmannbetrieb geführt, auf 30 Straßenbahnlinien an Werktagen ganztägig schaffnerlose Beiwagen eingesetzt. Die Stadtbahnlinien G und GD konnten am Jahresende bereits zu 55 Prozent mit Zügen der Wagentype E_6 (c_6) betrieben werden.

Eine Reihe von Betriebsmaßnahmen mußte auch 1981 getroffen werden. Um die Verlängerung bis zum Praterstern zu ermöglichen, wurde die U-Bahn-Linie U 1 vom 31. Jänner bis 6. Februar zwischen Reumannplatz und Stephansplatz kurzgeführt. Ab 16. Februar war das neue Verbindungsgleis von der Universitätsstraße zum Dr.-Karl-Lueger-Ring für die künftige Straßenbahnlinie 2 befahrbar. Ab 21. Februar konnte der Streckenabschnitt Nestroyplatz—Praterstern für den Probebetrieb freigegeben werden. Gleichzeitig wurde das Expedit der U-Bahn-Linie U 1 in der Station Praterstern eröffnet. Am 28. Februar wurde der Fahrgastbetrieb zwischen Nestroyplatz und Praterstern aufgenommen. Ab 1. März wurde im Zuge der Verlängerung der U-Bahn-Linie U 1 das Oberflächennetz neu gestaltet. Die Linien A, Ak, B, Bk, 25 R/k und 43 wurden eingestellt. Neue Linien sind die Linie 1 von Stadlauer Brücke über Taborstraße—Ring—Kai—Taborstraße zur Stadlauer Brücke; Linie 2 von Neuwaldegg über Ring—Kai nach Neuwaldegg; Linie 22 von Kaisermühlen zum Praterstern. Mit geänderter Linienführung fährt die Linie 25 von Leopoldau zum Praterstern und die Linie 26 von Stadlau gleichfalls zum Praterstern. Die Linie O wurde an Werktagen während der Früh- und Abendverkehrsspitze ab Praterstern zum Elderschplatz verlängert. Ebenfalls ab 1. März befuhren die Züge der Linien N, 1 und 2 die neue Gleisanlage am Julius-Raab-Platz. Am 8. Mai wurde im Gedenken an das Ableben des Herrn Stadtrates Heinz *Nittel* in der Zeit von 15 bis 15.05 Uhr der gesamte Verkehr der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe für fünf Gedenkminuten stillgelegt. Am 16. Mai wurde anläßlich der Eröffnung der Wiener Festwochen der Ringverkehr in der Zeit von 14 bis ungefähr 23 Uhr im Bereich zwischen Stadiongasse und Schottentor eingestellt. Am 23. und 24. Mai mußte für die Linien 40 und 41, bedingt durch Arbeiten am Brückentragwerk der Vorortelinie Gentzgasse, ganztägig ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet werden. In diesem Zusammenhang konnte auch die Linie 9 an diesen beiden Tagen nur zwischen Mariahilfer Straße und Antonigasse verkehren. Für den restlichen Streckenteil wurde ein Schienenersatzverkehr mit Autobussen eingerichtet. Am 30. Mai wurde die Straßenbahnhaltestelle „Donauinsel" auf der Floridsdorfer Brücke eröffnet. Am 6. Juni konnte am Karlsplatz die Wendeanlage für die U-Bahn-Linie U 4 in Betrieb genommen werden. Ab 4. Juli, Betriebsbeginn, mußten wegen Umbauarbeiten für den U-Bahn-Betrieb der provisorische Abfahrtsbahnsteig, der Zugang vom ÖBB-Bahnsteig und das Expedit in Hütteldorf aufgelassen werden. Am 28. August wurde für die Dauer der Umstellungsarbeiten von Stadtbahn- auf U-Bahn-Betrieb zwischen Hütteldorf und Karlsplatz ein Schienenersatzverkehr mit Gelenkbussen eingerichtet. In diesem Zusammenhang mußten auch die Linien G und GD im Streckenteil Währinger Straße—Meidlinger Hauptstraße sowie die U-Bahn-Linie U 4 zwischen Karlsplatz und Meidling eingestellt werden. Mit gleichem Datum wurden die neuen Gleise in Seitenlage in der Jörgerstraße zwischen Gürtel und Bergsteiggasse in Betrieb genommen. Am 31. August wurde die U-Bahn-Linie U 4 bis Hietzing verlängert, die Stadtbahnlinie W aufgelassen und ein Schienenersatzverkehr zwischen Hietzing und Hütteldorf eingerichtet. Mit gleichem Datum konnte die neue Wendeanlage in der Station Meidling-Hauptstraße in Betrieb genommen werden. Ab 7. September wurde an Werktagen in den Spitzenzeiten jeder zweite Zug der U-Bahn-Linie U 2 unter der Bezeichnung U 2/4 über die Station Schottenring hinaus auf den Gleisen der U 4 zurück zum Karlsplatz und weiter bis Hietzing geführt. Das Experiment dieses Mischbetriebes hat sich jedoch nicht bewährt, so daß es am 28. September wieder eingestellt wurde. Am 26. September wurde anläßlich des Festzuges „90 Jahre Ottakring bei Wien" die Linie 46 in der Zeit von 14 bis 17.20 Uhr eingestellt. Ab 13. Dezember wurde im Streckenteil Hietzing—Hütteldorf der Probebetrieb aufgenommen. Die Züge der U-Bahn-Linie U 4 wurden ab Hietzing bis zur Endstelle Hütteldorf ohne Fahrgäste geführt. Ab 20. Dezember wurde das letzte Teilstück der Linie U 4 von Hietzing bis Hütteldorf in Betrieb genommen. Im Zuge des Beschleunigungsprogramms konnten ab 31. Dezember die Betriebsgleisbögen Simmeringer Hauptstraße—Gottschalkgasse—Sedlitzkygasse befahren werden.

Anläßlich der Wiener Frühjahrs- und Herbstmesse, der Wiener Festwochen, des Muttertages, von Veranstaltungen im Wiener Stadion und auf den übrigen Sportplätzen, in der Wiener Stadthalle, auf dem Renn- und Trabrennplatz und in der Kurhalle Oberlaa war ein vermehrter Wageneinsatz erforderlich. Veranstaltungen im Radrennstadion, dem Praterfest, dem „Tag der offenen Tür", der Wiener Festwocheneröffnung, dem Allerheiligenverkehr, dem Vorweihnachts-, Weihnachts- und Silvesterverkehr sowie dem Bäder- und Ausflugsverkehr mußte ebenfalls durch ein verbessertes Platz- und Intervallangebot Rechnung getragen werden. Für den Schülerverkehr war die Straßenbahnlinie 10 verstärkt zu führen.

Die größte Fahrleistung auf der Straßenbahn, ausgenommen jene am 1. November, wurde am Dienstag, dem 20. Jänner, mit 163.660 Wagennutzkilometern, auf der Stadtbahn am Dienstag, dem 27. Jänner, mit 46.287 Wagennutzkilometern und auf der U-Bahn am Mittwoch, dem 16. Dezember, mit 31.502 Wagennutzkilometern erzielt. Die saisonbedingten, periodischen F r e q u e n z z ä h l u n g e n durch die Schaffner wurden auch

im Jahre 1981 wie üblich durchgeführt. Weiters erfolgten zu Verrechnungszwecken im März, Juli und Oktober Fahrgastzählungen auf der S-Bahn.

Die Betriebsüberwachung hat mit Hilfe von 118 Revisoren, 66 Kontrolloren und von 196 zusätzlich geschulten Fahrscheinprüfern insgesamt 466.301 Wagenkontrollen (1980: 325.422) mit 125.575 meldepflichtigen Vorgängen (70.589) durchgeführt. Es wurden hiebei 4,776.776 Fahrgäste (1980: 3,197.180) kontrolliert und in 123.684 Fällen (59.784) Mehrgebühren eingefordert bzw. eingehoben. Vom 1. Oktober bis einschließlich 12. Dezember wurde eine spezielle Kontrollaktion mit dem Titel „Keine Schonzeit für Schwarzfahrer" durchgeführt, wobei 702.062 Fahrgäste kontrolliert und in 23.044 Fällen Mehrgebühren eingefordert bzw. eingehoben wurden.

Neben dem normalen Dienst zu den Hauptverkehrszeiten waren die Beamten der Betriebsüberwachung bei verschiedenen Sonderveranstaltungen, wie zum Beispiel bei Ringablenkungen im Zusammenhang mit Demonstrationen, bei kirchlichen Umzügen, Sportveranstaltungen im Stadion und in der Stadthalle, tätig. Wieder hat sich der betriebseigene Funkwagendienst im Einsatz bei Verkehrsunfällen und Betriebsereignissen sowie bei Störungsbehebungen gut bewährt.

Im Lastenverkehr wurden für die Verkehrsbetriebe und private Baufirmen insgesamt 4.361 Fahrten geleistet.

Im Jahre 1981 konnten 428 Männer und 51 Frauen für den Fahrdienst aufgenommen werden. Dem steht ein Abgang durch Kündigung, Pensionierung oder Tod von insgesamt 287 Bediensteten gegenüber. 660 Bedienstete wurden einer Grundausbildung zugeführt, davon 374 Bedienstete für den Fahrdienst und 286 für den Schaffnerdienst. Außerdem wurden 2.623 Bedienstete als Stellwerkswärter, für den Zentralfriedhofsverkehr, als Staplerfahrer und als Fahrscheinprüfer in Wiederholungsschulen und Seminaren ausgebildet, darunter 1.929 als Fahrer und 694 als Schaffner, Fahrer und Lenker mit Schaffnerschule. Am Jahresende standen 35 Straßenbahnlinien, 2 Stadtbahnlinien und 3 U-Bahn-Linien in Betrieb.

Die Fahrgastfrequenz ist im Autobusbetrieb um 1,1 Prozent auf 83,1 Millionen Beförderungsfälle gesunken, die Wagen-Nutzkilometerleistung um 1,5 Prozent auf 18,3 Millionen Kilometer gestiegen.

Im einzelnen wurden folgende wesentliche Betriebsmaßnahmen getroffen: Ab 1. März wurde aus kundendienstlichen und betriebstechnischen Gründen die in Tarifgemeinschaft mit den Wiener Stadtwerken — Verkehrsbetriebe geführte Autobuslinie 46 B der Firma Dr. Richard im Linienteil Maroltingergasse—An der Scheibenwiese mit dem neuen Liniensignal 45 B betrieben. Für den Streckenteil Maroltingergasse—Wilhelminenberg—Maroltingergasse blieb das Liniensignal 46 B erhalten. Insgesamt wurden 3 Haltestellen aufgelassen, 19 neu errichtet, 13 für ständig verlegt und 5 in Doppelhaltestellen für Autobus- und Straßenbahnbetrieb umgewandelt. Vorübergehende Verlegungen sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Ein Autobusersatzverkehr wurde für 31 Linien der Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn eingerichtet. Außerdem mußten zahlreiche Sonderfahrten auf Bestellung durchgeführt werden. 156 Bedienstete wurden einer Grundausbildung zugeführt, und zwar 119 für den Autobuslenkerdienst und 37 für den Verschublenkerdienst. Ferner wurden 816 Bedienstete auf anderen Gebieten, und zwar 559 als Lenker für Sondertypen und mit Wiederholungsschulungen 257 als Lenker im allgemeinen, ausgebildet. Der Wagenpark für den Linien- und Mietwagenverkehr bestand mit Jahresende aus 386 Autobussen. Die größte Fahrleistung im Autobusbetrieb wurde am Montag, dem 14. Dezember, mit 55.121 Wagennutzkilometern erzielt. Ende 1981 standen 40 Autobuslinien in Betrieb.

Die Abteilung für Betriebsangelegenheiten und elektrische Streckenausrüstung der U-Bahn hat 1981 folgende Arbeiten durchgeführt: Nach Beendigung der Montagearbeiten für die betriebstechnische und elektrische Streckenausrüstung konnte der Streckenabschnitt der Linie U 1 zwischen Nestroyplatz—Praterstern am 28. Februar eröffnet werden. Nach Abschluß der umfangreichen Umstellungsarbeiten konnte der U-Bahn-Betrieb am 31. August zwischen Meidling-Hauptstraße und Hietzing aufgenommen und am 20. Dezember bis Hütteldorf erweitert werden. In enger Zusammenarbeit mit den Magistratsdienststellen, den Elektrizitätswerken sowie den Zivilingenieuren wurden Linienvarianten der U 3 und U 6 untersucht und beurteilt, außerdem Stationsplanungen für beide Linien durchgeführt. Für den zu errichtenden Bahnhof Erdberg sind verschiedene Untersuchungen über Varianten bezüglich Wagenabstellkapazität ausgearbeitet worden. Weiters ist ein ausführlicher Organisationsplan für die erforderlichen Umbauphasen des Oberbaues bei der Linie U 2 erstellt worden. Die Traktionsstromanlagen, die Stromschienen, Verkabelungen sowie die Errichtung von Schaltanlagen wurden für die Betriebsaufnahmen der U 1 bis Praterstern und der U 4 bis Hütteldorf termingerecht fertiggestellt. Dies gilt auch für die notwendige Niederspannungs- und Notstromanlage. Für die in Betrieb genommenen Stationen konnten auch die Fernwirkanlagen in der Leitstelle und in den Stationsüberwachungen betriebsbereit zur Verfügung gestellt werden. Die Stromversorgungsanlagen wurden baufortschreitend auf der Linie U 1 vom Praterstern bis nach Kagran fortgesetzt. Für die in Betrieb gegangenen Stellwerke und Sicherungsanlagen Praterstern und Hütteldorf erfolgten termingerecht die Überprüfungen und somit auch die Betriebsbewilligungen durch die Aufsichtsbehörde. Die Projektierung und Montage des Stellwerkes Kagran wurden dem Baufortschritt angepaßt. Die Montage der Stationsüberwachungen, der Fernsehüberwachung, des Funkes, der Telephonanlagen, Notrufstellen, Uhren- und Zugzielanzeigeranlagen wurde in den in Betrieb gegangenen Teilabschnitten rechtzeitig abgeschlossen. Im Teilabschnitt der Linie U 1 (Praterstern—Kagran)

wurde die Installation der fernmeldetechnischen Anlagen fortgesetzt. Die maschinellen Einrichtungen der U 1 und U 4 wurden von der Aufsichtsbehörde genehmigt und in Betrieb genommen. Zu dem von der MA 32 vorgelegten Bericht über die Tunnellüftungsanlagen wurden die Planungen für den Ausbau der Schwallüftungsanlagen für weitere Linien ausgearbeitet. Die Fernsteuerwarte der Stromversorgung wurde für die Inbetriebnahme der Teilabschnitte der U 1 und U 4 fertiggestellt, an der Erweiterung der Anlage bis Kagran gearbeitet und die zentrale Stationsüberwachung auf die eröffneten Teilabschnitte ausgedehnt. Das Zentralstellwerk Karlsplatz wurde für die in Betrieb gegangenen Teilabschnitte der Linien U 1 und U 4 weiter ausgebaut.

Die Abteilung für bautechnische Angelegenheiten der U-Bahn hat 1981 folgende Arbeiten durchgeführt: Auf der Linie U 1 wurden in der Station Praterstern vor der Eröffnung am 28. Februar die restlichen Oberbauarbeiten durchgeführt, der U-Bahn-Oberbau bei der Reichsbrücke bzw. die Gleisbauarbeiten zwischen Reichsbrücke und Kagran abgeschlossen und in der Abstellhalle Kagran die restlichen Gleise verlegt. Im Bereich der U-Bahn-Linie U 2 wurden Rest- und Ausbesserungsarbeiten durchgeführt. Auf dem U-Bahn-Betriebsbahnhof Wasserleitungswiese wurde mit dem Bau von zusätzlichen Nebengebäuden begonnen. Weiters konnten im Bereich Julius-Raab-Platz die Tiefbauarbeiten für das Abzweigungsbauwerk zur U 3 abgeschlossen werden. Die bereits im Vorjahr begonnenen Arbeiten zur Herstellung einer Wende- und Abstellhalle am Karlsplatz wurden weitergeführt und abgeschlossen. Die Gleis- und Tiefbauarbeiten wurden sowohl im Streckenabschnitt Meidling und Braunschweiggasse als auch in den Wendeanlagen Meidling und Hietzing abgeschlossen, so daß am 31. August die U 4 bis Hietzing verlängert werden konnte. Weiters mußten noch die Bahnsteige in Meidling, Schönbrunn und Hietzing gehoben werden. In den Stationen Braunschweiggasse, Unter St. Veit und Ober St. Veit wurden die Baumeisterarbeiten abgeschlossen und die Bahnsteige bis auf Restarbeiten fertiggestellt. Auch die Arbeiten an den Aufnahmegebäuden in den Stationen Unter St. Veit und Ober St. Veit wurden weitgehend abgeschlossen, der Innenausbau konnte bis auf Restarbeiten vollendet werden. Nach Einstellung des Stadtbahnbetriebes konnten die Arbeiten für die Bahnhofsanlagen Hütteldorf in vollem Umfang aufgenommen werden. Für den Bereich des Aufnahmegebäudes, des Bahnsteiges einschließlich Stellwerk und Expedit sowie für das Unterwerk und diverse Betriebsräume wurden die Baumeisterarbeiten abgeschlossen. Die Bauarbeiten für die Gleise 1 und 2 einschließlich ihrer Verbindung zwischen Hütteldorf und Ober St. Veit konnten ebenfalls termingerecht beendet werden. Mit den Arbeiten an der Hallenkonstruktion für die zukünftige Abstellhalle wurde begonnen. Die Abteilung für bautechnische Angelegenheiten der U-Bahn hat im eigenen Wirkungsbereich Planungsarbeiten für den U-Bahn-Betriebsbahnhof Erdberg, die Stationen Michelbeuern und Längenfeldgasse (U 4 und U 6) durchgeführt, wobei das Projekt Michelbeuern abgeschlossen werden konnte. Weiters hat die Abteilung an den Planungsarbeiten der MA 18 und MA 38 mitgearbeitet.

Der Wagenpark der Straßenbahn, Stadtbahn und U-Bahn umfaßte zu Jahresbeginn 1981 einen Gesamtstand von 1.737 Personenfahrzeugen, der sich in 760 Straßenbahn-Triebwagen und 637 Straßenbahn-Beiwagen, in 92 Stadtbahn-Triebwagen und in 108 Stadtbahn-Beiwagen sowie in 120 U-Bahn-Doppeltriebwagen gliedert. Wegen Überalterung, Fahruntauglichkeit bzw. Übernahme in den Stand der Hilfsfahrzeuge wurden 73 Triebwagen der Typenreihen L_3, L_4, T_2, C_1 und N_1 sowie 69 Beiwagen der Typenreihen c_1, 1, 1_3 und n_2 ausgeschieden. 2 Einmann-Gelenktriebwagen der Reihe E_2, 8 Zweirichtungs-Gelenktriebwagen E_6 und 7 Gelenkbeiwagen der Type c_6 sowie 12 U-Bahn-Doppeltriebwagen wurden angeschafft. Somit umfaßte der Wagenpark zum Jahresende 1.624 Personenfahrzeuge, und zwar 721 Straßenbahn-Triebwagen und 642 Straßenbahn-Beiwagen, 68 Stadtbahn-Triebwagen und 61 Stadtbahn-Beiwagen sowie 132 U-Bahn-Doppeltriebwagen. Beim Straßenbahnbetrieb beträgt der Stand an sechsachsigen Gelenktriebwagen derzeit 483 Wagen, das sind 67 Prozent aller Straßenbahn-Personentriebwagen; beim Stadtbahnbetrieb beträgt der Stand an sechsachsigen Gelenktriebwagen derzeit 26 Wagen (38 Prozent aller Stadtbahn-Personentriebwagen) und an sechsachsigen Gelenkbeiwagen derzeit 17 Wagen (28 Prozent aller Stadtbahn-Personenbeiwagen). Insgesamt standen somit 698 Triebwagen und 642 Beiwagen für den schaffnerlosen Beiwagenbetrieb zur Verfügung, wobei von den Triebwagen 393 Gelenkzüge für den Einmannbetrieb verwendbar sind.

Im Wagenpark der Autobusse wurden im Jahre 1981 10 Gelenkzugautobusse der Type GU 230/54/69/A und 27 Normalautobusse der Type GS LU 200/M 11 in Betrieb genommen. Die neuen Autobusse sind für den Einmannbetrieb mit Funk- und Tonbandgeräten sowie mit automatischen Rollbandapparaten zur Fahrtzielanzeige in Front und an der Seite ausgestattet. Sowohl die Normalautobusse als auch Doppeldeckautobusse werden mit einem reinen Flüssiggasmotor betrieben, die Gelenkzugautobusse sind hingegen mit einem Motor für Flüssiggasmischbetrieb ausgerüstet. Im Jahre 1981 wurden 22 Normalautobusse, 9 Gelenkzugautobusse und 1 City-Bus ausgeschieden. An Sonderfahrzeugen wurden zwei Lastkraftwagen (ausgestattet mit Kipper, Kran und Schneepflug), zwei Schweißwagen, ein Oberleitungs-Rüstwagen mit Gelenksteiger, ein Oberleitungs-Revisionswagen mit Scherenhubbühne und ein Pritschenwagen mit Ladebordwand in Betrieb genommen. Mit der Anschaffung eines dritten Universalrüstwagens wurde das Erneuerungsprogramm der Rüstwagen fortgesetzt. Für die Garage Spetterbrücke wurde ein zweiter Flüssiggasbehälter angeschafft. Weiters konnte das Erneuerungsprogramm der Bremsprüfstände mit der Inbetriebnahme des letzten Prüfstandes in der Garage

Vorgarten abgeschlossen werden. Insgesamt standen 386 Autobusse zur Verfügung, davon sind 67 Doppeldeckautobusse, 144 Gelenkzugautobusse, 154 Normalautobusse und 21 City-Busse.

Unter den Hochbauarbeiten sind die Bauarbeiten zur Errichtung eines Stationsgebäudes und von vier Wartehallen im Bereich der Haltestelle der Straßenbahnlinien 132 und 331 am Friedrich-Engels-Platz zu nennen, die im Juli planmäßig abgeschlossen wurden. Für das Fahrpersonal der Straßenbahnlinien 40 und 41 wurden die Gaststättenräume in 18, Simonygasse 12, in den Monaten August bis September zu Wagenabfertigungsräumen umgebaut und im Oktober in Betrieb genommen. Das ehemalige Wagenabfertigungsgebäude mußte im Zuge des Ausbaues der Vorortelinie abgetragen werden. In der Garage Raxstraße wurde im September mit dem Neubau einer zusätzlichen Abstellhalle für Autobusse begonnen, in der Zentralwerkstätte eine Flüssiggas-Tankanlage mit einer Zapfsäule und einem Flüssiggasbehälter für 4.800 Liter errichtet. In den Stationen Braunschweiggasse bis Hütteldorf wurden die Sanitär-, Heizungs- und Lüftungsinstallationen sowie Reinigungsarbeiten durchgeführt. Die Bauarbeiten für die Generalinstandsetzung einiger Wohnhausanlagen im 10. und 19. Bezirk nach § 7 des Mietengesetzes konnten abgeschlossen werden.

Bedingt durch die Betriebsaufnahme der U 1 bis Praterstern und der damit verbundenen Linienänderungen der Straßenbahn wurde die definitive Gleisanlage am Julius-Raab-Platz in Betrieb genommen. Auf Grund des Umbaues der Kreuzung Landesgerichtsstraße—Universitätsstraße wurde die Doppelgleistrasse im Kreuzungsbereich Universitätsstraße bis Frankhplatz den örtlichen Gegebenheiten angepaßt. Durch den Neubau des Universitätszentrums und die Überbauung des Franz-Josefs-Bahnhofes sowie durch den damit verbundenen Straßenumbau wurde eine Umlegung der Gleistrasse in der Althanstraße notwendig. Zur Verbesserung der Umsteigemöglichkeiten zwischen den Linien 6, 15 A und 71 und zur Schaffung einer zusätzlichen Umkehrmöglichkeit für die Linie 71 wurde die Schleife Gottschalkgasse—Sedlitzkygasse—Grillgasse umgebaut. Die notwendige Gleiserneuerung in der Jörgerstraße im Bereich Gürtel bis Elterleinplatz wurde zum Anlaß genommen, die Doppelgleistrasse in Seitenlage als selbständigen Gleiskörper zu verlegen. Im Bereich Grinzinger Allee—An den langen Lüssen wurde die Doppelgleistrasse verlegt, um die dort herrschende Verkehrssituation zu entschärfen. Im Zusammenhang mit der Erweiterung der U-Bahn-Linie U 1 bis Kagran konnten die Vorarbeiten für den Anschluß der Straßenbahnlinien 25 und 26 an das U-Bahn-Netz abgeschlossen werden. Weiters erfolgten noch einige größere Gleiserneuerungen und Ergänzungen sowie an 52 Stellen im Gleisnetz kleine Gleisbauten. Mehrere Haltestelleninseln wurden verlängert bzw. neu gebaut.

In der Zentralwerkstätte mußten insgesamt 1.481 Schienenfahrzeuge (943 Triebwagen und 538 Beiwagen), 2.247 Kraftfahrzeuge (davon 1.115 Autobusse) und 1.052 Drehgestelle repariert werden. Im Rahmen des Beschleunigungsprogramms konnte die Ausrüstung der Wagentypen E_E, E_1E, c, c_2, c_3 und c_4 mit „Schnellabfertigung" abgeschlossen werden. Somit sind alle Einmannzüge, die mit den Triebwagen der Type E_E und E_1E und den dazugehörigen Beiwagen geführt werden, für das beschleunigte Abfertigungsverfahren eingerichtet. Die Hauptuntersuchungen an U-Bahn-Wagen wurden ab September 1981 im zweiwöchigen statt dreiwöchigen Rhythmus durchgeführt.

Bis zum Jahresende ereigneten sich im Straßenbahn-, Stadtbahn- und U-Bahn-Betrieb insgesamt 4.088, im Autobusbetrieb 1.124 Unfälle. An Haftpflichtentschädigungen und Renten für Körperverletzungen sowie Entschädigungen für Sachschäden mußten insgesamt 11,5 Millionen Schilling gezahlt werden. Schadenersatzansprüche wurden in der Höhe von 17,0 Millionen Schilling geltend gemacht.

Städtische Bestattung

Der Städtischen Bestattung wurden im Jahre 1981 21.866 Bestattungen zur Durchführung übertragen, wobei der auf Kremationen entfallende Anteil 3.967 Fälle oder 18,2 Prozent betrug. Weitere Aufträge betrafen 1.997 Exhumierungen und Wiederbeerdigungen sowie 727 Überführungen in das In- und Ausland. Überführungen im Wege des Flugtransportes wurden nach Ägypten, Australien, Bulgarien, in die Bundesrepublik Deutschland, nach Griechenland, Großbritannien, Irak, Iran, Israel, Italien, Jordanien, Norwegen, Schweden, Syrien, in die Türkei und in die USA übernommen. Überführungen auf dem Landweg wurden in die Bundesrepublik Deutschland, ČSSR, nach Italien, Jugoslawien, Rumänien, in die Schweiz und nach Ungarn durchgeführt. Einschließlich verschiedener anderer Leistungen wurden der Städtischen Bestattung im Jahre 1981 insgesamt 29.507 (1980: 29.408) Aufträge erteilt. Davon hat das Unternehmen 624 zu eigenen Lasten durchgeführt, weil Hinterbliebene fehlten, die für die Kosten aufgekommen wären.

Der Anteil, den das Unternehmen an Wiener Bestattungen hat, lag bei 95,3 Prozent, den Rest besorgten Pächter von Konzessionen der Städtischen Bestattung in den an Wien angrenzenden Gemeinden oder Erfüllungsgehilfen des Unternehmens. Mit 2.893 Fällen wurden im Jänner die meisten Aufträge übernommen, während die niedrigste Auftragszahl im September mit 2.195 Fällen zu verzeichnen war.

Der Fuhrpark hatte eine Fahrleistung von rund 777.000 km zu verzeichnen, das sind um 12.000 km weniger als im Vorjahr. Auf den einzelnen Auftrag entfielen etwa 26 km, wobei die tägliche Leistung von etwa 3.050 km der Entfernung von Wien nach Gibraltar entspricht.

Das Unternehmen verfügte Ende 1981 über 20 Fourgons, 15 Glas- und Blumenwagen, 8 Konduktwagen sowie über 17 sonstige Fahrzeuge für Wirtschafts-, Mannschafts- und Kurierfahrten.

Im Sargerzeugungsbetrieb wurden 48.892 Särge, und zwar um rund 1.400 mehr als im Vorjahr, hergestellt. Ein Teil der Sargproduktion ist für den Verkauf an Bestatter in den Bundesländern bestimmt.

Die Anzahl der dem Unternehmen erteilten Aufträge für künftige Bestattungen (Lebzeitenaufträge) verringerte sich gegenüber dem Jahre 1980 um 0,5 Prozent auf 2.519.

Am 25. März wurde auf dem Friedhof Großjedlersdorf die Aufbahrungshalle wegen Instandsetzungsarbeiten für Bestattungen gesperrt. Im Zuge der Neugestaltung des Aufbahrungsraumes wurde auch die Möglichkeit zur Abhaltung von Kremationsfeiern geschaffen, außerdem eine Anlage zur Wiedergabe von Tonbandmusik installiert. Für die Zeit des Umbaues stand eine provisorische Aufbahrungshalle zur Verfügung. Auf dem Friedhof Altmannsdorf wurde am 8. Mai die nach den Plänen von Prof. Dipl.-Ing. Erich *Boltenstern* umgebaute Aufbahrungshalle wieder in Betrieb genommen. Bei der Innenausgestaltung der Halle wurden jene Überlegungen, die für alle umgebauten Aufbahrungshallen Geltung haben, beibehalten. Die Aufbahrungshalle auf dem Friedhof Altmannsdorf war die erste Halle, die nach Aufhebung des Sperrfriedhofbeschlusses durch den Gemeinderat einer Umgestaltung unterzogen wurde. Die vorgesehenen Renovierungs- und Instandsetzungsarbeiten in den Aufbahrungshallen auf den Friedhöfen Grinzing, Hietzing, Ober St. Veit, Südwest, Erlaa, Hernals, Heiligenstadt und Nußdorf wurden plangemäß durchgeführt. Ebenfalls renoviert wurde die in der Zentrale des Unternehmens untergebrachte Anmeldestelle für Todesfälle (Filiale 4), die nicht mehr den für den Kundendienst geltenden Grundsätzen entsprach. Instandsetzungsarbeiten kleineren Umfanges wurden in den Filialen 8 und 13 und in den Betriebsstellen 11 und 21 durchgeführt. Die Umbauarbeiten an der seit 4. Februar 1980 gesperrten Aufbahrungshalle 1 auf dem Wiener Zentralfriedhof konnten termingerecht fortgesetzt werden. Auf Grund des Baufortschrittes ist anzunehmen, daß die Arbeiten bis Ende 1983 bzw. Anfang 1984 abgeschlossen sein werden. Seit 7. September werden in der Feuerhalle Stammersdorf bis auf weiteres keine Kremationen mehr vorgenommen, sondern alle Einäscherungen in der Feuerhalle Simmering durchgeführt. Das Unternehmen beobachtet laufend, ob sich dadurch Mehrbelastungen ergeben bzw. ob sich diese in vertretbaren Grenzen halten.

Die für Wien überaus schwierige Regelung bezüglich der Blumenspenden bei Kremationen wurde auf Grund von Anregungen aus dem Kreise der Hinterbliebenen abgeändert. Die Änderung besteht darin, daß Blumenspenden auch auf ein auf demselben Friedhof vorhandenes Urnengrab gebracht werden. Im Hinblick auf den sehr beschränkten Platz können allerdings höchstens drei Kränze oder die entsprechende Anzahl von Blumensträußen, deren Auswahl die Hinterbliebenen treffen, auf dem Urnengrab abgelegt werden. Blumenspenden, über die nicht verfügt wird, werden von der Städtischen Bestattung der Friedhofsverwaltung übergeben, die sie ihrem natürlichen Vergehen zuführt.

Mit Jahresbeginn 1981 wurde die Hauptbuchhaltung an die im Oktober 1980 neu installierte Datenverarbeitungsanlage angeschlossen. Ab diesem Zeitpunkt werden sämtliche Daten der Finanzbuchhaltung sowie der Betriebsabrechnung und Kalkulation in Form einer kontenlosen Buchführung abgewickelt.

Die im Jahre 1971 installierte ortsfeste Funkanlage, die dazu dient, die Abholung Verstorbener wirtschaftlich und rasch durchzuführen, mußte auf Grund häufiger Störungen durch eine neue Anlage ersetzt werden. Diese wurde im Dezember 1981 in Betrieb genommen.

Wie alljährlich wurden am 1. November in den Aufbahrungshallen auf verschiedenen Wiener Friedhöfen von den Religionsgemeinschaften Totengedenkfeiern abgehalten und bei den Mahnmalen für die Gefallenen der beiden Weltkriege von diversen Verbänden Gedenkfeiern veranstaltet. Zu diesen Feiern stellte das Unternehmen Aufbahrungsgegenstände und Personal zur Verfügung.

In der Schriftenreihe über das österreichische Bestattungswesen wurde der dritte Teil mit dem Titel „Auszeichnungen und Ehrungen" herausgebracht. Dieses Buch, das als Hilfsmittel für die Anordnung der Orden und Ehrenzeichen bei einer Trauerfeier bzw. in den Trauernachrichten dienen soll, ist als Arbeits- und Schulungsbehelf für die Mitarbeiter des Unternehmens, aber auch für die Berufskollegen in den Bundesländern bestimmt. Als vierter Teil wurde in derselben Schriftenreihe ein Fragenkatalog für die im Rahmen des Befähigungsnachweises abzulegende Prüfung veröffentlicht, der dem Prüfungswerber die Möglichkeit bieten soll, sein Wissen zu kontrollieren und zu vervollständigen.

Der Preisunterausschuß der Paritätischen Kommission hat den Sargerzeugern am 17. Juni eine Preiserhöhung bei den Hartholzsärgen um maximal 8 Prozent und bei Weichholzsärgen um maximal 6 Prozent zuerkannt. Ebenfalls mit Genehmigung des Preisunterausschusses der Paritätischen Kommission wurden die eingetretenen Lohn- und Gehaltserhöhungen in Entsprechung der Personaltangente auf die Verkaufspreise für Metallsärge und Einsätze umgelegt. Die Erhöhung betrug durchschnittlich 2,5 Prozent.

Die Mitarbeiter des Unternehmens, insbesondere jene, die, in welcher Funktion immer, mit Hinterbliebenen in Kontakt kommen, werden — unabhängig von der ersten Einschulung — immer wieder Schulungen unterzogen. Auf diese Weise soll der Gefahr der Abstumpfung entgegengewirkt und das kundenfreundliche Verhalten auf jenem Niveau erhalten werden, das vom Unternehmen seit jeher angestrebt wird und auch vielfach Anerkennung findet. Im Rahmen der betrieblichen Fort- und Weiterbildung wurden im März von Herrn Universi-

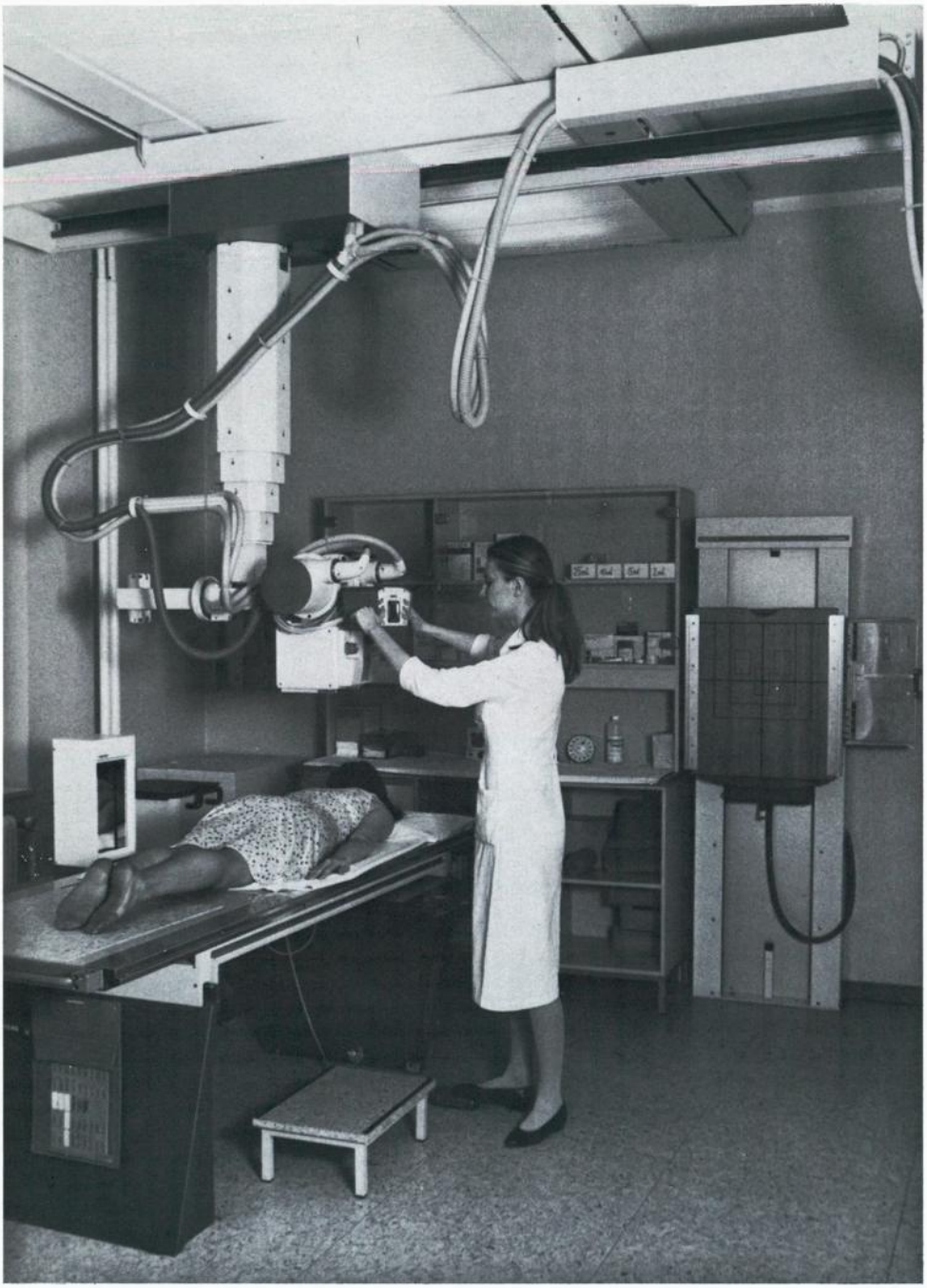


Trauerfeier für den Amtsführenden Stadtrat Heinz Nittel in der Feuerhalle Wien-Simmering

Wiener Stadtwerke — Städtische Bestattung

Aufbahrungshalle im Friedhof Altmannsdorf





Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien

Neu eingerichtetes Röntgeninstitut im Sanatorium Hera

tätsprofessor Dr. *Sorantin* vom Institut für Strahlenschutz des österreichischen Forschungszentrums Seibersdorf zwei Vorträge zum Problemkreis der Abholung kontaminierter Verstorbener abgehalten.

Das im Zentralgebäude des Unternehmens untergebrachte Museum wurde im Jahre 1981 von 643 Personen besucht, davon waren rund 280 Ausländer aus neun europäischen und fünf außereuropäischen Staaten.

Im Jahre 1981 wurden die bestehenden internationalen Kontakte mit anderen Bestattungsunternehmungen und Vereinigungen intensiviert. So ist es erstmals gelungen, daß der Direktor der Städtischen Bestattung und dessen Vertreter in ihrer Funktion als Präsident bzw. Generalsekretär der Europäischen Bestatter-Union an der Mitgliederversammlung der Association Européene de Thanatologie, des zweiten großen europäischen Bestatterverbandes, teilnehmen konnten. Dabei wurde nicht nur die angestrebe Annäherung der beiden Verbände erreicht, sondern auch festgelegt, daß die Vertreter der beiden Verbände bei den Versammlungen des jeweils anderen Verbandes anwesend sein werden. Zum Wohle der Hinterbliebenen muß versucht werden, daß die der Association Européene de Thanatologie angehörenden Bestatterverbände die Unterzeichnung des Straßburger Übereinkommens über die Leichenbeförderung bei ihren Regierungen befürworten. So wichtige Staaten wie Frankreich, Spanien, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland sind diesem Abkommen bisher nicht beigetreten.

Im Rahmen eines Festaktes wurde am 21. Dezember im Beisein des Herrn Bürgermeisters der scheidende Direktor des Unternehmens, Herr OSR Dr. *Jerusalem,* mit Wirkung ab 31. Dezember 1981 verabschiedet und der neue Direktor, Herr SR Dkfm. *Knispel,* mit Wirkung ab 1. Jänner 1982 in sein Amt eingeführt.

Das Unternehmen wurde 1981 mit folgenden Bestattungsfeiern besonderer Art, in der Reihenfolge ihres zeitlichen Ablebens, betraut: Dr. Robert *Pollak,* Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen; Lieselotte *Krauspe-Medelsky,* Burgschauspielerin i. R., Dr. Stefan *Wirlander,* Generaldirektor-Stellvertreter i. R. der Oesterreichischen Nationalbank; Dipl.-Brau-Ing. Dr. nat. techn. h. c. Manfred *Mautner-Markhof;* Gustav *Hessing,* akademischer Maler, Leiter der Meisterschule für Malerei an der Akademie der bildenden Künste in Wien; Professor h. c. Robert *Fuchs,* akademischer Maler; Dipl.-Ing. Alois *Joklik,* Direktor i. R. des Gaswerkes Wien-Simmering; General der Infanterie i. R. Johann *Freihsler,* Bundesminister a. D.; Paul *Hörbiger,* Volksschauspieler; Dr. Erich *Thanner,* Schriftsteller; Adrian *Hoven* (Wilhelm Hofkirchner), Schauspieler; Karl *Friedrich,* Kammersänger; Dr. Franz *Glück,* Gründer und Leiter des Historischen Museums der Stadt Wien; Domkapitular Prälat Dr. Franz *Gstaltmeyr,* Pfarrer von Rudolfsheim; Professor Leo *Lehner,* Gründer der Chorvereinigung „Jung Wien"; Amtsführender Stadtrat Heinz *Nittel;* Erster Vizepräsident der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Karl *Mantler,* Generaldirektor der Zentralsparkasse und Kommerzialbank Wien a. D.; Regierungsrat Friedrich *Seipelt,* Vorsitzender der UEFA-Schiedsrichterkommission; Dr. jur. et mag. pharm. Emil *van Tongel,* Abgeordneter zum Nationalrat a. D.; Exhumierung und Wiederbeerdigung von Pater Anton Maria *Schwartz* zwecks Rekognoszierung im Sinne des Kirchenrechtes; Wilhelm *Weber,* Bezirksvorsteher a. D.; Peter Freiherr *von Tschugguel zu Tramin,* Schriftsteller; Prälat Hofrat Dr. Franz *Denk,* Ehrenbruder der Barmherzigen Brüder; Karl *Bosse,* Schauspieler; Kaplan Friedrich *Pechtl,* Seelsorger der österreichischen Sportler bei Olympischen Spielen und Weltmeisterschaften; Ferry Wilhelm *Gebauer,* Dichterkomponist und Marschkönig; o. Universitätsprofessor Dr. med. Wilhelm *Auerswald,* Vorstand des Institutes für Medizinische Physiologie; Antonia *Platzer,* Gemeinderat a. D. und Mitglied a. D. des Wiener Landtages; Dr. Wilfried *Platzer* a. o. und bev. Botschafter i. R., ehem. Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten; Universitätsprofessor Dr. Leopold *Breitenecker,* Sektionschef, ehemaliger Vorstand des Institutes für Gerichtliche Medizin der Universität Wien; Rudolf *Prack,* Filmschauspieler; P. Alois Joseph *Bischof* SJ, Jesuitenpater; P. Dr. Anton *Vogel* SJ, Jesuitenpater; Oberstudienrat Professor P. Aegid Josef *Traunmüller* OSB und Pfarrer Volkmar *Rogler,* Landessuperintendent i. R.

Fremdenverkehrsverband für Wien

Das Fremdenverkehrsjahr 1980/81 übertraf in seinem Ergebnis sogar noch das Rekordjahr 1980 um fast 1,1 Prozent; im Kalenderjahr 1981 betrug die Zunahme sogar 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Bemerkenswert ist allerdings die Tatsache, daß bei steigenden Übernachtungszahlen die Zahl der Ankünfte erstmals seit 1975 rückläufig war. Besonders deutlich ist dieser Trend der rückläufigen Zahl an Ankünften in den gewerblichen Beherbergungsbetrieben mit minus 1,3 Prozent ausgeprägt. Insgesamt besuchten im Fremdenverkehrsjahr 1980/81 1,683.000 Gäste unsere Stadt und verbrachten 4,650.000 Nächte.

Außer dem Tourismus aus dem Inland (+2,8%) nahm auch die Übernachtungszahl der Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland nochmals um fast 1 Prozent zu. Die eigentlichen „Renner" waren allerdings die Gäste aus Frankreich (+7,6%) und aus Belgien (+12,5%). Der sicherlich wirtschaftsbedingte Rückgang der Gästezahl aus Großbritannien (−11,7%) wurde durch italienische Besucher (+7,6%) wettgemacht. Erstmals seit Jahren gab es wieder einen ansehnlichen Zuwachs bei den Fremden aus der Schweiz (+10,7%) und aus Schweden (+15,7%). Unter den überseeischen Herkunftsländern fallen die einheitlich rasant steigenden Zahlen auf dem lateinamerikanischen Markt besonders auf. Spitzenreiter war Mexiko mit einem Zuwachs von mehr als 46 Prozent. Japan erreichte ein Plus von 18,5 Prozent. Was die Vereinigten Staaten betrifft, so war erwartungsgemäß nach dem Oberammergau-Boom des Jahres 1980 ein Rückgang (−22%) zu verzeichnen. Diese Zahlen liegen allerdings bereits über den Zahlen des Jahres 1979, so daß für 1982 mit einem Gleichbleiben bzw. leichtem Steigen der Gästezahl aus den Vereinigten Staaten zu rechnen ist.

Die besten Ergebnisse erzielten wieder die Fünf- und Viersternbetriebe (früher Kategorie A 1 und A), auf die bereits über 52 Prozent der Wiener Nächtigungen entfallen. Während in der Dreistern-Kategorie (früher B) noch ein Plus von 0,8 Prozent aufscheint, gingen die Übernachtungszahlen in den Zwei- und Einstern-Hotels (früher Kategorie C und D) um fast 3,5 Prozent zurück.

In Kooperation mit der Wiener Fremdenverkehrswirtschaft wurde im Fachbeirat für Ausstellungen die Beteiligung des Fremdenverkehrsverbandes (FVV) an einer Reihe von Fach- und Publikumsveranstaltungen empfohlen und durchgeführt. Bei diesen Veranstaltungen war der Fremdenverkehrsverband jeweils durch Hostessen bzw. Marktbetreuer vertreten, die auch den anwesenden Vertretern der Wiener Fremdenverkehrsbranche an die Hand gingen und Kontakte vermittelten.

Drei große Reisebüroveranstaltungen fanden 1981 in Wien statt: Die Generalversammlung des Niederländischen Reisebüroverbandes wurde hier abgehalten. Der „TUI-100%-Club" belohnte seine besten Mitarbeiter mit einer Incentive-Reise nach Wien. Im Dezember 1981 schließlich führte die Deutsche Bundesbahn in Wien eine Schulung ihrer Counterkräfte durch. Diese Schulung fand in Form einer amüsanten Rätsel-Rallye statt, bei der Wien in seiner Vielfalt präsentiert werden konnte. Bei der Tourismusmesse in Triest wurde ein Wiener Kaffeehaus aufgestellt. Die historische Verbindung zwischen Wien und Triest spiegelte sich in der überaus starken Frequentierung dieses Lokales wider.

Aus Kostengründen wurde die Zahl der Studiengruppen, die in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Fremdenverkehrswerbung (ÖFVW) bzw. den Austrian Airlines (AUA) nach Wien reisten, reduziert. Im Jahre 1981 wurden 39 Studiengruppen mit etwa 480 Teilnehmern vom Wiener Fremdenverkehrsverband betreut. Außerdem gab es einige Studienreisen, die vom Verband selbständig durchgeführt wurden: Besonders zu erwähnen sind zwei Gruppen, und zwar eine, die mit Air France (Reisebüro und Reiseleiter) kam, sowie eine Programmstudienreise, die unter dem Titel „Potpourri Viennois" gemeinsam mit dem großen belgischen Veranstalter Skytours durchgeführt wurde. Sichtbarer Effekt dieser Studienreisen ist der sehr günstige Tarif Vacances zwischen Paris und Wien für 1.050 Francs. Ein ähnliches Programm ist für das Jahr 1982 mit Swissair geplant. Eine besonders enge Zusammenarbeit ergab sich auch im Jahre 1981 mit den Österreichischen Bundesbahnen und mit der Deutschen Bundesbahn.

Das Kongreßgeschäft war 1981 für Wien sehr zufriedenstellend. Acht Kongresse mit mehr als 2.000 Teilnehmern wurden im FVV registriert, acht Kongresse zählten zwischen 1.000 und 1.600 Teilnehmern. Insgesamt wurden 509 Kongresse, Messen, Tagungen und ähnliche Veranstaltungen, darunter 66 internationale Kongresse, gemeldet, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß in diesen Zahlen auch sämtliche Seminare und Tagungen der internationalen Organisationen enthalten sind. Etwa 120.000 bis 130.000 Personen besuchten im Jahre 1981 Wien unter dem Motiv eines Kongresses. Dabei gelang es, durch die Terminisierung der Kongresse tatsächlich Saisonschwächen auszugleichen und eine Verlängerung der Hauptsaison — insbesondere im Frühjahr — zu erreichen.

Mit PTMI und GTU, zwei großen amerikanischen Incentive- und Special-Interest-Büros, wurden „Fam-Trips" für ausgewählte Gruppenreise-Veranstalter organisiert. Ein besonderer Akzent wurde von den Lebensversicherungen in den Vereinigten Staaten gesetzt: Im Sommer 1981 fand eine Studienreise von zehn ausgesuchten Entscheidungsträgern aus der Versicherungsbranche nach Wien statt. Im Herbst nahmen Vertreter des FVV Wien mit einer großen Wiener Delegation an der Generalversammlung der Life Insurance Management Research Association in Dallas teil. Von besonderer Bedeutung war eine Gruppe, die von AUA London mit Confe-

rence Promotions organisiert wurde und zehn Top-Entscheidungsleute aus Großbritannien mit dem Wiener Kongreßangebot bekannt machte.

Auch der Verein „Vienna Med Congress", in dessen Exekutivausschuß der FVV Wien maßgeblich mitentscheidet, konnte erfolgreich tätig werden. Der Weltpsychiatrie-Kongreß 1983 wurde für Wien endgültig fixiert, auch der Weltkongreß für Chemotherapie wird 1983 in Wien stattfinden. Im Frühjahr wurde vor potentiellen Wiener Kongreßveranstaltern eine Präsentation über die Kongreßstadt Wien durchgeführt und im Herbst eine ähnliche Veranstaltung vor Entscheidungsträgern in der Medizin aus den USA wiederholt. Dabei konnte die Kongreß-Diashow des Verbandes mit viel Erfolg eingesetzt werden. Diese 20-Minuten-Schau wurde im Rahmen des Verbandes selbst produziert und liegt nun in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch vor. Die Kongreßfibel „Leitfaden für Kongreßveranstalter" konnte 1981 plangemäß fertiggestellt werden.

Am Beginn der Auslandsveranstaltungen, die vom FVV Wien im Namen und auf Rechnung der Stadt Wien veranstaltet werden, stand 1981 eine große Wien-Präsentation in Lissabon. Sie fand vom 24. April bis 17. Mai in einem Pavillon des Botanischen Gartens der Stadt Lissabon statt. Zusätzlich gab es kulinarische Wochen im Hotel Ritz-Intercontinental, wozu ein Zitherspieler aus Wien eingeflogen wurde. Im Stadttheater S. Luiz wurde die Ausstellung „Österreichische Graphik der Jahrhundertwende — Klimt—Schiele" gezeigt. Weitere Programmpunkte waren ein Strauß-Konzert unter der Leitung von Hans Graf, österreichische Filmwochen und in den Räumen des Goethe-Instituts eine Ausstellung über Robert Musil. Die Wien-Wochen verliefen äußerst erfolgreich und waren seit Jahren die bedeutendste Präsentation eines Landes in Lissabon. Alle Veranstaltungen fanden großes Interesse bei der Öffentlichkeit, was sowohl die Besucherzahl als auch die vielen begeisterten Berichte in den Massenmedien zeigten. Die Ausstellung „Wien in Lissabon", in der den Besuchern nicht nur ein Eindruck vom Stadtbild und vom reichen Kulturleben der österreichischen Bundeshauptstadt, sondern auch mit Erfolg die Atmosphäre Wiens vermittelt wurde, verzeichnete einen Rekord von über 30.000 Besuchern. Sie wurde von Bürgermeister Gratz, der aus diesem Anlaß Lissabon offiziell mit einer Delegation der Stadt Wien besuchte, gemeinsam mit dem Lissaboner Bürgermeister und dem österreichischen Botschafter am 24. April eröffnet.

Die zweite Veranstaltung fand vom 22. August bis zum 27. September in Palma de Mallorca statt. Die Wien-Austellung wurde dem einheimischen und internationalen Publikum in der sogenannten „Lonja", einem spanisch-gotischen Gebäude, präsentiert. Der Besucherdrang übertraf die Erwartungen bei weitem: Mehr als 170.000 Menschen haben „Viena se presenta" gesehen. Auch in Palma gab es ein Wiener Kaffeehaus, in dem ein Zuckerbäcker der Konditorei Oberlaa „Wiener Patisserie" anfertigte. Die Ausstellung wurde von Finanzstadtrat Hans Mayr in Anwesenheit einer Delegation aus Wien, des Bürgermeisters und des Kulturstadtrates von Palma eröffnet.

Den Abschluß der Veranstaltungen für 1981 bildete die Wien-Ausstellung in der „Galerie des Beaux-Arts" in Bordeaux. Die Exposition wurde am 6. November in Anwesenheit von Bürgermeister Jacques Chaban-Delmas, dem langjährigen französischen Ministerpräsidenten bzw. Präsidenten der Nationalversammlung, und des österreichischen Botschafters in Paris eröffnet. Sie war bis zum 22. November 1981 geöffnet und wurde von den Gastgebern als großer Erfolg bezeichnet.

In allen drei Städten wurde jene Wien-Präsentation eingesetzt, die schon 1980 in Paris und Straßburg das Publikum begeistert hat. Auf rund 800 m² Fläche wird das Wien von gestern und heute dargestellt. Ein spezieller Teil der Ausstellung befaßt sich mit Wien als Musikstadt. Auch dem Kunstgewerbe und seinen hochwertigen Produkten ist ein eigener Teil gewidmet. Als Blickfang und Zentrum fungiert ein großes Modell der Wiener Innenstadt, in dem von den Besuchern historische Gebäude auf Knopfdruck beleuchtet werden können. Anfang 1982 wird diese Ausstellung in Lyon zu sehen sein.

Anläßlich des Weltkongresses der COTAL, des lateinamerikanischen Reisebüroverbandes, wurde in Malaga/Torremolinos im Hotel Castillo de Santa Clara in der Zeit vom 24. bis 30. Mai ein Kaffeehaus eingerichtet. Ein Wiener Patissier hat an Ort und Stelle Spezialitäten zubereitet.

Auch 1981 war es möglich, durch die Betreuung von Reisejournalisten aus aller Welt viel Publizität für Wien zu erreichen. Wiederum zumeist in bester Zusammenarbeit mit den Zweigstellen der ÖFVW konnten zahlreiche Medienvertreter nach Wien eingeladen und hier betreut werden. Insgesamt kamen 314 Medienvertreter, von denen etwa ein Drittel auf Kosten des FVV in Wien logierte. Am größten war das Interesse an Wien in den beiden Hauptherkunftsländern der Wien-Besucher, der Bundesrepublik Deutschland und den USA.

Neben den Berichterstattern für Zeitungen und Zeitschriften kamen auch diverse Fernseh- und Hörfunkteams nach Wien. AVRO-TV (Niederlande) drehte — bereits zum dritten Mal — eine Musiksendung in Wien, wiederum mit Marion Lambriks („Wien, Wien, nur du allein . . ."). Ein deutsches Team gestaltete eine Reportage über die DB-Städtereisen nach Wien; eine ähnliche Sendung entstand für das belgische Fernsehen. Kanadische TV-Teams befaßten sich mit dem Riesenrad und der Spanischen Reitschule. TV Suisse Romande drehte für die Serie „Europäische Städte". Aus Japan waren Reportageteams von Nihon TV und Nip-

pon TV zu Gast. Für Hörfunkstationen in Deutschland wurden Sendungen zu den Themen „Vorstadtballaden", „Opernball", „Neues aus Wien" und „Wiener Dorotheum" aufgenommen. NHK Tokio nahm für das „Album berühmtester Musikwerke" auf.

Unter den registrierten Berichten in der Presse sind Alan Levys ausführliche Wien-Artikel in der „International Herald Tribune", ein „Zeit"-Bericht über den Wiener Jugendstil, ein großer Bericht in der Lateinamerika-Ausgabe von „Geo", eine Farbdoppelseite in „Berlingske Tidende" (Kopenhagen), „Art, Music and Fabulous Foods" in „Toronto Life", eine „Epoca"-Reportage über den Flohmarkt, ein Shopping-Bericht in „Travel & Leisure" (USA), Artikel in der „Schönen Welt" (Deutschland), im „Guardian" (England) und im „Jewish Herald" zu nennen.

Neben der Betreuung von Reisejournalisten in Wien wurden die Redaktionen auch regelmäßig mit neuen Meldungen versorgt, wie mit Pressediensten „Wien informiert", „Vienna calling", „Ici Vienne", „Aqui Viena" und „wiener szene".

Die Aktion „Freundlicher Wiener" wurde 1981 bei der Frühjahrs- und der Herbstmesse sowie während der Festwochen fortgesetzt. Die Verteilung von Zehntausenden Klebern „Ich bin ein freundlicher Wiener" wurde mit „Freundlichkeitstests" von Kurt Votava (ORF) ergänzt.

„Wien — eine Stadt stellt sich vor" ist das Motto jener 200 Tafeln an bedeutenden Gebäuden, die dem Gast Namen und Baudaten vermitteln. Die dazugehörige, bisher unter dem gleichen Titel erschienene Broschüre wurde ab Herbst 1981 einvernehmlich mit dem Kulturamt einer völligen Neubearbeitung und -gestaltung unterzogen und wird im Frühjahr 1982 unter dem neuen Titel „Wien von A bis Z" erscheinen. Die Redaktion der Neuauflage wurde im Pressereferat besorgt. Die Hauszeitschrift des Verbandes, „rendezvous wien", ist 1981 vierteljährlich erschienen. Das Heft 4/81 war bereits dem Haydnjahr 1982 gewidmet und brachte eine umfangreiche Dokumentation über Haydns Beziehungen zu Wien in Bild und Text.

Wie bisher wurden in der Veranstaltungsredaktion wieder die Unterlagen für die monatlichen Programme des FVV Wien sowie für zwei Jahresvorschauen gesammelt. Die Daten wurden auch im täglich außer Sonntag um 7.45 Uhr von Radio Wien ausgestrahlten „Tip des Tages" für Wien-Besucher sowie für den Tonbanddienst unter der Telefonnumer 15 15 verwendet. Mit schriftlichen Anfragen um Auskunft wandten sich 1981 mehr als 10.500 Interessenten an den Verband. Wie bisher war die möglichst individuelle Beantwortung dieser Anfragen das Ziel der damit befaßten Mitarbeiterinnen.

Das Wiener Fremdenverkehrskonzept 1980/81 wurde im Frühjahr 1981 nach einer Schlußredaktion gedruckt und allen Stellen, die es wünschten, wie auch dem Wiener Landtag vorgelegt. Im Herbst 1981 begannen Vorarbeiten für die Gewichtung der touristischen Statistik über den Umsatz pro Gast (Projekt Gästebewertung), um aussagekräftigere Daten als die bloße „Kopfstatistik" zu gewinnen.

In den fünf Informationsstellen wurden insgesamt rund 500.000 Besucher betreut. Die meisten Gäste konnten in der Opernpassage (263.500) registriert werden, gefolgt von den Informationsstellen West (140.000), Flughafen (70.000), Süd (25.000) und DDSG (1.500).

Am 27. Juni wurde die Informationsstelle Süd, die bis dahin als Langzeitprovisorium in einem ehemaligen Eisenbahnwaggon untergebracht war, in neue Räume an der Triester Straße 149 verlegt. Diese Auskunftsstelle bietet auf 30 m² neben dem Info-Center, einer Litfaßsäule, Plakatwänden und einer Jugendecke auch ein eigenes Gästetelephon und Gäste-WC. Vor dem Gebäude stehen zehn reservierte Gästeparkplätze zur Verfügung. Die wesentlich günstigere Lage des neuen Gebäudes und die schon an der Südautobahn beginnende Beschilderung hatten bereits positive Auswirkungen auf die Frequenz. Gegenüber 1980 konnten um 10.000 Besucher mehr betreut bzw. rund 600 Zimmervermittlungen mehr vorgenommen werden.

Auch die Informationsstelle in der DDSG-Schiffsstation erhielt ein modernes „Gesicht". Zur Betreuung der mit dem Schiff ankommenden Wien-Besucher steht nun in der Passagierhalle des im Juni 1981 eröffneten neuen Schiffahrtszentrums ein Informationsschalter zur Verfügung.

Im Jahre 1981 konnten die Verhandlungen zur Errichtung einer Informationsstelle in der Autobahnstation Wien-Auhof trotz komplizierter Vertrags- bzw. Besitzverhältnisse abgeschlossen werden. Mit den Bauarbeiten wurde im Oktober 1981 begonnen, die Fertigstellung bzw. der Umzug vom Novotel in den neuen Informationspavillon ist für Ende Februar/Anfang März 1982 vorgesehen.

Im Flughafen ist nach Absprache mit der Flughafenverwaltung geplant, eine neue Informationskoje einzurichten. In den bereits erstellten Plänen ist eine Benützung in zwei Bereichen vorgesehen, so daß unsere Kunden auch innerhalb und außerhalb des „Zollauslandes" betreut werden können. Mit den Bauarbeiten kann nach Klärung der Finanzierungsfrage begonnen werden.

Die Einnahmen aus der Ortstaxe sind die Grundlage des Budgets des FVV Wien. Im Voranschlag 1981 wurden hiefür 29,5 Millionen Schilling angesetzt, von den Betrieben jedoch rund 33,9 Millionen Schilling abgeführt. Infolge dieser erfreulichen Entwicklung konnte die Fremdenverkehrskommission noch im Jahre 1981 zusätzliche Werbemaßnahmen beschließen. Für die Herausgabe von repräsentativen Publikationen sowie für die Durchführung der offiziellen Auslandsveranstaltungen und der auf dem gegenseitigen Tausch beruhenden Veranstaltungen wurde von der Stadtverwaltung ein Sonderbudget zur Verfügung gestellt. Die Stadt Wien und die

Wiener Handelskammer stellten paritätisch Mittel für den Auskunftsdienst (je 0,8 Millionen Schilling) und für die Kongreßförderung (je 2,5 Millionen Schilling) zur Verfügung. Wie auch in den vergangenen Jahren hat die Wiener Handelskammer die Hälfte der Druckkosten für die Hotellisten und die Gastronomieverzeichnisse übernommen. Der Fremdenverkehrsverband hat 1981 32 ständige Mitarbeiter sowie 28 Hostessen, die vorwiegend nur während der Sommersaison tätig waren, beschäftigt.

Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien

Die bereits seit mehreren Jahren zu beobachtende Zunahme der Zahl der von der Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien (KFA) betreuten Personen hielt auch im Jahre 1981 an. Im einzelnen nahm die Zahl der aktiven Beamten im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 993 auf 36.596 zu, während die der Bezieher von Ruhe- und Versorgungsgenüssen um 234 auf 22.240 zurückging. Die Zahl der anspruchsberechtigten Angehörigen nahm um 515 zu und betrug damit im Jahresdurchschnitt 38.585. Die Gesamtzahl der geschützten Personen war daher mit 97.421 um 1.274 höher als im Vorjahr.

Die finanzielle Situation der Anstalt entwickelte sich entgegen den ursprünglichen Prognosen weiterhin günstig, was darauf zurückzuführen war, daß einerseits die Gelderträgnisse (Zinsen) überdurchschnittlich hoch waren, andererseits aber auch die Ausgabepositionen weniger als erwartet angestiegen sind. Dazu kam noch, daß das Sanatorium Hera mit den Ambulanzen überdurchnittliche Erträge zu verzeichnen hatte, was vor allem auf die Verträge mit der Wiener Gebietskrankenkasse und den Privatversicherungen zurückzuführen ist. Dies alles führte dazu, daß im Jahre 1981 ein positiver Gebarungsabschluß möglich war. Der voraussichtliche Gebarungsüberschuß von etwa 32 Millionen Schilling soll zu einem Teil der Allgemeinen Rücklage zugeführt, zum anderen Teil zur Dotierung der Pensionsrückstellung herangezogen werden.

Für Leistungen an Anstaltsmitglieder und deren Angehörige wurden 589,4 Millionen Schilling ausgegeben, das sind um 43,2 Millionen Schilling oder 7,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Leistungen an den Gesamtausgaben betrug 92,9 Prozent.

Die Kostenentwicklung der einzelnen Leistungssparten war unterschiedlicher als in den Vorjahren und zeigte folgendes Bild: Die Ausgaben für ärztliche Hilfe sowie für Zahnbehandlung und Zahnersatz stiegen gegenüber dem Jahr 1980 um 10,5 bzw. 8,2 Prozent. Zugenommen hat gegenüber dem Vorjahr die Steigerungsrate für Anstaltspflege um 12,1, die für die erweiterte Heilfürsorge um 12,5 Prozent. Eine weiter sinkende Tendenz wiesen die Kosten für Heilmittel auf. Während im Jahre 1980 die Steigerungsrate noch 12,3 Prozent betrug, sank sie 1981 auf 10,1 Prozent. Die Kosten für die Gesundenuntersuchungen haben sich um 14,7 Prozent erhöht, wobei die Anzahl dieser Untersuchungen auf 2.452 (+ 5,5 %) angestiegen ist.

Im Sanatorium Hera nahm die Zahl der Verpflegstage gegenüber dem Vorjahr um 395 auf 50.114 zu. Intern gesehen, zeichnete sich hiebei eine Zunahme der Zahl an Operationen sowie an geburtshilflichen Fällen ab. Das Ansteigen der Zahl der Privatpatienten, und zwar um 1.003 Verpflegstage, hielt an. Die Gesamtzahl der Untersuchungen und Behandlungen in den Ambulatorien der verschiedenen Fachrichtungen lag mit 442.557 um 22.564 oder 5,4 Prozent höher als im Vorjahr. Hievon entfielen 150.931 auf die Zahnambulatorien und 291.626 auf die sonstigen Fachambulatorien.

Im Erholungsheim Raxblick waren insgesamt 1.249 Patienten an zusammen 21.107 Verpflegstagen untergebracht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme um 20 Patienten bzw. einen Anstieg um 366 Verpflegstage. Der Anteil der Selbstzahler an der Gesamtpatientenzahl fiel von 25,6 Prozent im Jahre 1980 auf 25,1. Außerdem wurden im Rahmen der erweiterten Heilfürsorge weiteren 1.156 Personen — das sind um 181 Personen mehr als im Vorjahr — Zuschüsse für Erholungsaufenthalte im Gesamtausmaß von 20.785 Tagen gewährt. Bei 1.965 Fällen mit 44.109 Verpflegstagen erfolgte die Unterbringung in Vertragseinrichtungen der KFA, während in 482 Fällen mit 10.036 Verpflegstagen Zuschüsse gewährt wurden.

Das Kindererholungsheim Seebenstein, das in den Sommermonaten immer als Saisonbetrieb geführt wurde, mußte 1981 stillgelegt werden. Der hauptsächliche Grund besteht darin, daß die Wiener Gebietskrankenkasse, die bisher mehr als die Hälfte der im Heim untergebrachten Kinder stellte, die Ferienaktionen für die Kinder ihrer Versicherten nach Seebenstein einstellte. Da ein Heimbetrieb nur mit Kindern von Mitgliedern unserer Anstalt wirtschaftlich nicht vertretbar ist und sich an dieser Situation vermutlich auch in den nächsten Jahren nichts ändern wird, mußte das Heim geschlossen werden. Der Vorstand der KFA hat daher auch in seiner Sitzung am 11. Juni beschlossen, die gesamte Liegenschaft Seebenstein zum Verkauf anzubieten. Mit dem Verkauf wurde ein Immobilienbüro beauftragt. Es sind wohl bereits einige Interessenten aufgetreten, doch sind diese vom Kauf des Grundstückes aus Geldmangel wieder zurückgetreten. Für den Ausfall des Erholungsheimes Seebenstein wurde für die Kinder unserer Mitglieder ein Ausgleich gesucht. So ist es unserer Anstalt gelungen, im Jahre 1981 53 Kinder zu einer Meereskur, die von der Gebietskrankenkasse für Niederösterreich in Milano Maritima organisiert wurde, zu schicken. Darüber hinaus wurden die Zuschüsse für Kinder zu freigewählten Landaufenthalten von 30 auf 50 S pro Tag erhöht.

Wie in den Vorjahren setzte die KFA auch im Jahre 1981 wieder beträchtliche Mittel zur Fortführung ihrer Investitionstätigkeit ein. Im Sanatorium Hera ergaben sich bei der Planung des Operationstraktes insoferne Schwierigkeiten, als die ursprünglich vorgesehene Verlegung der aseptischen Operationssäle in den 1. Stock nicht durchführbar ist, weil die erforderliche Raumhöhe für die Installation der Versorgungsleitungen nicht ausreicht. Es mußten daher neue Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Nunmehr besteht die berechtigte Hoff-

nung, dieses Projekt durch den Ausbau des Dachgeschosses verwirklichen zu können. Die Planungen durch ein Architektenbüro sind voll im Gange. Weiters wurden der Umbau und die Neueinrichtung des Röntgeninstitutes vollendet, so daß nunmehr ein auf dem letzten Stand der Technik stehendes Institut zur Verfügung steht.

Der Neubau des Zahnambulatoriums wurde plangemäß weitergeführt, die Inbetriebnahme kann wie vorgesehen in der ersten Jahreshälfte 1982 erfolgen. Durch die Übersiedlung des Zahnambulatoriums Floridsdorf in das Gebäude in 21, Franz-Jonas-Platz 8, war es auch erforderlich, dieses Ambulatorium neu zu gestalten. Die Inbetriebnahme erfolgte im Oktober.

Im Erholungsheim Raxblick wurde die Modernisierung der Patientenzimmer fortgesetzt, umfangreiche Anstreicherarbeiten mußten vorgenommen werden.

Da die Erkrankungen des rheumatoiden Formenkreises ständig zunehmen und die derzeitigen Unterbringungsmöglichkeiten in Badgastein und Bad Hofgastein äußerst mangelhaft sind, war schon seit einiger Zeit an die Errichtung einer eigenen Kuranstalt gedacht. Der Anstalt wurde Ende 1981 in Badgastein ein Grundstück in zentraler Lage mit einem Servitut zur Benützung des Thermalwassers zum Kauf angeboten. Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 10. Dezember 1981 diesem Kauf zugestimmt. In den nächsten Jahren soll ein Kurheim in der Größenordnung von 40 bis 50 Betten mit allen für den Kurbetrieb erforderlichen medizinischen Einrichtungen errichtet werden.

In den verschiedenen Kurorten standen für die Unterbringung und Betreuung der von der KFA entsandten Patienten wieder die bereits in den Vorjahren bewährten Vertragseinrichtungen zur Verfügung.

Sachverzeichnis

A

Seite

Abgabenhauptverrechnung ... 60
Abgabenrechnungs- und Kassendienst ... 62
Abwasserüberprüfungen, Industrie-, Gewerbe- ... 212
Adoptionsstelle ... 73
Agrarstatistische Erhebungen ... 169
Akademie für Sozialarbeit ... 79
Allgemeinbildende Pflichtschulen, Verwaltung ... 84
Allgemeine Personalangelegenheiten ... 37
Altbausanierung ... 199
Altstadterhaltungsfonds ... 94, 198
Ämter
— Inspizierung des Dienstbetriebes in sachlicher und personeller Hinsicht ... 20
— Organisation, Auflassung und Errichtung ... 22
Amtsärztliche Untersuchungsstelle ... 125
Amtsblatt der Stadt Wien ... 183
Amtsgebäude, -räume
— städtische, Organisation und Kontrolle der Instandsetzung, Vergabe (Amtsraumlenkung) ... 26
— Verwaltung ... 208
Amtsliteratur, Genehmigung der Anschaffung ... 31
Amtsvormundschaft ... 71
Anstaltenamt ... 129
Arbeitskreis Energie ... 15
Archivbibliothek ... 95
Aufforstungen ... 179
Augenärztliche Untersuchungsstelle für Schulkinder ... 128
Ausbildungs- und Prüfungswesen, Verwaltungsakademie ... 17
Ausflugsaktionen ... 107
Auslandsfleischbeschau ... 233
Auslandspresse, Betreuung ... 183
Ausschreibungsfragen, Beratung aller technischen Dienststellen des Magistrates und der technischen Unternehmungen ... 34
Ausstellungen, Eröffnungen ... 10, 95, 97, 98, 184
Autobusbetrieb, Fahrzeugfrequenz ... 277
Automatische Datenverarbeitung (MD-ADV) ... 28

B

Bäckerei, städtische ... 69
Bäder
— öffentliche, hygienische Überwachung ... 122
— städtische, Betrieb, Erhaltung, Erweiterung bestehender Anlagen ... 176
Bauangelegenheiten, rechtliche ... 48
Bauarbeiten
— Auftragnehmerkataster ... 34
— Bearbeitung der Vergebungsakte ... 34
Baubehördliche Angelegenheiten, allgemeine ... 152
Baugewerbe, konzessionierte, Befähigungsprüfungen ... 35
Baugrunduntersuchungen ... 251
Baukostenbeiträge, Bewilligung von Stundungen und Ratenzahlungen ... 205
Baumschutz, allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten ... 42

Seite

Baupolizei ... 158
Baureifgestaltung von Liegenschaften, Abschluß von Übereinkommen und Festsetzung von Entschädigungen ... 239
Baustoffe
— Prüfung ... 160
— Zulassung ... 161
Baustoffpreise, Evidenthaltung aller Bewegungen ... 35
Bau- und Brennstoffbeschaffung, Ankauf und Einlagerung, Abgabe an städtische Verbrauchsstellen ... 68
Bebauungspläne ... 148
Bedürfnisanstalten, öffentliche ... 223
Beerdigungen, Durchführung ... 279
Behinderte, Beratungs- und Betreuungsdienste ... 103
Behindertenzentrum ... 104
Beleuchtung, öffentliche ... 253
Benennung von Verkehrsflächen, städtischen Gebäuden und Anlagen ... 94
Berufsbildende Pflichtschulen, Verwaltung ... 87
Besoldungsamt ... 40
Bestattung, städtische ... 279
Bestattungsfeiern besonderer Art ... 281
Betriebliches Vorschlagswesen (BVW) ... 12, 26
Betriebsbaugebiete, Aufschließung ... 210, 248
Betriebsüberwachung, Verkehrsbetriebe ... 277
Bevölkerungsstatistik ... 169
Bezirksentwicklungsplanungen ... 141
Bildende Kunst ... 92
Bildmessung, Referat ... 164
Bildung ... 80
Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen ... 79
Bildungsschecks ... 20
Bildungswissenschaftlicher Dienst ... 80
Blindenbeihilfegesetz, Vollziehung ... 104
Bodenmarkierungen, Erhaltung, Planung und Bauausführung von dauernden Anlagen ... 260
Brände, technische Hilfeleistungen ... 187
Brückenbau ... 250
Büchereien, städtische ... 82
Buchhaltungsdienst ... 62
Bundesgesetzentwürfe, Stellungnahme ... 31
Bundesstraßen, Errichtung, Erhaltung und Verwaltung ... 250
Bürger der Stadt Wien, Ernennungen s. Ehrungen
Bürgerdienst ... 22, 90
Büro des Magistratsdirektors ... 11
Bürokaufmannslehrlinge ... 17, 20
Büroorganisationsmittel, Genehmigung der Anschaffung ... 31

C

Chemisches Laboratorium ... 160
„Club 21" ... 102

D

Dampfkesselprüfungswesen ... 203
Dauersozialhilfebezieher ... 100
Denkmal-, Stadtbildpflege ... 94

Seite

Detailmärkte, Wiener ... 230
Dienstaufsicht ... 35
Dienstposten, Schaffung, Streichung und Bewertung ... 31
Dienstrecht
—allgemeine Angelegenheiten ... 37
—Wiener Stadtwerke ... 268
Donaubereich Wien, Koordinationsstelle ... 15
Dolmetsch- und Übersetzungsdienst ... 11
Donauhochwasserschutz, technische Angelegenheiten ... 176, 210
Drogenabhängige, Betreuung ... 127
Druckerei und technische Dokumentation ... 146
Drucksortenkomitee, Mitwirkung ... 26

E

Ehe- und Familienberatungsstellen ... 74
Ehe- und Familientherapie, Institut ... 74
Ehrengräber ... 219
Ehrenzeichenkanzlei (MDE) ... 12
Ehrungen, Verleihungen, Preise ... 12, 93, 268
Eichrechtliche Vorschriften, Überwachung ... 230
Eisenbahnangelegenheiten, rechtliche ... 48
Elektrizitätsangelegenheiten
—administrative und grundsätzliche Angelegenheiten ... 48
—sicherheitstechnisch-behördliche Angelegenheiten ... 273
Elektrizitätswerke ... 269
Elektro-, Gas- und Wasseranlagen für städtische Objekte ... 203
Elternschulen ... 71
Energieangelegenheiten, rechtliche ... 48
Energieeinsparungsgruppe ... 200
Energieversorgung
—Elektrizitätswerke ... 269
—Gaswerke ... 273
Enteignungsverfahren, Durchführung ... 48
Erhebungs- und Vollstreckungsdienst ... 63
Erholungsfürsorge, städtische ... 78
Ernährungsberatungsstelle ... 126
Ernährungswesen, rechtliche Angelegenheiten ... 238
Eröffnungen, Grundsteinlegungen ... 10
Ersatzvornahmen, bauliche ... 197
Erwachsenenbetreuung ... 101
Erwachsenenbildung ... 80
Erziehungshilfe, Institut ... 74
„Essen auf Rädern" ... 106

F

Fachschulen der Stadt Wien ... 89
„Fahrt ins Grüne" ... 107
Familienplanung, Beratungsstellen ... 74
Ferienspiel ... 81
Feuerpolizei ... 156
Feuerwehr und Katastropheneinsatz ... 185
Film
—förderung ... 91
—vorführungsstelle ... 92
Finanzverwaltung und Wirtschaftsangelegenheiten ... 57
Finanzwirtschaft ... 51
Flächenwidmungs- und Bebauungsplan ... 148
Fleischaufbringung, errechnete ... 234
Fleischbeschau ... 233
Flüchtlingsbetreuung ... 103
Flugblätter, Presse- und Informationsdienst ... 184
Förderungspreise der Stadt Wien ... 93
Forste der Stadt Wien, Verwaltung, Fläche ... 178
Forstamt ... 178
Fortbildungsprogramm, Verwaltungsakademie ... 18
Fremdenverkehr
—behördliche Angelegenheiten ... 282
—Statistik ... 169
Fremdenverkehrsverband ... 282
Fremdsprachige Vorschulung, Schulversuch ... 85
Friedhöfe, städtische ... 219
Friedhofsgärtnerei, städtische ... 220
Fuhrpark ... 222
Fußgängerzonen, Erhaltung, Ausgestaltung ... 248

G

Ganztagsschule, Schulversuch ... 86
Gartenanlagen, öffentliche, Entwurf und Erhaltung ... 174
Gaswerke ... 273
Gaszähler, Anzahl, Wartung ... 274
Gebrechenbehebungsdienst, Gaswerke ... 275
Gehörtests bei Kindern ... 127
Gemeinderat
—Veränderungen ... 9
Gesamtholzeinschlag, Forste der Stadt Wien ... 178
Geschlechtskrankheiten, Verhütung und Bekämpfung ... 121
Gesundheitsamt ... 117
Gewässeraufsicht ... 177
Gewerbeangelegenheiten, technische ... 156
Gewerbewesen und rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens ... 238
Großmarkt Wien-Inzersdorf ... 230
Großzählung 1981 ... 166
Grundbau, technische Fachstelle ... 250
Grundbucheingaben und -urkunden, Abfassung ... 32
Gründe, für städtische Zwecke, Freimachung ... 241
Grundstücksangelegenheiten, rechtliche, administrative ... 239
Grundstücksangelegenheiten, technische ... 217
Grundverkäufe, -ankäufe ... 241

H

Handarchiv, Presse- und Informationsdienst ... 184
Hauptwerkstätte für Instandsetzung, Anschaffung und Erprobung von Fahrzeugen und Geräten ... 223
Hausinspektoren ... 209
Heilstätten- und Kurbedürftige, Zentralaufnahmestelle ... 109
Heime der Stadt Wien für Kinder und Jugendliche ... 75
Heimhilfe- und Hauskrankenpflege ... 105
Heizkontrolle in Objekten der Hoheitsverwaltung ... 201
Heizwerkstätte ... 202
Herbergen der Stadt Wien für Obdachlose ... 209

Seite

Hilfe für Behinderte ... 103
Hilfe in besonderen Lebenslagen ... 100
Historisches Museum der Stadt Wien ... 98
Hygiene, Bau-, Arbeits-, Verkehrs- und Wohnungshygiene ... 122
Hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt der Stadt Wien ... 121

I

Impfungen ... 119
Individualhilfe, spezielle, Erwachsenenbetreuung ... 101
Industrie- und Gewerbeabwasserprüfungen ... 212
Infektionskrankheiten, anzeigepflichtige ... 117
Institut
— für Ehe- und Familientherapie ... 74
— für Erziehungshilfe ... 74
— für Heimerziehung ... 79
— für Sozialtherapie ... 77
Integrierte Gesamtschule, Schulversuch ... 86

J

Jugendamt ... 70
Jugendbetreuung, außerschulische ... 80
Jugendinformationszentren — „info-centers" ... 77
Jugendsportaktionen ... 181
Jugendzahnkliniken ... 128
Jugendzentren ... 82

K

Kanalbetrieb ... 211
Kanalisation ... 210
Kartographische Arbeiten und Aufträge der Stadt Wien, Mitwirkung ... 164
Kfz-Werkstätten, Revisionsstelle ... 260
Kindergärtnerinnen, Bildungsanstalt ... 79
Kinderpflegerinnenschule ... 80
Kinderpsychologische Station ... 75
Kindertagesheime ... 77
Kindertelephon, Wiener ... 74
Kleingartenreferat ... 244
Koordinationsbüro (KOB), Koordination, Kooperation, Information, grundsätzliche Angelegenheiten im Bereich der Stadt Wien, Entscheidungsvorbereitung in der Stadtentwicklungspolitik ... 13
Kontaktbesuchsdienst ... 106
Körperbehinderte, Untersuchungsstelle, Betreuung ... 128
Kraftfahrlinienverkehr, Änderungen ... 49
Kraftfahrrechtsangelegenheiten, Bearbeitung von Berufungen ... 50
Krankenanstalten
— Erhaltung ... 191
— städtische, Aufzählung, Verwaltung ... 134
— Verbindungsdienst ... 102
Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien ... 136
Krankenfürsorgeanstalt der Bediensteten der Stadt Wien ... 286
Krankenhilfe ... 100

Seite

Krankenpflegeschulen ... 135
Kulturamt ... 90
Kuratorium
— psychosoziale Dienste ... 111
— Wiener Pensionistenheime ... 108

L

Landaufenthaltsaktionen der Stadt Wien ... 107
Landbau, biologisch-dynamisch ... 221
Landesbildstelle ... 84
Landesfahrzeugprüfstelle ... 262
Landesgesetzblatt für Wien, Herausgabe ... 183
Landesjugendreferat ... 81
Landeskultur, rechtliche Angelegenheiten ... 41
Land- und Forstwirtschaftsinspektion ... 41
Landwirtschaftlich genutzte Flächen, Ertrag ... 220
Landwirtschaftsbetrieb ... 220
Lebensmittelpolizei ... 226
Lebensmittelpreise
— Beobachtung und Überwachung ... 228
— Lebendvieh- und Fleischgroßmarkt ... 236
Lebensmitteluntersuchungen ... 237
Lebensmitteluntersuchungsanstalt ... 231
Lehrlingsausbildung ... 17, 20, 267
Leichen- und Bestattungswesen ... 123
Lenkerprüfung, Geschäftsstelle ... 260
Liegenschaftsverwaltung ... 242
Literatur, Förderung ... 91
Luftfahrtangelegenheiten, rechtliche ... 48

M

Magistratsdirektion ... 10
Marktamt ... 224
Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx ... 231
Maschinentechnik ... 199
Materialbewirtschaftung, Wiener Stadtwerke ... 267
Mechanisches Laboratorium ... 161
Miet- und Nutzwertberechnung ... 218
Mietzinsbeihilfe ... 100
Mietzinserhöhung, Entscheidungen über Anträge ... 197
Mikroverfilmung, technische Fachstelle ... 147
„Mobile Krankenschwestern" ... 125
Modeschule der Stadt Wien ... 83
Müllanfall ... 222
Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, Leistung ... 222
Museen der Stadt Wien ... 97
Musiklehranstalten, städtische ... 83
Musikpflege ... 91
Mutterberatungsstellen, städtische ... 71, 127
Mutter-Kind-Heim ... 76
Mütterehrungen ... 107

N

Naturschutzreferat ... 172
Netzpläne, Hoch- und Tiefbau, Mitwirkung bei der Verfassung ... 34

Seite

„Niederösterreich — Wien, gemeinsame Erholungsräume" — Verein ... 180
Notruf für Soziales und Gesundheit ... 106
Notstandspolizeiliche Maßnahmen, im Rahmen von Ersatzvornahmen ... 197
Nutzbauten
— Entwurf und Planverfassung ... 144
— Errichtung und Erhaltung ... 191

O

Obdachlose, Herbergen der Stadt Wien ... 209
Öffentliche Bedürfnisanstalten ... 223
Öffentliche Beleuchtung ... 253
Öffentliche Uhren ... 254
Ohrenärztliche Untersuchungsstelle für Schulkinder ... 128
Ombudsmann, Wiener Krankenanstalten und Pflegeheime ... 139
Opferfürsorge ... 109

P

Pädagogisches Institut ... 89
Pädagogische Zentralbücherei ... 89
Pädiatrische Kardiologie ... 127
Pensionistenheime, Wiener Kuratorium ... 108
Pensionistenklubs ... 106
Personalangelegenheiten, allgemeine ... 37
Personenstandsangelegenheiten ... 43
Pflanzenschutzdienst ... 175
Pflegeheime, städtische
— Aufnahme ... 108
— Verwaltung ... 134
Pflegestellen ... 73
Photogrammetrie ... 164
Physikalisches Laboratorium ... 161
Plandruck, -karten, Herstellung ... 147
Planungsgemeinschaft Ost ... 140
Präsidialbüro ... 10
Preise der Stadt Wien ... 93
Preisstatistik ... 170
Presse- und Informationsdienst ... 182
Privatwirtschaftliche Unternehmungen, Beteiligungen ... 238
Psychiatrische Krankenhäuser ... 135
Psychohygiene ... 126
Psychologischer Dienst ... 75

R

Raucherberatungsstellen ... 120
Rathaus-Korrespondenz (rk) ... 182
Rechnungsabschluß 1980 ... 57
Rechnungsamt ... 60
Rechtliche Verkehrsangelegenheiten ... 57
Rechtsgutachten, Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten ... 31
Rechtsmittelbüro ... 30
Rechtsvorschriften, Wiener, Bereinigung ... 19
Reinigungsdienst ... 105

Seite

Repatriierungen ... 100
Remunerationen, Referat ... 12
Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst ... 136
Revitalisierung, Altstadterhaltung ... 199
Rezeptprüfungsstelle ... 125
Risikokinder, Programm ... 102, 127
Rohrnetz
— Gas ... 274
— Wasser ... 216
Ruhebezüge, Zahl der Empfänger ... 40
Rundholzabgabe, Forste der Stadt Wien ... 178

S

Sanitäre Aufsicht ... 123
Sanitätsberufe, Evidenzhaltung und Überwachung der Berufsausübung ... 124
Sanitätsrechtsangelegenheiten ... 112
Sargerzeugungsbetrieb ... 280
Schiffahrtswesen, rechtliche Angelegenheiten ... 41
Schlichtungsstelle, zentrale ... 207
Schulärztlicher Dienst ... 128
Schulgebäude, Ausgestaltung, Neubauten ... 84
Schulversuche ... 85
Schulverwaltung, städtische ... 84
Schutzwasserbau ... 177
Schwangerenberatungsstellen ... 127
Sehtests bei Kleinkindern ... 127
Seniorenwoche ... 107
Sicherheitstechnischer Dienst, Elektrizitätswerke ... 273
Sofortmaßnahmen, Referat ... 22
Sozialamt ... 99
Sozialarbeit, Akademie ... 79
Soziale Dienste ... 105
Sozialer Notruf ... 106
Sozialhilfe, allgemeine ... 100
Sozialhilfekosten, Ersatz ... 101
Sozialpaß ... 107
Sozialtherapie, Institut ... 22
Sozialversicherung ... 112
Spiel- und Beschäftigungsgruppe ... 102
Sportangelegenheiten ... 180
Sportförderung ... 180
Staatsbürgerschaftsevidenzstelle ... 43
Stadtbaudirektion (MD-BD) ... 32
Stadtbild- und Denkmalpflege ... 94
Stadtentwicklungsplan für Wien ... 140
Stadterneuerung ... 197
Stadtgartenamt ... 174
Stadtgestaltung ... 143
Stadthaushalt ... 52
Stadtinformation ... 90
Stadtreinigung und Fuhrpark ... 221
Stadtstrukturplanung ... 140
Stadt- und Landesarchiv, Wiener ... 95
Stadt- und Landesbibliothek, Wiener ... 96
Stadtvermessung ... 162

Seite

Stadtwerke, Wiener ... 263
— Elektrizitätswerke ... 269
— Gaswerke ... 273
— Leistungen ... 264
— Städtische Bestattung ... 279
— Verkehrsbetriebe ... 275
— wirtschaftliche Situation ... 263
Standesämter ... 44
Statistisches Amt der Stadt Wien ... 165
Stenographenbüro ... 11
Stiftungen ... 108
Stipendienwerk der Stadt Wien ... 94
Straßenpflege ... 222
Straßenstandangelegenheiten, Marktamt ... 229
Straßenverkehrsbehörde ... 258
Straßenverwaltung und Straßenbau ... 245
Streetwork ... 74
Suchtgiftmißbrauch, Bekämpfung und Überwachung ... 127

T

Technische Grundstücksangelegenheiten ... 217
Technische Verkehrsangelegenheiten ... 256
Textverarbeitung, Organisation ... 31
Theater, Förderung ... 92
Tierkörperverwertung und Thermochemische Fabrik GmbH ... 235
Tierseuchen, anzeigepflichtige, Verhütung und Bekämpfung ... 232
Tropenreisende, Untersuchungs- und Beratungsstelle ... 129
Tuberkulose, Verhütung und Bekämpfung ... 120
Tuberkulosenhilfe, wirtschaftliche ... 109

U

U-Bahn-Bau ... 254
Überbeschau, veterinärpolizeiliche ... 233
Übersetzungsdienst ... 11
Uhren, öffentliche ... 254
Umweltschutz ... 171
Unfälle
— Elektrizitätswerke ... 273
— Gaswerke ... 275
— Verkehrsbetriebe ... 279
Unternehmungen, städtische, s. Stadtwerke

V

Verbindungsdienst
— Jugendgerichtshof ... 73
— Kranken- und Pflegeanstalten ... 102
Verfassung und Verwaltungsorganisation ... 9
Verkehr
— Ausarbeitung von Planungsgrundlagen ... 141
— Regelung und Sicherung, Lichtsignale, Verkehrszeichen, Bodenmarkierungen ... 258, 259
Verkehrsangelegenheiten, rechtliche ... 49

Seite

Verkehrsangelegenheiten, technische ... 256
Verkehrsbeschränkungen, Ausnahmen, Erlassung ... 261
Verkehrsbetriebe ... 275
— Betriebsüberwachung ... 277
— Frequenz ... 276
Verkehrseinrichtungen, Errichtung, Erhaltung, Betrieb ... 259
Verkehrsflächen, Benennung ... 94
Verkehrslichtsignalanlagen, Referat ... 259
Verkehrsorganisation, Referat ... 257
Verkehrspermanenzstelle ... 256
Verkehrsplanungen ... 141
Verkehrssicherheit, Referat ... 257
Verkehrsstrafsachen, Berufungen ... 49
Verleihungsbehörde, Kulturamt ... 93
Versuchsanstalt für Gas- und Feuerungstechnik der Wiener Stadtwerke — Gaswerke ... 275
Versuchsraum, licht- und elektrotechnischer ... 254
Versuchs- und Forschungsanstalt der Stadt Wien ... 160
Veterinäramt ... 231
Veterinäramtliche Untersuchungen ... 237
Veterinärwesen, allgemeine und grundsätzliche Angelegenheiten ... 42
Verwaltungsakademie (MD-VA) ... 16
Verwaltungsorganisation (MD-VO) ... 22
Verwaltungsrevision (MD-VR) ... 20
Verwaltungstechnik (MD-VT) ... 30
Vieh- und Fleischbeschau ... 233
Vollstreckungsdienst ... 63
Volksanwaltschaft ... 22
Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien ... 57
Vorschlagswesen, betriebliches (BVW) ... 12, 26
Vorsorgemedizinischer Fachdienst ... 126

W

Wagenpark
— Autobusse ... 278
— Straßenbahn, Stadtbahn, U-Bahn ... 278
Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten ... 45
Wärme-, Kälte- und Energiewirtschaft ... 199
Wäschepflegedienst ... 105
Wasserbau ... 176
Wassergewinnung und -abgabe ... 212
Wasserleitungskraftwerke, Energieabgabe ... 212
Wasserrechtsangelegenheiten ... 42
Wasser- und Schiffahrtswesen, rechtliche Angelegenheiten ... 41
Wasserversorgung, hygienische Überwachung und Begutachtung ... 121
Wasserwerke ... 212
Weihnachtspaketeaktion ... 107
Werbe- und Beratungsstelle, Gaswerke ... 275
„wien aktuell" ... 183
Wiener Kuratorium, Pensionistenheime s. Pensionistenheime
Wiener Rechtsvorschriften, Bereinigung s. Rechtsvorschriften

Seite

Wiener Stadt- und Landesarchiv s. Stadt- und Landesarchiv
Wiener Stadt- und Landesbibliothek s. Stadt- und Landesbibliothek
Wiener Stadtwerke s. Stadtwerke
Wild, Bestand ... 179
Wirtschaftsangelegenheiten ... 57
Wissenschaft, Förderung ... 90
Wohnbauförderung 1968
— allgemeine Angelegenheiten ... 204
— technische Prüfung der Anträge ... 197
Wohnbauprogramm, Stadtgestaltung ... 144
Wohnbaustatistik ... 170
Wohlfahrtspflege, freie, Organisationen ... 109
Wohnbeihilfe, Referat ... 205
Wohngemeinschaften, verhaltenstherapeutische ... 104
Wohnhausbau, städtischer, Bauausführung ... 196
Wohnhäuser, Prüfstelle, technisch-wirtschaftliche ... 197
Wohnhäuser, städtische
— Instandhaltung, Gebrechensbehebung ... 198
— Verwaltung ... 208
Wohnungen, gemeindeeigene, Zuweisung ... 204
Wohnungsuchende, Vormerkung ... 204
Wohnungstauschanzeiger, amtlicher ... 183

Seite

Wohnungsunternehmen, gemeinnützige, aufsichtsbehördliche Tätigkeit über diese ... 205
Wohnungsverbesserungsgesetz
— allgemeine Angelegenheiten ... 204
— Prüfungen von Arbeiten in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht ... 198
Wohnungswesen
— allgemeine und rechtliche Angelegenheiten ... 204

Z

Zentralaufnahmestelle für Heilstätten- und Kurbedürftige ... 109
Zentraler Einkauf ... 63
Zentrale Liegenschaftsevidenz ... 218
Zentrale Schlichtungsstelle ... 207
Zentralexpedit des Magistrates ... 27
Zentralgewerberegister ... 239
Zentrallager ... 69
Zentralwäscherei ... 138
Zentralwerkstätte, Verkehrsbetriebe ... 279
Zielplan, psychiatrische, psychologische Versorgung in Wien ... 110
Zivil- und Strafrechtsangelegenheiten ... 31
Zufuhren, Agrumen ... 229